This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

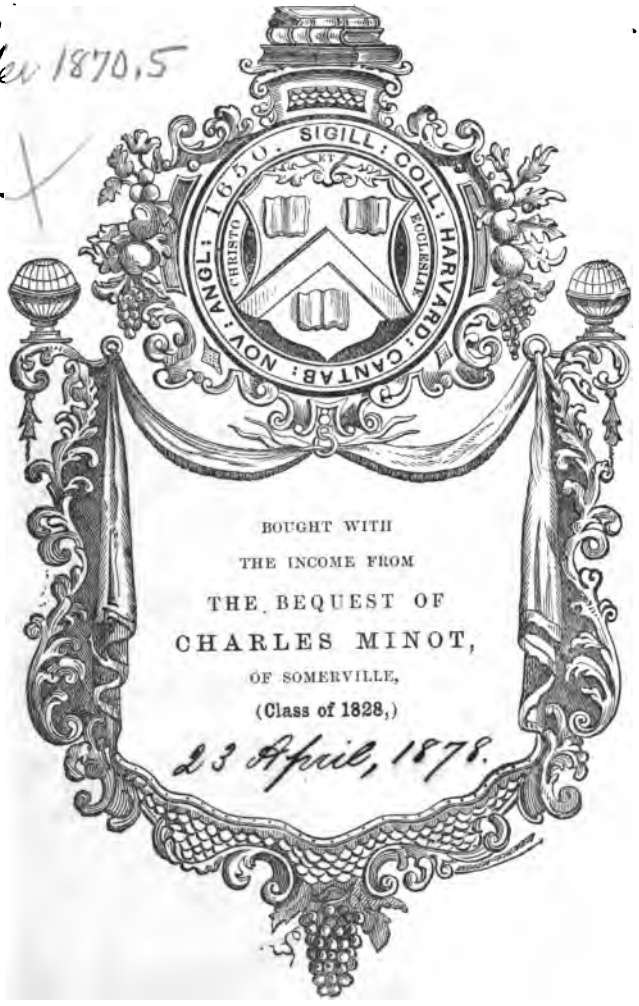
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Ger 1870.5



BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)
23 April, 1878.

Der

niedersächsisch-dänische Krieg.

Von

Julius Otto Opel.

Zweiter Band.

Der dänische Krieg 1624—1626.

Magdeburg,

Druck und Verlag: Faber'sche Buchdruckerei A. & R. Faber.

1878.

~~E, 41~~
~~14584.16~~
Gen 1870.5

1876, April 23
Minot fund.
(II^er Bd.)

Meinen Freunden

Friedrich Anton Schneider,

Professor der Zoologie in Gießen,

und

Ferdinand Witte,

Professor und Conrector am Gymnasium in Merseburg.

Der vorliegende zweite Band dieses Werkes hat nicht nur durch die hochgeehrten Vorstände von Archiven und Bibliotheken des Auslands und des Inlands, sondern auch durch einzelne Gelehrte und Geschichtsfreunde eine so theilnehmende Förderung erfahren, daß es dem Verfasser ein tief empfundenes Bedürfnis ist, das Gefühl seines verbindlichsten Dankes an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Herr Gardiner in London überraschte den Verfasser durch die Zusendung seiner im Britischen Museum und im Königlichen Archiv zu Brüssel genommenen, auf die hier verhandelten Verhältnisse bezüglichen Abschriften. Durch die ausgezeichnete Liberalität der Königlichen Bibliothek im Haag wurde eine ausgiebige Benutzung der Depeschen des französischen Gesandten d'Espesses ermöglicht; dem Königlichen Reichsarchiv ist die Kenntnis der Briefe des niederländischen Residenten bei den Hansestädten Foppius van Aitzema aus dem Jahre 1626 zu danken. Mit noch besserem Erfolge konnten die Reste der Kriegskanzlei des Königs Christian IV., welche das Königliche Geheime Archiv und das Rentkammerarchiv in Kopenhagen bewahren, bei der anerkannt liberalen Verwaltung dieser Samlungen benutzt werden. Namentlich schuldet der Verfasser Herrn Archivsekretär Matthiessen in Kopenhagen für seine aufopfernde, stets hilfsbereite Theilnahme die wärmste Erkenntlichkeit. Herrn Gymnasialoberlehrer Dr. Richter hierselbst gelang es, einige wichtige Actenstücke aus dem Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Paris beizusteuern.

Unter den deutschen Archiven sind namentlich die zu Wien, München, Dresden, Marburg, Wolfenbüttel, Magdeburg und Berlin durchforscht worden.

Der Munificenz Sr. Excellenz des Königlich Preußischen Staats- und Cultusministers Herrn Dr. Falk bleibt der Verfasser für eine Unterstützung aus Staatsmitteln zur Weiterführung dieses Werkes in gehorsamster und ehrerbietigster Dankbarkeit verpflichtet.

In schmerzlicher Erinnerung muß endlich des frühzeitigen Todes des Administrators der hiesigen Waisenhausbuchhandlung Herrn Oswald Bertram gedacht werden, dessen persönlicher Theilnahme sich der erste Band zu erfreuen hatte. Eine Folge seines Ablebens war auch der Wechsel in dem Verlag dieses Werkes.

Halle a./S. am 2. December 1877.

Der Verfasser.

Inhaltsangabe.

Erstes Buch.

Das Reich und die auswärtigen Mächte in den ersten Monaten des Jahres 1624.

Mansfeld und die Grafschaft Ostfriesland. S. 1—9. Tillys Einlagerung in Hessen-Kassel. S. 9—12. Der Kreistag von Braunschweig. S. 12—16. Die Ohnmacht des niedersächsischen Kreises. S. 16—24. Der Kurfürst Johann Georg und der obersächsische Kreis. S. 24—26. Maximilian von Baiern und sein Verhältnis zu Kaiser Ferdinand II. und zur Liga. S. 27—32. Oestreich und Spanien. S. 32—36. England, Frankreich und Holland. S. 36—54.

Zweites Buch.

Die auswärtigen Mächte und ihre Beziehungen zu den Reichsständen in der zweiten Hälfte des Jahres 1624.

Die niedersächsischen Kreisstände in der zweiten Hälfte des Jahres 1624 und König Christian IV. von Dänemark. S. 54—60. Der französische Agent Marescot in Deutschland. S. 60—65. Die Sendung des brandenburgischen Raths Christian v. Bellin nach Dänemark. S. 65—66. Der englische Gesandte Robert Anstruther in Deutschland. S. 66—70. Der brandenburgisch-schwedische Plan zu Gunsten des Pfalzgrafen Friedrich V. Gustav Adolf. Christian v. Bellin in England und Holland. S. 70—81. König Jacob I. und der Graf v. Mansfeld. S. 81—91. Maximilian von Baiern und Kaiser Ferdinand II. Die Stadt Frankenthal. S. 92—96. Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der pfälzischen Wirren. S. 96—104.

Drittes Buch.

Die Erhebung des niedersächsischen Kreises unter Christian IV. gegen den Kaiser und Maximilian von Baiern bis zum Kreistage von Braunschweig.

Christian IV. und sein Einverständnis mit Frankreich und England. S. 105—122. Der Fürstentag von Lauenburg. S. 122—128. Der Kreistag von Lüneburg. S. 128—132. Der Kreistag von Braunschweig. S. 133—143. Kaiser Ferdinand II. und Maximilian von Baiern in den ersten Monaten des Jahres 1625. S. 143—150. Ferdinand II. und seine Regierung. 150—159.

Viertes Buch.

Der Einmarsch Christians IV. und Tillys in den niedersächsischen Kreis und seine Folgen bis zum Rückzuge des dänischen Heeres.

Der Einmarsch des Königs in den niedersächsischen Kreis und die Aufstellung der Kreisarmee. S. 160—180. Die Gegenmaßregeln des Kaisers und die niedersächsischen Landstände und Städte. S. 180—193. Die missliche Lage des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg. S. 193—197. Frankreich und England nach der Heirat des Königs Karl I. S. 197—212. England und die Niederlande. S. 212—225. Kaspar van Vosbergens Reise zu Gustav Adolf. S. 225—235. Tillys Uebergang über die Weser und sein Einbruch in das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel. S. 235—259. Das Erzstift Magdeburg vor dem Einmarsch Wallensteins. S. 259—268. Der Kreistag von Braunschweig im August und September des Jahres 1625. S. 268—270. Verhandlungen des Kaisers Ferdinand II. mit Maximilian und der Liga. S. 270—269. Christian IV.

in Hameln und der Rückzug des dänischen Heeres. S. 269—284. Die Verhandlungen des Königs mit dem französischen Gesandten de la Picardiere und dem spanischen Bevollmächtigten v. Schönberg. S. 284—287. Die Beziehungen des Königs zu den protestantischen Kurfürsten. S. 287—290. Die neue Stellung des Grafen von Mansfeld. S. 290—294.

Fünftes Buch.

Vom Einzuge Wallensteins in die sächsischen Bisthümer bis zum Abbruch der Friedensverhandlungen in Braunschweig.

Wallensteins Marsch durch Franken und Thüringen. S. 294—306. Wallenstein im Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel. S. 306—311. Der Herzog von Friedland und seine hohen Offiziere. S. 311—319. Der Einmarsch der Wallensteiner in die Stifter Halberstadt und Magdeburg. S. 319—327. Die Wahl des Herzogs August von Sachsen zum Coadjutor des Administrators Christian Wilhelm. S. 327—330. Ungarn und Bethlen Gabor. S. 330—331. Die Beziehungen Ludwigs XIII. zu Karl I. und Christian IV. vor dem haager Schutz- und Trutzbündnis. S. 331—338. Das haager Schutz- und Trutzbündnis. S. 338—348. Der Reichstag von Oedenburg und die Krönung des Erzherzogs Ferdinand Ernst zum König von Ungarn. S. 348—351. Der König von Dänemark und seine Armee im Herbst des Jahres 1625. S. 351—369. Die Friedensverhandlungen von Braunschweig 1625/26. S. 369—398.

Sechstes Buch.

Der Beginn des Kampfes bis zur Schlacht von Rosslau.

Das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel unter Herzog Christian. S. 398—407. Herzog Christian von Celle und sein Bruder Georg. S. 407—413. Der Herzog von Weimar im Stift Osnabrück. S. 413—415. Die Stadt Goslar. S. 415—418. Christian von Braunschweig und Landgraf Moriz von Hessen. S. 418—427. Mansfeld und Fuchs in der Mark Brandenburg vor der Schlacht bei Rosslau. S. 427—438. Der Einmarsch Mansfelds in das Anhaltische. S. 438—450. Die Schlacht bei Rosslau und ihre Folgen. S. 450—463. Die Stadt Magdeburg. S. 463—469.

Siebentes Buch.

Von der Schlacht bei Rosslau bis zur Schlacht bei Lutter.

Wallensteins Militärdictatur. S. 470—481. Wallenstein und Tilly nach der Schlacht bei Rosslau. S. 482—490. Die Conferenzen zu Brüssel. S. 490 bis 495. Die Beziehungen Christians IV. zu Frankreich und England vom Anfang des Jahres 1626 bis zur Schlacht bei Lutter. S. 495—518. Anlässe und Vorbereitungen zu Mansfelds Abmarsch nach Schlesien. S. 518—533. Die Eroberung Mündens durch Tilly und die Belagerung und Einnahme der Stadt Göttingen. S. 534—544. Der Sieg des Grafen Fürstenberg bei Rössing. S. 544—546. Der obersächsische Kreistag von Leipzig. S. 546—551.

Achtes Buch.

Von der Schlacht bei Lutter bis zum Schluß des Jahres 1626.

Wallensteins Vorbereitungen zum Aufbruch nach Schlesien. S. 551—558. Die Schlacht bei Lutter am Barenberge. S. 558—568. Die Wirkungen der Schlacht bei Lutter im niedersächsischen Kreise. S. 569—573. Der Rückzug des Königs von Dänemark und die letzten Kriegsereignisse in Niedersachsen. S. 573—580. Mansfelds Zug nach Schlesien. S. 580—586. Bethlen Gabors Vereinigung mit den deutschen Armeen und sein Waffenstillstand. S. 586—599. Der Rückzug der deutschen Truppen nach Schlesien. S. 599—604. Wallensteins Pläne und die Gegner des Hauses Habsburg. S. 604—616.

Erstes Buch.

Das Reich und die auswärtigen Mächte in den ersten Monaten des Jahres 1624.

Mansfeld und die Grafschaft Ostfriesland.

Die enge Verbindung, in welcher der König Christian IV. von Dänemark mit dem herzoglichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel und dem Bisthum Halberstadt stand, und die Niedergeschlagenheit und Ohnmacht der niedersächsischen Kreisstände hat sein Einschreiten in Niedersachsen nicht unmittelbar und hauptsächlich veranlaßt. Obwol der König die Verpflichtung recht lebendig fühlen mochte, in dem Kreise seine augenblicklichen Interessen, die sogar in Geldeswerth ausgedrückt werden konnten, ebenso wie seine Ansprüche auf die Zukunft zu wahren, hat er sich doch in den ersten Monaten des Jahres 1624 weislich gehütet, durch ein vorschnelles und thatkräftiges Auftreten gegen das Haus Habsburg und seine deutschen und außerdeutschen Bundesgenossen beide auf das Spiel zu setzen. Ja eine Zeit lang scheint er eher des Glaubens gewesen zu sein, daß es ihm gelingen könnte, die ihm wie von selbst zugefallene Aufgabe eines Schutzherrn des norddeutschen Protestantismus, wie seiner insonderheit die Stifter bedurften, in einem friedlichen Zusammengehen mit der Kaisergewalt durchzuführen.

Auch hielt ihn natürlich die Erwartung, welche Stellung die auswärtigen Mächte nun zu den deutschen Dingen nehmen würden, längere Zeit zurück. Schon im Jahre 1623 muß sich ihm die Erkenntnis aufgedrängt haben, daß die Wirren des Reichs nach der Schlacht von Stadtlohn schwerlich ohne eine noch tiefere und nachdrücklichere Einmischung des Auslands irgend einer Entscheidung entgegengeführt werden konnten. Oder hatte die militärische Stellung Tillys nach diesem Kampfe nichts Beunruhigendes für die Niederlande? Konnten nun die geeinigten

habsburgisch-ligistischen Streitkräfte nicht einen Reichskrieg gegen die abgefallenen Provinzen eröffnen, dessen Gelingen dem Kaiser zugleich ein Object in die Hände gegeben hätte, mit welchem er die spanischen Ansprüche auf die Unterpfalz zufrieden zu stellen vermochte?

Und je weiter sich England von Spanien entfernte, um so geringer wurde doch auch die Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich in der alten wolwollenden Neutralität gegen die katholischen Glaubensgenossen in Deutschland verharren werde. Wie leicht konnte sich an der veltliner Frage Frankreichs Eifersucht auf Spaniens Einfluß in Deutschland und seine Besorgnis für die eigene Sicherheit im ganzen westlichen Grenzgebiet von Neuem entzünden!

Schon unmittelbar nach der Schlacht von Stadtlohn aber bot sich Christian IV. eine Veranlassung, seine mehr vermittelnde Thätigkeit auch außerhalb des niedersächsischen Kreises zur Geltung zu bringen. Denn vielleicht hat er gerade damals seine Aufmerksamkeit noch mehr als auf diesen, dem unglücklichen, unter den empörenden Gewaltthätigkeiten der Mansfelder leidenden ostfriesischen Ländchen zugewendet.

Mansfeld blieb, auf Frankreichs Veranlassung von den Generalstaaten widerholt unterstützt, in Ostfriesland stehen, obwol Frankreich seine Differenzen mit Spanien wegen des Veltlins schon längere Zeit ausgeglichen hatte. Das spanische Cabinet setzte es durch, daß der Papst Gregor XV. einem Abkommen seine Zustimmung ertheilte, nach welchem dem Papste selbst alle angefochtenen Besitzungen der Spanier im Veltlin überwiesen wurden. Auch Ludwigs XIII. Zustimmung wurde durch Sillery und Puisieux für diesen, die katholische Confession im Veltlin sichernden Ausgleich gewonnen. Frankreichs Entschlüsse beeinflußten dann die Maßnahmen der Venetianer, und so rückte denn Gregors XV. Bruder, der Herzog von Fano, schon im Mai des Jahres 1623 mit 1,500 Mann Fußvolk und 500 Reitern in das Veltlin[1] ein. Freilich war Spanien hierbei das für unser Vaterland verhängnisvolle und auch für Frankreich bedrohliche Recht eingeräumt worden, Truppen durch das Veltlin nach Norden zu führen. Vielleicht gerade aus diesem Grunde forderten Maximilian von Baiern und auch der Kaiser selbst von Ludwig XIII. die Entlassung Mansfelds, aber ohne jeglichen Erfolg. Erst im September schrieb der französische Bevollmächtigte in Ostfriesland, Montereau, daß der Graf auf den Wunsch des Königs zur Abdankung seiner Truppen geneigt sei, und bat zugleich um die Abberufung der Franzosen.

1) Sprecher I. 450.

Zu dieser Entschließung hat wol die Annäherung Tilly's an die Niederlande die Hauptveranlassung gegeben. Der ligistische General besetzte schon am 12./22. August das von den Mansfeldern aufgegebene und geplünderte Meppen und forderte am 15. August den ostfriesischen Grafen Enno auf, die günstige und so unerwartete Gelegenheit zur Befreiung seines Landes mit beiden Händen zu ergreifen. Allein der Graf ließ demselben durch die Stände eine ablehnende Antwort ertheilen.[1] In ähnlicher Weise beschied den General auch die Stadt Emden. Ja dieselbe wandte sich darauf direct an die Generalstaaten, welche sofort Stadt und Hafen stark besetzten und auch Jahde und Weser durch ihre Kriegsschiffe sperrten. Bald lagerte sich indessen Tilly in der Nähe von Cloppenburg und ersuchte nun den Grafen Anton Günther von Oldenburg um eine persönliche Zusammenkunft und um die Oeffnung seines Landes. Mit Mühe erlangte dieser, der sich schleunigst an Christian IV. gewendet hatte, einen kurzen Aufschub.

Mansfeld aber hatte unterdessen seine Truppen in einer Anzahl von 14,000 M. zu Fuß und 4,000 bis 5,000 Pferden bei Leer versammelt, das ganze Land zwei Meilen weit unter Wasser gesetzt, und gab sich eine Zeit lang den Anschein, als ob er sich nach Holland einschiffen wollte. Bald nahm er jedoch seine früheren Quartiere wider ein. Da die Vermittelung des Königs von Dänemark auf sich warten ließ, machte Tilly am 24. August wirklich Anstalt, durch das Oldenburgische nach Ostfriesland durchzubrechen. Schon war er bis Warburg vorgerückt, als die Vermittelungsversuche des Grafen von Oldenburg durch den dänischen Gesandten Heinrich v. Rantzau wirksam unterstützt wurden. Der letztere ersuchte Tilly, sich noch kurze Zeit zu gedulden, und machte sich anheischig, im Verein mit Oldenburg, dem Grafen Enno und den ostfriesischen Ständen Mansfeld zum Abzug zu bewegen. Tilly bewilligte darauf einen Aufschub von 8 Tagen.

Die Generalstaaten waren nach der Annäherung Tillys in der Unterstützung des Generals, welcher nun bereits Monate lang ihr Gebiet schützte, noch vorsichtiger geworden.[2] Auch waren sie auf Mansfelds Gesuch vom 19./29. Aug., ihm sofort mitzutheilen, worin er nach dieser Veränderung der Sachlage ihnen dienen könne, die Antwort schuldig geblieben, so daß sich der Graf Anfangs September genöthigt sah, seinen

1) Winkelmann, Oldenburgische Friedens- und der benachbarten Oerter Kriegshandlungen 169 ff.

2) Vgl. hierüber Villermont II. 419 ff. Arend, Geschiedenis III., 3. S. 822 ff.

Agenten Ferenz an sie abzuordnen. Er begehrte Bescheid darüber, ob seine Armee überhaupt noch etwas für sie thun sollte oder nicht, wurde aber auch jetzt noch durch eine ausweichende Antwort hingehalten. Die Staaten erklärten nur, sie hätten die Mündungen der Ems, Weser und Jahde mit ihren Kriegsschiffen besetzt und würden ihn bei einem Kampfe mit Tilly mit Munition und Lebensmitteln unterstützen. Von einer Vereinigung holländischer Truppen mit den Mansfeldern, wie man sie früher wol beabsichtigt hatte, ist jedoch jetzt nicht mehr die Rede. Allem Anschein nach fürchteten die Staaten die Folgen eines Kampfes, mochte nun der ligistische Anführer oder Mansfeld als Sieger aus demselben hervorgehen, gleich sehr. Noch größer mag freilich ihre Besorgnis gewesen sein, daß sich Tilly im Erzstift Bremen festsetzen und an der Weser sein Winterquartier aufschlagen könnte. Unter solchen Umständen war es ihnen unmöglich, das von Anholt belagerte Lippstadt zu entsetzen. Und schon meldete sich auch ein kaiserlicher Abgesandter bei ihnen an und forderte die Rückgabe der geistlichen Güter.

Am günstigsten gestaltete sich die Lage der Generalstaaten offenbar, wenn es ihnen gelang, Mansfeld durch einen Vertrag zum Weichen zu bringen. Allein als sich Mansfeld endlich gegen eine Zahlung von 300,000 brabantischen Gulden zum Aufbruch geneigt zeigte, gelang es widerum den vereinten Bemühungen des dänischen und des oldenburgischen Gesandten nicht, die ostfriesischen Stände zu einem Zahlungsversprechen zu bestimmen. Diese beharrten vielmehr bei der Behauptung, die Summe nicht aufbringen zu können, und erklärten endlich Rantzau am 8/18. Sept. geradezu, daß sie nur durch Vermittelung der Generalstaaten sich ihrer Peiniger zu entledigen hofften.

Sicherlich ist dieser Entschluß der Stände, über welchen sich der dänische Bevollmächtigte ziemlich verstimmt äußerte, dem Einflusse des Grafen Ernst Kasimir von Nassau, welcher an diesen Verhandlungen persönlich Theil nahm, in erster Linie zuzuschreiben. Da man im Haag bereits davon unterrichtet war, daß Graf Enno Christian IV. ersucht hatte, ihn samt seinem Lande in seinen Schutz zu nehmen, so erhielt der holländische Gesandte Schaffer geradezu die Weisung, dies zu verhindern und den Staaten namentlich Emden zu sichern. Mansfeld hatte sich damals an die Küste in das Städtchen Gretsiel zurückgezogen und seine Stellung abermals durch Eröffnung der Teiche gesichert.

Nachdem aber auch diese letzten Verhandlungen erfolglos geblieben waren, schien Tilly mit seinem Marsch durch das Oldenburgische wirklich Ernst machen zu wollen. Da rettete die männliche Ansprache des Grafen Anton Günther, der von Ernst Kasimir die bestimmte Zusage erhalten

hatte, daß die Staaten den Eindringling zum Aufbruch nöthigen würden, und die Weisungen Maximilians von Baiern, sich nicht an den niederländisch-spanischen Kämpfen zu betheiligen, die Grafschaft Oldenburg und vielleicht auch Tillys Armee.[1] Noch im September trat dieselbe ihren Rückmarsch an.

Unter diesen Verhältnissen kann es freilich nur Staunen und Befremden erregen, daß Mansfeld im Lauf des Octobers, nachdem, wie es scheint, von Neuem französische Gelder gezahlt worden waren, seine Truppen sogar noch verstärkte. Auf Veranlassung der Generalstaaten ließ ferner Christian von Braunschweig diejenigen Mannschaften, welche sich noch unter seinen Fahnen befanden, durch den Grafen von Stirum nach Friesland führen und schloß am 2./12. October 1623 zu Gretsiel einen förmlichen Dienstvertrag mit Mansfeld. In diesem machte er sich anheischig, bis zum 24. October a. St. 15 Cornet Cavallerie und 8 Compagnien Fußvolk, jede zu 300 M. zu stellen und behielt sich vor, noch 9,000 M. werben zu lassen. Der Herzog von Braunschweig übernahm in dieser vereinigten Armee zunächst nach Mansfeld das Commando, mußte sich aber, selbst wenn er ein besonderes Corps befehligte, im Betreff der Märsche und Kriegsunternehmungen dem Grafen unterordnen. Die so vereinigten Truppen sollten eine Armee im Dienst des französisch-savoyisch-venetianischen Bundes und der gemeinen Sache bilden und von Mansfeld besoldet werden. Herzog Christian aber verpflichtete sich mit seinen Schaaren in dieser Verbindung zu bleiben, bis die ganze Armee an dem ihr von ihren Oberherrn bezeichneten Punkte angelangt sein würde: von da ab stand es ihm frei, zu bleiben oder sich von Mansfeld zu trennen. Aus einer Denkschrift für Ferenz vom 4./14. Oct., welcher Friedrich V. und seine Gemahlin bestimmen sollte, ihren Einfluß bei den Generalstaaten dahin geltend zu machen, daß Mansfeld Lewenberghen eingeräumt werden sollte, geht auch die Verwendung hervor, welche Christian von Braunschweig in dieser neuen Vereinigung zugedacht war. Derselbe war angewiesen, sich mit einer Armee von 12,000 M. (!) Fußvolk und 3,000 Reitern nach Baiern zu begeben, um hier die Wurzel alles Uebels aufzusuchen. Hierzu wollte Mansfeld Christian nach Kräften seine Unterstützung zu Theil werden lassen, falls er seinen Rathschlägen eine Zeit lang folgen würde. Noch immer waren übrigens beider Streitkräfte nicht unbeträchtlich: Mansfeld besaß immer noch an 12,000 M. Fußvolk und 5,000 Reitern, der Herzog von Braunschweig befehligte 3,000 M. zu Fuß und einige Compagnien Pferde. Ein sehr beträchtlicher Artillerie-

1) Winkelmann a. a. O. 176.

park — man wollte ihn auf 34 Geschütze schätzen — und sogar eine Schiffbrücke kam noch außerdem hinzu.

Allmählich scheint jedoch auch Mansfeld die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß Frankreich für seine Unterhaltung nichts mehr aufwenden wollte. Bald mußte er sich gegen einen französischen Untersuchungscommissar verwahren und forderte endlich Ferenz abermals zu einer schleunigen Reise nach Paris auf, um die Fortdauer der monatlichen Soldzahlungen bis Weihnachten, wo er zu marschieren gedachte, auszuwirken. Da kündigte ihm Du Maurier, der französische Gesandte im Haag, am 6. Nov. n. St. den bevorstehenden Abzug der französischen Truppen an und widerrieth seinem Agenten die Fortsetzung der Reise nach Frankreich. Mansfeld widersetzte sich nun, obwol ihm Du Maurier die Erfüllung seiner Forderungen im Allgemeinen zusagte und ihm bemerklich machte, wie werthvoll ihm die Gnade Ludwigs XIII. auch für die Zukunft sein müsse, trotzdem dem Abmarsch der Franzosen auf jegliche Weise und ließ sogar mehrere Soldaten, welche nur durch Desertion dem Befehle ihres Königs folgen konnten, aufhängen. Am 29. November reiste jedoch Montereau vom Haag ab, um die französischen Truppen abzulohnen und einzuschiffen. Diese hatten sich sogar empört, eine Abtheilung derselben Leer geplündert, eine andere Stickhausen den Abgeordneten der Generalstaaten übergeben. Zuletzt waren nur noch etwa 800 M. übrig, welche mitten in der Winterkälte vom 14.—29. December von Norden durch die Veluwe und Stift Utrecht nach Holland geführt wurden, wo sie die Schiffe bestiegen, die sie in die Heimat zurückbrachten.

Und aller dieser Verhältnisse ungeachtet wurde Mansfelds Bestellung im November abermals erneuert.[1] Nachdem Bethlen Gabor sich endlich auf den Weg gemacht hatte, sollten beide nun widervereinte Kriegsfürsten ihn durch eine Bewegung vom Nordwesten des Reichs her unterstützen, welche freilich das schnelle Einlenken des Fürsten von Siebenbürgen bald vereitelte.

Doch jetzt war auch den Ostfriesen der Muth, sich nöthigen Falls mit gewaffneter Hand der Landplage zu erwehren, gewachsen. Schon im August hatte der ständische Ausschuß den Beschluß der Landesvertheidigung gefaßt. Man begann den Mansfeldern die Lebensmittel, selbst die von den Generalstaaten gesendeten, wegzunehmen. Als der Graf vorsichtiger Weise seine Beute an Gold, Silber, Glocken und Geschütz auf zwei holländischen Schiffen in Sicherheit bringen wollte, wurden die Fahrzeuge

1) Edward Herbert an Thomas Roe, Paris 20. Nov. 1623. Roe, Negotiations S. 196—198.

in Emden ihres Inhalts beraubt und die ganze Beute auf Veranlassung des Grafen Enno von der Stadt unter Siegel gelegt. Daher kam es zwischen dieser und dem Grafen zu wirklich kriegerischen Auftritten; Mansfeld griff, weil ihm Emden außerdem die Zufuhr sperrte, Larrelt an und versuchte daselbst Befestigungen anzulegen, die jedoch von der Stadt nicht geduldet wurden. Darauf verwüstete der ergrimmte Söldnerführer Larrelt und die ganze Küste bis nach Emden. Als man endlich durch Oeffnung der Schleußen und Dämme das Land unter Wasser setzte, sah sich Mansfeld von Neuem genöthigt, die Herrschaft Kniphausen zu besetzen und brachte dadurch Oldenburg abermals so in Gefahr, daß Anton Günther sich förmlich im Haag beschwerte und mit aller Energie auf Entfernung des Generals drang.

Ein holländischer Gesandter, der endlich in Delfziel erschien, that wenigstens der Fortsetzung der offenen Feindseligkeiten zwischen den Ostfriesen und dem General Einhalt. Durch Heinrich Rantzau wurde die Herschaft Kniphausen wider befreit. Die Erledigung Ostfrieslands aber zog sich bei den von den Generalstaaten gestellten Bedingungen noch weiter hinaus. Die Staaten machten sich allerdings zuletzt anheischig, die Mittel zu Mansfelds Abzug aufzubringen, suchten aber dafür in den Landeseinkünften Ostfrieslands ein Unterpfand und erhoben sogar Ansprüche auf alle gräflichen Häuser und Besitzungen. Dagegen erhob sich jedoch die ganze Landschaft und erklärte von den bedingungsweise versprochenen 150,000 Gulden nun keinen Heller geben, sondern dies „ungehaltene Volk“ auf anderem Wege entfernen zu wollen. In einem Beschwerdeschreiben an Mansfeld forderten sie die unverzügliche Entlassung seiner nun herrenlosen Truppen.

Da schien es, als ob Mansfeld sich mit Waffengewalt neue Quartiere suchen wollte. Der Oberst Limbach machte sich am 18. Dec. a. St. mit vier Regimentern auf und erschien Tags darauf vor dem münsterischen Städtchen Friesoythe. Als er das Ansinnen an dasselbe stellte, sich zu ergeben, wurde er, obwol die Besatzung nur 200 M. stark war, abgewiesen. Hierauf versuchte er den Ort in zwei nächtlichen Angriffen zu überrumpeln. Als jedoch ein neuer Sturm am Morgen des nächsten Tages mißglückte, zogen sich die Mansfelder in das Dorf Oltenoythe zurück, um daselbst Verstärkungen zu erwarten. Allein zu ihrem Unheil näherte sich der Oberst Erwitte mit 3,000 M. von Cloppenburg her und begann den Angriff. Nachdem die Mansfelder den Ort angezündet hatten, warfen sie sich nach einem Verlust von mehr als 150 Todten und 200 Gefangenen und Vermißten in den durch hohe und starke Mauern geschützten Kirchhof. Erwitte dagegen ließ am folgenden Tage alle

Wagen aus Friesoythe aufbieten, mit Mist beladen und durch die gefangenen Mansfelder an die Kirchhofsmauer heranführen. Er gedachte eine förmliche Belagerung zu eröffnen. Da zogen es die Mansfelder doch vor, den Ausgang nicht abzuwarten. Sie übergaben Fahnen, Gewehre und Gepäck, die Reitpferde der Obersten allein ausgenommen, ohne Schwertstreich den Feinden und wurden darauf selbst nach Friesoythe abgeführt.

Diese Niederlage erhöhte aber nicht nur die Zügellosigkeit der mansfeldischen Schaaren, sondern verminderte auch das Vertrauen der Führer auf die ihnen untergebenen Mannschaften. Der allgemeine Nothstand wurde endlich durch neue Zwistigkeiten Mansfelds und Christians von Braunschweig erheblich gesteigert. Der Herzog sah ein, daß auf kriegerische Unternehmungen zunächst eben so wenig wie auf Unterstützungen von Seiten Frankreichs und der Niederlande zu rechnen sei, und mußte sich daher schon aus Geldmangel zu der von dem dänischen Oheim vermittelten Abdankung verstehen. Den von seinen nächsten Soldherren verlassenen Mansfeld gaben nun aber auch die Generalstaaten auf. Es war vergebens, daß derselbe noch im December Moriz von Oranien das Anerbieten machen ließ, entweder im Auftrage der Staaten in Holland zu bleiben, wenn man ihm die Mittel dazu anweise, oder unter dem Schutz der vereinigten Provinzen irgend wohin aufzubrechen, wenn es sich ohne Gefahr thun lasse. Für die Generalstaaten war offenbar nur die vollständige Entwaffnung gefahrlos und vortheilhaft zugleich.

Am 2. Jan. 1624 (a. St.) schlossen dieselben endlich durch ihre Abgeordneten Oetgens, Aylva, v. d. Mark und Schaffer einen Vergleich, um welchen sich namentlich auch der Graf Ernst Kasimir von Nassau Verdienste erworben hat. Mansfeld lieferte den Holländern die Festungen Gretsiel, Stickhausen, Fredenburg, Esens und Wittmund gegen die Summe von 300,000 Gulden aus. Die Hälfte dieser Abfindungssumme wurde sofort baar erlegt, die andere wollten die Holländer später entrichten. Dafür mußte Mansfeld seine Mannschaften, die zuletzt etwa noch 4,000 R. und 500 M. z. F. betrugen, im Laufe von ungefähr 10 Tagen abdanken, was er auch wirklich zu Stickhausen gethan hat. Der größte Theil dieser Truppen wurde sofort von den Generalstaaten in Dienst genommen. Von seiner in Emden zurückgehaltenen Kriegsbeute bekam Mansfeld 28 Geschütze und die Ausrüstungsgegenstände für 1,000 Mann, auf welche der Graf von Ostfriesland Ansprüche erhob, nicht zurück. Mansfeld begab sich darauf als Privatmann nach Holland, nachdem er noch in der letzten Zeit mit der Infantin über seinen Austritt aus der Reihe der Gegner des Hauses Habsburg verhandelt hatte.

So hatte also aus der Einlagerung Mansfelds in Ostfriesland nicht der König von Dänemark, sondern die Generalstaaten Vortheil gezogen. Sie hatten ihre Vertheidigungslinien abermals weiter vorgeschoben und ohne Rücksicht auf die höchste Reichsautorität feste Punkte in der ostfriesischen Grafschaft in Besitz genommen. Aber sie handelten hierbei doch im Einvernehmen mit einer friesischen Partei und zum Theil auch mit Graf Enno selbst.

Tillys Einlagerung in Hessen-Kassel.

Die unglücklichsten Folgen hatte die Niederlage der braunschweigischen Armee bei Stadtlohn zunächst für den schwankenden Moriz von Hessen und seine unschuldigen Lande. Schon am 20./30. Sept. 1623 hatte Tilly von Lauenburg aus um Quartier nachgesucht, welches der Landgraf nach langem Sträuben seinen Räthen endlich nachgebend bewilligte. Auf einem sehr schwach besuchten Landtage zu Kassel, wo dieselbe Kleinmüthigkeit das große Wort führte, einigte man sich, Commissare an den Feldherrn des kaiserlich-ligistischen Heeres abzusenden, einen Theil der eignen Truppen zu entlassen und in der drohenden darmstädter Angelegenheit die Erbverbrüderten anzurufen. Allein Tilly überzog das Land noch während dieser Berathungen mit sieben Regimentern und zwar, wie Moriz mit Recht behauptete, ganz ohne kaiserlichen Befehl, denn erst später scheint eine Weisung, welche auf „Durchzug und kurzen Aufenthalt weniger Regimenter“ lautete, eingetroffen zu sein.

Moriz selbst war es nun vollständig klar geworden, daß die hessischen Stände eine Bewegung gegen den Kaiser und die Liga niemals unterstützen würden; nur auf das Landvolk konnte er zählen. Obwol er erklärte, einen Beschluß der Stände auf Abdankung der Truppen für eine Weisung ansehen zu müssen, „mit den Seinigen aufzupacken und Land und Leute zu verlassen,“ haben ihn diese ungeachtet der Einsprache des Landgrafen Wilhelm widerholt gefaßt.[1]

Tilly rückte mit seinem ganzen Heere aus dem Paderbornischen herein und nahm bald seinen Aufenthalt in Hersfeld. In der Umgegend von Marburg quartierte sich der Spanier Don Philipp von Avantaño mit seinen aus Romanen, Slaven und Magyaren bestehenden Schaaren ein. Auch Marburg wurde besetzt: nur auf dem Schlosse selbst behauptete sich bis ins nächste Jahr der hessische Oberst Winter. Das waldeckische

1) Anders Rommel VII. 561.

Corbach dagegen eroberte unter großen Greueln der Oberst Mortaigne. Ganz Hessen mit Ausnahme der festen Plätze befand sich nach kurzer Zeit in Tillys Händen. Nur die Feste Rheinfels sicherten die Hauptleute Hippolytus Castiglione zu Eppstein, einer der vertrautesten Diener des Landgrafen, und Johann v. Uffeln ihrem Landesherrn. Der Landgraf aber zog es unter solchen Umständen vor, das Weite zu suchen. Er überwies die ihm gebliebenen landesherrlichen Befugnisse seinem Sohn Wilhelm als Generalstatthalter, setzte ihm zwei Geheime Räthe und einen Generalkriegscommissar zur Seite und begab sich dann nach Anhalt zum Fürsten Ludwig, um bei diesem und dem benachbarten Christian Wilhelm, ferner dem Kurfürsten von Sachsen Hilfe zu suchen. Sie wurde ihm natürlich nicht zu Theil: auch der Kurfürst von Sachsen nahm sich seiner nicht an und soll sogar einem persönlichen Zusammentreffen mit ihm sorgfältig ausgewichen sein.

Die Ritterschaft, welche sich von den letzten Landtagen fast gänzlich fern gehalten hatte, versammelte sich darauf zu Hersfeld, wo sie nicht nur Tilly die gewünschten Zusagen im Betreff der Abdankung der Truppen machte, sondern auch eine besondere Devotionserklärung an den Kaiser richtete und Johann Georg von Sachsen um Vermittelung bat. Sie war fest davon überzeugt, durch ihre rechtzeitige Nachgiebigkeit das Loos des Landes zu erleichtern.

Vergeblich versuchte indessen Landgraf Wilhelm in einer persönlichen Zusammenkunft, Tilly wenigstens von der Occupation Oberhessens zurückzuhalten: er mußte schließlich im Auftrage seines Vaters doch die Landschaft herausgeben, in deren Besitz Tilly darauf den lutherischen Landgrafen Ludwig wirklich gesetzt hat (März und April 1624). Aber auch hiermit war der niederhessischen Ritterschaft noch nicht Genüge geschehen: sie forderte bald darauf von ihrem Landesherren eine noch vollständigere Fügsamkeit gegen den Kaiser[1] und wollte sogar seinen vertrauten Rath, Wolfgang Günther, weil er die Ritterschaft die Brücke genannt hatte, über welche Tilly ins Land gezogen sei, zur Strafe ziehen. Als der Landgraf darauf die Ritterschaft des Aufruhrs bezichtigte, suchte diese die

1) „So ist dießem ohnausſprechlichen Unheil anders nicht abzuhelffen oder zu begegnen, alß daß E. F. G. dermahleins sich selbst überwinden, allen menſchlichen Reſpect ablegen und aus den Augen setzen, sich dem lieben Gott und seiner Schickung, alß ohne dessen väterliche Providentz und Willen uns kein Haar von unßerm Haupt fallen kann, geduldig untergeben, und weil bißher ausdrücklich verlautet worden, daß ohne E. F. G. gebührende Accommodation bey Kayſ. Maj. die Totalerledigung nicht geſchehen dürffte, E. F. G., waß sie dießfalls schuldig, ahn nichts ermangeln laſſen.“ Rommel VIII. 689.

Sache zu einer gemeinsamen Angelegenheit der ganzen ober- und niederhessischen Ritterschaft zu machen.

So schien denn auch dieses kleine Staatswesen mit raschen Schritten seiner Auflösung entgegen zu gehen. Freilich hat nun wol Ferdinand II. Maximilian die Räumung Hessens widerholt anempfohlen und hat auf das Drängen der Ritterschaft seinem Willen auch wol einen energischeren Ausdruck gegeben. Allein durchgedrungen ist er weder jetzt noch später.

Tillys Rückkehr nach Hessen begründeten zunächst militärische Rücksichten. Maximilian hielt den Kampf gegen das Ende des Jahres 1623 noch keineswegs für beendet, sondern glaubte, Mansfeld und Braunschweig würden vereint oder getrennt einen neuen Versuch zur Unterstützung Bethlen-Gabors unternehmen.

Einen kaiserlichen oder auch nur kurfürstlichen Befehl zum Einmarsch scheint jedoch der ligistische General wenigstens vor dem October 1623 nicht erhalten zu haben.[1] Er selbst kann nur sagen, daß „die höchste Nothwendigkeit und das Staatswohl" den zeitweiligen Aufenthalt der kaiserlichen Armee in diesem Grenzgebiet erfordere. Noch am Tage vor Weihnachten warnt er den niedersächsischen Kreis in einem ausführlichen Schreiben, sich nicht wider hinter das Licht führen zu lassen und an denselben gefährlichen Stein zu stoßen und erklärt den gerade zu Lüneburg versammelten Ständen, er sei einzig und allein in ihrer Nähe, um ihnen gegen die beiden allgemeinen Friedensstörer sofort beizuspringen. Hätte man ihr Einverständnis mit Bethlen Gabor nicht in Erfahrung gebracht, so hätte ja das Heer abgedankt werden können.

Tilly selbst war entschlossen, dem Feinde entgegen zu gehen, wo er sich auch zeigen würde, und nur seine leere Kriegskasse machte ihm einige Sorge. Die Cavallerie und die Infanterie im Stift Münster hatte nur 3 Monate, die vier Regimenter Infanterie in Hessen einen Monat Sold, die in Hessen liegende Reiterei aber gar nichts erhalten: das Stift Münster war bereits von Proviant entblößt.[2]

Diese neue Stellung des katholischen Heeres rief jedoch die ernstesten Bedenken, ja sogar Beschwerden nicht nur der protestantischen, sondern auch der katholischen Fürsten hervor. Köln beklagte sich über nur 2 Compagnien, welche in das Stift Paderborn, und eine, welche in das Stift Münster gelegt war. Noch weniger zu einer weiteren Unterstützung

1) In seinem Gesuch vom 8. Oct. an Moriz beruft er sich nicht auf einen solchen. Concept- und Copialbuch des mainz. Raths Oland im Kgl. Staatsarch. zu Magdeburg S. 218.

2) Tilly an Maximilian, Hersfeld 22. Dec. 1623. Oland S. 425.

der Bundesarmee war Trier geneigt. Nur gegen die Befreiung von Einquartierung wollte es weiter beitragen: trat dagegen zu der Zahlungsverpflichtung auch noch die letztere hinzu, so wollte es die Union quittieren und das Uebrige Gott und der Zeit befehlen. —

Tilly nun war sich des großen, der kaiserlichen und der katholischen Sache geleisteten Dienstes wol bewußt und keineswegs geneigt, sich nur an den Strahlen des Ruhmes zu sonnen. Nach der Schlacht von Stadtlohn hat sich der Gouverneur von Mastricht, La Moterie, bei ihm mit Aufträgen der Infantin eingefunden, welchen er durch die Ueberreichung „eines wol 20,000 Reichsthaler werthen Kleinots" Eingang verschaffen wollte. Später wendete sich der bairische General geradezu mit der Bitte an Ferdinands reiche Liberalität und Milde um eine besondere Begnadigung, durch welche der Kaiser ihn „mehr und mehr festiglich obligieren und verknüpfen konnte." Er hatte sich als ein solches „kräftiges incentif" die böhmische Stadt Leutmeritz ausersehen, wollte sich jedoch auch mit einer Anweisung auf pfälzische oder oberöstreichische Güter begnügen. Ausdrücklich betont er, daß das Vertrauen auf die Dienste, welche er der katholischen Sache und der Befestigung des kaiserlichen Throns erwiesen habe, ihm den Muth zu dieser Bitte gewähre.[1]

Mitte Januar wurde Tilly durch Verhandlungen über Ostfriesland in Anspruch genommen, durch welche er die Auslieferung der Festungen und übrigen Plätze zu erlangen hoffte. Er schrieb hierüber einen langen Brief an seinen Herrn (18. Jan.). Auch die Ablohnung und Entlassung der Kriegsvölker des Herzogs Christian, welche der Graf von Oldenburg leitete, beschäftigte ihn damals. Diese Verhältnisse veranlaßten ihn zu einer Reise in das Stift Münster, wo er mit dem Grafen zu Oldenburg in Wildeshausen eine Besprechung hatte, in welcher auch der Unterstützung Christians IV. und des niedersächsischen Kreises gedacht wurde.

In der Umgebung Tillys glaubte man übrigens zu Anfang des Jahres 1624, daß Herzog Christian wider im Braunschweigischen angelangt sei und Werbungen veranstalte, und war der Meinung, daß die Einquartierung des katholischen Heeres im Stift Halberstadt nun um so sicherer und in um so kürzerer Frist erfolgen werde.

---

1) Concept- und Copialbuch des kurmainzischen Raths Oland. S. 41, 439.

Der Kreistag von Braunschweig.

Nachdem bereits im Jahre 1623 Tilly sowol bei dem Vormarsch als bei dem Rückmarsch das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel arg mitgenommen hatte, fielen im Januar 1624 spanische Reiter, eine Compagnie rietbergisches Volk, in das Amt Polle ein. Im Auftrage Christians von Celle begab sich darauf Adolf v. Bahlen zum Grafen Johann von Ostfriesland und Rietberg selbst, um sich auf die dem Kreise von der Infantin im vorigen Jahre ertheilte Neutralitätsversicherung[1] zu berufen. Er verlangte Abführung aller Spanier aus dem Braunschweigischen und dem Stift Minden und drohte — sonderbar genug — die Kaiserlichen gegen die Spanier zu Hilfe zu rufen. Der Graf Johann von Rietberg, welcher sich damals gerade in Bielefeld befand, stützte sich dagegen auf seinen besonderen Befehl, den er aber nicht vorzeigen wollte, und gab vor, daß er seine Armee in die Grafschaft Ravensberg führen sollte und zwar nicht im Dienste des Königs von Spanien, sondern des Kaisers. Die Confusion sei nicht ihm, sondern Tilly anzurechnen, welcher das Ravensbergische noch nicht geräumt habe.

Tilly selbst aber richtete auf die Bitte des Administrators von Magdeburg und beider welfischen Herzöge von Wolfenbüttel und Celle ein ernstes Mahnschreiben an die Infantin, um sie daran zu erinnern, welchen Eindruck es im niedersächsischen Kreise machen müsse, daß zu derselben Zeit, wo man Mansfeld und Halberstadt entwaffnet habe, ein neues Heer heran rücke. Er unterstützte mit diesem Schreiben die Vorstellungen eines besonderen Bevollmächtigten, welchen die genannten Fürsten damals gerade an die Infantin entsendeten.

In den Grafschaften Hoya, Diepholz, der Herschaft Bruchhausen und im Stift Minden lagen ferner anderthalb Jahre hindurch mehrere Regimenter kaiserliches Volk, so daß Herzog Christian am Ende des Jahres 1624 gestand, es wäre besser für ihn gewesen, diese Drangsale mit 10, ja 12 Tonnen Goldes im Voraus abzukaufen oder selbst 3 Regimenter, jedes zu 2,000 Mann, unterdes zu erhalten.

Und trotzdem ersuchte Tilly auch Friedrich Ulrich zwei oder drei Compagnien zu Fuß und einer gleich großen Anzahl Cavallerie im

1) Vgl. Band I. 385.

Göttingischen Quartier zu geben, und sowol der Erzbischof von Bremen wie auch die Stadt wurden von Anholt mit einem gleichen Geschick bedroht.

Zu derartigen Einlagerungen boten aber die thatsächlichen Verhältnisse des niedersächsischen Kreises damals durchaus keinen Anlaß. Wir sahen, wie sich die Kreisarmee gegen Ende des vorigen Jahres auflöste.[1] Man hatte daher den ligistischen General im Verdacht, daß er einen Anschlag gegen das Bisthum Halberstadt vorhabe, und traf damit auch ganz richtig einen Lieblingsgedanken des im starrsten Confessionalismus befangenen Generals.

Doch behielt Christian von Celle einiges geworbene Volk mit dem Ausschuß und der Ritterschaft beisammen, um Pässe und Festungen gegen alle Feinde des Kaisers zu vertheidigen, wie er wol sagte. Allein auch er fühlte sich so schwach und wehrlos, daß er sogar für den Nothfall auf Tillys Unterstützung rechnete. Ebenso hatte Friedrich Ulrich im Februar 1624 eine Landesdefension, welche aus einigen Regimentern Infanterie und wenigen Compagnien Reitern bestand, auf ein Jahr errichtet, welche jedoch auf dem Landtage zu Salzdahlum (Juli 1624) noch ermäßigt wurde.

Schon im Jahre 1623 hatte sich Christian von Minden mit auffallender Entschiedenheit für den Kaiser erklärt. So lange Vernunft und Athem in ihm sei, wollte er in kaiserlicher Devotion verbleiben. Ferdinand II. suchte nun eine Zeit lang durch ihn seinen jüngeren, gleichnamigen welfischen Stammesvetter an sich zu ziehen: im Verein mit Dänemark, Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm sollte derselbe noch einen Versuch machen, den Herzog für die kaiserlichen Fahnen zu gewinnen. Als Christian dann mit dem Ablauf des Jahres 1623 das Kreisoberstenamt niedergelegt hatte, quittierte einige Monate darauf auch sein Bruder, Herzog Georg, seine militärische Charge bei den Kreistruppen und endlich auch den Dienst Christians IV., und zwar nachdem er sich Tags zuvor um eine Bestallung bei Ferdinand II. beworben hatte.[2] Der Kaiser wies ihn jedoch mit einer Vertröstung auf die Zukunft ab: für jetzt wollte er keine umfangreichen Rüstungen vornehmen.

Große Bestürzung hatte zu Anfang des Jahres Tillys Forderung an Friedrich Ulrich wegen Anweisung von Quartieren in der Umgebung von Göttingen erregt. Die schlimmsten Besorgnisse vor neuen Einlagerungen auch diesseits der Weser wurden wach: man fürchtete um Region und Religion zugleich zu kommen. Selbst den kaiserlichen Versicherungen begegnete man mit offnem Mißtrauen: der Plan der Gegner

1) Band I. 570 ff.
2) K. K. Staatsarchiv zu Wien.

schien zu sein, Spanier und Ligisten diesseits der Weser zu vereinigen, sich der Elbe und Weser zu bemächtigen, um einem Stande nach dem andern, namentlich den Stiftern den Garaus zu machen. Die Lage war um so gefährlicher, als auch die geringste offensive Bewegung die Ueberziehung des Kreises zur unausbleiblichen Folge gehabt haben würde.

Unter diesen Verhältnissen trat im Februar 1624 ein Kreistag zu Braunschweig zusammen, welcher sich zunächst mit der Ablohnung der Offiziere der aufgelösten Kreisarmee beschäftigte. Indessen man war nicht einmal im Stande, den General, Herzog Georg von Lüneburg, zu befriedigen. Den Versuch, abermals eine gemeinsame Armee aufzustellen, haben die Stände natürlich eben so wenig gemacht, wie einer der Fürsten geneigt war, das Kreisoberstenamt zu übernehmen. Die Stelle eines Kreisgenerals wurde nicht wider besetzt, unsers Wissens hat Friedrich Ulrich dieses Amt während dieses Jahres nicht bekleidet.[1] Vergeblich wurde Herzog Christian der Aeltere ersucht, die Bürde der obersten Leitung aller Kreisangelegenheiten, welche im Jahre 1623 so schwer auf ihm gelastet hatte, wenigstens noch bis zum letzten Mai, auf welchen Termin man einen Liquidationstag zu Lüneburg angesetzt hatte, geduldig zu tragen.[2] Die magdeburgischen Räthe hatten jedoch Auftrag, erforderlichen Falls Friedrich Ulrich als seinen Nachfolger vorzuschlagen. Allein auch das Kreisoberstenamt wurde vor der Hand nicht wider besetzt.

Die Forderung Tillys,[3] die Stände möchten dem Kaiser Mittel zur Restitution Ostfrieslands vorschlagen, fand auf diesem Kreistage ebenso wenig Gehör, wie eine Reihe anderer Ansprüche des Kaisers an Christian von Celle. Dieser sollte dem Kaiser und seinem Volke den Pass durch das Lüneburgische offen halten, die Elbbrücke von Magdeburg wahren, in ein gutes Einvernehmen mit Tilly treten und in der ostfriesischen Sache eine Gesandtschaft nach den Niederlanden abordnen.

Ganz im Gegensatz hierzu beantragte man die Abführung des Kriegsvolks aus dem Braunschweigischen und dem Erzstift Bremen, sowie aus Hessen und Westfalen und zwar nicht allein bei den Generälen, sondern auch bei dem Kaiser selbst. Tilly hatte seine eigenmächtige Einlagerung mit der ungenügenden Verpflegung der Truppen in Hessen motiviert. In voller Kenntnis des Verhältnisses, in welchem Tillys Armee zum Kaiser stand, hoben dagegen die Stände hervor, daß gerade dem letzteren am wenigsten mit der Verwüstung eines Fürstenthums gedient werde. Einen

1) v. d. Decken I. 123.
2) Vgl. Band I. 571.
3) Lemgo, 10. Februar.

noch energischeren Protest erhoben sie gegen den Grafen Anholt, der die Einquartierung als eine Last bezeichnet hatte, welche die Stände ohne Weiteres auf sich nehmen müßten. Die Infantin endlich ersuchte man um die Abberufung des Grafen v. Rietberg.

Dem Kaiser gegenüber legte man Berufung auf die correcte Stellung des Kreises zu den Wirren des vorigen Jahres ein und sprach die Hoffnung aus, daß die kaiserlichen Versicherungen nicht durchlöchert und allerhand Deutungen unterworfen oder wol gar umgestoßen werden möchten. Die Beschwerde wurde dem Reichshofrath am 14. Mai übergeben und fand eine durchaus beifällige Aufnahme. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit Maximilian auf das sorgfältigste und eindringlichste zu empfehlen und auch den ausschreibenden Fürsten Christian Wilhelm und Friedrich Ulrich hiervon Mittheilung zu machen.[1]

Auch den König von Dänemark gingen die Stände um seine Unterstützung gegen den Grafen v. Rietberg und seine Spanier an und suchen dann ferner die Hilfe der protestantischen Kurfürsten in der halberstädtischen Sache und der Angelegenheit der bremischen Dompropstei nach. Die Wünsche der Stände in diesen confessionellen Angelegenheiten gehen auf die Beibehaltung des Religionseides und die freie Wahl der Domherrn. Ein katholischer Bewerber um die bremische Dompropstei, Namens Hasenkamp, war dagegen in seinen Bewerbungen auch durch den weltlichen Arm, eben den Grafen v. Anholt, unterstützt worden.

Im Uebrigen war dieser Kreistag[2] seiner politischen Haltung nach durchaus loyal. Es tritt nicht eine Spur einer engeren Verbindung desselben mit auswärtigen Mächten hervor. Christian IV. scheint von seiner Berufung gar keine Notiz genommen zu haben.

Die Ohnmacht des niedersächsischen Kreises.

Trotz der unanfechtbaren Loyalität des Herzogs von Celle und trotz seiner widerholten Bitten wurde dennoch gerade seinem Lande nicht die geringste Erleichterung. Wol scheint der Kaiser persönlich seinem Verlangen nicht abhold gewesen zu sein. Allein er fügte sich vorläufig doch den von Maximilian hervorgehobenen Gründen, bei welchem er sich ausdrücklich Raths erholt hatte. Bei dem Aufenthalte mansfeldischer Offiziere

1) Einige hierher gehörige Schreiben finden sich in der Mecklenb. Apologie (B.) S. 284 ff.

2) Sein Abschied ist vom 16./26. März.

in Bremen und den ausländischen Verbindungen jenes Generals, da ferner Christian von Braunschweig abermals Geld zu Werbungen bekommen habe, rieth dieser noch einige Zeit in den Waffen zu bleiben oder die Abführung der Truppen nur zu befehlen, nachdem Christian von Celle und alle andern Kreisstände versichert hatten, daß sie sich mit dem Kaiser und der katholischen Armee vereinigen und für einen Mann stehen wollten. Unterdes, versehe sich der Kaiser, werde der niedersächsische Kreis mit der Einquartierung noch ein wenig Geduld haben. Dagegen hat nun freilich auch nicht einmal Christian von Celle in dieser Zeit ein Versprechen, sich im schlimmsten Falle Tilly und der katholischen Armee anzuschließen geleistet: derselbe hat vielmehr fort und fort so derbe Mahnschreiben an Ferdinand gerichtet, daß es eine Zeit lang den Anschein hatte, als ob er schließlich doch seine bisherige neutrale Stellung aufgeben würde.

Und dazu hätten ihm auch die traurigen Verhältnisse in seinem Lande hinreichende Veranlassung geboten. Die Aecker lagen unbesät, 14 Aemter waren öd und wüst, die Bauern entlaufen. Nun äußerten viele ihre Meinung ganz offen dahin, daß man die Kreistruppen nicht hätte entwaffnen, sondern vielmehr verstärken und die in der Goldnen Bulle erlaubten Mittel des Widerstands ergreifen sollen. Und da gerade Christian der Aeltere seine Mitstände bewogen hatte, von jedem offensiven Vorgehen zunächst Abstand zu nehmen, so rückte man ihm nun vor, wie schlechten „Respect" er durch seine Treue erlangt habe. Wahrscheinlich um den Kaiser persönlich zur Rückberufung des tillyschen Heeres zu bestimmen, hatte derselbe übrigens Anfang März sogar einen besonderen Botschafter, Dr. Georg Fischer, an ihn entsendet. Schon jetzt bedrängten Noth und Mangel diese fruchtbaren und sehr gut bebauten Striche des nördlichen Deutschlands in empfindlicher Weise. Da Tilly vom niedersächsischen Kreise einen großen Theil seines Proviants bezog, und die Nachwehen der Münzwirren immer noch nicht verschwunden waren, so stiegen die Getreidepreise trotz der Schranken, welchen der freie Verkehr unterlag, auch in den diesseits der Weser von der tilly'schen Armee noch unberührten Quartieren. Jenseits derselben war bereits im Februar alles aufgezehrt. Wie außerordentlich drückend aber diese tillysche Einquartierung trotz der anfänglichen Selbstverpflegung der Truppen auf den Einwohnern gelastet haben muß, ersieht man aus einer noch dem vorigen Jahre angehörigen Verpflegungsordre. Dieselbe gestand dem Rittmeister täglich 4 Maß Wein, 20 Maß Bier, 20 Pfund Brot, 12 Pfund Fleisch, 2 Hühner und — ein halbes Schaaf oder Kalb zu. Ja auch ein reformierter Rittmeister-Lieutenant oder Cornet, ferner ein Quartier-

und Wachtmeister sollte täglich 2 Maß Wein, 10 Maß Bier, 10 Pfund Brot, 6 Pfund Fleisch und ein Viertel von einem Schaaf oder Kalb empfangen; der gemeine Reiter oder Knecht endlich erhielt 2 Pfund Fleisch, 3 Pfund Brod und 3 Maß Bier. Auf jeden Jungen oder jedes Weib rechnete man ein Pfund Fleisch, zwei Pfund Brot und ein Maß Bier. Wenn Tilly in der That diese oder ähnliche Verpflegungssätze vom October nur bis in die ersten Monate des folgenden Jahres inne gehalten hat, so begreift man, wie begründet die Klagen über diese Einquartierung gewesen sind, und mit wie großem Recht man sich einem Vorrücken desselben über die Weser entgegenstellte.

Dazu kam noch, daß man die unglücklichen und verlassenen Unterthanen durch Niederreißung der Häuser, durch Zerstörung der Oefen, ja selbst durch Schändung der Frauen zwang, zur Bestreitung der Einquartierung Hypotheken aufzunehmen und ihre Güter oft bis zum Uebermaß mit Schulden zu belasten. „O der großen Blindheit und Verstockung," so klagt der Mann, welcher uns das letztere berichtet, darin wir Deutschen uns selbst muthwillig versenken, daß wir uns mit den falschen Worten und Schmeichelreden als einer blanda Venere, womit ja der katholischen Huren Becher erfüllet und Gottes Wort noch zu den letzten Zeiten dem Einen und Andern propinirt werden soll, so wissentlich bethören, ja zu einem sanften Tode aller unser Ehr und Fretheit, ja der Religion, Seel und Seeligkeit selbst gleich also einwiegen und einschläfern lassen. Nun, es ist Gottes gerechte Strafe, nachdem bei uns und bevorab den hohen Häuptern sowol die Liebe Gottes als des Höchsten also verschwunden, daß keiner um den Schaden Josephs von Herzen bekümmert ist, viel weniger daß er mit seinen Mitchristen Mitleiden hätte, außerhalb daß mans mit den Worten zwar ausgibt, aber mit der That verläugnet.[1]"

Schon jetzt traten die angenscheinlichsten Spuren einer Verwirrung aller Verhältnisse auch nach andern Seiten hin zu Tage. Im Stift Halberstadt, wo man in den ersten Monaten des Jahres allgemein einen Einfall Tillys befürchtete, trieben militärisch organisirte Räuberbanden ihr Wesen, deren Mitglieder sogar in der Stadt selbst, wo sie ihre Abnehmer hatten, ungescheut verkehrten. Ein ehemaliger mansfeldischer Rittmeister aus Celle, welcher einen in Wehrstedt erkauften Hof nicht mit baarem Gelde, sondern mit Waaren bezahlt hatte, Hartmann Horneboſtel, erschien in der Nähe von Schwanebeck mit sechs Pferden. Auf einzelnen Aemtern, z. B. in Dardesheim, wurden die Bauern schwierig und weigerten

1) Schreiben eines wolfenbütteliſchen Beamten D. Georg Kleine an Joh. Osterwaldt.

sich Frohndienste zu thun. Kurz, die Auflösung der gewohnten Verhältnisse und die Vergewaltigung der Schwachen war bald überall an der Tagesordnung.

Ebenso wie Christian von Celle und seine Brüder wahrte auch die wolfenbüttelische Fürstenfamilie in jenen Monaten ihre alte neutrale Stellung. Auch sie hat nicht den geringsten Versuch gewagt, dem Kaiser oder dem Herzog von Baiern die Früchte des Sieges streitig zu machen: ihr Bestreben ging nur darauf aus, Ruhe im Kreise zu erhalten und womöglich die katholischen Armeen aus seiner Umgebung zu erfernen. Ja Friedrich Ulrich und seine Mutter betrieben sogar jetzt noch die völlige Aussöhnung und die Rückkehr des Bischofs von Halberstadt. Hegte doch Friedrich Ulrich auch damals noch die Hoffnung, daß der Kaiser seinen martialischen Bruder in Bestallung gegen den Erbfeind nehmen werde, „Ihre courage zu conteſtiren." Noch im April bittet er Ferdinand II., als sich das Aussöhnungswerk länger hinzog, mit der blühenden Jugend des Bruders Geduld zu haben. Und der Kaiser ertheilte auf diese Gesuche immer noch einen gnädigen oder wenigstens beruhigenden Bescheid. Er erklärte z. B. Friedrich Ulrich noch am 6. März, er wolle sich in Gebühr resolvieren, wenn nur Christian mit wahrer Reue und Demuth die Gnadenthür suchen werde. Bald hatte man das Gnadengesuch Christians an den Kaiser in Wolfenbüttel aufgesetzt, welches der nun sehr ernüchterte Bischof mit eigner Hand abzuschreiben versprach. Seine Mutter war sogar der Hoffnung, wenn nur der Pardon ausgewirkt sei, werde es auch mit dem Stift keine Noth haben. Sie bat daher ihren Bruder, Christian einige Zeit lang bei sich zu behalten und ihm ja zu untersagen, wider in die Niederlande zu ziehen: sie selbst aber hatte dem ungehorsamen Sohne bereits mitgetheilt, daß er während seines Aufenthalts in den Niederlanden keinerlei Unterstützung aus dem Lande erhalten werde.[1]

Allein als nun die Stellung Englands und Frankreichs gegen das Haus Habsburg immer feindseliger wurde, betrieb man diese Aussöhnungsversuche und zwar auf den directen Rath des Königs selbst allmählich lässiger. Christian IV. schloß aus den Briefen des Neffen, daß er bei einem neuen Kampfe schwerlich ruhig beiben werde und rieth deshalb zur Vorsicht.[2] Trotzdem forderte er aber noch die Entfernung des Prinzen aus den Niederlanden, wo man ihn ohne Zweifel zu einer neuen Bewegung antreibe.

1) Eigenhändiger ungedruckter Brief Elisabeths an den König. Nykopen, den 2. Juli 1624. Kgl. Geh. Staatsarchiv in Kopenhagen.

2) Vgl. Bd. I. S. 585.

So sehr aber auch die wolfenbüttelische Fürstenfamilie und Christian IV. selbst bemüht waren, dem kriegerischen Jünglinge sein Bisthum zu erhalten, oder, wenn das nicht zu erreichen war, es an den Sohn des Königs zu bringen, so wenig hegten doch alle zusammen bei diesem Plane kriegerische Absichten. Mußte man doch jetzt vor allem darauf denken, den einzigen Erben Friedrich Ulrichs auch erbfähig zu erhalten. —

Der Administrator von Magdeburg hat gleichfalls in diesen ersten Monaten nicht im Geringsten daran gedacht, eine offensive Stellung gegen Tilly oder irgend wen sonst einzunehmen. Sein Hauptstreben ging damals darauf aus, Christians Nachfolger im Stift Halberstadt zu werden. Er verfolgte dasselbe ohne jegliche Rücksicht auf seinen Schwager Friedrich Ulrich und den Oheim seiner Gemahlin, Christian IV. Dieser aber trat Christian Wilhelm mit allen ihm nur zu Gebote stehenden Mitteln entgegen.[1] Von einem auch nur leidlichen Einvernehmen unter einander oder mit dem Könige von Dänemark waren diese protestantischen Fürsten des niedersächsischen Kreises damals weit entfernt.

Und auch die protestantischen Kurfürsten haben in diesem Ringen um das Bisthum Halberstadt *gegen* den König Partei ergriffen: an diese aber schlossen sich widerum die kleineren evangelischen Fürsten des Reichs an. Kurz in dieser ersten Hälfte des Jahres 1624 hat der Administrator Christian Wilhelm mit der vollsten Unterstützung aller bisher neutralen protestantischen Reichsfürsten sich Christian IV. entgegengestellt und gerade durch seine Neutralität sich nach allen Seiten als den geeignetsten Bewerber um das erledigte Bisthum zu empfehlen geglaubt.

Allein trotz dieser äußeren Ruhe, welche der Kreis als solcher bewahrte, waren doch nicht alle Stände gesonnen, der Zukunft ganz wehrlos entgegen zu gehen und derjenigen auswärtigen Macht, welche man als einzigen Schutz und Schirm in so großer Drangsal betrachtete, alle den lockern Staatsverhältnissen zu Folge erlaubten Unterstützungen zu entziehen. Schon im Februar richteten daher in diesem Gefühl äußerster Schutzlosigkeit Bürgermeister und Rath von Magdeburg die Aufforderung zu einer näheren Vereinigung an den Administrator, damit man sich in eine gute und erlaubte Verfassung stelle. Bald ließ man in Magdeburg wie bereits früher in Bremen und Hamburg ungeachtet der von den Behörden

1) Das erhellt ganz deutlich aus einer dem Domcapitel von Halberstadt von den dänischen Agenten Bernd v. Hagen und Friedrich Günther überreichten Denkschrift vom 8. April 1624. Neue Mittheil. d. Thür. Sächs. Vereins 13, S. 42 ff. Vgl. Bd. I. 586.

öffentlich angeschlagenen Werbeverbote, welche hier und da z. B. in Lüneburg sogar von den Kanzeln verkündigt wurden, die holländischen Werbeoffiziere schalten und walten.

Da erschien ein kaiserlicher Agent, Friedrich Matta, im Kreise, um Erkundigungen über das Treiben mansfeldischer und braunschweigischer Agenten einzuziehen. Einem Berichte desselben aus Lübeck entnehmen wir, daß sich ungeachtet aller Verbote gar mancher, der von den Kaiserlichen als Rebell angesehen wurde, noch innerhalb der Grenzen des Kreises befinden mochte. In Magdeburg allein sollten sich 30 Rebellen aufhalten, und über 2,000 M. zu Roß und Fuß für Dänemark und Schweden geworben sein. Ferdinand II. erließ daher schon jetzt ein Mahnschreiben an die Stadt (7. Juni n. St.), welche darauf mit ihren städtischen Truppen — über 800 M. — die Pässe, vornehmlich aber die Brücke besetzte.[1]

An dem schon in Braunschweig für Anfang Juni in Aussicht genommenen Kreistage zu Lüneburg betheiligten sich auch zwei kaiserliche Hofräthe, Wolf Wilhelm Freiherr von Laminger und Dr. Otto Melander.[2] Sie hatten den Auftrag, einen möglichst engen Anschluß des Kreises an den Kaiser und das katholische Heer herbeizuführen. Am 6./16. Juni wurde die kaiserliche Botschaft der Versammlung mitgetheilt. Sie forderte die Unterstützung des Kreises zur Vertreibung der Holländer aus den ihnen von Mansfeld eingeräumten ostfriesischen Plätzen und „Correspondenz" d. h. Vereinigung der niedersächsischen Streitkräfte mit den Heeren Tillys und der Infantin. Der Kaiser machte also den Versuch, die Stände in den Krieg Spaniens gegen die Holländer zu verwickeln. Ferner suchte Ferdinand II. nicht weniger als 3 Contributionen auf ein Mal nach, von denen die erste zum Unterhalt der ligistischen Armee dienen sollte, welche überdies noch auf die Verproviantierung durch den Kreis angewiesen wurde. Die zweite Contribution nahm der Kaiser für sich selbst in Anspruch — er wollte seine für den nun beendigten ungarischen Krieg gemachten Schulden decken —, die dritte sollte gleichfalls für ungarische Bedürfnisse zum Wiederaufbau oder zur Erhaltung der Festungen verwendet werden. Die Gesandten gestanden ferner offen, daß der Kaiser das Kriegsvolk nicht abdanken könnte, da der König von Frankreich einen Musterplatz von den Generalstaaten erhalten habe, und auch in Schweden eine Armee zusammengezogen werde. Dagegen leugneten sie, daß es in der

1) Außführliche Wolgegründete DEDUCTION Eines E. Raths und gemeiner Stadt Magdeburg . . . 1631. S. 9.

2) Hurter IX., 345.

Absicht Ferdinands II. liege, der Armee geradezu im Kreise Quartier anzuweisen, nur wenn die „auswärtigen Potentaten aus Mitternacht" das Kreisgebiet überziehen würden, dann sollten die Stände dem kaiserlichen Heere den Durchmarsch gestatten und es mit Geld und Proviant versehen. Von Tillys Marsch gegen Ostfriesland sprachen sie dagegen wie von einem ganz unerläßlichen und unmittelbar bevorstehenden Unternehmen, ja sie schienen zu glauben, daß er sich schon auf dem Marsche befinden würde.[1]

Der Kreistag, dem eine Abschrift des mit Bethlen Gabor geschlossenen Friedens (24. April 1624) mitgetheilt wurde, hielt es für sehr bedenklich, dem Kaiser eine vollständig abschlägige Antwort zu ertheilen und bewilligte schließlich im Ganzen 14 Monate. Allein er knüpfte seine Bewilligung an die nun so oft erhobene und niemals erfüllte Forderung, daß das Kriegsvolk, d. h. die ligistischen und spanischen Truppen, nicht nur aus den Erb- und Wahlländern, sondern auch von den Grenzen des Kreises abgeführt würde. Und zwar sollte die Abführung vorher erfolgen, sonst wollten sich die Stände zu nichts verpflichtet haben.

Die kaiserlichen Bevollmächtigten nahmen zwar den Kreisbeschluß nur ad referendum, äußerten aber dem Kaiser doch eine große Genugthuung über den Erfolg ihrer Sendung. — Der niedersächsische Kreis hatte nun 28 Römermonate zu zahlen, von denen die Hälfte bereits vor zwei Jahren bewilligt war. Daß nun aber auch nur die zuletzt versprochenen 14 Monate wirklich gezahlt worden sind, bezweifeln wir sehr.

Weitergehende Pläne einiger Stände, wie z. B. des Administrators von Magdeburg, welcher seine Räthe angewiesen hatte, auf die Bestätigung des Religionsfriedens und Ausstellung besonderer kaiserlicher Protectoria für die Stifter zu dringen, scheinen nicht zur Berathung gekommen zu sein. Nur das verdient noch hervorgehoben zu werden, daß sich die Kreisversammlung bei Kursachsen für die braunschweigischen Lehnsleute auf dem Eichsfelde verwendete, welchen gerade damals von Mainz katholische Priester aufgedrungen wurden.

Tillys Ersuchen, durch eine Legation an die Generalstaaten zur Befreiung Ostfrieslands mitzuwirken, wies die Kreisversammlung rundweg zurück. Man forderte ihn vielmehr auf, seine Armee zurück-

1) Am 6./10. Juni wurden die kais. Gesandten feierlich auf das Rathhaus geleitet, während der magd. Vertreter, welcher 8 Tage ausblieb, noch abwesend war. Das letzte nach einem Bericht der wolfenbüttelischen Räthe Elz und v. Rheden vom 9./19. Juni. Herz. Arch. zu Wolf. Kreistag zu Lüneburg XVII. 5. 101.

zuziehen, dann würden sich wol die Generalstaaten desto eher fügen, und auch der Kreis das Seinige zur Sache beitragen.

Man scheint also noch nicht davon unterrichtet gewesen zu sein, daß Moriz von Oranien bereits einige Wochen zuvor dem Grafen Enno von Ostfriesland die Rückgabe der Plätze Gretsiel, Friedeburg und Stickhausen gegen die Versicherung[1] der Neutralität zugesagt hatte. Die Plätze wurden in der That restituiert; nur Lierort behielten die Generalstaaten, da die Infantin keine Neutralitätserklärung für dasselbe ausstellen wollte. In vorsichtigster Weise waren die Holländer so der Reichsexecution, mit welcher man sie bereits bedrohte, ausgewichen. — Die Gesandten des Grafen von Friesland aber versicherten, daß in Folge der mansfeldischen Einquartierung nicht der fünfte Mensch mehr am Leben und nicht das sechste Haus mehr vorhanden wäre.

Die allgemeine Verwirrung im niedersächsischen Kreise wurde auch noch dadurch erhöht, daß Christian von Minden auf seinem Vorsatze, das Kreisoberstenamt niederzulegen, beharrte. Gerade diese Resignation bildete auf der Versammlung zu Lüneburg noch einen der Hauptberathungspunkte. Man weigerte dem Herzoge die Auslieferung des Reverses, man stellte ihm vor, daß seine Resignation aller Wahrscheinlichkeit nach auch die der Nach- und Zugeordneten zur Folge haben werde, so daß dann die ganze Kreisverfassung über den Haufen geworfen werde: allein mit allen diesen Gründen konnte man den Entschluß des Herzogs nicht erschüttern.

Trotzdem haben sich jedoch die Stände auf die vielfältigen Klagen gegen den im Amt Syke und im bremischen Amt Thedinghausen einquartierten Obersten Erwitte wirklich zu dem Versprechen gegenseitiger Unterstützung für den Nothfall erhoben und auch noch eine freilich vergebliche Fürbitte für ihre von der katholischen Restauration bedrängten Glaubensgenossen auf dem Eichsfelde bei dem Kurfürsten von Mainz eingelegt. Dagegen lehnen sie das Ansinnen der Infantin zu einer gemeinsamen Verbindung gegen die vom Reich abgefallenen Provinzen als eine nicht vor das Forum der Kreistage, sondern nur vor die Reichsversammlung und insonderheit das Kurfürstencollegium gehörige Angelegenheit entschieden ab.

---

1) Die Antwort der Generalstaaten an die Gesandten des Grafen von Ostfriesland ist vom 18./28. Mai, das Schreiben des Prinzen Moriz an denselben von dem darauf folgenden Tage. Vgl. auch Aitzema I., 346 ff.

2) Der Kreisabschied ist vom 15./25. Juni.

So haben sich also die niedersächsischen Stände bei aller Willfährigkeit, den kaiserlichen Geldforderungen zu genügen, einer thatkräftigen Unterstützung der katholischen Heere auch jetzt zu entziehen gewußt.

Der Kurfürst Johann Georg und der obersächsische Kreis.

Mit eben so geringem Erfolg richtete der Kaiser ähnliche Mahnungen an die obersächsischen Fürsten. Johann Georg erklärte diese ganze ostfriesische Sache für eine Reichsangelegenheit und mahnte zur Vorsicht, damit das Reich nicht etwa in neue Kriege verwickelt werde. Georg Wilhelm von Brandenburg wollte den übrigen Kurfürsten nicht vorgreifen und entschuldigte sich außerdem mit seinem Alter.

Dagegen zeigte sich Johann Georg in der Frage der Anerkennung Maximilians nachgiebig.

Auf Veranlassung des Kaisers hatten die Kurfürsten von Köln und Mainz den Landgrafen von Darmstadt an denselben abgeordnet, um ihn zur wirklichen Anerkennung zu bewegen. Dieselbe wurde auch von dem Kurfürsten in Aussicht gestellt, falls die Kur nach Maximilians Tode wider an die Kinder des Pfalzgrafen zurückfallen, und das Kriegsvolk aus Mitteldeutschland abgeführt werden würde.

Anfang Juli begab sich Johann Georg darauf nach Schleusingen, wo er sich mit dem Kurfürsten von Mainz über Maximilians Anerkennung und zwar ohne eine Gewährleistung seines anfänglichen Vorbehalts einigte. Neben andern Fürsten waren hier auch der Landgraf Ludwig und der Herzog Johann Kasimir von Koburg anwesend. An der Zusammenkunft nahm ferner ein spanischer Gesandter Bernhard de Puteo und im Auftrage Frankreichs jener Marescot Theil, welcher damals die innern Verhältnisse Deutschlands einer eingehenderen Prüfung unterzog. Auch er wirkte natürlich für Maximilians Anerkennung.

Man war sich nun wol auch jetzt bewußt, daß sich die Form dieser Uebertragung der zweithöchsten reichsfürstlichen Gewalt auf die überlieferten reichsverfassungsmäßigen Grundlagen nicht stützen konnte: indessen der Kaiser ertheilte ja das Versprechen, in ähnlichen Fällen künftighin nur mit Rath, Wissen und Gutachten der Reichsstände zu verfahren. Kurmainz hatte sogar in die Erklärung die Worte „mit des Kurfürsten Consens" setzen wollen, war aber durch Maximilians Einwendungen davon abgebracht worden. In Schleusingen haben Mainz und Kursachsen auch noch den Beschluß gefaßt, die verfassungsmäßigen Institutionen der Reichs- und Kurfürstentage wider zu beleben und auf ihnen die noch schwebenden

Differenzen auszugleichen. Seinen anfänglichen Widerspruch gegen die Vertreibung der Lutheraner aus Böhmen hat jedoch Johann Georg hier fallen lassen.

In Nürnberg, wo sich unmittelbar darauf Maximilian persönlich einfand, vollzog Schweikard von Mainz den feierlichen Act der Einführung in das Kurfürstencollegium.

Vergeblich wendete sich da der Pfalzgraf mit Klageschreiben an die protestantischen Kurfürsten und andere Stände wie den Herzog von Würtemberg[1]: das gemeine evangelische Wesen sei über den Haufen geworfen; bei der katholischen Majorität des Kurfürstenkollegiums werde sich künftig alles nach dem Willen des Papstes richten müssen, so daß die goldne Bulle, die kaiserliche Capitulation und die ganze Reichsverfassung auf einmal hinfällig werden würde.

Und in der That hatte die katholische Reichspartei einen großen Sieg in Schleusingen davon getragen: man hatte Johann Georg von allen dissentierenden protestantischen Fürsten getrennt. Von selbst fiel nun die Führung der oppositionellen Stände Brandenburg zu. Ein etwaiger Restitutionsversuch auswärtiger Mächte konnte daher auch nicht gut ohne Verbindung mit dem letzten protestantischen Kurfürsten, der den Widerspruch noch aufrecht erhielt, gedacht werden.

Maximilian aber brach, nachdem sich Johann Georg gefügt hatte, die durch den Herzog von Würtemberg mit dem Pfalzgrafen angeknüpften Verhandlungen unter dem Vorwande, Friedrich versuche dieselben an fremde Orte d. h. in das Ausland zu ziehen, plötzlich ab. —

Trotz mehrfacher Mahnungen zur Abhaltung eines obersächsischen Kreistages dauerte es bis zum August, bevor Johann Georg die Stände wirklich nach Jüterbock zusammen berief. Auch zwei kaiserliche Bevollmächtigte erschienen auf diesem Tage, Heinrich der Jüngere, „dieser Zeit älteste Reuße von Plauen," und der kaiserliche Appellationsrath Felix Rüdinger. Sie waren die Ueberbringer derselben Forderungen, wie sie bereits an den niedersächsischen Kreis gerichtet worden waren: sie betrafen die kräftige Verbindung des Kreises mit dem Reichsoberhaupte zur Vertreibung der Holländer aus Ostfriesland, ferner das Verbot von Werbungen, Durchzügen und Zufuhren und natürlich gleichfalls neue Kreissteuern.

Die Antwort der Stände war wenigstens im Betreff des ersten Punktes eine ziemlich kategorische. Man erklärte, daß es einer neuen Verfassung oder näheren Verbindung des Hauptes und der Glieder nicht

1) Sattler, VI. B. S. 182.

bedürfe, da ja unterdessen die Holländer die ostfriesischen Plätze dem Grafen wider eingeräumt und dem Reiche zurückgestellt hatten. Selbst für den Fall, daß sich neue Unruhen an den Gränzen erheben würden — die kaiserliche Botschaft hatte auf Mansfeld hingewiesen — wollte man von einer Vereinigung mit dem kaiserlichen Heere Abstand nehmen, da ja die Reichsverfassung den Kreisen die Selbsthilfe mit gegenseitiger Unterstützung vorschrieb. Dagegen gewährten auch die obersächsischen Stände trotz der ernstesten Bedenken über die Zulässigkeit einer solchen Forderung auf Kreistagen neue Reichssteuern, 10 einfache Römermonate, zur Hälfte zu Neujahr und zur andern Hälfte zu Michaelis 1625 zahlbar. Indessen man knüpfte diese Bewilligungen auch hier an sehr herbe Bedingungen. Der Kaiser sollte das Geld zur Widerherstellung des Friedens anwenden, das Kriegsvolk ungesäumt aus dem benachbarten Kreise an diejenigen Punkte abführen, wo man sich eines Einfalls befürchte, den Kreis mit Durchzügen verschonen und ihn bei dem Religions- und Profanfrieden schützen. Der letzte Punkt wurde sehr nachdrücklich hervorgehoben: der Kreis verbat sich nicht nur jede directe, sondern auch jede indirecte Beschwerung. Unter der letzten verstand man jedenfalls auch die Einwirkungen des Kaisers auf Klostersachen und auf die Angelegenheiten säcularisierter Kirchengüter überhaupt. Wie in Braunschweig so widerrief man auch in Jüterbock alle Bewilligungen schon im Voraus, wenn man die daran geknüpften Bedingungen nicht erfüllen würde.

Die kaiserlichen Bevollmächtigten waren jedoch durch diese Nachgiebigkeit noch nicht zufrieden gestellt, sondern forderten eine Erhöhung der Steuern und kürzere Zahlungsfristen. Und in beiden Punkten gab die Majorität der Stände wirklich nach: sie bewilligte noch 2 Monate und bestimmte als letzten Zahlungstermin schon Ostern des folgenden Jahres. Nur Kurbrandenburg und Pommern stimmten dem nicht zu und versagten daher auch dem Abschied ihr Siegel.

Auch der Landgraf Moriz hatte sich durch seinen Canzleirath Johann v. Siegen um Rath und Hilfe an den Kreis gewendet, wurde jedoch mit einer ziemlich kühlen Antwort abgefunden: die Gesandten waren nicht instruiert.[1]

---

1) Müller, Annales 325; v. Moser, Obersächsische Kreisabschiede.

Maximilian von Baiern und sein Verhältnis zu Kaiser Ferdinand II. und zur Liga.

Während dieses ganzen Jahres erscheint nur Maximilian als der leitende Wille in den deutschen Verhältnissen, welcher sein Uebergewicht gelegentlich sogar durch offene Widersetzlichkeit gegen die kaiserliche Autorität zum Ausdruck bringt. Daher darf auch die wiener Politik für das Verweilen Tillys in Hessen und die hieraus entspringende Beunruhigung der niederdeutschen Stände nicht allein und noch weniger in erster Linie verantwortlich gemacht werden. In diesem Jahre folgte vielmehr allein der neue Kurfürst von Baiern einem bestimmten Plane, welcher sich im Ganzen und Großen als das Bestreben bezeichnen läßt, das Erworbene gegen alle deutschen und außerdeutschen Gegner festzuhalten. Nicht der Kaiser, sondern der neue Kurfürst von Baiern hat Tilly in Hessen und im Braunschweigischen festgehalten.

Ja die kaiserliche Politik gab sich sogar Mühe, die Spanier aus dem niedersächsischen Kreise zu entfernen. Schon am 27. Februar (n. St. erließ Ferdinand ein hierauf gerichtetes Schreiben an die Infantin,) welches geradezu die Besorgnis aussprach, daß im Weigerungsfalle auch andere bisher treue Fürsten wie Christian von Minden zum Abfall gebracht werden, und die Stände sich schließlich gar mit Dänemark vereinigen könnten. Und auch weiterhin stoßen wir auf ähnliche Mahnungen des Kaisers an die Statthalterin.

Ende März finden wir zwei braunschweigische Gesandte, Henning v. Steinberg und Heinrich v. Mengersen in Wien, welche den Auftrag hatten, die Befreiung der wolfenbüttelischen Lande von den tillyschen Schaaren durchzusetzen. Ferdinand II. ersuchte Maximilian darauf wirklich, das braunschweigische Gebiet mit weiteren Einlagerungen zu verschonen. Einer besonderen kaiserlichen Weisung zu Folge mußte namentlich auch das an Dänemark verpfändete Amt Syke geräumt werden.

In diesen ersten Monaten bemühte sich der Kaiser ferner die noch in Böhmen stehenden bairischen Truppen und zwar zum größten Verdrusse Maximilians zu entfernen. Der Kurfürst scheint den Wunsch gehegt zu haben, daß diese Mannschaften zum Kriege gegen Bethlen Gabor verwendet werden oder wenigstens unter diesem Vorwande in Böhmen stehen bleiben sollten. Schließlich forderte jedoch der Kaiser ihre Zurückführung

durch einen besonderen Kourier, nachdem er Liechtenstein zur schleunigen Ablohnung derselben angewiesen hatte. Vor der Hand freilich scheinen seine Befehle bei beiden erfolglos gewesen zu sein, wenigstens widerholte er sein Gesuch an den Kurfürsten noch am 8. Mai.

Ebenso wenig konnte er die Klagen des niedersächsischen Kreises gegen Tilly zum Schweigen bringen. Noch am 12. August sah er sich genöthigt, Maximilian die Schonung Christians v. Minden anzuempfehlen, damit er nicht „in die Ungeduld versetzt werde." Er spricht in diesem Schreiben zugleich seinen leitenden Grundsatz mit annerkennenswerther Offenheit aus: „Dies Orts müssen alle Ursachen, welche irgend zu einer Alteration und Offensive gereichen möchten, nach aller Möglichkeit verhütet werden." Schon beschlich ihn die Furcht, die letzten Dinge möchten ärger als die ersten werden. In derselben Zeit erließ er noch ein energisches Verwendungsschreiben für die Gräfin von Delmenhorst, welche sich über Erwitte beschwert hatte, an den Kurfürsten, wenige Tage später trat er für die Grafschaft Lippe ein.[1]

Diesen Bemühungen um einen möglichst friedlichen Ausgleich der zahlreichen Zwistigkeiten im Reiche arbeitete Maximilian mit keckem Selbstbewußtsein, wo es sich nur thun ließ, entgegen. Ebenso wie er den Kaiser anspornte, Bethlen Gabor aus Siebenbürgen zu verjagen und einen katholischen Fürsten an seine Stelle zu setzen, ebenso eindringlich warnte er ihn vor neuen Bewegungen im Reich. Er rieth, ein Patent zu erlassen, nach welchem verdächtige Offiziere überall anzuhalten seien, und theilte bereits im Februar dieses Jahres mit, daß sich ein ehemaliger mansfeldischer Offizier Schlammersdorf mit einer verdächtigen Umgebung in Kulmbach aufhalte, wo sie sich ganz offen von einem neuen ewigen Bunde wider die Katholischen, an welchem Dänemark, Holland, Frankreich und Schweden Theil nehmen sollten, unterhielten. Der Reichshofrath entsendete darauf wirklich eine Vertrauensperson an die Stände, der auch noch besondere Aufträge an die Hansestädte mitgegeben wurden.[2]

Auch in der ostfriesischen Sache hat die kaiserliche Politik keine hervorragende Energie und Thatkraft entwickelt. Außer Stande mit eignen Kräften in Ostfriesland zu intervenieren, war sie ja auch hier auf die Hilfe Baierns und der Liga und der protestantischen sächsischen Kreise angewiesen. Daß sich aber kein einziger dieser Fürsten und Stände mit

1) Am 23. August. Wir folgen hier den Acten des Kais. Hof- u. Staatsarchives zu Wien. Dr. Kr. 1624.

2) Sitzung des Reichshofraths vom 8. März.

den Holländern Ostfrieslands halber in einen Kampf einlassen würde, hat man in Wien sehr bald erfahren.

Wie energisch dagegen Maximilian die östreichischen Politiker zur Thätigkeit anspornte, welche immerhin hohe Aufgaben er ihnen stellte, davon geben vornehmlich die Verhandlungen des Geheimen Raths Joachim v. Donnersperg und Tillys in Wien Zeugnis.

Ihre Aufträge bezogen sich zunächst auf die auswärtigen Verhältnisse. Maximilian hatte sie angewiesen, einem Waffenstillstande zwischen Polen und Schweden entgegen zu arbeiten, damit sich das letztere nicht mit den übrigen protestantischen Mächten vereinigen könne. Sie sollten ferner auf die Absendung einer besonderen spanischen Armee wie einst unter Cordova und auf die Aufstellung eines kaiserlichen Corps dringen und sogar die Herbeiziehung der Kosaken veranlassen. Was die innerdeutschen Verhältnisse anlangt, so mahnte Maximilian zur Berufung eines den Frieden anbahnenden Fürstenconvents, zur Befreiung Ostfrieslands von den Holländern entweder durch Widererstattung der 300,000 Gulden oder geradezu durch die Spanier. Er erklärte sich auf das Bestimmteste gegen die dänischen Ansprüche auf das Bisthum Halberstadt aus Besorgnis, daß sich der König bei dieser Gelegenheit nicht nur des niedersächsischen Kreises bemächtigen, sondern auch andere Stände heranziehen und endlich gar Ansprüche auf die römische Königskrone erheben möchte: überdies mußte man dann jegliche Hoffnung auf die Widereinführung der katholischen Confession aufgeben. Weiter aber ließ er auch um die Unterstützung der Liga durch schwäbische und fränkische Kreishilfen und schließlich geradezu um die Verlegung des ligistischen Heeres in den niedersächsischen Kreis nachsuchen.

Allein Donnerspergs Mission scheint wenigstens in der Hauptsache gänzlich gescheitert zu sein. Der Reichshofrath bewilligte weder die Unterstützung der Liga durch die schwäbischen und fränkischen Stände, noch die Einquartierung Tillys in den niedersächsischen Kreis, welche er vielmehr für außerordentlich gefährlich erklärte, „als wenn man von Seiten des Kaisers nur auf die Fortsetzung des Krieges bedacht sei.“ Die ostfriesische Angelegenheit wies der Reichshofrath der Liga unter der Mitwirkung der Infantin und der benachbarten Stände zu: doch sollte man sich der Neutralität der Generalstaaten halber Westfrieslands sorgfältig enthalten. In Beziehung auf Halberstadt gestand man den eignen schüchternen Versuch, sich des Bisthums zu bemächtigen, der Wahrheit gemäß ein. Der Papst hatte ja bereits dem Erzherzog Karl ein Canonicat verliehen.[1]

1) Der von Pucher unterzeichnete Bescheid an die bairische Gesandtschaft trägt das Datum des 22. April n. St.

Das Bestreben Ferdinands II., die Holländer aus Ostfriesland zu werfen, war in der That ernst gemeint. Der Kaiser trat zu diesem Zweck mit Christian von Celle in Unterhandlungen, ersuchte Christian IV. um Unterstützung und muthete sogar den sächsischen Kreisen ein einträchtiges Zusammenwirken für diesen Zweck mit Tilly zu. Nachdem jedoch Moriz von Oranien dem drohenden Unheil vorgebeugt hatte, zieht sich die kaiserliche Politik noch mehr auf eine zuwartende Stellung zurück und erweist sich den Bitten der norddeutschen Stände um Erleichterung von der Einquartierung noch gefälliger.

Nach einem derartigen Mißerfolg in Wien, wie er eben angedeutet ist, sah sich Maximilian wider ausschließlich auf seine und seiner Bundesverwandten Kräfte angewiesen. Er berief daher die vornehmsten Mitglieder der Liga zu einer Versammlung nach Augsburg (22. April bis 29. Mai). Außer den drei geistlichen Kurfürsten waren Worms, Speier und Fulda als Glieder des rheinischen Kreises, ferner die oberländischen Stände Baiern, Salzburg, Bamberg, Würzburg, Eichstädt, Augsburg, Kempten, Elwangen und die Fugger auf diesem Tage vertreten.

Man würde nun sehr irren, wenn man glauben wollte, die ligistischen Stände hätten sich Maximilians weiteren Plänen mit besonderer Hingebung oder gar mit heroischer Opferwilligkeit dienstbar gemacht. Die Mehrzahl derselben sehnte sich vielmehr, vor allen natürlich die geistlichen Fürsten, nach Frieden. In nüchternster Würdigung der neuen Stellung Baierns erkannten sie nun, daß in diesem Kampfe nichts für sie zu gewinnen sei: ein neuer weltlicher Kurfürst, von dessen zäher Energie sie Proben genug gesehen hatten, erschien ihnen nur als ein neues Schreckbild. Obwol daher der bairische Hofrathspräsident Christof v. Preysing die Aufrechterhaltung der Bundesverfassung mit den unsichern europäischen Verhältnissen vertheidigte, und der Hofkammerpräsident v. Schuß die vertragswidrige Erhöhung der Armee durch den Hinweis auf die Uebermacht der Feinde und die Erhebung Bethlen Gabors entschuldigte, so erhob sich doch eine starke Opposition. Die Stände richteten sogar an Maximilian das Ansinnen, selbst mit Verzichtleistung auf den neu erworbenen hohen Rang den Frieden zu suchen.[1]

Indessen Maximilian siegte auch seinen Freunden und Bundesgenossen gegenüber. Man gab den Widerspruch schließlich doch auf und verpflichtete sich zu einer Forterhaltung der Armee in der Stärke von 15,000 M.: nur vier zur Zeit in Böhmen liegende Regimenter sollten abgedankt werden. Von den Kosten übernahm das rheinische Quartier

1) Schreiber, Maximilian 324—328.

70,000 Gulden, das oberländische 85,000 und Baiern allein 60,000 monatlich. Diese Beiträge bewilligte man zunächst auf 6 Monate, zahlbar in zweimonatlichen Fristen, und gab auch eine noch weitere Erhebung derselben einer besonderen Vereinbarung der Kurfürsten von Baiern und von Mainz anheim. Aber freilich auf eignem Gebiete dachte man die Armee, in der Besorgnis, dann die Beiträge zur Bundeskasse nicht leisten zu können, nicht zu unterhalten. Trotz der Beschwerden der von dem ligistischen Heere ausgesogenen protestantischen Landschaften, welche sogar Kursachsen unterstützte, muthete man diesen Ständen eine weitere Unterhaltung des katholischen Heeres zu. Was half es ihnen da, daß man auch der Abdankung gedachte, und das Versprechen, die nöthigen Mittel zu derselben bei Zeiten herbeizuschaffen, ertheilte?

Da protestantischer Seits während der ersten Monate dieses Jahres in Deutschland auch nicht das Geringste unternommen wurde, was man als einen feindseligen Act gegen die Liga oder den Kaiser hätte deuten können, so mußten natürlich gerade diese Maßnahmen nur neue Befürchtungen erzeugen. Es kam hinzu, daß diese Rüstungen auch denen gelten sollten, welche zwar bis jetzt noch ruhig geblieben waren, aber doch mit Werbungen umgingen und „fremdes Volk gegen die Gesetze des Reichs und ohne des Kaisers Wissen einzuführen“ [1] bemüht waren. So nahm also die Liga selbst den Neutralen gegenüber eine herausfordernde Stellung ein und beschloß auf demselben Bundestage nicht nur den Papst, sondern auch den italienischen Clerus, ja sämtliche christliche Potentaten zur thatkräftigen Unterstützung ihrer Bestrebungen aufzurufen.

Auch der Ansprüche, welche sowol Maximilian als sein General an die Dankbarkeit der von ihm geretteten Stände erhoben, muß noch gedacht werden. Der letztere erlangte die Zahlung der ihm bereits auf dem augsburger Tage des Jahres 1621 zugesicherten 20,000 Thlr. Dagegen mußte er sich in Beziehung auf eine neue Forderung von 100,000 Thlrn. mit einer Zusicherung, welcher die Erfüllung erst später und vielleicht nicht einmal im ganzen Betrage folgte, begnügen. Der Kurfürst von Baiern, welcher Tilly bereits mit Landgütern, z. B. der Herrschaft Breiteneck abgefunden hatte, wurde weiterer Zahlungsverpflichtungen enthoben, und der Erzbischof von Salzburg stellte der Forderung eine absolute Weigerung entgegen. — Maximilian selbst aber wünschte eine Vergütung seiner Auslagen und Vorschüsse für die bisherigen Feldzüge durch die Bundesstände: man willfahrte ihm indessen

1) Diplomatische Geschichte der deutschen Liga 203.

nicht, sondern stellte ihm anheim, sich mit den Gebieten, welche er in Besitz genommen hatte, bezahlt zu machen.

Die eigenthümlich zurückhaltende Stellung, welche Maximilian gegen die Holländer einnahm, wahrte natürlich auch der Bundestag. Trotz der kaiserlichen Mahnungen lehnte derselbe seine Beihilfe zur Verdrängung der Generalstaaten aus Ostfriesland ab und erklärte die Angelegenheit für eine allgemeine Reichssache.

So hatte also Maximilian durch seine umsichtigen Politiker, unter welchen Preysing als der hervorragendste bezeichnet werden muß, auf dem Ligatage einen glänzenden Sieg davon getragen. Trotz der äußern Ruhe, welche in allen protestantischen Territorien herschte, hatte er die Liga aufrecht erhalten und zur Vertheidigung seines Kurhuts gegen innere und äußere Feinde für die Zukunft verpflichtet. Andererseits aber behauptete er sich auch mit gleicher Festigkeit gegen die spanischen Ansprüche: für eine weitere Besetzung Mannheims und Heidelbergs durch die Baiern trat auch die Liga ein.

Oestreich und Spanien.

In jener unsichern und wenig selbstbewußten Stellung wurde jedoch die Kaisergewalt damals nicht allein durch die Sprödigkeit der norddeutschen Stände und durch Maximilians mächtige Persönlichkeit zurückgehalten. Vielmehr hat auch das trotz des äußeren Zusammenwirkens in Wahrheit ziemlich kühle Einvernehmen Oestreichs und Spaniens den Einfluß des Kaisers in Deutschland gelähmt.

Ueber die gegenseitigen Beziehungen der beiden habsburgischen Linien in diesem Jahre sind wir nur sehr unvollkommen unterrichtet. Wir können hier nur darauf hinweisen, daß natürlich Spaniens Verhalten auf dem Tage zu Regensburg und zu der Frage über die Uebertragung der pfälzischen Kur auf Maximilian in Wien sehr empfindlich berühren mußte. Und dazu war nun noch die persönliche Brautwerbung des Prinzen von Wales in Madrid gekommen. Eine derartige spanisch-englische Verbindung konnte doch nur unter der Voraussetzung der Restitution der Pfalz ins Werk gesetzt werden, zu deren Behuf Oestreich nicht nur Baiern, sondern auch Spanien hätte entschädigen müssen.

Nun war aber auch schon seit Jahren eine Eheverbindung zwischen dem Sohne des Kaisers und der Tochter Philipps III. in Aussicht genommen worden, so daß Oestreich während der Verhandlungen mit dem Prinzen von Wales in Madrid sogar Beschwerde führte. Nach dem

Scheitern dieser Pläne zeigte man sich freilich in Madrid Oestreich geneigter[1]: auf die erneuten Anfragen Khevenhillers gab die Infantin selbst eigenhändig Antwort. Sie versicherte den Kaiser der Zustimmung des Königs von Spanien und erhob nur den Anspruch, daß der Kaiser seinem Sohne zuvor die Nachfolge im Reich und in den Erblanden mit den erforderlichen Krönungen und Huldigungen verschaffen sollte. Gerade aber die Nachfolge im Reich sollte diese Verbindung nach der Meinung des Kaisers erst befördern: Oestreich hatte sogar für diesen Fall die so oft von Spanien geforderte Unternehmung gegen Ostfriesland zugesagt. Indessen sollten noch Jahre bis zum Abschluß dieser Heirath verfließen, welche im Jahr 1624 und wol auch noch später vornehmlich durch den Grafen Gondomar hintertrieben worden ist.[2]

Allein auch Spanien hatte vielfache Klagen gegen die kaiserliche Politik zu führen. Seine Pläne auf die Unterpfalz erfuhren in Wien keine Begünstigung. In Madrid hatte man ferner eine Cession der vorderöstreichischen Lande in den Händen, welche Ognate einst selbst ohne Wissen der Erzherzöge Leopold und Karl erwirkt hatte. Der Kaiser ertheilte aber jetzt Khevenhiller eigenhändig Auftrag, diesen Tractat zu unterdrücken und die spanischen Ansprüche überhaupt thunlichst zu beseitigen. In der That ist auch diese Cession auf ausdrücklichen Befehl Philipps IV. cassiert worden. So scheinen die Spanier allmählich deutlicher empfunden zu haben, daß man auch in Wien ihrem Plane, sich durch einen förmlichen Grenzcordon zwischen Frankreich und das Reich einzuschieben, nicht sonderlich gewogen war. Auch jetzt zeigte man ferner in Wien geringe Neigung, das Reich in den Krieg Spaniens gegen die Holländer zu verflechten. Als Tilly auf Maximilians Befehl aus Ostfriesland zurückgekehrt war, ertheilte Ferdinand II. diesem Schritte seine Zustimmung.[3] Man fühlte jetzt auch in Wien, daß sich Spanien zu tief in die Reichsangelegenheiten einmische, und hütete sich gar sehr, durch größere Nachgiebigkeit in der pfälzischen Sache nicht nur Maximilian, sondern auch die Liga Frankreich vollständig in die Arme zu treiben.

Denn zwischen Spanien und Baiern bestand, seitdem das letztere durch die Gründung der Liga eine Macht geworden war, welche eine selbstständige katholische Politik auch ohne und sogar gegen das Haus Habsburg treiben konnte, arges Mißtrauen. Nur gegen eine neue Entschädigung wollte jetzt das erstere den katholischen Waffen, welche Baiern

1) Khevenhiller X. 417.
2) Khevenhiller X. 707.
3) Hurter IX. 360.

groß gemacht hatten, seine Unterstützung abermals angedeihen lassen: sein Preis war Mannheim und Heidelberg. Trotzdem daß Maximilian eine derartige Entschädigung ungeheuerlich vorkommen mußte, forderte er doch für den Nothfall eine wirksame Unterstützung des Kaisers durch Spanien und sogar noch die Bereitstellung eines besonderen, zu einer Diversion geeigneten spanischen Heeres. Er suchte immer von Spanien Vortheile zu ziehen und die Entschädigung womöglich ins Unbestimmte hinaus zu schieben.

An der Fortführung des Krieges in Deutschland war Spanien damals nicht sehr viel gelegen. Der König Philipp IV. kannte die Schwierigkeiten, welche sich einer aggressiven auswärtigen Politik entgegen stellten, sehr wol. Die finanzielle Bedrängnis, in der sich sein Reich nun schon geraume Zeit befand, die zunehmende Verarmung des Volkes presste auch dem Könige in seinen Briefen an die Infantin Klagen aus, welche unmöglich misszuverstehen sind.

Ebenso wenig aber war Oestreich im Stande, seine Stellung im Reiche nach den errungenen Siegen um ein Beträchtliches zu verbessern. Weitausgreifende Pläne, sich den Schrecken und die Verwirrung der norddeutschen Stände zu Nutze zu machen, bemerken wir nicht. Man trug im Gegentheil Sorge, während des Jahres 1624 die Ausgaben für Kriegszwecke möglichst zu beschränken und dankte sogar einige Regimenter ab: nach allen Seiten hin wurden Friedensversicherungen ertheilt.[1]

Diesem Gefühl der Schwäche hatten auch die gefangenen oder geächteten protestantischen Fürsten und Herrn ihre Befreiung oder Rehabilitierung zum Theil zu danken. So der Graf v. Hohenlohe und Fürst Christian von Anhalt. Die Begnadigung eines so alten und energischen Feindes, wie es der letztere war, mußte dann auch die der ernestinischen Herzöge von Sachsen nach sich ziehen.

Alle diese Maßnahmen wurden von Maximilian höchlichst gemissbilligt, standen aber im engsten Zusammenhange mit der die östreichischen Politiker damals beherschenden Anschauung, daß man im Augenblicke nicht in der Lage sei, die gewonnenen Vortheile zur Vermehrung der eigenen Macht zu nützen.

Aus diesem Grunde unternahm man ferner keine Feindseligkeiten gegen das Bisthum Halberstadt, hütete sich aber auch andrerseits, sich für die Aufrechthaltung des lutherischen Bekenntnisstandes in demselben noch stärker zu verpflichten. Als der Reichshofrath über die Resignation

1) Khevenhiller X. 519.

des Herzogs Christian zu Gunsten des Prinzen von Dänemark schlüssig wurde, erkannte man, daß die Politik Christians IV. eine gänzliche „Dismembration" dieses Kreises vom Reiche bewirken werde: man hatte eine deutliche Vorahnung des protestantischen deutschen Königthums im Norden. Und trotzdem wurde die Genehmigung mit dem beschwichtigenden Zusatze versagt, daß man sich nur anheischig gemacht habe, Mansfeld und Halberstadt zu verfolgen, nicht aber den niedersächsischen Kreis und seine Stände der Stifter halber zu beunruhigen.

Nun hätte man freilich schon im Anfang dieses Jahres dem Stifte gern ein katholisches Haupt wider gegeben, allein ernstere Anstalten dazu hat man nicht zu treffen gewagt, damit der „bisher in Treue und Devotion verbliebene niedersächsische Kreis nicht zu einer Alteration Anlaß und Ursache nehmen möge."[1]

So hat man also damals weder in Madrid an einen Angriff Englands noch in Wien an eine Ueberrumpelung Norddeutschlands gedacht. In den ersten Tagen des Jahres versprachen vielmehr die spanischen Gesandten Jacob I. noch vor Ende August die Rückgabe aller in der Pfalz occupierten Plätze.[2] Ja die Infantin versuchte sogar anfangs in ein besseres Verhältnis mit den abgefallenen Provinzen zu kommen und glaubte dasselbe durch einen freieren Wideranschluß derselben an Spanien mit Beibehaltung des Prinzen-Statthalters zu erreichen. Und als man in Besorgnis vor den englischen Rüstungen eine Zeit lang daran dachte, England zuvorzukommen, trat die kluge, mit der englischen Unschlüssigkeit so wol bekannte Infantin abmahnend dazwischen.[3]

Durch einen Vertrag mit England, welchen Isabella zu vermitteln hatte, gedachte Philipp IV. damals überhaupt der ganzen pfälzischen Streitsache eine andere Gestalt zu geben. Dazu hat aber natürlich Kaiser Ferdinand II. seine Genehmigung nicht ertheilen wollen. Noch im März dieses Jahres forderte ihn indessen der König von Spanien auf, die Vollmachten zur Beruhigung Deutschlands, welche er der Infantin schon längst versprochen habe, nach Brüssel einzusenden.[4]

---

1) Das Letztere nach den Acten des Kais. Finanzarchivs in Wien.

2) Gardiner, England under the duke of Buckingham and Charles I. I. 5.

3) Die Infantin an Philipp IV. 20. Mai 1624, „je lui dirai que malgré que les Anglais parlent de rupture, ils n'ont pas effectivement rompu et tant qu'ils ne font pas, il n'est pas bien que V. M. commence, car tout en se livrant à un flux de paroles, il pourrait bien se faire qu'ils ne rompissent pas, et en ne rompant pas Elle-même, V. M. évitera une guerre nouvelle .. Villermont, Ernest de Mansfelt II. 218.

4) Villermont 214.

In einem derartigen Vertrage mit England konnte es sich natürlich nur um die Rückgabe der Pfalz an Friedrich handeln und aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Entschädigung Spaniens durch die Niederlande.

Trotz dieser Zurückhaltung Philipps IV. in der deutschen Sache gab derselbe jedoch seine militärischen Positionen im nordwestlichen Deutschland nicht auf und stützte damit auch Baiern und die Liga.

Und ihren Vermittelungsbestrebungen in den Niederlanden hat die Infantin schon im Beginn dieses Jahres auch durch militärische Bewegungen Nachdruck zu geben versucht. Im Februar besetzten die Spanier Lingen, Grpenlo und Oldenzaal im Groningerland, der Graf Heinrich van den Berg machte einen Einfall in die Velume und setzte alles in Schrecken. An Arnhem vorüber ziehend, kehrte er jedoch gegen das Ende des Monats nach Wesel zurück.

In der ersten Hälfte dieses Jahres haben also die deutschen protestantischen Stände keinen Versuch gemacht, der herausfordernden Stellung der ligistischen Armee gegenüber sich auch nur in den gebührenden Vertheidigungszustand zu setzen und noch viel weniger den Pfalzgrafen mit Waffengewalt zurückzuführen. Daran wurden sie schon dadurch verhindert, daß nach der Anerkennung Maximilians durch Kursachsen der Zwiespalt zwischen den mächtigeren Ständen ein noch größerer geworden war.

Aber auch der Kaiser sah sich außer Stande, das Widerstreben der norddeutschen Protestanten mit Gewalt zu brechen und von seinen Siegen in den östreichischen Kronlanden im Reiche selbst irgend welchen erheblicheren Vortheil zu ziehen.

Und so war es denn zum größten Unheil der Deutschen jeder Confession vornehmlich das Ausland, welches die Lethargie des schwerfälligen und damals noch so vollsaftigen Reichskörpers zu heilen unternahm.

England, Frankreich und Holland.

Unter den auswärtigen Mächten schien natürlich England zunächst am meisten daran gelegen zu sein, daß die nach dem Tage von Regensburg in Deutschland begründeten Verhältnisse keine Dauer erhielten. Allein von Anfang an bezeichnete nach der Rückkehr des Prinzen von Wales aus Spanien die öffentliche Meinung der englischen Protestanten doch mehr den König Philipp IV., als den Kaiser Ferdinand II. und den Kurfürsten Maximilian als den gefürchteten, ja gehaßten Gegner, dessen europäisches Uebergewicht man brechen müsse. Aber auch in Frankreich verschafften sich allmählich die Gegner des habsburgischen Hauses größere Geltung und riefen nun in England die Täuschung wach,

daß beide Staaten in ihrer deutschen Politik gemeinsame Ziele zu verfolgen hätten. Von den innerdeutschen Verhältnissen hatten ja die englischen Politiker selbst sehr unbestimmte, wenn nicht oft geradezu falsche Vorstellungen. Diese Täuschung führte endlich zu der verhängnisvollen Verbindung beider Königsfamilien.

Sehr wichtige Dienste haben dagegen beide Staaten gerade damals der Welt durch den Schutz des kleinen und schwer gefährdeten Holland erwiesen.

Die Mißstimmung gegen Spanien war am Hofe Jacobs I. fast eben so groß wie im Volke. Nur der König selbst entsagte den lieb gewordenen, nun so lange gepflegten Plänen, im Einvernehmen mit Spanien diese brennende deutsche Frage aus der Welt zu schaffen, nicht sofort. Allein die letzte Antwort Philipps IV. auf seine Restitutionsforderung sah er doch geradezu als Spott an. Und bald übte der wachsende Groll des Königs auch seine Wirkung auf die confessionellen Verhältnisse des Landes: ganz aus eigner Bewegung ließ Jacob alle Jesuiten, Mönche und Ordensangehörige aus Irland verbannen; schon hoffte man auf ein gleiches Edict gegen die Orden in England selbst. Darauf hat man auch dem Pfalzgrafen den Kurfürstentitel nicht mehr vorenthalten. Schon in der ersten Woche des Jahres 1624 faßte man den Beschluß, das Parlament einzuberufen.

Digby wurde nun aus Spanien abberufen; allein der zurückbleibende englische Geschäftsträger Walter Aston forderte trotzdem noch einmal in dringlichster Weise die Erfüllung des so oft widerholten Versprechens, die Restitution der Pfalz und ihres Kurfürsten. Dieselbe sollte nicht gerade eine Bedingung der Ehe, aber doch ein Friedenspfand beider Kronen und Völker sein. Noch waren ja die Verhandlungen überhaupt nicht formell abgebrochen: nur die Hochzeit selbst hatte man zunächst bis zum März aufgeschoben.

Indessen schon Ende Januar traf man in England Vorbereitungen zu einer neuen europäischen Coalition. Robert Anstruther sollte nach Dänemark, nach den Niederlanden und nach Deutschland abgehen, während Isaak Wake für Italien bestimmt war und mit Piemont, den Venetianern und auch den protestantischen Schweizern anknüpfen sollte. Man dachte bereits an eine öffentliche Erklärung gegen Spanien und war nur darüber unschlüssig, ob sie vom Könige oder vom Parlament ausgehen solle.[1]

Diese Bestrebungen wurden jedoch vor der Hand durch den verschlagenen Abgesandten des päpstlichen Nuntius in Brüssel[2], Francesco

1) Rusdorf, Mémoires I. 189. 190.

2) Die Venetianer nannten ihn Francesco de Bologna, Rusdorf a. a. O. I. 199. Seine Vollmacht bei Rusdorf, Mémoires I. 241, dazu I. 243.

della Rota (Alexander d'Alix) gelähmt, welcher den Zorn Jacobs auf Kosten der Spanier von Baiern abzuleiten und den König vielmehr für ganz neue Heirathspläne zu gewinnen suchte. Der Unterhändler leugnete, zu seinen Verhandlungen vom Papste bevollmächtigt zu sein, wies aber doch eine auf Veranlassung Maximilians ausgestellte Vollmacht des päpstlichen Nuntius vor.

Er gründete seinen Plan auf die Vermählung eines Sohnes des Pfalzgrafen mit einer Nichte Maximilians. Man stellte den englischen Politikern vor, daß eine Vereinigung der beiden wittelsbachischen Linien überhaupt eine gewaltige Veränderung der deutschen Verhältnisse herbeiführen müßte: die Wittelsbacher würden dann auch den Spaniern mit ihren Rheingelüsten einen starken Zügel anlegen.

Wenn sich der Pfalzgraf überhaupt nur mit seinem Vetter vertragen wolle, dann werde gewiß auch die Genehmigung des Kaisers, welcher den Spaniern bei weitem nicht so ergeben sei, wie man gewöhnlich glaube, nicht ausbleiben. Der Papst ferner hege gar keinen sehnlicheren Wunsch, als den der Vereinigung dieser beiden feindlichen Linien. So lange dagegen der Pfalzgraf seine Angelegenheiten dem Willen der Engländer anheim gebe, werde er niemals auf Restitution zählen können. Francesco della Rota betonte mehrfach das von den Spaniern dem Papste wie dem Kaiser und andern Fürsten ertheilte Versprechen, welches sie zur vollständigen Rückgabe der Pfalz verpflichtete.[1] Der verschmitzte Unterhändler wies ferner auf die deutsche Gesinnung Maximilians hin, der sich niemals von zwei auswärtigen Königen Gesetze werde vorschreiben lassen. Ja er stellte sogar einen Austrag der Sache mit Waffengewalt als nicht außerhalb der Möglichkeit liegend dar und bezeichnete einen solchen Kampf als den Untergang des Hauses Oestreich und die Erhebung Baierns. Dem Zweifel, ob Spanien zur Rückgabe seiner Eroberungen in der Unterpfalz geneigt sein werde, suchte er durch den Hinweis auf sein feierliches Versprechen zu begegnen. Della Rota hatte sogar die Stirn, Rusdorf gegenüber die Freunde und Verwandten des Pfalzgrafen als die größten Feinde desselben zu bezeichnen. Noch näher scheint er uns jedoch den wirklichen Zweck seiner geheimnisvollen Sendung angedeutet zu haben, als er Rusdorf gestand, sein Herr werde kein Bedenken tragen, wenn ein Vertrag zu Stande komme, einen Punct in das Instrument aufnehmen zu lassen, durch welchen er sich mit Friedrich zur Vertreibung der Spanier aus der Pfalz vereinigen wollte.[1] Nur eine genügende Sicherstellung verlangte Maximilian — der älteste Sohn des Pfalzgrafen sollte

1) Rusdorf a. a. O. I. 246.

an seinem Hofe erzogen werden — dann wollte er auch in den schwierigsten Punkten Nachgiebigkeit und Versöhnung walten lassen.

Obwol nun diese Eröffnungen des Gesandten durch den Vertreter Frankreichs unterstützt wurden, nahm man sie doch kalt und mißtrauisch entgegen. König Jacob wartete damals gerade der Entscheidung der Generalstaaten über das denselben angetragene Bündnis und wollte daher mit Spanien nicht brechen, bevor er sich der Niederlande nicht vollständig versichert hatte.

Allein die Nachrichten aus Deutschland trieben zur Eile. Man wußte, daß der Kurfürst von Mainz und Landgraf Ludwig von Hessen den Kurfürsten von Sachsen für die Einführung Maximilians in das Kurfürstenkollegium zu gewinnen suchten. Man fürchtete ferner den Abschluß des Friedens zwischen Bethlen Gabor und dem Kaiser.[1]

Mit Beginn des März schien Anstruther nach Deutschland aufbrechen zu wollen: schon berieth er sich zwei Tage hindurch mit Rusdorf. Er hatte Vollmacht, mit Dänemark und den Fürsten und Staaten der sächsischen Kreise nicht sowol zur Restitution des Kurfürsten, als zur Aufrechterhaltung der eignen Freiheit ein Bündnis abzuschließen. Der König wollte diesen Fürsten und Staaten insgesamt, sowie jedem einzelnen besonders das Gleiche versprechen, was sie in dieser Vereinigung ihm und seinen Kindern erweisen würden. Außerdem machte er sich noch anheischig, ihnen den größten und mächtigsten Feind, d. h. Spanien, vom Halse zu halten, so daß er Deutschland keinen Schaden zufügen könnte. Würden freilich diese Fürsten sein Bündnis zurückweisen, so wollte er nicht weniger denn alles in Bewegung setzen und lehnte schon im Voraus die Verantwortung für den allgemeinen, alles verzehrenden Brand ab. Trotzdem verzögerte sich jedoch Anstruthers Aufbruch noch Monate lang.[2]

Anfang April kam der Herzog Johann Ernst von Weimar mit einem jüngeren Bruder nach England zu derselben Zeit, wo gerade Gesandte der Generalstaaten anwesend waren. Auch die letzteren hatten sich jedoch keiner raschen und energischen Förderung ihrer Angelegenheit zu erfreuen: Jacob verharrte noch immer in der alten Unentschlossenheit.

Ganz andere, weit ausgreifende Pläne bewegten freilich schon seit längerer Zeit den Prinzen von Wales und Buckingham. Der letztere sah sich bereits nach einer andern katholischen Gemahlin für den Erben seines

1) Rusdorf I. 335.

2) Nach Rusdorf I. 315 ist er erst zwischen dem 6. und 10. Juni aufgebrochen.

hinsiechenden Herrn um, als er mit dem Prinzen von Wales noch in Madrid verweilte. Um die Zeit ihrer Abreise aus Spanien erschien dann ein englischer Mönch in Paris und verschaffte sich zunächst Zutritt bei der Erzieherin der königlichen Kinder, um ihr mitzutheilen, daß der Prinz und Buckingham sofort nach ihrer Ankunft in England diese vertrauten Beziehungen zu Spanien abbrechen würden. Und darauf sprach der Mönch von einer Verbindung Karls mit der Schwester des Königs.

Marie von Medici wies den Geheimnisvollen an Richelieu, obwol derselbe damals noch keinen entscheidenden Einfluß auf Staatsangelegenheiten ausübte.[1]

Nach seiner Ankunft in England machte der uns seinem Namen nach Unbekannte Buckingham über die Aufnahme seines Vorschlags von Seiten der Königin-Mutter und Richelieus Mittheilung, und dieser verfolgte nun die Sache mit einer Rastlosigkeit und einem Feuer, daß man schon damals den Schluß zog, es sei ihm dabei zunächst darauf angekommen, die spanische Hochzeitsreise in Vergessenheit zu bringen und sich dem Prinzen vollständig unentbehrlich zu machen.

Darauf hat man denn endlich am Hofe Jacobs I. die sieben Jahr lang mit den größten Kosten betriebene spanische Verbindung aufgegeben und sich der französischen Partie zugewendet.

Schon seit Anfang December hat der französische Gesandte in Madrid, Du Fargis, nach Hause berichtet, daß die spanische Heirath scheitern werde. Er theilte aber auch Eröffnungen des päpstlichen Nuntius in Madrid mit, nach welchen Spanien bereit war, Frankreich als Schiedsrichter in seinem Streite mit England anzuerkennen und ihm also auch die Entscheidung über die Pfalz und die übrigen deutschen Wirren anheimzugeben. Dafür sollte Frankreich eine nähere Verbindung mit Spanien eingehen und Ludwig XIII. persönlich dem Könige von Spanien seine Theilnahme (ressentiment) über die Geringschätzung, mit welcher er von England behandelt sei, ausdrücken.[2]

Als diese Nachrichten in Frankreich ankamen, waren die Königin-Wittwe und Richelieu bereits durch jenen Mönch von der Veränderung der Dinge in Kenntnis gesetzt und hatten auch seinen anderweitigen Eröffnungen gern ihr Ohr geliehen. Jene spanischen Mittheilungen wird

---

1) Wir verweisen hier noch auf Goll, Die französische Heirath S. 2 ff.

2) Guizot, Un projet de mariage royal in Revue des deux mondes 41, 509.

man daher gewiß alsbald nach ihrem wahren Werth geschätzt haben, d. h. als Versuche, einen Anschluß Englands an Frankreich und eine Verbindung des Prinzen von Wales mit der Schwester Ludwigs XIII. rechtzeitig zu kreuzen.

Gegen Ende Januar des folgenden Jahres hielt dann König Jacob eine förmliche Berathung mit seinen Geheimen Räthen und Staatssekretären über diese Hauptfrage der englischen Politik, in welcher sich freilich nur drei Mitglieder der Versammlung, unter ihnen Buckingham, gegen das spanische Project erklärten: fünf der zu Rathe Gezogenen waren auch jetzt noch spanisch, andere drei gaben zunächst gar keinen bestimmten Bescheid. Trotzdem sendete Jacob unmittelbar darauf Lord Kensington, den späteren Grafen Holland, nach Paris.

In der letzten Februarwoche kam der galante Hofmann, ein zweiter Buckingham, hier an, nicht als Gesandter, sondern im persönlichen Auftrage seines Herrn, um Ludwig XIII. für ein Geschenk an Pferden, Falken und Jagdhunden Dank abzustatten. Bei dem Herzoge von Chevreuse sah er zuerst die Gemahlin und die Schwester des Königs, bald darauf auch Marie von Medici, deren Einfluß gerade jetzt von bedeutendem Gewicht war. Kensington wurde von den königlichen Frauen mit größter Zuvorkommenheit aufgenommen. Marie von Medici war bereit, England alle möglichen guten Dienste zu erweisen.

Man faßte die Angelegenheit in Frankreich natürlich vornehmlich vom politischen Stadtpunkte auf und sah sie als ein Mittel an, sich der drohenden Umzingelung Spaniens zu entziehen. Doch wich man für den Augenblick einer positiven, bindenden Erklärung noch aus; noch hatte ja England seine Verhandlungen mit Spanien nicht förmlich abgebrochen, noch war man des Königs Jacob selbst nicht sicher. Als Kensington daher La Vieuville sondierte, traf er allerdings auf eine durchaus geneigte Stimmung, allein derselbe forderte doch auch, daß England zuvor öffentlich und definitiv mit Spanien breche.

Der Prinz selbst aber erhielt von seinem geschmeidigen Brautwerber die erfreulichsten Nachrichten. Madame war freilich etwas klein für ihr Alter, aber ihre Weisheit war unendlich viel größer; sie war in der Unterhaltung mit ihrer Mutter außerordentlich einnehmend und gewandt; sie tanzte so gut, wie Jacobs Vertreter nur irgend ein Frauenzimmer hatte tanzen sehen; und als man ihre ausgezeichnete Stimme rühmte, stimmte Kensington auch hierin ein mit der Versicherung: „I am sure, she looks so.“

Die Prinzessin ihrestheils ließ sich das Bildnis Karls, welches Kensington um den Hals trug, aushändigen und hielt es über eine Stunde

lang in ihren Händen. Auch die Aufnahme, welche der Diplomat bei dem Könige fand, ermuthigte zu weiteren Erklärungen.[1]

Darauf kehrte Kensington nach England zurück und trieb zur Eile: ebenso wie Frankreich fürchte, Spanien könne England durch die Pfalz zufrieden stellen, ebenso sehr habe England zu besorgen, daß Spanien Frankreich mit dem Veltlin absinde. Ein förmliches Brechen mit Spanien ohne die Zustimmung des Parlaments hatten jedoch die englischen Politiker immer für unthunlich gehalten, und der König daher beide Häuser bereits zum 19. Februar nach Westminster einberufen.

König Jacob eröffnete das Parlament in eigner Person und zwar mit auffallendem Glanze gerade am Todestage des Prinzen Heinrich, weshalb Elisabeth von der Pfalz besondere Hoffnungen auf dasselbe setzte. Die größte Aufmerksamkeit widmeten die Parlamentsherren dem Prinzen: laut äußerten sie ihre Freude über die jugendliche Frische und die äußere Grazie seiner ganzen Erscheinung. Gleich in seiner ersten Ansprache suchte Jacob den Rath des Parlaments im Betreff der Vermählung des Prinzen, im Betreff des allgemeinen Wols und der Ausbreitung der Religion, sowie der Zukunft seines Sohnes und seiner Enkel in flehentlichen Worten nach. Er bat die Häuser inständigst, jeglichen Argwohn wie ein Unkraut aus ihren Herzen auszureuten, erklärte ihnen sein eigenmächtiges Verfahren im Betreff der Ausführung der confessionellen Verfügungen mit dem verständlichen Gleichnisse des Reiters, welcher bald die Sporen brauchen und dann auch wider dem Thiere die Zügel lassen müsse, und beruhigte sie über das gesicherte Bestehen ihrer Freiheiten und Privilegien, die er sogar zu mehren versprach. „Niemals dürstete ein in Todesgefahr schwebender Wanderer mehr nach Wasser, als ich jetzt nach dem guten und glücklichen Ausgange dieses Parlaments." Mit diesen bewegten Worten, denen noch herzliche Segenswünsche für die Berathungen beider Häuser folgten, schloß der König seine Rede.[2]

Wenige Tage darauf rechtfertigte oder entschuldigte Buckingham in einer ausführlichen Auseinandersetzung seine spanische Reise und zwar in einer so scharfen Weise, daß der spanische Gesandte Genugthuung forderte. Das Parlament aber sprach im begeisterten Gefühl höchster Befriedigung darüber, daß es der Günstling nun gewissermaßen zum Richter über den König und sich selbst machte, seine vollste Anerkennung über diese letzten

1) Kensingtons Briefe an Karl und Buckingham Cabala (1663) S. 311—320.

2) Rushworth I. 115 ff.

Maßnahmen des Ministers aus und erklärte feierlichst, daß sich derselbe durch diese Verhandlung um den König und die Wolfahrt Aller verdient gemacht habe. So sichtlich nun auch den König die Geneigtheit des Parlaments erfreute, so war dem krankhaften Gefühl seiner königlichen Autorität dennoch eine Anerkennung anstößig, von der er wol mit Recht vermuthete, daß sie Buckingham selbst veranlaßt habe. Er erwiderte daher dem Parlament, daß es der größte Fehler oder zum wenigsten der größte Irrthum sei, dessen sich Buckingham gegen ihn schuldig gemacht habe, diese Rechtfertigung vom Parlament zu begehren, als ob er irgend einer Rechtfertigung Anderer gegen ihn nöthig habe.

Hierauf faßten zuerst die Lords den Beschluß, daß der König aus persönlichen und aus religiösen sowie endlich aus Staatsrücksichten weder die Heirathsverhandlungen mit Spanien länger fortführen, noch durch einen Vertrag die Restitution der Pfalz suchen könne, und die Gemeinen traten diesem Beschlusse einstimmig bei.

Der König aber forderte nun und zwar widerum persönlich auch die pecuniäre Unterstützung des Parlaments. Er bekannte sehr offenherzig, daß ihm die spanische Reise, die Unterstützung der Pfalz und die zahlreichen Gesandtschaften eine große Schuldenlast vornehmlich bei Dänemark auf den Hals geladen hätten, die er allein nicht abzuwälzen im Stande wäre. Er wies ferner darauf hin, daß die Niederlande englischer Unterstützungen dringlichst bedürften, daß die deutschen Fürsten, alle arm, schwach und entmuthigt, gleichfalls seiner Hülfe entgegen sähen, und nahm endlich diese Unterstützung mit der ausdrücklichen Versicherung in Anspruch, daß die bewilligten Summen nur von einer Parlamentscommission verwaltet werden sollten.

Eduard Sackville, der spätere Graf von Dorset, bemerkte darauf weiter, daß die Armee noch vor dem Ausgange des April marschieren müsse. Er nannte den bevorstehenden Krieg einen heiligen Krieg, obwol er freilich gestand, daß es eine Zeit gegeben habe, in welcher man mit der Aussicht auf besseren Erfolg habe handeln können. Allein es schien ihm auch jetzt noch zu einer tüchtigen Unternehmung Zeit, nur vor weiterer Verschleppung warnte er eindringlichst: „Die Füchse haben Höhlen, die Vögel in der Luft haben ihre Nester, aber die Tochter unsers Königs und unsers Reichs weiß kaum, wohin sie ihr Haupt legen kann.“ Er forderte, man möchte den königlichen Versprechungen im Betreff der Abhilfe der Beschwerden nach einer Bewilligung Glauben schenken: „denn ein edler Mann findet in dem zuversichtlichen Glauben Anderer die stärkste Verpflichtung, auch seinerseits Wort zu halten.“ „Dies ist der Weg, S. M. nicht nur Liebe, sondern Begeisterung für Parlamente einzuflößen.“

Obwol man nun der neuen Wendung der Dinge und ihren eifrigen Anwälten kein allzu großes Vertrauen von Seiten des Parlaments entgegenbrachte, so hat doch die Regierung schließlich nicht vergeblich an die angestammte Loyalität, an den in seiner Jugendlichkeit so eifersüchtigen englischen Patriotismus, den erwachenden Freiheitssinn und die religiöse Begeisterung zugleich appelliert. Im Namen des Parlaments bot der Erzbischof von Canterbury die größte Unterstützung, welche ein Parlament bisher gewährt hatte, drei volle Subsidien und drei Funfzehntel. Im Laufe eines Jahres sollten sie aufgebracht werden.

Da der Erzbischof jedoch nach der Meinung des Königs eins seiner Worte über Spanien nicht ganz richtig gedeutet hatte, erhob dieser in seiner sophistischen Kleinigkeitskrämerei und seinem übertriebenen Hoheitsgefühl auch hierüber noch Einwendungen. Und bald darauf gestand er wider in Ausdrücken, welche einem verschuldeten Bankerottierer angemessener gewesen sein würden,[1] daß er die bewilligten Subsidien für zu gering halte, und forderte 5 Subsidien und außerdem zu jeder noch 2 Funfzehntel, und zur Bezahlung seiner Schulden eine Subsidie und 2 Funfzehntel jährlich bis zur vollständigen Schuldentilgung.

Schon war der König entschlossen, Philipp IV. selbst Anzeige von dem Rathe zu machen, welchen ihm sein Parlament gegeben hatte — beide Unterhandlungen über die Heirath und über die Restitution der Pfalz abzubrechen — als eine Petition der Gemeinen gegen die Papisten ihn wider für einige Zeit wanken machte.

Schließlich fand man freilich die von Jacob geforderten Summen doch zu hoch und bewilligte nur 3 Subsidien und 3 Funfzehntel oder etwa 300,000 Pfund Sterling. Im Laufe eines Jahres sollte die Summe, nachdem Jacob die Verhandlungen mit Spanien für geschlossen erklärt hatte, an die vom Parlament ernannten Commissare gezahlt werden. Allein auch die Zwecke, für welche die Summen verwendet werden sollten, machte man noch namhaft: sie bestanden in der Vertheidigung des Königreichs, der Sicherung Irlands, der Unterstützung der Generalstaaten und anderer Freunde und Bundesgenossen des Königs und endlich in der Ausrüstung der Flotte. Der Pfalz gedachte man bei dieser Gelegenheit nicht ausdrücklich, denn in erster Linie galten diese Vorbereitungen zu einem Kriege nach den Anschauungen des Parlaments doch Spanien,

1) And for my own necessities, my crying debts are so heavy, that no man can bearthen with a greater grief of heart and sting of conscience, then J have done and do. And J now growing old, would be glad to see a means for the satisfying of my debts, before J go out of the world. Rushworth I. 137.

welches nun Jahre lang einen so unheilvollen Einfluß auch auf die innern Zustände des Königreichs ausübte.

Nach einer andern Richtung hin freilich gingen die Pläne des Königs.[1] Ihm war es nicht sowol um einen Krieg mit Spanien zu thun, als um eine Widergewinnung der Pfalz, bei welcher man vielleicht sogar einem Kampfe mit Spanien ausweichen konnte. Nicht eine allgemeine Veränderung der politischen Zustände Deutschlands und des continentalen Mitteleuropas erstrebte dieser Stuart, sondern die Widereinsetzung seines Schwiegersohnes in die Pfalz.

Allein diese Meinungsverschiedenheit zwischen König und Parlament trat zunächst in keiner Weise störend zu Tage: unter allgemeinster Befriedigung des Fürsten und des Volkes wurde das Parlament, von welchem Jacob I. erklärte, daß es ihn zum glücklichsten Monarchen der Welt gemacht habe, geschlossen. —

Unter denjenigen Politikern, welche die immer deutlicher hervortretende Schwenkung der Politik beider Großstaaten England und Frankreich mit dem lebhaftesten persönlichen Interesse verfolgten, war der Graf Ernst von Mansfeld sicherlich nicht der letzte. Nach der üblen Behandlung, welche demselben im Laufe des vorigen Jahres von Frankreich zu Theil geworden war, und nach seiner Entfernung aus Ostfriesland durch Christian IV. und die Generalstaaten, finden wir den rastlosen Mann im Haag wider. Er rechnete mit Sicherheit darauf, daß man der habsburgisch-wittelsbachischen Partei den Sieg von Neuem streitig machen werde, und machte, nachdem er seine Schaaren im Haag vollständig abgelohnt hatte, sofort wider Versuche z. B. durch den venetianischen Gesandten[2] Geld zu neuen Rüstungen von den Generalstaaten zu erlangen. Man wollte wissen, daß ihm seine alten Dienstherren Frankreich, Venedig und Savoyen ein dreimonatliches Wartegeld zahlen ließen. Sein Ruf war jedoch selbst bei diesen ein außerordentlich schlechter. Ein in seinem Heere dienender Franzose, La Roulière, dessen Glaubwürdigkeit er freilich kurze Zeit darauf selbst bemängelte, vertheidigte ihn gegen den Vorwurf unrechtmäßiger Bereicherung in einem besonderen Schreiben an Ludwig XIII.[3] Doch bereits Ende März hatte ihn der französische Gesandte im Haag, Du Maurier, nicht nur mit neuen Mitteln versehen, sondern auch für neue Pläne gewonnen. Schon am 1. April begab sich Mansfeld darauf mit Du Maurier nach Frankreich.

---

1) Gardiner, England under the duke of Buckingham and Charles I. 32. ff.
2) Villermont II. 219.
3) Reuß, Collection Harlay 18985.

Beide trafen den Hof in Compiegne, und auch Mansfeld sah hier im Geheimen den König. Hier hat aller Wahrscheinlichkeit nach auch Richelieu dem Abenteurer zum ersten Male gegenüber gestanden. Abermals erbot sich Mansfeld, eine Armee von 25,000 M. Fußvolk und 7,000 Reitern im Namen des Pfalzgrafen gegen eine Monatsrate von 36,000 Livres auf die Beine zu bringen und zu erhalten. Obwol hoch erfreut hierüber, schloß man doch nicht sofort mit ihm ab, da man ihm viel mehr einen Wirkungskreis im Veltlin oder in der Franche Comté als in der Pfalz zugedacht hatte. Richelieu wollte außerdem zuvor die Anerbietungen Englands kennen lernen und beauftragte daher den Grafen, sich mit dem Könige Jacob selbst in persönliches Einvernehmen zu setzen.

Darauf begab sich Mansfeld sofort nach England und traf mit einem jungen Grafen von Wittgenstein in der letzten Aprilwoche in London ein. Er hielt sich im Anfange verborgen: bald erfuhr man jedoch, daß er auf Frankreichs Veranlassung gekommen sei, und zwei Tage nach seiner Ankunft wurde er auch bereits vom Könige mit ausgezeichnetem Wolwollen zum Staunen aller, welche die frühere Abneigung Jacobs gegen den Mann kannten, der seine Friedensverhandlungen so oft gestört hatte, empfangen. Sofort machte sich der Söldnerfürst anheischig, mit 10,000 M. Fußvolk, 3,000 Reitern und 6 Geschützen gegen eine monatliche Unterstützung von 20,000 Pfund Sterling die Restitution der Pfalz in Angriff zu nehmen, indem er zugleich auf die Hilfe hinwies, welche Frankreich, Venedig und Savoyen schon im Interesse des Veltlins leisten würden. Er selbst wollte sich der Franche Comté bemächtigen und von da in die östreichischen Erblande einfallen.[1] Auch wenn der König im Augenblicke nur 2 Monate zahlen konnte, war Mansfeld zufrieden gestellt, der dritte Monat konnte nachgezahlt werden. Mit sichtlicher Leidenschaftlichkeit erklärte sich der König zur Restitution um jeden Preis bereit und billigte den von Mansfeld entwickelten Plan, nur wollte er sich vorher noch vergewissern, ob Frankreich wirklich beitreten würde. Auch jetzt fürchtete er noch, Spanien allein und vorzeitig entgegenzutreten, worüber ihn indessen Mansfeld beruhigt zu haben scheint. Auch er hielt ein Brechen Englands mit Spanien, bevor sich Frankreich mit seinen Verbündeten dem ersteren nicht angeschlossen haben würde, für misslich.

Zum größten Befremden der niederländischen Gesandten, denen der Fürst von Hagenau — dazu hatte Friedrich V. von der Pfalz Mansfeld gemacht — gleich einem Theaterprinzen in rothen Sammet gekleidet, seine Aufwartung machte,[2]

1) Gardiner a. a. O. I. 36.

2) Arend, Algemeene Geschiedenis III. 4. 36.

hatte sich Jacob dies Mal im Laufe weniger Tage schlüssig gemacht. Mansfeld hatte sich ihm noch besonders durch den Umstand empfohlen, daß er scheinbar ganz auf eigne Faust, insonderheit auch ohne eine Vollmacht des Pfalzgrafen gekommen war. Jacob wies ihm nicht nur den für die spanische Infantin bestimmten Palast zur Wohnung an, sondern beehrte ihn auch mit einem nicht unbedeutenden Jahrgeld.

Die Verpflichtung des Königs ist am 25. April a. St. ausgestellt. Sie lautete auf 10,000 M. Fußvolk, 3,000 Reiter und 6 Kanonen. Auf drei, höchstens 6 Monate war der Graf bedingungsweise in Sold genommen worden.[1] Dagegen erbot sich Mansfeld in einer besonderen Urkunde, sich von Ludwig XIII. und seinen Verbündeten Savoyen und Venedig eine Bestallung auf dieselbe Anzahl von Mannschaften und Pferden auszuwirken und versprach im entgegengesetzten Falle dem englischen Könige seine schriftliche Versicherung wider zuzustellen.[2] Als Zweck der neuen Rüstungen war in der mansfeldischen Urkunde ausdrücklich die öffentliche Freiheit und die Restitution der Pfalz genannt, während der Betrag des monatlichen Unterhalts nicht besonders angegeben ist. Die Zahlungen für diese Truppen wollte England sofort erfolgen lassen, nachdem sich auch Frankreich betheiligt hatte.

Die ganze Angelegenheit war ziemlich geheim betrieben worden: weder die holländischen Gesandten noch auch Rusdorf hatte man ins Vertrauen gezogen.

Vom Könige reich beschenkt, vom Volk mit enthusiastischen Segenswünschen begleitet, verließ Mansfeld London. Der bei seiner Abreise noch nicht vom Könige selbst unterzeichnete Vertrag wurde ihm kurz darauf in voller Ausfertigung nachgesendet. Derselbe verpflichtete ihn nun förmlich zur Widerherstellung der Pfalz. Selbstverständlich mußte sich aber der Graf dabei der Oberleitung Englands und Frankreichs, falls ihm das letztere eine gleiche Anzahl Truppen unterstellen würde, fügen.[3]

---

1) Rusdorf I. 362.

2) Reuß, Collection Harlay 18985. Rusdorf I. 291. Villermont II. 230.

3) j'offre de mon costè de tascher et moyenner tant qu'en moy sera près de sa Majestè tres chrestienne, la serenissime Republique de Venise et son Altesse Illustrissime de Sauoye, d'obtenir d'eux l'entretenement d'encor autant le tout pour la liberté publique et le recouurement du Palatinat et de la Valteline.

Gerade in jenen Tagen aber, wo Mansfeld in England über einen neuen Feldzug gegen das Haus Habsburg verhandelte, vollzog sich in Paris ein weit einflußreicherer welthistorischer Act. Der damalige Lenker des französischen Staatswesens, La Vieuville, führte Richelieu in das Ministerium ein (26. April), um ihm nach wenigen Monaten das Feld allein zu überlassen (12. August). Bald wurden darauf auch wichtige Gesandtschaftsposten mit ergebenen Anhängern der neuen Richtung besetzt, namentlich trat an die Stelle des Commandeurs Sillery in Rom Graf Bethunes, und den Grafen Tillieres in London ersetzte der Markis d'Effiat; im Haag aber folgte auf Du Maurier der Markis d'Espesses. Tillieres war ein Freund Puisieux's und genoß schon deswegen nicht das volle Vertrauen der Königin-Mutter, welche hinter seinem Rücken durch eine untergeordnete Persönlichkeit die Verhandlungen über die beabsichtigte Eheverbindung selbst führte, so daß Tillieres, als er dahinter kam, sogar dem Könige Anzeige machte. Er gesteht selbst ein, daß er die Verschwägerung der beiden Königsfamilien nur zögernd gefördert habe.

Allein es waren wol auch recht eigentlich politische Gründe, welche Tillieres' Abberufung herbeiführten. Er hat als Freund Silleryś und Puisieux's, welche beide für spanisch gesinnt galten, bei dem sich vollziehenden Umschwung der Dinge seine Gesinnung nicht wechseln und nicht verläugnen wollen. Buckingham begegnete ihm mit Kälte. Das Programm zur Restitution der Pfalz, welches er Rusdorf bei seinem Scheiden entwickelte, wonach der Pfalzgraf durch einen gütlichen Vergleich mit Baiern Land und Leute wider erhalten sollte, hatte jetzt gar keine Aussicht auf Verwirklichung, wo Jacob I. im Begriff stand, Baiern mit Waffengewalt zur Herausgabe des Erbtheils seiner Enkel anzuhalten.[1]

Von Anfang Juni an finden wir den Grafen Carlisle und Lord Holland in Frankreich mit dem wirklichen Abschluß des Ehevertrags beschäftigt. Ihr Auftrag lautete dahin, nicht nur ein Ehebündnis, sondern auch einen Alliancevertrag zwischen beiden Kronen zu Stande zu bringen. Es war der erste Sieg französischer Staatskunst in diesen Verhandlungen, daß man von vorn herein beide Angelegenheiten getrennt hielt.

Unter den vier Commissaren, welche Ludwig XIII. hierzu ernannte, nahm Richelieu die erste Stelle ein, außer ihm waren noch La Ville-aux-Clercs, der Staatssekretair, ferner La Vieuville und der Siegelbewahrer d'Aligre betheiligt. Am 3. Juni 1624 wurden die Conferenzen in

1) Hippeau 58 ff. Rusdorf, Mémoires I. 327 ff. Auch diese Stelle wie der ganze Abschnitt wurde vor dem Erscheinen der scharfsinnigen Schrift Golls geschrieben, in der unsere Auffassung mehrfache Bestätigung (S. 17. 19. 24.) findet.

Compiegne eröffnet: in 3 Monaten versprach Ludwig XIII. auch die Dispensation des Papstes beizubringen. Richelieu stellte anfangs die Forderung, daß Jacob I. alles gewähren sollte, was er bei den früheren Verhandlungen mit Spanien hatte genehmigen wollen.

Alsbald erheben sich nun die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten: die Engländer erklären, ihr König könne nichts bewilligen, was den Landesgesetzen widerspreche; die Gewährung einer öffentlichen Religions- und Cultusfreiheit an die Katholischen weisen sie mit Entrüstung von sich. Sie betrachteten diese Forderung geradezu als einen Versuch, unter dem Scheine der Freundschaft ihr Staatswesen aufzulösen. Hätten sie geahnt, daß Richelieu schon wenige Monate später mit den englischen Katholiken in ein so verhängnisvolles Einverständnis treten würde, wie schnell würden sie überhaupt von allen diesen Verhandlungen zurückgekommen sein!

Auf der andern Seite fand diese Ehe bei der spanisch-päpstlichen Partei nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa den heftigsten Widerspruch. In Rom hegte man die ernstesten Besorgnisse, daß sich Frankreich dabei zur Restitution der Pfalz verpflichten werde. Urban VIII. richtete zwei hierauf bezügliche Schreiben an Ludwig XIII. und seine Mutter und bot sogar für Henrietta Maria die Hand des spanischen Don Carlos: beide sollten nach dem Tode der Infantin die spanischen Niederlande erhalten. Indessen blieben sowol der König wie seine Mutter und Richelieu fest. Der letztere ging von dem Gesichtspunkte aus, daß der Papst nichts nach den einst Spanien gewährten Bedingungen zu fragen, sondern nur darauf zu sehen habe, ob die französischen loyal und ausreichend seien. Als Lord Kensington Marie von Medici das Wort des Grafen von Olivarez mittheilte: „wenn der Papst seinen Dispens zur Heirat ertheilt, so wird der König von Spanien Rom plündern —", erwiderte sie auf der Stelle: „wir werden ihn schon hindern und ihm anderwärts genug zu schaffen machen." [1]

Graf Carlisle hatte sich bei den königlichen Frauen in höchste Gunst zu setzen gewußt. Auf die Königin Anna wirkte er noch besonders durch die Herzogin von Chevreuse, an welche ihn nicht nur oberflächliche, höfische Galanterie fesselte. Ende Juni begab er sich mit den Bedingungen des Cardinals nach London.

Gerade die weitere Entwickelung dieser Heiratsangelegenheit ist es nun auch, welche La Vienvilles Sturz hauptsächlich herbeiführte. In feinster Abwägung der an England zu stellenden Forderungen für die

1) Cabala (1663) S. 316.

Confession der zukünftigen Königin, ihrer Umgebung und ihrer englischen Glaubensgenossen Richelieu nicht im Entferntesten gewachsen, hat derselbe hierauf bezügliche und von Richelieu festgestellte Weisungen eigenmächtig geändert und vertauschte darauf seinen Sitz im höchsten Rathe des Königs unmittelbar mit dem Kerker.[1]

Während des langsamen Verlaufs dieser Verhandlungen suchte das schwer bedrohte niederländische Gemeinwesen bei den beiden Schutzstaaten, welchen an seinem Bestehen so großes gelegen war, bei England und Frankreich, Anlehnung.

Und der Prinz von Wales und Buckingham kamen den Holländern sogar freiwillig entgegen: Karl ließ Moriz von Oranien durch seine Schwester auffordern, noch während der Dauer des Parlaments eine Gesandtschaft nach England abzuschicken. Buckingham und seine Freunde hofften auf eine um so größere Bereitwilligkeit des Parlaments, wenn dasselbe den König im vollsten Einverständnis mit den Generalstaaten erblickte. Und so beauftragten denn die letzteren François von Aerssens und Albert Joachimi mit dem Abschluß einer neuen Alliance. Am 26. Februar begaben sich beide auf die Reise: am 10. März wurden sie von König Jacob empfangen. In auffallendster Weise geleitete man sie mit ungefähr 30 Carossen von ihrer Wohnung gerade an der des spanischen Gesandten vorüber an den Hof. Umgeben vom Prinzen Karl und Buckingham, empfing sie der König und nahm ihre Botschaft mit entblößtem Haupte entgegen. Seine Antwort war außerordentlich gnädig. Er dankte den Staaten für den seiner Familie gewährten Schutz, wies auf die alte Verbindung beider Reiche und ihre Gemeinschaft in der Religion hin und versicherte den Gesandten, daß er sich ihren Schutz ebenso angelegen sein lassen wolle, wie die Vertheidigung seiner eignen Lande. Auch der Prinz von Wales ließ es an Versprechungen nicht

---

1) Vergl. Gardiner I. 89 ff. Goll 27 ff. 34. Da der ganze Vorgang noch jetzt wenig erklärt ist, folgen hier die Gründe, mit welchen Ludwig XIII. die Meldung an d'Espesses begleitet: „mais j'ai été réduit à cette necessité par la continuation de la mauvaise conduite dud. La Vieuville qui a été jusqu'à ce point que de changer sans mon sceu les resolutions prises en ma presence, de traiter avec Ambassadeurs residents auprès ma personne contre mon ordre, me supposer divers amis à dessein de me donner ombrage de ceux en qui je pourrois scurement avoir confiance et rejetter sur moy la haine qu'il s'est attiré en exerçant ses passions contre les particuliers. Brief vom 13. Aug. D'Espesses, Dépêches d'Hollande.

fehlen, während Buckingham ihren officiellen Besuch ablehnte. Dafür suchte er aber die Gesandten noch desselben Abends in ihrer Wohnung auf und gab ihnen Aufschlüsse über die Pläne der Spanier, wie sie ihm in ihrem eignen Lande entgegen getreten waren. Er versicherte, daß es sich um nichts Geringeres, als um die Widergewinnung der abgefallenen Provinzen handle.

Allein trotzdem kam man in den Unterhandlungen nur sehr langsam vorwärts, woran offenbar die Unentschlossenheit des Königs und seine allzu zarte Rücksichtnahme auf Spanien und Frankreich in erster Linie die Schuld trägt. Denn auch jetzt noch stand Jacob unter dem zeitweiligen Einflusse seiner Lieblingsneigung, mit Spanien im Bunde dem europäischen Continent Gesetze vorzuschreiben. Und gerade jetzt setzten die Vertreter Spaniens alle Mittel in Bewegung, um ihn nicht vollständig in das andere Lager hinüberschwanken zu lassen.

Allerdings wurde Walter Aston beauftragt, Philipp IV. den Abbruch der Eheverhandlungen und der Waffenstillstandsvermittlungen, mit welchen die Infantin sich beschäftigte, förmlich anzuzeigen, und der König erhielt eine Antwort, aus welcher er entnehmen mußte, daß Spanien bereit sei, den hingeworfenen Handschuh aufzuheben.

Indessen wirkten die spanischen Gesandten auf den furchtsamen und mißtrauischen König immerhin noch in sehr merkbarer Weise ein. Der spanische Vertreter De la Inojosa und Carlos Coloma, der Gesandte der Infantin, ergriffen die Gelegenheit einer persönlichen Zwiesprache mit dem Könige ohne Zeugen, um ihn, wenn auch nicht unmittelbar, von einer Verschwörung an seinem eignen Hofe zu unterrichten, deren Haupttheilnehmer sein Sohn und sein Günstling sein sollten. Die Kriegsvorbereitungen wurden bereits als der Anfang ihrer Wirksamkeit, die Entfernung und Verweisung des Königs auf ein einsames Landhaus und die mit Hilfe des Parlaments zu bewerkstelligende Erhebung des Prinzen von Wales als ihr Ziel bezeichnet. Die Hauptanklagen richteten sich natürlich gegen Buckingham, den die Spanier außerdem der Bestechlichkeit beschuldigten; Buckingham galten jene Verläumdungen zunächst und am meisten. Er sollte sich mit einer dem Könige feindlichen Partei umgeben haben, um noch während dieser Parlamentssitzung die Staatsverfassung umzustürzen. Man bezeichnete die bestehende Regierung nicht unwitzig als ein Triumvirat, in welchem Buckingham die erste, der Prinz die zweite, der König aber die letzte Stelle einnehme, und rieth dem Könige geradezu, sich aus dieser Gefangenschaft zu befreien. Der eigentliche Ankläger Buckinghams, ein Geistlicher Carondelet, welcher bei Coloma als Sekretär arbeitete, sprach zuletzt auch noch von einem Vergleiche in der pfälzischen Sache zu Jacob I. Innerhalb dreier Monate sicherte er

die Restitution der Pfalz im Namen Spaniens zu, falls der König seinen allmächtigen Rath fallen lassen würde.[1] Baiern sollte durch spanische Vermittelung mit Geld abgefunden werden: übrigens wollte man dem Könige sogar die Unterstützung der Holländer mit Geld oder Truppen gestatten.[2]

Anonyme Briefe, deren Absender dem Könige vielleicht bekannt waren, verfolgten denselben Zweck, Buckingham zu vernichten und zwischen König und Parlament Unfrieden zu säen. Sie behaupteten, das Parlament sei nun über dem König; der kecke Herzog mache dem Parlament Vorschläge, von denen der König nichts wisse, oder die er nicht billige: der Mann, welcher die spanische Heirat verhindert habe, wünsche überhaupt eine Verheiratung des Prinzen nicht, beabsichtige aber seine Tochter mit Jacobs Enkelsohn zu vermählen.

Alle diese Ränke und Umtriebe erregten in dem mißtrauischen Könige, der, selbst täuschend, auch unter seiner nächsten Umgebung leicht Verräther argwöhnte, Verdacht wenn nicht gegen Buckingham, so doch gegen das Parlament. Selbst der erstere mußte ihm das Warnungswort zurufen: „So lange Sie zwischen Spanien und Ihren Unterthanen schwanken, um Ihren Vortheil bei beiden zu suchen, werden Sie ihn bei keinem finden.“ Auch er fürchtete den Wankelmuth seines Herschers und schien zu besorgen, daß es demselben nur um die Subsidien des Parlaments, nicht aber um ein Verlassen des Irrweges, um eine Abhilfe der Beschwerden zu thun sei. Buckingham hat sich in dieser Zeit mit seinem ganzen Einfluß bemüht, den argwöhnischen König wider in das volle Vertrauen des Parlaments einzusetzen: ja er wollte ihn jetzt sogar im Voraus verpflichten, keinen Frieden zu schließen, wenn es einmal zum Kriege gekommen sei, ohne das Parlament zuvor zu hören.[3]

Allein Buckingham besaß auch Keckheit genug, um seinen anfangs bis auf den Tod erschrockenen und sich in sein Geheimnis zurückziehenden Herrn schließlich zum Reden zu bringen, und die Gesandten Spaniens und der Infantin erhielten darauf keinen weiteren Zutritt zum König. Inojosa mußte England verlassen.[4] Unmittelbar nach diesen Erlebnissen ließ Jacob Philipp IV. von dem Abbruch beider Verhandlungen über die Vermählung und über die Pfalz in Kenntnis setzen.[5]

1) Vgl. Gardiner I. 40 ff. Diese Intriguen fallen in den Anfang des Monats April n. St.

2) Cabala S. 300.

3) Buckinghams Brief an den König. Hardwicke State papers I. 466.

4) Rusdorf, Mémoires I. 292. Dazu Walter Astons Beschwerde in Madrid Cabala S. 13.

5) Gardiner I. 45.

So ist es denn leicht zu erklären, daß man dem Vorschlage eines Offensivbündnisses, welchen die holländischen Gesandten überbrachten, mit auffallender Zurückhaltung begegnete und nicht die geringste Neigung zeigte, sich der Unterstützung der Niederlande in der pfälzischen Sache zu bedienen. Nur von einer Defensivallianee war ernstlich die Rede: immer tiefer lebte man sich in den Gedanken hinein, die pfälzischen Wirren mit Hilfe Frankreichs zu ordnen. Deshalb wahrte man wol die Zurückhaltung in einem so auffälligen Grade und weihte die holländischen Gesandten nicht einmal in das Geheimnis der mansfeldischen Verhandlungen ein. Bisweilen freilich stellte man auch das Offensivbündnis in Aussicht, wenn England erst vollständig bereit sein werde.

In Folge aller dieser Umstände kamen die Unterhandlungen mit den Holländern erst am 5./15. Juni zu einem gewissen Abschluß. Jacob bewilligte ein defensives Bündnis, kraft dessen die Generalstaaten 6000 Mann in England werben durften, und der König die vollständigen Kosten dieser Werbung übernahm. Ein englischer Commissarius sollte in Holland selbst mit den Zahlungen betraut werden. Nach dem Frieden hatten die Generalstaaten die Rückzahlung der vorgeschossenen Summen zu bewirken und zwar in derselben Zeitfolge, in welcher die Subsidien wirklich entrichtet waren. Die Generalstaaten aber versprachen dem Könige mit 4000 M. oder einer entsprechenden Geldhilfe beizuspringen. Längstens nach Verlauf von zwei Jahren sollte der Tractat in Kraft treten.[1] Im ersten Artikel des Bundesinstrumentes ward des Pfalzgrafen gedacht: die Alliance sollte auch ein Mittel zur Widergewinnung der Pfalz sein.

In derselben Zeit gelang es den Niederländern, auch Frankreich von Neuem zum Schutze ihres Staatswesens zu verpflichten. Wie es scheint, hat auch das französische Cabinet den Holländern freiwillige Anerbietungen gemacht, und erst in Folge derselben sind Heinrich von Essen, Nicolaus von Bauchorst und Adrian Pau mit dem Auftrage, ein Offensiv- und Defensivbündnis anzubieten, abgegangen. Indessen auch Frankreich ließ sich nur zum letzteren bestimmen. Am 10. Juni erreichten die Verhandlungen ihr Ende. Die Holländer erhielten dadurch für das laufende Jahr 1,200,000 Livres leihweise, und für jedes der beiden folgenden Jahre eine Million.[2] Die Rückzahlung sollte mit dem dritten Jahre

1) Leonis ab Aitzema historia pacis 32 ff.

2) Davon gingen 38,000 L. für jedes der beiden Jahre 1625/26 ab, welche auf bereits in den Niederlanden stehende französische Truppen verwendet wurden. Diese Summe wurde daher auch bei der Rückzahlung nicht in Anrechnung gebracht. Aitzema a. a. O. 20 ff.

nach dem Frieden beginnen und innerhalb 9 Jahren vollständig bewirkt sein. Für diese Unterstützung mußten sich die Staaten freilich dazu verstehen, ohne den Rath und die Vermittelung Ludwigs XIII. keinen Waffenstillstand und noch weniger einen Frieden einzugehen, und dem Könige erforderlichen Falles wenn irgend möglich mit einer Unterstützung an Truppen oder Schiffen, welche der Jahresunterstützung gleichkam, zur Seite zu treten. Diese Leistung hatten sie sogar auf sich zu nehmen, wenn sie selbst in Waffen waren. Obwol nun dieser französisch-holländische Vertrag erst am 4. September[1] 1624 von dem Könige unterzeichnet wurde, so erfüllte Ludwig XIII. doch sein Subsidienversprechen sofort: denn die niederländischen Gesandten brachten in der That einen Wechsel von 600,000 L. mit in die Heimat.

Zweites Buch.

Die auswärtigen Mächte und ihre Beziehungen zu den Reichsständen in der zweiten Hälfte des Jahres 1624.

Die niedersächsischen Kreisstände in der zweiten Hälfte des Jahres 1624 und König Christian IV. von Dänemark.

Die politische Haltung der niedersächsischen Stände hat sich auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres nicht wesentlich verändert. Tilly selbst hat dem Herzog von Wolfenbüttel das Zeugnis vollständigster Tadellosigkeit ausstellen müssen. Gestützt auf dasselbe und durch die große Noth, unter welcher man seufzte, noch besonders angetrieben — die Unterthanen starben bereits Hungers — ließ Friedrich Ulrich durch Henning v. Steinberg und Heinrich v. Mengersen im September die jetzt sogar von Tilly selbst empfohlene Befreiung seiner Territorien und die Abführung der katholischen Armee von der Weser in Wien nachsuchen.

In einem Puncte freilich leistete Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel dem Verlangen des Kaisers beharrlich Widerstand. Zwei der im Jahre

1) Die Generalstaaten haben ihn am 12. Juni genehmigt.

1622 gestürzten Geheimräthe, die Brüder v. d. Streithorst, hatten sich über das gegen sie verhängte rechtswidrige summarische Verfahren beschwert. Da sie ihren Sturz als eine unmittelbare Folge ihres Bestrebens, den Herzog Christian von dem Kreise fernzuhalten, darstellten, nahm sich Ferdinand II. ihrer an und erließ mehrere Befehle zu ihrer Befreiung und zur Einleitung eines Rechtsverfahrens. Noch am 14. November erging eine solche Weisung an Friedrich Ulrich, welche ihm allerdings eine zweimonatliche Frist gewährte, aber ihn auch bei fortdauerndem Ungehorsam in die angedrohte Pön verfallen erklärte. Auch Maximilians Vermittelung suchte der Kaiser in dieser Sache nach.

In dieser großen Verlegenheit der Stände rieth Christian von Celle dem Herzog Friedrich Ulrich, das Kreisoberstenamt einstweilen bis zu einer Neuwahl auf sich zu nehmen, um kraft desselben die Werbungen für auswärtige Mächte in Bremen und Hamburg zu hindern. Mit einer ähnlichen Bitte, zur Sicherung des Kreises gegen das katholische Volk beizutragen, wendete er sich sogar an Christian IV. Auf der andern Seite aber zeigte er dem Kaiser auch an, daß er Befehle gegen Werbungen erlassen habe, und versprach als getreuer Reichsfürst mit Eilpost von allen Vorgängen im Kreise Mittheilung zu machen. Vor der Hand suchte er mit seinen geringen Kräften selbst die Pässe der Weser und Elbe zu sichern. Kurz, so sehnsüchtig Christian von Celle auch auf die Abführung der katholischen Truppen harrte, und so eifrig er dieselbe in Wien nachsuchte, so hat er doch nicht im Geringsten an eine Entfernung derselben mit Gewalt gedacht oder sich zu diesem Behuf gar der Unterstützung auswärtiger Mächte versichert.

Diese Grenzen strengster Gesetzlichkeit scheint unter den Fürsten des niedersächsischen Kreises nur der von den Religionsedicten bedrohte Administrator Christian Wilhelm schon damals überschritten zu haben, während natürlich seine Landstände, die Domcapitel von Magdeburg und Halberstadt und auch die größte Stadt des Erzstifts, Magdeburg, trotz ihrer Besorgnisse vor der immer näher rückenden katholischen Reaction sich vor dem Vorwurf der Illoyalität gleichfalls sorglichst hüteten.

Der Administrator dagegen hat sich schon um diese Zeit, noch ehe die halberstädtische Wahlsache vollständig entschieden war, jenen hochfliegenden Plänen zugewendet, zu deren Ausführung er so wenig geeignet war. Er trat mit einem nichtswürdigen Abenteurer, Heinrich Biecke, welcher sich bereits durch verläumderische Reden dem Domcapitel von Magdeburg verdächtig gemacht hatte in Verbindung und weihte denselben in seine geheimsten Bestrebungen ein, welche der Verräther ohne weiteres Tilly mittheilte. Auf einer Reise nach Süddeutschland soll Biecke ferner

das Gerücht verbreitet haben, das Capitel wolle das Erzstift dem Administrator abnehmen, um es einem katholischen Fürsten zu übertragen. Und obwol nun die Domherren von den Markgrafen Christian von Culmbach und Joachim Ernst von Ansbach keine Bestätigung ihres Verdachts erhielten, so scheint sich ihr Misstrauen gegen diesen Diener ihres Landesherrn doch nicht verringert zu haben. Zu den besonderen Vertrauten Christian Wilhelms zählten außerdem ein Herr v. Hatzfeld, ferner der ehemalige helmstädter Professor Angelius Werdenhagen, jetzt Mitglied des Raths von Magdeburg, ein Bürger aus der Neustadt-Magdeburg sowie der magdeburgische Sekretär Peter Meyer und endlich David Freudemann aus Halle.[1] Viecke und Hatzfeld versuchten nun vor allem den Rath von Magdeburg für ihren Herrn zu gewinnen. Man versprach demselben die Vorstädte und andere Vortheile, ja es scheint sogar zu einem förmlichen Vertrage zwischen beiden Parteien gekommen zu sein. Allein auch hierbei hat man schwerlich an ein feindseliges Auftreten gegen den Kaiser oder an eine gewaltsame Zurückführung des Pfalzgrafen gedacht. Die Partei des Administrators in Magdeburg, welche aus 20 Mitgliedern bestanden haben soll, hat es darauf jedoch durchgesetzt, daß die Stadt jenen Viecke als Oberstlieutenant in ihre Dienste nahm.

Diesen Mann betraute nun der Administrator mit der Führung seiner auswärtigen geheimen Correspondenz und mit vertraulichen Gesandtschaften an andere Fürsten. In dieser Eigenschaft als geheimer politischer Agent ist Viecke in Holland bei Moriz von Oranien gewesen, nicht nur um Werbegelder in Empfang zu nehmen, sondern auch um dem Oranier die Mittheilung zu machen, daß sein Herr in die verwirrten deutschen Dinge selbstständig eingreifen und sie einer gedeihlichen Lösung entgegenführen wolle. Wenn man ihm eine starke Armee unterhalte und für den schlimmsten Fall einen ungehinderten Rückzug und standesmäßigen Unterhalt gewährleistete, so versprach Christian Wilhelm sein Land zum Musterplatz herzugeben und die Generalsstelle zu übernehmen. Auch die Mehrzahl der evangelischen Reichsstände, namentlich die Städte, wollte er für diese Zwecke, zu deren Ausführung England und die Generalstaaten die Mittel beisteuern sollten, gewinnen. Aehnliche, aber freilich auch gleich vergebliche Anträge hat Christian Wilhelm auch noch Gustav Adolf machen lassen. Nach Vieckes Rückkehr aber ist der Administrator sogar persönlich im Haag gewesen. Ueber die hier von ihm verfolgten Pläne ergingen ziemlich deutliche Mahnungen zur Vorsicht an die Stadt Magdeburg: „denn der

1) Außführliche Wolgegründete DEDUCTION Eines E. Raths vnd gemeiner Stadt Magdeburg . . . . 1631. 4. S. 9.

Herr Markgraf widerum, wie er vorhin gethan, mit bleierne Männerchen und Soldaten umginge." [1]

Vielleicht stehen mit diesen Bemühungen Christian Wilhelms auch die Schritte, welche Ende November der ehemalige Oberst Fuchs v. Bimbach in Stuttgart that, in Verbindung. Derselbe soll hier die Erklärung abgegeben haben, daß Kurbrandenburg „dem gemeinen Wesen" bereit sei zu Hilfe zu kommen, und auch Würtemberg zum Beitritt aufgefordert haben. Nach Fuchs' Versicherung hatte Markgraf Christian zu Culmbach bereits 100,000 Gulden für diesen Zweck zugesagt, und eine gleiche Zusage erwartete man von Anspach. Selbst auf Nürnberg glaubte Fuchs allenfalls hoffen zu dürfen: die Stadt hatte, wenn auch nicht mit solcher Zuversicht, wie er es wünschte, 200,000 Thlr. in Aussicht gestellt. Würtemberg ertheilte jedoch Fuchs dem Anschein nach keinen befriedigenden Bescheid und verschob vor der Hand die Antwort überhaupt bis nach einer Berathung mit Culmbach und Anspach. Auch ein pfälzischer Agent Karl Paul (Pawel), dessen Bericht an Friedrich von der Pfalz wir diese Mittheilung entnehmen, befand sich damals in Stuttgart.

Allein, so viel wir sehen, fehlte diesen Bestrebungen eine ausreichende Unterstützung der größeren protestantischen Stände, vor allen Kursachsens. Zu der Erhebung des niedersächsischen Kreises im folgenden Jahre haben sie nicht das Geringste beigetragen.

Während dieses ganzen Jahres finden wir vielmehr in den Beziehungen nicht nur der deutschen protestantischen Staaten zu einander, sondern auch der dem Hause Habsburg feindlichen europäischen Großmächte zu diesen ein so geringes Einverständnis, daß selbst die Mahnungen Englands nicht nur in Kopenhagen, sondern auch in den protestantischen Gebieten des nördlichen Deutschlands wirkungslos blieben. Dazu trug aber auch die eigenthümliche Zurückhaltung des Kaisers Ferdinand sehr wesentlich bei. Denn die Bemühungen des kaiserlichen Hofes gingen während dieser letzten Monate ernstlich darauf aus, alles zu vermeiden, was von Neuem Unruhen im niedersächsischen Kreise erwecken konnte.

Ferdinand erkannte daher auch die letzten vermittelnden Dienste Christians IV. in Ostfriesland rückhaltlos an. Schon am 8. Jan. unterzeichnete er eine Instruction für den Freiherrn v. d. Reck, welche ihn nicht nur anwies, Christian IV. seinen Dank abzustatten, sondern auch

1) Ausführliche, wahrhafte Relation. Neue Mittheil. 13, 415. Dazu Bd. XXXII. der Camerarischen Sammlung (K. B. in München), wo sich der Vieckе ertheilte Auftrag des Administrators an Moriz von Oranien befindet, und Aitzema, Saken I. 357.

gegen neue für den Sommer befürchtete Feldzüge Mansfelds und Braunschweigs zu gewinnen. Ja der Gesandte sollte sogar Christians Rath in der ungarischen Sache nachsuchen und um Hilfe bei einem Türkenkriege bitten. Nicht nur in Kursachsen, sondern vor allem auch im niedersächsischen Kreise hatte er von dieser Mission Mittheilung zu machen und bei Christian von Minden in geheimer Audienz um den Pass durch das Lüneburgische nachzusuchen, falls Mansfeld und Braunschweig abermals vorbrechen würden.

Als jedoch Freiherr v. d. Reck diesen Auftrag ablehnte und einen Grafen oder Fürsten des Reichs zu derartigen Verhandlungen für tauglicher bezeichnete, wurde der Graf von Oldenburg mit dieser dänischen Mission betraut.[1] Allein es dauerte fast 6 Monate, bevor sich der Graf nach Kopenhagen begab.

Und auch jetzt zeigte sich Christian IV. nicht abgeneigt, seine Vermittlerrolle weiter zu spielen. Allein so vollständig parteilos wie zur Zeit der ostfriesischen Verhandlungen stand der König doch jetzt nicht mehr da und nahm auch keinen Anstand, dies dem Grafen von Oldenburg gegenüber zu erklären: „Der Kaiser könne leicht ermessen, daß er sich seiner so nahen Anverwandten in einer so wichtigen Angelegenheit nicht zu entschlagen vermöge.“ Er forderte die Rückgabe der Ober- und der Unterpfalz an den Pfalzgrafen und selbst der Kur nach Maximilians Absterben[2] und stellte dagegen nur die Abbitte, und zwar durch einen Gesandten in Aussicht. Auch verhehlte er dem Grafen die bevorstehende Ankunft Anstruthers nicht und deutete sogar auf ein hiermit in Verbindung stehendes feindseligeres Auftreten seinerseits hin. Zu einer schleunigen Berücksichtigung dieser Bedingungen antreibend, fügte er hinzu: „Dann ich mich nicht zu obligieren weiß oder kann, daß inmittelst nicht allerlei praeparatoria sollten gemachet werden.“[3] Wie es scheint, hat der Graf von Oldenburg in Wien persönlich Bericht von dem Erfolg seiner dänischen Reise erstattet, und der König seine Forderungen noch außerdem durch den Kurfürsten von Sachsen dem Kaiser empfehlen lassen. Allein es ist ihm niemals eine Antwort zu Theil geworden. In seinem Bescheide

---

1) Nach Hurter IX. 309 hätte der Graf von Oldenburg schon am 16. Jan. einen ähnlichen Auftrag erhalten; allein derselbe Schriftsteller datiert die Instruction erst vom 9. April 1624.

2) Nach Anstruthers Ankunft soll er erklärt haben, daß Jacob nur durch die volle Restitution zufriedengestellt werden könne. Winkelmann 190.

3) Molbech, Kong Christian den Fierdes egenhaendige Breve 160. Der ganze Wortlaut dieses Bescheides vom 8./18. Juli ist bis jetzt unbekannt.

an den Grafen von Oldenburg hat er übrigens bereits des Gerüchtes von einer starken Conföderation der Könige von England und Frankreich und anderer Herschaften Erwähnung gethan.

Der englische Gesandte Robert Anstruther in Dänemark.

Kurze Zeit nach der Abreise des Grafen stellte sich Robert Anstruther bei dem Könige (17./27. Juli) ein, dessen Vorschläge wir nur aus der Antwort Christians IV. entnehmen können. Ihr zu Folge hat König Jacob I. die bestimmte Aufforderung zu einem Bündnis an seinen Schwager gerichtet, dessen Zweck die Widereinsetzung seines Schwiegersohnes durch Waffengewalt sein sollte! Er erbat sich ferner sein Gutachten darüber, wie man die deutschen Fürsten und vor allen den Kurfürsten von Sachsen heranziehen könnte.

Dieses erste Ansinnen hat nun der dänische König nicht ohne Bitterkeit zurückgewiesen. Er erinnerte Jacob I. daran, wie er es gerade gewesen sei, der ihn nach dem segeberger Tage (1621) abgehalten habe, in Gemeinschaft mit den niederdeutschen Fürsten seinen Vortheil zu verfolgen. Damals, zu einer so günstigen Zeit, wo die katholischen Heere noch in Böhmen und in der Pfalz standen, hatte Jacob sein Vorgehen ein allzueilfertiges und hitziges, die Aussöhnung hinderndes genannt: jetzt, wo ihm die feindlichen Heere bereits so nahe gerückt waren, und er sich bei seinen Freunden in Misscredit gebracht hatte, forderte er ihn zur Ergreifung der Waffen auf. Würde er sich nicht durch die geringste Bewegung den ganzen Kriegsschwall selbst über den Hals ziehen und bei einem unglücklichen Ausgange sein eignes Land dem Feinde Preis geben müssen? War es nicht ein Act größter politischer Unklugheit, seinen eignen Besitz zu Gunsten eines Dritten in Gefahr zu bringen und die norddeutschen Bisthümer, die Apanage seiner Söhne, auf das Spiel zu setzen? Während er als Glied eines solchen Bundes beinahe ausschließlich die Gefahren eines mehrjährigen Krieges auf sich zu nehmen hatte, vermisste er jede entsprechende Entschädigung. Auch konnte er doch gerade jetzt nicht gegen den Kaiser feindselig auftreten, wo ihn derselbe um seine Vermittelung zur Widerherstellung des Friedens angegangen hatte, und er selbst die kaiserliche Antwort erwartete.[1]

Es kam dazu, daß Christian an der Aufrichtigkeit und Beständigkeit seines Schwagers auch jetzt noch zweifelte: erst wenn er ein englisches

1) Rusdorf, Mémoires I. 350. ff.

Heer mitten in Deutschland sähe, wollte er Jacobs I. neuen Entschließungen überhaupt Vertrauen schenken. Diese aus etwa 20,000 bis 30,000 M. bestehende Armee sollte der neue Bund zwischen Frankreich, Venedig und Savoyen unterhalten, um eine Diversion gegen Tilly zu unternehmen und den deutschen Fürsten Muth zu machen.

Ueber eine Verbindung mit den letzteren sprach sich der König mit einer gewissen ironischen Zurückhaltung aus; er wollte weder zu- noch abrathen und ertheilte Anstruther die Weisung, die Sache doch selbst zu versuchen. Nähere Erklärungen behielt er sich auf die Rückkehr desselben aus Deutschland vor: nur an den Kurfürsten von Sachsen versprach er ein Empfehlungsschreiben zu richten, welches Anstruther zuvor lesen sollte.

So war denn Christian IV. keineswegs von jenem enthusiastischen Thatendrang beseelt, wie sein schwedischer Nachbar. Ja er übergab sogar Anstruther ein Warnungsschreiben an den Kurfürsten von Brandenburg, welches die englischen Anträge in Berlin geradezu verdächtigen mußte. Er stellte Georg Wilhelm vor, daß die von England betriebene Restitution des Pfalzgrafen nur die Einmischung des Auslands in die Reichsverhältnisse zur Folge haben werde, und gab ihm die Erwägung anheim, wie dem vorzubauen sei. Zu diesen vorbeugenden Maßregeln rechnete Christian IV. auch offenbar seine eignen, dem Kaiser unterbreiteten Vorschläge, deren Unterstützung er daher auch Georg Wilhelm empfahl.

Aber freilich so vollständig abgeneigt, die ihm angesonnene Aufgabe durchzuführen, war der König trotz aller seiner Versicherungen denn doch nicht. Nur Aufschub einer bestimmten Erklärung hat er zunächst gesucht: er wollte vor allem den in Frankreich und England vorbereiteten Umschwung der Dinge sich vollziehen lassen und sich Gewißheit verschaffen, ob die Heirat des Prinzen von Wales und das von ihr erwartete Bündnis beider Staaten geschlossen sei, ob man schon eine Armee aufgestellt habe, und wer ihr Haupt und General sei, und ob und in welcher Form sich auch der König von Schweden verpflichtet habe. Und die Erfüllung aller dieser Bedingungen war für ihn doch immer erst dann von Wichtigkeit, wenn Ferdinand II. seinen Vorschlägen eine absolute Weigerung gegenüberstellte.

Der französische Agent Marescot in Deutschland.

Zu derselben Zeit, wo Anstruther in Dänemark den Restitutionskrieg und ein Bündnis mit England durchzusetzen sich bemühte, hatte auch Frankreich zu dem gleichen oder wenigstens einem ähnlichen Zwecke einen Agenten in das Reich entsendet. Denn nach dem Eintritt Richelieus in das Ministerium hatte die deutsche Politik Ludwigs XIII. eine scharfe und entscheidende Wendung gemacht.

Die bedeutende Veränderung der öffentlichen Verhältnisse seit Beginn dieses Jahres, die Bedrohung der Niederlande durch Spanien, die spanischen Einlagerungen in der Pfalz, im Erzbisthum Köln und in Westfalen erregten ja allerdings in Paris auch schon vorher den stärksten Argwohn. Schon bevor Richelieu die Leitung der auswärtigen Politik übernahm, zeigte man hier Neigung, Spanien aus seiner Protectorrolle des westdeutschen Katholicismus mit Güte oder mit Gewalt zu verdrängen, um Frankreich an seine Stelle zu setzen. Zu diesem Behuf sendete Ludwig XIII. schon im April einen Herrn v. Vaubecourt mit Freundschaftsversicherungen an die rheinischen Kurfürsten. Mainz nahm diese Gesandtschaft, welche auf alle Bedingungen hin den Frieden vermitteln wollte, mit großem Wolwollen auf und dankte dem Könige für sein Versprechen, auch bei England und seinen Verbündeten seinen Einfluß zur Geltung zu bringen.

Dem Kurfürsten von Köln legte der Sohn jenes Vaubecourt dieselben Pläne vor. Und auch Köln zeigte sich einverstanden und sprach den Wunsch gegen den französischen König aus, daß er die Hindernisse des Friedens durch seine Autorität hinweg räumen und auf die Einstellung der dänischen und schwedischen Rüstungen hinarbeiten möge.[1]

In Wien aber empfing man die Kunde von diesem auffälligen Schritte Frankreichs nicht ohne Besorgnis und rieth dem Kurfürsten von Mainz zur größten Vorsicht. Allein damit traf der Kaiser die Anschauung des Mainzers keineswegs. Allerdings mußte man sich hüten, sich zu tief in dergleichen ausländische Hilfsversprechungen einzulassen: allein es war doch auch richtig, einen katholischen König, dessen confessioneller Eifer über jeden Zweifel erhaben war, „bei guter Affection" gegen den Kaiser und die katholischen Stände zu erhalten. Wie leicht konnte sich derselbe

1) Ins Einzelne ließen sich diese französischen Bemühungen nicht verfolgen; Hurters Notizen (Franz. Feindseligkeiten gegen d. Haus Oestreich S. 12 ff.) sind nicht ganz zuverlässig.

im andern Falle zur Unterstützung der Gegner veranlaßt fühlen! Daher schien es Mainz geradezu wünschenswerth, den französischen König durch eine feierliche Gesandtschaft von einer Unterstützung der feindlichen Mächte abzumahnen. Vielleicht hatte auch der französische Gesandte bereits mit einer solchen Frontrichtung der französischen Politik gedroht. Wie dem auch sei, Mainz gab es dem kaiserlichen Ermessen doch anheim, wie man sich zu dieser gütlichen Friedensvermittlung Frankreichs stellen wolle, und hatte deshalb auch seinem Bundestagsgesandten die nöthigen Aufträge ertheilt.[1]

Maximilian, mit dessen Einverständnis diese französische Gesandtschaft an die rheinischen Kurfürsten überhaupt erfolgt zu sein scheint, empfahl den Kurfürsten gleichfalls eine feierliche Legation an den König. Er hoffte, daß man auf diese Weise wenigstens von den französischen Friedensbedingungen Kunde erhalten werde. Auch er äußerte seine Besorgnis vor einem Eingreifen Frankreichs zu Gunsten seiner Gegner und erinnerte auch an die Ehrenbezeugungen, welche man Mansfeld in England erwiesen hatte. Ferner gedachte er seiner eignen guten Dienste, durch welche dem Grafen im vorigen Jahre die französischen Subsidien gerade im entscheidenden Momente entzogen worden waren. Und wenn nun Ludwig XIII. jetzt auch nicht direct zu Mansfelds Widerbewaffnung half, so konnte er sie doch wenigstens geschehen lassen.[2]

Der Kaiser indessen beklagte sich bitter bei Maximilian, daß man die spanische Hilfe in Frankreich nur als ein Mittel zur Unterdrückung der deutschen Freiheit und der kurfürstlichen Präeminenz ansehe. Er behauptete, die spanische Unterstützung sei auch den Kurfürsten zu Statten gekommen, und leugnete jegliche Veranlassung zu einer Verdächtigung der habsburgischen Schwesterlinie.

Eine wirksame Unterstützung fand diese Anschauung des Kaisers bei dem protestantischen Kursachsen. Johann Georg hoffte, Frankreich werde den Kurfürsten des Reichs nicht vorgreifen, sondern vielmehr einen innerdeutschen Vergleich des Kaisers und der Fürsten unterstützen. Aber auch er mußte bekennen, daß man das französische Anerbieten nicht so ohne Weiteres namentlich unter so kritischen Verhältnissen zurückweisen könne, und berief sich dafür auf den Einfluß, welchen man Frankreich einst in der ungarischen Angelegenheit und bei dem Vergleich der Union mit

1) Der Kurfürst von Mainz an den Kaiser 16. Mai 1624. K. St.-A. in Wien.

2) Maximilian an den Kaiser, München 31. Mai, praes. Wien 8. Juni 1624. K. St.-A. in Wien.

Maximilian und dem Kaiser selbst gestattet hatte. Auch ihn beherschte die Furcht, Frankreich würde nach einer schroffen Abweisung vollständig in die Reihe der Gegner treten.[1] Ferdinand II. ließ jedoch nicht allein Ludwig XIII. selbst von feindseligen Schritten abmahnen, sondern bewarb sich auch um die Einsprache des Papstes.

Zwischen ihm und Maximilian aber ist es noch zu weiteren Verhandlungen über diesen französischen Einmischungsversuch gekommen, welche der Graf von Fürstenberg anfangs Juni in München geführt hat. Mit Spannung sah der Kaiser auch in dieser Beziehung auf den Ausgang des augsburger Convents. Hatte man doch hier wirklich eine Gesandtschaft an Ludwig XIII. abzuordnen beschlossen. Man wollte durch dieselbe nicht nur einer Unterstützung der protestantischen Gegner durch Frankreich vorbeugen, sondern auch der englisch-französischen Eheverbindung entgegen arbeiten. Schließlich stand man freilich auf einige bedeutungsvolle Winke von Wien und Brüssel doch von diesem Schritte ab.

So war also der Versuch Ludwigs XIII., Deutschland mit Unterstützung der geistlichen Kurfürsten und vielleicht Baierns und Sachsens den Frieden widerzugeben und dadurch zugleich die Liga und ihr Oberhaupt dauernd von den beiden habsburgischen Linien zu trennen, an dem Widerspruche des Kaisers und der Unschlüssigkeit der Stände selbst gescheitert.[2]

Und darauf gab man in Paris diese vermittelnde Stellung auf und suchte ein Einvernehmen mit der andern Partei im Reiche. Es war das zu derselben Zeit, wo man auch in Italien und im Veltlin der spanischen Partei mit aller Energie entgegentrat. Schon Anfang Juli finden wir einen neuen französischen Abgesandten, den Herrn v. Marescot, in Nürnberg. Von hier wendete sich derselbe nach Kursachsen, wo er kurz vor dem Aufbruche des Kurfürsten nach Schleusingen eintraf. Allein der Kurfürst war so weit entfernt, seinen Vorstellungen Gehör zu schenken, daß er sich sogar Spottreden gegen den König von Frankreich und seine deutschen Schutzbefohlenen oder Bundesgenossen gestattete.[3] Unmittelbar darauf begab sich der Franzose nach Schweinitz[4] zum Markgrafen Christian Wilhelm, welcher ihn mit großer

1) Johann Georg an den Kurf. von Mainz. Dresden d. 27. April a. St. Kgl. Haupt- u. Staatsarchiv in Dresden.

2) Khevenhiller X. 462.

3) Gardiner I. 99. Um die Gründung einer Mittelpartei handelte es sich bei dieser Gesandtschaft schwerlich, wie Gardiner meint.

4) Khevenhiller X. 436.

Freude aufgenommen zu haben scheint. Derselbe hielt sein Anerbieten für ein unerwartetes Mittel zur Herstellung des Friedens und zur Erhaltung der Libertät. Stutzig machte ihn nur, daß derselbe König auch einen Agenten bei den geistlichen Kurfürsten gehabt und dort sogar unter Drohungen die Restitution des Pfalzgrafen hatte fordern lassen. Ohne Einvernehmen mit dem Kurfürsten Georg Wilhelm wollte jedoch auch Christian Wilhelm keinen Beschluß fassen: er ersuchte diesen daher um eine gemeinschaftliche Berathung der beiderseitigen Räthe. Von Schweinitz scheint sich Marescot nach Schleusingen begeben zu haben, wo er mehrere Tage verweilte und eines Sonntags von Johann Georg stattlich tractiert und berauscht wurde.

Einige Tage darauf langte der Franzose in Küstrin an und berichtete hier unter anderm auch von den Plänen der geistlichen Kurfürsten: sie würden die Waffen nicht eher niederlegen, bis sie alle geistlichen Güter wider in ihren Händen hätten. Ja es war überhaupt viel weniger die politische Seite der großen Streitfrage, als die religiöse und confessionelle, welche Marescot dem Kurfürsten von Brandenburg gegenüber hervorhob. Der Sendling des römischen Cardinals betonte, daß sein Herr nach dem Wechsel des Ministeriums wider Frieden mit und unter seinen Unterthanen hergestellt habe, so daß die Bekenner beider Confessionen in guter Ruhe neben einander wohnen könnten, und daß derselbe durchaus entschlossen sei, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten. Und darauf stellte er die Frage, ob man nicht Mittel und Wege zu einer näheren Verbindung evangelischer Stände, die zu „niemandes Offension, sondern allein zur Handhabung der hergebrachten Freiheit vornehmlich in Gewissenssachen" geschlossen werden sollte, finden könnte. An ein solches Werk wollte auch Ludwig XIII. jederzeit mit Hand anlegen.

Allein Georg Wilhelm ertheilte dem französischen Abgesandten eine ausweichende Antwort. Er erklärte eine derartige Vereinigung evangelischer Stände wol für eine sehr nützliche Maßregel, setzte aber doch Zweifel in ihre Ausführbarkeit und versprach schließlich nur, den französischen Vorschlag seinen Freunden und Verwandten zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. [1]

In ähnlicher Weise sondierte Marescot das Terrain bei seiner Rückreise auch in einigen Reichsstädten und in Würtemberg.

Sicherlich aber hat dieses französische Anerbieten wenigstens dazu beigetragen, den Entschluß Georg Wilhelms, in seiner nun ganz isolierten

1) Nach Bellins Instruction für seine Sendung zu Christian IV. vom 30. Juli 1624 (a. St.) Kgl. Geh. St.-A. in Berlin.

Stellung im Reiche an den beiden protestantischen Königen des Nordens sich widerstandsfähige Stützen zu suchen, zur schleunigen Ausführung zu bringen.

Die Sendung des brandenburgischen Raths Christian v. Bellin nach Dänemark.

Schon wenige Tage nach der Abreise des Franzosen bevollmächtigte er daher seinen eifrigen Rath Christian v. Bellin zu einer Reise nach Dänemark und nach Schweden. In Dänemark hatte der Gesandte zunächst den Auftrag, die Geburt des Prinzen Johann Siegmund anzuzeigen, und sollte dann auf eine Aussöhnung der beiden glaubensverwandten nordischen Rivalen hinwirken und endlich Christian IV. die französischen Vorschläge zur Kenntnisnahme unterbreiten. Da jedoch nach dem Vertrag von Knäröd dieser zweite Punkt seines Auftrags von selbst hinfällig geworden war, so bestand seine Hauptaufgabe darin, eine den französischen Vorschlägen womöglich zustimmende Erklärung des Königs auszuwirken.

Allein auch der Botschaft aus dem Reiche brachte Christian IV. keine größere Geneigtheit entgegen. Gegen eine Mitwirkung Frankreichs zur Entwirrung der deutschen Verhältnisse äußerte er das tiefste Mißtrauen. Sein Urtheil über die französischen Verhältnisse war ein auf so zutreffenden Beobachtungen beruhendes, daß mit demselben die wenige Monate darauf erfolgte Aenderung seiner Politik schwer vereinbar ist. Er warf Bellin nicht nur ein, daß Ludwig XIII. seinen Fähigkeiten und seinem Charakter nach weit hinter seinem Vater zurückstehe, daß auf den Bestand des neuen Ministeriums schwerlich zu rechnen sei, sondern — und das war offenbar die Hauptsache — er glaubte nicht daran, daß es Frankreich jemals zu offnen Feindseligkeiten mit dem Hause Habsburg werde kommen lassen. Eine gründliche Besserung der deutschen Zustände aber schien Christian IV. schon damals nur durch einen mehrjährigen Krieg erreichbar. Und so hat er denn, von seinem tiefgewurzelten Mißtrauen in die Beständigkeit seines englischen Schwagers und seiner Geringschätzung der deutschen Fürsten und ihrer Politiker noch außerdem zurückgehalten, Bellin auch nicht die leiseste Hoffnung auf eine Annäherung an die glaubensverwandten deutschen Fürsten und Stämme übrig gelassen.[1]

---

1) Bellins Bericht an Georg Wilhelm vom 17./27. Aug. K. G. St.-A. in Berlin.

Bevor wir indessen Bellin auch nach Schweden begleiten, wenden wir uns den Erfolgen, welcher sich der englische Gesandte Anstruther in Deutschland selbst rühmen konnte, wider zu.

Der englische Gesandte Robert Anstruther in Deutschland.

Anstruther begab sich, mit einem Schreiben Christians IV. versehen, von Kopenhagen direct nach Berlin, wo er jedoch ebenso wenig wie dort einen ausführlichen Plan vorgelegt zu haben scheint. Weder des Königs von Dänemark noch Gustav Adolfs finden wir in den uns vorliegenden Schriftstücken gedacht.

In Berlin trat dem englischen Gesandten eine sehr niedergeschlagene Stimmung der maßgebenden Kreise entgegen. Der Kurfürst billigte zwar die von Christian IV. dem Kaiser unterbreiteten Vorschläge, hegte aber überhaupt Zweifel, ob die ganze Angelegenheit nach der neuen Wendung der kursächsischen Politik durch friedliche Mittel ausgeglichen werden könne. Er fürchtete ferner die nahe bevorstehende Ausführung des Tridentinums und fand diese Besorgnis nicht nur durch die Religionsverfolgungen in Böhmen und Oestreich, sondern auch durch die kaiserlichen Mandate im Betreff der Besetzung der halberstädtischen Domherrnstellen bestätigt. „Gott erhalte seine Kirche und behüte unser geliebtes Vaterland vor fernerer Verheerung, noch viel mehr aber vor seinem gänzlichen Untergang." Mit diesem verzweiflungsvollen Wunsch schließt Georg Wilhelm das Schreiben an Christian IV.,[1] in welchem er von seiner dem englischen Agenten ertheilten Antwort berichtet.

In Berlin erhielt Anstruther auch von den Bemühungen des Markgrafen von Anspach Kenntnis, dem Kurfürsten die Einwilligung zum Eintritt Maximilians in das Kurfürstencollegium abzunöthigen. Der Markgraf hatte diesen Versuch auf einen besonderen Auftrag des Kaisers persönlich unternommen. Allein Georg Wilhelm wies das Ansinnen unter Berufung auf sein Gewissen energisch zurück.

Trotzdem aber trug er Bedenken auf den Hauptpunkt der englischen Anträge überhaupt eine bestimmte Antwort zu ertheilen: er wollte sich zunächst versichern, was Andere in der Sache thun würden. Nur in der

---

1) Dasselbe ist vom 22. Aug./2. September. Das Datum der Antwort an Anstruther kann nicht angegeben werden. In Berlin befand sich Anstruther schon am 18./28. August: an diesem Tage überreichte er das Schreiben Christians IV. an Georg Wilhelm vom 27. Juli a. St.

Frage der Nichtanerkennung Maximilians behauptete er auch jetzt mit Festigkeit den alten Standpunkt. Uebrigens aber stellte er doch weitere Verhandlungen mit England in nächste Aussicht.

In der dritten Septemberwoche finden wir Anstruther in Dresden. Auch Johann Georg überreichte derselbe ein Schreiben Christians IV. Da dem Kurfürsten der geringe Erfolg, welchen der englische Gesandte in Kopenhagen gehabt hatte, bereits bekannt war, so empfand er natürlich noch weniger Neigung zu einem so plötzlichen Parteiwechsel, wie er ihm jetzt, zwei Monate nach dem Tage von Mühlhausen, zugemuthet wurde. Ja Johann Georg mahnte Jacob I. sogar von einer Entscheidung durch die Waffen ab und verwies ihn abermals auf den Weg gütlicher Vermittelung. Freilich erschien ihm auch jener von Christian IV. bei dem Kaiser angebahnte Ausgleichungsversuch erfolglos.[1]

Dem ungeachtet scheint jedoch Anstruther seiner Sendung an Johann Georg eine bedeutende Wirkung beigemessen zu haben. Er will in dem Kurfürsten das Gefühl der Eifersucht auf Maximilian von Baiern geweckt haben, welchen vielleicht die geistlichen Kurfürsten demnächst zum römischen König wählen würden. In einem Schreiben an Conway erklärt er, daß sich der Kurfürst, wenn er eine Armee im Namen Englands werde marschieren sehen, wenn die Ehe samt einem Bündnis mit Frankreich geschlossen sei, doch wol auf die Seite Englands und seiner Verbündeten schlagen werde. Nach Carletons Mittheilungen an Roe hatte indessen Anstruther gerade in Dresden am wenigsten ausgerichtet. Johann Georg hatte seine Dienste nur zu einer gütlichen Intercession für den Pfalzgrafen angeboten. Doch forderte er Anstruther wenigstens noch auf, eine persönliche Begegnung des Königs von Dänemark mit ihm selbst zu veranlassen.[2]

Ebenso wenig hat der Herzog Friedrich Ulrich Anstruther große Hoffnungen erweckt. Er ertheilte im Hinblick auf die schwerwiegende Bedeutung der englischen Anträge für Kaiser und Reich im Augenblicke

1) Der Bescheid des Kurfürsten ist vom 11./21. Sept., liegt aber im Wortlaut nicht vor. Der Hauptinhalt geht indessen aus der Antwort hervor, welche Joh. Georg demselben engl. Gesandten Krottendorf am 1. Aug. 1625 ertheilte. „Et sane responsi tum temporis dati et in quem scopum illud collimarit optime adhuc meminit (Elector). Et quemadmodum defuncto regi fideliter dissuasit, ne in tanto rerum discrimine arma arriperet, et ob oculos posuit mala, quae praecesserant et quae sequuta, proinde ad pacis studium rationes cogitationesque suas conferret potius, quam rerum summam dubiae martis aleae committeret, turbarum et tumultuum alias finem fore nullum....“ Copie. Wien.

2) Haag 8./18. Nov. Dudley Carleton an Roe, Negotiations 308.

überhaupt keinen bestimmten Bescheid, sondern versprach nur die Angelegenheit mit seinen Blutsverwandten und Freunden in Berathung zu ziehen.[1]

Von Wolfenbüttel hat sich der englische Diplomat nach Wolmirstedt zu dem Administrator Christian Wilhelm verfügt, welcher so eben durch ein kaiserliches Edict im Betreff der Reformation der Klöster im Erzstift in Schrecken versetzt war. Dem ungeachtet genügten auch die Erklärungen des Markgrafen, welcher sich hinter das Capitel von Magdeburg zurückzog, mit dem er sich vor einer definitiven Entscheidung ins Einvernehmen setzen müsse, dem Gesandten nicht vollständig. Freilich sah Anstruther ganz richtig, was dem Administrator damals am meisten am Herzen lag: die magdeburgische Klostersache und die Sorge um die von den Katholiken beanspruchten Domherrnstellen in Halberstadt, sowie um das von Tilly stündlich bedrohte Bisthum selbst. Christian Wilhelm war übrigens nach der Wahl des dänischen Prinzen zu seinem eventuellen Nachfolger in Halberstadt hauptsächlich auf den König von Dänemark hingewiesen. Anstruther versichert nun zwischen beiden einen vertraulichen Briefwechsel eingeleitet zu haben.

Nach dem eigenhändigen Berichte[2] des Administrators an Georg Wilhelm ist die ganze Verhandlung ziemlich resultatlos verlaufen. Christian Wilhelm wünschte sich vor einem endgiltigen Bescheide mit dem Kurfürsten selbst noch zu besprechen. Immerhin mag er jedoch auch seine Bereitwilligkeit, in die in Aussicht stehende Action mit einzutreten, erklärt haben, wie es der etwas leichtgläubige und vertrauensselige englische Politiker versichert.

Auch den Herzog Christian den Aelteren von Celle rief Anstruther zur Unterstützung des Restitutionskriegs auf. Er wies auf die verfassungswidrige Uebertragung der Kur hin und stellte auch ihm vor Augen, in wie bedrohlicher Weise der Kurfürst von Baiern sein Uebergewicht hauptsächlich bei einer Erledigung der höchsten Reichswürde zur Geltung

1) „Rogamus itaque amice et contendimus vehementer, ut pro prudentia et dexteritate summa perpendat et ignoscat (S. V.) quod jam integrum non sit nobis, in propositis Serenitatis Vestrae negotiis aliquid certi concludere aut polliceri, in primis cum pleraque Caesareae Majestatis et totius Romani Imperii salutem concernant. Friedrich Ulrich an Jacob I. 28. Sept./8. Oct. Gardiners gütige Mittheilung.

2) Wolmirstedt, 7./17. Oct. 1624. Der Administrator erklärt, er habe noch nichts sonderliches mit Anstruther geredet. Er übersendet zugleich die kaiserlichen Mandate im Betreff der evangelischen Klöster im Erzstift, um dem Kurfürsten den Beweis zu liefern, wie man am kaiserlichen Hofe gesinnt sei, und ob es nicht „eine allgemeine Religionssache sei."

bringen werde. Dagegen ertheilte er das ausdrückliche Versprechen, daß Jacob I. in den religiösen Verhältnissen des Reichs keine Aenderung herbei führen werde, sondern dieselben Gott allein anheim stelle. Und auch seine Aufnahme in Lüneburg befriedigte den oberflächlichen Politiker: Christian der Aeltere versprach die Sache des Königs von England nach Kräften zu fördern — und davon, daß derselbe die englischen Mahnungen und Vorschläge direct nach Wien beförderte, hatte Anstruther keine Ahnung.[1]

Aus dem Lüneburgischen begab sich unser Diplomat nach Hamburg und fand hier in Foppius van Aitzema eine Stütze. Hamburg und die Hansestädte suchte Anstruther zu schrecken: er rief Besorgnisse für ihren Handel nach Spanien wach, falls die Städte eine abschlägige Antwort ertheilen würden. Auf einem Hansetage sollten die Städte über die dem Könige Jacob zu leistende Unterstützung Beschluß fassen. Zugleich bemühte sich Anstruther bei einigen ihm näher stehenden Mitgliedern des Raths, die wenigstens stillschweigende Genehmigung zu Aushebungen für die Niederlande, d. h. für Mansfeld zu erhalten. Auch in Hamburg war jedoch sein Erfolg ein geringer: die Städte dachten noch weniger als die Fürsten daran, in heroischer Opferwilligkeit für den Pfalzgrafen mit Jacob I. in den Restitutionskrieg einzutreten.

Eben so wenig hatte sich Anstruthers Werbung in Mecklenburg eines günstigen Erfolges zu erfreuen. Hier muß derselbe den ganz bestimmten Eindruck gewonnen haben, daß die Herzöge sich an einer bewaffneten Zurückführung des Pfalzgrafen schwerlich betheiligen würden. Der schriftliche Bescheid des Herzogs Hans Albrecht enthielt wenigstens den sehnlichsten Wunsch, der König von England möge auf eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten durch den nächsten Kurfürstentag hinwirken.[2] Und in befriedigenderer Weise wird sich auch der Herzog Adolf Friedrich schwerlich erklärt haben. Er hat dem Anschein nach auf seine bisherige Neutralität hingewiesen.[3] Der Herzog Hans Albrecht theilte übrigens seine Antwort gleichfalls dem Kaiser mit.

---

1) Summa eorum, quae nomine Ser. et Pot. Magnae Britanniae, Fr. et Hib. . . Regis. . Ill. et Cels . Principi. . . domino Christiano. . dominus Robertus Anstrutherus eques auratus. . proposuit undecimo die Oct. (a. St.) 1624. K. K. Staatsarchiv in Wien.

2) Fürstl. Mecklenb. Apologia Beyl. S. 48 u. 378—383. Das Schriftstück ist Stargardt 9./19. Nov. datiert.

3) Vgl. das Schreiben Gustav Adolfs an den Herzog vom 29. Dec. 1624 (a. St.) bei Styffe, Konung Gustav II. Adolfs Skrifter 463.

Anfang December befand sich Anstruther wider in Hamburg. Jetzt waren seine Anschauungen etwas nüchterner: nun erklärte er offen, daß die niedersächsischen Stände trotz ihrer Besorgnis vor den kaiserlichen Forderungen im Betreff der Klöster und der Domherrnstellen und trotz ihrer Furcht vor Tilly keine entschiedene Stellung einnehmen würden, bevor nicht auch England marschieren ließe. Freilich wünschten wol alle protestantischen Stände das Gleichgewicht der Stimmen im Kurfürstencollegium und den augenblicklichen Bestand der confessionellen Angelegenheiten und das hierauf gegründete Territorialsystem zu retten, allein die eigene Existenz an diese Güter zu setzen, wagte kein einziger.

Und doch glaubte Anstruther Christian IV. wenigstens etwas bieten zu können und wollte daher sein Glück abermals in Dänemark versuchen. Er hoffte wenigstens auf eine geheime Unterstützung der englischen Unternehmungen durch Christian IV.[1], und auch ein offenes Auftreten desselben im Bunde mit England und der französisch-italienischen Liga gegen das Haus Habsburg schien ihm noch im Bereich der Möglichkeit zu liegen. Hatte aber Dänemark einmal offen Partei ergriffen, dann sollten die niedersächsischen Kreisstände auf einer allgemeinen Versammlung zum Anschluß gebracht werden.

Freilich aber mußte zuvor Tilly, welcher die unter sich zwiespältigen Stände wie ein Habicht die kleinen Thiere des Feldes drohend umkreiste, auf irgend eine Weise aus dem Kreise gebracht werden.

Der brandenburgisch-schwedische Plan zu Gunsten des Pfalzgrafen Friedrich V. Gustav Adolf. Christian v. Bellin in England und Holland.

In dem Heerlager der Katholischen ist die Meinung verbreitet[1] gewesen, daß der eifrigste und genialste Freund, welchen die protestantische Sache Deutschlands damals besaß, der jugendkräftige König von Schweden,

1) Das geringe Vertrauen, welches Anstruther damals in Christian IV. setzte, spricht aus seinem Briefe an Thomas Roe, Hamburg 10./20. Dec. 1624. (Roe, Negotiations 322): publicke declaration from him is hardly to be expected, except our gracions master do first declare: and yf yt be not, it is to bee feared, that all that wil be gotten of him wil be a private and underhand contribution. Although he bee a wary and circumspect king, and at this present so courted by the emperor, that he may obtayne of him almost what he will (?!),.., yet now, seing England, France, Savoy and Venice doe not only say but doe, I haue a good hope, he will doe the like.

2) Kön. Reichsarchiv in München. Acta des dreißigjährigen Kr. Nr. 125. Anonyme Notiz.

schon im Jahre 1623 bereit gewesen sei, sein Heer zu den Truppen der protestantischen Führer in Deutschland stoßen zu lassen. Nur die Niederlage Christians von Braunschweig soll ihn veranlaßt haben, andere Entschlüsse zu fassen.

Man mochte wol von den Mittheilungen Kunde erlangt haben, welche der König den Generalstaaten durch Rutgersius machen ließ, freilich zu einer Zeit, wo Christian von Braunschweig bereits das Feld geräumt hatte. Gustav Adolf schlug den Staaten damals als das einzige Mittel, die gesunkenen Hoffnungen der Evangelischen in Deutschland wider zu beleben und die östreichisch-ligistischen Heere auf verschiedenen Punkten zu beschäftigen, vor, den Kriegsschauplatz nach Polen zu verlegen, dann werde der Kaiser genöthigt sein, seine Truppen aus Deutschland zurückzuziehen und Polen zu Hilfe zu eilen. Alle von den katholischen Mächten unterdrückten Stämme und Landschaften, Böhmen, Mähren, Schlesier und Oestreicher und auch die innerdeutschen Staaten würden dann wider frei aufathmen. Zu einer derartigen Unternehmung forderte er von den Generalstaaten monatlich 50,000 Joachimsthaler. Wenn sie außerdem Mansfeld und Braunschweig zu diesem Zuge bewegen könnten, würde der Erfolg nicht zweifelhaft sein, da sie auch der Unterstützung der protestantischen Bevölkerung gewärtig sein könnten.

Gustav Adolf gab den Staaten ferner anheim, die beiden letztgenannten Heerführer zu einem Zuge nach Mähren, Böhmen oder Schlesien zu veranlassen, und wies darauf hin, wie dann der Markgraf von Jägerndorf und der Graf Thurn mit ihren Truppen sofort bei der Hand sein würden, wie auch Bethlen Gabor herangezogen werden könnte, um den Krieg zu seinem ursprünglichen Ausgangspuncte zurückzuführen. Diesem Plane lag also die Absicht zu Grunde, Oestreich im Osten, in den Erbländern zu schwächen, um ihm ein Eingreifen in die Reichsverhältnisse unmöglich zu machen.

So wichtig nun auch alle diese Gesichtspunkte für die Herbeiführung einer den Protestanten günstigen Wendung der Dinge sein mochten, so sind sie doch immerhin so allgemein gehalten, daß die Absicht Gustav Adolfs, schon im Herbst 1623 an der deutschen Küste zu landen, aus ihnen nicht gefolgert werden kann. Der König hat überdies diese Jahreszeit immer für ungeeignet zu einer deutschen Unternehmung gehalten.[1] Nur

1) Mandata, quae S. R. Mtas consiliario suo aulico nobili domino Jano Rutgersio Ordinibus foederatis in Belgia exponere injunxit. Actum in arce Gripsholmiana 7. Augusti (a. St.) anno 1623. Kgl. Bibl. in München. Collect. Camer. XXXII.

im Allgemeinen sollte daher auch der Pfalzgraf Johann Casimir den Plan, welchen Rutgersius den Generalstaaten entwickelt hatte, in Berlin empfehlen, vornehmlich damit man hören könnte, wie viel Muth nach der Schlacht von Stadtlohn hier noch vorhanden sei.[1]

Endlich aber — was die Hauptsache ist — die Verhältnisse der evangelischen Fürsten und Stände Norddeutschlands erschienen dem Könige damals noch viel zu unsicher und schwankend, um ihm nur leidlich zuverlässige Anknüpfungspunkte zu bieten. Er sah für den Augenblick überhaupt keine Hoffnung: „in euren Rathschlägen ist keine Eintracht, sondern lauter discordiae, dadurch grosse Dinge zerfallen" — rief er dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg nach der Schlacht von Stadtlohn zu.[2] „Dann was Ausgang ist sonst zu hoffen, da der niedersächsische Kreis nur Tagfahrten hält und deliberieret, auf was Weise sie stille sitzen mögen und praeda victoris werden können?" Der König sah kein Haupt, keinen Führer, und prophezeite selbst für den Fall, daß die protestantischen Armeen in die Länder der Ligisten eindringen würden, dem Herzoge von Mecklenburg samt den norddeutschen Fürsten ein übles Geschick: wenn alles verzehrt sein werde, würden sie sich doch wider gen Norden wenden müssen, „weil keine Mittel so groß oder kein Land so reich, so solche irregulierte Armeen lange unterhalten können." Und gegen solche mansfeldische Schaaren, der König erinnert ausdrücklich an sie, hatten dann die Bedrohten weder Heere noch Festungen, noch der Lage der Dinge gewachsene Männer.

Gustav Adolf ertheilt daher auch dem Herzog nur den freilich vergeblichen Rath, eine Verbindung mit seinem Bruder, ferner dem Herzoge von Holstein, den Grafen von Schaumburg und Ostfriesland, den Städten Rostock, Lübeck und Hamburg einzugehen, welche freilich nicht auf „Black und Papier," sondern auf guten und kräftigen Mitteln bestehen soll. Werben und rüsten sollen die Verbündeten: 12,500 M. zu Fuß, 800 zu Roß und 15 Kriegsschiffe. Wenn der König eine solche Macht sähe, dann würde er ihnen zu Hilfe kommen mit einem Lager zu Lande und einer Flotte, welche königlich sein sollte: dann wollte er den Feinden mit Gottes Hilfe das Noli me tangere weisen. Der Herzog selbst sollte das Haupt dieses Bundes sein, zu dessen Errichtung der König die Hilfskräfte dieser Staaten für vollständig ausreichend erklärte, wenn man sich anderer Ausgaben entschlagen würde: „Ein Schiff kann des Jahres nicht viel

1) Gustav Adolf an Johann Casimir, Gripsholm 28. Sept. 1623. Styffe Konung Gustav II. Adolfs Skrifter S. 363, 412.

2) Am 6./16. Aug. 1623.

mehr kosten, als mannich Banket einem von E. L. unterweilen kostet, und wäre doch E. L. mit Einem mehr als mit dem Andern gedienet!!"

Aber freilich scheint es doch, als ob der König diesem Bunde auch noch eine andere Bestimmung zugedacht habe, ihn selbst nämlich in einem Kampfe mit Dänemark zu unterstützen, oder wenigstens eine „Balance" zu bilden, mit welcher man „den Dänen in officio behalten könnte." Auch zu diesem Zwecke soll ihn der Herzog davon in Kenntnis setzen, ob noch einige Funken der deutschen „taprikeit" in der Gegend zu finden seien, „welche man erwecken und aufblasen könnte zur Gegenwehr und ihrer eigenen Defension."

Noch ausführlicher und eingehender ist ein späteres Schreiben an denselben Herzog, aus welchem man erkennt, daß der König diese norddeutschen Verhältnisse der schärfsten Beobachtung unterzogen hatte. Schon sah er im Geiste den ganzen niedersächsischen Kreis in der Gewalt seines lutherischen Rivalen[1] von Dänemark, und auf der andern Seite Polen die Hand nach dem Bisthum Cammin ausstrecken und dadurch ganz Pommern bedrohen. Er war der Meinung, daß Christian IV. zu Braunschweig gleichsam zum Haupt des niedersächsischen Kreises erwählt worden sei, daß er das Land Braunschweig-Wolfenbüttel förmlich administriere und auch den obersächsischen Kreis an sich zu ziehen suche. Eifrigst widersprach er dem Urtheil des Herzogs von Mecklenburg, nach welchem „die Sachen mehr den König von Dänemark, als er die Sachen halte," und verhehlte seinen Zweifel an der Befähigung der Fürsten, den König davon abzuhalten im Trüben zu fischen, keineswegs. „Aber ich halts darvor, daß die Fischen schon gefangen sein, dann so viel Stifter und das Herzogthum Braunschweig seind wol die vornehmsten Fische aus diesem Teich, und stehet der Rest recht vorm Korbe, mit diesem Anschlag, daß er das Directorium eurer Waffen hat, der so nahe und so mächtig euch thut incumbieren."[2] Er weist ferner den Irrthum zurück, als ob es bei ihm stünde, Krieg oder Frieden mit Polen zu machen, und betont, daß es in diesem Kriege überhaupt nur darauf ankomme, daß er in Gegenden verpflanzt werde, in welchen sowol seinem Vaterlande als dem evangelischen

1) „Was Denmarck anlanget, der hat erlanget das wor nach er viel jahr hat getrachtet: nemlich die grentzen seines engen königreichs weit und breit zu elargiren, dan ich mercke das ehr erst in gennere haubt des ganzen kreises ist, sonst in specie generaller bischof aller bischoffthümber in selbigen kreitz, dan vor sex jar vormunder in Braunswigh, schutzher vber Hamburgh vnd Madeburgh: vnd E. L. sagen noch, sihe wollen ihn nicht mehr respectiren als einen hertzogh von Holstein!" Gripsholm 30. Nov. (a. St.) Styffe 420.

2) Styffe 420.

Wesen damit gedient sei. Das ist aber nur der Fall, wenn er ihn durch Pomerellen und Preußen nach Polen trägt, dann wird nicht allein Schweden, sondern auch Pommern, die Mark und ganz Deutschland sicher gestellt.

Mit 14 Regimentern zu Fuß und ein paar Tausend zu Roß hofft er es durchzusetzen, daß die Polen ihren König zum Frieden überreden. Den zweiten Punkt freilich, nämlich den deutschen Krieg nach Polen zu spielen, kann er nur erfüllen, wenn der niedersächsische Kreis eben so viel Truppen aufstellt, als er selbst. Dann würden ja auch die Niederlande das Ihrige thun. Er ermächtigt dann den Herzog förmlich, von diesen Plänen wenn auch nicht dem Kreise als solchem Mittheilung zu machen, so doch denjenigen Fürsten und Ständen, „die da capable sein ihre selbst eigene Wolfahrt und Freiheit zu betrachten, denen auch so vorstehen können, daß sie sehen, daß der Däne sie allgemach unter das Joch zu bringen Willens habe.“ [1] Der niedersächsische Kreis sollte eben im polnischen Kriege keine Nöthigung zu einem näheren Bunde mit Dänemark erblicken „zu seiner selbst eigenen Servitut und ruinae.“

Indessen konnte Gustav Adolf den Herzog von Mecklenburg, welcher nun einmal in diesen polnischen Kämpfen ein Unheil für den niedersächsischen Kreis erblickte, nicht zu seiner Meinung bekehren.

In ähnlicher Stimmung finden wir den König auch noch in der Mitte des folgenden Jahres. [2] Er vertheidigt sich auch jetzt noch gegen den Vorwurf, daß er sich durch seine Kämpfe mit Polen den deutsch-evangelischen Interessen entziehe, weist aber auch neue, wie den der Kriegslust und der Herschsucht mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden drastischen Ausdrucksweise zurück: „er habe ein viel zu enges Gewissen, um Land und Leute halber Krieg zu führen; ja er wolle keinen Krieg führen, in welchem er nicht wie ein Kriegsmann selig sterben und fröhlich vor Gottes Angesicht erscheinen könne.“ Die Befürchtung, welche sich an die Eroberung Bernaus und Rigas knüpfte, daß er sich der Ostsee oder wenigstens Danzigs bemächtigen wolle, bezeichnet er als völlig ungegründet. Er will nur niemand die Prädomination der Ostsee überlassen. „Es kommt mir vor, als ob man mich darum, daß ich aus Noth einen Eimer Wasser aus der Ostsee schöpfete, suspect halten wollte, die ganze See auszutrinken.“ Schließlich bittet er noch um die Vermittelung des Herzogs in seinen Zwistigkeiten mit Danzig.

---

1) Styffe 425.

2) Gustav Adolf an Herzog Adolf Friedrich vom . . Juli 1624. Styffe, S. 433—445.

Camerarius begegnete ferner, als er bald nach der Schlacht von Stadtlohn im Auftrage des Pfalzgrafen zum Könige ging, derselben Anschauung der Verhältnisse. Das Schreiben des Königs an Friedrich von der Pfalz über diese Sendung spricht das tiefste Bedauern über die unglückliche Lage des Pfalzgrafen aus, aber eine Aussicht auf eine nahe Hilfe durch Schweden oder irgend eine andere Macht eröffnet es nicht. Der König entschuldigt sich, nicht der Wille, sondern die Macht, dem Pfalzgrafen beizuspringen, habe ihm bisher gemangelt, und verweist denselben auf die Zukunft und die Camerarius mit auf den Weg gegebenen Rathschläge. Diese möge Friedrich in Erwägung ziehen, und wenn er den Plan vortheilhaft finde, ihn im Vertrauen auf Gottes Gnade und seinen Eifer fördern.

Worin dieser Plan, welchen der König dem Pfalzgrafen empfahl, bestanden hat, ist nicht ganz sicher: wir dürfen aber annehmen, daß er ihn aufgefordert hat, zunächst auf seine Verwandten in England und in Deutschland einzuwirken.

Das ist nun geschehen: sowol in Berlin als in London setzte der Pfalzgraf im Laufe des folgenden Sommers (1624) alle Mittel in Bewegung, um beide Höfe zu einem energischen Auftreten in seiner Sache zu veranlassen. Es galt vor allen Dingen, die Bestätigung der Uebertragung der Kur etwa durch eine Reichsversammlung, welche das Reich als solches genöthigt haben würde, ohne weitere Rücksichtnahme auf confessionelle und dynastische Verhältnisse die Sache des Kaisers und Baierns zur seinigen zu machen, zu verhindern.

Indessen zunächst verhielt sich doch Gustav Adolf auch im Jahr 1624 zuwartend. Erst allmählich übte auch auf ihn der sich während der ersten Hälfte des Jahres vorbereitende Umschwung der westeuropäischen Verhältnisse seinen Einfluß. Ergab sich aus diesem Umschwung eine engere Verbindung Frankreichs mit England, und lenkte Jacob I., noch überdies persönlich gereizt über den lächerlichen Ausgang der überaus kostspieligen Brautwerbung, das englische Staatsschiff wirklich in eine andere Bahn, dann konnte auch er dem so gehaßten Gegner kühner entgegentreten.

Es kam hinzu, daß es Gustav Adolf glückte, den am 1. Juni ablaufenden Stillstand mit Polen auf ein Jahr zu verlängern, und daß sich auch seine Beziehungen zu Dänemark — der König war vornehmlich über den Sundzoll aufgebracht — nach dem Vertrage von Knäröd besser gestalteten.

Aber die Initiative hat der König doch auch jetzt nicht ergriffen, wenn er auch durch Camerarius einen maßgebenden Einfluß auf die

Pfälzer im Haag geübt hat, und die im Gefolge der verwitweten Kurfürstin von Brandenburg nach Berlin reisenden schwedischen Herrn hier im Geheimen für ihn wirkten. Ja er hat sogar dem Administrator Christian Wilhelm, welcher ihm offenbar in dem Glauben, der König werde demnächst mit Heeresmacht in Deutschland auftreten, ein Dienstanerbieten gemacht zu haben scheint, unter Dankesversicherungen für seine Ergebenheit an die allgemeine protestantische Sache eine ablehnende Antwort ertheilt.[1]

Trotzdem war er nun freilich hoch erfreut, als sich endlich der kurbrandenburgische Gesandte Bellin, welcher in Dänemark so schlechte Aufnahme gefunden hatte, bei ihm meldete. Bellin traf den König in seinen Entschließungen fest und sicher, denn schon seit dem August hatte er sich mit der ganzen Angelegenheit auf das eingehendste beschäftigen müssen.

Es war in der letzten Augustwoche, als im Auftrage des Königs von England Jacob Spens bei Gustav Adolf erschien, um ihn zum Abschluß eines Bündnisses mit England aufzufordern und einen Antrag Friedrichs von der Pfalz und des Prinzen von Wales zu übermitteln, kraft dessen Gustav Adolf den Krieg mit englischer und pfälzischer Unterstützung auf sich nehmen und nach Schlesien verpflanzen sollte. Mit wirklich leidenschaftlicher Bereitwilligkeit, welche noch aus Oxenstiernas Brief an Camerarius hervorklingt, nahm der König diesen Antrag unter dem Versprechen an, alle Kosten und Gefahren selbst zu tragen, wenn er mit einer gewissen Hoffnung auf Erfolg für die Wolfahrt seiner Freunde eintreten könne.

Aber bei aller Leidenschaftlichkeit verließ den König auch jetzt die Besonnenheit und das mehr als ahnungsvolle Gefühl nicht, daß er mitten unter den kleinen Menschen der Zeit einen unsterblichen Namen auf das Spiel setze. Wie er stets bemüht war, sich durch die sorgfältigste Vorbereitung des Erfolgs möglichst zu versichern, so auch jetzt. Er forderte vor allem eine feste Einigung des Pfalzgrafen und des Prinzen von Wales mit den Generalstaaten oder Prinz Moriz zum Zweck der Restitution des erstern und des gegenseitigen Schutzes. Ferner aber erhob er Anspruch auf Sicherstellung gegen Dänemark, so lange er in diesem polnischen oder ligistischen Kriege beschäftigt sein würde, und verlangte zu diesem Zwecke eine Achtung gebietende Flotte von 48 oder wenigstens 36 Fahrzeugen, zu welcher er selbst 12 stellen wollte. Sie sollte durch den Sund in die Nordsee geführt werden. Selbstverständlich lag ihm auch jetzt zuerst die Erneuerung des Kampfes in Polen am Herzen; erst

1) Am 25. Oct. (a. St.) 1624.

nach dessen glücklicher Beendigung wollte er in Schlesien einrücken und dann auch den Pfalzgrafen und seine Freunde zur Theilnahme heranziehen.[1]

In diesen Verhandlungen mit Spens war Gustav Adolf begriffen, als jener Vertreter aus dem Reiche mit noch eingehenderen Vorschlägen erschien, eben Christian v. Bellin. Beide Sendungen maß Axel Oxenstierna den directen Bemühungen der Pfälzer im Haag bei, worin er wenigstens zum Theil Recht hatte.

Bellin versicherte nun dem Könige, daß sich ihm die von Knechtschaft bedrohten deutschen Fürsten und Stände anschließen würden. Aber freilich den Lieblingsplan Gustav Adolfs, den Krieg durch Polen nach Schlesien zu tragen, verwarf Brandenburg: es stellte vielmehr das Ansinnen, die Sache in Deutschland selbst zu entscheiden und zwar vornehmlich in denjenigen Landstrichen, um deren Widergewinnung es sich überhaupt handelte. Und auch hierzu erklärte sich der König bedingungsweise bereit. Nur sollten ihn auch die übrigen evangelischen Fürsten darum ersuchen, sollten einen Theil der Kosten des Feldzugs bestreiten, ihm je einen Hafen in der Ostsee und in der Nordsee anweisen und ihn seines Reiches versichern. Da jedoch den brandenburgischen Gesandten seine Vollmachten nicht zum wirklichen Abschluß berechtigten, begnügte sich auch der König damit, ihm zur Beschleunigung der Sache die Bedingungen im Einzelnen namhaft zu machen.[2]

Natürlich nahm Gustav Adolf selbst die ausschließliche Leitung des Ganzen für sich in Anspruch. Mit 36 Regimentern Infanterie und 8 Regimentern Cavallerie wollte er in den Kampf eintreten und von dieser Streitmacht 14 (12?) Regimenter z. F. und 2,000 z. R., so lange der Krieg dauern würde, unterhalten. Die übrig bleibenden 24 Regimenter z. F. und 6 Regimenter z. R. hatten seine Verbündeten zu stellen, von denen England die Hälfte der Kosten tragen sollte. Die unmittelbare Mit-

1) Vgl. Oxenstiernas ausführliches Schreiben an Camerarius, Stockholm 24. August 1624. Dieselbe Antwort erhielt auch Spens: „Id etiam te admonere oportet, datum hoc eodem sensu scriptum quoddam esse Domino Spensio, ut rationes omnes rei conficiundae habeat ac cum Rege tuo ac Principe Walliae communicet." Moser 5. S. 42 ff.

2) Continent enim in se et quid sua Majestas ipsa velit conferre, et quantum alii sint oneris in se suscepturi et quomodo se adsecurari cupiat. Omnia isthaec in paucos articulos raptim congesta loco resolutionis data sunt Legato Brandenburgico ad suum Dominum deferenda, quae jussus tibi communicare etiam hisce adjunxi. Oxenstierna an Camerarius 10. October 1624. Moser 5. 60.

wirkung Mansfelds scheint Gustav Adolf zurückgewiesen, dagegen wol auf eine selbstständige Diversion desselben zur Entfernung der tillyschen Armee gedrungen zu haben.[1] Auf Hollands Unterstützung und auf Bewegungen Bethlen Gabors rechnete er schon damals.

Der König bemühte sich auch seinerseits, den im Werden begriffenen Bund noch zu erweitern. Er ließ Camerarius vorstellen, ob nicht der Großfürst von Moskau herangezogen werden könnte, und schlug außerdem eine Heirat desselben mit einer deutschen Fürstentochter vor. Eifrigst erkundigte er sich bei Mecklenburg, „wie die Humoren draußen bewandt sein," denn ohne die Zustimmung der norddeutschen Fürsten und Stämme wollte er keinen Entschluß fassen. „Dann ob schon ich nichts heilsamers befinde, als daß man der päpstischen Gewalt bei Zeiten vorbauen soll, so ist doch mir nichts zu thun ohne E. L. und der andern Ost- und Nordsee angränzenden Herren und Städte Zustimmen und Bewilligung. Dann ich meine Hülfe viel zu lieb dazu habe und mein Volk noch viel lieber, als daß ich sie umsonst spendieren und wagen sollte (wie dann geschehen müste, wann ich mich mit Engeland embarquiren würde) wider den Willen der Oberwähnten. Gleichwol hab ich kein klein Interest dran, daß die Papisten keinen Fuß an die Ost- und Nordsee bekommen mögen, welches gewiß geschehn wird, wenn dies procedere, „so itz in Deutsland ist," eine Continuation gewinnen würde."[2] Auch mit Christian von Braunschweig und Johann Ernst von Weimar knüpfte der König jetzt bereits an.

Im Allgemeinen sind jedoch diese Verhandlungen mit Brandenburg nicht über das Stadium der Vorbesprechungen hinausgekommen. Selbst ein freundschaftliches und den Eifer des Kurfürsten anerkennendes königliches Schreiben machte doch nur unbestimmte Hoffnungen.[3]

Denn wenn Gustav Adolf auch weit davon entfernt war, ohne eine engere Verbindung mit deutschen Ständen den Krieg nach Deutschland zu

---

1) Diese Angaben sind den Instructionen entnommen, welche Bellin im November für seine große Reise nach Holland, England und Frankreich erhielt. Kgl. Geh. St.-A. in Berlin.

2) Gustav Adolf an Adolf Friedrich von Mecklenburg. Jönköping den 12. October 1624. Styffe S. 446.

3) Elfsburg 25. Oct. (a. St.) „Optamus sane, ut D. V. cuncta ex animi sententia cedant, ac si se occasio nobis obtulerit gratificandi Vobis, non patiemur illam nobis praeterire, paratique erimus ad cuncta benevolentiae officia et quae Vobis grata esse intellexerimus praestanda. Moser, Patriot. Archiv 5. 73, 74.

tragen, so hat er doch auch klar erkannt, daß einem solchen schwedisch-deutschen Bündnis ein Abkommen mit England und den Niederlanden vorausgehen müsse. Das Programm, welches Spens und Bellin mitgetheilt wurde, mußte zuerst in den Niederlanden und in England Zustimmung finden. Schon jetzt faßte man daher eine allgemeine Versammlung im Haag ins Auge, an welcher auch Frankreich Theil nehmen sollte.

Als Spens im Anfang des December nach Holland zurückgekehrt war, hat nun der Pfalzgraf alle Mittel in Bewegung gesetzt, um seinen Schwiegervater und seinen Schwager für diese schwedisch-brandenburgischen Pläne zu gewinnen.

Schon damals aber blickte man in Schweden nicht ohne Besorgnis auf Dänemark, dessen Rüstungen den Verdacht erweckten, als ob Christian IV. vielleicht gar in Verbindung mit Polen diese Absichten kreuzen oder wenigstens Schweden die alleinige Führung der Unternehmung streitig machen könnte.

In Berlin hat man nun nach Bellins Rückkehr diesen schwedischen Plan wenn auch mit einigen Zusätzen und Veränderungen zur Erleichterung der deutschen Bundesgenossen vollständig gebilligt und Veranstaltungen getroffen, denselben nicht nur in Deutschland, sondern auch in Holland, England und sogar in Frankreich zu empfehlen und durchzusetzen.[1] Die eifrigsten Fürsprecher der pfälzischen und der protestantischen Sache überhaupt Götz, Winterfeld und Bellin erscheinen namentlich mit der Durchführung dieser Angelegenheit beauftragt. Götz begab sich zu diesem Zwecke nach Mecklenburg, während Winterfeld zu den glaubensverwandten süddeutschen Staaten nach Culmbach, Ansbach, Nürnberg und Würtemberg entsendet wurde.[2]

Das Ziel dieser brandenburgischen Bestrebungen war ein Bund protestantischer Staaten zur Widereinsetzung des Pfalzgrafen in seine Erbländer und zum Schutz des so vielfach bedrohten Protestantismus überhaupt unter der ausschließlichen Führung Gustav Adolfs. Die Kosten, welche die deutschen Staaten, Brandenburg inbegriffen, an ihrem Theile zu tragen hatten, schätzte man auf etwa monatlich 100,000 Thaler:

---

1) Unsere Darstellung gründet sich auf die Acta, betr. Chr. v. Bellins Sendung nach Hamburg, dem Gravenhaag u. s. w. K. G. St.-A. in Berlin, Rep. XI. No. 89.

2) Auch diese Verhandlungen fanden in den letzten Monaten des Jahres 1624 statt: da sie jedoch für unsern Zweck nur von untergeordneter Bedeutung sind, mußten wir sie übergehen. Ausführlichere Nachrichten finden sich im Geh. St.-A. in Berlin.

dem Pfalzgrafen wurde sein Antheil mit monatlich 16,805 Thalern berechnet.

Allein Brandenburg hatte bei diesen Plänen zugleich auch die Förderung seiner besonderen Zwecke im Auge. Mehr wie je erschien ihm nach diesem gewaltigen Umschwung der Dinge sein rheinischer Besitz gefährdet: die vollständige Sicherstellung dieser Erbschaft gerade durch diesen Krieg bezeichnete es daher als eine unumgängliche Bedingung dieses abzuschließenden Bundes.

Im Allgemeinen aber waren die Verhältnisse noch sehr unfertig und keineswegs einen einigermaßen sichern Erfolg in Aussicht stellend. Man hatte im November in Berlin noch keine Ahnung davon, wie sich England im Betreff der Oberleitung des Ganzen entscheiden werde, ja man war nicht einmal der Entschließungen des Pfalzgrafen und noch weniger des Statthalters und der Generalstaaten versichert.

Schon hieraus aber ergab sich auch die Nothwendigkeit, alle diese Maßnahmen im tiefsten Geheimnis vorzubereiten. Bellin, welcher sich bereits Anfang November wider in Altruppin befand, durfte daher auch seine Instruction nicht mit sich nehmen, sondern erhielt an Stelle derselben ein ganz unverfängliches Schriftstück, nach welchem seine Aufgabe darin bestand, in England und Frankreich eine pekuniäre Unterstützung oder eine Anleihe auszuwirken, welche die brandenburgischen Bestrebungen gegen den Pfalzgrafen von Neuburg erforderlich machten. Die wirkliche geheime Instruction dagegen wurde, mit der Unterschrift des Kurfürsten versehen, zu den Acten genommen. Man verbot Bellin ferner ausdrücklich, sich für einen Gesandten auszugeben. Bei den Verhandlungen selbst war ihm die peinlichste Vorsicht zur Pflicht gemacht.

Die Befehle seines Herrn führten den brandenburgischen Agenten[1] zunächst nach Hamburg, wo er mit dem Bürgermeister Hieronymus Vogeler über die Berufung eines Hansetags und eine Unterstützung des Bundes durch die Städte wenigstens mit Geld in geheime Unterhandlung trat. Er machte hier auch Gustav Adolf als den Führer der ganzen Unternehmung zum großen Befremden des Bürgermeisters namhaft. Derselbe erwiderte, ob Georg Wilhelm als Kurfürsten die Direction nicht mehr als Schweden gebühre. Die Berufung eines Hansetages lehnte er als zur Zeit unthunlich ab. Bevor die ganze Angelegenheit nicht mit England und Frankreich in Richtigkeit gebracht wäre, würden sich die Städte zu nichts erklären.

---

1) Bellins Pass trägt das Datum: Tangermünde 19./29. Nov. 1624.

Einer bessern Aufnahme hatte sich dagegen Bellin im Haag zu erfreuen, wo nicht nur der Pfalzgraf, sondern auch Moriz von Oranien und die Generalstaaten das schwedische Project im Allgemeinen billigten. Nur erklärte sich der Pfalzgraf selbst außer Stande, seinen Antheil in die Bundeskasse zu entrichten, da er gerade damals von England vollständig im Stich gelassen und die nöthigen Subsidien nur von Frankreich bezog.

Als Bellin am Christabende des alten Kalenders in London anlangte, fand er Mansfeld mit der Vervollständigung seiner Rüstungen eifrigst beschäftigt. Allein trotzdem konnte er erst nach längerem Verweilen berichten, daß auch Jacob I. in die schwedische Oberleitung gewilligt und sich nur einer Beitragsverpflichtung in der Höhe eines Drittels der Kosten geweigert habe.

König Jacob I. und der Graf Mansfeld.

Die Zweifel Ludwigs XIII. an der englischen Kriegsluft und an der Bereitwilligkeit Jacobs I., Mansfeld seine Versprechungen auch wirklich zu erfüllen, schienen eine Zeit lang im Ganzen Recht zu behalten.

Diese schwankende Stimmung des Königs von England erklärt die Aufnahme, welche Mansfeld bei seiner Rückkehr nach Frankreich zu Theil wurde, hinlänglich. Durch den Herzog v. Angoulême ließ derselbe seine Anträge Ludwig XIII. unterbreiten und ihm besonders auch die Folgen vorstellen, welche ein längeres Hinausschieben der Angelegenheit unausbleiblich nach sich ziehen würde. Spanien könnte auf Kosten Frankreichs mit der Gegenpartei einen Vertrag eingehen. Bethlen Gabor würde sich dem Kaiser fügen, und die deutschen Stände, vornehmlich die Städte, vollständig in die Gewalt der Habsburger gerathen, so daß Frankreich dann von allen Seiten blokiert sei. Mit Emphase hob der heimatlose Söldner hervor, daß er kein anderes Interesse an der Sache habe, als die allgemeine Freiheit und vor allem den Dienst Ludwigs XIII., in welchem er auch den letzten Blutstropfen vergießen wollte.

Diese Verhandlungen haben Anfangs Juni in Grosbois Statt gefunden. Indessen Mansfeld mag mit ihrem Resultat nicht sehr zufrieden gewesen sein: man verwies ihn auf die Commission des Grafen Carlisle, d. h. die bevorstehenden Unterhandlungen über das Ehebündnis, erklärte ihm ferner, daß die Verhältnisse seine Verwendung noch nicht gestatteten, und mahnte

ihn zur Geduld.[1] Ludwig XIII. versprach ihm nur, darauf hinzuwirken, daß ihm Venedig und Savoyen die schuldigen 20,000 Thlr. zahlen sollten, und nahm ihn unter wenig würdigen Formen unter seine Pensionaire auf. Im Uebrigen mußte er sich sogar Vorwürfe gefallen lassen: man sprach davon, daß sein Vergleich mit England nur den Zweck habe, Frankreich in die Sache zu verwickeln, und nahm Anstoß an dem großen Gefolge, mit welchem er in Frankreich auftrat.

Schon jetzt wies ferner Mansfeld Frankreich auf die günstige Gelegenheit einer Gebietserweiterung im Westen hin: unter dem Vorwande, auf Englands Kosten die Restitution der Pfalz zu bewirken, wollte er übrigens auch an den Kämpfen im Veltlin Theil nehmen[2] oder sie sogar auf eigne Hand führen, wie ihm von Savoyen aus vorgeschlagen wurde. Zu dem letzteren Unternehmen machte er sich anheischig, wenn man ihm für 10,000 M. Fußvolk, 3000 Reiter und 3 Kanonen monatlich 200,000 Thlr. zahlen würde, von denen er 80,000 Thlr. persönlich beanspruchte. Außerdem sollte dann der König auf eine zweite Armee dieselbe monatliche Summe verwenden. Ferner mahnte er, daß sich Frankreich aller europäischen Gegner des Hauses Habsburg, der protestantischen Könige von Dänemark und von Schweden, Bethlen Gabors und des Herzogs von Würtemberg versichern möchte. Auch er forderte schon wie später Christian IV. eine besondere Betheiligung der französischen Streitkräfte an den erwarteten Kämpfen in Deutschland, ja er scheint sogar an eine Vereinigung seiner Armee mit der des Herzogs v. Angoulême

1) Qu'en conclusion le Roy estime et le merité et la qualité dudict Sieur Comte duquel il veult recueillir les affections et seruices, Mais que les affaires ne peuuent pas encor permettre que les effects soient semblables aux intentions, ledict sieur Comte voulant se maintenir dans les termes des asseurances qu'il donne de ses très fideles affections au seruice du Roy, il fault qu'il attende avec patience le temps que le Roy jugera à propos de l'employer comme c'est son intention. Diese Antwort trägt ein dem Anschein nach falsches Datum (1. Jan. 1624). Da in derselben auf die Ankunft Carlisles hingewiesen wird und ihr auch im Manuscript (Collect. Harlay N. 18985) Mansfelds Entgegnung unter dem Datum des 1. Juni folgt, so ist wahrscheinlich auch hier Juni statt Januar zu lesen.

2) Or est il que s'il plaist à sa Majesté tres chrestienne embrasser cette occasion pour releuer ses amis et nommément les Grisons, il semble cela se pouuoir faire fort commodement souz le pretexte de l'Angleterre et de Palatinat, mesmes pourra sa Majesté se saisir des terres et Places que Monsieur le Duc d'Angleterre Luy fera entendre de bouche affin de faire venir les Aduersaires à la raison.

gedacht zu haben: wenigstens schlug er vor, daß ihm derselbe bei seinem Marsche durch das französische Gebiet unter dem Scheine des Mißtrauens das Geleit geben möchte.

Trotz des abschlägigen Bescheids, welchen Mansfeld anfangs erhielt, blieb er doch noch längere Zeit im Lande und kam im Gefolge des englischen Gesandten auch mit der königlichen Familie, selbst den Frauen in Berührung. Erst am 5. September verpflichtete sich jedoch der Graf, Frankreich und seinen Verbündeten 13,000 M. zuzuführen und mit denselben in dem Gebiet des Hauses Oestreich Winterlager zu halten. Die Zahlungen der Verbündeten sollten mit dem 1. October ihren Anfang nehmen.[1]

Durch seinen wolbewährten Agenten Weis suchte er sich nun vom Stande der Dinge in England zu unterrichten. Ja Weis sollte Jacob I. geradezu aufkündigen, wenn er weitere Schwierigkeiten machen werde, und die Erklärung abgeben, daß Mansfeld die ganze Leitung dem Pfalzgrafen überlasse. Mansfelds Absicht war, durch ein rechtzeitiges bewaffnetes Auftreten im westlichen Deutschland einen Reichstag zu verhindern, welcher die Uebertragung der Kur genehmigen konnte und damit die auswärtigen Gegner in die unangenehme Lage versetzt hätte, den Kampf nicht nur mit einer besondern Partei des Reichs, sondern mit dem Reiche selbst aufzunehmen.

Allein der König von Großbritannien konnte seinen spanischen Neigungen noch nicht abwendig gemacht werden. Conway ertheilte daher Rusdorf geradezu den Rath, Friedrich von der Pfalz zur Einziehung eines Gutachtens von Moriz von Oranien zu veranlassen, durch welches man den Unentschlossenen von der Nothwendigkeit einer kriegerischen Bewegung in Westfalen oder überhaupt in der Nachbarschaft der Niederlande überzeugen und zum Handeln zu bewegen hoffte. Mit diesem Gutachten sollten dann der Prinz von Wales und Buckingham vor den König treten.[2] Diesen Vorschlag kreuzte jedoch die Forderung des Kurfürsten selbst, Rusdorf möge sich beim Könige dafür verwenden, daß man seiner eignen, des Pfalzgrafen Führung von Neuem eine Armee unterstelle. Allein da der König bis dahin — es war Mitte September — Mansfeld überhaupt noch keinen Heller entrichtet hatte, fürchtete der mit

1) Vgl. auch Goll S. 44.

2) Rusdorf, Mémoires I. 360. Par une telle armée on animeroit et encourageroit les Princes et les Etats du bon parti en Allemagne, on attireroit en société les bien intentionnés, voire les Rois de Dannemarck et de Suède seroient d'autant plus promptement enclins à s'y conjoindre.

den Launen Jacobs so wolvertraute Minister, durch ein solches Gesuch die ganze mansfeldische Expedition überhaupt zu vereiteln.

Daß aber das Zaudern des Königs auch eine gewisse sachliche Berechtigung hatte, empfand selbst Buckingham, der ja weder in Frankreichs noch in Mansfelds Beständigkeit und Festigkeit ein allzugroßes Vertrauen setzte und vornehmlich auch aus diesem Grunde auf einer schriftlichen Verpflichtung des erstern nicht allein im Betreff der Zahlungen, sondern auch des Durchzugs sowol bei dem Vormarsch wie bei dem Rückmarsch beharrte. Von dem General selbst aber wünschte er Bürgschaft, daß er nun wirklich auch das englische Geld und die englischen Truppen zur Rückeroberung der Pfalz verwenden werde. Man beanspruchte daher nicht allein die directe Vertheilung des Geldes durch englische Commissare, sondern auch einen gewissen Antheil am Commando selbst.[1]

Ende September erschien darauf Mansfeld von Neuem in England. Er hatte unterdessen eine Art Dienstvertrag mit Frankreich, Savoyen und Venedig geschlossen (St. Germain 5. Sept.), welcher ihm 300,000 Gulden monatlich zusicherte. Sein Heer wollte er im Namen des Pfalzgrafen werben und auch den König von England zu seiner Unterhaltung heranziehen. Für diesen Fall sagte er Frankreich eine Herabsetzung seines Beitrags zu.[2] Später scheint man wirklich die Summe ermäßigt und die graubündner Angelegenheit an Stelle der Pfalz gesetzt zu haben.[3]

Am 1. October hatte Mansfeld bei dem Könige Jacob eine lange Audienz, in welcher ihn dieser mit persönlichen Auszeichnungen überhäufte. Mansfeld entwickelte Jacob seine Pläne und theilte ihm schon die Marschrichtung des Heeres mit. Zu seiner großen Genugthuung vernahm der König, daß sein Söldling direct auf das Ziel losgehen wollte, auf Baiern. Nur verpflichtete er den Heerführer, beim Durchmarsch durch die spanischen Niederlande keine Feindseligkeiten auszuüben und schon vorher um die Gewährung des Durchzuges nachzusuchen. Das Letztere versprach der Graf auch, jedoch mit dem Bemerken, daß er es nur kurze Zeit vor dem Marsche thun werde, damit man nicht Zeit zur Beiseiteschaffung der

1) Rusdorf, Mémoires I. 374 ff.

2) Siri V. 639. 640. 679. 680.

3) Aus diesem Vertrage scheint das falsche Gerücht von einem förmlichen Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Frankreich, England, Venedig und Savoyen Nahrung gezogen zu haben, Relatio sem. (Fastenmesse 1625) Frkfrt. a./M. S. 29. Theatrum Europ. I. (1662) S. 810. Khevenhiller, Annales X. 472.

Lebensmittel gewinne. Nun wollte Jacob Aushebungen veranstalten und sofort, nachdem ihm Frankreich seine Forderungen gewährt habe, die Mannschaften übersenden. Buckingham verhieß die sofortige Zahlung von 20,000 Pfund für einen Monat und eine Anweisung von 15,000 Pfund zur Ausrüstung der Cavallerie.[1] Allein trotzdem gab man dem Grafen schließlich nur die geringe Summe von 12,000 Livres und einen Wechsel auf den Rest. Sobald Frankreich eine schriftliche Verpflichtung ausgestellt habe, wollte man auch diesen zahlen, wenn es jedoch nicht im Laufe von 14 Tagen geschehen würde, wollte sich der König zu nichts verpflichtet haben.

Vergebens bezeichnete Mansfeld eine derartige schriftliche Verpflichtung Frankreichs als unnöthig, vergebens drohte er Buckingham mit seinem Rücktritt. Buckingham erwiderte mit Bedauern, es sei nun einmal Cabinetsbeschluß, er möge sich nur kurze Zeit gedulden. Am 6./16. October reiste Mansfeld wider ab, wie es scheint wenig zufriedengestellt mit den Versicherungen, welche Buckingham und Conway ertheilt hatten, für den Fall daß sich Frankreich zu keiner schriftlichen Gewähr für seine Verwendung verstehen würde.[2]

Um die ganze Angelegenheit endlich zum Abschluß zu bringen, übergab Rusdorf im Namen seines Herrn Anfangs November (2./12.) noch einmal eine kurze Denkschrift an den König, in welcher er, da Mansfelds Sache nun einmal an Frankreichs Zaudern zu scheitern drohte, dieselbe Unterstützung für Friedrich von der Pfalz selbst forderte, welche man Mansfeld hatte geben wollen. Nur sollte freilich die Bitte augenblicklich erfüllt werden, da man vor dem erwarteten Zusammentreten eines Deputationstages und vor dem völligen Abschluß in Ungarn losschlagen wollte. Allein der König blieb bei seinem Entschluß: er hatte ja noch einen besondern Boten nach Frankreich entsendet, um die ersehnte Verpflichtung auszuwirken. Als auch dieser mit leeren Händen zurückkehrte,

---

1) Rusdorf, Mémoires I. 379.

2) Rusdorf a. a. O. 382. Le comte en partant demanda entre autres: Eh bien en cas que la France fasse difficulté de bailler l'écrit, qu'est ce que le Roi voudra faire, qu'est ce que deviendra de moi, ne fera-t-on rien, quand la France ne donnera pas l'écrit? Là-dessus le Secrétaire disoit au Conte: N'avez vous pas entendu du Sieur de Rusdorf que nous ne manquerons point de vous employer, si ces ouvertures sout mises en exécution? Encore que la France ne signe ou ne donne pas l'écrit dont il est question, néansmoins nous ferons ce qu'il nous convient et appartient.

war freilich die Lage der Verhältnisse wider die alte. Ohne Frankreich wollte nun einmal Jacob die schwere Last nicht auf sich nehmen, er fürchtete ohne eine feste Verpflichtung Ludwigs XIII. schließlich doch allein gelassen zu werden.

Da er genauer, als wir heut zu Tage, wußte, wie weit sich die französischen Staatsmänner mit den Wirren des vorigen Jahres befaßt hatten, als sie Mansfeld zuletzt doch Preis gaben, mögen wir seine Vorsicht nicht tadeln. Nur wurde freilich Frankreich in seiner Neigung, mit Spanien anzubinden, durch die Unschlüssigkeit und das geringe Selbstvertrauen Jacobs auch nicht ermuthigt.

Als Mansfeld kurze Zeit darauf (4./14. Nov.) kaum den Wogen des Meeres, die fast seine ganze Begleitung verschlangen, entronnen, abermals anlangte, um den König durch die Versicherung, daß mit dem ersten günstigen Winde die in Hamburg und Bremen geworbenen Truppen in die Themse einlaufen würden, zu drängen, erhielt er wenigstens von Jacob Zahlungsanweisungen und eine Art Bestallung. Die Clausel, daß der General wider die Länder des Königs von Spanien, den Jacob immer noch seinen sehr theuren Bruder nannte, und der Infantin nichts unternehmen sollte, war auch in diesem Schriftstück (vom 7. Nov.) nicht vergessen: bei Strafe der Cassation schärfte es Jacob seinem schlangenglatten General eindringlichst und widerholt ein.[1] Der Zweck der ganzen Unternehmung war mit deutlichen Worten bezeichnet: es war die Wiedereroberung der Pfalz. Allein auf welchem Wege das Heer von England nach dem Rheine gelangen sollte: diese sehr wichtige Frage hatte man offen gelassen. Auf seine besondere Bitte gestand man Mansfeld später noch zu, das französische Gebiet in einer Ausdehnung von drei Meilen zu passieren.[2]

Endlich brachte nun auch in der dritten Novemberwoche ein besonderer Bote der Grafen Carlisle und Holland die Nachricht, daß nicht nur das Ehebündnis am 20. November (n. St.) geschlossen sei, sondern daß sich Ludwig XIII. auch zur Zahlung von 6 Monaten an Mansfeld verpflichtet habe. Da man die französischen Politiker nicht zu einer ganz unzweifelhaften Verpflichtung für die Eroberung der Pfalz bewegen konnte, begnügte man sich in England mit dem Versprechen, daß der König Mansfeld

1) Rusdorf I. 393. „de sorte si par vous ou par les dites troupes est faite aucune chose contraire à cette notre déclaration, nous la désavouons et revoquons et déclarons la commission nulle et le pouvoir que nous vous avons donné et le paiment que vous aviez ou pourriez avoir pour les dites troupes."

2) Bassompierre, Ambassade 202.

erlaube, die ihm gezahlten Summen zur Widereroberung der Pfalz zu verwenden, welchen sich dann noch werthlosere Versicherungen anschlossen.[1] Von einer schriftlichen Zusage freilich, wie sie so oft gefordert war, verlautete auch jetzt nichts. Der König hatte nur durch einen Herrn Lumachi Caution gestellt. Auch ein Landungsplatz, Boulogne, war Mansfeld angewiesen: hier sollten seine Truppen freundliche Aufnahme und Unterhalt finden. Und sofort ertheilte man nun auch von Seiten Englands Mansfeld die Zusicherung, daß er 15,000 Pfund in Wechseln zum Ankauf von Waffen und zum Transport der in Holland geworbenen Mannschaften empfangen würde, denen dann 40,000 Pfund als die zweimonatliche, auf England fallende Quote seines Unterhalts folgen sollten. Zur Wahrnehmung der englischen Interessen in Mansfelds Heere wurde ein höherer Beamter Bicher bestimmt.

Vergebens hatten die spanischen Agenten noch in letzter Stunde die Entschlüsse des Königs zu Falle zu bringen versucht: Jacob entgegnete ihnen, daß er Mansfeld keinen dem Friedensvertrage mit Spanien zuwider laufenden Auftrag ertheilt, sondern ihm vielmehr ausdrücklich befohlen habe, den König und die Infantin nicht im Geringsten zu beunruhigen. Wenn aber etwa Mansfeld das Heer zum Entsatz von Breda verwenden sollte, so hätten die Offiziere Befehl, ihm nicht zu gehorchen.[2] In einem Schreiben an die englischen Gesandten in Frankreich hatte sich übrigens Ludwig XIII. ausdrücklich noch für die Widerherstellung der Pfalz verpflichtet.[3]

Nun war Jacob fest davon überzeugt, daß er seinem Schwiegersohne die Pfalz widererobern werde — und ward gerade jetzt auf das gröblichste getäuscht. Ludwig XIII. untersagte jetzt Mansfeld die Landung, wenn der König von England die Spanien ertheilte Zusage nicht zurückziehen würde. Mehr als 6 Wochen, bevor die Engländer marschfertig waren, gab Ludwig XIII. ferner Mansfeld den Befehl, auf einen andern Weg nach der Pfalz oder dem Elsaß zu sinnen, als durch Frankreich. Anfang December erschien dann ein französischer Botschafter, de la Ville-aux-Clercs, in England, um nicht allein die feierlichen schriftlichen Zusicherungen des Königs und des Prinzen von Wales für die Erleichterung der englischen Katholiken und die katholische Erziehung der Kinder aus diesem Ehebündnis bis zum 13. Lebensjahre durch die englischen Staatsräthe bestätigen zu lassen, sondern auch den König Jacob für

1) Gardiner a. a. O. I. 110.
2) Rusdorf I. 420. 484.
3) Siri, Memorie V. 688.

den neuen Plan zu gewinnen, Mansfeld wenigstens zunächst vor Breda zu verwenden.

Mansfeld entschloß sich wirklich, wenn auch widerwillig, zum Entsatz von Breda mitzuwirken. Ja er eröffnete darauf (18./28. Dec.) sogar Rusdorf diesen Plan mit dem Ansinnen, Friedrich von der Pfalz zu bestimmen, die Unternehmung auch den Generalstaaten zu empfehlen. Der Kurfürst sollte die Generalstaaten antreiben, die Bedingungen anzunehmen, welche der von seinem Schwiegervater zu seiner eignen Wiedereinsetzung in die Pfalz ausgerüstete Heerführer ihnen für die Unterstützung Breda's vorlegen ließ. Entweder allein oder in Gemeinschaft mit einem holländischen Heere gedachte Mansfeld die Spanier hier anzugreifen, falls Pöblis sofort 30,000 Thlr. und später noch 130,000 Thlr. eingehändigt würden. Von seinen venetianischen und savoyischen Unterstützungen wollte er diese Summen zurückzahlen. Im Uebrigen hatten natürlich die Generalstaaten nicht nur alle Kosten zu tragen, sondern ihn auch mit Artillerie zu versehen. Glückte die Sache, so stellte er ihnen anheim, dem Heere noch eine besondere Belohnung zuzuwenden. Würde aber der Prinz von Oranien seinen Vorschlag zurückweisen, so erklärte er sich auch zu jedem andern Dienste gegen die Generalstaaten bereit, vorausgesetzt daß ihn derselbe an der Ausführung seines Hauptauftrags nicht allzu sehr hinderte.[1] Vor Carleton freilich sollte Friedrich von der Pfalz die Sache geheim halten, um keinen unzeitigen Verdacht gegen das Versprechen des Königs zu erregen.

Friedrich von der Pfalz hat nun diesen neuen Plan in der That nicht nur den Generalstaaten, sondern auch seinem Schwiegervater empfohlen![2]

Jacob I. war anfangs geneigt, die Mannschaften vor der Einschiffung wider nach Hause zu schicken und den ganzen Zug rückgängig zu machen, wenn Mansfeld nicht genügende Sicherheit geben würde, daß sein Unternehmen wirklich der Pfalz gelten sollte. Buckingham aber scheint ihn endlich für den Plan gewonnen zu haben, Mansfeld durch die Niederlande nach dem Rhein gehen zu lassen. Auf das Drängen der französischen Bevollmächtigten ertheilte der König zuletzt Mansfeld die Erlaubnis, auf seinem Marsche durch die Niederlande den Weg einzuschlagen, welchen er für den geeignetsten halten würde, falls nur die französische Cavallerie

1) Rusdorf I. 399 ff. „pourvu qu'il ne fût pas trop arrêté, afin qu'il puisse vaquer aux desseins de recouvrir le Palatinat, conformement à la commission."

2) Rusdorf I. 399 ff.

die englische Infanterie begleitete.[1] Immerhin aber scheint man hierbei noch daran festgehalten zu haben, daß Mansfeld seine Vereinigung mit der von Christian von Braunschweig befehligten französischen Cavallerie an der französischen Küste bewerkstelligen sollte. Mansfeld aber suchte nun bei Ludwig XIII. ausdrücklich um die Genehmigung nach, sein Corps vor Breda zu verwenden und die an die Maas vorgeschobenen tilly'schen Regimenter zu bekämpfen.[2] Und obwol die sich in Dover allmählich sammelnden Truppen durch schlechte Bezahlung und Unthätigkeit in kürzester Frist fast vollständig verwilderten, so mußte Mansfeld ihre Einschiffung auf den Befehl Ludwigs XIII. doch noch verzögern. Denn man mußte nun doch wenigstens rechtzeitig einige Vorbereitungen zu ihrer Unterbringung in Holland treffen.[3] Zuletzt hat Buckingham Mansfelds Zug durch die Niederlande ausdrücklich genehmigt (26. Jan.) und scheint auch nicht mehr auf einen, wenn auch nur vorübergehenden Aufenthalt an der französischen Küste, also etwa in Calais, gedrungen zu haben, während allerdings zu derselben Zeit die englischen Offiziere durch Conway den Befehl erhielten, Mansfeld den Gehorsam aufzukündigen, wenn er die Armee vor Breda verwenden würde.[4]

In auffallendster Weise griff so der französische Einfluß schon vor der Ankunft der Königin in England um sich. Als Jacob I. das Schriftstück, durch welches er auf jeden Eid verzichtete, welcher seinen katholischen Unterthanen ihre Religion verbot, unterzeichnet hatte, wurden unmittelbar darauf die Gefangnen entlassen, und den Gerichtshöfen jedes Einschreiten gegen die Bekenner des katholischen Glaubens untersagt. Trotz der sorglichsten Bemühungen Jacobs I., in diesem Restitutionskriege gegen Baiern jeglichen Anlaß zu offnen Feindseligkeiten gegen Spanien zu meiden, war in England eine Flotte ausgerüstet worden, welche ein feindliches Heer direct in die Niederlande übersetzte. Denn lange vor seiner Abfahrt hatte Mansfeld Vlissingen als Landungsplatz und vorläufigen Aufenthaltsort der Truppen ins Auge gefaßt. Richelieu verhinderte also nach dem Abschluß der Eheverhandlungen den Marsch Mansfelds in die Pfalz, für welchen er sich freilich auch während derselben niemals ausdrücklich verpflichtet hatte, geradezu.

Frankreich ist es gewesen, welches Mansfeld damals in die Niederlande gebracht hat. Dem Anschein nach hat Richelieu, einem Drucke

1) 28. Dec. Siri, Memorie V. 721.
2) Siri, Memorie I. 772.
3) Avenel II. 58. Vgl. Goll 91.
4) Gardiner II. 131.

Baierns oder Spaniens nachgebend, Mansfelds Marsch durch Frankreich in das Elsaß ablenken und denselben trotzdem in der Nähe behalten wollen.[1] Auf diese Weise hoffte er England in einen Krieg mit Spanien zu verwickeln, während er selbst den Huguenotten schärfer zusetzen, in Italien losschlagen und Dänemark und Schweden gegen die Habsburger in Deutschland unterstützen konnte. Und dabei vermied er trotzdem einen öffentlichen Bruch mit Spanien. —

Zunächst weigerten sich freilich die Generalstaaten und Moriz von Oranien ganz energisch, einem Heerführer, der sich ihnen durch seine Verschlagenheit und fortdauernde Geldverlegenheit in gleicher Weise verdächtig gemacht hatte, den gewünschten Pass zu ertheilen, während sie merkwürdiger Weise noch im November selbst an eine Heranziehung des Grafen zur Entsetzung von Breda gedacht hatten: damals verbot ihnen Richelieu geradezu, Mansfeld für ihre Sonderzwecke zu verwenden.[2]

Beide aber haben zuletzt drei Bedingungen gestellt, unter denen die Aufnahme geschehen sollte, welchen die Franzosen auch ihre Genehmigung ertheilten. Man forderte die Aufhebung des englischen Vorbehalts, welcher den Engländern ein Vorgehen gegen die Spanier untersagte, ferner die Bezahlung der ins Land geworfenen Truppen und endlich, daß die englische Infanterie mit der französischen Cavallerie vereint marschieren sollte.[3] Am 30. Januar 1625 bezeugte Ludwig XIII. darauf seinem Gesandten im Haag seine Freude über die Nachgiebigkeit Hollands und genehmigte zugleich die ihm unterbreiteten Bedingungen.

Durch die auf englische Kosten geworbenen Truppen konnte nun Richelieu den Spaniern in den Niederlanden Verlegenheiten bereiten, ohne die katholische Liga in Deutschland zu einem Anschluß an die Habsburger und die Spanier zu einem Angriff auf Frankreich zu veranlassen. Er ließ sogar den Spaniern erklären, daß man in Frankreich eher zu einem Verzicht auf die englische Heirat als zu einem Bündnis für die Wiedereroberung der Pfalz entschlossen sei, und gab die Versicherung an Baiern

1) Vgl. die spätere Darstellung Bassompierre's: Car le Roy mon Maistre, ayant sagement consideré les inconveniens qui en pourraient arriver, escouta les instances du Roy d'Espagne et les protestations qu'il luy fit faire, d'attaquer et poursuivre ses ennemis dans la France, si sa Majesté leur y donnoit entrée et passage . . . Ambassade en Angleterre 202.

2) d'Ocquerre an d'Espesses 26. Nov. 1624.

3) d'Espesses an den König 16. Januar 1625. „mais m'ayant temoigné un peu trop de fermeté à s'excuser sur la 3e (proposition) touchant le changement au passage du comte de Mansfelt, lequel ils avoient toujours craint de recevoir dans leur etat . . ."

und die Liga, daß Mansfeld bis Ende Januar nicht nach Deutschland kommen sollte. Während dieser Zeit konnte Maximilian England bessere Bedingungen gewähren. Kam aber nun trotzdem kein Vertrag zwischen den wittelsbachischen Linien zu Stande, so wollte man Mansfeld nicht weiter aufrecht halten, um eine Unterstützung Spinola's durch Tilly zu verhindern. Ja man war viel eher gewillt, den Grafen Preis zu geben, als die katholische Liga in Deutschland zu kränken und einen vollständigen Anschluß derselben an Spanien herbeizuführen. Auf Baiern gedachte man durch Drohungen mit Mansfeld und der französischen Armee in der Champagne zu wirken.[1]

Richelieu war also nicht sowol an einem Marsche Mansfelds durch Holland, als an einem Aufenthalte desselben in Holland gelegen: wollte er doch seinem Söldnerführer nicht einmal den Weg bestimmen.[2] Darin liegt das Geheimnis der Verwendung Mansfelds gegen die katholische Liga, von welchem die Memoiren reden. Richelieu hat diese Verwendung überhaupt gehindert und an Stelle des englischen Planes, nachdem er der Heirat gewiß war, seinen eignen gesetzt.

England gegenüber hat der Cardinal nach dem Tode Jacobs I. behauptet, daß er um Hilfe angegangen worden sei.[3] Das ist aber wenigstens von Seiten der Generalstaaten nicht geschehen, welche vielmehr das mansfeldische Heer sehr ungern aufnahmen und seinem Führer auch nachher noch großes Mißtrauen entgegen brachten. Die Engländer aber waren natürlich erstaunt über diese Aenderung der ursprünglichen Bestimmung und wollten die letztere beharrlich festhalten: Richelieu sah indessen hierin eine unnütze Formalität. Ja er glaubte vielmehr vollständig in seinem Rechte zu sein, da er eine bindende Verpflichtung für die Pfalz nicht eingegangen war, sondern nur versprochen hatte, Mansfeld auf 6 oder 7 Monate in Sold zu nehmen.[4]

---

1) Vgl. Mémoires de Richelieu II. 405 ff.

2) Il mandra audit Sieur comte de Mansfeld, que le roy laisse à sa discrétion, lorsqu'il sera descendu en Hollande, de prendre tel chemin qu'il aistimera estre le meilleur. Instr. à Mons. de Villars Avenel II. 60.

3) Avenel II. 74.

4) Es ist Gardiners Verdienst, zuerst auf dieses diplomatische Taschenspielerkunststück des Cardinals hingewiesen zu haben (Bd. I. 122 ff.). Trotz unsrer Ergänzung seiner Darstellung aus Bassompierre's und d'Espesses' Papieren verdient die ganze Angelegenheit eine abermalige archivalische Untersuchung.

Maximilian von Baiern und Kaiser Ferdinand II. Die Stadt Frankenthal.

Maximilian von Baiern hat seinem Unmuth über eine so widerspruchsvolle Politik, wie ihm die kaiserliche damals zu sein schien, auch gegen den Kaiser bisweilen freien Lauf gelassen. Der Kaiser hatte einem protestantischen Kurfürsten seine Würde und seine Lande entzogen, und ihm die erstere vollständig, die letzteren zum Theil wenigstens vorläufig übertragen, und nun sollte er sein Heer aus den protestantischen Gebieten, wo es seinem gefährdeten Besitz eine sichere Vormauer war, zurückziehen! So stellte er denn dem Kaiser bereits am 4. Juni anheim, ob er noch auf dieser Forderung der Zurücknahme seines Generals beharre und ihm andere gelegnere Quartiere anweisen wolle, „wie Sie dann ohnmaßgeblich zu thun wissen."

Gerade zu der Zeit aber, wo Ferdinand seiner Forderung, Tillys Heer aus dem Lande Friedrich Ulrichs und dem Erzbisthum Bremen möglichst bald abzuführen, großen Nachdruck verlieh, ließ Maximilian dem Kaiser ein Schreiben zustellen, welches in seiner sarkastischen Abfassung recht deutlich zeigt, wie sehr sich der neue Kurfürst seiner Ueberlegenheit und Unentbehrlichkeit zugleich bewußt war. Er weigert sich nicht nur offen des Gehorsams, sondern stellt geradezu das Ansinnen, daß der Kaiser in derartigen Fällen seinen Bestimmungen sich fügen möge, wenn er nicht im Stande sei, neue Quartiere anzuweisen: „Da Sie fürderhin einen oder andern Stand der Quartier und anders halber was bewilligen und mir deswegen Befehl zukommen lassen, daß Sie Ihro genädigst wollen gefallen lassen, entweder mir zugleich auch dasjenige Ort, wohin das Volk soll geführet und logiert werden, zu benennen, oder zum Fall Sie deshalben auch selbs anstehn wurden, zum wenigsten vor solcher Bewilligung von mir oder andere Bericht einzuholen." Dabei sprach es Maximilian ganz offen aus, daß man ihn in Verdacht habe, als ob er bei diesen Einquartierungen ohne Wissen und Willen des Kaisers verfahre, und war sich der Abneigung und des Hasses, welches sein Vorgehen erregte, sehr wol bewußt.

Ganz eigenmächtig hatte Tilly die untere Markgrafschaft Baden mit Einquartierung belegt: drei Regimenter waren aus Hessen dahin abgegangen. Als ein kaiserlicher Abberufungsbefehl anlangte, erwiderte der Kurfürst auch dies Mal, da Ferdinand II. keinen Ort, wohin das Volk geführt werden solle, nenne, warte er einer hierauf bezüglichen Weisung. Zugleich mit Baden war Würtemberg durch ein schaumburgisches Regiment besetzt. Für den Herzog von Würtemberg aber legte

sogar Eggenberg nach einer Beschwerde des erstern (7. Sept.) Fürbitte bei dem Kaiser ein.

Schon längere Zeit hegte Tilly den Wunsch, sich der Festungen Kassel und Ziegenhain zu bemächtigen und trieb Maximilian an, die erforderlichen Maßnahmen bei dem Kaiser vorzubereiten. In Kassel hielt sich ein Oberst Lipp (Lippe) auf, welcher auch in die früheren Unternehmungen des Landgrafen eingeweiht war. Er war beauftragt, für die Generalstaaten ein Regiment z. F. und 6 Compagnien Reiter zu werben, ohne freilich die nothwendigen Summen zu besitzen, welche er vielmehr erst in Bremen oder im Haag erhalten sollte. Allein der Kaiser befahl Tilly dem ungeachtet direct die Räumung Hessens. Diese Nachricht befremdete den ligistischen Heerführer auf das höchste, so daß er sich sogar zu dem Ausspruche hinreißen ließ, „daß Ihro K. Maj. und Dero Herren Räthe dieser Landen Beschaffenheit nit recht informiert sein müssen." Er hielt es daher für nothwendig, diese dem Kaiser „ad oculum" zu demonstrieren, damit er eine begründete Kenntnis der Verhältnisse erlange und dem beginnenden Unheil zuvorkomme, und machte den Vorschlag, der Kaiser möge eine Commission an den niedersächsischen Kreis, vornehmlich auch an die Städte Hamburg und Bremen abordnen und das Zusammentreten einer Kreisversammlung beschleunigen.[1]

Vielleicht in Folge dieser Aufforderung hat nun der mecklenburgische Kanzler Heinrich Husan die Stadt Lübeck zur Treue gegen den Kaiser gemahnt und ersucht, die gleiche Gesinnung auch bei den übrigen Hansestädten zu erwecken oder zu bekräftigen. Seine Instruction athmet einen gewissen patriotischen Schwung; sie betont die Friedensliebe Ferdinands II. und weist den Vorwurf der von dem Kaiser erstrebten Unterdrückung der augsburgischen Confession und deutschen Freiheit energisch zurück. Ferdinand bietet Lübeck und allen andern Hansestädten alle kaiserliche Protection und Assistenz und ermahnt sie in „vorig-aufrichtig-teutsch-ungefärbtem Vertrauen" ohne Wanken zu ihm zu stehen und „keinen widerwärtigen Discursen und verkehrten, widersinnigen informationibus Glauben zu schenken."[2]

Maximilian aber ertheilte dem Kaiser den Rath, die beiden Herzöge von Braunschweig noch um längere Gestattung der Quartiere zu ersuchen sowie den Landgrafen von Hessen-Kassel von seinen Ständen zu trennen.

---

1) Tilly an Maximilian. Hersfeld 8. Nov. K. R.-A. in München, Acta d. Dr. Kr. Nr. 113.

2) Die Instruction ist vom 8. Dec. 1624 u. findet sich in Moser's Patriot. Archiv 5. 81—88 gedruckt.

Darauf scheint der Kaiser wenigstens in erster Beziehung die geeigneten Schritte gethan zu haben. Und Tilly selbst war so weit entfernt, die Weser- und Mainlinie aufzugeben, daß er sogar eifrigst um Verstärkungen nachsuchte, welche der Kaiser aufbringen sollte.

Die höheren Ansprüche seines militärischen Ehrgeizes, welche auf nichts Geringeres hinausliefen, als daß ihm Ferdinand II. in der Charge eines kaiserlichen Generallieutenants vollkommene Macht und Gewalt ertheilen sollte, „alles dasjenige in Acht zu nehmen, zu handeln, zu schalten und zu walten, was J. K. Maj., dem heiligen römischen Reich und allen gehorsamen Ständen verträglich, heilsam und auferbaulich" sein könnte, wurden freilich zum Glück für die katholische Sache zurückgewiesen. Wie es scheint, hat Tilly diesen Versuch, sich zu einem kaiserlichen General und die ligistische Armee zu einer kaiserlichen Reichsarmee erheben zu lassen, ohne Genehmigung Maximilians gewagt, da er in dem Schreiben an den Kurfürsten die entschuldigenden Worte hinzufügt: „Welches J. Churfr. D. gar nit zu dem Ende verstehen wollen, daß ich mich Derofelben Diensten zu extricieren gemeint seie." [1]

Allein Tilly erhielt zunächst weder Unterstützungen durch eine besondere Armee noch die für sein Vorgehen erforderlichen Vollmachten. Ferdinand II. war damals noch nicht gewillt, sich abermals dem so theuer erkauften Schutze Baierns anzuvertrauen. In gerechter Besorgnis über die Deutung einer solchen Maßregel schrieb er an Maximilian: „Demnach aber E. L. unverborgen, welcher Gestalt wir unsern zu Widerbringung des werthen Friedens tragenden Eifer und Begierd, Kur-, Fürsten und Ständen des Reichs zuerst neulich in offenen Schreiben abermalen eröffnet .., wir uns auch das von E. L. am 21. vorgeschlagene Mittel der Depofition armorum, damit die vorstehende gemeine Zusammenkunften im h. Reich desto besser ... befürdert werden mögen, belieben und gefällig sein lassen, so tragen wir die Beisorge, es möchte obangeregtes Patent von den Ständen des Reichs vorgehörter, friedliebender Intention zuwider verstanden werden und den gütigen Mitteln Verhinderung erwecken." [2]

Der Kaiser erklärte sich nur dahin, daß der Kurfürst Tilly einen gemessenen Executionsbefehl zustellen solle, falls seinen Mandaten der Gehorsam verweigert werde. Dagegen blieb er fest in Beziehung auf

1) Tilly an Maximilian. Hersfeld 26. Nov. K. Reichsarchiv in München a. a. O. 113.

2) Wien 16. Dec. 1624.

die beiden Feſtungen Kaſſel und Ziegenhain, gegen welche Tilly widerholt um Vollmacht nachgeſucht hatte.

Für den Fall, daß Mansfeld von den Niederlanden aus unmittelbar die Widereroberung der Pfalz verſuchen werde, erhielt Tilly allerdings bereits Ende November Weiſungen vom Kurfürſten, welche ihn ſogar zum Einbruch in das Gebiet der Generalſtaaten bevollmächtigten. Indeſſen gar bald trafen nähere Erläuterungen ein, denen zu Folge der General ſich bei ſeinem Vorgehen gegen Mansfeld weder in den niederländiſchen Krieg einmiſchen noch die Spanier unterſtützen ſollte. Nur wenn ſich die Holländer mit Mansfeld vereinigt zeigen würden, konnte er auch die erſtern angreifen: im übrigen aber durfte er weder gegen ſtaatiſche Truppen noch irgend welche andere Völker, bei welchen ſich Mansfeld nicht befand, Feindſeligkeiten verüben. Wenn er in die kölniſchen Bisthümer marſchieren müßte, ſollte er nur unter Zuziehung kölniſcher Beamten Quartier nehmen.

Widerholt wird Tilly jenes behutſame Vorgehen gegen die Generalſtaaten wider eingeſchärft,[1] denn Maximilian blickte damals auch bereits nach andern Seiten voll größter Beſorgnis. Schon fürchtete er eine Landung der Schweden in Lübeck und bat den Kaiſer unter Hinweis auf Mansfeld und die Eroberungen der Franzoſen im Veltlin ängſtlich um Hilfe.[2] —

In den letzten Monaten des Jahres 1624 hat auch die Reſtitution der pfälziſchen Stadt Frankenthal, welche ſeit 18 Monaten der Spanier Verdugo nach einem beſonderen Sequeſtrationsvertrage beſetzt hielt, die katholiſchen Mächte beſchäftigt. Die Infantin mußte ſich geſtehen, daß dem Wortlaute des Vertrags gemäß ein weiteres Verbleiben der Spanier in der Stadt unberechtigt war, und hat daher dem Drängen des Königs Jacob auf Räumung derſelben keine abſolute Weigerung entgegengeſetzt, obwol ſie einer engliſchen Armee auf dem Marſche nach ihrem Beſtimmungsorte auch keine Garantie gegen einen Angriff durch andre Mächte ertheilen wollte. Dagegen fühlten ſich Maximilian und die geiſtlichen Kurfürſten bei dem Gedanken, daß ſich vielleicht Mansfeld nach Frankenthal legen

---

1) Ihr ſollet Euch auch auf den Fall man den Staaten alſo nahe kommen würde, Eurer beiwohnenden und bekannten Discretion nach alſo gubernieren, damit man unſerſeits in terminis der Perſekution wider den Mansfelder verbleibe und ſich nit durch der Infantin L. gegebene Ordinanzen zu andern Impresen, viel weniger in das ſtaatiſche Weſen einflechten und verleiten laſſe. Maximilian an Tilly. München 10. Dec. 1624. Kgl. Reichsarchiv zu M. 113.

2) Schreiben vom 24. Dec. 1624. Kgl. Reichsarchiv zu M. Nr. 117.

könnte, ernstlich bedroht. Sie fürchteten, daß derselbe sich dann des Rheins, des Mains und des Neckars bemächtigen würde.[1] Der Kurfürst gab daher der Infantin die Entschuldigung an die Hand, daß der Vertrag ja überhaupt nur in der Hoffnung auf einen definitiven Frieden während der Sequestration geschlossen sei, und machte dem Kaiser von einer Protestation seiner geistlichen Mitkurfürsten Mittheilung, welche einen Kurfürstentag nach der Rückgabe Frankenthals für unmöglich erklärte: die Kurfürsten von Mainz und Trier hatten versichert, daß sie unter solchen Umständen ihre Staaten nicht verlassen könnten. Darauf hat sich auch Philipp IV. dieser Anschauung angeschlossen und die Infantin auf die mit einer solchen Restitution verbundenen Unzuträglichkeiten aufmerksam gemacht. Auch er rieth ihr, sich unter demselben Vorwand wie Baiern aus der Verlegenheit herauszuziehen.[2] Allein auf ein unterdes eingelaufenes kaiserliches Schreiben hin änderte Philipp seine Ansicht und bevollmächtigte die Infantin, ihr Wort zu halten und dem Kaiser und den übrigen Interessenten die Vertheidigung gegen Feindseligkeiten, welche eine solche englische Besatzung üben konnte, anheimzugeben.[3] Maximilian hatte sogar eine Zeit lang die Besorgnis gehegt, daß sich die Engländer an dem bestimmten Tage (24. oder 25. October) ohne Weiteres vor Frankenthal zeigen würden. Als dies nicht geschah, hätte er am liebsten die Stadt selbst besetzt, was der Kurfürst von Mainz auch bei dem Kaiser beantragte. Indessen die Gründe, welche der Kaiser und die ganze ligistische Partei in Brüssel geltend machten, und endlich auch die Rücksichtnahme auf die feindseligere Stellung Frankreichs müssen die Entschließungen der Infantin doch wider umgestoßen haben: Frankenthal ist den Engländern nicht wider überliefert worden. Zwei auswärtige Mächte, England und Spanien, hatten auf diese Weise ohne weiteres über das Schicksal einer deutschen Stadt verfügt.

Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der pfälzischen Wirren.

Der Cardinal Richelieu fürchtete einen vollständigen Sieg der habsburgisch-ligistischen Armeen in Deutschland nicht mehr, als ihre gänzliche Niederwerfung durch einen sich auf England stützenden protestantischen

1) Khevenhiller X. 463.

2) Philipp IV. an die Infantin 1. Nov. 1624. Brüsseler Archivalien (Gardiner).

3) Philipp IV. an die Infantin 25. Nov. a. a. O.

Bund unter ausschließlich dänischer oder schwedischer Führung. Sein Ehrgeiz hatte sich bereits damals das Ziel gesetzt, Frankreich in den mit Sicherheit erwarteten Kämpfen im Reich nicht nur eine Mitwirkung, sondern sogar die schiedsrichterliche Entscheidung zu sichern.

Ueber diese schiedsrichterliche Stellung Frankreichs fand unter den katholischen deutschen Fürsten zu derselben Zeit, wo der Cardinal alle Gegner des Hauses Habsburg aufregte, ein ganz ernstlicher Meinungsaustausch Statt. Und nicht nur die geistlichen Fürsten am Rhein, sondern in gewissem Sinne auch Maximilian von Baiern, haben ohne Bedenken an die höchste Reichsautorität, den Kaiser selbst, das Ansinnen gestellt, sich einem derartigen Urtheile Frankreichs zu unterwerfen.

Bei dem Kurfürsten von Mainz fanden die Beschwerden Frankreichs gegen die Stellung der Spanier in der Pfalz und am Rhein vollste Billigung. Ja derselbe machte sie sogar in gewisser Beziehung zu den seinigen und forderte durch seinen Beichtvater, den Pater Ziegler, von der Infantin augenblickliche Abhilfe. Er ließ Isabella vorstellen,[1] wie selbst die katholischen Stände in der Pfalz die Rückkehr des kalvinischen Landesherrn herbeisehnten, und erinnerte sie daran, daß unter solchen Verhältnissen das habsburgische Haus sich schwerlich Hoffnungen bei einer Kaiserwahl hingeben dürfte. Er forderte die Fürstin ferner auf, die Schwierigkeiten, welche einem Kurfürstentage im Wege ständen, durch die Erklärung Philipps IV. zu beseitigen, daß er weder für sich noch für das Haus Oestreich pfälzisches Gebiet in Anspruch nehmen wolle.[2]

Kurmainz galt es schon jetzt für gewiß, daß im andern Falle eine ausländische Macht, welche unter dem Vorwand, die deutsche Freiheit zu retten, auf dem Boden des Reichs erscheinen würde, zahlreiche Bundesgenossen finden dürfte. Der besondere Vorschlag aber, welchen der Beichtvater der Infantin zu unterbreiten hatte, bestand darin, daß die Spanier wenigstens die ganze Civilverwaltung der occupierten pfälzischen Orte der höchsten Reichsbehörde unterstellen sollten, während man ihnen vor der Hand die militärische Gewalt noch überlassen wollte.

Auch an den Kaiser selbst richtete der Kurfürst von Mainz eine hierauf bezügliche Warnung und mahnte ihn zu rechtzeitigen Verhandlungen mit Brüssel und Madrid. Hatte doch Frankreich bestimmt erklärt, sich einer Umzingelung durch Spanien am Rhein und in der Pfalz sowie im Veltlin aus allen Kräften erwehren zu wollen, und die Restitution der Unterpfalz definitiv (!) gefordert. Nur unter dieser Bedingung

1) Vgl. sein Schreiben vom 24. August.

2) Joannis I. 930.

wollte es sich jeglicher Einmischung in die deutschen Verhältnisse enthalten.

Der Plan des Kurfürsten von Mainz ging nun dahin, daß der Kaiser einen befreundeten Fürsten ernennen sollte, dem Spanien die ganze höhere und niedere Verwaltung in der Unterpfalz abzutreten hatte. Auf diese Weise glaubte er wenigstens dem französischen Vorwande zu einer Einmischung seine gewichtigste Stütze zu entziehen.

Der Kaiser ist darauf in der That in eine Verhandlung mit Spanien eingetreten; er forderte durch Graf Khevenhiller eine kategorische und offene Erklärung, was man denn mit den occupierten Orten in der Unterpfalz zu beginnen gedenke.

Diese Erklärung sollte zugleich die Unterlage für den in Aussicht genommenen Deputationstag bilden.

Olivarez wich jedoch, so viel wir sehen, vor der Hand überhaupt jeder bestimmten Aeußerung aus. Er sagte zwar die Ausführung der Beschlüsse des bevorstehenden Deputationstags zu und fand ferner den Vorschlag des mainzischen Kurfürsten zweckmäßig und billig. Allein er wies auch darauf hin, daß, so lange der Kaiser und die Kurfürsten sich selbst über die Hauptfrage noch nicht geeinigt hätten, „ein solches depositum schwer fallen würde", und begründete diese versteckte Weigerung durch ein offnes Zurschautragen seines Mißtrauens gegen Frankreich.[1]

Derselbe Unmuth über die Spanier wie Mainz beherschte auch den Kurfürsten von Köln, der ja die Einlagerungen derselben im eignen Gebiet schwer genug empfand. Ob derselbe freilich sich auch dem Vorschlage des Mainzers über die Restitution der Pfalz angeschlossen hat, wissen wir nicht.

Auf jenen Vorschlag über eine Theilung der Gewalten blieb die Infantin Schweikard von Mainz die Antwort schuldig. Um so größere Besorgnisse empfand derselbe daher, als gegen das Ende des Jahres sich dichtere Massen französisches Kriegsvolk an der burgundischen Gränze und in den ehemals zum Reiche gehörigen Bisthümern sammelten. Nun empfahl derselbe sogar eine Gesandtschaft an Ludwig XIII. und forderte eine Vollmacht zur Besetzung der hessischen Festungen Kassel und Ziegenhain für Tilly. Er erklärte, daß sein Plan auch Maximilians Zustimmung besitze, und legte dem Kaiser widerholt den Gedanken einer directen Verhandlung nicht nur mit Spanien und der Infantin, sondern auch mit Frankreich selbst nahe: wenigstens einstweilen sollte Spanien seine

1) Khevenhiller X. 761.

Besitzungen in der Unterpfalz ausliefern; der Depositarius könnte ihm dieselben ja späterhin wider zurückgeben.[1]

Die Antwort des Kaisers auf derartige Vorschläge war jedoch eine durchaus ablehnende: ja Ferdinand II. weigerte sich sogar, dieselben dem Könige von Spanien und der Infantin auch nur zu unterbreiten. Es könnte scheinen, erwiderte er Mainz, als ob er Furcht vor Frankreich und Misstrauen gegen Spanien hegte und der von diesem geleisteten Hilfe nicht mehr eingedenk wäre. Der Kaiser behauptete jetzt auch katholischen Mächten gegenüber, diese spanische Hilfe in der Unterpfalz nur als die Unterstützung eines Reichsstandes in Anspruch genommen zu haben, und konnte daher auch dem Könige die Abführung derselben Armee als einer ausländischen Kriegsmacht nicht zumuthen. Auch er ist voll des Misstrauens gegen Frankreich: man ist ja doch nicht sicher, daß sich Frankreich nach der Heirat ohne die Restitution des Pfalzgrafen werde zufrieden geben. Dagegen theilt er dem Kurfürsten im Vertrauen mit, daß, wenn es nur sonst im Reiche zum Frieden komme, bei dem Könige von Spanien im Betreff dieser Hauptfrage „der Restitution der Pfalz" kein Mangel erscheinen werde.[2]

Zu einer derartigen Widerherstellung der Ruhe im Reiche selbst, zu einem gegenseitigen Vergleich der Parteien unter einander sind in der That noch einige vorbereitende Schritte damals unternommen worden. Noch in jenen letzten Monaten waren einige Stände der Ansicht, daß die bedrohliche Lage der Dinge durch die schleunige Berufung eines Reichstags gebessert werden könnte. So vor allen der Kurfürst von Sachsen.

In seinen geheimen Verhandlungen mit Frankreich hatte Maximilian dem Anschein nach die Zusicherung erhalten, daß sich Ludwig XIII. bei den Beschlüssen eines Kurfürstentags beruhigen würde, und als das Ergebnis des letztern dabei natürlich die Forderung an Spanien, die Unterpfalz herauszugeben, vorausgesetzt. Für diesen Plan hat nun Maximilian schon im October Johann Georg zu gewinnen gesucht. Er sprach die Befürchtung aus, daß bei einem längeren Zögern Ludwig XIII. „von der gefaßten guten Intention wider abgewendet und damit alles schwerer gemacht werden würde." Indessen Johann Georg erklärte die Berufung eines Deputationstags für ein zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten ganz unzureichendes Auskunftsmittel. Als er das bairische

1) Schreiben des Kurf. von Mainz an den Kaiser vom 3. u. 25. November 1624. K. K. St.-A. in Wien.

2) Ferdinand II. an den Kurf. von Mainz 12. Dec. 1624. Copie. K. St.-A. in München. Mainz. Correspondenz.

Schreiben erhielt, war er eben von einem Besuch Georg Wilhelms zurückgekehrt und hatte sich abermals von der Abneigung Brandenburgs gegen die Anerkennung Maximilians überzeugt. Er stellte daher auch an Maximilian dieselbe Forderung, welche er Mainz gegenüber bereits erhoben hatte, die Berufung der allgemeinen Reichsstände. „Die Kurfürsten können es gegen die allgemeinen Stände nicht verantworten, wenn sie länger hilflos und ohne Reichsversammlung gelassen und mit ihrem Rath und Zuthun der Friede nicht aufgerichtet, der Krieg nicht abgewendet werden sollte. Particularversammlungen werden nur größere Verbitterung erwecken und den auswärtigen Mächten mehr Gewinn als Nachtheil bringen.“ Allein Johann Georg überzeugte den auch von ihm bereits anerkannten Kurfürsten natürlich nicht. Derselbe sprach vielmehr seine Besorgnis aus, daß einen Reichstag nur wenige Fürsten besuchen würden.

Und darauf hat Johann Georg seine Pläne in einer noch ausführlicheren und rückhaltloseren Denkschrift dargelegt, welche nun freilich auch die unvereinbaren Gegensätze, in denen sich die Parteien bewegten, um so deutlicher an das Licht stellte. Man muß vor allen Dingen — dahin geht sein Rath — die pfälzische Sache, in welche sich die auswärtigen Mächte einmischen werden, aus der Welt schaffen. Dazu ist aber ein Kurfürstentag deshalb unvermögend, weil es sich ereignen könnte, daß er nicht von allen Mitgliedern besucht wird und damit eine Verzögerung nach der andern entsteht, während es doch einer unverzüglichen Abhilfe bedarf. Denn es muß ein schleuniger und beständiger Friede wie damals zu Passau gemacht werden. Nun werden ja freilich einige Stände auch im Betreff des Besuchs eines Reichstags wegen der noch auf dem Reichsboden befindlichen Armeen ihre Befürchtungen hegen; indessen der Kurfürst hofft trotzdem auf ihr Erscheinen, falls man sie nur versichert, daß ihnen von den letzteren nichts zu befahren steht.[1]

Diese Meinung Kursachsens, daß die so lange schwebenden Differenzen ihre Ausgleichung nur auf einem Reichstage finden könnten, theilte auch Mainz. Allein der mainzer Kurfürst hielt außerdem eine Verständigung des Kaisers mit Frankreich für unerläßlich. Da Frankreich bereits für die Gegner der katholischen Partei ergriff und Truppen an den Gränzen aufstellte, so fürchtete Mainz, wenn man es ganz übergehen würde, eine „gefährliche Resolution“ desselben um so mehr, als ihm die Versuche Englands, es ganz auf seine Seite zu ziehen, nicht unbekannt waren. Deshalb hatte nach dem Urtheil des Kurfürsten der Kaiser

1) Die hier benutzten Actenstücke finden sich im K. St.-A. in München, Kursächsische Correspondenz.

Ludwig XIII. Mittel zur Verfügung zu stellen, durch welche derselbe England und seine Bundesgenossen von ihren Rüstungen, welche jeden Reichs- oder Kurfürstentag unmöglich machen würden, abbringen konnte.[1] Allein durch welches Mittel hätte der Kaiser diese Eifersucht Frankreichs beschwichtigen können, außer durch dasjenige, welches er nun einmal nicht anwenden konnte und wollte, durch die Entfernung der Spanier aus der Pfalz?

Auf Mittel zur Entfernung der Spanier scheint auch Maximilian ernstlich bedacht gewesen zu sein. In dem Bemühen, den Kurfürsten von Mainz für den Kurfürstentag zu gewinnen und durch denselben auf Sachsen zu wirken, übersendete er dem ersteren eine Denkschrift einiger Stände, welche in Darmstadt bei Gelegenheit einer Kindtaufe aufgesetzt worden war, zur empfehlenden Mittheilung an den Kaiser und an andere Stände. Die Vorschläge, mit welchen er dieselbe begleitete, sollten dazu dienen, den Kaiser und die katholische Partei von dem dem Ausland so verdächtigen spanischen Waffen- und Bundesgemeinschaft loszulösen. Maximilian befürwortete zu diesem Zwecke eine Erneuerung der Kreisverfassung und die Aufrichtung einer Reichsarmee, deren Contingente zu 400—500 Pf. und 1000—3000 M. Fußvolk die Kreise zu stellen hatten, und zwar unter einem Generalreichsobersten, dessen Ernennung dem Kaiser zustand. Bis zur Errichtung einer derartigen Reichsarmee, sollten die niedersächsischen Stände von Werbungen abgemahnt und möglichst in Ruhe erhalten werden.[2] Maximilian scheint also damals der Ansicht gewesen zu sein, daß der Kaiser unter Verzichtleistung auf eine fernere militärische Unterstützung Spaniens seine Stütze im Reiche, in den nationalen Kräften des Volks zu suchen habe. Aber würden die protestantischen Kreise diese Reichsarmee, deren Führung bei der damaligen Zerrüttung Oestreichs doch nur Baiern zufallen konnte, auch wirklich willig und ohne Zwang durch ihre Contingente unterstützt haben? Und war das ohne Weiteres von den beiden protestantischen Kurfürsten zu erwarten? Hatten nicht selbst die geistlichen Kurfürsten ihre Beiträge zur Aufrechterhaltung der Liga bis dahin nur widerwillig und zögernd geleistet?

Der Kurfürst von Mainz empfahl daher auch nach diesem bairischen Vorschlage noch immer die schleunigste Berufung des Reichstags, mit welcher man keine Stunde mehr säumen dürfte. Ja er hoffte schon von

1) Der Kurfürst von Mainz an den Kaiser 29. November. Kurmainz. Correspondenz. K. St.-A. in München.

2) Maximilian an den Kurfürsten von Mainz 3. Dec. 1624.

der Berufung an sich einen günstigen Einfluß auf die Stimmung und die Maßnahmen der auswärtigen Cabinette, namentlich Englands und Frankreichs, welche doch, wie er ganz richtig bemerkte, die Kriegskosten so sehr zu scheuen hatten. Das wirkliche Zusammentreten des Reichstags freilich fand er nur noch bedingungsweise räthlich: wenn Frankreich zuvor „auf diese Seite" gebracht und damit die neue Liga getrennt wäre, oder nach der Trennung der sich eben auf dem Boden des Reichs wider sammelnden Armeen. Nur wenn man katholischerseits den Vortheil in den Händen hätte, erschien ihm die Eröffnung des Reichstags wirklich ersprießlich.[1]

Indessen haben die kaiserlichen Politiker doch noch einen schwachen Versuch unternommen, der drohenden Gefahr einer Einmischung des Auslands zuvorzukommen. Da sich Spanien nun einmal weigerte, seine Stellung im Reich diesseits und jenseits des Rheins aufzugeben, ließ man dasselbe um so mehr gewähren, als es ja doch im Grunde der einzige ganz sichere und leistungsfähige Bundesgenosse war. Die Drohungen des alternden Kurfürsten von Mainz, daß er in Gemeinschaft mit Andern sich der deutschen Libertät mit größerem Eifer annehmen würde, verhallten. Man warf höchstens einmal den Gedanken hin, daß Gesandte des Kaisers und der Könige von Spanien und von Polen zugleich vor Ludwig XIII. treten und ihn abmahnen müßten.

Und so hat man sich in Wien endlich auch noch mit dem Gedanken der Berufung des Reichstags vertraut gemacht. Anfangs Januar des folgenden Jahres ging der deutsche Vicekanzler des Königreichs Böhmen Freiherr Otto v. Nostiz nach Dresden und überreichte eine Denkschrift,[2] in welcher trotz manigfacher Bedenken sich endlich auch der Kaiser mit dem Reichstag einverstanden erklärte und den Kurfürsten sogar bereits um die Genehmigung zur Ausschreibung eines solchen ersuchte. Freilich wollte man den Termin ziemlich weit hinaus verlegen: der Kaiser ließ den 1. Mai vorschlagen und stellte die Stadt Ulm zur Wahl. Unterdessen sollte Johann Georg bei England entweder in eigner Person oder durch die Vermittelung Christians IV. zu verhindern suchen, daß Unruhen im Reich erregt und ausländische Heere in dasselbe eingeführt würden. Von dieser kursächsischen Vermittelung scheint man sich in Wien um so eher eine Wirkung versprochen zu haben, als man bereits wußte, daß Frankreich die englische Forderung eines Offensivbündnisses gegen

1) Der Kurfürst von Mainz an Maximilian Johannisburg 8. Dec. 1624.

2) Sie trägt das Datum des 22. Jan., während die Antwort des Kurf. unter dem 17. Jan. (a. St.) ausgestellt ist. Kgl. St.-A. in München 33./11.

das Reich ausdrücklich zurückgewiesen hatte, und daher auch dem Kurfürsten hiervon Mittheilung machte. Endlich hatte Nostiz auch Aufträge im Betreff der Sicherstellung der Festungen Kassel und Ziegenhain an Johann Georg, welche der letztere durch Ludwig von Hessen an Tilly gelangen ließ.

Allein Johann Georg hat nun in letzter Stunde seinen alten Standpunkt doch nur principiell festgehalten: er erklärte sich schließlich sowol für den Kurfürstentag wie für den Deputationstag und den Reichstag. Nur gegen die Stadt Ulm erhob er ihrer Kleinheit wegen Bedenken. Dem Anschein nach hatte der Landgraf Ludwig von Hessen, welcher sich zum Weihnachtsfeste am kurfürstlichen Hofe einfand, und der Kurfürst von Mainz, für welchen Johann Georg eine große persönliche Zuneigung hegte, seinen polternden Eifer für eine Reichsversammlung schon vor Nostiz' Ankunft beschwichtigt.

Für Brandenburg scheint Nostiz keine Aufträge gehabt zu haben.

Maximilian aber hat nun auch seinerseits noch durch geheime Verhandlungen in Paris die Hindernisse hinwegzuräumen versucht. In seinem Auftrage hat der Pater Hyacinth dem Anschein nach in der That gewisse Bedingungen durchgesetzt, für welche der Kurfürst die deutschen Stände zu gewinnen hoffte. Er übersendete dieselben in der letzten Woche des Jahres an Mainz, ohne indessen eine bestimmte Erklärung dagegen einzutauschen. Denn der Kurfürst wünschte zuvor versichert zu sein, welche von diesen Bedingungen England genehm sein würden.[1]

Selbst die geistlichen Kurfürsten haben sich noch einmal an Ludwig XIII. gewendet.[2] Sie bringen ihm in Erinnerung, daß ein Sieg der protestantischen Partei in Deutschland die rebellischen Huguenotten in Frankreich stärken werde, und stellen das Ansinnen an ihn, Mansfeld und ähnliche Söldnerführer entweder vollständig zurückzuhalten oder ihnen wenigstens keine Feindseligkeiten im Reich zu gestatten. Das Reich selbst werde ihm für die Rettung des Katholicismus verpflichtet bleiben. Eine ähnliche Fürbitte legten sie auch beim Papst und bei Maximilian ein.

Zur theilweisen Erfüllung dieser Bitte aber war Ludwig XIII. wol schon entschlossen, bevor sich die geistlichen Kurfürsten an ihn wendeten, obschon er seinen Entschluß, Mansfeld in den Niederlanden festzuhalten,

---

1) Johannisburg den letzten Dec. 1624. a. a. O. Die Bedingungen selbst habe ich nicht gefunden.

2) Addimus denique, si Majestas V. placuerit, Mansfeldium similisque farinae homines sua autoritate vel omnino arcere vel coercere nec permittere, ut in Imperii partes hostilia arma inferant. Joannis I. 478.

eine Zeit lang sehr geheim gehalten hat. Daher meldete auch sein Gesandter Baugy der Infantin Isabella in einer Audienz am Weihnachtstage immer noch, daß sein König vermöge eines mit England geschlossenen Bundes Mansfeld zur Wiedereroberung der Pfalz alle „Hilfe und Assistenz" leisten würde, ohne daß derselbe übrigens geradezu Feindseligkeiten gegen die niederländischen Provinzen ausüben wolle.[1]

In Wien aber hat man den Gedanken der Berufung der Reichsstände, wie es scheint, bald gänzlich aufgegeben. In allen ähnlichen Unterhandlungen des nächsten Jahres ist nur von einem Deputationstage die Rede.

Der Kaiser hätte in der weiteren Verfolgung dieser Pläne schließlich doch mit dem spanischen Zweige seines Hauses brechen und sich dem bairischen Schwager, welcher sich so gut auf seinen Vortheil verstand, noch unbedingter in die Arme werfen müssen. Und das katholische Baiern als Besitzer der Pfalz und Direktor der Liga war doch im Augenblicke ein weit gefährlicherer Nachbar für Oestreich, als das lutherische Sachsen.

Mit Hilfe der übrigen, auch der protestantischen Stände aber die kaiserliche Oberhoheit selbst diesen gefährlichen Freunden, wie Baiern und Spanien für Ferdinand II. waren, gegenüber dauernd zu sichern, für eine derartige Politik besaß weder Ferdinand II. noch die große Mehrzahl seiner Räthe auch nur das ausreichende Verständnis.

Ja auch jene Versuche, im Einvernehmen mit den Reichsständen das Ausland von der Einmischung in deutsche Angelegenheiten zurückzuhalten, werden schwerlich als ganz aufrichtige gelten können. Denn um dieselbe Zeit, wo Moritz Kursachsen zu gewinnen strebte, erwog man in Wien bereits die Vortheile einer noch engeren Verbindung beider habsburgischer Linien mit deutschen und italienischen Ständen, ja sogar mit dem Papste, und stellte schon Vollmachten aus, um auch Maximilian in dieses Bündnis zu ziehen. Und wie wenig beruhigend war selbst die Versicherung, daß diese neue Vereinigung zu Kriegszwecken nur, wenn auch der Deputationstag scheitern würde, ins Leben treten sollte.[2]

---

1) Joh. Karl v. Schönburg an Maximilian von Baiern Brüssel 26. Dec. 1626. K. K. St.-A. in Wien.

2) Kgl. Staatsarchiv in München. Span. Correspondenz N. 288.

Drittes Buch.

Die Erhebung des niedersächsischen Kreises unter Christian IV. gegen den Kaiser und Maximilian von Baiern bis zum Kreistage von Braunschweig.

Christian IV. und sein Einverständnis mit Frankreich und England.

Weder Englands Bemühungen im Reich noch Gustav Adolfs feuriger Wunsch, als Vorkämpfer aller dem Hause Habsburg und der Liga feindlichen europäischen Mächte auf dem Boden des Reichs mit Achtung gebietender Heeresmacht aufzutreten, haben die so außerordentlich schwankenden deutschen Verhältnisse damals einer Entscheidung entgegen geführt.

Vielmehr ist es hauptsächlich Frankreich, welches in kluger Ausnutzung der so verworrenen europäischen Zustände diese neue, große Action mit sehr geringer Kraftanstrengung und sehr im Verborgenen in Scene gesetzt hat. Als die englisch-französische Heirat gesichert schien, und Richelieu trotz derselben sich zur Verwendung Mansfelds in den Niederlanden, nicht in der Pfalz entschlossen hatte, gab er den deutschen Dingen diese neue, ganz unerwartete Wendung. Im tiefsten Geheimnis bevollmächtigte er in der letzten Novemberwoche den Staatsrath des Hayes[1] für eine Reise zu Christian IV., welche ihren Zweck, den König aus seiner Neutralität aufzurütteln, in der That vollkommen erreicht hat. Durch Marescot von der Stimmung an den protestantischen deutschen Höfen unterrichtet, scheint der Kardinal nach langer Ueberlegung es vorgezogen zu haben, den Kampf nicht durch Mansfeld im Westen oder Südwesten des Reichs, sondern von seinen Nordmarken aus, also in den von den ligistischen Heeren unmittelbar bedrohten Territorien und auf einem Gebiete zu eröffnen, wo die Interessen Spaniens wenigstens nicht ganz unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wurden.

1) Des Hayes, Louis, baron de Courmemin, conseiller et maître d'hôtel ordinaire, war schon im J. 1621 in diplomatischen Aufträgen über Wien nach Constantinopel und Jerusalem gesendet worden (Mercure fr. XI. 103—115) und kehrte im folgenden Jahre über Rom zurück. Von seiner Reise im J. 1629 nach Dänemark, welche auch über Schweden und Rußland ausgedehnt werden sollte, handelt die Schrift: Les voyages de Monsieur des Hayes, Baron de Courmesvins (!), en Dannemarc . . . Par le Sieur P. M. L. A Paris Chez Pièrre Bienfait. M. D C. L XIV.

Ueber dieſe und andere Erwägungen, welche Richelieus damalige deutſche Politik leiten mochten, ſuchen wir freilich nicht nur in ſeinen Memoiren, ſondern, was faſt noch auffälliger iſt, auch in ſeinen neuerdings veröffentlichten Briefen und Denkſchriften vergeblich Aufſchluß. Der Antheil, welcher Frankreich an der Weiterführung dieſer für die deutſchen Geſchicke unheilvollſten Kämpfe zufällt, iſt der Welt bisher faſt ſcheint es mit Abſicht verheimlicht worden.

Auch wir ſind nicht im Stande, die Anträge des franzöſiſchen Geſandten des Hayes, welcher ſich Ende November nach Kopenhagen auf den Weg machte, aus der lauterſten und originalſten Faſſung zu entwickeln. An Stelle der letzteren müſſen wir uns mit einer Denkſchrift begnügen, welche vielleicht ſchon im Monat September abgefaßt iſt, aber trotzdem die Chriſtian IV. von des Hayes wirklich unterbreiteten Hauptpunkte zu enthalten ſcheint.[1]

1) (Septembre 1624). Instruction baillée à Monsr. des Hayes allant en Dannemark et Suède. Nach einer Copie des Archivs der auswärtigen Angelegenheiten in Paris. Einer im K. G. Arch. zu Kopenhagen befindlichen Notiz zu Folge war jedoch die Inſtruction des Geſandten vom 24. Nov. datiert. Außerdem kommt noch ein Résumé du rapport de l'ambassadeur français sur l'accueil que lui fit Christian IV. et Gustave Adolphe in Betracht, welches demſelben pariſer Archiv entnommen iſt. (In der Histoire du Ministère de Mr. le Card. de Richelieu (Vialart) S. 152 wird fälſchlich de la Picardière als dieſer nach Dänemark geſchickte Geſandte genannt.) Dieſer kurze Bericht lautet:

Novembre 1624. Le train de Monsieur de Cormenin (!) des Hayes partit d'icy pour aller en Dannemarc le 21. novembre 1624, et luy mesme prit la poste le 23 et attaint les siens près d'Amiens le mesme jour.

Il fut receu à Fridrichsbourg .... par plusieurs gentilshommes de la Cour, que le Roy de Dannemarc luy envoya audevant. Il demeura quinze jours audit chasteau, traité du Roy; ce pendant il eut trois audiences. Delà il s'en alla en Suède, où il trouva le Roy dudit pays à Jenkeupping, la première ville frontière vers Dannemarc du costé par où il entra. Et le trouvant un peu malcontent du Roy de Dannemarc, il retourna le lendemain en Dannemarc en grande haste pour accorder ces deux Roys et faire rendre bonne response aux ambassadeurs du Roy de Suède, qui estoient allez en Dannemarc par un autre chemin sans nous rencontrer, ce qu'il fit heureusement. Après avoir séjourné deux jours et demy à Coppenhagen pour cest affaire cy, il retourna en Suède, où il fut bien receu du Roy, défrayé par tout le royaume et mené à Stocholm, ville capitale de Suède, dont il partit quinze jours après son arrivée, ayant ce pendant eu trois audiences dudit Roy. Delà il retourna en Dannemarc, mais le Roy estant allé en Allemagne à une assemblée des princes de Basse Saxe, il fut contraint d'attendre ledit Roy à Coppenhagen quinze jours, au bout desquels le Roy estant de retour depescha Monsieur le Cormenin en quatre jours, qui s'en vint de Coppenhagen jusques à Paris en dix et huict jours, arrivant le mêsme jour que le Légat du Pape.

Zunächst freilich machte der französische Gesandte Christian IV. nur einen ziemlich offnen Heiratsantrag für seinen erstgebornen Prinzen. Unter der Vermittelung Ludwigs XIII. sollte der letztere eine Ehe mit einer Tochter des Herzogs von Savoyen eingehen, da das allgemeine europäische Interesse ja überdies Dänemark und Savoyen mit einander verbinde. Diese Heirat sollte ein Mittel mehr sein, alle Fürsten zu jenem großen Bunde zu einigen, welcher sich nicht nur allen Neuerungen zu widersetzen, sondern auch einen jeden in seinem rechtmäßigen Besitz zu schützen und zu erhalten hatte.

Nur vorsichtig freilich durfte sich der Gesandte dieses Auftrags entledigen: zunächst sollte er Christian IV. die Freude Ludwigs XIII. über das versöhnende Abkommen mit Schweden ausdrücken, um ihm dann zu versichern, daß er gekommen sei, beide nordische Könige zur Eintracht zu mahnen und sie anzutreiben, alle ihre Kräfte der Rettung der deutschen Freiheit zu widmen. Weiter hatte des Hayes dem Könige mitzutheilen, daß Ludwig XIII. die Ausführung gewisser Verordnungen gegen dänische Unterthanen auf die Bitte des dänischen Gesandten auf 8 Monate aufgeschoben habe, und erst allmählich durfte er nach einer Ausforschung der Räthe über die muthmaßlichen Absichten und Entschließungen des Königs seinen Heiratsantrag vorbringen. Für den Prinzen selbst waren eigenhändige Schreiben Ludwigs XIII. bestimmt. Tausend Segnungen und Wolthaten für Deutschland und für die Christenheit überhaupt würden aus einer Ehe, deren Proposition Ludwig XIII. widerholt als sein eigenstes Werk bezeichnete, hervorsprießen. Und wenn Christian IV. etwa auf den einzigen, einer Verbindung dieser fürstlichen Sprößlinge im Wege stehenden Punkt, die Verschiedenheit der Religion, hinweisen sollte, dann hatte des Hayes ihm das im Abschluß begriffene englisch-französische Ehebündnis vorzuhalten. Verhandlungen aber über die Confession anzustellen war er nicht berechtigt; auch diese blieben dem schiedsrichterlichen Urtheil des Königs vorbehalten.

Ferner war der Gesandte beauftragt, Genugthuung für die Wegnahme eines Schiffes des Capitains Quesné an der grönländischen Küste und für einen Angriff auf 5 unter französischer Flagge segelnde Fahrzeuge, welchen ein dänischer Admiral am grünen Vorgebirge unternommen hatte, zu fordern.

Endlich aber hatte des Hayes von den Gefahren zu sprechen, mit welchen der Ehrgeiz des habsburgischen Hauses alle bedrohe, und von der Nothwendigkeit, dasselbe nicht nur durch einen vereinten Angriff in seine Schranken zurückzuweisen, sondern auch dem Pfalzgrafen und seinen Kindern, ja allen deutschen Fürsten und Herrn das Ihrige wider-

zuverschaffen und denselben die Freiheit zu sichern. Zu diesem Endzweck hatte Ludwig XIII. bereits seine Truppen bis an die Grenzen vorgeschoben; um unter andern Puncten auch das bedrohte Straßburg zu retten, wollte er ferner Mansfeld mit englischer Unterstützung nach Deutschland werfen. Großer Ruhm und auch die Sicherung des in seiner Machtsphäre gelegenen deutschen Gebiets mußte natürlich die Frucht einer Politik Christians IV. sein, welche sich diesen Bestrebungen anschloß. Denn nicht nur der Zutritt des Königs von Schweden, sondern auch des Kurfürsten von Brandenburg, ferner Niedersachsens und der Hansestädte wurde Christian IV. in Aussicht gestellt.

Und niemals fand sich für den dänischen König eine bessere Gelegenheit loszuschlagen, als gerade jetzt. Denn den bairisch-ligistischen Truppen unter Tilly konnte nicht nur eine französische Armee in Verbindung mit Mansfeld, sondern auch neu aufzustellende Truppen des Herzogs von Würtemberg, des Markgrafen von Anspach und anderer Fürsten und Grafen genug zu schaffen machen; den Spaniern in Flandern stand die von England verstärkte Armee der Generalstaaten entgegen, und in der Picardie wollte Ludwig XIII. selbst eine neue aufstellen. In Italien aber hielt die gemeinsame Sache der Herzog von Savoyen aufrecht, dem eine besondere französische Armee auf den ausdrücklichen Wunsch des Papstes zur Stütze dienen sollte. Auch die Graubündner und die meisten Schweizerkantone hatten wichtige Rollen in diesem weitverzweigten Netz der französischen Politik übernommen.

Von Seiten des Kaisers endlich hatte Christian IV. ebenso wenig zu fürchten, da dieser durch Bethlen Gabor, welcher auf die Weisungen des französischen Gesandten in Konstantinopel nur Scheinverhandlungen mit dem wiener Cabinet weiter spann, in Athem gehalten wurde.

Aus allen diesen Gründen und Erwägungen sollte nun auch Christian IV. in diese allgemeine Unternehmung eintreten und eine so schöne und so vielfach sicher gestellte Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen lassen.

Mit solchen und ähnlichen Vorstellungen hat der französische Gesandte die Sprödigkeit Christians IV., der vergebens auf eine Beantwortung seiner durch den Grafen von Oldenburg in Wien übergebenen Bedingungen harrte, bestürmt und endlich auch alle Gründe des Königs gegen ein aggressives Vorgehen zum Schweigen gebracht. Nur ein Punct verdient vor vielen andern hierbei hervorgehoben zu werden: Ludwig XIII. hat Christian IV. kein Bündnis angeboten.

Das französische Ansinnen freilich, den zukünftigen Erben der dänischen Krone und des weithin reichenden dänischen Einflusses auf norddeutsche

Bisthümer mit einer wälschen, katholischen Fürstentochter zu verbinden, wurde von dem lutherischen Könige kurzweg zurückgewiesen. Nicht leicht ist ein anderes Project des bei aller Verstandestiefe doch bisweilen von einem gewissen phantastischen Anflug verführten Cardinals sofort bei seinem Entstehen so gänzlich gescheitert.

Am 6. Januar n. St.[1] langte des Hayes in dem königlichen Lustschlosse Friedrichsburg an und hatte drei Tage darauf bei Christian IV. Audienz. Bis zum 20. Jan. wird er überhaupt ununterbrochen in der Umgebung des Königs verweilt haben.

Etwa eine Woche nach der Ankunft des französischen Gesandten traf auch Anstruther wider in Dänemark ein.[2] Er kam aus dem Haag, wo er sich mit Friedrich von der Pfalz und dem englischen Gesandten Dudley Carleton ins Einvernehmen gesetzt hatte, und war angewiesen, mit allen Mitteln bei dem Könige auf eine schriftliche Entscheidung zu dringen, ob und unter welchen Bedingungen er sich nun wirklich auf die große Unternehmung einlassen wollte. Auch er hatte den Auftrag, auf eine vollständige Aussöhnung Dänemarks und Schwedens hinzuwirken, im Uebrigen aber sich durchaus dem Rathe Christians IV. unterzuordnen.

Der dänische König hat jedoch auch jetzt seine alten Bedenken geltend gemacht, er wußte Anstruthers Mahnungen zahlreiche Hinderungsgründe gegenüberzustellen: den unsichern Ausgang eines Krieges, die eigne angeblich vollständig zufriedenstellende Lage, die erheblichen Zugeständnisse, welche ihm von Oestreich und seinen Verbündeten gemacht sein sollten, und die Kälte, mit welcher gerade England seine Anerbietungen früher entgegen genommen hatte.

Und in der That scheint Christian IV. in den letztverflossenen Monaten nur außerordentlich spärliche und wenig vertrauliche Beziehungen zu England unterhalten zu haben. Eine nicht unterzeichnete Zuschrift, welche Anstruther am 6./16. Januar erhielt, bezog sich noch auf einen Brief des Gesandten vom 29. Juli und auf die damals erfolgte Beantwortung der englischen Vorschläge durch den König. Ein nur einen Tag später aus London eingelaufenes Schriftstück berücksichtigte ein Schreiben Anstruthers vom 24. October. Allein in jenen Tagen, und zwar noch vor dem 5./15. Januar, sind auch positivere, wenn auch bis jetzt unbekannte Anerbietungen Englands in Friedrichsburg eingegangen, welche die Mit-

1) Bricka, Udtog af Kong Christian IV.'s hidtil uudgivne Skrivkalendere S. 13.

2) Am 2./12. Jan. 1625. Nyerup, Kong Christian den Fjerdes Dagboger S. 110.

theilungen des französischen Gesandten über die ganz veränderte Stellung Frankreichs zu dem Hause Habsburg und über das bevorstehende Zusammenwirken Englands und Frankreichs in der pfälzischen Sache bestätigten. Diese Mittheilungen wird eben Anstruther überbracht haben.

Und nach diesen neuen Eröffnungen hat nun Christian IV. endlich seinen Widerstand aufgegeben. Er machte sich nun anheischig, mit 4000 M. Fußvolk und 1000 Kürassieren am 1. Mai bereit zu sein und dieses kleine Corps 6 Monate oder auf Erfordern auch länger zu unterhalten. Von England nahm er jedoch die Stellung von 6000 M. Fußvolk und 1000 Reitern in Anspruch, welche ihm durch Vermittelung der Generalstaaten zugeführt werden sollten. Ja der König machte sich sogar jetzt anheischig, mit der Unterstützung seiner Freunde 30,000 M. ins Feld zu stellen.

Diese Anerbietungen und Anträge sind nun sofort nach England übermittelt worden. Schon am 5./15. Januar war der Prinz von Wales, wie es scheint, davon unterrichtet, daß in den Anschauungen des Königs von Dänemark entweder bereits ein Umschwung eingetreten sei oder doch nahe bevorstehe.[1] An demselben Tage aber machte Christian IV. schon den Kurfürsten von Brandenburg mit seinem Plane bekannt, in welchem natürlich auch Georg Wilhelm und dem niedersächsischen Kreise eine Rolle zugewiesen war.[2] Schon jetzt bereitete er eine Berufung des niedersächsischen Kreistags vor.

In jenem Schreiben an Georg Wilhelm hat Christian IV. ausdrücklich versichert, daß er auf „das inständige Anhalten des englischen Gesandten sich dahin erklärt habe, dem gemeinen Wesen zum Besten 1000 M. zu Roß und 4000 zu Fuß zu halten," und hat der Werbung des Franzosen keine Erwähnung gethan. Obwol wir nun in jene Versicherung des Königs nicht das geringste Mißtrauen setzen, so scheint es doch selbstverständlich zu sein, daß selbst diese Erklärung vielmehr als eine Folge der französischen Bemühungen aufzufassen ist.

Denn außer jenen allgemeinen Anträgen hat Ludwig XIII. dem Könige durch des Hayes sicherlich noch besondere Anerbietungen zustellen lassen. Er scheint Christian IV. 500,000 oder 600,000 Livres jährliche Subsidien und außerdem eine selbstständige Diversion im Westen des Reichs zugesagt zu haben. Und diese französischen Versprechungen haben nun, wie es scheint, hauptsächlich den Entschluß des Königs zur Reife gebracht. Derselbe hat später selbst das Geständnis abgelegt, daß er im Vertrauen

1) Rusdorf, Mémoires I. 423.
2) Kgl. Geh. Archiv in Berlin.

auf das Wort des Königs von Frankreich die geeigneten Mittel, dem drohenden Ruin entgegen zu wirken, ergriffen habe.[1] Ferner rechnete der König die Verpflichtung Frankreichs zur Zahlung der Subſidien immer vom Anfang des Jahres 1625, d. h. von dem Augenblicke an, wo er ſeine Rüſtungen wirklich begann. Ludwig XIII. aber hat ja einige Monate darauf ausdrücklich die Verantwortlichkeit für den Widerausbruch des Kriegs für ſeine Perſon in Anſpruch genommen.[2] Und auch im haager Vertrag iſt dieſer ſeiner Mitwirkung zur Bewaffnung des Königs ausdrücklich gedacht worden.[3]

Sicherlich würde Chriſtian IV., welcher die elenden engliſchen Finanzverhältniſſe nur allzu gut kannte, auch jetzt noch nicht zum Schwerte gegriffen haben, wenn er nicht gerade in dieſer Hinſicht eine gewiſſe Sicherſtellung von anderer Seite erhalten hätte. Mit dem Augenblicke ferner, wo ſich Frankreich anſchickte, dem gemeinſamen Feinde auch in Italien und in der Schweiz entgegen zu treten, ſchien doch ein Zeitpunkt von welthiſtoriſcher Bedeutung heranzunahen. Wie hätte da ein proteſtantiſcher König, welcher eine mehr und mehr verfallende Reichsverfaſſung nicht nur zur Sicherung des Proteſtantismus, ſondern auch zur Mehrung ſeiner eignen Macht ſo gut zu nutzen verſtand, die Gunſt

---

1) Le Roy mon Maistre (Chr. IV.) considérant les très-grandes et très-hautes raisons de S. M. et se fiant sur la parole d'un si grand et très-puissant Prince, n'a poinct voulu manquer de prendre en temps les remèdes par la main et de s'opposer à une si evidemment approchante ruine, qui concerne non seulement les Electeurs et Princes d'Allemagne, mais par une inévitable consequence les autres Roys, Princes et Estats voisins . . Aretin, Baierns auswärtige Verhältniſſe (Urkunden) 170.

2) Ludwig XIII. an Blainville. 25. Oct. 1625: „Que c'était lui qui avait excité les brouhaha de la Basse-Saxe, que ce fut son ambassadeur Des Hayes qui porta roi de Danemark à agir ainsi il y a un an: je luy ai promis . . de payer en deux termes dont 1er a Noël et 2me à Pâques les 600,000 livres que je luy avais promis payables par mon ambassadeur à la Haye. Nach einer Aufzeichnung von Reuß aus Coll. Harlay 17977.

3) Art. 10. Wir citieren mit Abſicht nach der franzöſiſchen Faſſung. Aitzema, Saken I. 480. Et d'autant qu'il a pleu au Serenissime Roy-Chrestien de France, de faire serieuses instances au Roy de Dennemarck, mesmes par l'envoy de deux siens Ministres, afin de le disposer pour prendre à la main le remède contre les pernicieuses menées et oppressions en l'Empire, accompagnées lesdites instances de plusieurs offres et aides pour pouvoir soustenir ce faix: la Majesté dudit Roy Tres-Chrestien sera au plustost requise, de vouloir maintenant entrer en cette alliance . . .

des Augenblicks, wo die beiden größten katholischen Staaten Europas fast im offnen Krieg mit einander begriffen waren, verscherzen mögen?

Einen von unsrer Anschauung wesentlich abweichenden Bericht hat freilich noch im Januar Anstruther an den englischen Gesandten in Frankreich, den Grafen Carlisle, erstattet, nach welchem das Ansinnen Ludwigs XIII. an Christian IV., sich einer Intervention in Deutschland zu unterziehen, damals zu keiner Entscheidung gefährt hat. Christian IV. wollte nach diesem Bericht vor irgend einer Erklärung versichert sein, was Ludwig XIII. thun würde, im Fall er sich in die Sache einließe, und verlangte, daß der König einen neuen Bevollmächtigten mit positiven Vorschlägen (avec des commissions expresses) absenden sollte. Mit diesem wollte er dann und zwar in deutscher Sprache abschließen. Allein es ist nicht wahrscheinlich, daß die französischen Vorschläge sich auf ein allgemeines und unbestimmtes Anerbieten beschränkt haben. Wenn Anstruther damals nichts mehr von ihnen gewußt hat, so sind ihm eben die besondren Bedingungen sorgfältig verheimlicht worden.[1]

Einen bestimmten Vertrag ist jedoch der König in diesen ersten Januarwochen weder mit des Hayes[2] noch mit Anstruther eingegangen. Allem Anscheine nach galten alle diese Verpflichtungen nur als vorläufige Grundlagen, auf welchen ein allgemeineres Bündnis geschlossen werden sollte.

Am 20. Januar reiste des Hayes von Friedrichsburg ab, und noch an demselben Tage ging auch der Geheimsekretär des Königs Friedrich Günther nach Braunschweig, jedenfalls um die Berufung eines niedersächsischen Kreistags zu betreiben. Der französische Gesandte begab sich zu Gustav Adolf, den er gewiß nicht zufällig im Südwesten seines Reichs zu Jönköping antraf. Hier bereits forderte er nun den König zu einem gemeinsamen Handeln mit Christian IV. für die Widereroberung der Pfalz auf und sprach zugleich von einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Könige, wie er sie mit Anstruther unter Vorwissen Christians IV. verabredet haben wollte. Gustav Adolf zeigte sich nicht abgeneigt, und des Hayes begab sich schleunigst nach Kopenhagen zurück, denn es galt

---

1) La substance de ce que Robert Anstruther . . a écrit au mois de Janvier 1625 à Mr. le Comte de Carlisle. Rusdorf I. 478—479.

2) Dem scheint ein schon von Aretin angeführtes Wort Richelieus im Staatsrath — Qu'elle (S. M.) devoit assurer aussi l'exécution du traitö secret fait pour l'entretien de l'armée de Danemarck en Allemagne — freilich zu widersprechen. Allein es ist doch wol unrichtig: in keinem der auf diese Verhältnisse bezüglichen Actenstücke ist von einem förmlichen geheimen Vertrage die Rede.

auch dem schwedischen Gesandten Gabriel Oxenstierna, welcher kurz vorher geheimer Verhandlungen Christians IV. mit Polen wegen nach Dänemark gegangen war, eine gute Aufnahme zu sichern. Am 5. Februar traf er wider in Kopenhagen ein, nachdem Oxenstierna freilich schon einige Tage früher Audienz gehabt hatte. Diesmal verweilte des Hayes nur wenige Tage (vom 5. bis 7. Febr. n. St.) bei Christian IV.,[1] welche er hauptsächlich dazu verwendete, den König zu einem persönlichen Meinungsaustausch mit seinem nachbarlichen Rivalen zu vermögen. Allein Christian IV. schlug sein Begehren mit dem Hinweis, daß er bereits die niedersächsischen Kreisstände berufen habe, ab.[2] Er gestand jetzt, daß es seine Absicht sei, das darniederliegende allgemeine Wesen wider aufzurichten, und ließ darauf durch Anstruther in Gegenwart des Herzogs Johann Ernst von Weimar des Hayes ersuchen, bei Gustav Adolf darauf hinzuwirken, daß er ohne besondere Einsprache seinerseits die Rüstungen unter dem Vorwande der Furcht vor Feindseligkeiten mit Schweden beginnen dürfe.

Nach des Hayes' Rückkehr richtete Gustav Adolf noch ein schmeichelhaftes Schreiben an Christian IV., in welchem er die Genehmigung, seinen Namen in der angegebenen Absicht vorzuschieben, mit Freuden ertheilte und sich abermals, obwol in etwas diplomatischer Form, zu einer persönlichen Vereinbarung bereit erklärte.[3] / Auch der französische Gesandte sprach noch an demselben Tage in einem Schreiben an den dänischen König die Hoffnung aus, daß der für die gemeinsame Sache so begeisterte König von Schweden dieselbe seinen besondern politischen Plänen vorziehen würde.[4]

---

1) Nyerup 113.

2) Nyerup 113. udi Mening at hansig udi de svenske Sager vilde interponere. Dazu der Brief A. Oxenstierna's an Camerarius vom 10./20. Febr. (Moser V. 104) „Interim egit ipse de congressu Regum, hocque tulit responsi, non displicere Regi Daniae conventum, verum Ordines Saxonici Circuli inferioris per se convocatos, ideoque non vacare sibi nunc cum Domino meo congredi."

3) Quodsi autem Dilectio Vestra consultum duceret, nobiscum consilia et cogitata sua communicare, quo pacto existimet, posse communi bono subveniri, etiam nos quoque libenter conferremus . . . Ex arce nostra Jenecopensi die 1. Febr. an. 1625, Moser V. 102.

4) Il a neantmoins tant d'affection pour la cause commune, que J'estime qu'il la preferera à ses propres affaires. Il en escrit Amplement à vostre Mté et luy faict scavoir ses Intentions. Jönköping 11. Febr. n. St. Kgl. G. A. in Kop.

Darauf ist jedoch Gustav Adolf nach Stockholm zurückgekehrt, nachdem er die Hoffnung auf eine sofortige gemeinsame Action mit Christian IV. aufgegeben hatte. Jetzt erst ist dem Anschein nach auch des Hayes, der den König nach seiner Hauptstadt begleitete, officiell empfangen worden. Er hatte sich natürlich im Ganzen desselben Auftrags zu entledigen, wie Christian IV. gegenüber. Nur die Beweggründe, welche er in Schweden ins Feld führen mußte, waren zum Theil andere. Er wird Gustav Adolf auf die gefährdete Lage seines Schwagers Georg Wilhelm und auf die Unsicherheit seines eignen Besitzes in Preußen hingewiesen haben, falls er sich die günstige Gelegenheit, zum Untergang des Hauses Habsburg beizutragen, werde entschlüpfen lassen. Nur der Fall dieses Hauses könnte ja die deutschen Fürsten von der Furcht vor jener Knechtschaft befreien, welche die Aufrichtung der nun so lange schon geplanten Universalmonarchie nach sich ziehen mußte.

Auf diese Vorstellungen hat der französische Gesandte nur eine allgemein gehaltene Antwort erhalten.[1] Der Grund dieser Zurückhaltung lag freilich nicht nur in der etwas unbestimmten Form dieser französischen Anträge, wie Oxenstierna versichert, sondern auch in der eigenthümlichen Lage, in welcher sich Gustav Adolf der ganzen Angelegenheit gegenüber befand. Als des Hayes Stockholm verließ, harrte der König noch einer Antwort Christians IV. auf sein letztes freundschaftliches Anerbieten und rechnete wol noch mit einer gewissen Sicherheit darauf, daß man in London seinen Anträgen die Genehmigung nicht versagen würde.

Des Hayes reiste darauf nach Kopenhagen zurück, wo er jedoch erst eintraf, nachdem sich der König bereits zur Fürstenversammlung nach Lauenburg auf den Weg gemacht hatte.

Die neuen englischen Anträge an Christian IV. scheinen noch vor der Ankunft der beiden Vertreter des schwedisch-brandenburgischen Plans in London (24. December/3. Januar) abgegangen zu sein, da sie bereits am 6./16. Januar in den Händen des dänischen Königs waren. Im Allgemeinen aber hielt man in London auch damals noch an den auch von Moriz von Oranien gebilligten Vorschlägen Gustav Adolfs fest, welche Bellin dem Könige und dem Prinzen von Wales darlegte.

---

1) Vgl. das Schreiben Oxenstierna's an Camerarius vom 5./15. März 1625. „Is (legatus) nunc dimissus est eo cum responso, ut facile inde argui queat S. M. animus tum erga Regem Galliae tum rem communem, in genere tamen, postquam illius propositio tantum generaliter concepta esset. Moser V. 131 ff.

Indessen beide schienen jetzt doch größere Hoffnungen auf den König von Dänemark zu setzen: Anstruther hatte ihnen mitgetheilt, er würde sich endlich doch wol noch gewinnen lassen.[1]

Darauf verhandelte Bellin über die drei Hauptpunkte, ein Offensiv- und Defensivbündnis zwischen England, Schweden und den deutschen Fürsten, über das von England zu leistende Drittel der Kriegskosten und über die Uebertragung der Oberleitung in dem bevorstehenden Kriege an Gustav Adolf mit dem Staatssekretär Conway. Aber auch dieser machte die Bemerkung, daß man Schweden ohne die Zustimmung Christians IV. die Führung niemals überlassen würde. Doch versprach der Staatssekretär Bellin wenigstens, daß man Christian IV. sofort vor die Alternative stellen werde, die Leitung entweder selbst zu übernehmen oder sie Gustav Adolf zu überlassen: zum mindesten hoffte er keine ernstlichen Einwendungen gegen das brandenburgisch-schwedische Vorgehen von dem erstern zu erfahren und möglicher Weise sogar Subsidien zu diesem Zwecke zu erhalten. Allein auch Conway gab keine ganz bestimmte Erklärung: man sprach zuletzt sogar von dem Pfalzgrafen und dem Kurfürsten von Brandenburg als eventuellen Führern in dem bevorstehenden Restitutionskriege.

Wir erkennen hieraus unschwer die Absicht des englischen Cabinets, Zeit zu gewinnen, um sich vor allem der Entschließungen Christians IV. zu versichern.

Aber erst am 14./24. Januar war Anstruther im Stande, Conway die Vorschläge Christians IV. einzusenden und dem Staatssekretär auch die Versicherung zugehen zu lassen, daß die deutschen Fürsten, ferner die Hansestädte und Reichsstädte ihre Quote gleichfalls aufbringen würden.[2] Zum Sammelplatze hatte der König das Stift Osnabrück damals ausersehen und als Tag der Musterung den 1. Mai festgesetzt. Auch die Kosten für die Aushebungen und einen Monatssold für 7000 Mann — so viel sollten die Engländer stellen — waren bereits berechnet. Der Plan Christians IV. war, zunächst die geistlichen Fürstenthümer zu über-

1) Ueber die Audienz bei dem Könige am 2./12. Jan. und bei dem Prinzen von Wales am 5./15. Jan. Rusdorf I. 420—424.

2) Conway an Anstruther 20. Februar/2. März: „your Lordshipps letters of the 14th of January J represented to his Matie, who heard them with patience and contentment and exprest a grations vouch-safing of your wise and happie indeavors and much joy in the constant affeccion and love of that wise and great King, whose good intentions and Royall affeccion to apply himselfe effectually in the publique goode cause and the restauration of his Mats children and his owne nephews you have delivered soe punctually.

ziehen, um sie die Kriegskosten tragen zu lassen. Bevor jedoch diese bestimmte Nachricht aus Dänemark nach England gelangte, hatte man sich hier wirklich entschlossen, dem Könige von Schweden die Oberleitung einzuräumen. Es war am 17./27. Januar, daß Conway in einer Besprechung mit dem brandenburgischen Gesandten und mit Spens sich zu diesem Zugeständnis herbei ließ.[1] Auch der Termin, an welchem die Verbündeten im Haag zusammen treten sollten, wurde damals festgesetzt: es war der 20./30. April. Mit besonderer Rücksicht auf Schweden hatte man denselben so weit hinausgerückt. Dabei erscheint es bemerkenswerth, daß Conway die Festsetzung des Tages ausdrücklich ablehnte, so daß Bellin und Spens ihn bezeichnen mußten. Bei diesen Verhandlungen versicherte Conway wie auch vorher schon Buckingham, daß er sofort einen Eilboten an Anstruther senden werde, um auch Christian IV. für das weitere Bündnis zu gewinnen. Nur für den Fall, daß sich der König zu einer Beihilfe in Geld oder zum förmlichen Eintritt in das Bündnis bewegen ließ, sollten ihm Gustav Adolfs Anerbietungen mitgetheilt werden. Man getröstete sich übrigens vor der Hand der Hoffnung, daß er die schwedischen Unternehmungen nicht stören werde, da man ihm ja die besten Versicherungen für seine deutschen Besitzungen ertheilte. Nur wenn der Däne wirklich beitreten wollte, konnte ihm auch eine Einladung zur allgemeinen Bundesversammlung übersendet werden. Einer absichtlichen Täuschung der befreundeten Diplomaten wird man also Buckingham nicht zeihen können, da er ja von der Veränderung der Dinge in Kopenhagen wol schwerlich bereits unterrichtet war. Auch er war vielmehr noch des Glaubens, daß es glücken werde, drei Armeen nach Deutschland zu werfen, Mansfeld, Christian IV. und Gustav Adolf, wollte aber freilich in Kopenhagen nicht eher von einer schwedischen Armee unter persönlicher Führung des Königs selbst Meldung thun lassen, bevor man Dänemarks ganz sicher war.

Wenige Tage darauf ist Christian v. Bellin nach Frankreich aufgebrochen. Aus Dover meldete er Schwarzenberg (24. Januar/3. Februar), daß Mansfeld, wenn die Angelegenheit in Breda glücken sollte, nach Jülich und Cleve rücken würde, um dort zu occupieren, was ihm nur möglich sein würde. Er hat auch mit dem Grafen selbst noch Unterhandlungen gepflogen: allein die Persönlichkeit desselben hat ihm keinen zuversichtlichen Glauben an die glückliche Hinausführung der ganzen Sache einzuflößen vermocht.

---

1) Bellin scheint freilich seinem Versprechen keinen zuversichtlichen Glauben geschenkt zu haben, Rusdorf I. 464.

Erst einige Wochen nach Bellins Abreise ist jedoch der endgiltige und zustimmende Bescheid Englands auf die dänischen Vorschläge erfolgt.[1] In jenem Schreiben vom 20. Februar/2. März hat Conway Anstruther die förmliche Zusage ertheilt, daß der König die geforderten 6000 M. Fußvolk und 1000 Pferde nebst der dazu gehörigen Artillerie durch Vermittelung der Niederlande oder auf irgend eine andere Weise stellen und auch Bürgschaften geben werde, daß kein Bundesglied vor der wirklichen Durchführung des gemeinschaftlichen Planes einen Frieden mit dem Feinde eingehe.

So haben denn diese äußerst unbestimmten, zu der Größe und dem Umfang der Unternehmungen, in welche sich Christian IV. einließ, in keinem Verhältnis stehenden dänischen Anerbietungen bei König Jacob und seinen Diplomaten die schwedisch-brandenburgischen Vorschläge aus dem Felde geschlagen.

Gustav Adolf, ferner Bellin[2] und auch die Engländer selbst haben nun den Grund dieser Bevorzugung Dänemarks in den geringeren Ansprüchen, welche Christian IV. an die englischen Finanzen stellte, gefunden. Und es ist wol möglich, daß dieser Umstand von entscheidendem Einfluß auf Jacob I. gewesen ist. Allein nicht ganz ohne Bedeutung für die Entschließung des hinfälligen Greises war es doch wol auch, daß sein mit den Verhältnissen Norddeutschlands und besonders des niedersächsischen Kreises so wol vertrauter Schwager, ein deutscher Reichsstand, dem man in den säkularisierten Bisthümern so leicht eine Entschädigung anweisen konnte, das Anerbieten machte. Dazu kam, daß Christians Persönlichkeit damals noch eine fast allgemein hochgeachtete, sein politisches Talent ein auch von den Gegnern anerkanntes war. Durch seine kluge und vermittelnde Art hatte der König bis jetzt nur Vortheile aus den allgemeinen Wirren davon getragen. Selbst der Kaiser war ihm in der Angelegenheit Mansfelds und des Herzogs von Braunschweig zu Dank verpflichtet. Hatten doch beide unter seiner Vermittelung das Feld räumen müssen.[3] Wie abenteuerlich und hochfahrend und wie herausfordernd Dänemark gegenüber erschienen dagegen die Forderungen des schwedischen Königs,

1) Vgl. die spätere Darstellung Conway's Bellin gegenüber bei Rusdorf I. 515 ff.

2) Bellin an seinen Schwager Götz Haag 29. März/8. April: Man neige sich des Directorii wegen Dänemark zu, „weil es leichtere Sachen proponiert." Unterschrift des Schreibens „Quem nosti" K. G. St.-A. in Berlin.

3) Vgl. auch die den englischen Gesandten behufs der Verhandlungen mit Schweden im Haag (17. October 1625) ertheilten Weisungen Karls I. Rymer, Foedera VIII. 152.

welcher die Gesandten aller betheiligten Mächte nach Stockholm entbot, wie unverständlich der Gedanke, durch einen Krieg in Schlesien oder in Böhmen die Restitution des rheinischen Pfalzgrafen zu bewirken! Und was wußte Jacob I. von Gustav Adolf anders, als daß er ein höchst kriegslustiger König sei, der allerdings einige Erfolge davon getragen hatte, an politischen Erfahrungen aber dem in den heiklichsten Geschäften geschulten, seiner Umsicht und Behutsamkeit wegen durch ganz Europa berühmten Schwager doch unmöglich gewachsen sein konnte. Und selbst wenn sich Jacob an dem von Thatendurst glühenden Feuereifer Gustav Adolfs, der doch auf einem so gesunden politischen Realismus beruhte, hätte erwärmen können, wie wäre dieser Stuart fähig gewesen, sich einem Heldencharakter sonder Gleichen zu vertrauen!

In demselben Augenblicke aber, wo man sich in England für die dänischen Vorschläge erklärte, eröffnete man demungeachtet Christian IV. auch den Inhalt des schwedischen Anerbietens und theilte ihm außerdem mit, daß man dasselbe gleichfalls angenommen habe. Zugleich aber wurde nun an den König das Ansinnen gestellt, sich mit Gustav Adolf über den Oberbefehl zu vergleichen oder ihn einem Dritten zu überlassen.[1]

In Schweden war man noch Ende Februar über die Tragweite und das letzte Ziel aller der sich anscheinend widersprechenden Unternehmungen des dänischen Königs im Unklaren, obwol die Zuversicht, mit welcher man noch zu Anfang des Jahres auf einen Feldzug in Deutschland gerechnet hatte, allmählich geringer wurde. Der Kanzler fragte daher auch bei Camerarius an, ob denn Friedrich von der Pfalz und die übrigen Freunde des öffentlichen Woles die Oberleitung Gustav Adolfs oder Christians IV. für angemessener hielten. Und als endlich am 21. März n. St. der entscheidende Brief von Jacob Spens in Stockholm einlief,[2] welcher dem Könige meldete, daß England die Hauptbedingungen Christians IV. angenommen habe und sich auch mit einem Drittel an den Kriegskosten betheiligen werde, trat Gustav Adolf allmählich den Rückzug an. Er entsendete keinen besondern Bevollmächtigten nach dem Haag, beharrte auf einer Beschlußnahme der Verbündeten in Stockholm und erklärte eine Herabsetzung des Kostenanschlags für unmöglich. Nur für den Fall, daß der König und der Prinz von Wales mit ihm in Stockholm abschließen würden, ertheilte er Spens ganz eingehende Befehle über sofortige Werbungen in England. Allein noch an demselben 23. März, bevor diese Weisungen an Spens abgingen, liefen Schreiben Christians IV. und Anstruthers ein,

1) Rusdorf I. 516.
2) Moser Bd. 5 S. 133.

welche offen erklärten, daß der König von Dänemark an die Spitze des Ganzen getreten war.

Mit dem kaustischen Wort: „Wir wollen ihm guten Erfolg wünschen," beschließt Axel Oxenstierna diese Meldung an Camerarius.[1]

Der brandenburgische Gesandte Christian v. Bellin war in der zweiten Märzwoche aus Frankreich abgereist, um sich direct nach England zu begeben.[2] Am 20. März traf er in London ein. Man hatte ihm in Paris zwar keine schriftliche Antwort ertheilt, aber doch den außerordentlich umfangreichen Bescheid des Königs im Staatsrath selbst gewissermaßen in die Feder dictiert. Um seiner Sache ganz sicher zu gehen hatte sich Bellin diesen Bescheid auch noch von Richelieu und dem Staatssekretär d'Ocquerre beglaubigen lassen. Trotz ihres ausdrücklichen Verbots, denselben irgend jemand außer dem Kurfürsten mitzutheilen, hat Bellin Rusdorf die Einsicht gestattet, und dieser benachrichtigte widerum einige süddeutsche Fürsten wie den Herzog von Würtemberg und die Markgrafen Christian und Joachim Ernst von Brandenburg.[3]

Den förmlichen Eintritt in den projectierten Bund hatte Frankreich auch Christian v. Bellin gegenüber abgelehnt und nur die Zusage ertheilt, die Bundeszwecke im Laufe von 2 Jahren mit 1 Million Livres zu unterstützen. Von dieser Summe sollte derjenige, welchen die Versammlung im Haag zum Führer bestimmen werde, sofort 300,000 erhalten, und ihm der Rest des Jahresbeitrags einen Monat, nachdem sich die Armee auf den Marsch begeben hatte, verabfolgt werden.[4]

Neben der schwedischen Armee von 16,000 M. (14,000 M. Fußvolk und 2000 Reiter) hielt Ludwig XIII. eine zweite von gleicher Stärke für ausreichend und wies wenn auch in sehr vorsichtiger Weise zugleich auf Mansfelds Unterstützung hin. Auch eine Marschroute empfahl der König bereits der Restitutionsarmee: sie hatte sich an der Weser aufwärts durch Hessen nach der Pfalz zu begeben. Die Führerschaft Gustav Adolfs wurde von ihm gleichfalls genehmigt: nur sprach er den Wunsch aus, daß sich auch Christian IV. betheiligen möchte, und empfahl für diesen Fall eine Theilung der Subsidien. Stellten sich der Ausführung dieses Vorschlags unübersteigliche Hindernisse entgegen, so war die Leitung der Kriegs-

1) Moser Bd. 5 S. 152. 153.

2) Das Recred. Ludwigs XIII. für Bellin ist vom 11. März 1625.

3) Rusdorf, Mémoires I. S. 493.

4) Extrait de la résolution donnée en France à Mr. Bellin l'an 1625 bei Rusdorf a. a. O. S. 495.

operationen dem Kurfürsten von Brandenburg zu übertragen, dem der Markgraf von Baden als Generallieutenant beigegeben werden sollte.

Als Zweck der ganzen Unternehmung war die billige Ausgleichung aller Interessen deutscher Fürsten bezeichnet, welche durch die Ereignisse der vorigen Jahre geschädigt worden waren.[1] Die letzte Entscheidung aber über die nothwendigen territorialen Veränderungen auf dem Boden des Reichs ward den beiden Königen von Frankreich und England anheimgegeben. Bei ihrem Ausspruche sollten sich auch die depossedierten, ihres Gebiets ganz oder theilweise verlustig gegangenen Fürsten beruhigen! Für den Fall aber, daß beide oder auch nur einer von beiden Königen einen Ausgleich durch einen Frieden vorziehen sollte, müßten sich alle Betheiligten und selbst das militärische Haupt der ganzen Unternehmung dem Machtgebote der auswärtigen Könige fügen. Uebrigens sollten alle Bundesglieder von den Verhandlungen vollständig in Kenntnis gesetzt werden.

Bellin hat diesen Bescheid natürlich sowol dem Könige von England wie seinem Sohne und ihren Räthen vorgelegt. Allein einer Einwirkung auf ihre Entschließungen haben sich auch diese Mittheilungen nicht zu erfreuen gehabt. Man hielt vielmehr in England den dänischen Plan und natürlich auch die dänische Führung aufrecht. Selbst der Prinz von Wales bezeichnete nur den letzten als den ursprünglichen Gedanken seines Vaters, den der König von Schweden durch seine Anerbietungen nur gekreuzt habe.[2] Doch hoffte sowol der Prinz wie Conway noch auf ein gemeinsames Vorgehen beider nordischer Könige: im andern Falle aber war man der Meinung, daß auch jeder derselben eine besondere Armee von 16,000 Mann ins Feld stellen könnte. Eine Erhöhung der Subsidien konnte freilich dem brandenburgischen Gesandten von England auch dann nicht in Aussicht gestellt werden; man sicherte ihm nur die Unterhaltung der Christian IV. versprochenen 7000 M. zu und zwar ganz im Allgemeinen

1) S. M. suppose que la fin de toute cette affaire ne sera point d'autre que la restitution d'une paix assurée en Allemagne par un juste rétablissement des intérêts des divers Princes lésés. Mais d'autant que chaque particulier ne sera jamais satisfait de son intérêt à son sens, on propose que S. M. et le Roi de la grande Bretagne soient établis arbitres de ce dont chacun des Princes lésés devra être content .... Rusdorf I. 497.

2) Rusdorf, Mémoires I. 511. La-dessus le Prince lui répondit constamment et nous assuroit, qu'il ne falloit nullement douter de la disposition du Roi son Père et de cette résolution: que le Roi de Suède et les Princes l'avoient seulement prévenu par leurs offres, mais que l'intention du Roi son Père avoit été long-tems auparavant telle quelle est encore maintenant.

zum Besten der deutschen Angelegenheiten. Und trotzdem war Bellin der Meinung, daß man die Bestimmung über den Oberbefehl der Bundesversammlung im Haag, an welcher man in England auch jetzt noch festhielt, anheim stellen werde.

Unter die Zwecke des allgemeinen Bündnisses versprach man dem Vertreter Brandenburgs auch die jülich'sche Sache aufzunehmen. Und so schien man sich denn in England in der That auf große Dinge vorzubereiten. Der Abschluß der Ehe stand nahe bevor: von dem bereits einberufenen Parlamente erwartete man die Gewährung bedeutender Mittel zur Ausrüstung nicht nur der Landtruppen, sondern auch einer Flotte. Schon waren 200,000 Pfund Sterling auf die letztere verwendet.

Und trotzdem hat auch der Prinz von Wales damals die Angelegenheit mit einer höhern innerlichen Betheiligung und thatkräftigerer Energie nicht ergriffen. Sie war ihm im Wesentlichen doch eine rein dynastische Frage, obwol er zugestand, daß an ihre Lösung die Freiheit Deutschlands geknüpft sei. Daß aber mit der Lösung dieser Frage auch die Interessen des englischen Königthums Hand in Hand gingen, daran hat Karl sicherlich nicht sehr oft gedacht. Etwaige Anwandlungen von Besorgnissen ließen keinen tieferen Eindruck in seinem oberflächlichen Sinne zurück, der sich mit dem Schutze zu trösten suchte, welchen der tiefe Graben zwischen Deutschland und England dem letzteren gewähre. Und übrigens waren doch die Deutschen die ersten, welche verspeist werden würden.

Dagegen verbürgte sich Buckingham noch ausdrücklich für die Aufrichtigkeit und Entschlossenheit seines Herrn in dieser deutschen Sache und ertheilte auch tröstliche Zusicherungen in Betreff der Niederlande. Er wollte eine Offensiv- und Defensivallianz mit ihnen abschließen, wenn die Holländer dem durch die Vorgänge in Amboina beleidigten englischen Nationalgefühl Genugthuung leisten wollten. Der Herzog ersuchte Bellin geradezu, sich der Ausgleichung dieser Zwistigkeiten im Haag persönlich zu unterziehen.

Nur einige Tage vor dem Tode Jacobs I.[1] begab sich Bellin, wenig zufriedengestellt über den Erfolg seiner Gesandtschaftsreise, deren ursprünglicher Zweck so vollständig gescheitert war, durch Holland nach Hause zurück. Zu dem dänischen Project hat er, obwol sonst ein Mann von lebhafter Phantasie, kein rechtes Vertrauen gewinnen können: er fürchtete, daß die ganze Angelegenheit zur „bouttade" ausschlagen würde. Allein trotzdem hat er seinem Herrn den Rath ertheilt, sich auch mit Christian IV.

1) Sein Recred. Theobalds 23. März ist bereits nicht mehr von dem kranken Könige, sondern von Karl unterzeichnet. Kgl. G. St.-A. in Berlin.

einzulassen, wenn er anders in ein Bündnis mit den europäischen Großmächten eintreten würde. Auch Bellin ermangelte der Fähigkeit einer tieferen und schärferen Auffassung der politischen Verhältnisse, zu deren Neugestaltung ihn sein Kurfürst für berufen hielt.

Der Fürstentag von Lauenburg.

So war denn Christian IV. entschlossen, die Stände des niedersächsischen Kreises zur Betheiligung an der eine immer größere Ausdehnug gewinnenden Angelegenheit heranzuziehen. Schon am 15. Januar n. St. that er dies dem Herzog Friedrich von Holstein kund und hat darauf an Friedrich Ulrich und vielleicht auch an andere Stände eine Gesandtschaft abgeordnet.[1] Von vornherein stellte er sich hierbei auf den Standpunkt, welchen er auch später festhielt. Er selbst hatte mit den auswärtigen Mächten Verabredungen zur Restitution der Pfalz getroffen, während er den niedersächsischen Kreis zur Selbstvertheidigung gegen die Ligisten und Widerherstellung des Friedens im Reich aufrief. Er wollte eben „sub alio praetextu" den Kreistag zu Stande bringen. Dabei darf man freilich nicht außer Acht lassen, daß die Stände selbst, welche sich mit dem Könige einigten, von dem wahren Ziele der neuen Rüstungen vollständig unterrichtet waren, obwol sie es später mehr oder weniger bestimmt läugneten. An demselben 15. Januar erließ der König auch noch ein Schreiben an Georg Wilhelm von Brandenburg, in welchem er dem Kurfürsten versichert, daß er sich auf das inständige Bitten des englischen Gesandten entschlossen habe, dem gemeinen Wesen zum Besten 1000 Reiter und 4000 M. Fußvolk aufzustellen, falls er sich seiner und anderer Fürsten Unterstützung versichern könne. Wie in dem Schreiben an den Herzog von Holstein erklärte er auch hier, daß er sich für die Berufung eines Kreistages bemühen werde, welchen die Stände persönlich besuchen sollten; nur durch eine persönliche Zusammenkunft derselben hoffte er seine Absichten bei dem Kreise durchzusetzen. Während er sich aber dem Herzoge von Holstein gegenüber auf das Drängen verschiedener „Potentaten" beruft, macht er in dem Schreiben an den Kurfürsten nur England namhaft; Frankreich wird überhaupt weder in dem einen noch in dem andern genannt.

Der König setzte das Vertrauen in den Kurfürsten, daß er seine Pläne in jeder Weise fördern werde, und übersendete zugleich eine Liste über die Zahl der Mannschaften, mit welchen sich jeder Stand an der

1) Kirche Gründe Information S. [illegible]

Bewaffnung betheiligen sollte. Auch auf Brandenburg, Lüneburg und vor allem auf die Städte hatte der König hierbei gerechnet. Er ersuchte ferner den Kurfürsten zugleich um Mittheilung über den Stand der gemeinsamen Angelegenheit, so weit er selbst sie durch Bellin hatte in Fluß bringen lassen.

Dieses Schreiben fand die volle Zustimmung des Kurfürsten Georg Wilhelm. Derselbe billigte die Absicht des Königs, einen Kreistag abhalten zu lassen, wollte aber den eigentlichen Beschluß über das Hauptwerk einer spätern Versammlung aller derjenigen Mächte, welche überhaupt mit Hand anlegen würden, vorbehalten. Ueber seine eignen Bestrebungen berichtete er freilich nichts, angeblich weil seine Unterhändler noch nicht zurückgekehrt waren:[1] Gustav Adolfs gedachte er mit keiner Silbe.

Georg Wilhelm ist darauf vor allen mit dem Administrator des Erzstifts Magdeburg in Verhandlungen getreten, welcher in höchster Besorgnis vor Tilly schon im Januar den Rath seines Neffen nachgesucht hatte. Wir finden einige Wochen später Siegmund v. Götz in Ziesar. Hier wurde der Administrator, dem der Kurfürst schon früher auf einer Jagd in der Altmark Kenntnis von den Plänen Gustav Adolfs gegeben hatte, geradezu um die Berufung eines Kreistages ersucht, „damit man etwas näher möchte zusammenkommen." Außerdem aber empfahl ihm Götz noch die sorgfältige Geheimhaltung der neuen Anschläge und wies ihn auf den Obersten Fuchs hin, den er bei dem Kreistage zu Rathe ziehen sollte.[2]

Daß nun der niedersächsische Kreis in der That gerechte Veranlassung hatte, nicht nur sich wider ein Oberhaupt zu geben, sondern auch durch ausgedehntere Rüstungen sein Gebiet zu sichern, dafür bedarf es keines ausführlichen Beweises mehr. Verlangte doch Tilly am 27. December 1624 von Christian von Minden den Paß über die Weser, stellte doch 3 Tage darauf der Graf von Anholt das Ansinnen an die Stadt Minden Garnison einzunehmen. Der Herzog von Lüneburg mußte sich hiergegen auf seinen Vertrag mit dem Kaiser berufen, den er ohne Vorwissen des Königs von Dänemark und seiner Mitstände nicht brechen dürfe. — Unter militärischem Druck litt ferner auch der Erzbischof Johann Friedrich von Bremen, er beklagte sich bei dem Administrator über die Einlagerung Anholts im Amt Tedinghausen. In der wolfenbüttelischen Grafschaft Hoya standen gleichfalls 2 Compagnien Anholts bereits über ein Jahr. In den ersten Tagen des Januar überfiel außerdem eine Compagnie Kroaten

1) Schreiben des Kurfürsten an den König vom 20./30. Januar.

2) Das Creditiv des Administrators für Götz ist Ziesar 11./21. Febr. datiert.

unter einem spanischen Rittmeister das Amt Polla. Bald darauf erfolgte ein Einbruch der Spanier in das Amt Corvei. Endlich ersuchte die Stadt Hameln in derselben Zeit die Regierung von Wolfenbüttel um Hilfe gegen diese gefürchteten und gehaßten Feinde.

Wie ist es da zu verwundern, daß Friedrich Ulrich damals seinen cellischen Vetter sogar aufforderte, kraft des Kreisoberstenamtes, welches er doch niedergelegt hatte, alle erlaubten Vertheidigungsmittel zu ergreifen, und ihn mit allem, was er noch übrig habe, zu unterstützen versprach? Dachte sich doch der Herzog von Wolfenbüttel schon den Fall möglich, daß ihn seine eignen Unterthanen, welche wenigstens das Leben vertheidigen wollten, zur Nothwehr zwingen würden. In der That war die Absicht der Fürsten, den unerträglichen Bedrückungen der Ligisten und Spanier nun endlich entgegen zu treten, bei der Bevölkerung durchaus populär. —

Auch in Wien sah man den beginnenden Verwickelungen in Niedersachsen nicht ganz unthätig zu. Ferdinand II. richtete in denselben Tagen, wo die ausschreibenden Fürsten sich mit dem Ersuchen Christians IV. beschäftigten, eine ganz ähnliche Bitte an Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm. An der schleunigen Widerbesetzung des Kreisoberstenamtes war auch ihm gar viel gelegen: am liebsten hätte er Christian den Aeltern wider in demselben gesehen. Allein auch die ausdrückliche Bitte des Kaisers vermochte über einen Fürsten, welcher nun einmal so schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen war, nichts. Christian von Celle entschuldigte sich nicht allein mit seinem Alter, sondern gab auch zu bedenken, daß er es in so gefahrvollen Zeiten wenigen werde recht machen können.

Ein Vermittelungsversuch Johann Georgs, welcher durch Ludwig von Hessen Tilly zur Mäßigung und Zurückhaltung bewegen wollte, scheint ganz vergeblich gewesen zu sein.

Allein Christian IV. trug doch Bedenken, seine Pläne der zufälligen Majorität eines Kreistages, auf welchem die Räthe die Entscheidung geben mußten, anheimzustellen. Er entbot daher dem Anschein nach nur die Fürsten zu einer Versammlung, um zunächst mit diesen ein festes Abkommen zu treffen. Zu gleicher Zeit aber hatten die ausschreibenden Fürsten auch einen wirklichen Kreistag angesetzt, welcher in Lüneburg abgehalten wurde. Christian IV. hatte Friedrich Ulrich und mit ihm wahrscheinlich auch andere Stände ersucht, sich persönlich nach Lüneburg zu einer Berathung, „wie im h. r. Reiche der Friede wider herzustellen sei," zu begeben. Denn früher scheint der König überhaupt die Absicht gehegt zu haben, auch die Versammlung der Fürsten in Lüneburg abzuhalten. Hier verweilte der Herzog von Wolfenbüttel jedoch nur einige Tage, da ihn der König jetzt nach Lauenburg berief.

Ueber Segeberg, wo wir ihn schon am 22. März antreffen und wo einen Tag darauf auch der Herzog Johann Ernst anlangte, und Trittau ging der König nach Lauenburg. Am 30. oder 31. März ist er hier angelangt.

In Lauenburg haben sich nun in diesen Tagen Christian Wilhelm, der Administrator von Magdeburg, Johann Friedrich, Erzbischof von Bremen, ferner Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, die mecklenburgischen feindlichen Brüder Johann Albrecht und Adolf Friedrich und endlich der Herzog Friedrich von Holstein, zwei geistliche und fünf weltliche Fürsten, um den König versammelt.[1]) Nicht vertreten war die cellische Linie, und merkwürdiger Weise hielt sich auch der regierende Herzog August von Lauenburg fern. Dagegen soll sein jüngerer Bruder Franz Karl an der Versammlung Theil genommen haben. Die Fürsten traten ohne ihre Räthe zusammen, nur ein einziger Beamter, der verdensche Kanzler Martin v. Medem, nahm an den Verhandlungen Theil. Ob auch der Gesandte der Niederländer Foppius van Aitzema, der sich in diesen Tagen gleichfalls in Lauenburg aufhielt, zu den Berathungen Zutritt erhielt, steht dahin. Der Landgraf Moriz von Hessen, welcher bereits um Hilfe nachsuchte, mußte sich als ein dem Kreise nicht angehöriger Fürst von denselben fernhalten. Er hoffte den König für eine Befreiung und Sicherstellung seiner Lande zu gewinnen und hat sich zu diesem Behuf wahrscheinlich zum Eintritt in das Bündnis erboten. Indessen derselbe scheint an Bedingungen geknüpft worden zu sein, welche Moriz nicht erfüllen wollte. Der König forderte die Uebergabe der Festungen Kassel und Ziegenhain an seinen Sohn, den Landgrafen Wilhelm, und eine vollständige Aussöhnung des Vaters mit seinen Landständen, namentlich der Ritterschaft. Hierüber hat sich zwischen beiden ein Schriftwechsel entsponnen, welcher zu keinem für Moriz befriedigenden Abschluß geführt hat. Der Landgraf ist nicht in den Bund aufgenommen worden und scheint nicht einmal ein Hilfsversprechen erhalten zu haben.

Auch brandenburgische und kursächsische Gesandte sollen einem Berichte zu Folge damals in Lauenburg gewesen sein: von einer Mitwirkung oder einem Einfluß derselben verlautet jedoch nichts.

---

1) Der Schilderung liegt eine Denkschrift vom 24. März/3. April zu Grunde, welche sich im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin, R. 24a Nr. 2 befindet. Sie enthält ein aus Frage und Antwort bestehendes Promemoria ohne Unterschrift, in welchem 17 Hauptpunkte hervorgehoben werden. Daß dieselbe in Lauenburg verfaßt ist, daran ist nicht zu zweifeln, da sie meist den Wortlaut des Recesses vom 25. März widergibt. Doch ist sie nicht etwa eine Umarbeitung des letzteren. Der Recess vom 25. März/4. April findet sich bei Jahn II. S. 482 Londorp II. 1309 ff. u. a. Vgl. dazu Jahrb. für meckl. Gesch. J. 12 S. 82.

Die Hauptberathung fand am 3. April statt. Sämtliche anwesende Fürsten bezeichneten es als ihre Pflicht, gleichfalls Werbungen zu veranstalten, um den Kreis durch ihr Zaudern nicht in Gefahr zu bringen. Man wollte die Tripelhilfe in Triplo, d. h. den neunfachen Betrag des Contingents, welches zu einem Römerzuge zu stellen war, aufbringen, die näheren Bestimmungen aber über die Musterung, die Einquartierung und die schließliche Verwendung des Heeres dem Kreisobersten und den ihm zugeordneten Fürsten oder ihren Stellvertretern anheimgeben. Der General dieser Armee oder der Kreisoberste sollte der König von Dänemark sein als Herzog von Holstein wegen seiner „hochrühmlichen Tapferkeit, Dexterität und begabten Verstandes." Er sollte als Kreisoberster nicht nur die Aufstellung der Armee selbst, sondern vor allem auch die Vertheidigung des Kreises auf sich nehmen.

Diese Vertheidigung hat aber auch zugleich eine offensive Seite, da es überhaupt keine Defensive giebt, die man nicht zugleich für eine Offensive halten kann. Ja es ist sogar nicht rathsam, den Angriff im Kreise selbst abzuwarten: viel sicherer scheint es vielmehr, die Pferde an einen fremden Zaun zu binden. Sämtliche Fürsten beschlossen daher wo möglich die ganze Armee außerhalb des Kreises einzuquartieren und nur mit Proviant aus demselben zu versehen. Zu Proviantplätzen waren ausdrücklich Hamburg, Bremen und Braunschweig bestimmt. Ueberhaupt sollten die Städte zu besonderen Leistungen herangezogen werden, da ja diese ganze Expedition auch ihrer Vertheidigung diente. Für den Fall daß ein Stand sich diesen Beschlüssen nicht fügen würde, erhielt der König die Vollmacht, im Einvernehmen mit den ständischen Zugeordneten denselben auf irgend welche Weise zu nöthigen, seine Schuldigkeit zu thun. Die Städte des Kreises aber werden hoffentlich die ganze Verfassung mit beiden Händen „amplectieren." Wenn diese Pläne ins Werk gestellt sind, wird auch Kursachsen und der ganze obersächsische Kreis ersucht, mit Hand ans Werk zu legen und sich gleichfalls zu einer ähnlichen Defensionsverfassung zu bequemen. Um Verdacht zu vermeiden, beschloß man endlich nicht nur dem Kaiser selbst, sondern auch auswärtigen Fürsten besondere Anzeige zu erstatten. Der Beschluß galt überhaupt nur als ein vorläufiger, den ein neuer allgemeiner Kreistag noch zu genehmigen hatte. In eine Friedensverhandlung durfte kein Theil ohne die Genehmigung des andern, d. h. der König nicht ohne die Genehmigung der niedersächsischen Fürsten und diese nicht ohne ihn eintreten.

Und zu welchem Zwecke wird diese Armee geworben? „Damit Gottes Ehre dadurch fortgepflanzet, der Religion- und Profanfriede, auch die deutsche Libertät und Freiheit herwider gebracht, Recht und Gerechtigkeit

geschützet, floriren und prosperiren, des ganzen Reichs Prosperität und Wolfahrt gesuchet, und also das publicum befordert, und dann den sämtlichen Fürsten und Ständen des Kreises ihre rühmliche Sorgfalt unnachläßig und unaufhörlich nachgerühmt werden möge."

Dies sind die Hauptpunkte, über welche die Fürsten in diesen Tagen schlüssig wurden, und welche sie am 4. April durch Hand und Siegel bekräftigten. Man übergab sie nun den Räthen, um sie in der Kreisversammlung, — denn als solche haben die Fürsten diesen Tag von Lauenburg nicht betrachtet, obwol ihn der König selbst so genannt hat, — durchzusetzen. Bis das geschehen war, verpflichtete man sich zur Geheimhaltung des ganzen Vorgangs. Später wollte man nicht nur dem Kaiser, sondern auch auswärtigen Mächten Mittheilung machen.

Allein dieser Abschied vom 4. April ist nicht das einzige officielle Document, welches uns über die im Einzelnen noch sehr dunkeln Vorgänge dieser Fürstenversammlung Kunde gibt. Dieselbe einigte sich vielmehr am nächsten Tage zu einem neuen Receß, welchen auch die Kunde von den Vorgängen zu Lüneburg mit hervorgerufen zu haben scheint. Auffallender Weise war hier nämlich nicht Christian IV., sondern Friedrich Ulrich zum Kreisobersten gewählt worden. Selbst die Vertreter des Administrators Christian Wilhelm, welcher in Lauenburg für den König gestimmt hatte, hatten ihm im Einverständnis mit dem Domcapitel von Magdeburg ihre Stimme gegeben. Friedrich Ulrich ließ jedoch die Wahl von vorn herein in richtiger Schätzung seines persönlichen Wollens und Könnens durch seine Räthe ablehnen. Diese selbst aber waren nun in der Lage, sich von ihren Herren neue Instructionen zu erbitten. Diese im Sinne der Vereinbarung vom 4. April zu ertheilen, machten sich die Fürsten darauf noch in einem besonderen Receß anheischig und verpflichteten sich dabei nochmals zur Berufung eines neuen Kreistags, für welche sie ihre Räthe auf die Tripelhilfe in Triplo, „so lange nämlich die nöthig," instruieren wollten. Dieser Receß unterscheidet sich auch noch dadurch von dem vorigen, daß er den defensiven Charakter der Rüstungen weit stärker betont. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß dieselben nach Ausweis der Reichs- und Kreisordnungen und Abschiede nur zur erlaubten Vertheidigung sowie zur Erhaltung des Friedens und der Einigkeit im niedersächsischen Kreise dienen sollten. Dieser letzte Receß ist nun auch der zur Mittheilung an den Kaiser bestimmte: er wurde nur in drei Exemplaren ausgefertigt, von denen Ferdinand II., Christian IV. und Christian Wilhelm je eins erhielten.

Der Kreistag von Lüneburg.

Der wirkliche Kreistag[1] wurde am 24. März n. St. zu Lüneburg eröffnet. Die Hauptsache, welche er zu erledigen hatte, war die Neuwahl eines Kreisobersten, wozu ja auch der Kaiser selbst oft gemahnt hatte. Allein eben so wenig, wie sich alle Fürsten des Kreises zu Lauenburg einfanden, beschickten auch alle Stände diesen Kreistag. Die drei Reichsstädte Goslar, Nordhausen und Mühlhausen ließen sich nicht vertreten, sondern versprachen nur, einen Majoritätsbeschluß gleichfalls zu genehmigen. Lübeck dagegen hatte sich weder vertreten lassen noch irgend eine Erklärung übersendet. So waren es denn der Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm, ferner Johann Friedrich, als protestantischer Bischof des Stiftes Bremen und Lübeck, der Herzog Christian der Aeltere von Lüneburg, ferner Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, das Domcapitel von Halberstadt, die mecklenburgischen Brüder, Christian IV. als Herzog von Holstein, Herzog Friedrich von Holstein, ferner der Erzbischof von Köln als Administrator von Hildesheim, der Herzog August zu Sachsen, der Erzbischof Johann Friedrich zu Bremen, das Stift Schwerin und Herzog August als Bischof von Ratzeburg, welche hier zusammentraten. Der König hatte nicht nur als Herzog von Holstein, sondern auch für das Stift Schwerin einen seiner vertrautesten Politiker, den Propst des Klosters Uetersen Siegfried v. Pogwisch, entsendet. Sehr ungern und unter ausdrücklicher Anerkennung seiner dem Kreise geleisteten Dienste entließ man Christian den Aeltern seines Amtes und schritt zur Neuwahl, welche merkwürdiger Weise trotz der Anwesenheit eines dänischen Bevollmächtigten auf den Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, vielleicht den zu einem solchen Amte am wenigsten geeigneten Fürsten des Kreises, fiel.

Ob die wolfenbüttelischen Räthe diesen Beschluß selbst mit herbeigeführt haben, können wir nicht entscheiden. Zwei derselben, den Statthalter Ernst v. Steinberg und den Kanzler Eberhard v. Weihe werden wir auch später noch als beharrliche Gegner des Dänenkönigs mit seiner ganzen Kriegsunternehmung kennen lernen. Nur der Vicekanzler Johann Eberhard Sohn zu Elz mag vielleicht schon damals einem energischeren

[1] Von diesem Kreistage wissen wir nicht sehr viel. Vgl. Lenthey II. 1305. Klepp. Tilly I. 209. Die im Texte mitgetheilten Notizdaten stammen aus dem Kreisabschied Lüneburg 24. März n. Acta. Seine Kenntniß verdanke ich der Güte des Herrn Geheimerathsrath und Archivars v. Schmidt-Phiseldeck in Wolfenbüttel.

Vorgehen gegen die katholischen Mächte geneigt gewesen sein. Der Herzog aber hatte sie alle ausdrücklich angewiesen, ihre Stimme Dänemark zu geben und ihnen befohlen, den Kreistag sofort zu verlassen, wenn man ihn selbst wählen würde, und nur nach der Wahl eines andern Kreisobersten wider zu besuchen. Und trotzdem wurde Friedrich Ulrich und zwar, nach einer freilich spätern und nicht ganz verdachtsfreien Ueberlieferung, beinahe einstimmig gewählt. Auch die magdeburgischen Vertreter ertheilten ihm ihre Stimme.

Der Administrator hatte im vollen Einklange mit dem Domcapitel seine Abgeordneten ausdrücklich dahin instruiert. Erst nach der Abreise der Gesandten ließ er denselben Vorstellungen über die Nothwendigkeit einer neuen Defensionsverfassung machen, ohne indessen die Herrn davon zu überzeugen. Sie mahnten im Gegentheil ab.

Eine, wie es scheint, mehrfach widerholte Abstimmung lieferte kein anderes Resultat.

Auf die Nachricht von seiner Wahl hat der Herzog von Wolfenbüttel durch seine Vertreter „mit Einführung vielerhand Ursachen" sich entschuldigt und den Ständen sogar erklären lassen, ehe er das Amt auf sich nähme, würde er die ganze Sache vor den Kaiser bringen, und sich nur dessen Entscheidung fügen![1]

Ein günstiger Zufall hat eine Kunde von den Gründen aufbewahrt, welche Friedrich Ulrich den magdeburgischen Gesandten für seine ablehnende Antwort zugehen ließ. Er warf ein, daß der Kreis weder seinem Vater noch ihm die bei verschiedenen Veranlassungen aufgewendeten Vorschüsse zurückerstattet habe, und wies dann insonderheit auf die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit im Herzogthum Braunschweig und im Stift Halberstadt hin, welche ihn trotz seiner guten Absicht beim Kaiser in einen Verdacht gesetzt hätten, den er bis jetzt noch nicht zu beseitigen vermocht habe. „Wenn er das Amt auf sich nehme und sich etwas zutrage, wozu könnte das ihm und dem Kreise ausschlagen?" Der Hauptgrund freilich wird in diesem Schriftstück nicht ausgesprochen. Wie hätte Friedrich Ulrich, der dem Könige jedenfalls in Lauenburg seine Stimme bereits gegeben hatte, gestatten können, daß man in Lüneburg ihn selbst, der eines schützenden Armes so sehr bedürftig war, seinem Schutzherrn und Oheim gegenüber stellte?

1) Was auf Befehl . . . wegen des Kreisobersstenamtes durch mich am 20./30. März 1625 den H. magd. Gesandten angezeigt. Das anonyme Schriftstück ist nicht von einer Kanzleihand geschrieben; möglicher Weise rührt die Niederschrift von dem Kammersekretär Leonhardt her. Herz. Arch. in Wolf. Einige Schreiben den zu Lüneburg d. 14./24. März 1625 gehaltenen Kreistag betr. XVII. 5.

Hierauf hat die Majorität der ständischen Vertreter neue Instructionen von ihren Herrn eingeholt. Die Wahl des Königs ward durch dieselben gesichert. Allein es war gleichwol eine Majoritätswahl, der sich sogar Christian Wilhelm nur ungern gefügt haben will. Er hat später ausdrücklich erklären lassen, daß ihm Friedrich Ulrichs Wahl erwünschter gewesen sein würde.[1] Wahrscheinlich bestand die Majorität der Gesandten, welche den König zu Lüneburg wählten, aus den Vertretern derjenigen Fürsten, welche ihm persönlich zu Lauenburg das Amt übertrugen. Die Städte, um es noch einmal zu bemerken, haben sich an keiner dieser Verhandlungen betheiligt. Das Stift Halberstadt legte später Protest gegen die Beschuldigung der Theilnahme an diesen lüneburger Beschlüssen ein: es stellte die Behauptung auf, die Vertreter des Administrators hätten die halberstädter Stimme mit Unrecht geführt, da ihrem Herrn die völlige Administration des Stiftes noch nicht überwiesen war.

Ueber eine neue Kreisdefension aber hat dieser Kreistag, welcher sich noch mit der Befriedigung der Officiere der im Jahr 1623 gegen Christian den Jüngern aufgebotenen Kreisarmee beschäftigte, nicht einmal eine Berathung angestellt. Der Kreis als solcher hat damals nicht im Entferntesten eine oppositionelle Stellung gegen den Kaiser eingenommen. Die Stände bezeichneten die Beschuldigungen, welche ihre Treue in Zweifel zogen, als ungebührlich, und die Vorwürfe, als ob sie verdächtige Werbungen gegen Kaiser und Reich verstattet hätten, als unbegründet. Ja um jedem weiteren Verdachte vorzubauen, vereinigten sie sich endlich durch „allgemeinen Schluß" zu der ausdrücklichen Erklärung, „daß man nochmals bei der Kais. Majt. Devotion allerunterthänigst beharren" wollte. Man beschloß ferner eine Erneuerung und Verschärfung der bereits gegen Werbungen erlassenen Verbote, denen man eine unnachsichtliche Ausführung zusicherte.

Allein immerhin hatten die dänischen Bestrebungen durch die Wahl des Königs von Seiten der Stände in einer legal ausgeschriebenen Versammlung eine nicht geringe Förderung erfahren. —

Auf dem letzten im Juni 1624 zu Lüneburg abgehaltenen Kreistage war man noch nicht im Stande gewesen, die vom Jahr 1623 her noch rückständigen Kosten für die Kreisarmee abzutragen, sondern mit einer Summe von 83,672 Thalern ein Rest geblieben, von welcher Herzog Georg selbst als Kreisgeneral ungefähr 24,582 Thaler beanspruchte. Darauf

1) Diese Nachrichten stammen aus einer Instruction Christian Wilhelms an sämtliche magdeburgische und halberstädtische Landstände. Lübeck 3. März (a. St.?) 1630. Staatsarchiv zu Magd. Erzstift Magd. II. 709.

waren noch bis zum März des laufenden Jahres gegen 18,000 Thaler abgezahlt worden, so daß immer noch eine Schuld von etwa 62,000 Thalern übrig blieb, als man sich in Lüneburg zur Wahl eines Kreisobersten entschloß. Auch von dieser Summe wird nun freilich noch etwas in Lüneburg selbst und später getilgt sein.

Allein es wurden damals an die Kreiskasse auch noch andere Anforderungen gestellt und zwar gerade von Friedrich Ulrich. Die wolfenbütteliſchen Truppen hatten im Herbst des Jahres 1621 die auf dem Eichsfeld auftauchenden Schaaren des Herzogs Christian zersprengt, und der Herzog liquidierte dafür die Kosten vom Kreise. Ebenso erhob er von der im Jahre 1622 an die Infantin abgeordneten Gesandtschaft her noch Ansprüche an die Kreiskasse. Die Stände erkannten indessen weder die eine noch die andere Forderung an, und auch der König mahnte noch von Segeberg aus (3./13. April) den Neffen, die Angelegenheit ruhen zu lassen, da die Forderungen doch nur auf schwachen Gründen beruhten.

Dagegen scheint der Vorschlag, eine feierliche Gesandtschaft nach Wien abzuordnen, sich allgemeiner Zustimmung erfreut zu haben. Am Jubilatesonntag (20. April) sollte dieselbe von Leipzig aufbrechen. Sie war nicht nur beauftragt, die Befreiung der mit Einquartierung belegten Stände und eine Sicherstellung des Kreises durch Abführung der Truppen von den Grenzen durchzusetzen, sondern auch eine Aenderung der Kirchenpolitik des Kaisers, so weit sie sich auf den Kreis bezog, herbeizuführen. Der Kaiser sollte ersucht werden, den Reichshofrath zu veranlassen, die bischöflichen Rechte evangelischer Landesherrn ehemals geistlicher Gebiete ungeschmälert zu lassen und in den kaiserlichen Mandaten im Betreff der Wahl katholischer Pfründenbesitzer eine solche Moderation zu brauchen, daß die Evangelischen mit „geschwinden Anordnungen" verschont würden. Friedrich Ulrich beklagte sich noch besonders über die Reformation auf dem Eichsfelde, wo man auch die Unterthanen seines Gerichts Bodenstein unter harten Bedrohungen wider zum Katholicismus nöthigte. Schon jetzt ertönt die Klage, daß „unser gemeines Vaterland deutscher Nation zu Sumpf und Boden gehen muß." Dieses die Aufträge der Gesandtschaft enthaltende Schreiben ist von der bei weitem größten Majorität der Stände unterzeichnet worden, namentlich auch von Christian dem Aeltern und den Städten. Unter den letztern erließ jedoch Lübeck noch eine besondere Verwahrung über die Bedeutung und den Sinn der Beitrittserklärung, aus welcher man deutlich erkennt, wie weit die Stadt davon entfernt war, selbst für die confessionellen Interessen ihrer Mitstände einzutreten, und erbat sich sogar eine Bescheinigung über das richtige Eintreffen dieser Verwahrung bei Friedrich Ulrich!

Allein jene Gesandtschaft ist nicht wirklich nach Wien abgegangen. Dagegen hat die erwähnte Fürbitte und zwar vermittelst eines Schreibens[1] das Ohr Ferdinands II. wirklich erreicht, allein natürlich ohne es zu rühren.

Der officielle Schluß des Kreistags fand am 10. April n. St. statt. Der König wartete denselben nicht in Lauenburg ab, sondern begab sich schon einige Tage vorher nach Segeberg.

Hat nun der König in Lauenburg die Fürsten auch mit seinen auswärtigen Beziehungen namentlich zu Frankreich bekannt gemacht? Wir glauben nicht, daß er seine Bundesgenossen wenigstens in die Einzelheiten gerade dieser Verabredungen eingeweiht hat.

Dagegen wird man sich schwer vorstellen können, daß der Bund, welcher die Pferde an fremde Zäune binden wollte, sich nicht schon bei seiner Gründung mit der Frage der Restitution der Pfalz beschäftigt habe. Sollten die Fürsten keinen geheimen Sinn mit diesem Worte verbunden haben? Von einem derselben wenigstens steht es fest, daß er von der Tragweite dieser Beschlüsse von Anfang an unterrichtet war, vom Herzog Friedrich von Holstein. Der König selbst hatte ihm schon im Januar die bereits erwähnte offne Mittheilung zugehen lassen. Friedrich Ulrich freilich berief sich einige Jahre später gerade auf das Zeugnis dieses Fürsten, daß er sofort feierlich erklärt habe, sich an keinerlei Verbindungen wider den Kaiser oder andere gehorsame Fürsten und Reichsstände zu betheiligen.[2]

1) Christian Wilhelm ließ unter dem 23. April a. St. ein solches dem Inhalte der lüneburgischen Beschlüsse gemäß abfassen und durch die Stände unterzeichnen. Jene Verwahrung Lübecks an die ausschreibenden Fürsten ist vom 25. Mai a. St. Die Stadt hatte unterschrieben, damit es nicht das Ansehn gewinne, als ob sie „die Interessierenden an deren Nutzen verhindern wolle.“ Allein sie verwahrt sich, daß uns solches zu keiner nachtheiligen Consequenz gereichen solle und wir weder itzo noch künftig sowol in Religions- als anderen Sachen anderer Fürsten und Stände sonderbare Tractaten und Vorgleichung uns vorbinden lassen, auch zu ferner Deduction und Behauptung aller oder etzlicher in dem Schreiben begriffener Punkte nicht gehalten sein.“ Die Untersiegelung soll nur „zu einer allerunterthänigsten Intercession und Fürbitte für die Interessierenden und zu Beförderung gemeinen Friedens und Wolstands“ gedeutet werden. Herz. Arch. in Wolfenbüttel. Actenstücke von dem auf den 2. Maij 1625 nach Braunschweig ausgeschriebenen Kreistage XVII. 5. Nr. 163.

2) Kurtze Gründliche Information 21.

Die Vereinbarungen Christians IV. mit dem Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg und dem französischen Gesandten des Hayes.

Die Versamlung in Lauenburg war kaum zusammen getreten, als sich Christian IV. auch mit dem Kurfürsten von Brandenburg in engere Verbindung setzte. Er fertigte bereits am 1. April Gabriel von Donop mit einer Einladung zu einer persönlichen Zusammenkunft ab. Der Kurfürst schlug hierzu den östlich von Wittstock gelegenen Flecken Zechlin vor, womit sich der König nach einigem Zögern auch einverstanden erklärte. Es war nun die Frage, wie sich Schweden und Brandenburg zu der Sache stellen würden, oder um es deutlicher zu bezeichnen, ob es dem Könige gelingen würde, die Betheiligung Schwedens auf jenes Maß zurückzuführen, welches ihm selbst die Führung der ganzen Angelegenheit und eine beträchtliche Unterstützung außerdem sicherte. Dem Plane, etwa neben seiner Armee eine schwedisch-brandenburgische auf deutschem Boden aufzustellen, wollte er aus allen Kräften entgegenarbeiten. Er fürchtete, daß dies seine eignen Rüstungen nur beeinträchtigen, und am Ende gar Tilly zu einem um so schleunigeren Angriff auf die niedersächsisch-dänische Armee veranlassen werde. Dann war doch immer der Fall möglich, daß er geschlagen wurde oder sich wenigstens zurückziehen und den niedersächsischen Kreis dem Feinde Preis geben mußte. Erklärten sich dagegen Schweden und Brandenburg für ihn, so konnte das letztere unter der Hand rüsten und auf jeden Fall sein eignes Gebiet vorläufig vor Durchzügen bewahren. Und Schweden hatte sich doch dem französischen Gesandten gegenüber bereits anheischig gemacht, dem Kurfürsten von Brandenburg oder irgend einem andern deutschen Fürsten 4000 M. zuzusenden, welche im Mai eintreffen sollten.

Lauenburg hat der König am 5. April verlassen und ist nach einem längeren Aufenthalte in Segeberg am 19. April in Zechlin eingetroffen. Wie weit hier seine Verhandlungen mit dem Kurfürsten gediehen sind, vermag ich nicht mit Sicherheit anzugeben. Der König übergab dem Kurfürsten eine Denkschrift,[1] welche aber schwerlich seine eigentlichen und letzten Forderungen enthielt. Er versicherte, daß ihn zu seinen Rüstungen auch die Mittheilung des englischen Gesandten nicht wenig bewogen habe, nach welcher Gustav Adolf und eben der Kurfürst sich an denselben betheiligen wollten. Nun waren ihm widerum aus England vor

1) Ein Theil derselben, wenn auch wahrscheinlich nicht in originaler Form, ist von Molbech S. 221 abgedruckt.

14 Tagen die schwedischen Anerbietungen und Gegenforderungen zugegangen, welche einen bedeutenden Eindruck auf ihn gemacht hatten. Er erklärte dem Kurfürsten, er wisse dieselben nicht zu verbessern, und hegte nur Zweifel an der rechtzeitigen Ausführung dieser Vorschläge, welche ja immer noch der förmlichen Beschlußnahme aller Betheiligten unterliegen sollten. Trotzdem aber machte er dem Kurfürsten den merkwürdigen Vorschlag, Gustav Adolf aufzufordern, die dänische Armee, d. h. die bisher im niedersächsischen Kreise aufgestellten Truppentheile mit der seinigen gegen Rückerstattung der Kosten zu vereinigen. Als ob der König ein deutlicheres Bewußtsein davon gehabt habe, daß er der ganzen Angelegenheit nicht gewachsen sei, begründete er den Vorschlag mit den Worten, „er wolle nicht das Ansehn haben, als ob durch ihn etwas ins Stocken gekommen sei, viel weniger, wenn sich künftig ein Unglück zutrüge und alles nicht den vorgesetzten Zweck erreiche, man sagen solle, als ob J. K. M. dem Werke mehr hinderlich denn beforderlich gewesen, und daß alles besser gegangen wäre, wann den und den Vorschlägen nachgegangen wäre."

So deutlich sich jedoch in diesen Worten das geringe Maß von Selbstvertrauen, welches dem Könige innewohnte, kund gibt, so wenig war es demselben mit dem Hauptvorschlage, seine Armee abzutreten und sich ganz zurückzuziehen, wirklich Ernst. Er wollte den Kurfürsten, für welchen er auch ein gutes Lockmittel zur Hand hatte, nur erschrecken und wußte recht gut, daß sich Gustav Adolf auf ein derartiges Abkommen niemals einlassen würde.[1]

Sicherlich ist es nun zwischen beiden Fürsten nicht zu einem förmlichen schriftlichen Vertrage gekommen. Allein der Kurfürst hat sich den Forderungen des Königs doch wol auch nicht vollständig abgeneigt gezeigt. Zum Beweis hierfür dient die nicht unbedeutende Gegenleistung, welche der König übernahm: er versprach dem Kurfürsten eine Truppenabtheilung von 4000 M. Fußvolk und 500 Pf. zu Gebote zu stellen, um diejenigen Puncte im Cleve'schen, welche der Pfalzgraf von Neuburg widerrechtlich occupiert hatte, wider in Besitz zu nehmen. Georg Wilhelm aber wollte hierzu 6 Feldstücke und 2 halbe Kartaunen von Küstrin absenden. Der Kurfürst ernannte darauf den Oberstlieutenant Lohausen zum Generalkommissar über diese Truppen. Allein wie es sich nun mit den branden-

1) Das von Mollbech S. 221 abgedruckte Actenstück stimmt im Ganzen mit den Nachrichten des Berl. Geheimen Staatsarchivs überein, nur wird das Zugeständnis des Königs an den Kurfürsten mit Stillschweigen übergangen. Die berliner Aufzeichnung trägt das Datum des 20. April.

burgischen Zusagen auch verhalten mag, zunächst hielt man doch auch hier noch am schwedischen Plane fest. Der Kanzler Pruckmann regte sogar den Gedanken einer persönlichen Zusammenkunft beider Könige wider an, um die widerstreitenden Interessen am schnellsten mit einander in Einklang zu bringen. Ferner mußte Götz sofort im Gefolge des Königs sich nach Dänemark begeben, um mit einem dänischen Gesandten Gustav Adolf aufzusuchen. Beide Diplomaten sollten über die Leitung der ganzen Angelegenheit einen Vergleich zwischen beiden Königen stiften, und dann wollte man den Convent im Haag beschicken. Den Kurfürsten von Brandenburg hatte, um auch dies nicht zu übergehen, Graf Schwarzenberg nach Zechlin begleitet, den der König wie auch die übrigen brandenburgischen Herrn mit reichen Beweisen seiner Huld begnadete.

Daß Christian IV. aber das Resultat dieser Besprechung nicht sehr erfreulich fand, leuchtet ein: nachdem er im niedersächsischen Kreise einen so bedeutenden Erfolg errungen hatte, sollte er sich im Haag von seinen Verbündeten ein bestimmtes Programm und vielleicht die Genossenschaft Gustav Adolfs aufnöthigen lassen!

Nachdem der König auch noch in Bützow einige Tage verweilt hatte, betrat der neue deutsche Kreisoberst am 25. April wider den Boden der Heimat. Auch Sigismund v. Götz begleitete ihn. —

Nach einem zweiwöchentlichen Aufenthalte in Stockholm hatte sich der französische Gesandte des Hayes wider in Kopenhagen eingefunden. Er traf jedoch den König nicht mehr anwesend, sondern mußte vierzehn Tage auf ihn warten: erst am 20./30. April hat er abermals mit Christian IV. verhandelt.[1] Bei seiner Abreise von Stockholm war Gustav Adolf noch ohne bestimmte Nachricht darüber gewesen, daß sich England mit den dänischen Vorschlägen vollständig einverstanden erklärt hatte.

Des Hayes bat jetzt Christian IV. zuerst, sich in einem Zwist zwischen der Stadt Bremen und dem Grafen von Oldenburg ins Mittel zu legen und bot auch französische Dienste in dieser Frage an. Die Hauptsache seines Anbringens bestand jedoch in der Mittheilung, daß Ludwig XIII. sich nicht nur Mansfelds annehme, sondern auch seine elsässische Armee, welche ausschließlich für die deutschen Wirren bestimmt sei, verstärkt habe. Diese letztere sollte den König nach den von ihm selbst ertheilten Rath-

1) Propositions faites par le Sr. Ambassadeur de France à sa Maté de Dannemarc le 30. jour d'Auril 1625. Serenissimi Daniae, Norvegiae etc. Regis responsum ad capita propositionis a Christianissimi Franciae et Navarrae Regis legato Mti Ipsius oblatae 20. April (auf der Rückseite 21. April) 1625. Copien im Kgl. Geh. Arch. zu Kop.

schlägen unterstützen. Ludwig XIII. verpfändete ferner sein Wort dafür, ohne Wissen des Königs und ohne eine vollständige Befriedigung aller seiner Bundesgenossen in der deutschen Frage auf keinen Vergleich einzugehen. Der dritte Punkt betraf den Abschluß eines förmlichen Bündnisses, wie es Christian IV. in seiner Antwort auf die ersten französischen Anerbietungen gefordert hatte. Obwol man dagegen von Seiten Frankreichs dieselbe Einwendung erhob, welche man den so oft widerholten englischen Gesuchen um ein Offensivbündnis entgegen hielt, daß dasselbe im Augenblicke nur dazu dienen würde, die geistlichen Kurfürsten um so inniger mit dem Hause Habsburg zu verbinden und die Widereinsetzung des Kurfürsten von der Pfalz zu erschweren, sollte der Gesandte doch wenigstens die Verhandlungen darüber mit dem Kanzler Ulfeld beginnen. Noch einmal ferner machte die französische Politik den Versuch, auch den Erben des zweitgrößten protestantischen Königreichs in Europa mit einer katholischen Fürstentochter zu verbinden. Der fünfte Punct betraf den Schadenersatz der beiden Franzosen de la Chapelaine und du Quesne, welcher auf 60,000 Livres geschätzt wurde.

An der Antwort des dänischen Königs vom gleichen Tage fällt nun zunächst ein gewisser kühler Ton auf. Die Anerbietungen seines Bundesgenossen, wenn wir Ludwig XIII. so nennen dürfen, scheinen Christian IV. nicht gerade befriedigt zu haben. Ja er weist sogar die französische Einmischung in die bremisch-oldenburgische Angelegenheit mit dem Bemerken zurück, daß sein eigner Einfluß auf beide Theile wol hinreichend sein werde, sie von Unternehmungen zurückzuhalten, welche das öffentliche Wol, d. h. also hier die von ihm vertretene Sache schädigen könnten. Noch weniger verhehlt der König seinen Missmuth im Betreff des Angebots einer kriegerischen Diversion. Er zweifelt, ob die französische Armee im Elsaß, ob ferner Mansfelds Heer seiner Unternehmung und seinen Plänen die erwartete Unterstützung gewähren könne. Da jene nur in entfernten Landstrichen operieren werden, und der Feind sich nun über fast ganz Niedersachsen und Westfalen ausgebreitet hat, da ferner den König seine Bundesgenossen, auf deren Unterstützung ihm Hoffnung gemacht worden ist, nun im Stich lassen, so wird ihm die Nothwendigkeit, falls er allein gelassen wird, solche Maßnahmen an die Hand geben, welche den Erfolg des ganzen Unternehmens außerordentlich in Frage stellen können. Ueber die Zusage im Betreff eines etwaigen Friedensschlusses äußert sich Christian IV. dagegen sehr erfreut, obwol er freilich dem französischen Anerbieten einen ihm fremden Sinn unterlegt. Während dieses nur von einer Mittheilung zur Kenntnisnahme (advis) und von einer Zufriedenstellung der Verbündeten spricht, glaubt er hierin das Zugeständnis

erblicken zu dürfen, daß Frankreich ohne seine und der Verbündeten Zustimmung[1] überhaupt keinen Frieden eingehen werde. Ferner ertheilt der König zwar ein sehr unbestimmtes Versprechen im Betreff des auch von ihm nicht ernstlich erstrebten Bündnisses, weist aber die seinem Sohne angesonnene Verbindung mit einer dem französischen Königshause verwandten Fürstin unter Berufung auf dessen noch jugendliches Alter und auf die ungeeigneten Zeitverhältnisse in übrigens verbindlichen und schmeichelhaften Formen nochmals zurück. Auch die letzte französische Forderung scheint er nur theilweise anerkannt zu haben.

Aus diesen Verhandlungen, welche wir offenbar nur unvollständig kennen, geht hervor, daß zwischen beiden Mächten von Anfang an keineswegs das beste Einverständnis obwaltete. Die Ansprüche Christians IV. hatte Frankreich offenbar nur theilweise befriedigt: den französischen Einfluß in Deutschland nicht weiter um sich greifen zu lassen, ist der protestantische König sichtlich bemüht. Auffällig ist jedoch ferner, daß in allen diesen Verhandlungen niemals Englands gedacht wird.

Allein Richelieus deutsche Politik geht vollständig eigne Wege und vermeidet es daher auch, in dieser England so nahe angehenden Sache in ausdrücklicher Gemeinschaft mit ihm aufzutreten. Denn sie ist schon jetzt auf das Ganze gerichtet: sie erstrebt das Schiedsrichteramt nicht etwa zwischen dem Pfalzgrafen und dem Kaiser, also in einer offenbaren Reichssache, sondern zwischen dem König von England und allen den gegnerischen Mächten, welche an dieser Reichssache irgendwie betheiligt sind. In derselben Zeit, wo des Hayes eifrigst bemüht ist, beide nordische Könige gegen Habsburg und die Liga ins Feld zu führen, verspricht Ludwig XIII. in einem Schreiben an die geistlichen Kurfürsten bei dem Könige von Großbritannien seine Fürsprache einzulegen, damit er seinen Eidam zur Satisfaction an den Kaiser vermöge. Das Schreiben erinnert und zwar mit gutem Recht an die Vortheile, welche den geistlichen Kurfürsten der durch französische Vermittelung herbeigeführte Vertrag von Ulm gewährte, und gedenkt dann der erfolglosen Absendung Vaubecourts im vorigen Jahre. Trotzdem versichert der König, daß er weder seine Waffen noch seine Staaten noch sein Blut für das Wol der katholischen Kirche sparen werde, als deren eifrigsten Diener er sich bekennt. Bei seiner Vermittelung ferner werde der König von England nicht daran denken, Mansfeld in das Reich, d. h. wie damals gefürchtet wurde, durch die geistlichen Fürstenthümer in das Elsaß zu senden.

---

1) „absque communi et Majestatis Ipsius et principum sociorum consensu.“

Diesen französischen Vermittelungsversuch hatten die geistlichen Kurfürsten, wie wir gesehen haben, selbst veranlaßt. Derselbe blieb indessen zunächst erfolglos, nur Kurmainz mahnte Ludwig XIII. nochmals, seinem Einflusse auf England Nachdruck zu verleihen, ohne daß es übrigens auch nur die geringsten positiven Zusagen von Seiten der weltlichen Fürsten oder des Kaisers in Aussicht stellen konnte.

Der Kreistag von Braunschweig.

Die näheren Bestimmungen über die Aufstellung der Kreisarmee und ihre Unterhaltung behielt man in Lüneburg einer abermaligen Kreisversamlung vor, welche am 2./12. Mai zu Braunschweig eröffnet werden sollte.[1] Das Einberufungsschreiben Christian Wilhelms trägt das Datum des 2./12. April. Auch die in Lüneburg in der Minorität gebliebenen Stände wie der Herzog Christian von Celle, der Kurfürst von Köln als Administrator des Stifts Hildesheim, die Stadt Lübeck und andere sendeten ihre Bevollmächtigten hierher, nur die drei Reichsstädte Goslar, Mühlhausen und Nordhausen nahmen auch an diesem Tage nicht Theil. Dagegen begab sich der Vertreter der Generalstaaten Foppius van Aitzema auf besondere Einladung gleichfalls nach Braunschweig.

Die Stände beschlossen hier die Tripelhilfe in Triplo aufzubringen und das Volk so lange zu erhalten, als die Gefahr überhaupt dauern würde. Sie ersuchten ferner den König, die Armee schleunigst aufzustellen und auch die Kosten vorläufig vorzustrecken. Dagegen wurde über die Art und Weise, die Kriegskosten zu erheben, keine Einigung herbeigeführt, da gerade die vornehmsten Stände wie Braunschweig, Magdeburg und Dänemark sich zur Steuer des hundertsten oder funfzigsten Pfennigs nicht verstehen wollten. Säumige Stände zur Zahlung auf irgend eine Weise anzuhalten, stellte man dem Ermessen des Königs selbst anheim. Die ganze Aufstellung der Armee so wie ihre Musterung und Verpflegung und endlich natürlich die Führung wurde Christian IV. gleichfalls übertragen: ihm *und* dem Kreise sollte die Armee vereidigt werden. Denn der König blieb doch auch an die Zustimmung der Stände, d. h. ihrer in seiner Umgebung als Nach- und Zugeordnete befindlichen Vertreter gebunden.

---

1) Der Kreisabschied wurde am 16./26. Mai publiciert (Mecklenburgische Apologie Beyl. S. 297 ff.). Wahrscheinlich bezieht sich auch das von Molbech a. a. O. S. 185 ff. mitgetheilte Actenstück auf diesen Kreistag, wie schon aus der Bezeichnung „neuerer Convent" hervorzugehen scheint.

Keinem Stande sollte mehr Volk, als seine Tripelhilfe in Triplo betrug, einquartiert, die Einquartierung selbst unmittelbar durch die Landesbehörden vorgenommen und die Kosten und Lasten derselben vergütet werden! Dem Herkommen gemäß hätten die Stände auch die Artillerie samt allem Zubehör stellen müssen. Indessen da man nicht hoffen durfte, daß sich die Minorität auch wirklich fügen würde, ersuchte man den König, die Artillerie aus eignen Mitteln leihweise aufzubringen und sagte ihm eine Entschädigung zu. Zum Kriegsrath des Königs sollte wenigstens einer der Kreisfürsten in Person oder in Vertretung eines kriegskundigen Rathes herangezogen werden. Weder der König noch seine Bundesgenossen durften sich auf einseitige Friedensverhandlungen einlassen.

Ausdrücklich wurde auch hier noch einmal der Zweck der ganzen Werbung hervorgehoben. Diese Rüstungen waren weder zur Beleidigung irgend eines Reichsstandes noch des Kaisers selbst unternommen, sondern hatten nur die Beschützung des Kreises, die Handhabung des Religionsfriedens und der Ausübung der augsburgischen Confession „als des höchsten Kleinods der Welt" und endlich die Abwehr aller Einlagerungen und Feindseligkeiten zu ihrem Zweck. Deshalb machte man nicht allein dem Kaiser und Tilly, sondern auch dem obersächsischen Kreise Anzeige und ersuchte insonderheit die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen um eine ähnliche Bewaffnung und um Zuzug.

In dem Schreiben an den Kaiser versprach der Kreis ausdrücklich, sich in andere, ihn nicht angehende Sachen nicht mischen und fremder Händel nicht theilhaftig machen zu wollen, d. h. er erklärte, daß er mit dem pfälzischen Wesen nichts zu schaffen haben wollte.

An die dissentierende Minorität erließ man ein freilich ziemlich mild gehaltenes Mahnschreiben zum Beitritt, behielt sich aber, gestützt auf die Reichs- und Kreisabschiede, doch auch andere Schritte gegen dieselbe vor.

Denn auch diese braunschweigischen Rüstungen beruhten nur auf den Beschlüssen der lauenburgischen und lüneburgischen Stimmen.

Bei der ersten Berathung und Beschlußfassung über die Hauptfrage, ob man rüsten und zu diesem Behuf Kriegscontributionen auflegen wolle, blieben die Stimmen gleich. Mit Ja stimmten Magdeburg, Bremen, die beiden Mecklenburg, Dänemark und Stift Lübeck, während Lüneburg, Braunschweig, Sachsen-Lauenburg, Stift Ratzeburg und Stadt Lübeck die Frage verneinten. Am auffälligsten ist dabei, daß sich jetzt sogar Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel einem bewaffneten Auftreten des Kreises abhold erwies. Die Beschlüsse der lauenburger Versamlung scheinen ihm doch schwere Bedenken erregt zu haben: sonst hätte er seinen Gesandten nicht den Auftrag ertheilen können, sich in Braunschweig der Ausführung

dessen zu widersetzen, was er persönlich in Lauenburg schon bewilligt hatte. Denn die Erklärung, welche Heinrich v. Rantzau und Theodor Bussius, die Vertreter Christians IV. auf diesem braunschweigischen Tage einsandten, Friedrich Ulrich habe den lauenburgischen Schluß so heimlich gehalten, daß er ihn nicht einmal seinen Räthen mitgetheilt habe, ja er sei überhaupt, da ihm der Recess nicht nachgesendet wurde, der Meinung gewesen, daß man von der Ausführung dieser Beschlüsse Abstand genommen habe, — diese Erklärung wird doch wol auch der König nur als eine plumpe Bemäntelung des schüchternen Versuchs, den Rückzug anzutreten, betrachtet haben.

Nach dieser ersten Abstimmung wurden die Berathungen einige Tage ausgesetzt, weil die dänischen Gesandten Vollmacht für ihren Herrn als Herzog von Holstein und für seinen Sohn als Bischof von Schwerin erwarteten. Unterdessen aber bearbeitete man Friedrich Ulrich, bis er seinen Gesandten die entgegengesetzte Weisung ertheilte und somit zur Kriegspartei übertrat. Bei einer hierauf widerholten Abstimmung fand sich jedoch widerum Stimmengleichheit: die Kriegspartei zählte Braunschweig und Holstein eingeschlossen acht Stimmen, während ihre Gegner unter Zuzählung der Stimmen des Stifts Halberstadt und der Städte Mühlhausen und Goslar eben so viel herausrechneten. Allein die Vertreter des Administrators Christian Wilhelm beanspruchten jetzt auch das Recht der Stimmführung für das Bisthum Halberstadt; ferner stimmten die Dänen ohne genügende Vollmacht für das Stift Schwerin, und endlich wurde auch die Stimme der Stadt Nordhausen der Kriegspartei zugerechnet, obwol in dem städtischen Schreiben nur gesagt war, daß die Stadt „einem einhelligen Schlusse sämtlicher Stände zu Friede, Schutz und Wolfahrt dieses Kreises" ihre Zustimmung ertheile. Das Recht der Kriegspartei auf diese drei Stimmen wurde nun freilich von den Gegnern bemängelt, ohne daß sie jedoch im Stande gewesen wären, die ganze Abstimmung umzustoßen. Dazu besaßen sie eine viel zu geringe moralische Macht, die überdies noch durch die Annäherung des Dänenkönigs und den besorgnisvollen Hinblick auf die bereits in den Kreis einrückenden Heerestheile geschwächt wurde.

Auch wer dieses politische Rechenexempel der antidänischen Partei für unrichtig hält und in der That die Beschlüsse von Braunschweig als Majoritätsbeschlüsse anerkennt, wird zugestehen müssen, daß der Majorität eine ganz ansehnliche Minorität[1] gegenüber stand. Eigenthümlich

1) Sie bestand aus Lüneburg, Lauenburg, Ratzeburg, Hildesheim, Lübeck, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen.

genug befand sich das Stift und die Stadt Lübeck nicht auf ein- und derselben Seite.[1]

Am 11./21. Mai ist dieser folgenschwerste Beschluß niedersächsischer Kreisstände gefaßt worden.

Die in der Minorität gebliebenen Stände hielten sich im gläubigen Vertrauen auf die Versicherungen des Kaisers zurück und wollten wenigstens ohne den Rath des obersächsischen Kreises nichts vornehmen. Alle zusammen aber hegten doch bange Besorgnis nicht nur vor einem Marsche Tillys auf Göttingen, sondern auch vor einem Einbruch der Kosaken,[2] von denen 10,000 M. an den Grenzen des Kurfürstenthums Brandenburg stehen sollten. In der That bezeugte auch der Kaiser selbst, daß sie sich auf dem schlesischen Grenzgebiet gezeigt hatten.

Die ganze Kreisdefension, deren Unterhaltung die Stände auf sich nahmen, betrug 10,000 M. Fußvolk und 3000 Reiter. Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel stellte zu derselben 2352 M. Fußvolk und 515 Pferde.

Ein Vertreter des Kaisers ist merkwürdiger Weise auf diesem Kreistage nicht erschienen. Dagegen beantragte Ferdinand II. bei den ausschreibenden Fürsten die Berufung einer neuen Kreisversammlung, zu welchem auch er seine Bevollmächtigten schicken wollte. Auf diesen Antrag erfolgte natürlich ein ablehnender Bescheid. Andererseits aber lief ein Warnungsschreiben Tillys (v. 11. Mai) ein, welcher, gestützt auf den Reichsabschied zu Speier vom Jahr 1570, die Behauptung aufstellte, daß alle der Genehmigung des Kaisers entbehrenden Rüstungen verboten seien, und zum Gehorsam gegen das Reichsoberhaupt aufforderte, bei welchem sich die Stände seither so wol befunden hätten.

Während man sich so zu neuen Rüstungen anschickte, konnte man natürlich nicht an die Berichtigung der Rückstände aus dem Jahr 1623 denken und nahm nicht einmal die Rechnungen ab.

Wie viel nun von diesen Beschlüssen zur Wirklichkeit geworden ist, läßt sich sehr schwer nachweisen. Nur das glauben wir behaupten zu dürfen, daß das Kreiscontingent seine Sollstärke niemals erreicht hat, und daß nur diejenigen Stände überhaupt ihre Contributionen entrichtet haben, welche dem Zwange durchaus nicht auszuweichen vermochten.

---

1) Nach der dem Kurzen Apologetischen Bericht des Herzogs Christian von Celle einverleibten Denkschrift (Londorp I. S. 1307 ff.) Die Sache ist zuerst von Klopp, Tilly I. 253, beleuchtet worden.

2) Aitzemas Brief an die G.-St. Hamburg 18./28. Mai. R.-A. im Haag.

Der König selbst hielt sich während jener Tage in Segeberg auf, wo er am 14./24. Mai das Kreisoberstenamt förmlich übernahm und sofort auch dem Kaiser davon Anzeige machte. Als den Zweck der ganzen Aufstellung bezeichnete er die Sicherung des Kreises vor einem Ueberfalle Tillys und die Befreiung seiner eignen in demselben gelegenen Aemter — der wolfenbüttelischen Pfandbesitzungen — von den ligistischen Truppen. An demselben Tage aber beantwortete er auch ein Gesuch Ferdinands II. (vom 13. April), welches ihn um eine gütliche Verwendung bei dem Könige von England anging: er sollte an Jacob I. die Bitte richten, den bevorstehenden Deputationstag nicht durch „andere Verfassungen" zu vereiteln. Christian IV. lehnte dieses Ansinnen nun in ziemlich schroffer Weise, indem er sich sogar auf die Nichtbeantwortung der vom Grafen von Oldenburg überbrachten Vorschläge berief, ab und sprach nur die Hoffnung aus, der Kaiser werde dieselbe Gnade, welche er den Verführern des Kurfürsten von der Pfalz erwiesen habe, auch diesem selbst nicht versagen. —

Nach diesen so wenig erfreulichen und hoffnungsreichen Verhandlungen durfte sich also Christian IV. als der von einer Anzahl protestantischer deutscher Stände erkorene Schutzherr betrachten. Er selbst aber wollte seine durch das Aufgebot des niedersächsischen Kreises verstärkten Kräfte zur Erreichung eines weiteren Zieles, der Zurückführung des Pfalzgrafen und der Demüthigung der katholischen Partei überhaupt verwenden. Glückten die hierauf gerichteten Pläne auch nur anfangs oder zum Theil, so waren nicht nur seine eigentlichen Bundesgenossen, sondern auch die dissentierende Minorität der niedersächsischen Kreisstände auf lange Zeit, vielleicht für immer in die Machtsphäre der dänischen Krone hineingeschoben. Unter einem protestantischen Könige, welcher in einigen Landschaften des nördlichen Deutschlands wie ein eingeborener Fürst betrachtet wurde, welcher selbst ein Reichsstand war, begann eine Neubildung der Territorialverhältnisse, welche man nicht nur in Wien und München bereits damals fürchtete. Eine mehr oder weniger solidarische Verknüpfung der nordischen Erzbisthümer und Bisthümer mit dem lutherischen Königshause, eine schnellere und durchgreifendere Säcularisation derselben durfte man als den Anfang dieser Neubildung betrachten. Maß doch schon früher Gustav Adolf seinem Nachbar die Absicht bei, als „Generalbischof" über diese ursprünglich geistlichen Gebiete Norddeutschlands zu walten.

Allein so vielversprechend die neue Stellung des Königs zu sein schien, so hat er doch selbst am allerwenigsten sich einer längern Täuschung über die wirkliche und augenblickliche Lage der Verhältnisse hingeben

können. Denn auch die Vortheile dieser neuen Stellung konnte sich nur eine mächtige Persönlichkeit zu eigen machen, deren energischer, von stolzem Selbstbewußtsein getragener Wille jeden Widerspruch beseitigte, und deren Muth und Thatkraft auch die Kräfte der Schwachen verdoppelte.

Kaiser Ferdinand und Maximilian von Baiern in den ersten Monaten des Jahres 1625.

Ferdinand II. wollte längere Zeit, selbst noch im April den Meldungen über die Schwenkung des dänischen Königs keinen rechten Glauben beimessen. Ja auch über Bethlen Gabors Einverständnis mit den gegnerischen Mächten hat er sich noch länger sehr vertrauensvoll geäußert. Derselbe hatte dem ungarischen Kanzler nicht nur die Originale seiner Correspondenz mit Ludwig XIII., mit dem Pfalzgrafen, den Venetianern und Thurn zum Lesen, sondern sogar theilweise zum Copieren überreicht und beim Abschied zu demselben geäußert: wenn er mit dem Kaiser breche, solle ihn gleich das erste Mal, wo er zu Pferde steige, Donner und Hagel erschlagen.

Allein demungeachtet haben die Vorbereitungen Englands und Frankreichs zu einem neuen Restitutionskriege im Reich auch die Gegenpartei zur Samlung und Vereinigung ihrer Kräfte angespornt.

Man wollte in Spanien von einem engern Bündnis zwischen den genannten Staaten und Dänemark, Holland, Venedig, Savoyen und vielen deutschen Fürsten Kunde haben, welches im October 1624 zur Befreiung Italiens und zur Restitution der Pfalz in Avignon geschlossen sein sollte.[1] Auf welche Veranlassung hin man an die Existenz dieses Bündnisses glaubte oder zu glauben vorgab, wissen wir nicht. Indessen man benutzte den Vorwand, zu welchem die englisch-französische Heirat und Frankreichs Einschreiten im Veltlin einen Anlaß bot, um gleichfalls eine große europäische Coalition anzubahnen und den Frieden mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten.

Wol mag es dem spanischen Gesandten einige Mühe gekostet haben, die östreichischen Politiker von der Nothwendigkeit energischer Gegenmaßregeln zu überzeugen. Endlich aber gelang es doch, und man mußte nun

---

1) Khevenhiller X. 623. Vgl. oben S. 84.

das dritte unumgänglich nothwendige Glied dieser Coalition, den Kurfürsten Maximilian, heranzuziehen suchen.

Im Auftrage beider habsburgischen Linien begab sich daher der General der Cavallerie Graf v. Marradas als außerordentlicher Gesandter nach München. Er sollte Maximilian zu einer schleunigen Absendung nach Spanien auffordern: nur in Madrid selbst hoffte man die Angelegenheit einem raschen Abschlusse zuzuführen. „Gott hatte die Feinde verblendet, daß sie ihren Gegnern an Waffengewalt überlegen zu sein glaubten, und damit die habsburgischen Linien genöthigt, sich durch die Waffen zu erwerben, was ihnen durch friedliche Mittel unmöglich gewesen war. Nun sind aber noch jetzt die rebellischen Ketzer nicht so castigiert, die kurfürstliche Dignität und einen Theil der Pfalz verloren zu geben, daher werden sie sich mit dem begnügen müssen, was man ihnen wird geben wollen, nämlich was dem Kaiser, dem Herzog von Baiern und der katholischen Religion wol anstehen wird."

Mit diesen siegesgewissen Hoffnungen glaubte der östreichische Bevollmächtigte den Kurfürsten um so sicherer in sein Garn zu locken. Und durch diesen sollten auch andere deutsche, nicht der Liga angehörige Fürsten in das große Offensiv- und Defensivbündnis, in welchem Einer für Alle und Alle für Einen zu stehen hatten, hineingezogen werden. Man gedachte drei große Armeen aufzustellen, von denen die erste die Streitkräfte der Hauptverbündeten samt der Liga, die zweite die des Kurfürsten von Sachsen und der italienischen Reichslehnträger sowie des Papstes, und die dritte Truppen des Erzhauses in den Grenzlanden und Festungen, also hauptsächlich in den Niederlanden, mit bairisch-ligistischen vereint umfassen sollte. Man hoffte in Wien, der Liga von Avignon mit 149,000 M. gegenüber treten zu können und brachte bei dieser Schätzung noch nicht einmal die Truppen des Kurfürsten von Sachsen, des Papstes und andrer guter Freunde in Anrechnung. Es galt also dem Kriege die denkbar größte Ausdehnung zu geben: in Italien und in Deutschland sowie in den Niederlanden sollte er zu gleicher Zeit und in einem Interesse geführt werden. Dann wäre wol naturgemäß Deutschland das Feld geworden, auf welchem die großen europäischen Nationen des Westens schon jetzt ihre Kräfte gemessen hätten.

Es ist noch heut Maximilians Einsicht und Charakterfestigkeit zum hohen Verdienst anzurechnen, daß er auf diese Anträge nicht eingegangen ist. Derselbe empfahl in seiner Antwort vom 9. Februar vielmehr die seither von den katholischen Mächten eingehaltene Weise der Kriegführung mit getrennten Armeen, welche sich gegenseitig zu unterstützen hätten. So sehr er auch die Nothwendigkeit eines engen Zusammengehens betont,

von einem förmlichen Bündnis mit Spanien und Oestreich ist in seiner Antwort keine Rede.[1]

Marradas hatte von München auch nach Madrid gehen sollen, war aber nach dem ablehnenden Bescheid Maximilians unter Vorwänden zurückgehalten worden. Dennoch hat der Kaiser die Angelegenheit durch den Grafen Khevenhiller in Spanien wirklich noch weiter verfolgen lassen. Ja in einer von dem östreichischen Gesandten überreichten Denkschrift hat die Weigerung Maximilians einen so undeutlichen Ausdruck gefunden, daß sie vielmehr die Zustimmung des Kurfürsten zu bezeichnen scheint. Indessen hat man sich in Spanien darüber keiner Täuschung hingegeben. Trotz der Erklärung Khevenhillers, der Kaiser sei nun geneigt, die Maske abzunehmen und entweder einen beständigen Frieden zu machen oder einen rechtschaffnen Krieg zu führen, welcher den Frieden zur Folge haben könnte, und auch der Kurfürst habe dies Werk alsbald angenommen mit dem Entschluß, bei dem Kaiser und dem König zu leben und zu sterben, — trotzdem zog man in Spanien den ganzen Vorschlag vor der Hand zurück und Olivares ertheilte endlich Khevenhiller sogar die Weisung, die Angelegenheit mit dem tiefsten Schweigen zu bedecken, um den Gegnern nicht zu noch größeren Rüstungen Veranlassung zu geben.

Einen Grund aber zu diesem diplomatischen Rückzug fand Spanien sicherlich auch in der Weigerung Baierns. Denn was hatte eine Verbindung Spaniens mit dem Kaiser für das Reich zu bedeuten, wenn ihr nicht einmal Baiern und die katholischen Reichsstände angehörten?

Oder war vielleicht der ganze etwas phantastische Vorschlag überhaupt nur darauf berechnet, Frankreich und England in Schrecken zu setzen und ihre Neigung zu einem Eingreifen in die deutschen Verhältnisse herabzustimmen? —

---

1) Vgl. die Urkunden bei Aretin a. a. O. U. 146, dazu 213 ff. Der Maximilians Antwort zu Grunde liegende ablehnende Sinn ergibt sich aus den Worten: „Sua Sor^{tas} arbitratur vix salubriorem esse modum, quam quem ipsa hucusque tenuit tenebitque, nimirum ut tam Sua Caesarea Mai^{tas}, quam rex Catholicus dictos hostes Imperii ex eorum parte invadant.“ Khevenhillers Angaben, Ann. X. 1092, haben auch Neuere zu einem unrichtigen Schlusse verführt, wie z. B. Aretin S. 214. 215.

Als Maximilian diese Antwort ertheilte, war er von dem Umschwunge der Verhältnisse, welchen Dänemark im niedersächsischen Kreise vorbereitete, noch nicht unterrichtet. Er hielt vielmehr noch immer an der Möglichkeit fest, neuen Wirren durch die rechtzeitige Berufung eines Deputationstags zu begegnen, obwol er freilich auch Maßregeln für kriegerische Eventualitäten traf. Tilly ins Elsaß zu senden, wie es der Kaiser forderte, weigerte er sich, allein er ertheilte dem General doch auch schon jetzt die Weisung, „bei hervorbrechenden Feindseligkeiten nach Möglichkeit zu avancieren." Ende Januar übersendete Ferdinand II. Maximilian geheime, auf die Festungen Kassel und Ziegenhain lautende Vollmachten. Dem Befehle, dieselbe Tilly nur im äußersten Nothfalle auszuhändigen, leistete Maximilian in so weit Folge, daß er sie dem General erst in der letzten Hälfte des März übermitteln ließ.[1]

Denn schon Anfang März hatte man Maximilian aus Paris gemeldet, daß sich der Herzog von Angoulême nach Verdun begeben habe, um dort das Commando über 10,000 M. Fußvolk und 3000 Pferde zu übernehmen. Diese Armee war dem Vorgeben nach recht eigentlich für die Restitution des Pfalzgrafen bestimmt. Ja noch gegen Ende April hegte Maximilian Besorgnisse vor einem Angriffe in der Rheinpfalz und wies für diesen Fall den hier stehenden 2 Regimentern Kaiserslautern als Sammelpunkt bei einem Rückzuge an. Eifrigst bemühte er sich ferner, durch Vermittelung des Kaisers neue Unterstützungen der Infantin für den bedrohten Westen zu gewinnen. Und diese gab in der That dem Obersten Kratz den Befehl mit 2 Regimentern nach der Unterpfalz aufzubrechen. Mehr zu thun schien ihr vor der Entscheidung mit Breda unthunlich.[2]

Allein Maximilians Besorgnisse erwiesen sich als unbegründet: der neue Kurfürst wurde von Westen her wol bedroht, aber trotz aller Gerüchte, welche die Franzosen zum augenblicklichen Einschreiten bereit stehen ließen, nicht wirklich angegriffen. Woher aber diese auffallende Zurückhaltung?

Wir stoßen in einer Depesche des bairischen Gesandten in Wien[3] auf eine etwas räthselhafte Notiz, nach welcher der Kaiser den Kurfürsten ersucht, „wegen der Negotiation an bewußtem Ort sich dasselbe Wesen"

1) K. K. H. H. und St.-A. in Wien. Ferdinands II. Handschreiben an Maximilian vom 28. Jan. Der letztere gibt dem Kaiser am 25. März von der Aushändigung des Befehls an Tilly Kenntnis.

2) Die Infantin an den Kaiser 26. Mai 1625.

3) Leuker an den Kurfürsten 26. April 1625.

angelegen sein zu lassen. Von dieser Negotiation, heißt es weiter, habe der Kaiser niemand etwas vertraut, als zweien der Räthe, welche in Eggenbergs Abwesenheit im Geheimen Rath das Directorium führten, und zwar gegen Handschlag. Von einer derartigen ganz geheimen Verhandlung, deren Mitwisser in Wien nur der Kaiser und einige Räthe waren, wissen wir jedoch weiter nichts Authentisches.

Indessen wird die Vermuthung wol nicht fehl gehen, welche dieselbe als eine geheime Verhandlung des Kurfürsten mit Ludwig XIII. und Richelieu deutet.[1] Wir sahen schon oben, daß Richelieu Maximilian durch seine geheimen Organe vor dem Eintritt in die spanisch-östreichische Liga eindringlichst warnen ließ: Ludwig XIII. könne nur so von einer Vereinigung seiner Truppen mit den Heeren der deutschen Protestanten zurückgehalten werden. Diese Verhandlungen mit Frankreich wird der Kurfürst jedenfalls auch nach der Ablehnung des habsburgischen Bündnisses eifrigst fortgesetzt haben, und zwar schon aus dem Grunde, um den König zur Ausführung seines Versprechens anzuhalten, den deutschen Protestanten wenigstens keine thatsächliche Unterstützung durch die Waffen zu gewähren. Denn schon im April hatte Maximilian Kenntnis davon, daß das Auftreten des Königs von Dänemark vornehmlich von Frankreich veranlaßt war.[2]

Wer diese Vermuthung begründet findet, würde auch eine Stelle aus einem Briefe Tillys an Maximilian in diesen Zusammenhang einflechten müssen, in welcher derselbe seinen Entschluß, die Obersten Schmidt und Cortenbach an sich zu ziehen, kund gibt, „wenn es durch die französischen Legaten zu expracticieren wäre, daß die Krone Frankreich wider die Pfalz und den Herrn Erzherzog Leopold nichts tentierte.“[3] In jedem Falle aber, mag nun der Kurfürst Mitwisser in Wien gehabt haben oder nicht, hielt Maximilian durch seine Weigerung den Vormarsch der Franzosen und ihr Eindringen in das Elsaß zurück, worauf Christian IV. in seinen Verhandlungen mit Frankreich ernstlich gedrungen zu haben scheint. —

---

1) Von Verhandlungen Maximilians mit dem Kaiser selbst über „das, was dem Könige von Frankreich zu antworten sei,“ berichtet auch die mainzische Correspondenz. 1625. Nr. 33/11. K. St.-A. in München.

2) Er schreibt München 17. April 1625 an den Pater Hyacinth: Habemus tres inimicos exercitus, quorum unum ad m/20 in finibus Galliae versus Palatinatum sub Duca d'Angoulesme rex Galliae instruxit, alter est Mansfeldii . . . . . tertium conscribit regni Galliae importunitate instigatus et commotus rex Danus ad m/30 aut ultra . . . K. St.-A. i. M.

3) Hersfeld 23. Mai. K. R.-A. in München (a. a. O.) Bd. 125.

Während der ersten drei Monate dieses Jahres hatte Maximilian von der Veränderung der Dinge im Norden noch keine bestimmte Kunde. Viel mehr als einen feindlichen Vorstoß von dieser Seite fürchtete er einen von Westen her und hegte außerdem Besorgnisse vor den Folgen eines italienischen Friedens zwischen Spanien und Frankreich. Er drang daher auch in den spanischen Gesandten zu Wien, bei Philipp IV. darauf hinzuwirken, daß bei einem Friedensschlusse beider romanischen Mächte das deutsche Interesse gebührend gewahrt werde. Er forderte geradezu Bürgschaft, daß sich nach demselben weder Frankreich noch Venedig oder Savoyen mit Waffengewalt oder mit Geldunterstützungen direct oder indirect an den deutschen Vorgängen betheiligen möchte. Um dies zu verhindern, sprach er den Wunsch aus, sollte Spanien auch nach dem Frieden sein Heer ganz oder theilweise unter einem andern Vorwande in Oberitalien unter Waffen halten.

Ueber diese Verhältnisse ist nun auch mit dem päpstlichen Stuhle von Spanien und Oestreich obwol mit geringem Erfolge verhandelt worden. Man mußte sich eingestehen, daß dem Papste weit weniger die Sicherstellung Deutschlands, als die Beruhigung Italiens am Herzen lag.[1] Ueber jenen andern Vorschlag Maximilians, nach welchem ein spanisches Corps in Oberitalien stehen bleiben sollte, stellte Ossona gleichfalls eine günstige Antwort Philipps IV. in Aussicht, falls man auf der andern Seite, d. h. in Baiern Mittel anwenden würde, welche diese Geneigtheit unterstützten.

Von einer besondern Rührigkeit aber, den drohenden Stürmen der Zukunft rechtzeitig zu begegnen, bemerken wir bis in den März hinein weder in München noch in Wien irgend eine Spur. Von neuem versuchte der Kurfürst vielmehr durch den Herzog von Würtemberg den Pfalzgrafen für einen friedlichen Vergleich zu gewinnen.

Als Maximilian das engere Bündnis mit den beiden habsburgischen Linien zurückwies, scheint man in Wien die Miene der Gleichgiltigkeit angenommen zu haben, in der sichern Voraussetzung, daß der Kurfürst die verschmähte Bundesgenossenschaft bald selbst suchen müsse. Und in der That mahnte derselbe bald wider zur Vorsicht und Thätigkeit. Auch Ossona trieb Eggenberg an, den Kaiser zur schleunigen Ergreifung der Waffen anzuspornen, damit das Heilmittel nicht zu spät komme. Denn

1) Ossona an Maximilian 19. März 1625: attamen vereor, ne . . . summus pontifex, de rebus suis tantum sollicitus, non tantam Germaniae tuendae, quam Italiae liberandae curam impenderet. Kgl. St.-A. in München. Span. Corresp. Bd. 286.

weder der Eifer des Kaisers noch die Thätigkeit seiner Minister genügten dem Spanier: derselbe war vielmehr überzeugt, daß man in Wien nur im Falle der äußersten Noth zum Handeln kommen werde. Und schon hegte man auch Besorgnisse vor den aufrührerischen Neigungen des Landvolks.

Von neuem ging daher der spanische Gesandte Maximilian an, seine Autorität auf Ferdinand II. wirken zu lassen, um ihn zu neuen Aushebungen zu drängen. Wol war auch ihm der missliche Zustand der östreichischen Finanzen nicht unbekannt, allein warum wollte man die für den äußersten Nothfall aufgesparten Mittel nicht rechtzeitig anwenden, um die Gefahr im Entstehn zu ersticken?[1] Auch Leuker berichtete übrigens, daß es dem Kaiser nicht sowol an Mitteln, als an der Fähigkeit, einen bündigen Entschluß zu fassen, mangele.

So empfahl denn der Kurfürst jenen Vorschlag, bei einem spanisch-französischen Frieden die Interessen der deutschen Katholiken vor Frankreich und seinen Bundesgenossen sicher zu stellen, dem Könige von Spanien noch am 1. April. In diesem Schreiben erklärt er ausdrücklich, daß man noch nicht wisse, ob sich Christian IV. an den Plänen der Feinde betheiligt habe, und ersuchte den König nochmals, ihn zum Frieden zu mahnen. Ferdinand II. aber, welcher Tillys Berichten über die dänischen Rüstungen keinen Glauben beimaß, wollte sich noch im folgenden Monat nicht davon überzeugen, daß der König von Dänemark, der ihm durch den Grafen von Oldenburg so gute Zusicherungen ertheilt hatte, auf einen offensiven Vorstoß ausgehe: er beharrte noch längere Zeit bei der Meinung, der König werde seine Streitkräfte allein zur Versicherung des Stifts Bremen verwenden.

So war also das Geheimnis, in welches Richelieu seine neuen Pläne hüllte, vollständig gewahrt worden. Ja, wie es scheint, hat derselbe Maximilian noch besonders in Sicherheit zu wiegen verstanden. Wir treffen wenigstens einen der vertrautesten Agenten des Cardinals, Fancan, in München, von dessen Verhandlungen auch Marradas nach seiner Rückkehr in Wien berichten konnte.

1) Ossona an Maximilian Wien 26. März 1626: „sed ejusmodi dispositionem dictae Majestatis Caesareae ac ministrorum animadverto, ut nihil effectum iri existimem, nisi extrema necessitas extorqueat. . . . . Objicitur aerarii penuria, concedo illam hac tempestate non exiguam esse. Verum Ser. Vestra omne obstaculum non difficulter amovere posse videtur, modo assidue urgeret, ut quod in casum ultimum frustra reservatur, adeo mature et apposite erogetur.

Ferdinand II. und seine Regierung.

Hier scheint es nun auch am Platze, des Kaisers selbst wider zu gedenken. Hat der Sieg der katholischen Waffen ihn wirklich nicht mit jenem kühnen Vertrauen auf die Zukunft erfüllt, welches aus so vielen katholischen Kundgebungen jener Tage zu uns redet? Hielt er die Zeit nicht für geeignet, auch im Reiche eine confessionelle Restauration mit Waffengewalt zu wagen, welche der kaiserlichen Machtfülle eine so bedeutende Verstärkung gewähren mußte?

Daß die Rückführung aller Abtrünnigen und Ketzer in den Schoß der Kirche auch jetzt der innigste Wunsch des Kaisers und seiner Umgebung war, daran wird niemand zweifeln. Die Zeit der Erfüllung alter Pläne, Deutschland wenigstens auf den Zustand, welchen der passauer Vertrag hergestellt hatte, zurückzuführen, schien in der That heranzunahen.

Allein nichts deutet darauf hin, daß man bestrebt war, diesem Wunsche zu Liebe mit Gewalt der Waffen in die Verhältnisse der Bisthümer einzugreifen. Einem solchen Verfahren scheint doch auch der Kaiser persönlich abgeneigt gewesen zu sein. Seine Natur belebte damals kein heroischer, zu großen Conceptionen treibender Zug mehr: auch sie hatte vielmehr etwas von jener sinnlichen Weichheit und Nachgiebigkeit angenommen, welcher sich gar manche Glieder dieses Hauses und oft im Uebermaß überlassen haben.[1]

Sicherlich war Ferdinand II. der Kirche und ihren Dienern gegenüber auch damals sehr devot. Stundenlang verweilte er in Kirchen und Kapellen; man sah ihn oft mehrere Tage hinter einander in den öffentlichen Processionen, an hohen Festtagen sogar unbedecktes Hauptes einhergehen.[2] Allein von einer düstern, mönchischen Auffassung der Welt und ihrer Verhältnisse zeigte dieser rücksichtsloseste Reformator im Uebrigen nicht die geringste Anwandlung. Er war ein leidenschaftlicher Freund der Musik, ja selbst ein Gönner des schon von seiner Mutter mit Liebe gepflegten Theaters und des Ballets. Die Neigung des Kaisers für theatralische Aufführungen suchten besonders die Jesuiten zu befriedigen. So spielten sie im Juni des Jahres 1626, also nach der ungarischen Krönung des Erzherzogs, eine Komödie „Der heilige Stephanus", deren Scenarium auch gedruckt wurde, und im Jahr 1627 zu Prag eine Komödie „Alexander der Große." Zu seinem Geburtstage ließ einst

1) Fiedler, die Relationen der Botschafter Venedigs I. 102.
2) Müller, Carlo Caraffa 158.

die Kaiserin selbst eine italienisches Stück aufführen, in welcher zwölf Hofdamen als Hirtinnen in weißem Tafft, von eben so viel Cavalieren begleitet, den Kaiser mit Lautenschlag und Zitherspiel, mit Gesang und Tanz ergötzten. In diesen sehr ereignis- und wechselvollen Jahren pflegt der Kaiser mit noch größerer Hingebung seiner Leidenschaft für die Jagd, vor welcher auch dringende Geschäfte zurücktreten mußten. Selbst die Kaiserin mußte ihm auf diesen Streifzügen durch Berg und Thal das Geleit geben. Nach den hohen Festen gab es sehr häufig Aufzüge mit Ringel- und Quintanarennen oder festliche Fechterspiele, auf welche dann Komödien bei den Jesuiten oder Schweinsjagden folgten. Die wiener Hofzeitung vom 30. Mai 1631, ein jämmerlicher Einblattdruck auf Löschpapier, berichtet, daß der Kaiser mit dem gesamten Hof an der Einweihung der neu erbauten Kirche im Jesuitercollegium Theil genommen habe, und fährt dann fort: „Nach vollendetem h. Gottesdienst haben Allerhöchsternennte K. M. auch das Frühmal im Collegio eingenommen, wie auch darauf ibidem einer sehr schönen Comedi, so etlich Stunden lang gewährt hat, beigewohnt, sonsten haben auch beide Kais. und Königl. Majestäten samt Ihrer Hochfürstl. Durchl. Erzherzog Leopold Wilhelm und den zwei Kais. Frauen Prinzessinnen den dreitägigen Kreuzgängen mit großer Andacht beigewohnt."

Obwol während der größten Zeit seiner Regierung der Fürst v. Eggenberg die Seele des Ganzen war, so ist doch auch der persönliche Antheil des Kaisers an den Geschäften nicht gering anzuschlagen. Den Sitzungen seiner Geheimen Räthe wohnte Ferdinand II. sehr häufig bei, zu den wichtigsten zog er frühzeitig auch seinen Sohn und Nachfolger heran: allein etwas von jenem originalen selbstthätigen Wesen der großen Herscher des siebzehnten Jahrhunderts trat in ihm, so viel man sehen kann, nicht hervor. Ferdinand II. ließ im Ganzen seine Räthe walten und nahm von ihren Entschließungen Kenntnis. Jener geniale Eigensinn und jenes so oft in verletzender Rücksichtslosigkeit hervortretende Kraftbewußtsein der bedeutenden Fürsten seines Jahrhunderts mangelte ihm gänzlich. Darum war er auch vielmehr ein Werkzeug in der Hand seiner Räthe, als daß er im Stande gewesen wäre, der Thätigkeit derselben aus eigner Kraft Ziel und Maß zu geben.

Dazu fehlte ihm vor allem jene Freiheit der Anschauung und des Urtheils, welche ein sicheres Zeichen einer gewissen eingebornen Originalität des Denkens und Wollens ist. In mehreren Augenblicken seiner Regierung war er dem Ziele, welchem ein Theil seiner lockeren Räthe noch mit Bewußtsein zustrebte, in Deutschland eine erbliche Monarchie zu gründen, sehr nahe: die vollständige, auch persönliche Abhängigkeit von der Kirche

und den Jesuiten hat ihn von diesem Ziele allmählich immer weiter entfernt. Sein größter politischer Mißgriff, der Erlass des Restitutionsedicts, brachte ihn um die Früchte eines jahrelangen Krieges.

Selbst im vollkräftigsten Mannesalter stand Ferdinand II. unter der Leitung seiner jesuitischen Beichtväter. Den im Jahr 1624 verstorbenen P. Becanus ersetzte der lothringische Pater und ehemalige grazer Professor Lamormaini, „unzertrennlich von seinem kaiserlichen Gebieter bis zum letzten Athemzuge.“ [1]

Auch dieser einflußreichste Gewissensrath des Kaisers war aber wider in seinem ganzen Verhalten gegen das Oberhaupt des römischen Reichs deutscher Nation ein unfreier Mann, dem eine Instruction des Jesuitengenerals Claudius zur unabweichbaren Richtschnur diente.

Der Kaiser selbst scheint diese Ketten ohne besondere Empfindung, ja fast ohne Bewußtsein getragen zu haben.

Die Schilderungen eines so nüchternen und gut geschulten Politikers, wie der bairische Gesandte Leuker war, stimmen zu diesem Bilde der damaligen wiener Verhältnisse fast Zug um Zug. Wie sehr empfand Leuker den Abstand jener heitern und unbefangnen Genußsucht, der er in Wien begegnete, von dem arbeitsvollen, nüchternen Wesen, welches er aus München her kannte. „Das Jagen vermehrt sich täglich, und wäre es vielleicht ein Weg, wie E. K. G. schreiben, wann mans mit einer ziemlichen Gottesfurcht anfinge, und daß dabei die Geschäfte nicht erliegen blieben,“ mit diesen Worten beklagt er sich einst gegen seinen Herrn. Diese geistlichen und weltlichen Höflinge hatten ein viel weiteres Gewissen, als die Räthe in München. Wenn der Kaiser nicht zur Stelle war, machte es große Schwierigkeiten, auch nur ein Referat anzubringen. In der Behausung eines kaiserlichen Geheimen Raths konnte man schwer eine Verhandlung pflegen. Die meiste Zeit verbrachten die Herren mit Gastereien, Hetzen und Spielen. Das letztere füllte ganze Nächte aus. Dann erhob man sich natürlich nicht vor 10 oder 11 Uhr Morgens vom Lager und begab sich in das kaiserliche Vorzimmer, wo sich die Minister meist alle zusammen fanden. [2] Besondere Klagen erhob man noch über das unter dem Freiherrn v. Paar stehende Postwesen und den in der Kanzlei des Reichshofraths herschenden Schlendrian, so lange der Reichshofrathssekretär Pucher derselben vorstand. Als nach dessen Tode (Mai 1626) Arnoldin von Klarstein an seine Stelle trat, glaubte man

1) Dudik, Archiv für östreichische Geschichte Bd. 54. S. 264.

2) Leukers Depeschen aus dem Jahre 1625. Geh. St.-A. in München.

dagegen Hoffnungen auf eine beschleunigtere Expedition der Reichssachen hegen zu dürfen.

Diese Politiker hatten die Aufgabe, ein in seinen tiefsten Gründen erschüttertes Staatswesen wider aufzurichten oder wenigstens vor noch größerer Zerrüttung zu wahren. Man hatte ganze Provinzen und darunter sogar Erblande an die Bundesgenossen verpfänden müssen, um dem Gegner die Stirn bieten zu können. Am spätesten unter allen deutschen Ständen war der Kaiser selbst zu geordneteren Münzverhältnissen zurückgekehrt. Dem ungeachtet war die Geldnoth entsetzlich und konnte trotz ungeheurer Confiscationen, trotz einzelner ständischer Bewilligungen und Anleihen, bei welchen auch kleine Beiträge nicht verschmäht wurden, trotz verschiedener Verbrauchssteuern und Taxen nicht gehoben werden.[1] Die Verschleuderung der confiscierten Güter, maßlose Bewilligungen an zahlreiche weltliche und geistliche Günstlinge, die ungemessenen Dotationen an die Kirche und ein verschwenderischer Hofhalt — der kaiserliche Marstall zählte allein 40 Sechsgespanne — ließen nicht einmal den Versuch einer geordneten Verwaltung aufkommen.

Mitten in dieser Verwirrung sollten nicht nur die deutschen Herzogthümer, sondern auch Böhmen und Mähren zum alten Glauben zurückgeführt werden.

In Mähren hatte der Cardinal v. Dietrichstein seit dem Jahr 1621 die Bestrafung der Anhänger Friedrichs von der Pfalz und die Zurückführung der Abgefallenen zur alten Kirche mit solchem Erfolg geleitet, daß man schon im Jahr 1624 allen Nichtkatholischen den Gütererwerb untersagen und im Januar des folgenden Jahres alle protestantischen Bürger der kleinen Städte zur Auswanderung treiben konnte. Durch ein ganz ähnliches Verfahren förderte in Böhmen der Statthalter Fürst v. Liechtenstein das gemeinsame Werk. Nach dem Verbot jedes nichtkatholischen Gottesdienstes (i. J. 1624) suchte er durch Verweigerung des Bürgerrechts und Entziehung oder Versagung der Berechtigung des Gewerbebetriebs auf die bürgerlichen Berufsklassen zu wirken und griff endlich durch die Versagung der Ehe und der Testierbefähigung geradezu die Grundlagen menschlicher Lebensordnung an. Indessen mußte man dem ungeachtet noch im Jahr 1627 einen Befehl im Betreff der Austreibung der Protestanten erlassen.

1) Hurter VIII., 275; Müller, Carlo Caraffa 166. Auch Oberleitner, Beiträge zur Gesch. d. Dr. Kr. Archiv für Kunde östr. Geschichtsquellen Bd. 19, S. 10 ff.

2) Vgl. Hurter IX., 82, Trampler, Correspondenz des Cardinals Dietrichstein S. 15 ff. Czerny, Bilder aus der Zeit der Bauernunruhen S. 9 ff.

Mit noch größerer und unter den obwaltenden Verhältnissen noch unverantwortlicherer Härte wurde Oberösterreich heimgesucht, wo man im Februar 1624 eine Reformationscommission einsetzte, deren Hauptmitglieder der bairische Statthalter Adam Graf v. Herberstorff und der Abt von Göttweih waren. Im October 1624 wurde ein allgemeines Reformationsedict erlassen, dessen Durchführung jedoch auf thatsächlichen Widerstand stieß. Vergeblich suchte Herberstorff denselben durch die brutalsten und schändlichsten Gewaltmittel niederzuschlagen und ließ z. B. einstmals bei Vöclamarkt 38 protestantische Männer paarweise um ihr Leben würfeln und in zwei auf einander folgenden Tagen 17 derselben aufhenken. Schaarenweise verließen die Unglücklichen die Heimat, besonders als am 12. October 1625 ein neuer Schlußtermin der allgemeinen Bekehrung bis Ostern 1626 gesetzt wurde. In diesen uralten Sitzen deutsches Wesens erklärte man damals der protestantischen und damit der neuen deutschen Literatur überhaupt den Krieg auf Leben und Tod. In Steier wurden einst 20 Wagen Bücher auf ein Mal mit Beschlag belegt. Endlich erzwang man wenigstens die äußerliche Bekehrung durch Straf-einquartierung.

Obwol man in Niederösterreich mit Ausnahme der Hauptstadt noch eine Zeit lang nachsichtiger verfuhr, brachte doch Lamormaini bereits im J. 1625 außer Prag auch die Universität Wien, welcher man drei Jahre vorher das Jesuitencollegium einverleibt hatte, in die Hände des Ordens. Auch gründete derselbe in Wien ein großes Professhaus für Ober-deutschland.

Eine besonders vorsichtige Zurückhaltung ließ man sich jedoch bis zur Königswahl in Ungarn angelegen sein, um nicht durch vorschnellen Eifer die Anhänger Bethlen Gabors zu mehren.

Alle diese umfangreichen und verwickelten Aufgaben mußten natürlich die Geheimen Räthe ununterbrochen beschäftigen. Und dazu kamen nun noch die fast in vollständiger Auflösung befindlichen Reichsverhältnisse. Die dem Kaiser für alle diese Zwecke zu Gebote stehenden Geldmittel waren, um es nochmals hervorzuheben, in ganz unverhältnismäßiger Weise unzureichend.

Da verbot sich denn wol ein aggressives Vorgehen mit Waffengewalt, um feindselige oder missliebige protestantische Reichsstände ihrer Güter zu entsetzen, von selbst. Man mußte sich begnügen, wenn man über den augenblicklichen Nothstand hinwegkam. Bis zum Auftreten Wallensteins waren Oestreichs Mittel einer gewaltsamen Reformation im Reich nicht gewachsen. Und kein Zeichen deutet bis jetzt darauf hin, daß man dieselbe trotzdem schon im Jahr 1624 ins Auge gefaßt habe.

Diese vorsichtige Zurückhaltung ist nun hauptsächlich das Werk Eggenbergs.

Johann Ulrich Freiherr v. Eggenberg war früh im Hofdienste des Erzherzogs Ferdinand emporgekommen: im Jahr 1597 finden wir ihn am Hofe zu Graz im Amte eines Mundschenken. Schon in jungen Jahren hat er jedoch auch politischen Einfluß besessen und ist seinem um 10 Jahr jüngeren Herrn mit seinem Rathe treulichst zur Seite gestanden. Ihm folgte der Erzherzog, als er im Streite der Oheime eine mehr neutrale Stellung wählte. Seit dem Jahr 1615 bekleidete Eggenberg das Amt eines Oberstthofmeisters. Sein Ansehn war jetzt schon so bedeutend, daß man ihn auch zur Entscheidung der wichtigsten Angelegenheiten, wie z. B. der gewaltsamen Entfernung des Cardinals Clesel, heranzog. Auch Eggenberg erklärte dieselbe für nothwendig, wenn man nicht das Haus, die Religion und alles zu Grunde gehen lassen wollte, hat aber seiner eignen Versicherung nach Clesel doch im Voraus gewarnt. Nach der Rückkehr Ferdinands vom Wahltage zu Frankfurt hat er das Testament des Kaisers, durch welches das Erstgeburtsrecht für alle Zukunft festgestellt wurde, als erster weltlicher Zeuge unterschrieben.

In demselben Jahre beauftragte ihn der Kaiser bei der Rückkehr von einer Pilgerfahrt nach Loretto, für ihn um die Hand der Prinzessin Eleonore von Mantua zu werben, wofür er ihn später mit der Herschaft Crumau und den angrenzenden Gebieten von Retolitz und Prachatitz und dem Herzogtitel beschenkte. Auch Eggenberg hat sein Besitzthum durch ganz namhafte Güterkäufe in Böhmen zu vermehren gewußt.

Durch die Anmuth seiner Erscheinung unterstützt, beherschte er schon früh die äußere Form mit vollendeter Virtuosität. Selbst diejenigen, welche eine abschlägige Antwort von ihm erhielten, vermochten ihm nicht zu zürnen, und in den allermeisten Fällen, vornehmlich bei Reichsangelegenheiten leistete er wenigstens in diesen Jahren die allerwillfährigsten Versprechungen. Daß die östreichische Politik des Jahres 1624 bei den norddeutschen Ständen nur geringen Verdacht erregte, daß man sich hier nicht einmal darüber recht klar wurde, welche Stellung man in Wien zu den confessionellen Fragen des Reichs genommen hatte, daß man endlich die Interessen dieser Stände rechtzeitig zu trennen und sie womöglich in verschiedenen Formen an die Entscheidung des Kaisers knüpfte, das alles ist in der Hauptsache das Werk seines kühlen und leidenschaftslosen und dabei so eindringenden Erwägens.

Eggenberg besaß eine ähnliche Macht über Ferdinand II. wie Richelieu über Ludwig XIII. und Buckingham über Jacob I. und seinen Nachfolger. Ohne seinen Rath einzuholen, wird der Kaiser nicht leicht

einen wichtigen Beschluß gefaßt haben. Wenn den Herzog Krankheit ans Bett fesselte, hat der Kaiser in der Krankenstube Sitzung halten lassen, wenn derselbe, was sehr oft der Fall war, sich in Steiermark aufhielt, oft an einem Tage mehrere Boten an ihn entsendet.

Man hat Eggenberg immer als einen der spanischen Krone durchaus ergebenen Politiker bezeichnet. Indessen hat er doch das östreichische Hausinteresse auch dieser gegenüber mit Glück zu wahren gewußt. Die selbstständigere Richtung, welche die östreichische Politik nach der Schlacht von Prag durchzieht, hat sie im Wesentlichen von Eggenberg empfangen. Schon daß er das mantuanische Ehebündnis abschloß, missfiel in Spanien, obwol man ihm noch den Orden des goldnen Vließes ertheilte. Allein er hat Spanien auch zur Verzichtleistung auf das Elsaß und die habsburgischen Vorlande bewogen und die von Ferdinand II. vor der Kaiserwahl ausgestellte Urkunde in der That zurückerhalten.

Den Aufforderungen Baierns und des Kurfürsten von Mainz schon in den Jahren 1625 und 1626 durch stärkeren oder gelinderen Waffendruck die Restitution der norddeutschen Bisthümer in Angriff zu nehmen, hat sich Eggenberg mit Glück widersetzt. In seinen Bestrebungen lebt die Politik Karls V.[1] wider auf, welche vor dem Ausbruch des schmalkaldischen Krieges gleichfalls nur die Ungehorsamen und Landfriedensbrecher zur Strafe ziehen wollte. Wie hätte er auch durch vorschnelles Enthüllen der letzten Pläne Ständen, welche sonst so schwer zu einer Vereinigung zu bringen waren, die Losung liefern sollen, unter welcher sie auch den gemeinen Mann zur Vertheidigung des Glaubens hätten aufrufen können?

Trotzdem erkannten schon die Zeitgenossen nur allzu deutlich, daß man von Wien aus die Sache der Kirche und ihrer Stiftungen auf jegliche Weise, z. B. bei Bischofswahlen oder bei Besetzung geistlicher Stellen überhaupt auch im Reiche zu fördern bestrebt war, und daß man hiermit zugleich weitreichende politische Pläne verband. Es schien wol, als ob man durch die Kirchenpolitik noch einmal die auseinanderfallende Reichsverfassung festigen und damit der kaiserlichen Gewalt neues Ansehen verleihen wollte.[2] —

---

1) Ranke, deutsche Gesch. im Zeitalter der Ref. 4, 295. Vierte Auflage.

2) So maß der sächsische Geschäftsträger Lebzelter Ende 1624 dem Kaiser das Streben bei, „wie allein die römische Religion successu temporis auch im Reich möge eingeführt und damit summa politia behauptet werden." Brief an Schönberg im K. S. St.-A. Loc. 8239.

Mit dem Auftreten Wallensteins scheinen jedoch auch Eggenbergs Bestrebungen einen höheren Flug genommen zu haben: für die von diesem verhängte Vergewaltigung selbst katholischer Stände trägt auch er einen Theil der Verantwortung, welcher freilich vor der Hand noch nicht näher dargelegt werden kann. An Wallenstein knüpften Eggenbergs Familie auch Bande der Verwandtschaft.

Während dieses Frühjahrs scheinen in Wien zwei Parteien einander das Feld streitig gemacht zu haben, eine Militärpartei, welche davon sprach, daß man 40,000 bis 50,000 Mann aufstellen und die schwankenden Verhältnisse durch das Schwert entscheiden müsse, und eine friedlichere Partei der Politiker, deren Führer Eggenberg war. Erst die Besorgnis eines Zusammenwirkens Christians IV. mit Bethlen Gabor verstärkte den Einfluß der Kriegsräthe. Dieser Kriegspartei schloß sich nun auch Albrecht v. Wallenstein an.

Derselbe hat sich schon Anfangs April, bevor man noch nähere Kenntnis von den Vorgängen im niedersächsischen Kreise hatte, dem Kaiser gegenüber erboten, auf eigne Kosten 20,000 M. ins Feld zu stellen. Er machte sich anheischig, mit dieser Armee in die Niederlande oder in das Reich oder auch nach Ungarn und nach Italien zu marschieren. Die Regimentsobersten sollten seinem Plane gemäß das Anritt- und Laufgeld sowie den ersten Monatssold gegen Schuldverschreibungen auf seine eignen Güter vorschießen. Allein da die Offiziere sich weigerten, unter solchen Bedingungen unter ihm zu dienen, rückte die ganze Angelegenheit nur langsam vor, bis endlich (Anfang Mai) Wallenstein selbst wider mit ziemlich bedeutenden Baarmitteln in Wien erschien und diese frühere Bedingung fallen ließ.[1] Man glaubte damals, daß er das Anritt- und Laufgeld so wie den ersten Monat Sold für 20,000 M. vorschießen würde, und daß ihm der Kaiser dafür durch Ueberlassung des satzer, chrutiner und leutmeritzer Kreises Bürgschaft gebe.

Auch der spanische Gesandte hatte von Madrid Auftrag erhalten, 23,000 M. zu werben,[2] und nahm den Obersten Kratz in Böhmen mit angeblich 3000 M. in Dienst, welche dieser spanischen Armee einen Musterplatz sichern sollten. Allein schon im Mai ist von diesem Plane nicht mehr die Rede: wir erfahren nur noch, daß Kratz in die Unterpfalz ging.

1) Hier und im Folgenden liegen Leukers Depeschen zu Grunde. (Kgl. St.-A. in München. L's. Negot. 3/16.) Die erste Meldung des Gesandten über Wallensteins Anerbieten ist vom 16. April. Er theilt mit, daß man „in eventum mit ihm etwas gehandelt habe."

2) Vgl. auch Krause, Actenstücke I. 62.

Dagegen wurden die 6 alten östreichischen Regimenter jedes auf 3000 M. gebracht. Außerdem aber wollte der Kaiser noch 26,000 M. aufstellen, wie Leuker von Meggau versichert wurde.

Auffallender Weise hatte Maximilian den Kaiser schon im April durch seinen Botschafter ersuchen lassen, durch begütigende oder abmahnende Unterhandlungen auf Christian IV. einzuwirken. Allein auch jetzt verharrte man in Wien in derselben schweigsamen und ablehnenden Haltung gegen den protestantischen König, durch welche man denselben schon im vorigen Jahre beleidigt hatte. Bevor der König nicht gerüstet und auch der Kaiser eine Armee aufgestellt habe, ferner vor Trautmansdorfs Rückkehr aus Kursachsen wollte man mit Christian IV. weder brieflich noch durch einen Gesandten in Verkehr treten.

Da traf nun die erwünschte Kunde von dem Abschluß des Friedens mit der Türkei zu Gyarmat ein und verringerte nicht nur die Besorgnis vor Bethlen Gabor, sondern auch vor den nordischen protestantischen Königen. Schon hörte man die Ansicht aussprechen, daß es vielleicht so umfangreicher Rüstungen gar nicht bedürfen würde.

Indessen auch die Ungewißheit über die Haltung Kursachsens hat die Thätigkeit der östreichischen Politiker damals noch gelähmt. Um Johann Georgs Befürchtungen schon vor der Aufstellung der Armee zu zerstreuen, war daher der Graf Trautmansdorf nach Dresden geschickt worden. Und dieser brachte nun bei seiner Rückkehr nicht nur vom Kurfürsten, sondern auch vom Könige von Dänemark die erwünschtesten Nachrichten. Man erfuhr, daß sich Johann Georg dem Vormarsch eines kaiserlichen Heeres nach Niedersachsen nicht widersetzen, daß der König mit der Aufstellung der Truppen schwerlich vor Ende Mai zu Stande kommen würde, da die Obersten ebenfalls Schwierigkeiten machten. Der Kurfürst hatte Trautmansdorf seiner Ergebenheit gegen den Kaiser versichert, so lange er denselben zum Frieden geneigt befinde, und ausdrücklich hinzugefügt, er missbillige weder die Rüstungen Baierns noch des Kaisers selbst. Auch die Rolle eines Vermittlers, welche ihm nebst dem Kurfürsten von Mainz dem Anschein nach von Baiern angetragen worden war, fand Johann Georg angemessen. Dagegen schien er doch Bedenken zu tragen, sein Missfallen über die Aufstellung eines Heeres von Seiten des Königs und der Stände gegen diese selbst zu äußern, genehmigte aber auch widerum im Voraus einen etwaigen Versuch des Kaisers, diesen dänischen Kriegsunternehmungen zuvorzukommen. Nur stellte er die Bedingung, daß man sich bei diesem Versuche innerhalb des Zweckes halten sollte, welchen man durch den Deputationstag erreichen wollte. Diese dunkeln und auf Schrauben gestellten Worte deuten wol auf die Beendigung der

pfälzischen Wirren hin. So lange ein kaiserliches Heer in Niederdeutschland sich damit begnügen würde, den Armeen, welche die Zurückführung des Pfalzgrafen bewirken wollten, entgegen zu treten, so lange wollte auch Kursachsen keinen Widerspruch erheben. Ja Johann Georg war sogar noch weiter gegangen: er hatte dem in spanischen Diensten stehenden Grafen Wolfgang v. Mansfeld 5000 M. zu werben erlaubt und machte sich anheischig, weder Christian IV. noch irgend einem andern Gegner des Kaisers Werbungen in Thüringen zu gestatten.[1]

Nach diesen Eröffnungen betrieb man in Wien die Rüstungen eifriger. Maximilian aber war es schon damals mehr um eine möglichst schnelle Unterstützung Tillys durch ein Corps von etwa 4000 M. oder um einen Polakeneinfall in das Brandenburgische, als um die Aufstellung eines großen kaiserlichen Heeres zu thun. Mitten in diesen Vorbereitungen, dem Kriege eine größere Ausdehnung zu geben, ist Maximilian noch einmal der Gedanke eines Bündnisses mit dem vereinigten Hause Habsburg und andern katholischen Mächten nahe gelegt worden. In der zweiten Hälfte des Juni machte man Leuker im Namen des Kaisers und des spanischen Gesandten hierauf bezügliche Eröffnungen. Der bairische Gesandte reiste darauf nach München, um die Angelegenheit mit Maximilian in persönliche Berathung zu ziehen.[2]

Allein auch diesmal ertheilte der Kurfürst einen höflich ablehnenden Bescheid, den er auf seine Unbekanntschaft mit den näheren Bedingungen begründete. Doch bat er noch um genauere Mittheilung derselben.

Den Kaiser schien die Ablehnung nicht gerade empfindlich zu berühren. Die Geheimen Räthe aber stellten sich nun, als ob man die Verstärkung des ligistischen Heeres, da ja nach der Eroberung von Breda auch Frankreich zu „zeuffen“ beginne, für ziemlich entbehrlich halte. Ja Ossona verbreitete sogar eine Mittheilung seines Collegen in Paris, nach welcher Ludwig XIII. so eingeschüchtert sein sollte, daß er die Augen nicht aufzuschlagen wage und die deutlichsten Beweise der größten Besorgnis um sein Leben verrathe. Das veranlaßte nun aber widerum Maximilian in Wien die dringlichste Nothwendigkeit einer Verstärkung der Armeen und zwar nicht sowol in seinem eignen Interesse, als zum Schutz der östreichischen Erblande hervorzuheben.

Daß man die Rüstungen in Wien auf jede erdenkliche Weise beschleunigte, scheint man also damals selbst Leuker verheimlicht zu haben.

1) Leukers Bericht vom 21. Mai 1625 a. a. O.

2) Leuker ist am 7. Juli n. St. nach Wien zurückgekehrt. Krause, Actenstücke I. 64.

Viertes Buch.

Der Einmarsch Christians IV. und Tillys in den niedersächsischen Kreis und seine Folgen bis zum Rückzuge des dänischen Heeres.

Der Einmarsch des Königs in den niedersächsischen Kreis und die Aufstellung der Kreisarmee.

Der Vorwurf, welcher Christian IV. katholischerseits gemacht worden ist, daß er bereits vor seiner Wahl zum Kreisobersten gerüstet habe, ist vollständig begründet. Schon mit Beginn des Jahres ließ er noch in Dänemark selbst 1500 M. werben, die Festungen armieren und Kriegssteuern eben sowol dem Adel und der Geistlichkeit wie den Städten und der Landbevölkerung bis auf den ärmsten Schuhmachergesellen und Tagelöhner auferlegen.[1] Am 21. Febr. n. St. ertheilte er dem Herzoge Johann Ernst von Weimar das Patent als Oberst über 4000 Reiter, mit deren Werbung dieser Friedrich Wilhelm Vitzthum von Eckstädt beauftragte. Dieser empfing einen Monat darauf in Brandenburg die Patente für 6 Rittmeister und zugleich 7800 Reichsthaler in Wechseln auf Magdeburg, welche zum Anrittgeld dienen sollten. Und auch schon früher hatte der feurige Herzog bedeutende Summen als Werbegelder an andere Rittmeister gezahlt.

Bis zum 25. Mai n. St. sollte Johann Ernst mit seinen Werbungen fertig sein. Die Zeit, für welche die kleine, aus 32 Compagnien bestehende, Armee zunächst verpflichtet wurde, war auf 3 Monate festgesetzt: durch besondern Revers versprach der Herzog sein Corps innerhalb dieser Frist in der Nähe von Hamburg aufzustellen. Eine ganz ausführliche Instruction, in welcher Christian IV. auch Hospitäler zu errichten versprach und den Verwundeten bei ihrer Entlassung in die Heimat Reisegeld zusagte, ertheilte Johann Ernst die eingehendsten Weisungen im Betreff der Höhe des Soldes, der Beschaffung der Waffen, des Fuhrparks und aller möglichen in Betracht kommenden Einzelheiten des militärischen Dienstes.[2] Nach einer aus dem Mai herrührenden Musterrolle hatte Johann Ernst damals 6 Regimenter in verschiedener Stärke zusammen gebracht, deren Obersten außer ihm selbst der bereits genannte Vitzthum v. Eckstädt, der

1) Jahn II. 124.

2) Die Bestallung findet sich bei Heermann, Beytrag zur Ergänzung und Berichtigung der Lebensgeschichte Johann Ernsts des Jüngeren S. 180 ff.

Pfalzgraf Friedrich von Birkenfeld, Herzog Bernhard, Bernd von Hagen und Wolf Heinrich v. Wersabe waren. Allein das Ganze hat nur etwa 2930 Pferde betragen: die Reihen waren schon jetzt durch Krankheit und Tod gelichtet; es werden in der Rolle nur 1621 Kürassiere und 506 Arkebusiere als anwesend bezeichnet.

Schon Ende Februar und Anfang März erhielten auch die Capitäne für das Fußvolk, deren ich etwa 60 gezählt habe, ihre Bestallungen. Rechnen wir die Compagnie durchschnittlich zu 200 M., so wollte der König also mit etwa 4000 M. Cavallerie und 12,000 M. Fußvolk ins Feld rücken. Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Rüstungen von Anfang an weit beträchtlicher waren, als wozu ihn seine Karl I. ertheilten Versprechungen verpflichteten.

Allein mit größerer Energie hat Christian IV. natürlich erst nach den Tagen von Lauenburg und Lüneburg geworben. Nach seiner Rückkehr nach Kopenhagen erließ er am 20. Mai n. St. die Kriegsartikel für die in der Werbung begriffene Armee.[1]

Diese Artikel enthalten nicht nur allgemeine Vorschriften über das dienstliche Verhalten der Offiziere und Gemeinen, sondern auch zahlreiche Bestimmungen, welche man heut besonderen Dienstanweisungen vorbehält. Wir entnehmen aus ersteren und letzteren einige sowol die Zustände damaliger Armeen als auch die Mittel, mit welchen der König auf dieselben einzuwirken gedachte, insonderheit charakterisierende Züge.

Vor allem dürfte ihre religiöse Färbung hervorzuheben sein. Gottes Allmacht sollen Offiziere und Gemeine vor jedem Sturm und jeder Schlacht anrufen und keine Predigt versäumen. Gemeine, welche während der Predigt trinken und schwärmen, werden in die Eisen gelegt, Offiziere erhalten für dasselbe Vergehen zuerst eine Verwarnung, im widerholten Falle werden sie cassiert. Wenn zur Predigt umgeschlagen wird, muß das Bierzapfen eingestellt werden. Auch auf das Schwören wird Ver-

1) Articulsbrieff, Worauff Vns, von Gottes Gnaden CHRJSTIAN.... Vnsere sämbtliche Officierer vnd Soldaten zu Roß vnd Fuß, sie sein geworben oder außgeschrieben, däniſche oder anderer Nation, sich vnterthänigst verhalten, darauff Schweren vnd in allen Puncten sich schuldiger gebühr bezeigen sollen. Gedruckt zu Copenhagen, bey Heinrich Waldkirch. Im Jahr 1625. 4. 24. S. Der Brief zerfällt in folgende Abschnitte: 1) Vom gehör Göttlichs Worts. 2) Vom Befehl oder Commendo vnd Auffruhr. 3) Von Verrätherey, Auffgebung der Vestung vnd vom Vber: vnd Weglauffen. 4) Von Parlement vnd Aufflauff. 5) Von andern Mißhandlungen. 6) Von Munsterung. 7) Wegen Wacht, Allarm vnd dern zubehörung. 8) Von Zug, Schlachtordnung, Artillerie, Streiffen vnd Lager. 8) Vom Quartier, marchiren vnd Plündern. 9) Von Beute. 10) Von Proviant vnd Marcketentern. 11) Eydt.

ringerung des Solds, Gefängnis bei Wasser und Brot, ja zuletzt Abnahme des Gewehrs und schimpfliche Ausstoßung gesetzt: auf Verspottung des Wortes Gottes steht Ehren- und Leibesstrafe.

Dem Trunk ergebene Offiziere sollen cassiert werden, im Trunk begangene Vergehen sind mit höherer Strafe bedacht. Kein Offizier darf in einer Festung oder einem andern besetzten Puncte ein Banket veranstalten, besonders an hohen Festtagen, um dem Feinde keine Veranlassung zu einem Ueberfall zu geben.

Eine Versammlung zu halten ohne Wissen des Commandierenden, etwa um Geld oder sonst etwas von den Offizieren oder Commissaren zu erpressen, ist allerstrengstens untersagt. Wer öffentlich nach Geld ruft, hat seine Außenstände verwirkt und wird schimpflich (ohne Gewehr und Paß) verwiesen. Dagegen tritt Leibesstrafe ein, wenn das Vergehen während einer Versamlung der Mannschaften geschehen ist: wird es bei einem Anschlage oder irgend einer dienstlichen Verrichtung begangen, so ist Ehre, Leib und Leben verwirkt. Kein Offizier soll ohne Erlaubnis wegen Geld oder einer andern Verrichtung, „ob er schon gute Intention zu unserm Dienst darzu zu haben vermeint," aus der Besatzung ziehen.

Kein Offizier darf unbilliger Weise seine Untergebenen überfallen und todtschlagen: schlägt oder verwundet er einen in seinen eignen Angelegenheiten ohne erheblichen oder rechtmäßigen Grund, so soll er dafür vor dem Kriegsrath zu Recht stehen. Der General oder Höchstcommandierende hält wenigstens jede Woche einmal an einem bestimmten Tage Kriegsrath oder Standrecht, zu welchem in Ermangelung der gehörigen Anzahl der Offiziere auch Sergeanten, Corporale und Gemeine zugezogen werden. Dem Profoss darf sich niemand widersetzen, dem Scharfrichter in seiner Pflichterfüllung niemand entgegen treten.

Es soll keine Nation der andern mit Worten oder Werken einen Spott beweisen: wer bei einem Tumult seine Nation oder seine Compagnie zu Hilfe ruft und eine Nation wider die andere hetzt, erhält den Strang.

Wenn sich einer bei Streitigkeiten keinem Vergleich unterwerfen will, so wird er bei Wasser und Brot in die Eisen geschlagen, bis er nachgibt. Befindet aber ein Oberster oder sein Stellvertreter, daß die im Hader Begriffenen nur durch den Zweikampf verglichen werden können, so darf er ihn zulassen, aber nur außerhalb des Lagers und nicht nach besetzter Wache: Duelle auf Stoß sind bei Leibesstrafe verboten, auch darf Duellanten der Kampf nur einmal verstattet werden. Wer ohne Erlaubnis des Obersten jemand mit dem Degen herausfordert, hat seinen ganzen Sold verwirkt, muß bei dem Profoss liegen oder neben seinem Wagen drei Tage in Eisen laufen und sich mit Wasser und Brot speisen lassen. Der Offizier,

welcher die Wache commandiert und den Fordernden oder den Geforderten davon läßt, soll „gleichmäßiger Strafe“ untergeben sein. Wer einem Wehrhaften einen Mundschlag gibt, wird entlassen und erhält vor der ganzen Compagnie oder Corporalschaft des Geschlagenen zuvor von diesem gleichfalls einen Mundstreich.

Auf Nothzucht auch in Feindesland steht Todesstrafe, auf körperliche Mißhandlung von Geistlichen und Frauen, Greisen und Kindern schimpfliche Ausstoßung oder nach Lage der Sache Todesstrafe: dieselbe Strafe trifft auch Kirchenräuber oder Kirchenschänder selbst im feindlichen Gebiet. Wenn ein Feind sich in eine Kirche rettet, und er gibt sich gefangen, so erhält er Quartier. Auch Hospitäler, Schulen und Kirchen der Feinde werden gegen Vergewaltigung durch hohe Strafen gesichert. Gemeine Weiber sollen sofort verwiesen werden.

Die Musterrollen müssen „ohne Versetzung der Namen“ nach der ersten Musterung angefertigt werden. Auf den Musterplätzen haben Offiziere und Gemeine mit ihren Waffen bei Strafe eines Monatssoldes zu erscheinen. Wer sich dabei eines andern Namens oder eines fremden Gewehrs und Pferdes bedient oder sein Gewehr und Pferd einem andern leiht, wird mit schimpflicher Ausstoßung bestraft. Jeder Reiter oder Knecht soll an einem bestimmten Zeichen an Mann oder Pferd kenntlich sein. Wer sich mehr Soldaten als er hat, bezahlen läßt, wer zwei Mal durchpassiert oder unter 2 Compagnien reitet oder sich von jemand mustern läßt, vor welchen er nicht gehört, hat seinen ganzen Soldrest verwirkt und verfällt schimpflicher Ausstoßung oder sogar der Lebensstrafe. Soldabrechnung soll jedes Halbjahr ein Mal oder auch bei der Entlassung gehalten werden: bleibt die Löhnung eine Zeit lang aus, so dürfen die Truppen sich nicht unterstehen, die Commissare oder Offiziere zur Zahlung zu zwingen, sondern müssen sich eine Zeit lang gedulden und unterdessen trotzdem ihren Dienst gegen den Feind verrichten. Untaugliche Waffen werden bei der Musterung zerbrochen und auf Kosten des Besitzers durch bessere ersetzt.

Wenn die Truppen mit voller Verpflegung einquartiert werden, müssen sie sich eine Herabsetzung ihres Monatssoldes gefallen lassen: dann erhält z. B. ein Kürassier täglich 2 Pfund Brot und eben so viel Fleisch und drei Pot Bier oder an Statt des Fleisches und der Butter so viel Fisch, Käse und andere Nahrungsmittel. Können die Truppen nicht mit voller Verpflegung einquartiert werden, so erleiden sie keinen Abzug am Solde, müssen aber dafür in Freundesland baar bezahlen, während sie in feindlichen Gebieten, wenn sie der Contribution nicht unterworfen sind, ihre nothwendigen Bedürfnisse fordern oder sich selbst aneignen können.

Alle Waffen und sonstigen Habseligkeiten eines Soldaten fallen nach seinem Tode dem Kriegsherrn anheim, dagegen erhalten die Offiziere zur Ergänzung der Compagnien neues Anritt- und Laufgeld.

Kein Offizier darf ohne Erlaubnis des Commissars noch einen Mann annehmen, nachdem die Compagnien errichtet sind. Die Offiziere haben mit der Auszahlung der Löhnung nichts zu schaffen, jeder Offizier und Gemeine empfängt seinen Sold selbst von den Commissaren. Wenn ein Offizier Geld für Soldaten erhält, und er gibt ihnen weniger, als er selbst empfing, so geht er seines Degens verlustig, verübt ein Schreiber dieses Vergehen, so verfällt er dem Kriegsrecht. Erfolgt die Entlassung von Offizieren oder Gemeinen vor dem Ablauf einer dreimonatlichen Dienstzeit, so hat niemand einen Anspruch auf dreimonatlichen Sold; haben die Truppen 6 Monat gedient oder einen sechsmonatlichen Sold erhalten, so fällt auch der Anspruch auf einen Abdankungssold hinweg, welcher im andern Falle den Reitern in der Höhe des Anrittgeldes, dem Fußvolk dagegen nur zur halben Höhe im Betrage von 2 Thalern gezahlt wird. Offiziere zu Roß und zu Fuß, welche sich ihre Waffen selbst verschaffen, erhalten in der Regel keinen Abdankungssold. Eine Beschenkung der Fahne darf nur nach der Abdankung Statt finden.

Wer sein Pferd oder seine Waffe verspielt, vertrinkt oder verschenkt, wird ohne Paß und Geld verwiesen und zwar zugleich mit dem Gewinnenden. Auch wer seine Kleider verspielt, wird nicht in der Armee geduldet, und soll überhaupt niemand mehr verspielen und gewinnen, als was an baarem Gelde zur Stelle und aufgesetzt ist: was aber einer auf diese Weise ehrlich und redlich gewonnen, darf ihm niemand wider abnehmen. Mit den empfindlichsten Strafen werden diejenigen bedroht, welche ihre Waffen vernichten, verderben oder zum Pfand setzen.

Jeder soll sich auf eigne Kosten das Feldzeichen, welches auf den Kleidern oder dem Harnisch getragen wird, verschaffen. Die gar nicht unwichtige Angelegenheit wurde erst durch einen spätern Befehl vom 30. Dec. (n. St.) endgiltig geordnet: wer ein Feldzeichen führen wollte, mußte es sich von blau- und braungelbem Zeuge machen lassen und mit einem weißen Bändchen, „wie man sonst eine Rose darauf zu heften pflegt," zusammenbinden. Wer ein anderes Feldzeichen führte, sollte für einen Feind angesehen werden. Von Federn durften nach demselben Befehle nur weiße getragen werden. Die Reiter aber führten außerdem noch eine orangenfarbige Schärpe von Doppeltaffet, mit welcher sie schon beim Anritt versehen sein mußten.

In einem Treffen darf ohne Befehl kein Feuer gegeben werden. Niemand darf sich anders, als mit seinem Angesicht und Waffen gegen

den Feind gewandt zurückziehen. Geht die Fahne verloren, so sollen Reiter und Knechte so lange ohne Fahne reiten und marschieren, bis sie eine andre erobern. Vor der gänzlichen Eroberung der Wahlstatt und dem ausdrücklichen Befehl darf sich niemand auf „Mausen und Plündern“ begeben.

Die Commissare sollen auch Fürsorge für die Kranken tragen und Hospitäler errichten, in denen dieselben gegen ihren Sold unterhalten werden können. Invalide und Krüppel erhalten bei ihrem Aufbruch in die Heimat einen Zehrpfennig.

Niemand darf sich aus seinem Quartier in ein anderes oder in die Dörfer begeben, um den Bauern etwas abzubetteln oder abzuschätzen: kein unbekannter Reiter oder Knecht, der ohne Dienst ist, unter den Soldaten oder im Lager seinen Aufenthalt nehmen. Wer seinen Wirth oder einen Angehörigen desselben schlägt, wird nach vorausgegangener Abbitte mit einem Monat Sold und einer Verringerung der Löhnung außerdem bestraft und in die Eisen gelegt, oder er muß dem Troß drei Tage in Eisen folgen. Im Widerholungsfalle verliert er alle seine Habe und wird verwiesen. Ist die Verletzung eine blutige, so kostet sie ihm außerdem die Hand. Der Strang wird auf den Ueberfall und die Beraubung der Feinde gesetzt, welche dem Heere die Contribution liefern, oder mit denen man auch nur darüber verhandelt; harte Strafen ahnden auch den Diebstahl an Kleinvieh oder gar an Pferden. Brandstiftung im Lande des Feindes muß mit dem Tode gesühnt werden: unter besonderen Schutz werden Obstbäume, Backöfen, Braugeräthschaften, Mühlen, Schmiede und Pflüge selbst der Feinde gestellt. Mit Todesstrafe ist die Vernichtung von Wein und Bier, Korn und Proviant bedroht.

Alle Gefangenen, welche dem adligen oder einem höhern Stande angehören, ferner Sergeanten und Reutercorporale und alle über diesen stehenden Offiziere, endlich auch alle Spione gehören dem Kriegsherrn als Beute. Derjenige, welcher dieselben gefangen genommen hat, erhält dagegen alles bei ihnen gefundene Gut und, wenn Quartier gegeben wird, einen Monat Sold, wenn dies nicht der Fall ist, eine billige Verehrung. Alle andern Gefangenen können, nachdem sie dem obersten Befehlshaber präsentiert sind, nach Belieben ausgelöst werden. Dem Kriegsherrn gehört der Grund und das Eigenthumsrecht an allen Schlössern, Städten, Flecken und Schiffen, ferner alles Geschütz mit Munition und Zubehör sowie die Provianthäuser. Von dem gespaltenen Fuß fällt dem Kriegsherrn der halbe Theil, dem Soldaten der Rest anheim, doch soll das Vieh denen, welche die Contribution liefern, zu einem billigen Werth überlassen werden. Die Pferde gehören dem Kriegsherrn, so weit er sie zur Fortschaffung

des Proviants und der Munition nöthig hat, es müßte sie denn die Reiterei bedürfen, um sich beritten zu machen.

Alle Beutestücke aber müssen angemeldet und verzeichnet werden; geschworne Beutemeister entscheiden vorkommende Streitigkeiten. Keiner darf bei Strafe des Stranges diejenigen, welche Proviant zuführen, überfallen, oder auch nur aus dem Lager gehen, um auf dem Wege einzukaufen. Wenn den Soldaten der Unterhalt gegeben wird, soll niemand, weder Offizier noch Gemeiner, schlachten und die Marketenter nichts zum Kauf feil bieten. —

So streng nun auch diese Kriegsartikel gehalten sind, die eigenthümliche Zusammensetzung dieser Truppenkörper und die Unfähigkeit der Menschen jener Zeit, äußere Schranken wie selbst auferlegte Zuchtmittel zu achten, haben sie, wie wir bald sehen werden, doch illusorisch gemacht. Und auch der König hat im Drange der Noth nachgeben müssen. —

Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieser Artikel ist Christian IV. über Rödbye und Heiligenhafen nach dem Festland übergesetzt. Am 23. Mai n. St. zog er in Segeberg ein, wo ihm am folgenden Tage eine Deputation des niedersächsischen Kreises das Kreisoberstenamt feierlich übertrug. Hier in Segeberg ertheilte er Heinrich v. Rantzau und Dr. Theodor Bussius Vollmacht zur Theilnahme am niedersächsischen Kreistage. Von Segeberg begab er sich über Steinburg nach Glückstadt, wo Foppius van Aitzema im Namen des Administrators von Magdeburg mit ihm verhandelte und sich auch der wolfenbüttelische Vicekanzler bei ihm einstellte. Schon in diesen Tagen wurde fleißig Musterung gehalten, so bei Itzehoe über 12 Fähnlein Fußvolk und in der krumstiger Heide im Lande der Ditmarschen gleichfalls über 9 Fähnlein z. F. Ende Mai und Anfang Juni verweilte der König in Steinburg.

Schon vor der Mitte des April hatte im Holsteinischen dänisches Volk die Elbe überschritten. Hier im Norden war man damals der Ansicht, daß die ganze Unternehmung zunächst dem Stift Osnabrück gelte, wohin der König von einigen lutherischen Domcapitularen gerufen sei.

Besonders belebt war in jenen Frühlingsmonaten Hamburg, wo Johann Ernst von Weimar die Rüstungen persönlich leitete; mansfeldische und dänische Offiziere mit ihren kleinen Contingenten erfüllten die Stadt. Bald bekannten dieselben offen, daß ihr Kriegsherr mit Frankreich und England im Bunde sei. Auch ein bairischer Commissarius Massoni befand sich daselbst und verkehrte ziemlich ungescheut mit den gegnerischen Offizieren. Die Holländer hatten drei Kriegsschiffe auf der Elbe, welche alle nach Spanien bestimmten Fahrzeuge auf Munition und Contrebande untersuchten.

Natürlich ließen nun die dänischen Offiziere die Werbetrommel auch in andern Städten des niedersächsischen Kreises, in welchen man ihnen Zutritt gewährte, rühren. In Braunschweig, Magdeburg, Halberstadt, Halle sammelten sich trotz der von den Landesbehörden angeschlagenen kaiserlichen Verbote Hunderte von kriegslustigen Freibeutern.

Allein einen so großen Zulauf, wie er ihn wol anfangs erwartet hatte, erhielt der König nicht. Man fand allgemein, daß er den Sold zu karg bemessen hatte, und scheute die strengen Befehle wegen der Baarzahlung für den Unterhalt in den Quartieren. Auch die Bestimmungen im Betreff der Ablohnung der Truppen durch die Generalkriegskasse vermochte natürlich Offiziere jener Zeit nicht anzulocken. Anfang Mai aber waren bereits die vorläufigen Werbungen zu einem gewissen Abschluß gediehen, und die einzelnen Truppentheile rückten in die ihnen angewiesenen Quartiere, in das Gebiet der Städte Lübeck und Hamburg, in die Stifter Bremen und Verden und die Grafschaft Schaumburg. Den 25. Mai hatte der König zur Musterung bestimmt, und darauf sollten, wie wenigstens die Gegner wissen wollten, die Truppentheile im Osnabrückischen zur Generalmusterung zusammengeführt werden. Die Commissare, welche Christian IV. mit diesen vorläufigen Rüstungen betraut hatte, waren der Generalcommissarius und Oberstquartiermeister Oberstlieutnant Nerpracht,[1] ein alter mansfeldischer Offizier, ferner der Oberst Lohausen, der Amtmann Gert v. Rantzau zu Steinbrück, der Amtmann Marquard Penz zu Segeberg, der als Diplomat bekannte Propst von Uetersen Sievert v. Pogwisch, der Hofmarschall Wolf v. Buchwald und endlich der Kammerjunker Georg Schulte. Die drei erst genannten galten mit Wolf v. Baudissin auch bei dem Feinde als sehr tüchtige Offiziere. Unter ihnen hatte Wilhelm v. Kalchum gen. Lohausen bereits eine längere militärische Laufbahn durchmessen. Aus einer bergischen Familie gebürtig, hatte er sich nach einem Türkenfeldzuge während des jülich-clevischen Streites auf die Seite Brandenburgs gewendet und als Lieutenant im Kracht'schen Regiment der Belagerung von Jülich beigewohnt, wo ihm eine Falkonetkugel das rechte Bein zerschmetterte. Nach seiner Genesung wurde er vom Kurfürsten Johann Sigismund zum Capitän bestellt, ging darauf in wolfenbüttelische Dienste und errichtete später dem Kurfürsten von Brandenburg die Leibgardecompagnie. Darauf finden wir ihn im Dienste des Markgrafen von Jägerndorf, und Ende des Jahres 1622 tritt er als oldenburgischer Oberst auf. Er war eine ernste Natur von einer höhern wissenschaftlichen Befähigung, welche sich immer Anerkennung erworben hat. Als Mitglied

1) Der Name wird sehr verschieden geschrieben: Nerpraht, Nerprot, Herprot.

der fruchtbringenden Gesellschaft führte er die Devise „Der Feste im Stande." Möglicher Weise hat ihn der König bereits zur Abfassung der Kriegsartikel herangezogen, welche dann in ihrem Eingange als ein Zeugnis seines immer bewährten religiösen Sinnes und in vielen Bestimmungen als ein Versuch, die von ihm später so sehr beklagten Mängel des Soldatenwesens zu bessern, erscheinen würden.[1] —

Auffallend ist, daß unter den höhern Offizieren so wenig Dänen gefunden werden, nur die unmittelbarste Umgebung des Königs weist einige auf, wie die Reichsräthe und Kriegscommissare Klaus Daa und Magnus Kaaß.

Nach freilich etwas unbestimmten Nachrichten hat Christian IV. in jenen Monaten auch Unterhandlungen über das Erzbisthum Bremen gepflogen. Er wollte den damaligen Inhaber zur Resignation vermögen, um dann seinem Sohne, der ja bereits Bischof von Verden war, auch hier die höchsten landesherlichen Rechte übertragen zu lassen. Allein die Sache scheiterte. Und auch mit der Stadt selbst konnte er kein erwünschtes Abkommen treffen. Obwol er ihr freie Schifffahrt nach Norwegen und das Monopol zum Handel mit fremden Nationen, ferner eine vollständige Befreiung von der domcapitularischen Oberherlichkeit zusagte, hat die Stadt die Dänen nicht aufgenommen. Sie ertheilte vielmehr dem Könige die Antwort, er möge die Armee in die Lande derjenigen Fürsten führen, welche den Abschied von Lauenburg unterzeichnet hätten, und berief sich außerdem auf ihre Stellung als freie Reichsstadt. Dagegen konnte die Einquartierung vom stiftischen Landgebiet nicht abgewendet werden. Da sie der Bischof selbst bewilligte, war die Weigerung der Prälaten auf dem Landtage unwirksam. Während Verden schon im Mai mit 3 Compagnien Fußvolk und 4 Compagnien Reitern belegt wurde, hatte das Stift Bremen 10 Compagnien z. F. und 8 Compagnien Pf. zu verpflegen.

Nur um nicht den geringsten Zweifel obwalten zu lassen, bemerken wir noch, daß natürlich auch Hamburg und Lübeck die Aufnahme dänischer Truppen verweigerten. Da der König die Stimmung der Hansestädte gegen ihn hinreichend kannte, scheint er dies vorausgesehen zu haben: unter den Bedingungen, welche er Gustav Adolf für seine Unterstützung zustellen ließ, befand sich auch die, daß der König von Schweden sich der Hansestädte nicht annehmen sollte, wenn Christian IV. sie zur Einlieferung ihrer Kreiscontributionen mit Gewalt anhalten müßte. —

---

1) E. v. Schaumburg, General Wilhelm v. Kalchum gen. Lohausen in d. Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins III. S. 1 ff. Leider enthält der Aufsatz gerade für diese dänische Zeit zu wenig sichere Bestimmungen.

Auf Seite der katholischen Stände war man in jenen Tagen noch überzeugt, daß auch Gustav Adolf an dem Kampfe Theil nehmen werde. Selbst aus Braunschweig wurde nach München berichtet, Gustav Adolf werde 10,000 M. deutsches Kriegsvolk unter dem jungen Grafen v. Thurn in Mecklenburg aussetzen. Christian der Aeltere meldete Tilly, dieses schwedische Corps habe Befehl sich der Elbe zu bemächtigen. In der That verhielt es sich jedoch damit ganz anders: Gustav Adolfs Anerbietungen wurden immer zurückhaltender.

Wie viel Truppen für den König bis zu Ende Mai im Holsteinischen und in den Stiftern Bremen und Verden zusammengebracht wurden, kann nicht genau angegeben werden. Einer aus Bremen nach München gelangenden Nachricht zu Folge sollte die Armee 21,000 M. Fußvolk und 5500 R. meist Küraſſiere zählen. Allein das Fußvolk hatte damals sicherlich noch nicht die Höhe von 12,000 M. erreicht.

Ueberall, wo sich im niedersächsischen Kreise die Landesherrn zur Defension bequemt und dem Könige angeschlossen hatten, wurde auch im Kirchengebet der Bedrängnis der evangelischen Sache gedacht und der Sieg auf die Fahnen des Königs herabgefleht.

Die ganze Bewaffnung war jedoch unter der Voraussetzung unternommen, daß auch die einzelnen Kreisstände ihre Contingente aufbieten sollten. Es waren beispiellos geringe Forderungen, welche der König zu Beginn des Jahres an die einzelnen Stände richten wollte. Er hatte Braunschweig-Wolfenbüttel die Stellung von 500 Pf. und 1500 M. Fußvolk zugedacht, während Lüneburg nur 200 Reiter und 400 M. Infanterie, beide Mecklenburg 300 M. zu Fuß und 600 Reiter, Holstein und Bremen je 200 M. Fußvolk und 500 Pf. ausrüsten sollten. Größeres ward den Städten zugemuthet: sie sollten insgesamt 2000 R. und 6000 M. Fußvolk aufbringen. Dazu trat dann Brandenburg mit 500 M. Cavallerie und 2500 M. Infanterie, Dänemark selbst mit 5000 M. und England mit 7000. Allein schon wenige Monate darauf war dieser ganze Plan vollständig vereitelt worden: weder England noch Brandenburg noch die übrigen norddeutschen Staaten haben dem Könige ihre Contingente zugeführt. Nicht einmal zu einer wirklichen Aufstellung der vollständigen Kreiscontingente wie im Jahr 1623 konnte man gelangen.

Eben so wenig hatte sich Christian IV. einer erheblichen pecuniären Unterstützung auch nur derjenigen Stände, welche ihn gewählt hatten, zu erfreuen. Den Verabredungen zu Lüneburg zu Folge hätten die Einzellandtage ihre Beiträge zur Kreiskasse bewilligen sollen, um das triplum in triplo, nämlich 633,360 Reichsthaler, zusammen zu bringen. Und es mögen die Stände auch hier und da, wie z. B. im Erzbisthum Magde-

burg, eine Bewilligung ausgesprochen haben, allein Zahlungen sind im Laufe dieses Jahres, so viel wir wissen, nur aus wenigen Landschaften wie Holstein und Ditmarschen und wahrscheinlich von den Herzögen von Mecklenburg geleistet worden.[1]

Der König hat daher wenigstens im Anfange alle Kosten der Rüstungen selbst tragen müssen: auch die französischen und die englischen Subsidien trafen erst nach Monaten und in einer unter aller Erwartung geringen Höhe ein. Bereits Anfang Mai wurden daher bedeutende Summen aus Kopenhagen nach Holstein geschickt, und der königlichen Kammer zu Segeberg bald darauf eine Summe von 136,000 Thalern auf ein Mal entnommen. Aus dem Gewölbe zu Rendsburg lieferte Gert v. Rantzau in den folgenden Monaten hohe Beträge von 30,000 Thlrn. bis zu 120,000 Thlrn. Dazu traten dann die nicht unbeträchtlichen Summen, welche die Zolleinnehmer zu Helsingör senden konnten, im December dieses Jahres allein 25,000 Thaler und auch in den früheren Monaten mehrmals Posten von 10,000 Thalern.

Frankreich aber hat in diesem ersten Jahre von den dem Könige jährlich gewährleisteten 500,000 Livres nur einen geringen Theil gezahlt, so daß nach weiteren Zahlungen des folgenden Jahres Christian IV. noch im Jahr 1627 einen Anspruch auf 200,000 Livres aus den Unterstützungsgeldern für das erste Jahr erheben konnte. Die Rechnung, aus welcher wir unsere Angaben entnehmen,[2] weist dagegen unter dem 24. Sept. (1625) eine Summe von 178,940 Reichsthalern, die aus den englischen Subsidien an Wolf v. Buchwald und Wilhelm v. Lohausen gezahlt wurden, nach, während freilich nach einer andern Nachricht Anstruther schon im Juli 46,000 Pfund St. für den König erhalten hat. Außerdem langten im December dieses Jahres noch einmal 30,000 Pfund aus England an. Die Summe aller Gelder, welche der Generalkriegscommissarius Axel Aranfeldt seinem Journal zu Folge im Laufe von etwa 14 Monaten (vom Mai 1625 bis zum Juli 1626) eingenommen und ausgegeben hat, beträgt jedoch nicht mehr als 1,002,138 Reichsthaler 9½ Schilling Lübisch.

Daß auch das Doppelte dieser Summe nicht hingereicht haben würde, eine Armee von nur etwa 14,000 M. Fußvolk und 4000 Pferden bis zum Schluß des Jahres 1625 nothdürftig zu unterhalten, davon werden

---

1) Selbst die Apologie leugnet nicht, daß die Contribution abgetragen worden ist, S. 317. 318.

2) Foliobaud im Kgl. Rentekammerarchiv in Kopenhagen mit der Jahreszahl 1627. Er umfaßt jedoch nur etwa die sieben letzten Monate des Jahres 1625 und die sieben ersten des folgenden.

wir uns überzeugen, wenn wir hören, daß nach genauester Schätzung der Monatssold auf 8000 in 50 Schwadronen getheilte Reiter mit dem Anrittgeld auf 210,210 Gulden berechnet wurde, während man 20,000 M. Fußvolk in 20 Regimentern wenigstens mit 204,953 Gulden zu unterhalten hatte. Auf einer ähnlichen Höhe hielt sich der Sold wirklich in der wallensteinischen Armee, in welcher man auf ein Regiment Infanterie von ungefähr 2000 M. einen monatlichen Sold von etwa 20,000 Fl. anweisen wollte.[1] —

Auch eine französische Diversion im Westen war dem Könige vor dem Beginn der Rüstungen versprochen worden. Wäre sie in den ersten Monaten dieses Jahres von Statten gegangen, so hätte natürlich Tilly in die Pfalz rücken müssen. Da dies nicht geschah, konnte der König zunächst nicht daran denken, seine kaum zusammen gebrachten Mannschaften einem Zusammenstoß mit Tillys versuchten Schaaren auszusetzen, sondern mußte sich auch zum Behuf der Vervollständigung seiner Rüstungen in der Defensive halten. Dazu trieb ihn nach der Eroberung von Breda auch noch die Besorgnis vor einem energischen Eingreifen der Spanier.

Erst von Beginn des Monats Juni an erhielten eine große Anzahl der höheren Offiziere ihre regelmäßige monatliche Löhnung. Diesen Zeitpunkt dürfen wir also auch erst als den wirklichen Beginn ihres Dienstverhältnisses zum König bezeichnen. So bekamen die Kriegscommissare Penz und Pogwisch je 308 Reichsthaler monatlich, der Kriegscommissarius und Kriegsrath Lohausen 400 Thlr. und der Kriegscommissarius für das Proviantwesen Lorenz Wensin 200 Thlr. für den Monat.

Weit besser waren die Führer der Cavallerie gestellt. Der Sold des Generalcommissarius Nerpracht betrug monatlich 908 Reichsthaler, eben so viel der des im August bereits wider verabschiedeten Generallieutenants Kurt Plate Geel gen. v. Schloen, während Obentraut, dessen Soldbezüge erst vom 6. August beginnen, 1000 Thaler empfing. Der Generalquartiermeister Adrian Balthasar v. Flodorf wurde mit 500 Thlrn. besoldet. — Die Regimentscommandeure meist unter dem Titel Oberstlieutenant beziehen 300 Thlr., der einzige Major des Regiments 200. Der Compagnieführer oder Capitänmajor hat den gleichen Sold wie der letztgenannte. Da der Oberstlieutenant aber gewöhnlich auch Compagnieführer war, so bezog er auch noch den Sold eines solchen. Marquard v. Rantzau erhielt so „wegen seiner Capitänschaft" noch 200 Thaler. Auch dem Major wurde als solchem außer seinem Capitänsgehalt, welches

1) Kürschner, Wallenstein in Eger a. a. O. S. 528.

in den späteren Monaten dieses Jahres auf 150 Thlr. herabgesetzt worden zu sein scheint, noch 80 Thlr. monatlich gezahlt.

Am misslichsten scheint es mit der Artillerie und dem Geniewesen bestellt gewesen zu sein, hier begegnen wir vornehmlich Ausländern: so werden als Capitäne der Ingenieure Franz de Traytorres und Olivier de Marnay genannt, derselben Truppengattung gehörte auch Abraham de Lahay an.

Aber freilich betrachtete der König im Juni seine Rüstungen keineswegs als abgeschlossen. Je bestimmter die Kunde von der Aufstellung einer neuen kaiserlichen Armee auftrat, um so dringendere Veranlassung fühlte er, seine Rüstungen zu beschleunigen und zu ergänzen. Er ertheilte daher im Juni dem Oberstlieutenant Leo Freitag Befehl, noch 1000 Arkebusiere gegen ein baar ausgezahltes Anrittgeld von 10,000 Reichsthalern zu werben, und ließ im Juli durch den Oberstlieutenant Konrad Nell gleichfalls ein Regiment Arkebusiere zu 10 Compagnien, von denen jede 120 Pferde zählen sollte, aufstellen. In demselben Monat erhielt dann auch der Herzog Friedrich von Altenburg noch 6000 Reichsthaler auf ein Regiment von 600 Arkebusierpferden, und einen Monat später Nerpracht 5000 Reichsthaler zur Werbung eines Cavallerieregiments von 500 Pferden.

Diese Rüstungen werden erst gegen Ende September einen gewissen Abschluß erreicht haben. Der größte Theil der ganzen Armee bestand aus Infanterie, welche jetzt der General Hans Philipp Fuchs v. Bimbach befehligte. Er hatte nur vier Regimenter Infanterie, von denen das erste, das aus 20 Compagnien bestehende Leibregiment des Königs, mit der Leibcompagnie 4400 M. stark war. Die drei übrigen Regimenter wiesen in je 12 Compagnien einen Bestand von 7200 Mann auf. Das Leibregiment so wie die Leibcompagnie führte der Oberstlieutenant Konrad Nell, während die drei übrigen unter dem Befehl der Oberstlieutenants Klaus v. Linstow, eines ehemaligen mansfeldischen Offiziers, ferner May, der im Jahre 1623 dem Herzoge Christian von Braunschweig gedient hatte, und Philipp Lipp standen.

Herzog Johann Ernst von Weimar war jetzt Generallieutenant über die gesamte Cavallerie. Sie zerfiel in 10 Regimenter von je 400 Pferden. Jede Compagnie zu Pferde sollte 81 Küraſſiere und eine Corporalschaft (25 M.) Arkebusiere haben. Die 81 Küraſſiere bildeten drei Corporalschaften. Das erste Regiment, das Leibregiment des Herzogs, befehligte der Wild- und Rheingraf Otto Ludwig, die Befehlshaber der übrigen waren Kurt Plate v. Geel in der Charge eines General-Oberstlieutenants, ferner Herzog Joh. Friedrich von Sachsen-Altenburg, der Pfalzgraf

Christian v. Birkenfeld, Friedrich Wilhelm Vitzthum v. Eckstädt, Sterling, Jost v. Quernheim und Bandissin. Dazu traten später freilich noch bedeutendere Corps, welche aber für den Augenblick noch nicht gemustert waren.

Eine andere Musterrolle zählt nur 9 Regimenter zu je 500 Pferden und nennt als Regimentscommandeur den Pfalzgrafen Friedrich, nicht Christian v. Birkenfeld, Vitzthum v. Eckstädt aber übergeht sie ganz. Ihr zu Folge bestand die Infanterie aus 5 Regimentern, da zu den oben genannten noch das Sigmunds v. Frenking mit 2400 M. hinzutritt. Da die Rolle jedenfalls für eine etwas spätere Zeit gilt, so betrug vielleicht Ende September oder Anfang October die Stärke der ganzen Armee höchstens 19,400 M.

Die wolgemeinten Absichten des Königs, den Ansprüchen der Offiziere und Gemeinen an ihre Verpfleger einen Zügel anzulegen und den Sold den Einnahmen seiner Kriegskasse anzupassen, erreichten übrigens ihr Ziel nicht. Und zwar waren es vor allem die Offiziere, welche den König gewissermaßen zur Nachgiebigkeit zwangen. Schon in der Verpflegung mußte Christian IV. die karg bemessenen Sätze gar bald überschreiten. Hören wir z. B., was als Zubuße eines Rittmeisters „über die von J. K. M. gesetzte Ordinanz", d. h. also wol als volle Verpflegung von Rechtswegen gefordert wurde. Der Rittmeister sollte des Tages 4 Maß Wein, 6 Maß Bier, 2 Enten oder Hühner und 25 Eier erhalten. Dazu traten dann noch täglich 4 Pfund frische oder geräucherte Fische und 4 Pfd. Weißbrot. Endlich erhielt ein Rittmeister noch wöchentlich 2 Schafe oder Lämmer und für Gewürz und Schmalz des Tages eine Mark. Konnte sich der Rittmeister mit seinem Quartiergeber über dies alles nicht einigen, so war der letztere zu einer Zahlung von 2 Rthlrn. täglich verpflichtet.[1] Aehnliche wenn auch geringere Zubußen mußten den untern Graden und den Gemeinen gereicht werden.

Die Regimentscommandeure oder Oberstlieutenants der Cavallerie erhoben ihrerseits den Anspruch, daß man ihnen wie vor Alters das Geld auf ihre Regimenter zahlen sollte, während die Ablöhnung der ursprünglichen Bestimmung gemäß durch die Generalkriegskasse bewerkstelligt wurde, und wünschten, was gleichfalls nicht mißzuverstehen ist, die aufgehenden Lücken ohne Rücksprache und Zustimmung der Commissare wider neu zu füllen. Auch in den Anordnungen des Königs über die

1) Diese und die folgenden Mittheilungen sind dem Großherzoglichen Gesamtarchiv in Weimar entnommen. Acta des Herz. Joh. Ernst des Jüngeren z. W. Kg. Dän. und Böhmische Kriegsbestallung und Kriegszüge betr. 1620—1626.

Zugehörigkeit der Gefangenen und der Beute beanspruchten sie eine Aenderung, da ja die Offiziere einem alten Gebrauche nach gleichfalls einen Theil derselben erhalten hatten. Sie forderten ferner eine besondere Aufbesserung gegenüber den Rittmeistern und stellten noch eine Anzahl kleinerer, wenn auch vielleicht berechtigterer Forderungen, wie die Auszahlung eines dreimonatlichen Soldes noch vor dem Eintritt des Winters, die Anstellung eines Feldpredigers und eines Profoss für jedes Regiment, die Lieferung guter Küraſſe und langer Röhre und andere dergleichen.

Wir vernehmen ferner vom Obersten Rantzau über sein eignes Regiment, daß Lohausen Compagnien musterte, welche noch nicht einmal den Mustermonat erhalten hatten, und daß nicht einmal die höheren ihm untergebenen Offiziere die Zahlung ihrer Löhnungen durchsetzen konnten.

Ja auch die rechtzeitige Beschaffung der Waffen machte nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Nach einem Befehl des Generals Fuchs an die Infanterie sollte jede Compagnie halb mit Piken bewehrt werden. Da man derselben indessen nicht habhaft werden konnte, wurde das Fußvolk vollständig mit Musketen bewaffnet, deren Lieferung ein Factor des Königs selbst übernahm. Allein viele dieser Gewehre sprangen und beschädigten sogar die Mannschaften. Und daraus entstand natürlich neue Verlegenheit.

Selbst der Herzog Friedrich von Altenburg erhob ganz ähnliche Forderungen, wie die andern Offiziere für das von ihm geworbene Regiment.[1] Er nimmt für sich selbst die völlige Administration der Justiz und alles andere in Anspruch, was sonst einem Obersten gebührte. Die Bezahlung des Regiments soll durch seine Hand gehen, die Offiziere die Compagnien wider ergänzen und dafür die verfallenden Löhnungen als Entschädigung erhalten. Auf die Erbschaft verstorbener Reiter haben gleichfalls die Offiziere den gerechtesten, im alten Herkommen beruhenden Anspruch. Die Rittmeister sollen statt 500 Gulden eben so viel Thaler erhalten. Auch Herzog Friedrich suchte um eine Bestimmung über die Löhnungen des Regimentsquartiermeisters, Feldpredigers und Profoss, sowie der Feldscheerer, Sattler und Büchsenmacher nach, welche überhaupt nicht auf eine zahlungsverbindliche Stelle angewiesen waren.

In welcher Weise diese Ansprüche auch der höhern Offiziere mit den Kriegsartikeln in Einklang gebracht worden sind, wissen wir nicht. Daß aber die Durchführung der letztern eine nicht allzu strenge gewesen

1) Walesrode 4. Oct. (a. St.?).

ist, dafür zeugen nicht nur die Klagen, welche bald aus Freundes wie Feindes Land auch über die dänischen Truppen laut werden.

Immerhin aber verdient das Bestreben namentlich des Herzogs von Weimar, eine gewisse militärische Zucht und Ordnung aufrecht zu halten, noch heute vollste Anerkennung. Johann Ernst hat die Commissare und Rittmeister vor sich beschieden, um mit ihnen die einzelnen Straf- und Zuchtmittel der militärischen Disciplin festzusetzen.[1] Aber freilich schon die Unzuträglichkeiten, denen man abhelfen wollte, zeigen, wie gering von Anfang an die Ordnung auch unter den ihm untergebenen Truppentheilen gewesen ist. Er verlangte z. B. ein Gutachten, wie dem Ausreiten der Mannschaften und dem Raube der Pferde und des Viehes zu wehren sei, wie man dem mit den Passzetteln getriebenen Missbrauche abhelfen und den Commandeuren eine größere Autorität sichern könne, so daß sich kein Mann ohne Wissen seines Vorgesetzten aus dem Quartier verfügen dürfe. Aber man hat auch über Maßregeln verhandelt, welche verhüten sollten, daß, da vielen Reitern die Waffen zerbrochen waren, die übrigen dieselben von freien Stücken fortwarfen!

Es wurden nun in der That energische Beschlüsse gefaßt: man beschränkte den Troß und die Anzahl der Wagen, man verbot das Ausreiten ohne Passzettel und das Fouragieren ohne Befehl, welches den Bestand der Compagnien schwächte, so daß man bei einem unvermutheten Ausrücken überhaupt über ihre Stärke in Ungewissheit war.

Allein trotzdem konnte auch die schärfste Disciplin die Nachwirkungen einer unzureichenden Löhnung nicht überwinden. Und wenn dieselben auch nicht in so erschreckender Weise wie bei den Armeen Tillys und Wallensteins hervortraten, so haben sie doch auch noch das Ihrige dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der dänischen Truppen zu schwächen.

Alle diese Schwierigkeiten vermehrte aber noch die Pest. Bereits im October zählte man gegen 4000 Kranke. Zu ihrer Unterbringung schlug der König die Klöster vor, während eine vom Reichskanzler berufene Versammlung der Generaloberſten und Commissare[2] die Städte Verden, Hoya, Lockum und andere namhaft machte. Auch der Militärkrankenpflege widmete jene Versammlung ihre Sorgfalt: sie bestellte für die Hospitäler nicht nur Aufseher und Aerzte, sondern auch bereits Frauen als Pflegerinnen, und zwar auf 10 Personen je eine. Ja man dachte schon daran, den Hospitälern Prediger zum Krankenbesuch zuzuordnen.

---

1) Memorial vom 30. Juni (a. St.?) 1625. Weimar a. a. O.

2) Sie war auf den 10. October a. St. (?) angesetzt.

Daß aus allen diesen Bestimmungen auch der milde und bis in die Einzelheiten der Verwaltung dringende Sinn des Königs spricht, liegt auf der Hand.

Bei Haseldorf überschritt Christian IV. am 7./17. Juni die Elbe und verlegte sein Hauptquartier nach Stade, von wo er sich nach einigen Tagen über Bremervörde nach Rotenburg an der Wümme begab, der Residenz der Bischöfe von Verden. Hier fanden sich auch seine unebenbürtige Gemahlin Kirsten Munk und an demselben Tage der vornehmste der Kreisfürsten, der Administrator Christian Wilhelm ein. Beide folgten ihm am 27. Juni n. St. nach Verden.

Die Truppen wurden darauf in das Stift Verden und in das Lüneburgische zwischen Aller und Weser vorgeschoben: der Herzog von Weimar nahm in Winsen an der Aller Quartier. Schon damals befürchtete man einen Ueberfall Tillys: man maß dem Feldherrn die Absicht bei, den Kreis der Möglichkeit zu berauben, die Contribution zu erlegen.[1]

Bis dahin führte der König selbst nicht nur den Oberbefehl im Allgemeinen, sondern entschied auch die Einzelheiten des militärischen Dienstes. Nur der Herzog Johann Ernst von Weimar hatte als General der Cavallerie ein umfassenderes Commando.

Dagegen waren die Infanterieregimenter bis gegen Ende Juni noch keinem Oberbefehlshaber untergeben. Erst in jenen Tagen gelang es dem Könige, den Widerstand des Obersten Fuchs zu überwinden, so daß derselbe als General der Infanterie und Artillerie in die protestantische Armee eintrat.

Johann Philipp Fuchs von Bimbach aus Franken gebürtig hatte, obwol lutherisch, unter Bucquoy am böhmischen Kriege Theil genommen, war aber bald darauf ohne vollständige Bezahlung entlassen worden. Seine Confession mag ihn damals verdächtig gemacht haben, allein offenbar ist auch seinem militärischen Ehrgeiz im Lager der Kaiserlichen die ersehnte Befriedigung nicht zu Theil geworden. Während er daher seinem Missmuth über die üblichen Belohnungen des Confessionswechsels hervorragender Persönlichkeiten durch Standeserhöhungen und Beförderungen zu Aemtern und Würden noch während seiner kaiserlichen Dienstbestallung Luft machte und selbst die persönlichen Schwächen des Kaisers zu bespötteln keinen Anstand nahm, so wendete er sich nach seiner Entlassung vollständig der Gegen-

---

1) Brief Aitzema's an die G.-St.

partei zu, die er bereits im Jahre 1622 und noch mehr im folgenden mit seinem Rath unterstützte. Im Juli des Jahres 1623 finden wir ihn abwechselnd in der Umgebung des Herzogs Christian des Jüngern und seines Bruders sowie des Administrators Christian Wilhelm. Schon damals hat er einer freilich nicht ganz verbürgten Nachricht zu Folge ein Commando über mehr als 10,000 M. Kreistruppen übernommen, um sie dem heranziehenden kaiserlichen General Collalto entgegen zu führen. Indessen machte den Plan die Niederlage Christians bei Stadtlohn zu Schanden. Im Jahr 1624 hat er dem Markgrafen Christian Wilhelm z. B. in der halberstädtischen Postulationssache Dienste geleistet und ihm schließlich den Rath ertheilt, das streitige Bisthum Halberstadt geradezu an Dänemark abzutreten. Er sprach es damals offen aus, daß der Kaiser beide Stifter, Magdeburg und Halberstadt, einziehen und die Domherrn verjagen und absetzen werde. Als sich die Kunde von einer drohenden Besetzung Magdeburgs durch die Kaiserlichen verbreitete, trat er mit der dem Administrator geneigten Partei in der Stadt in Verbindung und drang vor allem auf eine Ausbesserung der Festungswerke.

Alle diese Dienste leistete er der protestantischen Sache und ihren Fürsten nur im Geheimen: von einem öffentlichen Hervortreten hielt ihn die Besorgnis vor der Confiscation seiner in Franken gelegenen Besitzungen zurück. Fuchs war damals ein schon bejahrter Mann und, wie gesagt, der protestantischen Sache von Herzen eifrigst zugethan. Trotzdem hat auch ihn der Verdacht nicht unangefochten gelassen: schon während des böhmischen Krieges hat man ihn beschuldigt, als ob er wissentlich die Artillerie zu kurz habe schießen lassen; in Braunschweig nöthigte man ihn zur Uebernahme des Commandos unter der gehässigen Drohung, man werde ihn sonst als einen kaiserlichen Spion betrachten müssen. Und selbst in den Jahren 1625 und 1626 ist er von manchen mit Misstrauen beobachtet worden. Indessen hat bis jetzt der Glaube an die Lauterkeit seines Characters nicht erschüttert werden können. Der Schutz und die Vertheidigung des Protestantismus war ihm immer heilige Gewissenssache.

Fuchs besaß einen nicht gewöhnlichen Scharfblick und zeichnete sich durch einsichtiges und überlegenes Urtheil vor vielen seiner Standes- und Berufsgenossen aus. Er soll es sehr bitter empfunden haben, daß kein einziger protestantischer Reichsfürst den schwierigen politischen Verhältnissen gewachsen war, und bezeichnete dieselben geradezu als Idioten, die nur zu trinken und zu spielen wüßten. Allein trotzdem fehlte auch seinem ganzen Wesen ein höheres Selbstbewußtsein, eine gewisse mit der Ueberwindung von Hindernissen sich steigernde Sicherheit des Auftretens und natürlich auch jene rauhe Rücksichtslosigkeit, welche eine unerläßliche Eigenschaft

eines höheren Oberbefehlshabers jener Zeit war. Obwol er daher sehr bald den richtigen Einblick in die Verwirrung, welche im dänischen Hauptquartier herschte, gewann, hat er doch selbst nichts bessern können: ja seine unschlüssige Weichheit hat die Schwierigkeiten nur noch vermehrt.

Vor seinem förmlichen Uebertritt in die dänische Armee hielt er sich auch in diesem Jahre am Hofe Christian Wilhelms als Oberst über das von diesem persönlich geworbene kleine Corps auf und begleitete den Fürsten auch nach Rotenburg, wo der Herzog von Weimar die bereits von Aitzema begonnenen Verhandlungen über seine Dienstbestallung fortsetzte. Fuchs erhob jedoch auch jetzt noch mancherlei Schwierigkeiten und wollte schließlich doch nur in den Dienst des Kreisobersten treten, nicht des dänischen Königs.[1] Er ist indessen mit dieser Forderung nicht durchgedrungen, sondern mußte sich doch als „Königlicher Majestät und des niedersächsischen Kreises General" und zwar über Infanterie und Artillerie bestallen lassen.

Auch an den Administrator von Magdeburg hatte man bereits das Ansinnen gerichtet, die Stelle eines Generallieutenants der Armee zu übernehmen. Allein Christian Wilhelm, der nun den Ernst der Lage doch allmählich übersah, hat sich damals noch dem Drängen des Königs und des Herzogs von Weimar mit Glück widersetzt. Er hat dies Anerbieten geradezu zurückgewiesen oder wenigstens noch Aufschub gesucht. An der ganzen Aufstellung der dänischen Armee, an ihrem Vorrücken sowie ihrem Rückzuge hat er sich nicht im Geringsten persönlich betheiligt. Schon am 29. Juni n. St. verließ er das königliche Hoflager in Verden und ist erst nach dem Einrücken Wallensteins in sein Erzstift wider bei der Armee erschienen.[2]

1) . . . . arbeyde om die commissie te doen stellen onder sijne Majt, in qualiteyt als Overste deses Creytz, beducht sijnde, soo onder eene vreemde coninck dienst namen, dat sijne goderen, die onder 't Rijck veele heft, bekommert soude mogen werden . . . Verbaal v. d. Ambassada van G. v. Vosbergen bij den Koning van Denemarken 81.

2) Vosbergen a. a. O. S. 72. 74. Hier erzählt der Diplomat: hebben seer veele discoursen, eerst met sijne Majt ende daernaer met den hoochg. Administrator . . . apart gehouden, die ick gevonden hebbe seer openhertich enn respectueux aen uwe Ho. Mo., doch seer weynich geinstrueert vann saeken vann werelt ende oock vande jegenwoordige constitutie vande saecke van Duytschlant, derhalven seer bloode ende perplex. Nach dem Tagebuche (Nyerup 133) ist der Administrator wirklich damals in die Armee eingetreten, allein er verließ Verden bereits den 19./29. Juni wider und ist erst am 19./29. October (Nyerup 144) zum König zurückgekehrt. In der Zwischenzeit hat er sich nur im Erzstift aufgehalten.

Von Verden rückte der König nach Nienburg (21. Juni a. St.) und schon am folgenden Tage nach Stolzenau. Auf dem Marsche hierher unterzog er sich einer größeren Musterung auf der laccumer Heide. Hier fand er auch 7000 M. Kreistruppen, wahrscheinlich die holsteinischen und wolfenbüttelischen Contingente, welche freilich in ihrer Ausrüstung noch so weit zurück waren, daß sie nicht einmal gemustert werden konnten.[1] Schon am 24. Juni/4. Juli brach jedoch das königliche Hauptquartier nach Wintheim auf, wo der König wider einige Tage still lag. Bis nach Minden hin inspicierte er selbst die Quartiere. Anfangs Juli war in diesen Landstrichen sein ganzes Fußvolk zusammengeführt. Aitzema schätzte diese Armee gegen das Ende des Monats auf 6 Regimenter Fußvolk und 5000 Pferde. Der König selbst äußerte große Zuversichtlichkeit.[2] Als er sich einst in ein rothes Gewand kleidete, ließ er das Wort verlauten: „In diesem rothen Kleid will ich den Feind schlagen oder darin sterben."

Aus dem Gebiet des Bisthums Minden verlegte er dann einen Theil der Truppen und zumal das Hauptquartier nach Hessisch Oldendorf und zog von da nach Hameln (14./24. Juli).

Trotz seines Widerspruchs hatte Friedrich Ulrich den Einmarsch der Dänen in sein Herzogthum nicht hindern können.[3]

In Hameln ließ der König ein Regiment über den Fluß gehen, während er selbst mit dem Leibregiment in der Stadt Quartier bezog. Es war ihm sichtlich daran gelegen, auch das linke Weserufer vor dem aus Westfalen heranrückenden Tilly zu sichern. Zu diesem Zweck hatte er in der Nähe von Höxter einige Verschanzungen anlegen lassen, die sich aber gegen die in Höxter liegenden Ligisten nicht halten ließen. Auf einen feindlichen Zusammenstoß mit Tilly hatte es der König auch in Hameln keineswegs abgesehen. Doch beschäftigte er sich eifrigst mit der Ausbesserung der Verschanzungen, die er hier wie auch anderwärts persönlich in Augenschein nahm.

Daß sein Gegner die Weser überschreiten würde, um sich seinem weiteren Vordringen entgegenzuwerfen und den Anschluß des Kreises zu verhindern, scheint er fast für unwahrscheinlich erachtet zu haben! Dennoch aber sendete er am 24. Juli Wolf v. Buchwald und Norpracht südwärts auf die Corvey gegenüber liegende Anhöhe „zum Stein", um

1) Jahn a. a. O. 132.

2) Briefe Aitzemas an die G.-St. Hamburg 2./12. Juli und 20./30. Juli 1625. K. R.-A. im Haag.

3) Kurtze Gründliche Information S. 22.

die hier zum Schutze der Weser in einer Verschanzung aufgestellten, größtentheils aus braunschweigischem Ausschuß und Bauern bestehende kleine Abtheilung zu verstärken. Allein wir vernehmen nicht, daß sich die Dänen dem Feinde irgendwo entgegengestellt hätten.

Als Tilly am 18./28. Juli in der Nähe von Höxter zwei Schiffbrücken über die Weser schlagen ließ und in der darauf folgenden Nacht zwischen 12 und 1 Uhr den Grafen Gronsfeld mit 1500 Mann Infanterie hinübersendete, fand dieser in der Verschanzung nur einige Faß Bier und einen Bauern, welcher vom Felsen herabgefallen war und sich das Rückgrat gebrochen hatte.[1] Man hatte die Stellung ohne irgend welchen Widerstand zu leisten aufgegeben. Die dänischen Offiziere werden sich auch aus dem Grunde zurückgezogen haben, weil sie die sich nahende Gefahr einer Waffenentscheidung zwischen Tilly und dem König nicht ihrerseits noch beschleunigen wollten.

Die Gegenmaßregeln des Kaisers und die niedersächsischen Landstände und Städte.

Es ist natürlich, daß man in Wien alle Mittel anwendete, um eine feste Vereinigung der verschiedenen politisch-religiösen Parteien und Interessen im Reich um den König von Dänemark zu hintertreiben. Dazu diente zunächst die Berufung eines Reichsdeputationstags, welche wenigstens bei Kursachsen ihre Wirkung nicht verfehlte. Allein noch wichtiger war es, dem Könige und den Fürsten die Unterstützung der niedersächsischen Städte zu entziehen und Christian IV. selbst wo möglich von seinen Bundesgenossen wider zu trennen.

Zu diesem Behufe entsendete man den Freiherrn von der Reck mit einer Instruction (17. Juni), wie sie zweckentsprechender nicht gedacht werden kann. Die Städte, namentlich Hamburg und Lübeck, die beiden alten Gegner Christians IV., sollte derselbe bedeuten, wie diese Könige — man ging von einer Mitbetheiligung Gustav Adolfs aus — nur im Sinne hätten, nach Vernichtung der städtischen Freiheiten ihre eigne königliche Gewalt auszubreiten, während der Kaiser ihre Privilegia mehren werde. Auf die Fürsten bezog sich vornehmlich der Punct wegen der geistlichen Stifter. Mit gutem Grund wies der Kaiser darauf hin, daß er sich bis jetzt keines Stifts bemächtigt habe, obwol ihm Christian der Jüngere Gelegenheit genug dazu gegeben habe. Er versprach ferner die

1) Der erneuwerte Teutsche Florus Eberhard Wassenbergs, Mit Animadversionen . . Amsteldam 1647. S. 93.

Zusagen, welche Tilly gegeben hatte — es können nur die im Jahr 1623 vor dem Eindringen Tillys in den niedersächsischen Kreis ertheilten gemeint sein — auch weiter zu halten, falls die Inhaber „zu einem Widerigen nicht Ursach geben, sondern in unserer Devotion beständig verharren." Drohend genug klang freilich das Eingeständnis, daß man vielleicht bei dem weitern Vordringen des Feindes genöthigt sein werde, eins oder mehrere Stifter wirklich zu überziehen: der Kaiser wollte weder die Stifter noch die übrigen Stände dagegen sicher stellen; allein er versicherte die Inhaber bei seinem kaiserlichen Wort, „daß solches ihnen zu keiner Gefahr gereichen solle, oder daß Wir dabei einigen andern Vortheil für Uns oder die katholischen Stände nicht suchen sollen noch wollen, als allein dem Feind Abbruch zu thun." Er versprach ferner, die Truppen, wenn man vor dem Feinde sicher sei, wider abzuführen, betonte aber von neuem die Bedingung, daß die Inhaber in kaiserlichem Gehorsam verbleiben und auch gegen die übrigen katholischen Stifter keine Feindseligkeiten (nichts Thätliches) vornehmen dürften. Im Uebrigen berief er sich auf die im Jahr 1620 zu Mühlhausen ertheilten Zusagen.

Man wird keinen Grund haben zu bezweifeln, daß diese Zusicherungen in gewissem Sinne ernst gemeint waren. Ferdinand II. hielt es unter den obwaltenden Umständen allerdings für zweckmäßig, die bestehenden Verhältnisse in den norddeutschen oder wenigstens den niedersächsischen Bisthümern gegen militärische Vergewaltigung seinerseits zu gewährleisten. Er hat offenbar damit den Vorwurf entkräften wollen, als führe er im Schilde, in einem oder mehreren Bisthümern die katholische Restauration unter dem Druck der Waffen in Angriff zu nehmen. Man ging ja in Oestreich auch sonst darauf aus, den Krieg seines religiösen oder confessionellen Characters möglichst zu entkleiden, wie es einst auch Karl V. gethan hatte.

Aber freilich wird man in dieser Verpflichtung keine Gewährleistung des Protestantismus für alle Zeiten finden wollen. Eine solche zu ertheilen, war man in Wien weit entfernt. Wenn man eine Restitution mit Waffengewalt zurückwies, so geschah es, weil man eine Zurückführung des Katholicismus, wie sie der Verfassung der Stifter gemäß das kanonische Recht ermöglichte, für eben so sicher und viel weniger gefahrvoll erachtete. Und die Absicht, auf diesem Wege die Restitution auch in der Zukunft weiter zu führen, verhehlte man selbst den norddeutschen Protestanten nicht.

In der Angelegenheit der halberstädter Domherrn hoffte Ferdinand auch jetzt noch und gerade jetzt schuldigen Gehorsam zu finden und gestand offen, daß er seine Entscheidung aus diesem Grunde hinausgeschoben habe.

„Wollten auch nicht darfür halten, daß des niedersächsischen Kreises Fürsten und Ständen zuwider sein könne, daß Wir in Fällen, darinnen Unsere Kais. Jurisdiction fundiert, und es nur um eine bei wenig Jahren in praejudicium et exclusionem Catholicorum auf diesem Stift eingeführte Neuerung zu thun, den anrufenden Parteien Recht ertheilen und Unserm Kais. Amt nachsetzen." Der Kaiser erkannte damit also den Ausschluß der Katholischen von den höheren stiftischen Stellen keineswegs an und gestand die Absicht ein, die aus seiner kaiserlichen Würde fließenden Rechte zu Gunsten des Katholicismus in Anwendung bringen zu wollen. Somit garantierte er allerdings den derzeitigen Inhabern geistlicher Pfründen bedingungsweise ihre Stellen, aber er gab keine absolute Gewähr für das Bestehen der augsburgischen Confession als solcher.

Die andern Puncte dieser Instruction stellen vornehmlich das Zurechtbestehn und die vorhandene Nothwendigkeit dieser Rüstungen in Abrede; es wurde natürlich überhaupt geläugnet, daß ein Feind vorhanden sei, gegen welchen der niedersächsische Kreis eine so große Armee von Nöthen habe, da er sich mit viel geringeren Kosten der tilly'schen Truppen bedienen könne; es wurde ferner den Rüstungen der Character einer Kreisverfassung abgesprochen, da der König noch ein besonderes Heer auf dem Boden des Kreises unterhalte. Wies endlich schon die Hauptinstruction darauf hin, daß Ferdinand nach dem Frieden mit der Türkei nicht dulden werde, daß man den Krieg in die Erblande trage, so betonte dies die Nebeninstruction noch einmal mit der empfindlichen Drohung, daß der Kaiser mit Hilfe der Ungarn und anderer Nationen eher das Aeußerste vorzunehmen entschlossen sei.[1] —

Der Kreistag, welchen v. d. Reck außerdem noch zu beantragen hatte, ist nun freilich nicht zu Stande gekommen, allein ohne Wirkung sind diese Bemühungen des Kaisers, die Furchtsamen zu schrecken und die Vertrauensseligen einzuwiegen, keineswegs geblieben. Sie haben vielmehr ihren Zweck, jede festere Vereinigung der eines Mittelpunkts allzu bedürftigen protestantischen Elemente zu vereiteln, leider allzu gut erreicht.

Ein kaiserlicher Gesandter hat diesen Anschauungen auch in Dresden Geltung zu verschaffen gewußt und den Kurfürsten vollständig für die-

1) Wien 17./27. Mai Instruction für Freih. v. d. Reck. K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Auch Hurter hat IX. 406 dieser Instruction, aber freilich in sehr oberflächlicher Weise Erwähnung gethan.

selben gewonnen. Derselbe hat öfter erklärt und erklären lassen, man könne unmöglich von dem Kaiser noch mehr verlangen.

Mehrere in der Form immer noch mild gehaltene kaiserliche Schreiben[1] forderten auch später noch Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm als ausschreibende Fürsten zur Ausschaffung des fremden Kriegsvolks auf, wozu nun freilich die Kräfte des Kreises in keiner Weise hinreichten. Auch an Warnungen des Kurfürsten von Brandenburg ließ es der Kaiser nicht fehlen. Er beauftragte hiermit den Burggrafen Hannibal v. Dohna und ließ Georg Wilhelm zugleich durch diesen wissen, daß er von einem brandenburgischen Bündnis mit seinen Gegnern Kenntnis habe. Ferner forderte er den Kurfürsten zum persönlichen Besuche des Deputationstags auf und warnte ihn, seinen Gegnern den Durchzug durch sein Land zu gestatten. Er ließ dem Kurfürsten zwar eine Zusicherung des Religions- und Profanfriedens ertheilen, wies aber auch darauf hin, daß er „den Vorstreich" der Gegner nicht abwarten werde.[2]

Georg Wilhelm hatte sich nun freilich nicht sehr beeilt, seinen dem Könige in Zechlin gegebenen Versprechungen nachzukommen. Noch hatte er ihn nicht mit Artillerie unterstützt, aber den Versuch, auch Johann Georg aus seiner verhängnisvollen Neutralität aufzuscheuchen, scheint er doch gemacht zu haben. Er hat ihn, wie es scheint, zu einer Bewaffnung des obersächsischen Kreises auf 3 Monate veranlassen wollen. Indessen Johann Georg lehnte dieselbe ab, weil er sie für vollständig wirkungslos hielt! Er warf ein, daß ein Kampf mit der Armee der Katholischen, die ja nun einmal Meister im Felde waren, in dieser Zeit nicht zu Ende geführt werden könnte, daß man durch eine allgemeine Bewaffnung im obersächsischen Kreise die Gegenpartei nur noch zu umfangreicheren Rüstungen treiben würde.[3] Denn wie hätte es einem Johann Georg in den Sinn kommen mögen, einer unbekannten gefahrvollen Zukunft auch nur mit einigem Selbstvertrauen entgegen zu gehen! So durften sich also der König und der niedersächsische Kreis auf keinen Fall des Beitritts Johann Georgs von Sachsen getrösten, und konnten höchstens eine geheime Unterstützung durch Brandenburg, von der sich indessen bis zum Juli dieses Jahres auch nicht der geringste thatsächliche Beweis gezeigt hat, erhoffen.

Um so wichtiger war es, daß wenigstens im niedersächsischen Kreise einmüthiges Wollen und Handeln alle Stände und auch die unteren

1) Vom 24. Mai/4. Juni und 15./25. Juni.

2) Dohnas Instruction vom 14. Juni n. St.

3) Chemnitz 5. Juli Johann Georg an Georg Wilhelm. Kgl. Haupt- und Staatsarchiv in Dresden.

ständischen und städtischen Kreise durchdrang. Da der König noch vor seiner Wahl bereits Werbungen im Kreise veranstaltete, so sollte man meinen, daß auch die dissentierenden Stände der sich entfaltenden dänischen Militärgewalt gegenüber ihren Widerspruch aufgegeben hätten. Dies ist jedoch keineswegs der Fall gewesen. Auch nachdem bereits eine, wenn auch geringe dänische Armee aufgestellt war, verharrten die Stände, welche den Beschlüssen von Lüneburg und Braunschweig nicht beigestimmt hatten, in ihrer Opposition: ja die Landstände und die mittelbaren Städte wendeten sich nur noch entschiedener vom Könige ab.

Der Aufforderung des Herzogs Christian des Aeltern von Lüneburg gemäß versammelten sich am 13./23 Juni die Landräthe und der Ausschuß der Landschaft zu Celle und unterzeichneten am folgenden Tage einen Recess über die Stellung, welche sie in der für alle, auch die höchsten Interessen so wichtigen Frage einnehmen wollten. Es bleibt dahin gestellt, ob die Mitglieder dieser Versammlung Kenntnis davon hatten, daß die regierende Familie bereits im vertrautesten Verkehr mit Tilly und dem Kaiser standen. Auch wenn sie das nicht wußten, bleibt ihr Beschluß erklärlich. Auch er gibt Zeugnis von der unglaublichen Beschränktheit des Sinnes, mit welcher in diesen kleinen territorialen Gewalten selbst die höheren Kreise an die wichtigsten Fragen herantraten, und von der traurigen Muthlosigkeit, welche sich ihrer bemächtigt hatte. Die Versammlung in Celle beschloß, und zwar Fürsten und Geheime Räthe, die Landräthe und die Verordneten des Ausschusses einstimmig, „daß S. F. G. sich in diesem Fall von Fürsten und Ständen, so die Tripelhilf in triplo bewilliget, nebst andern Dissentierenden absonderten." Sie erkannten natürlich, daß beides, Ablehnen und Bewilligen, mit großen Gefahren verbunden sei, allein sie hielten es „für Gott und Menschen verantwortlicher und erträglicher, in diesem Falle vom Kreis sich abzusondern." Ihre quietistische Resignation war eine so vollständige, daß sie einem Klosterconvent zur höchsten Ehre gereicht hätte: „Wollen auch den Succeß und Event, er erfolge darauf, wie der liebe Gott wolle, dessen Allmacht gleichwol emsig anzurufen, es zu Versicherung dieses löblichen Fürstenthums und anderer angehörigen Lande zu dirigieren, S. F. G. nicht imputieren oder sich deswegen in einigerlei Wege beschweren, oder daß es die Ihrigen thun, verstatten, sondern den Erfolg in Geduld verschmerzen und das ganze Werk dem lieben Gott anheimstellen.[1]" Dieser Beschluß wurde

1) Jacobi, Landtagsabschiede II. 153—158.

durch eine besondere Deputation von Kammer- und Landräthen dem Könige und durch Dr. Fischer dem Kaiser mitgetheilt.

Aehnlichen Vorgängen begegnen wir auch im Lande Friedrich Ulrichs. Die calenbergischen Stände erklärten, daß die Unterthanen die Contributionen nicht länger ertragen könnten, und wollten den kaiserlichen Versicherungen Glauben schenken, der unterthänigsten Zuversicht, J. K. M. werden Fürsten und Stände samt den Unterthanen und Angehörigen dawider nicht beschweren lassen.[1] — In einer ganz ähnlichen Stimmung befanden sich die Städte, und zwar unmittelbare wie mittelbare. Dieselbe äußerte sich unverholen, als Christian IV. die Räthe anging, ihren Beitritt zu den Beschlüssen von Lauenburg und Lüneburg zu erklären und vor allem seine Rüstungen zu unterstützen.

Zunächst war es Sache der Stände selbst, den Städten die Wahl Christians IV. mitzutheilen. Es geschah mit dem besondern Bemerken, daß die Kriegsbereitschaft nicht wider den Kaiser und die Reichsstände, sondern allein zur Vertheidigung und Beschützung des Religion- und Profanfriedens dienen solle. Derartige Schreiben sind an die Städte Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg, Hannover, Hamburg, Bremen und Lübeck ergangen: an einige derselben, wie an Braunschweig und Hannover und wahrscheinlich noch an andere, hatte der König noch das Gesuch gerichtet, ihm Pferde zur Fortschaffung der Artillerie und Munition zu stellen.

Allein der Widerwille der höhern Klassen in den Städten gegen einen König, den man bisher nur als einen Feind städtischer Freiheit hatte kennen gelernt, der sich in der Fehde des braunschweigischen Herzogs mit der Stadt Braunschweig offen auf die Seite des erstern gestellt hatte, der mit einem Kriegsheer vor Stade erschienen war, der Hamburg zum Trotz Glückstadt erbaut hatte, dem man zutraute, daß er den Elb- und Weserhandel zu vernichten strebe, der Widerwille gegen einen solchen König war bei den städtischen Gewalthabern noch größer als im ländlichen Grundadel. Man glaubte, daß der König die Zeit für günstig erachte, auch seine Pläne gegen die Städte in Ausführung zu bringen. Voll Besorgnis fragte der Rath von Braunschweig bei Foppius van Aitzema an, ob die Kriegsrüstungen des Königs in der That „auch zum Theil auf die verwandten ehrbaren Städte angesehen sein möchten.“ Man bat ihn, beim Könige und bei den Generalstaaten solchen Gefahren zeitig vorzubauen und sich die Erhaltung des Friedens angelegen sein zu lassen. Kurz darauf hielten die Städte Braunschweig und Hildesheim eine

1) Abschied des Landtages vom 16./26. März, Klopp, Tilly I. 529.

Berathung über die Angelegenheit, in welcher man sich darüber einigte, die Sache zunächst ruhig mit anzusehen. Der hildesheimische Syndikus Dr. Kegel erklärte, seiner Herrn Stimmung sei nicht, alsbald zuzuplatzen und den Ständen Bescheid zu geben: man müsse sich vielmehr von Seiten der Städte zuvor über eine gemeinsame Maßregel schlüssig machen.

Noch mehr hatte der braunschweigische Schluß und die Forderungen des Königs in Magdeburg überrascht: hier fand man schon diese Sache von großer Wichtigkeit und unabsehbaren Folgen. Allein von einer hohen Stelle aus hatte Magdeburg noch eine Nachricht von viel größerer Tragweite erhalten. Die Stadt berichtet an Braunschweig, „daß wegen Magdeburg als des vornehmsten Passes im niedersächsischen Kreise allerhand lose und sehr gefährliche Avisen einkommen," welche sie der Feder nicht vertrauen wollten. Schließlich mahnt sie die welfische Nachbarin, gleichfalls zu rüsten, um ihr nöthigen Falls sofort zu Hilfe eilen zu können.

Es beginnen nun eifrige geheime Verhandlungen zwischen den Städten, welche leider noch wenig bekannt sind. Am Pfingstmontag war ein braunschweigischer Gesandter in Magdeburg: in Ermsleben hielten dann beide Städte eine neue Besprechung. Magdeburg wünschte eine geheime Zusammenkunft der verwandten städtischen Gemeinwesen.

Wol mahnte Kaspar van Vosbergen bei seiner Durchreise durch Hamburg die Rathsherrn, die rechte Zeit nicht außer Acht zu lassen; er wies sie darauf hin, wie nöthig es für sie sei, aus dem Schlaf aufzuwachen und sich der eignen Gefahr anzunehmen. Er theilte ihnen mit, daß er auf dem Wege zu den beiden Königen von Dänemark und Schweden sei, um sie beide zu diesem christlichen Werk aufzumuntern, und stellte ihnen kein freundliches Einvernehmen mit den Generalstaaten und andern hohen Potentaten in Aussicht, wenn sie sich der gemeinsamen Sache entziehen würde. Ja Vosbergen ging noch deutlicher mit der Sprache heraus: er gestand, daß der König von England Christian IV. zur Restitution seines Schwagers bewogen habe, und drohte geradezu mit dem Ausschlusse der hanseatischen Schiffe aus den englischen Strömen und Häfen. Sie sollten doch bedenken, was das gewöhnliche Loos der Neutralen sei, eine Beute des Siegers zu werden. Zum Schluß sprach er ein Wort aus, welches recht eigentlich das Losungswort der protestantischen Parteien in diesen langjährigen Kämpfen geworden ist: dum singuli pugnant, universi vincuntur.

Die Rathsherrn waren jedoch trotzdem keck oder verblendet genug, die Gefahr, welche man ihnen vor Augen stellte, hinwegzuläugnen. Allen Mahnungen Vosbergens zum Trotz behaupteten sie, daß erst die Vorfrage entschieden werden müßte, ob die Sache überhaupt eine Religionssache sei oder nicht; sie wiesen darauf hin, daß sie als eine Hansestadt

nicht im Stande wären, einen Krieg anders, als nach einem gemeinsamen Beschluß ihrer Verbündeten zu beginnen. Schließlich mußte sich der Niederländer mit einem Schreiben begnügen, welches der Rath von Hamburg an den von Lübeck richtete, um letzteren zur Berufung eines Hansetages zu vermögen.[1] In denselben Tagen wurde die Stadt auch von dänischen Bevollmächtigten zur Eile getrieben.

Vosbergen begab sich mit dem hamburgischen Schreiben darauf nach Lübeck. Allein hier fand er die Stimmung gegen den König noch erbitterter. Man hatte dem Kreisvolke selbst gegen Bezahlung kein Brot verabreichen wollen, ja der Rath sollte sogar den Einwohnern geboten haben, ihre bewegliche Habe aus den Häusern fortzuschaffen und diese selbst dann zu verlassen.

Trotzdem setzte jedoch Vosbergen die Berufung eines Hansetages durch. Am 7. Juli n. St. sollte derselbe zusammentreten: zum Vertreter der Generalstaaten bestimmte Vosbergen Aitzema; den Termin hatte er mit Fleiß so nahe gelegt, um eine Einwirkung des Kaisers oder Tillys zu verhindern. Allein in einem Schreiben an den Prinzen von Oranien mußte er die Besorgnisse, welche die Städte vor dem Volke des Königs und des Kreises hegten, offen eingestehen. Man fürchtete, daß es über die Bezahlung der Kreissteuern, welche nach dem Beschlusse des Kreistages der König auch von den dissentierenden Ständen beitreiben konnte, zu Gewaltthätigkeiten kommen würde.[2]

An dem mit Vosbergen verabredeten Termin fanden sich wirklich Gesandte einiger Städte in Lübeck zusammen: Rostock, Wismar und Stralsund ließen sich indessen entschuldigen. Sowol die Generalstaaten wie auch der König hatten ihre Vertreter gesendet: die ersteren eben Aitzema, die letztern den bremischen Canonicus Ludwig Heistermann. Die Staaten forderten im Allgemeinen eine Verbindung der Hansestädte mit den Interessenten, der König ließ noch um eine freiwillige außerordentliche Beisteuer „über das, was im niedersächsischen Kreise gewilligt," nachsuchen. Beider Begehren wurde abschläglich beschieden.

---

1) Das Schreiben ist vom 5./15. Juni, Verbaal van de Ambassade van Gaspar van Vosbergen S. 55.

2) Iceluy ia fait, a on ordonné à Brunswyck le moys passé une journée universelle de tout le Cercle, pour avoir, disent elles, leurs contributions, et que soubs pretexte de quelque default au pagement d'icelles, on leur enfilera querelle sur querelle, encores tout ce que y est conclu ne presupposant qu'une pure defension de ce Cercle. Verbaal van de Ambassade van Gaspar van Vosbergen S. 68.

Gerade hier trat wol die eherne Consequenz der politischen Entwickelung den weisen Bürgermeistern recht deutlich vor Augen. Sollten sie den König von Dänemark mit ihren Mitteln unterstützen, um ihm im glücklichen Falle die Besitznahme der norddeutschen Stifter, welche doch der Preis eines Friedens wenigstens mit Baiern und der Liga sein konnte, zu erleichtern? Würde der König als Generalbischof dieser Stifter, wie sich Gustav Adolf ausdrückte, viel dazu beitragen, ihren Handel zu sichern und gar auszubreiten, ihre städtischen Freiheiten anzuerkennen oder zu mehren und die Reichsstandschaft zu achten? Welche Handhaben bot ihm dann nicht allein seine Stellung als Kreisoberster, seinen Willen gegen auffässige städtische Gemeinwesen durchzusetzen!

Und zog der König den Kürzern, und man hatte ihn offen mit Geld oder Mannschaften unterstützt, konnte man sich dann etwaiger Zumuthungen Tillys und der Ligisten gegenüber auch nur entschuldigen? Mußte man dann nicht wenigstens Tilly dasselbe leisten, was man dem Könige erwiesen hatte, d. h. mit dem Führer des katholischen Heeres, der mit Jesuiten einherzog, den protestantischen König bekriegen, an dessen Seite man so eben noch gestanden hatte? Lag es dann so ganz außerhalb der Gränzen der Möglichkeit, daß die Städte mit dazu helfen mußten, katholische Domherrn und Bischöfe wider einzusetzen? Und wenn das auch nicht, Widerstand konnten sie doch einem vordringenden katholischen Heere ebenso wenig entgegensetzen, wie jetzt dem protestantischen.

Indessen aus allen diesen schwer vereinbaren Gegensätzen fand sich für jetzt ein glücklicher Ausweg: der Hansetag war nicht vollzählig. Obwol man daher dem königlichen Deputierten Audienz in voller Versamlung gab, so verschob man doch die Beantwortung seines Gesuchs auf eine neue Versamlung, welche man auf den 7./17. August in Lüneburg anberaumte. Von einer Unterstützung der dänischen Rüstungen konnte also vor der Hand nicht die Rede sein.

Indessen Lüneburg weigerte sich, — es war gerade in den Tagen, in welchen Tilly die Weser überschritt, — den Hansetag bei sich aufzunehmen, und so kamen denn die Städte schließlich zu Bergedorf in der Nähe von Hamburg zusammen. Es waren Lübeck, Bremen, Rostock, Wismar, Magdeburg, Hamburg und Lüneburg, welche diesen für die Geschichte des norddeutschen Bürgerthums nicht unwichtigen Tag beschickten. Stralsund und Greifswald blieben auch dies Mal aus:[1] sie wollten mit

1) Werdenhagen III. 500 ff. Acten des braunschw. Archivs „Zur Gesch. d. dreißigj. Kr. I." Reichard, die maritime Politik der Habsburger 56, 168.

den Angelegenheiten des niedersächsischen Kreises nichts zu schaffen haben; auch Braunschweig betheiligte sich nicht.

Hier in Bergedorf hat nun auch Ludwig XIII. neben Christian IV. den Versuch gemacht, die Hansestädte für die große Opposition gegen das Haus Habsburg zu gewinnen. Sein Agent de la Picardiere, der damals die so schwer zu einigenden Stände, welche, obwol alle protestantisch, obwol alle von größerem oder geringerem Mißtrauen gegen das Haus Habsburg erfüllt, dennoch alle verschiedenen politischen Zielen zustrebten, einander zu nähern strebte, übergab den Hansestädten am 11./21. August seine Vorschläge. Richelieus Politik betonte den traditionellen Zug, welchem sie sich in ihren deutschen Bestrebungen hingab, ganz offen. Der König versichert die Mächte, welche sich denen widersetzen, die „besagte deutsche Nation usurpieren wollten, nach dem Exempel aller seiner Vorfahren" seiner innigsten Freundschaft. Seine Absicht ist, den Frieden und die gemeine Ruhe zu befördern. Zu diesem Behuf hat er de la Picardiere zu den Königen von Dänemark und von Schweden entsendet und ihnen seinen Beistand nicht allein mit seinem Rath, sondern auch mit Waffen und Geld versprochen. Auch hat er ihnen die Versicherung gegeben, mit dem Hause Oestreich ohne den Rath seiner guten Freunde und Bundesverwandten in Deutschland keinen Accord zu schließen „und daß besagte Fürsten jederzeit mit sollen darinnen begriffen sein." Nun sollen die Städte in diese Verbindung seiner Freunde eintreten und zur Unterhaltung der Armee, welche Tilly aus dem Reiche herauswerfen will, das Ihrige beitragen. Das sei der Weg, die von den Vorfahren erhaltene Libertät auch auf die Zukunft zu bringen. Schlagen sie dieses Angebot aus, so wird nicht nur Dänemark, sondern auch Schweden hinreichende Gelegenheiten zur Rache finden. Denn vom Hause Oestreich, welches auf der Ostsee keine Schiffe besitzt, werden sie sich keiner Hilfe getrösten können. Frankreich und England aber werden dann denen, welche zwischen Calais und Dovre den nach Spanien segelnden Schiffen der Städte auflauern, nicht eben in ihrem Vorhaben entgegentreten. Dagegen sagte Ludwig XIII. den Städten für den Fall einer willfährigen Erklärung seinen Schutz nach Ausweis der alten Verbindung zwischen den Städten und Frankreich huldvollst zu.

Allein weder Schmeicheleien noch Drohungen konnten die Städte bewegen, eine Stellung aufzugeben, welche für den Augenblick eine gewisse Deckung bot, wenn sie auch die Zukunft in jedem Fall blosstellte. Und wie hätte auch die Macht, welche eben damit umging, durch Krieg die reformierte Kirche im eignen Lande auszurotten und im Kampf mit beiden Gegnern, dem ultramontanen Jesuitismus und dem immer noch

republikanisch gefärbten Calvinismus, eine nationale Monarchie zu gründen, wie hätte eine in so widerspruchsvolle Verhältnisse verwickelte Macht Glauben bei den ehrlichen, einer tiefern Einsicht in die Dinge der Welt baaren Vertreter der Städte finden können? Und sollte nicht auch ein gewisses nationales Gefühl zu ihrem ablehnenden Beschlusse eingewirkt haben? Standen denn nicht die französischen Truppen in Metz, wußte man nicht, daß der König von Dänemark auf eine französische Diversion im Elsaß rechnete? Wie wurden da doch die Rücksichten auf den unmittelbaren eignen Vortheil durch die Mahnungen des politischen Gewissens kräftigst unterstützt! Noch bestand ja das Reich, noch waren die Städte seine Glieder, und Ferdinand II., von welchem bereits Hamburg zur Reichsstadt erhoben war, versprach ihre Privilegien zu mehren. In der That die Muthlosigkeit und die politische Engherzigkeit der Städte fand Stützen in den natürlichsten und einfachsten Gefühlen.

Und so wird uns die Antwort, welche dieselben nicht dem Gesandten, sondern dem Könige selbst ertheilten, nicht Wunder nehmen. Schon am folgenden Tage dankten die anwesenden Deputierten dem französischen Könige für seine gute Absichten, ohne indessen der Form nach weder eine Zusage noch eine Weigerung auszusprechen. Sie beriefen sich auf ihre Instructionen, deren Schranken sie nicht überschreiten könnten, und erklärten das Werk für so wichtig, daß sie ohne besondere Anweisung ihrer Oberen keine Entscheidung treffen könnten. Das war also trotz des begütigenden geschraubten Schlusses, „sie würden in keinen Occasionen manquieren dem Könige die effective ihrer redlichen und aufrichtigen Devotion zu justificieren (!)“ in der That doch eine ablehnende Antwort.

An demselben Tage hat nun auch der dänische Bevollmächtigte Joachim v. Mitzlaff dasselbe Gesuch zum Eintritt in das Bündnis mit dem Könige wenn auch in anderer Begründung an die Städte gebracht, zu einer Zeit also, wo nach dem unglücklichen Falle des Königs sich das dänische Heer bereits auf dem Rückmarsche befand. Der König wies sie auf die Verheerungen der Feinde in Braunschweig hin, er stellte ihnen vor, daß nun Halberstadt und andere Stände an die Reihe kommen würden. „Das Schwert, welches zwei Jahre dem sächsischen Kreise drohend über dem Scheitel gehangen, grassiert jetzt.“ Ferner sucht er ihnen den Beitritt als eine religiöse Verpflichtung ans Herz zu legen: „die hochgeängsteten Nebenchristen und Religionsverwandten erheischen ihre Hilfe, und der König will ihnen, den Städten, den Weg weisen.“ Allein auch Christian IV. konnte sich keines Sieges über ihre Hartnäckigkeit rühmen.

Ihre Antwort an Mitzlaff (vom 13. Aug. 1625) ist aber vor allem noch dadurch denkwürdig, daß sie in derselben unsers Wissens zum ersten Male ihrer Vereinigung überhaupt jeglichen politischen Character absprechen. Die zahlreichen und begüterten Städte leisten urkundlich Verzicht auf eine Betheiligung an der weitern Entwickelung der großen politischen Verhältnisse des Vaterlands. Ihr Ausspruch lautet dahin, daß die Hansestädte in solchen Fällen stets den Ursprung ihrer Vereinigung ins Auge gefaßt hätten. Sie seien eben nur eine Verbindung zu Handelszwecken, zu weitern und höhern Zwecken wollen sie ihre Vereinigung nicht ausdehnen lassen. Und allerdings konnte ja seit der Kräftigung der fürstlichen Territorialhoheit ein Theil der Hansestädte nicht gut eignen politischen Antrieben mehr folgen. Standen sie doch nur zum Theil als reichsunmittelbare direct unter dem Kaiser, andere waren landesfürstlich, andere lagen sogar im Gebiet auswärtiger Fürsten. So wurde denn ein allgemeiner Beschluss aller Städte für eine Unmöglichkeit erklärt, und außerdem auf die ähnlichen Erklärungen an den Kaiser, die Könige von Spanien und Frankreich verwiesen. „Sie wollten in den Schranken, darin sie von ihren Vorfahren verfaßt seien, bleiben." Diesen Erklärungen gegenüber war die Berufung auf die Einwilligung der Bürgerschaften nur eine Formsache: hätten die Räthe der einzelnen Städte in der That damals ihre Innungen und Gemeinheiten abstimmen lassen, ihre Politik würde schwerlich von ihnen gebilligt worden sein. Zuletzt erhob sich noch eine eigenthümliche Schwierigkeit: da die Lübecker ihr Siegel, mit dem die Hanseschlüsse gewöhnlich bekräftigt wurden, vergessen hatten, konnte man die Antwort an die Könige nicht siegeln!

Trotz dieser ablehnenden Antwort des Hansetages hat der König doch auch noch mit den einzelnen Städten verhandeln lassen. Wir finden Sievert v. Pogwisch wenige Tage darauf mit einem ganz ähnlichen Auftrage in Braunschweig. Er drang in den Rath, dem Könige in seiner Intention beizuspringen: wie die Stadt sich zur Zeit Karls V. mit Waffengewalt bei ihrer Religion geschützt habe, so möge sie auch jetzt bei dem Könige thun, was Christen und rechtschaffenen Biederleuten gebühre. Pogwisch betonte auch hier den rein defensiven Character der Rüstungen, welchen Tilly trotz seines Ueberfalls nun anders deute.

Braunschweig hat nun dem Könige in der That mancherlei Vorschub geleistet: aber daß es ihn mit einer erheblicheren Geldsumme unterstützt habe, dafür zeigt sich nicht der entfernteste Beweis. In derselben Haltung verharrten auch die andern größeren Städte: weder ihr Reichthum an baarem Geld — damals eine viel wichtigere Sache, als heut zu Tage — noch ihr Credit ist den protestantischen Waffen zu Gute

gekommen. Hätten die Städte des niedersächsischen Kreises nur einen Theil der ungeheuren Summen, welche später Tilly und Wallenstein aus vielen von ihnen bezogen, den Bestrebungen des Königs rechtzeitig zu Diensten gestellt, wie viel hätte damit noch vor Wallensteins Eintreffen ins Werk gerichtet werden können!

Dem entgegen haben sie alle mehr oder weniger den Einflüsterungen der Gegner Gehör geschenkt. Tilly mahnte nach seinem Einrücken in den Kreis die Stadt Lübeck, in der alten deutschen, unverrückten Treue gegen den Kaiser zu verharren, und auch die übrigen Städte darin zu erhalten und dabei „Euer selbst eigen Interesse und wolhergebrachte Freiheit, deren man unterm Schein der Religion und allerhand Fürwendungen nachstellen thut, in fleißige Obacht zu nehmen." Er versprach ihr vorkommendes Falles seine Hilfe. Nach einer Mittheilung des ligistischen Feldherrn an Maximilian hatte Lübeck sich Hildesheim gegenüber sogar geneigt erklärt, die kaiserliche Armee mit Proviant zu unterstützen und die Reichsstädte Goslar, Mühlhausen und Nordhausen, sowie Bremen auf seine Seite zu bringen. Hamburg hatte der Kaiser schon im Mai ersucht, das geworbene Volk nicht abzudanken, bevor die Sachen in einen friedlichen Stand gebracht seien, so sicher war er, daß die politische Haltung der Stadt ihm günstig bleiben werde.

Auch Bremen, welches zu Anfang dieses Jahres wenigstens Werbungen verstattet hatte, konnte der König sich nicht erhalten. Er hatte ihr freien Handel nach Norwegen, Exemtion vom Domcapitel und ein Handelsmonopol sogar nach Spanien und Frankreich zugesagt: allein bei der Wahl des Coadjutors wahrte das Capitel trotzdem seine Rechte in vorsichtigster Weise, und die Stadt verlangte nun energisch vom Könige, daß er seine Heere in die Lande derjenigen Stände führe, welche den Abschied geschlossen hatten. Nur die Ritterschaft wollte das Gesuch des Königs um eine Beisteuer in Berathung ziehen: Rath und Domcapitel erklärten, keine Defension nöthig zu haben, da keine Feinde vorhanden wären. Bremen wollte als Reichsstadt überhaupt mit dem Kriege nichts zu schaffen haben.

So hat also Christian IV. mit seinen Bemühungen, das Bürgerthum der großen Städte für sich zu gewinnen, vollständig Fiasco gemacht. Selbst religiöse und confessionelle Bedenken haben die Räthe der Städte nicht aus ihrer vorsichtigen Zurückhaltung zu bringen vermocht. Man überließ sich dem guten Glauben, daß, wenn auch eine Restitution bevorstehe, die Städte selbst schon ihrer loyalen Haltung wegen von derselben verschont bleiben würden. Zur Gründung einer großen protestantischen Monarchie in Norddeutschland, einer unausbleiblichen Folge eines sieg-

reichen dänischen Feldzugs, haben die Städte nichts beitragen wollen. Die Anschauungen dieser ehrsamen Rathsherren lagen noch alle innerhalb einer Reichsverfassung, welche dem Oberhaupte die reichsten Rechtsmittel nicht nur zur vollständigen Ausrottung des Calvinismus, sondern auch zu einer sehr fühlbaren Beschränkung des Lutherthums darbot. Nationale Bedenken haben sie Dänemark gegenüber nicht im Mindesten geleitet: erschien doch der König mit seinen vielfachen Beziehungen zum niedersächsischen Kreise und seiner zum großen Theil deutschen Umgebung geradezu wie ein deutscher Fürst.

Die mißliche Lage des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg.

Obwol man in Wien gar bald merkte, daß sich der König in seinen Hoffnungen auf den Beistand der deutschen Fürsten und Stände getäuscht hatte, so war man doch lange Zeit nicht ohne Besorgnis vor einer thatkräftigen Betheiligung Brandenburgs an dem bevorstehenden Kampfe. Der Burggraf Hannibal von Dohna wurde endlich behufs einer förmlichen Abmahnung an den Kurfürsten entsendet. Derselbe hatte am 24. Juli in dem kurfürstlichen Lustschlosse Zehden in der Neumark Audienz und erhielt auf alle seine Mahnungen und Gesuche einen wenigstens im Ganzen befriedigenden Bescheid.

Georg Wilhelm billigte anscheinend das Verfahren des Kaisers gegen Friedrich von der Pfalz und empfahl nur die Pfalzgräfin Witwe, welche von der Gnade der Holländer in Berlin lebte, so wie den Pfalzgrafen Ludwig Philipp und seine Schwester zu einer jährlichen Pension. Zum persönlichen Besuch des Deputationstags von Ulm (16. Aug.) freilich machte er sich nur unter der Bedingung anheischig, wenn er selbst sein Land ohne Gefahr verlassen und persönlich ungefährdet dahin kommen könnte, wenn ihn auch andere Kurfürsten und Fürsten besuchen, und wenn derselbe weiter hinausgeschoben werden würde, d. h. in Wahrheit schlug er das Gesuch des Kaisers, sich während des Anmarsches der wallensteinischen Regimenter von seinem Lande zu entfernen und sich auf einem Deputationstage einer auf jeden Fall kaiserlichen, vielleicht sogar katholischen Majorität zu fügen, geradezu ab. Dagegen gedachte er gegen Dohna ausdrücklich des Gerüchtes, für dessen Begründung man später Wallensteins eignes Zeugnis anrief, und nach welchem der Kaiser Kur und Mark Brandenburg Wallenstein in Aussicht gestellt haben sollte, falls sich dasselbe des Pfalzgrafen weiter annehmen oder in die neue Liga

einlassen würde.[1] Georg Wilhelm sprach ferner die Hoffnung aus, daß ihm der Kaiser keine Veranlassung geben werde, anderwärts Schutz und Hilfe nachzusuchen, und jenem Gerüchte wurde natürlich von Dohna auf das eifrigste widersprochen.[2]

Georg Wilhelm konnte die Anschuldigung, an einem Bündnisse gegen den Kaiser Theil genommen zu haben, mit vollstem Recht als unbegründet zurückweisen, obwol man dieser Versicherung auf der Gegenseite geringen Glauben schenkte. Im Uebrigen fand Dohna die brandenburgischen Räthe nach der Einnahme von Breda und dem Frieden Oestreichs mit der Türkei in großer Besorgnis, aber auch die neuen kaiserlichen Rüstungen mögen, wie Strahlendorf gegen Leuker bemerkte, Georg Wilhelm und die Mehrzahl seiner Räthe auf andere Gedanken gebracht haben.

Noch weniger freilich werden sich die östreichischen und bairischen Politiker in die Behauptung Georg Wilhelms haben finden können, daß bis jetzt im Haag keine Verhandlungen gepflogen seien, und daß überhaupt kein brandenburgischer Gesandter an etwas Aehnlichem Theil genommen habe. Diese, wie wir wissen, vollkommen begründete Behauptung schien doch eine allgemein bekannt gewordene, dem englischen Gesandten Carleton ertheilte Bündnisvollmacht, in welcher auch des Kurfürsten von Brandenburg als eines Theilnehmers gedacht war, Lügen zu strafen. Leuker wenigstens hielt diese Versicherung für eitel Spiegelfechterei und beharrte fest bei dem Glauben, daß es sowol mit diesem Bündnis als mit der Vollmacht seine Richtigkeit habe. Und in der That ist ja die Existenz der letztern verbürgt.

Georg Wilhelm hat endlich dem Burggrafen von Dohna die Zusage ertheilt, auf die benachbarten protestantischen Stände abmahnend

---

1) Droysen, Gesch. d. pr. Pol. III., 1. 45. Dazu Vosbergen, Verb. v. d. Ambassade bij den Koning v. D. S. 157. Außerdem Anstruther Hamburg 15. Oct.: „il faut preuenir que ce nouellement crée prince d'Empire Wallenstein alors Fridlant ou plustost unruhe ihm landt (!) n'aye ce qu'il pretend, ascauoir l'expectation du l'electorat du Brandebourg, il est certain que luy mesme en a parle cecy et le Roy de Dannemarck m'en a mande, que il a este informe du cecy et qu'oultre il se doit rendre maistre d'Eueschée du Magdebourg et Halberstat.“ Sollte diesem auffallenden Gerüchte nichts Thatsächliches zu Grunde liegen?

2) Die Antwort des Kurfürsten an den Kaiser ist Zehden 15./25. Juli, Dohnas Bericht Frankfurt a. d. Oder 29. Juli datiert. Beide Abschr. im K. St.-A. in München, Bair. Abth. 3./16. Dazu noch Leukers Depesche aus Neustadt vom 7. Aug. a. a. O.

und beruhigend einzuwirken und hat dieses Versprechen z. B. gegen den Administrator Christian Wilhelm wirklich erfüllt. Allein auf der andern Seite hat er demungeachtet gerade denselben Fürsten auch wider durch Sigmund v. Götz auffordern lassen, „sich das gemeine Wesen anbefohlen sein zu lassen."

Das wird aber auch alles gewesen sein, was Brandenburg in jenen so entscheidungsvollen Monaten für den König gethan hat: in Wahrheit scheint sogar von jenen Augusttagen an, in welchen der König seinen Rückzug antrat, bis zum October jeder engere Verkehr zwischen Georg Wilhelm und Christian IV. unterbrochen gewesen zu sein.[1]

Kurze Zeit nach Dohnas Abreise begab sich auch der französische Gesandte de la Picardiere nach Berlin, um den Entschluß Ludwigs XIII. mitzutheilen, den italienischen Krieg fortzusetzen und Mansfeld durch eine Million Franken wider auf die Beine zu helfen. Der Kurfürst äußerte hierüber seine vollste Genugthuung, drang auf eine Weiterführung des angebahnten Bündnisses, versprach selbst Gesandte nach dem Haag zu schicken und forderte gegen die herannahende Verbindung Wallensteins und Tillys eine französische Diversion ins Elsaß. Allein irgend eine bestimmtere Zusage, daß er selbst für den König von Dänemark eintreten werde, oder eine bindende Verpflichtung etwa zur Aufnahme Mansfelds ist nicht ertheilt worden. Außer diesem immerhin gravierenden Bescheide wurde jedoch der französische Gesandte auch mit einer vollständig ablehnenden, namentlich für den Kurfürsten von Sachsen bestimmten Antwort versehen, welche die Lösung aller Wirren ausschließlich dem Deputationstage anheim gab. Es war das eine Folge der Erinnerung Dohnas, der Kurfürst möchte auch andere Fürsten von einem feindseligen Verfahren gegen den Kaiser und seine Verbündeten zurückhalten.[2]

Und als sich nun einige Tage nach der Abreise de la Picardieres Vosbergen in Berlin einfand, traf er hier alles in banger Sorge und Verwirrung: die rückläufige Bewegung der brandenburgischen Politik nach dem Rückzug der dänischen Armee wurde offenkundig. Gerade Götz und Knesebeck erklärten ihm, daß nach den Verhandlungen mit Dohna von einer Theilnahme an dem haager Bundestage nicht mehr die Rede sein könnte. Die Pläne Christians v. Bellin, der damals in Altruppin

1) Georg Wilhelm schreibt 3./13. October an den König, daß er bereits im August jemand im Vertrauen habe senden wollen, allein die Hälfte der Räthe sei krank gewesen, wie jetzt noch Bellin. K. Geh. Arch. in Kop.

2) Georg Wilhelm an Christian IV. 3./13. Oct. Dazu Vosbergen a. a. O. S. 157. Die schriftliche Antwort des Kurfürsten ist mir in authentischer Form nicht bekannt.

krank darniederlag, waren vollständig gescheitert. Der eifrige Rath ließ sich zwar durch Vosbergen bei den auswärtigen befreundeten Mächten entschuldigen, daß er gerade der entgegengesetzten Meinung sei, allein eine Aenderung der Sachlage hat auch seine unbesonnene Rührigkeit nicht durchsetzen können.

Etwas später hat sich übrigens de la Picardiere auch in Mecklenburg eingefunden und hat hier gleichfalls die Bereitwilligkeit Ludwigs XIII., nicht nur in Deutschland die alten Verhältnisse wider herstellen zu helfen, sondern auch dem niedersächsischen Kreise beizuspringen, rühmend hervorgehoben. Indessen einen bessern Erfolg, als auf dem Hansetage zu Bergedorf und in Berlin, scheint er auch hier nicht davon getragen zu haben. Man hörte ihn an und entließ ihn mit freundlichen, aber leeren Dankesversicherungen.[1] Allein trotz dieser ablehnenden Haltung, welcher Vosbergen in Berlin begegnete, traf man gerade damals hier Vorbereitungen, welche doch wider zu einer Betheiligung an dem immer größere Dimensionen annehmenden Kampfe zu führen schienen.

Vosbergen fand in Berlin eine feierliche Gesandtschaft des Fürsten von Siebenbürgen, deren Auftrag darin bestand, um die Hand Katharinas, einer Schwester Georg Wilhelms, für den schon bejahrteren Bethlen Gabor anzuhalten. Es geschah dies, nachdem Ferdinand II. seinem ehrgeizigen Vasallen, den er vergeblich durch den Titel Sereniſſimus und mancherlei andere Auszeichnungen an sich zu ziehen suchte, die Verbindung mit seiner eignen Tochter geweigert und ihm dagegen eine Prinzessin von Nevers vorgeschlagen hatte. Schließlich scheint der Kaiser jedoch auch diesem brandenburgischen Ehebündnis förmlich zugestimmt zu haben: er ertheilte der Gesandtschaft sogar freien Pass. Indessen der Oberkammerherr Bethlen Gabors hatte auch noch andere Aufträge, von denen der eigentliche Führer der Gesandtschaft, der katholische Kanzler, nichts wußte. Und dieser nebst einem aus dem Jülich'schen gebürtigen Rittmeister Quad, dessen Vater kurbrandenburgischer Rath gewesen war, und dessen Bruder eine Compagnie Georg Wilhelms führte, verständigten Vosbergen im Geheimen von der Geneigtheit ihres Herrn zur Wiederaufrichtung des evangelischen Wesens in Deutschland, Böhmen und den östreichischen Landen. Der Fürst knüpfte jedoch dieses Versprechen an die Bedingung eines festen und dauerhaften Bündnisses.

Bethlen Gabor befand sich bei diesen Plänen in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Sultan, ja derselbe hatte ihm bereits die förmliche

1) Meckl. Apologia S. 69. Dazu die Antwort des Herz. H. Albr. vom 4. Sept. (a. St.?) 1625. a. a. O. Beyl. 502 ff.

Aufforderung zur Unterstützung seiner christlichen Freunde und Bundesgenossen zugehen lassen.[1] Der Fürst dachte sich eine solche Unternehmung auch ohne einen förmlichen Bruch mit dem Kaiser möglich: hatte doch in ganz ähnlicher Weise der König von Spanien dem Kaiser in der pfälzischen Sache seine Dienste geleistet. Er stand übrigens schon damals mit etwa 10,000 M. in und um Kaschau, wo er zu überwintern gedachte. Rittmeister Quad hatte auch den Auftrag, im Haag selbst den bundesverwandten Fürsten und Ständen oder ihren Räthen dieses Anerbieten zu unterbreiten.

Der Kurfürst ertheilte schließlich seine Genehmigung zur Heirat, aber freilich nur unter der Bedingung, daß Bethlen Gabor zuvor ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis mit ihm abschließen sollte. In wie weit dieses auch den allgemeineren Verhältnissen Rechnung tragen sollte, wissen wir nicht: dem Anschein nach berücksichtigte es nur den Fall, daß der Kurfürst selbst vom Kaiser oder von Polen angegriffen wurde.[2] Quad finden wir noch um die Mitte des October in der Umgebung Georg Wilhelms: mit kurfürstlichen Briefen versehen begab er sich darauf in das Hauptquartier Christians IV.

Frankreich und England nach der Heirat des Königs Karl I.

Nachdem die von beiden Seiten so heiß ersehnte Verbindung der Bourbonen und der Stuarts glücklich zu Stande gekommen war, mußte es sich und zwar bei der kritischen Lage der europäischen Verhältnisse im Augenblick oder in möglichst kurzer Frist herausstellen, ob dieselbe in der That die politischen Folgen haben werde, welche man in England und in allen dem Hause Habsburg feindseligen Ländern Europas von ihr erwartete.

---

1) „Te in hac etiam rerum constitutione monemus et adhortamur, ut quemadmodum antehac strenue fecisti, ita etiam nunc et in posterum amicis nostris ita desiderantibus et gratum habentibus ipsorum justissimae causae deesse minime velis; sed amicis nostris . . ., qui pro defensione, libertate et restitutione provinciarum et terrarum pertinentium ad dictos amicos et status confoederatos cum dictis amicis nostris christianis arma ceperunt, pro viribus vestris auxilieris, foedus cúm amicis nostris et ipsorum defensoribus ineundo et arma tua cum ipsorum armis conjungendo.“ Roe an Conway Halchys 26. Aug. 1625. This command is gone away two dayes since sollicited by the agent of Transsilvania. Roe S. 434.

2) Achtzehnter Jahresbericht des altm. Vereins S. 49.

Sie war als ein äußeres Zeichen für eine vollständige Umkehr der französischen Politik angesehen worden: nach der Meinung vieler Protestanten und Katholiken in ganz Europa verpflichtete sich Frankreich durch dieselbe innig und vollständig für die englischen Interessen. Dasselbe war nun gehalten, im vollen Einverständnis mit England dem Vordringen der habsburgisch-bairischen Waffen in Deutschland ein Ziel zu setzen, ja vielleicht auch versöhnlicheren Rathschlägen im Betreff der Hugenotten sein Ohr zu leihen: auf jeden Fall aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien und überall, wo sich in Europa und in Amerika eine Gelegenheit dazu bot, im Verein mit England die habsburgischen Bestrebungen energisch zu bekämpfen.

Diese Meinung scheint auch ein Politiker getheilt zu haben, der schon längst wissen mußte, daß es sehr schwer fallen würde, den englisch-deutschen Interessen diese Vortheile der Heirat zuzuwenden, der leichtfertige, in seinem phantastischen Gebahren die Hindernisse wie im Spiel überwindende Buckingham.

Er hoffte, nun endlich doch ein Offensivbündnis mit Frankreich gegen Spanien, den Kaiser und die Ligisten zu erlangen, und war entschlossen, für diesen Zweck alles, auch seine Person, einzusetzen. Und da nun bei der Anwesenheit eines päpstlichen Gesandten[1] in Paris Gefahr im Verzuge schien,[2] machte er sich selbst auf, um den hartnäckigsten aller europäischen Politiker des siebzehnten Jahrhunderts für seine Pläne zu gewinnen. Der in seinem genialischen Anwurf auch nur um äußerliche Fassung sich wenig kümmernde Günstling, der seine Grundsatzlosigkeit bisweilen mit einer Schamlosigkeit zur Schau trug, wie sie nur die englische Hofsitte dieser Zeit erzeugen konnte, der die eigne Unfähigkeit, bis in den unveränderlichen Grund der Dinge und Personen vorzudringen, für eine gemeinsame Eigenschaft aller Menschen und besonders der Politiker

1) Der Cardinal Barberini, ein Neffe des Papstes, war beauftragt, zwischen Frankreich und Spanien in der veltliner Angelegenheit zu vermitteln. Vgl. Anquet, Un nouveau chapitre de l'histoire politique des réformés en France. S. 193 ff. Mercure fr. XI. S. 850 ff.

2) So wird doch die Notiz in Richelieus Memoiren wol zu deuten sein. Buckingham ist natürlich erst nach der Vermählung nach Frankreich gekommen, wie aus der erwähnten Stelle der Memoiren des Cardinals und aus Bassompierres Memoiren III. 20 hervorgeht. Ranke, Engl. Gesch. II. 96 scheint sich für seine entgegengesetzte Behauptung auf das Datum der Mittheilung in Hardwicke, State papers I. 571 zu stützen. Dieses Datum mag immerhin richtig sein, man hat aber wahrscheinlich die Abreise verschoben. Vor der Hochzeit und während derselben ist Buckingham nicht in Frankreich gewesen.

hielt, trat dem vorsichtigen, von dem einen Gedanken, das nationale Staatswesen auf den unerschütterlichen Grund monarchischer Ordnung aufzubauen, erfüllten Cardinal gegenüber, vor welchem Personen und Dinge wie von selbst sich ihrer zufälligen Umhüllung entkleideten.

Fast scheint es, als ob Karl I. anfangs Buckingham die Eheschließung selbst habe anvertrauen wollen: später erhielt derselbe nur den offiziellen Auftrag, Ludwig XIII. die Freude seines Herrn über das Bündnis auszusprechen und die Königin in die neue Heimat zu geleiten. Am 24. Mai langte er in Paris an. Mit all dem schwerfälligen äußern Pomp, welchen die Zeit liebte, Diamanten an der Hutschnur und an den Sporen, trat er fast wie ein regierender Herr in Frankreich auf. In seinem Gefolge befanden sich 600—700 Personen. Er nahm Wohnung bei dem Herzog v. Chevreuse.

Richelieu hatte Buckingham, welcher damals im 33. Lebensjahre stand, seiner brüderlichen Freundschaft versichert: der König selbst wollte ihn wie einen Franzosen, was er ja im Herzen sei, aufnehmen. Wir überlassen uns jedoch der Schilderung der rauschenden, dem Engländer zu Ehren vom Könige veranstalteten Festlichkeiten nicht und bemerken nur, daß auch Richelieu seinen unwürdigen Nebenbuhler in ähnlicher Weise feierte.

So war denn das schon früher vom Cardinal ersehnte Ereignis, die Tiefen dieses allgemein bewunderten Geistes auszumessen, wirklich eingetreten. Ueber die persönlichen Begegnungen beider Männer scheinen sich jedoch keine Nachrichten erhalten zu haben. Vergeblich suchen wir in Richelieus Memoiren nach einem Worte über den Eindruck, welchen die Persönlichkeit des jugendlichen Günstlings auf ihn machte.

Gehen wir daher unmittelbar auf den eigentlichen Zweck der Sendung über. Buckingham sollte und wollte nicht nur einen Frieden zwischen Spanien und Frankreich verhindern, sondern auch das Offensiv- und Defensivbündnis zur Widereroberung der Pfalz abschließen.

Indessen die Franzosen waren weit entfernt, sich auch nur in einem dieser beiden Punkte England gegenüber die Hände zu binden. Wol versprach man zur Widereroberung der Pfalz beizutragen, allein ohne das verlangte Bündnis. Man verhehlte Buckingham nicht, daß England der Verlust der Pfalz viel näher angehe, als Frankreich, daß es daher auch zur Widergewinnung derselben weit mehr beitragen müsse. Richelieu glaubte ferner, durch ein solches Bündnis mit England die deutschen Katholiken nur um so sicherer und vollständiger Spanien in die Arme zu treiben und die Christenheit vollständig in Ruin zu stürzen. Ebenso hartnäckig verweigerte er das förmliche Versprechen, mit Spanien keinen

Frieden zu schließen, obwol er allerdings auch keine bestimmte Aussicht auf einen solchen eröffnen wollte. Darauf forderte Buckingham, man möge wenigstens alle drei die Pfalz, das Veltlin und Genua betreffenden großen politischen Fragen nur im Zusammenhange mit einander einer Lösung entgegenführen und keine derselben einzeln durch einen Vertrag zum Abschluß bringen, während die andern noch schwebten. Allein auch diese Forderung wies man zurück, da ja die italienischen Wirren beinahe beigelegt wären, während die deutschen sich noch im Stadium des Beginns befänden. Ferner mahnte Buckingham zum Frieden mit den Hugenotten, damit sich der König desto eifriger mit dem Kriege gegen Spanien beschäftigen könnte. Dieser Mahnung ward eine noch schroffere Zurückweisung zu Theil: kein Fürst dürfe den rebellischen Unterthanen eines andern auch nur mit Worten beistehen.

Endlich legte sich Buckingham aufs Drohen: König Karl werde die Rückgabe der Pfalz durch einen Vertrag mit Spanien suchen, wenn ihn Frankreich vollständig abweise. Im andern Falle aber sollte eine englische Flotte von 100 Schiffen nach Spanien gehen, alle spanischen Schiffe verbrennen und Cadiz nehmen. Ferner wollte man eine Armee von 15,000 M. nach Flandern werfen, welche in Verbindung mit 6000 M. französischer Cavallerie und mit Hinzuziehung Mansfelds für Frankreich Artois erobern würde.

Richelieu schien indessen die hier angedeuteten Maßnahmen zur Eroberung der Pfalz für sehr bedenklich zu halten und zeigte sich auch gegen die in Aussicht gestellte Erweiterung des französischen Gebiets gänzlich unempfindlich: nur eine Beihilfe zur Wiedereinnahme der Pfalz auch für den Kriegsfall stellte er schließlich in Aussicht.

Im Staatsrath aber war eine Partei, welche nicht einmal so weit gehen, sondern den Engländern schlechterdings nichts bewilligen wollte. Doch siegte endlich die bewundernswerthe Kühnheit des Cardinals, welche schon jetzt nichts weniger erstrebte, als England zu einem durchaus gefügigen Werkzeuge der französischen Pläne zu machen.[1] Er hat es selbst gestanden, daß er dem Könige den Rath ertheilt habe, in gutem Einverständnis mit England zu bleiben, es in einen Krieg mit Spanien zu verwickeln und Frankreich die Möglichkeit zu wahren, seinen Frieden mit dem letztern zu machen. Er wollte nur vermeiden, offen für die deutschen Angelegenheiten einzutreten, weil er dann den Gedanken, sich mit Spanien in der veltliner Sache durch einen Separatfrieden zu vergleichen, aufgeben mußte. Auch scheute er sich geradezu mit dem deutschen

1) Mémoires II. 464.

Katholicismus zu brechen und wollte England nur unter der Hand gegen denselben unterstützen. Auf diese Weise glaubte er zu dem Ziele zu gelangen, welches seinen Bemühungen schon jetzt vorschwebte, Ludwig XIII. zum Schiedsrichter zwischen den streitenden Parteien zu machen.[1]

Darauf hat er dann dem Könige zu einer weiteren Soldzahlung an Mansfeld sowie zur Ausführung des geheimen Tractats im Betreff der Unterhaltung der dänischen Armee gerathen. Auch eine Aushebung von 2000 Pferden auf englische Kosten gestand er zu. So weit glaubte sich Richelieu mit England, nachdem es ihm Hilfe gegen die französischen Rebellen geleistet hatte, einlassen zu dürfen, ohne Spanien zu einem förmlichen Krieg herauszufordern. Nur so hoffte er einen Gewinn von der eben zum Abschluß gebrachten Ehe, so glaubte er Karl I. ganz sicher in den Kampf gegen Spanien hineinzutreiben.

Ludwig XIII. nahm Richelieus Programm jetzt wie so oft rückhaltlos und vollständig an: Friede mit Spanien in Italien und Ueberlassung des deutschen Krieges gegen das Haus Oestreich und seine Anhänger an England.[2] Dabei versicherte er freilich Buckingham in eigner Person, daß er die Hilfe, welche ihm England leistete, nicht annehmen würde, wenn er nicht entschlossen wäre „de faire quelque grand efford capable de produire l'effet qu'il desiroit pour la restitution du Palatinat." Er gab ihm ferner sein königliches Wort, daß in Deutschland nichts ohne seine Zustimmung geschehen sollte. Am 11. Juni verließ Buckingham Paris: sein Plan war gescheitert. Auch nach der Hochzeit war Frankreich kein Offensivbündnis mit England eingegangen; es weigerte sich, den bevorstehenden Krieg zu einem allgemeinen in Deutschland und Italien zu machen und stellte vielmehr ein friedliches Abkommen mit Spanien in Aussicht.[3] —

Die junge Königin von England, Henrietta Maria, wurde von ihrer Mutter und der Königin Anna bis nach Amiens geleitet, wo diese erstere

---

1) Il ajouta que celle qu'il falloit éviter, étoit d'entrer ouvertement en cause pour raison des affaires d'Allemagne, parce que, si on faisoit autrement, il seroit à craindre que cela empêchâ qu'on ne pût faire la paix pour l'Italie séparément; qu'on romproit tout-à-fait avec la ligue catholique d'Allemagne, avec laquelle, bien qu'il fût difficile de demeurer en bonne intelligence en assistant sous main l'Angleterre contre eux, si est-ce toutefois qu'en ne faisant pas d'avantage on ne seroit pas hors d'état de réconciliation, ni privé du moyen de se rendre arbitre amiable de leur différend. Mémoires II. 465.

2) Mémoires II. 468.

3) Mémoires II. 473.

einer Unpäßlichkeit halber während der acht Tage, welche man hier verweilte, das Zimmer hüten mußte. Hier in Amiens ist es nun gewesen, wo der verführerische drei- und dreißigjährige Günstling nach seiner politischen Niederlage sich eines ganz andern Sieges rühmen konnte. Er hatte seine Augen bis zur Königin von Frankreich erhoben. Bei einem Spaziergange fand er sich plötzlich mit Anna von Oestreich in einem dunkeln Baumgange allein, während Lord Holland mit der Gräfin v. Chevreuse und der Stallmeister der Königin in der Entfernung folgten. Plötzlich zog die Königin durch einen lauten Schrei ihren Stallmeister herbei.

Nachdem Buckingham seine neue Herrin nach Boulogne geleitet hatte, kehrte er noch einmal nach Amiens zurück, um vor dem Bette der Königin auf den Knien liegend und unter Thränen, ja vor Zeugen die Gefühle zu enthüllen, welche ihm die in so wenig erfreulichem Verkehr mit ihrem Gemahl lebende Herscherin einflößte, und von denen ihm der Instinkt der Leidenschaft sagte, daß sie getheilt wurden. Nur durch eine strenge Weisung konnte ihn die Königin, welche die Besonnenheit nicht gänzlich verlassen hatte, aus dem Gemach entfernen.

Man könnte nun wol der Meinung sein, daß Buckingham in seiner vermessenen, alles überstürzenden Art den tollen Gedanken gehegt habe, wie durch den Herzog von Chevreuse und seine an den Lord Holland gefesselte Gemahlin so auch durch Anna von Oestreich selbst auf den König und seine Umgebung einzuwirken, und daß er sich hierzu selbst der Heuchelei der Leidenschaft habe bedienen wollen. Allein die Annahme erscheint bei näherer Prüfung unbegründet: selbst die leichtfertigste Sinnes- und Denkweise hätte sich doch der Wahrnehmung nicht verschließen können, daß die großen Beziehungen Frankreichs zum Auslande damals von einem ehernen Willen gelenkt wurden. Auch wir stimmen mit Guizot[1] darin überein, daß sich beide, die Königin von Frankreich und der englische Minister, in jenen Tagen Gefühlen tieferer und leidenschaftlicherer Natur hingaben, was nun freilich auch auf die politischen Beziehungen beider Länder zu einander nicht ganz ohne Einfluß geblieben sein mag. —

Unmittelbar nach der englischen Heirat begann man in Frankreich die Unterhandlungen mit dem päpstlichen Gesandten über einen Frieden mit Spanien. Frankreich behauptete indessen das Recht des Durchzugs durch das Veltlin, wofür es nun seit 100 Jahren so viel aufgewendet hatte, aufs hartnäckigste und erklärte sich gegen die Unterstützung, welche

1) Guizot, Un projet de mariage royal in Revue des deux mondes B. 41 S. 541 ff.

der Papst den Gegnern Frankreichs, den katholischen Veltlinern, gewährte, aus demselben Grunde, aus welchem es sich die Fürsprache Englands für die Hugenotten verbeten hatte. Das Verlangen des Papstes, die festen Plätze in Graubünden wider in seine Hände zu liefern, wurde nicht berücksichtigt. Richelieu rieth darauf dem Könige, die ganze Frage einer Notablenversammlung zu unterbreiten und setzte ihm die Vortheile einer derartigen constitutionellen Maßregel auseinander. Im Grunde erstrebte er freilich schon jetzt einen Frieden mit Spanien, allein er wollte den Preis nicht zahlen, welchen die spanisch-päpstliche Partei forderte. Diese aber war der Ansicht, daß der König den bei seinen katholischen Unterthanen so unpopulären Krieg, der im Grunde nur den Hugenotten Vortheil bringe, beendigen müsse.[1]

Allein der päpstliche Legat wartete das Zusammentreten dieser Versammlung nicht ab: auf die Nachricht des Sieges über Soubise und die Hugenotten brach er nach Avignon auf. —

Das französische Gefolge, welches die Königin mit nach England brachte, zählte über 100 Personen. Es war der Botmäßigkeit Daniel du Plessis', Bischofs von Mende, untergestellt.[2] Unter demselben befand sich der Pater Berulle, welcher den Dispens des Papstes erwirkt hatte, in der Rolle eines Beichtvaters. Er hatte die Königin mit einer ausführlichen Unterweisung versehen, welche den Kreis ihrer religiösen Pflichten gegen den häretischen Gemahl und seine Unterthanen umschrieb.

Nur kurz waren die Tage der Freude und des gegenseitigen Gefallens, welche die Neuvermählten genossen.

Schon am 18. Juni trat das zwei mal vertagte Parlament wider zusammen, welches der König in eigner Person aufforderte, das von seinem Vater begonnene Werk bereitwilligst zu vollenden.[3] In seiner Eröffnungsrede ertheilte er dem von seinem Vater so schwer gekränkten Nationalgefühl eine große und ihrer Form nach fein berechnete Genugthuung. Er begann dieselbe mit dem Eingeständnis, daß er diese Versamlung hauptsächlich berufen habe, um sich der Unterstützung der beiden Häuser zur Wiedereroberung der Pfalz zu versichern, und daß er den

1) Mémoires II. 480.

2) Das Verzeichnis findet sich bei Bassompierre, Ambassade en Angleterre S. 56 ff.

3) Die nachfolgende Darstellung beruht zum größten Theil auf Gardiners Schrift, Debates in the House of Commons in 1625. Edited from a Ms. in the library of Sir Rainald Knightley, Bart. 1873.

Irrthum der spanischen Reise, welchen Gott noch zum Besten gewendet habe, allein auf sich nehme. Im Gegensatz zu der selbstherlichen, lehrhaften, auch in ihrer Herablassung so oft verletzenden Weise seines Vaters erklärte er sich der Mitwirkung seines Volkes gar sehr bedürftig und sprach merkwürdiger Weise die Hoffnung aus, es werde niemand daran zweifeln, daß er derselben Religion sei wie sein Vater. Er forderte eine größere Beschleunigung in der Aufbringung der verwilligten Kriegssteuern, obwol er auch in diesem Punkte nicht gerade Vorschriften geben wollte. Der Großsiegelbewahrer sprach endlich das Wort aus, um das es sich jetzt in Wahrheit handelte: die Füllung des erschöpften Staatsschatzes. Von vornherein wies er das Parlament auf die günstige Lage der europäischen Verhältnisse für die Durchführung der englischen Pläne in Deutschland hin, welche man sich nicht dürfe entgehen lassen: „Europa ist nun gleich dem Teich von Bethesda von einem guten Engel für die Widerherstellung der Ehre Englands bewegt."

Der Sprecher des Unterhauses, eine durchaus versöhnliche, dem König ergebene Persönlichkeit, wußte mit großem Geschick die gewinnenden Züge des Geistes und des Herzens, welche der junge König so glücklich vereinigte, vor den Mitgliedern des Hauses zu entfalten und gab der Hoffnung Ausdruck, die Mitglieder möchten alle mit versöhnlichem und vertrauensvollem Sinne in das Haus eingetreten sein. Und in der That nahm man auch von der Bildung eines Comités zur Untersuchung der Beschwerden zunächst Abstand, wozu indessen nicht nur die Rücksichtnahme auf die kurze Regierungszeit des Königs, sondern auch auf die herschende Pest mitwirkte.

Bald jedoch brachte ein Subcomité ein Schriftstück zum Vorschein, welches die Ausbreitung des Katholicismus zum Gegenstand hatte. Es deckte die Gründe dieser Besorgnis erregenden Erscheinung auf und machte als solche die Nichtausführung der gesetzlichen Anordnungen, die Einwirkung auswärtiger Mächte und ihrer Gesandten in London selbst, die Erziehung junger Leute in ausländischen geistlichen Seminaren, die Verbreitung katholischer Schriften und endlich die großen Erfolge der katholischen Waffen jenseits des Kanals namhaft. Man weiß, welche Mittel die Denkschrift gegen alle diese drohenden Vorzeichen einer vollständigen katholischen Restauration vorschlug. Nur um darauf hinzudeuten, eine wie gründliche Abhilfe man jetzt schon erstrebte, erwähnen wir die Forderung einer sorgfältigen Beaufsichtigung des Unterrichtswesens und der Lehrer insbesondere, einer Reform der beiden Universitäten, einer Sicherstellung des Staats bei der Anstellung von Geistlichen, der Verbesserung schlecht dotierter Pfarrstellen und des Verbots der Erziehung

junger Engländer im Auslande. Die Denkschrift drang ferner auf die Bestrafung derjenigen, welche ohne gesetzlichen Grund Sonntags den Gottesdienst versäumten, auf die Ausführung der Gesetze gegen die Priester und alle papistischen Recusanten: ja sie forderte endlich die Entfernung der erstern von London und ihre Internierung innerhalb eines Umkreises von fünf Meilen von ihrem Wohnort sowie ein Verbot, welches allen Engländern das Hören der Messe in den Capellen oder den Häusern fremder Gesandten untersagte. Man belegte die auffallende Erscheinung des Erstarkens der katholischen Confession mit Zahlen und wies einen District nach, in welchem sich die Zahl der Katholischen seit fünf Jahren verdoppelt hatte.

Und so trat man doch endlich in die Berathung der kirchlichen Interessen ein, die freilich auch in so eminentem Grade politische waren. Welch schlechtes Vorzeichen für eine befriedigende Antwort auf die Geldforderungen des Königs!

Es war am 30. Juni, als endlich die näheren Erörterungen über die letzteren im Unterhause begannen. Man konnte sich zunächst nicht über die Höhe der Bewilligungen einigen: die Einen schlugen eine Subsidie, die Andern zwei vor. Dazu sollte dann noch ein oder zwei oder sogar vier Funfzehntel treten. Der erste Redner, Robert Philipps, erklärte sich für zwei Subsidien, aber freilich nicht ohne eine herbe Kritik der bisherigen Verwaltung vorauszuschicken. Die Bewilligungen des letzten Parlaments waren mit Rücksicht auf einen bevorstehenden Krieg geschehen, und jetzt erhob man von neuem Forderungen, ohne daß man einen Feind auch nur namhaft machte. Tausende von Pfunden waren ohne irgend welchen sichtbaren Erfolg verausgabt. Noch in derselben Sitzung forderte ein Anderer die doppelte Besteuerung der Recusanten gerade für denselben Zweck.

Trotz dieser bereits ziemlich herben Kritik wurde dem Könige noch das Pfund- und Tonnengeld auf ein Jahr vom 27. März 1625, dem Tage seines Regierungsantritts, an gewährt.

Zu den letzten Verhandlungen, welche die Stimmung des Parlaments abermals dem Könige abwendig machten, gehörten die über die Schriften des königlichen Kaplans Montague, in welchen eine große Partei herber als die Papisten angegriffen wurde, die Puritaner. Das Unterhaus war geneigt, einen guten Theil dieser Angriffe, welche mit der ausdrücklichen Erlaubnis oder Billigung beider Könige gemacht worden waren, auf sich selbst zu beziehen und ließ den Kaplan in Haft nehmen. Endlich ließ Karl I. durch John Coke noch einen allgemeinen Rechenschaftsbericht über die Verwendung der letzten Bewilligungen erstatten, welcher freilich

keineswegs genau gewesen zu sein scheint und in seinem politischen Theile geradezu eine arge Unwahrheit enthielt. Diesem Bericht zu Folge waren auf Irland 32,000 Pfund, auf die Flotte 37,000, auf die Unterhaltung der englischen Truppen in den Niederlanden 9000 und auf Mansfelds Armee 62,000 Pfund verwendet worden. Die Rechtfertigung des letzten Postens war es, welche den königlichen Bevollmächtigten zu der falschen Behauptung veranlaßte, daß bereits König Jacob einen starken Bund mit den Königen von Dänemark und von Frankreich, mit dem Herzog von Savoyen, mit Venedig und den Niederlanden abgeschlossen habe, dessen Folge der Krieg in Italien und die Aufstellung der mansfeldischen Truppen gewesen sei. Die Wahl aber gerade dieses Führers wurde damit gerechtfertigt, daß von seinen aus Engländern, Franzosen und Holländern bestehenden Mannschaften die erstern sich nicht unter einen Franzosen, und die letztern nicht unter einen Engländer gefügt haben würden.

An diese Mittheilungen knüpfte sich der Bericht über die weiteren Ansprüche, welche die englischen Finanzen in Folge der einmal eingegangenen Verpflichtungen zu befriedigen hatten. Für die unmittelbare Ausrüstung der Flotte waren 20,000 Pfund, für die dazu gehörige Artillerie 48,000, für die Landtruppen, welche man auf die Schiffe setzen wollte, 45,000 erforderlich. Außerdem hatte Karl I. dem Könige von Dänemark 40,000 Pfund verheißen, um ihn überhaupt zum Vorgehen in Deutschland zu bewegen, und sich ferner zu einer monatlichen Unterstützung von 30,000 Pfund verpflichtet, während Mansfeld für die gleiche Zeit 20,000 erhalten sollte. Auch daß der König noch vor seiner Thronbesteigung pecuniäre Verpflichtungen eingegangen war, daß die Großwürdenträger, Buckingham voran, sehr bedeutende Forderungen für Vorschüsse an die Staatskasse stellten, verhehlte man nicht. Reichten nun hierzu diese beiden auf 160,000 Pfund berechneten Subsidien aus? „Was haben wir weiter einzusetzen, um die deutschen Fürsten zu vereinigen, die Franzosen zu ermuthigen, die Staaten aufrecht zu halten und der katholischen Liga entgegenzutreten, außer den guten Ruf der mansfeldischen Armee und die Hoffnungen auf neue Rüstungen? Soll man sagen, daß der König durch den Abfall seiner Unterthanen gezwungen worden ist, die Religion aufzugeben und einen unehrenhaften Frieden zu suchen.“ [1] So lauteten die Fragen, welche dem Unterhause von der Regierung vorgelegt wurden.

An demselben Tage, wo den Gemeinen diese Eröffnungen gemacht wurden (18. Juli), gelangte eine Botschaft der Lords in das Haus, daß

1) Gardiner, Debates 57.

der König am Nachmittag die Beschwerden im Betreff der Religion entgegen nehmen wolle. Ein Comité der Gemeinen verband sich zu diesem Zweck mit den Lords.

Drei Tage nachher hatte sich das Parlament vertagt, um seine Sitzungen vom 1. August an in Oxford fortzusetzen. Noch bevor man auseinander ging, ertheilte der König die Versicherung, daß er die Petition im Betreff der Religionsbeschwerden ausführlich beantworten werde, und verhieß bis dahin eine thatsächliche Zufriedenstellung des Parlaments durch eine wirkliche Ausführung der Gesetze gegen die Andersgläubigen. Da die Krankheit eine sehr bedenkliche Ausdehnung gewann, hatten sich die Reihen der Gemeinen schon vor der Vertagung bedeutend gelichtet. —

Der erste Gegenstand aber, welcher das Haus nach seinem Zusammentreten in Oxford beschäftigte, erregte auch sofort das Mißtrauen in die Erfüllung der königlichen Zusagen aufs Neue. Einen Tag nach der Antwort des Königs auf die Religionsbeschwerden hatte ein Jesuit, welcher in Exeter aufgegriffen worden war, einen königlichen Gnadenbrief und zwar der Angabe nach durch die Vermittelung des französischen Gesandten erhalten. Schon am 4. August stellte dann der König in einer feierlichen Sitzung beider Häuser neue Forderungen zur Aufrechthaltung seiner auswärtigen Politik. Es galt hauptsächlich, die noch immer in den Häfen liegende Flotte segelfertig zu machen. Schon jetzt scheint sich die Meinung erhoben zu haben, daß die passendste Zeit zum Auslaufen bereits verstrichen sei: der König wollte aber lieber die Hälfte der Schiffe auf offener See verlieren, als die Flotte unthätig im Hafen lassen. Conway gab noch besondere Erläuterungen, welche John Coke auf Befehl des Königs ergänzte. Sie betrafen die uns nun bereits bekannten Beziehungen zum Ausland. Der Schluß dieser Mittheilungen aber lautete: die Kassen des Königs sind leer; 10,000 M. englische Truppen liegen bei Plymouth und sehen ihrer Bezahlung entgegen.

Allein auch Coke hat die Willfährigkeit der Gemeinen nicht gewinnen können. Sofort bei der Eröffnung der Debatte zeigte es sich, daß die Augen der Mitglieder weit weniger auf die Stellung gerichtet waren, welche England in seinen augenblicklichen Beziehungen zum Auslande zu wahren hatte, als auf die innern Verhältnisse des Landes selbst. Simon Weston wollte den Feind erst kennen lernen, bevor er dem Könige Mittel zur Führung eines Kriegs gegen denselben gewährte. „Wir haben auch unter uns Feinde des Staats," fügte er hinzu. Francis Seymour erinnerte daran, daß bereits drei Subsidien und drei Funfzehntel für die Sache des Königs von Böhmen bewilligt worden waren, und doch hatte man damit nichts ausgerichtet. Ihm genügte das Vertrauen,

mit welchem der König der Entscheidung des Parlaments so wichtige Staatsangelegenheiten anheimgab, noch nicht: wenn auch ohne den Namen zu nennen, wies er doch ziemlich deutlich auf Buckingham als den Urheber der verhängnisvollen Lage hin, in welcher man sich befand. Vergebens wurde hiergegen bemerkt, daß der König doch nur Verpflichtungen auf sich genommen hatte, wie sie ihm durch die Rathschläge und die Anschauungen des Parlaments selbst nahe gelegt worden waren. Noch weiter ging Robert Philipps: ihm schien die Unterdrückung der Papisten der beste Weg, England in Sicherheit zu setzen. Er sprach bereits den Gedanken aus, daß der Staat nur durch das Parlament reformiert werden könne, und beantragte eine neue Petition an den König. Sir Franzis Nethersole aber wendete sich trotzdem wider an das Loyalitätsgefühl des Engländers und erinnerte daran, daß dem Könige und der Königin von Böhmen auf andere Weise nicht geholfen werden könnte.

Endlich traten beide Häuser am 8. August zu einem Comité zusammen, vor welchem auf Befehl des Königs Buckingham selbst erschien. Der Bericht, welcher von seinen Mittheilungen Tags darauf im Unterhause gegeben wurde, zeigt, daß der Günstling, der nun in die Bahnen eines großen Staatsmannes einlenken wollte, alle Mittel seiner geschmeidigen, dem Anschein nach bis auf den Tonfall berechneten Rede erschöpft hatte, um den ersehnten Beschluß zu erzielen. Seine Rede war von dem Gedanken ausgegangen, daß die Wendung der auswärtigen Politik eine That des Parlaments sei, welches dem Könige sowol den Rath als die Mittel zur Ausführung derselben gegeben habe. Darauf aber vertheidigte er sich selbst und zwar so, daß er einzelne Fragen, gewiß also die Hauptbeschwerdepunkte der parlamentarischen Kreise, zur eignen Beantwortung aufwarf. Daß einige derselben darthun, wie auch den wichtigsten Unternehmungen des allmächtigen Mannes bereits das öffentliche Vertrauen fehlte, ergibt sich aus dem vierten Hauptpunkte, welcher dem Zweifel zu begegnen sucht, daß die Flotte überhaupt nicht mehr auslaufen werde. Ferner hatte er die Behauptung zu widerlegen, daß er durch die französische Heirat dem Lande eben so übel gedient habe, als wenn er die spanische durchgeführt hätte. Zum Schluß gestattete er sich einen empfindlichen Druck auf die Gemeinen, indem er sie daran erinnerte, daß sie durch eine rechtzeitige Bewilligung um so eher der Lebensgefahr entgehen würden, denn er wußte ja, wie äußerst ungern sich viele Mitglieder von neuem in Oxford eingefunden hatten!

Der Lordschatzmeister gab dann weitere Aufschlüsse über den Stand der Finanzen. Diesen zu Folge hatte der König mit einer Schuldenlast von 70,000 Pfund den Thron bestiegen, seitdem noch 60,000 Pfund

aufgenommen und sich auch noch einen Vorschuß von 20,000 Pfund auf die Jahreseinnahmen zahlen lassen. Die monatlichen Verpflichtungen für die auswärtigen Kriegsunternehmungen beliefen sich auf 61,000 Pfund, wobei die Kosten für die Flotte noch nicht eingerechnet waren.

Buckinghams Beredsamkeit hatte sich diesmal keines Sieges zu rühmen. Ja man muß sagen, daß es ein großer Fehler Karls I. war, gerade in jenen kritischen Tagen dem Parlamente den Mann gegenüber zu stellen, dessen Entfernung man bereits als den Anfang der Rückkehr zu einer wirklich nationalen und aufrichtigen Politik bezeichnete.

Richard Weston drang dann im Unterhause nochmals auf eine sofortige Bewilligung und setzte das Wort des Königs für eine neue Einberufung der beiden Häuser in einer günstigeren Jahreszeit während des Winters zum Pfande, wo dieselben dann auch ihre Reformvorschläge im Betreff des unmittelbaren Dienstes bei der Person des Königs vorbringen könnten.

Allein welche Gründe für die Aufrichtigkeit der neuen Politik man auch immer anführen mochte, die Ereignisse des Tages sprachen doch noch lauter und waren verständlicher, als alle königlichen Verheißungen. Trotz der Parlamentsbeschlüsse erhielten Jesuiten königliche Gnadenerweisungen, acht englische Schiffe kämpften an der Westküste Frankreichs gegen die Glaubensgenossen, für welche man in London öffentliche Gebete zum Himmel sendete.

Gerade jetzt wurde es deutlich, daß ein großer welthistorischer Moment von den Stuarts versäumt war. Obwol man das Unterhaus thatsächlich zum Richter über die auswärtige Politik machte, obwol man sah, daß die Ehre Englands in den Niederlanden und in Deutschland verpfändet war für eine Sache, deren Schutz der traditionelle Zug der englischen Politik auch noch unter Jacob I. gewesen war, gab das Parlament diese Sache nun definitiv auf. Während Jacobs Schwäche, welche es nun einmal nicht zum Kriege kommen lassen wollte, jedes altenglische Herz empört hatte, verweigerte das Parlament seinem Sohn, als er diesen Krieg unternahm, die nothwendigen Hilfsmittel.

Die Sicherung der eignen Rechte, die vollständige Durchführung der neuen Lehre und ihr Schutz gegen die alte Glaubensform auf dem ganzen Inselreiche, das sind die beiden Grundgedanken, welche nun die regsamsten Geister des Volkes erfüllen. Sie treten an die Stelle jenes nationalen Zuges, welcher, tief in der Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts wurzelnd, vornehmlich in einem Wirken nach Außen seine Bethätigung gesucht hatte. Diese Gedanken erscheinen zuweilen in voller historischer Begründung: „Wir sind die letzte Monarchie der Christen-

heit, welche noch ihre ursprünglichen Rechte und Satzungen bewahrt," rief Robert Philipps, eins der hervorragendsten Mitglieder des Unterhauses, aus. Allein schon hören wir auch die Forderung: „Wenn der König in solcher Noth ist, so müssen diejenigen, welche ihn in dieselbe gebracht haben, die Früchte ihres Raths empfangen." Wie hätte nun dem entgegen der wunderliche Grund des Lordschatzmeisters, daß die Unordnungen in den Finanzen eine Folge des langen Friedens seien, wirken können? Selbst eine Stimme, welche sich für die Bewilligung erhob, ging von dem Grundsatze aus, daß die Heilung der Gebrechen ausschließlich durch das Parlament zu erfolgen habe.

Nur bis zum 12. August haben die Rathgeber des Königs dieser Entwickelung der Dinge Raum verstattet: noch bevor das Unterhaus die Bewilligung versagt hatte, wurde das Parlament, wie man meinte, auf besondere Veranlassung Buckinghams geschlossen.

Denn einer Niederlage dieser Art konnte man sich schon in Rücksicht auf die auswärtigen Verwickelungen nicht aussetzen. Noch hatte man die Hoffnung auf ein Offensivbündnis mit Frankreich nicht ganz aufgegeben, noch war der Bund der protestantischen Mächte nicht abgeschlossen, und eine rasche Entscheidung in den deutsch-dänischen Dingen war durchaus nothwendig. Wie hätte man da gestatten sollen, daß das Parlament die verhältnißmäßig geringe Summe von 40,000 Pfund, welche man noch forderte, förmlich verweigerte?

Der Eindruck, welchen die Verhandlungen auf den König und seine Umgebung machten, war natürlich ein sehr peinlicher. Nichts desto weniger entschloß man sich aber, seinen Weg ohne das Parlament zu machen. Außer Buckingham war auch der Staatssecretär Conway ein hervorragender Vertreter dieser Anschauung: nur wußte keiner von ihnen die Hilfsmittel, auf welche man rechnete, nachzuweisen.

Um diese Zeit war es nun, wo Buckingham in seinem Thun und Treiben so unsicher wurde, daß es selbst dem oberflächlichen Beobachter auffiel. Es kam vor, daß ihn der französische Gesandte nur sprechen konnte, indem er ihm durch die Zimmer nachlief. In seinem Haß gegen das Parlament ließ er sich zu Aeußerungen verleiten, welche den noch unselbstständigen, seinem eignen Urtheil mißtrauenden König auf das demüthigendste bloßstellten. Er hat zum Bischof von Mende widerholt geäußert, daß der König seine, des Herzogs, Vertheidigung dem eignen Interesse vorziehen werde. Mit einer selbst die Leistungsfähigkeit eines großen der edelsten Kräfte seiner Nation sichern Staatsmanns übersteigenden Selbstüberhebung hat er zu gleicher Zeit den Krieg gegen das Haus

Habsburg in Spanien und in Deutschland begonnen, Frankreich verletzt und in England Puritaner und Katholiken gegen sich herausgefordert. Und das alles mit dem vollen Bewußtsein, daß die Staatskassen leer waren, und daß sie ihm niemand füllen würde. Er scheint nicht im Entferntesten geahnt zu haben, daß sein französischer Nebenbuhler nicht nur jeden seiner falschen Schritte rücksichtslos ausbeutete, sondern ihn auch in immer unentwirrbarere Verhältnisse hineinzog.

Mehr und mehr nahte nun die Zeit heran, welche für das Auslaufen der Flotte bestimmt war. Rusdorf machte noch einen Versuch, ihre Mitwirkung für die deutschen Angelegenheiten zu gewinnen: mit viel eindringenderem Verständnis als in der Angelegenheit des allgemeinen Bundes legte er dem Könige die Vortheile einer derartigen Verwendung für England und für Deutschland dar. Er rieth zu einer Landung an der Elbe und Weser und zu einer Vereinigung der Truppen mit dem Könige von Dänemark, wodurch man eine Verbindung Tillys und Wallensteins hindern werde. Das konnte England thun, ohne an Spanien förmlich den Krieg zu erklären, während es sich durch eine Landung in Spanien im glücklichsten Falle doch nur zum Bundesgenossen Hollands machte und sich selbst der Mittel zur Unterstützung Christians IV. beraubte.

Allein Buckingham hatte sich bereits so tief in den Gedanken eines Kriegs mit Spanien eingelebt, daß ihm derselbe nicht mehr verleidet werden konnte.

Je mehr man aber Mittel auf die Flotte verwendete, um so weniger konnte man an die dänischen Subsidien denken. Trotz aller Versprechungen geschah daher auch nach der Auflösung des Parlaments für Christian IV. gar nichts. Auch die Angebote Gustav Adolfs, welcher im Anfang des September 15,000 Pfund monatlich forderte, mußte man zurückweisen: von Bethlen Gabors Betheiligung sah man vollständig ab. „Bethlen Gabor hat noch niemals etwas gethan und wird auch niemals etwas thun, außer wenn er sieht, daß wir im Vortheil sind. Jeder dieser Fürsten sucht sein eignes Interesse" — so lautete Conways Antwort auf Rusdorfs Mahnungen. Und über eine Unterstützung Gustav Adolfs äußerte er sich: „Welche Veranlassung haben wir, diesem Könige Geld zum Kriegführen oder zum Eindringen in Schlesien zu geben, in ein Land, welches uns gar nichts angeht?" Nun war es freilich nicht allein der unberechenbare Character Bethlen Gabors, welcher die Engländer abhielt, sich mit ihm in nähere Verbindung zu setzen. Sie glaubten vielmehr, daß er auch ohne einen englischen Subsidienvertrag die günstige Gelegenheit nützen werde. Daher ersuchte Conway in dieser Zeit Thomas Roe geradezu, auf eine Mitwirkung desselben ohne einen Vertrag zu dringen, auf welche der Diplomat um

ſo eher rechnen mochte, als er auch Roe den einzugehenden Tractat im Haag als ein allgemeines Bündnis mit den Königen von Frankreich, Dänemark und Schweden, mit Holland, dem Kurfürſten von Brandenburg und andern deutſchen Fürſten bezeichnete.[1]

Da wurden nun von Spanien noch einmal Friedensanträge gemacht. Gondomar erſchien zu dieſem Zwecke in England und brachte einen neuen Congreſſ zu Brüſſel in Vorſchlag: Spanien wollte die Pfalz zurückgeben, wenn der älteſte Sohn des Kurfürſten die zweite Tochter des Kaiſers heirathen würde. —

Auch der häusliche Zwiſt zwiſchen König Karl und ſeiner Gemahlin, welcher gegen das Ende des Jahres immer fühlbarer wurde, iſt in ſeinen Wirkungen auf die auswärtige Politik nicht gering anzuſchlagen. Ob derſelbe zuerſt von der Umgebung der Königin veranlaßt wurde, dürfte zweifelhaft ſein: die junge, an die manigfaltigſten Zerſtreuungen gewöhnte Königin ſcheint ſich doch von Anfang an mit dem ſchon jetzt gemeſſneren Weſen ihres Gemahls nicht recht haben befreunden zu können, ſo daß ſelbſt die Einſprache und Mahnung der Mutter erforderlich wurde. Allein nachdem einmal die Verſtimmung ſich auch nach Außen hin verrathen hatte, haben die „Monsieurs“, wie der König die Herren ihrer Umgebung nannte, wirklich zur Erhöhung derſelben beigetragen. Schon im November hat daher Karl I. Buckingham erſucht, der Königin-Mutter im Voraus Mittheilung von ſeiner Abſicht zu machen, energiſchere Maßregeln, denen Buckingham bisher abgeneigt geweſen war, gegen die Franzoſen zu ergreifen.

Um dieſelbe Zeit aber, wo man die Entfernung der franzöſiſchen Umgebung der Königin in Ausſicht nahm, verfuhr man auch mit größerer Schärfe gegen die Katholiken: man entwaffnete die Großen und zwar hier und da ſelbſt mit Gewalt. Einmal kam es in Northamptonſhire ſogar zum Handgemenge.

Um nur die nothwendigſten Mittel aufzubringen, dachte man endlich an eine Zwangsanleihe, zu welcher aus den höheren Klaſſen jeder Earl und jeder Biſchof 200 Pfund, jeder Baron 100 Pfund beitragen ſollte.[2]

1) Roe, Negotiations S. 461.

2) Hardwicke, State papers II. 10.

England und die Niederlande.

Wir sahen oben, daß Anstruther im Januar von Kopenhagen nach dem Haag ging. Allein hier wurde demselben von vornherein nur geringe Aussicht auf eine Unterstützung Christians IV. durch niederländische Truppen, und so blieb den Engländern nichts übrig, als dem Könige die ganze Aushebung selbst anheimzugeben: England sollte ihm dafür eine Geldunterstützung leisten.[1] Als Anstruther nach kurzem Aufenthalt in England ins dänische Lager zurückgekehrt war, trieb er den König zur Beschleunigung seiner Rüstungen an. Er bedeutete ihn, wie wichtig es sei, vor dem Feinde mit den Werbungen bereit zu sein. Und in der That rüstete nun auch Christian IV. zur größten Freude der Engländer mit sichtlichem Eifer: er wollte, hauptsächlich um die deutschen Fürsten zum Anschluß zu bewegen, 4000 M. Kürassiere und 10,000 M. Fußvolk aufbringen.

Auf den Betrieb des Königs mußte darauf Anstruther zurückkehren und abermals 5000 M. Unterstützungstruppen oder eine entsprechende Geldentschädigung fordern. Ein zweites Ansuchen Christians bestand in einem für den Nothfall beanspruchten Entsatz durch englische und niederländische Truppen. Diese Forderungen waren bereits mit der Drohung begleitet, welche in diesen Verhandlungen nun stehend wird: er werde sich im Weigerungsfalle zurückziehen und einen möglichst vortheilhaften Frieden mit seinen Gegnern machen.[2] Die Staaten ferner sollten die

1) . . it is therefore held the best course by the opinion of my Lord Ambassador (Carleton) and his Excellency (Moriz von Or.) that the worke bee not prejudiced by the not timely comming of theis men to deale with that King (Christian IV.) for the leavying and raising of them there at his charge, he to bee repaid againe from England in money by letters of exchange or other wise. Aus Anstruthers Denkschrift vom März 1625. Gardiner.

2) This is the content of the King of Dennemarks resolving, as he hath written it himselfe with his owne hand, which if England and the Lords the States will ratifie by performance of their parts by him required with expedition without spinning out of time in praeparatoriis, he is ready to expose his owne person to the chief of the danger and to second the worke with hazard of his owne life and fortune on the other side determining, that if his offers bee not accepted and spedily answered (?) with mutuall correspondance, that he will retire himselfe and make the best peace he can with all those, that now either feare him or hate him before any further accion bee attempted. Aus derselben Denkschrift Anstruthers. Gardiner.

dänische Armee mit Artillerie oder wenigstens mit Proviant versorgen und ihm den Grafen Ernst v. Nassau als Oberbefehlshaber überlassen. Auf diese Weise hoffte sich Christian IV. zugleich am besten von dem Verdachte zu reinigen, als ob er doch nur Privatinteressen verfolge. Von den Fortschritten dieser Unterhandlungen erstattete Anstruther auch Bericht an Gustav Adolf, welcher noch immer hoffte, daß er sich in Person an dem Kriege betheiligen könne.

Diese Gesuche des Königs aber mußten um so dringender auftreten, je offenkundiger es sich allmählich herausstellte, daß der ganze mansfeldische Zug zunächst in den Niederlanden sein Ziel finden werde.

Am Schlusse des Jahres finden wir beide Heerführer, Mansfeld und den Herzog von Braunschweig, in London. Der letztere wurde nicht nur vom Könige unter den größten Feierlichkeiten zum Ritter des Hosenbandordens erhoben, sondern auch mit einer jährlichen Pension von 2000 Pfund bedacht. Dazu überreichte ihm der Prinz von Wales, welcher ihm seine eignen Gemächer angewiesen hatte, beim Scheiden noch 3000 Pf. in Gold. Am Neujahrstage verließ Christian, nachdem er sich noch der englischen Aristokratie persönlich vorgestellt und dem Blackfriartheater einen Besuch abgestattet hatte, London. Damals wird es gewesen sein, wo ihm Weckherlin seinen Wahlspruch mit der Aufforderung deutete:

Komm, den Pfaffen, toller Held,
Nach Gebühr zu widerstehen
In des tapfersten Mans Feld,
Daß die ganze Welt mögen sehen,
Daß er Dein und Du sein Freund,
Gottes Freund — der Pfaffen Feind.

Erst nach einigen Wochen aber ging Mansfeld mit seinen Truppen selbst unter Segel, dem neben den Engländern auch unser deutscher Dichter enthusiastische Segenswünsche nachsendete:

Wolan, o Held, so zeuch nur aus,
Der Guten Trost, der Bösen Graus,
Die Freiheit wider aufzurichten,
Und durch dein Schwert, scharf und gerecht,
Errettend des Reichs altes Recht,
Der Tyrannei Macht zu vernichten, —
Daß man hör mit Ernst von der Welt,
Daß Mars selbst ist in des Mans Feld!

Endlich waren am 19./29. Januar 4000 deutsche Söldner, welche in Seeland lange durch widrige Winde zurückgehalten waren, in Dover angelangt. Zu ihnen sollen noch 14,740 englische Rekruten gestoßen

sein,[1] welche sich, bereits in offner Meuterei begriffen, nur mit dem allergrößten Widerstreben einschiffen ließen. Allein schon jetzt begannen die Leiden, unter denen dieser Zug vollständig scheitern sollte. Stürme verhinderten die Abfahrt bis zum 31. Januar a. St., und epidemische Krankheiten lichteten die Reihen der Mannschaften. Die zum größten Theil in Frankreich geworbene Cavallerie, über welche Christian von Braunschweig das Commando führte, sollte in Calais von Mansfeld aufgenommen werden. Allein als die Flotte des letztern hier anlangte, erklärte ihm der Herzog, daß er noch nicht zur Abfahrt bereit sei. Darauf hat Mansfeld seinen Lauf nach Seeland gerichtet und erreichte am 11. Februar (a. St.) Vlissingen. Hier und in Ramekens verweilte er, wahrscheinlich weil ihm die Holländer die Landung versagten, abermals von Stürmen arg mitgenommen, bis zum 20. Februar. Darauf segelte er nach der Veluwe, wurde aber bis in den März hinein durch die Witterung verhindert, seine hungernden Schaaren an das Land zu setzen. Als das endlich geschehen war, hatten dieselben wider von ungewöhnlichen Regengüssen zu leiden, so daß ungefähr einen Monat nach der Abfahrt aus England die stolze Armee auf 6000 M. zurückgegangen war.

Der Herzog von Braunschweig war durch die stürmische Witterung gleichfalls am rechtzeitigen Auslaufen verhindert worden: erst am 6./16. März verließen 52 Segel mit 1200 bis 1300 Pferden Calais. Allein unmittelbar nachdem ein Theil der Fahrzeuge das offene Meer gewonnen hatte, überraschte auch sie ein greuliches Unwetter, so daß nicht wenige mit ihrer ganzen Ladung sanken, andere sich nur auf Kosten der Pferde und der Ladung, welche sie über Bord warfen, retteten, und die übrigen nach Calais zurückkehren mußten. Ein Theil der Fahrzeuge wurde an die holländische Küste getrieben.

Der Herzog selbst verließ mit den übrig gebliebenen Trümmern und neuen Verstärkungen Calais erst am 13. März. Allein auch ihn ergriff ein Unwetter und trieb ihn an die Küste von Seeland, wo er darauf landete. In Vlissingen hat er seine Schaaren wider gesammelt und sich darauf mit Mansfeld vereinigt.

So waren es denn nur Heeresträmmer, welche durch Frankreichs Machtwort in die Niederlande geworfen waren, und welche die Holländer nun auch auf Ludwigs XIII. Weisung und Jacobs I. Bitten mit Sold und Unterhalt versehen mußten. Im Ganzen waren vielleicht nicht viel über 4000 M. Kampffähige übrig geblieben. Von den seit dem October

1) Die Angaben sind sehr schwankend: nach Siri I. 719. hat Jacob I. nur 12,000 M. gestellt.

aus England bezogenen Mitteln besaß der General, als er in Gertruydenburg anlangte, noch 2000 Pfund. Nur eine holländische Unterstützung von 20,000 Pfd. rettete ihn und seine zusammengeschmolzene Truppe vor dem äußersten Verderben.[1] —

Mitten in diese Zeit der Vorbereitungen fällt der Tod des Königs Jacob I. (6./16. April). Sein Nachfolger zeigte auch in dieser Sache eine größere Bereitwilligkeit: er sagte Christian IV. endlich einen Monat Sold zu.

Allein schon machte sich in allen Verhältnissen die drückendste Geldverlegenheit fühlbar: man nahm Anleihen auf, wo man nur konnte. Conway gestand Carleton geradezu, daß man von allem entblößt sei. Noch hoffte er freilich auf Parlamentsunterstützungen, um nicht nur die eignen heimischen Bedürfnisse, sondern auch die Ansprüche Mansfelds und der deutschen Bundesgenossen zu befriedigen. Namentlich in Beziehung auf Mansfeld ließ Karl die bündigsten Versicherungen ertheilen: er wollte, wenn es nöthig sein sollte, zu seiner Aufrechthaltung selbst sein Silberzeug verpfänden. Auch die Clausel, welche Jacob I. seinem Condottiere in Beziehung auf Spanien auferlegt hatte, wurde nun ausdrücklich aufgehoben.

Karl I. trat sofort nach seiner Thronbesteigung dem französischen Einflusse in den Niederlanden entgegen. Er ließ den Generalstaaten durch Carleton die wärmsten Freundschaftsversicherungen entbieten: nur die Zwistigkeiten, welche sich nach den den Engländern in Ostindien zugefügten Feindseligkeiten erhoben hatten, standen noch als Hindernis des besten Einvernehmens hemmend zwischen beiden Staaten. Aber freilich was die Generalstaaten über die englischen Finanzverhältnisse von Carleton vernahmen, war sehr wenig tröstlich. Und wie viel lag ihnen gerade jetzt daran, daß England wenigstens seinen Mansfeld gegebenen Versprechungen gerecht wurde! Man hatte sie auf seine Armee als eine Unterstützung im Kampfe gegen Spinola vertröstet: nun war sie im Lande, aber ohne Löhnung und meuternd. Bereits hatten die Staaten selbst in den Beutel greifen müssen, um nur die Meuterei zu ersticken und noch größeres Unheil zu verhüten.

Carleton machte darauf im Haag ein offenes Geständnis: vor allem lehnte er den Vorwurf ab, die mansfeldische Armee ins Land gebracht

---

1) The court and times of James I. V. II. 487. ff. 490. Villermont, Ernest de Mansfeld II. 282 ff. Zahlreiche Einzelheiten bei Gardiner, England under the duke of Buckingham and Charles II. 125 ff.

zu haben;[1] dann aber versicherte er Englands Geneigtheit zu Zahlungen —, wenn man Geld haben werde. Nun waren aber die zuletzt vom Parlament bewilligten Subsidien vollständig verausgabt: eigne für Irland nothwendige Aushebungen, die in den Niederlanden bereits unterhaltenen englischen Truppen, endlich Mansfelds Armee hatte alles verschlungen: 80,000 Pfund Sterling waren allein auf die letztere verwendet worden. Und trotzdem gelang es Carletons Bemühungen, die Generalstaaten von der Nothwendigkeit neuer Vorschüsse zu überzeugen. Nur stellten sie Mansfelds Schatzmeister die Bedingung, das Geld unter Mitwirkung staatischer Bevollmächtigter zu verwenden, und beauftragten die amsterdamer Bankiers, zunächst nur die Hälfte der Summe an sie abzuführen: die andere Hälfte sollte erst gezahlt werden, nachdem Carleton von der Art der Verwendung der schon abgelieferten Summen Kenntnis genommen hatte. Nachdem die Generalstaaten bereits im Monat März sich für 200,000 Gulden verbürgt hatten, leisteten sie kurz darauf noch einmal und zwar für 400,000 Gulden Bürgschaft: in den Monaten September und October sollte die Summe von England zurückgezahlt werden.[2]

Es ist den Niederlanden hoch anzurechnen, daß sie auch jetzt wie so oft keinem gemeinen Antriebe nachgaben, sondern energisch und ohne Säumen England unter die Arme griffen. Denn gerade in jener Zeit neigte sich ihr Stern tiefer und tiefer. Immer drückender empfand man Frankreichs schützenden Einfluß, immer geringer wurde die Aussicht auf einen glücklichen Ausgang der Belagerung von Breda. Schon länger hatte man jegliche Hoffnung auf die Widergenesung des Prinzen-Statthalters aufgegeben: schon war er so schwach, daß er mit Mühe die Feder führen konnte. Nur in den an Spinola gerichteten Schriftstücken zeichnete er seinen Namen so fest und sicher wie früher.

Als Carleton bei den Generalstaaten um 20 Schiffe mit einer Bemannung von Landtruppen zur Verstärkung der englischen Flotte nach-

---

1) In answere I related unto them the whole course of proceeding as I had it out of your Lordships former letters in the bringing that army into these countryes, of which England was not guilty; but that wee would not take an excuse therby to save our monay, yf money were to be had; but the subsidyes of the last Parliament, the onely meanes wee have of extraordinary aydes, being exhausted by the pay of fower regiments in this service . . no means was now left but by going upon creditt till the next Parliament . . . Carleton an Conway 12. April a. St. 1625. Gardiner.

2) Dieselbe Depesche Carletons an Conway.

suchte, ertheilte man ihm gleichfalls eine zusagende Antwort. Dagegen konnten sie die Bitte, Christian IV. 2000—3000 Musketiere und eine Anzahl Ingenieure zuzuschicken, ohne eine Schädigung ihrer eignen Angelegenheiten nicht erfüllen: wol aber versprachen sie, ihm Artillerie mit Bespannung zuzuführen.[1]

In der mansfeldischen Angelegenheit empfand Carleton damals eine große Genugthuung: England war Frankreich in der Zahlung der Subsidien um einen Monat voraus, während die französischen Verbündeten, Venedig und Savoyen, mit ihren Beiträgen vollständig im Rückstande waren. —

Wir sahen oben, daß man von Seiten Englands eine Versamlung aller verbündeten Mächte im Haag und zwar zum 20./30. April betrieb. Allein noch am 19./29. April hatte der englische Gesandte in den Niederlanden keine Instruction für den auf den folgenden Tag anberaumten Congress, während Gustav Adolf allerdings Rutgersius und Spens zur Theilnahme an den Verhandlungen bevollmächtigt hatte. Auch dem französischen Gesandten waren ausführliche Weisungen zugekommen, allein sie geboten ihm, den öffentlichen Verhandlungen fern zu bleiben und sich nur privatim die Förderung der Sache angelegen sein zu lassen.[2]

Von Christian IV. aber wissen wir, daß ihm bereits während der Versamlung von Lauenburg sehr wenig an dem Abschluß eines solchen allgemeinen Bündnisses im Haag gelegen war, wo man doch nur Zeit verlieren würde.[3] Aus Berlin war freilich um diese Zeit im Haag die Nachricht von der augenblicklichen größeren Geneigtheit Christians IV. angelangt, die Betheiligung des Königs von Schweden an der Spitze einer besonderen Armee zu gestatten: England müsse nur Gustav Adolf noch mehr antreiben.

---

1) Answer by the states General to a memorial presented by Sir Dudley Carleton 17. April a. St. 1625. Gardiner.

2) The time of the treatie designed here at the Hagh is already come within a day: yet none appeare here ether from Denmarke or Swede; onely here is a lettre from the K. of Swede to Sir James Spens . ., whereby he with Ruggertius . . is auctorised to assist at the treatie . . The French Ambassador here resident receaved on Saturday night last commission and ample instruction to further those affaires: and to that effect to treate with such as shall be here auctorised, but that rather by private visits than publique convents or meetings, because the French King will not appeare in the business. Yf his Majty intends to use my service herein . . . it will be necessarie I should speedily be both auctorised and instructed . . . Carleton an Conway. Haag 19. April. Gardiner. — 3) Rudorf, Mémoires I. 544.

Indeſſen auch Karl I. ſcheint kurz nach ſeiner Thronbeſteigung auf dieſes allgemeine Bündnis nur geringen Werth gelegt zu haben: er ſah ja, daß ſein Oheim ſich ohne Zeitverluſt zur Action überzugehen anſchickte. Vergebens forderte Rusdorf die Anberaumung eines neuen Termins; vergebens waren ſeine Mahnungen, Schweden und Dänemark durch eine Alliance mit England und den Generalſtaaten zu vereinigen, Dänemark auf dieſe Weiſe von Eingriffen in die geiſtlichen Fürſtenthümer abzuhalten und es nun endlich zu einer offnen Erklärung zu nöthigen, in weſſen Namen und zu welchem Zwecke es dieſen Krieg unternommen habe.[1]

Erſt am 10./20. Mai war man in London mit der Inſtruction für Carleton zu Stande gekommen, welche der Staatsſekretär Conway auch mit Rusdorf berathen hatte.[2] Auch Conway wußte übrigens kein Mittel ausfindig zu machen, durch welches man den König beſtimmen konnte, die von England zu zahlenden Gelder wirklich auf die Reſtitution der Pfalz zu verwenden. Die Inſtruction ſelbſt war ſehr allgemein gehalten und hob nur hervor, daß dem Könige nun der Oberbefehl über die ganze Armee übertragen werden ſollte.[3] An der Hoffnung freilich, daß auch Guſtav Adolf das Seine zu der Unternehmung beitragen werde, hielt man trotzdem noch feſt. Man ſtellte es ferner jedem Bundesgliede anheim, ſeinen Bundesverpflichtungen in Geld gerecht zu werden oder Truppen zu ſenden und zu bezahlen: nur ſollte man ſich ſofort darüber ſchlüſſig machen oder die Entſcheidung dem Könige anheim geben. Natürlich forderte England auch, daß ſich ſeine Verbündeten in ihrem und ihrer Erben Namen für die ganze Dauer des Kriegs verbindlich machen und daß keiner ohne die Zuſtimmung der andern einen Separatvertrag eingehen ſollte. Dafür ſagte es denſelben

---

1) Rusdorf, Mémoires I. 547 ff. 551.

2) Charles R. Instructions for our trusty and welbeloved Sir Dudley Carleton, Knyght, . . . to treate with the ministers of divers Kings and Princes appointed to meete at the Haghe. Gardiner.

3) You are to resolve and conclude with them of a proportion of an army to be maintained with all the equipage belonging to it, and of the severall contribucions of each Prince or State, and to fixe (?) upon some place or places, where the quotas shal be paid, the species of the monies and meete persons to receive and answere the same.

The commaund of this armie in chiefe wee conceive wil be given to the King of Denmarke our dear unkle, and doubt not but the King of Sweden wil be well content therewith, and contribute in a good proporcion towards the good and common cause.

seine Unterstützung in allen Kriegsfällen zu, in denen es sich nicht um Privatstreitigkeiten handelte.

Wichtiger und folgenreicher, als diese Bestimmungen für ein Bündnis, welches niemals abgeschlossen wurde, war eine Instruction von demselben Tage, mit welcher sich Anstruther abermals zu Christian IV. aufmachte. Er überbrachte dem Könige zuerst 46,000 Pfund Sterling, wofür derselbe 4000 M. Fußvolk und 1000 Pferde nebst der dazu gehörigen Artillerie aufzustellen hatte. Ferner erhielt er Auftrag, auf eine bedeutende Verstärkung der Armee bis zu 30,000 M. Fußvolk und 6000 Reitern hinzuwirken, von denen England 10,000 M. zu Fuß und 2000 Pferde auf seine Kosten übernehmen wollte. Christian IV. hatte anfangs seine Unterstützung nur für ein Jahr zugesagt: Anstruther sollte ihn und seine Bundesverwandten jetzt bis zur Einnahme der Pfalz und der Widerherstellung des Friedens in Deutschland verpflichten. Weiter hatte er ihn auch zur Absendung eines Vertreters nach dem Haag anzutreiben.

Außer diesen 46,000 Pfund hatte der König bereits bei dem Beginn seiner Rüstungen 16,000 Pfund vorschußweise erhalten, welche Anstruther auf die nächsten dreimonatlichen Subsidien in Anrechnung bringen sollte. Für die Zukunft wollte England freilich seinen Antheil an Truppen — eben 6000 M. Fußvolk und 1000 Reiter — und zwar bereits nach Verlauf von 3 Monaten selbst stellen und forderte sogar, daß die vom Könige erhobenen Kriegscontributionen auf die Beiträge der Verbündeten angerechnet werden sollten. Die letzte Forderung Karls I. war geradezu abenteuerlich: derselbe stellte dem Könige von Dänemark das Ansinnen, seine deutschen Eroberungen unparteiischen Händen oder vielmehr dem Pfalzgrafen zu überlassen, welcher sie dann nach seiner Widereinsetzung zurückgeben sollte. Diese Instruction wurde einen Tag vor Buckinghams Abreise nach Frankreich ausgefertigt.

Auch im englischen Kabinet hegte man jetzt keine allzugroße Hoffnung mehr auf das Zustandekommen des weiteren Bundes. Conway bekannte Rusdorf offen, man wisse ja nicht, wer sich bei dieser Versamlung im Haag einfinden, und ob der König die ihm vorgelegten Artikel auch annehmen werde. Auf der andern Seite gestand er sich freilich auch, daß der König nun handeln müsse. Schließlich erbat er sich noch ein schriftliches Gutachten über die hauptsächlichsten in Frage kommenden, seinen König und dessen Schwager, den Pfalzgrafen, betreffenden Punkte. Die Vorschläge, welche der pfälzische Diplomat darauf machte, waren jedoch so eigenthümlicher Art, daß sie wol auch bei den englischen Politikern jener Tage Widerspruch gefunden haben. Da sie vollständig wirkungslos geblieben sind, könnten wir uns ihrer entschlagen: indessen dürfte doch

hervorzuheben sein, daß Rusdorf auch Brandenburg bei einem Angriff zu entsetzen rieth, und daß er beiden Königen von Frankreich und England ein nur wenig beschränktes Recht, die ganze Sache auch durch einen Vertrag zu beendigen, zusprach. Ja alle nach der vollständigen Befriedigung des Pfalzgrafen und des Kurfürsten von Brandenburg etwa noch übrig bleibenden Streitfragen rieth er geradezu dem schiedsrichterlichen Spruche Englands und Frankreichs anheimzugeben. Den Kaiser sollte man gebührender Weise um seine Zustimmung ersuchen!

Auch Anstruthers Abreise nach dem dänischen Lager verzögerte sich noch: es bedurfte ziemlich scharfer Worte seinerseits, bevor ihm Karl I. die erwähnten Summen in Hamburg anweisen ließ. Buckingham war bereits in Paris, als sich Anstruther immer noch in der Umgebung des Königs aufhielt. Wahrscheinlich wollte man den Abschluß des ersehnten französisch-englischen Bündnisses abwarten, um mit Christian IV. desto leichteres Spiel zu haben.

Mitten hinein in diese Verhandlungen, in deren Verlauf Rusdorf noch einen Allianceentwurf überreichte, fiel jedoch die Ankunft der jungen Königin, welche Veranlassungen zu Festlichkeiten bot, in denen noch einmal die ganze Leichtlebigkeit einer absterbenden Bildung, welche so viel Schönes und Großes hervorgebracht hatte, zu Tage trat. Wie hätten auch diese feinen, den Freuden des Augenblicks hingegebenen Hofleute wie Conway[1] ein Ohr für Rusdorfs ernste Mahnungen haben sollen, deren volles Verständnis ihnen so fern lag!

Schließlich versprach jedoch Karl I., wenigstens Mittel und Wege zur Vereitelung des Tages von Ulm ausfindig zu machen und auch Frankreich und Dänemark hierbei zur Mitwirkung heranzuziehen. —

Wenige Tage nach der Ankunft der Königin langte eine holländische Gesandtschaft, bestehend aus François vom Aerssens, Albert Joachimi und Reynken Burmania in England an. In Dover war sie einem außerordentlichen englischen Gesandten, Albert Morton, der sich auf dem Wege nach dem Haag befand, begegnet. Am 30. Juni/10. Juli erreichte sie London.[2]

---

1) „Mais le bon homme, ni aussi aucun de ces grands Conseillers comprend bien les choses d'Allemagne.“ Rusdorf I. 583. „Il m'étonne de trouver le peu d'entendement que ces gens-là ont dans les affaires d'état.“ I. 604.

2) Ihr den Generalstaaten am 6./16. Oct. 1625 abgestatteter Bericht ist gedruckt: Verbaal van de Ambassade van Aerssen, Joachimi en Burmania naar Engeland. 1625. Utrecht 1867.

Am 3./13. Juli hatten die Holländer ihre erste Audienz. Sie übergaben Schreiben der Generalstaaten und des Prinzen Friedrich Heinrich, so wie des Königs und der Königin von Böhmen — so durfte man Friedrich von der Pfalz jetzt auch in England nennen — und entledigten sich ihrer Beileidsbezeigungen über Jacobs Hintritt in noch herzlicherer Weise als der Segenswünsche für die französische Heirat. König Karl versicherte die Gesandten seiner Freundschaft und hingebenden Sorge für ihr Staatswesen und getröstete sich auch des besten Einvernehmens mit dem neuen Statthalter.

Unmittelbar darauf begab sich die Gesandtschaft zu Buckingham, welcher sie bereits länger erwartet hatte. Es kostete derselben keine Mühe, ihm die Nothwendigkeit einer Verlängerung und Verbesserung der Alliance vom vorigen Jahre begreiflich zu machen. Er bekannte gleich am Anfang der Verhandlungen, der Bund zum Zweck gegenseitiger Vertheidigung sei sehr kostspielig, ohne doch dem Feinde Nachtheile zuzufügen, und zog nun ein Offensivbündnis vor. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erwies sich jedoch der Höfling eigner Gedanken vollständig baar und ledig, so daß die Holländer zuletzt trotz ihrer mehrfachen und eifrigen Proteste selbst die Wege bezeichnen mußten, auf welchen man zum Angriff übergehen konnte. So eröffneten sie ihm denn, daß man den König von Spanien in Westindien, in Spanien und endlich in den Niederlanden angreifen könne und bezeichneten eine Bedrohung und Landung auf der spanischen Halbinsel als die geeignetste Maßregel. Und um den deutschen Ständen den Anschluß zu erleichtern, forderten sie eine offne Kriegserklärung. Allein auf die Frage Buckinghams, mit einer wie starken Macht sie selbst eine englische Armee in den Niederlanden unterstützen würden, wußten sie keine zufriedenstellende Antwort zu ertheilen. Sie sprachen von einer Verstärkung der holländischen Truppen, damit man bei einem Angriffe die spanische Armee in die Mitte der beiden Heere, des holländischen und des englischen, bringen könne.

Die Holländer machten so zahlreiche Besuche, daß sie wol keinen der angesehenen und einflußreichen Herrn werden übergangen haben. Allein gute Eindrücke empfingen sie nirgends: schon unterhielt man sie von der Mißstimmung des Parlaments über die den Katholiken gewährten Zugeständnisse im Heiratsvertrage, über das Kabinet des Königs, das üble Gebahren der Mansfelder und ihres Führers und über die Unzulänglichkeit der Mittel, um den hohen Ansprüchen aus Vergangenheit und Gegenwart zu genügen.

In einer zweiten Verhandlung mit Buckingham kam man schon näher zum Ziel (17./27. Juli). Auch jetzt nahm Buckingham mit seiner

Begleitung Rath von den Holländern. Diese erklärten einen Einfall der Engländer in Flandern in diesem Jahre für unthunlich, vornehmlich weil man zuvor auch mit Frankreich zu verhandeln habe, welches die Engländer in den spanischen Niederlanden nicht gerade gern sehen werde. Sie berechneten das zu einem solchen Einfalle erforderliche Fußvolk auf 24—25,000 Mann: zu demselben sollten noch 4—5000 in Deutschland zu werbende Reiter stoßen. Allein eine eigentlich thatkräftige Mitwirkung stellten sie auch dies Mal nicht direct in Aussicht. Dagegen drangen sie auf Mansfelds weitere Unterhaltung. Für das laufende Jahr begehrten sie vor allem einen Angriff auf die spanische Flotte.

Der Graf von Carlisle machte gesprächsweise die Meinung geltend, man müsse vermeiden, aus dem bevorstehenden Kampfe einen Religionskrieg zu machen, um die heimliche Unterstützung Frankreichs und anderer Mächte nicht zu verlieren. Buckingham selbst aber wußte damals noch nicht einmal einen Grund zu einem offnen Bruch mit Spanien anzugeben, ein Geständnis, welches die Holländer zwang, den ersten Minister zweier englischer Könige an die Einnahme von Heidelberg zu erinnern.

Eine Störung kam in diese Unterhandlungen durch das Anerbieten eines Offensiv- und Defensivbündnisses, welches die Engländer zu derselben Zeit im Haag selbst durch Albert Morton stellen ließen. Die Holländer nahmen hierauf nach einer besondern Weisung von den Generalstaaten eine Zeit lang nicht mehr an den Verhandlungen Theil und dachten sogar an die Abreise.

Es macht Rusdorfs Scharfsinn und Energie hohe Ehre, daß er die egoistischen Pläne der Niederländer durchschaute und sie zu kreuzen versuchte. Er hob hervor, daß sich die Engländer durch einen derartigen Seekrieg in den Kampf der Holländer gegen Spanien hineinziehen lassen würden, ohne den deutschen Verhältnissen damit aufzuhelfen, und drang darauf, an Statt dessen eine englische Armee nach Niedersachsen zu werfen, um Tilly vor seiner Vereinigung mit Wallenstein zu verjagen. Er wies ferner auf die so nothwendige Verstärkung des dänischen Heeres durch englisches Fußvolk hin. Für einen Seekrieg hielt er außerdem die Jahreszeit schon zu weit vorgerückt, da man mit der nur auf 6 oder 7 Wochen verproviantierten Flotte keine weite und lange Seereise unternehmen könne. Endlich versprach er sich einen freiwilligen oder gezwungenen Anschluß der Hansestädte und anderer deutscher Fürsten und Stände und ein wirklich offensives Vorgehen des Königs von Dänemark nur von einer Landung der Engländer in Norddeutschland. Alle diese sehr erheblichen Einwendungen eines wenn auch nicht genialen, so doch

immerhin scharfsinnigen Politikers scheinen keinem richtigen Verständnis begegnet zu sein.[1]

Als man nun aber wirklich in das Einzelne einging, wurden den niederländischen Diplomaten von den Generalstaaten folgende Hauptgesichtspunkte zur Nachachtung empfohlen: Als Grund des auf unbestimmte Zeit einzugehenden Bundes sollte der Ehrgeiz des spanischen Königs angegeben werden. Namen und Würde des Königs von Böhmen wollte man in dem Bundesinstrument aus Besorgnis vor Kaiser und Liga gänzlich oder wenigstens möglichst vermeiden und den Artikel, welcher der englischen Armee den Pass durch Holland zugestand, sogar streichen.

Schon diese Andeutungen beweisen, daß man in den Niederlanden den Kampf der Selbsterhaltung halber aufnehmen und sich dabei möglichst wenig mit den deutschen Dingen zu schaffen machen wollte. Die Gesandten hielten jedoch diese Bedingungen für unannehmbar und veranlaßten dadurch eine neue Berathung des Prinzen mit den Generalstaaten, nach welcher sie auch gemildert wurden.

Indessen widersetzten sich die Holländer der Forderung, den Engländern ihr Gebiet zum Durchzug zu öffnen oder eine Stadt als Sammelpunkt für die Rückkehr einzuräumen, beharrlich. Auch den dritten Theil zur Unterhaltung des Landheers und der Flotte beizutragen, weigerte man sich; zuletzt bewilligte man jedoch wenigstens den vierten Theil der Kosten für die letztere: zu drei Schiffen des Königs wollten die Generalstaaten noch eins hinzufügen.[2]

Während dieser letzten Verhandlungen — sie wurden der Pest halber in Southampton geführt — erschienen auch noch andere Gesandte auswärtiger Mächte, Gabriel Oxenstierna im Auftrage Gustav Adolfs und Floris von Merode, der Gesandte des Kurfürsten von Brandenburg, um die Beileids- und Freudenbezeigungen ihrer Herrn zu überbringen. Ja der erstere bot sogar nochmals ein Bündnis auf Sieg oder Tod.

Am 21. September a. St. wurde die Alliance endlich unterzeichnet.[3] Mit dem Wunsch, daß sie zum Ruhme des Königs Karl und

1) Diese Denkschrift ist vom 31. Aug./11. Sept. Rusdorf, Mémoires I. 611—617.

2) Vgl. den angeführten Bericht der Gesandten S. 107. ff. S. 124.

3) Der Text desselben umfaßt nicht weniger als 40 Paragraphen. Aus der Vergleichung derselben mit den oben berührten Weisungen der Generalstaaten ergibt sich, daß die Holländer in der That einen Sieg davon getragen hatten. Der Pfalzgraf ist weder als solcher noch als König von Böhmen namentlich genannt, eben so wenig Kaiser und Liga. Die zunächst auf 15 Jahre verein-

seiner Staaten gereichen möge, und dem Versprechen auch andre Fürsten und Staaten zum Beitritt einzuladen, verabschiedeten sich die Holländer bei dem Könige. Der Königin erklärten sie, daß ein kleines Geschenk an Leinwand für sie unterwegs sei, welches ihr Joachimi, der nun zum ständigen Gesandten in England bestimmt war, demnächst überreichen werde. England aber wollte zunächst Ludwig XIII. das Anerbieten der Betheiligung an diesem Offensivbündnis stellen.

Kaspar van Vosbergens Reise zu Gustav Adolf.

Nirgends erregte wol die Kunde von der plötzlichen Sinnesänderung des Dänenkönigs größere Ueberraschung, als in Schweden. Man suchte hier den Grund derselben fast allein in der Eifersucht Christians IV. auf den jüngeren Rivalen.[1] Selbst Oxenstierna war der Meinung, Christian IV. habe es nur darauf abgesehen, die Pläne seines Herrn zu stören und ihm seine deutschen Freunde und Bundesgenossen abwendig zu machen.[2]

barte Verbindung kehrt ihre Spitze vor allem gegen Spanien. Sie soll so lange in Kraft bleiben, als der König von Spanien durch Krieg oder andere ungerechte Heimsuchungen die Freiheit und die Privilegien der Generalstaaten bedrohe und samt seinen Verbündeten die kurfürstliche Würde der Pfalz und ihr Gebiet im Besitz habe. Alle Interessenten, und wer sonst die Aufnahme unter annehmlichen Bedingungen nachsucht, erhalten Zutritt und spätestens drei Monate nach der Vollziehung desselben eine förmliche Einladung. Beide Mächte greifen den König zu Wasser und zu Lande an und blokieren namentlich die Häfen von Lissabon, St. Lukas und Gades, während die Generalstaaten auf eigne Kosten Flüsse und Häfen der spanischen Niederlande sperren. Zu der nach Spanien bestimmten englischen Flotte stellen die Staaten den vierten Theil, so wie sie erforderliches Falles auch auf eignen Schiffen eine englische Landungsarmee übersetzen. Darauf folgen eingehende Bestimmungen über die Vertheilung der Beute und der Kriegscontrebande. Endlich aber machen sich beide Theile anheischig, jeder auf seine Kosten ein Landheer von 25,000 oder 30,000 M. Fußvolk und 4—5000 Reitern aufzustellen. Die Zeit, wo man dasselbe ins Feld führen wollte, blieb freilich besonderer Vereinbarung vorbehalten, dagegen sollten die Heere nach gemeinschaftlichem Plane operieren. Jede Partei behält ihre Eroberungen und leistet der andern bei einem Angriff Hilfe und zwar womöglich in der Weise, daß der Feind zwischen beide Armeen gebracht wird. Leonis ab Aitzema historia pacis. S. 41—74.

1) Oxenstierna an Camerarius 9./19. April 1625. Moser 5. S. 159.

2) Vgl. den Brief vom 10./20. Febr. an Camerarius, Moser, 5. S. 106, 107.

Dagegen dachte man in Dänemark auch jetzt noch daran, im Verein mit Schweden gegen Kaiserliche und Ligisten in die Schranken zu treten und die wehrlosen norddeutschen Territorien gemeinsam in Schutz zu nehmen. Noch bevor Christian IV. nach Deutschland aufbrach, hat er seinen Entschluß Gustav Adolf mitgetheilt und ihn zum Beitritt aufgefordert.

Gustav Adolf konnte dagegen in seiner Antwort das Gefühl einer schmerzlichen Enttäuschung nicht verhehlen. Noch jetzt bekannte er freilich dem Könige seinen Entschluß, alles aufzuwenden, wenn kein anderer der drohenden Gefahr entgegentrete, um den Siegeslauf der papistischen Liga aufzuhalten. Allein von einem Anschluß an Christian IV. und das von ihm geleistete Bündnis ließ er doch nichts verlauten. Mit dem Dänenkönige hat er die ihm bestimmte welthistorische Aufgabe, seinen hauptsächlichen Lebensinhalt nicht ohne weiteres theilen wollen. Nur im äußersten Falle, wenn den nachbarlichen Glaubensgenossen höchste Noth bedrängen würde, sagte er seine Unterstützung zu. Auch wollte er Dänemark vor jeder feindlichen Diversion sicher stellen.[1]

Freilich hielt Gustav Adolf auch noch eine Zeit lang an der Hoffnung fest, daß ihm schließlich die Führung des Ganzen doch zufallen werde. Nur einen Gesandten nach dem Haag zu schicken, um sich möglicher Weise eine unwillkommene Abfertigung zu holen, war seinem königlichen Stolze schnurstracks zuwider. Jetzt wie später war es sein fester Wille, ein solches Bündnis nur in eigner Person und in Stockholm abzuschließen. Schleunigst mußte sich daher auch Spens nach dem Haag aufmachen, um im Verein mit Rutgersius den etwa anwesenden Räthen der Mächte diesen Entschluß mitzutheilen. Diese sollten ihre Souveräne bestimmen, die Gesandten zu ihm zu schicken, damit nun wirklich abgeschlossen werden könne. Nochmals widerholte er die alten Vorschläge mit der Erklärung, daß die Armeen bereit ständen, und acht Schiffe im Hafen von Gothenburg vor Anker lägen. Nur eine engere Verbindung der Mächte selbst setzte er als selbstverständlich voraus: jede einzelne und alle insgesamt sollten die Kriegskosten auf drei oder vier Monate im Voraus in die Bank von Amsterdam bereit legen und ihm zwei Hafenstädte in der Ost- und Nordsee offen halten. „Denn wer sich großer Dinge ohne große Hilfsmittel unterfängt, auf unsichere Hoffnung hin und dem Zufall alles anheimstellend, wird sich endlich betrogen

1) Das Schreiben Christians IV. ist vom 22. Febr./4. März 1625 (Moser, 5. S. 126—128); Gustav Adolfs Antwort vom 28. März/7. April (Moser a. a. O. 153—157).

und getäuscht sehen." Und um keinen Zweifel an seiner Aufrichtigkeit aufkommen zu lassen, gab der König seinem Gesandten bereits Weisungen für Werbungen in England. Daneben sollte derselbe aber auch möglichst verhüten, daß nicht etwa England, um nur seinen Kriegslastenbeitrag aufzubringen, den Holländern die Subsidien entzöge. Es schien ihm ein Widerspruch in sich selbst zu sein, Freunde und Bundesgenossen, welche nun so viele Jahre für die Wolfahrt und Freiheit aller Evangelischen gestritten hatten, gerade jetzt zu schwächen. Oxenstierna richtete ein Schreiben gleiches Inhalts an Camerarius, dem wir noch die sonst nicht bezeugte Mittheilung entnehmen, daß der Kaiser die Herzöge von Pommern um die Aufnahme einer Besatzung ersucht haben sollte.[1]

Um dieselbe Zeit langten indessen auch noch Schreiben von Christian IV. und Anstruther an, welche jeden Zweifel des Königs hoben. Dänemark wollte sich in der That der Sache unterziehen.

Versuche, Christian IV. etwa durch Herabsetzung und Abschwächung seiner Bedingungen bei England und den deutschen evangelischen Fürsten den Rang abzulaufen, hat Gustav Adolf nicht gemacht. Er bestärkte denselben vielmehr durch offene Darlegung seiner an England gerichteten Vorschläge noch mehr in seiner Kriegslust und versicherte nochmals seine Bereitwilligkeit, wenn etwa Dänemarks Bestrebungen scheitern und die ganze Angelegenheit ihm schließlich anheimfallen sollte.

Und auch als so ziemlich jegliche Aussicht verschwunden war, daß Jacobs schwankender Sinn noch eine andere Entscheidung treffen könnte, hat er dem Unmuth nicht Raum gegeben, sondern sich sogar zur Theilung des Oberbefehls wenn auch unter harten Voraussetzungen bereit erklärt.[2]

Diese Sinnesänderung kam den Wünschen Englands und noch mehr der Generalstaaten und des Prinzen von Oranien, welche in ihrer Auf-

1) Die Briefe sind vom 13./23. März 1625, Moser a. a. O. S. 133 bis 152.

2) Oxenstierna an Camerarius 9./19. April, Moser a. a. O. 5, 159 ff. Dazu das Schreiben des Königs an Rutgersius vom 20./30. April 1625: Nos, quamquam non omnino nobis placeat isthaec consiliorum mutatio, tamen animadvertentes, Principem Auriacum et Dominos Ordines generales hoc agere, quomodo inter Nos et Regem Daniae amicitia conservari et simul cura rei communis utrique nostrum imponi ac commendari queat, neve ex privatis nostris simultatibus, quae hinc forsan oriri possent, etiam aliquid incommodi inpedimentique collapsae rei objiciatur, gratum habemus Auriaci et Ordinum consilia. Moser a. a. O. 175.

regung, ja Bestürzung über die neue Wendung der dänischen Politik nur in der Hoffnung zugestimmt hatten, daß man Schweden doch noch gewinnen werde, in erfreulichster Weise entgegen. Wenn eine enge Verbindung aller Betheiligten geschlossen, beiden Königen die gleiche Unterstützung gewährt und zwischen denselben ein offenes und herzliches Einverständnis hergestellt würde, dann wollte Gustav Adolf, gestützt auf Danzig, durch Polen nach Schlesien gehen, während Christian IV. durch Deutschland vorrücken sollte. Hierzu forderte Gustav Adolf von den Verbündeten 8 bis 10 Regimenter Fußvolk und 1800 bis 2000 Reiter, zu welchen dann noch 16 Regimenter schwedisches Fußvolk und 3000 Reiter hinzukommen sollten. England und den Staaten stellte er das Ansinnen, mit ihren Flotten unterdessen das schwedische Staatsgebiet sicher zu stellen. Ferner nahm er den Hafen von Danzig mit der Stadt selbst in Anspruch. Er hoffte in Polen anzulangen, bevor ein stärkeres polnisches Heer zur Stelle sein würde. Dabei zählte er endlich auf eine unterstützende Bewegung Bethlen Gabors gegen Polen und auf eine neue Schilderhebung in Schlesien. Spens und Rutgersius hatten Auftrag, mit den Gesandten der befreundeten Mächte auf diese Bedingungen hin zu unterhandeln und die augenblickliche Einzahlung der Subsidien an Schweden nachzusuchen. Denn als äußersten Termin für den Beginn des Feldzuges bezeichnete der König den Ausgang des Monats Juli des laufenden Jahres. Die Kosten der Aushebung und Werbung so wie eines dreimonatlichen Unterhalts von 10,000 M. Fußvolk und 2000 Reitern gab er auf 608,396 Reichsthaler an.[1]

Um dieselbe Zeit erhielten die Pläne des Königs von Schweden von einer Seite Unterstützung, auf welcher man das größte Interesse daran hatte, im Innern Deutschlands möglichst imposante Streitkräfte zu entfalten, von Holland. Die Generalstaaten entsandten, um die protestantischen Mächte zu einer allgemeinen und solidarischen Verbindung anzutreiben, einen ihrer gewiegtesten und mit den politischen Verhältnissen Europas vertrautesten Diplomaten, Kaspar van Vosbergen, nach Schweden. Am 15. Mai empfing er in voller Versamlung der Staaten seine Instruction.[2]

Dieselbe schrieb ihm vor, zunächst Christian IV. aufzusuchen, welcher die Staaten durch Anstruther um die damals in den Niederlanden stehenden

1) Oxenstiernas Br. an Camerarius vom 16./26. April.

2) Verbaal van de Ambassade van Gaspar van Vosbergen by den Koning van Denemarken, den nedersaxischen Kreits en den Koning van Zweden 1625. S. 2—11.

6000 M. englisches Fußvolk und um eine Verstärkung seiner Artillerie hatte bitten lassen, und außerdem das merkwürdige Gesuch an sie gerichtet hatte, ihm den Grafen Ernst Kasimir als Generalissimus abzutreten. Die letzte Forderung samt der ersten mußte freilich der Gesandte abschlägig beantworten und auch im Betreff der zweiten erhielt er nur beschränkte Vollmacht: die Generalstaaten verpflichteten sich nur dem Könige 10 halbe Kartaunen leihweise zu überlassen.

Vosbergens Hauptauftrag aber lautete dahin, Christian IV. die Nothwendigkeit einer festen Vereinigung der drei protestantischen Könige Europas mit den Generalstaaten gegen die ehrgeizigen Anschläge des Hauses Habsburg ans Herz zu legen. Zu dem Ende sollte er vor allem die Missverständnisse zwischen Dänemark und Schweden heben und dann dem erstern die Nothwendigkeit einer Unterstützung durch Gustav Adolf vor die Augen führen. Er hatte den König darauf hinzuweisen, daß man durch einen einjährigen Feldzug schwerlich die Spanier und Maximilian aus der Unterpfalz vertreiben, geschweige denn die Depossedierten wider einsetzen würde. Zu der demnächst im Haag abzuhaltenden Versamlung sollte daher Christian IV. seine Gesandten auf ein allgemeines Bündnis von drei Jahren instruieren. Vosbergen mußte ferner eine Bestimmung befürworten, nach welcher die verbündeten Armeen vor einer Zurückführung des Königs von Böhmen in seine Aemter und Würden, dann des Landgrafen von Hessen und des Markgrafen von Baden so wie des Kurfürsten von Brandenburg die Waffen nicht niederlegen sollten. Eine geheime Instruction aber schrieb ihm vor, beide protestantische Könige dahin zu bestimmen, ihre Gesandten mit ganz ausführlichen Weisungen über die Vertheilung der Streitkräfte unter die beiden Kriegshäupter, über die Truppenzahl und die heranzuziehenden Fürsten und Stände zu versehen. Eine große Anzahl Briefe an den König und die niedersächsischen Stände unterstützten diese Bemühungen.

Nachdem Vosbergen in Ostende noch mit einem eben angelangten Botschafter Bethlen Gabors verhandelt hatte, reiste er durch Ostfriesland, wo er den traurigen Spuren der mansfeldischen Einlagerung, welche den Generalstaaten so gewinnbringend gewesen war, begegnete, nach Bremervörden. Hier kam er am 2. Juni n. St. an und wartete am nächsten Tage dem gerade anwesenden Administrator von Bremen auf. Dieser machte ihm von der Fürstenversamlung zu Lauenburg so wie von dem Kreistage zu Braunschweig, auf welchem man dem Könige das neue Amt übertragen hatte, Mittheilung. Die Höhe der hier bewilligten Rüstungen gab er auf 12,000 M. Fußvolk und 2000 Reiter an. Allein als Vosbergen über die näheren Verhältnisse, vor allem über die letzten

Ziele dieser Rüstungen Aufschluß begehrte,[1] erhielt er einen wenig befriedigenden Bescheid. Nur die Höhe, auf welche die Rüstungen berechnet waren, konnte der Bischof angeben; in die tiefern Pläne des Königs und ihren Zusammenhang mit den englischen Verhandlungen war er seinem eignen Geständnis nach nicht eingeweiht.

Da sich Vosbergen von einem längern Aufenthalte keine genaueren Aufschlüsse versprach, begab er sich über Uetersum nach Steinburg in Holstein, wo sich der König damals noch aufhielt. In Uetersum stieß er auf den eifrigen Herzog von Weimar und erhielt von ihm eingehendere Berichte über die Lage der Dinge, vor allem über die Beziehungen Christians IV. zu Gustav Adolf.

Schon in der ersten Audienz, welche der König Vosbergen am 5. Juni n. St. in Gegenwart des Kanzlers Ulfeld ertheilte, kam man auf die Hauptsache. Vosbergen überbrachte zuerst die Entschuldigungen der Generalstaaten im Betreff der abschlägigen Antworten, welche sie dem Könige auf seine Forderungen hatten ertheilen lassen und machte ihm auch keine Hoffnung auf die Ueberlassung des Cavalleriegenerals Marquette. Dann aber drang er inständigst auf eine feste und andauernde Verbindung mit Schweden. Indessen der König leistete beharrlichen, von zahlreichen Gründen unterstützten Widerstand. Er fand die Zeit zum Abschluß zu kurz und sah in allen Anerbietungen Gustav Adolfs nur Winkelzüge. Wol wollte er seine Gesandten nach dem Haag schicken, allein er sprach auch sein Urtheil mit vollster Zuversicht dahin aus, daß Gustav Adolf eine solche Versamlung entweder nie, oder wenigstens nicht zum Zweck eines festen Abschließens beschicken werde.[2] Als dem Vosbergen auf das bestimmteste widersprach, führte ihn der König in sein geheimes Cabinet und las ihm selbst den vor einigen Tagen eingelaufenen Bescheid Seheſteds vor.[3] Diese Antwort Gustav Adolfs fand Christian IV. im Widerspruch mit allem, was ihm Vosbergen von dem brennenden Verlangen desselben

1) Daerop dan verclaert werde, dat sijne Maj^{t} soude op 18,000 te voet ende 4000 peerden sijne patenten gegeven hebben, sonder dat ik konde bemercken, dat sijne Vorstl. Doorl. eenige seeckere kennisse hadde, wat sijne Maj^{t} van Gr.-Br. tot dese saecke doen soude, bekennende deselue wel rondelijk, dat sij soo diepe de desseinen van Con. van Dennemarck niet en hadden gepenetreert, dat sij wisten, waer deselue heen gaen soude. Verbaal S. 22.

2) Sijne Ma^{t} seyde daerop, dat gantsch genegen was om naer den Hage sijne Gesandten te senden: . . . . maer dat sijne Maj^{t} wel verseeckert was, dat den Con. van Sweeden daer ofte niet senden ofte niet ad resolvendum senden soude. Verbaal S. 26. 27.

3) Es ist die bei Moser Bd. 5 S. 199 ff. abgedruckte Resolution gemeint.

mittheilte; war doch in derselben von einer Zusammenkunft der Gesandten im Haag nicht einmal mehr die Rede; und nach Stockholm werde doch wol kein deutscher Fürst und keiner von den ausländischen Königen schicken.

Eine gute Unterstützung in dem Bemühen, den König umzustimmen, wurde Vosbergen durch den Kanzler Ulfeld zu Theil, welcher vollständig auf seine Seite trat. Punct für Punct sprachen die beiden Diplomaten die Forderungen des Königs von Schweden durch und fanden sie alle billig und zweckmäßig. Nur im Betreff des Ortes, an dem man abschließen konnte, stellte Vosbergen gleichfalls eine Sinnesänderung des Königs als noch möglich hin, worin er sich nun freilich täuschte.

Die Schlagfertigkeit Gustav Adolfs zweifelte Christian IV. gleichfalls an. Als ihn der holländische Gesandte auch in diesem Puncte widerlegte und auf Grund von Gesandtschaftsberichten nachwies, daß der König seine Regimenter vollzählig und gut eingeübt habe, und daß er nicht nur sie, sondern auch seine eigne Person für den Dienst der evangelischen Sache einsetzen wolle, obwol von den Reichsräthen noch Schwierigkeiten gemacht würden, da verstummten endlich die Einwendungen des Königs, und ein wahrer, wenn auch wahrscheinlich nicht der einzige Beweggrund seiner mißtrauischen Weigerung trat an das Licht. Der König bezeichnete es als sehr unwahrscheinlich, daß die bundesverwandten Mächte neue Beisteuern zu einer zweiten Armee aufbringen würden, und er selbst konnte und wollte seine Subsidien mit niemand theilen. Weitere Verhandlungen aber anzuknüpfen, schien ihm zu spät.

Trotzdem forderte jedoch Vosbergen die wirkliche Abhaltung jenes Tages im Haag, auf welchem man die Mittel suchen wollte, dem König von Schweden, selbst ohne Dänemark die Subsidien zu schmälern, die begehrten 12,000 M. Fußvolk und 3000 Pf. zu unterhalten. Und diese Vorstellung machte endlich doch Eindruck: auch der König versprach den Convent „ad concludendum“ zu beschicken, falls sich Gustav Adolf mit gleicher Vollmacht werde vertreten lassen.

Im Allgemeinen aber empfing Vosbergen nicht den Eindruck, als ob der König mit vollster Energie und im Vertrauen auf glücklichen Erfolg das Unternehmen betreibe. Derselbe beklagte sich vielmehr über die unsichere und schwankende Haltung Englands, welche sein eignes Vorgehen und selbst die Rüstungen lähmte, und erklärte offen heraus, daß er sich vor Anstruthers Eintreffen zu nichts, sogar im Betreff des geplanten diplomatischen Congresses entscheiden könne. Schon Ende Mai hatte jener wider bei dem Könige eintreffen wollen, allein es hatte sich bis jetzt weder der Gesandte wider blicken lassen, noch war auch nur ein Pfennig von

den Subsidien zur Bestreitung des auf England fallenden Antheils der Rüstungen eingegangen.[1]

Eine Verbindung mit Bethlen Gabor wies der König jetzt wie einige Wochen später vollständig von der Hand.

So war also Christian IV. ebenso unschlüssig, wie die Fürsten und Stände des Kreises, zu deren Vertheidiger er sich aufgeworfen hatte, und es blieb Vosbergen nichts übrig, als nach allen Seiten hin, bei dem englischen Gesandten im Haag, bei Friedrich von der Pfalz, bei Anstruther und Andern zu mahnen, den König baldigst mit den erwarteten Subsidien zu versehen.[2] Ja es scheint den König bereits die Ahnung überkommen zu haben, daß der Augenblick eines rechtzeitigen Vorgehens gegen Tilly überhaupt verscherzt sei.

Vosbergen hat sich darauf nach Hamburg und Lübeck begeben, um sich persönlich von der Stimmung der Hansestädte zu überzeugen. Da auch in Lübeck die Pest arg hauste, verweilte er nicht lange hier, sondern kehrte von neuem zu Christian zurück.[3] Am 22. Juni Abends (n. St.) traf er in Rotenburg ein. Hier verkehrte er näher auch mit dem Administrator Christian Wilhelm, der merkwürdiger Weise noch jetzt ohne nähere Kenntnis der Verhandlungen war, welche die auswärtigen Mächte nun schon ein Jahr lang in den deutschen Angelegenheiten gepflogen hatten. Da wir wissen, daß der Administrator schon im Jahre 1624

1) Vosbergen an Spens Lübeck 18./9. Juni (?): Scripsit quidem D. Anstrutherus se ad finem mensis Maji adfuturum, sed nullus usque dum apparuit, neque ante eum unicus denarius, quem sua Majestas ad conscribendum illum numerum militum, quo se Serenissimus Magnae Britanniae Rex oneravit, in usum suum convertere possit. Verbaal S. 63.

2) Vosbergen an Friedrich von der Pfalz, Hamburg 4./14. Juni: Je supplie à vostre Maté de travailler joinctement avecques monsieur l'Ambassadeur Carleton, que le Roy de la Grande Bretaigne y apporte tout ce sur lequel on a traicté, et de la celerité afin que ces troupes qui n'ont que trop mangé et par là offensé les voisins d'icy, ne le fissent aussi ez autres endroicts et y perdissent le temps sans rien faire, et donnassent le loisir au General Tilly d'estre renforcé par ce grand nombre des gens de guerre, que luy doivent estre menées par le seigneur de Walsteyn. Verbaal S. 44. Ein Brief an Carleton an demselben Orte S. 44—47.

3) hebben seer veele discourssen, eerst met sijne Majt ende daernaer met den hoochg. Administrator . . apart gehouden, die ick gevonden hebbe . . . seer weynich geinstrueert vann saecken vann werelt ende oock vande jegenwoordige constitutie vande saecke van Duytschlant, derhalben seer blode ende perplex. Vosbergen fand, dat sijne Doorluchticheyt, gelijk ick nochtans hadde gemeent, . . . gantsch geen kennisse hadde vann negotiatie van de heer Cristiaen Belin . . . in Vranckrijk, Engelant, Sweden ende elders. Verbaal S. 74.

selbstständige Anträge im Haag und in Stockholm stellen ließ, so erregen Vosbergens Versicherungen freilich Befremden. Indessen mögen wir dem sonst so klaren und unbestechlichen Urtheil des Gesandten, so lange nicht stichhaltige Gegenbeweise beigebracht werden, doch wol Glauben beimessen. Vosbergen that natürlich das Seine, um Christian Wilhelm, welcher auch nur zögernd in die Unternehmung eingetreten war, vollständig für dieselbe zu gewinnen; er bestärkte seine durch die kaiserlichen Erlasse in der magdeburgischen Kloster- und der halberstädtischen Domherrnsache hervorgerufene Besorgnis, daß die Einziehung aller seit dem passauischen Vertrage reformierten Stifter das Endziel der gegnerischen Pläne sei.

Den König selbst aber fand er noch missmuthiger als früher: noch harrte er der Ankunft des englischen Gesandten, noch immer beschäftigte ihn die Vervollständigung seiner Rüstungen, welche das durch widrige Winde verspätete Einlaufen seiner Schiffe merklich verzögerte. Aus Mecklenburg war ferner die Nachricht eingegangen, daß sich 30 schwedische Schiffe in der Nähe von Danzig gezeigt hätten, was den König noch mehr aufregte. Der dänische Kanzler forderte daher Vosbergen dringend auf, bei dem Kurfürsten von Brandenburg in Person Kunde über Gustav Adolfs Entschließungen einzuziehen, auf welche sein Herr offenbar sehr hohen Werth legte.

Allein Vosbergen zog es vor, zunächst gerades Wegs nach Schweden zu gehen. In Hamburg erfuhr er noch die nahe bevorstehende Ankunft Anstruthers, welche durch Stürme verzögert war. Am 3. Juli Abends verließ er Travemünde, drei Tage später lief er in den Hafen von Stockholm ein. Zu seinem Erstaunen erfuhr er jedoch hier, daß sich der König wenige Tage zuvor mit seiner ganzen Armee nach Riga begeben hatte, und entschloß sich ihm auch hierhin zu folgen. Nachdem er der Königin seine Aufwartung gemacht hatte, reiste er am 24. Juli wider ab. Bei seiner Ankunft in Riga fand er auf schwedischer Seite freudige Bewegung, da dem Könige bereits die Einnahme des Städtchens Kockenhausen an der Düna geglückt war, wofür am 1. August ein öffentlicher Bettag veranstaltet wurde. Vosbergen übersendete ein Gratulationsschreiben und wurde nach einigen Tagen in das Lager bei Keggom an der Düna geführt, wo er am 6./16. Aug. Audienz hatte. Einige Tage darauf mußte er seine Aufträge schriftlich übergeben. Der König erging sich hierbei in einer historischen Entwickelung des Verlaufs der ganzen Angelegenheit, verwies ihn aber im Betreff der Antwort an den Kanzler. Er war sich seiner hohen Verantwortlichkeit auch der Nachwelt gegenüber wol bewußt und eröffnete dem Gesandten zum Schluß, daß ihm ein schriftlicher Bescheid zugestellt werden würde, den man zum ewigen Gedächtnis im Archiv der Generalstaaten niederlegen sollte.

Im Uebrigen aber war sowol die Stimmung des Königs als auch die seines Kanzlers den dänischen Forderungen wenig geneigt. Man bestand darauf, der König könne in einer so wichtigen Angelegenheit, für die er sein Leben einsetzen wolle, nicht durch einen untergeordneten Diener im Haag verhandeln: man zeigte das größte Misstrauen gegen die Ergebnisse einer derartigen Versammlung, obwol Vosbergen versicherte, daß man sich den letzten Bedingungen des Königs, wie sie Sehested zugestellt waren, fügen und kein neues Project zum Gegenstand der Verhandlungen machen werde. Allein alle Versicherungen des Gesandten waren nicht im Stande, das Misstrauen des Königs zu verscheuchen. In einer zwanglosen Zusammenkunft ohne Zeugen trat sein Selbstgefühl in geradezu verletzender Form zu Tage: er erklärte kurz und rund, niemand verstehe die Sache besser als er, und er müsse sie in Person ausführen. Als sich der Gesandte erkühnte, die Hoffnung auszusprechen, der König werde sein Versprechen auch jetzt nicht zurücknehmen, trat ihm das pessimistische Wort entgegen, er wisse wol, daß er den ganzen Krieg auf den Hals bekommen und nichts als Verwüstungen ausrichten werde, ohne damit der gemeinsamen Sache einen Dienst zu erweisen und seiner Reputation Genüge zu thun. Zuletzt raubte er freilich Vosbergen doch nicht jegliche Hoffnung auf seine Beihilfe, auch wenn man im Haag seine Anträge nicht billigen sollte. Dem schriftlichen Bescheide aber fügte der Kanzler noch das Versprechen hinzu, daß man Rutgersius demnächst Auftrag zum Abschließen auf die alten Bedingungen hin ertheilen werde.

Endlich überreichte Oxenstierna dem Gesandten noch als ein Zeichen besonderer Werthschätzung des Königs eine Kette und einen auf Amsterdam lautenden Wechsel, welchen Vosbergen indessen als ein des Gesandten einer Republik unwürdiges Geschenk zurückwies. Als man ihm später noch eine Summe in Gold nachsendete, widerholte er seinen Protest, gestattete aber doch, daß sein schwedischer Begleiter die Kette in Stralsund verlängern ließ.

So wenig indessen Gustav Adolf an einer Theilung der Ehren und Lasten mit Dänemark gelegen war, so geneigt zeigte er sich auch jetzt noch an Stelle des letzteren zu treten. Er hat, wie bereits erwähnt, seine Entschließungen nochmals in England durch Gabriel Oxenstierna zur Kenntnis gebracht und durch denselben Diplomaten noch im October auch im Haag Anträge stellen lassen.[1] Er ist indessen wol nicht allein hier

1) Sijn naerdere openingh bestondo daerin, dat zijn Coninck presenteerdo een Legher te formeeren voor het ghemeene Wesen in Duytsland ... Aitzema, Saken I. 479.

auf die bevorstehende allgemeine Versamlung (20. Nov.) hingewiesen worden. Und auch für diese hat Gustav Adolf Rutgersius gewisse Vollmachten ertheilt. Derselbe erhielt nochmals den Auftrag, das Directorium Gustav Adolfs vor den Gesandten der Mächte in Vorschlag zu bringen. Brandenburgs Befürchtungen für Preußen sollte er durch den verlockenden Hinweis auf Pommern, welches er gewissermaßen als Preis für die Unterstützung dieses seines ersten Planes bot, niederschlagen. Seltsamer Weise ließ nämlich der König schon früher durch Oxenstierna an Camerarius berichten, daß diese brandenburgischen Ansprüche auf Pommern binnen kurzem von Baiern angegriffen werden würden; ja er stellte sogar den Verlust Preußens und selbst der Marken in Aussicht.[1]

Tillys Uebergang über die Weser und sein Einbruch in das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel.

Schon Anfangs April erwartete der ligistische General kaiserliche Patente, um mit vollkommener Gewalt den niedersächsischen Kreis zu überziehen, während Maximilian es für räthlicher hielt, dem Feinde außerhalb des Kreises entgegen zu treten. Es kam dazu, daß der Kurfürst damals noch einen Einfall der Franzosen unter dem Herzoge von Angoulême nach Pfalz-Zweibrücken und ins Elsaß befürchtete. Außerdem aber lag demselben alles daran, das Heer nicht frühzeitig aufs Spiel zu setzen. Er hat daher Tilly auch jetzt zu bedenken gegeben, ob es nicht vorzuziehen sei, dem Feinde außerhalb des Kreises in Landen, deren man leichter Meister sei, vielleicht im Gebiete der Bundesstände, wo man Proviant erwarten und sich eine Rückzugslinie sichern könne, die Spitze zu bieten.

Tilly selbst dagegen hegte damals noch die Hoffnung, daß ihm allein die Aufgabe zufallen werde, die Macht des Königs zurückzuhalten. Er beanspruchte daher abermals eine Stellung, in welcher ihn alle Kurfürsten und Stände als Reichsgeneral zu respectieren hatten.[2] Um eine solche Vollmacht hat Maximilian auch beim Kaiser angehalten und denselben zugleich zu neuen Werbungen gedrängt.

Ferdinand II. hat nun dem Kurfürsten, wie es scheint, Anfangs Juni, als man in Wien bereits ernstlich damit umging, Wallenstein nach Norddeutschland zu werfen, Unterstützungen zugesagt. Sicherlich hat aber auch Maximilian schon damals von den sehr umfangreichen östreichischen Vorbereitungen zu einem neuen Feldzug Kunde erhalten. Er gibt

1) Oxenstierna an Camerarius 20./30. April 1625.

2) Tilly an Maximilian 1./11. April 1625. K. K. Archiv in Wien.

wenigstens dem Kaiser anheim, ob es nicht genüge, „sich nur noch mit etlichen doch also nahenden praeparatorien und actibus vermerken zu lassen,“[1] durch welche man den Feind zurückhalten könne. Er begehrt nur 3 Regimenter zur Unterstützung Tillys und 3000—4000 Polen, welche gegen Brandenburg marschieren sollten. Allem Anschein nach hat dagegen der Kaiser auch wider Maximilians pecuniäre Unterstützung in Anspruch genommen: der Kurfürst sagte ihm jedoch höchstens 20,000—30,000 Reichsthaler zu. Nachdem aber Breda gefallen war, machte sich der Kurfürst auch auf eine wirksamere Unterstützung von Seiten der Infantin Rechnung.

Es war das zu der Zeit, wo Tilly eine sehr nahe Verbindung Mansfelds mit dem Könige für möglich hielt. Er hatte eine Nachricht erhalten, nach welcher derselbe zugleich mit Graf Ernst von Nassau mit 12,000 M. und 14 Geschützen zu Cleve angelangt sein sollte (6. Juni). Da er nun glaubte, daß ihm Anholt unter solchen Verhältnissen von Spinola nicht zur Hilfe geschickt werden würde, ersuchte er seinen Herrn, ihm so viel Volk aus Oberdeutschland zuzusenden, als man nur entrathen könne.[2] Später mußte Anholt auf seine Veranlassung gegen die Mansfelder auf Wesel gehen, während er selbst in das Bisthum Paderborn einrückte und durch Erwitte das von den Holländern unter Genth belagerte Schloß Sparenberg entsetzen ließ.

Aus Tillys Briefwechsel mit Maximilian geht deutlich hervor, daß es vornehmlich politisch-strategische Rücksichten und der gänzliche Mangel an Lebensmitteln waren, welche den General endlich zum Einrücken veranlaßten. Tilly war der Meinung, daß die Sachen durch längeres Zaudern nur erschwert würden, und daß er vor allem die Rüstungen des Gegners so viel als möglich verhindern oder wenigstens stören müsse. Dazu kam endlich die Nothwendigkeit, den Truppen, welche sich in Hessen und Westfalen nicht mehr erhalten konnten, andere Quartiere anzuweisen.[3]

In der gleichen oder wenigstens einer ähnlichen Täuschung, wie sie Tilly beherrschte, daß er in erster Linie dazu ausersehen sei, im Dienste der Kirche und seines Herrn den Ketzern die Spitze zu bieten, scheint sich der Kurfürst selbst noch einige Wochen vor dem Uebergang über die Weser befunden zu haben. Noch Ende Juni war er der Meinung oder gab es wenigstens vor, als ob er und die Kräfte der Liga, wenn auch mit einer

1) Maximilian an den Kaiser 31. Mai/10. Juni. K. K. Archiv in Wien.

2) Tilly an Max. Hersfeld 31. Mai/10. Juni. K. R.-A. in München.

3) Tilly an Max. Bielefeld 3. Juli 1625. K. R.-A. in München. Natürlich ist in T.'s Briefen das Datum nach dem neuen Kalender angegeben.

stärkeren kaiserlichen Hilfsmannschaft, von neuem zum alleinigen Retter des Kaisers und der katholischen Stände ausersehen sei. Er gab daher am 30. Juni in einem ganz ausführlichen Schreiben Ferdinand II. die Gesichtspunkte an die Hand, von welchen die Antworten auf die letzten Schreiben des Königs und der Stände etwa auszugehen hätten. Wie wäre dies möglich gewesen, wenn er auch nur im Entferntesten daran gedacht hätte, daß sich die wiener Politik eben anschickte, durch Entfaltung größerer Streitkräfte sich selbst eine bedeutende Rolle in den bevorstehenden Kämpfen zu sichern! „Es wollten E. K. M. gnädigst erwünschen, daß die von dem Grafen von Tilly vor der Zeit in und um den niedersächsischen Kreis genommene Einquartierung vermieden hätte bleiben mögen, alldieweiln aber theils selbiger Enden und anderer Orten so gefährliche consilia obhanden gewesen, daß man selbigen Kreis von E. K. M. Devotion abziehen wollen, auch hierunter allerhand seltsame fremde legationes im Reich fürüber gangen, der Mansfeld und Halberstädter sich in und um den Kreis mit gewaffneter Hand aufgehalten, sich von Neuem gestärkt, ihre Hostiliteten exerciert ... Als hätten E. K. M. solchem Unheil durch gemelte Einquartierung desto förderlicher zu fürkommen und zu remedieren gnädigst erachtet.“[1]

An demselben letzten Juni stellt der wallonische Ligistengeneral eine Art Ultimatum an den König: derselbe soll seinem Kriegscommissar Massoni, welcher sich in jener Zeit gewöhnlich in Hamburg aufhielt, positiv erklären, wessen er sich gegen ihn zu versehen habe, und ob er den Pfalzgrafen unterstützen wolle. Der König berief sich dagegen im Betreff des ersten Punctes auf den Kreistagsschluß, „womit sich das Werk und seine Procedur selber verantwortet und billigt,“ und beantwortete den letzten mit Stillschweigen.[2]

Von Braunschweig-Wolfenbüttel, dem einzigen Lande, aus welchem Tilly ein unmittelbarer Nachtheil hätte zugefügt werden können, liefen auch jetzt noch die bündigsten und beruhigendsten Versicherungen bei dem General ein. Trotz der Rüstungen, in welche schließlich zu Braunschweig auch Friedrich Ulrich gewilligt hatte, behielt die Friedenspartei am Hofe noch immer die Oberhand.

Friedrich Ulrich beklagte sich auch jetzt noch gegen Tilly, daß er bei dem Kaiser und bei ihm aufs Neue in bösen Verdacht gebracht sei, und

1) 30. Juni 1625. Maximilian an Ferdinand. K. K. Arch. in Wien.

2) Tilly an Maximilian, Bielefeld 30. Juni. Die Antwort des Königs ist Wintheim 24. Juni/4. Juli datiert.

versprach „in schuldiger Devotion beständig zu verharren." Sollte aber Einer oder der Andere, „wie uns aber ganz unbewußt, wir es auch nicht hoffen wollen, gleichwol aber eines Andern Herz nicht perscrutieren können, welches Gott allein vorbehalten, hierunter eine andere Intention haben, auf solchen unverhoffenden Fall hat sich der Herr General zu versichern, daß wir damit nichts zu schaffen haben, viel weniger uns in solche gefährliche und niemals gefällige actiones im Geringsten nicht mischen werden." Der Herzog wollte alles thun, um sich von diesem Verdachte zu reinigen, nur gegen die Einquartierung verwahrte er sich, weil dabei zwischen Freunden und Feinden kein Unterschied gemacht werden könne. Er wollte alle Pässe verwahren, daß sich niemand, er sei auch wer er wolle, ihrer bemächtigen könne, noch weniger der Kaiser oder sein General sich von dieser Seite irgend einer Gefahr zu besorgen habe, und versprach einen Rath an den General abzuschicken. Und in der That war auch bereits eine Instruction für den Vicekanzler ausgefertigt, als dieser Tillys Aufbruch nach Westfalen erfuhr und demselben nun brieflich nochmals dieselben Zusicherungen ertheilte. Sein Herr wolle alle Pässe und wichtigen Plätze besetzen, daß sich sicherlich kein streitender Theil derselben bemächtigen werde: der lauenburgische Schluß, wie sehr man ihn auch gegen Friedrich Ulrich torquieren würde, enthalte nichts Verfängliches.[1]

Mit vollem Recht beschwerte sich der Herzog von Braunschweig ferner gegen die Beschuldigung Tillys, als habe er an Goslar und Hameln das Gesuch gerichtet, dänische Garnisonen einzunehmen. Er gestand nur, daß er in einer Versamlung städtischer Abgeordneten von Göttingen, Hameln, Northeim und Hannover, die er in Wolfenbüttel abgehalten hatte, die beiden ersten ersucht habe, eine kleine Garnison aus dem Landesausschuß in ihren Mauern zu beherbergen. Zur Rechtfertigung dieses Gesuchs berief er sich auf seine landesfürstliche Hoheit und die Reichsconstitutionen. Tilly räumte dagegen entschuldigend ein, daß er sich direct mit den braunschweigischen Landstädten in Verbindung gesetzt habe, forderte aber trotzdem Getreide, wenn auch gegen Bezahlung. Zugleich sprach derselbe den Wunsch aus, daß Hardenberg im Auftrage des Herzogs zu ihm kommen möge.

Man sieht hieraus, wie gering selbst bei Braunschweig-Wolfenbüttel die Neigung war, der Wahl des Dänenkönigs zum Kreisobersten und

1) Friedrich Ulrich an Tilly 4./14. Juni. Herz. A. zu Wolfenb.

der ganzen Kreisbewaffnung eine offensive Bedeutung gegen den Kaiser beizulegen.

In Wien kannte man natürlich diese verworrenen Verhältnisse des Kreises, welche dem Könige so zahlreiche Hindernisse in den Weg legten, genau genug, um seine Maßnahmen darnach zu treffen. Diese hatten im Ganzen den Zweck, die in den Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten für den König noch zu erhöhen und einen engeren Anschluß des Kreises wenigstens vor der Hand zu verhindern. Daher ist die Milde zu erklären, von welcher die Verhandlungen des Kaisers mit den Ständen beseelt sind, und die Entschiedenheit, mit welcher man zu gleicher Zeit die Einmischung des Königs in die innerdeutschen Angelegenheiten zurückwies.

Von der ersteren zeugt das Schreiben des Kaisers an die beiden ausschreibenden Fürsten, welches die Anzeige derselben über die jüngsten Veränderungen beantwortete. Der Kaiser verzichtet nun auf die Berufung des Deputationstages, ohne indessen zu ernsteren Drohungen zu schreiten. Nur am Schluß ersucht er den Kreis um die Ausschaffung des fremden Königen und Potentaten etwa angehörigen Kriegsvolks mit dem Bemerken, daß er sonst auf andere „Assecurationsmittel der nothwendigen Friedenshandlung" denken müsse. Im Uebrigen begnügt er sich, auf die staatsrechtlich anfechtbare Seite dieser Defensionsverfassung wenn auch in sehr gemäßigter Form hinzuweisen. Er macht darauf aufmerksam, daß seinen Berichten zu Folge auch ausländische Könige zur Unterhaltung des Kriegsvolks „concurrieren" sollen. Wenn dem so wäre, könnten die Rüstungen von ihm überhaupt nicht für eine Kreisverfassung oder für ein innerhalb der Reichsconstitution liegendes Mittel der Abwehr betrachtet werden. Er erinnert die Fürsten an die vorjährige Kreisversammlung zu Lüneburg[1] und das auf derselben geleistete Versprechen, „bei uns fest zu stehen und zu halten, uns vor ihr vorgesetztes Oberhaupt gehorsamst zu respectieren und davon durch keine Adversität, so groß sie auch sein möchte, abwendig machen zu lassen." Daß ein Feind des Kreises außer Mansfeld vorhanden sei, wird geleugnet, und gegen diesen hätte es nur einer Vereinigung der Kreistruppen mit der Armee Tillys bedurft.

Nachdrücklicher lautete schon eine etwa 14 Tage spätere Zuschrift an den gesamten Kreis. Sie forderte nicht blos Abschaffung des fremden Kriegsvolks, sondern untersagte auch eine Verwendung der Kreistruppen zum Vortheil des Feindes außerhalb des Kreises und wies auf den offenbaren Widerspruch hin, welcher darin lag, daß die Rüstungen begonnen

1) Siehe oben S. 21 ff.

worden waren, bevor man in Braunschweig den Beschluß dazu gefaßt hatte. Denn wenn sich auch für dieses Verfahren von Seiten der einzelnen Kreisfürsten Gründe aufbringen ließen, so hat es doch der König von Dänemark nicht rechtfertigen können. Ja man wird Ferdinand auch eine gewisse Mäßigung in der politischen Ausnutzung seiner Siege, auf welche er sich gerade hier beruft, nicht absprechen können. „Der Kreis könnte mit geringerer Ungelegenheit der Stände und Beschwerung der armen Unterthanen unser auf den Nothfall . . . anerbotener Hilf und Rettung halber wol versichert sein, die wir uns durch keine von Gott verliehene victoriam erheben oder bewegen lassen, uns derselben anders als zur Erlangung des Friedens, Versicherung des heil. Reichs Stände und Erhaltung des Religion- und Profanfriedens zu gebrauchen."

Auf eine gewaltsame Aenderung der Reichsverfassung war in der That die wiener Politik in diesen Jahren nicht gerichtet. Nur Böhmen und die Pfalz waren nach dem Recht des Eroberers behandelt worden. Für confessionelle Neuerungen aber auf dem Boden des Reichs außerhalb der genannten Territorien bediente man sich der Formen, wie sie das von den Protestanten in den säcularisierten Bisthümern wenigstens theilweise noch anerkannte kanonische Recht darbot.

Wie ungünstig war somit die Lage dieser kleinen und wehrlosen, noch dazu von den verschiedensten dynastischen Interessen hin und her gezogenen protestantischen Territorien einem Kaiser gegenüber, welcher alle Vortheile seiner Stellung wenn nicht mit Nachdruck, so doch mit Umsicht und Klugheit handhabte!

Und gerade diese letzten Mahnungen[1] Ferdinands fallen in die Zeit, wo man sich in Wien zu einem selbstständigen Auftreten in Norddeutschland anschickte, wo man auch Entschädigungen für die aufgewendeten Kriegskosten suchte.

Oder sollte vielleicht diese etwas zur Schau getragene Milde bei den protestantischen Ständen im Augenblicke nur den Glauben erwecken, daß man in Wien von einer energischeren Verfolgung der Ereignisse weit entfernt sei? —

Auch nach den lauenburgischen und lüneburgischen Beschlüssen hat der Kreis seine bisherige Stellung zu Tilly nicht sofort und mit einem Male geändert. Ja die Fürsten, welche denselben jetzt noch vertraten, hielten es sogar für zweckmäßig, Tilly nochmals ihre Loyalität und zwar durch eine besondere Gesandtschaft zu versichern. Der General erkannte

1) Sie sind vom 3. und 25. Juni. Mekl. Apologie S. 422—429.

nun zwar an, daß man die kaiserlichen Mandate, welche fremde Werbungen und Durchzüge verboten, angeschlagen und die Uebertretung derselben zu strafen beschlossen habe, verhehlte aber doch auch sein Mißtrauen keineswegs.[1] Er fand die Anwesenheit des Niederländers Foppius van Aitzema in Lauenburg während jener Verhandlungen auffällig und warnte, dem Anschein nach in dem Glauben, daß die Generalstaaten die Hauptanstifter der ganzen Bewegung seien, eindringlichst vor den Plänen der Holländer. Er erklärte, „daß der Staaten und des proscribierten Mansfelders Handlungen aus einem gleichstimmenden Principio und Rathschluß herfürquelle," ihre Verfassung durch Anzündung fremder Kriege zu schützen und zu befestigen und die neue Union zu erweitern. Er maß ihnen vornehmlich den Plan bei, den niedersächsischen Kreis in die neue Conföderation und „andere ihnen vielleicht mehrentheils selbst noch zur Zeit verborgene Händel" zu verflechten. Er bezeichnete endlich die in Aussicht genommenen Rüstungen als zu groß für eine Landesvertheidigung und warnte überhaupt bei der in Aussicht stehenden Kreisversamlung, sich auf verdächtige Armierungen einzulassen.[2] In der That freilich gab er seinem Schreiben diese etwas auffällige Form, weil er noch ohne Weisung war, wie er sich überhaupt Dänemark gegenüber zu verhalten habe.

Eine andere Stellung zu den sich auf gegnerischer Seite vorbereitenden Dingen einzunehmen, als eine zuwartende, lag aber zunächst nicht in Maximilians Plänen, wie sehr auch Tilly drängte und gelegentlich sogar den Kaiser ziemlich deutlich der Fahrlässigkeit beschuldigte.

Aus den Verhandlungen, welche Maximilian von Baiern mit dem Kaiser über Tillys Einrücken in den niedersächsischen Kreis geführt hat, scheint jedoch trotzdem hervorzugehen, daß es zuletzt der Kurfürst war, welcher diesen ersten Angriff der katholischen Mächte vornehmlich beschleunigt hat. In München überwog endlich die Besorgnis, daß man später dem Könige nicht so leicht werde entgegen treten können, während man sich in Wien die politischen Folgen, welche der Angriff nach sich ziehen mußte, klar machte und immer noch des Glaubens war, daß der Krieg vielleicht vermieden werden könne.

---

1) Vgl. seinen Br. an Fr. Ulrich Hersfeld 17. April 1625, Kurtze Gründl. Information S. 163.

2) Schreiben an Friedrich Ulrich Hersfeld 2. Mai.

In der dritten Juliwoche ertheilte endlich Maximilian dem drängenden General seine Genehmigung zum Einrücken und beauftragte darauf Esaias Leuker mit der Rechtfertigung des verhängnisvollen Schrittes in Wien. Durch eine mündliche Verhandlung mit Ferdinand selbst sollte derselbe dem Unternehmen die Billigung der höchsten kaiserlichen Autorität gewinnen. Und Leuker hat dieselbe in der That trotz der Bedenken, welche seinen Vorschlägen noch kurz vorher entgegen gehalten worden sind, ausgewirkt. Noch am 12. Juli antwortete Ferdinand auf eine Denkschrift des bairischen Gesandten dem Kurfürsten, daß er es für sehr gefährlich halte, ohne vorhergehende Vorbereitung in den niedersächsischen Kreis einzufallen. Er machte ihm Vorstellungen, welche darthun, wie wenig man in Oestreich selbst für den Krieg vorbereitet war, wie planlos man einer Zukunft entgegenging, welche dem Hause Habsburg eine ganz neue Stellung in Deutschland zu versprechen schien. „Man läßt sich in einen neuen Krieg ein, bei welchem sich die Stände, welche allenfalls noch zu gewinnen wären, mit den Feinden verbinden könnten, ja vielleicht sogar der obersächsische, schwäbische und fränkische Kreis. Die Friedenspläne, welche sich an den Deputationstag knüpfen, werden ins Stocken gerathen, und die ganze Schuld davon dem Kaiser und den katholischen Ständen beigemessen werden. Und auch ein Sieg im niedersächsischen Kreise führt das Ende eines Krieges noch nicht herbei, dessen Kosten niemand bestreiten kann." Mit diesen und ähnlichen Erwägungen suchte man Maximilian vor der Hand zurückzuhalten. Nur für ein thatkräftiges Vorgehen gegen Mansfeld zeigte die wiener Politik lebhaftes Interesse, obwol man sich gestehen mußte, daß man sich dadurch doch am Ende in den niederländischen Krieg verwickeln werde.

Dagegen widersetzte sich der Kaiser der von Tilly und Maximilian so oft erbetenen Herbeiziehung der Kosaken geradezu und führte dem Kurfürsten zu Gemüth, wie unchristlich das Volk hause, wie wenig im Grunde damit auszurichten sei, und daß er Kursachsen und Brandenburg ausdrücklich versprochen habe, sich ihrer nur im äußersten Nothfall zu bedienen.[1]

Leuker rechtfertigte jedoch Maximilians Weisung an seinen General mit einem strategischen Grunde, gegen welchen allerdings keinerlei Einwendung zu machen war: der Däne sollte den „Vorstreich" nicht gewinnen, d. h. man wollte ihm wehren, noch weiter die Weser aufwärts zu gehen, und ihn von den Harzlandschaften und den Bisthümern Magdeburg und Halberstadt zurückhalten. Allein Leuker drang auch auf

1) Ferdinand an Maximilian Wien 12. Juli 1625. K. K. St.-A. zu Wien.

eine thatkräftige Unterstützung Tillys namentlich auch wider durch Kosaken und arbeitete überhaupt den Friedensneigungen des wiener Kabinets möglichst entgegen. Er hielt es immer noch für möglich, daß die Bestrebungen der niedersächsischen Stände, sich der neuen Einquartierung wider zu entledigen, von Erfolg sein könnten, worauf der Kurfürst seinen Befehl an Tilly hätte zurücknehmen müssen.

Das ist nun freilich nicht geschehen. Ferdinand II. hat sich zuletzt Maximilians Anschauungen angeschlossen. Er erklärt ihm am 27. Juli, daß er die Gründe, aus welchen er Tilly seine Einwilligung gegeben habe, dermaßen beschaffen befinde, „daß wir es auch billig unsers Theils insonderheit des hierunter vorgenommenen modi halber bewenden lassen, als wir dann nicht weniger die überschickten concepta an den König von Dänemark und den niedersächsischen Kreis so umständlich reif und wolbedacht zu sein befinden, daß wir uns eine gewisse Hoffnung schöpfen, es werden dieselben nicht ohne Furcht abgehen, sondern etwa ohne Schwertschlag unsere gute Intention erhalten werden." Im Uebrigen setzte er in Tillys „bekannte Discretion" die Hoffnung, daß er Veranstaltungen getroffen haben werde, die treuen Stände in der Devotion zu erhalten, die wankelmüthigen zu gewinnen und die verkehrten zur Strafe zu ziehen. Zugleich versprach man Unterstützung durch die alten Regimenter im egrischen Kreise, denen auch die neu geworbenen bald folgen sollten.

Maximilian überkam nun das lebendigste Gefühl von dem Ernst der Lage, in der man sich befand, von der Bedeutung dieses Schrittes für die tiefsten und heiligsten Interessen der Parteien, welche sich bekämpften. Am 15. Juli hat er Tilly aus eigner Machtvollkommenheit Erlaubnis gegeben, im Namen Gottes und seiner heiligen Mutter seinem Vorhaben gemäß fortzurücken, wozu denselben überdies die äußerste Noth zwang. Nur soll er auch auf die Erhaltung seiner Armee als auf das Hauptfundament Rücksicht nehmen. Den König selbst braucht er, wenn er in den Kreis rückt, nicht für einen offnen Feind zu erklären, wenn derselbe aber die Entwaffnung verschiebt, so hat sie Tilly zu bewerkstelligen. Verbindet sich Mansfeld mit dem Könige, so soll er Anholt heranziehen, dessen Unterstützung ja die Infantin trotz ihrer Baiern abgeneigten Stimmung zugesagt hatte. Will der König etwa durch das Eichsfeld nach der Oberpfalz rücken, so muß Tilly dies rechtzeitig hindern, auch wenn nur ein Theil des Heeres nach der Oberpfalz geht, da es noch ungewiß ist, ob das kaiserliche Volk aus Mähren gegen Eger vorrücken kann.[1]

1) K. R.-A. in München. Acta d. dr. Kr. 126.

Tilly überraschte jedoch die unglücklichen Landschaften mit seinem Einbruch nicht vollständig. Auf dem platten Lande war man vorbereitet: man war entschlossen, die wilden Schaaren des gefürchteten Heerführers nicht zu erwarten. Das Getreide und die fahrende Habe hatte man möglichst in Sicherheit gebracht, ganze Dörfer, deren Insassen in die benachbarten Städte und Wälder geflohen waren, standen leer. Noch einmal erwiesen sich die hohen und starken Mauern der Städte als schützende Bollwerke für Schaaren von Wehrlosen, welche so glücklich waren, sich in Sicherheit zu bringen. Die Weser hinab fuhren Tag und Nacht Schiffe und Kähne mit Flüchtigen, um dem Manne zu entgehen, von dem man sich mit Grauen erzählte, daß er einen alten Mönch bei sich habe, welcher sich unsichtbar machen könne und alles ausspähe.

Am 18./28. Juli hat der Gefürchtete die Weser auf mehreren Puncten nordwärts und südwärts von Höxter überschritten und darauf in Holzminden sein Hauptquartier aufgeschlagen. Die Braunschweiger hatten vor Höxter Schanzen errichtet, welche sie indessen vor Tillys Ankunft verließen. Sie begaben sich nach Hameln.

Nicht mit größeren Heerestheilen hielt Tilly seinen Einzug in den niedersächsischen Kreis, sondern einzelne kleine Abtheilungen überfielen die Dörfer und kleinen Städte, um sich für eine entbehrungsvolle Vergangenheit durch Raub und Gewaltthat jeglicher Art schadlos zu halten. Wie eine Schaar hungriger Wölfe, ja wie die leichenschändenden Thiere der Wildnis sind diese zum großen Theil undeutschen und barbarischen Schaaren eingebrochen, um in kürzester Frist das Land fast zu einer Einöde zu machen.

Als die streifenden Rotten über den Solling in die Gerichtsämter Erichsburg und Wickensen einfielen und sie ausplünderten, schossen sie Flüchtige, die sich mit der Rettung ihrer Habe verspätet hatten, ohne weiteres nieder. Alles gerieth in Schrecken und eilte von dannen: ihnen folgten auch die Unterthanen des Amtes Greene, so daß das feste Haus und der Paß über die Leine kaum mit 15 oder 16 Mann besetzt werden konnte. Der Amtmann von Gandersheim sendete allerdings 60 Mann zur Hilfe, allein die Hälfte derselben blieb bereits vor der Brücke an der Leine stehen.[1] In der Nacht vom 20./30. zum 21./31 Juli wurden alle Dörfer „am Vögler" in den Aemtern Forst, Wickensen und dem Bezirk des Klosters Amelungsborn geplündert und verwüstet. Der Amtmann von Polle stieß von einer Reise zurückkehrend diesseits der Weser auf Schaaren

1) Conrad Meurer an Friedrich Ulrich 21. Juli a. St. 1625. H. A. in Wolfenbüttel.

seiner Unterthanen, mitten unter dem blauen Himmel bei großen Feuern unter der Führung eines Predigers lagernd. Trotz ihrer flehentlichen Bitte, bei ihnen auszuhalten, ging er nach Polle zurück und von da nach Bodenwerder. Er hatte aber seinem Amte kaum den Rücken gekehrt, so erfolgte die Plünderung. Bürgermeister und Rath von Stadt Oldendorf berichteten in einem Schreiben vom 21./31. Juli von Einbeck aus über die gänzliche Ausplünderung ihrer Stadt, in Folge deren die Bürgerschaft nach Einbeck gezogen war. Obwol man sich erboten hatte, den Feinden nach Vermögen mitzutheilen, war die Stadt doch angegriffen, erobert und geplündert worden. Von Einbeck aus klagte auch der Prior von Amelungsborn über die Einnahme und vollständige Verwüstung seines Klosters. Unter Glockengeläut hatte der Feind das Werk der Verwüstung ausgeführt.

In jenen Tagen befand sich auch Bürgermeister und Rath der Stadt Dassel in Einbeck und wendeten sich mit der Bitte an Friedrich Ulrich, den Bürgern ihrer gleichfalls vollständig verwüsteten Stadt wider zu dem Ihrigen zu verhelfen. Wohnhäuser, Rathhaus und Kirchen waren verwüstet, 29 Männer, ohne daß sich jemand zur Wehr gesetzt hätte, erschossen und durch Schläge gemisshandelt. Am 21./31. Juli näherten sich etwa 100 M. Cavallerie und einiges Fußvolk dem Städtchen Uslar. Man versah sie unentgeltlich mit Speise und Trank, ohne ihnen aber den geforderten Durchzug zu gestatten. Drei Mal schlugen die Bürger darauf die Angreifer, welche die Neustadt angezündet hatten, so daß sie bis auf 14 Feuerstellen niederbrannte, zurück, bis endlich der den Oberbefehl führende Georg v. Bodungen an Tilly die Erklärung richtete, daß der Widerstand nicht auf seinen Befehl, sondern durch streifende Rotten geschehen sei. Die Stadt erhielt darauf zu seiner großen Verlegenheit eine Sauvegarde von 7 Mann aus Tillys Leibregiment.

Kirchen, welche allzu hohe Fensterbrüstungen hatten, erstieg man gewöhnlich auf den aus den Beinhäusern geholten Totenbahren, verunreinigte dann Altäre und Kanzeln, öffnete die Gräber und raubte den längst zum ewigen Frieden Eingegangenen Laken und Umhüllung.

Das furchtbare Schreckmittel des Brandes wurde in der ausgedehntesten Weise in Anwendung gebracht. In Hilwardeshausen im Amt Erichsburg brannte man gleich im Anfang 35 Gebäude nieder und hielt die Leute sogar vom Löschen zurück, in Bisperode äscherte man Kirche, Rittersitz und das ganze Dorf ein, im Amt Spring sieben Dörfer ganz oder zum größten Theil, im Amt Wölpe elf Dörfer gänzlich oder zum Theil, im Amt Neustadt den Rodewald mit 169 Wohnhäusern gleichfalls zum großen Theil.

Der Mordlust und den niedrigsten thierischen Gelüsten vermochte auch das höchste Alter, ja selbst der Aussatz keine Scheu einzuflößen. In den Aemtern Spring, Neustadt, Wölpe scheint die Mordlust vorzugsweise viele Opfer gefordert zu haben. Bei dem Einbruch in die Stadt Hallerspring, wo nicht der geringste Widerstand geleistet wurde, hieb man alles nieder, was man darin antraf, und ließ die Leichen lange Zeit auf offner Straße liegen. An die herzogliche Regierung berichtete man über die barbarischen Schändungen selbst kranker und alter Frauen mit Nennung der Namen; aber viele, wie z. B. die Bürger der Stadt Eldagsen, baten auch, ihre Namen verschweigen zu dürfen.[1]

Das alles geschah, obwol auch Tillys Kriegsartikel streng verboten, in Freundes und Feindes Land Kirchen und Klöster samt den Geistlichen zu schädigen, alte Leute, Frauen und Kinder auch nur zu beleidigen und Mühlen, Pflüge, Backöfen, Getreide und Proviant zu verderben und zu vernichten.[2]

Es ist selbstverständlich, daß dieses sinnlose Hausen die Gegenwehr herausforderte, und daß sich durch dieselbe die Wuth der Angreifer nur noch mehr erhitzte. Wie auf wilde Thiere machten die Bauern auf die kleineren Haufen der Streifenden Jagd und übten mit einer selbst bei den Wilden nur selten zu Tage tretenden Grausamkeit Rache. In welcher Weise die Gemüther aus den Gränzen, innerhalb deren sich menschliche Leidenschaft sonst bewegt, getrieben waren, beweist eine Stelle eines Briefes, in welchem Tilly die furchtbaren und himmelschreienden Thaten seiner Soldaten noch zu entschuldigen sucht. „Und ob es wol an dem und nit anders, daß ich an dem Excessieren der Soldaten kein Gefallens trage, so halte ich doch darfür, daß kein Uebel so groß sei, daß die Bauern durch ihren beharrlichen und vermittelst bei sich habender Directorn und Offizierern besteiften Ungehorsam und rebellische Mordthaten nicht sollten verdient haben." „Dieweil nun daraus erscheint, daß der Concipient solches E. F. G. Schreibens die Inconvenientien, so in Dero Landen bishero

1) Einige dieser Einzelheiten sind einem handschr. Bericht des Landeshauptarchivs zu Wolfenbüttel entnommen: Kurtzer Bericht etzlicher von deß General Graff Johan Tserclas von Tilly Soldatesca in dem Fürstenthumb Braunschweig vnd angehörigen Grafschaften mehrentheils zu Ent des July vndt im Augusto 1625 verübten hostiliteten vndt grausambkeiten. Vgl. auch Meckl. Apologie B. S. 411 ff.

2) Nach einem in der Univers.-Bibl. zu Graz befindlichen Drucke aus dem J. 1626.

allenthalben sich zugetragen um deswillen nit allein aufs höchst exaggeriert, damit Dero Unterthanen zu Poppenburg, Bodenwerder und an andern Ortern mehr verübte Sävitien gegen meine angehörige Soldaten desto geringer erscheinen mögen, sondern daß er auch in solchem Schreiben sich angemaßt, alles Uebel, so promiscue von Bauern und Soldaten im Land bishero geschehen und gehört worden, der grausamen Enormitäten halben meinen Soldaten allein zuzulegen, als wann nit eben die Bauern diejenigen wären, so wider Gott und alle Rechte aufs höchst sich wider die meinige vergriffen hätten, und als ob sie die Bauern nit auch der Soldaten Weib und Kinder schänden und schinden, Ohren und Nasen, Händ und Füß, ja gar die Häls und Häupter mit Aexten, auch den vornehmsten Offizieren unter den Soldaten greulich abhauen und theils lebendig schinden, ihnen Riemen aus den Leibern schneiden und sie also lebendig liegen lassen thäten, wie bei Holzminden und anderen Orten den Soldaten wahrhaftig beschehen zu sein, ich wehmütig berichtet worden."[1]

Und in der That, Tilly hat Widerstand gefunden. In Hemmendorf setzte sich der Ausschuß mit den Einwohnern zur Wehr und beide schlugen den Feind zurück. Um Lammspring hatten sich Ende Juli etwa 1000 Bauern gesammelt, welche zum Theil schon bewaffnet die Pässe vertheidigen wollten. In Poppenburg, Bodenwerder und Elze wurde die Besatzung niedergehauen.

Allein diese Wuth und Erbitterung des Landvolks kam doch erst einige Zeit nach Tillys Einzuge zum vollen Ausbruch und kann natürlich die Greuelthaten der vorigen Wochen nicht rechtfertigen. Und auch die Weigerung der Landleute, Tillys Heer zu verproviantieren, macht die letztern doch nur zum Theil erklärlich. In der That bleibt nichts weiter übrig, als anzunehmen, daß Tilly der Landschaft selbst eine Lection geben wollte, zumal da erst in den folgenden Wochen des August und September eine etwas straffere Handhabung der Disciplin merkbar wird. Und so hat er denn seinen Kriegsruhm zum höchsten Aerger des Kurfürsten selbst in der That durch diesen Einbruch in nicht wider auszulöschender Weise befleckt: weder Christian von Braunschweig noch Mansfeld haben bis dahin in irgend einer der von ihnen durchzogenen Landschaft ihrer Soldateska in dieser Weise die Zügel schießen lassen. Als Wallenstein in den folgenden Monaten in den Bisthümern sich festsetzte, fiel es selbst Maximilian auf, daß man von derartigen Greuelscenen nichts vernahm.

1) Tilly an Friedrich Ulrich Nienburg 22. Sept. 1625.

Friedrich Ulrich, welcher sich damals zu Hameln aufhielt, versuchte schon am 29. Juli n. St. durch einen Gesandten dem weiteren Vorbrechen Tillys durch Vorstellungen Einhalt zu thun. Allein der General fand gerade in dem Verhalten der braunschweigischen Unterthanen, welche sich gegen ihn zur Wehr gestellt und Schanzen aufgeworfen hätten, eine zwingende Veranlassung zum Vorgehen. In einem noch gefälligeren, wahrscheinlich erst nach dem Sturz des Königs verfaßten Schreiben wies Friedrich Ulrich nochmals auf die unverzügliche Ankunft eines Unterhändlers hin und ersuchte ihn endlich durch Heinrich v. Mengersen[1] um Abführung der Armee, damit man ersehen könne, daß es ihm in der That mit seinen Friedensversicherungen Ernst sei. Der Plan Christians IV. bezwecke nur die Vertheidigung des Kreises, nicht einen Angriff auf den Kaiser; derselbe habe als Kreisoberster wider des Herzogs Willen in seinem Lande Quartier genommen: es stehe nicht in seinen Kräften, ihn zur Einstellung der Rüstungen zu bewegen. Friedrich Ulrich ließ Tilly vorstellen, in welchem Widerspruch seine Friedensversicherungen mit seinem feindlichen Einfall ständen, und gab sein Erstaunen darüber zu erkennen, daß er stets Unrecht und seine Gegner nur Recht haben sollten.

Ja der Herzog hat die Angelegenheit später auch vor den Kaiser gebracht: mit einem scharfen Schreiben vom 5. Sept. begab sich in seinem Auftrage Joachim Thatenhorst nach Wien, ohne indessen die Sache Ferdinand II. zunächst auch nur unterbreiten zu können. „Es seind aber J. Kais. M. alle Tage auf das Vogel-Gebeiß hinausgezogen, deswegen kein Mal geheimter Rath gehalten worden" schreibt derselbe noch am 15. October. In seinen Verhandlungen mit Strahlendorf bezeichnete Thatenhorst die Unterstützung, welche sein Herr dem Kaiser und seinem Heere hatte angedeihen lassen, auf 2 Millionen Goldes. Selbst Strahlendorf war über die Schilderung, welche ihm der braunschweigische Agent von Tillys Einbruch machte, sichtlich bewegt, hatte aber auch keinen Trost als eine Mahnung zur Geduld, so daß der Gesandte den Eindruck bekam, als ob man ihn mit Fleiß hinhalte.

Mitte November erhielt dann dieser Agent, für dessen Unterhalt die braunschweigische Kammer bereits keine Mittel mehr hatte, ein neues Verantwortungsschreiben des Herzogs, welches abermals von den herbsten Anklagen gegen Tilly erfüllt war. Selbst vor dem Einfalle behauptete hier Friedrich Ulrich, Tilly Proviant gegen Bezahlung angeboten zu haben, allein derselbe schickte keine Commissare; und nach dem Einfalle begann er wirklich, ihm Getreide zuzuführen, allein die Soldaten spannten die

1) Seine Instruction ist Hameln am 22. Juli/1. Aug. ausgefertigt.

Pferde aus, so daß niemand mehr fahren wollte. Und nun soll er sogar das, was man bereits geraubt hat, noch einmal schaffen! Die Feindseligkeit der Unterthanen läugnet auch diese Schrift nicht: allein die Unterthanen haben sich ja nicht zu den Soldaten genöthigt, und auch ein unvernünftiges Thier setzt sich gegen seinen Verfolger zur Wehr. Auch die von Tilly gleichfalls sehr übel vermerkte Anordnung von besonderen Bettagen gesteht der Herzog ein.

Das Verfahren des ligistischen Generals erscheint ferner um so unverantwortlicher, als derselbe die geringen Vertheidigungsanstalten des braunschweigischen Ländchens und die politische Meinungsverschiedenheit in der Umgebung des Herzogs kennen mußte.

Christof v. Hardenberg theilte erst am 21./31. Juli seine Pläne zur Vertheidigung der unmittelbar bedrohten Landestheile mit. Auf 5 bis 6 Meilen Weges vom Lager der Ligisten hatten die Unterthanen ihr Eigenthum in Sicherheit gebracht. Die Dörfer standen um Erichsburg herum leer, und Hardenberg konnte nur mit großer Mühe die Bauern hier und da auf ihre Höfe zurückbringen. Er rieth nun Friedrich Ulrich, die hauptsächlichsten Pässe, wie Uslar, Moringen, Hardegsen und Erichsburg mit dem Ausschuß und mit Landreiterei zu belegen und bat, ihm schleunigst 300 Pferde zu senden. Außer diesen fand er noch 400 Mann Fußvolk nöthig, welche mit der erforderlichen Reserve und den 300 Pferden sowie mit den bereits in Stolzenau, Erichsburg und Bodenwerder liegenden Besatzungen das Vordringen des Feindes hindern sollten. Aber er gab zugleich seinem Landesherrn zu bedenken, daß diese ganze Heeresmacht sich täglich über 800 Mann belaufen würde! Wie man sie erhalten könnte, stellte er dem Herzog anheim: er schien doch zu hoffen, daß die Landschaften schießlich für ihren Unterhalt sorgen würden.

Nachdem Tilly gleich im Anfang seines Einfalls Holzminden besetzt hatte, ging einige Tage darauf auch Bodenwerder verloren, und man mußte sich nun an den Gedanken gewöhnen, die furchtbaren Gäste für längere Zeit im Lande zu behalten. Ein weiteres Umsichgreifen der Ligisten nach der Leine zu suchte man schließlich dadurch zu verhindern, daß man dänische Besatzung in die bedrohtesten Punkte aufnahm.

Die eben erwähnten Mahnungen Friedrich Ulrichs brachten ebenso wenig wie eine spätere sehr zahlreiche Gesandtschaft, an welcher sich auch der noch im Erzstift verweilende Christian Wilhelm und die braunschweigischen Landstände betheiligten, der verwüsteten Landschaft irgend welche Erleichterung.[1] Einige ihrer Anklagen, wie z. B. daß man

1) Die Hauptinstruction ist vom 3./13. August.

beabsichtige, Kosaken in die Mark zu führen, bezeichnete Tilly, welcher so oft darum nachgesucht hatte, geradezu als eine Lüge. Christian Wilhelm aber beschwerte sich noch besonders über den persönlichen Vorwurf Tillys, als ob er und der König von Dänemark die einzigen Urheber dieser neuen Werbungen seien, und hob hervor, daß er mit Christian IV. niemals in einer genaueren Verbindung gestanden habe, was allerdings richtig ist.

Am 6./16. August war die Gesandtschaft, als deren Mitglieder wir nur Heinrich Julius v. Knieſtädt, Heinrich v. Mengersen und den dänischen General Johann Philipp Fuchs v. Bimbach namhaft machen, bei Tilly in Hameln, welches nach dem Abzuge des Königs durch Vertrag in seine Hände gekommen war. Tilly ersuchte sie abermals um Proviant und stellte die Forderung an die Stände, sich vom Könige thatsächlich loszusagen. Auf der Rückreise wurde das ihnen mitgegebene Geleit von den erbitterten Bauern des Dorfes Schulenburg angegriffen.

Die Verwirrung, welche in den überzogenen Landschaften entstand, war aber um so größer, als der Einbruch so kurze Zeit vor dem Rückzuge des Königs aus Hameln erfolgte. Unter den Räthen Friedrich Ulrichs herschte daher gerade jetzt die vollständigste Rathlosigkeit: man wußte nicht, ob man sich den Dänen mit ganzer Macht anschließen, oder ob man sich von ihnen trennen sollte. Und selbst wenn ein kräftigerer Wille eine Entscheidung getroffen hätte, so wäre für den Augenblick nur wenig zu ändern gewesen, da man sich hatte vollständig überraschen lassen und in gedankenlosester Trägheit der schrecklichen Zukunft entgegen gegangen war.

Auf dem Landtage zu Salzdahlum in den ersten Tagen des August wurde trotz Tillys Einfall nicht einmal der Beschluß gefaßt, ein allgemeines Landesaufgebot ergehen zu lassen und eine Musterung abzuhalten: man einigte sich nur über eine neue Gesandtschaft an Tilly und bestimmte, daß in der unmittelbaren Umgebung Friedrich Ulrichs stets eine ständische Deputation sein sollte. —

Nur die verwittwete Herzogin Elisabeth war es, welche mit staunenswerther Energie half, wo sie zu helfen vermochte, und ihren unfähigen Sohn, den Vater des Vaterlands, wie ihn trotzdem eine Zuschrift nennt, zum Eifer anspornte. In größter Bestürzung über den Unfall ihres Bruders hatte sie sich nach Hameln begeben und war hier jedenfalls in ihrer energischen Parteinahme für die Sache des Protestantismus bestärkt worden. Sie erließ am 2./12. August ein Schreiben an ihren Sohn, in welchem sie die herbsten Anklagen gegen ihn und seine Regierung erhob. Sie wundert sich zum höchsten, daß von der geordneten Commission bei

dieſen Sachen ſo gar nichts beſchafft und gethan, ſondern das Land und das arme Volk nur zum Raube verlaſſen ſei. Da man von allen Seiten um Hilfe ruft und auch jedermann dazu bereitwillig iſt, findet ſie es unverantwortlich, „daß man dabei ſo ſtille geſeſſen.“ Sie bittet ihren Sohn, doch in den noch übrigen Orten die ſchleunige Verfügung zu thun, damit „dem ſtreifenden Geſindlein gewehrt und ferneres Blutvergießen, Raub und Brand verhütet werde, weil ſonſt der Herzog auch in ſeiner Reſidenz nicht ſicher ſei. Der liebe getreue Gott wolle es gnädiglich anders ordnen und nach ſeinem väterlichen Willen alles beſſer ſchicken.“

Je größer die Gefahr wurde, je mehr Tilly um ſich griff, je näher Wallenſtein rückte und je weiter ſich der König entfernte, um ſo dringender werden ihre Aufforderungen an Friedrich Ulrich, ungeſäumt zu retten, was noch zu retten ſei und möglichſt das Verlorene wider zu gewinnen. In wahrhaft landesmütterlicher Sorge legt ſie dem kraft- und willenloſen Sohne ſeine Pflicht, die armen und bedrängten Unterthanen zu retten, ans Herz. „Gott wolle es in die Wege ſchicken, daß der barbariſchen Tyrannei bald ein Ende gemacht wird“ — ſchreibt ſie am 29. Aug. (a. St.). Und Tags darauf erinnert ſie, daß es nun höchſte Zeit ſei, daß die armen Leute über der Leine entſetzt, dem Rauben, Morden und Brennen ernſtlich gewehrt, und nicht allein die Päſſe an der Leine verwahrt, ſondern auch die wichtigen Plätze an der Weſer, Holzminden, Höxter, Bodenwerder und Hameln Tilly wider entriſſen „*und damit weder Tag noch Stunde*“ geſäumt werden möchte. Auf die Kunde, daß ſich der König nach Verden zurückziehe, verhehlt ſie ihre Beſorgnis auch für die übrigen Städte und Aemter, namentlich Hannover nicht und ſchließt ihr Schreiben mit dem Seufzer: „Der liebe getreue Gott wolle die armen Leute in gnädigen Schutz nehmen und allem Widrigen kräftiglich abwehren.“ An demſelben Tage (30. Auguſt), nachdem ſie die ſichere Kunde von Wallenſteins Herannahen vernommen hatte, dringt ſie noch einmal in den regungsloſen Herzog, „*die Hände nicht ſo gar ſinken zu laſſen*,“ ſondern wider neue Vergewaltigung das Landvolk aufzubieten, welches dazu mehr als willig und begierig ſei, daſſelbe mit Offizieren zu verſehen und erforderlichen Falls dem Feinde entgegenzuführen. Sie bittet ihn, dem Hauptmann zu Blankenburg ſchleunigſt Befehl zugehen zu laſſen, aus allen Kräften der Grafſchaft Hohnſtein beizuſpringen, und ſpricht dabei die Anſicht aus, daß eine ſolche Vertheidigung in keinerlei Weiſe als Ungehorſam gegen den Kaiſer gedeutet werden könne, ſondern ihm vor der ganzen Welt mehr Ruhm als üble Nachrede bringen werde. Sie ſendete ſelbſt Pulver und Lunten nach Reinſtein und erbat ſich dafür widerum von Friedrich Ulrich 5 Tonnen Pulver und 5 Centner Lunten,

der ihr aber von beidem nur 2 Centner mittheilen konnte: 1 Tonne Pulver, 1½ Centner Kugeln und 1 Centner Lunten hatte er nach Blankenburg geschickt!!

Jenes Schreiben[1] der hochherzigen Frau, die in einer Zeit, wo die Männer so muthlos und verzagt waren, einen heldenmüthigen Sinn zeigte, hatte sich mit einem Briefe ihres Sohnes gekreuzt, der uns recht deutlich beweist, in wie ganz unglaublicher Weise die Umgebung Friedrich Ulrichs sich über die ernste Lage der Dinge täuschte, in welche man eingetreten war.

Unter demselben Datum theilt der Herzog ihr mit, daß Tilly den größten Theil des Herzogthums Calenberg ruiniert und Wallenstein im Begriff stehe, sich in der Grafschaft Hohnstein einzuquartieren und bittet um Rath, ob er im Vertrauen auf die Zusicherungen des Kaisers die Waffen niederlegen oder mit äußerstem Vermögen in der Hoffnung auf göttlichen Beistand zu seiner und seiner Unterthanen Rettung ein allgemeines Landesaufgebot, da mit geringen Mitteln ja doch nichts ausgerichtet werde, ergehen lassen solle. Er hoffte dabei auch auf den Beistand Christians IV. und seiner Mitkreisstände.

Hierauf fand sich am 2./12. September der herzogliche Kammerrath Barthold v. Rautenberg bei der Herzogin in Schöningen zu einer Berathung über die Lage des Landes und die nothwendigen Vertheidigungsmaßregeln ein. Rautenberg gehörte zu den eifrigsten Anhängern der antiöstreichischen Partei im Rathe des Herzogs, obwol er freilich weder der talentvollste noch der characterfesteste unter den Dienern desselben war.

Diesem Manne übergab Elisabeth eine Denkschrift, in welcher sie ihre Anschauungen über die einzuschlagenden Vertheidigungsmaßregeln entwickelte. Sie erklärt ihr volles Einverständnis mit der auf der Kreisversamlung beschlossenen Landesdefension und fordert die Bestellung eines Kriegsraths, der sich stets bei der Armee aufhalten und ihre Bewegungen leiten sollte, damit man nicht nöthig habe, bei jeder Veranlassung nach Hofe zu schicken. Ferner wünscht sie, daß Hardenberg, dem sie sich auch sonst nicht gewogen zeigt, ein Theil seiner Geschäfte abgenommen werde, und vor allen Dingen die verschiedenen Waffengattungen unter taugliche Oberbefehlshaber gestellt werden: nur sein Amt als Kriegscommissar soll Hardenberg ihrem Plane gemäß behalten. Als Oberst über die Artillerie schlägt sie Sparre vor, mit dem sie auch bereits selbst verhandelt hatte.

1) Vom 30. Aug. a. St.

Gegen den Einbruch Wallensteins waren also bis dahin nicht die geringsten Vorbereitungen getroffen; auch von einem thatkräftigen Eingreifen Christians IV. findet sich selbst bei dieser Veranlassung, wo es doch das militärische Interesse so sehr zu erheischen schien, nicht die leiseste Spur. An einem jener ersten Septembertage bittet die Herzogin daher Friedrich Ulrich, da an Wallensteins Einbruch nicht mehr zu zweifeln sei, ein Gutachten vom König einzufordern: sie wünscht zu wissen, ob man ihm zuerst gegen Tilly zu Hilfe kommen oder nur die Pässe an der Weser und nach Hessen zu wider einnehmen und besser als früher wahren solle.

An einem der hierauf folgenden Tage scheint Friedrich Ulrich wenigstens eine Musterung gehalten zu haben, allein die zunächst bedrohten Grafschaften Regenstein und Hohnstein ließ er trotzdem im Stiche. Vergebens wendeten sich die aufs höchste bedrängten Beamten an die Mutter, um ihren Einfluß auf die Entschließungen des Sohnes rege zu erhalten. Unter dem 16. September ließ ihr derselbe mittheilen, daß er 1 Centner Kugeln, 1 Centner Pulver und einen Centner Lunten für den reinsteinischen und eben so viel für den hohnsteinischen Ausschuß über Hessen nach Blankenburg habe abgehen lassen! Der Hauptmann von Blankenburg aber, Christof v. Hagen, welcher mit dem Ausschuß nach Lohra gerückt war, wurde mit seinen Munitionsbedürfnissen auf die Stadt Nordhausen verwiesen.

Die uns vorliegenden Protokolle über die Berathungen der herzoglichen Räthe in jenen kritischen Septembertagen zeigen jedoch, daß die Unfähigkeit des Herzogs nicht allein, ja nicht einmal in hervorragender Weise die Unschlüssigkeit verschuldete und das Land dem Verderben Preis gab. Am schädlichsten wirkte doch wol der Zwiespalt unter den herzoglichen Räthen selbst, welchen Friedrich Ulrich nicht beseitigen konnte oder wollte. Die angesehenern, namentlich die älteren Räthe waren durchaus einer friedlichen Beilegung der Wirren geneigt und dachten keineswegs an eine feindselige Erhebung gegen den Kaiser, die ihnen mehr oder weniger als Hochverrath erschien, wenn sie auch das Wort nicht aussprachen. Diese im Grunde östreichisch gesinnte, übrigens ebenso gut protestantische Partei wie ihre Gegner, fand ihre Hauptstütze in den ständischen Gewalten der beiden Landschaften.

In einer Sitzung am 29. August a. St., welcher außer dem Hofmarschall Knieſtädt, die Kammerräthe Rautenberg, Münchhausen, Harling, ferner die Doctoren Heimburg, Böckel, Schade, Clampius und Osterwald Theil nahmen, verhandelte man über die Forderungen, welche Tillys Abgesandte in Braunschweig an Friedrich Ulrich gestellt hatten. Dieselben betrafen nicht eigentlich das Herzogthum Braunschweig insonderheit, als

vielmehr den ganzen niedersächsischen Kreis. Tilly forderte den Erlass von Abberufungsmandaten aller Kreiseingesessenen aus dem Heere des Königs nebst der Entwaffnung des Königs durch den Kreis auf gütlichem Wege, und endlich die Summe von 300,000 Thlr. und 3000 Fuder Korn. Selbst Münchhausen, der sonst der Widersetzlichkeit gegen den Kaiser durchaus abhold war, fand diese Bedingungen zu schwer und war mit den Vorbereitungen zum Widerstand einverstanden. Nur thatkräftiger Gegenwehr redete er das Wort nicht. Die übrigen Räthe stimmten ihm bei: man beschloss Tillys Gesandten einen vorläufigen Bescheid zu geben und die ganze Sache an den Kaiser zu bringen. Zwei Tage vorher hatte man darüber berathschlagt, wie Hameln ohne offne Gewalt wider zu erlangen sei und mit dieser heiklen Aufgabe Levin Hake beauftragt, — aber ohne ihm auch nur ein Creditiv zu geben. Ferner wurde über die nothwendigen Rüstungen verhandelt. Man wollte 6000 M. Ausschuß, Fußvolk und auch Reiterei, aufbringen; der Ritterschaft muthete man zu, ihre Privilegien einmal hintanzusetzen und sich selbst zu erhalten: die Versorgung des Ausschusses wollte man den Dorfschaften auferlegen.

Gegen Tilly selbst, welcher sich über die Heftigkeit der öffentlichen Blätter beklagt hatte, erwies man sich so nachgiebig, daß man die Avisen d. h. die Zeitungen vor dem Druck einer Censur zu unterwerfen beschloß und die Räthe Schade und Clampius hiermit beauftragte. Am letzten August, wo man auch ein Mahnschreiben Elisabeths zur Unterstützung der Unterthanen in der Sitzung verlas, rückten die Vorbereitungen zu den Rüstungen schon einen Schritt weiter vor. Ein Generalaufgebot ergehen zu lassen, lehnte man freilich auch jetzt noch ab, aber die wolfenbüttelische Ritterschaft wurde zum 5. September nach Barum, die calenbergische zum 8. Sept. nach dem Calenberge einberufen. Calenberg und Hannover bestimmte man zu Proviantplätzen und wollte auch den König bitten, zur Unterhaltung des Ausschusses beizutragen. Ausdrücklich wurde noch der Zweck aller dieser Rüstungen hervorgehoben: es handelte sich nur um eine Landesvertheidigung.

In Barum wurde dann am gedachten Tage nochmals mit der wolfenbüttelischen Ritterschaft verhandelt. Sie verweigerte den Aufbruch nicht, wollte aber nur innerhalb der Landesgrenzen und zwar vertheidigungsweise ihre Dienste leisten. Auch erhoben sich Schwierigkeiten wegen der Beschaffung des Hafers, welche der Herzog derselben zugemuthet hatte. Die Landesregierung nahm schließlich die Lieferung für einen Monat auf sich: 8 Tage sollte die Reiterei auf die Dörfer verlegt werden, und während derselben wollte man den Hafer von den Klöstern beitreiben.

Einen ähnlichen Verlauf nahmen die Verhandlungen mit der calenbergischen Ritterschaft am 8. und 9. September in Gegenwart Friedrich Ulrichs selbst. Derselbe ließ hier noch einmal durch seinen Kanzler Henning v. Steinberg erklären, daß er keinen Anlaß zu den Feindseligkeiten gegeben, ja sich sogar von seinem Bruder getrennt habe, um mit dem Kreise zu gehen. Er wisse von fremden Bündnissen gegen den Kaiser nichts und erkenne sich vor Gott für unschuldig. Obwol die Ritterschaft ihrem Erstaunen Luft machte, daß man bei Tillys Herannahen die Pässe nicht besetzt habe, und geneigt schien, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, fügte sie sich doch. Der Herzog schlug zwei Kriegskommissare aus der calenbergischen Landschaft, Wulfbrand v. Stöcken und Ernst v. Alten, vor, zu denen noch zwei vom Herzogthum Wolfenbüttel und ein herzoglicher Rath kommen sollten. Dem Ansinnen, welches Christian IV. an die Landschaft gerichtet hatte, sich mit ihm zur Rettung der Religion und der Familie zu verbinden, willfahrte man jedoch nicht, obwol ihr der König seinen Beistand versprochen und auch zugesagt hatte, einige Hundert Mann in ihrem Dienste zu besolden. Man stimmte vielmehr der Meinung des Herzogs zu, welche dahin ging, zunächst die Antwort Tillys und die Beschlüsse des Kreistags abzuwarten.

Wenige Tage darauf[1] verhandelten die fürstlichen Räthe mit den calenbergischen Ritterschaftsdeputierten über die Maßnahmen, welche man gegen Wallenstein treffen wollte. Man kam überein, den Versuch zu machen, den Durchzug durch Güte abzuwehren: zum wenigsten hoffte man durchzusetzen, daß er ordnungsgemäß und in nicht zu langer Zeit von Statten gehe. Hardenberg sollte denselben von Göttingen aus mit einer Abtheilung des Ausschusses überwachen.

Der folgende Tag war Berathungen über die Besoldung der neu angestellten Offiziere und den Unterhalt des Ausschusses überhaupt gewidmet. Die Offiziere sollten nicht auf Monatssold, sondern auf Jahresbestallung gesetzt werden „aus Ungelegenheit der Kammer." Man rechnete dabei auf ihren Patriotismus. Nach Hardenbergs Anschlag waren für 6000 M. Ausschuß in einer Zeit von 6 Wochen 42,000 Thlr. erforderlich, von denen man Friedrich Ulrich und der Landschaft Calenberg je den vierten Theil, der Landschaft Wolfenbüttel die Hälfte auferlegen wollte.

So kam man auch nicht zu einem Entsatz von Hameln, um welchen die Stadt um so eifriger anhielt, als ihr von Gallas nun sogar die Zumuthung gestellt wurde, Hilfe gegen die Bauern aufzubringen. Dazu

1) Am 10./20. Sept.

wollten sich indessen die Einwohner nicht bequemen, sondern lieber den Tod erleiden.

Einer der Räthe, Heimburg, sprach es geradezu aus: man müsse noch lavieren; den Weg der Gewalt zu betreten sei gefährlich, obwol der König Kreisoberster sei. Einige Tage darauf suchte man bei Mecklenburg, Holstein, ja sogar beim Domcapitel von Magdeburg Unterstützung nach. Man befand sich in der peinlichsten Verlegenheit: die wolfenbüttelische Landschaft flehte endlich ihren Landesherrn, der fast nur über undisciplinierte, im Waffengebrauch ungeübte Bauernhaufen gebot, von denen einer der Räthe fürchtete, „daß sie sich eines Tages selber beschädigen möchten," geradezu um Schutz an.

Da erschien am 19. September ein dänischer Gesandter, Joachim v. Mitzlaff. Er erhielt Zutritt zum Geheimen Rath und suchte denselben zur schleunigsten Verbindung mit dem Kreisoberſten und zur Wiedereroberung der eingenommenen Orte anzutreiben. Friedrich Ulrich hielt es für nothwendig, sein Stillsitzen bei Tillys Einbruch zu entschuldigen: hätte man sich Tilly widersetzt, so würde derselbe weiter gegangen sein, und man hätte schließlich keinen Succurs gehabt. Darauf fügte er aber auch hinzu, daß am heutigen Tage „in pleno totaliter ad defensionem geschlossen sei," wozu auch die calenbergische Ritterschaft ihre Einwilligung gegeben hatte. Nur noch einmal wollte man bei Wallenstein alle erdenklichen Mittel versuchen; und dann, wenn auch dies vergebens sei, den König zur Unterstützung heranziehen. Allein hierauf fand doch noch eine neue Sitzung der Räthe Statt, in welcher die antidänische, der Gegenwehr abholde Partei den Sieg davon trug. Sie erhob sehr gewichtige Bedenken gegen eine vollkommene Vereinigung mit Dänemark, denn auch der eifrigste Anhänger der dänischen Pläne mußte eingestehen, daß sie ausschließlich an das Leben und die Person Christians IV. geknüpft waren, und daß der eben aufgebotene Ausschuß auch für die damaligen Verhältnisse keine felddienstfüchtige Truppe war. Zuletzt wollte jedoch auch diese Partei ihre Zustimmung ertheilen, wenn außer Friedrich Ulrich selbst seine Mutter und beide Landschaften den Beschluß unterzeichnen würden. —

Schließlich mußte man indessen die nun schon öfter angebotene dänische Unterstützung doch heranziehen. Allein als Obentraut mit derselben erschien, erhoben sich wider neue Schwierigkeiten. Sollte sich nun auch Hardenberg mit dem Landvolk dem dänischen Oberbefehlshaber durchaus unterordnen? Die antidänische Partei hielt es für das beste, daß er mit den Dänen einen besonderen Vertrag einzehe, während die Gegner dem Könige nun endlich die vollständige Leitung der Angelegenheiten

anheimgeben wollten. Es waren Dr. Bökel, Dr. Schade, Dr. Clampius und Dr. Steinberg.

Auch nach dem Einbruch Wallensteins in das Stift Halberstadt konnte man in Wolfenbüttel zu keiner definitiven Entscheidung gelangen. Am 11./21. October fand zwischen den Räthen des Herzogs Eberhard v. Weihe, E. v. Steinberg, Joh. Eb. v. Elz, und den Abgeordneten Tillys, dem Grafen von Fürstenberg und dem Kriegsrath Rupp, eine Verhandlung zu Braunschweig statt, der Friedrich Ulrich selbst beiwohnte. Man wies hier Originalschreiben des Pfalzgrafen vor, aus welchen Friedrich Ulrich den Hauptzweck der ganzen Unternehmung erkennen sollte. Ferner hoben die tilly'schen Deputierten die Verbindung Mansfelds mit Christian IV. hervor. Da erklärte nun zwar Friedrich Ulrich, daß er mit Mansfeld nichts zu schaffen haben wolle, und versprach auch Christian IV. mitzutheilen, daß er sich in kein Bündnis einlassen werde, welches dem Religions- und Profanfrieden entgegen sei, allein er wagte eben so wenig sich vom Könige vollständig zu trennen, wie sich ihm vollständig anzuschließen. Auch die Versicherung dieser Gesandten, daß der Kaiser die Stifter nicht antasten, sondern daß es bei dem mühlhäuser Vertrage bleiben werde, war fruchtlos.

Noch Ende October herschte unter den Räthen des Herzogs derselbe Zwiespalt wie vorher, und wenn auch die Partei des energischen Widerstandes die Majorität besaß, so standen auf der andern doch gerade besonders bewährte Diener des fürstlichen Hauses, wie der hochbetagte Eberhard v. Weihe und andere. Darüber freilich waren alle einig, daß die Sache eine gerechte sei, daß Friedrich Ulrichs Rüstungen durch die Reichsverfassung vollständig gedeckt würden. Auf Befehl des Herzogs hatte Dr. Lampadius diese staatsrechtliche Seite der Sache sogar in einer besonderen Schrift dargelegt. Der Zwiespalt der Meinungen betraf nur die Stellung, welche die herzogliche Regierung nun einzunehmen habe. Während die Einen darauf hinwiesen, daß man, noch im Besitz der vornehmsten Plätze wie Hannover, Göttingen, Northeim, Münden, Erichsburg, Calenberg u. s. w., nicht ohne weiteres den Muth sinken lassen dürfe, bezeichneten es die Andern als eine völlige Unmöglichkeit, die noch unbesetzten Theile des Landes zu schützen oder gar das Verlorene wider zu gewinnen: dazu mangle nicht weniger als alles, was dazu nothwendig sei, Geld, Proviant und Munition.[1]

---

1) Die beiden Gutachten der fürstlichen Räthe finden sich in J. Ph. Ocelem, Allerhand auserlesene . . . Rechts-Sachen. II. S. 1—32.

Dem entgegen wollte die Partei des Widerstandes[1] noch einmal den Versuch machen, den König zur schleunigsten Hilfe zu veranlassen, und wies in der Hoffnung auf das rechtzeitige Erscheinen derselben den Gedanken an einen Vergleich mit Tilly oder Wallenstein von sich. Auch sie erkannte die Gefahren eines Vergleichs, dem die Räumung des Landes nicht auf dem Fuße folgte, sehr wol: man mußte eine vollständige Verwüstung, ja eine Sequestration des Landes befürchten, „zu geschweigen, daß dadurch so viel armer Seelen dem Papstthum in den Rachen gejagt würden." Und noch sind ja die Unterthanen samt und sonders zum Kampf für die Religion und die Freiheit des Vaterlands willig und bereit. Nur für den Fall, daß Dänemark keine augenblickliche Hilfe gewähren kann, sind daher auch die Dänenfreunde zum Abschluß eines Vertrags geneigt, allein unter Bedingungen, deren Annahme durch die Gegner sie wol selbst nicht erwartet haben. Die katholischen Heere hatten das Land sofort zu räumen und durften unter keinem Vorwande wider einrücken. Die Friedensartikel sollten nicht nur vom Kaiser und der Liga, sondern auch vom nächsten Reichstage bestätigt werden, und Kursachsen, Brandenburg und der Landgraf von Hessen-Darmstadt die Bürgschaft für dieselben übernehmen. Selbstverständlich sollte das Land von allen Durchzügen und Märschen gegen den König und Christian von Braunschweig befreit bleiben: ja man glaubte selbst den Anspruch auf Schadenersatz erheben zu können. Wiesen die Gegner diese Bedingungen zurück, so bezeugten sie damit, daß ihnen nur an der Unterdrückung der wahren Religion und ihrer Bekenner „zuförderst aber E. F. G. und Familie, ja des ganzen h. r. Reichs Eversion durch die tridentinische Execution gelegen sei." Leistete dagegen der Kaiser diese Versprechungen wirklich, so rieth auch diese Gruppe seiner Räthe Friedrich Ulrich, den Frieden anzunehmen und das Uebrige Gott und der Geduld zu befehlen.

Das Gutachten der Gegner Dänemarks gestand offen ein,[2] daß die römisch-katholische Partei den Krieg zur Unterdrückung vieler evangelischer Stände nur durch die Unterstützung ihrer Heere von Seiten der Vergewaltigten

1) Ihr Gutachten ist Wolfenbüttel d. 17./27. Oct. datiert und von Rautenberg, Johann Erich Sohn zu Elze, Anton v. Harling, D. W. Bockell, D. Heinrich Julius Schade, D. J. Steinberg, D. Johann Jobst Osterwaldt, D. S. Büchner unterzeichnet.

2) Es trägt kein Datum, ist aber offenbar aus derselben Zeit. Unterzeichnet haben es Ernst v. Steinberg, Eberhard v. Weihe, Borries v. Münchhausen, Jobst Heine v. Heimburg, D. Albertus Clampius, D. Jacobus Lampadius.

fortzusetzen im Stande sei, „welches denn ein so gewaltiger Griff, als in Historien nicht bald zu befinden." Allein selbst von dem Einrücken Christians IV., der von dem Herzog nicht die geringste Unterstützung erhalten kann, ist nur allgemeine Verwüstung und völliger Untergang zu erwarten. Eine verlorene Schlacht beraubt den Herzog ohne weiteres seines Landes: die Unterthanen werden ihrer Pflicht enthoben werden wie in Hessen. Und obwol auch dieses Gutachten dem Herzog die volle Berechtigung „sich in Verfassung zu stellen" beilegt, so spricht es ihn doch sowol nach Gottes Ordnung, wie der Reichsverfassung und dem Testament des Großvaters zu Folge das Recht ab, sich wider den Kaiser aufzulehnen, unter dessen Autorität Tilly, wenn er auch seine Vollmachten zunächst von der Liga erhalten hat, im Ganzen handelt. Und wenn auch Fürsten und Herren, da sie im Besitz der Militärhoheit sind, die Religion mit Waffengewalt schützen können, so ist doch deshalb noch kein gewisser Sieg zu erwarten. Und so ist denn der einzige Rath dieses Gutachtens „ein rechter Friede," ein Friede um jeden Preis, damit nicht ein immerwährender Kriegszustand entsteht: „und werden alle getreuen, redlichen Patrioten lieber alles erleiden, als ihre Landesfürsten und sich selbst ad perpetuam servitutem prostituieren."

So schien es also in jenen Tagen, als ob auch das Herzogthum Braunschweig noch vor einem eigentlichen Kampfe sich von seinem königlichen Bundesgenossen und Kreisobersten trennen und den katholischen Gegnern zufallen werde.

Das Erzstift Magdeburg vor dem Einmarsch Wallensteins.

Wir sahen bereits, wie sich trotz der trüben Aussichten in die Zukunft auch die politischen Gewalten des Erzbisthums Magdeburg während des Normaljahres immer mehr in gegenseitigen Hader und Zwist vertieften. Daß ihr Landesherr auch die bischöfliche Würde des benachbarten halberstädtischen Sprengels erlangt hatte, empfanden die magdeburgischen Domherren trotz der deutlich wahrnehmbaren Zeichen einer katholischen Reaction auch in ihrem Stift sehr übel. Eine gewisse Berechtigung mag man ihrem Unmuth hierüber immer noch zuerkennen. Sie fürchteten wol, in die halberstädtischen Wirren hineingezogen zu werden und schließlich für ihr durchaus loyales Verhalten eine unverdiente Buße zahlen zu müssen. Nagender noch als diese Besorgnis war jedoch jedenfalls die Angst der Herren vor der Verstärkung der landesherrlichen Gewalt,

besonders wenn Christian Wilhelm die Verwaltung des Stifts einst thatsächlich würde übernommen haben. Würde dann wol der chronische Mangel in den landesherrlichen Kassen aufhören, oder sie selbst nicht vielleicht zu noch höheren Kreis- und Landessteuern herangezogen werden, als bisher? Und außerdem stützte sich der Administrator, nachdem er den dänischen Prinzen zum Coadjutor angenommen hatte, auf den zähen und in der Verfolgung seiner Ansprüche nicht eben rücksichtsvollen König.

Bald hören wir jedoch von neuen Befürchtungen. Die Zeichen eines allgemeinen Umschwungs der Dinge wurden sichtbar. Die Verhältnisse nahmen eine wie es schien kriegerische Wendung. Die Stadt Magdeburg, welche bereits früher geworben hatte, besetzte die Elbbrücke. Die Stadt selbst durchzogen niederländische Rekruten. Auch in Halle wurde mehr oder weniger offen für die Generalstaaten geworben. Schon in den letzten Tagen des vorigen Jahres hatte Tilly das Ansuchen an den Administrator gestellt, die Truppen niederschlagen zu lassen, widrigenfalls er es selbst thun werde. In großer Erregtheit verantwortete sich Christian Wilhelm gegen den ligistischen General.[1] Er behauptete, Tilly habe sich diese Mittheilungen von Leuten erstatten lassen, welche keinen sehnlicheren Wunsch hätten, als den niedersächsischen Kreis durch die Einführung fremdes Kriegsvolks gleichfalls zu verderben. Die Werbungen entschuldigt er damit, daß zur Zeit der niederländischen Unruhen beiderlei Religionsverwandte derartige Durchzüge gestattet hätten.

Schon am nächsten Tage ging ein Klagschreiben an Kursachsen ab, in welchem Christian Wilhelm Tilly beschuldigte, daß er ihn ohne jeglichen Grund in den Verdacht der Widersetzlichkeit und des Ungehorsams bei dem Kaiser bringen wolle. Christian Wilhelm empfahl sich dem Kurfürsten in einer seine gewöhnlichen Unterschriften in treuherziger Weitschweifigkeit noch überbietenden Weise. Er zeichnete eigenhändig: „Allzeit dienstwilliger und ganz getreuer Vetter, Sohn und Gevatter weil ich lebe und mir die Augen offen stehen bis in den Todt Christian Wilhelm.“ Allein der Kurfürst sah die Lage der Dinge keineswegs so ernst an: er wollte mit seiner brieflichen Vermittelung dem Kaiser und Maximilian erst dann beschwerlich fallen, wenn man sich wirklich einer Einlagerung anmaßen werde. Vor der Hand glaubte er, daß sich Tilly eines Bessern besinnen werde. Auch die durch die thatsächlichen Verhältnisse in nichts gerechtfertigte Einlagerung der Ligisten in Minden rührte ihn nicht; er sprach die Hoffnung aus, daß sich Tilly, wenn erst die Kriegsgefahr vorüber sei, so bezeigen werde, daß niemand werde zu klagen haben.

1) Rothenburg 7./17. Jan. 1625.

Allein Christian Wilhelm machte auch an andere Stände Anzeige: vor allen an den König von Dänemark selbst, den Kurfürsten von Brandenburg, die brandenburgischen Markgrafen in Franken, selbst an Würtemberg und Andere: er wird sicher Tillys drohendes Beschwerdeschreiben mit der Klostervisitation des vorigen Jahres in Verbindung gebracht haben. Von den Städten ließ er sich Bericht erstatten, ob wirklich Werbungen wider Kaiser und Reich vorgegangen seien.

Aber auch ein anderer Verdacht wurde Anfangs des Jahres 1625 gegen Christian Wilhelm laut. Maximilian meldete selbst dem Kaiser das Gerücht, der Administrator habe oder wolle beide Stifter Magdeburg und Halberstadt gegen einige Tonnen Gold an Dänemark abtreten. Einer etwas verschiedenen Fassung des Gerüchtes konnte man später in Dresden begegnen; es hieß, der Administrator gehe damit um, die Regierung des Erzstifts gegen eine Entschädigung in klingender Münze Dänemark zu überlassen. Irgend einen positiven Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptungen haben wir nirgends gefunden. Das Gerücht mag daraus entstanden sein, daß der König schon in diesen ersten Januartagen die glaubensverwandten norddeutschen Fürsten im Geheimen von seiner Sinnesänderung in Kenntnis setzte und sie an sich heranzuziehen suchte. Doch wäre es möglich, daß dem Gerücht wirklich eine Thatsache zu Grunde liegt. Nur mit großem Widerstreben hat Christian IV. das Recht auf das Bisthum Halberstadt, welches sein Sohn durch die Resignation Christians des Jüngeren erlangt hatte, zu Gunsten Christian Wilhelms, als des vom Capitel erwählten Coadjutors, aufgegeben. Christian Wilhelm und das Domcapitel nahmen darauf seinen Sohn wenigstens zum Coadjutor an. Möglicherweise hat nun bei dieser Veranlassung der Administrator als Entschädigung auch ein freilich einseitiges Versprechen für das Erzbisthum Magdeburg geleistet.

Einem Berichte des Commissarius Massoni (Hamburg 13. Mai 1625) zu Folge hat freilich Christian Wilhelm Halberstadt dem dänischen Prinzen geradezu resigniert.[1]

In ähnlicher Weise wie dem Kurfürsten von Sachsen versicherte der Administrator einige Wochen auch dem Kaiser als allerunterthänigster, gehorsamster, treuer Reichsfürst seine Ergebenheit. Er berief sich darauf, daß er niemals weder direct noch indirect gegen Kaiser und Reich gehandelt habe.[2]

---

1) Kgl. R.-A. in München.

2) Schweinitz 9./19. Febr.

Und in der That läßt sich bis dahin von einem wirklichen thatsächlichen Eingreifen in die Wirren der Zeit zu Ungunsten der Ligisten und des Kaisers in den Maßnahmen des Administrators nichts entdecken. Noch waren außerdem in seiner unmittelbaren Umgebung die beiden Räthe Timäus und Engelbrecht, welche, wie sie den Administrator während des Jahres 1623 in einer vorsichtigen Neutralität gehalten hatten, auch jetzt einer übereilten Parteinahme abgeneigt waren.

Wir sahen, daß Anfangs selbst die Wahl Christians IV. zum Kreisobersten nicht in der Absicht Christian Wilhelms und seiner Regierung lag. Ja noch geraume Zeit nachher gab sich der Administrator der Täuschung hin, welche ihm die Wahl und die darauf folgenden Rüstungen nur als Vertheidigungsmaßregeln gegen unrechte Gewalt vorspiegelte. Als im Mai Johann Georg einmal eindringlich zum Frieden mahnte, ertheilte er eine derartige vollständig beruhigende Versicherung. Nach derselben dienten die Rüstungen dazu, „damit ein Jeder unter seinem Feigenbaum in diesem noch übrigen und undenervierten Kreise noch ferner in gutem Frieden und Ruhe sein Leben vollstrecken möge.“[1]

Indessen diese überaus idyllische Anschauung der Dinge theilte das magdeburgische Domcapitel keineswegs. Es war allgemein bekannt, daß es der Wahl des Dänenkönigs nicht zugestimmt hatte. Ja noch vor derselben maß man ihm die feindseligsten Absichten gegen seinen Landesherrn bei: von fürstlichen Höfen war derselbe vor Leuten gewarnt worden, welche ihn um das Erzstift bringen wollten, und hatte von dieser Warnung auch dem Capitel Anzeige gemacht, das ihn nun um Auskunft ersuchte, ob diese Verwarnung speciell gegen sie gerichtet gewesen sei. Und als es sich um Aufbringung der Tripelhilfe in triplo handelte, baten die Herren ihn aufs dringlichste, darauf zu sinnen, wie diese Last vom Erzstift wider abgewendet und das Land mit unerschwinglichen neuen Contributionen verschont werden könne.

Trotzdem ließ der Administrator auf den Anfang Juli einen Landtag nach Calbe berufen, der sich recht eigentlich mit der Aufbringung des auf das Erzstift fallenden Antheils der neuen Steuern beschäftigen sollte. Derselbe hatte dem Administrator seinen Rath zu ertheilen, woher das Geld zur Bestreitung der Rüstungen zu nehmen, und ferner innerhalb welcher Zeit und in welcher Weise es aufzubringen sei. An diesem Kreistage nahmen auch zwei dänische Bevollmächtigte Jacob Ulfeld und Joachim v. Mitzlaff Theil. Ihre Berichte an den König schildern die Abneigung der

1) Wolmirstedt 26. Mai/5. Juni. Kgl. H.- u. St.-A. in Dresden.

magdeburgischen Stände ganz offen: die Dänen mußten sie nicht nur in den öffentlichen Versamlungen, sondern auch privatim ernstlich bearbeiten. Schon scheinen dieselben an dem Erfolge ihrer Bemühungen zu verzweifeln, als schließlich doch noch eine Bewilligung von den Ständen ausgesprochen wurde. Allein die Zahlungstermine rückte man ziemlich weit, auf Weihnachten dieses und Ostern des nächsten Jahres, hinaus. Der König hatte auf die von den niedersächsischen Kreisständen beschlossene Tripelhilfe in triplo bereits Vorschüsse gemacht. Diese Vorschüsse wollten die Stände des Erzbisthums Magdeburg an den genannten Terminen aber ohne Zinsen wider erstatten. Auch das Domcapitel hat sich damals mit der Aufbringung der Steuer einverstanden erklärt. Gustav Adolf gegenüber rühmte es sich später sogar, die Partei seiner Glaubensgenossen mit 1½ Tonnen Goldes, wie es bis dahin noch von keinem Kreisstande geschehen war, unterstützt zu haben. Daran hat man sich freilich vorher in der kritischen Zeit, wo es sich um die katholische Restitution handelte, nicht erinnern können: vor Ferdinand II. hat das Domcapitel widerholt behauptet, dem Administrator weder durch Geld, noch auf irgend eine andere Weise Vorschub geleistet, sondern ihn nur abgemahnt zu haben. Die Wahrheit wird bei diesen einander widersprechenden Behauptungen wol darin zu finden sein, daß auf dem Landtage zu Calbe ein Beitrag zu der vom Kreis bewilligten Tripelhilfe versprochen, in der That aber niemals geleistet worden ist.

In jenen Tagen nun, etwa um die Mitte des Juni oder Anfang Juli hat sich auch der Administrator dem Könige genähert, obwol uns das Einzelne der Vereinbarungen nicht weiter bekannt ist. Einem gewiegten Staatsmanne gegenüber erschien er in jenen Tagen freilich noch sehr blöde und ganz außer Fassung. Der Niederländer Kaspar v. Vosbergen ist es, welcher ihn so bezeichnet, als er ihn auf seiner Reise in das Lager zum König in Rothenburg antraf.[1] Schon damals war Christian Wilhelm die Stellung als Generallieutenant im dänisch-niedersächsischen Heere angeboten worden, er scheint sie aber abgelehnt zu haben. So ganz über Hals und über Kopf ist Christian Wilhelm seinem alten Standpuncte nicht ungetreu geworden. Er kannte die Stimmung des Capitels und der Stände, er wußte, wie erwünscht ein solcher falscher Schritt seinen katholischen Gegnern in Wien und Mainz kommen würde. Schon unterhielt er sich mit Vosbergen über eine etwaige Restitution des Erzstifts, und welche Sicherung für das Capitel in der 30 Jahr vor dem

1) Am 13./23. Juni.

passauischen Vertrage erfolgten Reformation der Stadt selbst beruhe.[1] In seiner Umgebung befand sich damals der würdige Oberst Fuchs, welchem man gleichfalls schon seit einiger Zeit eine Stellung in der evangelischen Kreisarmee angeboten hatte.

Dem Domcapitel und der Landschaft aber war diese Reise zum Könige um so verdächtiger erschienen, als sie Christian Wilhelm ohne Begleitung eines Rathes unternommen hatte. Schon jetzt fürchtete man, er werde sich länger im dänischen Lager verweilen und vielleicht sogar eine höhere militärische Charge auf sich nehmen. Wie schnell war da das Capitel mit der Mahnung an den zaudernden Landesherrn bei der Hand, sich von der niedersächsischen oder dänischen Armee wider zu trennen und zu Land und Leuten zurückzukehren!

Das ist denn nun auch bald geschehen. Schon am 26. Juni/6. Juli erklärte Christian Wilhelm von Wolmirstedt aus den Berichterstatter des Domcapitels im Betreff seines Uebertritts zum Könige für einen Verläumder.

Es war die Zeit, wo nun in Niedersachsen die Kunde von Wallensteins Annäherung anlangte. Sie schien wol den Meisten eine unmittelbare Bestätigung der Befürchtungen zu verbürgen, welche man über eine Restitution mit Waffengewalt seit zwei Jahren in diesen Territorien hegte. Selbst ein lüneburgischer Gesandter erklärte damals in Magdeburg auf seiner Rückreise aus Wien: „Wallenstein ziehe recht nach diesem Lande.“ Ueber Tische berichtete er von einem Beschlusse des Kaisers, nach welchem er sich, da er Deutschlands nun mächtig sei, zu keinem Frieden verstehen wollte, bis Fürsten und Stände um Pardon anhielten, Klöster und Stifter restituiert und Schadenersatz für die neuen Werbungen geleistet sei. Nach seiner Mittheilung hatte Tilly den Auftrag, sich Bremens, Wallenstein aber Magdeburgs zu bemächtigen.

So sah sich der Administrator jetzt zwischen den feindlichen Parteien: von der einen durch höchst verdächtige Klosterrevisionen und Restitutionsforderungen bedroht, von der andern durch Versprechungen neuer geistlicher Güter angelockt. In jenen Tagen hat er noch einmal in Wien Fürbitte für seine Länder eingelegt. In seinem Namen übergab Werner Ludwig Hahn auf Seeburg eine Denkschrift, in welcher derselbe die Hoffnung aussprach, Christian IV. werde sein Amt so führen, daß er sich in den Schranken der Executionsordnung halte, wozu er sich ja in seinem Revers verpflichtet habe. Er fügte die Bitte hinzu, der

1) Verbaal van de Ambassade van Gaspar van Vosbergen by den Koning van Denemarken 1625. S. 76.

Kaiser möge dem Kreise seine Gnade wider zuwenden und Tilly ernstlich verhindern, die Stifter Magdeburg und Halberstadt und andere Kreisstände mit Durchzügen zu beschweren. Welche Antwort hierauf erfolgte, wissen wir nicht.

Noch am 23. Juli/2. Aug. befand sich Christian Wilhelm auf der Moritzburg bei Halle. Nach des Königs Fall schien es eine kurze Zeit, als ob er von den Verhältnissen selbst zur persönlichen Leitung der ganzen Angelegenheit berufen werden würde. Er begab sich als der erste Fürst des niedersächsischen Kreises auf eine Einladung der dänischen Räthe ins Lager, um, wie es schien, unter eigner Verantwortung die letzte Entscheidung zu geben. Allein die baldige Genesung des Königs überhob ihn einer Verantwortlichkeit, für welche er noch ungeeigneter war, als der König selbst.

In jenen Tagen nun — es muß dahin gestellt bleiben, ob vor oder nach der Abreise des Administrators zum Könige — hat die fürstliche Regierung selbst noch einmal den Versuch gemacht, ihren Herrn in der Neutralität zu halten. In einer offenherzigen und von edlem Freimuth beseelten Denkschrift[1] legen die Räthe ihm ihren abweichenden Standpunct und die Gefahren, in welche er sich stürzen werde, vor Augen. Von vorn herein erklären sie den Krieg für einen offensiven, den man mit Hilfe der Kreisstände unmöglich glücklich hinausführen könne, zu dem übrigens Lüneburg, Hildesheim, Ratzeburg und Lauenburg als dissentierende Stände so wie die vier Reichsstädte nicht das Geringste beitragen würden. So sei man dem Gegner weder an Geld noch Volk „und beharrlicher Continuität" gleich und werde den Kampf nur mit fremder Hilfe bestehen können. Als das Bedauernswertheste der ganzen Lage erschien ihnen die religiöse Seite des Streites: auch sie sprachen die Befürchtung aus, daß die Katholischen den Vortheil nicht so leicht wider aus der Hand geben würden. Zuletzt erinnerten sie Christian Wilhelm auch an seine Stellung zum Domcapitel, welches unzweifelhaft bei Kaiser und Kurfürsten Verwahrung einlegen würde.

Die ausführliche Antwort des Administrators zeigt, wie zuletzt wol fürstliches Standesgefühl und eine ahnungsvolle, obwol unklare Stimme, welche ihm zuflüsterte, daß die bedeutungsvolle Sache, für welche er eintrat, trotz ihrer äußern misslichen Lage eine Zukunft habe und ihm eine Verantwortung vor den künftigen Generationen auferlege, im Ganzen den Ausschlag gegeben hat. Christian Wilhelm erklärte in seiner, einer gehobenern Auffassung nicht leicht zugänglichen Weise, er werde seinen

1) Halle 13./23. Aug.

Mund nicht „zu einem Strickbeutel machen, der in einer Stunde verschiedene Male auf und zugezogen werden könne," und sich von der Majorität der Kreisstände nicht absondern. Er stellte die Frage an seine Räthe, ob sie gewiß wüßten, daß Tilly seinen Vertrag halten würde, ob er sicher sein könnte, wenn er sich accommodiere, und erinnerte zugleich an die Folgen ähnlicher Verträge, wie des aschaffenburgischen, des östreichischen u. a. Der Markgraf von Brandenburg wollte sich nicht nachsagen lassen, daß er sich durch Stillsitzen und langes Zaudern gleichsam im Schlafe ohne Schwertschlag Hab und Güter, Weib und Kind, das Gewissen und der Seelen Seligkeit mit Gewalt habe nehmen lassen. Aber freilich er verhehlte auch seine Besorgnis vor dem Könige nicht, der seinen Sohn an Eides Statt hatte versichern lassen, daß er einen solchen Schimpf an den Kreisfürsten rächen werde, und wenn er sieben Königreiche daran setzen solle.

Bald darauf finden wir Christian Wilhelm abermals in der Umgebung des Königs und sogar im Verkehr mit dem französischen Gesandten, de la Picardiere — es war zu Riddagshausen, — so daß er damit seinen vollständigen Uebertritt zur dänischen Partei kund zu thun schien. Ein Commando nahm er freilich auch jetzt noch nicht an, und auch dem Franzosen gab er noch keinen definitiven Bescheid, sondern wies darauf hin, daß diese ganze Angelegenheit alle Kreisstände betreffe und nothwendigerweise auf dem Kreistage selbst ihre Erledigung finden müsse.[1]

Da ergriff nun die Domherrn die höchste Angst und Besorgnis: denn selbst wenn sie sich von ihrem Landesherrn absonderten, kamen sie in eine ähnliche Lage wie das Stift Halberstadt im Jahr 1623. Sie mußten befürchten, daß man energisch auf der Annahme katholischer Domherrn, ja endlich auch eines katholischen Bischofs bestehen werde. Und dann war es auch mit ihrer, der Erbherrn, Herschaft am Ende.

Vergeblich harrten jedoch die Domherrn einer Antwort auf ihre eindringlichen Mahnungen.[2] Sie sendeten in ihrer Bedrängnis den Domherrn Matthias von Hünicke mit dem Syndikus Dr. Brunner Mitte August nach Dresden. Aber auch hier war keine Hilfe. Ja der Kurfürst ließ seinen Unmuth darüber, daß man sich dem Kaiser noch nicht gefügt habe, freien Lauf: könne man denn von demselben füglich mehr begehren, als die Versicherung, daß nach der Entlassung des niedersächsischen Heeres

1) Herz. A. zu Wolfenbüttel.
2) Schreiben an den Adm. vom 30. Juli.

auch Tilly den Kreis sofort quittieren und die geistlichen Stiftungen sich keiner Gewaltthat zu befahren haben sollten?[1]

Am 27. August (a. St.) ging endlich ein reitender Bote von Egeln an Christian Wilhelm ab, welcher mit den gemessensten Weisungen an den Administrator versehen war. Sofortige Trennung von der niedersächsischen oder der dänischen Armee war ihr Hauptkern. Die Gründe, auf welche die Domherrn ihre Forderung stützten, boten ihnen ihre reichspolitischen Anschauungen und das Bewußtsein von der Unhaltbarkeit und Schwäche einer Staatsform, in welcher sie die höchste Stellung als Erbherrn für sich in Anspruch nahmen. Den erstern zu Folge hoben sie hervor, daß man es mit der höchsten, von Gott geordneten Obrigkeit zu thun habe, und behaupteten, daß man den Kaiser überhaupt nicht für einen Feind erachten könne: außerdem habe er sich hoch verpflichtet, sich der Stifter nicht anzumaßen. Gegen Tilly und Wallenstein aber in die Schranken zu treten war weder das Erzstift Magdeburg noch der niedersächsische Kreis im Stande.

Die Furcht aber, welche das Domcapitel trieb, eine neutrale Stellung für das Stift zu gewinnen, war auch der Hauptbeweggrund des Administrators, welcher ihn schließlich in die Reihe der Feinde des Kaisers hinüberführte. Er ließ dem Domcapitel die Frage vorlegen, ob sie ihm wirklich versichern könnten, daß das Erzstift durch seinen Rücktritt von den Beschlüssen der Kreisstände nicht größeren Schaden, ja den Verlust des zeitlichen und ewigen Seelenheils erleiden werde. Noch heiklicher lautete jedoch ein zweiter Punkt: der Administrator wünschte zu wissen, ob das Capitel geneigt sei, wenn der König die Oberhand behalte, und der Administrator dabei durch seine Haltung um Land und Leute komme, „ihm solchen Schaden" wider zu erstatten! Christian Wilhelm ersuchte endlich die Domherrn um „kategorische Erklärung" darüber, was sie mit ihm vornehmen würden, wenn er der einmal ergriffenen Partei treu bleibe.

Es ist klar, nicht überwallender religiöser Eifer für die in seinem eignen Stifte schwer bedrohte evangelische Sache, nicht heldenmüthiger Thatendrang und die innere Ahnung, wirre und unklare Verhältnisse durch eigne Kraft wider in Ordnung bringen zu können, haben schließlich Christian Wilhelm vorwärts getrieben. Es war der äußere Drang der Dinge, aus welchem er einen Ausweg suchte, was ihn bestimmt hat. Siegte der Kaiser, so war er verloren, mochte er nun Partei gegen ihn ergriffen haben oder nicht; behielt der Däne ohne seine, des Administrators,

1) Der Bescheid des Kurfürsten ist Krottendorf 17. Aug. datiert.

Unterstützung die Oberhand, so war es aller Wahrscheinlichkeit nach auch um seine Stifter geschehen. War es da nicht besser, sich der Partei anzuschließen, die man nun einmal hatte gründen helfen, und bei welcher im günstigen Falle nicht nur eine Sicherung des gegenwärtigen Besitzstandes, sondern auch eine Befreiung von der lästigen Mitregierung und Aufsicht der Capitel, also eine Art neuer Säcularisation zu gewinnen war? Und außerdem befriedigte ja Christian Wilhelm durch eine solche Parteinahme auch die Mahnungen eines redlichen, seiner Kraft und ihrer Grenzen sich wol bewußten Willens.

Von der alten Herzogin von Braunschweig noch besonders aufgefordert, sich gegen Wallensteins nackigtes Gesindlein, welches geringe Neigung zum Fechten, desto größere aber zum Rauben besitze, zur Wehr zu setzen, von Friedrich Ulrich schließlich gar zu Hilfe gerufen, hat der Administrator Anfang September Vertheidigungsmaßregeln ergriffen. Er erließ ferner am 22. September (a. St.), zu einer Zeit, wo Wallenstein bereits Göttingen hinter sich hatte, ein Massenaufgebot an die Ritterschaft, alle andern Lehnsleute und alle Unterthanen Mann für Mann., Allein zu einer wirklichen Landesdefensionsverfassung kann er es seinem eignen Geständnis nach nicht bringen. In den letzten Septembertagen werden erst die Städte Burg, Neuhaldensleben, Oebisfelde, Wolmirstedt und Loburg aufgeboten, deren Volk er dann in den nächsten Tagen musterte. Die Bitte Friedrich Ulrichs um Hilfe mußte er mit einem ganz gleichen Gesuch erwidern.

Nur einiges Landvolk scheint er unter seine Fahnen gesammelt zu haben. Doch vermied Christian Wilhelm auch jetzt noch eine thatsächliche Betheiligung an den Kriegswirren. Erst nach der Besetzung des Erzstifts durch Wallenstein übernahm er den Auftrag, 3000 M. für den König zu werben und sie innerhalb 6 Wochen in das Erzstift selbst als Musterplatz zu führen. Sein hierauf bezüglicher Revers trägt das Datum des 29. Octobers a. St.[1]

Der Kreistag von Braunschweig im August und September des Jahres 1625.

Trotz des Widerstandes aber, welchen die Parteinahme dieser beiden Fürsten für den protestantischen König in ihrer nächsten protestantischen Umgebung fand, tritt auf der Kreisversamlung, welche in den letzten Augustwochen zu Braunschweig abgehalten wurde, eine andere Stimmung

1) Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen.

zu Tage.[1] Hier ist von einer tiefer gehenden Spaltung nicht die Rede: der dänische Einfluß, vielleicht auch das Gefühl der Erbitterung gegen Tilly einigte hier sämtliche Stände.

Auch Tilly ließ sich bei diesem Kreistage durch Gronsfeld und Rupp vertreten. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, wie doch die Stände nach so vielen Siegen die Hand Gottes noch nicht erkennen wollten, und stellte Christian IV., welchen man unter dem Scheine der Vertheidigung des Kreises an diesen Tanz locke, mit dem Pfalzgrafen in eine Linie. Von neuem warnte er vor Auflehnung gegen das von Gott vorgesetzte oberste Haupt, und drang in die Stände, ihr eignes Volk von der Armee des Königs zurückzufordern und diesen selbst zur Räumung des Kreises zu veranlassen. Seiner Vorstellung von der Militärhoheit des Kaisers zu Folge durften weder König noch Stände ohne die ausdrückliche Genehmigung des erstern einen einzigen Mann weiter in Bestallung nehmen. Bei der Entwaffnung selbst aber sollte darauf gesehen werden, daß die Armeen keinem Führer, der nicht eine ausdrückliche Bewilligung vom Kaiser habe, zugeführt würden. Fügen sich dem die Stände und der König, wol und gut, dann werden sie desto eher der großen Gefahr enthoben: bleibt aber der König allein in den Waffen, dann wollen die Stände nur auf die Seite des Kaisers treten, damit jenem alle Pässe und Subsistenzmittel entzogen werden. Gibt keiner der beiden Verbündeten nach, dann werden sie trotz der herannahenden kaiserlichen Armee den Kreis geradezu zum Sitz des neuen Kampfes machen.

Ueber diese Forderungen aber äußerten die Stände ihr Befremden um so unverholener, als Tilly nicht einmal im Besitz einer kaiserlichen Vollmacht war, und der Kaiser ja selbst die Bewaffnung innerhalb der gesetzmäßigen Grenzen nicht gemißbilligt hatte.

Noch einmal berief man sich ferner auf die augenscheinlichen Beweise der Loyalität, als man im Jahr 1621 der Union die Hilfe versagte und sogar die Mannschaften Christians von Braunschweig trennte und sich zwei Jahre darauf mit Tilly gegen den jungen Herzog wendete. Den Vorwurf, die Kreisdefension sei nur ein Scheinwerk, wiesen die Stände von sich und erkannten auch den Kaiser ausdrücklich als höchstes Haupt des Reichs in weltlichen Dingen an: nur in dem, was das ewige Heil und der Seelen Seligkeit betrifft, berufen sie sich auf den Religionsfrieden.

---

1) Eigendliche Verhandlung des Creiß Tages, So im Augusto dieses 1625. Jahrs zu Braunschweig gehalten . . . Gedruckt im Jahr Christi, M. DC. XXV. 4. 18 Bl.

Die sehr gewundene, wenig durchsichtige Erklärung der katholischen Bevollmächtigten ist vom 25. Aug./4. Sept.: schon am Tage vorher war von ihnen ein kaiserliches Originalschreiben an Tilly an Stelle der geforderten Vollmacht überreicht worden. Man ersah unter anderm aus demselben, daß Tilly den Befehl zum Einrücken erlassen hatte, bevor den Ständen eine Mittheilung davon zugegangen war.

In ihrer Hauptresolution (30. Aug. a. St.) weisen die Stände gerade die Forderung, um deren Erfüllung es dem katholischen General am meisten zu thun war, mit voller Entschiedenheit zurück. Wol wollen sie die Verfasser und Verbreiter von Schmähschriften, welche Tilly die unerhörtesten Grausamkeiten Schuld gaben und seine Soldaten papistische Bluthunde nannten, zur Strafe ziehen, aber einer historischen Darstellung der Vorgänge damit keineswegs in den Weg treten. Noch jetzt, behaupten sie, sei ihr Zweck kein anderer, als sich mit ihrer Kreisdefension innerhalb ihres Gebietes zu halten und niemand zu beleidigen, geschweige denn den Pfalzgrafen mit Gewalt wider einzusetzen oder gar sich mit den Feinden des Kaisers zu verbinden. Die Wahl des Königs vertheidigen sie auch mit dem Beispiel Christians III.: die Vermehrung seiner Streitkräfte bedinge die Nähe der ligistischen Armee. Das ihnen gleichfalls streitig gemachte Recht, fremde Gesandte zu empfangen, behaupten sie hartnäckig.

Und wie sollen die Stände jetzt gerade entwaffnen, wo Tilly ihnen Wallensteins Herannahen anzeigt? Nur wenn er selbst den Kreis verläßt, alle Plätze restituiert, Bürgschaft ertheilt, daß der Kreis in Religionssachen nicht beschwert wird, und wenn streitige Punkte einem Reichstage vorbehalten bleiben, nur dann werden sie den König zur Abdankung bewegen und im Weigerungsfalle auf Grund eines kaiserlichen Schreibens an alle Stände in einer neuen Versamlung zur „Pacificationshandlung" schreiten. Für diese soll auch der Kurfürst von Sachsen gewonnen werden. Mit diesem Resultate des Kreistags konnte sich also der König vollständig zufrieden erklären.

Verhandlungen des Kaisers Ferdinand II. mit Maximilian und der Liga.

Während schon von beiden Seiten die Entscheidung der Waffen eifrigst vorbereitet wurde, zeigte Maximilian von Baiern doch auch noch Neigung zu einem friedlichen Ausgleich, welche aller Wahrscheinlichkeit nach durch Frankreich gestärkt wurde. Er ließ durch seinen Oberstkanzler Donnersperg bei Ferdinand II. den Antrag stellen, den Pater Hyacinth nach Paris zu

senden, um die von England aufgestellten Forderungen für eine Restitution des Pfalzgrafen aus der Hand Ludwigs XIII. entgegen zu nehmen.[1] Die Vertragsbedingungen sollten nach ihrer Genehmigung durch den Kurfürsten auch den Reichsständen vorgelegt werden. Maximilian versicherte dem Kaiser ausdrücklich, der Pater würde weder in Deutschland noch in Frankreich etwas dem habsburgischen Hause Nachtheiliges vornehmen. Lange Zeit zur Ueberlegung wollte freilich der Kurfürst dem Kaiser nicht gewähren, da der Pater auf der Stelle von Rom aufbrechen sollte.

Trotzdem wurde Donnersperg nicht sofort beschieden, weil Fürst Eggenberg sich zufällig in Graz aufhielt. Auch der Kaiser samt den anwesenden Räthen und dem spanischen Gesandten äußerten übrigens ein sehr lebhaftes Verlangen nach Frieden. Ferdinand gestand dem bairischen Diplomaten offen, daß es die höchste Zeit sei, mit Ehren aus dem Handel zu kommen. Befürchtete er doch nach der Zurückweisung des Heiratsantrags Bethlen Gabors einen unmittelbar bevorstehenden neuen ungarischen Krieg. Strahlendorf aber und andere Räthe fanden die Kriegslast auf die Dauer sowol für den Kaiser wie für die Katholischen zu schwer und besorgten auch nach einer Niederlage Christians IV. nur neue feindliche Bewegungen.

Allein auch die friedliche Beilegung der Wirren war mit Schwierigkeiten verbunden. Oder hatte man nach derselben noch irgend ein Recht, der neuen Armee den niedersächsischen Kreis zum Quartier anzuweisen, und wohin sonst konnte man sie nach der Entwaffnung des Kreises verlegen? Schließlich warfen die Räthe den Gedanken hin, daß etwa Kurmainz, Würzburg, Sachsen und Hessen die Verhandlungen in Angriff nehmen und dem Kaiser nebst den Kurfürsten und Ständen zum Abschluß übergeben sollten. Der spanische Gesandte verstieg sich sogar zu der Betheuerung, man möge auf Seite des Kaisers und Maximilians zum Frieden noch so sehr gewillt sein, die Geneigtheit seines Königs und der Infantin sei doch noch größer. Er berief sich förmlich darauf, wie oft sich Philipp IV. schon gegen den Kaiser zur Rückgabe der Pfalz erboten habe. Die kurfürstliche Würde wollte er freilich Friedrich auch nicht wider einräumen; im Uebrigen schien er den Papst als Vermittler zwischen den drei katholischen Großmächten, dem Kaiser, Spanien und Frankreich in Aussicht zu nehmen. Der Kaiser selbst war Anfangs der Sendung des Paters nicht gerade abgeneigt, allein auf Eggenbergs ausdrücklichen

1) Hurter IX. 386. Dazu „Des von Donnersperg Churb. Obr.-Canzlers Commission am kais. Hof zu Wien 1625. Kgl. St.-A. in München 3/11. u. Mainzer Corresp. a. a. O. 33/12.

Rath, sich nicht „in specialia“ mit Maximilian einzulassen, sondern „in generalioribus“ zu verbleiben, lehnte er den Vorschlag ab. Eggenberg gab dem Kaiser anheim, unter Versicherung seiner Friedensliebe sich abermals zum persönlichen Besuch des Deputationstags zu verpflichten, im Uebrigen aber im Betreff der wirklichen Restitution des Pfalzgrafen oder seiner Kinder sich mit seiner Unkenntnis der Forderungen und der Anerbietungen Friedrichs sowie der Kurfürsten zu entschuldigen. Insonderheit aber müsse der Kaiser das Gutachten der Kurfürsten „als seiner allergeheimsten Räthe“ hören.[1]

Aus dieser Antwort tritt uns die grundsätzliche Abneigung des kaiserlichen Politikers, durch Frankreichs Vermittelung mit Hintansetzung Spaniens den Frieden anzubahnen, ganz unverhüllt hervor.

Donnersperg hatte auch den Auftrag, Ferdinand II. durch Mittheilungen über die Pläne Ludwigs XIII. im Betreff einer Gebietserweiterung im Westen zu schrecken. Schon jetzt sprach man von den Absichten der Königin-Mutter und Richelieus, die französischen Grenzen bis an den Rhein vorzuschieben, was man durch vollständige Einverleibung der Bisthümer leicht zu erreichen hoffte. Man kannte ferner in München gewisse durch einen Herrn v. Marcheville eingeleitete geheime Verhandlungen mit dem Erzherzog Leopold, in welchen es sich um Zusicherungen der Franzosen an den Erzherzog für das Veltlin und als Gegenleistung des letzteren um den Beitritt zu dem französischen Plane über die Restitution der Pfalz handelte. Diese Anerbietungen Frankreichs erklärte Donnersperg als einen augenscheinlichen Betrug und wies im Gegensatz hierzu darauf hin, wie sich dasselbe nicht nur der Stifter bemächtige, sondern damit auch dem Rhein nähere. Maximilian beschwerte sich ferner, daß ihn der Erzherzog um den Glauben des Kaisers an seine Aufrichtigkeit bringen wolle, und nannte in diesem Zusammenhange auch noch die beiden spanischen Grafen Gondomar und Ognate. Er gab dem schmerzlichen Gefühle Ausdruck, daß ihm mit Undank gelohnt werde.

Ferdinand beruhigte jedoch den bairischen Kanzler schon in der ersten Audienz[2] und gab ihm die Versicherung, daß ihn niemand von dem Kurfürsten trennen werde, daß seine Geheimen Räthe so gut bairisch wie kaiserlich seien. Er desavouierte ferner seinen im Reden so vorschnellen Bruder, welcher alles nach seinem Kopf durchzusetzen versuche, und verscheuchte auch alle Befürchtungen des Kanzlers im Betreff Gondomars, dessen Einfluß in Spanien er als gering bezeichnete: derselbe werde

1) Eggenberg an den Kaiser Graz 23. August.
2) Der Bericht über dieselbe ist Neustadt den 18. Aug. datiert.

sicherlich, nachdem er in England alles verdorben habe, nicht zum Kaiser, allem Vermuthen nach aber auch nicht zum Tage von Ulm kommen.

Maximilian aber hatte sich doch wol auch eine tüchtige Strecke in diese Netze französischer Machinationen verwickeln lassen. Er bot dem Kaiser einen Ausgleich mit England und der Pfalz durch französische Vermittelung und hielt ihm zugleich das Schreckbild einer Verbindung Frankreichs mit einem Erzherzog und eine die vorderöstreichischen Lande gefährdende Gebietsausdehnung des Nachbarreichs vor die Augen.

Ferdinand II. betonte dagegen die Schwierigkeit derartiger Unternehmungen Frankreichs gegen Westen während eines Krieges im eignen Lande und in Italien und erinnerte Maximilian ohne irgend welche Scheu an seine eignen geheimen Verbindungen mit dem französischen Hofe. Er wollte Nachrichten haben, nach welchen sich Frankreich um ein so gutes Einverständnis mit Maximilian bemühe, wie er es nur selbst begehre, „indem man dem Kurfürsten werde charta bianca schicken, seine Bedingungen darauf zu setzen.“[1] Als den Zweck dieser französischen Lockungen bezeichnete er die Absicht, den Kurfürsten zum Nachtheil der katholischen Sache dem östreichischen Hause abwendig zu machen.

Der Kurfürst war geradsinnig genug, diese Verbindung, welche ja auch im Augenblicke noch bestand, einzugestehen und deutete sogar auf die ersprießlichen Folgen derselben und zwar mit gutem Grunde hin. Allein er bekannte auch, daß er die Anerbietungen Frankreichs bisher nicht so weit angenommen habe, „daß er sich vom Kaiser und seinem Hause abgesondert hätte,“ und ertheilte außerdem ziemlich beruhigende Versicherungen für die Zukunft. Allein eine Warnung konnte er doch nicht unterdrücken: „man möge ihm von Seiten Spaniens und anderwärts nicht Veranlassung geben, sich und seine Sache anders zu verwahren.“[2]

Offenbar also war dem Kurfürsten der dauernde Aufenthalt der Spanier in der Pfalz ebenso peinlich wie Frankreich; allein sich deshalb vollständig vom Hause Habsburg abzuwenden, kam ihm trotzdem nicht in den Sinn. Ja er machte sogar in einer ausführlichen Denkschrift (vom 4. September) dem Kaiser die bedeutungsvollsten Zugeständnisse. Ferdinand II. soll dem Pfalzgrafen seine Gnade anbieten, aber so daß er auch allein die Bedingungen, unter welchen Friedrich seine Lande wider erhält, festsetzt. Dieses Anerbieten wird zuerst Kursachsen, dann Brandenburg und den übrigen deutschen Ständen zur Billigung zugestellt. Darauf kommt die

1) Donnersperg an den Kurfürsten 26. August.
2) Maximilian an Donnersperg 4. September.

Sache vor den König von England, welcher, falls er sich nicht fügen sollte, mit dem ganzen römischen Reich bedroht wird. Auf diese Weise werden nicht nur noch mehr katholische Stände, sondern auch Kursachsen und andre protestantische Staaten für die Sache des Kaisers gewonnen werden. Freilich aber soll diese Aufforderung erst dann an Kursachsen gerichtet werden, wenn sich Tilly eines dänischen Sieges oder vielmehr der Vernichtung der Dänen rühmen kann. Dann wird sich Sachsen leicht fügen, und im Weigerungsfalle erklärt man ihm, die Sache ihrem eignen Laufe zu überlassen.

Noch vor der Abfassung dieser Denkschrift hatte Donnersperg eine Besprechung mit Strahlendorf, in welcher dieser die thatsächlichen Schwierigkeiten, mit welchen die Rückkehr des Pfalzgrafen in seine Lande verknüpft waren, darlegte. Sie beruhten zumeist in den hohen Entschädigungssummen, welche sowol der Kaiser wie Baiern und Sachsen für die Kriegführung beanspruchten. Die Forderungen des ersten betrugen 10 Millionen Thaler, während Baiern 12 Millionen und Sachsen 4 beanspruchte. Ohne Gebietsabtretungen, meinte Strahlendorf, werde der Pfalzgraf diesen Forderungen nicht gerecht werden können. Und diesem Urtheil trat auch Donnersperg bei. Er gestand dem Kaiser daher das Recht des Pfandbesitzes der pfälzischen Länder zu, gab aber auch zu bedenken, ob dann überhaupt noch so viel übrig bleiben werde, daß der Kurfürst seinen standesmäßigen Unterhalt bestreiten, die rückständigen Kriegskosten zahlen und die verpfändeten Länder wider einlösen könne.

Auf jeden Fall aber beanspruchte Maximilian kraft der bereits vollzogenen Investitur die Kur und zwar nicht blos für seine eigne Person, sondern auch für seinen damals als Erben betrachteten Vetter Herzog Wilhelm. Er weigerte sich daher, die ganze Restitutionsangelegenheit einem schiedsrichterlichen Spruche von Mainz und Sachsen anheim zu geben: ja er bestritt dem Kaiser sogar die Berechtigung zur Ernennung derartiger Schiedsrichter.

Und so verliefen denn allmählich die Verhandlungen im Sande. Am 10. September, also ungefähr eine Woche nachdem Wallenstein Eger verlassen hatte, äußerten sich die Geheimen Räthe dahin, man werde jetzt schwerlich feste Entschlüsse fassen können, da sich ja der Stand der Angelegenheiten täglich ändere. Der Kaiser, bei welchem so eben ein neuer Vorschlag des Herzogs von Würtemberg auf vollständige Restitution eingelaufen war, gab die Entscheidung dem Deputationstag anheim. Es kam dazu, daß man gerade in jenen Tagen von der neuen Brautwerbung Bethlen Gabors in Brandenburg Kunde erhielt und nun um so sicherer eine neue Bewegung in Ungarn befürchtete.

Wenn daher Maximilian mit seinen Anträgen den Zweck verbunden hat, den Anmarsch eines östreichischen Heeres nach Mitteldeutschland, den er selbst früher so eifrig gefordert hatte, nun nach einer tieferen Einsicht in die politischen Verhältnisse Deutschlands und nachdem der Versuch Christians IV., alle niedersächsischen Stände und Fürsten wie im Flug mit sich fortzureißen, gescheitert war, aufzuhalten oder wol gar rückgängig zu machen, so hat er damit ein vollständiges Fiasco erlitten. Nun war man in Wien entschlossen, wenigstens auf ganz gleichem Fuße mit Maximilian die schwebenden Fragen zu lösen und möglichst eigne Wege zu wandeln.

Dies ergibt sich auch aus dem Verlauf von Verhandlungen, welche um dieselbe Zeit von Mainz mit dem Kaiser gepflogen wurden.[1]

Der bereits erwähnte Beichtvater des Kurfürsten, Pater Ziegler, erstattete Maximilian die mündliche Anzeige, daß Johann Georg nun wirklich den Besuch des Deputationstags zugesagt und sich auch mit dem gewählten Orte, Ulm, einverstanden erklärt habe. Allein er hatte die Zusage von der Abführung des kaiserlichen Kriegsvolks abhängig gemacht. Es war nun die Frage, ob man auch so noch auf dem Deputationstage beharren dürfe, und wie weit etwa der Termin hinauszuschieben sei, oder ob man einen andern Ausweg suchen müsse. Auch wünschte der mainzer Kurfürst Maximilians Ansicht darüber zu vernehmen, ob man sich nicht von den lästigen Einschränkungen, welchen sich die Katholischen im passauer Vertrag hatten fügen müssen, bei so günstiger Gelegenheit befreien könne. Auf das Gutbefinden Maximilians sollte Pater Ziegler dann auch nach Wien gehn.

Der Jesuitenpater hat nun dem Kurfürsten von Baiern eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet, aus welchen überall hervorgeht, wie lieb es jetzt Mainz gewesen wäre, wenn Baiern seine bisherige Rolle in Deutschland weiter gespielt hätte.

Mainz begehrte nichts weniger, als daß Ferdinand II. Tilly beauftragen sollte, sich nicht nur der Stifter Magdeburg und Halberstadt, sondern überhaupt aller derjenigen Bisthümer zu versichern, deren Inhaber sich an der dänischen Kriegsverfassung betheiligt hatten. Die katholische Restauration sollte sofort in Angriff genommen, und „die Justiz wirklich administriert werden." Um Johann Georgs Befürchtungen, daß die Reihe endlich auch an ihn kommen werde, niederzuschlagen, gab Mainz dem Kaiser anheim, demselben gewisse geheime Zusagen im Betreff seines ungestörten Besitzrechts zu ertheilen. Vor allem aber beantragte Mainz die sofortige

1) Diese ganze Angelegenheit ist nach den Acten der mainz. Correspondenz 1625 33/12 (Kgl. St.-A. in München) dargestellt.

Vollstreckung der Execution gegen Magdeburg und Halberstadt, welche seinem Vorschlage nach nicht Wallenstein, sondern Tilly zu übertragen war.

Allein selbst Maximilian hielt ein derartiges Vorgehen für verfrüht und glaubte auch, daß die Verhältnisse Tilly von selbst zum Einmarsch in Halberstadt veranlassen würden.

Gegen Christian von Braunschweig sollte der Kaiser nach Zieglers Vorschlag nochmals ein Abberufungsmandat vom Heere Mansfelds erlassen und bei weiterem Ungehorsam gegen denselben wie gegen einen Landfriedensbrecher verfahren: das Successionsrecht im Herzogthum Wolfenbüttel wollte er jedoch Christian dem Aeltern wahren. Endlich warf Ziegler auch die Frage auf, ob nicht dem Landgrafen Ludwig das Oberstenamt im oberrheinischen Kreise zu übertragen sei.

Maximilian genehmigte mit der eben erwähnten Ausnahme die meisten Vorschläge seines geistlichen Mitkurfürsten,[1] und Pater Ziegler begab sich darauf nach Wien.

Man wird nicht verkennen, daß die Ausführung dieser Vorschläge die politischen Verhältnisse Mitteldeutschlands in eine noch größere Verwirrung gebracht haben würden. Der Kaiser hätte durch die Ertheilung eines solchen Executionsmandats an Tilly und das ligistische Heer seine Sache abermals aufs engste mit dem ligistischen Bunde und seinem Oberhaupte verknüpft. Er hätte zunächst alle protestantischen Inhaber von Domherrnstellen und andern Pfründen, welche dem kanonischen Recht wider unterstellt werden konnten, mit größerer oder geringerer Gewalt ihrer Stellen entsetzen und in Domcapitel und Klöster die Altgläubigen unter dem Druck der Waffen wider zurückführen müssen. Er hätte dann einen Religionskrieg im eigentlichsten Sinne des Worts zu führen gehabt, dessen Folgen unübersehbar waren.

Von einem so radicalen Verfahren mußte jedoch das wiener Kabinet nicht nur aus dem Mangel materieller Mittel oder aus Abneigung, sich Baiern noch tiefer zu verpflichten, sondern auch weil es Wallenstein nicht wider zurückrufen und noch weniger ohne Entschädigung entlassen konnte, Abstand nehmen.

Der Kaiser lehnte daher eine hierauf gerichtete Zumuthung des mainzer Kurfürsten mit der Erklärung ab, daß er ja vor der Aufstellung auch nur eines einzigen Mannes von den neuen Rüstungen Mittheilungen gemacht habe. Nochmals erklärte er seine Geneigtheit zum Deputationstag, auf welchen der Kurfürst von Sachsen England ausdrücklich ver-

1) Maximilian an den Kurf. v. Mainz München 21. September. Kgl. St.-A. in München. Mainz. Corresp. 1625 33/12.

wiesen hatte, und beauftragte Mainz mit der Bestimmung eines Termins. Dasselbe sollte auch durch Ludwig von Hessen auf Johann Georg einwirken, damit derselbe ja nicht auf dem Reichstage beharren möge. Im Betreff dieses Deputationstags gab er dann noch das Versprechen, daß er nicht zu Ende gehen solle, ohne daß man des Friedens halber einen Schluß gemacht habe, welcher dem Reichstage vorgelegt werden könnte. Würde freilich Johann Georg nicht auf dem erstern erscheinen, so wußte man in Wien keinen Rath mehr: man erwartete dann Vorschläge vom Landgrafen Ludwig.

Mainz hatte ferner im Einvernehmen mit Maximilian einen vernehmlichen Tadel über die widerholten Zusicherungen des Kaisers im Betreff der territorialen und confessionellen Verhältnisse der Stifter ausgesprochen. Dagegen behauptete Ferdinand II., nur Tillys Vergleich „der Stifter halber," — er meinte damit die Verhandlungen aus dem Jahre 1623, — bestätigt und also einer zukünftigen Restauration nicht vorgegriffen zu haben. Allein von einem förmlichen Executionsmandat an Tilly ist in seiner Antwort keine Rede. Man wollte in Wien erst den Verlauf des Kreistags von Braunschweig abwarten, um über die Betheiligung der Stifter an den dänischen Rüstungen ins Klare zu kommen und berief sich außerdem auf gemessene Befehle an Wallenstein und Tilly, „*wessen sie sich auf solchen Fall nicht allein der Stifter, sondern auch anderer Fürstenthümer und Stände halber verhalten sollten, welchem dann J. K. M. zu inhärieren viel nutzlicher erachten, als der Stifter halber absonderlichen Befehl ergehn zu lassen.*"

Diese etwas dunkeln Worte erfahren bei der Frage, ob es angemessen sei, Tilly ein besonderes Executionsmandat gegen Magdeburg und Halberstadt wegen ihrer Weigerung, katholische Pfründenbewerber aufzunehmen, zu ertheilen, eine nähere Erörterung. Der Kaiser erklärt hier ganz offen, er habe eben die Execution bis jetzt vermieden, damit es nicht den Anschein gewinne, „*als wäre dies die einzige mira Ihrer K. M. Kriegspräparation, sich der Stifter zu bemächtigen*, und damit der niedersächsische Kreis aus diesem Grunde keine Veranlassung zu gefährlicher Verfassung nehmen könne." Schließlich aber macht er darauf aufmerksam, daß man sich ja der Stifter auch in anderer Form versichern und die *kaiserliche* Armee in dieselbe einquartieren könne. Dann werde sich die Execution von selbst geben und auch ohne eine förmliche Absetzung der protestantischen Pfründeninhaber erfolgen können.

Offenbar also gedachte man in Wien von vornherein sich an den Stiftern schadlos zu halten und hütete sich wol, durch vorschnelles Drängen

in der confessionellen Frage die Kräfte des Widerstandes der Zahl und der innern Stärke nach zu erhöhen. Den Erlaß eines Mandats gegen Christian von Braunschweig bezeichnete Ferdinand II. als völlig überflüssig, „weil er mit dem Recht keine Gemeinschaft;" für den Fall, daß der kinderlose Herzog Friedrich Ulrich sterben sollte, hatte er der kaiserlichen Armee Auftrag gegeben, sich seines Herzogthums zu bemächtigen, obwol man dem Herzog Christian dem Aeltern sein Lehnrecht sichern und dasselbe auch durch diese Einlagerung nicht schädigen wollte.

Die übrigen Vorschläge des Kurfürsten von Mainz lehnte Ferdinand II. ohne weiteres ab. Er hielt Johann Georg durch den passauer Vertrag für hinreichend gesichert und war auch nicht geneigt, den Landgrafen Moriz durch die Entziehung des Kreisoberstenamtes noch mehr zu reizen.

Indessen ließ Mainz von seinem Bemühen, der Entscheidung der Waffen durch einen Vergleich auf jenem nun so wenig wahrscheinlichen Deputationstage zuvorzukommen, trotzdem nicht ab. Nach dem Eintreffen einer neuen Zusage Johann Georgs[1] hat der Kurfürst Ende September Maximilian abermals aufgefordert, seinen Einfluß auf den Kaiser nach dieser Richtung hin energisch zur Geltung zu bringen und hat auch Kursachsen nochmals eingeladen.[2] In der sächsischen Erklärung war hauptsächlich die Rücksichtnahme auf die auswärtigen Mächte, welche man auf diesen Tag vertröstet hatte, betont worden.

Auch Maximilian scheint abermals in Wien gedrängt zu haben.

Jedoch Wallensteins Vorrücken hat schließlich auch diese schwachen, von Wien aus seit Monaten mehr zum Schein genährten Friedenshoffnungen, welche sich an diese Verhandlungen knüpfen mochten, zerstört. Johann Georg zog darauf sein Wort zurück: er wollte nur persönlich erscheinen, nachdem die Kriegsgefahr im niedersächsischen Kreise beseitigt sei.

Alle diese Vermittelungs- und Ausgleichsversuche hat Maximilian nicht ohne Rücksicht auf Frankreich, vielleicht sogar auf eine directe oder indirecte Veranlassung desselben unternommen. Schon im August hatte ihm ja Leuker die beunruhigende Nachricht mitgetheilt, daß man in Rom damit umgehe, einen Frieden, aber mit Ausschluß der deutschen Angelegenheiten, zwischen den beiden romanischen Staaten herbeizuführen, nach welchem Ludwig XIII. vollständig freie Hand zur Restitution des Pfalzgrafen gelassen wurde.

---

1) Schreiben vom 20. Sept. n. St.

2) Khevenhiller X. 759.

Christian IV. in Hameln und der Rückzug des dänischen Heeres.

Während seines Aufenthalts in Hameln bemühte sich Christian IV. nach Kräften die Vertheidigungswerke der Stadt zu verstärken. Um eine Mauer auszubessern, hatte man nun den Wall aufgegraben und die Stelle mit Brettern bedeckt. Diesen Theil des Walles unterzog der König eines Abends (20./30. Juli), seiner besten Kräfte vielleicht nicht ganz mächtig, einer Besichtigung. Als jedoch sein Pferd, ein kleiner weißer Zelter, über die Bretter hinwegschritt, wurde es über den dumpfen Klang unruhig, schob die Bretter auseinander und stürzte in die Tiefe.[1] Sprach- und besinnungslos hob man den König auf und trug ihn in sein Quartier.

Der Unfall verbreitete natürlich im dänischen Hauptquartier die höchste Bestürzung. Da man nicht ahnen konnte, daß sich der König so bald erholen würde, mußte man sich die Frage vorlegen, wer an seiner Stelle das Commando über das Heer führen und die diplomatischen Verhandlungen leiten sollte. Am Tage vor dem unglücklichen Ereignis war Friedrich Ulrich in Hameln angelangt, jedenfalls um die Hilfe des Königs gegen Tilly in Anspruch zu nehmen, der gerade wenige Tage vorher mit seinen ausgehungerten Rotten über die Weser eingebrochen war. Konnte aber die Oberleitung des Ganzen in die Hände dieses oder irgend eines andern Kreisfürsten übergehen, ohne daß man die ganze Kriegsverfassung und noch mehr das dänische Interesse überhaupt den größten Gefahren aussetzte?

Das dänische Hauptquartier scheint diese Frage verneint zu haben, denn es ergriff sofort selbst die Zügel der Gewalt und knüpfte unter Mittheilung des traurigen Ereignisses mit Tilly Unterhandlungen an. Mußte man doch fürchten, daß die Stände die Gelegenheit geradezu zum Abfall von dem Könige benutzen könnten. Die Kriegscommissare Pogwisch und Penz übergaben darauf Tilly in Holzminden eine von Gert v. Rantzau,

1) Dem Berichte Gronsfelds (Der erneuwerte Teutsche FLORUS . . . Amsterdam, . . . 1647, S. 94) mochte ich gegen die mehrfach bezeugte Ueberlieferung nicht folgen. Gronsfeld erzählt: „weiln aber die maur wegen der Schwere etwas anfangen zu weichen, hat man die Brust-wehr an selbigem Ort uf 4 schritt lang abgenommen: damit die schwere last der erden die mauern nicht gantz und gar in den Graben trücke. Wie nun der König voller weise bey finsterer nacht über die Brust-wehr herummerritte, und eben an dieses Loch kam, fällt das pferd mit ihm herunder auf einen breiten steinern fuß: da dann das pferd alsobald ins wasser gesprungen und auf jener seiten ins feld außgeschwommen."

Ulfeld und Buchwald unterzeichnete Denkschrift, in welcher die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Kreisstände demnächst Verhandlungen über die Versicherung des Religion- und Profanfriedens und die Befreiung von den Kriegsbeschwerden anknüpfen würden, welche die Kreisdefension vollständig entbehrlich machen dürften. Sie theilten außerdem mit, daß sie dem Administrator von Magdeburg Anzeige von der Sachlage gemacht hätten und stellten dessen baldiges Eintreffen bei dem Heere in Aussicht. Ihr Hauptgesuch war natürlich auf eine sofortige Waffenruhe gerichtet.[1] Auch eine Gesandtschaft des Kreises, aus Joachim v. Rheden und Leo Freitag bestehend, stellte sich damals ein, um Protest gegen Tillys Ueberfall einzulegen.

Tilly begab sich jedoch des Vortheils, in welchen ihn der unvermuthete Zwischenfall gesetzt hatte, keineswegs.[2] Er bemängelte mit Grund die Vollmachten der dänischen Diplomaten, welche sich ja eigenthümlich genug weder auf einen Auftrag des Königs noch eines Kreisfürsten berufen konnten, und forderte mit Nachdruck die Niederlegung der Waffen, widrigenfalls er selbst zur Entwaffnung schreiten würde. Da jedoch der König noch immer in einem Zustande war, daß man ihn mit allen Geschäften verschonen mußte, blieb den Räthen nichts weiter übrig, als den Rückzug auf eigne Verantwortung anzutreten. Sie gaben Tilly als Zweck desselben die Erleichterung der Verhandlungen an und sprachen die Hoffnung aus, daß er selbst nichts der Eröffnung gütlicher Vereinbarungen Zuwiderlaufendes beginnen werde.[3]

Friedrich Ulrich folgte natürlich dem Heere nicht, sondern kehrte schleunigst nach Wolfenbüttel zurück, wo ihn der auf die Schreckensbotschaft herbeieilende Administrator bereits wider antraf. Die Nachrichten, welche Christian Wilhelm in Wolfenbüttel empfing, bewogen denselben gleichfalls die Weiterreise einzustellen und den König mit dem Heere seinem Schicksale zu überlassen.

Und so brach denn Christian IV. am 25. Juli/4. Aug. von Hameln auf und begab sich über Rinteln und Petershagen nach Hoya und von da nach Verden, wo sich auch bald zwei königliche Prinzen einstellten. Hier hat er bis etwa in die dritte Augustwoche seine Genesung abgewartet; als ihn um diese Zeit Aitzema besuchte, fand er ihn noch im Bett.[4]

1) Die Denkschrift (vom 22. Juli/1. Aug.) findet sich bei Londorp III. (A. v. J. 1668) S. 817.

2) Tillys abschlägliche Antwort ist Holzminden 2. Aug. n. St. datiert. Londorp III. (A. v. J. 1668) S. 817. 818.

3) Hameln 24. Juli/3. Aug. Londorp III. S. 819.

4) Aitzema an die G.-St. Hamburg 6./16. Aug. 1625.

Das Heer verließ Hameln einen Tag später und folgte dem Könige bis nach Verden, um hinter der Aller Cantonnements zu beziehen. Die Nachhut führte Johann Ernst von Weimar, der sich zugleich bemühte, die festen Plätze vor dem nachrückenden Tilly möglichst zu sichern.

Von diesen kleinen, sehr schwach besetzten, aber sehr wichtigen Weserfestungen ging Hameln zuerst wider verloren. Fünf Tage nur leistete die Stadt dem ligistischen Heere Widerstand; als ihr Tilly das Wasser abgegraben hatte, ergab sie sich. Nach einer Abstimmung der Bürger, welche für Tillys Aufnahme günstig ausfiel, mußte der braunschweigische Commissarius v. Hake capitulieren. Tilly schloß einen Vertrag mit der Stadt (12. Aug. n. St.), durch welchen ihm eine Besatzung von 2 Compagnien oder 600 M. Fußvolk zugestanden wurde. Allein einige Wochen darauf wurde dieselbe auf 2000 M. zu Fuß und 400 Reiter erhöht.

Von Hameln marschierte Tilly auf Minden, welches er trotz des Sträubens der Bürgerschaft gleichfalls mit 300 M. besetzte. Als aber diese die Bürgerschaft nicht im Zaume zu halten vermochten, und man ihnen nicht einmal zugleich mit den Bürgern die Wache in den Thoren anvertrauen wollte, verstärkte der General diese 300 M. bis zur Höhe von 3 Compagnien.

Darauf lagerte sich das katholische Heer vor Stolzenau, welches etwa 250 M. dänisches Fußvolk unter zwei dänischen Capitainen Pleff und Abraham besetzt hielten. Ihr Widerstand währte nur kurze Zeit. Als die Offiziere die Erfolglosigkeit desselben inne wurden, schlossen sie einen Accord, 20./30. Aug.,[1] mit Tilly und sicherten sich freien Abzug mit militärischen Ehren. Man fand in der kleinen Festung allein 25 metallene Kanonen. Ihr Commandant erhielt bei seinem Erscheinen im dänischen Lager zu Verden den Strang.

Der Herzog von Weimar befand sich in der dritten Augustwoche in der stark besetzten lüneburgischen Festung Nienburg, deren sich der Oberst Limbach einige Zeit zuvor bemächtigt hatte. Der umsichtigen und energischen Thätigkeit Johann Ernsts und der Unbekanntschaft Tillys mit den Zuständen der dänischen Nachhut ist es nur zuzuschreiben, daß der Rückzug überhaupt noch so glücklich von Statten ging. Aber freilich beschlich auch den jungen Fürsten jetzt bange Besorgnis. In treuherziger Aufrichtigkeit gesteht er dem Könige: „Die Verantwortung ist zu schwer und meine Capacität zu gering. Derowegen ich

1) Nyerup 138. Doch wird auch der 15./25. Aug. genannt.

wol wünschen möchte, daß mehr Erfahrene bei dem Werke, dann ich anitzo nun ganz alleine. E. M. aber thun mir nur die Gnade und befehlen mir bei Nerprahten eigentlich, was ich thun soll, dann sonder gemessenen Befehlig ich eine schwere Verantwortung stehe." Er getraut sich Nienburg und das rechte Weserufer wol eine Zeit lang zu vertheidigen, hält es jedoch für unmöglich, mit seiner Reiterei der ganzen tilly'schen Macht gegenüber aufzukommen. Unablässig treibt er daher den König zum Handeln: er soll Neustadt, in welches Kurt Plate v. Gehl nach einem Vertrage mit dem lüneburgischen Amtmann (11./22. Aug.) eine Besatzung gebracht hatte, mit Munition und Proviant versorgen, Rethem besser verwahren und einen Ingenieur dahin schicken, seine Verschanzungen zwischen Aller und Weser verstärken und auch vor dem mit lüneburgischem Landvolke besetzten Hoya eine Schanze aufwerfen. Ja er muß den König sogar um Ordre bitten, wie weit er sich mit Tillys Armee einlassen, und wohin er im Fall der Noth seinen Rückzug nehmen soll. Stolzenau hatte er trotz seiner Bemühungen nicht halten können.[1]

Nur etwa eine Woche später erschien jedoch das katholische Heer auch vor Nienburg. Oberhalb der Stadt stellte sich ihm Johann Ernst mit seiner ganzen Reiterei entgegen, mußte sich indessen, von dem Feinde gedrängt, bis über Nienburg zurückziehen. Darauf führte der Herzog einen großen Theil seines Corps auf das linke Weserufer. Auf die Nachricht, daß der Feind bei Estorf eine Brücke über die Weser geschlagen habe,[2] unternahm er ferner mit 300—400 M. eine Recognoscierung am rechten Ufer, trieb die Feinde zurück bis in das Hauptquartier an dem von Rehburg her sich erstreckenden Moraste und steckte die Brücke in Brand. Mit vier eroberten Fähnlein und unter geringem eignem Verlust langte die Abtheilung wider in Nienburg an. Allein Johann Ernst hielt es doch für das beste, seine sehr erholungsbedürftige Reiterei nach Hoya zurückgehen zu lassen. Hier finden wir ihn bereits den Tag darauf am 25. Aug./4. Sept.[3] In Nienburg selbst aber blieb die Lage der Dinge zufriedenstellend: in der Nacht vom 4.—5. September machte die Garnison einen glücklichen Ausfall.

---

1) Nach den Schreiben des Herzogs Johann Ernst an den König vom 14. 17. 18. 18. 24. (Löhne) 25. Aug. a. St. K. G.-A. in Kop.

2) . . . „so hart an das General Hauptquartier zu Oeßendorf geschlagen war" . . . Florus S. 98.

3) Einige kleinere Abweichungen im Florus (1647) S. 97. 98.

Der wenig zuversichtlichen Stimmung des protestantischen Reitergenerals gegenüber sehen wir Tilly von einem Selbstvertrauen beseelt, welches bereits die kühnsten Pläne entwarf. Noch einmal hatte Ferdinand II. in einer förmlichen Urkunde, bei deren Vollziehung im Geheimen Rath auch der Erzherzog Ferdinand Ernst anwesend war, denjenigen Inhabern von Stiftern, welche sich augenblicklich vom Könige trennen und bei Tilly anmelden würden, ihren Besitzstand gesichert. Er hatte noch einmal die im Jahr 1620 zu Mühlhausen gegebenen Versprechungen widerholt.

Und gerade diese Hauptfrage lag auch Tilly gar sehr am Herzen. Schon Anfangs August erbat er sich deswegen bei Maximilian Verhaltungsmaßregeln aus Wien: man sollte ihm Aufklärungen darüber ertheilen, wie denn eigentlich der Kaiser die Sachen im niedersächsischen Kreise geleitet haben wollte. Maximilian hat darauf in Wien angefragt und schon damals Bedingungen erhalten, aus denen man entnehmen konnte, daß die östreichische Politik dem Könige nicht die geringsten Zugeständnisse machen würde. Man forderte vom Kreis und vom König Niederlegung der Waffen, von dem letzteren Resignation des Kreisobersten-amts und aller Ansprüche auf die Bisthümer und endlich die Aufnahme von Garnisonen in einige Städte des Kreises. Ferner aber veranlaßte der katholische General den Kaiser, auch wirksame Schreckmittel gegen die größeren protestantischen Städte in Anwendung zu bringen. Er beantragte, denselben vorzustellen, daß der König, wenn er bei den Stiftern Bremen, Verden und Halberstadt verbleibe, den ganzen niedersächsischen Kreis unter seine Gewalt beugen und gerade ihrer Herlichkeit den allergrößten Abbruch thun würde. Uebrigens glaubte er sogar vor der Hand des neuen wallensteinischen Zuzugs entbehren zu können, und wenn man ihn endlich doch heranziehen mußte, so sollte er wenigstens diesseits der Weser stehen bleiben, während er selbst nach Holstein und in das eigentliche Dänemark vorrücken wollte.[1]

Erst am 17./27. August hatte Christian IV. den Oberbefehl wider übernommen und auch eine allgemeine Heerschau abgehalten, nach welcher sich die Stärke seiner Armee auf im Ganzen 36,890 M. belaufen haben soll. Etwa ein Dritteil davon bestand aus Cavallerie: nach dänischen Quellen zählte dieselbe 7890 Küraſſiere und 4000 Arkebusiere. Nach einer andern, wahrscheinlicheren Angabe erreichte freilich die Gesamtziffer

1) Tilly an Maximilian Hameln 29. Aug. und vor Nienburg 4. Sept. Kgl. Reichsarchiv in München.

des Heeres nicht die Höhe von 24,000 M.[1] Auch die Artillerie war nicht unbedeutend: sie betrug im Ganzen 46 Stück, 8 halbe Kartaunen, 8 Feldschlangen und 28 vierpfündige Stück mit 2 Mörsern.

Die Verhandlungen des Königs mit dem französischen Gesandten de la Picardiere und dem spanischen Bevollmächtigten v. Schönberg.

Wenige Wochen nach dem Unfall des Königs fand sich ein französischer Abgesandter, de la Picardiere, im dänischen Hauptquartier zu Verden ein, dessen Thätigkeit indessen mehr die eines Kundschafters gewesen zu sein scheint. Richelieu hatte, als das selbstständige Auftreten des Königs den auch von Frankreich gebilligten Plan eines allgemeinen Bundes gegen das Haus Habsburg zerstört hatte, Christian IV. zunächst sich selbst überlassen. Allein nach dem Fall von Breda und dem misslungenen Einzuge des Königs in den niedersächsischen Kreis, der nun sogar ein neues östreichisches Heer nach Mitteldeutschland führte, scheint sich der französischen Politiker doch die ernstliche Besorgnis bemächtigt zu haben, der König könnte überhaupt auf einen Rückzug denken und seinen Gegnern die Bahn frei machen. Und wie kritisch mußten sich vollends die Verhältnisse des nordwestlichen Deutschlands gestalten, wenn Christian IV. überhaupt nicht wider oder erst nach längerer Krankheit den Oberbefehl zu übernehmen im Stande war. Außerdem aber galt es auch, den misstrauischen König über gewisse geheime Verhandlungen Frankreichs mit Spanien zu beruhigen.

De la Picardiere, welcher direct aus Konstantinopel kam, übergab nun am 4./14. August in Verden eine Denkschrift,[2] deren erster Punct

---

1) Die erste Angabe beruht auf Jahn II. 145; die zweite auf einer Mittheilung des englischen Gesandten Anstruther, welche freilich etwa einen Monat zurückzudatieren sein wird: The King of Denmark is in the field of the East syde of the Weser, neare Minden, with an army of 17,600 foot and 5925 horse (according to a liste from Sir Rob. Anstruther) Roe 429.

2) Proposition du Sieur de la Picardière, Ambassadeur de France. Verden 4. Augusti a. St. 1625. Abschr. im K. G.-A. in Kopenhagen. Der erzählende Theil dieser Instruction lautet: Le Roy de France comme Treschrestien desirant singulierement Le bien et Le repos de la Chrestienté Lequel consiste principalement en ce poinct d'empescher que les princes d'Icelle n'entreprennent sur Les Estatz les ungs des aultres, Reconnoissant l'ambition effrenee d'aulcuns desd. princes qui taschent et recerchent par touttes uoyes iniustes et violentes

gerade diese Besorgnisse des Königs zerstreuen sollte. Ludwig XIII. versprach mit dem Hause Oestreich kein Abkommen zu treffen, ohne den König in dasselbe einzuschließen oder denselben wenigstens zu benachrichtigen. Er sagte ferner die weitere Unterhaltung Mansfelds auf die mit England verabredete Zeit zu und gab endlich auch Erklärungen über die von Christian IV. beanspruchten Subsidien, welche freilich immer noch der Deutlichkeit entbehrten und die dänischen Ansprüche schwerlich befriedigten. Wir entnehmen aus denselben, daß diese französischen Zusagen unter den Erwartungen Christians IV. geblieben waren. Der König beanspruchte die gleiche Summe, welche Ludwig XIII. ursprünglich für das schwedisch-brandenburgische Unternehmen bestimmt hatte, 1 Million Livres innerhalb zweier Jahre, während man ihm nur ein Drittel der Summe[1] ausgeworfen hatte und den Rest dem Könige von Schweden und dem Kurfürsten von Brandenburg vorbehielt, falls dieselben eine besondere Armee errichten würden. Und bei diesem Entschluß verharrte man in Paris auch jetzt noch.[2]

---

d'vsurper la liberté de L'empire et s'assubietter toutte la Germanie, S. M. Treschrestienne a depuis quelque temps enuoyé le Sr des hayes, L'un de ses conseillers et maistres d'hostel ordinaires, vers S. M. de Dannemarc pour luy remonstrer la consequence d'un si pernicieux desseing et l'exhorter de s'opposer aultant qu'il luy sera possible par la force des armes a tous ceulx qui se voudroient mettre en debuoir de l'executer, offrant de sa part de contribuer pour le mesme effect tout Le secours, L'assistance et les offices quil (?!) despendra d'elle, surquoy Led. Seigneur Roy de Dannemarc ayant par le retour dud. Sr des hayes en France faict proposer quelques conditions a sad. M. Treschrestienne, Icelle voullant entierement satisfaire au desir de sad. M. de Dannemarc, elle a Commandé au Sr de la Picardiere, aussy son Conseiller et maistre d'hostel ordinaire, ...

1) Auch diese Nachricht ist nicht recht mit andern schon erwähnten Versprechungen in Einklang zu bringen.

2) S. M. Treschrestienne desire que par la verité led. seigneur Roy de Dannemarc soit esclaircy de son Intention en cela, Et a cest effect a commandé aud. Sr de la Picardiere de luy faire entendre que des L'heure que Le s. Belin eut faict cette demande au nom dud. seigneur marquis de Brandebourg son maistre et que S. M. Treschrest. l'eut consentie, ce fut pour estre (lad. somme) departie aux trouppes par ceulx qui les Commanderoient, sad. M. entendant que led. seigneur Roy de Dannemarc seroit le chef, n'y asportant auc. (?) restriction sinon en cas que Led. seigneur Electeur de Brandebourg et le Roy de Suede qui n'ont nulle part au cercle de la basse Saxe voullussent Leuer une armee apart, que Lad. somme seroit departie entre leurs Mtez de Dannemarc et de Suede a proportion des trouppes esgalees (?) par la moictié

Es ist dann ferner auch noch die Frage einer französischen Diversion in das Elsaß, welche vom Könige nachdrücklichst gefordert wurde, zur Sprache gekommen, und de la Picardiere scheint sich in dieser Beziehung zuversichtlicher ausgesprochen zu haben. Aus späteren Verhandlungen geht hervor, daß er das Auftreten eines französischen Heeres im Westen des Reichs von besonderen Bestimmungen und Eröffnungen Christians IV. an Ludwig XIII. abhängig machte.

Obgleich wir nun diese Verhandlungen in Verden offenbar nur bruchstückweise kennen, so ergibt sich doch aus dem Verlauf der Begebenheiten mit Sicherheit, daß sie ganz einfluß- und wirkungslos geblieben sind.

Es erschien in den nächsten Monaten kein französisches Heer im westlichen Reichsgebiet, und auch die Subsidien sind Christian IV. zunächst nicht erhöht worden. Die Verhandlungen selbst mußten bei dem noch schwankenden Gesundheitszustande des Königs ziemlich resultatlos verlaufen.

Da wurde dem Könige noch einmal der Gedanke an eine friedliche Beilegung der Wirren, welche ihm die äußere Veranlassung zur Erhebung dargeboten hatten, nahe gelegt. Ein spanischer Bevollmächtigter, ein Herr v. Schönberg, traf, nachdem er mit Tilly Vorverhandlungen gepflogen hatte, in Verden ein. Schönberg bot dem Könige, aber freilich allem Anschein nach nicht im Namen des Kaisers, sondern des Königs von Spanien, die Rückgabe der Unterpfalz, machte auch Versprechungen im Betreff der obern und versicherte die Geneigtheit Tillys zur Aufhebung der Belagerung Nienburgs.

Auf Befehl des Königs setzte nun Dr. Steinberg eine Anzahl Puncte auf, deren Annahme sogar den Frieden zur Folge haben sollte. Sie betrafen, so viel wir sehen können, nur niedersächsische Verhältnisse: die Sicherstellung der Stände in ihrem Besitzrecht, einen immerwährenden Religionsfrieden, die Restitution der Stifter in den Zustand vor diesem Kriege und die freie Wahl der Capitel, die Rückgabe aller eingenommenen Plätze und die Wiedereinsetzung aller derjenigen Personen, welche sich von Seiten des Kreises überhaupt an diesen kriegerischen Unternehmungen betheiligt hatten, und andere minder wichtige Puncte. Man ersieht aus

l'une plus fort d'un tiers que l'autre, elle reserua les deux tiers de Lad. somme bien entendu pour Le nombre des troupes a celluy qui auroit esté entre eulx arresté. En quoy S. M. Treschrestienne persistant a de nouueau Commande de Le dire de la sorte non Seulement a Sad. M. de Dannemarc..., mais de le faire scauoir au Roy de Suede et Marquis de Brandebourg . . .

ihnen, daß es das ernste Bestreben des Königs war, feste und dauerhafte Zustände herzustellen, und daß es demselben weit mehr um diese in ihrem Besitzstand und ihrer Confession gefährdeten niedersächsischen Lande zu thun war, als um die Pfalz. Von der Gewährung dieser Bedingungen machte er die Abführung seiner Armee abhängig, aber freilich auch mit dem geheimen Vorbehalt, sich selbst noch an den niedersächsischen Ständen schadlos zu halten.[1]

Eine ähnliche Antwort, wie sie diese flüchtigen Aufzeichnungen enthalten, wird nun doch wol dem spanischen Abgesandten ertheilt worden sein.[2] Der König erklärte aber auch seine Geneigtheit zum Waffenstillstand, wenn Tilly nicht nur die Belagerung Nienburgs aufheben, sondern auch alle eroberten Plätze ihren rechtmäßigen Herrn zurückstellen würde, damit sie die Stände dem Reiche und dem Kreise zum Besten besetzen könnten. Nach Erfüllung dieser Bedingungen wollte der König ein „Gleichmäßiges" verfügen. An diesen Verhandlungen hat auch der Graf von Oldenburg noch Theil genommen. Aus freien Stücken hatte er sich zum Könige begeben, noch bevor der spanische Gesandte selbst angelangt war. Und trotz des ablehnenden Bescheides, welchen er in Verden erhielt, hatte er auch mit Tilly noch persönlich Rücksprache genommen und war, von diesem in seiner Absicht der Friedensvermittelung bestärkt, abermals nach Verden gegangen.[3]

Die Beziehungen des Königs zu den protestantischen Kurfürsten.

In Verden hat der König darauf eine geraume Zeit still gelegen, seine Rüstungen vervollständigt und der versprochenen Diversionen Frankreichs gewartet. Er hatte zwei Brücken über Weser und Aller geschlagen,

---

1) Die von Steinberg aufgesetzte Clausel „doch unsere rechtmäßige Forderung vorbehalten" wurde für ungenügend befunden. Sie ist mit Bleistift durchstrichen und mit der Bemerkung versehen: „Der König kann die Plätze nicht eher quittieren, bis die Stände ihr restierendes triplum tripli völlig erlegt oder sonst annehmliche Assecuration geboten haben." Kgl. Geh. Arch. in Kop.

2) Die ablehnende Antwort des Königs vom 24. Aug./3. Sept., welche sich bei Londorp III. (A. v. J. 1656) 823 und Khevenhiller X. 799 findet, geht nicht auf diese Verhältnisse ein. Die Erzählung folgt den Acten des Geh. Staatsarchivs in Kop., in welchem sich der Entwurf einer (letzten?) Antwort des Königs vom 28. Aug. befindet.

3) Tillys Schreiben an Max. Nienburg 4. Sept. Kgl. Reichsarchiv in München.

welche er mit 5 Regimentern Fußvolk besetzt hielt, ein sechstes hatte er in die Stadt selbst gelegt.

Seine Streitkräfte freilich genügten ihm selbst ihrer Qualität nach nur in geringem Grade. Das Fußvolk hauptsächlich erschien ihm in seiner ganzen Ausrüstung noch wenig brauchbar, so daß er sogar einen Theil desselben entließ und die Offiziere zur Ergänzung der Lücken durch besseres Material veranlaßte. Zur Beschaffung einer zweckentsprechenderen Bekleidung hatte er gewissen Abtheilungen einen Monat Sold mehr gezahlt.

An einen Entscheidungskampf mit Tilly dachte er daher während dieser ganzen Zeit nicht: es kam ihm nur darauf an, sich in den Waffen zu halten, um des ersehnten Augenblicks, wo die verschlungenen Fäden seiner Berechnungen zusammen liefen, gewärtig zu sein.[1] Und je länger sich dies verzögerte, je geringer vor allem die Wahrscheinlichkeit wurde, daß Frankreich seinen Erwartungen entsprechen würde, um so geringer wurde auch seine Neigung, alles auf einen Wurf zu setzen.

Es kam dazu, daß sich der König schon jetzt gestehen mußte, wie alle seine Hoffnungen auf eine kräftige Unterstützung des deutschen Protestantismus gescheitert waren. Und zwar ließen ihn nicht nur die niedersächsischen Stände und unter ihnen sogar diejenigen, welchen er seine neue Stellung im Reich verdankte, im Stich, sondern auch Brandenburg zog sich allmählich zurück.

Der König hielt sich in jener Zeit abwechselnd in Verden und Hoya auf. Sein Hauptbestreben galt im Augenblick der Rettung Nienburgs, welche ihm in der That glückte. In der Nacht vom 21. zum 22. September brachte er nicht allein Verstärkungen, sondern auch Lebensmittel und Munition in die Stadt. Darauf zog Tilly am Morgen des 24. September mit Hinterlassung von Kindern und Kranken ab und führte auch die Schiffbrücke mit sich: über drei Wochen hatte er vergeblich vor der Stadt gelegen und über 6000 M. dabei verloren.[2]

Wenige Tage darauf verlegte der König selbst sein Hauptquartier und zwar auf längere Zeit nach Nienburg und sendete dann den Obersten Freitag wider auf einen Anschlag gegen Stolzenau aus. Auch dieses vermochten die Ligisten nicht zu halten.

---

1) The King of Denmarks intention is to keepe his army on foot, till hee see whether the diversions are promised him out of France in Italy, Elsas and Picardye be put in execution. Dudley Carleton an Thomas Roe Haag 1. Sept. 1625. Vgl. Roe S. 435 ff.

2) Gronsfeld im erneuerten deutschen Florus S. 99.

Aus diesem Vorrücken der dänischen Armee glaubte man schließen zu müssen, daß der König der Vereinigung Wallensteins und Tillys mit Gewalt entgegenzutreten gesonnen sei.

Indessen hinderte Christian IV. hieran nicht allein das missliche Verhältnis, in welchem er sich immer noch zu den befreundeten europäischen Großmächten und den niedersächsischen Ständen befand, sondern vornehmlich auch die ablehnende Haltung des obersächsischen Kreises.

Als Anstruther in den letzten Tagen des Juli kurz vor dem verhängnisvollen Sturze des Königs aus dem dänischen Lager nach Dresden ging, um im Namen Karls I. Johann Georgs Beistand abermals nachzusuchen, ertheilte ihm auch Christian IV. seine Aufträge.[1] Er ersuchte den Kurfürsten um eine Verbindung des obersächsischen mit dem niedersächsischen Kreise. Allein Johann Georg wies dieselbe auch dies Mal von sich. Er konnte mit Recht erwidern, daß der niedersächsische Kreis über diese Defensionsverfassung selbst getheilter Meinung sei. Nicht Waffengewalt, sondern eine Absendung an den Kaiser bezeichnete er als das leider versäumte Mittel zur Hebung aller Beschwerden, die er übrigens in diesem Augenblicke für ganz unerheblich zu schätzen geneigt war. Ja das Urtheil des Kurfürsten und seiner Räthe war den außerordentlichen Verhältnissen so wenig gewachsen, daß derselbe damals erklärt hat, er wisse überhaupt von keinem Einfall eines Feindes in den Kreis, „man müsste denn Tillys Armee dafür halten wollen, welches nicht zu vermuthen!“[2]

In diesen ersten Augusttagen sollte aber Johann Georg auch noch von Brandenburg zu einem Heraustreten aus seiner Zurückhaltung gedrängt werden. Denn auch nach Götzens Rückkehr aus Stockholm hat Georg Wilhelm dem Könige noch einmal durch Bellin seine Unterstützung zugesagt. Er wird ihm auf eine Vereinigung der beiden sächsischen Kreise Hoffnung gemacht haben.[3] Georg Wilhelm sendete nun in dieser Angelegenheit Levin v. d. Knesebeck nach Dresden, der aber von den Blattern befallen und deshalb von dem Kurfürsten sorgfältig gemieden wurde. Und als ihm darauf Götz folgte, fand dieser Johann Georg nicht mehr anwesend: derselbe hatte sich wahrscheinlich aus Besorgnis vor den heranziehenden Wallensteinern in das Voigtland begeben.

---

1) Christian IV. an Joh. Georg Hameln 18./28. Juli.

2) Joh. Georg an Anstruther 1./11. Aug. K. G. A. in Kop.

3) Christian IV. an Georg Wilhelm 30. Dec. 1625/9. Jan. 1626. K. G. A. in Kop. Nyerup, Dagboger S. 134.

Allein auch die brandenburgische Unterstützung der englisch-dänischen Forderungen war erfolglos. Christian IV. erhielt einen vollständigen Absagebrief, dessen Wortlaut sich unter dem Eindrucke, welchen der Unfall des Königs machen mußte, um so rücksichtsloser und derber gestaltete. Die Anstruther ertheilte Antwort sendete der Kurfürst auch nach Wien und ärntete hier natürlich reichen Beifall: der Kaiser erklärte, daß sie seine Minister selbst nicht besser hätten ertheilen können. Johann Georg berief sich in seinem Bescheid an Anstruther auf seine Stellung zum Kaiser, als dem Reichsoberhaupte, und auf seine Pflicht als Kurfürst. Er weigerte sich, die einmal ausgesprochene Anerkennung des Kurfürsten von Baiern zurückzunehmen, und tadelte noch einmal, daß Jacob I. und seine Verwandten den Tag von Regensburg nicht beschickt hätten. Karl I. aber gab er anheim, auf dem zum 6./16. Aug. nach Ulm einberufenen Tage durch seine Gesandten dem Kaiser und den Ständen seine Forderungen im Betreff der Pfalz vorzutragen. Auf diesem Convent wollte auch er den Pfalzgrafen nach Möglichkeit unterstützen.[1]

In der That aber war dieses Versprechen eine ziemlich wolfeile Ausrede. Denn davon mußte wol auch Johann Georg am 1./11. August überzeugt sein, daß diese Versamlung 5 Tage später nicht zusammentreten würde. Er selbst hatte übrigens dem mainzischen Hofrath Metternich, welcher ihn Anfangs Juli um seine Theilnahme ersucht hatte, eine sehr zweifelhafte Antwort ertheilt.[2]

Die neue Stellung des Grafen von Mansfeld.

Noch bevor Breda gefallen war (5. Mai), wurde endlich auch Mansfeld geradezu unter den Befehl des Pfalzgrafen gestellt und demselben ein anderer Schauplatz seiner Thätigkeit angewiesen.[3] England und die Niederlande verbanden sich aufs Neue, um ihn in das Reich zu werfen, wo er sich mit dem Könige von Dänemark vereinigen sollte. Von einem selbstständigen Feldzuge desselben in die Pfalz ist daher von nun an nicht mehr ernstlich die Rede. Wie es scheint, sind es nicht viel über

---

1) Joh. Georg an Maximilian. Krottendorf 11. Aug. a. St. Auch nach München sendete er die Forderung des engl. Agenten mit seiner Antwort. K. St.-A. in M. Kurs. Corresp. 1622—30.

2) Johann Georg an Maximilian 24. Juni a. St. K. St.-A. i. M. Kursächs. Corresp. 1622—30.

3) Villermont II. 308.

6000 M. gewesen, welche er endlich unter seinen Fahnen wider vereinigte und mit 14 von den Generalstaaten gestellten Geschützen und dem nothwendigen Train unter dem Geleit holländischer Truppen nach Emmerich führte.

Darauf hat Mansfeld, bei dem sich auch Christian von Braunschweig als Befehlshaber der Reiterei wider befand, die Maas bei Grave überschritten, um sich in der Nähe von Schenkenschanz an den Rhein zu legen. Zwischen Maas und Rhein litten die Mannschaften aus Mangel an Lebensmitteln wider gewaltig, doch hoffte Mansfeld in den rechtsrheinischen Gegenden bald bessere Quartiere zu finden.[1] Nachdem er den Rhein an dem letztgenannten Puncte passiert hatte, bezog er zwischen Rees und Wesel ein befestigtes Lager. Die Franzosen verließen ihn hier jedoch trotz der Strafandrohungen, welche man in der Heimat gegen sie schleuderte, fast sämtlich bis auf etwa 570 M., welche gleichfalls Miene machten, ihres Weges zu ziehen. Hunger und Mangel trieben auch viele von den übrigen Mannschaften an, ihr Glück anderswo zu versuchen: bald stand der Condottiere abermals in Gefahr, sein ganzes Heer zu verlieren. Die Gesandten Englands und Frankreichs bewogen zwar endlich die Generalstaaten, abermals 50,000 Livres Credit zu geben; allein von den letztern wurde dabei auch der ausdrückliche Vorbehalt gemacht, daß sie durch diesen Vorschuß jegliche Gemeinschaft mit dem Grafen gelöst hätten. Man faßte bei dieser Bewilligung nicht etwa Mansfelds eignes Interesse, sondern vor allem den Eindruck ins Auge, welchen die gänzliche Auflösung des Heeres auf Christian IV. machen mußte. Einige Zeit wollte man daher die Truppen doch noch unterhalten helfen. Auch Camerarius sah jetzt, daß ihn seine trüben Ahnungen nicht betrogen hatten: vergebens hatten die auswärtigen Könige ihre Ehre und ihr Geld in dieses Danaidenfaß des mansfeldischen Kriegsschatzes geworfen.[2] Hätte man das letztere doch lieber Gustav Adolf gegeben, gewiß würden dann die schwedischen Truppen schon in Schlesien stehen, lautete sein vergeblicher Wunsch.

In dieser Bedrängnis befand sich Mansfeld den ganzen Juni hindurch bis gegen das Ende des Juli, wo er endlich Ferenz mit der Nachricht von dem Empfang der neuen Subsidien zu Christian IV. nach Winthem sendete und ihm den Rest seiner Truppen anbot. Camerarius bemerkte bei einem Besuche des Lagers nichts als Kummer und Elend: aus etwa 4000 waffenfähigen Deutschen und 400 Engländern und

1) Carleton an Roe 9. Juni 1625.
2) Villermont II. 309.

Franzosen bestand der Rest der ganzen Armee. Innerhalb fünf Tagen waren 1500 M. auf- und davongegangen. Und Feldmarschall Anholt warf noch außerdem im Verein mit dem spanischen Gouverneur von Wesel den Herzog von Braunschweig gegen Rees zurück. Der Pfalzgraf schrieb in jenen Tagen an Thurn: „Die Engelländer und Franzosen sind zum Theil gestorben, der Rest verloffen, die übrige Teutschen in bösem Zustand.“ [1]

Selbst die für Mansfeld bestimmten französischen Freiwilligen zogen die niederländischen Dienste vor, und die allgemeine Auflösung erstreckte sich bald auch auf die Offiziere. Zwischen Mansfeld und Christian von Braunschweig steigerte sich die gegenseitige Abneigung wider zur offnen Zwietracht. Mansfeld selbst verließ bald das Heer vollständig und begab sich nach Amsterdam und von da nach dem Haag. Hier weigerte er sich Ende Juli aus Furcht vor einer Auslieferung an die Gegner endlich geradezu, in das Lager zurückzukehren: selbst das gemeine Volk bezeichnete ihn offen als Verräther. Damals sprach er den verzweifelten Entschluß aus, mitten durch Frankreich nach Venedig zu gehen, was ihm d'Espesses freilich als seiner unwürdig auszureden suchte. Diese flüchtig hingeworfene Drohung war wol auch eine Folge der Furcht vor einem allgemeinen Frieden: hegte doch selbst Richelieu eine Zeit lang Besorgnis vor einem Waffenstillstande zwischen den Niederlanden und Spanien.

Indessen Richelieu hat das so gefügige Werkzeug zur Ausbreitung des französischen Einflusses nicht vollständig fallen lassen: er trieb nicht allein die Generalstaaten zu reichlicheren Unterstützungen, sondern sendete endlich auch selbst 30,000 Fr. savoyische Contributionsgelder. Als die Nachricht hiervon im Haag anlangte, verbreitete sie natürlich die höchste Freude. Auch die Generalstaaten und Prinz Friedrich Heinrich fügten sich schließlich Richelieus Forderung, Mansfeld Verstärkungen zuzuführen. Am 15. August verließ der Graf den Haag wider und ging zur Armee. Bei seiner Ankunft fand er die Franzosen im Aufbrechen begriffen; er befriedigte sie nun freilich, so gut er konnte, indem er den Reitern einen Monat Sold und dem Fußvolke den dritten Theil eines Monats gab, war aber auch jetzt nicht im Stande, den Offizieren, deren Eintritt ihm erwünscht war, ihre Löhnung zu garantieren. Die Armee zählte höchstens 5000 M. Auf englische Unterstützungen war übrigens damals kaum noch zu rechnen: Buckingham hatte den ihn bestürmenden Franzosen geantwortet, sein Herr könnte sich vor den Bewilligungen des Parlaments zu nichts verstehen. Daß das Parlament aber eher Buckingham stürzen,

[1] Villermont II. 311. Fiedler, Correspondenz 14.

als ihm Geld bewilligen werde, gestand man selbst den Franzosen offen ein.[1]

Da hat nun Richelieu abermals energische Maßnahmen ergriffen. Auf seinen Befehl begab sich Mansfeld nach Paris (Anfang September), wo er jedenfalls nicht allein besondere Instructionen, sondern auch erneute Zusagen empfangen hat. Frankreich wollte 240,000 Thlr. oder vier Monat Sold zahlen, welche es dem Anschein nach Mansfeld schuldete, falls England eben so viel Monate zu einem Betrage von 480,000 Thlr. entrichtete, und die mansfeldischen Truppen sich in dem von ihm angegebenen Zustande befinden sollten.[2] Bevor d'Espesses freilich nicht die Gewißheit hatte, daß auch die englischen Gelder zur Auszahlung bereit lägen, durfte er keine Zahlung leisten. D'Espesses sollte ferner die Generalstaaten ernstlich darauf hinweisen, daß sie den Kaiser mit aller Macht in Deutschland beschäftigen müßten, wenn sie ihn von Holland fern halten wollten. Und das könnte im Augenblick nur durch eine Diversion Mansfelds und die Unterstützung Christians IV. geschehen, der ja offen mit seinem Rückzug drohte, wenn man ihm Mansfeld nicht zu Hilfe schicken würde. Mit solchen Plänen, welche einer aufgefangenen Depesche Ludwigs XIII. entlehnt sind, trug man sich in Paris um die Mitte des September.[3]

Und nicht lange darauf stellten zwei Abgesandte des dänischen Königs, der Kanzler Ulfeld und Graf Löwenstein, im Haag eine Anzahl ähnlicher Forderungen, welche das Geschick Mansfelds endlich zur Erfüllung brachten. Die Staaten sollten die mansfeldische Infanterie bis an die Weser geleiten und sie mit Schiffen und den nothwendigen Lebensmitteln versehen, die Cavallerie dagegen bis über Lingen hinausführen. Außerdem forderte Löwenstein von ihnen ein Regiment Fußvolk unter Hatzfelds Commando, 15 Compagnien Cavallerie, 7 Compagnien französische Artillerie und einige Infanterie, und die Erlaubnis zur Aushebung von 2000 M. Fußvolk auf Kosten des Königs. Endlich sollten die Generalstaaten die Könige von Frankreich und England ersuchen, den Fürsten von Siebenbürgen zu einer kräftigen Diversion zu veranlassen und Christian IV. selbst mit Kriegsmaterial und Pferden, ja sogar mit Artilleristen und Ingenieuren zu versehen.[4]

---

1) Evêque de Mende à Louis XIII. Reuß.

2) Villermont II. 322.

3) Die Depesche ist Fontainebleau 21. September datiert. Villermont II. 323.

4) Villermont II. 324.

Die Generalstaaten haben nun diese Ansprüche des Königs im Wesentlichen wirklich erfüllt, obwol es auch ihnen nun klar wurde, daß damit der ältere Plan, Mansfeld in das Elsaß oder in die Pfalz zu werfen, aufgegeben wurde. Sie unterstützten Mansfeld mit 3000 M. Infanterie und 500 Pferden. Auch England erbot sich von Neuem zu 50,000 Pfund St., von denen Mansfeld 20,000, der Rest dem Könige selbst überwiesen wurde. Außerdem wollte es aber noch seine Rückstände, Mansfeld allein war man 7 Monate Subsidien schuldig, berichtigen. Auch Buckingham hat bei seiner Anwesenheit im Haag noch zu einer wichtigen Entscheidung in diesen Dingen beigetragen. Er setzte es nebst Richelieu durch, daß sich Mansfeld mit der Stellung eines Generallieutenants über die französisch-englische Hilfsarmee begnügte, während das Obercommando dem Könige selbst ertheilt wurde. Diese ganze Armee, welche die beiden Westmächte schließlich dem Könige zu Hilfe sendeten, betrug auch nach ihrer Verstärkung doch nicht mehr als höchstens 4000 M. Infanterie und 2000—3000 Pferde.[1] Mansfeld selbst begab sich direct ins Lager Christians IV.: in der Grafschaft Diepholz stießen seine Truppen zum dänischen Heere.

Fünftes Buch.

Vom Einzug Wallensteins in die sächsischen Bisthümer bis zum Abbruch der Friedensverhandlungen in Braunschweig.

Wallensteins Marsch durch Franken und Thüringen.

Schon seit Anfang Juni entfaltete man in Oestreich eine rührigere Thätigkeit. Die Obersten Coloredo und Cerboni erhielten auf je ein Regiment deutscher Knechte Bestallung. Aehnliche Aufträge gab man den Obersten Wratislav und de Fours. Der Herzog Franz Albrecht von Lauenburg sollte gleichfalls als Oberster 1000 Küraſſiere werben. Alle diese Bestallungen hat der Kaiser, nicht Wallenstein ausgestellt.

Wallenstein selbst hatte schon früher ein Patent als General über alles kaiserliche Volk empfangen (7. April n. St.), ohne jedoch seiner

1) Villermont II. 327. Andere Nachrichten (Capellen I. 376) beziffern sie noch niedriger.

bisherigen militärischen Charge als Generalwachtmeister sofort enthoben zu werden, was erst zu Anfang des Juli geschah,[1] nachdem er am 13. Juni zum Herzog von Friedland erhoben worden war. Am 1. Juli übernahm er thatsächlich den Oberbefehl; an demselben Tage oder kurz vorher wurde ihm seine besondere Instruction (vom 27. Juni [?]) eingehändigt, welche leider bis jetzt nicht aufgefunden worden ist.

Die Armee war dem absoluten Commando Wallensteins unterworfen, welches im Anfange nicht einmal durch einen Kriegsrath oder durch einen kaiserlichen Bevollmächtigten eingeschränkt war, worüber selbst die hohen Offiziere ihr Erstaunen äußerten. Auch die Entscheidung über den Musterplatz hatte man Wallenstein überlassen.

So schnell, wie man im Anfang gehofft hatte, wurden die Rüstungen nun freilich nicht vollendet, vornehmlich die Artillerie ließ den Feldherrn in Prag lange auf sich warten. Auch erschienen die kaiserlichen Empfehlungsschreiben an die Reichsstände des Passes und des Proviants halber ziemlich spät und langsam. Ungefähr Mitte Juli war jedoch das Gros der Armee marschfertig. Erst am 25. Juli aber stellte der Kaiser den General durch einen besonderen Erlass der Armee vor: von demselben Tage ist auch das kaiserliche Insinuationsdekret an Friedland selbst, welches ihn zum General über den ins Reich geschickten Succurs erklärte.

Zwei Tage zuvor war schon Graf Schlick mit der Artillerie von Prag aufgebrochen, welchem am 23. Juli Wallensteins eignes Regiment und am folgenden Tage endlich der Feldherr selbst folgte.

Seine Musterplätze wollte Friedland im Reich nehmen. Vor der Hand freilich wußte er selbst noch nicht wo: denn von keinem einzigen Orte, außer von Nürnberg, von wo er eine abschlägliche Antwort erhalten hatte, war ihm auf seine Forderungen Bescheid zugegangen.

Am meisten fühlte sich zunächst Süddeutschland bedroht, da der Kaiser im schwäbischen Kreise für 32,000 M. Quartier forderte. Trotzdem aber gelang hier bei der confessionellen Verschiedenheit der Stände nicht einmal die Berufung einer Ständeversamlung, während sich die Stände des fränkischen Kreises zu gegenseitiger Unterstützung verpflichteten.

Alle Stände suchten natürlich in Wien durch Bitten und Versprechungen die drohende Einlagerung von sich fern zu halten. Mehrere Wochen vor Wallensteins Aufbruch aus Prag hatte Nürnberg einen mit reichen Geldmitteln versehenen Rathsherrn nach Wien gesandt, um durch rechtzeitige Vorkehrungen das Schicksal, mit dem es auch der Kaiser

1) Chlumecky, die Regesten der Archive im Markgrafthume Mähren (Briefe Albrechts v. Waldstein S. 8).

bedroht hatte — er wollte das Stadtgebiet zum Musterplatz machen — noch abzuwenden und hatte zum großen Verdruß des Feldherrn einen kaiserlichen Gnadenbrief erlangt. Selbst von Kurmainz und von Baiern war die Stadt durch Verwendungsschreiben bei dem Kaiser unterstützt worden.[1] Aber freilich mußte sie dem katholischen Heere, welches gegen den protestantischen König auszog, die bedeutende Summe von 100,000 Gulden opfern, von welcher sie die Hälfte schon im August, als Wallenstein noch in Eger war, gezahlt hat. Die andere Hälfte wollte sie erst entrichten, nachdem die Kaiserlichen ihr Gebiet auch wirklich ohne Schaden zu thun passiert hatten: sie zahlte dieselbe im September. Nürnberg hatte die Summe als einen Vorschuß auf künftige Reichssteuern betrachtet wissen wollen, aber sowol Wallenstein wie der Kaiser selbst beschieden sie abschläglich. Außerdem aber erhielt auch Aldringer jedenfalls als Generalquartiermeister noch 1000 Goldgulden, ferner wurde der in der Stadt verweilende kaiserliche Commissarius Hertel nebst seiner Gemahlin mit Geschenken bedacht, und auch niedrigerer Diener des Generals vergaß man nicht. Das geschah in demselben Jahre, wo die Stadt das Ansinnen des Kaisers, einen Theil der Druckkosten für Keplers rudolfinische Tafeln vorschußweise zu übernehmen, schnöde zurückwies!

Ulm hatte sich einer ähnlichen Zumuthung ebenso glücklich zu entziehen gewußt. Es hatte sich gegen eine Zahlung von 15,000 Thlrn. eine friedländische Sauvegarde verschafft, mußte aber, als es trotzdem vom Herzog von Holstein um Quartier für 4 Compagnien angegangen wurde, auch noch um eine kaiserliche nachsuchen. Frankfurt a. M. bewilligte unter derselben unannehmbaren Bedingung wie Nürnberg 15 Römermonate.

Von Prag marschierte Wallenstein auf Eger, wo wir ihn vom 31. Juli n. St.[2] bis Anfang September die Ausrüstung und die Beschleunigung des Marsches der einzelnen Truppentheile eifrigst betreiben sehen.

In den Bestrebungen, den einzelnen Regimentern Quartiere und Musterplätze zu verschaffen, treten zwei Grundsätze als maßgebend nicht nur für ihn, sondern auch für den Kaiser selbst hervor: man suchte die katholischen Stände von der Last der Durchmärsche und Einquartierungen frei zu erhalten und die protestantischen, namentlich die Städte mit derselben zu beladen. So waren z. B. Heilbronn und Schwäbisch Hall dem Herzoge Franz Albrecht von Lauenburg überwiesen. Ein ähnliches Geschick bedrohte Schweinfurt, Rothenburg, Dinkelsbühl, Nördlingen,

1) Soden, Kriegs- und Sittengeschichte II. 289 ff.
2) Förster, Wallenstein als Feldherr 408.

Windsheim, Schwäbisch Gmünd und Aalen, so wie die Grafen von Hohenlohe, Oettingen und die Herrn v. Limburg. Bei allen diesen Ständen hat der Kaiser selbst um Quartier nachsuchen lassen, obwol mit einem Gefühl, welches die Beklemmung über die Rechtswidrigkeit der Forderung deutlich verräth. „Er sei durch verschiedene getreue Fürsten und Stände gleichsam gezwungen worden, jene Stände mit diesem Sammelplatze zu verschonen, welche zum Besten des gemeinen Wesens ihm vor andern treulich beigestanden und noch ständen.“ [1] Auch die fränkischen und thüringischen Herren konnten sich des Durchzugs nicht weigern. Die kursächsische Verwaltung der Grafschaft Henneberg mußte ihn gleichfalls gestatten. Für Johann Ernst den Aeltern, den Besitzer des eisenachischen Landestheils, hat sich der Kurfürst von Sachsen bei Friedland wol verwendet, allein ohne den Durchmarsch abwehren zu können, dem sich auch Johann Ernsts Bruder Johann Kasimir in Koburg fügen mußte. Nur das weimarische Gebiet blieb merkwürdiger Weise bis in den Sommer des nächsten Jahres hinein ziemlich verschont: Herzog Wilhelm, der Bruder des dänischen Generals Johann Ernst, hatte es durch eine kaiserliche Sauvegarde sicher gestellt.

Ferner hütete sich Wallenstein und auch der Kaiser, diese Gesuche um Quartier und Verpflegung an die Kreise als solche zu richten: die Kreisverfassung wurde vielmehr und zwar offenbar aus Grundsatz vollständig ignoriert. Das Reichsoberhaupt und sein Feldherr traten mit ihren Ansprüchen immer nur an die einzelnen Stände und Städte heran.

Zum diplomatischen Beistand hatte der Kaiser Wallenstein anfangs den in Niedersachsen wolbekannten Freiherrn v. d. Reck bestimmt, allein da dieser die Stellung seiner Verheirathung wegen ablehnte, wurde ein kaiserlicher Reichshofrath, Gottfried Hertel, mit diesen Geschäften betraut.

Und so konnte denn der General dem Kaiser am 17. August n. St. melden, daß er von den neugeworbenen Truppen die Obersten la Motta und den Herzog von Lauenburg mit ihrer Cavallerie, so wie auch Aldringers Regiment in das Reich gesendet habe, welchen die Obersten de Fours, Schärffenberg und Isolan die nächste Woche folgen sollten. Nach diesen wollte er selbst sofort aufbrechen und sich Tilly durch Hessen nähern. Um die Verpflegung zu erleichtern, waren die Regimenter auf die besondere Bitte des Bischofs von Bamberg sowie des Markgrafen Christian von Kulmbach einzeln abgesendet worden.

---

1) Soden, Kriegs- und Sittengeschichte II. 289.

Das Fußvolk, vornehmlich das neue, bezeichnet Wallenstein selbst als über die Maßen schön und gut, von der Cavallerie zollte er dem Regimente des Herzogs von Sachsen das größte Lob.[1]

Noch vor Wallenstein war der Generalquartiermeister Leo Gropelli de Medici in Eger erschienen, um die nothwendigen Vorbereitungen zum Empfang der Truppen zu treffen. Diesem folgte am 31. Juli der Herzog selbst, der sein Quartier auf dem alten Schloß in der Nähe der Stadt, Großlehnstein, aufschlug.

Die anlangenden Truppen wurden nicht in der Stadt, sondern auf den Dörfern einquartiert. Als Entgelt für diese Rücksichtnahme forderte jedoch der Generalcommissarius Aldringer, welcher gewöhnlich mit dem Rathe verhandelte, die Summe von 30,000 Thalern für zwei noch unbezahlte Regimenter. Auch die Sorge für den splendiden Hofhalt des Fürsten fiel natürlich der Stadt zu, welche Gewürze, feines Gemüse, Obst- und Zuckerwaaren aus dem entfernten Nürnberg herbeischaffte.

Gestützt auf zwei kaiserliche Gnadenbriefe, weigerte sich indessen die Stadt der Zahlung jener Summe und verschaffte ihrer Weigerung auch Nachachtung. Wallenstein begnügte sich schließlich damit, daß die Stadt eine Zahlung von 7000 Gulden für 200 Centner Pulver an Nürnberg übernahm.

Ein großer Theil der Armee empfing in Eger überhaupt erst Waffen, wenn auch natürlich nicht aus den Arsenalen der Stadt, sondern aus den Depots, welche man hier errichtet hat.

Im Ganzen scheinen Eger in den drei Monaten vom Juli bis September 7 Regimenter Infanterie und 6 Regimenter Cavallerie passiert zu haben, welche auf 13,641 M. z. F. und 2337 Pf. geschätzt worden sind. Die ganze Armee betrug also etwa gegen 16,000 M. ohne die Artillerie, über welche bestimmte Angaben fehlen.[2]

---

1) Vgl. hiermit das Urtheil des Landeshauptmanns v. Hagen, v. d. Decken I. [illegible]

2) Aus dem Archiv der Stadt Eger ist neuerdings von Kürschner (Zeitschrift für [illegible] Gymnasien 1869 S. [illegible]) Vgl. hierzu Prökl, Waldstein S. [illegible] nachstehendes Verzeichnis veröffentlicht worden:

Fußvolk.

Friedlands Regiment	[illegible] Mann	Ob. [illegible]	2168 Mann
Oberst [illegible]	[illegible] „	Ob. [illegible]	2317 „
Ob. Graf v. [illegible]	[illegible] „	Ob. [illegible]	1823 „
Ob. Herz. [illegible] v. Sachsen [illegible] 5 Compagnien	[illegible] „	Summa	13,641 Mann

Der General war anfangs gewillt gewesen, alle Heerestheile in und um Schweinfurt zur Generalmusterung zu sammeln. Allein um den Bisthümern Würzburg und Bamberg nicht zu große Unannehmlichkeiten zuzufügen, theilte er das Heer und ließ die Hälfte über Kronach und Koburg nach Schmalkalden marschieren: bei Eschwege sollten sich dann alle Regimenter vereinigen.

Reiterei.

Friedlands General-Leib-compagnie	150 R.	Ob. Schärffenberg	436 R.
Oberst La Motta Comp. od. Regiment (?)	229 „	Ob. Isolan	433 „
Oberst Gonzaga	391 „	Summa	2337 R.
Ob. de Fours	698 „		13,641 F.
		Summa	15,978 M.

Wir fügen dieser Rolle noch ein dem herzoglichen Archiv zu Braunschweig entnommenes Verzeichnis hinzu, welches im Ganzen dieselbe Gesamtstärke, wenn auch mit Abweichungen in der Zahl und den Namen der Regimenter überliefert:

Fußvolk.		Reiterei.	
General	10 Comp.	Herz. v. Sachsen	12 Comp.
Graf v. Schlick	10 „	Pechmann	10 „
Tieffenbach	10 „	Hebron	10 „
Coloredo	10 „	Schärffenberg	6 „
Wratislav	10 „	La Motta	6 „
Cerboni	10 „	de Fours	6 „
Aldringer	10 „	Isolan	6 „ (Kroaten.)
Collalto	10 „	Herz. v. Sachs.*)	10 „
Summa	80 Comp.	Summa	66 Comp.
Jede Comp. =	150 M.	Jede Comp. =	50 M.
Summa	12,000 M.	Summa	3300 M.

Ein anhaltischer Gesandter Johann Löwe sendete unter dem 9. Juli nachstehendes Verzeichnis der unter Wallensteins Commando stehenden Obersten und ihrer Truppen ein:

Herrn Generaln Obr. Lieutenant	500 Küraſſiere.
Herzog Sachsen-Lauenburg	500 Arkebusiere.
Mons. de Fours	500 deutsche Reiter.
	500 Arkebusiere.
Herr Palfy	500 deutsche Reiter.
	1000 Ungarn.
La Motta	500 Arkebusiere.
Isolan	500 deutsche Reiter.
Oberst Pechmann	1000 Pferde.

*) Diese Worte sind vom Kanzler Schwarzkopf durchgestrichen und Anholt ist daneben geschrieben.

Am 14. August n. St. befand sich die ganze Armee, so weit sie bis dahin Eger passiert hatte, d. i. ungefähr 3 Regimenter und die Artillerie, noch ungetheilt in Kronach. Von Kronach aus zog die Reiterei in den Itzgrund, während die Infanterie und Artillerie über Lichtenfels und Staffelstein marschierte.

Zu Fuß: Don Matthias [de Marradas] . . . . . 4000 M.
Fürst von Hohenzollern . . . . . 1 Reg.
Ob. Coloredo . . . . . } jeder ein Reg.
Ob. Paradies . . . . . } jeder ein Reg.
Ob. Forberg . . . . . } jeder ein Reg.
Bereits geworben: Graf Schlick . . . . . } 1 Reg.
Herr v. Tieffenbach . . . . . } 1 Reg.
Sächsische fünf Fähnlein . . . . . 1000 M.

Nach Löwe's Bericht (Krause, Actenstücke I. S. 64) sollte ein Reg. z. F. 3000 M. und ein Reg. R. 1000 M. stark sein.

Eine andere Rolle hat höheren Werth, weil sie sich auf eine Musterung vom 1. Sept. beschränkt. Nach derselben war damals der Stand der ganzen wallensteinischen Armee folgender:

Alte Regimenter.	Fußvolk.	Reg. Wallenstein	2091 M.
		„ Ob. Tieffenbach	1952 „
		„ „ Gr. Schlick	2026 „
		„ „ Julius Heinrich v. Lauenburg	1244 „
		Fußvolk in Summa	7333 M.
	Reiterei.	Zwei Leibcompagnien unter Haugwitz und Simonetti	150 M.
		Fünf Comp. La Motta	229 „
		Sechs Comp. Gonzaga	457 „
		Zehn Comp. de Fours	698 „
		Fünf Comp. Schärffenberg	436 „
		Fünf Comp. Isolan	433 „
	Reiterei in Summa	33 Comp.	2403 M.
Neu geworbene Regimenter.	Fußvolk.	Oberst Coloredo	2168 M.
		„ Wratislav	2317 „
		„ Cerboni	1823 „
		Fußvolk in Summa	6308 M.

Dazu kommt Oberst Aldringers Regiment, welches noch ungemustert sein soll, mit 3000 M.

	Reiterei.	Oberst Pechmann	1000 Pf.
		Herz. Franz Albrecht zu Sachsen-Lauenburg	1000 „
		Oberst Hebron	1000 „
		Reiterei in Summa	3000 Pf.

Bei der letzten Abtheilung befand sich auch der Graf Schlick. Mit drei Regimentern, zu welchen sein eignes und das tieffenbachische nebst dem fürstlichen Stabe gehörte, näherte er sich Schweinfurt. Nachdem er in eigner Person vorausgeeilt war und Quartier gemacht hatte, langten am 22. und 23. August die drei Regimenter vor der Stadt an, um sich

---

Also daß sich die ganze völlige Armada in 16,641·z. F. und 5403 z. Pf. erstrecket (48. Bd. der Camerarischen Samlung in der Kgl. Bibl. zu München). — Nach einer Liste Khevenhillers (X. 803) betrug das Fußvolk 14,800 M., die Reiterei 7600 Pferde, Andere sprachen schon damals von 25,000 M. im Ganzen. Allein diese Zahlen von 25,000 oder 22,000 sind auf jeden Fall viel zu hoch. Möglicher Weise bezeichnen sie die vorläufige Sollstärke des Ganzen, da Wallenstein selbst damals die beruhigende Versicherung ertheilt hatte, daß er nicht über 24,000 M. werben wolle. Auf keinen Fall ist die Armee in dieser Stärke auf irgend einem Punkte ihres Marsches durch Franken nach Niedersachsen vereint gewesen, ja man wird vielleicht kaum annehmen dürfen, daß sich damals etwa die Hälfte dieser Truppen in einem engeren Verbande befunden hat. Als jener Heinrich v. Mengersen Friedrich Ulrich über seine Sendung zu Wallenstein Bericht erstattete (20. Sept.), gab er die Stärke der wallensteinischen Armee auf sieben Regimenter Infanterie und 9 Regimenter Fußvolk an, von denen aber weder alle vollzählig noch auch alle bereits auf ihrem Rendezvous Eschwege angelangt waren.

Als vollzählig bezeichnete er die Infanterieregimenter Wallenstein, Schlick, Aldringer, von denen jedes 3000 M. stark war; bei dem noch auf dem Anmarsche befindlichen Regiment Coloredo, welches erst am 28. August 10 Compagnien stark aus Eger aufbrach, gibt er die Kopfzahl nicht an, die Regimenter Tieffenbach, Wratislav, Cerboni besaßen jedoch nicht die vorschriftsmäßige Stärke von 3000 M. Auf keinen Fall also betrug die Effectivstärke der zur wallensteinischen Armee gehörigen Infanterie 21,000 M., sondern ein erheblich Geringeres. Die neun Cavallerieregimenter, welche von Mengersen als wallensteinisch bezeichnet werden, sind die Regimenter Pechmann, Herz. v. Sachsen-Lauenburg, Hebron, de Fours, Isolan, Herz. Adolf v. Holstein, Schärffenberg, Gonzaga, La Motta. Die 6 ersten Regimenter sollten je 1000 Pferde zählen, allein das Regiment Holstein wurde, da Friedland seinen Obersten abdankte, untergesteckt, die Regimenter Sachsen, Hebron und Isolan waren noch auf dem Marsche, de Fours noch nicht vollzählig und die Regimenter Gonzaga und La Motta gleichfalls noch zurück. Es ist daher ganz zweifellos, daß bis zum Ende September die unmittelbare verfügbare Cavallerie Wallensteins sich nicht auf 7600 M. belaufen hat, sondern gleichfalls weit geringer gewesen ist. Viel über 20,000 Mann stark dürfte daher die Armee etwa in dem Augenblicke, wo sie in der Nähe von Göttingen in Bereitschaft (Vgl. Theatrum Europ. I. S. 869) zum Einmarsch in die Stifter lag, schwerlich gewesen sein. Immerhin war es aber ein auch der Zahl nach beträchtliches Corps, welches in die verwaisten und verwahrlosten norddeutschen Landstriche einfiel.

zwischen derselben und dem unterhalb liegenden Oberndorf zu lagern. Zu ihnen stieß am 24. August noch Oberst Coloredo mit seinem Regiment, welcher jedoch auf der linken Seite des Mains ein Lager bezog.[1]

Nach dem ursprünglichen Plane wollte man 6 Regimenter durch das Koburgische führen, allein den Bemühungen des Markgrafen Christian von Baireuth gelang es, diesen Beschluß umzustoßen. Man beschloß darauf, drei Regimenter über Hof, Lobenstein, Saalfeld, Blankenburg, Ilmenau und Tambach nach Schmalkalden zu weisen, während die Regimenter Wratislav, Cerboni und de Fours über Neustadt nach Hildburghausen und Themar gehen sollten. Schließlich führte man freilich auch noch die Regimenter Schärffenberg und Isolan diesen Weg durch das Koburgische und Meiningische nach Schmalkalden.[2] Alle diese letzgenannten Truppentheile standen unter dem Commando des Obersten Wilhelm Wratislav, Grafen zu Mitrowitz, der mit den Aemtern eines kaiserlichen Kriegsraths und Kämmerers auch die Charge eines böhmischen Hofmarschalls verband. Er hatte directen Befehl von Wallenstein, nach Schmalkalden zu gehen und hier und im Eisenachischen sich vorläufig einzuquartieren. Wallenstein[3] ersuchte Joh. Ernst von Eisenach ausdrücklich, die friedlichen Intentionen des Kaisers zu befördern und den Truppen Quartier und Proviant zu gewähren. Von diesen Regimentern passierte zuerst das Regiment Pechmann, dann Wratislav und de Fours in der Zeit vom Ende August bis zum 3. und 4. September das Gebiet des Herzogthums Koburg. De Fours marschierte mit etwa 1000 Pferden und 400 Dragonern über Neustadt nach Hildburghausen, Pechmann zog sich gegen Heldburg und Römhild nach Salzungen und Schwalungen. Von ihm wurde das Amt Schleusingen ziemlich hart mitgenommen. Mit diesen zusammen nahmen dann auch noch die Regimenter Gonzaga und La Motta in den meiningischen Aemtern Themar, Meiningen, Kündorf und Frauen-Breitungen Quartier.

Graf Wratislav war am 10. September in Schmalkalden, von wo er das Regiment Cerboni, welches in den ersten Tagen des Monats über Römhild in und um Salzungen angelangt war, auf dem nächsten Wege über Markfuhl, Reichesdorf nach Eschwege heranzog. Wratislav suchte

---

1) Nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Dr. jur. Stein in Schweinfurt.

2) Die Darstellung folgt hier den Acten des Großherz. Gesamtarchivs zu Weimar.

3) Wallenstein an Joh. Ernst Eger 27. Aug. n. St. Großh. Gesamtarchiv zu Weimar.

deswegen bei Johann Ernst von Eisenach um Quartier nach und erhielt es auch. In denselben Tagen (10. und 11. Sept.) wurde das Regiment Schärffenberg in Mechterstedt und Sattelstedt im Amt Eisenach erwartet.

Pechmann hatte sich damals im Amt Ichtershausen einquartiert, wo ihn endlich Herzog Ernst von Weimar durch persönliches Drängen, eben so wie La Motta aus dem Amt Königsberg zum Abzug nöthigte. Darauf ist der erstere aber noch einmal in das eisenachische Amt Volkenrode eingefallen.

Hebron ging am 4. September durch Saalfeld, um von da an der Nordseite des Waldes entlang über Ohrdruf Hessen zu erreichen.

Wallenstein selbst brach zuletzt aus Eger auf. Am 2. September verließ er mit seiner Hofstatt, von seiner Leibgarde und 2 Compagnien Küraſſieren begleitet, die Stadt, und ging über Weißenstadt (3. Sept.) und Kronach nach Schweinfurt. Als er an dem schon damals bekannten Wallfahrtsorte Vierzehnheiligen vorüberkam, stattete auch er der Kirche einen Besuch ab und erhielt darauf von einem würzburgischen Geheimsekretär eine Einladung nach Hassfurt, wo ihm der Bischof zu seiner Ankunft Glück wünschen ließ. Am 10. Sept. treffen wir ihn in Schweinfurt, wo nicht weniger als 4 Regimenter Infanterie im freien Feld gelagert waren. Er selbst ist von da nordwärts über Münnerstadt und Kaltennordheim nach Salzungen marschiert, während der andere Theil der vor und in Schweinfurt liegenden Armee noch etwas weiter westlich durch das Stift Fulda seinen Weg genommen hat. Von Hersfeld aus glaubte man damals werde sich der General gegen Höxter und Holzminden hinziehen.

Allein so weit nordwärts ist er schließlich doch nicht vorgedrungen, sondern er ließ die Regimenter in den südöstlichen Grenzgebieten Niederhessens zwischen Werra und Fulda Cantonnements beziehen.[1]

Bis in die Mitte des September hatte es den Anschein, als ob sich Wallenstein in Gemeinschaft mit Tilly dem Könige entgegenwerfen wollte, um ihm den Uebergang über den Main und ein Zusammenwirken mit einer im Westen nach dem Elsaß und der Pfalz vordringenden französischen

1) Nach einem Verzeichnis des Großh. Gesamtarchis zu Weimar (Kriegsacten vom Juli bis Dec.) war die Vertheilung folgende: Wallenstein lag mit der Artillerie und 2 Regimentern im Amt Friedewalde und Schenklengsfeld, Cerboni in Vacha und Hersfeld, Isolan in Breitenbach an der Fulda, Gonzaga in Homberg, La Motta in Rothenburg, Pechmann in Spangenberg, Hebron in Sontra und Lichtenau, Schärffenberg in Melsungen, Schlick in Homburg und Graf Wratislav und de Fours in Schmalkalden.

Armee zu wehren. Indessen plötzlich gab er, dem Anschein nach auf Tillys Meldungen, diese Marschrichtung auf.

Von Vacha aus meldete er am 16. Sept. Johann Ernst von Eisenach, daß er von Tilly Schreiben erhalten habe, nach welchen er seinen Zug ändern und die eisenachischen Aemter abermals berühren müsse. Er kündigte für den nächsten Tag seine Ankunft in Berka und Gerstungen an und bat um Proviant.[1] Am folgenden Tage aber erließ er von Berka ein Dankschreiben an den Herzog, welches abermals hervorhob, daß sich die „Läufte" geändert hätten.

Auf die Frage, worin diese Aenderung bestand, kann eine sichere Antwort nicht ertheilt werden. Wir wissen nur aus Tillys Briefen an Maximilian, daß dieser einer Vereinigung mit Wallenstein nicht sehr geneigt war. Noch am 29. Aug. schrieb derselbe an den Kurfürsten, er begehre das wallensteinische Volk nicht eher, als bis er wisse, wessen er sich zum Könige zu versehen habe. Nun litt sein Heer außerdem Mangel an Proviant: die Bauern im Braunschweigischen hatten die Dörfer verlassen, und was sie nur an Getreide und Lebensmitteln mitführen konnten, in die Städte gerettet. Er glaubte ferner nicht an die Absicht des Königs, ihm jetzt schon entgegenzutreten, und war viel eher zu einem Einfalle nach Holstein, ja nach Dänemark, als zu einem längern und ruhmlosen Verweilen in diesen verödeten Landschaften entschlossen. Er wußte endlich Anfangs September bereits, daß Mansfeld und die Franzosen keinen Angriff im Westen machen würden, sondern daß der erstere bereit war, die Armee des Königs zu verstärken. Hatte er nun vielleicht auch damals bereits Kenntnis von dem noch etwas unfertigen Plane, nach welchem Mansfeld ein besonderes Operationsfeld mehr im Osten zugewiesen werden sollte? In diesem Falle wäre eine Aufforderung an Wallenstein, sich der Stifter Halberstadt und Magdeburg zu bemächtigen, leicht erklärlich. Freilich kann man sich auch dem Gedanken nicht verschließen, daß Tilly während der vergeblichen Belagerung Nienburgs doch sein Urtheil über die Pläne des Königs geändert hat und die Wahrscheinlichkeit eines ernsten Zusammentreffens erwog.

Wie dem nun auch sein mag, Wallenstein ließ von Hessen ab und ertheilte nur dem Grafen Wratislav den Auftrag, in und um Vacha zurückzubleiben. Er selbst marschierte eiligst über Eschwege und Allendorf auf Göttingen, zunächst offenbar in keiner andern Absicht, als der, Tilly zu Hilfe zu eilen. Und auch Wratislav folgte ihm nach einigen

1) Ungedruckter Brief Wallensteins an Joh. Ernst. Großherz. Gesamtarchiv in Weimar.

Tagen: schon am 19. September theilte er dem Herzoge von Eisenach mit, daß er Befehl habe, am folgenden Tage nach Treffurt und Wanfrede aufzubrechen, und bat um Commissare zur Beschaffung der nothwendigen Quartiere. —

Daß nun dieser ganze Zug der gefürchteten kaiserlichen Armee den Landschaften, welche er berührte, ein gut Theil der Leiden auferlegte, welche in damaligen Zeiten auch befreundete Armeen über Stadt und Land brachten, braucht nicht besonders in Erinnerung gebracht zu werden. Und gerade diese Schaaren bestanden vielleicht zum größeren Theil aus Nichtdeutschen: Ungarn und Czechen, sogar Illyrier waren der Werbetrommel gefolgt. Ungarn und Illyrier vom schärffenbergischen Regiment hatten Nachts das eisenachische Dorf Sattelstedt geplündert und angesteckt, obwol man sie mit allen Bedürfnissen versorgt hatte. Nicht nur hier, sondern auch anderwärts hatte man die Pferde mitgenommen. Namentlich über die Mannschaften der Obersten Hebron und Pechmann ist laute Klage geführt worden. Allein Greuelscenen, wie sie Tillys Einbruch in Niedersachsen zur Folge hatte, begegnen wir hier nicht. Die militärische Disciplin scheint sich nirgends so gelockert zu haben, daß die Regimenter selbst Gefahr liefen. Bei dem Vorrücken der Armee wurde möglichst genau auf das Innehalten der Quartiere geachtet, um welche Wallenstein und seine Offiziere wol in den meisten Fällen nachsuchten. Sehr häufig haben die landesherrlichen Commissare, deren z. B. im Eisenachischen zwölf waren, den Durchzug überwacht und die Quartiere angewiesen und nach Möglichkeit immer für Proviant Sorge getragen. Wallenstein selbst hat namentlich Johann Ernst dem Aelteren mehrmals seinen Dank ausgesprochen. Schon von Kronach aus versicherte er ihm, daß die Mannschaften nicht länger als einen Tag in einem Quartier still liegen würden, und in den meisten Fällen scheint man das Versprechen auch gehalten zu haben. Unter Dach und Fach suchte man hauptsächlich die Cavallerie zu bringen, während die Infanterie gewöhnlich Bivouaks beziehen mußte. Plünderung war streng verpönt, und es begegnen uns mehrere anerkennende Urtheile über die strenge Handhabung der Kriegszucht. Unter den Generalen wurde außer Wallenstein selbst auch dem Grafen Wratislav und Cerboni für die Aufrechterhaltung der Mannszucht Lob zu Theil.

Am meisten widersetzte sich im Anfang unter den kleinen thüringischen Fürsten Johann Kasimir von Koburg den bevorstehenden Einlagerungen. Er drohte Schlick, die Sache an den Kreisobersten und durch diesen an den Kaiser zu bringen, und hat den erstern auch wirklich um Hilfe angesprochen. Friedland gegenüber aber nannte er die Forderung befremdlich und hochbeschwerlich und berief sich auf die kaiserlichen Ver-

sprechungen: auch hätte es das Kurhaus Sachsen um den Kaiser und die katholischen Stände nicht verdient. Nach der Einäscherung eines großen Theiles von Sattelstädt verbat sich freilich auch Johann Ernst geradezu bei Friedland weitere Durchzüge. Allein jedes Widerstreben der Fürsten und Unterthanen war bei der allgemeinen Desorganisation der Reichsverhältnisse erfolglos. Die gerade auf derartige Zustände und Vorkommnisse berechnete Kreisverfassung hat niemand auch nur anzurufen gewagt. Verzweiflungsvoll rief Johann Kasimir aus: „Gott segne die fünf Gerstenbrot und helfe dem Armut vollends übertragen." Und auch die Gefahr für die Confession, welche von dem Aufenthalt so bedeutender katholischer Truppenmassen in protestantischen Gebieten ausging, entzog sich einem schärferblickenden Auge nicht: „Es besteht auf dem höchsten Extrem," rief da wol Einer aus, „*die katholische Liga hat einen Anlaß, sich der Stifter zu bemächtigen.*"

Wallenstein im Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel.

Schon in Böhmen hat Wallenstein den niedersächsischen Kreis als sein Ziel bezeichnet. Um so auffälliger, daß sowol in einem gedruckten kaiserlichen Patent als in einem Schreiben Friedlands an den Kurfürsten von Sachsen der Rhein als das Ziel des Zuges, und in dem erstern Mansfeld mit seinen aus Engländern, Franzosen und Niederländern bestehenden Truppen direct als der Feind, welchem man begegnen will, genannt wird. Es scheint also, als ob man es in Wien mit Fleiß vermieden habe, den niedersächsischen Kreis im Voraus zu beunruhigen. Freilich bleibt auch die Annahme gestattet, daß die nächste Bestimmung des neuen Heeres geändert wurde, als man im Westen, im Elsaß und in der Pfalz, sich weder von den Franzosen noch von Mansfeld einer ernstlichen Gefahr mehr zu besorgen hatte.[1]

Daß Wallenstein vom Kaiser den besonderen Auftrag erhalten habe, sich der norddeutschen Stifter oder vielleicht auch nur Magdeburgs und Halberstadts zu versichern, darauf deutet zunächst nichts hin. Die glückliche Occupation dieser Landschaften scheint vielmehr recht eigentlich Wallensteins eigenstes Werk zu sein. Hierfür spricht unter anderm auch ein kaiserlicher Erlaß an den Feldherrn selbst.

---

1) Wittich (Preuß. Jahrbücher XXII. S. 330) sagt: „Der König von Spanien wünschte die Verwendung der neuen Armee gegen Mansfeld."

Das Capitel von Halberstadt hatte den Kaiser gebeten, das Stift mit dem sie bedrohenden Winterlager Tillys zu verschonen. Dieser Bitte hatte sich auch der Kurfürst von Sachsen, da das Stift sich an den Beschlüssen der letzten Kreistage nicht betheiligt hatte, angeschlossen, obwol er von einer bevorstehenden Einlagerung nichts wußte, und auch nicht glaubte, daß der Kaiser sie befohlen, oder Tilly ohne ausdrücklichen Befehl etwas derartiges vornehmen würde. Der Kaiser ersuchte darauf Friedland diesen vereinigten Bitten des Capitels und des Kurfürsten von Sachsen Folge zu geben „und sowol jetzt alsbald als auch fürnehmlich zum Fall es dies Orts zu obbestimmtem Haupt- und Winterlager kommen sollte, mit dem unterhabenden Kriegsvolk auf der Autorn und Schuldigen Fürstenthum, Land und Güter und gegen dem Herzogthum Holstein, so viel sonderlich den König. Dänemarkischen Antheil (!), und sonst an andern Ort, wie Dr. L. die Beschaffenheit dorten in loco an die Hand geben wird, zu rücken und bei denselben Winterquartier und Einlagerung anstellen und halten zu lassen.“[1] Aus diesem Schreiben dürfen wir mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß es der kaiserlichen Politik nicht in erster Linie um eine Besetzung der Stifter zu thun war, obgleich dieselbe freilich auch nicht außerhalb ihrer Berechnungen gelegen hat.

Schon in Eschwege suchte Wallenstein ein Abgesandter Friedrich Ulrichs, Heinrich v. Mengersen, auf, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß sein Einrücken die angebahnten gütlichen Verhandlungen erschweren oder wol gar unterbrechen würde. Wallenstein behauptete jedoch gerade das Gegentheil: „wenn man den Ernst sähe, würde man die Tractaten desto eher vollziehen.“ Er forderte unter den ärgsten Drohungen die Verproviantierung seiner Truppen, widrigenfalls seine Soldaten Proviant holen würden, wo er zu finden sei, und sollte ihm dabei auch nur ein Mann erschlagen werden, wollte er die Dörfer in Brand stecken. Auch die Berufung auf den Vermittelungsversuch des Kurfürsten von Sachsen erschütterte ihn nicht; sein Schluß lautete, „er müsse effectuieren, wozu er vom Kaiser Befehl habe.“[2]

Auch die Reichsstädte Nordhausen und Mühlhausen mußten nun in ganz ähnlicher Weise wie die süddeutschen Durchzug und Musterplatz

1) Ferdinand II. an Friedland Neustadt 10. Sept. n. St.

2) Brief Heinrichs v. Mengersen an Friedrich Ulrich Eschwege 20. Sept. n. St. und ein anderer vom 24. Sept. an Fr. U. und den Adm. von Magd.

abkaufen. In Allendorf bot Wallenstein ein nordhäuser Deputierter 14,500 Rthlr., den vierten Theil von dem, was Mühlhausen zahlen wollte. Obwol die Bitten Nordhausens gleichfalls in einer Verwendung Johann Georgs Unterstützung fanden, gab Wallenstein nicht sofort nach, sondern forderte wirklich Bereithaltung der Quartiere.

Am 1. October überschritt Wallenstein die Werra und führte die Truppen von Allendorf über Niedergantern in das Amt Friedland, wo wir ihn noch am 5. October antreffen. Schon an diesem Tage näherte er sich jedoch über Rosdorf, Ellershausen und Grohne, lauter Ortschaften auf dem linken Ufer der Leine, Göttingen.

Einen Feind außer ungeordnete Schaaren von Bauern und Ausschuß hatten Friedlands Regimenter bis dahin noch nicht erblickt. Erst vor Göttingen trat ihnen ein kleines braunschweigisches Corps von 1500 M. Fußvolk und 300 (?) Reitern unter Hans Christof v. Hardenberg entgegen. Das Fußvolk bestand aus bewaffneten Landleuten, während die Reiterei aus Knechten und Dienern der Ritterschaft zusammengesetzt war. Der braunschweigische Adel selbst aber hatte zum größten Verdruß der Landleute hinter den Mauern von Nordhausen Schutz gesucht. Die 10 Compagnien des Ausschusses hatten ein Feldlager auf dem Masch bei Göttingen bezogen.

Hardenberg hatte sich auf besondern Befehl Friedrich Ulrichs von Poppenburg nach Göttingen begeben müssen. Dem Vernehmen nach war ihm wol von dem Könige eine Unterstützung zugedacht gewesen; allein derselbe war nach der Versicherung der Dänen zu spät darum ersucht worden, so daß die dänischen Truppen kaum noch bis zum Calenberge gelangen konnten. Hardenberg stand also mit seiner kleinen Schaar auf einem verlornen Posten.

In Grohne lagen 2 Compagnien braunschweigische Reiter, welchen Hardenberg bei der Annäherung des Feindes Verstärkung sendete (5. Oct.). Hierbei kam es zu einem Gefecht, welches zu Ungunsten der Dänen ausfiel. Wallenstein näherte sich darauf der Stadt bis auf 400 Schritt und blieb den Rest des Tages in Schlachtordnung stehen. Hardenberg, der besonders den Mangel an Reiterei beklagte, mußte sich unmittelbar unter die städtischen Kanonen zurückziehen. Vergeblich hatte er schon am Tage zuvor mit dem Rath über die Aufnahme seiner Truppen verhandelt, besonders für den Fall, daß Wallenstein einen Angriff auf die Stadt selbst unternehmen würde: allein „wenn es soll zum Effect gehen, ist es nichts, denn die Gilden und Herr Omnes rathen mit." In vollster Verzweiflung bricht er in einem Schreiben an seinen Landesherrn in die Worte aus: „Gott der Allmächtige wolle mir beistehen, daß ich mit Ehren davon komme."

Es kam nun zu kleinen Scharmützeln zwischen dem Ausschuß und den Kaiserlichen, in welche auch die städtische Artillerie von den Wällen aus eingriff. Ja die Göttinger hatten damals „von der tollen Sau gefressen“ und setzten die Kanonade fort, bis es Hardenberg endlich selbst untersagte. Da glaubten die Bürger, daß der dänische Entsatz in der Feldmark des Dorfes Holtensen herannahe, bis sie endlich bemerkten, daß die große städtische Kuhheerde, welche die treulosen Hirten dem Feinde in die Arme trieben, diese Hoffnung in ihnen erregt hatte. Wallenstein griff jedoch die Stadt selbst nicht an. Er hatte sich mit dem Hauptcorps auf dem Leineberge gelagert, während der braunschweigische Ausschuß bis in die städtischen Gärten zurückwich.[1]

Am Nachmittag sendete dann Hardenberg auf Wallensteins Verlangen den schon genannten Heinrich v. Mengersen und den Oberstlieutenant Statz Adrian v. Wobersnow in das feindliche Hauptquartier. Nach der erst am andern Tage (6. Oct.) erfolgten Rückkehr dieser Unterhändler trat der braunschweigische Oberbefehlshaber mit seinen Offizieren zu einer Berathung zusammen, in der man endlich den Rückzug auf Northeim anzutreten beschloß. Zuvor aber wollte man Göttingen wenigstens noch einige Compagnien anbieten. „Gott erbarme es, daß die Sachen leider zu dem Stande gerathen! Ich kann von keinem Ort succurriert werden noch Beistand, Hilfe oder Trost erlangen. Geld habe ich nicht; Proviant kann ich, weil die Straßen gesperrt, nicht mehr herein bekommen; ebenmäßig ists mit Kraut und Loth beschaffen; in die Stadt werde ich mit den Soldaten nicht gelassen; so kann mit den tausend Pferden ich allhier blokiert und mit der übrigen friedländischen Armee E. F. G. ganzes Land durchstreift werden“: mit diesem Schmerzensschrei setzt der rathlose Mann seinen Landesherrn von seiner verzweifelten Lage in Kenntnis.

Auch noch am folgenden Tage (7. Oct.) wies die Stadt die Aufnahme Hardenbergs mit größter Hartnäckigkeit zurück. Als derselbe jedoch geradezu mit der Abführung des Volkes drohte, öffnete sie noch am Abend die Thore und ließ wenigstens das ritterschaftliche Volk ein. Ebenso gelang es Hardenberg Münden und Erichsburg mit einer Besatzung zu versehen, dagegen hatte sich Northeim bis dahin absolut geweigert, auch nur einen einzigen Mann einzunehmen. Noch an diesem Tage, während Wallenstein schon aus der Umgebung von Göttingen aufbrach, verhandelte Hardenberg mit dieser Stadt. Seinem Landesherrn aber erklärte er

1) Diarium Gottingicum im Rathsarchiv der St. Göttingen.

feierlichst, daß er nicht mehr habe thun können, was ihm jeder billige Beurtheiler einräumen wird.[1] Der Zweck der ganzen Aufstellung, Wallensteins Vereinigung mit Tilly zu hindern, war mit so unzureichenden Streitkräften in der That nicht durchzuführen. Von den Weisungen, welche Hardenberg in diesen kritischen Tagen von Friedrich Ulrich empfangen hat, sind wir nicht genügend unterrichtet.[2]

Wallenstein, welcher in diesen Tagen sein Hauptquartier südwestlich von Göttingen im Dorfe Ohlenhausen hatte, brach am 7. October auf und fiel raubend und plündernd in das nördlich angrenzende wolfenbüttelische Amt Horste ein. Unter der Führung des celle'schen Statthalters Marquard v. Hodenberg, welchen Christian der Aeltere Friedland bis nach Allendorf entgegengesendet hatte, zog das östreichische Heer darauf durch das grubenhagen'sche Gebiet bis nach Alfeld. Obwol der Herzog schon damals von der neutralen Stellung der celliſchen Linie unterrichtet war und daher ihr Gebiet nach Möglichkeit schonte, wurden die Aemter Salzderhelden und Rotenkirchen demungeachtet ausgeplündert.

In Einbeck hatte Hardenberg eine persönliche Zusammenkunft mit Wallenstein, welcher ihn hier geradezu zur Verproviantierung seines Heeres und zur Entwaffnung des Landvolks aufforderte. Er gestand dem braunschweigischen Bevollmächtigten, daß er die letztere nur mit Abtheilungen von 2000 bis 3000 M. bewerkstelligen könne.

Nun trat jedoch an Wallenstein auch die Nöthigung heran, einen endgiltigen Beschluß über die Landschaften, in welche man das Heer führen und einquartieren wollte, zu fassen. Noch bevor er Allendorf verlassen hatte, verlautete die bestimmte Kunde, daß dasselbe in die Stifter Hildesheim, Halberstadt und Magdeburg bestimmt sei. Große Besorgnis herschte auch im Anhaltischen, welches nach Berichten aus Wien gleichfalls zum Musterplatz ausersehen sein sollte. Zeitig genug wendeten sich daher die

1) Die Darstellung folgt den Briefen Hardenbergs an Friedrich Ulrich vom 26. 27. und 29. September, welche sich abschriftlich im K. St.-A. zu Dresden vorfinden (43. Buch, Kriegswesen im Reich betr. Anno 1625).

2) Dem Zusammenstoß Wallensteins mit dem braunschweigischen Ausschuß vor Göttingen wurde sehr bald eine übertriebene Bedeutung beigelegt. Vulturnus (Ausg. v. J. 1631) spricht ferner von einem Accord Wallensteins mit der Stadt, von welchem selbst das Theatrum Europ. nichts weiß. Nach Adlzreiter soll derselbe in Folge eines Aufstands in Göttingen eingezogen sein (Goettingam obsessam seditione accepit caesis agrestibus). Das Diarium Gotting. I. 13 a ff. schweigt jedoch von der Belagerung, dem Aufstande und der Einnahme der Stadt eben so wie die hardenbergischen Briefe. Die letztern äußern sich freilich auch über andere Verhältnisse nur sehr kurz und unbestimmt.

fürstlichen Brüder an den Kreisobersten Johann Georg, auf dessen Gesuch der Kaiser zwar eine beruhigende Antwort ertheilte, aber zugleich auch den Durchzug für zwei in Niedersachsen geworbene Regimenter forderte.

Wie es scheint, hat man die Bestimmung der Winterquartiere sowie der von beiden katholischen Armeen dem Feind gegenüber zu besetzenden Linien einer Vergleichung zwischen Wallenstein und Tilly überlassen.[1]

Und darauf hin hat nun Wallenstein eine Vereinbarung mit Tilly getroffen, kraft deren ihm selbst die Stifter Magdeburg und Halberstadt, Tilly aber das braunschweigische und hildesheimische Gebiet zugewiesen wurde. Sie scheint zu Hemmendorf in der Nähe von Lauenstein stattgefunden zu haben, wo bis vor wenigen Jahren eine uralte Linde, der Wahrbaum eines ehemaligen Gaugerichts, Tillys Namen trug. Von hier aus erließen wenigstens beide Feldherren ein Protestschreiben an die beiden ersten Stände des niedersächsischen Kreises, Christian Wilhelm und Friedrich Ulrich. Sie beriefen sich auf das Urtheil der Nachwelt, wie unverantwortlich es sei, daß man lieber mit dem geächteten Mansfeld und seinen Anhängern, als mit dem Kaiser gehen wolle, und wiesen jegliche Verantwortung von sich.[2]

Der Herzog von Friedland und seine hohen Offiziere.

Wallenstein befand sich, als er in Norddeutschland erschien, in der Blüthe des männlichen Alters, er stand im 43. Lebensjahre. Wenn die Ueberlieferung über das schöne, noch jetzt im Rathaus zu Eger befindliche Bild van Dycks wahrheitsgemäß ist, — er soll es selbst auf seinen Zügen mit sich geführt haben —, und wir dasselbe demgemäß als im höhern Grade treu und zuverlässig bezeichnen dürfen, so verlieh dem gewaltigen Geiste und ursprünglichen Character auch schon ein imponierendes Aeußere eine weithin tragende und leicht verständliche Wirkung. Das regelmäßige Oval seines Antlitzes war nur von einem spärlichen Bart umsäumt, der schon früh die trügerischen Anzeigen eines vorgerückteren Alters an sich trug. Tiefliegende, schwarze Augen prägten zusammen mit der starkknochigen, leichtgebogenen Nase und der kräftig entwickelten Unterlippe seinen Zügen den Character unabänderlicher Entschiedenheit, ja des Trotzes auf. Vergebens sucht man in diesen bedeutungsvollen Linien nach Zeichen des Wolwollens und milder und freundlicher Regungen der Seele: sie

1) Wallenstein an Collalto, Feldlager bei Göttingen 6. Oct. Chlumecky a. a. O. 17.

2) Hemmendorf 13. Oct. bei Krause, Actenstücke I. 68.

scheinen vielmehr von dem Selbstbekenntnis der Gewaltthätigkeit und Härte überrascht zu sein.

Und wir wissen ja in der That, daß schon bald nach seinem Einmarsch in Norddeutschland nicht einmal der Wille des Kaisers den Sinn des Allgewaltigen zu beugen vermochte. Er hat directen Befehlen Ferdinands II. den Gehorsam versagt; er hat Bittsteller, welche bei dem Kaiser Erhörung fanden, gerade für ihre Bittgesuche mit Geld- und Freiheitsstrafen belegen lassen. Nur ein einziger Mann war es schon damals, welcher sich noch eines Einflusses auf den Unzugänglichen, von der Richtigkeit seiner Ideen felsenfest Ueberzeugten rühmen durfte, Ulrich v. Eggenberg.

Wallenstein war sparsam mit dem Wort selbst bei Empfehlungen: in Audienzen verwirrte er die Bittsteller oft durch sein ungestümes Drängen auf Kürze der Darlegung. Auch in seinen Briefen, welche vielleicht nur zum kleinsten Theile gedruckt sind, erhebt er sich durch die Gedrängtheit des Ausdrucks und ein geistreiches Spiel mit Antithesen weit über viele andere derartige unmittelbare Aeußerungen seiner Zeitgenossen. Allein die äußerlich maßvolle Haltung war fast stets durch das verborgene Feuer seines unablässig arbeitenden Innern bedroht: er war außerordentlich leicht erregbar zu Zorn und Leidenschaft, deren wilde Fluthen sich dann tosend und polternd über ihre Opfer ergossen. Dann wurden auch höher gestellte Offiziere und Beamte leicht mit dem Verlust des Hauptes bedroht.

Schon jetzt gefällt sich der Herzog[1] darin, seiner fürstlichen Autorität auch nach Außen hin Nachdruck und Würde zu verleihen. Aber dabei findet sich keine Spur jenes nachgiebigen lässigen Wolwollens, jener bequem vornehmen Art, Personen und Dingen gegenüber zu treten, wie sie Ferdinand II. und seinen Hof, ja das östreichische Naturell nicht nur von damals kennzeichnen.

Seine Umgebung bildet schon jetzt einen förmlichen Hofhalt, er umgibt sich gern mit Personen adliges Standes. Dagegen finden wir in seiner Dienerschaft keinen Hofnarren oder Possenreißer ähnlicher niedriger Art. Trotzdem war er damals noch ein Freund heiterer Geselligkeit im Kreise seiner Offiziere, deren er gewöhnlich eine sehr große Zahl bewirthete, während er später allein speiste. Dagegen erschien er nur selten in der unmittelbaren Umgebung der Truppen: bei Märschen ging er etwas voraus oder folgte dem Zuge. Dann hatte er es gern, wenn man ihn nicht bemerkte und sogar vermied ihn zu grüßen. Er liebte

1) Vgl. oben S. 295.

einfaches, soldatisches Wesen: bei Beförderungen entschied allein militärisches Verdienst, Empfehlungen Anderer und oft selbst die Briefe und Patente des Kaisers waren wirkungslos. Ja er trug kein Bedenken, sogar die Autorität seines Kriegsherrn vor seinen Offizieren bisweilen bloß zu stellen. Er soll einst, als sich ein Offizier mit einem Gnadenbriefe des Kaisers bei ihm meldete, bei Tafel zu seiner Umgebung gesagt haben: Kameraden, ich habe einen euch vielleicht unangenehmen Beschluß gefaßt, einer von euch muß sterben. Unser neuer Ankömmling hier will Capitän werden und wartet auf eine Vakanz: also bequemt euch und sterbt, um ihm Platz zu machen.[1]

In religiöser Beziehung galt er bei Exaltierten wol für einen Atheisten. Allein dieser Ausdruck kommt in jener Zeit auch für solche Fürsten und Staatsmänner vor, welche von der Ahnung oder der Erkenntnis erfüllt sind, daß der Streit der Confessionen im Staate seine Ausgleichung finden müsse. Und einer ähnlichen Anschauung wenigstens hat Wallenstein schon bei seiner Ankunft in Norddeutschland gehuldigt. Schon damals gehörte er nicht zu jener extremen Partei des Hofes, welche den Krieg schon des Glaubens halber fortsetzen wollte. Auch ihm geht das Staatswol über die Confession. Allein wir besitzen auch nicht das geringste Zeugnis für die Ansicht, daß er sich im Laufe der Jahre etwa der alten ihm anerzogenen protestantischen Anschauung wider genähert habe. Er hat sich vielmehr immer als eifrigen Katholiken erwiesen und sogar dem Jesuitenorden zahlreiche Beweise seiner Huld und Fürsorge gegeben. Aber auch dies that er im vollen Bewußtsein seiner fürstlichen Autorität, welches nicht einmal den Gedanken an eine Theilung der Macht mit Orden und geistlichen Gewalten aufkommen ließ.

So schrieb er schon im Jahr 1626, als die Jesuiten in Zwistigkeiten mit den Unterthanen gekommen waren, an seinen Landeshauptmann, den Obersten Gerhard v. Taxis, „werden's die Jesuiter gut machen, so werden sie's gut haben. Ich begehre ihre Impertinenzen nicht mit brachio seculari zu defendiren, denn ihre Exorbitanzen sind unerträglich." Er mahnt den Hauptmann, auf alles gut Acht zu geben und sich von den Jesuiten nicht bei der Nase führen zu lassen, „denn ihr sehet, was sie vor seine Händel itzt im

1) Vita Alberti Walsteini. Ex Italico Galeacii Gualdi translata lab. ac studio Josuae Arndii S. 67. Die Erzählung ist nicht unwahrscheinlich. Das Büchlein, dem sie entnommen ist, verdient überhaupt größere Beachtung: einzelne Angaben desselben lassen sich archivalisch belegen.

Land ob der Ens eingericht haben. In Summa, es geht überall also zu, wo sie einwurzeln; könnte ich mit 100,000 Gulden der Fundation, so ich ihnen gethan hab, ledig werden, so thät ichs gewiß."[1] Es handelte sich um die Väter des Convicts zu Gitschin, welches Wallenstein als eine Erziehungsanstalt für 100 Zöglinge errichtet hatte. Die Väter griffen über die ihnen zugewiesene Sphäre hinaus, indem sie sich das Recht anmaßten, die Landescontribution unmittelbar in Prag abzutragen, und sich auf diese Weise seiner eignen weltlichen Oberherrlichkeit entzogen. Wallenstein dagegen erklärt seinem Landeshauptmann trocken und kurz: „Sie gehören unter mich und nicht unter das Land. Dahero will ich, daß sie mich in temporali vor ihren Oberherrn erkennen, und befehle euch: werden sie die Contribution, wie sich gebührt, nicht abführen, daß ihr euch ihnen in die Güter einführt; im Widrigen so würde ich's bei euch suchen." Mit den schärfsten Worten hat er die Verkommenheit und die Sucht des Clerus nach Vermehrung des weltlichen Besitzes getadelt; die Folgen des Strebens der Geistlichkeit, ihre Herschaft auch auf weltliche Dinge auszudehnen, stehen ihm lebhaft vor Augen: er weiß, daß sie dazu führen müssen, die weltliche Gewalt selbst anzutasten. Ganz offen erklärte er, die Güter derjenigen, welche unter dem Vorwande der Armuth den größten Reichthum besäßen, seien den Bürgern des römischen Reichs außerordentlich gefährlich.

So wenig er freilich auch bei seinen Offizieren nach der Confession fragte, und so sehr er persönlich jeder gewaltsamen Aenderung des Glaubens in den außeröstreichischen Reichsgebieten abhold war, so hat er doch die Ausbreitung des Katholicismus nicht nur begünstigt, sondern auch selbst nach Kräften gefördert. In seinen böhmischen Besitzungen hat er die Reformation gleichfalls mit Gewalt durchgesetzt. Er hat allerdings später als Landesherr in Mecklenburg lutherische Prediger bestätigt und berufen, aber er gründete auch in Güstrow eine katholische Academie, welche nicht allein dazu dienen sollte, seinen eignen Verwandten eine wissenschaftliche und weltmännische Ausbildung zu gewähren, sondern auch den mecklenburgischen Adel allmählich zu katholisiren. Und wir finden in derselben in der That Mitglieder der mecklenburgischen Familien Bülow, Maltzahn, Bernsdorf, Lützow.

Wallensteins Feldherrntalente sind schon kurze Zeit nach seinem Auftreten in Norddeutschland in Zweifel gezogen worden. Seine bedeutenden Gaben für das damals fast noch vollständig brach liegende Gebiet

1) Schottky 41.

rationeller Staatsverwaltung hat jedoch fast jede neue Veröffentlichung aus seinem Briefwechsel bis auf die jüngsten Tage in immer helleres Licht gestellt.

Nichts aber bezeugt wol seinen wahren innern Fürstenberuf mehr, als sein nie zu befriedigender Trieb zu schaffen und zu gestalten, welcher sich seiner Ziele so klar bewußt bleibt, daß durch die Sorge für das Einzelne der Blick in das Ganze nicht getrübt, noch die Energie eines Handelns für allgemeinste, allumfassende Zwecke gelähmt wird. Nicht viele Herscher seiner Zeit außer etwa Gustav Adolf und Maximilian besaßen jenes Talent, die Einzelheiten der Verwaltung persönlich zu leiten und nebenbei doch dem Zusammenhange der größten Weltbegebenheiten, in welchen sie selbst erste Rollen führten, ihre hauptsächlichste Sorge zu widmen.

Wallenstein beschäftigen auch auf dem Marsche die Gedanken an die Pflege und Bildung seiner Pagen in Gitschin: „Die Knaben, so ich studieren laß, befleißigt euch auch, daß sie die wälsche Sprach lernen und haltet ihnen Jemanden, der sie instruiert. Die musicam vor allem will ich wol, daß sie lernen, aber nicht publice exercieren," — so läßt er sich von Schweinfurt aus gegen Taxis vernehmen. Und von Göttingen aus schreibt er wenige Monate darauf an denselben: „Die Schulen nehmt in Acht und thut mit Ernst und Glimpf darzu, daß die Umliegenden von Adel, insonderheit die unter mir wohnen,[1] ihre Kinder und Freunde hinein zum Studieren thun, doch selbst darauf die spesa bezahlen. Ich will auch zum wenigsten an zwölf Knaben Herrn- oder Ritterstands, doch nicht von den schlechten von Adel halten: die spiritosi sein, die dorten studieren. (?)"

Allein der Herzog trägt auch Sorge, Gitschin selbst in jeder Beziehung während seiner Abwesenheit emporzubringen. Während er von Eger aus seine Regimenter ins Reich sendet, befiehlt er seinem Landeshauptmann: „In die Kanzelei wollte ich, daß ihr um ein paar Juristen umschauet, darzu ich denn auch ein paar Herren- oder Ritterstands adjungieren will; auch müßt ihr zu der Kanzelei einen deutschen Secretari haben, dieweil ich nicht will, daß bei der Kanzelei was böhmisch sollte tractiert werden. Müsset auch schauen, wie allerlei artes auf Gitschin introduciert werden von Seiden- und Wollenarbeitern. Ehe die Maulbeerbaum groß werden, so kann man seda crida aus Wälschland kommen lassen; in summa allerlei artes hineinbringen, darvon die Stadt kann populiert

1) Bei Schottky findet sich an dieser Stelle das offenbar unrichtige „meynen."

werden. Wegen der Peſt laßt Achtung geben und remedia gebrauchen, auf daß ſie nicht weiter einreißt." [1]

Er hat ſpäter in Mecklenburg die Juſtiz von der Verwaltung getrennt, eine Domänenkammer, eine Art Regierungscollegium mit beſonderen Decernenten für die einzelnen Verwaltungszweige errichtet und ſich auch der kleinſten Angelegenheiten ſeiner neuen Herſchaft huldreich angenommen. Zu den neuerdings bekannt gemachten, von eben ſo großer Thatkraft wie Einſicht zeugenden Verordnungen gehört auch die über das Armenweſen, welches er in ganz moderner Anſchauung der Verhältniſſe ausſchließlich zur Gemeindeſache gemacht wiſſen wollte. [2]

Die Wirkungen dieſer ausgezeichneten Fähigkeiten erhöhte noch jene Stätigkeit und Feſtigkeit des Characters, aus der man auf der Stelle den Eindruck gewann, daß man es mit einer weit überlegenen Perſönlichkeit zu thun habe. Daß er das Große groß faßt, wird ſofort allen klar. Man fühlt, daß es ein Mann auf ſich genommen hat, Verwirrungen zu ſchlichten, welcher wirklich die Kraft dazu und auch das Bewußtſein von dieſer Kraft in ſich trägt.

Wenn ſeine Armee im Anfange wirklich nur zur Unterſtützung Tillys beſtimmt war, und man das Rangverhältnis beider Generale in der That unbeſtimmt gelaſſen hatte, ſo trug gerade ſeine Perſönlichkeit das meiſte dazu bei, dieſe Sachlage in kürzeſter Friſt zu ändern. Unmittelbar nach ſeiner Ankunft erſcheint er als der gebietende und maßgebende Wille, dem ſich Tilly grollend unterordnet.

Innerhalb weniger Monde empfindet auch Südweſtdeutſchland den Druck der neuen Militärdictatur, an deren ehernem Schilde ſelbſt die wolwollenden Verwendungen von Wien aus machtlos abprallten. Mit Staunen bemerkten die Politiker in München und in den rheiniſchen Biſthümern, wie durch dieſen Mann die Machtverhältniſſe auch des katholiſchen Deutſchlands ſo gründlich umgeſtaltet waren. Nun gab es wider ein beträchtliches, dem Einfluſſe der Liga nicht unterworfenes öſtreichiſches Heer, welches ohne jegliche Rückſicht auf die Formen der abgelebten Reichsverfaſſung ſeinen Unterhalt nahm, wo es ihn fand.

Daß ſchon das Auftreten dieſes Generals mit ſeinem Heere auch die katholiſchen Staaten in ihrem Grunde bedroht, verhehlte man ſich hier keineswegs. Denn nicht etwa als Reichsfeldherrn, ſondern als öſtreichiſchen General haben die katholiſchen deutſchen Staaten Wallenſtein, und hat ſich dieſer ſelbſt betrachtet.

---

1) Schottky 71.

2) Liſch, Jahrbücher 1870 S. 80 ff., 1872 S. 1 ff.

Zunächst dem Herzog stand Rambold Graf Collalto als kaiserlicher Feldmarschall und Hofkriegsrathspräsident. Er war ein Italiener, aus Mantua gebürtig, und schon lange mit dem höchsten Vertrauen des Kaisers beehrt. Man hatte ihn in großer Eile der Armee nachgesendet, so daß er sich sogar im niedersächsischen Kreise erst vollständig ausrüsten mußte. Am 17. October befand er sich noch in Schmalkalden. Als Feldmarschall lag ihm die Heeresverwaltung im Einzelnen ob. Er war ein erfahrener und außerordentlich gewandter Offizier, der von Wallenstein selbst anfangs Bruder genannt wurde. Allein schon nach einigen Monaten trat ein Bruch zwischen beiden ein, in Folge dessen Collalto Anfangs Februar ohne Urlaub die Armee verließ[1] und dann auf Befehl des Kaisers nach Pirnitz in Mähren ging. Es scheint, daß der Kaiser darauf an Friedland die Weisung ergehen ließ, auf Mittel und Wege zu einem Ausgleich mit einem so treuen Diener des östreichischen Hauses zu denken. Allein Wallenstein wies das mit Schroffheit zurück, und auch als Aldringer auf Befehl Ferdinands ein ähnliches Ansinnen an ihn richtete, verharrte er bei seiner Weigerung. Er erwiderte, er habe dem Kaiser bereits vorgestellt, „warum Sie sich gnädigst belieben zu lassen, auf einen andern Feldmarschall in Gnaden zu gedenken," und behauptete, daß bei einem Zusammenwirken mit Collalto der kaiserliche Dienst nur leiden würde. Auch der Kaiser äußerte allerdings Collalto gegenüber seine Verwunderung, daß er sich ohne sein Vorwissen auf die Reise begeben und alles stehn und liegen gelassen habe, nahm aber schließlich selbst alles auf sich, was auch geschehen sein möchte,[2] ohne freilich den Grafen zur Rückkehr bewegen zu können. Und obwol sich nun zwischen beiden Generälen ein wenigstens äußerlich freundlich gemessener Verkehr bald wider herstellte, so hat sich doch Wallensteins Mißtrauen für das Erste nicht vollständig wider beruhigen lassen. Ja als er vor seinem Aufbruche nach Schlesien die Wahrnehmung machte, daß sich der Graf um den Oberbefehl über die auf seinen Credit in Süddeutschland geworbenen Schaaren bemühte, drohte er auf der Stelle mit seinem Rücktritt: „Wird das geschehen, so will ich keinen

1) Am 7. Februar schrieb er von Halle an Wallenstein: Io spero in pochi giorni essere in Corte, doue, et in ogni loco saro sempre particolar servitore di V. F. (Chlumecky a. a. O. 314). Aber schon am 11. Febr. befand er sich in Pening (Penig?) und am 20. Febr. in Prag. (Schr. von Rambolt conte di Collalto an Aldringer. K. St.-A. in Dresden. Loc. 10843.)

2) Ferdinand II. an Collalto Wien 16. Febr. 1626. Chlumecky a. a. O. S. 264.

Augenblick nicht bleiben, denn Jederman judicieret, daß er zuvor hat Ursach gehabt weg zu ziehen. Ich hab auch qualificierte capi genug, wenn man Volk von Nöthen hat, anderswo sie dormit zu schicken. Zudem werden die Obersten ihm gewiß nicht obedieren, denn sie kennen ihn. Drum bitt ich, mein Herr wolle mir nicht lassen das Unrecht thun, denn geschichts, so ist mir unmöglich einen Augenblick länger zu bleiben, wenn's schon a la faccia del inimico wäre, denn dadurch müßte ich sehen, daß S. M., die wol dienen, despectieren, die übel aber dienen, recompensieren und herfür thun."[1] An Collalto's Stelle trat der Spanier Marradas als Generalfeldmarschall.[2]

Gleichfalls in Folge eines Zwistes mit Wallenstein kündigte im April 1626 auch der geschmeidige, in allen diplomatischen Ränken und Kniffen ausgelernte und vom Kaiser im vorigen Jahre zum Freiherrn ernannte Oberst Aldringer, welcher zugleich Generalquartier- und oberster Mustercommissarius war, den Dienst. Dieser aber wurde vom Abt von Kremsmünster und von Gerhard v. Questenberg in einer Weise getröstet, aus der man recht deutlich erkennt, eine wie große Macht Wallenstein über diese Politiker selbst besaß, und einer wie unerschütterlichen Stellung er sich bereits erfreute. Der Abt von Kremsmünster bat Aldringer, auch das noch hinzunehmen, der Kaiser werde es künftig in Gnaden vergelten, und Questenberg mahnte ihn „andrer Leute Unvollkommenheiten" zu verschmerzen: „und wenn es ihm auch schwer falle, es werde ihm doch nur Trophäen und Lob bringen." Und später nach dem Siege an der dessauer Brücke versicherte ihm Questenberg, daß er viele gute Freunde habe, welche ihm die Hand unterlegen würden, daß er seinen Fuß an keinen Stein stoße, und mahnte zur Selbstüberwindung, welche ihm um so leichter fallen würde, als er nun auch den gewaltigen Eisenbeißer, den Mansfelder, überwunden habe.

Auch Heinrich v. Schlick, Graf zu Passan (Passaun) und Herr zu Weißkirchen, aus dem alten Geschlecht der königlichen Burggrafen zu Eger, obwol ebenfalls bei dem Kaiser in höchsten Ehren und Gnaden, hat sich, nachdem er für seine Verdienste bei der Occupation der Stifter schon am 16. Januar 1626 zum obersten Feldzeugmeister ernannt worden war, einige Monate darauf Wallensteins Ungnade zugezogen.

---

1) Aschersleben 26. Juni 1626. Wallenstein an den Grafen v. Trautmansdorff. K. A. in Wien.

2) Er reiste am 2. April 1626 von Wien ab.

Die Veranlassungen oder die Beweggründe zu einem derartigen Verfahren gegen die höchsten und offenbar talentvollsten und zuverlässigsten Offiziere wagen die kaiserlichen Politiker nicht einmal offen zu bezeichnen.

Alle diese Vorgänge äußerten natürlich ihre Wirkung auch am kaiserlichen Hofe. Ja die Verstimmung gegen den Herzog, der überdies Ende Februar 1626 sehr bedeutende Forderungen, über 5 Millionen Reichsthaler, für seine Heeresausrüstung geltend machte, war bald sogar in den allerhöchsten Kreisen Wiens dermaßen gewachsen, daß man endlich den Hofkriegsrath Gerhard v. Questenberg in das Lager sendete. Schon wußten die öffentlichen Zeitungen von der bevorstehenden Berufung Wallensteins[1] nach Wien und von seiner Ersetzung durch Marradas zu berichten. Indessen der Herzog scheint einer besonderen Verantwortung gegen Questenberg, der gerade um die Zeit der Schlacht bei Dessau anlangte, nicht bedurft zu haben. Konnte er doch seinem kaiserlichen Herrn nicht weniger als 27 eroberte Fahnen und ein Cornet durch Questenberg[2] präsentieren lassen.

Das ganze Heer, welches doch im Namen des Kaisers des heiligen römischen Reichs deutscher Nation gesendet war, bestand wol damals zum größten Theil aus Nichtdeutschen, worauf auch die Sprache, deren sich die genannten Befehlshaber bedienten, hindeutet. Marradas schrieb fast nur spanisch, Collalto italienisch und Aldringer französisch. Auch Tilly war des Deutschen nicht hinlänglich kundig und sprach es nur gebrochen. Nur Wallenstein selbst bediente sich fast ausschließlich der deutschen Sprache und zwar mit ausgesprochener Vorliebe.

Der Einmarsch der Wallensteiner in die Stifter Halberstadt und Magdeburg.

In vollständiger Rathlosigkeit sah man der Zukunft im ganzen niedersächsischen Kreise, namentlich auch im Stift Halberstadt entgegen, dessen Landesherren nun seit Jahren dem Kaiser so erhebliche Veranlassungen zu einer strengen Justiz gegeben hatten. Schon zwei Monate vor Wallensteins Eintreffen im niedersächsischen Kreise war man daher hier der Meinung, der einzige Zweck dieser neuen Rüstungen sei die Ausführung des tridentinischen Concils.

1) Doch ging in Wien auch das Gerücht, daß Maximilian Generalfeldherr über Kaiserliche und Ligisten werden sollte.

2) Er kehrte am 4./14. Mai 1626 nach Wien zurück. K. St.-A. in Dresden. Lebzelters Zeitungen 1626. Seine Abreise aus Wien wird von den gedruckten Zeitungen unter dem 4. April gemeldet.

Daß man aber von Seiten des neuen Administrators oder des Domcapitels und der Landstände zeitig genug Maßregeln ergriffen habe, um vielleicht im Verein mit Wolfenbüttel und mit Magdeburg den Versuch einer Gegenwehr zu wagen, davon verlautet nichts.[1] Wallenstein lag bereits in der Nähe von Göttingen, als das Capitel schüchterne Gegenmaßregeln einleitete und ganz in der Stille eine Musterung des aufgebotenen Landvolks zu halten beschloß.

Indessen auch dazu kam man nicht mehr. Auf das Hilfsgesuch des Herzogs Friedrich Ulrich gerieth alles in Bestürzung. Die Landstände, welche noch einmal zusammentraten, einigten sich nur zu einer neuen Ergebenheitsversicherung an den Kaiser und zu einem Hilfsgesuch an Kursachsen. Man wollte allenfalls die Grenzen durch gute Kundschafter beobachten lassen.

Indessen hatte Wallenstein bereits von seinem Hauptquartier Nöhden (?) aus um die Aufnahme des Grafen Schlick nachgesucht, welcher sich auch am 19. October n. St. persönlich vor der Stadt einfand. Das Capitel entsendete eine Deputation an ihn, der sich die beiden Bürgermeister anschlossen. Man einigte sich rasch in einem Vertrage, nach welchem die Stadt 3 Compagnien Fußvolk und 30 Reitern Aufnahme gewähren mußte. Graf Schlick hatte eine Art Revers ausgestellt, welcher eine gewisse Sicherheit gegen eine confessionelle Restauration zu gewähren schien. Er wollte sich gegen alle geistlichen und weltlichen Personen in der Stadt und im Stift, wie redlichen Kriegsleuten ansteht, verhalten. Noch an demselben Tage (9./19. Oct.) zog er im Geleite der beiden Domherrn Henning v. Steinberg und Johann Bitzthum v. Eckstädt in die Stadt ein, wo sich nun auch Aldringer einfand. In der Stadt regte sich großer Unwille über das Domcapitel, dem man geradezu die Herbeiziehung der östreichischen Truppen Schuld gab. Die feindselige Stimmung der Bürgerschaft, welche zu Thaten überzugehen drohte, wurde durch zwei Prediger, Henkel und Herold, noch genährt. Indessen mußte man sich dem Unvermeidlichen schließlich doch fügen. Eine große Anzahl Bürger ließen indessen schon jetzt Haus und Hof im Stich und wandten sich zu ihrem ehemaligen Landesherrn, dem Herzog Christian, nach Wolfenbüttel.

Wallensteins Hauptquartier befand sich damals in Liebenburg; von da zog er über Stötterlingenburg nach dem Stiftsstädtchen Osterwiek, wo wir ihn in den Tagen vom 25. bis 27. October antreffen. Auf seinem Marsche entbot er unter freundlichen Formen abermals eine Deputation des Domcapitels zu sich. Er verhandelte nun mit Steinberg über eine

1) Ueber das Einzelne s. Opel, Wallenstein im Stift Halberstadt S. 5 ff.

Besetzung des ganzen Stifts, welche er auch jetzt wol noch als eine vorübergehende bezeichnete, stellte gegen die erforderlichen Gebühren Schutz- und Freibriefe für die städtischen Curien der Domherrn und ihre Güter auf dem Lande aus und zog dann einen Tag früher, als er sich angekündigt hatte, ohne einen neuen Vertrag mit dem Capitel oder der Stadt zu schließen, am 28. Oct. n. St. mit 400 Pferden ein. Sein Quartier schlug er in der von dem Herzoge Heinrich Julius erbauten Commisse auf.

Zwei Tage nach Schlicks Einzug in Halberstadt wurde Aschersleben von 2 Compagnien seiner Truppen besetzt. Auch hier war der Graf persönlich anwesend und leitete das Ganze. Darauf näherte er sich der Saale, legte am 24. October eine Besatzung nach Staſſfurth und richtete schon 4 Tage darauf auch an Magdeburg das vergebliche Ansinnen, 3000 M. Fußvolk und 1000 Reitern Quartier zu geben. Der Oberst Hebron setzte sich in Salze fest (22. Oct.?). Schon in jenen Tagen (26.—29. Oct.) wird sich auch Kalbe ergeben haben, wo Schlick selbst auf dem Schlosse Quartier nahm. Der Uebergang über die Saale wurde aber weiter südlich, wahrscheinlich bei Alsleben, welches gleichfalls in den ersten Novembertagen 2 Fähnlein Besatzung erhielt, bewerkstelligt

Auch das nordwestlich von Magdeburg gelegene Neuhaldensleben, welches sich in der That verproviantiert, seine Umgebung unter Wasser gesetzt und zur Vertheidigung seine streitbaren Männer durch 300 Bürger der Stadt Burg verstärkt hatte, konnte sich nicht halten. Die Grafen von Barby hatten sich durch eine Sauvegarde Johann Georgs zu schützen gesucht. Die anhaltinischen Fürsten mußten jedoch den Durchmarsch durch ihre Aemter auf dem linken Ufer der Saale geschehen lassen. Um Quartier scheinen weder Wallenstein noch Schlick bei den letzteren nachgesucht zu haben: man begnügte sich mit nachträglichen Entschuldigungen.

Natürlich galt es Wallenstein nun auch in möglichster Eile die eigentliche Residenzstadt des Administrators, Halle, seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen: 4 Regimenter zu Fuß und 2000 Pferde wurden dem Grafen Schlick zu diesem Behuf zu Gebote gestellt.[1] Sie haben wahrscheinlich in der Zeit vom 1.—3. November bei Alsleben die Saale passiert und sind darauf über Könnern und Löbejün vorgerückt. Jenseit des letztern nahmen sie am 4. November in den Dörfern am Petersberge Quartier, von wo die Bauern mit Weib und Kind nach dem Berge eilten, um mit Hilfe des kursächsischen Amtmanns über die ehemaligen Klostergüter ihr Hab und Gut zu retten. Diesem Berichterstatter zu Folge waren es

1) Vgl. Opel, Wallenstein und die Stadt Halle 1625—1627.

nicht über 3000 M.: ein Cavallerieregiment unter Oberst Pechmann und die Infanterie des Herzogs Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, etwa 2000 M. stark.

Am 5. November früh mit Tagesanbruch zeigten sich die Truppen vor Halle, dem Anschein nach aber doch in größerer Anzahl, als der Amtmann auf dem Petersberge gemeint hat. Sie führten auch Artillerie mit sich.[1] Noch in letzter Stunde hatte der Rath nach Mitteln gesucht, sich der Einquartierung zu entziehen. Der alte Rathsmeister Kaspar v. Northausen war eben im Begriff, dem kursächsischen Hauptmanne von Merseburg, Nicolaus v. Loss, eine Erklärung zu überbringen, nach welcher die Stadt in kaiserlicher Devotion verharren und den Schutz des Kurfürsten nachsuchen wollte.

Allein der Rathsmeister erreichte Merseburg nicht mehr. Von der Compagnie eines Hauptmanns v. Brandenstein am Schlage zu Beuchlitz aufgegriffen, wurde er festgehalten, während man seinen Begleiter, den Bürgermeister von Merseburg Dr. Berger, laufen ließ.

Schon acht Tage vorher hatten viele hallische Bürger ihre Frauen und Kinder nebst ihren Kostbarkeiten nach Leipzig gebracht, und auch noch in diesen Tagen suchte ein großer Theil der Landbewohner aus dem Anhaltischen mit Schiff und Geschirr im Kursächsischen ein schützendes Unterkommen. Hunderte von Wagen eilten in jener bangen letzten Octoberwoche mit Frauen, Kindern und dem besten Hausgeräth, umgeben von Viehheerden, nach Zörbig, Delitzsch und Leipzig. Ganz ähnlich war es auch im Mansfeldischen, wo Schaaren von Flüchtigen von Nordhausen und Thüringen her Aufnahme suchten.

Die jetzigen Vorstädte von Halle, damals noch selbständige Landstädte, Glaucha und Neumarkt, fanden die Wallensteiner bei ihrer Ankunft ganz verlassen. Doch nahmen sie dieselben nicht ein, sondern ließen sich auf den nordöstlichen Höhen vor der Stadt, etwa am Steinthore nach dem jetzigen leipziger Thore hin, nieder. Noch war ein Theil der Bürgerschaft damit beschäftigt, seine Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen, und die anlangenden Regimenter machten auf diese Weise einen mühelosen und reichlichen Fang.

Auch Halle fiel den Oestreichern ohne jeden erheblichern Widerstand in die Hände. Der eine Bürgermeister war gefangen, die erzbischöflichen Regierungsräthe ohne jegliche Weisung, der Landesherr auf der Flucht.

---

1) Sie sollen 3 Regimenter Fußvolk und 24 Cornet Reiter gezählt haben. Der Mittheilung des kurfürstlichen Hauptmanns in Merseburg nach betrug ihre Zahl höchstens 5000 bis 6000 Mann.

Man sendete wol von Seiten der Feinde mehr aus militärischer Courtoisie einige Kugeln in die Stadt, und die Bürger erwiderten den Angriff. Aber der Rath hat gar bald eine Verständigung mit Schlick gesucht, als dieser auf die Eröffnung, die Stadt wollte sich mit dem Kurfürsten von Sachsen ins Einvernehmen setzen, antwortete: Was sie nach dem Kurfürsten von Sachsen fragten, sie hätten kaiserlichen Befehl, dem man parieren müßte. Und so ist denn endlich nach einer Berathung auf der Moritzburg der Rathsmeister Seifarth unter militärischer Bedeckung ins Lager gegangen und hat den Vertrag abgeschlossen. In demselben wurden die bestehenden confessionellen Verhältnisse gewährleistet, nur des Königs von Dänemark durfte hinfort im Kirchengebet nicht mehr gedacht werden. Man mußte von diesem Augenblicke an Gott um den Sieg für Ferdinand II. bitten.[1] Nachmittags gegen 3 Uhr zog darauf das katholische Heer ein, etwa 4000 Reiter (24 Cornet?) und ein Regiment Fußvolk, also doch wol gegen 5000 bis 6000 M. Der Feind erhielt die Schlüssel zu den Thoren und zu den Thürmen, während die Thore von Bürgern und Soldaten besetzt wurden, offenbar weil viele der letztern der deutschen Sprache unkundig waren. Kein Bürger durfte bei höchster Strafe die Stadt mehr verlassen. Tumultuarische Scenen kamen jedoch weder bei der Besetzung der Stadt noch in den darauf folgenden Tagen vor, obwol die Soldaten bei den Bürgern einquartiert wurden. Auf dem Markte wurde ein Schnellgalgen und ein Rößlein errichtet, und schon nach wenigen Tagen war der öffentliche Verkehr so weit gesichert, daß die Salzfuhren wider ab- und zugingen. Von höheren Offizieren waren damals außer dem Grafen Schlick auch noch der Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, welcher einen Theil seiner Jugendjahre auf der Moritzburg verlebt hatte, und der Oberstwachtmeister Reichardt in der Stadt. Die bleibende Garnison, mit welcher man die letztere belegte, bestand aus 2000 M. Fußvolk und 1200 Reitern.[2] Graf Schlick selbst blieb nicht in Halle, an seine Stelle trat anfangs als Commandant der Moritzburg der Generalkommissarius Aldringer, während der Herzog von Lauenburg sein Hauptquartier auf dem nahen Schloß Giebichenstein aufschlug. Er scheint das Commando über die im Saalkreise untergebrachten Truppen geführt zu haben. Die Dauer der Einquartierung hatte man auf 5 Monate festgesetzt; nach Schlicks Verordnung sollte die

1) Den Vertrag selbst habe ich nirgends gefunden. Die angeführte Bemerkung ist dem von mir in den Neuen Mittheilungen Bd. XIII. S. 640 ff. veröffentlichten Berichte des Schössers vom Petersberge entnommen.

2) Dreyhaupt I. 346.

Stadt während dieser Zeit eine wöchentliche Contribution von ungefähr 8000 Gulden zahlen. An demselben 5. November, an welchem Halle besetzt wurde, nahten sich von Wettin her noch 3000 Kroaten, welche jedoch auf die Kunde von der bereits erfolgten Einnahme in den Dörfern zwischen Wettin und dem Petersberge liegen blieben. Sie folgten am nächsten Tage der von Halle wider zurückgeführten Artillerie nach Löbejün und Könnern zu.

Am 7. November zog endlich das Regiment Wratislav durch Halle nach Lettin zur Besetzung von Querfurt. Dasselbe lag hier unter dem Commando des Oberstwachtmeisters Hans Wendeler bis in den Februar des folgenden Jahres, wo es durch das tieffenbachische Regiment unter dem Oberstlieutenant Wangeler abgelöst wurde.[1]

Die anrückenden Truppen waren natürlich von stolzen Siegeshoffnungen erfüllt. Magdeburgische Beamte vernahmen nach der Einnahme von Neuhaldensleben vom Herzog von Holstein und dem Grafen Schlick über Tafel die Worte, daß sie im nächsten Frühjahr Merseburg und Naumburg, Meißen und Kurbrandenburg heimsuchen wollten. Georg Wilhelm sollte Christian IV. heimliche Werbungen gestattet haben. Ganz ähnliche Aeußerungen ließen die Truppen in Halle laut werden: man wollte sich ein wenig auscasteien und dann sich auch der Stifter Merseburg, Naumburg, Meißen und Wurzen und der Mark Brandenburg bemächtigen. Die Kroaten glaubten, daß sie in der letztgenannten Landschaft ihr Winterlager halten würden. Und auch über das fernere Schicksal des Erzstifts Magdeburg verfügte das Gerücht bereits. Man erzählte sich, der Sohn des Kaisers würde Erzbischof, und Wallenstein Administrator werden.[2]

Auch das zweite Residenzhaus des Erzstifts, Wolmirstedt, blieb natürlich nicht ohne Besatzung: wir finden hier am 18. November n. St. den Grafen Schlick, dessen Hauptquartier das erzbischöfliche Schloß bis zum Ende December gewesen ist.[3]

Eben so leicht glückte Wallenstein die Besetzung der wichtigen, an die beiden Bisthümer grenzenden Harzlandschaften. Schon Anfang October hatte Friedrich Ulrich das Stift Halberstadt aufgefordert, seine ganze Mannschaft und den Rossdienst aufzubieten und ihm beide, mit hin-

1) C. Schneider 114.

2) Das Letzte nach dem Königl. Haupt- u. Staatsarchiv in Dresden. Dr. Krieg Buch 45 (2205).

3) Trampler, Correspondenz des Cardinals Dietrichstein . . . mit Collalto S. 105 ff.

reichendem Proviant versehen, in die Grafschaft Hohnstein zu Hilfe zu schicken. Später ersuchte Christian IV. den Administrator von Magdeburg, sich mit der ganzen wehrhaften Bevölkerung seiner beiden Stifter in den Grafschaften Hohnstein und Regenstein mit dem braunschweigischen Ausschuß zu vereinigen.[1] Der Administrator hat ihm nicht einen einzigen Mann zu Gebote gestellt.

Wallenstein sendete den Obersten Nicolaus de Fours mit etwa 8000 M. (?) Infanterie und Cavallerie von Halberstadt über den Harz auf Harzgerode, Güntersberg und Stolberg nach dem Hohnstein. Obwol von den Feinden unangefochten, war der Marsch über das Gebirge doch mit manigfachen Schwierigkeiten verbunden: einige Abtheilungen verirrten sich; und als man das Gebirge im Rücken hatte, war die Unordnung des Corps, welches vor Stolberg erschien, so groß, daß es die Flucht ergreifen wollte. An diesem Abend waren auf dem Hause Hohnstein überhaupt nur zwei Personen. Am nächsten Tage aber sendete der mit dem Commando betraute braunschweigische Offizier C(arl) v. H(agen) einen Capitain mit einer Abtheilung des Ausschusses hinauf, der auch wirklich etwa 100 Mann hinaufbrachte. Schon vor ihm war aber ein braunschweigischer Lieutenant mit etwa 40 M. hinaufgekommen, dessen Rittmeister Hans Ernst v. Uffeln bald folgte. Unmittelbar darauf erschienen de Fours' Truppen, etwa 1000 M. z. F. und 500 Pf. vor dem Schlosse. Auch hier waren die allernothwendigsten Vertheidigungsmaßregeln verabsäumt: man fand weder Korn noch Brod noch Bier auf dem Hause und mußte sogar das Holz zu den Wachtfeuern aus dem Harze holen. Aber auch die Feinde waren genöthigt, sich aus Stricken Lunten zu machen, und besaßen weder Kraut noch Loth. Und trotzdem bemächtigten sie sich des Schlosses, wo sie darauf die erforderliche Kriegsmunition vorfanden. Am 8. November schloß de Fours mit dem Rittmeister einen Vertrag, welcher nicht nur der Besatzung freien und ehrenvollen Abzug und selbst Geleit sicherte, sondern auch alle auf das Schloß hinaufgebrachten Güter — Hagen hatte sowol seine eigne als auch fremder Leute Habe hier sicher zu bergen geglaubt — innerhalb 8 Tagen unverkürzt und frei zu verabfolgen versprach. Ferner wurde allen Unterthanen bis zum ärmsten Bauer herab Quartier zugesagt.[2]

---

1) Nienburg 6./16. October 1625. Christian IV. an das Domcapitel von Magd. Kgl. St.-A. in Magd. Stift und Fürstenthum Halb. I. 265.

2) Die Bedingungen des Accords finden sich in einem Actenstück des Kgl. Staatsarchivs zu Magdeburg. Stift und Fürstenth. Halb. I. 265.

Die Schuld dieser schmählichen Uebergabe wurde dem braunschweigischen Commandanten Hagen beigemessen: allein derselbe erklärte, daß er das ihm aufgetragene Commando niemals angenommen habe, und daß ihm auch niemals eine besondere Anweisung zugegangen sei! Ganz im Widerspruch hiermit fügte er freilich auch hinzu, man habe ihm keine „wirkliche Folge" geleistet. Er ersuchte dann die Regierung Friedrich Ulrichs zu gleicher Zeit um eine Aburtheilung nach Kriegsrecht — und um Schadenersatz für den bei der Besetzung erlittenen Verlust![1]

Die Grafen von Stolberg-Wernigerode, deren Gebiet zum obersächsischen Kreise gehörte, hatten sich eine Zeit lang im Vertrauen auf eine Sauvegarde Wallensteins für gesichert gehalten. Von Wernigerode aus war das zu Stapelnburg und in den Gerichten Harzburg und Bündheim liegende Corps Collaltos verproviantiert worden. Nichts desto weniger mußte sich die Stadt Wernigerode auch zur Aufnahme von 3 Fahnen Fußvolk und 3 Compagnien Reiter bereit erklären (28. Nov. a. St.), während der Rest der Armee Collaltos in die Grafschaft Blankenburg und nach Elbingerode marschierte. Das Schloß Wernigerode erhielt natürlich gleichfalls eine Besatzung. Die Mannschaften gehörten zu dem Regimente des Herzogs Julius Heinrich von Lauenburg. Auch in Wernigerode hielt man die Disciplin durch Galgen und Esel eine Zeit lang aufrecht.

Mit einem Schutzbrief des Kaisers war auch die Schwester Christians IV., die Mutter Christians des Jüngern von Braunschweig, für die ihr angewiesenen Aemter und die Grafschaft Reinstein bedacht worden. Denselben respectierten nun wol wenigstens in der ersten Zeit die kaiserlichen Generale, nicht aber ihr eigner Sohn Christian, welcher in der letzten Novemberwoche durch den Obersten Dietrich de Gourze Helmstedt besetzen ließ.[2] Selbst die erzstiftischen Orte Somerschenburg und Hötensleben hatte derselbe in seine Gewalt gebracht.

So geringe Anstrengungen man auch in Dresden zur Fernhaltung der neuen Armee gemacht hatte, so war man doch, nachdem die Besetzung der Stifter in so überraschender Weise geglückt war, aufs höchste betroffen. Besonders ergrimmt war der Kurfürst und seine Räthe über Halle,

1) Braunschweig 9. Nov. (n. St.?) C(arl) v. H(agen) an den Geheimen Rath Bartold v. Rautenberg. Kgl. Geh. Arch. in Kopenhagen.

2) Knoch, die Besetzung der Stadt Helmstedt durch die Truppen des Herz. Christian. Braunschw. Magazin J. 1863 S. 405 ff.

welches sich seiner Meinung nach eher hätte an ihn wenden sollen. Johann Georg machte dem Grafen Schlick über die Besetzung der erzstiftischen Residenzen und die Gefangennahme des Bürgermeisters von Halle sogar Vorwürfe, die indessen nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurden. Und auch bei Wallenstein selbst machte der Kurfürst dieselbe Erfahrung. Zwei Mal hatte er sich im November und December für das Stift Halberstadt bei dem Herzoge verwendet und um Abführung der Truppen nachgesucht und war bis Ende December ohne jegliche Antwort gelassen worden.[1] Ja Wallenstein hatte sogar den Domherrn v. d. Schulenburg auf die Meldung seiner Spione im Heere Christians von Braunschweig, daß derselbe mit dem Feinde correspondiere, gerade während dieser Zeit gefangen gesetzt. Und als schließlich eine Antwort auf ein neues Beschwerdeschreiben (31. Nov. a. St.) in Dresden einlief, lautete sie durchaus ablehnend.[2]

Dem Ungeschick und der Planlosigkeit[3] des Administrators Christian Wilhelm wird man sicherlich einen großen Theil der Schuld beimessen müssen, daß so volkreiche und wolhabende Lande, wie die beiden Stifter waren, dem Feinde ohne Schwertstreich in die Hände fielen. Allein auch eine energischere und ernsten Aufgaben gewachsenere Persönlichkeit hätte schwerlich dem ständischen Starrsinn und der Schwerfälligkeit jener Staatsform gegenüber, wie sie die geistlichen Fürstenthümer unter einem weltlichen Haupte damals darstellten, seinen Willen durchzusetzen vermocht.

Die Wahl des Herzogs August von Sachsen zum Coadjutor des Administrators Christian Wilhelm.

Der flüchtige Administrator von Magdeburg war noch nicht im dänischen Lager angekommen, als sich auch bereits die magdeburgischen Domherrn an den Kurfürsten von Sachsen wendeten, um durch seine Vermittelung ihr Stift womöglich noch zu sichern oder wenigstens die so wichtige Frage über einen eventuellen Nachfolger des Administrators zu entscheiden. Sie hatten sich bereits auf einer Versamlung zu Halle ent-

---

1) Kgl. St.-A. in Magd. Erzst. Magd. II. 1j Postul. 39 (41).

2) Wallensteins ausführliche Antwort Halberstadt 4. Jan. K. H. u. St.-A. in Wien.

3) Vgl. über ihn Opel, Wallenstein und die Stadt Halle 1625—1627. S. 11. 12.

ſchloſſen, dem Adminiſtrator einen Amtsverweſer und etwaigen Nachfolger zu geben und dieſen in der Familie des ſächſiſchen Kurhauſes zu ſuchen, deſſen loyale Stellung gegen den Kaiſer ihren eignen Anſchauungen ſo vollſtändig gemäß war.[1]

Darauf hat ſich, während Wallenſtein das Erzſtift beſetzte, der Domſyndikus Brunner in der zweiten Novemberwoche nach Dresden begeben. Brunner hatte den Auftrag, dem Kurfürſten unter dem Siegel der tiefſten Verſchwiegenheit zu melden, daß das Domcapitel ſeinen Sohn Auguſt dem bisherigen Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm als Coadjutor an die Seite ſetzen wolle.

Obwol Kaspar v. Schönberg dem Syndikus eröffnete, daß der Kurfürſt eine derartige Wahl als äußerſt dringlich bezeichnet habe, nahm man doch Anſtand, ſofort eine poſitive und endgiltige Erklärung abzugeben. Brunner ſah in dieſem Zaudern die Neigung, noch eine Zeit lang zu lavieren, um nicht Land und Leute in Gefahr zu ſetzen, und ein Merkmal der Beſorgnis vor dem Kaiſer. Vielleicht war auch die Erklärung des Syndicus, welche ſich nur auf eine eventuelle Wahl zum Nachfolger bezog, dem Kurfürſten anfangs zu unbeſtimmt. Johann Georg ſcheint die ſofortige Wahl zum Coadjutor gefordert zu haben.

Im Uebrigen aber war man in Dresden auf die Maßnahmen der niederſächſiſchen Stände im Einzelnen und im Ganzen außerordentlich ſchlecht zu ſprechen. Schönberg tadelte Chriſtian den Aeltern wegen der Reſignation ſeines Kreisoberſtenamts, das Domcapitel von Halberſtadt wegen der Wahl eines däniſchen Prinzen zum Dompropſt und wegen der Statutenänderung und erging ſich endlich in heftigen und nicht unbegründeten Vorwürfen gegen den König ſelbſt. Man, d. h. der König, dränge ſich mit Gewalt in die Stifter, das kaiſerliche Volk würde nicht hereingekommen ſein, wenn der Kreis nicht die Veranlaſſung dazu gegeben hätte. Und wie vertheidige nun der König die Stifter? „Warum man nicht dazu thäte, was ſich gehörte? Der König würde die Stifter alſo ſatteln, daß ſie genug zu geben und zu bezahlen hätten; ohne Geld würde man des wallenſteiniſchen Volkes nicht wider los werden. Wäre Tilly von Heſſen aufgebrochen, ſo würde man wol noch geſehen haben, wie der Sache zu rathen geweſen ſei.“

Darauf hat Brunner dem Kurfürſten die Angelegenheit perſönlich vorgetragen und ſich dann zu einer Deputation des Capitels, welche ſich in Elſterwerda aufhielt, zurückbegeben.

---

1) Nach den Acten des Staatsarchivs zu Magd. Erzſt. Magd. II. Poſtul. 39 (41). Domcapitel zu Magd. II. 25.

In Folge dieser Mittheilungen erließ nun der Kurfürst die Aufforderung an das Capitel, durch eine neue Abordnung mit ihm persönlich in Dresden am 10. Dec. n. St. die Sache zum Abschluß zu bringen.

Schon vorher aber hat der Syndikus Johann Georg das Postulationsdecret und auch den von ihm zu vollziehenden Revers zur vorläufigen Berathung ausgehändigt. Ueber den letztern wollte sich der Kurfürst mit der Deputation der Domherrn persönlich verständigen. Nicht ganz unbedenklich erschien ihm übrigens der Schritt Brandenburg gegenüber: er fragte Brunner, was der Administrator und Kurbrandenburg dazu sagen würden. Dieser aber betonte darauf das den Capitularen zustehende Recht der freien Wahl.

Zur festgesetzten Zeit erschienen denn auch die Domherrn Matthias v. Hünecke und Joachim v. Rohr. Schon am 17. Dec. n. St. waren die Vorverhandlungen zur beiderseitigen Zufriedenheit abgeschlossen. An diesem Tage händigten die Domherrn dem Kurfürsten die Postulationsurkunde ein und empfingen dafür den kurfürstlichen Revers. Die Wahl selbst hatte dann am 18. December statt und zwar wie es scheint auf kurfürstlichem Gebiet.

In dem Revers versprach der junge Prinz — er stand damals im 12. Lebensjahre —, so lange Christian Wilhelm am Leben und im Besitz des Erzstifts sein würde, sich der Landesverwaltung, wenn er nicht zuvor um die Uebernahme ersucht sei, zu enthalten und die Regierung überhaupt vor dem 21. Lebensjahre nicht anzutreten. Bis dahin wollte er dieselbe in den Händen des Capitels lassen. Er sicherte ferner allen insgesamt, Capitel, Ständen und Unterthanen seinen Schutz zu „in billigen und rechtmäßigen Sachen nach Anleitung der Rechte und der Reichsconstitution." Dieses Schutzversprechen wurde ausdrücklich auch auf die augsburgische Confession ausgedehnt, bezog sich aber nicht, wie gleichfalls bemerkt wurde, auf das im niedersächsischen Kreise „*erregte Unwesen*." Nur zu einer gütlichen Vermittelung dieser Streitigkeiten verstand sich der Kurfürst im Namen seines Sohnes. Sollte Prinz August jemals zur Kurwürde gelangen, so mußte er das Stift wider abtreten. So trug also die kursächsische Politik auch bei dieser Gelegenheit Sorge, sich nicht in die Streitigkeiten des Kreises selbst verwickeln zu lassen und wahrte sich schon im Voraus die Neutralität.

Die Domherrn haben darauf die Wahl auch dem Kaiser angezeigt.[1] Sie betonten dabei, daß dieselbe mit dem Versprechen der Nachfolge

1) Das Schreiben ist vom 30. Dec. n. St., scheint aber erst später abgegangen zu sein.

geschehen sei, und daß sie nicht nur die Gleichheit des Bekenntnisses, sondern auch die Hoffnung auf Beistand in Gefahr dazu bewogen habe. Zugleich aber ergriffen sie die Gelegenheit, dem Kaiser ihre Unschuld an allem, was im niedersächsischen Kreise vorgehe, zu bezeugen, und hoben zu diesem Behuf nicht nur ihre Nichtbetheiligung an den Tagen von Lüneburg und Braunschweig, sondern auch ihre Stellung dem Administrator gegenüber hervor. Zuletzt baten sie Ferdinand II., sich diese Wahl gefallen zu lassen und auch sie als oberster Schirmherr der Kirchen bei ihren Freiheiten zu schützen.

Angarn und Bethlen Gabor.

In Wien empfand man über den ungehinderten Vormarsch Wallensteins natürlich große Genugthuung, stellte aber eine Zeit lang wenigstens Leuker gegenüber bei einer feindlichen Bewegung Bethlen Gabors auch eine Abberufung desselben noch als möglich hin. Im Uebrigen erzählte man dem bairischen Gesandten, daß der Kaiser Wallenstein Befehl zur möglichsten Beschleunigung seines Marsches und zu einer förmlichen Vereinigung mit Tilly ertheilt habe.

Die Drohung mit der Rückberufung der ganzen wallensteinischen Armee rief jedoch nicht nur den ernsten Einspruch des Hauptes der Liga, sondern auch Wallensteins selbst hervor. Der letztere äußerte seine Meinung hierüber dahin, daß ein solcher Rückzug den Feinden so großen Muth einflößen würde, als wenn sie ihn selbst halb geschlagen hätten. Maximilian bezweifelte überhaupt Bethlen Gabors Absicht, unter so veränderten Umständen eine Diversion zu unternehmen.

Schon gegen Ende des Monats October aber versicherte man Leuker, daß die Armee ihren Rückmarsch nicht ohne Schwierigkeiten antreten könnte, selbst wenn sein Kurfürst denselben fordern sollte: man wußte ihr weder Quartier anzuweisen, noch sie im Augenblick zu irgend einer andern Unternehmung zu verwenden. Denn daß Bethlen Gabor sich im Winter nicht rühren werde, davon war man in der Umgebung des Kaisers jetzt vollständig überzeugt. Eggenberg selbst theilte Leuker mit, Bethlen Gabor sei durch den unerwarteten Tod mehrerer seiner Vertrauten in höchsten Schrecken versetzt, so daß ihm alle Diener verdächtig seien. Auch die Nachricht von dem Falle des Dänenkönigs so wie eignes Unwohlsein lähmten nach Eggenbergs Versicherung seine Thatkraft. Und so lief Eggenbergs Schlußurtheil darauf hinaus, Dänemark werde sehen, daß ihn

diesmal Bethlen Gabor, wenn auch wider seinen Willen, mehr als den Kaiser betrogen habe.

Den bairischen Vorschlag, den Pater Hyacinth abermals nach Frankreich zu schicken, wies man jetzt in Wien zurück. Dagegen wurde Leuker veranlaßt, auf das schlimme Geschick aller derjenigen Fürsten und Staaten, welche für Böhmen Partei ergriffen hatten, in einer historischen Darlegung hinzuweisen. Die von Meggau noch vermehrte Arbeit, welche selbst der Kaiser las, scheint auch den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden zu haben.[1]

Daß sich aber die wiener Politiker über die Lage der Dinge in Ungarn nicht getäuscht hatten, bewies der ungarische Landtag, welcher die Krönung des Erzherzogs Ferdinand einleitete. Lauteten doch auch die Versicherungen der siebenbürgischen Gesandten, welche, mit reichen Geschenken an die Kaiserin versehen, — sie überbrachten 100 ungarische Kühe, 46 Kalben und 30 Stiere — für ihren Herrn den Titel Sereniſſimus und Geleit zur Reise nach Brandenburg forderten, außerordentlich friedlich.

Auch Leuker folgte dem Kaiser nach Oedenburg und war hier unmittelbarer Zeuge der hohen Befriedigung, welche Wallensteins glückliches Einrücken in den niedersächsischen Kreis erweckte. Wallenstein und seine Generäle hielten den Hof durch zahlreiche Depeschen von allen Vorgängen in Kenntnis, so daß Leuker, wenn er nach dem augenblicklichen Stande der tilly'schen Armee gefragt wurde, oft die Antwort schuldig bleiben mußte. Schon damals übrigens scheint man von den mißlichen Verhältnissen der letztern Kenntnis gehabt zu haben: der Kaiser selbst fragte einst Leuker, ob es wahr sei, daß sich in derselben 8000 Kranke befänden.

Die Beziehungen Ludwigs XIII. zu Karl I. und Christian IV. vor dem haager Schutz- und Trutzbündnis.

Auch die große deutsche Frage erweiterte die Kluft zwischen den beiden Westmächten, deren Königsfamilien sich seit wenigen Monaten durch das Band einer so nahen Blutsverwandtschaft vereinigt sahen. Frankreich

---

1) Wir erblicken sie in der Schrift: Verzeichnuß, | Vnd warhaff- | tige Beschreibung al- | ler deren Königen, Fürsten, Communen, | vnd Potentaten, welche vber dem Pfälzischen Vnwesen, | entweder erschlagen, oder aus Kümmernuß verstorben | oder Land vnd Leut verloren, | . . . Getruckt im Jahr, 1627. 48 Bl. Das Original mit Randeinfassung des Titelblatts scheint ein münchener Druck zu sein. Die Schrift wurde oft nachgedruckt.

verfolgte schon damals die Absicht, England in einen großen Krieg mit Spanien hineinzutreiben, um während desselben seinen Einfluß in Deutschland sicherer zu stellen und auszubreiten. Buckingham aber war bestrebt, durch ein Bündnis protestantischer Mächte die Entscheidung der deutschen Streitfragen mehr oder weniger ausschließlich England zu sichern.

Die sich hieraus ergebenden Streitpunkte sind in den Erörterungen zwischen dem außerordentlichen französischen Gesandten Blainville, welcher Anfangs October in England erschien, und Karl I. und Buckingham vielfach zu Tage getreten.[1]

Blainville hatte vor allem Auftrag Frankreichs Stellung zur deutschen Sache, zu deren Durchführung England immer noch ein Offensivbündnis forderte, abermals klar zu legen. Das Bündnis wurde natürlich auch diesmal verweigert: Frankreich fürchtete, sich dadurch selbst den Krieg ins Land zu ziehen und die Liga Spanien vollständig in die Arme zu treiben.

Auf der andern Seite aber kam es Richelieu auch nicht in den Sinn, die Aufrichtung eines großen protestantischen und in seinen Grundlagen deutschen Königthums zu fördern, welches nicht allein seinen deutschen evangelischen Glaubensgenossen gegenüber die Rolle des Beschützers hätte übernehmen müssen, die Frankreich nun schon so lange als ihm von selbst zukommend betrachtete. Blainville sollte vielmehr wo möglich das im Entstehen begriffene protestantische Bündnis vereiteln.

Zu diesem Behuf hat er auch jetzt noch reichliche französische Unterstützungen in Aussicht gestellt. Er hat unter der Voraussetzung einer starken Beihilfe von Seiten Großbritanniens, Schwedens und der Generalstaaten die Unterhaltung Mansfelds mit einer Armee von 18,000 M. Fußvolk und 4000 Reitern nebst 12 Kanonen auf ein Jahr zugesagt. Diese Armee sollte auch jetzt noch zur Widereroberung der Pfalz verwendet werden. Auch für die dänische Armee versprach sein Herr 2 Jahr lang je 500,000 Livres beizutragen, sobald sich Dänemark und Schweden mit den Ständen des niedersächsischen Kreises, mit Brandenburg und England durch einen förmlichen Beschluß zur Aufrechthaltung dieser Armee einigen würden.[2] Jedes Mal nach Ablauf von 6 Monaten wollte er in Amsterdam Zahlung leisten und mit dem 1. Januar des folgenden Jahres beginnen.

---

1) Vgl. hierüber auch Gardiner, Charles I. and Buckingham I. 327 ff.

2) pour ne manquer en rien de ce qui est du bien public, et ne rien obmettre de ce qu'il doibt pour le bien, advantage et liberté de tant de princes, fournira, ainsy qu'elle a promis, pendant deux années consecutives, la somme . . . Avenel II. 148.

Er machte sich zur Aufstellung von Streitkräften in der Picardie und der Champagne anheischig, um so einen Theil der spanischen Heere in Artois, Flandern und Luxemburg festzuhalten. Ferner wollte er während dieses ganzen Kriegs[1] nur mit Wissen seiner Verbündeten mit Spanien in Unterhandlungen treten. Während dieser Zeit durfte freilich auch die englische Flotte nicht feiern, da sie ja das Einzige war, worin England für die gemeinsame Angelegenheit mehr zu thun schien, als alle übrigen Mächte, obwol ihm doch alle Vortheile zu Gute kamen.

Mit diesen Eröffnungen[2] hat aber Blainville sicherlich die Erwartungen der Engländer getäuscht. Diese gingen durchaus auf eine kräftige Diversion Frankreichs im Westen, wie sie im Anfang versprochen war. Von dieser konnte aber jetzt nicht mehr die Rede sein, nachdem England sogar mit den Hugenotten angeknüpft und Soubise mit seinen französischen Schiffen Aufnahme gewährt hatte. Und bald darauf erhielten sogar die Deputierten von Rochelle Zutritt zum Könige und schlossen einen Unterstützungsvertrag mit demselben ab.

Blainville hat jedoch die Engländer wirklich zur schleunigsten Unterstützung Mansfelds angetrieben. Er versicherte deshalb, daß die rückständigen 4 Monate zu einem Betrage von 240,000 Rthlr. sofort an d'Espesses würden übersendet werden, nachdem Karl I. seinen Verpflichtungen — sie beliefen sich auf 480,000 Rthlr. — würde gerecht geworden sein. Auch drängte er zur Verstärkung des Grafen durch 6000 Schotten. Hatte doch Christian IV. bereits mit seinem Rückzug gedroht, wenn sich Mansfeld nicht auf Tilly stürze und die deutschen Fürsten vom Anschluß an diesen zurückhalte. Endlich sollte auch die englische Flotte in den Dienst der dänischen Kriegsunternehmungen gestellt werden und ihre Mannschaften an der deutschen Küste ans Land setzen.

Mit diesen Bestrebungen, den bisher so lässig geführten deutschen Krieg wirksam anzufachen, nahm es Richelieu gerade damals sehr ernst. Schon vor der Sendung Blainvilles hatte er in England durch einen untergeordneten Agenten, den Sekretär Bautard, verhandeln lassen. Wir können es ferner mit den eignen Worten Ludwigs XIII. belegen, daß der

---

1) pendant le temps convenu pour les affaires d'Allemaigne. Avenel II. 149.

2) Die Depesche ist vom 18. Nov. datiert, Avenel II. 145—150. Die eigentlichen Instructionen, aber wahrscheinlich unvollständig, finden sich ebendaselbst S. 124 ff. und 137 ff.

Hauptzweck der Sendung Blainvilles in der Aufforderung König Karls zur nachdrücklichen Unterstützung Mansfelds bestanden hat.[1]

Denn gerade zu der Zeit, wo Blainville in England verweilte, waren nach dem Einrücken Wallensteins in Norddeutschland Verhandlungen zwischen Dänemark und den Kreisständen einerseits und Tilly und Wallenstein auf der andern begonnen worden, welchen man in Frankreich mit offnem Mißtrauen begegnete. Zog sich aber in Folge derselben Christian IV. wirklich zurück, so mußte die Wirkung dieses Schrittes wie die einer nicht blos diplomatischen Niederlage auch auf Frankreich zurückfallen.

Und schon die Rücksicht auf die nächsten Verwickelungen Frankreichs mit den Hugenotten und den Spaniern im Veltlin schien es zu gebieten, Christian IV. anzufeuern und durch reichlichere Unterstützungen aufrecht zu erhalten.

Zu diesem Behufe wurde der uns bereits bekannte de la Picardiere abermals zu ihm entsendet. Wir treffen ihn in der ersten Decemberwoche in Nienburg an der Weser und weiter auch in dem benachbarten Rothenburg.[2] Er hat dem Könige zwei Denkschriften seines Herrn überbracht, in welchen dieser die Säumnis in der Erfüllung seiner Zusagen entschuldigte und abermals thatkräftige Unterstützung versprach. Wir ersehen aus diesen Denkschriften, daß sich Christian IV. in den Zusicherungen Frankreichs getäuscht hatte: er hatte sich auf eine wirkliche Kriegserklärung gegen Spanien, auf einen Feldzug am Rhein noch während der Sommermonate Rechnung gemacht, und nun war nichts von dem in Erfüllung gegangen, ja Ludwig XIII. verhandelte sogar mit einem päpstlichen Legaten über einen Frieden in Italien.

Jetzt brachte nun de la Picardiere die erneute Zusage, daß Ludwig XIII. durch d'Espesses 200,000 Livres am 1. Januar und 300,000 nächste Ostern in Amsterdam zahlen werde, vorausgesetzt daß der König

---

1) J'ai chargè le Sr de Blainville que j'envoye extraordinairement vers luy de faire les instances qui sont necessaires pour le porter a l'execution prompte que je jugeay necessaire pour maintenir le Mansfelt et pour faire que l'armee du Roy de Dannemarck et liaison des autres Princes d'Allemagne subsiste. Ludwig XIII. an d'Espesses 11. Sept. Dépêches d'Espesses.

2) Proposition de l'Ambassadeur de France de Sr de la Picardiere Nienbourg 21. Nov. 1625. La seconde proposition du Sr de la Picardiere Rothenburg 24. Nov. 1625. Kgl. Geh. Arch. in Kopenhagen. Aus den Tagebuchsaufzeichnungen des Königs ergibt sich, daß Picardiere oder die dänischen Schreiber hier nach dem alten Kalender datiert haben.

die Waffen nicht niederlegen und weder mit dem Kaiser noch mit Spanien ohne seine Zustimmung einen Vertrag eingehen werde. Dagegen wollte auch er ohne die Genehmigung des Königs keine Vereinbarung in den deutschen Angelegenheiten treffen. Ferner versprach der französische König alles aufzubieten, um Mansfeld in den Stand zu setzen, unter dem Befehle des Königs auf dem Kampfplatze zu erscheinen, und auch die Generalstaaten zur Mitwirkung heranzuziehen. Ja sogar ein förmliches Bündnis wurde dem König jetzt zugesagt, wenn auch in allgemeinen und ungewissen Ausdrücken. Englands wird auffallender Weise weder in dieser noch in der folgenden Denkschrift gedacht.

Ueber die Antwort, welche der König dem französischen Bevollmächtigten ertheilt hat, haben wir keine directe Nachricht. Daß sie jedoch nicht vollständig zufriedenstellend war, daß sich der König vornehmlich über den Ausfall der Diversion am Rhein beschwerte, ergibt sich aus der zweiten in Rothenburg überreichten Denkschrift. Diese gesteht offen ein, daß sich Ludwig XIII. sowol durch des Hayes Ende des Jahres 1624, als auch später durch de la Picardiere zu einem kriegerischen Auftreten im Westen verbindlich gemacht habe. Darauf waren jedoch die letzten Forderungen des dänischen Königs durch Picardiere in einer Depesche vom 22. August nach Paris übersendet, Ludwig XIII. selbst aber erst Anfang October eingehändigt worden. Und unmittelbar hierauf war von Paris die Antwort erfolgt, welche Picardiere widerum erst am 31. October n. St. erhielt. Auch wenn Picardiere hiermit wirklich die Wahrheit gesagt hat, bleibt die Vernachlässigung Dänemarks in so entscheidender Zeit, also gerade in den Monaten, welche Wallensteins Einrücken in Mittel- und Norddeutschland vorhergehen, sehr merkwürdig.[1]

---

1) Viele der für Christian IV. bestimmten Mittheilungen aus Frankreich gingen durch die Hände des französischen Gesandten im Haag. Dieser schrieb nun am 11. Sept. an den mit diesen Angelegenheiten betrauten Staatssecretär d'Ocquerre: „les deux gros paequets, que je vous envoye du Sr de la Picardière m'empêchent de vous ecrire des nouvelles.“ In diesen Packeten könnte auch die Depesche Picardieres vom 22. August gewesen sein. Picardiere war am 8. October in Hamburg. Von hier richtete er ein Schreiben an d'Espesses, welches nichts enthielt, que le recit de ses incommodités, plaintes de ne recevoir point de nouvelles adresses pour luy en faire scavoir, a quoy neantmoins j'ay travaillé tant qu'il s'est pû humainement et n'estoit esifré (échoué?) que par excez de discretion. Am 21. October übersendete d'Espesses durch Foppius van Aitzema zwei Packete an Christian IV. und an Picardiere. — In einem Schreiben vom 12. Sept. beklagt sich d'Ocquerre allerdings bei d'Espesses über die Saumseligkeit Picardieres: Je m'étonne que nous n'avons point d'avis de Mr de la Picardiere.

Ist diese Vernachlässigung allein aus den ungünstigen Berichten zu erklären, welche der französische Diplomat über die Lauheit, ja sogar Feindseligkeit der deutschen Staaten gegen ihren Beschützer eingesendet hat? Oder wirkten vielleicht in Paris noch gewaltigere Kräfte auf den gewaltigen Cardinal, welche ihn zum Zaudern verurtheilten? Ist diese Hemmung vielleicht vom päpstlichen Legaten in Paris oder von Maximilian von Baiern oder gar von beiden ausgegangen? Oder wollte der Cardinal erst abwarten, ob der König nach seinem Falle überhaupt wider so zu Kräften kommen würde, daß er der persönlichen Leitung des ganzen Unternehmens gewachsen war?

Möglicher Weise aber liegt die Erklärung für die zögernde Art und Weise, mit welcher Frankreich Christian IV. gegenüber verfuhr, vor allem in der Scheu, allein ohne England und die Generalstaaten vorzugehen, deren Geneigtheit zu weiteren Zahlungen gerade nach dem kläglichen Ausgang der mansfeldischen Unternehmung außerordentlich gering war.

Frankreich gab also seine Unterlassungssünde gegen den befreundeten König der Verspätung einer Mittheilung über die näheren Bedingungen seines Zusammenwirkens mit ihm Schuld. Man stellte ferner die Behauptung auf, es sei zu einer Kriegserklärung zu spät gewesen, da ja auch die in die Sache tiefer verwickelten Mächte bereits die Partie vertagten. Dem ungeachtet schlugen die Franzosen diese von ihnen beliebte Art der Mitwirkung immer noch hoch an. Sie behaupteten auch Christian IV. selbst gegenüber, durch die Aufstellung ihrer Truppen in der Picardie und in der Champagne verhindert zu haben, daß sich die noch verwendbaren Truppen des Kaisers auf ihn stürzten.[1] Sie meinten, schon damit dem Versprechen einer Diversion im Westen genügt zu haben.

Il sera bon que vous luy ecriviez que nous sommes en peine de ce qu'il aura negocié. Am 25. November berichtet er erst über den Empfang von Depeschen aus dem August: Monsieur, l'impatience en laquelle je jugé que Monsieur de la Picardiere est de ne recevoir mes depesches, m'a fait resoudre de luy envoyer par divers endroits 4, dont vous en recevez deux, l'une par l'ordre de Monsieur de Baugy et l'autre par celuy de Mr de Paloizeau, affin que satisfaisant au affaires qu'il negotie et a son desire il satisfasse aussy.

1) Blainville sollte sich in England folgendermaßen aussprechen: Et pour faire veoir que Sa Majesté ne veult point esloigner la guerre de ses estats pour la rejetter sur ceulx des autres, elle promettra de tenir en Picardie et Champagne des forces telles, qu'elles contraindront les Espaignols à ne pas desgarnir les frontières de l'Artois, Flandres et Luxembourg. Avenel II. 149.

Und so mußte sich denn der König mit dem von Frankreich thatsächlich Geleisteten zufrieden geben: auf ein kriegerisches Auftreten desselben im Elsaß oder in der Pfalz hat er von jetzt an wol kaum noch gerechnet, obgleich es Picardiere abermals in Aussicht stellte.[1]

Noch näher aber läßt sich Ludwig XIII. gegen seinen Gesandten im Haag über die Zukunft seiner deutschen Politik aus: er macht sich unter demselben Vorbehalt nicht nur zu weiteren Soldzahlungen an Mansfeld anheischig, sondern auch zu einer jährlichen Unterstützung von 500,000 Livres an den König und will endlich zu einer englischen, in Deutschland eindringenden Armee die Cavallerie stellen. Damit glaubte er ungefähr die gegen Bellin eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Diefelbe Depesche verbot aber d'Espesses auch jede Betheiligung an dem Congresse und ermächtigte ihn nur in Sonderverhandlungen mit den einzelnen Vertretern der Mächte seine Fürsorge für die Freiheit Deutschlands an den Tag zu legen. Mit dem Bemerken, daß ein Offensiv- und Defensivbündnis mit Frankreich auch nicht mehr leisten würde, als diese freiwilligen Anerbietungen seines Herrn, theilte d'Espesses diese einzelnen Puncte den Generalstaaten mit.

Es ist selbstverständlich, daß de la Picardiere auch über die Bestimmung Mansfelds ein Abkommen mit dem Könige getroffen haben wird, und daß schon jetzt als vorläufiges Ziel der ganzen Unternehmung Schlesien und die Vereinigung mit Bethlen Gabor hingestellt wurde: dabei muß man natürlich auch bereits die Einlagerung des Grafen in der Mark Brandenburg ins Auge gefaßt haben.

Das letztere wird um so wahrscheinlicher, als sich de la Picardiere selbst aus dem königlichen Lager nach Brandenburg begeben hat. Von den Erfolgen dieser Gesandtschaft fehlt freilich bis jetzt jede Nachricht.

Noch vor der Ankunft des Franzosen war endlich sichere Kunde über Bethlen Gabors Geneigtheit, aus seiner Zurückhaltung zur Thätigkeit überzugehen, im Hauptquartier des Königs eingetroffen, welche Johann Ernst in seinem Auftrage durch einen besondern Bevollmächtigten, Ehrenfried v. Berbisdorf, bei dem Fürsten selbst eingezogen hatte. Diese Nachrichten lauteten durchaus unbefriedigend. Der Fürst weigerte sich nicht nur aus allerlei Gründen — wie seiner unzureichenden Vorbereitung, ferner der

1) Il ne se peult qu'elle (La Maj. de D.) ne le reçoive de tres bonne part de sadite Maj. Treschrestienne, en attendant l'occasion qu'elle puisse effectuer plainement ce quelle luy a promis touchant ladite diversion, de la quelle elle a aultant de soing que peult avoir sad. M. de D., s'interessant esgallement avec elle au subject auquel elle est estimée necessaire.

Jahreszeit wegen und aus Furcht vor Polen, auch weil man ihn so spät darum ersucht habe, sofort aufzusitzen, sondern sagte sein Aufziehen überhaupt erst für den April zu, falls man ihn bis dahin in das Bündnis eingeschlossen habe. Der König sollte seinen eignen Entschluß nach Berlin übermitteln, wo am 17. Januar sein Gesandter anwesend sein würde. Durch die brandenburgischen Gesandten, welche seine Braut nach Ungarn begleiten würden, wollte er dem Könige bei ihrer Heimreise nähere Nachrichten zukommen lassen. Ferner beanspruchte der Fürst auch eine Verbindung mit Gustav Adolf oder irgend einem andern Kriegshaupte. Dagegen gestattete Bethlen dem Könige Werbungen in seinen ungarischen Gespannschaften, für welche er das Anrittgeld nach Breslau zu Türk Scheffern zu senden bat.[1]

Das haager Schutz- und Trutzbündnis.

Zum wirklichen Abschluß des nun so lange verhandelten Bündnisses hatte Christian IV. seinen Kanzler Jacob Ulfeld und Christian Thomsen Sehested ausersehen. Er versah dieselben mit einer ganz allgemein gehaltenen Vollmacht, in welcher nicht einmal die Fürsten und Staaten, mit welchen er das Bündnis eingehen wollte, namentlich genannt waren. Dagegen war Buckingham zum Abschluß mit Ludwig XIII. und den Niederlanden, mit Dänemark, Schweden, dem Kurfürsten von Brandenburg und andern deutschen Staaten bevollmächtigt.

Diese beiden Vertreter des Königs von Dänemark gehören zu den tüchtigsten dänischen Diplomaten jener Zeit. Christian Thomsen Sehested war noch ein jüngerer Mann von etwa 35 Jahren, welcher seine Jugenderziehung im Hause des durch seine Gelehrsamkeit berühmten Holger Rosenkranz erhalten und von 1603 an fünf Jahre lang in Wittenberg studiert hatte. Darauf hatte er große Reisen durch Deutschland und die romanischen Länder gemacht und war im Jahre 1613 mit Ulfeld nach Spanien und im nächsten nach Schweden gesandt worden. Dann erhob ihn der König zum Erzieher seines ältesten Sohnes Christian. Mit dem zweiten königlichen Prinzen Friedrich war Sehested nach Bremen gegangen und hatte ihn in seine hohe stiftische Stelle eingeführt. Später hat er in

1) Brief vom 6. Nov. n. St. ohne Unterschrift, welchen Johann Ernst mit einem Schreiben vom 2. 12. Nov. dem Könige übersendete. Der Brief scheint von der Hand des mansfeldischen Sekretärs geschrieben zu sein. K. G. A. in Kop

diplomatischen Geschäften an auswärtigen Höfen wie in Frankreich und in Spanien gewirkt. Er galt als ein literarisch und besonders theologisch wolgebildeter Mann.

Der Reichsrath und Kanzler Jacob Ulfeld[1] befand sich dagegen schon in vorgerückterem Lebensalter: er war im Jahr 1567 geboren. Er verdankte nicht nur seine gelehrte Universitätsbildung dem Auslande, besonders Deutschland und der Schweiz, sondern hatte auf seinen zwölfjährigen Reisen durch Südeuropa, den Orient und Aegypten auch seine diplomatische Befähigung durch die reichsten Erfahrungen ausgebildet. Er ging im Jahr 1606 mit dem Könige nach England und wurde später, wie bereits erwähnt ist, mit einer Gesandtschaftsreise nach Spanien beauftragt.[2] Im Jahr 1621 hatte er das Bündnis Dänemarks mit den Generalstaaten abgeschlossen. Seine Persönlichkeit flößte durch ihre ernste, würdige Haltung den Deutschen gewiß Vertrauen ein: die Franzosen freilich konnten sich wol nicht immer eines Spöttelns über seine angeblich steife, förmliche und altfränkische Art selbst in der Redeweise enthalten.[3] Ulfeld erfreute sich einer ungewöhnlich zahlreichen Familie, die aus sechs Töchtern und eilf Söhnen bestand. Unter den letztern ist der mit der schönen, aber unglücklichen Tochter des Königs, Leonora Christina, vermählte Corfitz am bekanntesten geworden.

Von schwedischer Seite ist behauptet worden, daß der König von Dänemark mit dem Abschluß geeilt habe, um Schweden und Brandenburg, wenn sie durchaus von der Partie sein wollten, vollendete Thatsachen entgegen stellen zu können und sie zum rückhalts- und bedingungslosen Anschluß zu bringen. Und allerdings mag Christian IV. fest darauf gerechnet haben, sein gefürchteter Nebenbuhler werde sich dem Bündnis der Mächte gegenüber unter leichteren Bedingungen wenigstens für eine Diversion gewinnen lassen: auf keinen Fall konnte dann noch von einer Theilung des Oberbefehls und der Subsidien zwischen ihm und Gustav Adolf die Rede sein. Daß übrigens dieser Congreß im Haag in Beziehung auf Schweden wegen der schweren Erkrankung des schwedischen Bevollmächtigten überhaupt erfolglos sein werde, war im Lager des Königs schon vor der Abreise der Bevollmächtigten bekannt.[4]

Schweden und Brandenburg sollen nach Camerarius' Versicherung von Buckinghams persönlicher Theilnahme nicht im Voraus unterrichtet

1) Die Reichskanzlerwürde hat er schon 1609 erhalten.
2) Droysen, Gustav Adolf I. 76 ff.
3) Vgl. über beide Hofmann, Danske Adelsmaend II. 221 ff. III. 31 ff.
4) Verbaal van de Ambassade van G. van Vosbergen S. 175.

gewesen sein, doch hat Rusdorf[1] wenigstens den Kurfürsten von Brandenburg noch von Buckinghams Anwesenheit benachrichtigt.

Für Christian IV. war es nach Wallensteins Einrücken in die Stifter höchste Zeit, sich nach Verbündeten umzuthun. Auch England mußte nun nothgedrungen Dänemark mit kräftigen Schutzmitteln zur Seite treten, da Christian IV. auch gegen dieses im Weigerungsfalle mit seinem Rücktritt drohte: schon hatten ja die Verhandlungen mit Wallenstein und Tilly unter sächsisch-brandenburgischer Vermittelung ihren Anfang genommen. Man kannte außerdem in England die fortgesetzten Bemühungen, einen Ausgleich Spaniens mit Frankreich zu Stande zu bringen, und wußte auch, wie sehr in den letzten Jahren Frankreichs Einfluß auf die Niederlande gestiegen war. Konnte man aber in England nach einem französisch-spanischen Abkommen über die italienischen Verhältnisse noch auf Hollands Beitritt zum protestantischen Bunde und auf die französischen Subsidien rechnen?

Buckinghams Reise soll schon am 11. September beschlossen gewesen sein: sie wurde jedoch erst am 13. November angetreten. Allem Anschein nach hat der Günstling der beiden Stuarts bei dieser Gelegenheit auch dem französischen Hofe einen erneuten Besuch zugedacht gehabt. Allein d'Espesses deutete ihm an, daß er diesmal in Paris nicht willkommen sein werde.

Bei dem nahen Verhältnis, in welchem Buckingham zum König stand, ist es erklärlich, daß ihm derselbe ziemlich freie Hand für die Verhandlungen gelassen hat. Indessen es liegt auch eine Instruction vor, durch welche wir, obwol sie vielleicht später noch ergänzt und verändert worden ist, in den Gedankenkreis des Königs eingeführt werden. Wir erkennen aus ihr, mit wie geringer Begeisterung, ja mit wie schwachen Hoffnungen England zu diesem Bündnisse geschritten ist. Es hatte sich Christian IV. gegenüber zur Stellung von 6000 M. Fußvolk und 1000 Reitern oder zur Zahlung von 30,000 Pfund verpflichtet. Schon diese Verpflichtung war Karl I. unter den jetzigen Verhältnissen zu drückend: seine Bevollmächtigten — Buckingham war der Graf Holland beigegeben — sollten ihm daher womöglich eine Erleichterung verschaffen. Ferner war denselben die Entscheidung darüber vorbehalten, ob es für England gerathener sei, sich mit Truppen oder mit Geld am Kampfe zu betheiligen. Vor allen Dingen aber hatte ihnen Karl I. seinem theuren Oheim gegenüber Vorsicht anempfohlen: bevor sie von einer Zurückziehung oder Kürzung der Subsidien oder der englischen Kriegsleistungen überhaupt sprachen, hatten sie sich zu vergewissern, daß der König auch wirk-

1) Mémoires I. 643.

lich vorwärts wolle und nicht vielmehr ein für seine Interessen vortheilhaftes Abkommen mit dem Kaiser vorziehe.[1]

Als die dänischen Bevollmächtigten Ulfeld und Sehested in Nienburg abgefertigt wurden (31. Oct. a. St.), war dem Könige der für die Verhandlungen festgesetzte Tag noch nicht bekannt: auch wußte er noch nicht, wer und wie viele von den Mächten sich dem Bunde anschließen würden. Auf keinen Fall sollte ihm jedoch dieser neue Bund die Subsidien kürzen, welche ihm von England und dem niedersächsischen Kreise zustanden: d. h. die Gesandten mußten sich zunächst gegen die schwedischen Vorschläge erklären.

Christian IV. hatte überhaupt vor der Hand mit dieser schwedischen Frage abgeschlossen: er wünschte keine unmittelbare Betheiligung Gustav Adolfs auf deutschem Boden und besonders in nächster Nähe des Kriegstheaters, auf welchem er selbst agierte. Er hielt es für das Beste, daß sich sein Nachbar verbindlich mache, während dieser Zeit keinen Waffenstillstand zu Land oder zu Wasser einzugehen, sondern die Polen von Deutschland abzuhalten. Wollte Gustav Adolf jedoch trotzdem Truppen nach dem Festlande senden, so sollten ihm die Gesandten in erster Linie die Herzogthümer Polen und Preußen als geeignete Schauplätze seiner Thätigkeit namhaft machen. Betheiligte er sich direct am Kampfe, so hatte er in die Mark einzurücken und das Heer Mansfelds an sich zu ziehen. Mit Gustav Adolf und Mansfeld konnte sich dann Bethlen Gabor verbinden. Fand dieser Plan Widerspruch, so sollte doch wenigstens Bethlen Gabor von den Verbündeten unterstützt werden.

Ein förmliches Bündnis mit Frankreich wünschte dagegen Christian IV. jetzt nicht einzugehen: er hütete sich vielmehr sorgfältig, Frankreich auf diese Weise eine Einwirkung bei einem späteren Friedensschlusse zuzugestehen. Wol aber hatten die Gesandten den Auftrag, die Zahlung der Subsidien und die so oft versprochene französische Diversion im Westen nochmals nachzusuchen.

Es ist auffallend, daß die Instruction, welcher wir diese Punkte entnehmen, Hollands und Englands nicht einmal erwähnt Wahr-

1) Instructions for . . . Georg Ducke of Buckingham . . . . and Henry, Earl of Holland. Dated ad the Court of Salisbury the 17th (a. St.) of Oct. But before all, yow must be sure that our dear uncle be throughlie affected and well engaged, before yow presse too earnestly the withdrawing of our payments; least our dear vncle, forseeing our reason and necessityes, and not being confirmed in the will and power of the German princes, may thinke of his owne disengagement and, by complying with the emperour, make his owne surety and advantage. Rymer, Foedera T. VIII. P. I. S. 152 ff.

scheinlich haben daher die dänischen Gesandten ihre Verhaltungsmaßregeln diesen Staaten gegenüber in einer andern Denkschrift erhalten. Obwol uns diese unbekannt geblieben sind, so können wir doch einige Hauptpunkte derselben aus andern Quellen mittheilen: wir meinen den für England hauptsächlichsten Punkt der Zurückführung des Pfalzgrafen. Christian IV. wollte des ganzen pfälzischen Handels nicht ausdrücklich Erwähnung gethan wissen, um nicht die Geneigtheit der deutschen Fürsten, namentlich Sachsens, sich an der Sache zu betheiligen, noch mehr zu verringern. Denn wie hätte man es bei einer ausdrücklichen Erwähnung des Pfalzgrafen und seiner Zurückführung vermeiden können, dem ganzen Bundesinstrument einen dem Reichsoberhaupt feindseligen Ausdruck zu geben? Die ganze kriegerische Verfassung des niedersächsischen Kreises aber, in welcher man dem Könige das Amt eines Obersten übertragen hatte, sollte ja doch einen defensiven Character tragen. Ferner ließ der König an Holland hauptsächlich die Forderung einer Unterstützung durch ein niederländisches Hilfscorps stellen. Allein dieselbe wurde von vornherein als unerfüllbar zurückgewiesen.

Von einer Seite wird noch berichtet, daß sich Dänemark sogar mit Fleiß gehütet habe, den Namen Spaniens in den Text des Bundesvertrages zu bringen.

Am 27. Nov. a. St. traten die Gesandten zur ersten Sitzung zusammen. Der Statthalter der Niederlande hielt sich mit Absicht von den Besprechungen fern, aber gewiß nicht allein aus dem Grunde, um schicklicher Weise vorkommendes Falls als Vermittler auftreten zu können.

Der französische Gesandte d'Espesses nahm seinen Weisungen von Paris zu Folge auch nicht an den Verhandlungen Theil, ja selbst eine persönliche Einladung des Prinzen von Oranien zu den Festlichkeiten nach dem Abschlusse lehnte er ab: nicht einmal Bethlen Gabors Abgesandten, welcher im Geleit der Dänen nach dem Haag gekommen war, hatte er bis zum 12. December gesehen. Anstruther theilte jedoch d'Espesses sogar die geheimen Bedingungen des Vertrags mit.

Buckingham strahlte widerum von Perlen und Edelsteinen: jetzt machte er auch auf d'Espesses den Eindruck, als ob er sich der nationalen Strömung seines Volkes, welche nun so lange schon zu einem offnen Krieg gegen das Haus Habsburg gedrängt hatte, vollkommen hingegeben habe.[1]

Gustav Adolf hatte keinen ausdrücklich bevollmächtigten Vertreter im Haag, da Rutgersius der Tod unerwartet dahingerafft hatte. Doch

1) Aitzema, Saken I. 478.

dienten die Mittheilungen Vosbergens und die Aufzeichnungen, welche man in Rutgersius' Nachlaſſ fand, dazu, die Anſchauungen und Pläne des Königs klar zu legen. Man beſchloß, aber freilich ſchwerlich ſo einſtimmig, wie d'Espeſſes meint, von ſeiner Geneigtheit, in die Action einzutreten, Gebrauch zu machen.[1]

Die engliſche Politik aber konnte ſich nun doch rühmen, eine ganz neue Wendung der öffentlichen Verhältniſſe Europas veranlaßt zu haben. England ſchloß ein Bündnis mit zwei mächtigen proteſtantiſchen Staaten, mit Holland und Dänemark, ab, von denen das letztere ſich recht eigentlich zum Schutzherrn des deutſchen Proteſtantismus aufgeworfen hatte. Auf die vierte größere nichtkatholiſche Macht Europas, Schweden, glaubte man gleichfalls zählen zu dürfen.

Das Bündnis war zunächſt auf die innerdeutſchen Verhältniſſe berechnet. Chriſtian IV. verſprach, ein Heer von 28,000—30,000 M. Fußvolk und 7000—8000 Reitern ins Feld zu führen, während ihm König Karl eine monatliche Unterſtützung von 300,000 Gulden,[2] die in Hamburg gezahlt werden ſollte, und die Generalſtaaten monatlich 50,000 Gulden zuſagten. England wollte außerdem eine neue, von Holland zu unterſtützende Flotte gegen Spanien rüſten, und die Generalſtaaten im nächſten Frühjahr ſelbſt ein anſehnliches Heer ins Feld ſtellen, um zu verhindern, daß den Feinden des Königs von den Niederlanden her Verſtärkungen zugeführt würden. Auch machten ſich die letzteren anheiſchig, die neuen Rüſtungen der Engländer zur See zu unterſtützen. Der einzige, den Hauptzweck des Bundes doch wenigſtens berührende Artikel lautete dahin, daß keine Macht vor der Durchführung der Reſtauration in Deutſchland von dem Vertrage zurücktreten ſollte. Einer ausdrücklichen Beſtimmung zu Folge mußten nicht nur Frankreich und Schweden, Savoyen und Venedig, ſondern auch die deutſchen Fürſten zum Beitritt eingeladen werden: Frankreich legte man mit ziemlich klaren Worten die moraliſche Verpflichtung zum Anſchluſſe an die Verbündeten oder wenigſtens zur Unterſtützung Chriſtians IV. nahe. Man fand dieſe Verpflichtung in den Aufforderungen Ludwigs XIII. an Chriſtian IV., die geeigneten Mittel gegen die Bedrückungen im Reich anzuwenden, begründet.

1) La Foy duquelle est tennue si ferme, que l'on n'a pas fait difficulté de travailler sur les memoires du Feu Rutkersius, entre lesquels l'on a trouvé des indices que ce Prince Genereux vouloit partager l'Employ et les Contributions des Alliez. D'Espeſſes an d'Ocquerre. 1. Dec. n. St. 1625.

2) Nach andern Nachrichten waren es nur 100,000 Gulden. Mémoires du Card. de Richelieu II. 506.

Mit Bethlen Gabor hat jedoch die Conferenz kein engeres Einverständnis hergestellt. Der Abgesandte desselben, Quad, war, wie es im Bundesvertrag heißt und der Fürst später selbst bezeugt hat, ohne genügende Vollmachten im Haag erschienen. Man hatte ihn daher auch während der Verhandlungen ziemlich vernachlässigt. Officiell erhielt der Fürst von Siebenbürgen nur eine Benachrichtigung von den haager Beschlüssen.

Diesen Hauptvertragspunkten wurde noch eine von den Gesandten zur Mittheilung angenommene Erläuterung hinzugefügt, welche alle Verbündeten zur Rückführung des Pfalzgrafen und seiner Kinder verpflichtete und ihnen bei einem Frieden die Einschließung desselben in die Friedensbedingungen zur Pflicht machte. Ferner sagte England dem Könige jene monatliche Unterstützung zu, bis es ihm mit einer den monatlichen Subsidien angemessenen Land- und Seemacht zu Hilfe kommen werde. Als solche wurde ein Corps von 6000 M. Fußvolk und 1000 Reitern betrachtet. Freilich wollte man dann die Kosten für diese Mannschaften an den monatlichen Subsidien kürzen. Endlich sollte die Armee Mansfelds, welche man dem Könige zur Verfügung stellte, in die Zahl der von ihm aufzubringenden 30,000 M. Fußvolk und 10,000 M. Reiterei eingerechnet werden, und dieser zweite die Höhe der Rüstungen feststellende Artikel überhaupt nicht eher seinem Wortlaut nach zur Ausführung kommen, bevor man nicht die Subsidien auf irgend welche andere Weise erhöhen könne.[1]

Es erhellt hieraus, daß die englischen Bevollmächtigten ihren Instructionen nachgekommen waren und ihren Willen durchgesetzt hatten. Da Buckingham früher weit größere Summen versprochen hatte, als man leisten konnte,[2] wollte er nun die mansfeldischen Truppen, zu deren Unterhaltung auch Frankreich beitrug, auf die Armee des Königs in Anrechnung bringen. Deshalb wahrte er England zum Schein auch die Möglichkeit, mit einer besondern Armee in den Kampf einzutreten.

Der Termin, an welchem die Mächte die Auswechselung der vollzogenen Bundesverträge und zwar gleichfalls im Haag vornehmen wollten, war bis auf den 24. März des folgenden Jahres hinausgerückt worden, offenbar weil man unterdessen auch noch den Beitritt anderer Verbündeter zu erwirken hoffte.

1) Copias Comitis Mansfeldii . . militibus tam peditibus quam equitibus secundo hujus Tractatus Articulo expressis annumerandas esse; ea lege tamen, ne praedictus Articulus stricte explicetur, donec media incrementum ceperint subsidiis praememorato necdum expressis, quibus sustentandis Regis Daniae Copiis subveniatur.

2) Vgl. hierüber Aitzema, Saken I. 479.

England und Holland haben nun in der That nicht nur den Hauptvertrag, sondern auch die Nebenbestimmungen unterzeichnet, während Christian IV. von den letztern nur den den Pfalzgrafen betreffenden Punkt annahm, die übrigen aber sich für eine weitere Verhandlung mit England vorbehielt.[1] Seine Unterschrift trägt das Datum des 28. Februar a. St. 1626.

In den Tagen, an welchen dieses Bündnis verhandelt wurde, fand sich auch Gabriel Oxenstierna im Haag ein. Buckingham, der nur mit sehr allgemeinen Weisungen für Schweden versehen war, machte ihm das Versprechen, daß von Seiten Englands Spens Gustav Adolf zum Beitritt einladen werde. Bevor es indessen dazu kam, hatte sich schon Camerarius nach Schweden auf den Weg gemacht.

Die Instruction desselben ist noch einen Tag vor der Unterzeichnung der Vertragspräliminarien (9./19. Dec.)[2] datiert und also wol gleichfalls aus einer gemeinsamen Berathung der versammelten Politiker hervorgegangen.[3] Aus Mangel anderweitiger Nachrichten muß sie uns dazu dienen, den Antheil kennen zu lernen, welchen die Verbündeten Gustav Adolf an dem gemeinsamen Werke überwiesen hatten. Es geht aus ihr hervor, daß in dieser Frage die dänische Anschauung den Sieg im Haag davon getragen hatte.

Mit großem Bedauern bemerkte man, daß man nicht im Stande sei, Gustav Adolf eben so viel wie Christian IV. zu bieten oder auch die Subsidien zwischen beiden nur zu theilen, und verzichtete somit ausdrücklich auf das Erscheinen des Königs in Deutschland. Dagegen wies man ihn, seiner eignen Neigung begegnend, nach Osten und forderte ihn auf, dem Fürsten von Siebenbürgen die Mannschaften zuzuführen, welche diesem nun einmal die Verbündeten nicht zusenden könnten. In Verbindung mit Bethlen Gabor sollte Gustav Adolf den Gegner im Osten beschäftigen und zwar natürlich auf eigne Kosten.[4] Camerarius scheint nicht den

1) Rusdorf, Mémoires I. 695. Der lat. Abdruck in Aitzemas Historia pacis S. 55, 56 enthält alle Puncte des Nebenvertrags.

2) Der Vertrag ist mehrfach gedruckt, so bei Dumont, Corps diplomatique V. P. II. S. 482—485. Vgl. über ihn auch Goldschmidt, De liga evangelica S. 86 ff.

3) Moser, Patriot. Archiv 6, S. 69 ff.

4) Cumque hic ingenti exercitu ex Hungaria quocunque anni tempore moturum se esse promittat, si saltem mediocris peditum Germanorum manus sub perito aliquo belli duce illi adducatur, S. R. Maj. Sueciae de rerum summa quam optime merituram, si, quod alii in Germania nunc praestare hac in parte Principi Transsylvaniae nequeant, si ulla ratione queat, liberaliter suppleat. Moser a. a. O. S. 75, 76.

geringsten Auftrag zu einem Subsidienversprechen von den Verbündeten als solchen oder auch nur von einer einzelnen Macht gehabt zu haben. Da seine Mittheilungen überhaupt nur allgemeiner Natur waren, da er endlich nicht einmal im Namen und Auftrag der haager Bundesverwandten, sondern des Königs von Böhmen in Schweden erschien, so war seine Sendung vollständig wirkungslos.[1]

Auch Bethlen Gabors Gesandten, der gleichfalls den Verhandlungen fern blieb, theilte man das Resultat mit und versprach seinem Herrn, falls er eine Diversion machen wollte, monatlich 40,000 Reichsthaler. An der neuen Versamlung der Verbündeten, deren Beginn man auf den 20./30. März des folgenden Jahres festgesetzt hatte, sollte sich dann der Fürst wirklich betheiligen, offenbar also, um als wirkliches Mitglied in den Bund aufgenommen zu werden.

Diese wenig ermunternde Behandlung des siebenbürgischen Gesandten hatte ihren Grund auch in der persönlichen Eitelkeit des Königs Karl. Bethlen Gabor hatte bereits längere Zeit mit Frankreich unterhandelt, ohne sich zugleich an England zu wenden, und Quad besaß auch jetzt Aufträge, welche direct und zuerst an Ludwig XIII. gerichtet waren. Freilich wollte sich Karl I. vor dem wirklichen Abschluß des allgemeinen Bündnisses auch nicht allein mit Bethlen Gabor einlassen: ferner hoffte er wol auch, daß Thomas Roe den leidenschaftlichen Fürsten ohne bindende englische Zusagen zum Losschlagen bewegen werde. Denn der Hauptgrund, welcher England hinderte, Bethlen Gabor zum Aeußersten zu treiben, lag wirklich in der Unmöglichkeit, auch noch seine Geldforderungen zu befriedigen, was später Conway offen eingestanden hat.[1]

Daß Christian IV. nun keine große Genugthuung über den Abschluß dieses Bündnisses empfunden hat, ist leicht erklärlich: freilich mag er bei seiner genaueren Kenntnis der englischen Verwaltung und der Unordnung in den Finanzen einen ähnlichen Ausgang wol erwartet haben.[2]

---

1) Seiner Instruction nach wurde Camerarius freilich von allen Verbündeten abgeschickt (unanimi consensu cunctis placuit, mittendum esse ad S. R. Maj. Dn. Camerarium). Doch ergibt schon der Wortlaut der Ueberschrift, daß er nur im Namen Friedrichs von der Pfalz sprechen konnte: Instructio a Regia Majestate Bohemiae de voluntate et consensu Legatorum Magnae Britanniae et Daniae Regum . . . data . . . Camerarius erhält ferner Auftrag, ut nomine S. R. Maj. Bohemiae et ex conclusis Legatorum Regiorum Dominorumque Ordinum Generalium sequentia exponat.

2) Vgl. hierüber die ausführliche Depesche Conways an Roe vom 20. April 1626 a. a. O. S. 501—505.

In Frankreich aber flößte dieser Bund protestantischer Mächte, auf Grund dessen eine Neugestaltung der deutschen Verhältnisse ohne directe Betheiligung Frankreichs erfolgen sollte, sogar eine gewisse Bitterkeit ein. Richelieu ließ die holländischen Gesandten seinen Aerger offen fühlen: er betrachtete den Bund nicht als ein Mittel, die Freiheit des römischen Reichs und die Erniedrigung Spaniens ins Werk zu setzen, sondern als einen Versuch, die katholische Religion samt den katholischen Fürsten und also auch den allerchristlichsten König zu schwächen.[1] Ja schon jetzt hat sich Richelieu mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß ihn der Lauf der Ereignisse möglicher Weise zu einer vollständigen Schwenkung veranlassen könne, d. h. diesem Bündnisse protestantischer Staaten, welches Holland dem französischen Einflusse zu entziehen und Englands Abneigung gegen Frankreich zu stärken drohte, welches im Fall des Gelingens seiner Pläne eine französische Vermittelung in deutschen Angelegenheiten wenig wahrscheinlich machte, geradezu feindlich entgegen zu treten. Weniger hoch scheint man dagegen die Resultate dieser Conferenzen von Anfang an in Wien angeschlagen zu haben.[2]

Die englischen Gesandten wurden zuletzt mit überreichen Geschenken, welche sich für Buckingham auf mehr als 30,000 Gulden, für Carleton auf mehr als 10,000 beliefen, von den Holländern beehrt, so daß man schon im Januar des nächsten Jahres beschloß, sich in Zukunft bei ähnlichen Fällen größere Sparsamkeit aufzuerlegen.[3]

Die Verpfändung der englischen Krondiamanten war jedoch Buckingham nicht gelungen. Die Staaten von Holland hatten den amsterdamer Bankiers eine Garantie der Rückzahlung der darauf zu entleihenden Summen nicht gewähren wollen.[4]

Den Vertrag selbst sandte man auch an Aitzema nach Hamburg, um die Hansestädte zum Anschluß zu vermögen, welche ihrem Bunde mit den Niederländern zu Folge ja bereits zur Unterstützung der einen Vertragspartei verpflichtet waren.

---

1) Vgl. auch Capellen I. 386.

2) Carafa, Commentaria 236. Nihilominus in illo conventu mense Decembri instituto nihil concludi potuit.

3) Aitzema I. 478.

4) Capellen I. 381.

Der Reichstag von Oedenburg und die Krönung des Erzherzogs Ferdinand Ernst zum König von Angarn.

In denselben Tagen, in welchen jenes Bündnis protestantischer Mächte im Haag errichtet wurde, welches sich so geringer Leistungen zu rühmen hat, trug Ferdinand II. einen bedeutenden, wenn auch unblutigen Sieg in Ungarn davon. Er setzte nicht allein die Wahl, sondern auch die Krönung seines Sohnes Ferdinand Ernst durch. Von der dritten Octoberwoche an bis in den December hinein verweilte der ganze kaiserliche Hof, dem sich auch der spanische Gesandte und der päpstliche Nuntius Carafa angeschlossen hatte, in Oedenburg.

Der schon für den September ausgeschriebene Reichstag trat am 13. October zusammen.[1] Seine Eröffnung fällt also mit dem Einrücken Wallensteins in Niedersachsen zusammen. Auch Bethlen Gabor, kurz zuvor vom Kaiser mit dem Titel Serenissimus beehrt, hatte auf Erfordern seine Vertreter gesendet. Er setzte ferner den kaiserlichen Werbungen in seinem eignen Gebiet keinen Widerstand entgegen.

Ferdinand II. erschien zwar dem Reichstag gegenüber fast in der Rolle eines constitutionellen Königs, betonte aber auch von vorn herein das Bedürfnis der Stärkung der königlichen Gewalt.

Als jedoch von dem Erzbischof von Gran und dem Bischof von Fünfkirchen die Königswahl beantragt wurde, erhoben Bethlens Vertreter und Anhänger Widerspruch und nöthigten dadurch die habsburgische Partei zur äußersten Vorsicht. In dem Augenblicke, wo der Fürst als erwählter König von Ungarn mit den protestantischen Westmächten über die Aufnahme in ein Bündnis verhandelte, durfte man sich um keinen Preis einer Niederlage aussetzen, welche vielleicht gar die Krönung Bethlen Gabors nach sich ziehen konnte. Man beschloß daher, zuvor durch die Wahl eines Palatinus, wozu man den eifrig katholischen Esterhazy ausersehen hatte, die Stärke der Parteien zu prüfen. Und siehe da, für Esterhazy erklärten sich 150 Mitglieder des Reichstags, während die Gegner es nur auf 60 Stimmen bringen konnten.

Als nun die Königswahl gesichert schien, erwog man im Geheimen Rath die Vortheile und Nachtheile einer sich an die Wahl unmittelbar anschließenden Krönung. Auch bei dieser Frage trat das Interesse der Kirche und ihrer Ausbreitung sehr in den Vordergrund, wenn nicht geradezu in erste Linie. Diejenigen, welche einen Aufschub der

1) Carafa, Commentaria S. 241 ff.

Krönung befürworteten, thaten es in der Besorgnis, daß der junge König durch seinen Eid auf die Verfassung des Landes die zukünftige katholische Restauration im Voraus beeinträchtigen müsse. Sie waren der Meinung, daß die Krönung, wenn sie nach neuen Siegen der katholischen Mächte oder nach Bethlen Gabors Tod stattfinde, mit einem milderen Eid erkauft werden könne. Zu dieser Partei gehörte auch der päpstliche Nuntius Carafa. Außerdem erhoben die mit der Leitung der kaiserlichen Finanzen betrauten Beamten ihre Bedenken wegen der bedeutenden augenblicklichen Kosten und der späteren Ehrenausgaben, wenn der gekrönte König den Tag von Ulm besuchen werde.

Allein weniger dieser letzte Grund, als die aus den religiösen Erwägungen sich ergebenden Gewissensbedenken bestimmten Ferdinand II. zur Hinausschiebung der für die Stimmung der Bevölkerung so wichtigen Ceremonie. Da entscheidet das Misstrauen der Ungarn die schon ins Schwanken gekommene Angelegenheit. Sie erklären sich unter der ausdrücklichen Bedingung zur Wahl des Erzherzogs geneigt, daß derselbe den geistlichen und weltlichen Privilegien jene Bestätigung verleihe, welche eben gewöhnlich mit der Krönung verknüpft war. Und darauf gab auch Ferdinand II. nach, zumal da der Palatinus seine und seiner geistlichen Räthe Gewissensbedenken zu beschwichtigen wußte.[1] Derselbe wies den Kaiser auf Mittel und Wege hin, in Uebereinstimmung mit der Bevölkerung auch die beschwornen Paragraphen der ungarischen Verfassung, besonders die auf die Confession bezüglichen zu ändern. Und hierauf erfolgte die Wahl und am 8. December auch die Krönung. Auf einen ausdrücklichen Befehl Wallensteins wurde das ersehnte Ereignis in allen Quartieren seiner Truppen durch militärische Festlichkeiten und sogar durch Freigebung der Gefangenen gefeiert.

Ungefähr in denselben Tagen wurde die Einigung der protestantischen Mächte im Haag zur Thatsache. Man wird nun aber diese Gleichzeitigkeit wol kaum als ein denkwürdiges Spiel des Zufalls betrachten wollen: in Wien scheint man vielmehr die ganze ungarische Angelegenheit gerade damals diesem Abschluß aus dem Grunde zugeführt zu haben, um den Gesandten der Westmächte im Haag die Hoffnung auf eine Flankenbewegung Bethlen Gabors recht gründlich zu benehmen.

Der Fürst von Siebenbürgen ließ freilich demungeachtet zu derselben Zeit durch einen besondern Gesandten die Verhandlungen in Konstantinopel

1) Palatinus ipse omnem nobis anxietatem in rebus religionis exemit, asserens etiam juratos regni articulos servatis servandis posse everti, si rex una cum regnicolis mutationi Decretorum assentirent. Carafa S. 254.

weiter führen und zeigte der Pforte auch schon damals (Nov.) seine bevorstehende Vermählung mit einer brandenburgischen Prinzessin an. Ferner erklärte sein Vertreter dem englischen Gesandten Thomas Roe, daß er seine Armee in der Erwartung günstiger Entscheidungen von Frankreich und England in die Winterquartiere legen und im Frühjahr mit einer ansehnlichen Streitmacht bereit stehen würde. Binnen vier Monaten erwartete er von England, wohin er seinem für Brandenburg bestimmten Botschafter gleichfalls Aufträge ertheilt hatte, Bescheid. Schon verhandelte der sich damals in Kaschau aufhaltende Fürst auch mit einem schwedischen Bevollmächtigten und scheint selbst auf den Anschluß Venedigs gerechnet zu haben. Mit seinem letzten Blutstropfen, so ließ Bethlen Gabor in Konstantinopel erklären, wollte er sein durch die Wahl auf das Königreich Ungarn erlangtes Recht behaupten.

Allein schon Mitte December hatte man auch in Konstantinopel Nachricht von der bevorstehenden Krönung des Erzherzogs, und Roe blieb trotz seines Drängens ohne Weisung aus der Heimat. Durch Verrätherei wurde noch dazu der östreichische Gesandte bei der Pforte von allen Verhandlungen Bethlen Gabors mit den Gegnern des Kaisers in Kenntnis gesetzt und erhielt sogar die Abschriften der Briefe.[1]

Erst im Januar 1626 trat der siebenbürgische Gesandte, nachdem ihm der Sultan sein vollständiges Einverständnis mit der beabsichtigten Vermählung ausgesprochen hatte, die Rückreise an. Zuletzt hatte er dem englischen Gesandten noch die Meldung überbracht, daß der Fürst die Armee auf 20,000 M. bringen werde. Gerade damals aber erkundigte sich der französische Gesandte in Konstantinopel sehr angelegentlich bei Roe, ob er nun von England Befehle erhalten habe, was dieser zu seinem eignen Schmerz noch immer verneinen mußte.

Die kaiserlichen Politiker aber scheinen im Betreff des Fürsten von Siebenbürgen, von dem sie schon damals wußten, daß er mehr von Frankreich als von England abhängig sei, nicht eben große Besorgnisse gehegt zu haben, *da sie auffallender Weise mit ziemlicher Bestimmtheit auf ein nahes Ende desselben rechneten.* So versicherten Strahlendorf und der spanische Gesandte dem gleich seinem Herrn besorgten Leuker, „daß es mit seiner Krankheit je länger je ärger werde, dergestalt, daß er sich meistentheils mit unctionibus laben müsse, die ihm gewöhnlich 24 Stunden Ruhe verschafften.“[2] Sie wußten, daß

1) Roe an Conway Konstantinopel 21. Nov. Roe an Bethlen Gabor Konst. 17. Dec. Roe an Conway 1. Jan. 1626. Negotiations S. 476 ff.

2) Leuker an Max. 24. Dec. a. a. O. 316.

er große Schmerzen im Leibe empfinde und von Ohnmachten befallen werde, „daß man schier von einer Woche zur andern seines Lebens nicht recht versichert ist.“

Der König von Dänemark und seine Armee im Herbst des Jahres 1625.

Die Hauptsorge des Königs war während der letzten Monate dieses Jahres auf die Verstärkung der Armee und die Befriedigung der Kriegsbedürfnisse jeder Art gerichtet. Der ersteren aber schien ihm auch die Artillerie bedürftig. Die Generalstaaten hatten Christian IV. zwar schon vor seinem Falle Geschütze zugesendet, die aber auffallender Weise in dem ganzen Kampfe nicht zur Verwendung gekommen zu sein scheinen. Die Stücke wurden, da sie gerade in den ersten Augusttagen anlangten, wo der König nicht über sie verfügen konnte, zur Aufbewahrung nach Bremen gesendet. Hier ist der größte Theil derselben auch stehen geblieben.

Als der König indessen wider zu Kräften gekommen war, hat er bei der drohenden Annäherung Wallensteins die militärische Unterstützung der Generalstaaten um so dringender in Anspruch genommen. Auf seine Veranlassung ging Foppius van Aitzema in den Haag und hob die Nachtheile, welche ein unglücklicher Ausgang des Kampfes durch eine weitere Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Norden oder einen Vergleich des Königs mit seinen Gegnern auch für die Niederlande haben mußte, auf das nachdrücklichste hervor.

In der That beschloß man darauf, dem Könige an Stelle der monatlichen 50,000 Gulden, welche man ihm zugedacht hatte, ein Regiment von 3000 M. zuzusenden und es zunächst 3 Monate in seinem Dienste zu unterhalten. Es war das früher von Hatzfeld und Viecke geworbene Corps, um das es sich handelte.

Allein die andere Forderung, daß dem Obersten Johann Streif v. Lauenstein die Erlaubnis zur Werbung eines Regiments von 3000 M. ertheilt werden sollte, wies man zurück. Ebensowenig hat man dem Könige einen Reiterdienst thun wollen, wie er durch denselben Botschafter gefordert hatte. Streif fand überhaupt und zwar sogar bei dem Statthalter eine so kühle Aufnahme, daß er mit einem Waffenstillstande und endlich mit dem Rückzug des Königs drohen mußte.

Streif und Aitzema folgte dann der Reichskanzler Ulfeld, welcher einen förmlichen Vertrag über die Zusendung jenes Regiments (6./16. Oct.) abschloß.[1]

---

1) Aitzema, Historia tract. S. 39, 40. Aitzema, Saken I. 468.

Die Generalstaaten versprachen, es dem Könige zu Schiffe bis Vegesack an der Weser zuzuführen. Als jedoch die Truppen hier ankamen, hatten sie bereits auf der Ueberfahrt ihren Obersten, den aus der Belagerung von Heidelberg bekannten Merwen, verloren. An seine Stelle trat der Oberst Neuhoff. Der König fand sich übrigens bei der Ankunft des Regiments durch die geringe Anzahl der Mannschaften — sie betrug kaum 1500 M. — bitter enttäuscht. Das ganze Regiment wurde später Mansfeld überwiesen.

Vom Ende des September bis zum Beginn des folgenden Monats war das königliche Hauptquartier in Nienburg, dessen Erhaltung Christian IV. große Freude verursachte. Er schrieb selbst an seine Schwester, daß Tilly sich gerühmt habe, dies Hundenest in drei Tagen einzunehmen, und daß er doch nach dreiwöchentlichen vergeblichen Anstrengungen habe abziehen müssen.[1] Erst jetzt traten Christian von Braunschweig, der Administrator von Magdeburg und Mansfeld in ein näheres oder entfernteres Dienstverhältnis zum Könige und seiner Armee und fanden sich auch persönlich nach einander im königlichen Hauptquartier ein.

In der unmittelbaren Umgebung des Königs scheint jedoch der Muth in jenen Monaten nicht sehr groß gewesen zu sein. Namentlich war es Fuchs, der schon jetzt mit banger Sorge der Zukunft entgegensah und seinem Kriegsherrn geradezu anheimgab, auf einen leidlichen Frieden zu denken. Seit den letzten Musterungen hatten 5 Regimenter abermals einen Abgang von 800 M. vornehmlich an Kranken gehabt. Wollte daher der König im nächsten Sommer zu Felde ziehen, so mußte von Neuem geworben werden, und doch waren die Werbungen vornehmlich in nächster Nähe so schwierig. Vom ober- und niedersächsischen Kreise hatte man gar nichts zu hoffen, denn nicht einmal Brandenburg gestattete Werbungen.[2] Aus Holland erwartete Fuchs höchstens 3000 M.; auf England und Frankreich setzte er nur geringe Hoffnungen. Und trotzdem erschienen als die einzigen Rettungsmittel aus der Bedrängnis „so uns Menschen bekannt“ eine Armee von 30,000 M. Fußvolk und eine Diversion auswärtiger Mächte. „Ohne das erreicht das Haus Oestreich die seit 125 Jahren hero practicierte monarchiam Europae, ja das römische Reich wird zu einer Ausbeut erblich, und der Schwall des Kriegs fällt ohnfehlbar in

1) Brief vom 19./28. Sept. Gütige Mittheilungen des Herrn P. Winter in Altenweddingen.

2) Der König setzte damals überhaupt sehr geringe Hoffnungen auf Brandenburg, Amb. van G. v. Vosbergen S. 171.

E. M. Erblande." Fuchs beruft sich schließlich auf seine Pflicht, dem Schaden des Königs zuvorzukommen und auf seine Vaterlandsliebe: „item die Zuneigung meines Vaterlandes mich diese Freiheit zu begehen verursacht."[1] Schon damals gestattete sich Fuchs übrigens auch ein freimüthiges Wort über die Unordnung im königlichen Hauptquartier gegen den König, welcher so mit Geschäften überladen war, daß die regelmäßige Abwickelung der einzelnen Angelegenheiten darunter litt, und gar manches liegen blieb.[2]

Bald lichteten Krankheiten die Reihen der Dänen noch mehr. In der zweiten Decemberwoche musterte der General außer dem Leibregiment die 4 Regimenter Linstow, Limbach, Frenking und Neuhoff und fand dabei 2396 Kranke und 6696 Gesunde. In einer Compagnie des Obersten Frenking waren nicht über 40 M. marschfähig. Diese 5 Regimenter gehörten zur Infanterie und waren nordwärts von Minden und Hannover an der Weser, Leine und Aller entlang einquartiert.

Und dazu trat nun die Widersetzlichkeit der Bevölkerung, namentlich der herschenden Klassen in Stadt und Land, von welchen Viele des thörichten Glaubens lebten, daß sie in der Neutralität zwischen den beiden bewaffneten Parteien Schutz und Sicherheit finden könnten.

In Nienburg gab die Bürgerschaft sogar während der Belagerung der dänischen Besatzung, welche ihren Unterhalt vollständig aus eignen Mitteln bestritt, weder Waffen noch Pferde zur Heranführung des Proviants, und nach Tillys Abzug wurde die Stimmung der Bürgerschaft noch viel schlechter. Als Fuchs nach Pferden suchen ließ und wirklich noch über 60 antraf, sendete man dieselben sofort aus der Stadt. Darauf legte der General der Stadt eine Contribution von 500 Thalern auf, und als sie auch diese nicht zahlte, führte er bei seinem Abzuge nach Eyltten den Bürgermeister und 2 Rathsherrn als Gefangene mit sich. Die Strafgelder bestimmte er zur Vervollständigung der Befestigungswerke.

Hannover hatte freilich, obwol Tilly dasselbe mit widerholten Anträgen bestürmte und es an Warnungen vor ausländischen Potentaten und Rebellen nicht fehlen ließ, eine ligistische Besatzung glücklich von sich fern gehalten. Aber auch Christian IV. hatte, von Friedrich Ulrich unterstützt, die Stadt vergeblich zum Anschluß an die evangelische Partei gemahnt:

---

1) Nienburg 7./17. November, Fuchs an Christian IV. K. G.-A. in Kop.

2) Khevenhiller X. 803 theilt ein Verzeichnis der Heerestheile mit, welches etwa in den October d. J. gehören mag, aber nur geringe Glaubwürdigkeit besitzt.

der König soll eine Zeit lang im Sinne gehabt haben, in der Stadt sein Hauptquartier aufzuschlagen.[1]

Auch in Hannover stoßen wir auf dieselbe Parteistellung wie in den übrigen von diesem Kriege berührten protestantischen Landschaften. Der Rath wies jede Betheiligung an der Sache Christians IV. zurück, während die Bürgerschaft die Aufnahme einer dänischen Besatzung mit Ungestüm forderte. Diesen Zwiespalt benutzend, begab sich endlich Johann Ernst von Weimar in die Stadt und verhinderte durch sein rechtzeitiges Einschreiten wenigstens den vollständigen Anschluß des Rathes an Tilly. Vom Rathause herab sprach er zu den versammelten Bürgern, und die Rathsherrn ertheilten unter dem Drucke der letztern Tilly eine abschlägliche Antwort. Am 17./27. October erneuerte sich eine ähnliche stürmische Scene auf dem Rathause selbst. Die Zünfte ersuchten den Rath um die Aufnahme der Dänen, und der dänische Oberst Schlammersdorff unterstützte dies Gesuch durch eine beredte Ansprache, in welcher er den religiösen Character des Kampfes, die Vertheidigung der wahren Religion hervorhob. Allein im Rath überwog durchaus das angeborne Gefühl der Anhänglichkeit an das Reichsoberhaupt: „Wofern wir uns von unserer von Gott gesetzten höchsten Obrigkeit, dem römischen Kaiser deutscher Nation, lossagen und einem fremden Könige anhängen wollen; solches wird man besorglich noch hiernächst mit Zahnkirren und Haarraufen beseufzen müssen: wenn der König siegt, so mögt ihr mich strafen an Leib und Leben" — so rief mit dem Tone innerster Ueberzeugung den drängenden Zünften einer der Rathsherrn entgegen. Darauf zog sich der Rath in ein besonderes Zimmer zurück, und der erste Bürgermeister legte mit dem ganzen Rathe Protest gegen „diese Rathschläge" zu Gunsten des Dänenkönigs ein und erließ nochmals ein Schreiben an den Landesherrn, in welchem er seine Abneigung gegen eine dänische Garnison kund gab.

Tilly scheint eine Zeit lang ernstlich entschlossen gewesen zu sein, auch Hannover in seine Gewalt zu bringen, vornehmlich nachdem er das Haus Calenberg zur Capitulation gezwungen hatte (24. Oct./3. Nov.). Dasselbe wurde von einem calenbergischen Edelmanne, einem Herrn v. Wetberg, übergeben und scheint also gar keine dänische Besatzung gehabt zu haben.

---

1) Klopp, Tilly I. 261. Kl., Das Verhalten der Stadt Hannover im Jahr 1625 (Zeitschr. d. hist. V. für Niedersachsen 1859. S. 113 ff.).

Und darauf ging Tilly mit 3 Regimentern Cavallerie und 3000 M. Fußvolk von Pattensen gegen Hannover vor. Durch einen Nachtmarsch gelangte das Corps unbemerkt über Harenberg in die Nähe der Dänen. Auch diese aber hatten in jenen Tagen einen größern Anschlag im Schilde geführt, wahrscheinlich um die katholische Armee von Calenberg abzuziehen. Der Herzog Johann Ernst hatte einen Einfall in die feindlichen Quartiere beabsichtigt, hatte aber von seinem Plane abstehen müssen, da die Infanterie irre geführt wurde und zu spät auf dem bestimmten Puncte anlangte.

Auch die in und um Seelze stehende Cavallerie des Herzogs Friedrich von Altenburg war zu dieser Unternehmung bestimmt gewesen und hatte die ganze Nacht marschbereit des Commandos gewartet. Der Herzog selbst war in Folge davon ermüdet und kam in der folgenden Nacht gleichfalls erst spät zur Ruhe. Da erhält er die Meldung, daß der Feind mit ganzer Macht bei Pattensen in offnem Felde halte, und sofort läßt er den Herzog von Weimar und den Generallieutenant der Cavallerie Obentraut benachrichtigen.

Indessen bis 2 Uhr Morgens (25. Oct./4. Nov.) wartet er vergeblich auf einen Angriff. Er begibt sich daher wider zur Ruhe, aus der er jedoch durch die Meldung eines Ueberfalls aufgeschreckt wird. Er selbst behält nicht einmal mehr Zeit, die Sporen anzuschnallen, bringt indessen seine Schaaren noch rechtzeitig in den Kampf und wirft den Gegner zurück. Als derselbe jedoch mit beträchtlichen Verstärkungen zurückkehrt, und sich ihm der Herzog auf Obentrauts Befehl abermals entgegenstellt, erhält derselbe zuerst einen Schuß in den linken Arm, dann einen zweiten in den Leib und wird darauf durch einen Getreuen aus dem Getümmel geführt. Ein feindlicher Offizier tödtete ihn kurz darauf durch einen Pistolenschuß in den Kopf. Sein Regiment wurde zwar wider zurückgeworfen, allein nun trat Obentraut mit seinem Corps in den Kampf ein und brachte die Feinde zum Weichen. Dieselben mußten den vorher occupierten Ort „Droe" wider aufgeben, drangen aber, durch Anholt unterstützt, doch noch einmal über denselben Punct vor, worauf indessen aller Wahrscheinlichkeit nach das Gefecht abgebrochen wurde.

Obentraut selbst überlebte den unglücklichen Tag nicht, verwundet in den Wagen des Grafen v. Anholt gebracht, starb er nach kurzer Frist. Die Dänen hatten auch sonst schwere Verluste erlitten, die auf 300 bis 500 M. angegeben werden; 5 Cornet sollen den Katholischen in die Hände gefallen sein. Tillys Plan, die feindlichen Linien zu durchbrechen, war jedoch gescheitert. Rechtzeitig benachrichtigt, scheint Johann

Ernst noch Zeit genug gehabt zu haben, sein Regiment dem Feinde entgegen zu werfen.[1]

Diesen immerhin schmerzlichen Verlust, für welchen man die Sorglosigkeit und den Ungestüm Obentrauts hauptsächlich verantwortlich machte, folgte indessen ein Freudentag für den dänischen König. Schon am folgenden Tage (26. Oct./5. Nov.) ging Stolzenau über, nachdem unter der Besatzung eine Meuterei ausgebrochen war: die unter derselben befindlichen Franzosen brachten Lebehochs auf den König von Dänemark aus und nahmen eine drohende Stellung gegen ihre eignen Offiziere ein. Die Stadt wurde von einigen Compagnien des königlichen Leibregiments unter Oberstlieutenant Frenking und Major Wogen besetzt.[2]

Mit besonderer Sorgfalt hütete der Herzog von Weimar Neustadt am Rübenberge, einen mit Munition und Proviant reichlich versehenen Punct. Eine Zeit lang fürchtete derselbe, daß Tilly hier zwischen Neustadt und dem steinhuder Meere nach dem Schauenburgischen durchbrechen könnte: allein die Grafschaft scheint sich eine Art Neutralität gesichert zu haben. Von den wichtigeren Puncten zwischen Leine und Weser ging damals nur noch Stadthagen an die Ligistischen über, dagegen versicherte sich der Herzog rechtzeitig der Orte Burgwedel und Burgdorf im Lüneburgischen, um sich die Straße nach Braunschweig und Wolfenbüttel frei zu halten.

Für Hannover aber hegte er immer noch Besorgnisse, obwol er die Prediger, welche das Volk sogar von der Kanzel herab zum Anschluß an die Dänen ermahnten, vollständig für sich gewonnen hatte. Suchte doch die in Hannover versammelte Ritterschaft ihren Landesherrn noch immer zu bewegen, jede Gemeinschaft mit dem Aechter Mansfeld und dem Dänenkönige zurückzuweisen und Tillys Forderungen rückhaltlos zu befriedigen.[3]

Allein obwol sich Tilly am 27. Oct./6. Nov. der Stadt von Linden her näherte, gelang es den Dänen, die in unmittelbarer Nähe der Stadt am Steinthore und der Neustadt in Schlachtordnung hielten, doch einige Compagnien des von dem Obersten Lippe commandierten grünen Regiments in die Stadt zu werfen. Der Oberst kam indessen sofort mit dem Rath in Zwiespalt: man verweigerte ihm anfangs sogar Kraut und Loth. Schließlich wurde jedoch ein Vertrag abgeschlossen, und man ersuchte den König, seine Mannschaften wenigstens mit Munition und Geld zu versehen. —

---

1) Joh. Ernst an Christian IV. 25. Oct. a. St., Kgl. G. A. in Kop.

2) 26. Oct. a. St. Fuchs an den König. Kgl. G. A. in Kop.

3) Klopp I. 268. Nähere Mitth. hat Kl. in der Zeitschr. für Niedersachsen 1859 S. 113 ff. gegeben.

Von größeren Unternehmungen war während des Waffenstillstandes natürlich auch hier keine Rede mehr, nur Anfangs December machte Tilly verdächtige Bewegungen gegen Hildesheim und sogar nach Wolfenbüttel hin. Es waren das die Tage, an welchen eine Vereinigung Tillys und Wallensteins in der Nähe von Goslar geplant wurde.

Der Herzog von Weimar aber unternahm einige Tage darauf mit 5 Regimentern Cavallerie, einigen Dragonern und 300 M. Fußvolk einen Streifzug über die Leine nach Eldagsen, wobei er den Oberstlieutenant Blankhart mit seiner ganzen Compagnie aufhob.[1]

Allein im Calenbergischen erhoben sich immer größere Schwierigkeiten gegen den Herzog. Die Landschaft leistete Tilly Contribution und erhielt dafür Sauvegarden, so daß der Herzog von Weimar zu den härtesten Drohungen seine Zuflucht nehmen mußte. Darüber beschwerte sich dann die Landschaft wider bei dem Könige.

Im Lüneburgischen waren die Vorräthe auf Befehl der Regierung vom Lande in die Städte geschafft worden, was der Herzog vergeblich zu hindern versucht hatte. Nienburg aber und andere von den Dänen besetzte Puncte wurden nicht herausgegeben.

In Hannover, von wo aus einzelne Bürger oder in die Stadt geflüchtete Adlige, wie z. B. Joachim v. Rheden, ganz offen mit dem feindlichen Lager in Pattensen verkehrten, wurde im December die Mißstimmung noch größer, da die dänischen Offiziere die Stadt zu befestigen begannen, und der Herzog zum offnen Anschluß drängte.

Die Kriegsoperationen erreichten jedoch nach dem Beginn der braunschweigischen Verhandlungen allmählich ihr Ende. Es trat ein Waffenstillstand ein, der später sogar zu einem Vertrage über die Auswechselung der Gefangenen geführt hat, in welchem man die Summen für den Loskauf jedes Grades vom Obersten bis zum gemeinen Knecht festsetzte. Die erstere betrug 500, die letztere 7 Thaler. —

In Nienburg treffen wir auch die Gesandten der Schutzmächte des Königs, Vosbergen und Foppius van Aitzema von Seiten der Niederlande, ferner Robert Anstruther und endlich de la Picardiere. Der Agent Bethlen Gabors, Quad, stellte sich gleichfalls ein.

Der König verfügte übrigens damals, obwol er aus dem niedersächsischen Kreise schwerlich etwas erhielt und auch England mit seinen Zahlungen im Rückstand blieb, über ziemlich bedeutende Summen. So zahlte sein Pfennigmeister Reinhold Hansen den beiden Commissaren

1) Joh. Ernst an Christian IV. 3./13. Dec.

Wolf v. Buchwald und Wilhelm v. Lohausen an einem Tage 178,940 Thaler.[1] Etwa einen Monat später erhielt Mansfeld eine Anweisung auf die englische Societät in Hamburg über 12,000 Reichsthaler, welche der König später von den Engländern wider forderte.

In diesen letzten Monaten wurde nun das Kriegstheater trotz der in Aussicht stehenden Friedensvermittelungen noch nach mehreren Seiten hin erweitert. Nachdem der stürmische Herzog von Braunschweig seinen Abschiedsbesuch bei dem verbannten Königspaare von Böhmen auf der Insel Gorce gemacht hatte, verließ er abermals im herbsten Unmuthe seinen Kriegsgefährten und langte am 10. October n. St. im Lager zu Nienburg an, wo er bis zum 15. Oct. verweilte.[2] An diesem Tage stellte er dem Könige als seinem Kriegsherrn einen Revers aus, in welchem er innerhalb 2 Monaten mit der ihm als General übertragenen Armee von 2000 Pferden und 6000 M. Fußvolk auf dem Musterplatze zu erscheinen versprach. Er bezog als General des Königs von Dänemark und des niedersächsischen Kreises ein Monatsgehalt von 1500 Reichsthalern. An dem letztgenannten Tage begab er sich nach Wolfenbüttel und begann darauf seine Rüstungen. Denn der König hatte ihm zwar die 2000 M. Cavallerie — es waren die Regimenter Conrad Nelles und Leo Freitags — wirklich überwiesen, allein das Fußvolk stand zunächst nur noch in seinen Werbepatenten.

Seine Anwesenheit war jetzt besonders seiner Mutter sehr erwünscht, welche ihren ältern Sohn geradezu ersuchte, mit seinem Bruder darüber zu verhandeln, ob man sich nicht vom Könige 2000 R. ausbitten sollte, um vermittelst derselben die Streifereien der feindlichen Armeen zu verhindern. Eine solche Verhandlung hat nun Friedrich Ulrich auch alsbald mit seinem Bruder gepflogen.

Rasch kam nun auch der so leidenschaftlich thätige Herzog mit seinen Rüstungen nicht zu Stande. Denn die Landschaft, auf deren Beihilfe er gerechnet hatte, zahlte zur Aufrichtung der Armee nicht einen Groschen, und der Herzog war daher überall auf die Vorschüsse des

---

1) Am 26. Sept./6. Oct.

2) Nyerup, Dagboger 143 und Verbaal v. d. Amb. v. G. v. Vosbergen S. 179.

Königs angewiesen. So erbat er sich denn einst 12,000 Rthlr. als eine Abschlagszahlung für die ihm in Folge der halberstädtischen Resignation noch persönlich zustehenden 30,000 Thlr. Die Summe wurde als eine Art Vorschuß für die Landschaft bezeichnet, welcher man anstatt der Rossdienste die Stellung und Unterhaltung von 1000 Pferden zugemuthet hatte. Auch die beiden Cavallerieregimenter erhielten ihren Sold zunächst vom König.

Da die Regierung des Bruders in der That auf eine Vergleichung mit Tilly und Wallenstein hinarbeitete und zu diesem Behuf sich mit der wolfenbüttelischen und calenbergischen Landschaft verband, war Christians Lage sogar zeitweise gefährlich. Schon jetzt nahm derselbe übrigens ohne weiteres Regierungshandlungen vor. Er verbot bei Lebensstrafe Tilly mit Proviant zu unterstützen und suchte natürlich auch die Städte und festen Häuser durch Besatzungen zu sichern. Dem kam freilich die Stadt Göttingen zuvor, welche den Oberstlieutenant Stats Adrian v. Wobersnow auf eigne Hand einnahm. Nach Westen hin waren die äußersten von Christian besetzten Puncte Oebisfelde, Helmstedt und Schöningen: die Reichsstadt Goslar verschloß ihm die Thore.

In Wolfenbüttel aber entwickelte sich unmittelbar nach der Ankunft des jungen Generals ein reges militärisches Treiben. Von allen Seiten strömte das Volk zu und zwar nicht nur aus den vom Feinde besetzten Dörfern und Flecken, sondern auch aus größeren Städten, wie aus Halberstadt, wo schon jetzt zahlreiche Häuser von ihren Bewohnern verlassen wurden.

Noch bevor diese Rüstungen eine gewisse Vollständigkeit erreichten, begegnen wir als Führern von Cavallerieregimentern außer dem Generalmajor Konrad Nell und dem Oberstlieutenant Leo Freitag auch dem Rheingrafen Otto Ludwig, ferner dem Oberstlieutenant Nicolaus de Courville, dem Grafen Philipp Reinhard zu Solms und Tile Albrecht von Uslar. Unter ihnen commandierte der Graf zu Solms auch ein Regiment zu Fuß.

Später hat Herzog Christian nach der Rechnung des Königs vier Regimenter Cavallerie und 3 Regimenter Infanterie geführt. Als Führer der erstern erscheinen auch hier Generalmajor Conrad Nell, der Wild- und Rheingraf Otto Ludwig, Leo Freitag und Nicolaus de Courville, jeder in der Stellung eines Oberstlieutenants. Stärker als diese 3 Regimenter, von denen die beiden letzten nur je 6 Compagnien zählten, war Christians aus 11 Compagnien bestehendes Leibregiment unter dem Generalmajor Konrad Nell. Jedenfalls wol nur einen Theil dieses Leibregiments hatte Mansfeld seinem ehemaligen Waffengefährten

zugesendet. Im Ganzen bestand demnach die Cavallerie etwa aus 33 Compagnien mit ungefähr 1000 Pferden, während die Infanterie 34 Compagnien mit nicht ganz 7000 M. gezählt haben wird: das Ganze betrug demnach, das später für sich operierende Corps des Grafen Solms abgerechnet, gegen 8000 M.

Allein vor Weihnachten sind diese Regimenter schwerlich zu der angegebenen Stärke gebracht worden. Da ein großer Theil der Waffen, ja selbst des Schanzzeuges aus den Niederlanden bezogen werden mußte, verstrich eine kostbare Zeit ungenutzt. Am 27. Oct. (a. St.?) schloss Christians Kammerjunker Haubold Ruck und zwei dänische Lieferanten Isaak Lus und Paul de Wilms (Wille) mit dem amsterdamer Kaufmann Louis de Guerre einen Contract über eine innerhalb 8 Tagen zu bewerkstelligende Waffenlieferung. Und auch noch am 12. Dec. (n. St.) fertigte Christian IV. einen Regimentssekretär seines Neffen Kaspar Richter nach Bremen ab, um die durch Paul de Wilms aus Amsterdam für 2700 M. gesendeten Waffen in Empfang zu nehmen. Allein Richter fand bei seiner Ankunft nichts vor, da die beiden Schiffe Paul de Guerre's zu Schaden gekommen und in Delfziel eingelaufen waren. Der König mußte daher dem Herzoge einen Theil der für ihn selbst bestimmten Waffen und Ausrüstungsgegenstände abtreten. — Mehrere Bestallungen für die Offiziere datieren ferner erst vom Anfang November. Der Herzog wird also schwerlich vor Beginn des neuen Jahres mit seinen Werbungen einigermaßen zu Stande gekommen sein.

Auch der Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg hat damals ein kleines Corps errichtet. Nachdem Wallenstein den größten Theil des Erzstifts ohne Schwertschlag eingenommen hatte, stellte er sich in voller Verzweiflung im Hauptquartier zu Nienburg ein (29. Oct. n. St.) und erhielt nach einigen Tagen den Auftrag vom Könige, innerhalb sechs Wochen 3000 M. zusammen zu bringen. Zum Sammelplatz war ihm das Erzstift Magdeburg angewiesen. Eigne Mittel zu Rüstungen standen auch ihm nicht zu Gebote oder wurden wenigstens nur unter großen Schwierigkeiten aufgebracht.[1] Auch er bezog daher jedenfalls schon seine

1) Dan gevraecht hebbende uyt vrijheyt sijne Majt, waer den heer Administrator de penn. soude vinden tot dese lichtinge, seyde deselve, dat hem geraeden hadde, alle sijn silver schier te versetten ofte verkopen, enn soo de saecke wel soude gaen, dat sijne Vorst. Doorl. wel nieuw silver werck bekomen. Verbaal v. d. Amb. v. G. v. Vosbergen S. 179.

Werbegelder aus der königlichen Kriegskasse. Der Markgraf trat als Oberst in die Armee ein,[1] später dagegen erhielt er einen sehr bedeutenden Rang: der König ernannte ihn sicherlich seiner hohen Stellung im Kreise wegen zum Generallieutenant über die ganze Armee. Unter dem 28. April 1626 a. St. hat sich derselbe als solcher dem Könige durch einen Revers verpflichtet. In dieser Charge erhielt er einen Monatssold von 1500 Thalern, verzichtete aber freiwillig auf ein Fünftel.

Diese Bestallung Christian Wilhelms war durchaus nicht im Sinne des Herzogs Christian von Braunschweig, der seinem Schwager ganz offen Unerfahrenheit in militärischen Dingen zum Vorwurf machte. Ja derselbe sendete sogar den Kammerrath Rautenberg zu den dänischen Abgeordneten in Braunschweig und ließ den König durch sie ersuchen, das Volk, wenn es geworben sei, unter seinen Befehl zu stellen. Der Administrator verstehe nicht, es zum Besten des Kreises zu verwenden.[2] General Fuchs aber gab dem Könige den Rath, dem Administrator wenigstens die Verantwortlichkeit nicht allein zu überlassen und zu diesem Behufe als Oberstlieutenant einen Major Damitz (Damnitz?) an die Spitze des Korps zu stellen, wie es auch Christian Wilhelm selbst gewünscht hatte: „sintemal . . bei irresoluten ingeniis periculum in mora, daß man um das ausgegebene Laufgeld und die bereits in Händen habenden Soldaten kommt." Allein auch dieser Rath scheint dem General schwer geworden zu sein, denn er entschuldigt sich bei seinem Herrn mit den Worten: „Ich finde sie (die Offiziere) alle von einem Calibre."[3]

Auch den Rüstungen des Administrators stellten sich die größten Schwierigkeiten entgegen. Derselbe konnte sein Volk aus Mangel an Gewehren nicht einmal mustern. Auf sein Land aber durfte er noch weniger zählen wie Herzog Christian auf das Herzogthum Braunschweig. Domcapitel und Landstände richteten vielmehr Ende November das

---

1) Nach Vosbergens Bericht (S. 179 ff.) ist der Administrator damals schon als Oberstlieutenant für das gesamte Lager angenommen worden; indessen ein derartiger Revers aus dieser Zeit liegt nicht vor.

2) Auch der König hatte sehr geringe Meinung von der Befähigung des Administrators zu einer höheren Stellung: im vorliegenden Falle tröstete er sich: en dat den Hertoch van Wijmar enn Oversten Focx beyde daermet wel tevreden waeren, als wel wetende, dat sij beyde de principaele functien soude doen. Verbaal v. d. A. v. G. v. Vosbergen S. 180.

3) Fuchs an den König Ahlden 10./20. Dec. K. G. A. in Kop.

flehentlichste Gesuch an ihn, das Erzstift mit fremdem oder einheimischem Kriegsvolk zu verschonen. Noch jetzt riethen sie ihrem Landesherrn zur Unterwerfung unter den Kaiser. Damals schrieb Fuchs das treffende Wort: „Die Capitel singen das alte Lied; man sieht, was die Städte ihren Fürsten für Treue erweisen. Diese Leute geben lieber ihr halb Gut, als daß sie ihre Freiheit zu defendieren das Geringste wollen darsetzen. Hätten sie die Contribution gegeben, ihr Gut in die Städte gefleht und dieselben mit Soldaten besetzt, Wallenstein hätte die Einlagerung niemals vornehmen dürfen."

Und in welcher Gefahr befand sich nun auch der Norden des Erzstifts. Fürchtete man doch schon damals, daß Wallenstein durch weiteres Vorrücken in die Altmark den König geradezu von Holstein abschneiden oder ihn zu einem schleunigen Rückzug bewegen könnte. Deswegen rieth Fuchs Mansfeld heranzuziehen und ihm die Sicherung der Hauptplätze wie Burg, Jerichow, Sandau anzuvertrauen. Freilich schien ihm auch das nicht ohne Gefahr: wenn Mansfeld dem Erzstifte solchen Schaden zufügte, wie dem Herzogthum Lüneburg, wie leicht konnte sich dann selbst Kursachsen gegen ihn erheben, oder das Land sich Wallenstein vollständig in die Arme werfen, „wozu sie ohne dem mehr neigen, als die Religion zu behaupten."

Der Administrator selbst ging von Nienburg nach Spandau, wo er einige Zeit krank gelegen zu haben scheint. Wir treffen ihn hier noch Anfangs December. Ob er sich hier durch persönliche Verhandlungen mit dem Kurfürsten oder seinen der dänischen Sache günstigen Räthen Unterstützung ausgewirkt hat, muß dahin gestellt bleiben. Sein vorher nach Spandau in Sicherheit gebrachtes Kriegsmaterial erhielt er nicht zurück, da man sich nicht dem Vorwurfe aussetzen wollte, einen Feind des Kaisers aus einer Landesfestung bewaffnet zu haben.

Zuletzt (14./24. Nov.) erschien der Graf von Mansfeld im königlichen Hauptquartier, wo er auch einen siebenbürgischen Abgesandten antraf.

Noch Ende August hatten die betheiligten Mächte über die weitere Verwendung des Grafen keinen festen Entschluß gefaßt: der französische Gesandte im Haag hätte sich seiner lieber vollständig entledigt, als daß er noch größere Summen auf die zerstreuten, ungeordneten Schaaren zu

verwenden gewillt war. Zum wenigsten wünschte er dem Grafen die Vertheilung der zum Unterhalt bestimmten Gelder zu entziehen. Erst die nachdrückliche Forderung, welche der König durch jenen Oberstlieutenant Streif auch an die Generalstaaten stellte, brachte die Angelegenheit zur Entscheidung.[1]

Indessen scheint Mansfeld die Verlängerung seiner Dienstbestallung in Paris persönlich durchgesetzt zu haben.[2] Er forderte zunächst einen viermonatlichen Unterhalt, welchen ihm Ludwig XIII. im Vertrauen, daß der König von England die gleiche Verpflichtung auf sich nehmen, und die Niederlande den Grafen mit Truppen unterstützen würden, auch zugesagt hat. Allein d'Espesses erhielt Auftrag, nicht eher zu zahlen, als bis Englands Subsidien zur Vertheilung bereit lägen, und bis er sich versichert halten könnte, daß sich die Armee in dem von ihrem Führer angegebenen Zustande befände. Die Drohungen des Königs von Dänemark beschleunigten die Verhandlungen beider Mächte: Christian IV. hatte für den Fall, daß man die Absendung noch länger unterlassen würde, definitiv seinen Rückzug angekündigt. In Frankreich hoffte man dagegen, daß ihm diese Diversion gegen Wallenstein Muth einflößen und vielleicht sogar die niederdeutschen Stände, vornehmlich die Hansestädte zum Anschluß bewegen würde.[3]

Und so hatten denn Frankreich und England bereits Anfang October 110,000 Livres auf die neuen mansfeldischen Rüstungen verwendet, und zwar so, daß Englands Beitrag den französischen noch um 10,000 Livres überstieg. Einer Anzahl Offiziere hatte d'Espesses nach der Weisung des Königs sogar die Versicherung ertheilt, daß sie im Solde seines Herrn und keines Andern stünden.[4] Mehrere Cornet Cavallerie hatten sich auf diese windigen Versprechungen des Gesandten ohne weiteres angeschlossen. Zuletzt reichten freilich die bereits gemachten Vorschüsse doch nicht aus, und d'Espesses mußte abermals in den Beutel greifen. Dagegen blieben die englischen Zuschüsse seit dem October aus, worüber d'Espesses sich nicht enthalten konnte, Buckingham bei seiner Anwesenheit im Haag

---

1) Capellen, I. 371.

2) Villermont II. 319 ff., 425 ff.

3) Schreiben Ludwigs XIII. an d'Espesses vom 2. u. 11. Sept.

4) Ludwig XIII. an d'Espesses 13. Oct. „vous traiterez aussi avec led. Mansfelt et lesd. Sieurs les Etats, que l'argent que je donne et donneray cy appres audit Mansfelt sera employé sans divertissement au payement des troupes, et ce cas vous ne craindrez pas de faire connoistre auxd. chefs qu'ils seront a ma solde et non d'autre.

persönlich zur Rede zu stellen. Darauf zeigte man dem französischen Gesandten allerdings Anweisungen für Mansfeld bis auf 40,000 Livres; allein ein besonderer Vertrag über das Dienstverhältnis und die Soldzahlungen an den Grafen kam zwischen Buckingham und d'Espesses nicht zu Stande. Ja der erstere erklärte dem französischen Bevollmächtigten vielmehr im trockensten Tone: England habe seine Schuldigkeit gethan, und Frankreich möge thun, was ihm beliebe.

Mansfelds Schatzmeister Dolbier blieb zunächst im Haag zurück, um hier und in Rotterdam die Provisionen seines Herrn in Empfang zu nehmen. Zuletzt scheinen die Franzosen noch säumiger im Zahlen geworden zu sein: denn bei Mansfelds Tode rechnete man ihnen noch eine Schuld von 82,000 Livres nach, während sich die Zahlungen vom 1. Oct. 1624 an gerechnet überhaupt nur auf 720,000 Livres belaufen haben.

Ende December 1625 mußte der Graf auch in London durch einen besonderen Abgeordneten Wulfen um die Mittel zu seiner Verbindung mit Bethlen Gabor und einem Einfall in Schlesien und in Böhmen nachsuchen.[1]

Mansfeld scheint sich im Anfang mit der Hoffnung auf den unumschränkten Befehl der unter ihm vereinigten kleinen Armee geschmeichelt zu haben: allein der Machtspruch seiner Soldherrn[2] stellte ihn unter das Commando des Königs von Dänemark, dem er sich auch obwol sehr widerwillig gefügt hat. Er trat jedoch trotzdem in ein freieres Verhältnis zu dem Könige und wird daher in den Rechnungsbüchern nicht unter den Heerführern der Kreisarmee aufgeführt.

Mansfelds Fußvolk, Anfangs nur gegen 2 bis 3000 M. stark, unter denen sich gleichfalls viele Kranke befanden, war zu Schiff nach Bremen geführt worden: seiner Cavallerie, 500—600 oder nach anderer Angabe 800 Pferden, ließen die Generalstaaten bis nach Lingen ein bewaffnetes Geleit geben.[3] Der König hatte das Volk zunächst in die Grafschaft Diepholz einquartiert, verlegte es aber nach kurzer Zeit nach Hoya und von da weiter nordöstlich an die Elbe, um den nördlichen Theil des Stifts Magdeburg im Auge zu behalten und ihn eventuell dem Gegner vorweg

---

1) Kgl. G. A. in Kopenhagen.

2) Wer dieses Verhältnis hauptsächlich entschieden hat, ob Buckingham oder Richelieu, muß dahin gestellt bleiben.

3) Carleton an Roe, Negotiations S. 441. Capellen, Gedenkschriften I. 376. Arend, Algemeene Geschiedenis III. 4. 166.

zu nehmen. Am 10. December n. St. hatte er Nachricht, daß Mansfeld in Lüneburg angelangt sei. Die Mansfelder mußten ihren Marsch so anstellen, daß sie sich jeder Zeit wider auf den König zurückziehen konnten.

Mansfeld forderte jedoch noch 2 Regimenter Schotten und womöglich 6 Regimenter Engländer. Mit einem so verstärkten Heere getraute er sich, Wallenstein aus seinen Quartieren herauszutreiben oder gar zu schlagen und damit auch dem Kurfürsten von Brandenburg Gelegenheit zum offnen Anschluß zu geben.

Zunächst freilich mußte der König das schwache Corps des Grafen aus seinen eignen Mannschaften ergänzen. In Mansfelds Umgebung aber verhehlte man sich nicht, daß man sich dieser Verstärkung auf die Dauer nur getrösten könnte, wenn in der That die Engländer eintrafen, die man, falls Mansfeld selbst zu weit vorgerückt sein sollte, dem Könige zuführen konnte. Blieben die Engländer aus, so erklärte selbst Peblis, werde man Christian IV. eine derartige Schwächung seiner Armee nicht zumuthen können, weil er dann Tilly im Frühling nicht gewachsen sein würde. Allein der König schien ihm auch Gefahr zu laufen, wenn man seinem Herrn keine Verstärkungen zuführe. Auch Peblis' Anschauung der Dinge war eben eine sehr trübe und fast hoffnungslose: „Wer helfen kann, daß sich Schweden auch moviere, der thue es, denn nächst Gottes Hilf hab ich alle Hoffnung zur Sach darauf gesetzt, wann man selben König und die Ungarn auch ins Spiel bringen kann, sonsten und wann dieses nicht geschiehet, so ist mir so gar heimlich nicht beim Handel, der allmächtig Gott woll die Sach regieren, sie siehet sauer aus." [1] Daß die Streitkräfte des Königs in jenen letzten Monaten denen seiner Gegner nicht gewachsen waren, bestätigt noch ein anderer unverdächtiger Zeuge, Kaspar van Vosbergen. Nach seinen Mittheilungen dürften sie sich kaum auf 18,000 M. belaufen haben.

Der König hat nun Mansfeld in der That 2 Regimenter zugeschickt, das ihm von den Holländern zunächst auf 3 Monate überlassene und ferner das Regiment des Oberstlicutenants Sterling. Ferner stieß das seines Obersten beraubte altenburgische Regiment später zu den Mansfeldern, aber auch das mecklenburgische sowie das pommerische Volk sollte der König Mansfeld seinem Wunsche nach unterstellen. Im Laufe des Decembers rückten die Truppen durch das Lüneburgische an die Elbe: zu Winsen hatte Mansfeld eine Zeit lang sein Hauptquartier. Darauf

1) Diepholz 7./17. Nov. 1625. Peblis an Camerarius im Haag. Cam. Sammlung in München Bd. XXXII.

begab er sich nach Hamburg, um die ihm angewiesenen Gelder flüssig zu machen, und später nach Lauenburg, wo er längere Zeit verweilte.

Hier in Lauenburg verhandelte Mansfeld auch mit einem Abgesandten des Kurfürsten von Brandenburg über die Aufnahme seiner Truppen: Samuel v. Winterfeld ersuchte ihn indessen, seine Armee nicht durch die Mark zu führen und den Elbhandel frei zu lassen. Mansfeld ertheilte eine ausweichende Antwort: er erkannte sich schuldig, daß Gebiet des Kurfürsten nach Möglichkeit zu verschonen, und wollte auch alle die Elbe abwärts gehenden Güter durchlassen, dagegen jeglichen Proviant aufwärts anhalten. Als Winterfeld sich nach dem Urheber einer solchen Forderung erkundigte, wurde ihm nur der Bescheid zu Theil, daß diese Maßregeln von „den Meistern und Principalen" des Grafen herrührten. Auch berief sich Mansfeld natürlich auf das Kriegsrecht.[1] Schon hierdurch würde sich die spätere Anschuldigung Winterfelds, Mansfelds Einbruch in die Altmark befördert zu haben, als eine irrige erweisen: sollte derselbe jedoch trotzdem und auf eigne Hand oder in Verbindung mit wenigen Vertrauten diesen vorbereitenden Schritt zu einem Einfall in Schlesien und zu einer Verbindung Mansfelds mit Bethlen Gabor begünstigt haben, so hat er persönlich das Vergehen reichlich gesühnt.

Es währte freilich noch eine geraume Zeit, ehe Mansfeld den Marsch in das Kurfürstenthum antrat. Während des ganzen Januar bis in die Mitte des Februar scheint er in Lauenburg geblieben zu sein. Erst am 4./14. Febr. meldet Fuchs dem Könige, daß sich Mansfelds Truppen in Bewegung setzten.

Und so war denn am Schluß dieses denkwürdigen Jahres ganz Nordwestdeutschland bis zur Elbe mit Waffenlärm erfüllt. An der mittleren Weser hatte sich Tilly ausgebreitet und zu beiden Seiten derselben bis Minden hin Quartiere bezogen: im Nordwesten erstreckten sich seine Garnisonen zum Schutz des Stifts Osnabrück bis nach Herford und Lübbecke: im Südosten berührte er unmittelbar den Harz, denn ihm gehörte auch Gandersheim und Seesen: mit Goslar befand er sich in gutem Einverständnis. Auf dem Eichsfelde war wol Duderstadt der äußerste noch von ihm besetzte Punct. Etwa von Grona aus nordwärts bildete die Leine die östliche Gränze seiner Quartiere, welche in der

1) Mansfeld an den König Lauenburg a. 28. Dec. 1625 a. St./7. Jan. 1626. K. G. A. in Kop.

Linie von Pattensen nach Stadthagen ihren nördlichen Abschluß fanden. Aber auch Hessen-Kassel lag ihm zu Füßen: im Norden von Kassel waren Geismar, im Süden Hersfeld Stützpuncte seiner das Land weit und breit verwüstenden Schaaren.

Nordostwärts davon zwischen Leine und Elbe war die Hauptmasse der Streitkräfte des Königs einquartiert, welcher Anfangs December sein Hauptquartier nach Rothenburg verlegt hatte.

Schon jetzt mußte er sich sagen, daß er aus der beabsichtigten Offensive nun wirklich in die Defensive gedrängt sei, daß die Gegner ohne eine eigentliche Feldschlacht mehr, als sie anfangs hoffen durften, gewonnen hatten. Von dieser Beklommenheit wenigstens gibt die Erzählung der Vision einen Beweis, welche in jenen Wintermonaten von Mund zu Mund lief und selbst dem Ministerium zu Braunschweig und andern gelehrten Theologen zur Berathschlagung vorgelegt worden sein soll.

Es war am 8./18. Dec. als der König mit bloßen Knien auf der Erde sein Morgengebet verrichtete und Gott bat den Verfolgern zu steuern. Da erschien ihm, als er sich umwandte, ein Gesicht, wie man Christus vor dem Richter Pontius Pilatus zu malen pflegte, nackend, mit vielen blutigen Striemen, mit einem Purpurmantel und einem Rohr in der Hand. Dieses Bild aber sprach zu dem sich entsetzenden Könige: „Erschrick und verzage nicht, ich bin eben der Christus, welcher von den Juden gegeißelt und gekreuzigt worden ist und werde jetzt in meinen Gliedmaßen nochmals gekreuzigt. Aber sei getrost und fahre in deinem Vornehmen fort, ich will treulich bei dir stehen und dich nicht verlassen.“ [1]

Zur Erklärung dieses Vorgangs ist immer darauf hingewiesen worden, daß gerade in jenen Tagen die Bündnisverhandlungen im Haag ihren Abschluß erreichten.

General Fuchs, mit dem Hauptquartier in Uelzen, war am weitesten nach Osten hin gelagert und unterhielt mit den sich nordwärts davon zu beiden Seiten der Elbe verbreitenden Mansfeldern Verbindung.

Südwärts von diesen auf verhältnismäßig kleinem Raum lagernden Armeen dehnten sich in einem großen, vom Erzstift Magdeburg und Anhalt durch die Grafschaft Mansfeld, Thüringen und Franken, durch die Wetterau bis über den Rhein sich spannenden Bogen die mehr und mehr anschwellenden wallensteinischen Schaaren aus.

---

1) Nach einer handschriftlichen Erzählung. Darauf ist die Aufzeichnung im Kal.: „Gloria in altissimis Deo, qui nostri misertus est“ bezogen werden. Ueber das dem Vorgeben nach gleichzeitige Gemälde, welches Christus in ähnlicher Gestalt darstellt, vergl. Schlegel II. 272 ff.

Bis in den Februar hinein verharrten die Armeen im Allgemeinen in diesen Stellungen.

Nur Wallenstein hat noch in den ersten Januartagen 1626 seine Truppen an einem sehr wichtigen Punct weiter vorgeschoben: er besetzte die Elbbrücke bei Dessau und legte in die Stadt selbst eine Besatzung. Am 3. und 4. Januar n. St. ließ er durch Collalto ohne weitere Verhandlungen mit irgend einer anhaltischen Regierung die Brücke wegnehmen und sendete gegen 7000 kroatische Reiter und Fußvolk hinüber, welche sich in die Dörfer bis nach Zerbst hin einlagerten und auch sofort Einlaß in diese Stadt selbst forderten.[1] Unmittelbar nachdem die Brücke von den Regimentern Herzog von Sachsen-Lauenburg, Collalto und Aldringer besetzt war, warf der letztere diesseits und jenseits derselben Schanzen auf, so daß man sofort den Schluß zog, daß es auf eine dauernde Einlagerung abgesehen sei.

Am meisten mußten sich natürlich hierdurch nach den Anhaltinern der Administrator Christian Wilhelm und der Kurfürst von Brandenburg bedroht fühlen, denn schon am 3. Jan. Abends gingen gegen 800 Reiter nach Jüterbok vor. Der Verkehr wurde übrigens durch diese Wegnahme der Brücke anfangs nicht vollständig gesperrt. Wagen mit Gütern, welche gerade in jenen ersten Tagen von Leipzig zurückkehrten, ließ man ungefährdet hinüberziehen. Die Beschwerde des obersächsischen Kreisobersten bei dem Kaiser blieb selbstverständlich ohne jede Wirkung: Wallenstein rechtfertigte den Schritt durch die militärische Nothwendigkeit, dem Feinde zuvorzukommen. Nach wenigen Tagen führte jedoch Collalto den größten Theil der Armee wider ab.

Wallenstein, welcher Mansfelds Streitkräfte damals gleichfalls überschätzte und mit Andern der Meinung war, daß derselbe in kürzester Frist durch den obersächsischen Kreis nach Böhmen oder Schlesien durchbrechen würde, war also auch hier rechtzeitig dem Feinde zuvorgekommen. Gerade in denselben Tagen, wo sich der Graf Lauenburgs bemächtigte, verschloss derselbe dem Parteigänger des Königs diesen wichtigen Elbübergang.

Diese Ueberschreitung der Elbe hatte noch eine für den Administrator von Magdeburg besonders verhängnisvolle Folge. Derselbe stieß mit

---

1) Brief des Zacharias Finsterlingk in Zerbst an Georg Merten in Ziesar vom 25. Dec. a. St. K. G. A. in Kop. Eine Abweichung findet sich bei Beckmann, Historie Theil III. S. 91. Ihr zu Folge ließ Collalto die Brücke schon am 2. Jan. besetzen. Nach Zerbst zu wurde dieselbe stark verschanzt, auf der Seite nach Dessau zwei Redouten aufgeworfen.

seinem Cavallerieregiment, 200 Kroaten und 100 Dragonern, auf das kleine im Amt Jüterbok gelegene Corps des Christian Wilhelm und sprengte es auseinander. Ein Theil desselben, gegen 400 M., rettete sich in das Städtchen selbst, wurde aber in einem Gäßchen zusamengehauen, welches von dem Blutbade den Namen „das rothe Meer" auf die Nachwelt gebracht hat. Der Herzog von Lauenburg aber konnte im jerichower und jüterboker Kreise Contributionen erheben.[1]

Die Friedensverhandlungen von Braunschweig 1625/26.

Schon auf dem Kreistage zu Braunschweig (Ende August) hatten die niedersächsischen Stände sich zu dem Beschlusse vereinigt, vor dem wirklichen Ausbruche des Kampfes die Vermittelung Kursachsens anzurufen. Wenn Tilly unterdessen die Waffen ruhen lasse und den Kreis quittiere, wollten sie auch den König zum Waffenstillstand bewegen.

Die zum 26. September/5. October nach Gardelegen ausgeschriebene neue Kreisversamlung sollte vornehmlich sich mit einer derartigen gütlichen Ausgleichung beschäftigen. Allein diese Versamlung scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein: Wallensteins Einbruch scheuchte die Räthe, welche sich eingefunden hatten, aus einander. Man beschloß in Gardelegen nur, sich später abermals in Braunschweig zusammenzufinden.

Mit dieser Friedensvermittelung nahm man es in Dresden bis zu einem gewissen Grade jetzt wirklich ernst[2]: Johann Georg wirkte auf die einzelnen Glieder des Kreises, wie den Administrator von Magdeburg, den Herzog von Braunschweig, unausgesetzt in friedlichem Sinne. Aber freilich einem wirklichen Programm, einem Plan, wie dem neuen Unheil wirksam zu begegnen sei, folgte man trotzdem auch jetzt nicht. Wol war man auch in Dresden vor dem neuen heranziehenden katholischen Heere in größter Besorgnis, noch dazu da Oestreich über den Zweck desselben sich in wenig befriedigender Weise mit Sachsen verständigt hatte, allein man

1) Hefftter, Chronik der Kreisstadt Jüterbok 351. Wallenstein an B. Joh. Georg von Bamberg Aschersleben 12. Jan. bei Schebeck, Wallensteiniana.

2) Johann Georg hatte die Vermittelung anfangs ganz abgelehnt. Er erwiderte Augustusburg am 19. Sept. a. St. den ausschreibenden Fürsten, daß er überhaupt nicht wisse, zwischen welchen Gewalten, ob zwischen Tilly und dem niedersächsischen Kreise oder dem Könige von Dänemark, oder zwischen dem Kaiser und dem Kreise eine Vereinbarung getroffen werden solle.

entnahm dennoch aus dieser bedrohlichen Veränderung der Dinge keine Veranlassung, sich nun etwa den protestantischen Mächten näher anzuschließen oder wol gar auf dem Wege einer friedlichen Vermittelung sich zur Stellung eines Bürgen für die bestehenden Verhältnisse in den beiden Kreisen aufzuschwingen. Johann Georgs vertrauensselige Biederkeit begnügte sich damit, den Kreis einfach zur Fügsamkeit unter die Befehle des Kaisers und die Weisungen der katholischen Heerführer aufzufordern. Er war der Hoffnung, daß dann die früheren Zustände ohne Weiteres wider hergestellt werden würden. Mit diesen Gesinnungen steht auch die dem Administrator von Magdeburg ertheilte Zusage, bei dem Kaiser auf die Rückberufung Wallensteins hinzuwirken, nicht im Widerspruch.[1]

Zur Betheiligung an diesem Vermittelungswerke hat nun Christian Wilhelm auch seinen Neffen, den Kurfürsten von Brandenburg, herangezogen: allein in Brandenburg nahm man diese Einladung mit andern Gefühlen entgegen, wie in Sachsen. Denn obwol der Kurfürst noch am 5. September Christian Wilhelm vorstellte, „wie köstlich der Friede sei, und was hingegen die Waffen für unsägliches Unheil, Schaden und Elend jedes Mal mit sich gebracht," so lauteten doch die geheimen Mahnungen ganz anders. Aber freilich war man vor der Hand ohne Kursachsens Beihilfe unwiderruflich zur äußeren Unthätigkeit gezwungen.

Noch vor dem Beginn der Verhandlungen, während Wallenstein seinen Einzug in den Kreis hielt, hat Johann Georg den niedersächsischen Ständen seine Auffassung der Dinge rückhaltlos kund gegeben;[2] er weigerte sich nicht nur, im Namen des obersächsischen Kreises gleichfalls zu rüsten, sondern schlug auch die Bitte um bewaffnete Hilfe geradezu ab. Sein Schreiben offenbart die vollständigste Rathlosigkeit: es gibt kein Mittel, dem Unheil zu begegnen. Eigne Rüstungen kann der obersächsische Kreis seiner Auffassung nach nicht beginnen, da die außerordentlich geringen Streitkräfte vieler Stände auch den unbedeutendsten Durchzug nicht zu verhindern im Stande sind. Der Kurfürst leugnet abermals, daß der niedersächsische Kreis eine Veranlassung zur Beschwerde gegen den Kaiser selbst habe oder gesteht sie höchstens in Beziehung auf die Obersten und Generäle zu und missbilligt von Neuem diese ganze, ihre Grenze von Anfang an überschreitende defensive Bewaffnung. Ja er hebt noch aus-

1) Augustusburg 26. Sept. a. St.

2) Sein Schreiben ist Leipzig d. 13./23. Oct. datiert, wurde aber erst am 26. Oct./5. Nov. in Braunschweig übergeben. Dieses Schreiben sowie die meisten übrigen hier benutzten Actenstücke befinden sich im Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Stift und Fürstenthum Halberstadt I. 265.

drücklich hervor, daß der Kaiser eine gerechte Veranlassung zu derselben nicht anerkenne, und daß nicht einmal alle Mitglieder des Kreises sich derselben angeschlossen hätten.

Man wird nun mehreren dieser Behauptungen die sachgemäße Begründung nicht bestreiten wollen. Allerdings hat Christian IV. die Waffen auch zur Wiedereinsetzung des Kurfürsten von der Pfalz und nicht allein zum Schutz des niedersächsischen Kreises ergriffen; allerdings hielten sich Stände wie Christian der Aeltere von Celle und die Städte auch jetzt noch von dem ganzen Unternehmen fern. Allein warum hat der Kurfürst in dieser misslichen Lage seiner Glaubensverwandten nicht wenigstens eine Mahnung zur äußersten Anspannung aller eignen Kräfte gefunden, um selbst persönlich den Verhältnissen gewachsen zu sein?

Wie verhängnisvoll für die neue deutsch-protestantische Bildung, daß gerade in diesem entscheidenden Augenblicke an der Stelle Friedrichs des Weisen und des Kurfürsten Moriz ein auch im engsten Kreise politischer Pflichten sich so mühsam orientierender Fürst stand wie Johann Georg, der Verpflichtungen gegen den Kaiser wie ein biderber Rittersmann aus den Zeiten Maximilians I. in sich wahrnahm! Und wie wirkungsvoll hätte eine bewaffnete Vermittelung jetzt, noch vor Wallensteins Einfall, wenn sie ein kräftiger und entschiedener Wille leitete, auch für die Stellung Kursachsens selbst sein müssen!

An den Berathungen in Braunschweig haben nun alle niedersächsischen Stände mit Ausnahme der Städte und der beiden Herzöge Christian von Celle und Friedrich von Holstein Theil genommen. Von einigen der ersteren, wie von Lübeck, Nordhausen und Mühlhausen, liefen Entschuldigungsschreiben ein, deren Gründe fast durchaus dieselben waren. Auch den Tag zu Gardelegen hatten diese drei Städte nicht beschickt: der Bote des Rathes von Nordhausen hatte die Kreisgesandten bereits nicht mehr dort angetroffen. Wie Nordhausen klagte Mühlhausen über die vollständige Erschöpfung seiner Finanzen: das letztere aber machte auch noch andere Hinderungsgründe namhaft, wie die Pest und die Gefährlichkeit und Kostspieligkeit der Reise und — Unbekanntschaft mit den zu erwartenden Vorschlägen. Friedlichen Beschlüssen des Kreistages wollte sich jedoch Mühlhausen fügen, während die beiden andern Städte auch diese Erklärung vermieden.

Auch dies Mal führte Magdeburg noch den Vorsitz, obwol sich der Administrator bereits nicht mehr im Stift befand. Derselbe bevollmächtigte zwei seiner vertrautesten Räthe, Dr. Joh. Timäus[1] und Dr. Arnold

1) Christian Wilhelm an Dr. Joh. Timäus Gisthorn 16./26. Oct. 1625.

Engelbrecht, welche ihre Aufträge gewiß mit schwerem Herzen übernommen haben. Beide durchaus ehrenwerthe und gewissenhafte Beamte hatten ihren Herrn unter sorgfältigster Wahrung der evangelischen Interessen von einer Betheiligung an dem pfälzisch-böhmischen Kriege bisher zurückgehalten und waren noch vor wenigen Monaten so glücklich gewesen, ihm auch den Stuhl des heiligen Stephan zu sichern. Nun hatte ihn aber doch das Verhängnis ergriffen: nun sollten sie auf dem Kreistage viel mehr eine thatkräftige Unterstützung ihres Herrn durch die evangelischen Kurfürsten und Stände, als einen Vergleich des Kreisobersten mit den katholischen Generalen herbeiführen. Christian Wilhelm berief sich Timäus gegenüber auf mündliche Weisungen und schärfte ihm nur noch ein, den Ständen vorzustellen, wie nun seine langjährige Treue gegen den Kaiser durch Wallensteins Landfriedensbruch gelohnt werde.

Glimpflichere und versöhnlichere Instructionen scheinen die braunschweigischen Bevollmächtigten, der Statthalter Ernst v. Steinberg, der Kanzler Weihe, Dr. Jacobus Lampadius und Barthold v. Rautenberg erhalten zu haben.[1] Von diesen vier Räthen gehörte nur der letztere der Kriegspartei an, die drei ersteren glaubten nicht nur ehrlich an die Möglichkeit einer friedlichen Vereinbarung, sondern beförderten sie auch zum großen Verdruß der Dänen auf jegliche Weise. Sie stimmten gegen den Vorschlag des Administrators, die benachbarten Kreise und andere evangelische Fürsten zu Hilfe zu rufen, um die Friedensvermittelung nicht zu stören und Sachsen nicht vor den Kopf zu stoßen. Einem dänischen Berichte nach waren sie auf nichts instruiert, hielten vielmehr besondere geheime Zusammenkünfte mit der calenbergischen und der wolfenbüttelischen Landschaft und den kursächsischen Gesandten und hegten sogar noch gefährlichere Absichten. „Die Leute dürften, wenn ihnen nicht vorgebaut wird, etwas gefährliches practicieren," berichteten die Dänen an den König. Man maß ihnen die Absicht bei, die fürstlichen Brüder schon jetzt vom Könige zu trennen und zur Abbitte vor dem Kaiser zu bewegen. Unter diesen Bedingungen, glaubten sie, werde Tilly mit Hinterlassung einer kleinen Garnison das Land räumen. Die Dänen hätten dieses Triumvirat gern zersprengt und setzten es auch in Wolfenbüttel durch, daß man Weihe nach Hessen zu schicken beschloß. Allein derselbe entschuldigte sich wegen eines „zugestandenen Flusses."

Den König von Dänemark selbst vertrat der mit den Verhältnissen des nördlichen Deutschlands so wol vertraute Sievert v. Pogwisch, dem

1) Ihre Vollmacht ist vom 24. Sept./4. Oct. Die Instruction selbst kennen wir nicht.

der Kriegscommissar Mitzlaff beigegeben war. Ihre zum Theil noch vorhandenen Berichte konnten für diese Schilderungen benutzt werden.[1]

Die beiden mecklenburgischen Brüder haben Dr. Hein und Michael Brauns nach Braunschweig entsendet, deren Aufträge im Ganzen[2] friedlicher Natur waren. Indessen waren die Herzöge auch auf die Gewinnung möglichst sicherer Bürgschaften für die bestehenden Verhältnisse in den geistlichen Fürstenthümern bedacht. Dafür machten sie sich aber anheischig, sich aller fremden Händel und insonderheit auch des pfälzischen Wesens zu entschlagen. — Am 26. October a. St. langten die kursächsischen Bevollmächtigten, der Geheime Rath Georg v. Werthern zu Beichlingen, der Hauptmann Karl Goldstein zu Quedlinburg, und der merseburgische Stiftskanzler Joachim Goldstein in Braunschweig an und wurden drei Tage darauf von ständischen Deputierten feierlich nach dem Rathause geleitet, wo ihr Empfang Statt fand.

Erst einige Wochen darauf (15. Novbr. a. St.) fanden sich auch die Brandenburger Sigismund v. Götz und Levin v. d. Knesebeck ein; an Stelle des letzteren trat im Dec. sein älterer Bruder Thomas v. d. Knesebeck. Tags darauf erschienen Tillys Vertreter, der bairische Kämmerer und Generallieutenant Jacob Ludwig, Graf zu Fürstenberg, und der Kriegscommissar und bairisch-östreichische Rath Johann Christof Rupp.[3]

Auch Landgraf Moriz von Hessen ließ sich durch den braunschweigischen Rittmeister Friedrich von Effleben vertreten. Er war insonderheit über den wallensteinischen Durchmarsch empört und hatte bereits bei Christian IV. um Hilfe nachgesucht, war aber von diesem an den Kreistag gewiesen worden. Von Neuem versprach er nun eine Verbindung mit dem niedersächsischen Kreise, ja sogar eine militärische Unterstützung, wollte aber freilich dafür sowol in die augenblicklichen wie in die zukünftigen Friedensverhandlungen eingeschlossen werden.

Der niedersächsische Kreis war Anfangs der Meinung gewesen, Johann Georg habe ganz im Allgemeinen die Vermittelung zwischen dem Kaiser und dem Kreise als solchem übernommen, während sich der Kurfürst nur anheischig gemacht hatte, auf eine Entfernung beider feindlichen Armeen hinzuarbeiten. Ohne Bedenken gaben die Kreisgesandten dieser engeren Auffassung der Verhältnisse ihre Zustimmung, erhoben aber sofort die heikliche Frage nach einer schon auf dem letzten Tage zu Braunschweig

---

1) Sie befinden sich im Kgl. Geheimen Archiv zu Kopenhagen. Sehr werthvoll ist vornehmlich der oben benutzte Bericht vom 8. Novbr.

2) In der Apologie ist die eigentliche Instruction nicht abgedruckt.

3) Tillys Vollmacht für beide ist am 12. Dec. ausgestellt.

vermissten kaiserlichen Vollmacht für Tilly und nach der Zuziehung Wallensteins. Im Betreff des letzten Punctes einigte man sich bald; freilich trafen die Vertreter Wallensteins trotzdem erst später ein. Auf jeden Fall hat derselbe sich zuvor Weisungen von Wien erbeten, die indessen bisher nicht bekannt geworden sind.

Schwieriger wurde den Ständen der Entschluß, wie man sich Tilly gegenüber zu verhalten habe, der sich ohne eine kaiserliche Vollmacht, wenn auch unter ausdrücklicher Zustimmung des Kurfürsten, auf die Verhandlungen eingelassen hatte. Die Räthe berichteten deshalb an ihre Herrn und erhielten Befehl, „sub spe rati", wie man es nannte, die Vertreter beider Heerführer zuzuziehen.[1] Auch Maximilian lag an dieser Zuziehung der wallensteinischen Deputierten sehr viel: es sollte durchaus der Schein vermieden werden, als wenn die ganze Verhandlung nur sein Werk sei; ihm zu Liebe hatte auch Wallenstein ein Ausschreiben an die Fürsten neben Tilly unterzeichnet.

Irgend welche materielle Vollmachten für die beiden katholischen Generale sind jedoch während dieser ganzen monatelangen Verhandlungen niemals vorgelegt worden, ein Beweis, wie fest man in Wien entschlossen war, nun im schlimmsten Falle das Schwert entscheiden zu lassen und jeder vorherigen Gewährleistung der Stifter und der augsburgischen Confession auszuweichen.

Noch vor der Ankunft der katholischen Bevollmächtigten und selbst ohne Zuziehung der Kursachsen verlas man am 2./12. November die erste Denkschrift.[2] Sie enthielt die Bedingungen, unter welchen die Stände den neuen Kreisobersten zur Abführung der Armee veranlassen wollten. Vor allem andern forderte man, daß Tilly nicht allein den Kreis verlasse, sondern auch nach vorausgegangener Liquidation für alle Schäden aufkomme und angemessene Sicherheit stelle. Vom Kaiser aber erheischte man eine Bürgschaft, daß Fürsten und Stände in ihren Erb- und Wahlländern wider den Religions- und Profanfrieden nicht beschwert, an der freien Ausübung der augsburgischen Confession nicht gehindert, und wie Tilly so Wallenstein aus dem Kreise und auch von seinen Grenzen abberufen werden würde. Weiter nahmen Fürsten und Stände die Jurisdiction über geistliche und weltliche Sachen in den evangelischen

1) Mecklenb. Apologie B. S. 472.

2) Gedruckt in: „Kurtzer warhafftiger Bericht. WJe die Tractaten vnd Handlung . . . in der Stadt Braunschweig vnfruchtbar abgangen . . . Gedruckt im Jahr M. D. C. XXVI.

Stiftern und Erblanden und die freie Wahl der Capitel in Anspruch, verbaten sich aber alle Klostervisitationen durch fremde Aebte ohne Benachrichtigung der Landesherrn und forderten zuletzt ein kaiserliches Protectorium für die Inhaber geistlicher Stiftungen.

Ueber diese Bedingungen hatte man sich schon auf der Kreisversamlung im August geeinigt, und auch Kursachsen schon damals Mittheilung gemacht. Allein noch jetzt waren die sächsischen Bevollmächtigten im Betreff dieser materiellen Friedensgrundlagen ohne Weisung, da Sachsen überhaupt die Tragweite seines Vermittlungsgeschäfts viel kürzer bemessen hatte.

Und so hat man sich denn zunächst mit der Erledigung einiger Vorfragen, wie z. B. über einen Waffenstillstand, über die den katholischen Diplomaten auszustellenden Sauvegarden und Passbriefe beschäftigt. Sachsen schlug einen vierzehntägigen, vom Datum der sächsischen Resolution an gerechneten Stillstand vor, während die Versamlung den Anfangstermin erst in den Beginn der wirklichen Hauptverhandlungen setzen wollte. Da man natürlich auch darüber die Befehle der Fürsten einholen mußte, verflossen Wochen, ohne daß man von der Stelle kam.

Christian IV. aber genehmigte den Stillstand in der sehr richtigen Einsicht, daß er nur zur Befestigung der wallensteinischen und tilly'schen Einlagerung dienen werde, nur mit großem Widerstreben und mit der Bedingung, daß er auf alles dänische Volk, wo es auch liege, ausgedehnt werde. Er verwahrte sich dagegen förmlich gegen die staunenswerth naive Zumuthung Kursachsens, nach welcher der Kreis für die Verproviantierung der beiden Heere, wenn auch gegen Bezahlung, sorgen sollte. Der Administrator knüpfte seine Genehmigung an die Zustimmung des Königs, verlangte jedoch, daß man Friedland um die Räumung seiner Schlösser Morizburg, Giebichenstein, Rothenburg, Wolmirstedt und Neuhaldensleben ersuchen und die Einnahme von Sommerschenburg, Alvensleben und Oebisfelde untersagen sollte!

Als Anfangstermin des vierzehntägigen Waffenstillstands war der Tag, an welchem der kursächsische Vorschlag in Braunschweig anlangte (7./17. November), bestimmt worden. Allein in dieser Zeit waren Friedlands Bevollmächtigte noch gar nicht in Braunschweig anwesend. Man mußte daher die Dauer der Waffenruhe verlängern.

Darüber, daß die Kreisgesandten und also auch ihre Vollmachtgeber, dem Stillstande wirklich und aufrichtig geneigt waren, kann kein Zweifel aufkommen. Vor allen wünschte Wolfenbüttel den furchtbaren Drangsalen seiner Unterthanen ein Ende zu machen und hat den Stillstand daher beim Könige befürwortet. Auch die Stände baten, falls ein vierzehn-

tägiger Waffenstillstand zu Stande komme, um Bestätigung.[1] Sie fürchteten, daß es „sonst abermals der gute Kreis würde gethan haben müssen," daß ihm die Schuld werde beigemessen werden, als ob es ihm mit dem Frieden kein rechter Ernst sei.[2]

Wir bemerken hierüber nur noch, daß, nachdem die zuerst angesetzten 14 Tage mit dem 21. Nov. a. St. abgelaufen waren,[3] am 22. November/ 2. December die sächsischen Gesandten mittheilten, der Kurfürst habe abermals 14 Tage zum Stillstand bewilligt, worauf die Kreisgesandten[4] den 1./11. December als Anfangstermin vorschlugen, sobald die Generäle ihre Erklärungen bei den Vermittlern eingereicht haben würden.

Johann Georg war über die Langsamkeit, mit der die Verhandlungen vorrückten, außerordentlich unwirsch und drohte bereits mit der Abberufung seiner Bevollmächtigten. Allein sein Vorwurf, daß es den protestantischen Ständen weniger um Verständigung und friedlichen Austrag als darum zu thun sei, Zeit zu gewinnen, ihre Armee zu stärken und die Sache dadurch um so schwerer zu machen, war sehr ungerecht. Nicht die protestantischen Stände, sondern die katholischen Generäle haben das Hinschleppen der Verhandlungen veranlaßt.

Die Stände haben Wallenstein bereits am 5./15. November einen Geleitsbrief für seine Abgeordneten zugehen lassen, mußten aber trotzdem noch Wochen lang auf ihr Eintreffen warten. Erst am 16./26. November trafen Tillys Bevollmächtigte, und am 27. Nov./7. Dec. die Wallensteins, der Graf Wratislav v. Mitrowitz und der Oberstlieutenant Wahl, ein.

Denn erst um diese Zeit mögen die ziemlich allgemein gehaltenen kaiserlichen Vollmachten vom 4. Nov. für Wallenstein und Tilly in Niedersachsen angelangt sein.[5] Schon am 23. Sept. hatte der Kaiser dem

---

1) Die Stände an den König Braunschweig 10. Nov.

2) Aus demselben Schreiben.

3) Vgl. Tillys Brief an den Herzog Johann Ernst von Weimar, Schulenburg 19./29. Nov. bei Heermann, Beytrag S. 195. Hier wird der Sachverhalt folgendermaßen dargestellt: Les Commissaires que Son Altesse le Ducq electeur de saxe at envoye à Brunswick, m'ont escrit d'vne suspension d'armes, qu'Ils auroient concertée avecq les deputéz de Sa Majesté de Denemarcq, pour l'éspace de quinze Jours afin que cependant nous y puissions, Monsieur le Ducq de Fridlant et Moy, pareillement ennoyer nos deputez . . .

4) Am 23. Nov. a. St.

5) Der Kaiser an Tilly Oedenburg 4. Nov.: „Und demnach wir gänzlich der Hoffnung, es werde inmittelst unser General der Herzog zu Fr. mit seiner untergebenen Armada zu dir gestoßen und also communicatis consiliis dies Werk fortgepflanzt sein, so haben wir Sr. des Herz. zu Fr. L. mit und neben

Kurfürsten von Baiern seine Ansprüche für den Fall eines friedlichen Ausgleichs mitgetheilt. Im jetzigen Augenblicke weiß Ferdinand II. die selben weder herabzusetzen noch zu erhöhen, sondern betont nur, daß das feindliche Heer ohne sein und seiner Bundesgenossen Kosten abgeführt, und seine eigne Armee ganz in derselben Weise abgedankt werden sollte.

Die Dänen äußerten ihr Mißbehagen über den schleppenden Gang der Unterhandlungen offen: Mitzlaff, welcher zum Könige reisen wollte, verlangte (am 26. November a. St.) dringend Gewißheit, wie es mit dem Waffenstillstand gehalten werden sollte, da Tilly sich gerade während der Waffenstillstandsverhandlungen sogar Wolfenbüttel näherte. Und Friedrich Ulrich schrieb einige Tage darauf, daß man die Verhandlungen nur benutze, um sich der übrigen Orte desto besser zu bemächtigen. Tilly war eben mit 8 Kanonen gegen Steinbrück gerückt und bezeichnete seinen Marsch durch das Braunschweigische noch jetzt durch brennende Dörfer und Schandthaten jeglicher Art.

Auch die Kursachsen spürten allmählich deutlich, wie große Gefahren ein weiterer Verzug mit sich bringe. Sie ersuchten deshalb die Kreisgesandten, sich mit Vollmachten für die Hauptverhandlungen zu versehen. Allein Tillys Bevollmächtigte entschuldigten sich erst am 2./12. Dec., daß sie sich über den von den Ständen vorgeschlagenen Anfangstermin des Stillstandes — 1./11. Dec. — bisher nicht hätten erklären können, „weil man diesseits solche Resolution des Austrags nicht ermessen, daß der Königl. Majestät zu Dänemark Bewilligung in puncto des Stillstands darin mit begriffen sei." Sie erklärten ferner eine Frist von 14 Tagen für zu kurz und beantragten einen Stillstand von einem bis zu drei Monaten, während dessen allerdings die Feindseligkeiten vollständig ruhen sollten. Sobald sie die Antworten des Königs und des Kreises in den Händen haben würden, wollten sie ihn im Namen ihres „Principals" annehmen. Von diesem Stillstande würde nur ein einziger Heerführer mit seiner Armee auszuschließen sein, Mansfeld, zu dessen Vernichtung sich vielmehr alle Parteien, die dänische Armee mit ihren Kreishilfen und die Heere der katholischen Generäle vereinigen sollten.

Die wallensteinischen Bevollmächtigten traten diesen Vorschlägen bei, und die Kreisgesandten übermittelten sie nach mehrfachen Berathungen

---

Dir solcher Interposition abzuwarten, Befehl zukommen lassen und vorbemeltes Kurf. zu Sachsen L. der Conditionen halber, die ihr nach Beschaffenheit der Umstände, so eins und des andern Orts befindlich sein werden, vorzuschlagen wissen werdet, dahin gewiesen." K. Staatsarchiv in Münch., Leukers Neg. in Wien 3/16.

dem Könige. Dieser verwarf natürlich einen mehrmonatlichen Waffenstillstand und wollte höchstens einen Monat gewähren: er verweigerte ferner den Gegnern Commissare zur Anweisung von Proviant und Quartieren, da der Kreis bereits so erschöpft sei, daß er sich das Getreide größtentheils aus seinen eignen Landen müsse zuführen lassen, und wies endlich auch den Mansfeld betreffenden Vorschlag mit der Erklärung zurück, daß derselbe dem Kreise von den Königen von Frankreich und England zum Entsatz zugeschickt sei und daher nicht als Aechter, sondern als Diener dieser Könige betrachtet werden müsse.[1] Diese Meinung theilte auch Hans Albrecht von Mecklenburg, welcher an Mansfelds Entfernung nur nach dem Friedensabschluß mitwirken wollte. Dabei betheuerte er übrigens seine völlige Schuldlosigkeit an seiner Herbeiziehung.

Hierauf hat man abermals über die den katholischen Abgeordneten ertheilten Vollmachten verhandelt, um das ganze Friedenswerk auf eine sichere Grundlage zu stellen. Denn dem Kreise als solchem mußte natürlich weniger an einem Vertrage zwischen den kriegführenden Mächten, dessen Opfer er hätte werden können, als an einer Vereinbarung zwischen dem Kaiser und ihm selbst gelegen sein. Daher drangen die Gesandten immer von Neuem auf die Aushändigung der kaiserlichen Vollmachten und setzten endlich so viel durch, daß beide, die Friedländischen wie die Tilly'schen, wenigstens das Versprechen, für alle Verhandlungen die kaiserliche Genehmigung einzuholen, ertheilten.[2]

Am 16./26. Dec. hat nun der Kreis seine Bedingungen zu einer Haupterklärung zusammengefaßt und den Vermittlern am 28. December zugestellt. Er forderte unverzügliche Abberufung der beiden Heere und Rückgabe aller eingenommenen Puncte, ferner die Befreiung von Einquartierungen und Durchzügen und gab die Erklärung ab, daß die Kreisbewaffnung nur die Beschützung des Kreises, niemals aber die Einmischung desselben in fremde, den Kreis nicht berührende Angelegenheiten zum Zweck gehabt habe. Außerdem aber begehrten die Stände die Versicherung, daß Fürsten und Stände in ihren Erb- und Wahlländern wider den Religion und Profanfrieden nicht beschwert, an der Ausübung der augsburgischen Confession in keiner Weise und unter keinem Vorwand gehindert, sondern bei ihrer Libertät belassen werden möchten.

Ihre Erklärung im Betreff Mansfelds, daß ihnen von seiner „Intention" durchaus nichts bekannt sei, konnte freilich Misstrauen

1) Christian IV. an die Botschafter und Gesandten zu Braunschweig, Rothenburg 10. Dec. a. St.

2) Am 13. Dec. Kurzer, warhaffter Bericht S. 121.

erregen, war aber bei den meisten Ständen in der That wahrheitsgemäß. Das gilt in erster Linie von den mecklenburgischen Herzögen, welche nicht nur Christian IV. ersuchten, Mansfeld von einem Durchzug durch ihr Gebiet abzuhalten, sondern auch bei den kursächsischen Gesandten eine förmliche Verwahrung gegen die Unterstellung, mit dem Grafen gemeinschaftliche Sache gemacht oder sich in fremde Händel gemischt zu haben, einlegten.[1]

Von gleicher Aufrichtigkeit war die Versicherung, daß das Streben der Stände überhaupt auf nichts anderes gerichtet sei, als was der Reichsverfassung gemäß, und wobei man nun seit Ferdinands I. Zeiten ruhig gelassen worden sei, d. h. auf eine Sicherstellung der bestehenden confessionellen Verhältnisse und der auf ihnen beruhenden Zustände in den weltlichen und geistlichen Fürstenthümern und überhaupt in allen Ständen. Hätten die Gegner in der That eine solche Zusicherung ertheilt, hätte Ferdinand II. jetzt anerkannt, was er nach einem zehnjährigen Blutvergießen im prager Frieden anerkennen mußte, wie schnell würde dann dieser ganze dänische Krieg ein Ende gefunden haben, und eine wie bedeutende Stellung mußte dann das Haus Habsburg in Norddeutschland gewinnen!

Diese Zugeständnisse wären jedoch nur möglich gewesen, wenn man in Wien kirchliche und confessionelle Angelegenheiten überhaupt vornehmlich vom politischen Standpunct betrachtet hätte. Für den Augenblick aber war zu einer derartigen freieren Auffassung hier durchaus keine Neigung mehr vorhanden: man hoffte vielmehr auch ohne Nachgiebigkeit in confessionellen Dingen, d. h. also im engsten Bunde mit der Kirche zum Siege zu gelangen.

Die Antworten der beiden katholischen Parteien auf die letzten Vermittelungsvorschläge des Kreises lauteten daher auch nach dieser Seite hin durchaus ungenügend. Bevor wir indessen auf sie eingehen, müssen wir der Verschiedenheit, welche sich in dem Verfahren beider katholischen Generäle auch bei diesen Verhandlungen kund gibt, kurz gedenken.

Es ist bereits erwähnt, daß Maximilian Tilly ausdrücklich zur Zuziehung Wallensteins aufgefordert hatte. Nun wird aber gar bald Wallenstein der Führende, und Tilly muß sich seinen Weisungen und zwar abermals auf das Geheiß Maximilians fügen.[2]

---

1) Meckl. Apologie B. S. 497 ff.

2) Maximilian an Tilly 13. Nov. 1625. Kgl. Reichsarchiv zu München. Acta des dreißigj. Krieges T. 126.

Dies scheint nun aber gerade in dem vorliegenden Falle nicht vollständig geschehen zu sein. In Wallensteins Antwort lesen wir als dritte Bedingung für die Abführung des kaiserlichen Volks, daß vor allen Dingen der Reichsächter Mansfeld aus dem Kreise getrieben werden müsse. Zu einem so feindseligen Vorgehen gegen den Söldling Frankreichs und Englands hat sich Tilly nicht verstehen wollen: er hat überhaupt diesen Punct seiner Antwort nicht einverleibt. Da derselbe in Wallensteins Beantwortung ziemlich allgemein hingestellt war,[1] so hätte seine Ausführung vielleicht zur Unterordnung der ligistischen Armee oder eines Theiles derselben unter Wallenstein führen können. Tilly hat wahrscheinlich die Verantwortlichkeit für ein solches Zugeständnis ohne Rückfrage bei Maximilian nicht auf sich nehmen wollen. Eine weitere sachliche Verschiedenheit betrifft die Zusicherung der beiden Generäle, nach Erfüllung der von ihnen vorgeschlagenen Bedingungen die Heere aus dem Kreise herauszuziehen. Diese Zusicherung wurde von Tilly dem Wortlaut nach deutlich und ohne Vorbehalt gegeben, während Wallensteins Erklärung unbestimmt und zweifelhaft war. Seine Gesandten *erbieten sich nur, ihres Theils die Sachen dahin zu richten*, daß die Kais. Armee abgeführt, der Kreis mit derselben quittiert und *im wenigsten auf keinerlei Weise* beleidigt werde.[2] Würde man gar die Worte „*im wenigsten*" in gleicher Bedeutung wie unser neuhochdeutsches „wenigstens" aufzufassen haben, wozu freilich ein durchaus zwingender Grund nicht vorliegt, so könnte man Wallensteins Versprechen offenbar nur einen sehr geringen Werth beilegen.

Die auch sonst ihrem Wortlaut nach nicht ganz gleichförmigen Rückäußerungen beider Generäle auf die Vorschläge des Kreises tragen das Datum des 21./31. December. Wallenstein drang nicht nur auf die Abdankung und Zurückziehung der gegnerischen Heere, sondern betonte auch, wie wichtig es sei, die Truppen nicht etwa dem Herzog Christian von Braunschweig oder Mansfeld zuziehen zu lassen. Ferner aber sollten der König und die Stände die Zusicherung ertheilen, auch in der Zukunft keine Feindseligkeiten wider das Reichsoberhaupt und die friedliebenden Stände vorzunehmen. Ja wenn die Stände künftighin nach vorhergegangener kaiserlicher Bewilligung überhaupt Kriegsvolk in ihren Dienst nehmen, so ist ihnen die Verwendung desselben doch nur zur Vertheidigung des Kaisers und des Kreises und zwar unter

1) Er lautet: „Vor allen Dingen aber zum dritten, das des Reichs Aechter, der Manßfelder, aus dem Reich vnd Craiß Boden getrieben werde."

2) Kurtzer warhafftter Bericht S. 137.

Vereinigung mit dem kaiserlichen Kriegsvolk selbst gestattet. Ohne eine kaiserliche Genehmigung aber dürfen sie fernerhin keine Rüstungen beginnen, so wie sie auch anderem, dem Kreise zuziehenden Volke weder Quartier noch Pass oder irgend einen Vortheil gewähren dürfen. Weiter heischte Wallenstein nicht nur Erstattung der Kriegskosten für den Kaiser und die getreuen Stände, sondern auch Schadenersatz für Christian den Aelteren von Celle und endlich eine Versicherung des Königs und der Stände, daß alle diese Puncte auch wirklich fest gehalten werden sollten. Erst nach der thatsächlichen Erfüllung dieser Bedingungen wollte Friedland „die Sachen dahin richten," daß die Stände bei dem Religion- und Profanfrieden geschützt würden. Sein hierauf bezügliches Versprechen hielt sich also durchaus im Allgemeinen.

Auch Tillys Antwort enthält die eben herausgehobenen Hauptbedingungen und ist im Betreff der Garantie des Religionsfriedens gleichfalls nicht ausführlicher.

Nahm nun der Kreis diese Bedingungen an, so war bei den einzelnen Ständen von der Ausübung der Militärhoheit keine Rede mehr: die militärischen Streitkräfte der kleinen protestantischen Staaten mußten sich der katholischen Kaisergewalt zu Gebote stellen.[1] Was dann die Garantie des Religionsfriedens bedeutete, ist leicht ersichtlich.

Die Antwort des Kreises[2] trat daher den Ansprüchen der katholischen Generäle ziemlich schroff entgegen: man weigerte sich der Zahlung der Kriegskosten und der Schadloshaltung Christians des Aeltern. Im Uebrigen erboten sich die Stände nochmals zum gütlichen Ausgleich: der König werde unfehlbar entwaffnen und das Heer abführen, wenn der Kreis zuvor eine genügende Sicherstellung des Religionsfriedens, ferner die Gewißheit der Abführung der katholischen Armeen und der unentgeltlichen Rückgabe aller eingenommenen Plätze erhalten habe!

Die kursächsischen Gesandten trugen Bedenken, diese Antwort den katholischen Bevollmächtigten einzuhändigen[3] und fragten daher zuvor

1) Herzog Hans Albrecht von Mecklenburg verweigerte die Anerkennung dieser Forderung ausdrücklich, wenn auch in einer milden Form, Apologie B. S. 476.

2) Braunschweig 28. Dec. a. St.

3) Die Dänen hielten sie nicht für unparteiisch. So schreibt Mitzlaff an Sigismund v. Götz 30. Dec. a. St.: „sollten die Interponenten gemeint sein, dem Gegentheil in seinem praetenso jure et petito allenthalben Recht zu geben und zu deferiren, unserer Befugnisse deductionibus aber zu contradiciren oder selbige jederzeit scrupulose nimis zu controlliren, würde es bei meinem gnädigsten Könige gewißlich das Ansehn gewinnen, ob wollten die Herrn den

beim Kurfürsten an: die Kreisgesandten aber drängten dieselben, die Vermittelung nun wirklich in Angriff zu nehmen und wenigstens die von beiden Seiten aufgestellten Hauptbedingungen zur Verhandlung zu stellen. Auf die Anfrage der Vermittler, was der Kreis denn unter der Versicherung oder der Garantie der Friedensbedingungen verstehe, ertheilte man eine ausweichende Antwort: von der Garantie könne man nicht eher reden, als bis man über die Bedingungen selbst einig sei.

Auch die auf die protestantischen Vorschläge vom 28. Dec. 1625/7. Jan. 1626 erfolgenden katholischen Entgegnungen (vom 7./17. Jan.) sind dem Inhalte nach nicht ganz gleichförmig. Während Wallensteins Entgegnung eine schroffe Ablehnung aller gegnerischen Ansprüche enthält, hat Tilly denselben wirklich einige Zugeständnisse gemacht. Er ließ den Punct wegen Erstattung der Kriegskosten fallen und bestand auch nicht mehr auf Schadenersatz für Christian von Celle, dagegen schloß er sich nun der Forderung Wallensteins an, welche die förmliche Verpflichtung des Kreises zur Vertreibung Mansfelds enthielt. Er erbot sich endlich zur Abführung seines Heeres, nachdem der König und seine Verbündeten die Armeen abgedankt haben würden. Die Wallensteinischen ertheilten erst später in einer besonderen Erklärung vom 17./27. Januar diesen tilly'schen Vorschlägen ausdrücklich ihre Zustimmung.

Es ist selbstverständlich, daß die beiden Heerführer auch in der verschiedenen Behandlung dieser Dinge höheren Weisungen folgten.

Sowol in Wien wie in München war man Anfangs der Meinung, der König suche in der That durch diese Verhandlungen einen schicklichen Anlaß zum Rücktritt. Schon im September hat man daher Tilly, wie bereits bemerkt ist, von Wien aus Vertragsbedingungen übersendet, an welche auch Wallenstein gewiesen wurde. Die kreisständische dänische Armee sollte in keinem Fall auf Kosten des Kaisers und der katholischen Bundesverwandten aus dem Reich abgeführt und unter keinem Vorwande wider gegen beide ins Feld gebracht, und die etwaige Abdankung und Auflösung des kaiserlichen, Wallensteins Befehl untergestellten Heeres sollte ohne „Entgelt" des Kaisers und der östreichischen Erblande ausgeführt werden. Man suchte in Wien also für den Fall des Friedens

---

Hügel der feindlichen Hochmuth aggrandiren und verhöhen und das bereits zu sehr niedergetretene Thal dieses Kreises avalliren und gar zu Boden unter den Fuß bringen lassen!!" Mitzlaff wünschte, daß sie dem Kreise so weit aufhelfen sollten, daß er der hochmüthigen Gegenpartei „das contrepois bei diesen Tractaten" halten könnte.

einen Schadenersatz für die Aufstellung des neuen Heeres und konnte denselben natürlich nur von den Landschaften fordern, gegen welche das Heer geführt war.[1]

Diese Forderung beunruhigte zunächst Maximilian von Baiern am meisten, der es so gern gesehen hätte, wenn nach einem leidlichen Vertrage, welcher im Wesentlichen die Verhältnisse des vorigen Jahres wider hergestellt und somit auch den Bestand der Liga und des ligistischen Heeres unangetastet gelassen hätte, das kaiserliche Heer aus dem mittleren Deutschland zurückgezogen worden wäre. Der Kurfürst erklärte daher diese Forderung der Bezahlung des wallensteinischen Kriegsvolks für unmöglich. Leuker sollte, wenn es den Anschein gewinnen würde, „daß der Kaiser lieber in den Waffen bleiben und die gütliche Handlung durch Aufrechterhaltung dieser Bedingung gänzlich zerschlagen lassen wollte," den Geheimen Räthen ernstliche Vorstellungen machen, an die Verhinderung des Reichsdeputationstages und aller andern Convente erinnern und zuletzt hervorheben, daß der Kurfürst und die Liga die gleichen Ansprüche an den niedersächsischen Kreis hätten: „Die katholische Armee habe das Eis brechen und in den niedersächsischen Kreis einrücken müssen." In einem späteren Schreiben, wie es scheint, an Trautmansdorf oder den Kaiser selbst hat der Kurfürst jedoch den Rath ertheilt, die wallensteinische Armee nach der Abdankung des niedersächsischen Kreises in die Stifter[2] abzuführen. Darüber äußerte Trautmansdorf seine höchste Befriedigung gegen Leuker: dies sei der einzige und rechte Weg, den Kaiser und seine Bundesgenossen ohne ihre Kosten armiert zu halten, bis man sehe, welchen Ausgang der Krieg in Italien und Frankreich gewinne, von welchem zum größten Theil auch die Zurückhaltung Bethlen Gabors abhinge. Allein eine vollständige Ausgleichung ihrer Ansprüche hofften die kaiserlichen Politiker auch auf diesem Wege nicht zu finden. Man mußte doch vor allem Wallenstein befriedigen, und dazu fehlten dem Kaiser jegliche Mittel. Indessen tröstete man sich vor der Hand, daß es dies Mal so weit nicht kommen werde. Und in diesem Urtheil wurden die kaiserlichen Räthe sehr bald durch die Mittheilungen des aus dem wallensteinischen Heere zurückkehrenden Marchese di Grana bestärkt, welcher dem Kaiser persönlich die Nachricht überbrachte,

---

1) Ferdinand II. an Wallenstein Oedenburg 4. Nov. Kgl. St.-A. in München.

2) Welche Stifter damit gemeint sind, ist nicht deutlich. Es ist aber doch wol an Bremen, Verden, Osnabrück und etwa Hildesheim zu denken, da ja Wallenstein Magdeburg und Halberstadt bereits besetzt hielt.

daß der König eher Land und Leute und den letzten Blutstropfen opfern werde, bevor er in eine Abdankung willige.

Aus diesen Mittheilungen wird zur Genüge hervorgehen, daß man weder in Wien noch in München ernstlich an Frieden dachte und am allerwenigsten zu Opfern für denselben geneigt war. Wol hätte man den niedersächsischen Kreis gern zur Niederlegung der Waffen bewogen, allein auch dann konnte von einer Abführung der kaiserlichen und also auch der ligistischen Armee nicht die Rede sein.

Um so auffallender ist eine Aeußerung Wallensteins, welche Tilly, den der erstere von vornherein als nicht eigentlich vom Kaiser mit der Ordnung der niedersächsischen Verhältnisse beauftragt zurückzudrängen strebte, als den einer friedlichen Vereinbarung abgeneigteren Theil hinstellt. Derselbe versicherte einem Abgesandten der Herzogin Elisabeth von Braunschweig, E. v. Hagen, hoch und theuer,[1] daß zwar nichts eingegangen werden könne, was dem Kaiser „disreputierlich" sei, daß er aber auch dem Könige nichts „despectierliches" zumuthen wolle. Er sprach seine Meinung offen dahin aus, daß alle Festungen, Städte, Stifter und Lande geräumt, und der Religions- und Profanfriede in seinem alten Stande bleiben sollte. Ja er wollte sogar dem Könige das Kreisoberstenamt belassen und die Abdankung beider Armeen wechselweise vornehmen. Den protestantischen Kurfürsten aber wies er die Rolle an, beide Theile zu versichern, daß sie „wider den vorbrechenden Theil bei den Beleidigten stehen wollten. Da auch der Tilly nicht weichen und zur Billigkeit sich verstehen wollte, sollte ihm der Wille wol gemacht werden."

Deuten diese Worte vielleicht auf ein Programm Wallensteins hin, dem man in Wien die Genehmigung nicht ertheilt hat?

Ganz ähnlich lauten wenigstens die letzten Forderungen des Herzogs Hans Albrecht von Mecklenburg, welcher gleichfalls die beiden Kurfürsten und den Kaiser zum Beistand wider den „Contravenienten" mit Hand und Siegel verpflichten wollte.

---

1) E. v. Hagen an Elisabeth von Braunschweig 16. Dec. a. St. (?) K. St.-A. in Berlin. In derselben Richtung ertheilte Wallenstein am 21. Dec. mit Berufung auf diese Gesandtschaft seinen Vertretern die erforderlichen Weisungen. Sobald der König zwei oder drei Regimenter zu entwaffnen angefangen habe, wollte er auch beginnen, und in dieser Weise sollte die Entwaffnung zu Ende geführt werden. Herz. Arch. in Wolf. XVII. 7. Einige Schr. den Kreistag zu Br. A. 1626 m. Jan. et Febr. betr.

Die Kreisgesandten übergaben nun eine neue kategorische Resolution vom 14./24. Jan., aus der wir nur zwei Puncte hervorheben. Der Kreis drang zunächst darauf, daß die katholischen Heere zuerst abgeführt und die eingenommenen Orte „und alles Andere" unentgeltlich in den vorigen Stand gesetzt werden sollten, und gedachte ferner mit Nachdruck der geistlichen Stiftungen: „es sollten sonderlich die capitula und die geistliche collegia bei ihren unstreitigen, frei hergebrachten electionibus und postulationibus unbeeinträchtigt belassen, auch Fürsten und Stände ihrer Erzstifter und anderer geistlicher Güter halber in kaiserliche Protection, Schutz und Schirm genommen und deren nicht entsetzt werden. Auf solche Bedingungen hin wollten die Stände nicht nur abdanken, sondern auch Mansfeld aus dem Kreise schaffen helfen.

Man erkennt hieraus leicht, daß in der That eine Annäherung der Parteien Statt gefunden hat: zum ersten Mal tritt der in späteren Verhandlungen die Hauptrolle spielende Punct der Priorität der Heeresabdankung in den Vordergrund.

Und darauf haben auch die Vermittler eine Grundlage gefunden, auf welcher sich eine Verständigung hätte herstellen lassen, wenn es den katholischen Heerführern ernstlich um eine solche zu thun gewesen wäre. Die Vermittler forderten, daß der König und die Verbündeten mit der Abdankung den Anfang machen sollten, daß die Mannschaften in keinem Falle irgend jemand zugeführt, und daß Mansfeld entfernt würde. Selbst bei einer etwaigen Kreisbewaffnung, welche nicht von der Genehmigung des Kaisers abhängig gemacht wurde, hatte der Kreis dem Kaiser Gehorsam zu leisten: die Militärhoheit der Stände sollte also gewahrt werden. Dagegen hatten die katholischen Generäle friedliche Abführung ihrer Heere, unentgeltliche Rückgabe aller eingenommenen Plätze und sogar des Kriegsmaterials, Befreiung von Einquartierungen und Musterplätzen, Versicherung des Religions- und Profanfriedens sowie des mühlhäuser Vertrags und die freie Uebung der augsburgischen Confession, wie sie Karl V. übergeben war, zuzusichern. Sobald dem Könige und den Ständen die kaiserliche Genehmigung der wörtlich aufgeführten Bedingungen ausgehändigt war, hatten die niedersächsischen Stände und natürlich Christian IV. selbst mit der Entwaffnung und der Erfüllung der übrigen ihnen obliegenden Verbindlichkeiten unweigerlich zu beginnen. Die protestantischen Capitel fanden also in dieser Vermittelungsnote, welche die kursächsischen Gesandten allein überreichten, keine ausdrückliche Erwähnung: man hielt sie für hinlänglich geschützt durch den mühlhäuser Vertrag. Dieser Schutz wurde ferner auch nur für die augsburgische Confession in Anspruch genommen, so daß sich schon aus diesem Grunde die branden-

burgischen Gesandten an der Ueberreichung dieser Note nicht betheiligen konnten.[1]

Und auch mit diesen milderen Bedingungen hätten sich die Stände in der Majorität wol noch einverstanden erklärt. Herzog Hans Albrecht von Mecklenburg wenigstens wollte sich begnügen, wenn man nur die Stifter im alten Zustand lasse, und ließ bedingungsweise auch die Forderung des Schadenersatzes fallen, wenn sie nämlich die katholischen Heerführer gleichfalls aufgeben würden. Ja selbst Maximilian von Baiern ist kein ganz unbedingter Gegner eines friedlichen Ausgleichs gewesen.

Auch bei abfälligen Antworten der Gegner sollte Tilly die Unterhandlungen nicht sofort schroff abbrechen, sondern möglichst lange fortführen. Zu einer weiteren Garantie der geistlichen Fürstenthümer, als sie der mühlhäuser Vertrag[2] enthielt, war jedoch auch Maximilian nicht geneigt. Doch wies er Tilly noch ausdrücklich an, wenn er etwa abzöge, sollte er das Land „also verlassen, damit dem Feinde nachzusetzen oder sich in selbigen Landen zu erhalten, aller Vortheil benommen und ihm die Gelegenheit des Proviants abgeschnitten werde."[3]

Im niedersächsischen Kreise selbst hegte man natürlich den aufrichtigsten Wunsch, daß die Verhandlungen den Frieden herbeiführen möchten. Die Stifter Magdeburg und Halberstadt samt dem Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel sehnten sich um so mehr nach Befreiung von den furchtbaren Kriegsdrangsalen, als niemand ein Mittel zu einer glücklichen Beendigung des Kampfes entdecken konnte. In der Kreisversamlung selbst hatten sich bei der Berathung der letzten Vergleichspuncte (v. 14. Jan.) die drei zuletzt genannten Stände bereits von der Majorität getrennt und wurden als abgefallen bezeichnet. Eine Anzahl wolfenbüttelischer Räthe reichte auf Friedrich Ulrichs Befehl eine Denkschrift an ihren Landesherrn ein, in welcher sie die Erklärung abgaben, daß man jeglicher Mittel zum Kriegführen ermangele und auf jede nur denkbare Weise einen wahren Frieden suchen müsse. Ja die Kreisstände ersuchten schließlich den König selbst, seine Gesandten noch in Braunschweig zu lassen und mit aller Energie auf einen friedlichen Ausgleich hinzuarbeiten. Mitzlaff, welcher

---

1) Sie ist unter der Ueberschrift „der Herrn Jnterponenten Churfürstliche sächsische vbergebene puncta vnd Corpus mediorum, sub dato 16. Januarii, Anno 1626" im Kurzen wahrhaften Bericht S. 179 ff. und in der Mecl. Apologia Beyl. S. 485 ff. abgedruckt.

2) Vgl. über denselben Bd. I. S. 80, 81.

3) Maximalian an Tilly 20. Jan. 1626. Kgl. R.-A. in M. Acta d. dr. Kr. 138.

dieses Schreiben übermittelt zu haben scheint, überbrachte auch eine scheinbar günstige Rückantwort.[1]

Und als nun nach der Uebergabe der sächsischen Vermittelungsnote vom 16. Jan. sich Sievert v. Pogwisch persönlich ins Lager des Königs begab, erhoben die Stände ihre flehentlichsten Bitten von Neuem.[2] Die Waffen waren ja nur zur Vertheidigung des Kreises gegen unrechte Gewalt und zum Behuf einer genügenden Sicherstellung des Religionsfriedens ergriffen worden. Und nun ward dem ganzen Kreise und allen eingesessenen Fürsten und Ständen die augsburgische Confession verbürgt, und damit, wie man als selbstverständlich annahm, eine genügende Sicherstellung auch der geistlichen Fürstenthümer erlangt worden. War es da nicht billig, daß auch der König durch seine Entschließungen dem Kaiser zu erkennen gab, daß er ihm nichts zumuthen wolle, dessen Gewährung nicht in seiner Macht stehe? Die Stände versicherten, daß sie von Anfang an die Reichsconstitutionen die einzige Regel und Richtschnur aller ihrer Handlungen und Pläne hätten sein und bleiben lassen und sprachen endlich die Hoffnung aus, man werde sich über die noch streitigen Puncte wie über den Schadenersatz und die Besetzung der außerhalb des Kreises gelegenen wichtigen Pässe auch ohne Blutvergießen einigen können.

Sicherlich im Einverständnis, ja vielleicht auf Veranlassung der Kreisstände trug endlich die verwitwete Herzogin von Wolfenbüttel dem Könige diese Wünsche persönlich vor. Sie begab sich Ende Januar mit ihrem Sohne Friedrich Ulrich nach Rothenburg und verhandelte hier mit ihrem Bruder, ohne indessen seine Beschlüsse beeinflussen zu können. Derselbe ertheilte ihr zur Antwort, daß er von den vorgeschlagenen Bedingungen seiner Verpflichtung gegen den Kreis gemäß in keiner Weise abweichen könne und das Uebrige Gott dem Allmächtigen befehlen müsse. In einer mehr persönlich gehaltenen Zuschrift eröffnete er seiner Schwester noch, daß sie, wenn der Kaiser ihn auf gut Deutsch „versichern", und der obersächsische Kreis in einem besondern Schreiben ihn „assecurieren" werde, spüren solle, daß es an ihm nicht ermangele.[3]

---

1) Das Schreiben der Kreisgesandten ist den 14. Jan. a. St., die Antwort des Königs Rothenburg d. 19. Jan. a. St. gezeichnet.

2) Schreiben der Stände an den König, Braunschweig den 18. Jan. 1626. Kgl. Staatsarchiv in Magd. Stift u. Fürstenth. Halb. I. 264.

3) Die beiden Schreiben sind Rothenburg am 5./15. und 6./16. Februar ausgestellt. Am 8./18. Febr. langte die Herzogin wider in Braunschweig an, am 10./20. ließ sie den Kreisständen den Entschluß des Königs mittheilen.

Und so kamen denn in dieser zweiten Hälfte des Januar die Verhandlungen zum Stillstand, ja es verbreitete sich sogar das Gerücht von ihrer vollständigen Vereitelung.

Gerade in jenen Wochen ließ ja der König in Berlin und in Dresden den Abschluß des haager Vertrags anzeigen und zum Beitritt einladen.

Der König erinnerte Georg Wilhelm damals an seine persönlichen Betheuerungen und verhehlte seinen Unmuth darüber, daß denselben keine Erfüllung zu Theil geworden war, keineswegs. Auch der Antheil, welchen man andren Mächten an dem Bündnisse zugewiesen hatte, wurde hervorgehoben. Der dänische Gesandte hatte einen vollständigen Bündnisentwurf mit nach Berlin gebracht, erhielt aber trotzdem eine durchaus ablehnende Antwort.[1] Schon damals hatte man sich hier wol klar gemacht, daß man durch ein willfähriges Eingehen auf die dänischen Vorschläge die Mark geradezu zum Kriegsschauplatz machen würde. Ja man fürchtete nicht nur den Verlust Preußens und aller Expectanzen, sondern sogar die Absetzung des Kurfürsten. Und so gab es denn allerdings kein Rettungsmittel, als die vollständige Neutralität.

In einem etwas spätern Schreiben an Johann Georg erklärte der Kurfürst, daß er durch seine Entschließung Kursachsen nicht habe vorgreifen wollen.

Am 6./16. Januar fand sich der dänische Bevollmächtigte Sehested in Berlin ein und empfing zwei Tage darauf seine uns dem Wortlaut nach unbekannt gebliebene Antwort.

Unmittelbar darauf hat er sich, wie es scheint, nach Dresden begeben und Johann Georg persönlich zum Eintritt in das haager Bündnis zu bewegen gesucht. Er mahnte den Kurfürsten, sich von denen nicht abzusondern, welchen den theuren Religions- und Profanfrieden auf ihren rechten und alten Grund zu bringen sich bemühten, und warnte ihn vor einer für ihn selbst und das Gemeinwesen nachtheiligen Neutralität. Allein Mahnung wie Warnung waren gleich erfolglos. Der Kurfürst entgegnete, daß das haager Bündnis in Wahrheit doch gegen den Kaiser und die katholischen Stände gerichtet sei, und daß er sich als Stand des Reichs unmöglich in eine Alliance begeben könne, welche seinen Gelübden und Pflichten zuwider sei und jegliche Vereinigung zwischen den Kurfürsten und Ständen aufhebe. Mit einer gewissen Genugthuung hob er hervor, daß dergleichen Verbindungen von seinem Großvater, Vater und Bruder stets zurück-

1) Die dänische Vollmacht ist Rothenburg am 30. Dec. a. St. gezeichnet. Der Gesandte nahm auch noch ein eigenhändiges Schreiben des Königs an den Kurfürsten vom gleichen Datum mit. Kgl. St.-A. in Berlin Vid. R. 6. Rest. 40.

gewiesen worden seien, und wie er keinen Grund habe, andere Wege einzuschlagen. Er setzte seine Hoffnung auf den nun von Ulm nach Nürnberg verlegten Reichsdeputationstag, welcher am 8./18. Mai eröffnet werden sollte.[1]

Diese Abweisung Christians IV. nimmt uns durchaus nicht Wunder: sie ist den Anschauungen, in welchen man in dieser Zeit in Dresden lebte, durchaus angemessen. Und doch wird niemand ihre verhängnisvolle Wichtigkeit verkennen wollen. Wie vor drei Jahren, so bot sich auch jetzt Johann Georg die Gelegenheit, ein gewichtiges Wort zu Gunsten der evangelischen Sache zu sprechen und die Mittel des zweitmächtigsten Staates im ganzen deutschen Reich seinen Glaubensgenossen zu Gute kommen zu lassen. Derselbe hätte sich dabei Dänemark nicht ohne weiteres anzuschließen nöthig gehabt: er konnte den Versuch wagen, durch seine drohende Einsprache schon jetzt eine gründlichere Erneuerung des Religionsfriedens herbeizuführen. Wie schwer hätte dieses Wort in Wien wiegen müssen, wenn man nur die örtliche Lage Kursachsens und die misslichen Verhältnisse in Böhmen, Mähren, Ungarn, ja in Oestreich selbst ins Auge faßte! Und wie nahe lag doch der Anlaß zu einer Frontänderung der kursächsischen Politik, seitdem Wallenstein allen beschworenen Kreisordnungen zum Trotz ein Heer gesammelt und nach Norddeutschland geworfen hatte! Dachte man in Dresden nicht daran, daß für den Kurstaat der Sieg des katholischen Kaisers oder des protestantischen Königs gleich verderbliche Folgen heraufbeschwören müsse, sobald die sächsischen Waffen den einen oder den andern nicht mit erkämpft hatten?

Diese vollständig passive Haltung Kursachsens und seine nur den katholischen Gegnern zu Gute kommende Neutralität wird man dem Kurfürsten selbst in Anbetracht seines so wenig geschulten und in die Tiefe der Verhältnisse eindringenden Verständnisses verzeihen können. Seine Räthe aber haben sich eines Vergehens schuldig gemacht, welches nur durch eine noch gröbere bäurische Auffassung der Dinge oder durch schnöde Pflichtvergessenheit zu erklären ist.

Eben so wie in Berlin und Dresden theilte der König sein Bündnis mit England und Holland auch in Celle (18./28. Jan.) mit und sprach dem Herzog Christian dem Aeltern gegenüber geradezu die Hoffnung auf den Anschluß Frankreichs und Savoyens sowie Schwedens und Englands aus. Er stellte demselben eine Beitrittsfrist bis zum 1./11. März,

---

1) Nach dem Originalschreiben Johann Georgs an Christian IV. Dresden 20. Januar. Kgl. Geh. Arch. in Kopenh.

welche Christian, obwol er sich der Theilnahme entschieden weigerte, dennoch annahm.

Nicht mit günstigerem Erfolg wendete sich Christian IV. endlich in jenen Tagen an die Hansestädte, denen er gleichfalls eine Frist von vier Wochen zum Anschluß gewährte mit dem Bemerken, daß ihnen nach Verlauf derselben überhaupt der Beitritt versagt werden müsse. Allein auch hier erhielt er den alten unbefriedigenden Bescheid: Lübeck theilte seinen Abgeordneten Camerarius und Kaspar v. Buchwald mit,[1] daß eine so wichtige Angelegenheit nur auf einem allgemeinen Convente erledigt werden könnte, und versprach von den Beschlüssen eines solchen innerhalb vier Wochen Bericht zu erstatten. Allein die Städte sind nicht einmal zu einer Versamlung zusammengetreten.

So mußte denn der König seinen Weg allein weiter gehen und war auch schon zum Ausharren entschlossen, bevor er den doch wol erwarteten ablehnenden Bescheid Kursachsens, der sich übrigens in freundliche und gefällige Formen kleidete, erhielt.[2] Schon etwa eine Woche vorher hat er sich über die letzten Vorschläge der katholischen Mächte offen und freimüthig erklärt. Er fand sie ungenügend und zur Herbeiführung eines Vergleichs ungeeignet: „Fürsten und Stände könnten, wenn sie nicht das jugum servitutis auf sich nehmen wollten, nicht das Geringste von ihren Bedingungen (vom 14. Jan.) aufgeben." Er erkannte ganz richtig, daß „die Herrn Gegentheile nur den Kreis entwaffnen, während sie selbst gerüstet bleiben und freie Hand behalten wollten."

Nach Elisabeths Rückkehr aus Rothenburg haben auch die Verhandlungen in Braunschweig wider begonnen. Die Vorschläge vom 14. Jan. und eine dem Inhalte nach gleiche Denkschrift vom 9. Februar wurden den katholischen Bevollmächtigten überreicht[3] und riefen Beantwortungen hervor, welche, obwol sie nichts an dem Stande der Dinge änderten, doch immerhin noch einige Beachtung verdienen. Die Friedländischen behaupteten, daß dem Könige und dem Kreise die Priorität der Entwaffnung zukomme, bezeichneten die Forderung der Rückgabe aller weggenommenen Besitzungen und Güter als eine Schmälerung und

1) Camerarius und Kaspar v. Buchwald an den König, Lübeck 14./24. Jan. 1626. Ihre Instruction ist Rothenburg 30. Dec. gezeichnet. Cam. Saml. Bd. 50 in der K. Bibl. zu München.

2) Es war am 2. Februar 1626.

3) Die sächsische Vermittelungsnote vom 16. Jan. scheint also vom Könige verworfen worden zu sein. Vgl. der Kreisgesandten Memorial vom 30. Januar 1626.

Benachtheiligung des Kaisers selbst und fanden es besonders auffällig, daß die Kreisgesandten den den Religionseid der Capitularen betreffenden Punct ganz mit Stillschweigen übergangen hatten. Sie zogen hieraus den Schluß, daß, wenn man den Religionseid der Capitularen — an den evangelischen Stiftern hatte man angefangen, das eidliche Gelöbnis der augsburgischen Confession und den Genuß des heiligen Abendmahls als Bedingung zur Erlangung einer Domherrnpfründe zu fordern — nicht mit zur Verhandlung stellen wolle, auch der Punct im Betreff der kaiserlichen Mandate, welche katholischen Bewerbern Stellen in den Stiftern sicherten, außerhalb derselben fallen müsse.

Aehnlich lautete die Erwiderung der tilly'schen Abgeordneten; beide Schriftstücke stimmen vornehmlich auch darin überein, daß die Vorschläge der Vermittler „mit wenigem Vorbehalt" angenommen wurden, ohne daß man diesen selbst nannte. Allein selbst dieser Schein von Nachgiebigkeit war bei der übrigens so schroffen Haltung beider Antworten vollständig werthlos.

Nachdem die Kreisgesandten am 11. Februar ausdrücklich um einen kurzen Aufschub gebeten hatten, gaben sie wenige Tage darauf (15. Febr.) eine Erklärung ab, mit welcher die Verhandlungen ihren Höhepunct erreichten. Nochmals versprachen sie im Namen der protestantischen Fürsten die Abführung des gesamten Heeres. Sie bestanden nicht mehr unbedingt darauf, daß die katholischen Heerführer den Kreis zuerst quittieren sollten, sondern erklärten sich für zufriedengestellt, wenn die „Armeen pari passu und zugleich abgeführt und abgedankt würden." Ja sie wollten sogar dem Reichsoberhaupt zu Ehren ihrerseits mit einem Regiment den Anfang machen, worauf dann die beiden Generale widerum ein Regiment von gleicher Stärke aus dem Kreise abführen sollten. War man auf diese Weise in der Abdankung der Truppen bis auf die letzten zwei Regimenter gekommen, dann sollten diese zugleich entwaffnet werden. Ferner nahm es der König auf sich, Mansfeld aus dem Kreise zu entfernen: er so wie auch die Stände erboten sich zu Gehorsam und Treue gegen den Kaiser und seine deutschen Verbündeten.

Als Gegenleistung forderten sie außer der Abführung der Armeen und der Befreiung aller Orte von Münden an bis unterhalb Minden in das Bremische hinein vor allem die unentgeltliche Aushändigung aller occupierten Plätze sowie aller in Beschlag genommenen Mobilien, selbst Hausbücher und Registraturen, Contracte und Obligationen eingeschlossen. Dagegen verzichtete man auf die Rückgabe aller in natura nicht mehr vorhandenen Objecte, so wie auch auf die Vergütung der Schäden und Kriegskosten, wenn der Kaiser und die beiden Generäle gleichfalls ihre

Entschädigungsansprüche für die Kriegskosten fallen lassen würden. Drittens wollten die Stände gegen etwaige neue Einquartierungen und Durchzüge versichert sein. Der vierte Punct, neben dem ersten offenbar der wichtigste, handelte von den geistlichen Stiftungen, für welche man eben so wenig neue Ansprüche erhob. Man bestrebte sich nur, die durch den Religionsfrieden geschaffenen Verhältnisse auf eine noch gesichertere Rechtsgrundlage zu stellen. Es war also im Grunde der vierte Punct der Resolution vom 14. Januar, dessen Erfüllung man abermals als unerläßlich bezeichnete. Neu ist dabei nur die zurückhaltende maßvolle Art und Weise, mit welcher die Forderung als eine in den früheren Reichsordnungen begründete hingestellt wird. Ja die Stände gaben sogar die ausdrückliche Erklärung, daß sie keine unzulässige Ausdehnung des Religionsfriedens auf dasjenige, was darin nicht entschieden, sondern auf eine weitere allgemeine gütliche Vergleichung des Kaisers und der Reichsstände gestellt sei, erstrebten. Ihre Forderungen gingen nur darauf, daß die Stifter und geistlichen Güter „in vorigen terminis" gelassen, die Capitel und geistlichen Collegien bei ihrem freien Wahlrecht, die Postulierten, Erwählten und überhaupt die „possidierenden Stände" bei dem Religionsfrieden und der freien Ausübung der augsburgischen Confession, welche sie nun über 30, ja über 50 und mehr Jahre ruhig genossen hätten, auch ferner geschützt werden sollten. Sie verbaten sich daher sowol kaiserliche Mandate in Confessionssachen als auch Visitationen und forderten vielmehr geradezu kaiserliche Protection und Schutz. Streitige Puncte sollten einem gütlichen Vergleich vorbehalten bleiben. Es war also im Allgemeinen der status quo ante, den man sich in den geistlichen Stiftern sichern wollte.

Tillys Antwort hierauf trägt das Datum des 5. März n. St. Sie ist trotz ihrer scheinbaren Nachgiebigkeit unversöhnlich und konnte keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen abgeben. Sie erklärte allerdings, daß er alles und jedes, was dazu nöthig sei, den Kreis von der schweren Einquartierung zu befreien, „wahrhaftig und kräftiglich, mit der That, realiter und derogestalt wirklich leisten werde," wenn die Gegner sich gleichfalls demgemäß bezeigen würden. Allein den übermäßigen Betheuerungen folgten doch zahlreiche und gewichtige Einschränkungen. Allerdings nahm der General die die Abführung der Armeen betreffenden Puncte wirklich an: nur auf die außerhalb gelegenen Grenzplätze Minden und Höxter sollte der Kreis seine Forderung nicht ausdehnen. Doch stellte er einem hierauf gerichteten Gesuche Friedrich Ulrichs an den Kaiser immer noch ein günstiges Prognostikon. Dagegen verweigerte Tilly ausdrücklich jede Erklärung im Betreff der Ausdehnung

und Auslegung des Religionsfriedens: er bezeichnete vielmehr die hierauf gerichteten Forderungen als dem „scopo, den Kreis der incumbierenden Kriegslast aufs baldeste zu erledigen, gar weit abgeschieden und zu gegenwärtigem, also zu sagen, momento und foro ganz ungehörig." Und abgesehen davon, daß er diese Bedingungen überhaupt als nicht zur Sache gehörig ansah, glaubte er durch etwaige Zugeständnisse der Kaiserlichen Majestät, von deren Machtbefugnissen er weit andere Begriffe, als ein deutscher Reichsstand hatte, zu nahe zu treten: „Was J. K. M. von Gott verliehene Kais. Kron und Thron, Scepter und Schwert, das ist, Dero höchste Jurisdiction, Oberbotmäßigkeit, Regalien und andere majestätische Gerechtigkeiten berühret, da heißt es bei des Herrn Generals Excellenz sowol als bei den Rechtsgelehrten: Noli me tangere." Auch zur vollständigen Abdankung des katholischen Heeres konnte er sich nicht verstehen: auch diese Angelegenheit fiel für ihn außerhalb der ganzen Vermittelung, und er schien sie überdies im Hinblick auf die verdächtigen Verbindungen innerhalb und außerhalb des Reichs für sehr bedenklich zu halten. Eine vollständige Entlassung des katholischen Heeres kam ja thatsächlich einer Auflösung der Liga gleich.

Tillys Versicherung aber, daß der Kaiser und die gehorsamen Stände, sobald keine Gefahr mehr vorhanden sei, sich ganz gern der ihnen aufgedrungenen und unerschwinglichen Kosten für die Armeen entledigen würden, konnte doch niemand als ein Versprechen des Kaisers, die Liga aufzulösen und in die alten Verhältnisse zurückzukehren, betrachten. Für den Fall, daß sich die Gegenpartei bei diesen Versicherungen nicht beruhigen, sondern auf ihrem Standpuncte, „dem der eingewurzelten Ambition und affectierten, selbst eigenthätigen Rechtschaffung" verharren würde, sah sich Tilly ohne weitere Instruction: er wollte dann neuen Bescheid vom Kaiser einholen.

Die friedländischen Gesandten waren mit dieser Abfertigung des Kreises gleichfalls einverstanden: sie beriefen sich nur noch ganz kurz auf ihre erläuternde Denkschrift vom 18./28. Februar und die darin hervorgehobene Uebereinstimmung mit Tillys Erklärung vom 17. Januar und traten endlich auch formell Tillys letzter Antwort bei.

Auch der Kurfürst von Sachsen stellte sich in der Sache der Stifter offen auf den Standpunct der Katholischen. Der König hatte sich vergeblich noch in einem besondern Handschreiben an ihn gewendet, vergeblich in Braunschweig selbst mit seinen Vertretern auch mündlich verhandelt. Am 18./28. Februar entbot er dieselben in den seiner Schwester zustehenden Grauen Hof, wo er im Beisein Elisabeths selbst, ferner des Herzogs

Christian, des kurbrandenburgischen Abgesandten Thomas v. d. Knesebeck, des Dr. Timäus, den kursächsischen Vertretern die Gefahren der sächsischen Neutralität für Johann Georg und sein Land vor Augen stellte. Der König tadelte die sächsische Politik in kaustisch-sarkastischer Weise: „Der Kurfürst von Sachsen säße ganz still, er würde vielleicht warten, daß sie alle dahin zusammen kämen. Sie wären ja einer Religion, und der Kurfürst hätte weiter nichts, als das beneficium ordinis zu erwarten."

Als darauf Bodenhausen erwiderte, der Kurfürst werde es auf dem Deputationstag an nichts fehlen lassen, forderte der König geradezu die Unterstützung des niedersächsischen Kreises durch den obersächsischen.

Am nächsten Tage fand sich Sievert von Pogwisch bei Werthern ein und erklärte sich noch deutlicher über die friedlichen Absichten des Königs. Dagegen forderte er freilich auch eine mehr oder weniger umfassende Bürgschaft Kursachsens. Auf der andern Seite bestand er mit Nachdruck auf der Auflösung der Liga, sonst könnte man nicht zum rechten Frieden kommen. Daß die Friedensbestrebungen des Königs in seiner mißlichen Lage ihre Begründung fanden, gestand Pogwisch ohne weiteres ein. Er sagte: „Der König hätte auch eine Liga, es würde aber kein treuer Diener wünschen, daß er lange darinnen verbleiben sollte; er bedürfte monatlich 400,000 Thlr. auf bloße Besoldung, ohne die Artillerie." Allein er erklärte auch, daß sein Herr die Nachgiebigkeit nicht weiter treiben würde. Dem Vorwurfe, Christian IV. stelle Forderungen, deren Gewähr nur ein größerer Convent, also eine Reichsversamlung übernehmen könnte, begegnete er mit der Versicherung, daß demselben eine weitere Versamlung durchaus nicht zuwider wäre, er wollte nur verhindern, daß den Ständen auf einer solchen „präjudicierliches zuwachsen" möchte. Das konnte offenbar nur die Bedeutung haben, daß der Convent zu Braunschweig die unabänderlichen Grundlagen eines neuen Vergleichs der Stände unter einander und mit dem Kaiser durchsetzen sollte, so daß einer späteren Reichsversamlung nur die Genehmigung dieser Hauptpuncte und ihre nähere Ausführung vorbehalten gewesen wäre. Auf einem nach solchen Vorgängen zusammen berufenen Reichstage hätte aber natürlich der König als Schutzherr der protestantischen Stände wenn auch nur des nördlichen Deutschlands eine ganz andere Rolle gespielt, als die protestantischen Kurfürsten.[1] Verbürgte man nur im Voraus das freie Wahlrecht der Stifter und sicherte

1) Die letzten Mittheilungen aus dem K. St.-A. in Dresden. Kriegssachen im Reich belangend. Bd. 48, Vierter Band der Interpositionssachen.

den protestantischen Inhabern ihre Stellen in den Capiteln, dann hatte der König von Dänemark in Norddeutschland eine Stellung erlangt, welche auch über Kursachsens Bedeutung im Reich weit hinausragte.

Johann Georg weigerte sich daher ausdrücklich, seine Vermittelung weiter auszudehnen, als sie von den Ständen gesucht sei, d. h. er wollte nur zur Befreiung des niedersächsischen Kreises von den in ihm lagernden Heerhaufen mitwirken. „Die übrigen puncta aber, welche alle evangelische und katholische Stände concernierten, gehörten auf einen andern und großen Convent, alldieweil weder der niedersächsische Kreis von den Evangelischen, noch die Generale von J. K. M. und den katholischen Ständen darauf würden instruiert und legitimiert sein." Er bat um Entschuldigung, daß er in diesem Puncte gewahrsam verfahre.[1]

Und so haben denn die so lange hinausgesponnenen Verhandlungen zu keinem befriedigenden Abschlusse geführt werden können. Der König sendete am 8. März Klaus Daa und Sievert Pogwisch nach Braunschweig, um die Verhandlungen zu schließen. Schon früher hatte er den Gesandten der Gegenpartei das Geleit nur bis zum 10. März verlängert. Die Kreisgesandten beschäftigten sich zuletzt mit einer übersichtlichen Darlegung der Verhältnisse an Kursachsen, welche keine wesentlich neuen Gesichtspuncte mehr darbietet. Dieselbe zieht vielmehr nur die Summe aus den fruchtlosen Verhandlungen und wirft die Schuld der vereitelten Entwaffnung auf den Kaiser und seine Anhänger. Mit dem Eingeständnis, daß dem kaiserlichen Befehle keine Folge geleistet werden könne, beginnend, stellt sie die Frage, ob die Kreisbewaffnung so vollständig rechtswidrig sei, daß Tilly den Proceß mit der Execution habe beginnen müssen, und wider welchen katholischen Stand denn der König als Kreisoberster die Waffen ergriffen habe. Die protestantischen Diplomaten finden es ferner mit Recht auffällig, daß sich die katholischen Heerführer in einem so kritischen Augenblick nicht zu einer Garantie der protestantischen Stifter verstehen wollen, während Tilly doch im Jahre 1623, als es sich um den Anschluß der bisher neutralen niedersächsischen Stände handelte, eine solche Zusicherung ohne Weigerung ausgestellt hatte. Sie bezeugen nochmals, daß sie nicht das mit Gewalt entscheiden wollen, was nun einmal der Religionsfriede unentschieden und zweifelhaft gelassen hatte, sondern wollen nur samt Land und Leuten bei dem, „was sie und ihre Vorfahren vor vielen Jahren bei hochlöblicher Regierung Kaiser Ferdinands I., Maximilians II.,

1) Johann Georg an Christian IV. Dresden 25. Febr. 1626. Staatsarchiv in Magd. Stift u. Fürstenthum Halb. I. 264.

Rudolfs II. und Matthias' bis auf die Gegenwart ruhig gehabt, noch ferner in Friede und Ruhe gelassen werden." In einem Schreiben an den Kurfürsten selbst (6. März) hoben sie diesen Hauptpunct der ganzen Verhandlung nochmals kürzer hervor: nicht einen neuen Religionsfrieden, sondern nur den Schutz der Stände in ihren Erb- und Wahlländern bei dem alten Recht, ferner bei der Ausübung der augsburgischen Confession und den Reichsconstitutionen überhaupt, so wie endlich die gütliche Vergleichung der streitigen Puncte unter allen Kurfürsten, Fürsten und Ständen bezeichneten sie als ihr letztes Ziel.

Und auch der König selbst legte in einem ernsten und würdevollen Schreiben dem Kurfürsten noch einmal die Pflicht der Wahrung der evangelischen Interessen an das Herz. Es war eine Antwort auf den bereits erwähnten Brief Johann Georgs vom 20./30. Januar, welcher aber erst am 2./12. März in die Hände des Königs gelangt war. In diesem Schreiben hatte der Kurfürst jede weitere Ausdehnung seiner Vermittelungspflicht zurückgewiesen und zum Schluß den Wunsch ausgesprochen, Gott selbst möge das bevorstehende Unwesen, wann seine Stunde komme, wie es der wahren christlichen Kirche zuträglich und zur Ausbreitung seines göttlichen Wortes ersprießlich sei, dirigieren und wenden.[1] Auf diese religiöse Betrachtungsweise, welche dem Könige eine eben so natürliche war, wie dem Kurfürsten, erwidert der erstere: „Weil am Tage, was die katholische Liga mit uns im Sinn, so ist hohe Zeit, die Augen aufzuthun und für einen Mann zu stehn." Der Kurfürst möge ja alles dirigieren helfen, „daß es zuforderst Gott zur Ehre, seiner Kirchen zum Schutz und den bedrängten Christen zu Hilfe, Trost und Errettung gereichen möge." Bringen es aber die Gegner dahin, daß ein Kreis den andern stecken läßt, und daß sie einen Stand nach dem andern ruinieren ohne irgend eine Ursache, so haben sie ihren Zweck erreicht, „und wir uns selbst und nicht dem lieben Gott Schuld geben können." Christian IV. verspricht nichts zu thun, was dem Kurfürsten zuwider sein könnte, sondern sucht nur Gottes Ehre, „welcher ich mich obligiert erkenne mit Darstreckung alles dessen, so mir geschenket, das Meine zu thun."

Und so verließen denn, mit dem neuen Handschreiben des Königs an den Kurfürsten versehen, die sächsischen Gesandten die Stadt Braunschweig, und die Entscheidung der Dinge wurde nun ausschließlich der Gewalt der Waffen anheimgestellt.

---

1) Kgl. Geh. A. in Kop.

Daß der König gegen die Sicherstellung des freien Wahlrechts der Stifter bei einer wirklichen Abführung der katholischen Armeen und der Auflösung der Liga auch seinerseits vollständig abgerüstet haben würde, daran scheinen auch seine Gegner nicht gezweifelt zu haben. Wallenstein wenigstens entschuldigt sich gewissermaßen bei dem Kurfürsten von Sachsen seiner eignen ungenügenden Erklärungen halber. Er behauptet, eine ausreichende Erklärung dahin ertheilt zu haben, daß er die Stifter in ihrem vorigen Stande verbleiben lassen wollte, daß er nach dem Frieden eine Restitution der occupierten Länder versprochen und auch die Rückführung der Armee zugesagt habe. Nur gegen eine vollständige Abdankung des kaiserlichen Heeres will er sich gesträubt haben: er wollte nur die neugeworbenen Regimenter entlassen, die andern aber behalten.[1]

Auch während dieser Verhandlungen zu Braunschweig haben die Waffen nicht vollständig geruht, da man ja beiderseits einen glücklichen Erfolg derselben von vorn herein bezweifelte. Der Uebergang Mansfelds über die Elbe hatte zur Folge, daß sich Wallenstein durch Collalto der dessauer Brücke bemächtigte und daß, wie bereits erwähnt ist, die kleine vom Administrator Christian Wilhelm gesammelte Abtheilung theils aufgerieben, theils zersprengt wurde.

Kurze Zeit vorher hatte Christian von Braunschweig mit etwa 2000 Pferden einen Anschlag auf das Dorf Sallern ausgeführt, wo er ein kaiserliches Regiment überraschte und etwa 400 Pferde davon brachte.

Anfangs Februar wurde die Einquartierung in Anhalt verstärkt: in Stadt und Amt Köthen hatte man allein gegen 5000 Kroaten zu verpflegen. Mit einer Abtheilung derselben erschien Graf Schlick in der Nähe von Burg und brachte die Mannschaften des Administrators, der selbst bei dem Kampfe anwesend war, abermals zum Weichen.[2] In Wien wußte man von einer ganz bedeutenden Beute dieses Streifzuges zu erzählen.

Einen förmlichen kleinen Krieg mit den in ihrer Nähe einquartierten spanischen Truppen des Obersten Kronberg unterhielt die Stadt Göttingen. Man vergalt die Gewaltthaten der Feinde durch zahlreiche Ausfälle, an denen sich auch die in die Stadt geflüchteten Bauern betheiligten. Ein solcher besonders glücklicher Ausfall wurde am 23. Jan./2. Febr. 1626 ausgeführt: man brachte sogar die Leichen der Feinde mit in die Stadt.

---

1) Wallenstein an Joh. Georg Aschersleben 13. März. Kgl. St.-A. in Dresden a. a. O.

2) Das Treffen hatte am 6./16. Febr. in der Nähe von Parchau Statt.

Allein auch Niederlagen erlitt man natürlich: so wurde später ein Zug von 206 Wagen, welcher unter einer Bedeckung von 100 M. zur Fouragierung ausgezogen war, getrennt und zum Theil verbrannt. Und trotzdem führte einige Tage darauf eine aus 800—900 Bürgern, geworbenen Soldaten, Bauern und Ausschuß bestehende Abtheilung wiederum einen Anschlag während der Nacht auf einige benachbarte Dörfer aus.

Besseren Erfolg als dieser göttinger Haufe hatte ein mündener unter dem Kapitain Pfannkuchen, welcher in derselben Nacht denselben feindlichen Abtheilungen 55 Pferde abnahm. Und als nun die Feinde gegen das Ende des März die umliegenden Dörfer räumten, dehnte die Besatzung von Göttingen ihre Beutezüge bis in die Umgebung von Heiligenstadt aus.[1]

Sechstes Buch.

Der Beginn des Kampfes bis zur Schlacht von Rosslau.

Das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel unter Herzog Christian.

Auch nachdem Herzog Christian von Braunschweig zu rüsten begonnen hatte, glaubte Friedrich Ulrich seine Lage noch durch eindringliche Bittgesuche an den Kaiser bessern zu können. Von einem herzoglichen Handschreiben begleitet, ging am 30. Dec. n. St. abermals eine Beschwerde von Wolfenbüttel nach Wien. Friedrich Ulrich hebt in derselben hervor, daß er weder im Sinne habe, zur Restitution des Pfalzgrafen beizutragen, noch daß er Mitglied irgend eines sich auf das Ausland erstreckenden Bündnisses sei. Er will, um den Beweis der Wahrheit zu liefern, die Durchforschung aller seiner Archive gestatten. Immer von neuem beklagt er sich über Tillys Einbruch, den derselbe niemals durch bestimmte Thatsachen, sondern stets nur durch allerlei Vermuthungen und durch unbegründete, argwöhnische Befürchtungen gerechtfertigt habe. Weder in der Wahl des Königs von Dänemark, welcher sich bis jetzt in den Schranken der Reichsverfassung gehalten habe, noch in der Aufnahme des englischen Gesandten, der ja auch dem Kurfürsten von Sachsen seinen Besuch machte, will er gefehlt haben. Mit der ganzen treuherzigen Weitschweifigkeit der

1) Diarium Gottingicum.

Zeit erklärt er trotz der erlittenen Drangsale, welche auch ein steinern Herz bewegen müßten, in standhafter Devotion gegen den Kaiser beharren und sich auch nicht in fremde Bündnisse einlassen zu wollen.

Mit diesen Loyalitätsversicherungen mag es der Herzog und seine unmittelbare Umgebung sehr ernstlich gemeint haben: sie drücken ja ungefähr die Gesinnung derjenigen Partei seiner Räthe aus, welche einer näheren Verbindung mit Dänemark zu Kriegszwecken eben so abhold war wie einer Vereinigung mit Tilly, und welche trotz ihrer Loyalität Tillys Einfall doch auf das schärfste verurtheilte.

Allein weder der Herzog noch die antidänische Partei seiner Räthe konnte dieser Anschauung in Wolfenbüttel zum Siege verhelfen. Diese fand vielmehr den heftigsten Gegner in Herzog Christian selbst, dem es nicht gleichgiltig sein konnte, daß der eigne Bruder mit seiner Umgebung und den Ständen trotz seiner Rüstungen noch immer von Gehorsam gegen den Kaiser sprach. Vielleicht mögen Christian auch militärische Rücksichten bewogen haben, dieser Partei schärfer entgegen zu treten und sie endlich im Verein mit dem Oheim geradezu unschädlich zu machen. Das konnte aber nur gelingen, wenn die ganze Landesverwaltung in seine eigne Hand gegeben wurde, wie es ja der Kriegszustand mit Nothwendigkeit forderte. Außerdem aber scheint man auch in Besorgnis vor einem Handstreich, welcher Friedrich Ulrich gar in die Gewalt des Feindes hätte bringen können, gewesen zu sein.

Und so hat sich denn im Laufe des Januars Friedrich Ulrich seiner Regierungsbefugnisse, wahrscheinlich einer mehr oder weniger gelinden Nöthigung des Oheims und des Bruders nachgebend, halb freiwillig begeben und sich zunächst nach Rothenburg, darauf aber nach Wölpe zurückgezogen. In Rothenburg hat er seinem Bruder Vollmacht ertheilt und wahrscheinlich dem Kaiser selbst Anzeige von dem Vorgange gemacht.[1] Daß er hierbei nur dem Zwange nachgegeben habe, kann nicht behauptet werden: er selbst hat ja nach seinem Rücktritt von Dänemark und zwar schon gegen Ende dieses Jahres die Sache so dargestellt, daß er durch „widrige Leute“ beredet worden sei, sich in einen „Abort“

1) Der Tag, an welchem die Abreise des Herzogs erfolgte, kann nicht genau angegeben werden. Doch wies Herzog Christian schon am 14. Jan. a. St. die Gesandten zu Braunschweig an, sich nicht mehr an die ihnen ertheilte Instruction F. zu halten, sondern stets mit den Vertretern des Königs zu stimmen. Er beruft sich hierfür auf eine Commission seines Bruders und die ihm ertheilte Plenipotenz. Friedrich Ulrich selbst hat den Gesandten Wölpe am 24. Februar a. St. sein vollständiges Einverständnis mit dem Befehl seines Bruders und ihrer auf diesem beruhenden Haltung ausgesprochen.

des Landes zu begeben, worauf denn seine getreuen Räthe, welche mit eigner Lebensgefahr zum Frieden gerathen hätten, von ihm entfernt worden seien.

Ueber die Einzelheiten dieses Vorgangs, über die etwaigen Bedingungen, unter welchen sich der Herzog zurückgezogen hat, und vor allen Dingen darüber, ob die Resignation damals nur als eine zeitweilige betrachtet wurde,[1] wissen wir keinen weiteren Aufschluß zu geben. Mit einer Resignation auf kürzere Zeit konnte, so scheint es, Herzog Christian und auch dem Könige deshalb wenig gedient sein, weil der kinderlose Herzog schon über zwei Jahre von seiner Gemahlin getrennt lebte und zu einer Aussöhnung keinerlei Hoffnung vorhanden war. Sein Bruder aber konnte nach seiner Verheirathung, von welcher damals wirklich gesprochen worden ist, immer noch der Stammvater einer neuen wolfenbüttelischen Linie werden.

Daß aber dieser Schritt auch ein sehr verhängnisvoller war, hat man sich wol gleichfalls nicht verhehlt. Man würde ihn schwerlich gethan haben, wenn nicht die Hauptbetheiligten, der König und seine wolfenbüttelischen Neffen, schon jetzt für den Fall einer Niederlage das Herzogthum verloren gegeben hätten.

Als jedoch Friedrich Ulrich die Regierung abgetreten hatte, waren die Stände natürlich noch weniger zum Nachgeben bereit: ja sie betraten einen Weg, welcher sie in kürzester Frist zur völligen Lossagung vom Herzoge und seinem Hause führen mußte. Anfangs Februar hielten die Landstände der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Calenberg eine Versamlung zu Braunschweig, also in derselben Stadt, wo der niedersächsische Kreis schon mehrere Monate aussichtslose Friedensunterhandlungen fortspann,

---

1) Dies hat Friedrich Ulrich selbst später behauptet. Er stellte seine Abreise in das Lager des Königs so dar, als ob sie den Zweck gehabt hätte, den König zum Frieden zu disponieren: „. . . hat auch bei solchem verwirreten Zustande, bevorab weil sich dero widerherbeykunft über vermuthen etwas verzogen, dero Herrn Bruder . . Christian Vollmacht zurück gefertiget, jedoch anderer gestalt und weiter nicht, als das inzwischen J. F. G. biß zu S. F. G. zurückkunft bey vorfallenden Sachen mit der Landschaft, Stadhalter, Cantzler, Räthen, Dienern und Unterthanen tractiren, S. F. G. bestes in acht nehmen, und da nöthig schleunig effectuieren oder relation thun solte, Gantz ohne das S. F. G. derselben eine freye plenipotentz aufgetragen, noch viel weniger aber die Regierung gar abgetreten haben solten." Kurtze Gründliche Information S. 24, 25.

und forderten schließlich den Herzog zur Rückkehr in sein Land auf (26. Jan./5. Febr.).[1] Nichts gibt einen deutlicheren Begriff von der Kurzsichtigkeit dieser lutherischen Adelsaristokratie, als der Gedanke, von dem ihre Bemühungen ausgingen, durch rechtzeitige Nachgiebigkeit die Sache des Protestantismus zu retten.

Die Landstände rufen ihrem Herzog die Pflichten, welche ein Landesvater sogar nach heidnischem nnd mosaischem Gesetz gegen seine Unterthanen habe, ins Gewissen und brechen dann in den verwundernden Klageruf aus: „Wie habens dann E. F. G. immermehr übers Herz bringen können, daß sie von so viel tausend Landeskindern, jung und alt, eignen Gliedern, ihrer lieben Schafen unvorwarnet, außer Landes sich begeben, da dieselben in äußerster Gefahr stehen, täglich durch Hunger und Kummer, durch Schwert und Feuer und Herzensangst sehr viel elendiglich umkommen und fürter, da nicht zeitliche Hilfe geschafft wird, erbärmlich verderben müssen?" Sie weisen darauf hin, daß durch diese Maßnahme des Herzogs der gütliche Ausgleich in Braunschweig nur erschwert, wenn nicht vollständig vereitelt werde, und geben dann ihren Befürchtungen über die Folgen eines Sieges der Kaiserlichen, welcher ihnen also unausbleiblich schien, folgenden drastischen Ausdruck: „Sollte auch endlich der Sieg auf die andere Seite fallen, wies dann heißt, „fortuna belli semper ancipiti in loco est", würden wir sämtlich E. F. G. Unterthanen um das liberum exercitium Augustanae confessionis gebracht und unser und sämtlicher Unterthanen Posterität in die Finsternis des Papstthums geführet sein. Ob solches E. F. G. an jenem großen Tage und für dem gestrengen Richterstuhl Christi, welcher es sich um des zu Gottes Ebenbild erschaffenen Menschen willen so sauer hat werden lassen, zu verantworten auf sich nehmen wollen, da ihnen von Gott dem Allmächtigen, dessen Unterthanen bei dessen reinem h. Wort, bei Gleich und Recht, bei Ruhe und Friede zu beschützen und zu erhalten, so ernstlich anbefohlen worden, haben E. F. G. tief und wol zu erwägen."

Zunächst freilich ließ sich Friedrich Ulrich weder zur Rückkehr noch zu einem Wechsel seiner Anschauungen in Beziehung auf die Theilnahme am Kriege bewegen. Die Stände erhielten vielmehr einen Verweis, welcher ihrem Beschlusse nicht nur die ständische Qualität absprach, sondern auch

1) Städtisches Archiv zu Goslar und Herz. Archiv zu Wolfenbüttel (Acta betr. die von Herz. Christian als Herzogs Fr. Ulrich bestelltem Statthalter . . . mit den wolfenbütteliſchen und calenbergiſchen Landschaften angestellte Communication. XLI. 7.)

die Forderung stellte, daß man dem Herzoge die Urheber „dieser Aufwiegelung" namhaft machen sollte. Das herzogliche Schreiben erklärte diese letzteren für vorwitzige und unruhige Köpfe, denen die Libertät ihres Vaterlandes und wahrer Gottesdienst kein Ernst sei, und welche noch weniger ihrer Lehnspflicht eingedenk seien.

Die fürstlichen Diener und Geheimen Räthe, welche dem Anschlusse ihres Herrn an Dänemark entgegengearbeitet hatten, mußten jetzt natürlich gleichfalls das Feld räumen. Unter ihnen befand sich auch der hochbetagte und würdige Kanzler Eberhard v. Weihe, seiner ganzen humanistischen Bildung und seinen kirchenpolitischen Anschauungen nach ein Mann, welcher die nun im Erlöschen begriffene Richtung des 16. Jahrhunderts noch repräsentierte. Nicht ohne schmerzliche Resignation und mit einem Anflug halb widerwilliger freudiger Bewunderung seines neuen Landesherrn, für dessen Regierung er Glück und Heil von Gott herabflehte, zog er sich in das Privatleben zurück. In einem Schreiben (v. 4./14. Febr.), in welchem er Christian zunächst um Schutz für seine 26 Kinder und Enkelkinder, die er ernähren müsse, nachsucht, macht er das höfischer Schmeichelei doch wol nicht entsprungene Geständnis: „Nun wäre mir nichts lieber, als E. F. G. als einem tapfern Helden unterthänigst aufzuwarten und an die Hand zu gehen, allein wie ein alter Soldat, der nicht mehr streiten und fechten kann, seine Waffen an die Wand hänget, und ein Weib, der die Schönheit vergangen, nicht gern in einen Spiegel sieht, also ein Hofmann, welcher nichts tapferes verrichten mag, gerne weichet und Andern Platz gibt."

Dasselbe Loos traf auch den gelehrten, wissenschaftlichen Studien seit seiner Jugend ergebenen Statthalter Ernst v. Steinberg, welcher erst nach dem Sturze der Landdrosten in dieses Amt berufen war. Beide Männer wohnten übrigens trotzdem dem Tage von Braunschweig noch bis zum Schluß bei, den letzteren ereilte hier wenige Wochen nach dem Ableben seines jungen Landesherrn gleichfalls der Tod.

In dieser bedrohlichen Lage der Verhältnisse hat nun auch der König das Bedürfnis gefühlt, sich der wichtigen Landesfestung, welche trotz der Besitznahme durch Herzog Christian ihm unter den obwaltenden Umständen doch gefährdet erscheinen mochte, selbst zu versichern. Schon vor dem Ablauf der Verhandlungen in Braunschweig begab er sich daher mit 1000 Kürassieren und einer aus 100 Wagen bestehenden Munitionscolonne nach Wolfenbüttel und zog am 26. Februar n. St. in die Festung ein,[1]

1) Bricka 13.

was ihm durch die Bemühungen eines längst in seiner Bestallung stehenden wolfenbüttelischen Raths Rautenberg noch erleichtert wurde.[1]

Da der Statthalter Steinberg und der Kanzler Weihe nicht wider nach Wolfenbüttel zurückkehrten, so bildeten der Vicekanzler Eberhard v. Elz und Dr. Jacob Steinberg die Hauptträger des neuen „christianischen" Regiments. Oberst Hardenberg war bei dem Könige und jedenfalls auch bei seinem Neffen seines Verhaltens bei Göttingen wegen in Ungnade gefallen.

Wie wichtig es aber für den König war, die zerrütteten Verhältnisse des kleinen Landes in seine persönliche Obhut zu nehmen, dafür gewähren uns die archivalischen Berichte mehrfache Beweise. So verhandelte Rupp mit den beiden Oberstlieutenants v. Rheden und Gans darüber, wie die in Hannover liegende Besatzung von 2 Compagnien herauszubringen sei. Ja selbst der Oberstlieutenant Lohausen scheint mit Gallas in unerlaubtem Briefwechsel gestanden zu haben.

Nach Christians IV. Ankunft in Wolfenbüttel sind, wie es scheint, von Wallenstein auch noch ganz geheime Unterhandlungen, in denen es sich sogar um eine Aussöhnung Christian Wilhelms mit dem Kaiser und um eine Verheirathung des Herzogs Christian mit einer kursächsischen Prinzessin handelte, geführt worden. Wallenstein hat hierüber an Ferdinand II. selbst berichtet, welcher seinerseits der erstern bei einer wirklichen Unterwerfung des Markgrafen nichts in den Weg legen wollte und über die Verheirathung des Herzogs von Braunschweig auch mit Ludwig von Hessen in Verbindung trat.[2] Möglicher Weise stehen diese Pläne im Zusammenhang mit den Veranlassungen, welche in der letzten Februarwoche nicht nur den Herzog Wilhelm von Weimar, sondern auch den Markgrafen Sigismund von Brandenburg und den Landgrafen Georg von Hessen nach Dresden geführt hatten, wo sich in denselben Tagen doch wol nicht zufällig sowol kaiserliche wie tilly'sche und auch dänische Gesandte einfanden.

Herzog Christian war nicht darnach angethan, sich durch den Einspruch ständischer Gewalten in seinen Plänen stören zu lassen. Er versah das Patent der Stände des niedersächsischen Kreises (vom 4./14. März), durch welches allen evangelischen Offizieren und Soldaten, namentlich den aus dem Kreise gebürtigen, befohlen wurde, binnen Monatsfrist die Reihen

1) Die gewöhnliche von einem Verrath Rautenbergs berichtende Ueberlieferung kann unmöglich ganz zutreffend sein, da sich ja Christian der Jüngere schon seit Monaten in Wolfenbüttel befand. Vgl. übrigens v. d. Decken, Herz. Georg I. 183.

2) Ferdinand II. an Wallenstein, Wien 11. April 1626. K. A. in Wien.

der Gegner zu verlassen, mit seiner Namensunterschrift und ließ es veröffentlichen. Obwol der Kaiser den Landständen und auch den größeren Städten wie Braunschweig, Hannover, Göttingen nicht nur die Huldigung untersagte und überhaupt die Anerkennung des Herzogs auch nur in der Eigenschaft eines Landesregenten verbot, übte derselbe demungeachtet alle ihm zustehenden landesherlichen Rechte aus, von denen unter den damaligen Umständen das Recht der Ständeberufung als besonders wichtig hervortrat.

Als die Landstände übrigens aus Friedrich Ulrichs Schreiben ersahen, daß ihre schwache Hoffnung auf die Rückkehr und den Gesinnungswechsel ihres Landesherrn eitel sei, waren sie einen Schritt weiter gegangen und hatten sich unter der Vermittelung kaiserlicher Diplomaten mit der lüneburger Linie in Verbindung gesetzt. Bereits am 15. Februar erkundigte sich Friedrich Ulrich nach dem Zwecke einer derartigen ständischen Gesandtschaft an diese.

In seinem Ausschreiben zur Ständeversamlung sprach Herzog Christian die Erwartung aus, daß sich die Stände bei der gefährlichen Lage des Vaterlandes „nicht eben nach dem ordentlichen Herkommen, sondern pro viribus, womit sie dem Vaterlande in solchem Falle ganz und zumal verhaftet, angreifen möchten.“ Eine besondere Instruction wies die Räthe an, ihnen die militärischen Schöpfungen seines Vaters Heinrich Julius in Erinnerung zu bringen, durch welche er sich im ganzen Reiche einen Namen gemacht habe, und sie damit zur Zahlung der in Braunschweig bewilligten Tripelhilfe in triplo zu veranlassen. Der König werde auch die Stadt Braunschweig zur Abtragung der Kreissteuer vermögen.

Am 24. März n. St. traten nun die Stände während der Abwesenheit des Herzogs in Wolfenbüttel zusammen. Sie lehnten die Aufbringung der Kreissteuern mit Entschiedenheit ab. Allein der Herzog forderte auch noch neue Leistungen für eigne Rüstungen: für 2000 Mann heischte er zunächst Geld und Proviant. Der Adel sollte vom Rossdienst befreit bleiben, dafür aber Kriegssteuern zahlen, die Städte und das platte Land Proviant und einen monatlichen Zuschuß zum Trank liefern. Allein die Stände waren nicht zum Nachgeben zu bewegen, sondern suchten Aufschub und beantragten die Berufung der gesamten Landschaft. So zogen sich die Verhandlungen einige Tage resultatlos hin, bis man endlich ohne weiteres die fürstlichen Dekrete abfaßte und den Abgeordneten mittheilte. Schon ließ übrigens Christian den Ständen auch drohen, daß er die Sache den Soldaten übergeben würde, welche vielleicht „extraordinarie in exequendo“ verfahren möchten.

In dieser ablehnenden Haltung bestärkte aber die Vertreter der Stände das Verfahren des Kaisers im Betreff des Wechsels des Regiments nur noch mehr. Ferdinand II. erklärte (14. März) die Cession Friedrich Ulrichs für null und nichtig, verbot den Ständen, sich in irgend einen Dienst oder eine gegen ihn gerichtete Contribution einzulassen, und drohte bereits, das Land in Sequester zu nehmen und ihm einen Administrator zu setzen.

Dessen ungeachtet befahl jedoch Christian in einem scharfen gedruckten Rescript vom 6. April n. St. die Kreissteuern auf 12 Monate (vom 5. April 1625 bis zu demselben Tage des Jahres 1626) unverzüglich abzuliefern und ordnete Tags darauf auch die Zahlung der sechs bereits fälligen Römermonate an. Außerdem legte er eine Kriegscontribution auf: jede Feuerstatt mit Grundbesitz sollte monatlich einen Reichsthaler, Häuslinge 6 Mariengroschen und zwar vom März des laufenden Jahres an zahlen.

Auch der König selbst trat noch mit den Ständen in Verhandlungen, um vor allem die Zahlung der Kreissteuern durchzusetzen. Er stellte ihnen die bedrängte Lage, welche ihnen im Grunde eine Wahl gar nicht mehr gestatte, in der eindringlichsten Weise dar: „Christian suche ja nichts neues, sondern nur, was auch in andern Kreisversamlungen beschlossen sei. Nun hätten sie doch in der That erfahren, wohin Tillys und der Liga Bestrebungen gerichtet seien; entweder müßten sie dem Kreisobersten und ihrem Fürsten getreu unter die Arme greifen oder sich dem Feinde auf Gnade und Ungnade ergeben. Sie hätten eben so viel vom Feinde gelitten, weil sie die Rossdienste und Heeresfolge immer verweigert hätten. Wie von einem Theater wollten sie der Comödie oder vielmehr der Tragödie zusehen und alsdann, wenn es wol abginge, cum applausu herbeikommen und sich als getreue Patrioten und Unterthanen erzeigen!“[1]

Indessen auch diese anzüglichen Mahnungen fruchteten nichts mehr. Die Stände beharrten bei der Steuerverweigerung: vornehmlich der letzte Befehl des Herzogs hatte sie in die größte Erbitterung versetzt. Sie ersuchten Friedrich Ulrich abermals um die Rückkehr wenigstens nach Braunschweig und legten „in aller Unterthänigkeit“ Protest ein. Ihrer Anschauung nach genügte eine Revision der Rechnungen, möglicher Weise würden hierdurch noch bisher verborgene Schätze an das Tageslicht gefördert werden.[2]

---

1) Ungedrucktes Schreiben des Königs vom 25. April (n. St.) an den Ausschuß. Herz. Arch. in Wolfenbüttel Acta XLI. 7.

2) Schreiben vom 27. April n. St.

So hatte also die kaiserliche Autorität den entschiedensten Sieg über die protestantische Fürstengewalt davon getragen. Selbst die schweren confessionellen Bedenken, welche den Ständen entgegengehalten wurden, rührten sie nicht.

Im August des folgenden Jahres ließ Friedrich Ulrich eine vorläufige Berechnung der Summen, um welche sein Land seit Tillys Einfall geschädigt worden war, veranstalten. In derselben waren die Besitzungen des Adels und auch vieler Gemeinden nicht mit begriffen. Die Gesamtsumme, welche in dieser Rechnung angegeben wurde, belief sich auf beinahe 15 Millionen Thaler. In diese trostlose Lage hatte das Land natürlich nicht allein Tilly und seine Schaaren, sondern vornehmlich nach Friedrich Ulrichs Rücktritt auch Christian IV. versetzt: die Stände aber waren wirklich Zuschauer der Tragödie, in welcher es sich um ihr und der Ihrigen Leben, Freiheit und Gut handelte, geblieben.

Diese Haltung der Stände hat natürlich die trostlose Zerrüttung des Landes noch gesteigert. Wenn schon die Stände dem Herzog keinen Gehorsam schuldig zu sein glaubten, wie hätte da in andern Kreisen der Geist der Treue und Aufopferung Wurzel fassen können? Und so gestalteten sich denn die Zustände des von der Natur so gesegneten Ländchens täglich anarchischer. In den Aemtern Goslar und Seesen rotteten sich Jägerburschen und Andere zusammen, machten die Straßen um Goslar unsicher und warfen alles nieder, was ihnen in die Hände fiel, Soldaten und Bürgerliche, Kaiserliche und die eignen Landsleute. In Braunschweig, Heinrichsstadt, Gotteslager und Kaltenthal sammelte sich herrenloses Gesindel, welches geradezu auf Raub ausritt. Christian erinnerte dagegen an eine frühere Verfügung, nach welcher die Betroffenen ohne Unterschied niedergeschossen und der Pferde und aller ihrer Habe beraubt werden sollten. Binnen 24 Stunden gebot er diesen Freibeutern am 1. Febr. n. St. entweder Dienste zu nehmen oder das Land sofort zu verlassen, widrigenfalls Todesstrafe und Vermögensconfiscation über sie verhängt werden sollte. Er schärfte dabei zugleich das Verbot ein, daß sich kein Reiter ohne einen Paß, in welchem der Grund des Ausrittes enthalten sein mußte, aus seinem Quartier entfernen sollte.

Harzburger Bauern erschossen einen stolbergischen Sekretär und beraubten mehr Freunde als Feinde. Und auch die Soldaten ließen nicht allein ihrem Muthwillen freien Lauf, sondern verübten Thaten, welche die härtesten Strafen des Gesetzes herausforderten. So beschwerte sich der Superintendent Tappius zu Liebenburg über die Mannschaften des hier einquartierten Lieutenants, welche ungescheut raubten und brannten. Der Superintendent war vielleicht ein Gegner des jungen Herzogs, immerhin

aber darf nicht unerwähnt bleiben, daß er diese lutherischen Kriegsknechte Teufels- und Belialskinder nannte, daß er ihnen sogar den Genuß des heiligen Abendmahles entzog.

Und wie ansteckend wirkten diese ständischen Bestrebungen nun auch auf die Stimmung in den Städten, an welcher dem Könige und seinem Neffen so viel gelegen sein mußte. In Northeim commandierte allerdings ein Kapitän Fritz Koch eine Zeit lang Bürger und Soldaten: allein schon im Februar kamen Reibungen vor, und bald suchte sich der Rath gegen die Anschuldigungen des Kapitäns zu rechtfertigen. — Wie schwer ein auch nur leidlich einträchtiges Einvernehmen zwischen Bürgerschaft und Besatzung in Münden und Göttingen aufrecht zu erhalten war, davon wird weiter unten die Rede sein.

Herzog Christian von Celle und sein Bruder Georg.

Noch größere Verwirrung kam in die Verhältnisse des niedersächsischen Kreises, als nach und nach auch die cellische Linie des welfischen Hauses aus ihrer Zurückhaltung gegen beide Parteien hervortrat.

Wallenstein war es, welcher derselben die nächste Veranlassung bot. Am 1. Januar 1626 hatte er an den ehemaligen Kreisgeneral, den Herzog Georg, welcher sich damals noch nominell in der Bestallung Christians IV. befand, den Antrag gestellt, im Dienste des Kaisers 3000 M. Fußvolk und 1000 Reiter zu werben. Herzog Georg, der sich, wie wir sahen, schon längere Zeit mit diesem Gedanken des Uebertritts in kaiserliche Dienste trug, übersendete sofort an seinen Bruder Christian von Celle eine Resignationsurkunde seines dänischen Dienstes zur Aushändigung an den König selbst und bat um seinen Rath.

Natürlich war dieser Schritt des lutherischen Herzogs auch eine unmittelbare Folge der Parteinahme des wolfenbüttelischen Fürstenhauses. Landgraf Ludwig von Darmstadt, sein Schwiegervater, hatte Georg bereits von den drohenden Maßnahmen des kaiserlichen Hofes gegen Friedrich Ulrich und seinen Bruder in Kenntnis gesetzt: nach dem Tode des kinderlosen Herzogs sollte Christian der Jüngere von der Nachfolge ausgeschlossen werden. Der hessische Landgraf wollte im Besitz von Nachrichten sein, nach welchen sich der Geheime Rath bereits über die wichtige Angelegenheit schlüssig gemacht haben sollte.

Trotzdem erhob jedoch Christian von Celle, dessen Land die dänischen Truppen mit Ausnahme einiger festen Plätze längst occupiert hatten, Bedenken. Sein Rath ging dahin, daß sein Bruder den Uebertritt

wenigstens möglichst lange geheim halten und sich seine ausschließliche Verwendung auf dem Boden des Kreises ausbedingen sollte. Auch empfahl er demselben, die unter seinem eignen Befehl stehenden Mannschaften den von ihm begehrten Werbungen hinzuzufügen.

Nach einiger Frist sendete Herzog Georg einen Unterhändler Dr. Hundt zu Wallenstein, welcher zuvor auch bei Tilly vorsprach, und übergab seine Bedingungen. Noch war jedoch Wallensteins Antwort nicht eingetroffen, als den Herzog Georg eine neue Botschaft seines Bruders überraschte. Unter dem 18./28. Januar hatte Christian IV. durch einen Rittmeister Rüdicheim sein Bündnis mit England und den Generalstaaten in aller Form anzeigen und zum Beitritt einladen lassen. Herzog Christian hatte indessen die Entscheidung bis zum 1. März hinausgeschoben. Georg blieb natürlich seinem Entschlusse auch jetzt getreu, ermahnte aber den Bruder, sich wenigstens behufs einer Antwort an den König noch mit den übrigen protestantischen Ständen des Nordens, Kursachsen, Brandenburg und Pommern, ins Einvernehmen zu setzen. Christian der Aeltere hat indessen in dieser Zeit auch dem Könige noch weitere Zugeständnisse gemacht. Er ertheilte Jacob Ulfeld die Versicherung, bei einem Aufbruche des Königs, den dieser als nahe bevorstehend hingestellt hatte, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, um die beiden Festungen Celle und Gifhorn gegen einen Ueberfall zu sichern.[1]

Gerade um dieselbe Zeit, wo sich Georgs Uebertritt zu Wallenstein vollzog, hatte der König seinen Neffen Friedrich Ulrich vermocht, das Regiment über seine Lande den energischeren Händen seines Bruders zu überlassen. Selbstverständlich war diese wichtige Entscheidung nur ein neuer Sporn für Herzog Georg, die kriegerische Laufbahn unter dem kaiserlichen Adler, deren Preis ja voraussichtlich die wolfenbüttelischen Besitzungen sein mußten, weiter zu verfolgen.

Nun wurde endlich der von Christian dem Aeltern in ängstlicher Vorsorge lange zurückgehaltene Absagebrief an den König übersendet, und Herzog Georg beschleunigte eifrigst seine Werbungen.

Und darauf hat der erstere dem Könige eine wenn auch der Form nach immer noch zweifelhafte, so doch in ihrem Hauptinhalte nicht misszuverstehende Antwort ertheilt. Derselbe erklärte, zur Zeit noch nicht zu wissen, worauf das Bündnis sein Absehen habe, gegen wen und unter welchen Bedingungen es geschlossen sei, und ob sich auch andere Reichsstände in dasselbe einlassen würden. Aus diesen Gründen war es ihm unmöglich gewesen, mit seinen Brüdern in Unterhandlung zu treten oder

1) Christian d. A. an den König, Celle 9. Febr. a. St. K. G. A. in Kop.

die Landstände zu berufen, was übrigens auch die Ueberschwemmung des Landes mit Kriegsvolk verhinderte.

Trotzdem aber, daß sich auf diese Weise fast mitten in den von den königlichen Truppen besetzten Quartieren ein neuer Gegner erhob, traf der König keine energischen Gegenmaßregeln. Er erklärte wol, daß die Werbungen des Herzogs Georg nicht in seinem und des Kreises Dienste geschähen, begnügte sich aber ihm selbst gegenüber noch am 7./17. März mit einer Verwarnung[1] und mahnte noch gegen Ende desselben Monats Christian von Celle, den Bruder von einer Unternehmung zurückzuhalten, deren Ziel die Unterdrückung der Religion sei, welche er selbst bekenne. —

Der König hat überhaupt in dieser Zeit laut und vernehmlich den protestantischen Ständen gegenüber erklärt, daß seine ganze Unternehmung nur dem Schutze und der Vertheidigung des Protestantismus gewidmet sei. In allen Verhandlungen über den Anschluß hat er diesen Hauptgesichtspunct, niemals aber, so viel ich mich erinnere, die Restitution des Pfalzgrafen als sein Ziel hingestellt.

Um aber keinen Verdacht darüber aufkommen zu lassen, daß er es nicht auf eine Vertilgung der katholischen Confession überhaupt abgesehen habe, erließ er eine ausführliche, für alle katholischen Stände bestimmte Denkschrift an den „Herzog" Maximilian. Hiernach geht sein Bestreben nur darauf, daß Fürsten und Stände einer und der andern Religion allerseits mit einander in Ruhe und Frieden leben, und daß sie die von den Vorfahren „ererbte Libertät in Religions- und Profansachen" auch auf die Nachwelt bringen. Ja er nähert sich dem politischen Gedankenkreise auch der geistlichen Stände bis zu dem Ausdrucke, daß ja der ganzen Christenheit, vor allem aber den angränzenden Staaten, sehr viel daran gelegen sei, daß „status imperii Romani möge in seinem alten Wesen conservieret werden."[2] Mansfelds halber gab der König eine offne und seiner Ansicht nach beruhigende Erklärung: er sei von England und Frankreich ihm und dem Kreise zu Hilfe gesendet und werde gegen niemand Feindseligkeiten üben.

Auf eine tiefer gehende Wirkung dieser Darlegung hat jedoch der König schwerlich gerechnet, obwol natürlich auch er von der geringen Festigkeit der politischen Verbindungen seiner Gegner Kenntnis hatte.

Deshalb hat er auf der andern Seite auch nichts versäumt, um seine Freunde und Anhänger, wenigstens soviel deren die Waffen trugen, zu ermuntern und anzufeuern. Zu diesem Zwecke bediente er sich natürlich

1) Vgl. v. d. Decken I. 357.

2) Rothenburg 21. Jan. a. St. 1626. Gedruckt bei Londorp und anderwärts.

auch der Tagesliteratur in Reim und Prosa. So hat ihn ein Dichter in einem nicht übel gelungenen, umfangreichen Liede redend eingeführt, den herannahenden Ausbruch des Kampfes zu verkünden. Der König beginnt nach der allbekannten Sangweise:

Christianus von Norwegen
Bin ich, ein frischer Held,
Mein Glück und all mein' Segen
Hab ich zu Gott gestellt.
Den Kaiser und alle Fürsten
Hab ich allzeit geehrt,
Vor Tilly, dem Landstreicher,
Bin ich noch unversehrt. [1]

Kommt er mir aufgezogen
Mit seiner Liga groß,
Soll er sich finden betrogen
Und mich nicht also bloß:
Ich will mich präsentieren
Gegen ihn wol in das Feld,
Wie mir das will gebühren,
Als einen rechtschaffnen Held! [2]

In anderer Art suchen die prosaischen Schriften auf die Stimmung der protestantischen Länder und ihrer Obrigkeiten, namentlich Kursachsens hinzuwirken. Da erörtert ein getreuer kursächsischer Landsmann in Form eines Briefes [3] die Frage, warum sich Kursachsen und der niedersächsische Kreis der bedrängten Mitstände annehmen sollten. Nicht weniger als funfzig, zum Theil auf geschichtlicher Betrachtung beruhende Gründe werden für eine solche Betheiligung geltend gemacht. Der Verfasser hebt hervor, daß auch ein schwächerer Feind, dem man die Unterdrückung eines Standes nach dem andern nachsehe, bald Meister sein werde, daß ein Sieg Oestreichs über Dänemark auch den Kurfürsten von Sachsen in Gefahr setze. Er prophezeit ganz richtig: „Wenn der Eine dänisch, der Andere kaiserisch und der Dritte neutral sein will," so ist der Untergang und die Zerrüttung des Regiments gewiß. Eine andere Schrift warnt die Protestanten, ihre Hoffnung auf den ulmischen Deputationstag zu setzen, und die Stadt Ulm selbst, eine kaiserliche Garnison einzunehmen. [4] Die Papisten sind resolute Leute, die in ein Horn blasen und den Lärmen zu machen und

1) Mit einer Aenderung für „unversehrt."
2) Diarium Gottingicum und städtisches Archiv in Braunschweig.
3) Sächsischer Merk auf 1626.
4) Das deutsche Wach auf oder ulmischer Discurs . . 1625.

auszuführen wissen, während ihre Gegner von Furcht befangen sind und mit Füßen auf sich gehen lassen.

Indessen auch der kursächsische Standpunct zwischen den Parteien findet seine Vertheidiger.[1] Es wird von einem Neutralen betont, daß Christian IV. sein Heer mit Hilfe ausländischer Fürsten aufgebracht habe und erhalte. Diese Schrift begegnet ferner der Befürchtung, Kaiser Ferdinand II. werde nach Art Karls V. versuchen, den evangelischen Glauben ganz auszurotten und eine spanische Knechtschaft aufzulegen, mit dem Hinweis, daß dies im Grunde doch nur der liebe Gott wisse als der rechte Herzenskündiger, und fertigt die Ansicht, daß das Haus Oestreich damit umgehe, eine spanische, d. h. also monarchische Herschaft in Deutschland zu gründen, mit wolfeilen Spöttereien ab. Diese Anschauung haben doch nur Leute, die sich einbilden, ohne ihre Sorgfalt stürze der Himmel ein und gehe Deutschland vollständig in die Brüche. Daß die katholische Partei sich nach weiteren Siegen auch an Brandenburg und Sachsen machen werde, scheint dem Verfasser unwahrscheinlich, da ja dann ein wirklicher Religionskrieg entstehen, und auch das Ausland in große Bewegung gerathen dürfte. Die Gefahr wegen der geistlichen Güter wird aber überhaupt nicht so bedeutend werden, wie man sich einbildet; und muß man dem ungeachtet einst wirklich wider Katholische in die Stifter aufnehmen, „so rathe" — der Verfasser ist mit seinem Latein zu Ende — „ein Anderer, was er kann: mir gefällt der gelindeste Weg, und ich warne vor weiteren Kriegen, weil bisher so wenig Glück damit verbunden war, und Gott sichtbarlich darauf hingewiesen hat, daß man seiner Allmacht in Beschützung der wahren Kirche nicht vorgreifen, noch unter der Decke der Religion seinen Privatnutzen suchen darf." Doch werden schließlich auch noch positive Maßregeln empfohlen: ein zwei- oder dreijähriger Waffenstillstand und während desselben ein Reichstag und eine bessere Correspondenz der Evangelischen, aber ohne eine Union und ein besonderes Bündnis!!

Gar manche dieser Gründe sind wirklich in Gutachten und Berathungen politischer Körperschaften und fürstlicher Beamten geltend gemacht worden: im Allgemeinen aber trat hier doch noch mehr die Rücksicht auf den Kaiser als Oberhaupt des Reichs und Schirmherr der ganzen Territorialverfassung in den Vordergrund. Der Lehnsmann soll nicht gegen den Kaiser streiten, der überdies den Kampf Jahre lang fortsetzen und die Bundes-

2) Politischer Discurs . . 1626. Unter anderem Titel auch bei Londorp II. (1630) 1317 ff. nebst einer Gegenschrift und einer Rettung des Pol. Discurs.

genossen Dänemarks im Namen der Reichsverfassung in die Acht erklären kann, wenn er auch die Vollstreckung aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Zeit lang hinausschiebt.[1] Denn der ganze Krieg ist nur ein Krieg des Königs von Dänemark gegen den Kaiser.

Und wie hätten auch die kleinen Stände die Gefahr des Beitritts auf sich nehmen sollen, während sie den obersächsischen Kreis und seine beiden größten Territorialherren sich in immer strengere Neutralität zurückziehen sahen!

So erweist es sich denn auch hier, daß dem siegreich vordringenden Katholicismus untergeordnete Kräfte der Abwehr gegenüber stehen. Davon legt auch diese kleine Literatur in sprechender Weise Zeugnis ab.

Keine dieser politischen Reimereien oder prosaischen Darlegungen erhebt sich über die dürftigsten politischen Begriffe, keine vermag auch nur die ungeheuren Schwierigkeiten der Lage von fern anzudeuten. Berge tief steht die politische Bildung der Protestanten dieser Zeit unter jenem Niveau gesunder, volksthümlicher Anschauungen, welchem die Reformatoren auch bei dem gemeinen Manne begegneten.

Wie sich unter solchen Verhältnissen die Zukunft gestalten würde, ahnten jene Neutralen nicht im Entferntesten. Noch weniger stoßen wir auf einen Versuch, dieselbe den eignen Wünschen gemäß zu bestimmen, auf eine politische Organisation, in der auch die Kleinen und an und für sich Schwachen durch festes Aneinanderschließen eine widerstandsfähige Gemeinschaft bilden.

Von wie großer Bedeutung konnte aber solchen Ständen gegenüber immerhin die Persönlichkeit des Königs selbst sein! Allein Christian IV. war jetzt durch das Fehlschlagen aller seiner Hoffnungen tief herabgestimmt und seit längerer Zeit auch körperlich leidend. Da er trotzdem nach alter Gewohnheit alles selbst anordnete, wuchsen ihm die Dinge über den Kopf, und es fiel mehr und mehr alles auseinander. Je mehr sich das System seiner politischen Berechnungen, welche sich über ganz Europa erstreckten, als trügerisch erwies, um so geringer wurde sein Selbstvertrauen, und das Gefühl der Rathlosigkeit und Verwirrung theilte sich endlich auch den wenigen Selbstbewußteren und Entschlossneren mit, welche sich überhaupt in seiner Nähe befanden. Und mit jenem unbesiegbaren Kraftbewußtsein, welches Gustav Adolf erfüllte, ist Christian IV. nicht einmal in diesen Kampf eingetreten.

1) Ziemlich wörtlich aus dem Gutachten des celliſchen Kanzlers Hedemann, v. d. Decken I. 365.

Der Herzog von Weimar im Stift Osnabrück.

Von Neuem war während dieser Kriegswirren der bischöfliche Stuhl zu Osnabrück erledigt worden. Der Cardinal Eitel Friedrich von Hohenzollern starb am 19. September 1625, nachdem er den Grafen Franz Wilhelm von Wartenberg, einen Sohn des Herzogs Ferdinand von Baiern aus unebenbürtiger Ehe, als Nachfolger bezeichnet hatte.

Und wenige Wochen nachher wählte das Domcapitel in der That diesen nahen Verwandten des Erzbischofs von Köln und des Kurfürsten von Baiern zum Bischof. Derselbe bekleidete damals die Würde eines Dompropstes zu Regensburg. Nun hatte sich aber der König von Dänemark bereits im Jahr 1623 bemüht, seinen Sohn Friedrich in das Bisthum zu bringen; er beschloß daher jetzt das Aeußerste aufzuwenden, um den Gegnern in so kritischer Zeit das Bisthum, welches ihm eine so bequeme Verbindung mit Holland ermöglichte, zu entreißen.

Zu diesem Behufe ertheilte er dem Herzoge Johann Ernst von Weimar den Befehl, mit einigen Regimentern Reiter und Fußvolk in die Stifter Münster und Osnabrück vorzurücken und durch eine militärische Occupation des letztern die Wahl seines Sohnes zu unterstützen oder herbeizuführen. Andrerseits aber betrachtete der König diese Unternehmung auch als ein Mittel, der Armee Subsidien zuzuführen. Auch Wallenstein bezog ja den größten Theil des Unterhalts für seine Truppen aus den protestantischen Stiftern Magdeburg und Halberstadt.

Ferner aber hatte die ganze Bewegung einen strategischen Zweck: es galt Tilly von der Weser abzuziehen, die braunschweigischen und hessischen Lande möglichst vor ihm zu sichern und somit seine Vereinigung mit Wallenstein zu erschweren. Endlich wollte man auf diese Weise Mansfeld und Fuchs den Marsch an der Elbe aufwärts erleichtern.

Nachdem Johann Ernst Nienburg, Neustadt und Stolzenau gesichert und den Oberbefehl an Nerpraht abgetreten hatte, machte er sich mit einer ziemlich starken Abtheilung und 2 halben Kartaunen nebst einem bedeutenden Wagenpark auf den Weg.[1] Er ging über Barnstorf, wo wir ihn am 23. Febr./5. März antreffen, nach Quakenbrück. Er hoffte, wenn auch nicht alles gelingen sollte, doch wenigstens 40,000 Thlr. aus dem Stift Osnabrück und 100,000 Thlr. aus Münster davonzubringen.

Schon am 8. März befand sich der Herzog vor der Stadt Osnabrück und eröffnete Unterhandlungen mit der Stadt, den Stiftsständen und dem

1) So nach seinen eignen Schreiben an den König.

Capitel, welche natürlich zunächst fruchtlos blieben. Da glückte es einem dänischen Obersten Holke, nachdem der Oberst Limbach die Forderungen des Herzogs im Capitelshause überreicht hatte, die zwei vornehmsten Mitglieder des Domcapitels, den Dompropst Sixtus v. Liauckema und den Domdechanten Theodor v. Morrien aus der Stadt in die Verwahrung des Herzogs zu bringen, dessen Hauptquartier sich auf dem Hause Astrup befand.

Und als der Herzog noch überdies Zwangsmittel zu ergreifen sich anschickte, die Stadt zu beschießen drohte und sogar die beiden gefangenen Domherrn auf die Batterien stellte, erklärten sich die übrigen Domherrn zur Wahl bereit. Alle drei Stände nahmen endlich (14. März) den Prinzen Friedrich zum Coadjutor an, versprachen außerdem eine Gesandtschaft zum Könige abzuordnen, innerhalb dreier Monate 40,000 Thlr. zu erlegen und dem Herzoge das Haus Fürstenau einzuräumen. Auch sollte es allen stiftischen Unterthanen freigestellt bleiben, dänische Dienste zu nehmen.[1]

Der Herzog hatte jedoch den Abschluß der Verhandlungen nicht abgewartet, sondern war südwärts vorgerückt bis nach Wiedenbrück, welches er mit 200 M. besetzte. Diesen Punct gedachte er zu behaupten, da man von hier aus Münster, Paderborn und auch einen Theil des kölner Stiftes in Contribution setzen konnte. Von Wiedenbrück aus erstattete er am 10./20. März an den König Bericht, der freilich erst am 26. März a. St. in Wolfenbüttel eintraf.

Um diese Zeit aber hatte der Herzog seine Regimenter bereits wider zurückgeführt. In der That war nämlich der Feind bis zwei Meilen vor Osnabrück, jedenfalls von Minden aus, welches Gallas besetzt hielt, erschienen und hatte so den Herzog zum Rückzuge genöthigt. Doch hatte der letztere nicht nur in Wiedenbrück, sondern auch in Fürstenau, Börde und Wittlage Besatzungen zurückgelassen.[2]

Kurze Zeit darauf begab sich Johann Ernst in einer diplomatischen Mission nach dem Haag. Er hatte den Auftrag, sich persönlich nicht nur von der Stimmung der Generalstaaten gegen den König, sondern überhaupt von dem augenblicklichen Stand der Beziehungen zwischen den

1) Vgl. den Bericht bei Heerman, Beytrag S. 199 ff., wo die Stärke des von Joh. Ernst damals geführten Corps auf 2000 R., mehr als 8000 M. Fußvolk, 6 St. Geschütze und 2000 Wagen angegeben ist.

2) Ungedruckte Schreiben Joh. Ernsts an Christian IV., Barnstorff 23. Febr. Gertrudenberg 3. März, 5. März, Wiedenbrück 10. März, Bremen 17. März (a. St.) K. G. A. in Kop. Vgl. hierzu auch Goldschmidt, Lebensgeschichte des Cardinalpriesters Franz Wilhelm S. 14 ff.

großen europäischen Mächten zu überzeugen und vor allem die thatkräftige Unterstützung der Generalstaaten für den bevorstehenden Sommer nachzusuchen. Am 16. April n. St. traf er im Haag ein und verweilte hier unter andern auch im engsten Verkehr mit dem französischen Gesandten etwa 4 oder 5 Tage.

Große Hoffnungen hat jedoch Johann Ernst aus seinen Verhandlungen mit dem Prinzen von Oranien und den Generalstaaten unmöglich schöpfen können. In der Hauptsache verwiesen sie ihn doch auf die Unterstützungen Frankreichs und Englands, und nur in einem Puncte zeigten sie sich nachgiebig. Sie versprachen für den König eine Cavalcade in das Stift Münster bis nach Wiedenbrück zu unternehmen, sobald derselbe für den nöthigen Proviant würde Sorge getragen haben. Bis sie darüber Nachricht erhalten würden, wollten sie jedoch auch diese Cavalcade aufschieben. Noch weniger waren sie geneigt, gegen die Ems vorzugehen und Lingen anzugreifen. Gerade die Erfüllung dieser Forderung machten sie von den englisch-französischen Entscheidungen abhängig.[1]

Immerhin aber war dieser so wol gelungene Zug des heroischen Ernestiners von nicht geringer Bedeutung. Er zwang Tilly, sein Auge gen Westen zu richten, wo sich ein neuer Kriegsschauplatz zu eröffnen schien. Denn daß es der König in der That darauf abgesehen hatte, Tilly möglichst weit von Wallenstein über die Weser zu locken, beweist auch der Zug des Herzogs Christian von Braunschweig nach Hessen.

Am 13./23. März verließ der Neffe des Königs Wolfenbüttel, während Mansfeld, der bereits in Brandenburg stand, seinen Angriff auf die Brücke bei Rosslau vorbereitete.

Die Stadt Goslar.

Auch auf dem Harz war es noch zur Zeit der braunschweiger Verhandlungen zum Kampf gekommen. Die in Gittelde liegenden Spanier hatten bereits im Februar das freundliche Bergstädtchen Grund abgebrannt, so daß sich die Einwohner zur Auswanderung genöthigt sahen.

Darauf sicherte Herzog Christian d. J. die Stadt Zellerfeld durch 300 M., während Herzog Georg von Lüneburg das benachbarte Klausthal besetzte. Allein die Lüneburger wurden schon einen Tag nach ihrer Ankunft von dem in Zellerfeld commandierenden Hauptmann Holstein zurückgeworfen

1) Ungedr. Brief Joh. Ernsts an den König, Verden d. 17./27. April, und die Depesche des franz. Gesandten d'Espesses an d'Herbault, Haag 21. April.

(1. März n. St.?). Herzog Christian aber sendete darauf den Obersten Ph. R. v. Solms mit Verstärkungen in die beiden Städte.

Da nahte sich indessen nach kurzer Zeit von Northeim und Osterode her Tilly.[1] Die Dänen und Braunschweiger aber gaben dem Anschein nach in wenig ehrenvoller Weise Klausthal und Zellerfeld auf: während die Einwohner der letzteren kleinen Bergstadt unter ihrem Stadthauptmann Thomas Merten sich eines tapferen, aber vergeblichen Widerstands erkühnten. Der Heldenmuth der Bewohner vergrößerte natürlich das Unglück der kleinen Stadt, in welche Tilly unter großen Verwüstungen siegreich einzog. Der ligistische General hat darauf längere Zeit in dem von ihm verschanzten Klausthal sein Hauptquartier aufgeschlagen.[2]

Noch mehr wie an diesen kleinen Bergstädten war aber Herzog Christian und seinem königlichen Oheim an der auf die Festigkeit ihrer Mauern trotzenden, kleinen neutralen Reichsstadt Goslar gelegen, welche mit einer Besatzung von 300 M. Infanterie und 10 Pferden den Wechselfällen der Zukunft entgegenging.

Eben so wenig wie die Stadt irgend einen der vom niedersächsischen Kreise ausgeschriebenen Städtetage in letzter Zeit besucht hatte, war sie bisher zu einem engeren Anschluß an das wolfenbüttelische Fürstenhaus, über das es seit nun bald 80 Jahren so bittere Klagen führte, zu bewegen gewesen.

Da nahte sich denn am 4./14. März, sicherlich im Einverständnis mit einer Partei in der Stadt der Herzog Christian selbst. Allein sein Ueberfall blieb erfolglos, obwol man schon im Begriff stand, das Nicolaithor zu sprengen. Da die Stadt die Aufforderung des Königs zur Aufnahme einer Besatzung zurückgewiesen hatte, drohte Herzog Christan, dem ihre Bittgesuche bei Tilly und wol auch bei Wallenstein bekannt geworden waren, mit Feuer und Schwert, falls man den Kaiserlichen die Thore öffnen würde. Außerdem legte aber auch die Bürgerschaft energischen Widerspruch ein und wurde in ihrer Opposition gegen den Rath von dem jungen Herzoge eifrigst unterstützt. Derselbe mahnte Gilden und Gemeine, gute Aufsicht über die Schritte des Raths zu üben und seine Vorschläge, wie süß sie auch klingen würden, energisch zurückzuweisen. Dagegen sagte er ihnen, falls sie mit ihm gehen würden, seinen kräftigen Schutz zu: „Ergreifet, so schloß er, einen beherzten Heldenmuth und streitet tapfer wider den Feind.“ Die Aufregung in der Stadt erreichte damals einen so hohen

1) Am Sonntag Lätare 19./29. März.

2) Vgl. Max, Geschichte des Fürstenthums Grubenhagen I. S. 435. 436.

Grad, daß die Anhänger des Herzogs sogar den Bürgermeister festnehmen ließen und mit dem Tode bedrohten.[1]

Allein trotzdem mißlang auch ein neuer Versuch des Herzogs auf die Stadt, der doch sogar durch Artillerie unterstützt wurde. Die Braunschweiger fanden die Wälle hinlänglich besetzt und gut vertheidigt: mit Zurücklassung von Toten und Verwundeten zogen sie ab. Wenn wir Tillys Versicherung Glauben schenken dürfen, hatten die Feindseligkeiten des Herzogs auch die gemeine Bürgerschaft dem Rathe wider genähert. Sie erklärte sich schließlich mit der Annahme einer Besatzung von 300 M. einverstanden, um deren Bezahlung der Magistrat geradezu Tilly und zwar durch Herzog Georg ersuchen ließ. Dieser aber sagte der protestantischen Reichsstadt in der That eine monatliche Summe von 2000 Thlrn. aus der Kasse der Liga zu!![2]

Und darauf ergriff der Herzog, als die katholischen Truppen mit Zuthun der goslarischen Bürger einige braunschweigische Gebäude in der Nähe der Stadt niedergerissen und verbrannt hatten, und sich die Stadt der in derselben geborgenen Habseligkeiten der Landbewohner bemächtigte und besonders die Waffen nicht wider aus den Thoren ließ, noch energischere Maßregeln. Er gab dem Führer eines Freicorps, Hans Lindemann, und seiner Truppe von 40 Förstern und einer Anzahl Schützen die Stadt und ihre Bürger geradezu preis. So lange die erwähnten Gebäude nicht restituiert und die Beschwerden nicht abgestellt seien, sollten die Freischaaren mit allen in ihre Hände gefallenen Bürgern und Einwohnern nach ihrem Gefallen verfahren dürfen.[3]

Auch die Stadt Goslar hatte natürlich einen Preis für ihre Treue gegen das katholische Oestreich in Aussicht genommen. Der Rath hoffte entweder auf der Stelle oder doch wenigstens bei einem künftigen Friedensschluß wider in die im J. 1552 an Heinrich den Jüngern abgetretenen Güter, vor allem also in das Hoheitsrecht über den Rammelsberg und die abgetretenen städtischen Forsten wider eingesetzt zu werden. Zu diesem Behuf entsandte er später eine Deputation nach Wien und erlangte auch einen von Strahlendorf unterzeichneten günstigen Bescheid. Allein die kaiserlichen Räthe

1) Tilly an Wallenstein Klausthal den 31. März 1631. Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesherr 422.

2) Tilly an Maximilian Höxter 3. Mai. K. R.-A. in München. Acta d. dr. Kr. T. 138. Die Summe ist wenigstens ein Mal und zwar an den Rathsverwandten Dr. Johann Recke gezahlt worden.

3) Göttingen 24. April a. St. (?) 1626. Ohne Unterschrift und Adresse. Herz. A. zu Wolfenb.

scheinen dabei doppeltes Spiel gespielt zu haben: auch Johann Georg von Sachsen behauptete, schon im August des vorigen Jahres eine Anwartschaft vom Kaiser erhalten zu haben.

Christian von Braunschweig und Landgraf Moriz von Hessen.

Von Goslar zog Herzog Christian, gegen welchen sich auch Wallenstein mit 14- bis 15,000 M. zur Entsetzung der Stadt und zur Unterstützung Tillys erhoben hatte,[1] nordwestwärts, überschritt bei Hameln die Weser, machte einen Einfall in das Paderbornische und erschien darauf in den hessischen Aemtern Trendelburg und Grebenstein. Von dem letzteren Orte aus bat er am 9./19. April den König um Verstärkung durch Infanterie, welche ihm aber abgeschlagen wurde. Der König verwies ihn auf das Landvolk, also auf die Unterstützung der von allen Seiten sich erhebenden hessischen Freiwilligen.

Dieser hessische Bauernaufstand war zunächst gegen die räuberischen Schaaren des Herzogs Adolf von Holstein gerichtet und hatte sich von Rothenburg aus über die Städte an der Werra bis nach Schmalkalden verbreitet. In Sontra sollen von den vereinigten Bauern und dem Landesausschuß 321 Holsteiner niedergehauen worden sein. In Schmalkalden verlor der Herzog 200 M. und kam auch persönlich ins Gedränge. Er mußte das Schloß aufgeben und sich in ein Bauernhaus flüchten, vor dem er sogar Kanonen auffahren ließ. Als der lutherische Herzog einem landgräflichen Beamten gegenüber die Drohung aussprach, seinem Vetter den rothen Hahn ins Land zu setzen, erwiderte dieser sofort: „Wenn die Glocken gingen, käme seines Gebeins nicht davon."

Dieser Aufstand stellte zugleich eine erwünschte Verbindung mit Thüringen her, da sich nur an einigen Puncten, wie z. B. in Vacha, schwache holsteinische Heerestheile behaupten konnten.

Die ganze Bewegung richtete sich übrigens auch gegen den mit Tilly und den Kaiserlichen sympathisierenden Adel. Bürger und Bauern zogen damals in der letzten März- und ersten Aprilwoche von Edelhof zu Edelhof, um ihre Rache an den Freunden der Kaiserlichen zu kühlen.

Tilly, der schon in Klausthal erfahren hatte,[2] daß der Landgraf Moriz im Sinn habe, den Dänen sein Land zu öffnen, hatte nach

1) Wallensteins Schreiben an den spanischen Gesandten in Wien Aschersleben den 14. April.

2) Villermont, Tilly 728.

Christians Aufbruch sein Hauptquartier nach Höxter an die Weser verlegt und versuchte vergeblich durch ausgesendete Streifcorps den kühnen Reitergeneral und sein Corps zum Stehen zu bringen. Als er sich endlich, im tiefsten Missmuth über den wenig befriedigenden Zustand seiner Armee und überdies körperlich leidend, selbst zur Verfolgung erhob, hatte sich Christian bereits wider bei Münden über die Werra und dann nach Göttingen und Northeim zu gewendet.[1] Das letztere war durch seinen Marsch rechtzeitig von der Einschließung durch den Generalfeldzeugmeister und Obersten Levin v. Mortaigne befreit worden.

Auch auf diesem Zuge wurde das katholische Eichsfeld hart mitgenommen: zahlreiche Dörfer und Gotteshäuser wurden von den Braunschweigern in Asche gelegt.[2]

Der ganze Zug des Herzogs hatte doch wol den Hauptzweck, den Landgrafen Moriz zum Anschluß an die von dem Könige vertretene Sache zu nöthigen. Der Landgraf wird „nun nolens volens fort müssen", schrieb Christian IV. auf die Nachricht von dem wolgelungenen Marsche seinem Neffen nach Grebenstein.

Der Landgraf von Hessen-Kassel war auch nach dem Tage von Lauenburg nur als Bittsteller an den König herangetreten.

Besonders im Anfange dieses Jahres ließ er demselben seine vielfachen Beschwerden über das Urtheil in der marburgischen Sache, über eine von Lüneburg plötzlich wider auf die Tagesordnung gesetzte Streitfrage wegen der Herschaft Rolshausen, ferner über das widersetzliche Gebahren seiner Ritterschaft vortragen und erbat sich in allen diesen Drangsalen und besonders für den Ausgleich des Zwistes mit seiner Landschaft des Königs Unterstützung. Von einem engeren Anschlusse an Christian IV. ließ er indessen nichts verlauten; er wollte vielmehr als selbstständiges Glied in das von Christian IV. mit den auswärtigen Mächten geschlossene Bündnis eintreten.

Allmählich aber mochte dem Landgrafen seine Stellung zwischen den Parteien doch als eine sehr unsichere vorkommen: er ließ daher endlich durch Christian v. Hartlau um den Schutz und die thatkräftige Unterstützung Christians IV. gegen die von allen Seiten drohenden Feinde nachsuchen.

Und auf dieses Gesuch hat er einen befriedigenden Bescheid erhalten. Der König erwiderte, er habe bereits Herzog Christian Befehl ertheilt, sich mit 6000 M. Fußvolk und 3500 Pf. Hessen zu nähern und die

1) Tilly an Maximilian Höxter 26. April.
2) Wolf, Pol. Gesch. des Eichsfeldes II. 183.

Päſſe, welche der Landgraf nicht beſetzen könne, in ſeine Verſicherung zu nehmen.[1]

Schon Anfangs April ſuchte jedoch Tilly um Quartier in Heſſen nach, obwol zunächſt nur für ſeine Leibcompagnie. Der Herzog Adolf von Holſtein, ein Urenkel Philipps des Großmüthigen, ſtand noch Ende März in Schmalkalden, ein anderer kaiſerlicher Offizier, ein Graf von Spaur, wollte ſich in Melſungen einlagern.

Indeſſen auch in Heſſen gab es eine entſchloſſene Partei, welche zum äußerſten Widerſtande bereit war. An ihrer Spitze ſtand der Kanzleidirector und Generalauditor Wolfgang Günther, ein aus Paderborn vertriebener Proteſtant, und neben andern ein Oberſt v. Siegen. Wolfgang Günther ſcheint eine dem leicht aufflackernden Landgrafen verwandte Natur geweſen zu ſein. Als Mitglied des Geheimen Raths hatte derſelbe dem Landgrafen in einer beſonderen Denkſchrift ſeine Vorſchläge unterbreitet. Er drang auf die Bildung von Freiwilligencorps, auf Verſtärkung der Miliz und auf engſte Verbindung mit dem bürgerlichen Elemente des Landes, den Städten. Von den Rittern, welche ſich unter dem Schutze des kaiſerlichen Adlers ihren nächſten Verpflichtungen gegen Fürſt und Volk entzogen, ſollte ſich Moriz entſchieden abwenden.

Der Landgraf ergriff den Plan mit Begeiſterung: im Vertrauen auf die Mannhaftigkeit „des dritten Standes“ berief er die Vertreter der heſſiſchen Städte nach Kaſſel (23. März), ließ eine landſtändiſche Commiſſion aus denſelben wählen, welche energiſche Maßregeln anbahnte. Die Städte übernahmen die Koſten für die Beſatzungstruppen der Feſtungen, beſchloſſen den bereits aufgebotenen Ausſchuß auf 5300 Köpfe zu bringen und ihn quartierweiſe zu verpflegen, ferner Cavallerie aufzuſtellen, ein Ausfuhrverbot zu erlaſſen und auch eine Vertheidigungsſchrift für alle dieſe Maßregeln zu veröffentlichen. Vor Kaiſer und Reich wollte man erklären, daß man Tyranneien, welche auch bei den Türken für barbariſch galten, nicht länger dulden und die Unterthanen in ihnen ſtecken laſſen oder denſelben die natürliche Vertheidigung mit dem Hinweis auf die Kaiſerliche Majeſtät unterſagen könnte.[2]

Die Ritterſchaft wollte man wenigſtens um den Beitritt zu dieſem Landrettungswerk erſuchen, aber bei fortgeſetzter Weigerung Executionsmittel gegen ſie anwenden. Der wichtigſte dieſer Beſchlüſſe war derjenige, in welchem der Ausſchuß dem Landgrafen die Ermächtigung zum Anſchluß

1) Relation Chriſt.'s v. Hartlau Kaſſel 1./11. April. Herz. A. in Wolfenb. Verhandlungen zwiſchen dem Herz. Chriſtian u. d. Landgr. Moriz XLVI., 1.

2) Rommel 7, 617 ff., 693 ff.

an die „vorhandenen stattlichen und trefflichen Liguen“ ertheilte.

So bereitete der Landgraf dem Anschein nach die engste Verbindung mit dem Könige vor. Noch an demselben Tage bevollmächtigte er seinen Stallmeister Hartlau, um Christian IV. von seiner und der treugebliebenen Landschaft Bereitwilligkeit in Kenntnis zu setzen. Er erbot sich zur Oeffnung seiner Festungen und Unterstützung der befreundeten Armee mit Munition und Waffen und wollte mit seinen Unterthanen alles Mögliche für den König aufsetzen. Der König sollte ihm dafür schleunigste Unterstützung gegen die drohende Vergewaltigung zusenden.

Christian IV. versprach, wie bereits erwähnt ist, sofort Herzog Christian nach Hessen abzuordnen, für die Aufstellung eines hessischen Hilfscorps von 6000 M. Vorschüsse zu leisten und dasselbe dann in seinen Sold zu nehmen.[1]

Bald fand sich darauf der Oberst Philipp Reinhard v. Solms mit einigen Offizieren zu Werbungen für Herzog Christian in Kassel ein, und dieser selbst beeilte sich mit einem Reitercorps Hessen und die gefährdeten braunschweigischen Städte zu decken. Am 19. April n. St. stand er bereits in Grebenstein und erbat sich die Genehmigung des Landgrafen zur Besetzung der Werrastädte von Witzenhausen bis Treffurt. Wahrscheinlich sollte der Graf v. Solms seine neugeworbenen Mannschaften in diese Städte einquartieren. Moriz ertheilte nun zwar die Genehmigung hierzu nicht ausdrücklich, stellte aber doch die ganze Angelegenheit der Discretion des Herzogs anheim.

Allein schon jetzt ist wol dem Landgrafen sein gewagtes Spiel außerordentlich gefährlich vorgekommen. Und auch seine Räthe sahen die Sache so an, als habe er sich zwischen zwei Stühle gesetzt. Die Maßnahmen des Grafen v. Solms erregten außerdem Unwillen, vornehmlich als derselbe die hessischen Rüstungen durch seine Werbungen beeinträchtigte. Und noch waren auch die versprochenen Werbegelder nicht angelangt. Der Landgraf entsendete daher seinen Leibgardelieutenant Christian Feige an den Herzog, um nicht nur seine Beschwerde über Solms, sondern auch die erneute Bitte um Subsidien vorzutragen. Der Herzog konnte dem Landgrafen auf eigne Hand natürlich nur die Versicherung ertheilen, daß der König sein Versprechen erfüllen werde, sobald der Landgraf seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Der Christian begleitende Dr. Steinberg

1) Rommel a. a. O. 624, 625. Dazu die Instruction des Landgrafen für Christian Feige bei seiner Sendung an Herzog Christian, Kassel 17. April a. St.

begab sich darauf zu neuen Verhandlungen nach Kassel. Im Namen des Herzogs bot er dem Landgrafen für seinen ältesten Sohn und eventuellen Nachfolger, den Landgrafen Wilhelm, eine Charge in der dänischen Armee, möglicher Weise gerade das Commando über das hessische Aufgebot, versprach abermals Unterstützung und Schutz, suchte aber auch um ein Darlehn von 6400 Reichsthalern (!) und um Kanonen nach. Auch über die Einquartierung des Grafen von Solms verhandelte er des Näheren mit dem Landgrafen.

Indessen Moriz setzte allen Vorschlägen und Bitten das hartnäckigste Nein entgegen. Er ersuchte zwar den Herzog, seinem Sohne die Charge bis zu seiner Rückkehr offen zu halten und verzichtete auf Widererstattung einer dem Herzoge geliehenen Summe von 4000 Thlrn., allein zu weiteren positiven Leistungen, wie z. B. zur Ueberlassung von Artillerie, verstand er sich nicht. Die Mannschaften des Grafen Solms wollte er nur in die Dörfer an der Werra und erst bei herannahender Gefahr in die Städte aufnehmen.[1]

Auf einen derartigen abschläglichen Bescheid war nun der jugendliche Herzog doch nicht vorbereitet. In den härtesten Worten warf er dem Landgrafen seinen Wankelmuth vor und stellte die Ahndung desselben dem gerechtesten Richter aller Lebendigen und Toten anheim. Abermals heischte er kategorische Antwort mit Ja oder Nein, Aufnahme seiner eignen Armee in die festen Plätze und Einquartierung der neugeworbenen Mannschaften des Grafen von Solms.[2]

Allein auch diese Erinnerung fruchtete nichts; der Landgraf entschuldigte sich mit der Unmöglichkeit, gab aber im Uebrigen die besten Versprechungen: er kenne nichts Höheres, als die Widerbringung und Erhaltung der deutschen Freiheit und des allgemeinen nothleidenden

---

1) Die Antwort des Landgrafen auf die Botschaft des Dr. Steinberg ist vom 20. April a. St.

2) Nun hätten wir zu E. Ld. uns einer solchen Antwort „in Betracht, daß uns unsere vorgenommene gefährliche marche auf E. L. kraft unfeilbarer Ausweisung Derer von Derofelben gewesenen Stallmeisteramtsverweser dem v. Hartlaw unterschriebenen und uns communicierten schriftlichen Resolution, auch andern unzweifelhaften Berichten zu E. L. und Dero Land und Leuten Nutzen principaliter anbefohlen und dirigiert, Dieselbe sich auch durch Beliebung sothaner Relation sowol zu Eröffnung der Festungen, als auch Darreichung aller habenden Munition und Armaturen, wie . . . ferner allen dienlichen Dependentien verpflichtlich anerboten, in keine Wege versehen können." Instruction für Dr. Steinberg Göttingen 21. April a. St. Die Antwort des Landgrafen ist Kassel am 26. April datiert. Kgl. A. in Marburg.

Wesens. Und dem ungeachtet bat er flehentlichst um Unterstützung gegen die herannahende Vergewaltigung. Das Einzige, wozu er sich verstand, war das Gesuch um eine Zusammenkunft der beiderseitigen Abgeordneten, in welcher ein gewisser Schluß gemacht werden sollte.

Mit dieser Antwort ihres Landesherrn waren die Räthe nicht vollständig einverstanden. Sie forderten die ungesäumte Rückberufung des Landgrafen Wilhelm, der nach ihrer Meinung die ihm angebotene Stelle sofort übernehmen sollte. Im Uebrigen aber riethen auch sie dem Landgrafen zu einer allgemeinen, d. h. dilatorischen Antwort. Dieses Gutachten versah der Landgraf mit einer Reihe nicht eben freundlicher Randbemerkungen, aus denen wir ersehen, daß seine Besorgnis vor seinem evangelischen Freunde und Schützer ebenso groß war wie die Furcht vor den katholischen Generälen. Es kam ihm so vor, als ob man seiner Unabhängigkeit unter dem Namen der Freundschaft die größten Nachstellungen bereitete, als ob diese „Auxilianten" den Krieg von ihren verderbten Landen weg und ihm auf den Hals wälzen wollten. Taubeneinfalt und Schlangenklugheit wollte der gelehrte Fürst brauchen, um sich nicht unnöthig zu „illaquieren und in ipsorum servitutem redigieren zu lassen." Er beschloß daher nur eine Verbindung einzugehen, welche sich mit der Kreisverfassung und der Union der beiden Häuser Braunschweig und Hessen vereinigen lasse. Von einer derartigen Vereinigung hoffte er, daß sie „weder Stoppeln noch Trespen, sondern hoffentlich guten und kräftigen Waizen tragen werde." Den Abschluß dieses in Kassel oder in Münden endgiltig zu vereinbarenden Bündnisses gedachte er aber vor der Hand überhaupt noch aufzuschieben, bis im Haag seine Aufnahme in den großen protestantischen Bund erfolgt war, woran doch von den Hauptbetheiligten damals nicht im Entferntesten gedacht wurde. Indessen beabsichtigte er wenigstens einen Agenten in das Lager des Herzogs zu senden.[1]

Und trotz dieser Unschlüssigkeit trieb nun der Landgraf den Herzog doch wider durch allerhand alarmierende Nachrichten zum Handeln. Er ließ ihm ein Schreiben des Herzogs von Holstein zugehen, ferner eine Schilderung der Plünderung der Stadt Helmershausen und wenige Tage darauf eine Mittheilung aus Hersfeld, nach welcher Merode mit seinem ungemusterten, wilden Volke Einlaß begehrte.

Jetzt nöthigten auch die Räthe den Landgrafen zur schleunigen Besetzung der gefährdeten Städte wie Hersfeld, Rothenburg und vor allem zur Heranziehung des Herzogs Christian, an den Moriz in der That die

1) Die Denkschrift der Räthe auf die Botschaft des Herz. Christian vom 21. April a. St. trägt das Datum des 25. April a. St. K. A. in Marburg.

Aufforderung ergehen ließ, den Gegnern zuvorzukommen und dieselben von dem hessischen Gebiet zurückzuhalten.

Herzog Christian befand sich damals in Göttingen. Wie hätte ihm wol eine erwünschtere Botschaft, als die letzte, gebracht werden können! Er ließ daher sofort die Stadtthore schließen und mehrere Tage vollständig sperren und brach endlich am 29. April/9. Mai früh 4 Uhr mit der gesamten Cavallerie auf, ohne daß man in der Stadt das Ziel des Marsches anzugeben wußte.

Er zog an Kassel vorüber nach der Fulda, welche er bereits überschreiten wollte, als Tilly ihn zur schleunigen Rückkehr nöthigte. Auch dies Mal hat er keinen ersichtlichen Versuch gemacht, sich in Hessen festzusetzen, wo nun die Ritterschaft offen Partei gegen ihren Landesherrn ergriff. Dieselbe begann den hessischen Ausschuß von den Werrapässen zurückzutreiben und brachte sich dadurch bei dem Landgrafen in den Verdacht, als wolle sie die bei Schmalkalden stehenden Kroaten in das Land ziehen. Landgraf Moriz bewarb sich daher sogar um die Unterstützung des Herzogs zur Niderhaltung der eignen Ritterschaft, an welche Christian in Folge davon ein sehr energisches Schreiben richtete.

Indessen auch dieser letzte Marsch des kühnen Welfen hat seinen Hauptzweck, für die evangelische Partei Land und Volk Philipps des Großmüthigen zu gewinnen, nicht erreicht! Der Landgraf hat sich demselben keineswegs rückhaltslos in die Arme geworfen, wie das Tilly damals glaubte.[1] Mehr wider seinen Willen hat er vielmehr Solms in seinem Gebiet Aushebungen veranstalten und endlich auch seinen Sohn Philipp mit einem Regiment zum Könige übertreten lassen.

Damit stürzten aber zugleich die übrigen Hoffnungen auf den Anschluß der thüringischen Herzöge und auf eine Unterstützung durch Johann Ernst von Westfalen her und im günstigen Falle selbst durch die Holländer in sich zusammen! Wie gründlich hätten sich doch die Verhältnisse auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes umgestalten können, wenn der jugendfrische und thatkräftige Wilhelm von Weimar an der Stelle des alternden und einer Mannesthat unfähigen Landgrafen Moriz gestanden hätte!

Schon am 30. April/10. Mai hatte man in Göttingen Kunde, daß der Feind im Anrücken von Gieboldehausen her begriffen sei. Am Abend und während der Nacht erschienen bereits die flüchtenden Landleute mit

1) Tillys Schreiben aus Nidernjesa vom 11. Mai. Mercure fr. Bd. 12. S. 134.

ihrem Vieh aus den benachbarten Gerichten und schlugen auf den Bürgerwiesen und in den städtischen Gärten ihre Lagerstatt auf. Am nächsten Tage zeigten sich vorgeschobene feindliche Abtheilungen in Obern- und Niedernjesa und erschienen auch im Amt Friedland und truppweise sogar in der unmittelbaren Umgebung der Stadt. Tillys Hauptquartier war am 11. Mai in Nidernjesa.

Zu rechter Zeit langte daher der Herzog am 4./14. Mai über Münden wider in Göttingen an. Auf seinem ganzen Marsche war er keinem Feinde begegnet. Gegen den Landgrafen von Hessen aber durchwühlte ihn der bitterste Groll.

Bis zum 25. Mai n. St. hat er noch in Göttingen verweilt und trotz der augenscheinlichen Gefahr, in welcher sich die Stadt vor Tilly befand, den Missmuth der kurzsichtigen Bevölkerung über die Beschwerden der Einquartierung in hohem Grade wachgerufen.

Am 12./22. Mai wurden noch etwa 1000 M. Fußvolk unter dem Obersten Speth in die Stadt aufgenommen und einquartiert. Aber bereits am folgenden Tage begann der Aufbruch einzelner Compagnien, am 14./24. Mai rückte der Oberst Leo Freitag mit seinem Regimente, an Göttingen vorüberziehend, nach Plesse vor, und am folgenden Tage verließ der Herzog selbst mit dem ganzen Heere die Stadt. Er begab sich zunächst nach Northeim, war aber schon am 20./30. Mai wider in Wolfenbüttel bei dem Könige eingetroffen.

Die Gründe des schleunigen Aufbruchs entziehen sich wenigstens theilweise unserer Kenntnis. Schon am 7./17. Mai war ein dänischer Gesandter bei dem Herzoge, welcher möglicherweise den Befehl zur Rückkehr überbracht hat. Denn zwei Tage vorher hatte der Landgraf die letzten Forderungen des Königs abgelehnt. Derselbe weigerte sich abermals, den Herzog in die hessischen Festungen aufzunehmen und sowol die Neugeworbenen wie auch den Ausschuß und das Landvolk dem jungen Welfen zuzuführen. Nur gegen die Uebernahme einer Oberstenstelle durch seinen bereits in holländischen Diensten stehenden Sohn, den Landgrafen Philipp, erhob er keine Einwendungen, erklärte aber merkwürdiger Weise, daß er von dem Entschlusse seines Sohnes keine Kenntnis gehabt habe. Zum wenigsten forderte der Landgraf vor seiner definitiven Entscheidung noch eine schriftliche Versicherung des Königs, daß er ihn und sein Land wirklich vertheidigen werde. Auch die Vereidigung der in die Festungen aufzunehmenden Truppen auf seinen eignen Namen machte er zur Bedingung.[1]

1) Resolution des Landgrafen an die königl. Gesandten Joachim v. Mitzlaff und Johann Zobel, Kassel 5./15. Mai. Kgl. G. St.-A. in Kopenhagen.

Der König mag unter solchen Umständen seinem Neffen die Weisung gegeben haben, ohne sich auf einen Zusammenstoß mit Tilly einzulassen auf schleunigen Rückzug bedacht zu sein.

Schon vier Tage nach der Widerankunft Christians in Göttingen war Tilly in Hersfeld eingerückt (8./18. Mai), hatte die Plätze an der Fulda besetzt und dehnte bald seine Quartiere bis an die Werra aus. Es ist bereits erwähnt, daß ihm die hessische Ritterschaft die Wege geebnet hat.

Noch am 13./23. Mai, zwei Tage vor seinem Aufbruche, ertheilte indessen der Herzog von Braunschweig auf die Meldung des Landgrafen von der Annäherung des Feindes an die hessischen Festungen das Versprechen, daß er sein Wort halten werde, was nun schließlich doch nicht geschehen ist. Freilich hatte man in Hessen auch die sich wie von selbst verstehenden Ansprüche des Herzogs unberücksichtigt gelassen: nicht einmal gegen Bezahlung wollte man die braunschweigischen Städte mit Munition versehn.

Und demungeachtet hat nun der Landgraf doch noch einmal den schleunigsten Entsatz bei dem Könige nachgesucht. Wenige Tage nachdem Tilly das ganze Land mit Ausnahme der Festungen in Besitz genommen hatte, erschienen Kurt Heinrich von Uffeln und Dr. Heinrich Kalkhoff in Wolfenbüttel und übergaben eine Denkschrift, in welcher Moriz offen eingestand, daß ihm Tilly den Garaus gemacht habe.[1] Man hatte in Wien eine Rechnung aufgestellt, nach welcher der Landgraf die Summe von 36 Tonnen Goldes in der marburgischen Sache an den Landgrafen Ludwig abzuführen hatte. Schon war ihm von dem Exekutor des kaiserlichen Spruches, dem Kurfürsten von Köln, die Frist von 6 Wochen und 3 Tagen gestellt, innerhalb deren er nachweisen sollte, daß er das Urtheil wirklich ausgeführt habe. Das konnte der Landgraf natürlich nur durch eine neue förmliche Gebietsabtretung ins Werk setzen, und so gestand er sich denn, daß er in diesem Falle „an Land und Leuten fast nichts mehr behalten werde."

Tilly aber stand jetzt bereits im Lande!

Die Antwort, welche der König dem rathlosen Fürsten ertheilt hat, ist für die allgemeinen Verhältnisse wirkungslos geblieben, selbst wenn sie die besten Zusagen enthalten hat. Herzog Christian war bereits wider in Wolfenbüttel eingetroffen, als den König diese Botschaft erreichte. Der

---

1) Instruction für Kurt Heinrich v. Uffeln und Dr. Heinrich Kalkhoff. Kassel 14. Mai. K. G. St.-A. in Kopenhagen.

Landgraf fand zu einer Zeit, wo er dem Könige noch ein nicht zu verachtender Bundesgenosse hätte sein können, den Muth eines herzhaften Entschlusses nicht: was konnte der eigensinnige, des größten Theils seines Landes beraubte mittellose Fürst demselben jetzt werth sein?

Mansfeld und Fuchs in der Mark Brandenburg vor der Schlacht bei Rosslau.

Mitten in diesem Kriegslärm wurde endlich in Berlin auch die Ehe Bethlen Gabors mit der schönen und lebhaften Markgräfin Katharina, der Schwester des Kurfürsten, geschlossen. Nachdem der Fürst (am 15. Dec. a. St.?)[1] ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Kurfürsten unterzeichnet hatte, welches demselben seine Hilfe gegen den Kaiser und gegen Polen sicherte, wenn er wegen dieser Heirath angegriffen werden sollte, bevollmächtigte er den Statthalter Georg Ragoczy, welcher darauf am 18. Jan. n. St. in Berlin an der Spitze einer Gesandtschaft anlangte. Am 20. Jan. n. St. fand bereits die Vermählung Statt, und einige Tage darauf reiste die junge Fürstin mit ihrer Schwester, der von Friedrich Ulrich getrennt lebenden Herzogin von Braunschweig, und einem großen Gefolge, in welchem sich auch der Graf Adam v. Schwarzenberg und der neunundzwanzigjährige Levin v. d. Knesebeck, bereits seit sechs Jahren Mitglied des Geheimen Raths, befanden, nach der neuen Heimat. Knesebeck hatte den Bündnisentwurf verfasst und war wol auch mit der Förderung der geheimen Pläne, welchen diese Verbindung erforderliches Falls dienen sollte, betraut.

In Kaschau wurde die Markgräfin von dem Fürsten empfangen, hier fand auch die wirkliche Vermählung Statt, zu welcher der Sultan, ferner der Kaiser und sein Sohn, der König von Ungarn, sowie die Kurfürsten von Baiern und Köln reiche Geschenke entsendet hatten,[2] während gerade aus Frankreich, England und Venedig sich nicht einmal Gesandte eingefunden hatten.

Während seiner Abwesenheit wahrte der Kurfürst von Brandenburg sorglich seine neutrale Haltung zwischen den Parteien und ertheilte Christian IV. auf die Einladung zum Eintritt in das Bündnis einen abweisenden Bescheid. Ja auch im Geheimen hat die brandenburgische Politik in jenen Wintermonaten der dänischen Sache keinerlei Vorschub

---

1) Achtzehnter Jahresbericht des altmärkischen Vereins S. 19.

2) Jugler, B. G.'s Hochzeitsfeier in der Zeitschr. f. d. Culturgeschichte, N. F. III. S. 517 ff.

geleistet. Vielmehr überließ man gerade damals den Administrator Christian Wilhelm vollständig sich selbst und wies alle Zumuthungen von Unterstützung kalt, ja mit einer gewissen Erbitterung zurück. Christian Wilhelm hatte sich sogar darüber zu beklagen, daß Kurd v. Burgsdorff nach dem Gefechte bei und in Jüterbok seine Soldaten aus dem brandenburgischen Gebiete hatte zurücktreiben lassen, wodurch ihm fast das ganze Regiment zu Grunde gerichtet worden war, und drohte daher mit einer Anzeige bei dem Könige.[1] Darauf erließ man aber in Berlin ein sehr scharfes Antwortschreiben: die Räthe warfen dem Administrator vor, daß er seine Truppen den Feinden gleichsam vor die Nase gelegt und so ihre Niederlage veranlaßt und selbst Brandenburg gefährdet habe. In der That hatten auch die Wallensteiner ihre Verfolgung auf das brandenburgische Gebiet ausgedehnt: bei dieser Gelegenheit war Trebbin gebrandschatzt worden.

Die Abneigung der Räthe hinderte jedoch den Administrator nicht, bei dem Kurfürsten, seinem Neffen, selbst sein Heil zu versuchen. Er begründete sein Bittgesuch mit einer Drohung Schlicks, der einst über Tisch gesagt haben sollte, er würde den Administrator lebendig oder tot beim Kopf nehmen. Der Kurfürst sollte ihm nun das noch in Spandau zurückgehaltene Kriegsmaterial verabfolgen, da er sich so sehr bemüht habe, Magdeburg und Halberstadt bei dem Kurhause zu erhalten, und ja gar kein Feind des Kaisers sei. Habe doch Wallenstein seinem Kanzler die ausdrückliche Versicherung ertheilt, er habe vom Kaiser Befehl, ihm durchaus keine Feindseligkeit zuzufügen, sondern nur den Winter über im Erzstift Quartier zu nehmen.[2]

Der Kurfürst selbst war gegen Ende Januar dem Vorgeben nach nach Preußen, in der That aber zunächst nach Küstrin gereist, und die Räthe somit noch weniger im Stande, in einer so hochwichtigen Angelegenheit, wie die Unterstützung des Königs und seiner Generäle war, eigne Beschlüsse zu fassen.

Um so auffallender ist es nun freilich, daß demungeachtet gerade in jenen ersten Monaten des Jahres Mansfeld und Fuchs sich in der Mark festsetzten und das Land also geradezu zum Kriegsschauplatze zu machen drohten. Und das geschah trotz einer scharfen Drohung Wallensteins, welche Georg Wilhelm unmöglich missverstehen konnte. Schon am 24. Dec. 1625 hatte derselbe den Kurfürsten ersucht, Mansfeld den Durch-

1) Schreiben Christian Wilhelms vom 3./13. Jan. 1626.

2) Christian Wilhelm eigenhändig an Georg Wilhelm „mense Januario." Kgl. G. St.-A. in Berlin.

zug zu verweigern und ihm selbst von einem etwaigen Einbruche Nachricht zu geben, damit er zu Hilfe eilen könnte.[1] Schon damals theilte der Herzog übrigens dem Kurfürsten auch seinen Plan mit, Mansfeld auf seinem beabsichtigten Marsche nach Schlesien entweder vorzubiegen oder auf dem Fuße nachzufolgen und den Feldmarschall Collalto an seiner Stelle im Stifte zurückzulassen. Zugleich ersuchte er um den Paß durch das Brandenburgische und um Verproviantierung seiner Armee. Es war das nur wenige Tage, bevor er den Quartieren des Administrators in Jüterbok einen Besuch abstatten ließ.

Ernst v. Mansfeld hatte sich noch im December 1625 der Elbe genähert und einen Theil seines Volkes bei Artlenburg über den Fluß geführt. Er nahm darauf Lauenburg, bemächtigte sich Möllens und bedrohte Lübeck, von welchem er eine bedeutende Summe als eine Art Vorschuß auf seine englischen Soldbezüge forderte. Die alte Hansestadt, welche dem Kaiser längst ihre Treue versichert hatte, erklärte indessen auch jetzt wider, daß sie nur im äußersten Falle dem Grafen das Geringste verabfolgen würde und hielt in der That Wort. Später (8. u. 9. Jan.?), als sich die Mansfelder in der unmittelbaren Umgebung von Lübeck festsetzten, machten etliche Hundert Mann der städtischen Besatzung und der Bürgerschaft sogar einen Angriff auf ein Dorf, in dem 200 Mansfelder lagen, schlugen die Mannschaft heraus, töteten den Obersten mit seiner Frau und brachten 120 Pferde und 6 Rüstwagen in die Stadt als Beute zurück. Ein zweiter Ueberfall hatte freilich keinen so glücklichen Erfolg.[2]

Ueber einen Monat hat nun Mansfeld im Lauenburgischen gelegen, obwol der König widerholt zum Abmarsch drängte und ihm der Graf schon am 28. Dec. a. St. die Fortsetzung seiner Expedition nach der Ankunft zweier dänischer Regimenter zusagte. Wie es scheint, hat der Administrator Mansfelds Zögern auch für den Unfall bei Jüterbok verantwortlich gemacht.

Als indessen die Besorgnisse vor einem einmüthigen Angriff Tillys und Wallensteins, dem man offenbar nicht gewachsen war, sich steigerten, mußte man darauf denken, die Heerestheile in größeren, ummauerten Plätzen, wie sie weder das lüneburgische noch das lauenburgische Gebiet damals boten, unterzubringen. Schon aus diesem Grunde forderte Fuchs

1) Wallenstein an Georg Wilhelm Halberstadt 24. Dec. 1625. K. St.-A. in Wien, Abschrift.

2) K. K.-A. in München. Acta des dreißigj. Kr. T. 138. Mercure français. Bd. 12 (1626) 118.

die Besetzung der Altmark. Außerdem aber mußte bei dem geringen Zusammenhange zwischen den dänischen Heerestheilen — am 22. Jan. 1626 schreibt Fuchs an den König, er habe vor 5 Wochen eine Correspondenz mit Herzog Christian gesucht, es war aber kein Bote desselben zu ihm gekommen —, und bei der Entfernung der höheren Offiziere vom Hauptquartiere des Königs zu Rothenburg, wo auch unbedeutendere Angelegenheiten entschieden wurden ein Vorgehen des Feindes über die Aller nach der Altmark als außerordentlich gefährlich erscheinen. General Fuchs stellte daher in jenen Tagen den König geradezu vor die Alternative, sich entweder der Altmark zu bemächtigen, um die Länder Braunschweig, Magdeburg und Halberstadt nicht von der Armee abzuschneiden, oder den Rückzug anzutreten.

Auch der Administrator von Magdeburg, welcher sich in seinen neuen Rüstungen nicht gerade behaglich vorkam, drängte die Generäle, ihm die Hand zu reichen. Derselbe dachte damals sein größten Theils noch unbewehrtes Volk gegen Halle zu führen, wo er noch Einverständnisse unterhalten zu haben scheint. Fuchs war jedoch weit entfernt, ihn in seinem unbesonnenen Treiben noch zu unterstützen, sondern warnte ihn, sich ja nicht zu übereilen: Wallenstein könnte ihm über den Hals kommen, er selbst möglicherweise in Gefangenschaft gerathen und die Sache dem Kreise dadurch nur erschweren. Allein sich des noch unbesetzten nördlichen Theils des Erzstifts südwestwärts bis an die Ohre hin zu versichern, rieth Fuchs dem Könige wiederholt.

Mansfeld hat darauf durch seinen Vertrauten Pöblis noch besonders über den Aufbruch unterhandeln lassen. Der König genehmigte die Einquartierung in die Mark und erleichterte sie noch durch einen Vorschuß von 40,000 Reichsthalern. Nur kurze Zeit vor seinem Aufbruche hat indessen Mansfeld auch noch an einen Marsch von der Weser nach dem Rhein und in die rheinischen Stifter, ja nach dem Elsaß gedacht und für diesen Zug die Unterstützung des Herzogs von Weimar gefordert. Er knüpfte daran die Hoffnung, daß auch Frankreich in diesem Falle sich um so eher zum Eingreifen entschließen würde.

Am 10. Februar theilte endlich Christian IV. dem Kurfürsten Georg Wilhelm seinen Entschluß mit.[1] Er begründete denselben mit der Nothwendigkeit, sich der Plätze zu versichern, damit sie dem Feinde nicht zu Gute kämen. Uebrigens versprach er die Städte Gardelegen, Salzwedel, Stendal und Tangermünde sofort wider zu räumen, sobald sie der Kurfürst, der allerdings gleichfalls Werbungen veranstaltet

1) Das Schreiben ist gedruckt bei Götze, Geschichte der Stadt Stendal S. 433.

hatte, seinerseits durch eine hinreichende Besatzung sicher stellen könnte.

Marschbefehl hat Mansfeld wahrscheinlich nicht vor dem 6. Febr. n. St. erhalten. Er suchte nun den König noch zu bestimmen, daß ihm nicht nur der Herzog von Mecklenburg seine Mannschaften, etwa 2000 M. Fußvolk und Pferde, zuführen, sondern sich auch Christian Wilhelm mit ihm vereinigen und Fuchs ihm mit Reiterei aushelfen sollte. Auch der Unterstützung durch die Cavallerie des Herzogs Johann Ernst, wenn auch nur auf kurze Zeit, getröstete er sich. Mansfeld wußte übrigens damals noch nicht, daß der Administrator, welcher sich in Jerichow befand, mit seiner ganzen Kriegsverfassung noch außerordentlich im Rückstand war. Mit allen diesen Verstärkungen hoffte er jedoch Wallenstein wirklich gewachsen zu sein und die Spitze bieten zu können.

Freilich zählte der Graf dabei auch auf ein Vorgehen des Generals Fuchs auf der rechten Seite der Elbe. Dagegen setzte er voraus, daß das Gros der königlichen Armee sich zunächst ruhig verhalten würde, um nicht eine völlige Vereinigung der katholischen Armeen zu veranlassen. Der König sollte diesem Plane zu Folge sich erst gegen Tilly in Marsch setzen, wenn der letztere zur Unterstützung Wallensteins aufgebrochen sein würde. Zunächst wollte Mansfeld nach Havelberg und nach Rathenow je ein Regiment legen.

Dieser Vormarsch Mansfelds gegen Wallenstein hatte natürlich nicht nur den Zweck, Christian IV. das untere Elbgebiet und die Herzogthümer zu sichern, sondern auch den Einfall in Schlesien und die Verbindung mit Bethlen Gabor vorzubereiten und zu ermöglichen. Zu diesem Behuf erbat sich Mansfeld ausdrücklich Weisung vom Könige, wie er sich dem Kurfürsten von Sachsen gegenüber zu verhalten habe.

An Fuchs hat der König damals schon Befehl zum Vorrücken ertheilt. Allein derselbe war seinem eignen Eingeständnis nach vollständig ohne Kenntnis von der Stellung und den Absichten Wallensteins und konnte auch weder vom Könige noch vom Herzog Christian die erforderlichen Aufschlüsse erhalten. Da er nun außerdem ohne seine Garnison in und um Uelzen nicht 2000 M. Infanterie, die gesund und marschfähig gewesen wären, besaß, wollte er seinen Marsch nur sehr vorsichtig einrichten, zuerst Gardelegen und von da aus Stendal und Tangermünde mit Fußvolk besetzen und die Reiterei südwärts bis zur Ohre, einem kleinen nordwärts von Magdeburg bei Rogätz sich in die Elbe ergießenden Flüßchen, vorschieben. Dann war sein Plan, eine Brücke über die Elbe zu schlagen, wozu Mansfeld und der Administrator alle Fahrzeuge zusammenbringen sollten. Auch eine Verbindung mit Herzog Christian,

dessen Cavallerie in und um Helmstedt lag, während seine Infanterie das noch weiter nordwärts an der Aller gelegene Wolfsburg besetzt hielt, war von Fuchs ins Auge gefaßt. Daß aber dieser Einmarsch in die Mark von der Bevölkerung nicht unterstützt werden würde, dafür erhielt Fuchs schon in Uelzen sprechende Beweise.

Eben so wenig war aber in jenen Tagen auch Mansfeld sehr kampfesmuthig oder siegesgewiß. Er sprach allerdings davon, den Feind diesseits der Elbe anzugreifen, um sich der dessauer Brücke zu bemächtigen, doch wollte er durchaus nichts auf das Spiel setzen oder gar eine gute Position leichtfertig Preis geben.[1] Das soll wol heißen, es lag dem Grafen zunächst viel mehr daran, sich im Brandenburgischen festzusetzen, als im Kampfe mit Wallenstein sein Heil zu versuchen.

Der Aufbruch beider Generäle verzögerte sich bis weit in den Februar hinein. Mansfelds Artillerie war nicht im erforderlichen Zustande, es fehlte an der nöthigen Bespannung und natürlich vor allem an Geld. Obwol derselbe im Januar Zahlungen aus Hamburg erhielt, klagte er doch schon damals über die Säumnis der Engländer, welche natürlich auch eine Zahlungseinstellung von Seiten der Franzosen zur Folge hatte. Mit Empfehlungsschreiben an den Kurfürsten von Brandenburg, den Administrator Christian Wilhelm und den Herzog von Pommern versehen, hat er endlich um den 14. Februar n. St. seine kleine Armee in Bewegung gesetzt. Das in Ratzeburg und Schönberg liegende Regiment des Herzogs Franz Karl von Lauenburg war schon in den ersten Februartagen südwärts in das Mecklenburgische verlegt worden. Der Durchzug durch das Mecklenburgische wurde durch Lieferung von Lebensmitteln erleichtert; dagegen hielten die Herzöge ihre eignen Truppen in den Städten Schwerin, Bützow und Neustadt zurück und wichen also einer Vereinigung noch aus.

Den Einmarsch selbst leitete vorzugsweise der Oberst Dodo von Kniphausen, derselbe Offizier, welcher sich vor und in der Schlacht bei Stadtlohn einen so übeln Namen erworben hatte. Er ging von Lauenburg über Boitzenburg, Neuhaus und Wehningen auf Dömitz los, wo mecklenburgische Commissare zu ihm stießen, und marschierte darauf, die waldigen Sümpfe und Seen bei Lenzen nordwärts umgehend, auf Perleberg. In Boberow am Rambowsee kam ihm bereits der Administrator von Magdeburg entgegen und begleitete ihn auch auf dem weiteren Vormarsche.[2]

---

1) Lauenburg 30. Jan. a. St. Mansfeld an den König.

2) Hier und im Folgenden sind einige Notizen aus dem Schreibkalender Kniphausens benutzt, welcher sich im K. St.-A. in Dresden 10845 Nr. 746 d vorfindet.

Der Herzog Franz Karl von Lauenburg befand sich damals gleichfalls in seiner unmittelbaren Umgebung.

Von Perleberg forderte man anfangs die Aufnahme von 600 M. gegen das Versprechen, daß man bei dem Kurfürsten ein Wort der Entschuldigung einlegen wollte. Indessen kamen schließlich 1000 M. an. Der Rath suchte bei der kurfürstlichen Regierung um Hilfe nach, die ihm jedoch nicht gewährt werden konnte. Georg Wilhelm hatte vor seiner Abreise keinerlei Befehl für eine solche Eventualität zurückgelassen, „weil sich niemand eines solchen Zustandes vermuthete." Und eine selbständige Entscheidung in einer so verhängnisvollen Angelegenheit zu treffen, weigerten sich die Räthe durchaus: man konnte die Stadt nur auf die baldige Rückkehr des Kurfürsten vertrösten. Und darauf sind die Mansfelder eingezogen.[1]

Von Perleberg ging Kniphausen über Wilsnack und Havelberg, wo er gleichfalls ohne Schwierigkeiten Aufnahme fand: und darauf ist auch Sandau, der erste bedeutendere magdeburgische Flecken, besetzt worden. Am 22. Febr. a. St. ersuchte Kniphausen von Havelberg aus Rathenow um Aufnahme einer Besatzung und begründete sein Gesuch durch die Mittheilung, daß er von Mansfeld dem evangelischen Wesen zum Besten und zum Succurs des Administrators vorausgeschickt sei. Er wollte auch Nachrichten besitzen, nach welchen der Feind mit der Besetzung der Stadt umgehen sollte. Die Stadt mahnte nun zwar Kniphausen ab, allein natürlich ohne jeglichen Erfolg. Noch bevor das Schreiben des Obersten angelangt war, hatte sie den Kanzler Pruckmann um Verhaltungsmaßregeln ersucht, falls etwa von Havelberg über Fehrbellin 1000 mansfeldische Reiter in das Erzstift einbrechen sollten. Allein auch ihr konnten die brandenburgischen Räthe keine positive Weisung zukommen lassen, sondern empfahlen ein diskretionäres Verfahren, oder nöthigenfalls die Mannschaften truppweise durchzulassen. Und so nahm denn die Stadt ohne längeres Sträuben am 25. Februar eine Garnison ein. — Der Vormarsch Mansfelds wurde übrigens auch von Fuchs unterstützt, der schon in diesen Tagen bei Tangermünde Truppen über die Elbe setzte.

Kniphausen nahm natürlich alle Befugnisse eines Generals in Kriegszeiten in Anspruch. Ja er berief sogar Ritterschaft und Städte des altmärkischen Kreises zum 22. März zu einer Versammlung nach Spandau, um Entschlüsse zu fassen, wie sie die Beförderung der evangelischen Sache erheische, und wendete sich mit ähnlichen Aufforderungen

1) Köln an der Spree 10./20. Febr. Die kurfürstlichen Räthe an den Rath von Perleberg.

auch an die übrigen Kreise der Mark: Ritterschaft und Städte des Havellandes wurden nach Nauen beschrieben.

Schon in Havelberg traten landesherrliche Commissare, widerum Samuel v. Winterfeld und auch Bellin, vergeblich mit Kniphausen über die Räumung des Landes in Unterhandlung und schlossen endlich eine förmliche Verabredung mit ihm über die von den einzelnen Kreisen zu leistenden Lieferungen. Bei dieser Veranlassung wird die Zahl der in die Mark eingeführten Truppen offenbar viel zu hoch auf 4000 Pf. und 12,000 M. Infanterie angegeben. Die kurfürstlichen Beamten handelten freilich bei dieser Uebereinkunft ihrer eignen Angabe nach ohne höhere Vollmacht und Autorität, sondern nur als Privatpersonen.[1]

In ähnlicher Weise hatten sich Kanzler und Geheime Räthe wenige Tage zuvor in einem Schreiben an den dänischen Kanzler Ulfeld, einer vorläufigen Beantwortung zweier Briefe Christians IV. an den noch abwesenden Kurfürsten, geäußert. Sie behaupteten in demselben, daß Mansfeld und Fuchs' „ohne einige Begrüßung des Kurfürsten" hereingezogen seien, und forderten Ulfeld auf, beim Könige auf eine möglichst baldige Abführung der Armeen hinzuwirken, da ihnen bei einem längern Aufenthalte die kaiserlichen Armeen unzweifelhaft folgen würden. Dieses Schreiben trägt auch die Unterschrift Bellins.

Gegen die Aufrichtigkeit dieser Versicherungen der brandenburgischen Räthe wird vielleicht heut wie damals mancher Mißtrauen zu hegen geneigt sein. Dennoch ist es ganz unzweifelhaft, daß sowol Fuchs wie Mansfeld ohne Vorwissen und ohne Genehmigung des Kurfürsten das Land überzogen haben. Kein anderer, als der König selbst, hat zwei Monate darauf gegen Sigmund v. Götz diesen Sachverhalt als der Wahrheit gemäß bestätigt. Er gestand dem brandenburgischen Rathe ein, daß er die Frage erwogen habe, die kurfürstliche Erlaubnis zuvor einzuholen. Allein er sagte sich im Voraus, daß Georg Wilhelm einen ablehnenden Bescheid ertheilen würde, und daß derselbe, wenn die Besetzung trotzdem erfolgen sollte, dadurch nur einen um so empfindlicheren Schimpf erleiden würde.[2]

1) Havelberg 17./27. Febr. Winterfeld an die kurfürstlichen Räthe.

2) Bericht Sigmunds v. Götz, Berlin 11./21. April. Kgl. G. St.-A. in Berlin. Die Gegner haben den Kurfürsten beschuldigt, er habe sich gerade zu dem Zwecke entfernt, um sich wegen dieser Einquartierung entschuldigen zu können, Mercure français Bd. 12. (1626) S. 120. Wallenstein glaubte wenigstens, er habe die Besetzung gern gesehen, weil sie einen Druck auf die Landstände ausüben und sie zum Anschluß an Dänemark geneigter machen würde: Aretin, Bayerns ausw. Verh. Urk. S. 161. Der brandenburgische Oberstlieutenant

Immerhin aber hat dieser Einzug der Mansfelder und Dänen in die Mark, welcher in Abwesenheit des Kurfürsten und seines ersten Raths erfolgte, etwas in hohem Grade Befremdendes. Mit Recht hat daher der große König seine höchste Entrüstung über einen Minister ausgesprochen, welcher unter so drohenden Verhältnissen das Land dem Zufall Preis gab, ohne auch nur den geringsten Versuch zu machen, sich der Gewaltthätigkeiten zu erwehren. Denn erst nachdem die Mansfelder im Lande waren, fing man auch in Brandenburg an zu rüsten.

Fuchs hatte eigentlich zunächst auf Gardelegen marschieren wollen. Allein hier war man ihm zuvorgekommen. Die kurfürstliche Regierung hatte die Stadt schon am 13. Febr. mit 200 Geworbenen und 100 M. Ausschuß besetzt und hatte von da aus auch 100 M. nach Erxleben gesendet. Gardelegen sperrte nun dem General die Thore, und Fuchs, der vom Könige Befehl hatte, sich jeder Gewaltthat möglichst zu enthalten, mußte es geschehen lassen. Mit etwa 1000 Pferden, welche zu den Regimentern Bernhard v. Weimar, ferner Bernhard Geist und Baudissin gehörten, und vielleicht 1100 M. Fußvolk der Regimenter Oppen und Linstow kam der General am 13. Febr. bei Betzendorf zwischen Salzwedel und Gardelegen an.

Allein auch er fand keine günstigere Aufnahme wie Mansfeld.[1] Der ländliche Grundadel, mit welchem er sich zunächst in Verbindung setzte, wies ebenso wie die Stadträthe jede Gemeinschaft mit der von ihm vertretenen Sache zurück: ihre Stimmung gegen den protestantischen König war gerade dieselbe wie die der braunschweigischen Landstände. In banger Besorgnis über das Gelingen des Marsches zog Fuchs daher über das mit einem guten Walle versehene feste Haus Calbe an der Milde, welches er zum Lagerplatze für seine Munition machte, an Stendal vorüber nach Tangermünde. Ohne Gewalt zu brauchen — die Bürger hatten zu spät zu den Waffen gegriffen —, besetzte er am 17. Februar die Stadt und ließ hier vorläufig den Obersten Linstow zurück. Auch das nordwärts davon an der Elbe gelegene Arneburg mußte eine dänische Besatzung einnehmen; Oberstlieutenant Frenking wurde mit etwa 600 M. nach Osterburg gesendet. In Salzwedel öffnete man Wilhelm von Lohausen mit 600 M. Infanterie und einiger Artillerie nach gütlicher Verhandlung am 15. Febr. die Thore.

---

v. Heiden erklärte Hannibal v. Dohna, der Einfall sei von der Pfalzgräfin und einigen ihr zugethanen Geheimräthen ohne des Kurfürsten Vorwissen „practiciert" worden, und theilte dies auch dem Kaiser mit: Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesherr S. 426. Vgl. noch Heermann, Beytrag S. 235.

1) Kgl. Geh. Staatsarchiv in Berlin.

Fuchs hatte die Absicht gehabt, nach der Ankunft Mansfelds über die Elbe zu gehen, um sich dann nach Süden zu wenden. Allein er fand in Sandau nicht mehr als 1000 M. Fußvolk und 400 Pferde und vernahm überdies, daß die Truppen erst in einigen Tagen in größerer Zahl anlangen würden. Und so erschien auch ihm seine Lage täglich kritischer: die Bevölkerung beharrte bei der Behauptung, daß ihr der Kurfürst, der neutral bleiben wolle, ausdrücklich verboten habe, jemand Quartier zu geben. Um eine Brücke über die Elbe zu schlagen, dazu besaß der General zu wenige und noch dazu untaugliche Fahrzeuge, und endlich war auch seine Munition unzureichend, so daß er entweder auf Mansfelds Unterstützung bauen oder sich dieselbe von Verden über Uelzen nachführen lassen mußte. So macht er denn auch seinem Könige das offene Geständnis: „So stehe ich anitzo, weil die Brandenburgischen sich widrig erzeigen, sehr an, wo ich hin solle; an die Ohr mich zu logieren, bin ich zu schwach und weiß keine Munition mitzubringen, an die Elbe, ohne [daß] ich einen offenen Paß in das [Land] zu Lüneburg habe, ist nicht rathsam, sein keine Punten vorhanden, so kann ich dem Administrator nicht zu Hilf kommen; von Herzog Christian bin ich alsdann zu weit und kann abgeschnitten werden. Ich vernehme, daß Kalbe ein stattlicher Paß und Ort soll sein, denen v. Alvensleben zuständig, soll aber mit 40 Soldaten besetzt und wegen Morast nicht darzu zu kommen sein, heut laß ich es besichtigen und nehme vor, was meines Erachtens E. M. Dienst befordert, zuforderst aber, was Gottes Allmacht zuläßt.“[1] Als sich Fuchs persönlich zu Leopold v. Schulenburg nach Kloster Damecke begab, konnte er von diesem weder Ja noch Nein herauspressen und besetzte daher auch ohne seine Einwilligung das Kloster mit 50 M. Und so schleppte sich denn der Zug ohne ein kräftiges Wollen auch nur von Seiten des Generals mühsam weiter fort. Welchem Einblick in die militärischen Fähigkeiten des Generals gewährt übrigens diese mitgetheilte Herzensergießung gegen den König!

Christian IV. selbst scheint weder Fuchs noch Mansfeld einen bestimmteren Befehl über die Richtung ihres Marsches durch die Mark, den Zeitpunct des Angriffs auf Wallenstein und über einen etwaigen Rückzug ertheilt zu haben. Fuchs fragt wenigstens am 23. Februar aus-

1) Fuchs an den König Betzendorf d. 5./15. Febr. 1626. Kgl. G. St.-A. in Kop.

drücklich bei dem Könige an, ob er noch länger in der Mark verweilen solle. Da er immer noch ohne nähere Kenntnis von Mansfelds Erfolgen war, ließ er wenigstens die Regimenter Bernhard v. Weimar und Baudissin über die Elbe gehn.

Mansfeld treffen wir am 6. März noch in Havelberg. Er fordert vor allem, daß das mecklenburgische Regiment zu ihm stoßen sollte, dann wollte er angreifen. Der König hatte Fuchs endlich in jenen Tagen ausdrücklich befohlen, im Fall der Noth sich mit Mansfeld zu vereinigen, wofür dieser Christian IV. den wärmsten Dank abstattete. Der Graf plante damals einen Marsch auf Brandenburg und von da gegen Zerbst, während Fuchs auf der andern Seite der Elbe vorgehen sollte. Zu diesem Behufe ersuchte er den König, Fuchs noch mit 2 halben Karthaunen und 2 Viertelkarthaunen zu versehen, während dieser die Verstärkung seiner Artillerie von Mansfeld selbst erwartete. Nach der Einnahme Brandenburgs sollte die Vereinigung mit Fuchs und der gemeinschaftliche Vorstoß gegen Süden erfolgen. Damals war dem Grafen das Ausbleiben der Gelder aus Frankreich und England sehr empfindlich: seiner Rechnung nach war England mit 180,000 Pfund Sterling gegen ihn im Rückstand.

Eine der letzten unter den brandenburgischen Städten, welche mansfeldische Garnison einnehmen mußten, war Brandenburg selbst. Als Mansfeld Anfangs März einen Unterhändler, den aus der Stadt gebürtigen Obersten Karpzov (Carpenzo) in die Stadt schickte, geriethen die Rathsherren — die Bürgermeister waren gerade in Berlin — in die höchste Bestürzung. Vergeblich suchten sie bei den letzteren um Rath nach, vergeblich auch bei dem Kurfürsten um Hilfe. Schon ängstigte die Väter der Stadt der Gedanke, daß Wallenstein das gleiche Gesuch an sie richten könnte. Schließlich mußten sie sich freilich auch in das Gebot der Nothwendigkeit fügen. Karpzov besetzte nach kurzem Widerstand Altstadt und Neustadt.

Um dieselbe Zeit mußte endlich auch Stendal, dessen Bürgerschaft Mauern und Thürme besetzt hatte und den Widerstand bis zum Aeußersten treiben wollte, den Dänen Aufnahme gewähren. Schon brannten dieselben die Windmühlen vor den Thoren ab, und die Bürger eröffneten eine Kanonade von den Wällen, als der Rath endlich nachgab: Oberst v. Lippe zog mit einigen Compagnien am 5. März a. St. in die Stadt ein. Nach kurzer Zeit ereilte ihn hier der Tod. Später wurde die Besatzung noch verstärkt.[1]

---

1) Götze 485. Dazu der Brief des Generals Fuchs an den König vom 28. Februar/10. März. K. G. St.-A. in Kop.

Der König entschuldigte übrigens die Einnahme der Stadt bei dem Kurfürsten mit den drohenden Bewegungen der Feinde und legte auch eine Fürbitte für den Rath ein, dessen Nachgiebigkeit er als eine erzwungene bezeichnete.

Bis nach Rogäz ließ Fuchs seine Streifparteien vorgehen und vornehmlich die Windmühlen, um die feindliche Besatzung in Verlegenheit zu bringen, unbrauchbar machen. In Rogäz, Wolmirstedt und Neuhaldensleben lagen die auf dieser Seite der Elbe am weitesten nach Norden vorgeschobenen feindlichen Abtheilungen, und zwar in Wolmirstedt 500 M., in Rogäz 300 M. Fußvolk, in Neuhaldensleben dagegen 6 Compagnien Infanterie und 3 Cornet Reiter.

In diesen Tagen nun forderte Mansfeld den General zu einer Vereinigung auf dem rechten Elbufer auf, wo sich damals außer bei Dessau kein Feind mehr befand, und wo Fuchs noch die Stadt Burg besetzt hielt. Mansfeld wollte Loburg und Möckern, worauf Fuchs öfter gedrungen hatte, einnehmen, sein Hauptquartier in Brandenburg aufschlagen und dann mit Fuchs gegen die dessauischen Schanzen marschieren. Allein Fuchs war einem solchen Wagnis durchaus abgeneigt, der Uebergang auf das rechte Elbufer erschien ihm zu gefahrvoll. Er wollte lieber in Tangermünde eine Schiffbrücke schlagen, Wolmirstedt einnehmen und so die Ohre gewinnen, um sich von der einen Seite an Christian von Braunschweig, von der andern an Mansfeld anzulehnen. Bei einem Marsche auf die dessauische Brücke hegte er auch Befürchtungen für die Sicherheit der altmärkischen Städte, deren Besatzungen dann nur schwach sein konnten. Und so stellte Fuchs dem Könige sogar das Ansinnen, ein Regiment Infanterie (Frenking) und 2 Regimenter Cavallerie wider in das Lüneburgische zurück zu legen. Die Altmark werde doch binnen kürzester Frist ausgezehrt sein, und vor 3 Wochen könne man mit der Infanterie schwerlich im Felde erscheinen.

Der Einmarsch Mansfelds in das Anhaltische.

Mansfeld bereitete schon längere Zeit eine Unternehmung auf die dessauische Brücke vor. Zu diesem Behufe erbat er sich von Christian IV. das mecklenburgische und das holländische Regiment, welches letztere der König bis zur Ankunft schottischer und französischer Verstärkungen, und bis er sich seiner neu geworbenen Truppen bedienen konnte, auch mit Bezahlung versehen sollte. Er scheint nur das letztere erhalten zu haben.

Der Graf hatte im Sinne, nach seinem Uebergange über die Elbe nach Schlesien zu gehen, um hier oder an der böhmischen Grenze Wallenstein zu erwarten. Auf diesem Marsche sollte ihm auch Fuchs folgen, so daß sie beide einander stützten. Denn seine eignen Kräfte erschienen Mansfeld für diesen Zug nicht ausreichend. Durch diesen Marsch wollte er Wallenstein zuvorkommen, von welchem er zu argwöhnen vorgab, daß er gleichfalls eine Unternehmung nach Schlesien im Schilde führe.[1]

Allein schon am nächsten Tage lauten die Absichten des verschlagensten aller Parteiführer ganz anders. Von einer Marschbegleitung durch General Fuchs verlautet nichts mehr, sondern der Graf weist diesem vielmehr die Aufgabe zu, Wallenstein jenseit der Elbe dergestalt festzuhalten, daß das andere Ufer, da ja überdies die Brücken bis nach Dresden hin abgebrochen seien, von ihm nichts zu befahren habe. Dann wird ihm Wallenstein zur Rettung Böhmens und Mährens nicht so schnell folgen können, und er selbst somit Zeit gewinnen, sich auf irgend einem Puncte festzusetzen. Diese Diversion bessert die Lage des Königs, welcher nun Tilly übergenug gewachsen ist, um ein Bedeutendes und wird endlich Bethlen Gabor, welcher sich selbst bei der größten Abneigung gegen eine neue Unternehmung sagen muß, daß eine so günstige Gelegenheit nicht so bald widerkehren werde, zu einem entscheidenden Schritte veranlassen. Auch dies Mal bittet der Graf den König um Unterstützung: ein Regiment z. F. und 500 Pferde soll er ihm zuschicken, damit er nicht auf die Schotten zu warten braucht.

Ferner steht sein Begehr nach einer Empfehlung an die schlesischen Stände, denen der König zu Gemüth führen soll, daß er die deutsche Freiheit retten will. Sorge aber ruft in ihm sein unbestimmtes Verhältnis zu Kursachsen wach. Johann Georg wahrte in dieser misslichen Lage, während ein katholisches Kaiserheer und ein protestantisches Königsheer seine Grenzen umlagerten, äußerlich strengste Neutralität. Er hatte die Elbbrücken zu Torgau und Wittenberg abbrechen lassen und war äußerst abgeneigt, irgend einem Theile den Pass zu gestatten. Wenn nun aber der Kurfürst den Grafen mit Waffengewalt vom Eindringen in Schlesien abhielt oder wenigstens die Lausitz vertheidigte? Einem solchen Zwischenfalle sollte der König vorbeugen. Mansfeld ersuchte ihn daher, Johann Georg unmittelbar nach seinem Aufbruch durch die bündigsten Versprechungen zu begütigen. Er wollte Kursachsen so wenig wie möglich berühren und auch in der Lausitz nicht das Geringste vornehmen, wenn ihn der Kurfürst unbehelligt lassen würde. Ja der König sollte nach

1) Mansfeld an den König Brandenburg 14./24. März.

diesem Vorschlage dem Kurfürsten die Lausitzen förmlich garantieren, wenn derselbe nur „still sitzen und die Versicherung des Evangelii und der werthen Freiheit in Deutschland“ nicht hindern würde. Diese Mittheilung an Kursachsen bat Mansfeld indessen nicht eher zu veranlassen, als bis er sich thatsächlich auf dem Marsche befinden würde.[1]

Christian IV. hat darauf Mansfelds Plan, nach Schlesien zu gehen, gebilligt, aber er hat ihn an die Bedingung geknüpft, daß er die dessauer Brücke zuvor erobern sollte.

Aus diesen beiden Schreiben Mansfelds scheint mit Sicherheit hervorzugehen, daß Mansfeld einem festen Plane zu einer Vereinigung mit Bethlen Gabor oder auch nur zu einem Zusammenwirken mit demselben damals nicht folgte, und daß Bethlen Gabor ganz ohne nähere Kenntnis von der Ausführung seines Vorhabens geblieben ist.

Man würde aber überhaupt irren, wenn man diesen ganzen Vormarsch gegen die Elbe nur als eine Folge strategisch-politischer Berechnungen und Combinationen erklären wollte. Gewiß knüpfte Mansfelds leicht erregbarer Sinn an sein Gelingen große Hoffnungen: zunächst aber trieb ihn auch die Noth und vielleicht sie am meisten zu irgend einem Wagnis. Er selbst bekennt die Besorgnis für die eigne Existenz und für das Fortbestehen des kleinen Truppenkörpers, welche ihm die erstere ausschließlich gewährleistete.[2] Er gestand sich und dem Könige, daß ihm schwerlich aus Frankreich und England weitere Soldzahlungen würden verabfolgt werden, wenn er nicht etwas Namhaftes thue, und daß dann seine Armee nothwendig zu Grunde gehen müsse. Es kam ihm bei seinem Angriff auf die dessauer Brücke auch darauf an, auf der andern Seite der Elbe neue Mittel zum Unterhalt zu gewinnen, „dann auf dieser Seite ist nichts mehr zu leben, wann wir Kurbrandenburg nicht zu hart angreifen wollen, aber im Fürstenthum Anhalt dürfte sich auf ein wenig Zeit noch etwas finden.“

Und trotzdem hält der Graf schon nach Verlauf einer Woche überhaupt den Marsch auf Schlesien nicht mehr für rathsam, wenn sich

1) Mansfeld an Christian IV. Brandenburg 25. März. K. G. St.-A. in Kop.

2) Er bittet den König um das bewilligte Volk und um 500 Pferde. „Nach deme diese kleine sachen werden verrichtet sein, daß Ich für mich Selbsten etwass thun vnd Eine gutte diuersion an dem Ortt, da es E. M. gutt befinden werden, es seye in Schlesien, oder wa es der beliebet, machen köndte. Dann wann Ich nicht etwass Rahmhafftes thun werde, Sorge Ich, es werde Mir aus Franckreich vnd Engelland wenig oder khein gellt gefolgt werden, weill Sie darfür halten möchten, es seye zu nichts gutt, weill Ich Ihrer Meinung nach nichts, sondern E. K. M. Volckh alles allein thue.“

Bethlen Gabor nicht rege, oder er selbst über bedeutendere Streitkräfte verfügen könne. Schon fürchtet er, daß die schlesischen Fürsten und Stände während seines langen Zögerns mit ihren Rüstungen so weit zu Stande kommen werden, daß sie ihm entgegen treten können. Wenn ihn dann noch Wallenstein vom Rücken her drängte, würde er in die Mitte genommen werden.

Und so schlägt er denn dem Könige einen neuen Plan vor. Er selbst will auf Bernburg nach Halberstadt zu, oder wohin es der König sonst für gut findet, gehen, während Fuchs in der Richtung auf Alvensleben, und der König selbst nach Halberstadt marschieren soll. Ist durch diese Bewegung die dessauische Brücke erobert, so werden Wallenstein die Zufuhren und der Anlauf von Rekruten aus Böhmen und Mähren gesperrt und derselbe wird geschwächt, wo nicht gar geschlagen werden. In diesem Falle sollte der Zug in die Erbländer im Herbst von Statten gehen. Ja er stellt den König endlich geradezu vor die Alternative, zu entscheiden, ob er nach Eroberung der Brücke, welche er für ein leichtes und müheloses Werk erachtete, gegen Halberstadt oder nach Schlesien ziehen solle. Auch für den ersten Fall nahm er eine thatkräftige Unterstützung in Anspruch, wollte sich aber dafür dem Könige bis zu seiner Rückberufung auch eidlich verbindlich machen.[1]

Diese Anträge machte Mansfeld Christian IV. nicht volle drei Wochen vor seiner Niederlage. Wie sie beantwortet sein mögen, wissen wir nicht, wir können aber aus dem Zusammenhange der Verhältnisse den ziemlich sichern Schluß ziehen, daß der König damals seine Zustimmung zum Aufbruche nach Schlesien wenigstens nicht unbedingt ertheilt hat.[2]

Während dieser Verhandlungen hatte jedoch Mansfeld seinen Marsch an die Elbe bereits angetreten. Schon am 17. März n. St. noch vor Tagesanbruch bemächtigte sich der Herzog Franz Karl von Lauenburg ohne Blutvergießen,[3] ja wahrscheinlich mit Unterstützung der Einwohner, der Stadt Zerbst. Nachdem seine Soldaten die Mauern erstiegen hatten, besetzte er die geräumige Stadt mit 6 Compagnien Fußvolk. Dieselben scheinen sein ganzes Regiment gebildet zu haben, zählten aber in Wahrheit nicht über 400 Mann.

---

1) Das umfangreiche Schreiben ist von Burg aus 28. März/7. April datiert. K. G. St.-A. in Kopenhagen.

2) Burg 28. März/7. April 1626.

3) Weder der Briefwechsel der Generäle noch die Ortsnachrichten, wie Herr Archivrath Kindscher versichert, deuten darauf hin, daß die Stadt von den Wallensteinern besetzt gewesen ist.

Wahrscheinlich um den obersächsischen Kreisobersten nicht zu reizen, hatte der König Maßnahmen getroffen, durch welche die ganze Unternehmung ausdrücklich als Mansfelds eigenstes Werk hingestellt wurde. Diesen zu Folge begleitete zwar der auf der rechten Seite der Elbe in Burg, Möckern, Loburg und Umgegend das Commando führende Oberst Baudissin den Herzog von Burg aus, wo derselbe am 5./15. März eintraf, bis nach Zerbst mit einem Regiment Cavallerie und blieb auch in der Umgegend der Stadt stehen, bis die Ueberrumpelung geglückt war. Allein er erstattete darauf die ausdrückliche Meldung an Fuchs: „Was uns anlanget, haben wir nichts damit zu thun, sondern hats allein Mansfeld gethan, wie Herr Oberster Lohausen und der andre Reichsrath berichten wird."

Sowol die Einwohner als auch der Landesherr billigten übrigens die Einlagerung; dem letztern erschien freilich die Stärke der Truppen viel zu gering. Er fragte beim Anblick des baudissin'schen Regiments ausdrücklich, warum man dasselbe nicht auch in die Stadt lege, worauf dieser eine ausweichende Antwort ertheilte. Baudissin selbst aber theilte das Urtheil des Fürsten über die geringe Anzahl der Besatzung gleichfalls und verhehlte seine Besorgnis auch Fuchs nicht. Zuletzt überließ er dem Herzog von Lauenburg noch 100 Musketiere des Regiments Frenking, welche er aber ausdrücklich für mansfeldische Mannschaften erklären ließ. Am 8./18. März schrieb er von Loburg aus, wohin er sich bereits wider zurückgezogen hatte, an Fuchs: „Es ist doch alles zu wenig, denn er (H. v. S. L.) die Stadt unter vier Tausend Mann nicht besetzen kann; wann ihm der Herr General unterdessen etwas von Volk leihen wollte, so in Burg lieget, oder sonsten mit etwas verhilflichen sein, bis ihm von dem Mansfeld mehres Volk zugeschickt würde. Mir ist es zu weit, stets also zu reiten mit meinem Regiment, denn ich von Burg aus großer 7 Meilen bis an die Brücken habe und von Loburg auch vier Meilen." [1]

Erst eilf Tage nach der Einnahme der Stadt Zerbst begab sich auch der Oberstlieutenant Sterling mit seinem eignen und dem altenburgischen Regimente durch Brandenburg auf den Marsch nach Zerbst, und vier Tage darauf folgte diesem Mansfeld mit der ganzen Armee. Nur 1200 M. blieben in der Stadt Brandenburg zurück.

Mansfelds Marsch ging über Alten-Plato nach Burg: in und um diese Stadt nahm man am 2. April Quartier. Den Proviant bezog die

1) Wolf Heinrich v. Baudissin an General Fuchs 5./15., 7./17. und 8./18. März. Kgl. S. St.-A. in Kop.

Armee während dieses Marsches nach einer ausdrücklichen Verwilligung des Kurfürsten aus der Mark.

In Burg befand sich damals auch der Administrator von Magdeburg. Er war in tiefster Bestürzung über den Umschwung der Dinge in Berlin, durch welchen er nicht nur blosgestellt, sondern geradezu Preis gegeben wurde. Nun wo die Tage der Entscheidung herannahten, dachte er nur an Sterben und Verderben und beklagte sich auf das herbste, daß ihn auch seine besten Freunde aufgegeben und allein unter seinen Feinden hätten stehen lassen. Noch wollte er freilich nicht recht daran glauben, daß sich auch an seinem eignen Hause das Sprichwort: „Daß treue Freunde in der Noth 25 gehen sollten auf ein Loth" bewahrheite.[1] Noch heftigern Unwillen empfand er über seine Unterthanen, von denen ihm gar manche in den Reihen der Feinde mit den Waffen in der Hand gegenüberstanden. Trotzdem schloß auch er sich natürlich der vorrückenden Armee an, welche am 6. April dem festen Hause Rogäz gegenüber nördlich von Magdeburg erschien.

Vor Rogäz selbst aber befand sich bereits der General Fuchs mit einer Abtheilung seines Heeres, deren Stärke nicht genau ermittelt werden konnte.[2]

Das kleine, aber feste Schloß hatten die Oestreicher mit 200 Mann, einer Compagnie des Grafen Schlick unter einem Hauptmann Beck, besetzt. Fuchs ersuchte Mansfeld um seine Unterstützung bei der Bestürmung und erhielt auch einen günstigen Bescheid. Von der andern Seite der Elbe eröffnete der Graf eine lebhafte Kanonade gegen das Haus und schoß endlich Bresche. Darauf ließ Fuchs die Besatzung zur Uebergabe auffordern, erhielt jedoch keine Antwort. Auf Mansfelds abermaliges Ersuchen begann nun Fuchs eine neue Unterhandlung, in Folge deren der Commandant seine Bereitwilligkeit zur Capitulation kund gab. Als jedoch Fuchs Geiseln verlangte, erhielt er einen schroff abweisenden Bescheid und begann nun eine förmliche Belagerung, zu welcher Mansfeld 4 Stück Geschütz über die Elbe sendete. Am 27. März/6. April unternahmen beide darauf einen neuen Angriff, in Folge dessen

1) Christian Wilhelm an den Kurfürsten Georg Wilhelm, Burg 20./30. März.

2) In den Mittheilungen des anhaltischen Geschichtsvereins Bd. I. S. 279 ff. sind zwei Berichte über die Schlacht an der dessauer Brücke veröffentlicht, welche unsern Nachrichten zu Folge wenig glaubwürdig erscheinen und außerdem an groben Missverständnissen leiden. In dem ersten wird „Rogäz" „Ragun" genannt; Fuchs soll nach demselben 6000 M. geführt und vor die dessauer Schanzen gerückt sein u. s. w. Wichtiger ist der Aufsatz von Irmer, Die Schlacht an der Elbbrücke bei Dessau a. a. O. S. 660 ff.

sich die Gegner auf den Thurm zurückzogen, welcher noch an demselben Tage von den Dänen mit stürmender Hand genommen wurde. Die ganze Besatzung, zehn Verwundete ausgenommen, wurde niedergemacht. Ein Theil derselben soll mit Holzäxten erschlagen, andere vom Thurme herabgestürzt worden sein. Auch hier, heißt es, wurden den unglücklichen Gefangenen bei Lebzeiten Riemen aus dem Leibe geschnitten. Ein katholischer Geistlicher soll den Commandanten in seinem der Uebermacht gegenüber ganz nutzlosen Widerstande noch bestärkt und die Soldaten mit der Drohung, sie alle im Thurme zu verbrennen, zum Ausharren gezwungen haben.[1]

Allein auch die Dänen beklagten herbe Verluste, außer mehreren Offizieren fehlten ihnen über 100 M. Mansfeld und Fuchs hatten bei der Unternehmung über 70 Centner Pulver verschossen.

Von Rogäz aus sandte nun Fuchs einen Rittmeister gegen Ottersleben in der Nähe von Magdeburg, welcher von da aus ein Streifcorps von 150 M. nach Neuhaldensleben zu gehen ließ.

Fuchs war damals der Meinung, Wallenstein werde mit seiner Cavallerie einen Angriff auf Herzog Christian machen, und wollte diese Gelegenheit offenbar zu einem Vorstoß in das Anhaltische benutzen. Allein er war in solcher Uebereilung von Stendal und Tangermünde aufgebrochen, daß er nicht einmal die hinreichende Munition zu einem Angriff auf Wolmirstedt mit sich führte. Die Artillerie war außerdem auf das jämmerlichste bestellt, er gesteht selbst, daß er bei derselben niemand habe, der einem schriftlichen Befehle nachkommen wolle oder könne, geschweige denn daß jemand auf eigne Verantwortung und von selbst etwas verrichte. Ferner litt seine ganze Artillerie unter der Insubordination der Befehlshaber, welche merkwürdiger Weise alle im gleichen Range waren.[2]

Fuchs wollte sich zunächst um Rogäz verschanzen und dann eine Brücke über die Elbe schlagen, um sich die Verbindung mit Mansfeld, der sich wider von ihm getrennt hatte, offen zu halten.[3] Denn er wie Mansfeld litten Mangel an Proviant, und das war auch für ihn ein zwingender Grund, neue Quartiere zu suchen. Wenn ihm aber der König Geschütz

---

1) Fuchs an den König Rogäz den 28. März/7. April. K. G. St.-A. in Kop. Vgl. auch die vortreffliche Geschichte der Stadt Stendal von Götze S. 437.

2) Eigenhändige Nachschrift des Generals zu dem Briefe vom 28. März a. St.

3) „Ich bin aber Im willenß hier mich zu verschanzen vnd eine schiffbrückhen zu schlagen, damitt gedachten herrn graffen Ich, vnd er mich entsetzen möge, das khan aber vnder 8 tagen nicht geschehen, so lang khan sich der graff, wie er sagt, mangel profiandtz nicht vffhalten, daher wir vnß trenen müssen!!“

und Munition senden würde, gedachte er sich in die Stadt Wolmirstedt zu legen und dann das Schloß gleiches Namens zu blokieren. Dazu mußte er sich freilich zuvor verschanzen, und hierbei getröstete er sich einer Unterstützung durch Christian von Braunschweig, welcher sich mit seiner Reiterei Wolmirstedt nähern sollte. Dann wollte er nicht nur das letztere, sondern auch Erxleben und Hundisburg angreifen und sich endlich an der Bode oder der Saale mit dem Könige selbst vereinigen. Diesen Träumereien überließ sich der General, als ihm seine Streifparteien die Nachricht brachten, daß Wallenstein mit einer bedeutenden Anzahl Cavallerie in der Nähe stehe.

Wallensteins Streifzug hatte in der That dem Herzoge von Braunschweig gegolten, welcher in jenen Tagen Goslar angriff und das Herzogthum Grubenhagen bedrohte. Mit 14,000 bis 15,000 M. hatte sich Friedland gegen ihn zur Unterstützung Tillys, der in Klausthal stand, aufgemacht und war bis Schladen vorgerückt. Allein Herzog Christian gab sein Vorhaben bei Wallensteins Herannahen auf, und dieser trat nun gleichfalls auf die Kunde von der Belagerung des Schlosses Rogäz den Rückmarsch an. Er zog über die Ocker, bemächtigte sich der Ortschaften und Schlösser Hötensleben, Ummendorf, Sommerschenburg und Altenhausen und wandte sich darauf gegen Wolmirstedt.[1]

Da kam nun auch General Fuchs über Wallensteins wirkliche Absichten ins Klare. Am 31. März/10. April meldete er dem Könige bereits, daß es auf ihn abgesehen sei, und begab sich in die Nähe von Wolmirstedt, da Wallenstein jenseit der Ohre über Neuhaldensleben heranrückte. Verschanzungen waren in oder um Rogäz nicht angelegt worden, weil die Verproviantierung in dem weit und breit bis nach Zerbst hin ausgezehrten und von ihren Bewohnern, die sich mit ihrem Vieh und aller beweglichen Habe nach Kursachsen geflüchtet hatten, verlassenen Lande Schwierigkeiten machte. Das Haus selbst hatte Fuchs weder ausbessern noch völlig niederreißen noch mit starker Besatzung versehen lassen.

Als Wallenstein des Anmarsches der Dänen inne wurde, zog er zu Mesendorf die Reiterei über die Elbe, die von Fuchs auf 4000 Pferde geschätzt wurde. Fuchs wurde mit den Feinden in der Nähe von Wolmirstedt handgemein (31. März/10. April), mußte aber endlich den Rückzug

1) Am 29. März a. St. zog Wallenstein von Schladen vor Hornburg und von da nach Schöningen, welches nicht belagert wurde, den folgenden Tag nahm er Ummendorf, am 31. März erschien er vor Neuhaldensleben, wo er einige Stunden in Schlachtordnung hielt. Zeitungsnotiz aus dem Friedländischen Feldlager vom 4./14. April. [Berliner] Zeitung Nr. 15. K. Bibl. in Berlin.

antreten und kam unter heftiger Verfolgung durch die leichte Cavallerie des Kroatenoberſten Hebron bis in die äußerſten Quartiere in und um Rogäz zurück. Es gelang ihm zuletzt einen Gefangenen zu machen, nach deſſen Angaben der Feind mit 12 Regimentern Cavallerie und eben ſo viel Infanterie und 10 Geſchützen heranzog. Darauf hielt er es für das Gerathenſte, auch Rogäz aufzugeben, lud ſeine Artillerie auf die Schiffe und gelangte noch wolbehalten nach Tangermünde.

Als Wallenſtein am Morgen nach dem Scharmützel den Kampf fortſetzen wollte, befand ſich der Feind bereits in Sicherheit. Obwol nun eine weitere Verfolgung nicht gerade in ſeiner Abſicht lag, gab er doch ſchließlich dem Andrängen ſeiner Offiziere nach und rückte nach Tangermünde vor. Kaum eine Stunde war der däniſche General in der Stadt, als ſich auch die Oeſtreicher bereits vor ihr zeigten. Unmittelbar vor der Stadt „auf dem Boßberge zwiſchen Bölsdorf und Tangermünde“[1] hatte ſich Fuchs ſchließlich mit einigen Regimentern Fußvolk und 1500 Pferden gelagert. Es kam zu kleinen Cavalleriegefechten, allein einen Hauptangriff wagte keiner der beiden Generäle. Fuchs hatte von Magdeburg aus die Nachricht erhalten, daß Wallenſtein nach Schnakenburg an der Elbe marſchieren würde, um mit Hilfe der Lüneburger den Fluß zu überſchreiten, und glaubte ſich in der Stadt nicht halten zu können. Er gab daher Tangermünde auf, ſchickte einen Theil ſeiner Truppen nach Stendal, beſetzte Oſterburg durch Cavallerie und zog ſich mit dem königlichen Leibregiment über die Elbe zurück. Wallenſtein aber, deſſen Reiter über 40 Stunden im Sattel geweſen waren, und deſſen Fußvolk erſt um Mitternacht eintraf,[2] war es nur darum zu thun geweſen, Fuchs in Furcht zu ſetzen, ihn von einer Unterſtützung des mansfeldiſchen Unternehmens zurückzuhalten und endlich auch einen militäriſchen Druck auf den Kurfürſten von Brandenburg auszuüben. Ueber Tangermünde hinaus rückte auch er nicht vor, ſondern begab ſich am 2./12. April, vielleicht in Beſorgnis um einen Angriff Mansfelds auf die deſſauiſche Brücke, nachdem er die Dörfer um die Stadt hatte abbrennen und das Vieh, welches er zurücklaſſen mußte, niederſchießen laſſen, auf den Rückmarſch.

General Fuchs befand ſich am 3./13. April in Schönhauſen. Derſelbe ließ darauf Burg wider beſetzen und hatte im Sinn, zum Entſatz Mansfelds herbeizueilen. Allein auch dies Mal ſcheint ihm die große

1) Götze a. a. O. S. 438.

2) Friedland an den ſpan. Geſandten in Wien, Aſchersleben 14. April 1626. Kgl. St.-A. in München.

Unordnung in der Heeresverwaltung einen bösen Streich gespielt zu haben. Er befand sich an der Elbe und konnte den Strom nicht benutzen, weil die Schiffer die Fahrzeuge wider seinen ausdrücklichen Befehl Meilen weit abwärts geführt hatten.[1]

Schon damals und auch noch später hat Mansfeld die heftigsten Anklagen gegen Fuchs, daß er Rogäz nicht befestigt, ihm selbst Wallensteins Rückmarsch nicht angezeigt habe, bei dem Könige angebracht. Er beschuldigte ihn ferner auch, Veranlassung zu ihrer Trennung bei Rogäz gegeben zu haben. Ob diese Anschuldigungen begründet sind, läßt sich auch aus den Schreiben der beiden Heerführer an den König nicht beurtheilen: auf keinen Fall aber wird der heißblütige Graf durch dieselben die Neigung des Generals, ihm die Unternehmung auf die dessauer Schanzen zu erleichtern, verstärkt haben.

Am Montag 3./13. April erreichte Wallenstein wider Wolmirstedt und zog noch denselben Nachmittag an Magdeburg vorüber nach dem Anhaltischen. Bei dieser Gelegenheit erbeutete eine ausfallende Partei der magdeburgischen Bürgerschaft 300 Stück Vieh.

Bei dieser Lage der Dinge, die offenbar einer Entscheidung zuneigte, wurde es nun auch für Brandenburg die höchste Zeit, sich in eine klare und gesicherte Stellung zu bringen. Da der Kurfürst selbst nach Preußen und sein erster Minister, der Graf v. Schwarzenberg zu Bethlen Gabor gereist war, verstrichen Monate, bevor man dieser dänischen und mansfeldischen Einquartierung gegenüber irgend einen bestimmten Entschluß faßte. Erst am 28. März a. St. bevollmächtigte Georg Wilhelm Sigmund v. Götz zu einer persönlichen Verhandlung mit Christian IV. selbst. Götz kam gerade an dem Tage in Wolfenbüttel an, wo Graf Mansfeld die dessauer Schanzen verließ, um dem von Wallenstein bedrohten General Fuchs zur Hilfe zu eilen (3./13. April), wo also eine Entscheidung täglich zu erwarten war.

Der Hauptauftrag des brandenburgischen Bevollmächtigten bestand darin, den König zu einer friedlichen Räumung der Mark zu veranlassen, weil man nicht nur das Einrücken Wallensteins, sondern auch eine Besetzung Frankfurts und Krossens durch Hannibal v. Dohna befürchtete. Der Kurfürst wollte die Pässe an der Havel und Elbe, welche der König namhaft machen würde, mit seinem eignen Volke, — er warb 3000 M. z. F. und 500 Pf. — besetzen, um den Dänen die Feinde vom Leibe zu halten. Schon jetzt berief sich Georg Wilhelm auf das Versprechen

1) Nach dem Schreiben des Generals an den König Schönhausen 3./13. April. K. G. St.-A. in Kop.

Christians IV., die besetzten Plätze sofort nach der Ankunft brandenburgischer Truppen zu räumen. Ferner suchte der Kurfürst um Aufhebung der Elbsperre und um Pass für Gewehre nach. Indessen war doch der ganze Ton, in welchem Brandenburg seine Forderungen stellte, ein keineswegs unfreundlicher. Die Instruction des Bevollmächtigten entschuldigte sogar die dänische Einquartierung selbst mit der äußersten Noth und dem Zustande des jetzigen Unwesens: sonst würde der König dem Kurfürsten und seinem Lande sicherlich keine so große Last auferlegt haben.

Noch am Tage seiner Ankunft hatte Götz bei dem Könige Audienz. Allein merkwürdiger Weise drehten sich die Verhandlungen zunächst viel mehr um die wichtige Frage des Anschlusses an den König, als um die Räumung der Marken. Vor allem drängte Christian IV. den brandenburgischen Abgesandten, darauf hinzuwirken, daß sein Kurfürst noch den König von Schweden zum Einschreiten veranlassen sollte. Obwol er selbst nur geringe Hoffnung dazu hatte, so schien ihm eine Landung Gustav Adolfs in Camin und ein Marsch desselben auf Stettin noch nicht ganz außerhalb des Bereichs der Möglichkeit zu liegen. Dann sollte sich derselbe entweder die Oder aufwärts nach Schlesien oder auf die Elbe zu, etwa nach Torgau wenden, sich mit dem König selbst verbinden und wenigstens eine der beiden feindlichen Armeen vernichten helfen. Von den Kriegssubsidien wollte ihm Christian IV. die von Frankreich versprochenen 500,000 Livres überlassen, deren Zahlung man Anfangs Juni erwartete. Ferner wollte er Gustav Adolf auch den Grafen v. Mansfeld mit allen Regimentern außer den eigentlich dänischen, ihm nur geliehenen, zuweisen. In diesem Plane nahm endlich Bethlen Gabor eine wichtige Stelle ein. Christian IV. hoffte, er würde Gustav Adolf mit noch viel größerer Bereitwilligkeit Unterstützungen senden, als er sie für Mansfeld versprochen hatte: ja er sprach sogar von einer vollständigen Vereinigung beider nun verschwägerten Regenten. Er wies Götz mit Nachdruck darauf hin, wie viel dem Kurfürsten selbst an dem Gelingen dieser Pläne gelegen sein müßte, da er sich im andern Falle keine Rechnung, bei Land und Leuten zu bleiben, machen dürfte. Auch der Nothwendigkeit, Bethlen Gabor zu einem Marsch nach Schlesien zu veranlassen, gedachte er noch besonders. Der König behauptete, daß alle Forderungen des Siebenbürgen im Haag ihre Erfüllung gefunden hätten, und versprach, demselben nach seinem Einrücken in Schlesien monatlich 40,000 Thlr. zu zahlen. Allein einen bestimmten Abschluß hatten alle diese Verhältnisse noch nicht erreicht: der König bat vielmehr Götz um Nachrichten über beide Herscher und stellte ihm auch die Ziffern der Geheimschrift zu.

Am andern Tage forschten die Geheimräthe Pogwisch und Mitzlaff Götz über die Art und Weise aus, in welcher sein Herr sich an der gemeinsamen Angelegenheit betheiligen wollte. Dieser entwickelte darauf die Gründe, weshalb sich Georg Wilhelm der Union bisher nicht angeschlossen habe, und gab als ersten Haupthinderungsgrund die Unfertigkeit der ganzen Verbindung an, welcher noch nicht einmal alle außerdeutschen Mächte, welche man ins Auge gefaßt hatte, beigetreten waren. Der Kurfürst habe ja mehrmals erinnert, „daß die auswärtigen Potentaten den Anfang machen und die Sache in ein aequilibrium bringen müßten, dann würde es an denen nicht fehlen, welche ihr den Ausschlag würden geben helfen." Götz erinnerte ferner an die beiden starken katholischen Armeen und deutete mit ziemlich verständlichen Worten auf die Unzulänglichkeit der dänischen Rüstungen hin, von welchen sich sein Herr keine Unterstützung versprechen könnte. Ja er gestand endlich, daß der Kaiser Georg Wilhelm gedroht hatte, sobald man in Erfahrung bringen würde, daß sich der Kurfürst der Gegenpartei angeschlossen habe, sofort „den Vorstreich zu thun und nicht so lange zu warten, bis ihm aus den kurfürstlichen Landen Schaden zugefügt werden könnte."

Trotzdem aber wies Götz das Ansinnen eines Anschlusses nicht vollständig zurück: ja er versicherte, daß der Kurfürst, wenn er in bessere Sicherheit gesetzt würde, sich zu allen nur möglichen Leistungen für die gemeinsame Sache verstehen wollte: nur die Zahlung der früher versprochenen Monatsrate oder eines Pauschquantums von 100,000 Thlrn., ferner die Vereinigung des in der Werbung begriffenen brandenburgischen Contingents und seine Unterhaltung lehnte derselbe für den Augenblick ab, schien aber im Laufe der Unterhandlungen bei einer genügenden Sicherstellung gegen einen Ueberfall auch die letztere noch als möglich im Auge zu behalten.

Darauf hoben die Dänen die Vortheile hervor, welche sich der Kurfürst von dem Anschlusse versprechen dürfte, die Einverleibung des Erzstifts Magdeburg, die Widereinsetzung in das jülich'sche Erbe, die Nachfolge in Pommern, und suchten die Eifersucht auf Kursachsen wachzurufen: wenn Sachsen eher als Brandenburg in die Union treten sollte, würde es demselben alle Vortheile vorweg nehmen. Allein Götz blieb fest; er behauptete, für dergleichen Abmachungen keine Instruction zu besitzen, und bezeichnete endlich die an den Kurfürsten gestellte Zumuthung, sein Volk von sich zu schicken und darüber seinem Lande den Hals brechen zu lassen, als eine sehr unfreundliche.

Trotzdem setzte man dem brandenburgischen Abgeordneten noch weiter zu, und der König selbst hielt ihm endlich vor, daß er nur aus

Rücksicht auf das Haus Hohenzollern vor 2 Jahren seinen Sohn nicht in das Erzstift Magdeburg gebracht habe, und bestätigte also die schon damals umlaufenden Gerüchte über derartige Versuche.

Götz aber reichte darauf doch noch eine die Bedingungen des Anschlusses enthaltende Denkschrift ein, über welche der König ihm seine besondere Befriedigung aussprechen ließ. Nun ließ Christian IV. den Kurfürsten noch um so dringender zu einer definitiven Erklärung auffordern.

In der Hauptsache erfreute sich freilich Götz keines klaren und bestimmten Bescheides. Der König wollte die baldige Abführung seines Volkes in Betracht ziehen und erklärte sich auch mit der Besetzung der von ihm aufgegebenen Puncte durch die Brandenburger einverstanden: allein er forderte noch immer die Oeffnung der Mark im Fall eines Rückzuges und die Zusicherung Wallensteins, daß er nach dem Abzug der Dänen seinerseits die Mark nicht besetzen, sondern sogar die bereits in seinem Besitz befindlichen Puncte wider quittieren würde.

Diese Verhandlungen in Wolfenbüttel währten bis zum 5./15. April: der Bericht des brandenburgischen Raths ist indessen einige Tage später, zu Berlin am 11./21. April abgefaßt. Auffällig bleibt in demselben der Umstand, daß des mansfeldischen Marsches nach der Elbe mit keinem Worte gedacht wird. Da wir es nicht für wahrscheinlich halten, daß man gerade dieses bevorstehenden Hauptschlages bei den Besprechungen nicht gedacht haben sollte, so bleibt wol nur die Annahme übrig, daß Götz sich eine mündliche Ergänzung seines Berichts in diesem und vielleicht auch in andern Puncten vorbehielt. Möglicher Weise also hat man doch die Frage einer vollständigen Vereinigung der brandenburgischen, freilich so geringfügigen Streitkräfte von dem Gelingen der mansfeldischen Unternehmung abhängig gemacht.[1]

Die Schlacht bei Rosslau und ihre Folgen.

Mansfeld hatte sich nach der Erstürmung von Rogäz nach Burg gewendet, welches er indessen am 9. April mit seiner Armee wider verließ.

In Burg gab er dem Könige Nachricht von seinem Vormarsch. Sein Plan war, sich der Schanzen bei Dessau und im günstigen Falle auch der Brücke zu bemächtigen, oder, wenn ihm das missglücken sollte, sich zwischen

1) Die betreffenden Actenstücke befinden sich im Kgl. G. St.-A. zu Berlin.

Magdeburg und Deſſau einen Uebergangspunct zu ſichern. Hier wollte er dann den Fluß überſchreiten und mit Unterſtützung des Generals Fuchs, der die Nachhut bilden ſollte, vorbrechen. Für dieſe Unternehmungen beſaß er freilich im Augenblick nicht über 60 Centner Pulver. Er erſuchte daher auch den König, ihm mit Munition auszuhelfen. Dieſes Schreiben erhielt Chriſtian IV. am 12. April.

In der Nacht vom 10. auf den 11. April ſchlug Mansfeld ſein Quartier in Dalchau bei Möckern auf und in der darauf folgenden in dem jenſeits Zerbſt nach Roſſlau zu gelegenen Bias. Am nächſten Tage wurde der Marſch fortgeſetzt, und ſchon am 12. April eröffneten zwei Batterien ihr Feuer auf die Verſchanzungen der Feinde bei Roſſlau. Die Mansfelder hatten eine Batterie ſo nahe an die feindlichen Schanzen herangeführt, daß man mit einem Steine hineinwerfen konnte. Endlich ließ der Graf den in der Schanze commandierenden Offizier ſogar zur Uebergabe auffordern.

Mansfeld fand nun freilich, als er vor den Schanzen erſchien, daß ſeine Kundſchafter ihn getäuſcht hatten. Die von den Feinden errichteten Werke beſaßen eine weit größere Ausdehnung und eine bedeutendere Feſtigkeit, als ihm ſeine Meldungen berichtet hatten. Demungeachtet ließ ihn ſein phantaſtiſcher Sinn an der Möglichkeit, ſeinen Plan durchzuführen, nicht zweifeln. In drei Tagen, ſo meldete er Fuchs, gedachte er die Schanzen zu nehmen.

Allein der Angriff auf die feindlichen Werke wurde durch die Schreckensbotſchaft des Generals Fuchs unterbrochen, welche ihn um ſchleunigſte Hilfe erſuchte. Und ſo verließ denn der Graf am 13. April vor Tagesanbruch ſeine Stellung gegenüber der Brücke und marſchierte abermals an Zerbſt vorüber. Er gelangte an dieſem Tage bis nach Kloſter Lübs ſüdwärts von Leitzkau.[1] Von hier aus trat er indeſſen den nächſten Tag auf die Kunde, daß Wallenſtein von Fuchs abgelaſſen habe, abermals den Rückmarſch über Zerbſt in die alte Stellung an.

Indeſſen erſt am 21. April erſchienen die Mansfelder wider vor den Schanzen an der Brücke, und auch darauf ließ der General noch 4 Tage bis zu ſeinem Angriff verſtreichen. Wahrſcheinlich wollte er damit Fuchs Zeit zum abermaligen Vorrücken laſſen, aber er hat auch Wallenſtein die erforderliche Friſt zur Rückkehr und zur Stärkung ſeiner abgematteten Schaaren gewährt.

---

1) Auch hier bot das Tagebuch Kniphauſens gute Notizen. Vgl. dazu Wallenſteins Brief an den Kaiſer, Aſchersleben 16. April 1626. Förſter, Wallenſtein als Feldherr und Landesherr S. 422.

Die Nachricht von dem Zurückweichen des dänischen Generals erfüllte Mansfeld natürlich mit dem höchsten Unwillen. Er richtete die heftigsten Anklagen gegen Fuchs an den König, welcher nun seinen und des Kreises General unter Mansfelds Oberkommando stellte. Diese Maßregel empfand Fuchs geradezu als eine Degradation. Dieses Schreiben des Königs (vom 10./20. April) mag in dem Augenblicke in Tangermünde angelangt sein, wo Fuchs von Mansfeld um eine Unterstützung zu seiner Unternehmung auf die Brücke angegangen wurde.

Mansfeld forderte einen Succurs, so groß ihn Fuchs nur werde entrathen können, ohne indessen eine bestimmte Zahl anzugeben. Darauf ersuchte ihn erst Fuchs noch einmal, ihm die Anzahl der Truppen zu benennen, was Mansfeld „aus Unwissenheit seines Stands und Gelegenheit" nicht vermochte. Trotzdem entsendete nun freilich Fuchs noch 1000 M., allein sie kamen zu spät und waren also nicht im Stande, das Verhängnis von Mansfeld abzuwenden. [1]

Wir haben diese ganze Angelegenheit fast mit den eignen Worten Mansfelds geschildert, um darzuthun, daß in der That auch den General Fuchs eine große Schuld an der Niederlage seines Rivalen trifft. Möglicher Weise hat derselbe gar in diesem Gesuche Mansfelds den ersten Schritt zu seiner Enthebung vom Commando und zu seiner Ersetzung durch Mansfeld selbst erblickt.

Sicherlich hat aber der Rückzug der Dänen nach Tangermünde die Operationen Mansfelds gegen die feindlichen Schanzen und die rosslauer Brücke verzögert: zwei Tage mußte Mansfeld seinen Truppen Rast gewähren.

Die Kaiserlichen hatten einen Brückenkopf auf dem rechten Ufer der Elbe errichtet, welcher noch durch Verschanzungen auf dem andern gesichert wurde. [2] Zur Linken des Brückenkopfes dehnten sich bedeutende Waldungen aus, deren Ausläufer mit Verhauen und Schanzwerken versehen waren.

---

1) Ungedruckter Brief Mansfelds an den König, Brandenburg 21. April/1. Mai. Kopenhagen. Daß die Darstellung Glauben verdient, beweist auch ein Brief Nethersoles an Roe: „and being loath to retire, sent now to Fu[l]kes for ayde, but specifyed not in what proportion, which Fulkes sent him backe worde he must do, before he could send him any, and while this was doing in perceyving the enemy to drawe to got behind him, was forced to thinke of making retreate."

2) Wir folgen hauptsächlich dem unten genannten italienischen Berichte, den Irmers Schlachtbeschreibung ganz außer Acht läßt. Die Ueberlieferung ist jedoch auch über dieses Ereignis so lückenhaft, daß unlösbare Zweifel zurückbleiben.

Bis an dieſen Wald heran hatten die Kaiſerlichen die mit dem Brückenkopfe in Verbindung ſtehenden Laufgräben geführt.

Eine natürliche Vertiefung, das Bett des an Roſſlau vorbeifließenden Baches, der Roſſel, bot ſich an der rechten Seite des Brückenkopfes als Vertheidigungslinie. Dieſen von dem Bache bis an das rechte Elbufer reichenden Bogen der Befeſtigungswerke der Kaiſerlichen umſchloſſen in einem weiten Halbkreiſe die Verſchanzungen Mansfelds. Innerhalb dieſer Befeſtigungswerke der Oeſtreicher befand ſich die im Jahr 1583 erbaute Brücke, wol ein gut Theil unterhalb der jetzigen nach dem Dorfe Rodleben zu, wo die alte Straße von Zerbſt auf ſie zu lief.

Mansfeld hat nun nicht mehr als etwa 4000 M. Infanterie und 17 Cornet Reiter, alſo ſchwerlich im Ganzen mehr als 6000—7000 M. vor die roſſlauer Brücke gebracht.[1] Unter dieſen Truppen[2] befanden ſich auch däniſche Regimenter, die des Oberſten Sterling und das altenburgiſche, beides Cavallerieregimenter, ferner das holländiſche und das Volk des Adminiſtrators Chriſtian Wilhelm, deſſen Stärke wir nicht angeben können. Nach den Verluſtliſten betheiligten ſich 9 Regimenter

---

1) „Ich habe vier tauſſend zu Fueß neben der Cavallerey für die Schanze vor der deſſauiſchen Bruggen gebracht und ſelbige attacqiert.“ Mansfeld an den König, Brandenburg 28. April.

2) In den gedruckten Berichten werden gewöhnlich viel höhere Zahlen angegeben, und ſelbſt die von einem kaiſerlichen Offizier Leon Gropello de Medicis verfaßte italieniſche Schilderung, der wir folgen, ſpricht von 12,000 M. In einem von uns im Staatsarchiv zu München eingeſehenen Exemplare dieſer Schrift iſt dieſe Zahl indeſſen ausgeſtrichen und die obige Angabe (4000 M. z. F. und 17 Cornet R.), mit welcher auch Mansfelds Berichte ſtimmen, übergeſchrieben. Der Titel der Flugſchrift, welche auch Hurter benutzt hat, lautet: Relazione, de la Vittoria, Che a la Sacra Maestà Caesarea Ferdinando II. . . ha acquistata l'Illustriss. et Excellentissimo Duca di Fridland . . il di XXV. Aprile M. D. C. XXVI. Fatta dal Quartier Mastro Generale del detto Essercito. 4. 6. Bll. mit dem kaiſ. Adler auf dem Titelblatte. Auf dem mündlichen Berichte dieſes Offiziers ſcheint auch eine andere, in ihren Angaben aber wenig zuverläſſige Schrift zu beruhen: Warhaffte vnd außführliche Erzehlung der anſehnlichen Schlacht, vnd Victori . . . wie ſie zu Wien den 6. May Jhr Kayſ. May. referirt vnd fürbracht worden . . . Getruckt zu München durch Nicolaum Henricum, Im Jahr 1626. 4. 5 Bll. Kgl. B. i. M. Die italieniſche Schilderung iſt auf Wallenſteins ausdrücklichen Befehl abgefaßt worden. Vgl. Chlumecky 36. Ein Schreiben aus der Elbſchanze vom 16./26. April ſpricht von 6000 M. Fußvolk, während eine Notiz aus Deſſau vom 16./26. April erzählt, daß die Kaiſerlichen „die mansfeldiſchen 4 Reg. Fußvolk getrennet, 32 Fähnlein bekommen und 3000 gefangen und niedergehauen.“ [Berliner] Zeitung Nr. 16.

an dem Kampfe. Auf beiden Seiten fochten Mannschaften eines fürstlichen Brüderpaares, auf Seite Mansfelds stand Herzog Franz Karl von Lauenburg, während sein Bruder Julius Heinrich ein Regiment unter Wallenstein commandierte.

Aldringer hielt anfangs die Schanzen mit nur 4 Compagnien Fußvolk besetzt und erbat sich daher nach Mansfelds erneutem Angriff (21. April) von Schlick Succurs. Dieser letztere recognoscierte auf Wallensteins Befehl die Stellung des Feindes, und auf seine Meldung hin faßte man den Beschluß, Mansfeld energisch entgegen zu treten. Von Calbe aus rückten die Kaiserlichen gegen Dessau an. Wallensteins eignes Regiment unter dem Obersten S. Julian und das tieffenbachische zogen am 23. April in die Verschanzungen ein.

Die Feinde waren eifrig damit beschäftigt, ihre Laufgräben näher an die kaiserlichen Schanzen heranzuführen, allein Schlick und Aldringer griffen so nachdrücklich an, daß sie diesem Beginnen in der Mitte eines Busches auf ihrer linken Seite ein Ziel setzten. Am 24. April erschien Wallenstein selbst mit einem Corps Cavallerie. Er bemerkte, daß der Gegner ein Gehölz auf der rechten Flanke der Kaiserlichen nur einen Musketenschuß weit von der Verschanzung unbesetzt gelassen hatte, und schon mit Tagesanbruch rückten die Regimenter S. Julian und Tiefenbach in diese ihnen angewiesene Stellung nach dem Dorfe Rodleben zu ein. Darauf wurde von diesem Gehölz bis zu den Schanzen ein Laufgraben geführt, so daß die Kaiserlichen ihre Verstärkungen gedeckt heranziehen konnten.

Während der darauf folgenden Nacht nun mußten Gonzaga und Coronino die Mansfelder mit 1000 M. Cavallerie so in Athem halten, daß ihnen die Fortführung und Vollendung ihrer Laufgräben unmöglich wurde.

Jenes Gehölz in der rechten Flanke der Feinde beschloß nun Mansfeld am 25. April zuerst zu nehmen. Er dringt mit drei Regimentern, unter denen sich auch das von Nyhoff befehligte holländische befand, ein, und es entspinnt sich ein fünfstündiger Kampf, der auch von der Artillerie unterstützt wird. Allein die Uebermacht des Feindes behauptet aller Bravour der Mansfelder ungeachtet den Sieg. Fünf Compagnien des Regiments Collalto unter Chiesa, noch müde vom Marsche, nehmen eine halbmondförmige Verschanzung des Feindes unter eignen großen Verlusten: und 5 Compagnien des Herzogs Julius Heinrich von Lauenburg rücken außerdem zur Verstärkung der Kaiserlichen ein, so daß diese die Laufgräben verlassen und durch ihr ungestümes Drängen das feindliche Fußvolk zum Weichen bringen. Bei dieser Gelegenheit fiel Nyhoff.

Da setzte sich nun auch die mansfeldische Cavallerie gegen das Wäldchen in Bewegung. Allein Wallenstein zog neue Verstärkungen, unter andern das Regiment des Grafen von Nassau aus den Verschanzungen herbei, welche nun gegen die noch nicht eroberten Trancheen des Feindes in der Front und vom kaiserlichen linken Flügel aus vorgingen und sie erstürmten. Und darauf gab Mansfeld die Sache verloren. Artillerie und Gepäck zog sich nach Zerbst zurück, er selbst aber hatte noch 3 Stunden nöthig, um seinen Rückzug gleichfalls anzutreten. Während dieser Zeit ließ ihn Wallenstein unbehelligt. Allein derselbe zog unterdessen 28 Compagnien Cavallerie und 1600 Kroaten über die Brücke heran und begann nun mit diesen und 31 Compagnien Infanterie Nachmittags 2 Uhr die Verfolgung, bei welcher Schlick und Aldringer mit der Infanterie und Artillerie die Nachhut führten. An einem Gehölz nahm die mansfeldische Infanterie mit der Front gegen Zerbst von Neuem Stellung, und vor derselben trat den Kaiserlichen die feindliche Cavallerie entgegen. Bei dieser Gelegenheit war es nun, wo die letztere und zwar sowol der längst im Dienst befindliche Theil, als auch die, welche nur Anrittgeld erhalten und noch nicht einmal geschworen hatten, schließlich die Flucht ergriff und die Infanterie ihrem Schicksale überließ. Diese wurde zum größten Theil niedergehauen.

Wallenstein selbst verrichtete an diesem Tage, wie unser Bericht rühmt, die Pflichten des Generals und des Soldaten: mit dem Degen in der Faust sah man ihn die Reihen durchfliegen. In der Aufregung über die Wechselfälle des Kampfes hat er das Gelübde gethan, die Karthause zu Walditz nahe bei Gitschin zu seinem Erbbegräbnis zu erheben.

Mansfeld passierte bereits gegen 1 Uhr mit nur 3 Personen Zerbst, bald hernach folgte ihm auch der Administrator Christian Wilhelm, dessen persönliche Tapferkeit sich hier großes Lob erworben hat.

Vier Compagnien in einer Schanz
Hällisch Volk hatten den Vortanz.
Frisch auf!
Fielen die Unsern an,
Das kost' den Bischof manchen Mann,
Darzu sein bestes Pferd. [1]

Das Fußvolk war, wie bereits erwähnt, vom Feinde umringt und fast vollständig niedergemacht oder zerstreut worden. Bei der Verfolgung sanken viele mit aufgehobenen Händen in die Knie und baten unter dem

1) Vgl. Opel und Cohn, Der dreißigjährige Krieg S. 165.

Versprechen katholisch zu werden um ihr Leben. Nach einigen Tagen fand sich indessen der Rest wenn auch meistens ohne Gewehre im Brandenburgischen wider ein, so daß Mansfeld noch über 2000 M. zusammen zu bringen hoffte. Die Reiterei und einen Theil der Artillerie hatte er gerettet. Der Graf meldete seinem Kriegsherrn, daß er, der König, vom holländischen Regiment und von dem des Administrators etwa 1500 M. verloren habe. Auch 2 Geschütze hatte Mansfeld seinem eignen Eingeständnis nach eingebüßt, während der Bericht der Gegner seinen Verlust auf 6 Stück Geschütz und 4 Mörser angibt.[1] Unter den Toten befand sich einer der vertrautesten Freunde des Grafen, der Oberst des rothen Regiments Ferenz. In Gefangenschaft geriethen nicht weniger als 48 Offiziere aller Grade: unter ihnen nahm den höchsten Rang der Generalwachtmeister und Oberst Kniphausen ein.[2] Er wurde zunächst in das Quartier des Oberstlieutenants de Trappola gebracht, am folgenden Tage zum Grafen Schlick geführt und von diesem Wallenstein selbst vorgestellt, der ihn zur Tafel zog und darauf in seinem eignen Wagen mit nach Calbe nahm. Mitte Mai wurde ihm indessen die Morizburg bei Halle als Aufenthaltsort angewiesen.

Mansfeld schob die Hauptschuld seiner Niederlage auf die geringe Anzahl seiner Truppen, besonders der Infanterie, die er noch durch zahlreiche Wachen und Schanzarbeiten überbürden mußte. Ferner klagte er über das Ausbleiben der ihm durch den König verheißenen Unterstützungen, und zwar vor allem des mecklenburgischen Regiments. Ihm selbst aber wurde von Christian IV. der Vorwurf gemacht, daß er die Schwierigkeit des Unternehmens nicht hinreichend gewürdigt und in blinder Siegeszuversicht den Angriff unternommen habe. — Mansfeld war übrigens durch diese Niederlage keineswegs entmuthigt. Schon am 26. April benachrichtigte er den kursächsischen Obersten in Wittenberg mit dem Ersuchen, ihm seine Truppen passieren zu lassen, daß er dem Feinde demnächst abermals die Stirn bieten werde.

Unmittelbar nach der Niederlage aber nahte sich auch der Stadt Zerbst das Verhängnis, der Wallenstein ihrer Hinneigung zu den Mansfeldern halber den Untergang mit Feuer und Schwert gedroht hatte.

---

1) Wallenstein selbst spricht sogar von 17 (10?) Feldstücken und 4 Mörsern. Hurter, Zur Gesch. Wallensteins 63. Ferner gibt er die Anzahl der Toten in ärgster Uebertreibung auf 6000—7000 M. an, die der Gefangenen soll 2000 betragen haben: Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesherr S. 423.

2) Man hat gerade ihn wider für die Niderlage verantwortlich gemacht, Mercure fr. 12. S. 120.

Was sich von der mansfeldischen Besatzung noch in derselben vorfand, mußte über die Klinge springen. Indessen das Aeußerste wehrte die Entschlossenheit der Fürstin Agnes von Dessau glücklich ab. Diese fuhr dem heraunahenden Dictator weit über die Stadt hinaus entgegen und erlangte durch ihre eindringliche Fürbitte auch ein milderes Verfahren. Indessen die Plünderung hat auch sie nicht verhindern können. Noch in der ersten Nacht kaufte man dieselbe allerdings dem kommandierenden Offizier ab, allein trotzdem wurden im Verlauf dieser einzigen Nacht 252 Häuser ihrer Ausstattung beraubt. Der Offizier, welchen Wallenstein mit der fröhlichen Botschaft nach Wien sandte, der Oberstquartiermeister Leon Gropello de Medicis, hat seiner Aussage nach selbst in Zerbst nicht weniger als 6000 Thlr. von einem feindlichen Capitain erbeutet.

Als dieser Abgesandte in Wien anlangte, war der Kaiser nicht anwesend. Er begab sich daher sofort nach Baden, wo derselbe bei der Kaiserin verweilte, und traf ihn nach dem Genuß des Abendmahls noch knieend in der Kirche, „denn gemeiniglich, wann zu Diensten Ihrer K. M. sich etwas namhaftes zugetragen, die Zeitungen zu einer solchen Zeit eingelangt, wann J. K. M. das hochwürdigste Sacrament des Leibs und Bluts Christi dem katholischen Gebrauch nach sub una empfangen.“ [1]

Die Herzen der Sieger beseelte natürlich ein hoher Enthusiasmus. An dem Tage der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria, deren besonderem Schutz dieses Heer von so vielen Gläubigen empfohlen war, nur einen Tag früher, als der Sieg bei dem nahen Mühlberg, war dieser Sieg, ein Triumph der Kaiserlichen ohne Bundesgenossen, erfochten worden. Wallenstein rief dem Erzherzog Leopold den Wunsch zu: „Gott verleihe seinen Segen, daß alle Feinde des hochlöblichen Hauses Oestreich unter der Ens gestürzt werden!“

Am nächsten Sonntage nach der Ankunft der Freudenbotschaft sangen die Jesuiten in ihrem Professhause zu Wien ein feierliches Tedeum. —

Der König scheint anfangs im Sinne gehabt zu haben, die Unternehmung Mansfelds durch einen Marsch auf Dessau zu unterstützen. Das glaubte man wenigstens einige Wochen vor der Niederlage in Magdeburg, wo man auch wissen wollte, daß er in Wolfenbüttel alle Garnisonen zusammengeführt habe. In der That aber hat er, vielleicht aus Besorgnis vor dem in seinem Rücken stehenden Tilly, der sich nun des ganzen Harzes bemächtigt hatte, nicht die geringste Bewegung unternommen. Drei Tage vor der Schlacht feierte er in Wolfenbüttel seinen Geburtstag.

1) Warhaffte vnd ausführliche Erzehlung . . . 1626.

Es ist nun immer auffallend gefunden worden, daß Wallenstein nach der Niederlage Mansfelds von seiner Verfolgung so bald abgelassen und den größten Theil seines Volkes wider über die Brücke zurückgeführt hat. Daß ihn hierzu nicht allein militärische, sondern auch politische Gründe nöthigten, scheint auf der Hand zu liegen. Eine Verfolgung Mansfelds mußte ihn und sein Heer tiefer in das Kurfürstenthum Brandenburg hineinführen und stellte Kursachsen vor die folgenschwere Entscheidung, ob die bisherige Neutralität auch noch weiterhin festzuhalten sei. Und wenn dasselbe, wie es wahrscheinlich war, auch dann aus seiner Zurückhaltung nicht heraus trat, so hatte der Herzog doch immerhin eine Macht zur Seite, von welcher er wußte, daß sie sein Vordringen mit dem größten Mißtrauen begleitete. Johann Georg aber sollte nach seinen Plänen kein, wenn auch nur schmollender Gegner der sich vorbereitenden Neuordnung der Dinge sein, sondern ein werkthätiger Mitarbeiter!

In der That Wallenstein glaubte, sein Sieg an der rosslauer Brücke werde im Stande sein, auch Kursachsen den Kaiserlichen in die Arme zu treiben. Er war der Meinung, der einzige lutherische Kurfürst werde sich nun der Bekämpfung des lutherischen Königs nicht weiter weigern, sondern wie einst sein Ahnherr eine neue Waffenbrüderschaft mit den Katholischen eingehen.

Wallenstein sendete zu diesem Behuf den Obersten Pechmann an den Kurfürsten mit der Aufforderung, ihm zu entdecken, was nun zu thun sei, dem wolle er sich accommodieren. Er bezeichnete als die Aufgabe Tillys, die braunschweigischen Städte Münden, Northeim, Göttingen, Erichsburg und Hornburg zu occupieren, während er selbst sich Schöningen, Wolfenbüttel, Steinberg (?) und Helmstedt vorbehalten hatte. Würde nun aber Johann Georg Tilly in seinen Unternehmungen unterstützen, so wollte er selbst mit 20,000 M. und der Artillerie nach Holstein und Mecklenburg gehen, um Tilly die Eroberung Braunschweigs zu erleichtern und den König zu „divertieren, sein eignes Land zu schützen." Trotzdem freilich wollte er die Stifter auch dann nicht aufgeben, sondern Halle, Halberstadt und Aschersleben mit Neugeworbenen besetzt halten. Auch die rosslauer Brücke blieb diesem Plane nach besetzt, während die Räumung der Stadt Zerbst in Aussicht gestellt wurde. Endlich suchte Pechmann um freien Durchzug für die Neugeworbenen nach und stellte die verfängliche Anfrage, ob Wallenstein bei seinem Auszuge den obersächsischen Kreis berühren dürfe. — Diese Eröffnungen scheinen die kursächsischen Räthe in nicht geringes Erstaunen versetzt zu haben. Der Präsident v. Schönberg wies den Gedanken einer Betheiligung an der Kriegführung weit von sich; die beiden Generäle hätten sich selbst über

die weiteren Maßnahmen zu vergleichen, und — „die vorgeschlagenen Orte wären J. D. nicht bekannt!“ Nur mahnte Schönberg von einer sofortigen Trennung der beiden Heerführer und ihrer Armeen ab, bis man über die nächsten Unternehmungen Mansfelds ins Klare kommen würde. Das Ansinnen einer Unterstützung Tillys und den heiklen Punct über einen etwaigen Durchmarsch durch den obersächsischen Kreis überging der Präsident vollständig mit Stillschweigen. —

Mansfeld richtete nach seinem misslungenen Angriff neue Anklagen gegen Fuchs an den König und schob demselben die Schuld der Niederlage zu.

Fuchs widerum hatte dem Könige mit seinem Abschied gedroht und wollte seine ganze Armee Mansfeld überweisen. Christian IV. dagegen billigte jetzt das Zögern seines Generals mit Rücksicht darauf, daß sich gerade damals ein großer Theil der ganzen Armee in Göttingen und Hessen befunden hatte, und befahl dem Grafen, in Zukunft nur nach einem gemeinschaftlich mit Fuchs verabredeten Plane vorzugehen. Und wenige Tage darauf, als er einen gemeinschaftlichen Angriff Wallensteins und Tillys auf Herzog Christian befürchtete, wies er ihn an, Fuchs, welcher in diesem Falle Wallenstein folgen sollte, mit einem möglichst großen Theil seiner Streitkräfte eiligst zu verstärken.[1]

Aus dem Anhaltischen hatte sich Mansfeld unterdessen wider nach der Mark Brandenburg zurückgezogen, wo er in der gleichnamigen Stadt so wie in den übrigen kleinen Städten des Landes seine Truppen allmählich wider sammelte.

In Berlin gerieth man natürlich über die Botschaft von der Niederlage in den größten Schrecken: man hielt die Mark für verloren. Schon warnte Wallenstein den Kurfürsten, Mansfeld wider aufzunehmen, und erinnerte ihn daran, daß man „den Feind, wo er ist, suchen muß.“ Die kurfürstlichen Damen verließen den Hof: Georg Wilhelm finden wir schon am Tage vor der Schlacht in Beskow. Hierher hatte er den Burggrafen Hannibal v. Dohna entboten, welcher sich mit dem Kurfürsten nach Storkow begab, wohin dem letztern wahrscheinlich auch die Nachricht von der Niederlage Mansfelds gemeldet wurde. Mit Freuden machte Georg Wilhelm Dohna davon Mittheilung und versicherte ihm, daß er von dem Einfalle Mansfelds und des Königs, welcher nur den Zweck gehabt habe, ihn mit Gewalt zu dem zu bringen, wozu er sich früher in Güte nicht habe verstehen wollen, keine Kenntnis gehabt habe. Zugleich aber ersuchte

1) Briefe des Königs an Mansfeld vom 17. und 21. und an Fuchs vom 16. April a. St. K. G. St.-A. in Kop.

er Dohna auch, Wallenstein von seinem Lande zurückzuhalten, da der König, falls der Herzog die von ihm im Brandenburgischen occupierten Plätze verschonen würde, sich zur Räumung des Landes erboten habe. Ja er ließ sogar durch Dohna anfragen, ob er sich bei einer gewaltsamen Vertreibung Mansfelds einer Unterstützung durch die kaiserliche Armee versehen dürfe. Er berief sich endlich noch auf seinen zu Zehden durch Dohna dem Kaiser ertheilten Bescheid.[1] Ganz ähnliche Versicherungen hatte bereits einige Wochen früher der Oberstlieutenant Heiden dem Burggrafen übermittelt.[2]

Und trotzdem war weder Georg Wilhelms Freude über Mansfelds Niederlage noch sein Loyalitätsversprechen ein recht aufrichtiges. Im furchtbaren Drange der Noth suchte er Aufschub einer Entscheidung, die für ihn in jedem Falle nur neue Fahrnis zur Folge haben konnte.

Denn unmittelbar nach der Schlacht bei Rosslau war auf sein Geheiß Winterfeld nach Schweden geeilt, um Gustav Adolf zu einer schleunigen Landung zu veranlassen. So war es ja auch der Wunsch Christians IV., welcher Gustav Adolf sogar die mansfeldische Armee überlassen wollte. In Cammin sollte der König von Schweden nach der Forderung des Dänen landen und die Oder aufwärts gehen, während der Kurfürst eine Landung in Wismar und einen Marsch auf die Elbe vorzog.

Gustav Adolf, der eben mit einem Feldzuge nach Livland beschäftigt war, wies nach kurzem Erwägen beide Vorschläge zurück. Nur allzu gut von der Verwirrung, welche unter den protestantischen Mächten auf Deutschlands Boden herrschte, unterrichtet, hütete er sich wol, seine Pläne auf so unsichere Versprechungen, wie sie dieser brandenburgische Gesandte brachte, zu gründen. Es kam dazu, daß der Herzog Boguslaus von Pommern seine Einwilligung zu einer Landung verweigert hatte, und man ihn also auf jeden Fall mit Gewalt dazu zwingen mußte.

Eine bedeutende Folge hatte diese Niederlage Mansfelds also doch. Sie veranlaßte den kurz entschlossenen König von Schweden, ohne durch weitere Verhandlungen mit Dänemark und Brandenburg die für eine Landung günstige Zeit verstreichen zu lassen, seinen Plan zu ändern und

---

1) Der Burggraf von Dohna an den Kurfürsten Johann Georg, Glogau den 2. Mai 1626. K. G. St.-A. in Dresden, Buch 54. Kriegswesen im Reich belangend. Vgl. dazu die bei Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesfürst S. 422 ff. abgedruckten Schreiben.

2) Schreiben an den Burggrafen von Dohna, Berlin 2./12. April. Abschriftlich in Dresden, Buch 54. Kriegswesen im Reich belangend.

nach Preußen zu gehen.[1] Auf eigne Fauſt führte er nun wenigſtens ein Stück des alten Programms aus und wahrte ſich zugleich die Möglichkeit, unter günſtigeren Verhältniſſen doch noch in die Reichsangelegenheiten einzugreifen.

Aber daß ſich dieſe Möglichkeit in Bälde auch nur zur Wahrſcheinlichkeit geſtalten könne, hat wol weder der König noch ſein Kanzler damals mehr geglaubt. Beide mußten ſich ſchon jetzt ſagen, daß ſowol Georg Wilhelm wie Bethlen Gabor ſich hüten würden, im Verein mit Schweden feindſelig gegen Polen aufzutreten.

Mit der Landung in Preußen überließ alſo Guſtav Adolf die wirren Reichsverhältniſſe ſich ſelbſt und benutzte die günſtige Gelegenheit, um alte Pläne zur Ausführung zu bringen. Er befand ſich bereits auf der Flotte, als er Winterfeld dieſen Beſcheid zufertigte.[2]

Chriſtian IV. aber wird auf die unbeſtimmten Zuſicherungen, welche Guſtav Adolf auch jetzt noch machte, ſchwerlich großes Gewicht gelegt haben. Dieſe entſcheidende Wendung der ſchwediſchen Politik hat nun aber auch Brandenburg veranlaßt, ſelbſt den Schein einer feindſeligen Stellung gegen das Haus Habsburg und die Ligiſten ſorglichſt zu meiden.

Der Burggraf von Dohna hatte dem Kaiſer den Rath ertheilt, den Kurfürſten ernſtlich beim Wort zu nehmen und ihm beſonders aufzuerlegen, die Verwandten des Pfalzgrafen mit Ausnahme ſeiner Gemahlin aus ſeiner Umgebung zu entfernen. Ferdinand II., dem Wallenſtein den Vorſchlag machte, das ſchleſiſche Volk nach Kroſſen zu legen und ihm zur Verfügung zu ſtellen, billigte das Abkommen Dohnas und verſchärfte es noch. Der Kurfürſt ſollte Mansfeld mit Zuziehung der kaiſerlichen Armee verfolgen. Ferdinand II. ſelbſt bot Georg Wilhelm ſeine Hilfe an.

Allein alle dieſe Verhandlungen haben vor der Hand den Stand der Dinge in der Mark thatſächlich nicht verändert. Auch nach der Schlacht von Roſſlau hat Friedland Mansfeld in der Mark nach Belieben ſchalten und walten laſſen. Zur Erklärung dieſer auffallenden Erſcheinung iſt ſchon damals bemerkt worden, daß der Herzog dadurch dem Kurfürſten nur eine recht bequeme Gelegenheit, ſeinen Zuſicherungen thatſächlich untreu zu werden, habe gewähren wollen. Allein Wallenſtein hätte ja

1) Fuit ergo capiendum aliud consilium, cujus vi secundum Deum Rex Sueciae se et regnum suum tueretur et cum exercitu in propinquo Germaniae consisteret. Oxenſtierna an Camerarius 6./16. Juni 1626. (Moſer 6, 81 ff.). Der wichtige Brief wurde auch von G. Droyſen G. A. I. 274 ff. benutzt.

2) Guſtav Adolf an Georg Wilhelm 18./28. Juni, Styffe S. 602.

die bloße Rückkehr Mansfelds in das Brandenburgische und die fortdauernde Einlagerung des Generals Fuchs in Tangermünde als eine Veranlassung zum Einrücken betrachten können. In der That scheinen ihn andere Gründe zurückgehalten zu haben.

Bethlen Gabor hatte dem Kaiser den Wunsch zu erkennen gegeben, seine Vermittelung bei Dänemark und Mansfeld einzulegen, um Friedland dadurch von der Besetzung der Mark zurückzuhalten. Dieses Ansuchen befremdete die kaiserlichen Räthe anfangs im hohen Grade; erst nach Mansfelds Niederlage bezeichneten sie Bethlens Bemühungen als unnöthig und sprachen die Hoffnung aus, der Kurfürst werde ja nun eher Mansfeld verfolgen helfen, als ihm Unterschleif gewähren und bei einem Angriffe Dänemarks zur kaiserlichen Armee seine Zuflucht nehmen.

Auch Geldverlegenheit erschwerte den Aufbruch der wallensteinischen Armee in dieser Zeit: der Feldherr hatte schon durch Leon Gropello de Medicis die dringlichsten Anträge stellen lassen. Und darauf war der Cardinal Dietrichstein und alle Kammerpräsidenten nach Wien beschieden worden, um zu berathen, durch welche Mittel man die Armee aufrecht erhalten könne, „damit sie sich nicht selbst verzehre oder in die Erblande zurückziehe." Auch Trautmannsdorf erhielt bei seiner Anwesenheit im Hauptquartier hierauf bezügliche Weisungen. Wallenstein forderte schleunigst 100,000 Thlr., sonst werde „die Armee wie Butter an der Sonne zergehen." [1]

Endlich haben alle Feldherrn jener Zeit die Existenz ihrer Heere nur in den dringendsten Fällen auf die Probe gesetzt. Und Wallenstein selbst hat gestanden,[2] daß er die Bitte des brandenburgischen Kurfürsten unmittelbar nach der Schlacht schon aus dem Grunde erfüllt habe, weil er sich mit seiner Cavallerie im Felde nicht halten könne. Außerdem aber fürchtete er gerade damals auch einen Angriff des Königs und seines Neffen. Und augenscheinlich war endlich die spröde, ja grollende Zurückhaltung Kursachsens Wallenstein mindestens verdächtig.

Die Antwort Ferdinands II. auf Dohnas Vorschläge erreichte den letzteren in Breslau. Von hier aus übermittelte der Burggraf die kaiserlichen Entschließungen an Georg Wilhelm, der sich damals bereits wider unter dem ausschließlichen Einflusse des Grafen von Schwarzenberg befand. Am 19. Mai hatte derselbe auf seiner Rückreise aus Ungarn Dohna seinen

1) Wallenstein an Collalto Aschersleben 21. Juni 1626, Chlumecky a. a. O. 36.

2) Wallenstein an den Kaiser Aschersleben 7. Mai, Förster a. a. O. S. 434.

Besuch in Breslau gemacht[1] und ihm dabei mitgetheilt, daß ihn Bethlen Gabor auf Veranlassung Christians IV. so lange zurückgehalten habe. Der König hatte unterdessen seinen Plan mit dem Einfall in die Mark desto besser durchzusetzen und den Kurfürsten vollständig auf seine Seite zu ziehen gehofft. Schwarzenberg ertheilte außerdem den Rath, der Kaiser möge die Befürchtungen um den sichern Besitz seiner Lande, welche die Pfalzgräfinmutter und die Geheimräthe in dem Kurfürsten nährten, durch eine besondere Gesandtschaft als irrthümlich und unbegründet widerlegen lassen. — Am 22. Mai erschien auch die Schwester Katharinas, die in Trennung von ihrem Gemahl Friedrich Ulrich lebende Herzogin von Braunschweig, und trug Dohna geradezu auf, dem Kaiser mitzutheilen, daß sich Bethlen Gabor seinem eignen Geständnis nach in Schlesien mit Mansfeld vereinigen werde.

Und diese neuen Mahnungen Dohnas in Berlin sowie Schwarzenbergs Rückkehr führten die schwankenden Zustände Brandenburgs einer letzten Entscheidung näher.

Die Stadt Magdeburg.

Die Stadt Magdeburg war der einzige Punct im ganzen Erzstift, welcher noch immer eine vollständig abwartende Stellung einnehmen konnte. Sie hatte früher mit dem Administrator Verhandlungen gepflogen, durch welche ihr das Recht, die beiden landesherrlichen Städte Neustadt und Sudenburg abzubrechen, gegen eine baare Entschädigung des Administrators eingeräumt wurde. Diese Vereinbarungen scheinen vor Wallensteins Einbruch zu einem gewissen Abschluß gekommen zu sein, ohne daß nun freilich der Rath sich mit Zahlungen an den Landesherrn beeilt hätte.[2] Auch die

1) K. H. Burggraf zu Dohna an d. Kaiser, Breslau 30. Mai. Leukers Negotiation in Wien 3/17.

2) In einer Instruction des Administrators an Matth. Lüderwald, Enoch Hermanns und Peter Meyer vom 7. Mai a. St. 1626, in welcher derselbe sich über eine Vereinbarung des Raths mit den Kaiserlichen zur Abbrennung der Vorstädte beschwert, wird von einem Vertrage Christian Wilhelms mit dem Rathe gesprochen. Dieser Vergleich sollte hiernach am 24. Mai auch vom weiteren Rathe vollzogen und also vollständig giltig sein. Das könnte aber nur der 24. Mai 1625 sein. Aus diesem Vertrage wird im gegebenen Falle der Schluß gezogen: „Dahero nicht uns, sondern ihnen appropriatis die gedachte Vorstädte abgebrannt oder unabgebrannt zur Recompens und Erstattung unserer Unterthanen neben dem, was uns darfür sie schuldig zu leisten und die versiegelte und verbriefte Verträge ausweisen und alles auf ihre Gefahr stehen und bleiben sollen. Staatsarchiv zu Magd. Erzst. Magd. II. Stadt Magd. 99.

Forderung eines vollständigen Uebertritts wies derselbe selbstverständlich zurück.

Diesen Vertrag der Stadt mit dem Landesherrn, welcher derselben die beiden Städte preis gab, hat auch Wallenstein kurz nach seinem Auftreten im Erzstift gegen eine Entschädigung von 50,000 Thlrn. genehmigt oder hat denselben geradezu an Stelle Christian Wilhelms abgeschlossen.[1] In Folge davon wurden im Laufe der letzten beiden Monate des Jahres 1625 die der Altstadt zunächst stehenden Gebäude der Sudenburg abgerissen, und vom Andreastage an auch die Neustadt in gleicher Weise verwüstet. Der Zweck der ganzen Maßregel war angeblich der, die Festungswerke der Altstadt um ein für die damalige Zeit beträchtliches Stück hinauszurücken. Ebenso wenig wie an den Administrator leistete jedoch die Stadt vorläufig an Wallenstein Zahlung.

Ungeachtet dieser Vereinbarung glaubte nun die Stadt eine vollständige Neutralität wahren zu können. Deshalb wurde Schlicks Ersuchen, 3000 M. Fußvolk und 1000 Pf. einzunehmen, von ihr ohne weiteres abgeschlagen. Eine geneigtere Erklärung hat sie dagegen Aldringer gegeben. Sie versprach, nicht allein dem Kaiser mit den gesamten Hansestädten die Treue zu wahren, sondern auch bei seiner Armee das Aeußerste aufzusetzen. Diese Erklärung befriedigte in Wien in so hohem Maße, daß der Kaiser ein vom Geheimen Rathe ausgehendes Dankschreiben an die Stadt erließ, in welchem ihr eine Vermehrung der Privilegien in Aussicht gestellt wurde.

Der Kaiser wies Friedland[2] überhaupt an, die Hansestädte außer in der allerhöchsten Noth mit Kriegsbeschwerden nicht zu belasten. Wallenstein hatte sich daher bald auch in Magdeburg vollständig ergebene und einflußreiche Freunde gesichert, als deren Haupt wol der worthaltende Bürgermeister Dr. Johann Dauth angesehen werden kann. Dauths und seiner Gesinnungsgenossen Streben ging offen dahin, die Stadt zur Reichsstadt zu erheben, wozu sie ihrer strategischen Bedeutung wegen nicht allein für das Erzstift, sondern für ganz Nord- und Mitteldeutschland und durch die Privilegien der Kaiser so vollständig berechtigt schien. Außer Dauth gehörte dieser Partei auch schon damals der Bauermeister Dr. Johann Alemann an.

Wallenstein selbst suchte ein ganz besonders freundliches Einvernehmen mit der Stadt inne zu halten: er bot ihr im Fall der Noth seine Hilfe an, ließ auf das Ersuchen der Stadt einen Generalpassbrief ausstellen,

1) Hoffmann, Geschichte der Stadt Magdeburg III. 45 ff.

2) Der Kaiser durch Commission an Friedland 2. Dec. 1625. Herz. Arch. in Wolf. XVII. 5.

welcher der Stadt und ihren Einwohnern nicht nur freien Verkehr mit der unmittelbaren Umgebung, sondern auch für weitere Entfernungen hin sicherte. Und in der That haben in jenem Winter die magdeburger Kaufleute die leipziger Märkte besucht. Ja so weit ging die kluge Herablassung des Generals, daß er den Rath einst aufforderte, man möge ihm nur anzeigen, wodurch er sich der Stadt gefällig erweisen könne, er werde es an nichts fehlen lassen.

Allein auch der Administrator war nicht müßig, sondern sammelte seine bedeutenderen Anhänger zu einem engeren Bunde. An die Stelle jenes Obersten Heinrich v. Viecke, welchen er wegen seiner Correspondenz mit Tilly in Haft genommen hatte, war als sein Bevollmächtigter der Geheime Rath und Kriegscommissar Wilhelm v. Hatzfeld getreten.[1]

Der Führer seiner Partei im Rath der Stadt war der Secretär Johann Angelius Werdenhagen, vielleicht die geistig bedeutendste Persönlichkeit, welche die Mauern Magdeburgs damals in sich schlossen. Bevor Werdenhagen in den Rath eingetreten war, hatte er eine juristische Professur in Helmstedt bekleidet und sich hier vornehmlich durch den Versuch ausgezeichnet, auf eine Besserung der sittlichen Zustände unter den Studierenden hinzuwirken. Er veröffentlichte im Jubeljahr der Reformation unter dem Titel „Das wahre Christenthum" acht lateinische Reden und im Jahr darauf zu Magdeburg ein System der Ethik, welches sich hauptsächlich an die studierende Jugend wendete.[2] Diese Schrift ist das Werk eines ernsten und kräftigen, dem innern Wesen der Dinge zugewendeten Geistes und ist von einer in jener Zeit außerordentlich seltnen Unbefangenheit der Auffassung getragen. Werdenhagen war ein philosophischer Kopf, dessen Speculationen in den überlieferten Systemen nicht zur Ruhe gelangten, schon weil sie stets die Richtung auf die Umgestaltung auch der äußeren Lebensverhältnisse nahmen. Seine Ethik erinnert an mehr als einer Stelle an Lessing. Mit offnem Freimuth bekennt der spätere Anhänger des dialectischen görlitzer Schuhmachers, daß er allein ein Diener der Wahrheit sein wolle. In Magdeburg war er sehr bald ein hochangesehener Mann geworden, der durch seine persönliche Autorität auch auf das

1) Die beglaubigten Protokolle über seine Verhandlungen befinden sich im Staatsarchiv zu Magd. Erzst. Magd. II. Stadt Magd. 99.

2) *Συγχαιρετήριον* ad Christianum IV. Helmst. 1615. — Verus Christianismus, fundamenta religionis nostrae continens . . 1617. Systema Methodicum Ethices, studio discentium singulari industria et labore accommodatum. 1618. Ueber Werdenhagen ist noch zu vergleichen Arnold, Kirchen- und Ketzergeschichte Thl. III. Cap. 9. S. 88. Buddäus, hist. Lexikon IV. S. 671.

gemeine Volk großen Einfluß übte. Sein beschwichtigendes Wort hatte zur Zeit der Kipper und Wipper die Aufrührer von dem Versuche, sich persönlich am Rathe für die erlittenen Verluste schadlos zu halten, zurück gebracht. Jetzt war er die Seele der dänischen Partei und arbeitete offen und im Geheimen auf einen Anschluß der Stadt an Christian IV. hin, dem er sich früher schon durch eine Gratulationsschrift für die glückliche Beilegung des Streites zwischen dem wolfenbüttelischen und dem celliſchen Hause empfohlen hatte.

Ferner aber fand die Partei des Widerstandes auch im Obersten Schneidewind, dem Befehlshaber über die städtischen Truppen, eine Stütze.

Schon Anfang März 1626 hat nun der Administrator durch Hatzfeld seine Aufnahme in die Stadt nachsuchen lassen. Es galt ihm natürlich, auf diese Weise auch dem Beschlusse des Domcapitels entgegen zu wirken, welches ihm bereits einen Nachfolger gegeben hatte. Auch Beschwerde über den Vorschub, welchen der Rath dem Feinde durch Auslieferung von Getreide und Vieh, welches vom Lande nach dem Neuen Markte geflüchtet worden war, erwiesen hatte, sollte Hatzfeld einlegen. An Versprechungen sogar von Gebietserweiterungen ließ es der Administrator dabei nicht fehlen.

Zugleich mit Hatzfeld hielten sich auch dänische Gesandte in Magdeburg auf, welche jedoch eben so wenig wie dieser die erwünschte kategorische Antwort zurückbrachten.

Alle diese Unterhandlungen waren aber um so wichtiger, weil sie in Verbindung mit dem Zuge Mansfelds gegen die dessauer Brücke standen.

In der zweiten Aprilwoche, also etwa 10 bis 12 Tage vor Mansfelds für die dänische Sache so unglücklicher Niederlage, versuchte der Administrator abermals durch Hatzfeld und Werdenhagen, denen noch der Bürgermeister der Neustadt Matthäus Lüderwald und der Amtmann von Sandau Enoch Hermans beigegeben waren, zum Ziele zu gelangen.[1] Er ließ der Stadt sogar einen Antheil an der Wahl des Erzbischofs versprechen, wirkte aber jetzt, da der Rath dem Versprechen einer Geldunterstützung noch nicht nachgekommen war, auch auf die Einstellung des Abbrechens seiner beiden Städte hin.

Und wirklich schien der Rath Anfangs April zur Wideraufnahme seiner alten Bundesverhandlungen mit dem Administrator geneigt. Ja

1) Vgl. die Instruction für den Geh. Rath W. v. Hatzfeld, den Stadtsekretär J. A. Werdenhagen, den Bürgermeister Matthäus Lüderwald und den Amtmann von Sandau Enoch Hermans aus dem Feldlager vor der dessauischen Brücke, 2. April a. St. Staatsarchiv zu Magd. a. a. O.

Hatzfeld nahm, während Mansfeld vor den rosslauer Schanzen lag, im Auftrage Christian Wilhelms Besitz von der Dompropstei. Allein um dieselbe Zeit gingen auch der Bauermeister Johann Alemann und der Kämmerer Abreas Rohr zu vertraulichen Besprechungen zum Grafen Schlick. Und obwol sich zu den Abgeordneten des Administrators noch der niederländische Agent Foppius v. Aitzema gesellte, so vermochte doch auch dieser die einmal verfahrene Angelegenheit nicht wider in das erwünschte Gleis zu bringen. Er hat zwar die Meinung ausgesprochen, daß sich die Stadt nach einem Siege Mansfelds mit dem Administrator würde verbündet haben:[1] allein mit der Niederlage des Grafen schlug auch die Stimmung in den maßgebenden Kreisen vollständig um. Ja gerade während Foppius' Anwesenheit besichtigten die städtischen Machthaber die Dompropstei, um sich der von Dessau her in Magdeburg Schutz suchenden flüchtigen Truppen zu entledigen. Die Kunde von dieser Niederlage aber schärfte natürlich die Gegensätze in der Stadt noch mehr.

Nun kam es allerdings auch nach derselben noch zu einer Sitzung der beiderseitigen Bevollmächtigten: allein die Hauptangelegenheit vermochte dieselbe nicht zu fördern, ja sie führte sogar zu einer noch größeren Entfremdung der beiden Parteien. Der Rath beschwerte sich darüber, daß der landesherrliche Amtsschreiber zu Wolmirstedt Vieh in die Stadt und den Bischofshof getrieben habe, worauf der Feind sich durch Repressalien an den Bürgern der Alt- und der Neustadt gerächt hatte. Und gerade wegen dieser Plackereien der Wallensteiner wäre in der Stadt beinahe ein Aufstand ausgebrochen. In der folgenden Sitzung rügte der Rath, daß Werdenhagen auf Seiten der Bevollmächtigten des Administrators Platz genommen hatte, und bald darauf brach derselbe unter dem Vorgeben, daß man vor einem Vergleich die Ankunft kaiserlicher Commissare erwarten müsse, diese Verhandlungen ganz ab. Hatzfeld und Werdenhagen reisten am 1. Mai n. St. wider nach Tangermünde zum Administrator, nachdem Aitzema schon mehrere Tage vorher von dannen gezogen war.

Bald aber trat eine noch größere Vertrautheit in den Beziehungen des Raths zu den Kaiserlichen hervor. Der kaiserliche Oberst Pechmann sollte öffentlich geäußert haben, binnen ganz kurzer Zeit werde Magdeburg

1) Ick hadde die saken van dese stad in tamelike goede dispositie gestelt, oik was het so verre, dat sie den here administrateur by sick in die stad wilden nemen end conjunctim die conservatie van hare staet ende van't sticht tegens die machinatien van den viand in acht hebben, so komt dese stonde die droerige tydinge, hoe dat de armee van Mansfeld sijnde omtrent 8000 man starck geweest t'enemael is in deroute geslagen . . . F. v. A. an die Generalstaaten, Magd. 16./26. April. K. R.-A. im Haag.

zu einer freien Reichsstadt erklärt werden. Der Bauermeister Johann Alemann hatte diesen Obersten sogar zu Gevatter gebeten: allein derselbe zog es vor, nicht zu erscheinen, da man die Drohung ausgesprochen hatte, ihn bei dieser Gelegenheit zu verhaften.

Demungeachtet machte jedoch die Bewegungspartei bald einen neuen Versuch, ihre Forderungen durchzusetzen. Ein anderer Vertrauter des Administrators, der Sekretär Peter Meyer, dem wir diese Mittheilungen verdanken, fragte bei dem Bürgermeister Dauth an, ob der Administrator sich mit Sicherheit werde in der Stadt aufhalten können. Dauth wollte eine so verhängnisvolle Entscheidung nicht allein auf sich nehmen und stellte sie dem Rathe anheim, welcher den Sekretär schließlich anwies, dem Administrator das Gerücht mitzutheilen, daß ein Preis auf seinen Kopf gesetzt sei. Gegen Ende Mai finden wir widerum einen dänischen Bevollmächtigten in der Person Joachim v. Mitzlaffs in der Stadt; aber als nun gar ein kaiserlicher Herold, von 6 Trompetern, einem Heerpauker und 12 Reisigen begleitet, unter feierlichem Geleit einer Bürgerwache auf dem Rathause ein kaiserliches Abberufungsmandat der in den Heeren der Protestanten dienenden Soldaten verlas und es darauf an das Rathaus und den Dom anheftete, schwand die Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg dieser Bemühungen des Administrators, sich in Magdeburg festzusetzen, immer mehr.

Trotzdem hat man freilich sich noch einmal in Erörterungen über jenen Vertrag des Administrators mit der Stadt und zwar im Beisein des Sekretärs Meyer eingelassen, den Abschluß aber auch damals, angeblich weil der Originalrevers Christian Wilhelms nicht aufzufinden war, aufgeschoben. Mit der Abbrechung der Städte Neustadt und Sudenburg fuhr man jedoch fort.

Darauf forderte Christian Wilhelm durch Schreiben an die Gemeinde, den Oberstlieutenant Schneidewind und den Prediger G. de Spaignart im Juni (8./18. J.) die schleunigste Erfüllung seiner Anträge. In einer ziemlich zahlreichen Versamlung der Hundertmannen und Viertelsmeister wurden diese Schreiben zwar verlesen, allein der Rath fand abermals ein Mittel ihre Beantwortung hinauszuschieben: er wollte dieselben zuvor mit allen Instructionen, Beilagen und Acten 19 Mal zur Information aller Stände abschreiben lassen.

Da sendete der Administrator Hatzfeld abermals an den Rath und versuchte endlich mit Johann Ernst von Weimar denselben geradezu zu überrumpeln. Die Fürsten erschienen in Krakau vor der Zollschanze: Johann Ernst verschaffte sich durch ein Geschenk an die Wache Einlaß und flehte im Gasthof zum Goldnen Arm den Bürgermeister Johann

Dauth persönlich um die Aufnahme des Administrators an. Indes vergebens erinnerte der Herzog den Bürgermeister daran, wie beständig ihre Vorfahren für die Religion gestritten hätten; vergeblich hatte er seine 45 Cornet Reiter herangeführt,[1] und Gewalt zu brauchen hielten die Fürsten vielleicht auch im Hinblick auf die gar nicht geringe städtische Besatzung doch für zu gewagt. Außerdem aber war es auch misslich, im Angesicht des in Rotensee stehenden Grafen Schlick Besitz von einer Stadt zu ergreifen, deren Rathsherren man der Mehrzahl nach nicht zu Freunden hatte. Und wenn auch der größte Theil der Bürgerschaft den Plänen des Administrators geneigt war und den Rath selbst bisweilen in nicht geringen Schrecken versetzte, so gelang es dem letzteren doch, dies Mal sich der Bürger zu versichern und durch Abwerfung der Brücken die dänischen Regimenter fern zu halten.

Kurz darauf aber lief ein Warnungsschreiben Wallensteins mit der eigenhändigen Zuschrift ein: „Ihr Herrn von Magdeburg, gegen mir habet ihr euch alles Gutes und Assistenz zu versehen, aber gebet wol Achtung, daß der Gegentheil unter dem Schein einer Freundschaft nicht einen Ruin practiciert, denn dieser Tag hat er jenseit der Elbe mit einigen Tausend zu R. und F. im Anzug gehalten."

Und bald führte der General eine noch ernstere Sprache. Er beanspruchte ohne weiteres den Pass durch die Stadt für seine ganze Armee, eine Anleihe von 80,000 Thalern, die Auslieferung der Gebeine des heiligen Norbert und die Ausweisung der vom platten Lande in die Stadt geflüchteten Landleute, welche die Ernte einbringen sollten. Ueber diese Forderungen hat der Rath mit allen Ständen und den Hundertmannen mehrere Tage hindurch Berathungen gepflogen. Es war das die Zeit, wo Wallenstein Tilly zu einem gemeinsamen Vorgehen auf beiden Seiten der Elbe zunächst gegen Tangermünde hin zu bewegen bemüht war.[2] Und auch Schlick, welcher die Stadt nach der Einnahme der Dänen zu bombardieren entschlossen war, blieb noch eine Zeit lang in Rotensee und bedrohte namentlich die Nachbarstädte Neustadt und Sudenburg, wo sich Mannschaften des Administrators eingenistet hatten, um dem Feinde Abbruch zu thun und ihm seine Poviantcolonnen und Viehherden abzufangen.

1) Neue Mitth. Bd. XIII. 417.

2) 22. Juni ist Bericht einkommen, daß der Feind die zu Schönebeck gemachte Schiffbrücke auf Wagen gebracht, nach der Rodenseher Schanze führen, daselbst eine Brücke über die Elbe schlagen und Tangermünde auf beiden Seiten attaquieren wolle, so solle auch Tilly mit seiner ganzen Armee und 24 Stück Geschütz allbereit im Marschieren sein. Meyers Tagebuch.

zu einer freien Reichsstadt
Alemann hatte di
zog es vor, nich
ihn bei dieser

Demunge
Versuch, ih
Administra
verdanken
sich mit
eine so
stellte
Adm
ges
P

zur Schlacht bei Lutter.

Militärdictatur.

wenn man glauben wollte, nur Maximilian von
lawinenartig anschwellende kaiserliche Heer ein Gegenstand
gewesen. Seine Bundesverwandten hatten nicht
Grund über eine Militärdictatur, welche Wahlcapitulation und
ordnungen gleich keck bei Seite schob, sich aufs bitterste zu beklagen.
In den rheinischen Bisthümern gaben zunächst die Herzöge Franz
Albrecht von Lauenburg und Georg von Lüneburg sowie Adolf von Hol-
stein Veranlassung zur Beschwerde. Der Holsteiner nahm die trierische
Stadt Limburg mit Gewalt: in der Wetterau schlugen sich bald Fried-
ländische und Spanier um die Quartiere. Der Kurfürst von Mainz
aber erklärte dem Kaiser offen heraus, weil keine Aenderung erfolge,
müsse er's dem lieben Gott und der Zeit befehlen; man werde eher, als
gut sei, erfahren, wer dem Kaiser am besten gerathen habe. Friedland
selbst entschuldigte sich dem Kaiser gegenüber in Beziehung auf diese Ein-
lagerungen mit seinem Nichtwissen.[1]

Jetzt wird auch Süddeutschland mehr in Mitleidenschaft gezogen. Friedland ließ durch den Herzog von Lauenburg und den Obersten Freiherrn Carsilio v. Pallanta 8000 M. werben, für welche er sich Schwäbisch Hall, Nördlingen, Dinkelsbühl und Heilbronn zu Musterplätzen ersehen hatte. Erst nachträglich suchte er um kaiserliche Verwendungsschreiben nach, welche jedoch vor der Hand versagt wurden. Der Kaiser wollte die Truppen in Hessen einquartieren lassen. Darauf erwiderte Wallenstein in seiner ungeschminkten Derbheit, der Kaiser wisse doch wol, daß „wo der Feind sich befinde, kein Musterplatz sein könne."[2] Und da die erwarteten Schreiben Ferdinands länger ausblieben, rückten die Mannschaften eigenmächtig dem schwäbischen Kreise zu und nahmen Quartier.

Unter diesen Ständen hatten sich einige, wie z. B. Würtemberg, kaiserliche Sauvegarden verschafft, sahen aber nun mit Staunen, daß die Wallensteiner dieselben vollständig unbeachtet ließen. So beschwerte

1) K. St.-A. in Wien.
2) Aschersleben 29. Mai.

.r Herzog Friedrich über den Einbruch des Oberstwachtmeisters .. Leyen, gegen welchen sich die Unterthanen eigenmächtig zusammen .tteten.

Der Kaiser selbst hat sich in seinem Gesuch an Friedland um Verschonung des schwäbischen Kreises mit Musterplätzen zu dem offenen Eingeständnis genöthigt gesehen, daß derselbe ja in aufrichtiger Treue verharre.[1] Dieser Mahnung folgte eine neue (vom 18. Mai), welche noch den übeln Einfluß eines solchen Vorgehens auf den nächsten schwäbischen Kreistag, der dem Kaiser eine Kriegssteuer bewilligen sollte, hervorhob. Allein zuletzt gab auch der Kaiser nach, er ließ die Einquartierung dahingestellt sein und ersuchte nun selbst den Herzog von Würtemberg und den Bischof von Constanz um Musterplätze.[2]

In Regensburg kam es sogar zur offenen Gewalt gegen die Mannschaften des Herzogs von Lauenburg, bis sich die Stadt zur Zahlung der geforderten Steuer von 14,160 Gulden bequemte.

Uebler erging es der Stadt Nürnberg. Nach mehreren Durchzügen forderte am 26. Juli der Herzog Franz Albrecht von Lauenburg Aufnahme in ihrem Gebiete und sendete darauf seinen Obersten Pallanta mit 7 Compagnien in die Dörfer der Reichsstadt. Der Herzog selbst gab sein Kriegsvolk auf 8000 M. an. Es blieb nichts übrig, als den Durchmarsch zu gestatten und dem Herzoge noch mit 6000 Thaler den Musterplatz abzukaufen.

Und unmittelbar darauf meldete sich der auf dem Marsche nach Böhmen befindliche Herzog Adolf v. Holstein mit einem gleichen Begehr und forderte auch noch Waffen. Die Stadt schickte endlich dem Herzoge 1800 Musketen und 600 Piken gegen das Versprechen einer Versicherung ihres Gebietes. Allein diese Waffen hatte der Bischof von Bamberg, weil man sie ohne seine Erlaubnis in seine Festung Forchheim geführt hatte, wegnehmen lassen, und der Holsteiner forderte sie nun abermals von der Stadt. Auf die Weigerung des Rathes fiel derselbe am 14./24. August mit 12 Compagnien Fußvolk und Reiterei „wider Hand und Wort" in das Gebiet der Stadt ein und suchte eine Entschädigung. Auch diese Angelegenheit wurde natürlich auf dem Wege der Beschwerde an den Kaiser gebracht. Die Stadt versicherte demselben ihre Zahlungsunfähigkeit.

Aber auch dies Mal mußte man sich fügen und kaufte sich mit der Lieferung des Silbergeschirrs für eine fürstliche Feldtafel los, wie es der

1) Ferdinand II. an Wallenstein, Laxenburg 28. April 1626. K. St.-A. in Wien.

2) Ferdinand II. an Wallenstein, 9. Juni 1626. K. St.-A. in Wien.

Siebentes Buch.

Von der Schlacht bei Roßlau bis zur Schlacht bei Lutter.

Wallensteins Militärdictatur.

Man würde irren, wenn man glauben wollte, nur Maximilian von Baiern sei das lawinenartig anschwellende kaiserliche Heer ein Gegenstand höchster Besorgnis gewesen. Seine Bundesverwandten hatten nicht geringeren Grund über eine Militärdictatur, welche Wahlcapitulation und Kreisordnungen gleich keck bei Seite schob, sich aufs bitterste zu beklagen.

In den rheinischen Bisthümern gaben zunächst die Herzöge Franz Albrecht von Lauenburg und Georg von Lüneburg sowie Adolf von Holstein Veranlassung zur Beschwerde. Der Holsteiner nahm die trierische Stadt Limburg mit Gewalt: in der Wetterau schlugen sich bald Friedländische und Spanier um die Quartiere. Der Kurfürst von Mainz aber erklärte dem Kaiser offen heraus, weil keine Aenderung erfolge, müsse er's dem lieben Gott und der Zeit befehlen; man werde eher, als gut sei, erfahren, wer dem Kaiser am besten gerathen habe. Friedland selbst entschuldigte sich dem Kaiser gegenüber in Beziehung auf diese Einlagerungen mit seinem Nichtwissen.[1]

Jetzt wird auch Süddeutschland mehr in Mitleidenschaft gezogen. Friedland ließ durch den Herzog von Lauenburg und den Obersten Freiherrn Carsilio v. Pallanta 8000 M. werben, für welche er sich Schwäbisch Hall, Nördlingen, Dinkelsbühl und Heilbronn zu Musterplätzen ersehen hatte. Erst nachträglich suchte er um kaiserliche Verwendungsschreiben nach, welche jedoch vor der Hand versagt wurden. Der Kaiser wollte die Truppen in Hessen einquartieren lassen. Darauf erwiderte Wallenstein in seiner ungeschminkten Derbheit, der Kaiser wisse doch wol, daß „wo der Feind sich befinde, kein Musterplatz sein könne."[2] Und da die erwarteten Schreiben Ferdinands länger ausblieben, rückten die Mannschaften eigenmächtig dem schwäbischen Kreise zu und nahmen Quartier.

Unter diesen Ständen hatten sich einige, wie z. B. Würtemberg, kaiserliche Sauvegarden verschafft, sahen aber nun mit Staunen, daß die Wallensteiner dieselben vollständig unbeachtet ließen. So beschwerte

1) K. St.-A. in Wien.
2) Aschersleben 29. Mai.

sich der Herzog Friedrich über den Einbruch des Oberstwachtmeisters v. d. Leyen, gegen welchen sich die Unterthanen eigenmächtig zusammen rotteten.

Der Kaiser selbst hat sich in seinem Gesuch an Friedland um Verschonung des schwäbischen Kreises mit Musterplätzen zu dem offenen Eingeständnis genöthigt gesehen, daß derselbe ja in aufrichtiger Treue verharre.[1] Dieser Mahnung folgte eine neue (vom 18. Mai), welche noch den übeln Einfluß eines solchen Vorgehens auf den nächsten schwäbischen Kreistag, der dem Kaiser eine Kriegssteuer bewilligen sollte, hervorhob. Allein zuletzt gab auch der Kaiser nach, er ließ die Einquartierung dahingestellt sein und ersuchte nun selbst den Herzog von Würtemberg und den Bischof von Constanz um Musterplätze.[2]

In Regensburg kam es sogar zur offenen Gewalt gegen die Mannschaften des Herzogs von Lauenburg, bis sich die Stadt zur Zahlung der geforderten Steuer von 14,160 Gulden bequemte.

Uebler erging es der Stadt Nürnberg. Nach mehreren Durchzügen forderte am 26. Juli der Herzog Franz Albrecht von Lauenburg Aufnahme in ihrem Gebiete und sendete darauf seinen Obersten Pallanta mit 7 Compagnien in die Dörfer der Reichsstadt. Der Herzog selbst gab sein Kriegsvolk auf 8000 M. an. Es blieb nichts übrig, als den Durchmarsch zu gestatten und dem Herzoge noch mit 6000 Thaler den Musterplatz abzukaufen.

Und unmittelbar darauf meldete sich der auf dem Marsche nach Böhmen befindliche Herzog Adolf v. Holstein mit einem gleichen Begehr und forderte auch noch Waffen. Die Stadt schickte endlich dem Herzoge 1800 Musketen und 600 Piken gegen das Versprechen einer Versicherung ihres Gebietes. Allein diese Waffen hatte der Bischof von Bamberg, weil man sie ohne seine Erlaubnis in seine Festung Forchheim geführt hatte, wegnehmen lassen, und der Holsteiner forderte sie nun abermals von der Stadt. Auf die Weigerung des Rathes fiel derselbe am 14./24. August mit 12 Compagnien Fußvolk und Reiterei „wider Hand und Wort" in das Gebiet der Stadt ein und suchte eine Entschädigung. Auch diese Angelegenheit wurde natürlich auf dem Wege der Beschwerde an den Kaiser gebracht. Die Stadt versicherte demselben ihre Zahlungsunfähigkeit.

Aber auch dies Mal mußte man sich fügen und kaufte sich mit der Lieferung des Silbergeschirrs für eine fürstliche Feldtafel los, wie es der

1) Ferdinand II. an Wallenstein, Laxenburg 28. April 1626. K. St.-A. in Wien.

2) Ferdinand II. an Wallenstein, 9. Juni 1626. K. St.-A. in Wien.

Herzog selbst bestimmt hatte: mit drei Dutzend Schüsseln, drei Dutzend Tellern, drei Salzfässern, drei Leuchtern, zwei Dutzend Löffeln, zwei Dutzend Confectschalen und sechs silbernen Flaschen. Der kaiserliche Hofrath Kurz, welcher sich zufällig in der Stadt aufhielt und noch dazu einen Monat Sold für den Herzog forderte, würdigte die ihm vorgelegten kaiserlichen Gnadenschreiben keines Blickes. Wie es scheint, hat derselbe eine noch höhere Summe herauspressen wollen.[1]

Unter einem viel härteren Geschick seufzte die Stadt Halle, welche seit ihrer Besetzung 17 Wochen hindurch wöchentlich 8000 Gulden, später 9 Wochen wöchentlich 4800 Gulden an regelmäßiger Contribution gezahlt hatte, wozu dann auch noch andere Leistungen von Landgütern und dgl. gekommen waren. Kurz die Stadt berechnete im Monat Mai ihre Ausgaben, abgesehen von dem den Feinden ausgelieferten Kriegsmaterial jeglicher Art, auf 195,700 Gulden. Auch für Halle legte Johann Georg ein gutes Wort bei Ferdinand II. ein, und die Stadt selbst schickte einen besondern Bevollmächtigten nach Wien.[2]

Im Januar 1626 hatten Aldringer und Collalto persönlich nicht weniger als 40,000 Gulden rückständige Contributionsgelder von derselben gefordert und die wöchentlich abzuliefernde Summe auf 8500 Gulden festgesetzt. Obwol man gänzlich zahlungsunfähig war — die Stadt stand schon vor Wallensteins Einbruch am Rande des Bankrotts — glaubte der kaiserliche Commandant durch Strenge doch noch etwas herauspressen zu können. Er ließ die angesehensten Mitglieder des Raths und der Bürgerschaft auf die Morizburg setzen, wo man sie zunächst vom 24. Januar bis zum 25. März festhielt, und die im Rückstand verbliebenen Bürger wurden durch starke Einquartierungen bedrängt. Kein Bürger durfte die Stadt verlassen, selbst Leidtragende, welche ihre Angehörigen auf dem letzten Gange begleiteten, mußten noch innerhalb der Thore umkehren. Der Stadtcommandant war ein slavischer Hauptmann Sbroiavacca. Mitte Mai, als die Stadt binnen 3 Tagen über 25,000 Gulden aufbringen sollte, bat sie durch eine Deputation Wallenstein in Aschersleben um eine kurze Frist und einige Erleichterung. Sollte doch jeder gewöhnliche Bürger auf ein Mal vier Steuern, und jeder Innungsgenosse und Handwerker das Doppelte zahlen. Wallenstein ließ jedoch die vier Deputierten in Eisen schlagen und drohte ihnen bei einer Widerholung der Bitte mit

1) Soden, Kriegs- und Sittengeschichte II. 312 ff.

2) Wir folgen hier den Acten des Königl. Staatsarchivs in Dresden Buch 55 und der Halygraphia des Olearius 376, 377. Vgl. dazu Collaltos Brief an Wallenstein, Halle 7. Febr. Chlumecky S. 314.

dem Henker. Er hat darauf Halle selbst am 12. Juni (a. St.?) besucht und es am folgenden Tage wider verlassen. Allein dem ungeachtet flehte der Rath die Gnade des Kaisers an und erlangte auch ein Rescript (v. 10. Juli), in welchem Ferdinand II. unter Hinweis auf die willfährige Oeffnung der Thore seinen General ermahnte, Halle möglichst aller Kriegsbeschwerden zu entheben. Dieses Gnadenschreiben ließ die Stadt Friedland mittheilen und zog natürlich hierdurch seine höchste Ungnade auf sich. Von Neuem begannen die Verhaftungen, und Wallenstein forderte 4000 Ducaten Strafe dafür, daß die Stadt sich erkühnt hatte, ihre Sache an den Kaiser zu bringen und ihn so gewissermaßen zur Rechenschaft zu ziehen.[1] Allein dem ungeachtet hat der Rath abermals bei dem Kaiser um Befreiung der Rathsherrn und Enthebung von der Contribution nachgesucht. Wie es scheint, haben jedoch die Gefangenen bis zum 1. November ihren Gewahrsam nicht verlassen dürfen, obwol auch sie von Krankheiten befallen wurden. Einige überraschte sogar der Tod im Gefängnis. Erst vom November an wurde die wöchentliche Contribution auf 1500 Gulden herabgesetzt.

Auch das an diesen letzten Händeln vollständig unbetheiligte und dem obersächsischen Kreise zugehörige Anhalt ward der völligen Verwüstung Preis gegeben. Wallenstein hatte es bereits im Februar dieses Jahres, nachdem das Magdeburgische und Halberstädtische ausgeraubt war, fast vollständig besetzen lassen. Er machte dem Kaiser zuvor Mittheilung mit der Bitte, durch eine besondere Gesandtschaft die ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung Kursachsens nachzusuchen. Die letztere wurde nun auch dieser Verletzung des obersächsischen Kreises wenigstens in so fern zu Theil, als Johann Georg den Ueberfall nicht als Kriegsveranlassung betrachtete und sich ihm nicht mit gewaffneter Hand widersetzte. Er hat auf das flehentliche Anrufen der anhaltinischen Fürsten nur um Schonung für die bedrängten Landschaften nachgesucht und kaiserliche Verwendungsschreiben an Friedland ausgewirkt.

Noch schlimmere Verhältnisse finden wir im Stift Halberstadt. Die Stadt Aschersleben hatte im Februar 1626 55,000 Gulden zu entrichten. Da die Zahlungen ausblieben, wurden die Rathsmitglieder Monate lang

1) „Auch daß sie solche in künfftigen punctualmente liefern wollen, assecuriren vnd im gleichen zur Straff wegen ihrer halsstarrigkeit, vnd daß sie über vnsern ermahnungen von ihrem importuniren vnd practiciren vns zu sonderlichem despect nicht abgelassen haben, viertausend Ducaten erlegen." Wallenstein an den Capitain Rudolf Sbroiavacca (Spriauaca?), Zerbst 6. August. Kgl. H. u. St.-A. in Dresden.

gefangen gesetzt, und auch hier brach einigen derselben der Jammer das Herz. In Oschersleben trugen die Soldaten die Häuser ab und rissen sogar die Braupfannen heraus, um sie zu veräußern.

In Halberstadt selbst führten Isolan und Coloredo längere Zeit das Commando. Sie ließen den Mannschaften die Zügel so weit schießen, daß bereits im December 1625 400 Bürger ihre Häuser im Stich gelassen und das Weite gesucht hatten. Die Kroaten begannen darauf die Häuser geradezu niederzureißen, so daß man in der eigentlichen Stadt bald 180 verwüstete Häuser zählte, und 121 waren außerdem ganz leer. Anfang März stieg die Zahl der letztern auf 400, und nun wurde Wallenstein um die Verproviantierung der noch in der Stadt befindlichen Bürger angegangen. Dieser ließ darauf den hohen Offizieren den Befehl zugehen, wenigstens für die Erhaltung des nothwendigen Samenkorns Sorge zu tragen, allein schließlich wollten die Offiziere doch kein Getreide aus den Thoren lassen. Diese wußten übrigens ihren Vortheil bestens wahrzunehmen. Der Kroatenoberst Hebron stellte an das unbedeutende Schwanebeck eine Contributionsforderung von 10,000 Thlrn., begnügte sich aber schließlich doch mit 3000 Thlrn. Von dieser Summe ließ er sich den dritten Theil sofort baar zahlen und den Rest in eine hypothekarische Schuld verwandeln.

Im Mai dieses Jahres befanden sich in Halberstadt überhaupt nur 238 Bürger und unter ihnen noch 21 Witwen. Johann Georgs Verwendungsgesuche hatten sich anfangs nicht einmal einer Antwort von dem kaiserlichen General zu erfreuen. Darauf reichte das Capitel Ende April dem Kaiser selbst seine Klage ein, daß sich 700 Bürger von Haus und Hof ins Elend begeben hätten, viele vor Herzeleid verstorben wären und sich das Leben verkürzt hätten, und daß nun die Zurückgebliebenen auch die nicht beizutreibenden Steuern der Ausgewichenen zahlen sollten. Später wendete sich die Stadt an Ferdinand II.: sie erklärte sich schuldlos an den Vergehungen ihrer Bischöfe und behauptete, daß sie den Gehorsam derselben gegen den Kaiser viel lieber gesehen haben würde. Sie flehte denselben um Schonung an, „weil ja E. K. M. diesen allerhöchsten, löblichen Ruhm gehabt, daß sie all ihr Thun und Lassen nach Gottes Gebot allergnädigst regulierten und keinen von ihren und des h. r. Reichs Unterthanen möchten verderben sehen.“ Und in der That hat sich Ferdinand II. bei seinem General wie für die anhaltischen Herzogthümer so auch für Stadt und Bisthum Halberstadt verwendet.

Während Christian von Braunschweig noch einmal den Versuch machte, dem unschlüssigen Landgrafen Moriz die Hand zu bieten, nahte sich den thüringischen Landen vom Rheine her durch die Wetterau mit

2 Regimentern Fußvolk und 1 Regiment Reiterei der Graf Merode. Er war offenbar nicht allein zu einer Verstärkung Wallensteins bestimmt, sondern sollte auch die verdächtigen Bewegungen im Thüringischen, welche Herzog Wilhelm im Geheimen leitete, überwachen und nieder halten. Schon im März hatten die weimarischen Brüder mit der Landschaft Berathungen gepflogen und im Ganzen auch williges Entgegenkommen gefunden. Ritterschaft, Aemter und Städte erhielten Befehl, sich in Bereitschaft zu halten. Die Bürger in den Städten mußten sich waffnen und durften bei Leibesstrafe den ganzen Tag über ihr Seitengewehr nicht ablegen. Landvolk und Städter erhielten Exerciermeister, da man sich in Ermangelung von Geworbenen mit Landeseingeborenen vertheidigen wollte. Auch zogen den im Felde befindlichen Brüdern Johann Ernst und Bernhard Verstärkungen aus dem Thüringischen zu.

Alle diese Maßregeln erregten natürlich Wallensteins höchstes Mißtrauen, der deshalb ein wenn auch gemessenes, so doch höchst eindringliches Warnungsschreiben an Herzog Wilhelm richtete. Er sprach die Anschuldigung aus, daß trotz der dem Herzog ertheilten Saubegarde den Gegnern ein Rendezvous und Sammelplatz im Weimarischen ertheilt werden sollte.[1] Das läugnete nun freilich der Herzog von Weimar und berief sich auf seine Mandate gegen die Werbungen. Indessen entbot er doch bei dem Einfall Merodes die Ritterschaft mit ihren Pferden auf den Ettersberg.

Dieser Graf Merode hatte im Gebiet des Bisthums Lüttich in Wallensteins Auftrag 2 Regimenter Fußvolk zu 6000 M. und 1200 Pferde geworben und hatte sich durch die Wetterau dem Thüringer Walde genähert.

Am 13. Mai n. St. brachen seine Schaaren in Frauenbreitungen auf und nahmen darauf in und um Tambach Nachtquartier. Auch Merode treffen wir am folgenden Tage bereits zu Tambach, von wo er seinen Marsch über Ichtershausen und die Waldämter in das Erfurtische richtete. Zeitig genug hatte Herzog Wilhelm seinen Rath Tobias Adami an den kaiserlichen General entsendet, um vornehmlich für Kirchen, Schulen und Pfarrdörfer Fürbitte einzulegen. Sein Bruder Albrecht hatte sich persönlich nach Georgenthal begeben, denn in Salzungen und im Hennebergischen hatten die anziehenden Truppen zahlreiche Dörfer und Schlösser verwüstet, Kirchen geplündert und viele Einwohner niedergemacht.

---

1) Wallenstein an Herz. Wilhelm, Aschersleben 16. April n. St. Wilhelms Antwort, Weimar 10./20. April. Großh. Gesamtarchiv in Weimar. Kriegsacta vom April bis Dec. 1626.

Merode kam ganz unerwartet: seine Schaaren überfielen die sorglosen Walddörfer — das Dorf Hohenkirchen wurde Abends 7 Uhr durch 12 Compagnien Reiter überrascht — ganz unvermuthet. Erst von Tambach aus bat Merode den Herzog Albrecht unter Entschuldigungen um Commissare.[1] Herzog Wilhelm beschwerte sich daher bei dem General über das Plötzliche des Ueberfalls und bezeichnete denselben als im Widerspruch stehend mit der kaiserlichen Saubegarde.

Alle diese mit Raub beladenen Schaaren führten höchst bedrohliche Reden. In Barchfeld hatten sie das weimarische Gebiet mit völliger Plünderung bedroht. Im Meiningischen hatten sie geäußert, man habe zu lange geschlafen, die sächsischen Lande sollten das Confect sein, welches man ja zuletzt aufzusetzen pflege. Die Thüringer wären ärger als die Calviniſten: sie wollten dieselben züchtigen und zum rechten Glauben bringen.

Die weimarische Landschaft wendete sich darauf mit einer Beschwerde an Johann Georg und ersuchte ihn um seine Fürsprache bei dem Kaiser und bei Friedland, damit der Herzog Wilhelm ertheilte Schutzbrief in Kraft bleibe. Auch Wilhelm selbst scheint bei Wallenstein Verwahrung eingelegt zu haben: wenigstens ertheilte ihm dieser ein neues Schutzversprechen und erließ auch an Merode den Befehl, sein Volk anderweitig unterzubringen. Ja Wallenstein war sogar geneigt, Wilhelms Besuch in Aschersleben entgegen zu nehmen.[2]

Allein dem ungeachtet hat Merode die ernestinischen Lande Monate lang besetzt gehalten.

Nachdem derselbe nun mit seinen Wallonen den Thüringer Wald überstiegen hatte, ließ er zunächst die Stadt Erfurt, welche nicht mehr und nicht weniger als das ärmste thüringische Walddorf bisher mit diesen Streitigkeiten zu thun gehabt hatte, seine Macht fühlen.[3]

Auch der Rath von Erfurt hatte von Wallenstein gegen eine erhebliche Summe, welche freilich noch nicht vollständig gezahlt war, noch in Eger einen Schutzbrief erhalten. Trotzdem war Wallenstein auf die Stadt ungehalten, daß sie den kaiserlichen Truppen, wenn sie ihr Gebiet berührten,

---

1) Er will an die Amtleute geschrieben, aber keine Antwort erhalten haben. Der Amtmann von Georgenthal war gestorben. M. hielt diese Orte noch für hessisch und erklärte: „Es ist mir . . Leid, daß ich schon auf E. F. G. Boden bin.“ Merode an H. Albrecht, Tambach 14. Mai 1626.

2) Aschersleben 3. Juni. Großh. Gesamtarch. in Weimar. Kriegsacta vom Juni bis September 1626 (24).

3) Königl. Staatsarchiv in Magd. Gebiet von Erfurt. Kr. in Deutschland 8.

keine Unterstützung zu Theil werden ließ. Merode verlangte nun bei seinem Erscheinen Quartier für 12,000 M., was die Stadt zunächst ablehnte. Dieselbe wendete sich nicht nur an den mainzischen Domscholaster Joh. Reinhard v. Metternich, sondern unter Berufung auf seinen eignen Schutzbrief an Wallenstein selbst. Da man indessen eines gewaltsamen Einbruchs gewärtig sein mußte, erließ der Rath den Befehl an die Dorfschaften, den Truppen bei ihrem Erscheinen das wallensteinische Patent vorzuzeigen, ohne übrigens Gewalt zu brauchen, ja sich auch nur ein hartes Wort entschlüpfen zu lassen. Und einige Tage darauf wurden die Bürger noch von den Kanzeln herab ermahnt, sich aller unbescheidenen Reden, ungleiches Urtheilens und Richtens und „höchstverbotener Selbstthätigkeit" zu enthalten.

Schon am 14. Mai trat übrigens der Kurfürst von Mainz selbst bei Wallenstein für die Stadt und ihr Gebiet ein und brachte die Versprechungen beider, des Kaisers und Wallensteins, in Erinnerung. In noch energischeren Ausdrücken war eine kursächsische Mahnung an den letzteren gehalten. Johann Georg wollte dem Kaiser Bericht erstatten, der, da des Verderbens bereits übergenug wäre, verordnen sollte, daß nicht ein Stand nach dem andern ruiniert, das Reich desolat gemacht und alles zur Verzweiflung gebracht würde. Der Kaiser würde zuletzt den Schaden am meisten empfinden und denen, die es geschehen lassen, nicht davor danken.

Merode forderte endlich anstatt des Quartiers von der Stadt Erfurt 100,000 Thaler und wenigstens 300 Pferde für seine Artillerie. Indessen es glückte der Stadt, die Summe um die Hälfte zu ermäßigen, wofür der Rath natürlich „die gnädige Affection des Generals in unterthäniger Demuth und Dankbarkeit" zu preisen hatte. Indessen die erfurtischen Dorfschaften entgingen der Einquartierung trotzdem nicht, einige wie Ermstedt und Gispersleben wurden sehr übel mitgenommen. Am 27. Juni leistete Merode die letzte Quittung, und am 1. Juli widerholte Friedland seinen Schutzbrief, den sich der Rath indessen nebst dem von Merode ertheilten vorsorglicher Weise vom Kaiser noch bestätigen ließ.

In welchem Tone aber jetzt bereits geistliche Fürsten an den Kaiser schrieben, ersehen wir aus der Beschwerde des Erzbischofs von Mainz, mit welcher er sein Gesuch um einen Schutzbrief für das mainzische Amt Königstein begleitete. Er erklärt, eine derartige Behandlung um das kaiserliche Haus nicht verdient zu haben, und fährt dann fort: „dergleichen Drangsale und Beschwerden ziehen ohne das anders nichts nach sich, als daß bei E. K. M. und dem gemeinen Wesen, da solchem Unrath nit förderlich remediirt, ich weiteres nicht werde

thun und präſtiren können."[1] Der Kaiſer ertheilte dem Kurfürſten von Mainz dieſen Schutzbrief. Aber es fällt doch einiger Maßen auf, daß er auch noch den ihm von Wallenſtein überſendeten Vertrag mit Merode ausdrücklich beſtätigte, wenn auch mit der Warnung an ſeinen General, „dergleichen Handlungen hinfüro gewahrſam und mit ſolchem Glimpf anzuſtellen, damit nicht etwa mehr Ungelegenheiten und Schaden, als Nutzen und Frommen Wir daraus zu gewarten."

Dieſe Mahnung wird jedoch nur geringen Eindruck auf einen Feldherrn gemacht haben, welcher noch am 27. Mai nach Wien zu ſchreiben wagte: „Der Kurfürſt wird wol murren, aber man muß ihm gute Worte geben und die Schuld auf mich ſchieben."[2]

In ähnlicher Weiſe beſchwerte ſich der Biſchof von Bamberg über den Durchzug des wallenſteiniſchen Oberſten Peter Gall[3] und verwahrte ſich ausdrücklich gegen weitere Bedrängnis. Stift Fulda und Mainz klagten ferner den Herzog von Lauenburg an: kurz auch der Weſten und der Südweſten Deutſchlands krümmte ſich unter einer Militärdictatur, für deren Berechtigung weder Wallenſtein noch der Kaiſer in dem geltenden Reichsrecht auch nur den Schatten einer geſetzlichen Beſtimmung anrufen konnte.

Merode zog, nachdem er Erfurt gebrandſchatzt hatte, nordoſtwärts und ſchlug ſein Hauptquartier in der alten Kaiſerpfalz Schloß Alſtedt auf, wo er mit kurzen Unterbrechungen bis zu Wallenſteins Aufbruch verweilte. Von hier aus hielt er das Gebiet von Erfurt und Mühlhauſen, die weimariſchen und koburgiſchen Lande, die Grafſchaft Gleichen und das Schwarzburgiſche und die Grafſchaft Mansfeld unter Contribution. Wie anderwärts waren auch hier im Thüringiſchen die Bauern größtentheils noch vor der Ankunft der Truppen entlaufen und hatten ihr Hab und Gut möglichſt bei Seite geſchafft. So bekamen die Soldaten häufig nicht einmal Brot und mußten daher ihre Raub- und Beutezüge auf immer entlegnere Gebiete ausdehnen. Merode ſelbſt ſchloß einſt ein Klagſchreiben an Herzog Wilhelm mit dem Eingeſtändnis, daß er nicht wiſſe, was mit dem Volke anzufangen ſei, wenn nicht Altenburg und Eiſenach das Beſte bei der Sache thun würden.

Herzog Wilhelm beſaß Ueberlegenheit des Geiſtes genug, um gute Miene zum böſen Spiel zu machen. Merode ſtattete mehrmals in

---

1) Schreiben vom 8. Mai. Kaiſ. St.-A. in Wien.

2) Hurter, Z. Geſch. Wſ. S. 75.

3) Dieſer Oberſt führte ein Regiment Ungarn und Kroaten aus Böhmen nach dem Kriegsſchauplatze. D'Elvert, Schriften der mähr. Geſellſchaft, Bd. XXII. S. 143, 144.

Weimar Besuche ab und wurde immer sehr zuvorkommend empfangen. So dankt er z. B. Herzog Wilhelm ein Mal für gutes Geleit und übersendet auch den herzoglichen Frauen artige Complimente. In Wilhelms Namen überreichte er ferner Wallenstein zu Aschersleben eine Waffe als Geschenk. Ja der Herzog äußerte noch einige Wochen vor Wallensteins Aufbruch den Wunsch, diesem in Aschersleben seinen Besuch zu machen.[1]

Indessen Merodes Aufenthalt zu Alstedt hatte auch noch einen andern Zweck. Hier stießen die aus Böhmen heraufziehenden wallensteinischen Verstärkungen, nachdem sie Thüringen passiert hatten, zu dem größeren Truppencorps und wurden von da nach Halle und in den niedersächsischen Kreis gewiesen. So erschien Ende Juni der Oberst Hausmann in Ichtershausen und wurde auf Merodes Fürbitte in den weimarischen Dörfern einquartiert.

Schon am 1. Mai hatte der Kaiser um Durchzug für 3000 Kroaten unter dem Grafen Georg v. Serin (Zrinyi) ersucht. Sie kamen Ende Mai in Saalfeld an und nahmen ihren Weg gleichfalls durch das Gebiet von Erfurt nach dem kaiserlichen Lager in Niedersachsen.

Trotz der klugen Zuvorkommenheit, mit welcher Herzog Wilhelm den Feinden begegnete, war derselbe doch ernstlich bemüht, für den äußersten Fall auch die Waffen bereit zu halten, ja er hat wol noch jetzt alte Pläne weiter gesponnen. Er stand im vertrautesten Einverständnis mit Johann Kasimir von Koburg und unterhielt durch diesen auch eine Verbindung mit Johann Georg. Ebenso scheint er mit Christian IV. selbst bisweilen Verhandlungen gepflogen zu haben.

Die Ernestiner forderten jetzt die Mitwirkung des Kurfürsten zu einer gemeinsamen Action, welcher sich auch die Grafen von Schwarzburg und von Gleichen anschließen sollten. Man wollte sich in der Besorgnis, daß sich die unschuldigen Stände vom Sieger würden Gesetze vorschreiben lassen müssen, zu einem gegenseitigen Schutzbündnis vereinigen. Diese Besorgnis hegte man aber wol weniger vor dem siegreichen Dänenkönige, als vor dem triumphierenden Kaiser und seinen Generälen.

Johann Georg stellte nun wirklich dem Herzog von Koburg eine Vereinigung mit seinen Stammesvettern von Altenburg, Weimar und Eisenach anheim. Auch er war jetzt der Meinung, daß sich jeder Stand mit seinem Landvolk und Ausschuß möglichst vor Gewalt zu vertheidigen habe. Er forderte ausdrücklich eine Benachrichtigung über die Beschlüsse seiner thüringischen Vettern. Auf Veranlassung des Herzogs von Altenburg sah man jedoch den Dingen noch einige Zeit ganz thatlos zu, bis

1) Wallenstein an Herzog Wilhelm, Aschersleben 25. Juli. Weimar.

dann endlich in Saalfeld koburgische, eisenachische und altenburgische Deputierte zusammentraten.

Dem Anschein nach hat es sich aber auch hier nur um Maßregeln zur Abwehr militärischer Vergewaltigung bei Durchzügen gehandelt. Man dachte daran, von den Offizieren Kaution zu fordern, und bis diese entrichtet oder zwei vornehme Offiziere als Geiseln gestellt wären, die Pässe besetzt zu halten und zu verwahren. Indessen verhandelte man auch darüber, ob man bei einer Weigerung der Offiziere Gewalt mit Gewalt vertreiben wollte, und ob nicht der Kurfürst von Sachsen das ganze Unternehmen leiten sollte.

Der Herzog Johann Philipp von Altenburg hat nun den Kurfürsten persönlich für diese saalfelder Propositionen zu gewinnen gesucht. Daß es jedoch nur mit irgend einem wahrnehmbaren Erfolg geschehen sei, sehen wir nicht.

So mußte sich denn schon im Sommer dieses denkwürdigen Jahres ein großer Theil Deutschlands von der Elbe bis an den Rhein unter das Schwert des gefürchteten kaiserlichen Generals beugen. In glänzendster Weise hatte Wallenstein dem Kaiser sein Versprechen erfüllt; aber das schwerfällige Gebäude reichsständischer Verfassung wankte in seinen Grundfesten: in zwei reichen protestantischen Bisthümern war die kaiserliche Autorität durch das Kriegsrecht an die Stelle der sich bildenden protestantischen Landeshoheit gesetzt worden.

Aber nicht minder schwer fühlte man den Arm des Eroberers auch in katholischen und besonders in geistlichen Districten. Wie hätte man in Mainz eine That wie die Merodes gegen Erfurt anders bezeichnen können, denn als offne Gewaltthat? Hatten nun nicht auch die kleineren katholischen Stände ein Interesse daran, daß der Kampf des Kaisers gegen den König von Dänemark und den Protestantismus überhaupt in gewissen Grenzen gehalten oder wenigstens in ganz anderen Formen weiter geführt wurde?

Allein auch die schreiendsten Gewaltthaten und der empörendste Druck haben die Leidenschaft dieses Geschlechts nicht zur That wach zu rufen vermocht. Selbst Johann Kasimir von Koburg bekannte sich bei Gelegenheit zu dem Grundsatz: „die Geduld muß überall das Beste thun."

Ja das volle Verständnis eines Kampfes von so großer welthistorischer Tragweite fanden selbst Geistliche und Gelehrte nur selten; innerhalb der engen Schranken der kleinen protestantischen Territorien war auch das Auge der Wissenschaft stumpf geworden, und das hundert Jahre vorher so leidenschaftlich erregte religiöse Gefühl der großen Menge beinah erloschen. Niemand mochte dies damals mehr und schmerzlicher

empfinden, als Fürſten, welche, von höherer Warte aus dem Gange der Ereigniſſe folgend, mit eigner Kraft ſich dem Verderben zu widerſetzen ſtrebten.

Auch Herzog Wilhelm von Weimar blieb eine derartige Erfahrung nicht erſpart. Wie in dem ganzen Ländchen, ſo war auch die Bürgerſchaft der Univerſitätsſtadt Jena von ihrem Landesherrn zu den Waffen gerufen worden und mußte ſich kriegeriſcher Uebungen befleißigen. Dabei mochten manche Unzuträglichkeiten vorkommen, vornehmlich da die Studenten dem akademiſchen Verbote zuwider gleichfalls zu den Waffen gegriffen hatten, übrigens aber noch ihren Beſchäftigungen nachgingen, welche ſie wol zu häufigen Zuſammenſtößen mit der Bürgerſchaft führen mochten.

Rector und Profeſſoren der Univerſität Johann Friedrichs ſahen nun als die Veranlaſſung der letztern das leidige Waffentragen der Bürger an und wendeten ſich mit folgender Bitte an ihren Landesherrn,[1] welche wir in möglichſt getreuer Form widergeben wollen: „Da die Bürger, wenn ſie zum Trillen aufgefordert werden, alſo balden aus den Häuſern und dann hernach in der Aus- und Einführung ein ſolch Schießen und Platzen auch vor den Kirchen bei Verrichtung des Gottesdienſtes anfangen, auch den ganzen Tag über bis in die Nacht in den Häuſern continuieren, daß mancher in ſeinen meditationibus turbieret, arme junge Kinder und ſchwangere Weibsperſonen mit Verlierung ihrer Geſundheit erſchrecket und arme lagerhafte Patienten nicht ohne Gefahr ihres Lebens zum höchſten verunruhiget werden, da auch die Studenten dadurch inſtigieret werden, ihre Rohre auf ihren Stuben, in der Gaſſen hin und wider loszubrennen und die Unruhe zu vermehren," — ſoll Herzog Wilhelm durch ein ſcharfes Edict befehlen, das unnötige Schießen in der Stadt und das tägliche Waffentragen einzuſtellen. Selbſtverſtändlich berufen ſich die gelehrten Herren dabei auf die Univerſitätsſtatuten, welche Bürgern und Studenten das Waffentragen verbieten. In einem Schreiben an Kanzler und Räthe drücken ſie ihren Wunſch noch deutlicher aus, „daß ſolch Trillen und Exercieren aus allerhand bedenklichen Urſachen gänzlich verbleiben möchte," nur wollen ſie freilich dem Herzoge ſelbſt keine Einrede machen.

1) Rector und Profeſſoren an Herz. Wilhelm, Jena 13. Juli (a. St.) 1626. Weimar. Kriegsacta vom Mai bis September 1626 (24).

Wallenstein und Tilly nach der Schlacht bei Nossau.

Von bedeutendem Einflusse auf den Gang der Dinge gerade in dieser ersten Hälfte des Jahres 1626 wurde der Umstand, daß Tilly das drückende Gefühl der persönlichen Ueberlegenheit Wallensteins nicht zu überwinden vermochte. Wie es scheint, haben schon die ersten persönlichen Begegnungen mit dem Herzog den Eindruck in ihm hinterlassen, daß dieser General eine Größe war, für deren Schätzung ihm jeglicher Maßstab fehlte. Es ist aber auch nach dem Schluß der braunschweiger Unterhandlungen zu einem den kriegerischen Unternehmungen förderlichen Einverständnis beider Generäle niemals gekommen.

Als in der zweiten Januarwoche Wallenstein einen Angriff von den Herzögen Christian und Johann Ernst fürchtete und seine Truppen um Aschersleben sammelte, ging Tilly allerdings gegen Liebenburg vor. Allein eine Vereinigung beider Armeen, wie sie Wallenstein zum Behuf eines gemeinsamen Angriffs damals erstrebte, kam nicht zu Stande, und zwar, wie wir annehmen müssen, doch wol, weil man sich über den Oberbefehl nicht verständigen konnte. Das Commando etwa an Tilly abzutreten, dazu verspürte Wallenstein um so geringere Neigung, als Tillys Heer in zu geringer Stärke erschien und sich überhaupt nicht in der besten Verfassung befand.[1] Er nahm vielmehr als kaiserlicher General eine höhere und maßgebende Stellung für sich und seine Truppen in Anspruch. Er behauptete mit Recht, daß Tilly die Execution im niedersächsischen Kreise nicht direct aufgetragen sei, zog sich aber trotzdem dadurch einen Verweis vom Kaiser zu.[2] Und doch scheint Tilly von Anfang an Anspruch auf das Oberkommando oder wenigstens den höheren militärischen Rang erhoben zu haben. Ferner begehrte er umfangreichere Quartiere im niedersächsischen Kreise und endlich sogar die ganze Landschaft Niederhessen.

Wallenstein setzte diesen Forderungen den schroffsten Widerstand entgegen, obwol ihm Maximilian drohte, daß Tilly bei seiner Weigerung den niedersächsischen Kreis werde verlassen müssen. Er entschuldigte sich darauf gegen den Kurfürsten mit dem geringen Umfange und dem verödeten Zustande der beiden Stifter, der ihm eine Ausquartierung seines

1) Wallenstein an den span. Gesandten in Wien. Aschersleben 11. Jan. Leukers Depesche vom 11. Februar. K. St.-A. in München. Leukers Negotiation in Wien 3./17.

2) Förster, Wallenstein als Feldherr 420.

Volkes nicht gestatte. Die kurfürstliche Drohung aber bezahlte er dreist mit derselben Münze: er werde aus Mangel an Proviant diese Landschaften gänzlich quittieren, sein Volk über die Elbe führen müssen und dadurch dem Feinde eine erwünschte Veranlassung zu einem Angriff auf irgend eine der beiden Armeen darbieten.[1]

Uebrigens aber ertheilte Maximilian in Beziehung auf das Rangverhältnis Tilly gemessene Weisung, wenn Friedland ihm „die Präeminenz" nicht einräumen wollte, sich aller weiteren Schritte zu enthalten. Jede Hoffnung auf einen Vergleich über die Oberleitung im Felde schnitt er ihm freilich noch nicht ab, sondern gab sich sogar der Erwartung hin, daß Wallenstein auch ferner Tillys guten Vorschlägen „deferiren" werde. Nur empfahl er ein schonendes Verfahren gegen den Gefürchteten, dessen „Humor" ihm ja bekannt sei.

Da man in München im Anfang dieses Jahres den Aufbruch Mansfelds nach Schlesien und seine Verfolgung durch Wallenstein für nahe bevorstehend hielt, so hegte Maximilian die Besorgnis, Tilly möchte, wenn Wallenstein ein Unfall träfe, einem Angriffe des Königs allein nicht gewachsen sein. Mit nicht allzu großem Vertrauen in die Willfährigkeit des kaiserlichen Generals, dessen Zurückhaltung dem Feinde gegenüber ihm schon damals Misstrauen einflößte, forderte er daher Verstärkungen. Wallenstein hat sie indessen hartnäckig verweigert. Dagegen beantragte derselbe schon lange vor der Schlacht von Rosslau eine Vereinigung der ligistischen Streitkräfte mit seinen eignen. Auch Ferdinand II. stellte an Maximilian hierauf gerichtete Anträge, die aber, wenn auch in sehr freundlichen und dem Anschein nach zustimmenden Formen, doch eine ablehnende Antwort erfuhren.[2]

Und Tillys weitere Meldungen mußten Maximilians Verdacht nur steigern. Trotzdem, daß Wallenstein 9 Regimenter Fußvolk und 12,000 Pferde beisammen haben sollte, warb er nach Tillys Versicherung aus der zweiten Woche des März noch 5 Regimenter Fußvolk und hatte im Sinne, seine Reiterei auf 15,000 M. zu bringen. Das alles aber geschah ohne Geld: noch hatte das alte Volk, d. h. die Regimenter,

1) Wallenstein an Maximilian, Aschersleben 14. Februar. K. R.-A. in München T. 102.

2) Nachdem die Mansfelder Zerbst besetzt hatten, ersuchte Friedland Tilly geradezu seine Stellung an der Weser aufzugeben und sich der Elbe zu nähern. Allein Tilly setzte dem Gesuch Widerstand entgegen und begründete denselben mit dem Einbruch des Herzogs von Weimar in Osnabrück und der schlechten Beschaffenheit der eignen Reiterei. Tilly an Wallenstein, Bockenem 20. März 1626. Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesherr 421.

welche Wallenstein bei der Uebernahme des Commandos noch vorfand, den ersten Monatssold nicht erhalten. Und so erhob sich Tillys Besorgnis schon jetzt zu der Befürchtung, daß der gewaltige Heeresfürst sich sogar erkühnen dürfte, den katholischen und den gehorsamen Ständen ins Land zu rücken und im ganzen Reiche Unruhe zu erwecken. Denn trotz seiner größeren Heeresmacht und seiner starken Werbungen weigerte er sich, Tilly durch Vorschiebung seiner Truppen die Hand zu reichen, und lag ihm stets mit der gleichen Bitte in den Ohren. „So lange ich mit dem Herrn Herzog zu Friedland zu schaffen und meine Obacht auf ihn haben muß, so lange verursacht er mir auch alle Stund Unruhe und einen Aufruhr und Lärmen über den andern," klagte der sonst so zähe und äußern Eindrücken gegenüber so widerstandsfähige ligistische General. Wie gern hätte er diesem gewaltigen Dränger ein Halt zugerufen oder ihm wenigstens ein „wol qualificiertes Subject" seiner Art an die Seite gesetzt.[1]

Wallenstein aber richtete darauf an Maximilian das Begehren, den Kaiser zu noch umfangreicheren Rüstungen zu treiben. Er wollte von Danzig aus berichtet sein, daß Schweden nach seinem Frieden mit Polen mit einer Armee von 15,000—20,000 M. auf dem Kampfplatze auftreten werde.[2] Den Kaiser selbst aber mahnte er in jenen Tagen, Mansfelds Verbindungen mit Schlesien und mit Bethlen Gabor seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch diesem gegenüber erklärte er es für eine Unmöglichkeit, Tilly beizuspringen, besonders seit derselbe über die Weser gegangen sei, da er sich selbst dann dem Feinde gegenüber nicht werde halten können.[3]

Mit banger Besorgnis war Tilly dem Herzog von Braunschweig über den Harz gefolgt. Er ließ daher Wallenstein eiligst um Ueberlassung einiger Regimenter Infanterie ersuchen, und besonders um die noch ungemusterten Schaaren der Herzöge von Holstein und Lauenburg, welche zwischen Kassel und Münden an die Werra gelegt werden sollten. Diesen Plan unterstützte Maximilian auf Tillys Betrieb bei dem Kaiser selbst.[4]

Allein Friedland ertheilte auch dies Mal einen abschläglichen Bescheid und zwar offenbar nicht allein aus persönlichen Gründen, sondern auch weil er gerade damals, 10 Tage vor der Schlacht bei Rosslau, sein Haupt-

1) Bockenem 14. März, Tilly an Maximilian. K. R.-A. in München T. 138.

2) Aschersleben 28. März. K. R.-A. in München T. 102.

3) Wallenstein an den Kaiser, Aschersleben 28. März. Kais. St.-A. in Wien.

4) Tilly an Maximilian, Klausthal 15. April 1626. Kgl. R.-A. in München T. 138

augenmerk auf die Elbe gerichtet hatte. Aber auch nach dieser Schlacht hat Maximilian widerholt mit gleich ungünstigem Erfolge das Gesuch seines Generals in Erinnerung gebracht.[1]

In jenen Maitagen aber war Tilly einer Unterstützung wirklich dringend bedürftig. Der Kurfürst selbst. hegte die größten Befürchtungen für die ligistischen Truppen, deren Zustand nach den Schilderungen ihres Generals allerdings wenig Vertrauen erweckend war.

Nicht genug, daß sich Tilly selbst unwol befand, waren auch zwischen den beiden Generalwachtmeistern Lindlo und Fürstenberg Zwistigkeiten ausgebrochen, und die Armee, vornehmlich das Fußvolk, durch die unablässige Verfolgung Christians von Braunschweig sehr abgemattet. Tilly bat daher Maximilian mitten auf dem Marsche um eine Verstärkung von 6000 Knechten.

Und wenige Tage darauf sendete er seinem Herrn einen noch trostloseren Bericht, der mit dem Eingeständnis begann, daß ihm Christian entronnen sei. Man conspirierte in den occupierten Städten wie in Hameln und Münden gegen die Besatzungen; der benachbarte Landgraf Moriz von Hessen schien vollständig für die Gegenpartei gewonnen. So sah Tilly Feinde ringsum: sein Heer aber war durch die Besetzung der kleinen braunschweigischen und westfälischen Städte weithin zerstreut und wenigstens in diesen Theilen zum Felddienst unbrauchbar. Ja er mußte Maximilian sogar melden, daß er von seinem eignen Regiment nur 6, von dem seines Vettern 4, vom herlibergischen 8 und außerdem noch 18 Compagnien von den Regimentern Fürstenberg, also insgesamt 36 Compagnien ins Feld stellen könne. Die felddienstüchtige Cavallerie bezifferte er auf 3000 Pferde. In einem späteren Schreiben gab er die zur unmittelbaren Verwendung stehenden Truppen auf 6000 M. z. F. und 40 Compagnien Reiter an. Den Schluß jenes ersten Schreibens aber bildete ein angstvoller Hilferuf: Tilly gestand, daß er sich sonst mit Spott und Schanden in die Länder der katholischen Bundesverwandten zurückziehen müsse.[2]

Diese Mittheilungen fanden natürlich eine sehr ungnädige Aufnahme bei Maximilian, welcher diesmal die Heeresverwaltung des Generals dem schärfsten Tadel unterwarf. Er ertheilt demselben nicht nur für seine allzu späte Benachrichtigung einen Verweis, sondern erhebt ganz offen einen noch herberen Vorwurf. „Wenn es zur Bezahlung der Musterung kommen ist, wie erst jüngst bei Auszahlung des zweiten Monatssoldes, so

1) So am 11. Mai und 3. Juni.
2) Höxter 3. Mai.

sind allzeit auf die 30,000 M. in der Charten gewesen, jetzt da es zum Ernst kommt, so ist das Geld hindurch und der Effect, so man dabei verhoffen sollen und mit so vielem Unkosten gehofft hat, gar bei weitem nit vorhanden."

Maximilian weist Tilly an, die Mannschaften monatlich und zwar neben den Proviantlieferungen abzulohnen, nicht aber nach den heillosen Musterungen. Außerdem verspricht er ihm allerdings auch Verstärkungen und theilt ihm mit, daß sich der Graf von Isenburg in Münster und Osnabrück halten, und die Spanier 4500 Mann unter Verdugo nach Hessen werfen würden. Mit Rücksicht hierauf erwartet er, daß Tilly seine Truppen aus Westfalen zurückziehen und sich mit Wallensteins Unterstützung dem Könige gegenüber halten werde.

Um die letztere aber der ligistischen Armee desto sicherer zu verschaffen, hatte Maximilian bereits Herberstorff zum Kaiser selbst abgeordnet. Für den Fall, daß Wallenstein seine Mitwirkung auch jetzt noch verweigerte, gab er Tilly freie Hand: er mochte die Garnisonen aus den Städten herausziehen und nur die hauptsächlichsten Puncte festhalten. Vor allem aber kam es natürlich dem Kurfürsten auf die Erhaltung der Armee selbst an, daher empfahl er Tilly noch besondere Achtsamkeit, daß er sich nicht etwa von Halberstadt und dem Könige in die Mitte nehmen lasse.[1]

Tilly selbst wendete sich abermals an Wallenstein. Er forderte seine Unterstützung zur Vertheidigung des Eichsfeldes, allein auch dies Mal vergeblich. Und auf ein neues Gesuch desselben sprach Friedland sogar seine Verwunderung darüber aus, daß er Hilfe gegen Herzog Christian beanspruche, obwol seine Armee an Qualität und Quantität der feindlichen weit überlegen sei. Er selbst habe ja Merode herangezogen, da er eines gemeinsamen Angriffs der Gegner gewärtig sein müsse. Schließlich ertheilte Wallenstein freilich doch dem Herzog Georg den Auftrag mit 23 Cornet Reitern das Herzogthum Grubenhagen, aber auch nur dieses zu decken.[2]

Wir begegnen Tilly am 20. Mai in Rothenburg an der Fulda und am 5. Juni in Grebenstein. Erst hier hat er das herbe Schreiben Maximilians mit der trocknen Behauptung beantwortet, daß sich sein Heer einst wirklich auf 30,000 M. belaufen „und also nit nur in der Charten befunden" habe. Er gibt dem Kurfürsten zugleich anheim, Gallas zum Generalwachtmeister über die Armee zu ernennen, da er durchaus der Unterstützung eines hohen Offiziers bedürfe.

Die angekündigten bairischen Verstärkungen scheinen bei Tilly ein-

1) München 21. Mai 1626. Briefentwurf.
2) K. St.-A. zu Wien.

getroffen zu sein: auch neue, freilich immer noch unzureichende Geldmittel hat ihm der Kurfürst übersendet. Und darauf schickte sich denn Tilly zur Einschließung der braunschweigischen Städte Münden, Northeim und Göttingen an, deren Bedeutung vornehmlich auch als Garnisonplätze er nach Wallensteins Urtheil überschätzte. Der letztere hat daher weder seinen noch den Hilfsgesuchen des Kurfürsten Gehör geschenkt: seine Meinung war vielmehr, daß er selbst von dem Hauptangriffe der vereinigten Gegner, also des Königs und des Herzogs, des Obersten Fuchs und Mansfelds bedroht sei.

Wallenstein sendete darauf den Obersten Coloredo zu Tilly, um diesem Gedanken bei ihm Eingang zu verschaffen und ihn zu einer vollständigen Vereinigung mit dem kaiserlichen Heere zu veranlassen. Allein Coloredo, welcher um die Zeit der Einnahme Mündens anlangte, konnte Tilly nicht überzeugen. Sein Plan blieb der alte: nun wollte er sich noch Göttingens und Northeims bemächtigen und beanspruchte vielmehr, daß ihn Wallenstein bei einem Angriffe durch den König oder Christian von Braunschweig mit seiner ganzen Armee entsetzen sollte. Auch über Wallensteins Aufbruch in die kaiserlichen Erblande hat Coloredo mit Tilly verhandelt: nach dem Wunsche des letzteren sollte derselbe erst nach der Ernte, das heißt doch wol nach dem glücklichen Erfolge der tilly'schen Unternehmungen Statt finden.

Diese Zwistigkeiten der beiden Heerführer veranlaßten neue Erörterungen mit dem bairischen Gesandten in Wien. Leuker wurde durch den spanischen Gesandten darauf aufmerksam gemacht, daß Tilly ja nicht nöthig habe, alle seine Anliegen sofort bei Wallenstein anzubringen, sondern daß er zuvor mit Marradas verhandeln könne. Eggenberg theilte eine briefliche Bemerkung Wallensteins an seinen Schwiegervater, den Grafen Harrach, mit, nach welcher Wallenstein Tilly nicht unterstützt habe, weil er wirklich von dem gemeinsamen Angriffe durch Mansfeld und Fuchs im Voraus Kunde hatte. Collalto versicherte, Friedlands Intention sei nicht bös, wenn er auch bisweilen eine Rede schießen lasse, und der Kaiser warnte endlich selbst davor, Oel ins Feuer zu gießen, und sprach den Wunsch aus, daß man denen, „die immer mit sinistris relationibus aufgezogen kommen, einen Biß einlege.“ [1]

Die Abneigung Wallensteins gegen Tilly theilte damals auch der spanische Gesandte in Wien: er tadelte z. B., daß Tilly früher Mansfeld nicht verfolgt habe, während Maximilian dies gerade als die Aufgabe Wallensteins bezeichnete.

1) Leukers Depesche vom 27. Mai.

Allein man hütete sich in Wien doch auch, die Saiten zu straff zu spannen, und bestrebte sich daher den Unmuth Maximilians und seines Generals möglichst zu beschwichtigen. Wallenstein hatte Tilly gegenüber, als dieser die Vereinigung ablehnte, mit seinem Abmarsch aus dem niedersächsischen Kreise gedroht. Diese Drohung deutete sowol der Kaiser wie auch Eggenberg Leuker gegenüber nur als ein Schreckmittel, Tilly desto eher zum Anschluß zu bewegen: Friedland habe die Worte nicht gethan, „solch absurdum zu behaupten." Der ältere Graf Harrach ersuchte Leuker, seinem Herrn zu berichten, daß weder sein Eidam noch er selbst Tilly den geringsten Anlaß zu einem Missverständnis gegeben hätte, und ertheilte ihm die doppelsinnige Versicherung, daß Wallenstein in der Art, wie ihm der Oberbefehl aufgetragen sei, mit Tilly „weder competieren noch ämulieren werde." Eine andere Anklage beschuldigte Wallenstein, daß er den ligistischen Oberbefehlshaber einst längere Zeit habe antichambrieren lassen, während er sich selbst am Fenster „entretenierte." Harrach dagegen tröstete Leuker in der Kapuzinerkirche durch die Versicherung, Wallenstein verehre Tilly alle Zeit als seinen Vater und halte es noch für einen Ruhm, von ihm zu lernen.

Man beschloß endlich eine Vertauensperson wie den Grafen Harrach oder Trautmansdorff, welche bei Friedland guten Credit habe, abzusenden, um die Eintracht zwischen den Feldherrn wider herzustellen.

Denn Maximilian suchte noch immer in Wien um Succurs für Tilly nach. Daß er es mit schwerem Herzen that, bezeugen seine eigenhändigen Worte an Leuker: „Es hat der von Friedland so viel Volk, daß ers nicht unterzubringen weiß, nimmt nach erlangter Victorie nichts gegen den Feind vor und will dem Tilly auch nicht succurrieren; ich kann diesen modum procedendi nit verstehen, keinen guten Effect kann es wol nit causieren."[1]

Maximilians Hauptabsicht scheint nach der Schlacht von Rosslau darin bestanden zu haben, Christian IV. durch einen Angriff Tillys, welchen Wallenstein mit einem möglichst bedeutenden Corps unterstützen sollte, zum Rückzug zu nöthigen.[2]

Allein Friedland hat die hierauf gerichteten Anträge wol auch aus dem Grunde zurückgewiesen, weil er bereits längere Zeit nicht nur besser über die mangelhafte Kriegstüchtigkeit des dänischen Heeres, sondern auch über den Wirrwarr im königlichen Hauptquartier unterrichtet war.

---

1) 28. Mai. Kgl. St.-A. in München.

2) Maximilian an Tilly, München 13. Mai. K. R.-A. in München.

Auf Maximilians Drängen ordnete man endlich in Wien den Grafen von Trautmansdorff mit positiven Weisungen an Wallenstein ab. Derselbe ist in der letzten Juniwoche in Aschersleben eingetroffen. In Folge davon ging Wallenstein nach Duderstadt, um noch einmal den Versuch zu machen, die ligistischen Truppen seinem Commando zu unterwerfen. In Duderstadt fand sich auch ein Gesandter der Infantin, der bereits erwähnte Gouverneur von Mastricht de la Moterie ein und legte die Bedingungen vor, unter welchen Spanien ein Corps von 6000 M. Fußvolk, 18 Compagnien Cavallerie und 6 Kanonen zu den Armeen der katholischen Mächte in Deutschland stoßen lassen wollte. Auch hier erhob Spanien die Forderung, daß man sich einer Stadt am baltischen Meere, etwa Lübecks bemächtigen und den Holländern durch Besetzung geeigneter Plätze an der Elbe und Weser den Handel sperren sollte.[1]

Diese erste Hauptbedingung wiesen beide Generäle als eine vollständig unberechtigte zurück, während sie der zweiten durch eine gemeinsame Expedition allenfalls genügen wollten. Allein beide waren doch der Ansicht, daß Spanien auch ohne diese Bedingungen werde marschieren lassen, und zogen daher auch das spanische Armeecorps ohne Weiteres in ihre Berechnungen.

Tilly aber hat sich Wallenstein hier auf kurze Zeit wirklich untergeordnet und sich anheischig gemacht, in Gemeinschaft mit dem Herzog den Gegner auf beiden Seiten der Elbe zurückzudrängen. Es geschah dies offenbar unter dem Eindruck der Besorgnis, daß Gustav Adolf gegen Ende des Monats mit 15,000 M. im Mecklenburgischen auftreten und sich im Bunde mit Brandenburg am Kampfe betheiligen werde.

Die spanischen Hilfstruppen sollten Tilly untergestellt werden, dem Wallenstein seiner Seits noch 2 Regimenter Fußvolk und 1000 Pferde, die Regimenter Holstein und Lüneburg, zusagte. Endlich aber sollten die Spanier noch ein besonderes Corps bei Wesel gegen die Holländer aufstellen, von denen man eine Störung des Vormarsches durch Einfälle in die westfälischen Bisthümer fürchtete.

Allein dieser Vergleich von Duderstadt ist eben so wenig wirklich ausgeführt worden, wie die Conferenzen zu Brüssel zu einem positiven Abschluß gelangten. Wallenstein hat zwar Maximilian eine Woche darauf noch ersucht, Tilly zur schleunigsten Vereinigung anzutreiben, allein Tilly beharrte bei der Belagerung Göttingens und hütete sich wol, vor dem Eintreffen des spanischen Corps die verabredete gemeinsame Operation

1) Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse. Urkunden zum dritten und vierten Abschnitt S. 232 ff.

zu beginnen. Er begründete seine Weigerung mit der Behauptung, er müsse sich vor allem durch die Eroberung Göttingens und Northeims den Rücken sichern.[1] Natürlich hat er auch damit Maximilians Weisungen ausgeführt, welcher vor der wirklichen Vereinigung geradezu die Unterstützung seines Generals zur Occupierung der beiden Städte nachsuchte.[2]

Die Spanier aber haben weder jenes Corps von 6000 M. Infanterie und 1800 Pferden mit 6 Kanonen zu Tilly stoßen lassen, noch ein zweites Heer am Niederrhein aufgestellt.

Diese Weigerung Tillys in so kritischer Zeit so wie die Zurückhaltung Spaniens haben, so scheint es uns, eine sehr bedeutende Folge gehabt. Sie vereitelten Wallensteins großen Feldzugsplan, nach welchem der Feind durch gleichzeitiges schleuniges Vorgehen auf den beiden Ufergebieten der Elbe zum Schlagen oder zum völligen Rückzug gezwungen werden sollte. Wallenstein gab damit deutlich genug zu verstehen, daß er sich überhaupt die Mark zum Felde seiner weiteren kriegerischen Thätigkeit ausersehen habe. Tillys Weigerung hat Brandenburg gerettet.

Es ist möglich, daß Wallenstein an eine Landung der Schweden in Mecklenburg oder Pommern damals noch geglaubt hat. Er berief sich wenigstens für seine Behauptung auf eine Mittheilung Hannibals v. Dohna und auf einen bei Rosslau erbeuteten Brief des Administrators, dessen Original er dem Kaiser übersendet hatte, und dessen Copie er auch Maximilian mittheilte.

Allein wahrscheinlicher will es uns noch erscheinen, daß der Herzog, welcher von Anfang an seine Aufgabe im größten Umfange erfaßte, diese Ueberzeugung nur vorschützte, um nach einer Ueberwältigung der beiden in so kläglichem Zustande befindlichen feindlichen Armeen, auch die Mark und die deutschen Küstenländer unter das Kriegsrecht zu beugen und mit der Unterstützung der ligistischen Armee auch hier ganz neue Zustände anzubahnen.

Die Conferenzen zu Brüssel.

In enger Verbindung mit den Streitigkeiten Wallensteins und Tillys über den Oberbefehl und über das Zusammenwirken beider Heere stehen die Versuche der beiden habsburgischen Mächte, Baiern in einem großen

---

1) Tilly an Maximilian, Göttingen 18. Juli. Vgl. auch die von beiden Feldherrn gez. Denkschrift vom 2. Juli bei **Villermont**, Tilly 730

2) Maximilian an Wallenstein 25. Juni.

katholischen Bunde zu majorisieren und auf diese Weise der thatsächlichen militärischen Dictatur Wallensteins im Reiche eine gewisse gesetzliche Grundlage zu verleihen. Von welcher Seite dieser Versuch, ein großes katholisches Bündnis aufzurichten, dies Mal ausgegangen ist, ob von Wien oder von Madrid, ist nicht ersichtlich. Bemerkenswerth aber erscheint es, daß er noch vor dem Abschluß Frankreichs und Spaniens über die Angelegenheiten im Veltlin unternommen wurde. Dieser Umstand möchte wol die Vermuthung nahe legen, daß Spanien Urheber jener Conferenzen in Brüssel gewesen ist. Die französischen Diplomaten hatten ja den Abschluß jenes Vertrages auch damit gerechtfertigt, daß Frankreich nun um so eher seine Kräfte einer Unterstützung seiner auswärtigen Freunde und Bundesgenossen widmen könne. Wol möglich daher, daß Spanien zu diesen Verhandlungen trieb, um nicht nur das Schwert, sondern auch das Gold Frankreichs zurückzuhalten oder die Franzosen wenigstens von einem Einrücken in das Elsaß abzuschrecken.

Schon im Januar war Maximilian zur Absendung seiner Bevollmächtigten bereit: indessen verzog sich die Eröffnung der Verhandlungen bis in den Mai. Von Seiten des Kaisers war Graf Georg Ludwig v. Schwarzenberg zum Unterhändler ausersehen, welcher auf seiner Reise in München die Gelegenheit wahrnahm, mit Maximilian in persönliche Verhandlungen einzutreten. In Maximilians Auftrag gingen der Hofrathspräsident Freiherr v. Preysing mit dem Hofoberrichter Joh. Chr. Tanner nach Brüssel, wo sie am 12. Mai anlangten. Sie sollten die Infantin zu einer Unterstützung Tillys, und zwar auch diesseits der Weser veranlassen, allein ohne ein besonderes Bündnis mit Spanien und Oestreich einzugehen.[1] Der Unmuth des Kurfürsten über den Friedensschluß Spaniens und Frankreichs schien nur durch eine Ueberführung des spanischen Kriegsvolks aus Italien nach Deutschland besänftigt werden zu können.

Sogleich bei der Eröffnung des Congresses, welche erst am 23. Mai Statt fand, forderte Graf Schwarzenberg die Aufrichtung eines Defensivbündnisses und die schleunige Unterstützung des Grafen Tilly durch spanische Truppen.[2] In Beziehung auf den letzten Punct pflichteten ihm auch die Baiern bei. Es handelte sich widerum um 6000 M. Fußvolk, 18 Compagnien Reiterei und 6 Geschütze, welche die Spanier in das Reich senden sollten, wo man ihrer nach dem östreichischen Bauernaufstande um so mehr

1) Maximilians Schreiben an die Räthe München 26. Mai bei Aretin, Urkunden z. dritten und vierten Abschnitt 220.

2) Aretin a. a. O. 182.

bedurfte. Maximilian hat im Anfange mit einiger Sicherheit darauf gerechnet, daß die Spanier diese Hilfe auch ohne Bündnis leisten würden.

Allein die Gegenforderung, welche der Freiherr v. Schönburg als spanischer Bevollmächtigter übergab, scheint selbst Schwarzenberg zu ungeheuerlich gewesen zu sein. Die Spanier begehrten die Occupation eines Hafens im baltischen Meere für die spanische Flotte und die Sperrung der Elbe und Weser durch kaiserliche Besatzungen. Fast noch auffälliger aber war es, daß sie sogar Kaiser und Liga verpflichten wollten, vor der Einnahme eines solchen Hafens keinen Frieden mit Dänemark einzugehen.[1] Sowol der kaiserliche Bevollmächtigte wie die Baiern berichteten diese Anträge zunächst nach Wien und München, drängten aber demungeachtet zur schleunigen Absendung des geforderten Hilfscorps.

Die Infantin wußte wol, daß Baiern den spanischen Plänen den hartnäckigsten Widerstand gegenüberstellte, und suchte denselben daher anfangs durch das Versprechen zu brechen, daß bei einer Vereinigung Christians IV. mit Mansfeld, Fuchs und Halberstadt Wallenstein zu Tilly stoßen und sich dessen Befehlen unweigerlich unterordnen sollte.

Allein Maximilian ließ sich in dieser spanischen Schlinge nicht fangen. Ihm lag vielmehr alles daran, um einem Angriffe Frankreichs zu entgehen und dem dänischen Könige wo möglich die französischen Subsidien zu entziehen, dieses habsburgische Bündnis geradezu zu vereiteln. Er beauftragte daher seinen Gesandten direct, „selbiges Werk so viel immer möglich zu attraversieren.“[2]

Und in dieser Anschauung der Verhältnisse wurde er durch die Berichte seiner Diplomaten über die Aeußerungen des französischen Geschäftsträgers in Brüssel nur bestärkt. Widerholt wurden dieselben von Baugy daran erinnert, Baiern werde sich hoffentlich so führen, daß es weder dem Einen noch dem Andern zum Nachtheil eines Dritten, also offenbar Frankreichs, „zu viel zulege.“ Der Franzose hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß der Kaiser den spanischen Befehlshaber in der Pfalz Verdugo beauftragt habe, dem Landgrafen Ludwig gegen Hessen-Kassel zu seinem Rechte zu verhelfen, und sprach es geradezu aus, sein

1) Et que l'Empereur ny l'Vnion Catholique ne feront ny paix ny accord auecq le dit Roy que le dit port en la mer Baltique ne soit en la main de S. M. Imp. comme et à l'effet que dict est (d. h. afin que les nauieres de sadite M. C. s'en puissent seruir pour empescher la nauigation et commerce de ses Provinces rebelles du Pays bas.) Aretin, Urk. z. dritten und vierten Abschnitt 185.

2) Aretin 227.

König werde nicht dulden, daß man Spanien zum Schutzherrn des Rheins und Deutschlands überhaupt mache. Frankreich könne dem „täglichen Wachsthum und der allzu großen Erhöhung des Hauses Oestreich nicht also zusehen." Er drohte endlich, falls man ein neues Bündnis machen würde, mit einem Gegenbündnis. Ja Baugy bot sogar den Baiern die Vermittelung Frankreichs zu einem Frieden in Deutschland, welche aber mit dem Hinweis auf die Schwenkung der französischen Politik im Jahr 1624 und auf die aufgefangenen Schreiben Wensins ziemlich schroff zurückgewiesen wurde.[1]

Dennoch aber hat der Kurfürst auch jene spanischen Bedingungen sicherlich im Hinblick auf Frankreich zurückgewiesen. Er ließ hervorheben, daß man bei einer Annahme derselben weder mit dem bevorstehenden Deputationstage noch mit der Reichsversamlung Glück machen werde. Zum wenigsten rieth er die Sache vollständig geheim zu halten, wenn man sie anders durchbringen wollte.[2] Ebenso wenig wollte er für seine Person ohne die zum Deputationstag beschriebenen Stände eine Handelssperre gegen die Generalstaaten bewilligen. Aber auch die Spanier scheinen zunächst Aufschub gesucht zu haben; sie sendeten den erwähnten La Moterie ins Reich, der nun mit Wallenstein und Tilly in Duderstadt über dieselben Bedingungen einer Unterstützung Unterhandlungen pflog.

Die Vorschläge, welche die Infantin um dieselbe Zeit, wo der Gouverneur von Mastricht zu Tilly reiste, machen ließ, waren noch weniger geeignet, Maximilians Eifersucht und Misstrauen herabzustimmen. Die Statthalterin beantragte jetzt ausdrücklich die Annahme eines Artikels, welcher den Kurfürsten seiner Stellung als Hauptes der Liga beraubt haben würde. Die vereinigten Streitkräfte aller Bundesglieder, des Kaisers und des Königs sowie des Kurfürsten von Baiern und der Liga, sollten „im Namen des Kaisers agieren und von diesem allein Befehle empfangen." Sie stellte ferner die auch von den katholischen Ständen des Reichs immer zurückgewiesene Forderung, die Vereinigten Provinzen in die Reichsacht zu erklären. Und endlich beleidigte sie durch den hier ganz unverhüllt hervortretenden Anspruch auf die Unterpfalz ebenso wol Maximilians nationales Gefühl wie seinen noch empfindlicheren dynastischen Ehrgeiz. Und wie hätte dieser nüchterne und praktische Fürst ein Bündnis eingehen können, welches noch den Kurfürsten von Sachsen, den König von Polen und die italienischen Fürsten zum Beitritt heranziehen sollte![3]

1) Aretin, Urk. z. dritten und vierten Abschnitt 194.
2) Aretin 231.
3) Aretin 228.

So nahmen denn die bairischen Gesandten die neuen Vorschläge nur „ad referendum“ entgegen, und auch die kaiserlichen fanden sie unannehmbar. Sie wurden darauf zurückgezogen, und der den kaiserlichen Oberbefehl betreffende Punct dahin gemildert, daß er nur für besonders wichtige und schwierige Fälle Geltung haben sollte. Die Entscheidung aber über die Räumung der Unterpfalz wollte Spanien bei einem Frieden dem Ermessen des Kaisers selbst anheim geben.

Maximilian vermied zunächst eine bestimmte Erklärung hierauf, da er sich auf seine Verpflichtungen gegen die Mitglieder der Liga berufen konnte, allein er verlangte trotzdem den spanischen Succurs. Und dieser wurde schließlich in der zweiten Woche des Juli auch zugesagt. Der Graf von Isenburg erhielt Befehl, mit etwa 3000 M. Fußvolk und 5 Compagnien Reiter nach Osnabrück zur Unterstützung des Grafen von Anholt vorzurücken, ohne jedoch vor der Hand die Weser zu überschreiten. Und einige Zeit darauf verstärkte man sogar dieses Corps noch durch zwei Regimenter. Unmittelbar nach der Besetzung Osnabrücks sollten jedoch die spanischen Truppen Halt machen und sich nicht eher wider rühren, bis die katholischen deutschen Stände die vorgeschlagenen Bedingungen angenommen haben würden. Fürchtete man doch in Spanien, daß man nach einem Frieden in Deutschland dem Könige den Krieg gegen Holland, England und Dänemark allein überlassen würde.[1]

Abermals hielt nun Maximilian bei dem Kaiser um eine kräftige Unterstützung seines Hilfsgesuchs an. Allein auch diese Mahnung erließ er nicht, ohne Ferdinand II. mit Nachdruck auf die folgenschweren Nachtheile, welche die Erfüllung der spanischen Bedingungen nach sich ziehen würde, hinzuweisen. Er fürchtete eine Erhebung der bisher neutralen Mächte des Reichs, stellte nicht undeutlich eine Trennung der Liga von der Sache des Hauses Habsburg in Aussicht und wies mit großer Schärfe darauf hin, wie sich die Spanier durch diese Forderungen selbst den größten Schaden zufügten: „Je gewisser die Spanier vielberührte conditiones machen und haben wollen, je mehr werden sie sich selbst daran hindern und sowol ihnen als Andern alles schwerer machen.“[2]

Allein trotzdem blieben diese Forderungen Spaniens, welche zuletzt Spinola formulierte, im Ganzen immer dieselben. Und obwol man die Unterstützung formell zugesagt hatte, ließ man doch nicht marschieren. Es kam dazu, daß das Vorrücken des Prinzen von Oranien nach dem Rheine und die Einnahme von Oldenseel einen neuen willkommnen Vorwand

1) Aretin, Urk. 199.

2) München 28. Juli. Aretin, Urk. 244.

zur Weigerung darbot. Die bairischen Gesandten erinnerten daher Tilly, sich auf eine derartige Unterstützung ja nicht zu verlassen, sondern seine Maßregeln ganz ohne Rücksicht auf dieselbe zu treffen.

Die Lage der bairischen Gesandten wurde unter diesen Verhältnissen immer schwieriger. Maximilian befahl ihnen schließlich alles, auch beschwerliche Vorstellungen gleichsam taubes Ohres anzuhören und sich dem französischen Gesandten gegenüber auf das behutsamste zu führen. Allerdings durften sie Maximilians Geneigtheit zum Frieden immer noch versichern, sollten aber auch Baugy rundweg erklären, daß man seinem Könige das Schiedsrichteramt in deutschen Dingen nicht allein anvertrauen könnte. Diese Erklärung fand Baugy freilich sehr kühl und stellte endlich sogar die Gewissensfrage an die Baiern, ob man die Verhandlungen in Brüssel aufgeben wollte, wenn Frankreich nachweisen würde, daß es bis jetzt den Feinden der deutschen Katholiken keine Hilfe geleistet habe.

Indessen Wallensteins Aufbruch nach Schlesien trieb schließlich den Kaiser doch vorwärts. Er nahm die zuletzt von Spanien gestellten Bedingungen an, und auch Maximilian ging wenigstens auf einige Puncte derselben ein. Tilly sollte, falls der Graf v. Isenburg Befehl zur Ueberschreitung der Weser erhalten würde, sofort nach dem Eintreffen desselben Christian IV. angreifen und im glücklichen Falle nicht bloß den Versuch machen, Elbe und Weser zu sperren, sondern sich auch eines Hafens im baltischen Meere zu bemächtigen. Einer Erklärung über die Forderung der Infantin, ohne Spanien keinen Frieden einzugehen, wich der Kurfürst dagegen auch jetzt noch aus.[1]

Trotzdem machten auch diese Erklärungen die Infantin nicht willfähriger. In gleicher Weise, wie sich Wallenstein etwas darauf zu Gute that, Mansfeld von der rosslauischen Brücke ohne ligistische Unterstützung zurückgetrieben zu haben, konnte sich Tilly des Sieges bei Lutter ohne spanische Hilfe rühmen.

Die Beziehungen Christians IV. zu Frankreich und England vom Anfang des Jahres 1626 bis zur Schlacht bei Lutter.

Die so geflissentlich zur Schau getragene Geneigtheit des dänischen Königs zu einem friedlichen Abkommen mit seinen Gegnern sollte auch seine unsichern Freunde und Bundesgenossen zu einer um so schnelleren und wirksameren Unterstützung veranlassen.

---

1) Aretin, Urk. 249. Maximilians Brief an die Infantin vom 18. August.

Noch immer hoffte derselbe auf die versprochene Diversion Frankreichs im Westen vergebens. Ja Richelieu hatte sogar seinem letzten Versprechen, nach welchem er dem Könige am 1. Januar des neuen Jahres in Amsterdam 200,000 Livres zahlen wollte, keine Folge gegeben.

Je mehr man sich daher dem Augenblicke näherte, wo die braunschweiger Verhandlungen ein Ende gewinnen mußten, um so dringendere Veranlassung empfand der König, sich von neuem gerade dieses Bundesgenossen und Freundes zu versichern. Die auffallenden Gerüchte über ein Zerwürfnis Frankreichs mit England mußten ihn außerdem nöthigen, sich Klarheit über die gegenseitigen Beziehungen seiner beiden Schutzmächte zu verschaffen.

Schon im Januar[1] versah er daher den Holsteiner Lorenz Wensin mit umfassenden Aufträgen für den Haag und für Paris.

Wensin versicherte zwar die niederländischen Politiker abermals der großen Geneigtheit seines Königs zur Fortsetzung des Krieges, fügte aber doch auch hinzu, daß derselbe bei seiner Abreise die Verhandlungen in Braunschweig noch nicht abgebrochen habe. Die Holländer ertheilten darauf dem dänischen Bevollmächtigten gute Versprechungen die Fülle und führten ihn auf einem besonderen Kriegsschiff nach Frankreich.

Wensin gelangte in Paris nur nach großen Schwierigkeiten zu einem Ziele, welches immer noch weit hinter dem erstrebten zurückblieb. Denn in den leitenden politischen Kreisen Frankreichs bereitete sich gerade während dieser Monate ein Umschwung vor, welcher schließlich auch auf Richelieus deutsche Politik einwirkte.

Die großen katholischen Westmächte glichen, sicherlich auch unter dem Eindruck der Allianz protestantischer Staaten im Haag, ihre Zerwürfnisse im Betreff Italiens aus. Nachdem dieselben bereits am 11. November 1625 in Rom einen Vertrag über die Zerstörung der Forts im Veltlin geschlossen hatten, brachte der französische Gesandte in Madrid du Fargis auf eine indirecte Weisung des Königs einen Vertrag zu Stande, welcher zunächst geheim gehalten und von Ludwig XIII. verworfen, aber doch zur Grundlage für weitere Verhandlungen für tauglich erachtet wurde.

Mitten in diesen geheimen Annäherungsversuchen Spaniens und Frankreichs wurde indessen Richelieu noch einmal die Versuchung nahe gelegt, sich England und seinen festländischen Bundesgenossen vollständig anzuschließen. Dudley Carleton und Lord Holland[2] erschienen im Auf-

1) Rothenburg 2. Jan. doch wol alten Stils. Am 1. Febr. hatte Wensin im Haag Audienz. Aitzema I. 538.

2) Ihre Instructionen vom 13. Dec. (a. St.) 1625 bei Rymer, Foedera VIII. 1. S. 182, 188.

trage des Königs Karl und forderten abermals ein Bündnis zum Behuf eines gemeinsamen Krieges gegen das ganze habsburgische Haus oder den Anschluß an den haager Vertrag. Und um den König von jeder Fessel zu befreien, welche ihn abhalten konnte, alle verfügbaren Kräfte gegen die gemeinsamen Feinde aufzubieten, nahmen die englischen Diplomaten die Rolle der Friedensvermittler zwischen dem französischen Könige und seinen hugenottischen Unterthanen auf sich. Von jenen geheimsten Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien hatten die Engländer dabei freilich keine Ahnung. Da man sehr bedeutende Rüstungen machte, da der Prinz von Piemont die Oberbefehlshaberstelle über die französischen Truppen in Italien forderte, schien Frankreich im Gegentheil zu einer ganz energischen Fortsetzung des italienischen Kriegs entschlossen. Da feierte französische Diplomatenkunst einen Triumph, welcher uns noch durch Richelieus Memoiren entgegenklingt. Die englischen Gesandten trieben die Hugenotten mit der Drohung, sie vollständig ihrem Schicksal zu überlassen, zu einem Frieden mit ihrem Könige, in der Hoffnung auf einen allgemeinen Krieg gegen das Haus Habsburg: und die französischen Politiker erschreckten dieselben Hugenotten durch den Hinweis, daß Frankreich bei ihrem weiteren Widerstreben seinen Frieden mit Spanien machen werde, um sie dann mit Stumpf und Stiel auszurotten. Am 26. Januar ertheilte darauf Ludwig XIII. seinen empörten Unterthanen Verzeihung, und am 5. Februar wurde der Friedensvertrag unterzeichnet.

In Frankreich aber betrachtete man diesen Frieden ganz allgemein als den Vorboten eines Krieges auch gegen die deutschen Habsburger. Die politische Presse[1] verhandelte die Frage, ob der Kardinal das Recht habe, dem Könige zu einem Frieden mit seinen hugenottischen Unterthanen zu rathen, um den katholischen König in der Pfalz zu bekriegen, in leidenschaftlichster Erregung. Sie war geneigt, Richelieu und Rochelle für eine Person zu erklären. Sie warf die weitere Frage auf, ob irgend ein katholischer Schriftsteller bis jetzt den Kardinal gelobt, irgend ein calvinistischer ihn getadelt habe. Und in der That hat ja den Kardinal sogar die neue protestantische deutsche Dichtung in überschwenglicher Weise verherrlicht. Damals pries Rudolf Weckherlin in London Frankreichs Reichthum eines Kardinals wegen, „daß ihm auch an Verdienst sunst kein Mensch gleich zu finden."

Richelieu machte darauf den Engländern wirklich Vorschläge zu einem

1) Ein Verzeichnis derartiger Schriften enthält schon der Mercure fr. Bd. 12. S. 500. Vgl. dazu Anquez, Un nouveau chapitre de l'histoire politique des Reformés en France S. 371 ff.

gemeinsamen Auftreten. Es war ein ganz neuer Plan zur Fortsetzung des deutschen Krieges, welchen er vor ihnen entwickelte.[1] Freilich wies er den Anschluß an das haager Bündnis auch jetzt noch zurück: er wollte in anderer Weise die Freiheit des deutschen Reiches, deren Verlust ohne Frankreichs Hilfe ihm ziemlich sicher schien, aufrecht erhalten. Zwei Armeen, jede in einer Stärke von 25,000 M. Fußvolk und 3000 Reitern, eine nördliche von Dänemark, Brandenburg, Braunschweig und den freien Städten zu unterhaltende, und eine andere von Westen her vordringende, deren Aufstellung und Bezahlung er England, Frankreich und Holland zuwies, sollten den Feinden entgegentreten. Das holländische Hilfscorps bestimmte er auf 5000 M. Fußvolk und 400 Reiter; Frankreich und England hatten je 10,000 M. zu Fuß und 1300 Pferden für diese Westarmee aufzubringen. Dabei wurde jedoch England seiner besondern Verpflichtung gegen Dänemark keineswegs enthoben, da es in der Pfalz noch seine eigensten Interessen zu vertheidigen hatte.

Von größter Wichtigkeit war es nun, für diese Westarmee einen geeigneten deutschen Befehlshaber ausfindig zu machen: Richelieu faßte als solchen den Markgrafen von Baden ins Auge. Die Engländer sollten durch Holland über Jülich in das Erzbisthum Trier gehen, bei Coblenz die Mosel passieren und zwischen Metz und Worms zu den Franzosen stoßen.

Bei dieser Unternehmung gegen die Unterpfalz zog Richelieu auch die katholischen Kurfürsten und Stände in seine Berechnung: man mußte dem Vorwurfe, daß man unter dem Vorwande, die Freiheit des Reichs sicher zu stellen, den Katholicismus schädige, sorgfältig aus dem Wege gehen. Deswegen wollte man auch keine Veränderung der Confession und keine Verletzung der Goldnen Bulle gestatten, welche die Calvinisten von Territorien ausschließt, in welchen das Lutherthum geduldet ist (!!). Ebenso wenig aber durfte man an Stelle des spanischen Dominats im Reich irgend einen andern gründen: der Zweck des ganzen gemeinschaftlichen Unternehmens war also der, die Dinge wider in den gebührenden Stand zu setzen, ohne daß irgend einer fremden Macht im Reiche Einfluß gestattet wurde.[2] Ja sogar der Beihilfe oder wenigstens der

1) Mémoires III. 36 ff.

2) Der Ausdruck ist natürlich auch im Original sehr unbestimmt: Et partant, qu'il seroit bon de déclarer ouvertement que la liberté, pour laquelle on prenoit les armes, consistoit à remettre les choses en l'état qu'elles devoient être, sans qu'aucun étranger y pût prendre part. Mém. III. 39. Etwas anders drückt sich der Kardinal an einer zweiten Stelle aus (III. 184): Que le but qu'on devoit avoir étoit de remettre l'Allemagne en la juste balance en laquelle elle devoit être, et partant, que les princes dépouillés fussent rétablis en leurs Etats.

Neutralität des Kurfürsten von Baiern glaubte sich Richelieu für ein solches Vorhaben versichert halten zu dürfen, falls England demselben durch ein besonderes Abkommen die Kur gewährleisten würde.

Diese Vorschläge sind den englischen Gesandten Ende Januar oder Anfangs Februar mitgetheilt worden.[1]

Richelieu hätte durch ein derartiges Waffenbündnis England offenbar in einen französischen Eroberungskrieg gegen das Reich hineingezogen, in welchem Frankreich bald die Hauptrolle spielen und schließlich den Löwenantheil der Beute davon tragen mußte. Und zu gleicher Zeit überließ er die Weiterführung des Krieges gegen Spanien ebenfalls ausschließlich England.

Schon jetzt erstrebte endlich Richelieu auf diesem Wege eine Ausdehnung der französischen Grenzen auf Kosten des Reichs.[2]

1) Nach Richelieus Memoiren III. 36 haben die englischen Gesandten erst nach dem Vertrage von Monçon Kenntnis von diesen Plänen erhalten. Dieser Vertrag wurde jedoch in Paris erst am 19. März überhaupt bekannt, und trotzdem äußerte Karl I. schon am 11. Februar seine Mißbilligung den Gesandten gegenüber „concerning the raising of a new English-French army, — which strange overture you have kept afoot by undertaking to procure an answer from hence.“ (Gardiner, England under the duke of Buckingham I. 362.) Auch bei Avenel trägt das Schriftstück, dem die Memoiren die Stelle entlehnen, den Monat Februar als Datum, Avenel II. 193. Der franz. Staatssekretär d'Herbault aber schreibt ausdrücklich an d'Espesses am 23. März 1626: Il est arrivé depuis peu de jours vne nouvelle en cette Cour qui l'a grandement surpris, comme elle a Fait Mrs. les Ambassadeurs de Venise et d'Angleterre et Mr. le Prince de Piedmont, le Roy n'a pas été moins Etonné que les autres, C'est que Monsieur du Fargis traitant auec Mr. le Comte d'Olivarez . . . ils se sont l'vn et l'autre tellement Echauffés en la matière, quils ont conclud et signé vn traité de Paix . . . . (Dépêches d'Espesses.) Richelieu bekennt an einer andern Stelle III. 13: On traitoit la paix en Espagne avec un si grand secret, que non seulement on ne le savoit, mais on ne se doutoit pas; et le Roi se préparoit si fortement à la guerre, qu'il n'y avoit aucun qui ne crût que ce ne fût un dessein arrêté. Auch die Engländer haben sich während dieser ganzen Zeit täuschen lassen. Wir verweisen übrigens nochmals auf Gardiner, von dessen Auffassung wir freilich in einigen nicht unwichtigen Puncten abweichen. Der zum Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses in Paris anwesende niederländische Gesandte wurde von Richelieu gleichfalls in diese Pläne eingeweiht. Vgl. Arend, Algemeene Geschiedinis III. 4. S. 149 ff.

2) Vgl. eine neuerdings von Gardiner in der Academy J. 1874. S. 563 ff. bekannt gemachte, wahrscheinlich von Richelieus Hand herrührende Denkschrift, welche wir aber in den Januar 1626 setzen, also in die Zeit, welcher die Papiere,

Karl I., noch überdies gereizt durch die schwächliche Nachgiebigkeit seiner Gesandten in der hugenottischen Angelegenheit, verwarf jedoch diese Anträge vollständig und sah in dem ganzen Plane überhaupt nur einen Versuch Frankreichs, sich seiner Verpflichtungen gegen Dänemark zu entledigen.

---

in deren Umgebung das nicht datierte Schriftstück aufgefunden wurde, angehören. Gardiner glaubt, das Schriftstück sei Anfang Juli 1625 abgefaßt. Wir heben die sehr bezeichnende Stelle, welche die deutschen Angelegenheiten berührt, in der englischen Uebersetzung heraus: The King's arms cannot but be very honourable and very profitable in Germany, honourable in that they prevent the ruin of so many Princes and Republics who cannot be overwhelmed but to the detriment of France, and in that his Majesty will preserve to himself the Title of Protector which this nation has given to our Kings; and profitable in that in this protection the King will find the means to accommodate himself with several countries in the neighbourhood of his Kingdom. Außer den hierher gehörigen Ortschaften der drei Bisthümer Metz, Toul und Verdun, zieht der Verfasser schon das Elsaß und den Rhein in seine Berechnung, „on the which it is all important to France to have a passage, which will be acquired very easily by undertaking this design, there being even Princes who will willingly surrender it in order to be delivered from the oppression they are under.

Moreover the King is obliged, both by reasons of state and by consideration of the alliance with England, to procure the re-establishment of the Prince Palatine in his countries and dignities, and it is in vain tho think of committing the execution of this to the Counte de Mansfeld, if his Majesty does not join in it in good earnest — the Princes of the Protestant League and all the Hanse Towns being so cast down that they will never dare to undertake anything if they do not see a Royal army to animate them. But if they see such an army in the field, it cannot be doubted but that all unanimously would make a grand Corps d'Armée, and that they would rise with renewed vigour. By such means his Majesty will overthrow the usurpations of the House of Austria, will wreste the Palatinate from the Spaniard, will acquit himself towards England by giving actually the assistance promised, and will yet find the opportunity to extend the limits of his State; which advantages he will find neither in war with Italy nor in a war with the Huguenots. Furthermore, it is to be considered that the King undertaking war in Germany, he strikes (as they say) two blows with one stone, inasmuch as he obliges England and thwarths Spain. For he can give trouble to Spain through the King of Great Britain; and when France attacks Germany, she will ruin the Emperor. This will burn the House of Austria at both ends without any one being able to say that the King declares war against the King of Spain (rompre la guerre avec le roi d'Espagne).

Gerade die Anwesenheit der englischen Gesandten in Paris bewirkte aber auch die Beschleunigung der spanisch-französischen Vermittelungsversuche, und so wurde denn am 5. März der genannte Vertrag unterzeichnet.

Mit dieser Wendung der Dinge scheint auch ein Personenwechsel in Beziehung zu stehen: unter Richelieus Oberleitung vereinigte der Staatssekretär d'Herbault jetzt die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs in einer Hand.

In Paris war man sich des übeln Eindrucks, welchen die ganze Schwenkung in der italienischen Frage namentlich in Holland und bei allen Frankreich befreundeten Staaten überhaupt machen mußte, vollständig bewußt. D'Espesses erhielt daher den ausdrücklichen Auftrag, zunächst du Fargis, der ohne Auftrag gehandelt habe, als den allein Verantwortlichen hinzustellen.[1] Damit sollte derselbe aber auch die Versicherung verbinden, daß Ludwig XIII. nun die Generalstaaten und die deutschen Fürsten um so kräftiger zu unterstützen vermöchte. „Es sei ja doch viel besser, die Augen jetzt auf Deutschland zu richten, wo die Gefahr viel größer und viel näher sei, als in Italien." Dergleichen Versicherungen hatte der Gesandte auch dem Könige von Dänemark zu übermitteln, von dem man besorgte, daß ihn die Nachricht gleichfalls zu einem Vergleich mit seinen Gegnern veranlassen könnte.

Allein d'Espesses scheint zunächst geringen Glauben gefunden zu haben: man faßte in Holland die Wendung sehr ernst auf und gab sich der Befürchtung hin, daß die beiden romanischen Mächte die Schiedsrichterrolle in den großen europäischen Zwistigkeiten zu spielen sich anschickten. Jedes Abkommen, welches nicht die Widereinsetzung aller Depossedierten in sich faßte, könnte nur den Oestreichern und Spaniern zu Gute kommen, warfen die holländischen Diplomaten dem französischen ein. Es wuchs die Besorgnis, daß schließlich Deutschland und die Niederlande der alleinige Kampfplatz der Christenheit bleiben würden.

---

1) Je ne doute point que cette negociation ne Soit blamée à la Haye pour la Forme, vous pouvez avouer tout ce qui se peut dire, d'vn ministre qui a traité sans ordre de son maitre . . . Sa Majesté pourra plus puissamment assister Les Srs Etats et les Princes d'Allemagne, aussy plusieurs qui connoissent Les affaires publiques ont estimé qu'Estant difficile quo le Roy puisse employer des Forces en divers endroits en mesme têms . . . surtout il importe que cette opinion soit suggeré au Roy de Dannemarck affin que le bruit de cette paix d'Italie ne le porte à l'accommodement de ses affaires. D'Herbault an d'Espesses 23. März 1626. Dépêches d'Esp. Dazu Mémoires III. 184.

Allein ganz klar und durchsichtig erschien die deutsche Politik Richelieus doch auch hier nicht. Der Statthalter der Niederlande selbst äußerte Ende Februar gegen d'Espesses, es käme ihm vor, als ob man in Frankreich eine neue Armee für Deutschland zurüste, und — Dänemark, Braunschweig und Mansfeld aufgeben wollte! Und diese Behauptung bezeichnete der Franzose nicht ausdrücklich als eine unbegründete; er erwiderte nur, daß die Ausrüstung einer neuen Armee viel mehr den Zweck haben würde, Deutschland durch Diversionen zu unterstützen, als es zu ruinieren.

Auf der andern Seite hat der Kardinal in jenen Tagen durch seine Vertrauten den Kurfürsten von Baiern dringend von dem Eintritt in eine östreichisch-spanische Liga abmahnen lassen. Er ertheilte dagegen die Zusicherung, daß seine Politik im Augenblicke kein anderes Ziel, als die Beruhigung der Christenheit verfolge. [1]

Noch bevor man in Paris von dem Abschluß in Monçon Kenntnis hatte, erschien der Gesandte Christians IV. Er hatte den Auftrag, seinem Herrn die erwähnte Summe von 200,000 L. Subsidien auszuwirken und Ludwig XIII. zur schleunigen Ausführung der Diversion im Westen zu veranlassen.

Endlich forderte Wensin eine Unterstützung Mansfelds und sprach zugleich die Erwartung aus, daß Ludwig XIII. kein Abkommen in der deutschen Sache eingehen werde, bevor Christian IV. und alle in seine Unternehmung verwickelten Fürsten Genugthuung erhalten hätten. Bei dieser Gelegenheit berief sich der Gesandte geradezu darauf, daß Ludwigs XIII. Anreizung überhaupt seinem Herrn die Veranlassung zur Einmischung geworden sei, womit er wenigstens nicht die volle Wahrheit ausgesprochen hat. [2]

Wensin erhielt sowol bei dem Könige selbst, als auch bei Richelieu Audienz. Zwei Tage nach dem Eintreffen der großen spanischen Neuigkeit drohte er bereits, wenn man seinem Könige das Versprechen nicht halte, mit seiner Abreise. Auch ihn vertröstete man indessen mit der Versicherung, daß Frankreich nach dem Frieden in Italien für seine Verbündeten nur um so mehr thun werde, von einem Tage zum andern. Dieses Zögern und Hinhalten war auch den politischen Gegnern Richelieus auffällig: sie fanden es in dem allgemeinen Geldmangel und der gerade damals von allen Seiten sich gegen den Kardinal und seinen Herrn erhebenden innern Bewegung begründet. Auch Angoulême,

1) Mittheilung vom 13. Febr., welche wahrscheinlich an den kurfürstlichen Rath Jocher gerichtet ist. K. St.-A. in München.

2) Vgl. Aretin, Bayerns auswärtige Verh. Urk. S. 169 ff.

so wollte man wenigstens wissen, hatte für seine bei Metz stehenden Truppen kein Geld erhalten können. Anfangs April wußte man bereits in München, daß sich Frankreich dem deutschen Kriege gegenüber kälter und zurückhaltender erweise.[1]

Allein trotzdem hat Ludwig XIII. seine Hand doch nicht gänzlich von Christian IV. abgezogen. Er ließ ihn vielmehr nochmals seines Wolwollens für die Freiheit des Reichs und die Privilegien der deutschen Fürsten versichern und übergab Wensin endlich einen Wechsel auf 150,000 Livres. Derselbe sollte eine Abschlagszahlung auf die Christian IV. zugesicherten 500,000 Livres sein, deren Rest man noch im Laufe des Jahres nachfolgen lassen wollte. Allein die Zusage für Mansfeld war sehr allgemein gehalten und befriedigte den Gesandten sicherlich wenig. In eine ganz unbestimmte Ferne aber wurde die kriegerische Mitwirkung Frankreichs, auf welche Wensin so nachdrücklich gedrungen hatte, hinausgerückt. Sobald der König von England zu Lande und zur See waffnen und seine Truppen auf den vorgeschlagenen Puncten ins Feld gestellt haben würde, versprach auch Ludwig XIII. im Westen vorzugehen.

Daß die gewährten Subsidien um 50,000 Livres hinter dem ersten Versprechen zurückblieben, mochte Christian IV. verschmerzen; schlimmer war schon, daß auch dieser Wechsel erst nach einiger Frist gezahlt werden sollte; daß aber Ludwig XIII. sein Eingreifen mit Waffengewalt geradezu an das Erscheinen der Engländer im Felde knüpfte, mußte dem Könige bei seiner genaueren Kenntnis der englischen Verhältnisse jegliche Täuschung über Frankreichs militärische Mitwirkung benehmen.

Nach einer geheimen Mittheilung an Maximilian verehrte man Wensin schließlich eine Kette zum Werthe von 1000 Kronen, um seinen Unmuth zu stillen und möglicher Weise auch seinen Bericht über die Willfährigkeit der Franzosen zu beeinflussen.

Diese Unterstützungen scheinen nun Christian IV. wirklich zugeführt worden zu sein, obgleich Wensin mit allen seinen Papieren bei der Rückkehr über Holland zum großen Verdruß seines Herrn von den Spaniern aufgegriffen wurde. Die Infantin war jedoch unbefangen genug, denselben dem Könige wider zuzusenden.

---

1) Um seine geringe Willfährigkeit in der Unterstützung Dänemarks zu bemänteln, hat Richelieu auch die Weigerung Christians IV. hervorgehoben, Garantien zu geben, daß sich der Krieg nur auf die Pfalz beschränken sollte: de heerschzucht zijns Konings was niet gediend met de van Frankrijks zijde verlangde verbintenis, dat de oorlog niet verder strekken zou, dan tot de terugave van de Paltz. Arend, Algemeene Geschiedenis III., 4. 151.

Allein der Bescheid Ludwigs XIII. enthielt noch ein anderes, geradezu verdächtiges Versprechen. Der französische König ertheilte dem Dänen die Zusage, daß er, wenn Gott die deutschen Angelegenheiten zu einem gütlichen Vergleich führen sollte, die Interessen Christians IV. und seiner Alliierten wie seine eignen im Auge behalten und wahrnehmen würde. Er wies also offenbar hiermit auf seine geheimen Bemühungen bei Maximilian, bei England und Spanien hin, die ganze pfälzische Frage auf friedlichem Wege zu beseitigen. Denn auch Maximilian erhielt bald Kunde von geheimen Verhandlungen in Madrid über einen Vergleich im Betreff der Pfalz, zu dessen Annahme man Friedrich, wenn sich beide Mächte erst geeinigt haben würden, auf jeden Fall zu nöthigen hoffte.

So wenig glaubwürdig nun in München, wo man sofort von der neuen Subsidienzahlung Kenntnis erhielt, diese Friedensbotschaft auch erschien, so hat Richelieu doch damals wenigstens den Gedanken an eine Diversion im Westen definitiv aufgegeben. Auf der andern Seite freilich wurde in Baiern auch die Doppelzüngigkeit des Kardinals ganz richtig characterisiert: Richelieu würde, wenn Dänemark oder Mansfeld etwas ausgerichtet hätten, nicht mit dem Munde den Frieden gepredigt und in der That den Krieg unterstützt haben.

Und doch hat sich derselbe nach dem definitiven Abschluß mit Spanien bald noch weiter von seinen früheren Verbündeten in Deutschland entfernt. Mehr und mehr scheint ihn die Besorgnis übermannt zu haben, daß die habsburgische Politik in Deutschland leicht Triumphe auf dem Schlachtfelde feiern dürfte, um welche sie in Italien ein rechtzeitiger Friedensschluß noch gebracht hatte. Sein Streben ist daher bald darauf gerichtet, den ursprünglichen Hauptzweck der ganzen Waffenerhebung gegen den Kaiser und seine Partei, die Widereinsetzung des Pfalzgrafen in seine Länder durch gütliche Vereinbarung zunächst mit Baiern durchzusetzen.[1]

Und er fand auch Maximilians Forderungen — den lebenslänglichen Besitz der Kurwürde, die Sicherstellung der katholischen Confession in der Pfalz und eine freilich nur von dem Kardinal auf 4 Millionen berechnete Entschädigung für die Oberpfalz — gerecht und billig. Für einen solchen Plan aber mußte zuerst widerum England gewonnen werden.[2]

---

1) Der Zeit nach fällt auch dieser Plan noch in den März. Die englischen Gesandten reisten zwischen dem 2. und dem 8. April von Paris ab.

2) Qu'il falloit, d'une autre part, faire voir aux Anglais, qui le devoient connoitre s'ils se connoissoient eux-mêmes, que les rodomontades qu'ils faisoient sans grand effet contre l'Espagne, ne recouvroient pas le Palatinat: qu'on ne voyoit pas qu'ils fussent en état de le faire par force . . . A. a. O. 186.

Es galt daher, diesem bemerklich zu machen, daß es, selbst außer Stande, etwa 25,000 M. nach Deutschland zu werfen, gar keinen andern Weg mehr einschlagen könne, als den der Verständigung mit dem Hauptinteressenten, mit Baiern. Aber freilich jede längere Säumnis war gefahrvoll: Baiern konnte sich sonst den Habsburgern, mit denen es bereits über eine neue in Brüssel abzuhaltende Tagessatzung verhandelte, vollständig in die Arme werfen. Auf die Einwirkung der so wenig kriegslustigen rheinischen Kurfürsten auf den Kaiser glaubte Richelieu bei dieser Schwenkung mit Sicherheit zählen zu dürfen. War dann ein glückliches Einverständnis zwischen allen Betheiligten hergestellt, dann sollte ein französischer und ein englischer Gesandter dem Kaiser die Bedingungen zur Genehmigung vorlegen: Christian IV. aber, ohne den man natürlich nicht handeln konnte, fiel die Aufgabe zu, sich mit einer hinreichenden Armee auf den Grenzen zu halten, um erforderliches Falls Ferdinand II. mit Waffengewalt zum Frieden zu nöthigen.[1]

Darauf hat in der That ein in deutschen Angelegenheiten öfter verwendeter Agent des Kardinals, Marcheville, Maximilian das bereits angedeutete Programm des Nähern entwickelt. Er forderte die Wiedereinsetzung Friedrichs von der Pfalz nach vorausgegangener Abbitte vor dem Kaiser unter der Bedingung der Widerherstellung der katholischen Confession und der Rückgabe der Kirchengüter in der Pfalz, ferner der Duldung des Lutherthums in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen und auch des Calvinismus in der pfalzgräflichen Residenz. Wenn der Pfalzgraf und seine Nachfolger nicht zur alten Kirche zurücktreten würden, sollte Maximilian und seiner Linie die Kurwürde verbleiben: im entgegengesetzten Falle erhielt Friedrich dieselbe nach Maximilians Ableben zurück. Für die Befreiung und Rückgabe der Oberpfalz mußte der erstere sich zur Zahlung von drei Millionen Livres verstehen.

---

1) Daß Richelieu in jenen ersten Monaten von sehr friedlicher Stimmung gegen Maximilian und die Liga war, geht aus seinem Conseilvortrag vor dem Könige, Mém. III. 184, unwidersprechlich hervor. Dagegen hoffte er auf einen Krieg Englands und der Niederlande gegen Spanien. Nachdem bereits der Friede von Monçon von beiden Seiten angenommen war, hat er Ludwig XIII. folgende Eröffnung gemacht: Que, si on goûtoit ce dessein, il falloit ajuster les affaires en sorte qu'au même instant que la flotte anglaise sortiroit de ses ports on stipulât avec les Hollandois, moyennant le traité qu'on faisoit avec eux, qu'ils tiendroient cet été leur armée plus puissante et plus forte, feroient quelque entreprise si considérable, qu'elle arrêteroit et occuperoit entièrement les armes de Spinola . . . a. a. O. 188.

Ja Richelieu ließ Maximilian sogar eine Verbindung Frankreichs mit der Liga zur Ausführung dieses ganzen Programms in Aussicht stellen[1] und lenkte damit wider in die Bahnen ein, in welchen sich die französische Politik während des Jahres 1624 vor der Absendung des Hayes' nach Kopenhagen mit Vorliebe bewegt hatte. Würde Baiern die ihm widerholt angesonnene Vereinigung mit Spanien und Oestreich zurückweisen, dann wollte sich Richelieu in keinen Vertrag mit England einlassen, ohne daß dieses dem Kurfürsten für seine Person die neue Würde, ferner die confessionellen Forderungen und auch die Entschädigung für die Oberpfalz gewährleistete.

Maximilian hat diese Propositionen noch vortheilhafter für sich und seine Sache zu gestalten versucht. Er muthete dem Pfalzgrafen das Versprechen zu, sich niemals den Feinden des Kaisers oder der Liga anzuschließen; er verweigerte nicht nur die Anerkennung des Lutherthums in der Pfalz, wo es nicht mehr existiere, sondern sogar des Calvinismus: nur den Hofpredigern Friedrichs sollte die Erlaubnis zu predigen, wo der Pfalzgraf gerade für seine Person seine Residenz aufgeschlagen hatte, gewährt werden. Selbst dem katholischen Pfalzgrafen gestand er ferner die Kurwürde nur abwechselnd mit einem Gliede der bairischen Linie zu, und auch dieser Wechsel im Besitz der Kur sollte erst nach Ablauf einer gewissen Frist seinen Anfang nehmen. Im Fall einer Confessionsveränderung wollte Maximilian die Kur ausschließlich dem katholisch gebliebenen Theile zusprechen. Ferner sollte der König das Versprechen eingehen, sich mit derjenigen Partei, welche die Vertragsbedingungen ausführen würde, gegen die andere zu verbinden.

Und zum Schluß hat der Kurfürst Ludwig XIII. auffordern lassen, Christian IV. seine Subsidien zu entziehen und denselben zur Entwaffnung zu veranlassen. Auf die Frage der Entwaffnung haben sich diese Verhandlungen zuletzt überhaupt zugespitzt.

Wie es scheint, hat Ludwig XIII. auch diese Verbesserungsvorschläge noch gebilligt. Hatten doch alle Versuche der deutschen Protestanten, durch Waffengewalt sich in ein günstigeres Machtverhältnis zu bringen, nur die Erhöhung der östreichischen und der spanischen Gewalt im Reiche zur Folge gehabt: wie hätte da ein französischer Politiker, welcher die den protestantischen deutschen Ständen zur Verfügung stehenden Kräfte nach ihrem innern Werth und ihrer Leistungsfähigkeit nach außen so richtig zu

1) Mémoires III. 190. Que le Roi entreroit caution du traité, s'unissant pour cet effet avec la ligue catholique, à laquelle il promettroit, en cas d'inexécution, secours par armes tel qu'il seroit avisé.

schätzen wußte, auf eine Besserung der Dinge in nächster Zukunft mit einiger Sicherheit rechnen können? Andrerseits aber wurde es nun auch Frankreich sehr schwer, wo nicht unmöglich, die Rolle eines geheimen Beschützers Christians IV. und seiner Partei weiter zu spielen. Wenigstens mußte es in diesem Falle, da ja seine Parteinahme actenmäßig feststand, seinen Einfluß bei den katholischen deutschen Ständen vollständig Preis geben. Ludwig XIII. konnte nach seinem Frieden mit Spanien über die italienischen Verhältnisse das Haus Habsburg nicht wol durch Dänemark und England in Deutschland bekriegen. Und endlich lähmten auch die sichtbaren Anzeigen jener verdächtigen innern Bewegung, welche sich nicht allein gegen den Kardinal von Rochelle, sondern sogar gegen die Person des Königs selbst richtete, ferner das sich von England her immer drohender aufthürmende Unwetter die Betheiligung Frankreichs an den Händeln des Continents.

Denn daß wir Deutsche dem französischen Kardinal keinen derartigen Frieden zu danken haben, verhinderte zunächst England, welches jenen Vorschlag der Entwaffnung im Vertrauen auf das haager Bündnis und auf die eigenthümliche Lage der Dinge, welche die Unterstützung Frankreichs trotz seines übrigens schlechten Einverständnisses mit England fast als selbstverständlich erscheinen ließ, nicht einmal einer nähern Erwägung würdigte. Trotz aller Mahnungen Frankreichs weigerte man sich in London der Mithilfe zu einem solchen Frieden energisch und unablässig: man erkannte in diesen Bemühungen Richelieus nur erneute Versuche, seine bisherige Stellung zu seinen Freunden mit einer andern zu vertauschen.[1]

Vergeblich erhob Maximilian die Forderung, man möchte sich den Anschlägen der Spanier auf Mannheim und Heidelberg widersetzen, und versprach seinem Gesandten in Brüssel den Befehl zukommen zu lassen, den Beitritt zur habsburgischen Liga noch hinauszuschieben: die Engländer wollten von keinem Vertrage mehr hören.

Und so ist denn diese ganze Verhandlung im Sande verlaufen. Der mächtige Arm des französischen Kardinals hat dem Kaiser und der Liga

---

1 [illegible]

wol einen neuen Feind gegenübergestellt, allein zurückzuführen vermochte er denselben nicht mehr. Diese Weigerung Englands und das Bekanntwerden des Antheils, welchen Frankreich überhaupt an diesen unseligen deutschen Wirren hatte, hat die Schwenkung in Richelieus deutscher Politik noch beschleunigt. Der Kardinal hat den protestantischen König, dessen Unternehmen aus einem Restitutionskriege für den Pfalzgrafen wie von selbst ein Krieg für die protestantischen norddeutschen Bisthümer, also ein wirklicher Vertheidigungskampf geworden war, nun mehr und mehr aufgegeben: auch die französischen Subsidien blieben seit diesem Sommer aus.

Schon seit dem Februar tagte in England das Parlament, dessen Verhandlungen im Anfange nicht gerade ungünstig für König Karl und seine auswärtige Politik ausfielen. Da forderte Elliot eine Untersuchung über die Verwendung der vor 2 Jahren bewilligten Subsidien und sichernde Maßregeln gegen Erscheinungen, wie sie die letzten Unternehmungen gegen Spanien begleitet hatten. Diese Untersuchung sollte jeglicher Bewilligung vorausgehen.

Im Laufe dieser Monate verschlimmerte sich auch das Verhältnis zu Frankreich, wo man den durch die Confiscation des französischen Schiffes St. Peter Geschädigten Erlaubnis ertheilte, sich an englischen Gütern schadlos zu halten. Dagegen verhinderte Karl I. den Besuch der englischen Katholiken in der Kapelle des französischen Gesandten mit Gewalt.

Eine gleich auffallende Gereiztheit legte der junge König gegen die Mitglieder des Oberhauses an den Tag. Die heimliche Vermählung des Lord Maltravers mit Elisabeth Stuart gab ihm Veranlassung, den Vater desselben, Lord Arundel, von dem geheimen Rath auszuschließen und endlich in den Tower zu schicken. Im Unterhause wendete sich Dr. Turner persönlich gegen Buckingham, welchen er für die ganze missliche Lage des Landes verantwortlich machte.

Dem ungeachtet beantragte freilich Elliot die vorläufige Bewilligung der Subsidien, die nur bis zur Abhilfe der Beschwerden nicht gerade zum Gesetz erhoben werden sollte. Allein der König fand diesen Ausgleichungsversuch unannehmbar.[1] Hierauf bereitete eine Commission des Unterhauses die Anklageacte gegen Buckingham vor, dessen Entlassung nun geradezu gefordert wurde. Das Oberhaus aber beschwerte sich über die gewaltsame

1) Gardiner, England under the duke of Buckingham II. 27.

Fernhaltung des noch immer im Tower sitzenden Lord Arundel. Und zu dem allen kam endlich die unglückliche Streitsache des Grafen Bristol, das häßliche Nachspiel der spanischen Brautwerbung.

König Karl aber ertheilte dem ungeachtet den Deputierten von Rochelle, welche ihn um Hilfe gegen Ludwig XIII. ansprachen, der das Fort Louis nicht niederreißen wollte, einen zusagenden und günstigen Bescheid.

Obwol man nun bereits mit Spanien im Krieg war und sogar einen Besuch der spanischen Flotte befürchtete, blieb das Parlament doch fest: wenn es einmal zum Sterben und Verderben gehen sollte, wollte man lieber mit gefüllter als mit leerer Börse dahin fahren. Nur unter einer Bedingung war das Unterhaus zur Nachgiebigkeit entschlossen: wenn Buckingham bis zur Rechnungslegung aller seiner Aemter enthoben würde, machte es sich anheischig, 500,000 Pfund baar aufzubringen, alle Schulden Karls I. und seines Vorgängers, unter welche man auch die rückständigen dänischen Subsidiengelder rechnete, zu bezahlen und die von Jacob verpfändeten Krongüter einzulösen. Und dazu gab man auch Versprechungen für die Zukunft. — Allein der König betrachtete nun einmal alle gegen seinen Günstling gerichteten Schritte als Angriffe auf seine eigne Person und trat in seiner unbesonnenen Großmuth überall und immer für den ersteren ein. Ja als sich die beiden hohen Würdenträger des Staats gegenseitig des Versuchs beschuldigten, den jungen König in Spanien zum Katholicismus verleitet zu haben, nahm Karl abermals Partei für den ehemaligen Brautwerber und ließ dem Gesandten, wol nur um ihn vom Eintritt in das Oberhaus abzuhalten, den Proceß machen.

Im Unterhause entrollte Elliot ein Bild des eben so allgemein gehaßten wie gefürchteten Mannes, welches wol vielen dem des Sejanus aufs Haar zu gleichen schien. Den Antrag des Hauses auf Verhaftung Buckinghams wies indessen das Oberhaus zurück. Dagegen ließ der König zwei Mitglieder der Gemeinen, Elliot selbst und Digges, festnehmen, die er freilich ebenso wie Lord Arundel nach einiger Zeit wider in Freiheit setzen mußte. Da wählte man zum größten Verdruß der Gemeinen den allgemein Gehaßten auch noch zum Kanzler der Universität Cambridge und zwar gleichfalls auf einen besonderen Wink des Königs.

Mitten in den sich hierüber entspinnenden Streitigkeiten legte Buckingham seine Vertheidigung auf den Tisch des Hauses der Lords. Und da nun Karl I. voraussehen mochte, daß sich an diese Vertheidigung eine lange und stürmische Debatte knüpfen werde, forderte er die Bewilligung der Subsidien innerhalb der folgenden Woche (bis zum 9. Juni). Im Unterhause aber wurde dem entgegen die Frage aufgeworfen, worüber man sich zuerst schlüssig zu machen hätte, ob über die Anklage gegen

Buckingham oder über die Bewilligung der vom Könige geforderten Summen. Eine große Majorität entschied für das erstere, und man betrieb nun die Entlassung „dieses Mannes“ nicht nur zu Gunsten Englands, sondern der ganzen Christenheit, welche, so weit sie mit England Beziehungen unterhalte, gleichfalls leide, und zwar hauptsächlich gerade durch ihn.

Wenige Tage nach diesen Vorgängen erfolgte indessen die Auflösung dieses Parlaments (15./25. Juni). Unter Thränen soll der Kanzler den König gebeten haben, ihn davon zu entbinden, der Krone durch Befestigung des großen Siegels an die königlichen Dekrete einen so bösen Dienst zu leisten. Eine Deputation des Oberhauses wurde vom Könige nicht mehr gehört, das letzte leidenschaftliche Anklageschreiben der beiden Häuser gegen Buckingham nicht mehr gelesen. Bald erschien sogar eine königliche Bekanntmachung, daß die Mitglieder des Parlaments alle Acten verbrennen sollten. Digby wurde in den Tower geschickt, und Arundel mit Hausarrest belegt.

Es ist heut schwer begreiflich, warum der König, der doch von der Leere der Staatskassen genau unterrichtet war, dem Conflict nicht auf irgend eine Weise die Spitze abbrach, und daß Buckingham, der doch am besten wußte, auf wie vielen Punkten er die Ehre seines Gebieters und seines Landes verpfändet hatte, sich nicht zu jener Höhe des Patriotismus aufschwang, auf welcher ihm sein eignes Ich in dem der Größe der ihn umgebenden Verhältnisse entsprechenden Maße erscheinen mußte. Und Veranlassungen zu einer derartigen richtigeren Selbstschätzung boten sich Buckingham mehrere. Denn so wenig derselbe sich auch um die weiteren Folgen seiner Handlungen kümmerte, so ist ihm doch der Einfluß dieser heimischen Wirren auf die Entscheidung der großen continentalen Angelegenheiten gerade damals in der nachdrücklichsten Weise nahe gelegt worden.

Der holländische Gesandte Joachimi überreichte Anfangs Juni dem Könige eine Denkschrift, in welcher die Folgen der englischen Lässigkeit in Erfüllung der Vertragsbedingungen auf das schärfste betont wurden. Der König von Dänemark würde entweder zu einer Schlacht gezwungen werden oder zu einem Vertrage seine Zuflucht nehmen müssen. Eine verlorene Schlacht aber würde ebenso wie ein Vertrag das Haus Oestreich in Deutschland allmächtig machen und wahrscheinlich Fürsten und Städte wider unter das Joch des Katholicismus zurückbringen. Und auch recht eigentlich englische Interessen schienen dem scharfsichtigen Holländer auf dem Spiele zu stehn. Die Spanier möchten dann die norddeutschen Flußgebiete, vielleicht sogar den Sund und ganz Dänemark in ihre Gewalt bekommen und nicht allein den englischen und holländischen Handel

schädigen, sondern auch Kriegsschiffe bauen, so groß sie nur immer wollten.[1]

Joachimi erhielt ferner Unterstützung durch einen dänischen Agenten. Denn wie dringend war nun nach all diesen Vorgängen in England das Bedürfnis des Königs von Dänemark, sich noch einmal, bevor er wirklich in die Action eintrat, der Mitwirkung Englands zu versichern! Zu diesem Behufe entsendete er einen Vertrauten, den Bürgermeister von Bremen Johann Zobel,[2] nach dem Haag und von da nach London. Derselbe langte Anfangs Juni hier an. Obwol sich bereits ein Vertreter Christians IV., Jens Bilde, seit längerer Zeit am Hofe Karls I. befand, hatte Zobel den ausdrücklichen und dringlichen Auftrag, den König mit allen Mitteln zur kräftigsten Unterstützung vorwärts zu treiben.

Sofort bei seiner Ankunft erhielt derselbe die besten Zusagen.[3]

1) Un tel desastre rendroit l'Allemagne entierement conquise à la maison d'Austriche, laquelle en seroit de tant plus redoutable aux autres Princes, que leur puissance, laquelle desia n'est que trop grande, seroit augmentée d'vne estendue de pays plus grand et non moins riche et puissant en hommes et commodites, qu'aulcun Royaulme de Chrestienté . . . Et les Espagnols auroient acquis les Rivieres d'Elbe, le Weser, le Jade, et l'Ems, et peult estre la liberté de se pouvoir servir d'Oresund et des ports et havres du Royaulme de Dennemarc, dont ils n'empescheroient seulement la negotiation et la traficque des subjects de Vr. Maté et des inhabitans des Provinces Unies, mais ils y equipperoient les flottes et armées navales aultant grande qu'ils voudraient. Car à celuy qui se peult librement servir de l'Allemagne ne defaudront ni materiaulx pour bastir ni munitions de guerre et de bouche pour armer et victuailler des navires, ni aussi mariniers pour les conduire, moins encore de gens de guerre pour s'en servir la part ou ils voudront. Joachimis Denkschrift vom 3./13. Juni. Der franz. Text ist freilich nicht unterzeichnet, sondern nur die deutsche Uebersetzung. K. G. A. in Kop. Vgl. Rusdorf, Mémoires I. 704.

2) Zobel war ein Sohn des ehemaligen bremischen Bürgermeisters Henrich Zobel, hatte dem Landgrafen Moriz von Hessen lange Jahre als Rath gedient, war aber im Jahr 1625 nach Bremen zurückgekehrt. Im November dieses Jahres wählte man ihn zum Bürgermeister, und als solcher ging er im folgenden Jahre nach Wolfenbüttel zum Könige. Dieser trug ihm zuerst eine Gesandtschaft an Landgraf Moriz und dann eine andere nach London und Paris auf. Dankenswerthe Mittheilung des Herrn v. Bippen in Bremen.

3) Schon am 3./13. Juni machte er eine Eingabe an den König: S. Mté. (Chr. IV.) espere, que mettant à part toutes les considerations particulieres qui travaillent cet Estat et empeschent le cours de vos beaux desseings et saines entreprises au redressement de la cause publique, vous donnerez ordre au plutost pour la remise d'vne notable somme de deniers contants requis au payement de la Soldatesque, pour obvier aux revoltes.

Indessen traf er bereits die öffentlichen Verhältnisse in einer Verwirrung, welche ihm von vornherein auch die heiligsten Versprechungen als unausführbar erscheinen ließen. Denn dieselbe Rathlosigkeit, welche sich des Königs und seiner Politiker bemächtigt hatte, herschte auch unter den Mitgliedern des Parlaments. Zobel berichtete sogar von dem Wunsche vieler Patrioten, es möchte Jemand von Gott erweckt werden, welcher durch seine Autorität den König davon überzeugen könnte, daß er durch Buckinghams Vertretung dem Parlament gegenüber Krone und Land in die höchste Gefahr setze. Und unmittelbar vor der ersten Audienz trat Lord Kelly an Zobel mit dem sonderbaren Verlangen heran, daß der König von Dänemark seinem Neffen in London nur einen kurzen Besuch von 24 Stunden gewähren möchte.[1]

Nach der Auflösung des Parlaments kommt der Unterhändler wider auf dies Auskunftsmittel zurück. Er meldet ausdrücklich: es wird von vielen ehrlichen Leuten gewünscht, „daß Gott dem Herren gefallen möge, E. M. in den Sinn zu geben, daß Sie sich in der Person ganz unverhoffentlich, auch proprio motu anhero begeben und inmittelst das Regiment des Kriegs Jemand, so Sie tüchtig darzu befinden, auf gewisse Maß übertrügen, so auch wol ausdrücklich sagen, es gehe dies Königreich ganz und gar verloren, dafern dies Mittel nicht an Hand genommen, und der König in Engelland durch E. M., als welche den höchsten Respect und Autorität bei Ihrer M. der nahen Blutverwandnus nach billig haben, zu anderen Gedanken disponieret werde."

Ja Zobel selbst ertheilt dem Könige Christian IV. in vollem Ernst den Rath, in Ueberlegung zu ziehen, ob durch seine Anwesenheit „den Sachen nicht geholfen werden könne, dann wann man damit sollte umgehen, daß man dies ganze Königreich exemplo Hugonis Capeti — dann man auch allhier mit umgehen soll, daß man den Herzog von Buckingham zum Connestable wolle machen — nicht allein von dero angebornen und E. Maj. so nahe verwandten Erben, sondern auch von der Religion selbst sollte alienieren und abwendig machen, so dürfte das letzte ärger werden, als das erste, und weiß ich nicht, ob in der Welt eine Sache vorfallen könne, welche reifen Nachsinnens mehr würdig wäre."

Vergeblich hatte Zobel auf den verderblichen Einfluß aufmerksam gemacht, welchen die Auflösung des Parlaments auf die auswärtigen Angelegenheiten ausüben würde, obwol er sich sonst jeder Parteinahme in den parlamentarischen Streitigkeiten enthielt. Es sollte eben die Ver-

1) Zobel an den König London 6./16. Juni, praes. Wolf. 9./19. Juli. K. G. A. in Kop.

wirrung jegliches Maß übersteigen. Und trotzdem wiegte man sich in der Umgebung Buckinghams in fröhlicher, ja siegesgewisser Sicherheit: erzählte man sich doch, daß man in seinem Palast am Tage der Parlamentsauflösung für nicht weniger als 400 Pfund Sterling Wein getrunken habe.

Bald wurde die Lage noch hoffnungsloser. Von den parlamentarischen Kreisen verbreitete sich die Unzufriedenheit rasch über alle Stände. Man riß die kostbaren Triumphbogen, durch welche der König seinen Einzug hatte halten sollen, auf Befehl der Regierung wider nieder, weil man sich überhaupt eines freundlichen Empfanges nicht mehr für sicher hielt. Man konnte nicht einmal einer Summe von 40,000 Kronen zur Bezahlung der Matrosen habhaft werden. In vollster Vertrauensseligkeit hatte man Zobel vorher auf den glücklichen Ausgang des Parlaments vertröstet: jetzt trat die Rathlosigkeit ganz offen zu Tage. Auf die aus Holland zurückgebrachten Kronschätze wollte auch in der Heimat niemand etwas leihen, „weil bei diesem Zustand, da keine gleichmäßige Justiz zwischen Groß und Klein administrieret wird, niemand glauben noch trauen will." Doch trat man mit der hauptstädtischen Behörde über eine Anleihe von 100,000 Pfund auf die Kronjuwelen, deren Ertrag ausschließlich für Christian IV. bestimmt war, in Unterhandlung und vertröstete Zobel auf den 20./30. Juni als den äußersten Termin. Als die Stadt einen abschlägigen Bescheid ertheilte, suchte Zobel in Greenwich von Neuem eine Audienz nach. Auch damals erwiderte ihm der König noch, er habe schon Befehle ertheilt, die Räthe würden bereits mit seiner Abfertigung beschäftigt sein. Abermals forderte Karl I. die Vertreter der Hauptstadt vor sich und drohte ihnen mit der Verlegung des Hoflagers nach York, wenn sie sich nicht fügen würden. Diese forderten einige Tage Aufschub, aber nur um ihrem Könige abermals mit einem starren Nein gegenüberzutreten. Von einer Unterstützung durch baares Geld waren sie auch jetzt weit entfernt; sie verstanden sich nur zur Ausrüstung einer Flotte von 30 Schiffen, „wofern die Administration der dazu-deputierten Gelder treulich verwaltet und zum Besten des Königs und des Reichs angewendet würde." Diese Antwort erregte natürlich neuen Missmuth.

Nach Zobels Berichten durchliefen die abenteuerlichsten Gerüchte Stadt und Land. Der Eine hatte gesagt, Buckingham suche alle Mittel und Wege, seinen eignen Herrn credit- und hilflos zu machen: er habe auch die Allianz nicht Christian IV. zum Besten, sondern nur deshalb gerathen, damit der König die Anerbietungen Gustav Adolfs nicht annehme und „dadurch seinen estat desto besser stabiliere;" jetzt aber werde er alles daran setzen, um auch Christian IV. dem Könige abwendig zu machen. Zu diesem Zwecke wolle er dem dänischen Könige gestatten, sich für die

ausbleibenden Hilfsgelder an englischen Schiffen und Gütern schadlos zu halten. Zobel selbst glaubte, Buckinghams Bestreben gehe nur darauf aus, mit Hilfe der Katholiken in allen drei Reichen und „anderer dieser Krone Diener, so von ihm mehr als dem König selbst dependieren, indem er sie zu ihren Aemtern eingesetzt hat, heut oder morgen die höchste Autorität im Reich, wo nicht die königliche Kron, insonderheit weil er sich bei diesem König keine Hoffnung prolis aus vielleicht ihm mehr als andern bewußten Ursachen mache, gar zu erlangen." Auch die Kündigung des monatlichen Zuschusses von 8000 Pfund Sterling zur Erhaltung der englischen Regimenter in den Niederlanden war Zobel verdächtig. Ferner meldete derselbe das Gerücht von Verhandlungen mit Spanien, welche Buckingham heimlich betreibe, und in welchen sehr präjudicierliche Bedingungen für den Katholicismus, seine hauptsächlichste Stütze, enthalten sein sollten.

Schließlich versicherte man freilich Zobel doch noch einmal, der König werde seinen Oheim befriedigen, wie es schon geschehen sein würde, wenn sich das Parlament nicht so feindselig erwiesen hätte: die ersten Gelder, deren man überhaupt werde habhaft werden können, wollte man ihm anweisen. Im Uebrigen aber vertröstete man den drängenden Mahner auf die bevorstehende Ankunft Anstruthers im dänischen Lager. In der schriftlichen, von Conway gezeichneten letzten Antwort ließ sich Karl I. mit bestimmteren Zusagen vernehmen: 40 große Schiffe gedachte er demnächst an die spanische Küste zu schicken, während zur Vertheidigung Englands und seiner Verbündeten noch außerdem 100 in der Zurüstung begriffen waren, und er einem Bevollmächtigten Mansfelds Geld zur Werbung von 3000 Schotten gegeben hatte, welche zur Unterstützung des Königs bestimmt waren.[1] Allein ein Handschreiben Karls an seinen Oheim lautete doch wider sehr entmuthigend, da es nur erklärte, der König werde die Partei und die gemeinsame Sache nicht im Stich lassen, sondern ihr jegliche Unterstützung gewähren.[2]

Mit diesem Bescheid begab sich Zobel nach Paris, wo er etwa in der letzten Juliwoche angelangt sein wird.[3] Was er gefürchtet hatte, fand er hier nur zu bald bestätigt: man betrachtete die englischen Versprechungen keineswegs als eine Erfüllung der Christian IV. und Mansfeld

1) Vgl. auch Rusdorf Mémoires II. 204.

2) Schreiben Karls I. an Christian IV. v. 6./16. Juli. K. G. A. in Kop. Eine Analyse dieses Schreibens findet sich bei Rusdorf, Mémoires I. 708 ff.

3) Er reiste am 10./20. Juli aus England ab.

gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Schon damals schrieb Zobel, Carleton werde entweder die englischen Verheißungen erfüllen oder gewärtig sein müssen, daß sich Frankreich der kurpfälzischen Sache vollständig entschlage und sich mit Dänemark auf andere Wege einlasse. Zobel hat seinen Aufenthalt in Paris bis weit in das folgende Jahr ausgedehnt, aber seinem Herrn auch hier keine schleunige Hilfe auswirken können.

Denn gerade in diesem Jahr 1626 erhob sich in Frankreich jene, wenn nicht in ihren Zielen, so doch in ihren Zusammenhängen noch jetzt geheimnisvolle Verbindung unter dem Marschall Ornano, welche es auf den Sturz des so viel geschmähten Kardinalsregiments abgesehen hatte. Und gerade damals hat selbst Richelieus eiserner Wille sich einer stärkeren Macht gefügt. Der Einfluß des habsburgischen Katholicismus und des Jesuitismus war im Steigen und schüchterte auch den König in hohem Maße ein: „Zu geschweigen, daß der König selbst, so bald im Geringsten erscheinen will, daß er den Ketzern favorisiere, seines Lebens vor den jesuitischen Parriciden unsicher ist, gestalt er sich desselben oft läßt vernehmen und diesfalls in stetigen Sorgen wandelt."[1]

Aber auch die zunehmende Verbitterung zwischen den beiden westlichen Schutzmächten selbst verhinderte eine nachdrückliche und zureichende Unterstützung des Königs. Zwar wurde den beiden englischen Gesandten Holland und Carleton das Versprechen zu Theil, Frankreich werde den Verbündeten jede mögliche Hilfe an Volk oder Geld angedeihen lassen: man stellte Ende April eine Million als jährliche Beisteuer für die Kriegsdauer in Aussicht; allein noch am 23. August harrte der dänische König eines weiteren Bescheides.

Es kam dazu, daß selbst die persönlichen Beziehungen beider Souveräne in ganz unerwarteter Weise getrübt wurden. Und auch daran scheint Buckingham den größern Theil der Schuld zu tragen. Er mochte schon länger das Gefühl haben, daß sich in der unmittelbaren Umgebung der Königin der Generalstab einer Partei befinde, welche, auf Richelieus Unterstützung bauend, gegen Karl I. eine ähnliche Stellung einzunehmen strebte, wie die Hugenotten gegen Ludwig XIII. Auch die Einwirkung dieser französischen Katholiken auf die ehelichen Beziehungen der beiden königlichen Ehegatten erregten sein Mißvergnügen. Aus diesem Grunde hatte er die Königin mit vier englischen Hofdamen umgeben, unter denen sich seine eigne Gemahlin und seine Schwester befanden. Ja man ging

1) Zobel an Christian IV., Paris 12./22. März 1627. K. G. A. in Kop.

endlich noch weiter. Der König ertheilte allen Franzosen, welche sich im Hofstaat seiner Gemahlin befanden, den Befehl, sich auf Sommerset-hous zurückzuziehen; und zwei Tage darauf erfolgte die Weisung an dieselben, das Land in 24 Stunden zu verlassen.

Dies geschah, obwol man Frankreich die Versicherung ertheilt hatte, daß seinen Klagen nach dem Schluß des Parlaments Berücksichtigung zu Theil werden sollte, und obwol man die Königin auf Buckinghams Erkenntlichkeit für gewisse unbekannte Gnadenerweisungen, welche sie ihm während der parlamentarischen Wirren hatte angedeihen lassen, vertröstet hatte.

Unter die weiteren Beschwerden aber, welche die französische Regierung erhob, gehört auch der Punct wegen der der Königin nach dem Ehevertrage zu überweisenden Domänen. Man schätzte dieselben unter dem festgestellten Ertragswerthe von jährlich 50,000 Rthlrn.

Auf der andern Seite aber war Karl I. ungehalten wegen der verzögerten Vollzahlung der Mitgift seiner Gemahlin, auf welche letztere er sogar den dänischen Agenten vertröstet zu haben scheint.

Und gerade während man sich anschickte, Ludwig XIII. jene empfindlichste Beleidigung zuzufügen, sollte Carleton die schleunigste und thatkräftigste Mitwirkung Frankreichs zur Unterstützung Christians IV. durchsetzen[1] und im Geheimen, wie es scheint, die innern Zwistigkeiten am pariser Hofe schüren helfen.[2]

So befanden sich also die beiden Schutzmächte, auf deren einträchtiges Zusammenwirken Christian IV. seinen Plan gebaut hatte, in den ersten Monaten des August, während sich die Entscheidungen auf dem Continent vorbereiteten, in einem Zustande gegenseitiger Erbitterung, welcher nur einen vollständigen Bruch des guten Einvernehmens, ja vielleicht einen Krieg zur Folge haben konnte.

Und Buckinghams unbegreiflich verwegener Leichtsinn, welcher alle Welt gegen sich und den König herausforderte, erscheint in einem noch grelleren Lichte, wenn man in Anschlag bringt, daß derselbe trotz seiner geräuschvollen Zurüstung zu einem Kriege mit Spanien doch aufs eifrigste den Frieden mit dieser Macht suchte. Nach Richelieus Meinung wenigstens scheint es in der That dem von einem Extrem ins andere springenden Günstlinge mit diesen Friedensbestrebungen Ernst gewesen zu sein.[3]

---

1) Rusdorf, Mémoires I. 716.
2) Richelieu, Mémoires III. 174.
3) Avenel II. 250.

Einige Wochen nach Zobels Abreise stellte sich noch ein anderer mahnender Bote Christians IV., Palla Rosenkranz, mit dem Range eines Gesandten bekleidet, in London ein.[1] In den stärksten Ausdrücken forderte jetzt der König Geld und drohte förmlich mit seinem Rücktritt. Indessen fertigte man Rosenkranz trotzdem erst ab, als Christian IV. den Marsch, welcher ihn zur Niederlage führen sollte, schon begonnen hatte.

Und auch sein Bescheid enthielt schließlich nur Entschuldigungen und Vertröstungen auf einen Zahlungstermin, welchen der König nicht mehr abwarten konnte, auf nächstes Frühjahr.[2] Man wollte eine Flotte schicken, mit Venedig und Savoyen zum Behuf einer neuen Diversion unterhandeln, und erwartete binnen kurzer Zeit den Ertrag einer Art von Zwangsanleihe, welche die Friedensrichter aufzubringen hatten. Aber auch diese lieferte eine unter aller Erwartung klägliche Summe.[3]

Der König selbst setzte den leidenschaftlichen Bitten des neuen Agenten nur eine um so größere Kälte entgegen und erwiderte auf die Frage, wie man es vor Gott verantworten könne, daß man die ganze Christenheit, ja die Religion in unabsehbares Verderben stürze: wenn sein Oheim Frieden machen würde, werde zuerst Deutschland zu Grunde gehen, aber dann er selbst, der König von England, es auch nicht lange mehr aushalten!

Man könnte nun wol der Meinung sein, daß die Unzufriedenheit Karls I. und seiner Politiker mit Christian IV. der Grund gewesen sei, weshalb man sich der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen weigerte. Man grollte dem Könige wegen der nur theilweise erfolgten Genehmigung der geheimen Bedingungen des haager Vertrages: man verzweifelte an seiner Geneigtheit, einen Offensivkrieg zur Restitution des Pfalzgrafen zu führen und hatte ihn immer noch im Verdacht einer heimlichen Hinneigung zu Spanien. Und auch noch andere Verhältnisse könnten die Zögerung verursacht haben. Wir sahen, daß Richelieu nach seinem Frieden mit Spanien auch die deutschen Wirren durch einen Vertrag zunächst zwischen den drei westlichen Großmächten, Spanien, Frankreich und England, schlichten wollte, daß er trotz seiner Versicherungen sich eines thatsächlichen Eingreifens in die Reichsverhältnisse durch Waffengewalt enthielt. Die innern Wirren dieses Jahres machten bald eine französische Expedition in das Elsaß zur Unmöglichkeit. Und wir glauben allerdings, daß diese ganz veränderte Stellung Frankreichs auch in England tiefen Eindruck gemacht hat. War es nun wirklich geboten, alle verfüg-

1) Rusdorf, Mémoires I. 712 ff.
2) Rusdorf, Mémoires I. 719 ff.
3) Gardiner II. 77, 84.

baren Kräfte auf den deutschen Krieg und die Gründung eines protestantischen deutschen Königthums zu verwenden, welches Richelieu so verhaßt war? Wie leicht konnte man nicht auf diesem Wege in einen Krieg mit Frankreich und Spanien gerathen, dessen Ende und dessen Resultate gleich unabsehbar waren? In der Hauptsache scheint aber doch etwas anderes entschieden zu haben. Es war eben die Unmöglichkeit, in der Verwirrung, in welcher man sich befand, und welche Buckingham nach allen Seiten hin steigerte, auch nur mäßigen Ansprüchen an die englischen Finanzen gerecht zu werden.

Anläße und Vorbereitungen zu Mansfelds Abmarsch nach Schlesien.

Von einer Diversion nach Schlesien ist im königlichen Hauptquartier schon Mitte Mai wider ernstlich die Rede gewesen. Da man indessen damals und in den folgenden Wochen noch eines Vorgehens der Kaiserlichen zu beiden Seiten der Elbe gewärtig sein mußte, da Herzog Christian noch nicht zurückgekehrt war, da man ferner auch von Bethlen Gabors Entschließungen nur sehr unbestimmte Kunde hatte, so scheint der König selbst den ganzen Zug längere Zeit doch nur als eine entferntere Möglichkeit betrachtet zu haben. Doch mag die Kunde von dem Ausbruch des Bauernaufstands in Oberöstreich ihn dem Plane geneigter gemacht haben.

Aber nachdem endlich Georg Wilhelm Mansfeld und Fuchs den bestimmten Befehl zur Räumung des Landes hatte zugehen lassen, konnten die Generäle ihren Aufenthalt nicht weiter verlängern, wenn sie nicht die Mark Brandenburg geradezu zum Kriegsschauplatz machen wollten. Jenen Befehl erhielt aber Mansfeld zu einer Zeit, wo er über seine zukünftige Bestimmung noch vollständig rathlos war. Derselbe erbat sich daher vom Könige bestimmte Anweisung, ob er das Land räumen und wohin er sich begeben sollte, oder ob er seinen Aufenthalt noch verlängern könnte. Dieser Bitte war der etwas geheimnisvolle Zusatz beigefügt, der König möge ihm, falls er „an diesen Orten" keine Verwendung mehr für ihn habe, gestatten, dasjenige zu verrichten, was man mit ihm im Anfange in Frankreich abgehandelt habe.[1]

Dieses Gesuch traf am 2. Juni in Wolfenbüttel ein und wurde mit einem sehr ungnädigen Bescheid erwidert. Der König verlangte, daß Mansfeld sein Heer ihm wenigstens vorläufig ausliefern, und daß er nach England und Frankreich reisen sollte, um dort Geld zur Bezahlung der

1) Mansfeld an den König, Havelberg den 18. Mai.

Truppen aufzubringen. Der Söldnerführer ſetzte der Forderung, mit welcher ſein eigner Generalkommiſſar Pöblis und außerdem auch Joachim Mitzlaff[1] beauftragt war, natürlich den hartnäckigſten Widerſtand entgegen: mit dem ihm eignen Freimuth geſtand er ſeinem Untergebenen, daß er ſich bei ſeiner Ankunft in Paris nur einer Aufnahme in der Baſtille verſehen könnte, und verſprach abermals, falls der König ſeiner Dienſte nicht mehr bedürftig wäre, ſeines Weges zu ziehen, um ſeinem angeblich erſten Auftrage Genüge zu leiſten, d. h. einen Zug durch Weſtfalen nach dem Elſaß zu unternehmen.[2]

Darauf forderte ihn der König auf,[3] Bericht zu erſtatten, ob er mit ſeinen Truppen im Stande ſei, entweder den ihm von Frankreich und England ertheilten Auftrag oder einen andern Anſchlag, über welchen man noch eine Vereinbarung treffen wollte, auszuführen. Und erſt jetzt ertheilte der Graf eine beſtimmte Antwort dahin, daß er nach Schleſien gehen und ſich mit Bethlen Gabor vereinigen wolle. Der König beſchied jedoch den Grafen nicht ſofort, ſondern forderte zuvor ein Gutachten von Fuchs und dem Herzog von Weimar ein, welches auch nach wenigen Tagen in Wolfenbüttel eintraf.[4]

Um dieſe Zeit war auch der ſiebenbürgiſche Abgeſandte Quad zurückgekehrt und hatte ſich dem Anſchein nach direct nach Wolfenbüttel begeben, um ſich der Aufträge Bethlen Gabors zu entledigen. Derſelbe forderte zuerſt den ſchleunigſten Abſchluß des im Haag geplanten Bündniſſes, welchem ſich Chriſtian IV. aus allen Kräften bemühen ſollte nicht nur Frankreich und Schweden, ſondern auch Savoyen und die Venetianer einzuverleiben. Ferner drang der Fürſt auf die Erfüllung der im Haag bewilligten Bedingungen, d. h. alſo auf ſeine eigne Aufnahme in den Bund und auf die Sendung eines Hilfscorps nach Schleſien. Er begehrte endlich die ſchleunigſte Zahlung der ihm von den Bundesverwandten verſprochenen monatlichen Subſidien von 40,000 Thlrn. und eine neue Geſandtſchaft an die verbündeten Mächte.

---

1) Das Creditiv für Pöblis iſt vom 24. Mai a. St., das für Mitzlaff vom folgenden Tage. Kgl. G. A. in Kop.

2) Mansfeld an den König, Havelberg 27. Mai/6. Juni. K. G. A. in Kop. Vgl. hierzu und zum Folgenden Großmann, des Grafen Ernſt v. Mansfelds letzte Pläne und Thaten S. 114 u. ff. Auch die weitere Erzählung ſtützt ſich zum Theil auf dieſe ſcharfſinnigen Unterſuchungen, obwol ſie in nicht unerheblichen Puncten abweicht. Heermann, Beytrag 235.

3) Wolfenbüttel 30. Mai. Mansfelds Antwort iſt vom 3. Juni a. St.

4) Wir erblicken daſſelbe in dem Schreiben der Generäle aus Stendal vom 5./15. Juni.

Es lag jedoch in der Natur der Sache, daß Christian IV. diese Bedingungen nicht alle in gleich zufrieden stellender Weise erfüllen konnte. Denn der König befand sich außer Stande, die von Bethlen Gabor geforderte größere Einigung der europäischen Mächte für seine Person herbeizuführen, und scheint ferner nicht gewillt gewesen zu sein, die volle Monatsrate der Subsidien wenn auch vielleicht nur einmal vorzuschießen.

Doch hat er Quad die Versicherung ertheilt, daß Mansfeld bereits Befehl zum Aufbruch erhalten habe, und sogar denselben aufgefordert, seinem Herrn durch einen besonderen Courier hiervon Mittheilung zu machen. Auch versprach er den auf ihn fallenden Theil der 40,000 Thlr. sofort zu zahlen, nachdem er von dem „Einbruch" des Fürsten, d. h. wol von seiner Anwesenheit in Schlesien, in Kenntnis gesetzt sein werde.[1]

Allein hierauf beschränkten sich im Wesentlichen auch seine Zusagen, welche Quad natürlich nur in sehr geringem Grade befriedigten. Derselbe scheint besonders die Erklärung des Königs im Betreff des Geldpuncts für ungenügend erachtet zu haben. Er begab sich darauf zur Armee in die Altmark, wo er Fuchs und den Herzog von Weimar durch seine Mittheilungen in die höchste Bestürzung versetzte. Er erklärte denselben, daß die „in das weite Feld" gegebene Antwort des Königs nicht im Stande sein würde, den Fürsten zum Aufbruch zu bewegen, und äußerte sogar die Drohung, Bethlen Gabor werde eher von Kaschau wider zurückziehen und sein Volk entlassen. Wol hatte Ludwig XIII. sich zu einem Viertel der monatlichen Subvention erboten, nachdem man den Bund wirklich abgeschlossen habe, ja er hatte auch 50,000 Kronen, falls der Abschluß nicht sofort zu Stande kommen sollte, angewiesen, indessen Bethlen Gabor wollte nun einmal unter ausdrücklicher Zurückweisung dieses Anerbietens nur als förmliches Mitglied des haager Bündnisses auftreten. Quad erklärte schließlich, sein Herr würde nur marschieren, wenn er ihm schreiben könnte, daß sich auch der dänische Succurs in Bewegung setze, und daß er selbst den dreimonatlichen Antheil des Königs an den Subsidien in Wechseln in den Händen habe. Wie es scheint, bestimmte er den ersteren Punct noch näher dahin, sein Herr müsse vor seinem Aufbruch versichert sein, daß Mansfeld in Krossen angelangt sei.

Die Beiträge der andern Verbündeten herbeizuschaffen und die förmliche Aufnahme in das Bündnis durchzusetzen, wollte Quad selbst auf sich nehmen und hoffte dies um so leichter durchzusetzen, wenn der König selbst mit der Zahlung begonnen habe.

---

1) Nach der dem Gesandten ertheilten Resolution, Wolfenbüttel 1. Juni a. St. K. St.-A. in Kop.

Aus den bewegten und eindringlichen Worten, mit welchen die beiden Generäle dem Könige dieſen Marſch nach Schleſien anempfahlen, kann man nur auf eine ſehr geringe Geneigtheit Chriſtians IV., ſich überhaupt mit dieſer Diverſion zu befaſſen, ſchließen. Dieſelben ſprechen die Hoffnung aus, daß England und die Niederlande einem durch Drohungen unterſtützten Geſuche ſich nicht entziehen, und daß ja wol auch noch holſteiniſche Edelleute zu finden ſein würden, welche dem Könige mit einer Summe beiſpringen könnten. Außerdem ertheilten ſie aber das Verſprechen, ſich an ihrer monatlichen Beſoldung etwas kürzen zu laſſen, damit nur „das chriſtliche Vorhaben“ nicht gehindert werde! Und was habe der König verloren, wenn die Diverſion des Fürſten nicht erfolge, als einen Monat Sold? Auch die Erfüllung der erſten Forderung halten die Generäle nicht für unmöglich, da der Geſandte ſelbſt äußerte, ſein Herr werde den Marſch nicht rückgängig machen, wenn er nur verſichert ſei, daß die Vollziehung des Bündniſſes nicht verzögert, ſondern „pari passu“ fortgeſetzt werde. Die Generäle geben ihrem Dienſtherrn zu bedenken, ob er es über ſich ergehen laſſen könnte, daß um ein ſo Geringes das römiſche Reich erblich werden ſollte, daß ſeine Armee „und ſo viele fromme ſeufzende evangeliſche Leute“ in den äußerſten Ruin geſtürzt würden. Und ſchließlich weiſen ſie mit Nachdruck jede Verſchuldung an einem unglücklichen Ausgange der ganzen Unternehmung, welcher die Folge der Unterlaſſung des Zuges ſein könne, von ſich und ſchließen mit der ergreifenden Mahnung und Bitte: „Dann ſollte ſolche (eine beſſere Reſolution) nicht können zu Werk gebracht werden, ſo wollen wir uns, weil es zumal eine Gewiſſensſach, lieber davon wünſchen und E. M. ganz gehorſamſt bitten, uns an andern Orten zu gebrauchen, da wir E. M. nützlichere und erſprießlichere Dienſt könnten leiſten und über Vermögen unſer Ehr und zeitlichen guten Namen zu haſardieren, ja ganz in Stich zu ſetzen nicht gemüßigt würden; dann ob wir wol mit reinem Gewiſſen mögen bezeugen, auch hoffentlich zum Theil erwieſen, E. M. zu Dienſten weder Hab, Gut, noch Leib oder Leben geſpart [zu haben], ſo ſind wir wider Menſchen Vernunft unmögliche Sachen auszurichten nicht baſtant.“[1]

1) J. Ernſt und Fuchs an den König, Stendal den 5./15. Juni. In die kön. Kanzlei zu Wolfenbüttel gegeben am 12./22. Juni 1626. Den ganzen Brief hat Fuchs eigenhändig verfaßt, während den Herzog Krankheit am Schreiben verhinderte. Kgl. G. A. in Kop.

In denselben Tagen aber, wo Christian IV. durch den Fürsten von Siebenbürgen zur möglichsten Beschleunigung der Diversion aufgefordert wurde, trieb ihn auch der Kurfürst von Brandenburg in eindringlichster Weise zur gänzlichen Räumung seines Landes an. Es geschah dies, nachdem der König durch Sievert v. Pogwisch sowol in Berlin wie in Dresden abermals um ein Bündnis nachgesucht hatte. Levin v. d. Knesebeck, welcher der Ueberbringer dieser kategorischen Mahnung Georg Wilhelms war, traf den von Dresden zurückkehrenden dänischen Diplomaten in Kalbe a. d. Milde und reiste mit ihm von da nach Wolfenbüttel. In seinem Mietsquartier in der Stadt ertheilte der König Knesebeck persönlich Audienz und nahm dem Anschein nach sehr passiv die Gründe entgegen, welche der brandenburgische Abgesandte gegen ein brandenburgisch-dänisches Bündnis zu entwickeln hatte. Und als derselbe schließlich die völlige Räumung der Mark forderte, „ließen es Ihre M. dabei bewenden und sagten allein, daß alle Ihrer M. gute Wort gäben, ließen sie aber doch ohne Hilfe stecken, und gedachten sonst dieser Sachen in nichts mehr."

Auch Knesebeck hatte den Eindruck, daß man noch nicht recht wußte, wohinaus man mit Mansfeld sollte, obwol man ihn gern aus der Mark geschafft hätte. Anfangs warf man dem brandenburgischen Unterhändler ein, daß die Mark, da man sich doch wenigstens im Lüneburgischen an der Elbe werde behaupten müssen, auch nach der Räumung durch Dänen und Mansfelder Kriegsschauplatz werden würde, da ja Wallenstein doch wider einbrechen und gegen sie marschieren werde; schließlich aber ließ der König Knesebeck durch die Reichsräthe Magnus Kaas und Klaus Daa, sowie den Kriegskommissar Mitzlaff die bündigsten Versicherungen ertheilen. Wallenstein hatte von Georg Wilhelm die Räumung aller Orte sowol von den dänischen als den mansfeldischen Truppen gefordert und zwar mit der Drohung, daß er nicht lange säumen könnte, sondern seinen Feind bald suchen müßte; und die dänischen Diplomaten widerholten in Folge davon anfangs die Forderungen, daß der Kurfürst die aufgegebenen Puncte wider mit Besatzung versehen und Wallenstein den Paß durch die Mark versagen sollte. Als Knesebeck diese Bedingungen für selbstverständlich erklärte, aber eine ausdrückliche Genehmigung derselben ablehnte, ließ man sie jedoch fallen, obwol man wußte, daß Georg Wilhelms Streitkräfte zur Vertheidigung seines Landes viel zu geringfügig waren. Den Kurfürsten von Brandenburg, in dessen Gebiet seine Armee bereits seit Monaten lagerte, durch Zwang zum Anschluß zu bringen, wagte also Christian IV. nicht.

Kneſebeck begab ſich von Wolfenbüttel nach Tangermünde, wo er in Gegenwart Mitzlaffs und Quads auch noch mit General Fuchs Verhandlungen über die Räumung des Landes gepflogen hat. Es war am 9./19. Juni, als der brandenburgiſche Bevollmächtigte von Mitzlaff die förmliche Zuſicherung erhielt, daß die Generäle demnächſt das Land verlaſſen würden. Allein ſowol dieſer wie auch Fuchs entſchuldigte ſchon im Voraus die wahrſcheinlich entſtehende Verzögerung, weil man darauf ſehen müßte, den Abzug ſicher zu nehmen und ſich mit guter Manier an andere Orte zu begeben, ohne daß der Feind Schaden zufügen könnte. Auch andere Gründe, welche den Aufbruch verzögern mußten, wie Mangel an Fahrzeugen und viele Kranke führte Fuchs noch an. Er ſprach ferner den Wunſch aus, Georg Wilhelm möchte den in ſo kurzer Friſt bevorſtehenden Abzug geheim halten und das Volk, mit dem er die aufgegebenen Quartiere beſetzen wollte, in Brandenburg verſammeln. Die Getreidevorräthe wollte er unter dem Vorwand, daß ſie verkauft ſeien, eine Zeit lang zurücklaſſen.

Zuletzt aber, und es erſcheint dies für den General ſelbſt und für die wenig erfreuliche Lage, in welcher er ſich ſchon längere Zeit befand, recht bezeichnend, kam Fuchs auch auf ſeine eigne Perſon zu ſprechen. Er ließ den Kurfürſten durch Kneſebeck um Entſchuldigung bitten und nahm gar keinen Anſtand, zu bekennen, daß er ſich nur ſehr widerwillig auf dieſes Commando überhaupt eingelaſſen habe. Ferner entſchuldigte er den Mangel an Diſciplin vornehmlich bei ſeinem Einrücken in das brandenburgiſche Gebiet, da ihm trotz vielfacher Bitten kein Commiſſarius zugeordnet war. Auch warf er der Landſchaft vor, daß ſie eben ſo wenig wie die Privatperſonen ihre Verſprechungen gehalten hätte, bekannte dann aber offenherzig, daß überaus große Exceſſe vorgingen, die er mit blutendem Herzen beklagte: „Denn ob er gleich viele henken und niederſchießen ließe, wollten ſie doch darum nicht aufhören, da ihnen gar kein Geld gegeben würde, und Ihre Majeſtät ihr Volk ſo weit von einander hielte, wodurch allein ihre Freunde ausgezehrt und ſonſt nichts verrichtet würde, wiewol es oft erinnert worden.“ Dieſe letzten Geſtändniſſe machte Fuchs Kneſebeck ohne Zeugen. Endlich ließ er ſich auch zur Beſtimmung eines Termins herbei, an welchem die Räumung ihren Anfang nehmen ſollte: noch vor Ablauf von 14 Tagen wollte nicht nur er ſelbſt, ſondern ſollte auch Mansfeld ſeine Quartiere aufgeben: Mansfeld zuerſt zum Abzug zu nöthigen, wies er dagegen als unthunlich zurück. Sie wollten wenn nicht mit einander, ſo doch wenigſtens in möglichſt großer Stärke und guter Ordnung das Land verlaſſen.

Mitzlaff und Quad begaben sich von Tangermünde zu Mansfeld, um auch bei seiner Armee die nothwendigen Vorbereitungen zum Abzug zu treffen.

Knesebecks Mittheilungen über den König und sein Hauptquartier bestätigen also die von uns aus andern gleich wichtigen Quellen geschöpften Wahrnehmungen. Auch er fand Christian IV. mit Geschäften überladen und niedergeschlagen über den Mangel an Unterstützung namentlich von Seiten Englands. Knesebeck erhielt nicht den Eindruck, als ob man im Hauptquartier damals an ein Vorgehen gegen Tilly oder Wallenstein dächte; er glaubte vielmehr, der König würde sich bis zum Gelingen einer Diversion in der Defensive halten oder vielleicht gar einen Accord suchen, wozu er mit Andern in dem kaiserlichen Abberufungsmandat eine recht schickliche Veranlassung erblickte.[1]

Diese friedliche Stimmung des Königs soll auch durch die Eindrücke, welche Pogwisch in Dresden empfangen hatte, genährt worden sein. Der Kurfürst hatte sich dem Dänen gegenüber dahin geäußert, der Tag zu Nürnberg sollte und müßte gehalten werden. Man sprach damals allgemein von einer Annäherung Kursachsens und Brandenburgs.[2]

Unter solchen Umständen scheint der Muth und das Selbstvertrauen des einzigen Fürsten und Landesherrn, welcher sich aus dem ganzen niedersächsischen Kreise bei der Armee des Königs befand, des Administrators von Magdeburg, noch tiefer gesunken zu sein. Wenn wir Knesebeck Glauben schenken dürfen, bemühten sich sogar seine beiden Rathgeber, Werdenhagen und Hatzfeld, schon damals ihn aus dem ganzen Handel heraus und wider in das Erzstift zu bringen. Man soll ihm damals den Rath ertheilt haben, den Prinzen August von Sachsen als Coadjutor anzuerkennen und sich auf diese Weise in der Administration des Landes zu erhalten. Auch von der Verheirathung seiner Tochter mit dem sächsischen Prinzen war die Rede. —

Allzu großes Vertrauen schenkte freilich der König den sächsischen und brandenburgischen Versicherungen von der Bereitwilligkeit Wallensteins, nach Mansfelds Abzug den obersächsischen Kreis zu räumen, doch nicht. Er war vielmehr trotzdem besorgt, daß sich derselbe Brandenburgs und Mecklenburgs bemächtigen und ihm den Rückzug abschneiden könnte. Auch Aitzema wollte wissen, Friedland werde mit einem Corps Stendal und Tangermünde angreifen und mit einem andern direct in das Lüne-

1) Nach den Berichten Lewins v. d. Knesebeck, Wolfenbüttel d. 4./14. Juni, Tilsen d. 7. J. und Cöln a. d. Sp. d. 11./21. J. im K. G. St.-A. zu Berlin.

2) Vgl. die Briefe des niederl. Residenten in Hamburg. K. R.-A. im Haag.

burgiſche auf Winſen losgehen. Um ſolchen Ueberraſchungen möglichſt zuvorzukommen, ließ Chriſtian IV. daher Ottersberg, Bremervörde und alle feſten Punkte des bremiſchen Stifts rechtzeitig beſetzen und nöthigte dadurch ſeinen ſehr ſchwankenden Bundesgenoſſen, den Erzbiſchof, welchen die Dänen im Bett überraſchten, ſeine Reſidenz in das Stift Lübeck zu verlegen.[1] —

Als die vorwurfsvollen Mahnungen ſeiner Generäle den König erreichten, hatte derſelbe einen bedeutenden Verluſt erlitten und war nun wol um ſo geneigter, ſein Glück auch auf den ſo unſichern Reislauf eines immerhin beträchtlichen Theils ſeiner Armee zu bauen. Sein von ihm ſelbſt bewunderter Neffe, der thatenkühne Herzog von Braunſchweig, war am 6./16. Juni nach einem vierzehntägigen Fieber in tiefſter Betrübnis über das bevorſtehende Erlöſchen ſeines Hauſes und den vorausſichtlichen Niedergang der Sache, in deren Dienſt er ſein Leben geſtellt hatte, geſtorben. Mitten aus ſeiner kriegeriſchen Laufbahn wurde der junge General, der in kürzeſter Friſt bei Freund und Feind durch raſtloſeſte Thätigkeit noch einen Theil jener bewundernden Anerkennung geärntet hatte, nach deren Vollgenuß er ſeit ſeinen erſten Jünglingsjahren dürſtete, hinweggenommen. Der wirkliche Regent des braunſchweigiſchen Landes, der, wie es in keinem andern Gebiet geſchehen war, alle Hilfskräfte dem großen Zwecke dienſtbar gemacht hatte, räumte ſeinen Platz dem unfähigen Bruder wider ein. Dem Könige ſelbſt wurde einer ſeiner fähigſten Generäle genommen.

Auch dem jungen Herzoge hat das Gefühl ſchmerzlicher Enttäuſchung, welches ſich aller Hauptbetheiligten auf Seiten der evangeliſchen Partei bemächtigte, die letzten Lebenstage verbittert. Er ſah wol das Unglück gegen den König von allen Seiten heranſchreiten und ſehnte ſich aus einer verworrenen und unfähigen Umgebung heraus. Denn das mußte ſich nun auch ſein waghalſiger Muth bekennen, nach einer verlorenen Schlacht fiel dem verhaßten Gegner ſein Herzogthum unausbleiblich in die Hände.

Und ſo iſt er denn in dieſen letzten Lebenstagen, möglicher Weiſe noch vor ſeiner Widerankunft in Wolfenbüttel, auf den phantaſtiſchen Gedanken gerathen, Guſtav Adolf ſeine Dienſte und ſein Heer anzubieten und unter dem ſiegreichen ſchwediſchen Helden ſeine Kriegerlaufbahn im Oſten fortzuſetzen. Er entſendete mit dieſem Auftrage Kurt Plate v. Gehl, einen ehemaligen Offizier Johann Ernſts.

Indeſſen ſchon hatten ſich ſeine Augen geſchloſſen, als der König, wenn auch in der anerkennendſten Weiſe, dieſes Geſuch ablehnte: „weiß

1) Aitzema an die G.-St. 14./24. Juni.

Gott, daß ich solchen vaillanten Prinzen, wie dan E. L. sein, von Herzen gern in meiner suite haben möchte, wäre es nicht Sache, daß ich dies Mal der Gestalt mit Spesen beschwert bin, daß ich besorgen muß, daß ich E. L. und die ihrigen nicht also werde können tractieren, wie Dero Meriten es erfordern." Gustav Adolf ertheilte nur eine etwas unbestimmte Zusage, seiner Armee in Preußen Quartier zu verschaffen, damit der Herzog entweder in seinen Diensten oder auf eigne Faust der allgemeinen Sache seine Kräfte widmen könne.[1]

Einen wie tiefen Eindruck aber der Tod des von Offizieren und Soldaten gleich hoch geschätzten und geliebten Herzogs in jenen militärischen Kreisen hinterließ, das bezeugt wol am besten das treuherzige, von verzweiflungsvoller Schwermuth eingegebene Wort des Herzogs Johann Ernst an den König: „Ich wollte, daß E. M. wol möchten bedienet sein, dahero ich, als es Gottes Wille, wol wünschete, um E. M. Dienst an seiner Stelle selig verstorben zu sein, dieweil dasjenige von mir nimmer wird geschehen, was S. selige Ld. vermocht, aber Gott hat ihn vor größerm Unglück und bei dieser erlangten Ehre wegnehmen und vielleicht mich und einen Andern zu größerm Unglück und Strafe behalten wollen."[2]

Derselbe Bote, es war der dänische Commissarius Mitzlaff, welcher dem Herzoge von Weimar die Nachricht von dem Tode Christians überbrachte, meldete ihm auch, daß der König in die Diversion gewilligt und ihn selbst zum Theilnehmer an derselben ausersehen habe. Diese Botschaft scheint unter den obwaltenden Verhältnissen einen geradezu niederschmetternden Eindruck auf den überdies kranken Herzog, der sich in Betten von einem Quartier zum andern führen lassen mußte, gemacht zu haben. Mit zitternder Hand schrieb er eine Denkschrift nieder, in welcher er den augenscheinlich viel zu allgemein gehaltenen Befehl nach verschiedenen Seiten hin zu ergänzen bat. Vielleicht an dieser Stelle tritt die Zerfahrenheit des königlichen Hauptquartiers, in welchem nicht einmal ein geordneter Kriegsrath[3] bestand, sondern der König die bedeutungsvollsten wie die geringfügigsten Angelegenheiten persönlich entschied, am verhängnisvollsten hervor.

---

1) G. A. till Hertig Christian af Braunschweig, dat. den 20. Juni 1626. Styffe, Konung Gustav II. Adolfs Skrifter 603.

2) Johann Ernst an den König, Wolfsburg 7./17. Juni praes. Wolfenb. 9./19. Juni 1626. K. G. A. in Kop.

3) Ein solcher ist erst nach der Schlacht von Lutter eingesetzt worden, wie sich aus einem eigenhändigen Schreiben des Administrators von Magdeburg an den Grafen Ernst von Nassau ergibt: „Anlangend den Zustand alhier, werden

Der Herzog, welcher mit 6000 M. Fußvolk und 1000 Reitern zu Mansfeld ſtoßen ſollte, erſuchte Chriſtian IV. nicht nur um eine ausführliche Commiſſion, ſondern auch um die Zuordnung eines däniſchen Bevollmächtigten wie Mitzlaff oder Daa und um einen militäriſchen Beiſtand in der Perſon des bisher unter Fuchs commandierenden Oberſtlieutenants v. Flodorp. Er wählte ſich ferner Regimenter aus, wie das von Baudiſſin, Rieſe und Ranzau und drang vor allem auf Zahlung des rückſtändigen Soldes an die in Tangermünde ſtehenden Truppentheile und auf die Beſchaffung der zum Aufbruch nöthigen Geldmittel überhaupt. Zwei Monate Sold forderte er in ſeinem und des Generals Fuchs Namen für dieſe Heerestheile oder wenigſtens eine ſchleunige und eigenhändige Sicherſtellung derſelben. Auch dieſer Bitte fügte er die bemerkenswerthen Worte hinzu „oder aber — E. M. thun uns viel mehr Gnade, Sie laſſen uns beiderſeits nach Segeberg in Arreſt legen, weil wir dergeſtalt E. M. keinen Dienſt (darzu wir jedoch bis aufs Blut willigſt) leiſten können und größeren Schimpfes und Nachtheils müſſen erwarten.“[1] Indeſſen der König hat alle dieſe Forderungen des Herzogs zu befriedigen geſucht.[2]

Der wirkliche Aufbruch des Heeres hat ſich nun aber trotz der Mahnungen Georg Wilhelms nicht nur bei Chriſtian IV., ſondern auch bei Karl I. doch noch einige Wochen verzögert. Man fürchtete ja noch immer einen Marſch der verbündeten katholiſchen Armeen elbabwärts, den Johann Ernſt und der Adminiſtrator durch eine rechtzeitige Occupation Magdeburgs noch zu verhindern gedachten. Ferner nahmen die nothwendigen Truppendislocierungen noch einige Zeit in Anſpruch.

Auch General Fuchs ſollte den Aufbruch der Armee unterſtützen. Zu dieſem Behuf hatte man die Verabredung getroffen, daß er Tangermünde verlaſſen ſollte, ſobald eine brandenburgiſche Beſatzung angelangt ſein würde. Allein da man auf dieſe lange vergeblich wartete, da ferner

---

ſolchen E. L. aus dero bedienden ankunfft mehren berichtet werden, ſonſten haben wir entlich vff langes vndt inſtendiges anhallten bey Sr. Kön. May. ſo viell erlanget, daß ein formatum Consilium bewilligt worden, iſt aber zu keinem effect noch nicht gelanget, wollen aber nicht ablaſſen, bis es einen rechten anfangk gewunnen, ſolchs confirmierot vnd zu ſeinen effect gebracht wortten, vnangeſehen Jr. May. ſehr vbel darahn gewollt, wollen auch zu dem Allerhochſten Gott hoffen, es werde hernacher Alles beſſer in einem vndt dem andern von ſtatten gehen.“ Statte (Stade) d. 1. Novbr. (a. St.?) 1626. K. St.-A. in Marburg. Vgl. Moſer, Patr. Arch. 6. 105.

1) Wolfsburg 7./17. Juni 1626. K. G. A. in Kop.

2) Chriſtian IV. an Johann Ernſt, Wolfenb. 8. Juni a. St.

Mansfelds Munition wider Erwarten noch vervollständigt werden mußte, da endlich die dänischen Heerestheile, welche der König mitsenden wollte, weit auseinander lagen, verflossen noch Wochen bis zum wirklichen Aufbruch. Mit Geld wurde Johann Ernst dagegen im Auftrage des Königs rechtzeitig versehen.

Aber es scheint noch ein anderes Hemmnis hinhaltend und verwirrend dazwischen gekommen zu sein. Gerade damals übersendete Fuchs dem Könige Waffenstillstandsanträge des Pfalzgrafen von Neuburg, denen er sich nicht nur anschloß, sondern zu deren Vermittlung sich der so wenig kriegslustige General selbst erbot. Er versicherte dem Könige, daß ihn die Liebe zu seinem Vaterlande, dem er vor seinem Ende noch einen glücklichen Frieden wünsche, zu diesem Schritte veranlaßt habe.

Demungeachtet hat der General wenige Tage nachher, in der ersten Juliwoche, Tangermünde verlassen. Damals, noch ohne nähere Kunde von den Plänen des Königs, hoffte er sich des wichtigen und von ihm mit so großer Anstrengung befestigten Punctes leicht wider zu bemächtigen. Er begab sich über die Elbe nach Sandau, sendete 3 Regimenter Cavallerie nach Fehrbellin zur Deckung des Abmarsches und unterstützte auf diese Weise die Diversion. Zugleich ließ er Streifcorps nach Süden auf Wolmirstedt, Burg und Neuhaldensleben vorgehen, um sich der Operationen Wallensteins zu versichern. Bei Werben wurde eine Schiffbrücke geschlagen, über welche die Mansfeld begleitenden Regimenter zurückkehrten. Indessen kam zu all dem Ungemach, an welchem der General litt, in dieser Zeit ein neues und sehr furchtbares, die Pest, an welcher ein Pfalzgraf von Birkenfeld starb und der Herzog Bernhard von Weimar schwer erkrankte.

Der König aber hatte dem Wunsche des Herzogs von Weimar gewillfahrt und beiden Generälen eine ausführlichere Instruction ertheilt, die uns leider nicht bekannt geworden ist. Doch können wir wenigstens zwei wichtige Puncte derselben mit einiger Sicherheit aus anderen Mittheilungen entnehmen:[1] der Herzog und der Graf sollten ihre Maßnahmen im gegenseitigen Einverständnis treffen und sich an einem geeigneten Puncte an der Oder festsetzen, d. h. also jedenfalls sich möglichst lange in Schlesien behaupten. Zum Oberbefehlshaber ernannte der König Mansfeld. Beide Generäle waren widerum an den Rath und das Gutbefinden des

1) Aus dem Briefwechsel Johann Ernsts mit Mansfeld (bei Heermann, Beytrag S. 230) und aus Ritzlaffs dem Könige im Jahr 1627 eingereichter Verantwortungsschrift. K. G. A. in Kop.

däniſchen Commiſſarius Mitzlaff gewieſen. Ferner wurde den Generälen die Vereinigung mit Bethlen Gabor in Schleſien vorgeſchrieben: von da aus ſollte dann die Diverſion in die Erblande ihren Fortgang nehmen.

Nach der Vereinigung aber fiel dem Fürſten von Siebenbürgen der Oberbefehl zu, weil er der einzige der Alliierten war, der ſich perſönlich bei der Armee befand.

Das Hauptziel des ganzen Zuges war alſo Schleſien, nicht Ungarn. Man wollte ſich der Fürſtenthümer Oppeln und Ratibor bemächtigen, beide Städte nebſt Koſel beſetzt halten und mit dem Reſt der Armee Bethlen Gabor entgegen gehen. So iſt es in Stendal zwiſchen den beiden Generälen und Quad verabredet worden.

Zur Ausführung dieſes Zuges hat aber wol auch die Hoffnung beigetragen, daß ſich Guſtav Adolf dem vereinigten deutſch-ungariſchen Heere anſchließen werde. Wie es ſcheint, hat Chriſtian IV. unmittelbar nach der Uebernahme des Oberbefehls dieſen Plan in England und Frankreich zur Sprache gebracht, da er ja gewiſſermaßen der von ſeinen Schutzmächten geforderten Theilung des Oberbefehls entſprach. Auch der König von England hat ſich eine Zeit lang mit ähnlichen Erwartungen getragen: in Brandenburg hegte man ſchon im October des vorigen Jahres derartige Hoffnungen. Bethlen Gabor und Guſtav Adolf, nun auch durch das Band der Verwandtſchaft verknüpft,[1] traten gleichfalls mit einander in Verhandlungen, welche indeſſen ſchon im Juni 1626 klar erwieſen, daß die Ziele des ſchwediſchen Königs vor der Hand nicht in Schleſien oder in Böhmen lagen. Indeſſen hat Chriſtian IV. auch jetzt noch ſeinen glücklicheren Rivalen in Schweden für den deutſchen Krieg oder wenigſtens dieſe Diverſion zu gewinnen gehofft. Er ſendete, nachdem er des Einmarſches Bethlen Gabors in Schleſien ſicher zu ſein glaubte, einen beſonderen Botſchafter Jörgen Sehefeld zu Guſtav Adolf nach Preußen.[2]

Mit ſeinen Glückwünſchen für die Ankunft des Königs mußte Sehefeld die Anfrage verbinden, ob die ſchwediſche Armee allein gegen Preußen und Polen beſtimmt ſei, oder ob ſie der König auch nach Deutſchland führen werde. Derſelbe unterbreitete Guſtav Adolf ferner den Antrag, einen Theil ſeiner Truppen zu Chriſtian IV. ſtoßen zu laſſen und mit denſelben nach Baiern und Franken zu marſchieren. Allein der König lehnte die Forderung als ſeinen nächſten Verwandten und Religionsgenoſſen nachtheilig ab, in deren Landen man vielleicht Winterquartiere

1) Styffe, Skrifter 515.

2) Seine Inſtruction iſt Wolfenbüttel 15./25. Juli, Guſtav Adolfs Antwort Dirſchau 19./29. Auguſt datiert. Die Bedingungen des Offenſiv- und Defenſivbündniſſes tragen das Datum des 20./30. Aug. 1626. K. G. A. in Kop.

nehmen, ja mit denen man möglicher Weise Krieg führen müßte, und sprach auch damals seine Meinung wider entschieden dahin aus, daß nur ein Krieg gegen Polen, welches ihm keine geordnete und ausreichende Armee entgegenstellen könnte, von Erfolg sein würde. Ja er übergab sogar Sehefeld Bedingungen eines Offensiv- und Defensivbündnisses beider Kronen, in welchen er auf eine bedeutende dänische Unterstützung Anspruch machte. Er versprach eine hinreichende Armee durch Polen nach Schlesien zu schicken, um den Krieg aus Deutschland zu verlegen, wenn Christian IV. bis Michaelis 3000 Reiter und 7000 M. Fußvolk zu ihm stoßen lassen und besolden würde. Unmittelbar nach der Ankunft dieses dänischen Kriegsvolks wollte er marschieren. Alle europäischen Gegner des Hauses Habsburg und natürlich auch die deutschen Fürsten und Bethlen Gabor sollten zur Unterstützung dieses Unternehmens angerufen werden.

Diese Antwort Gustav Adolfs hat Christian IV. natürlich erst nach der Schlacht bei Lutter erreicht, d. h. also zu einer Zeit, wo er noch weniger im Stande war, Gustav Adolf Theile seines Heeres zur Verfügung zu stellen. Indessen allzu große Hoffnung auf das Erscheinen des letzteren in Schlesien hat er natürlich auch früher nicht hegen können.

In Stendal setzten der Herzog von Weimar und Fuchs mit Mitzlaff den 25. Juni a. St. als Tag des Aufbruchs fest.

Der dänische Commissar war übrigens von dem Könige ohne jegliche Geldmittel zum Heere entsendet worden, erhielt aber vom Herzog von Weimar und den Obersten Riese und Schlammersdorf aus den Regimentskassen einige Mittel, so daß ihm etwa 14,500 Reichsthaler für allgemeine Zwecke zur Verfügung standen. Der Oberst Schlammersdorf hatte an Stelle von 7 Compagnien der Obersten Riese und Ranzau, welche zurückgelassen werden mußten, auf Befehl des Generals Fuchs mit 10 sehr wenig zahlreichen Compagnien den Mansfeld zugewiesenen dänischen Succurs verstärkt. Das ganze nach Schlesien abrückende Corps mag etwa 8000 bis höchstens 10,000 M. betragen haben.

Von Stendal begab sich Mitzlaff nach Fehrbellin und von hier in die kurfürstliche Residenz selbst, wo gerade der Burggraf v. Dohna den Kurfürsten unter anderm zu bestimmen suchte, Mansfeld und seinem Heere die Pässe zu verlegen und ihn wo möglich so lange aufzuhalten, bis Wallenstein im Stande sein würde, ihm zuvorzukommen.[1]

Um die Zeit, wo sich Friedland und Tilly zu einem gemeinsamen Vorstoß gegen Norden in Duderstadt verglichen, waren allmählich auch die Dinge in der Mark zur Entscheidung gekommen. Man traf ein Abkommen mit den

1) Mitzlaffs Verantwortungsschrift. K. G. A. in Kop.

däniſchen Generälen und Mansfeld, nach welchem die beſetzten Puncte ſofort mit der Ankunft brandenburgiſcher Truppen aufgegeben werden ſollten. Den Kurfürſten ſelbſt aber brachte die Kunde von dem Einfall Guſtav Adolfs in Preußen zuletzt um jegliche Beſonnenheit. Damals war es, wo er gegen Schwarzenberg die bekannten Worte äußerte: „Ich ſehe nicht anders, ich werde mich zum Kaiſer ſchlagen müſſen; ich habe nur einen Sohn; bleibt der Kaiſer, ſo bleibe ich und mein Sohn auch wol Kurfürſt, da ich mich zum Kaiſer wende; was geht mich die gemeine Sache an, wenn ich alle meine Ehre, Reputation und zeitliche Wolfahrt verlieren ſoll?“ [1]

Da erſchien denn, um die Verlegenheit zu mehren, der Burggraf Hannibal v. Dohna und drängte Georg Wilhelm zu einer Entſcheidung. Schon Anfangs Juni hatte der Kaiſer dem Burggrafen den Auftrag ertheilt, Schwarzenberg zu veranlaſſen, den Kurfürſten zum perſönlichen Beſuch des Deputationstages zu bewegen. Derſelbe ſollte unter anderem mittheilen, daß er Wallenſtein ſogar befohlen habe, dem Kurfürſten jede nur mögliche Hilfe zu erweiſen. Freilich aber war dieſem immerhin noch verſöhnlichen Auftrage auch die energiſche Weiſung beigefügt, Fuchs und dem däniſch-mansfeldiſchen Volke überhaupt weder dieſſeit noch jenſeit der Elbe Quartier oder irgend einen Vorſchub zu gewähren. Der katholiſche Günſtling hatte ferner auf ſeiner Rückreiſe von Siebenbürgen Dohna in Breslau ſelbſt über die Stimmung am berliner Hofe berichtet und auf eine Beruhigung der Befürchtungen des Kurfürſten durch eine beſondere kaiſerliche Legation hingewirkt. Schon damals hatte er ſich zu allem erboten, was des Kaiſers Nutzen und Beſtes erfordere.

Der Kurfürſt aber hatte zu ſeiner eignen Sicherung einen Ausſchuß des Adels zu einer Berathung zuſammenberufen, welche nicht nur die Mittel zur Aufrechterhaltung der Neutralität finden, ſondern auch die wichtige Entſcheidung einleiten ſollte, ob ſich der Kurfürſt dem proteſtantiſchen König oder dem katholiſchen Kaiſer anzuſchließen hätte. Wie es ſcheint, iſt die Antwort dieſes Ausſchuſſes auf das Einhalten der ſtrikteſten Neutralität gegangen und hat die möglichſte Beſchleunigung eines Waffenſtillſtandes oder eines Friedens befürwortet. [2]

Mit dem Kurfürſten und ſeinem damals allmächtigen Rath hatte ſich der kaiſerliche Bevollmächtigte nach ſolchen Vorgängen ſehr leicht verſtändigt. Georg Wilhelm ſuchte zwar Dohna davon zu überzeugen, daß die

1) Die Darſtellung folgt hier J. G. Droyſen, Geſch. d. pr. Polit. (1. A.) III. 1 und Cosmar.

2) Vgl. Droyſen a. a. O. 54—56.

Begünstigung Pfalz-Neuburgs durch Spanien in der jülich'schen Sache ihn Frankreich und Holland genähert, und daß er Preußens und der beiden pommerischen Aemter Lauenburg und Bütow halber Dänemark und Schweden habe gute Worte geben müssen. Allein der Rücktritt von einer Partei, deren Glieder sich der größeren Gefahr gegenüber täglich weiter von einander entfernten, wurde ihm nicht schwer. Ja er war sogar entschlossen, sich vollständig auf die Seite des Kaisers zu schlagen und wider seine bisherigen Freunde an der Seite Ferdinands II. zu Felde zu ziehen und gelobte auf Deputations- oder allgemeinen Reichstagen alles zu thun, was ihm der Kaiser nur vorschreiben würde.

Aber freilich stellte er seine Dienste nur gegen die Erfüllung einer ziemlichen Reihe von Bedingungen zu Gebote. Ferdinand II. sollte ihm den Besitz aller geistlichen Güter sichern, über welche er im Augenblicke gebot, und sollte ihm ferner in all den Territorien, auf welche er eine Anwartschaft behauptete — es wurden die pommerischen, mecklenburgischen, braunschweigischen, lüneburgischen und anhaltischen Lande namentlich genannt — die Succession nicht nur auf den Todfall, sondern auch im Fall einer durch andere Gründe herbeigeführten Vakanz zusagen, damit „wenn sich jemand gegen den Kaiser versündigte und der Güter eins oder mehrere, daran er sein sus succedendi hätte, verwirkte, der Kurfürst sich seiner Treue erfreuen könnte." Georg Wilhelm forderte ferner das Erzstift Magdeburg für seinen Sohn, oder wenn das nicht mehr gewährt werden könnte, ein anderes Bisthum oder Erzbisthum im westfälischen oder niedersächsischen Kreise. Auch für den Markgrafen Sigismund erbat er noch ein geistliches Beneficium und beanspruchte gleichfalls die Rückgabe von Jägerndorf, einen Punct, den er freilich gegen die Erfüllung der übrigen Bedingungen fallen lassen wollte. Weiter sollte der Kaiser die jülich'sche Streitsache vergleichen und auf Polen einwirken, daß es den Kurfürsten bei den Verträgen lasse, und daß ihm einst die genannten pommerischen Aemter heimfielen.

Der Kurfürst setzte diese stattliche Anzahl von Bedingungen eigenhändig auf und übergab sie Dohna, um sie dem Kaiser im tiefsten Vertrauen einzuhändigen. In Wien hat man sich natürlich nicht sehr beeilt, diesen Anerbietungen und Forderungen eine Antwort zu Theil werden zu lassen. Erst am 7. October verhandelte der Reichshofrath über dieselben in Gegenwart des Königs von Ungarn und beschloß sie mit Stillschweigen zu übergehen.

Und so hat sich denn Georg Wilhelm ohne einen förmlichen Vertrag in der Hoffnung, sich und sein Land der Kriegsdrangsale zu entledigen, der dänischen Sache entschlagen. Schwarzenberg ertheilte

Dohna noch den Rath, einen Reichstag zu befürworten, und verſprach nochmals, daß der Kurfürſt alles erfüllen werde, was man von ihm fordere. Und da bei dieſer Wendung der brandenburgiſchen Politik Schwarzenberg die Wegnahme ſeines im Bergiſchen gelegenen Gutes Gimborn, welches ihm der Kurfürſt pfandweiſe übereignet hatte, fürchtete, ſo bat er den Kaiſer ſchon im Voraus um Schadloshaltung und um die Zuwendung einer ihm vom Kaiſer Rudolf II. längſt eröffneten Anwartſchaft auf eine Beſitzung. Ferner ſuchte er um eine Präpoſitur oder ein anderes höheres Beneficium an einem Hochſtifte für einen ſeiner Söhne nach. Ob dieſe Geſuche in irgend einer Form Erfüllung gefunden haben, wiſſen wir nicht.[1]

In größter Eile begab ſich Dohna nach dem theilweis glücklichen Gelingen ſeiner Werbung nach Schleſien zurück und ließ ſogar ſein Gefolge, um Zeit zu gewinnen, hinter ſich. In dieſem befand ſich auch eine literariſche Berühmtheit hohen Ranges, Martin Opitz, der Vater der neuhochdeutſchen Poeſie, der lutheriſche Diener eines Mitglieds der Geſellſchaft Jeſu, ohne jegliches Verſtändnis der welthiſtoriſchen Tragweite der Ereigniſſe, die um ihn her vorgingen.[2]

Der däniſche Commiſſar, welcher beſonders vom Kanzler Pruckmann und von Götz und Kneſebeck unterſtützt wurde, erlangte jedoch trotz der Anweſenheit des Burggrafen die Oeffnung der Stadt Frankfurt a./O. für die abziehende Armee, und der Kurfürſt ſelbſt, welcher ihm über Tafel vor den Begleitern und Dienern des öſtreichiſchen Geſandten hart zugeſetzt hatte, erklärte demſelben im Vertrauen doch wider, daß er als ein Freund des Königs und ſeiner Partei ſterben wolle![3]

---

1) Dieſe Verhandlungen waren ſchon aus Mailath, Geſch. Oeſtr. III. 139 bekannt, ſind aber nach den wiener Archivalien vervollſtändigt. Dohnas Schreiben an den Kaiſer mit den Anträgen Georg Wilhelms iſt Glogau den 30. Juli 1626 datiert. Schwarzenbergs Bitte um Ueberweiſung einer Herſchaft ſcheint nicht erhört worden zu ſein, Cosmar 122 ff.

2) Vergl. den Brief des Dichters aus Baruth vom 15. Juli (n. St.) 1626 an Auguſt Buchner bei Geiger, Mittheilungen aus Handſchriften S. 36.

3) Mitzlaffs Verantwortungsſchrift und ſein Brief an Fuchs, Frankfurt 9./19. Juli. K. G. A. in Kop.

Die Eroberung Münden's durch Tilly und die Belagerung und Einnahme der Stadt Göttingen.

Auch in Münden herschte nicht eben eine kriegerische Stimmung. Gegen Ende April lagen hier etwa 400 M. Infanterie und 700 Pferde, was die Stadt als eine bedeutende Ueberbürdung größeren Städten wie Northeim gegenüber betrachtete. Sie bat daher Christian um Abführung wenigstens einer Compagnie. Ein Capitän Pfannkuchen führte neben den Mannschaften auch hier über 60 Weiber und außerdem eine Anzahl Kinder und Jungen mit sich. Die Bürger begannen schließlich die Hände sinken zu lassen und wollten weder an der Befestigung des Ortes mehr arbeiten, noch sich in den Ausschuß einreihen lassen. Der Rath ersuchte Herzog Christian, die armen Bürger mit Getreide zu versehen, was besonders auffällig ist, da die Stadt noch am 3. Mai über ansehnliche Vorräthe wenigstens an Roggen verfügen konnte.

Am 6. Juni erschien Tilly mit 8 Regimentern vor Münden, welches damals von 5 Compagnien Fußvolk und 800 Reitern unter dem Oberstlieutenant Clout (Glotte) und der ganzen Bürgerschaft vertheidigt wurde. Die dänische Mannschaft gehörte zum Regiment des Grafen v. Solms.

Natürlich wies der Commandant die Aufforderung sich zu ergeben zurück, worauf Tilly noch in der Nacht Batterien auf beiden Ufern der Werra auffahren ließ. Drei Lager wurden überhaupt um die Stadt aufgeschlagen: in der von den Vertheidigern selbst abgebrannten Vorstadt, die Blume genannt, setzten sich Fürstenberg, Kortenbach und Schönberg fest, ein anderes Lager befand sich am Zusammenfluß der Werra und Fulda, im dritten auf dem Galgenberge commandierte Tilly selbst. Schon am andern Morgen begann die Beschießung, welche fast den ganzen Tag hindurch fortgesetzt wurde. Der Bürgermeister Mengersen befürwortete im Rath einen Vergleich mit Tilly. Allein der dänische Commandant kam dazu und trat diesen Bestrebungen entgegen: er verlangte vom Rath, daß er die Bürgerschaft zum Ausharren ermahnen möchte.

Am nächsten Tage entsendete Tilly abermals einen Trompeter in die Stadt, allein der Commandant erwiderte, daß er sich bis zum Tode vertheidigen werde. Wie es scheint, hat sich derselbe in allzu großer Sicherheit der Schwierigkeiten, welche die unmittelbare Nähe des Flusses einem Sturme entgegen setzte, getröstet. Nach einer andern Nachricht freilich trieb der Commandant die Sache zum Aeußersten, weil er als Ueberläufer aus der Armee des Grafen von Anholt auf keinen Pardon zu hoffen

hatte. Am Morgen des 9. Juni begann Fürstenberg die Beschießung von Neuem und setzte sie bis Abends gegen 9 Uhr aus 15 Geschützen fort: 752 Schüsse soll man an diesem Tage gegen die Stadt gerichtet haben. Am Abend ließ Fürstenberg zwei Regimenter Fußvolk durch die Werra gehen und begann den Sturm. Vergebens setzten sich die Vertheidiger und zwar zuletzt auf dem Kirchhofe zur Wehr; vergebens zog sich endlich der Commandant selbst ins Schloß zurück. Als die Schloßschanze, welche der Hauptmann v. Rheden bis zum Tode vertheidigte, genommen war, starb der Commandant eines freiwilligen Todes von der Hand seines Dieners.[1]

Die erbitterte ligistische Soldateska, welche nach Tillys eigner Schätzung beim Stürmen und im Straßenkampfe etwa 101 M. Tote und 300 Verwundete eingebüßt hatte, während sie nach einem Bericht des Commandanten von Göttingen über 2000 M. verlor, wüthete in der erst nach 11 Stürmen eroberten Stadt mit kannibalischer Grausamkeit; etwa 2500 Personen männliches Geschlechts, Soldaten, Bauern und Schiffer, wurden von dem numerisch so überlegenen Feinde niedergemetzelt. Von den 5 Compagnien der dänischen Besatzung erhielten nur 10 Mann Quartier; von den Bürgern, welche sich zur Zeit der Eroberung in der Stadt befunden hatten, sollen nicht über 30 am Leben geblieben sein.

Daß diese Metzelei nicht auf die Stunden der unmittelbaren Eroberung beschränkt war, erhellt von selbst: sie war die Folge des grausamen Kriegsgebrauchs, nach welchem Fürstenberg die Stadt 24 Stunden der plündernden Wuth der Soldateska Preis gab. Alle Personen, welche über 9 Jahr waren, sind dabei für dem Tode verfallen erklärt worden. — Der Ueberlieferung nach sind von den Bürgern tilly'sche Abgeordnete vor der Belagerung ermordet worden. Wenn dies der Fall wäre,[2] so würde

---

1) Jahn II. 198. Lichtenstein 112. Klopp, Forsch. I. 129. Ungedruckter Brief des Grafen Solms an Christian von Braunschweig. Gött. 2./12. Juni 1625.

2) Es wurde von Havemann, Forschungen I. 408 in Zweifel gezogen. — Der [Berliner Zeitung] No. 25 entnehmen wir noch einen ganz abweichenden Bericht aus dem Eichsfelde vom 10. Juni. „Die in Münden haben mit dem General Tilly accordiert und 3 Compagnien Reuter in die Stadt gelassen, darauf das Gatter vorgeschossen und alle wider gegebene Treu und Glauben niederhauen lassen, welches den Generaln alsbald so verbittert gemacht, daß er alsbald die Stadt stark beschießen lassen und Dinstags den 9. dieses Abends um 9 Uhr endlich erobert und nach Verlust 2000 Mann, weiln sich die Belägerten im Sturm mit aller-

die barbarische Handlungsweise des Feldherrn, welcher sich sonst auf seine Kriegszucht so viel zu Gut that, doch wenigstens noch einen Entschuldigungsgrund haben. Denn wenn auch kein positiver Befehl Tillys oder Fürstenbergs zu dem unmenschlichen Gebahren vorliegt, so trägt die Verantwortung der That doch trotzdem Tilly, von dessen Verfahren selbst Wallenstein mit den dürren Worten an den Kaiser berichtet, daß er alles, was er in der Stadt fand, habe niederhauen lassen.

Der grausigen Katastrophe folgte noch ein Nachspiel, indem am 13. Juni ein Pulverthurm mit 18 Centnern Pulver in die Luft flog, gegen 20 Häuser zerschmetterte und auch mehreren Offizieren und Gemeinen Tod oder Verwundung brachte.

Hunderte von Arbeitern wurden in den nächsten Tagen von Allendorf und Witzenhausen entboten, um die Toten zu begraben oder in die Weser zu fahren und die Spuren der grausigen Metzelei auf Straßen und Plätzen so wie im Innern der Häuser zu tilgen. —

Die furchtbare Waffenthat Tillys verfehlte ihres Eindrucks auch auf Moriz von Hessen nicht. Schon am 17. Juni wurden die Landstände durch Tilly nach Gudensberg entboten, wo der Graf v. Gronsfeld und Oberst Rupp nicht blos die Aufnahme einer Besatzung in die Landeshauptstadt und die Entfernung Günthers, sondern auch die Abdankung des Landgrafen zu Gunsten seines Sohnes Wilhelm forderten.

Die letzte und ärgste Demüthigung gelang es freilich Moriz noch von sich abzuwenden, allein eine Besatzung hat er doch in Kassel aufnehmen und sein ganzes Land seinen bisherigen Gegnern öffnen müssen. Noch schwerer mag freilich auf dem leidenschaftlich empfindenden Fürsten die ihm von Tilly auferlegte Verpflichtung gelastet haben, sich mit seinem treulosen Adel wider auszusöhnen.

In Kassel sollen übrigens den Ligisten reiche Vorräthe und bedeutendes Kriegsmaterial, z. B. mehr als 100 Geschütze, zur Beute geworden sein.[1]

---

hand Sachen tapfer gewehret, mit stürmender Hand eingenommen und dargegen alles so wol Soldaten als Bürger niederhauen lassen." Dieser Bericht enthält nachweislich eine Unrichtigkeit: ein Accord ist nicht geschlossen worden. Von der Niedermetzelung der 3 Comp. erwähnt eine andere Nachricht derselben Zeitung No. 26, welche auf den mainzischen Rath Dr. Oland, der selbst in Münden gewesen war, zurückgeht, nichts (Extract eines Schreibens de dato Heiligenstadt vom 1. Junii a. St.), und auch ein dritter Bericht derselben Zeitungsnummer aus Marburg vom 16. Juni schweigt davon.

1) Villermont, Tilly 204.

Trotzdem hielt der Commandant von Rheinfels und St. Gebhard Johann von Uffeln den wichtigen Rheinübergang noch zwei Monate, bis er ihn endlich 10 Tage vor der Schlacht von Lutter durch ehrenvollen Vertrag[1] dem Landgrafen von Darmstadt auslieferte.

Auf die Mahnung von Wolfenbüttel aus hatte sich Göttingen nach Wallensteins Abzug in besseren Vertheidigungszustand gesetzt und, da die Festung von der Bürgerschaft allein nicht behauptet werden konnte, ihren Landesherrn um eine Compagnie Fußvolk ersucht. Allein die versprochene Verstärkung erschien nicht, und so nahm die Stadt auf eigne Verantwortung die Compagnie des Oberstlieutenants Stats Adrian von Wobersnow ein und brachte sie bei den Bürgern unter. Dazu scheint später noch eine Compagnie gekommen zu sein. Die Stadt hatte also eine sehr geringe Besatzung.

Als jedoch Tilly gegen Ostern Northeim zu belagern begann, bat auch Göttingen in Wolfenbüttel um Hilfe. Da verscheuchte Christian mit einer bedeutenden Truppenmacht (fast 10 Regimenter) den ligistischen General und zog darauf mit 3 Regimentern Fußvolk und 2 Regimentern Cavallerie in die Stadt ein (23. April); einige Tage darauf langten noch 6 Fahnen von Wolfenbüttel an. Der Herzog selbst betrat die Stadt zu Fuß, vor seinem Leibroß, welches durch einen scharfen Freudenschuß verwundet wurde, einherschreitend. Allein auch jetzt hatte der Rath von Göttingen eines alten Privilegs gedacht, welches die Anzahl der Truppen bestimmte, mit welcher ein Landesfürst die Stadt betreten durfte, und hatte den bisherigen Commandanten Georg v. Uslar mit hierauf gegründeten Aufträgen dem Herzog entgegen geschickt. Und als man demungeachtet 5 Regimenter einquartieren mußte, erhob sich natürlich ein gewaltiges Wehklagen und Schreien. Welche Gesinnungen auch jetzt noch in den maßgebenden städtischen Kreisen herschten, mögen wir aus einer Randbemerkung eines Tagebuchs schließen, welches die Vorgänge jener Tage im Einzelnen verfolgt. Der Verfasser desselben, ein göttingischer Notar, begleitet die Verpflegungsordre seines Landesherrn mit den Worten: „Do es mit einem Fürsten so weit kommt, daß er auf seiner Unterthanen Beutel Krieg führen will, so ists mit ihm geschehen.“ Mehrere Amtleute zu Harste, Weende, Mariengarten und Nienover hatten sich geweigert, eine Summe von 7000 Rthlr. aufzubringen, und wurden deshalb nach Göttingen

1) Mercure fr. Bd. 12, S. 689 ff.

in Gewahrsam gebracht. Später wurde ein anderer Bürger, welcher die Einnahme des Kriegsvolks getadelt hatte, da man ja dem Herzoge noch nicht gehuldigt habe, sogar in Eisen gelegt.

Der Herzog ließ die Stadt sofort in Vertheidigungszustand setzen, die blühenden Obstbäume vor den Wällen umhauen, Redouten und Laufgräben namentlich vor dem albaner Thore auf Kosten der Stadt aufwerfen und wollte sich gerade der Pulvervorräthe trotz der Berufung der Stadtbehörde auf die secreta civitatis bemächtigen, als ein Blitzstrahl in den Pulverthurm schlug, welcher eine mit bedeutenden Verheerungen verbundene Explosion veranlaßte. Bei seinem Aufbruche gegen Hessen (10. Mai) ließ der Herzog Infanterie und Gepäck zurück und stellte die Stadt unter die Obhut des Obersten Gourze. Wie geringes Vertrauen auch er in die Zuverlässigkeit der Bürgerschaft setzte, beweist ein besonderer Paragraph der dem Obersten ertheilten Instruction, welcher ihn anwies, sich während seiner Abwesenheit ja der Thore zu versichern, damit ihm die Bürgerschaft keinen Schimpf bereiten könne, und welcher sogar den Fall eines Aufruhrs in Betracht zog.

Nach seiner Rückkehr nahm der Herzog längere Zeit vom 14. bis 25. Mai in der Stadt Quartier. Bei seinem Abzug machte er den Grafen Solms zum Commandanten, welcher hier 5 Compagnien Fußvolk und 3 Compagnien Cavallerie mustern sollte und noch 8 Capitäne auf Werbung gesendet hatte. Dem hinterlassenen Befehl des Herzogs gemäß sollte die Stadt eine Besatzung von 800 M. behalten.

Solms scheint sehr missvergnügt über den schlechten Erfolg seiner Werbungen und die ganz unzureichende Verpflegung in Hessen sowie auch über das Ausbleiben der Löhnung nach Göttingen gekommen zu sein. Hier fand er aber gleichfalls eine ziemlich aufgeregte Bürgerschaft und nur geringes Entgegenkommen: auch die Vorräthe, wenigstens an Hafer waren ungenügend. Schon kurz nach seiner Ankunft entstanden daher Reibereien, welche das Aeußerste befürchten ließen. Schon am Tage nach dem Aufbruche des Herzogs hatte die Stadt die Zügel des Regiments wider ergriffen und bestellte sogar in Gemeinschaft mit den fremden Soldaten durch ihre eignen Bürger die Wachen.. Noch an diesem Abend war die Einquartierung nicht vollendet. Da ließ Solms Alarm blasen und setzte sich in Bereitschaft, dieselbe aus eigner Gewalt vorzunehmen. Er drohte, den Bürgermeister auf den Esel setzen und die Stadt plündern und anzünden zu lassen, und wurde nur mit Mühe durch angesehene Bürger beschwichtigt. Er selbst forderte für seine Unterhaltung wöchentlich 350 Thaler. Als in diesen Tagen eine Fahne Fußvolk von Göttingen nach Münden geschickt wurde, verweigerte auch dies die Auf-

nahme und wies sie nach Göttingen zurück. Und nun drohten die Offiziere noch ein Regiment in die Stadt zu bringen und dann mit der Bürgerschaft „ihres Gefallens zu spielen."

Darauf verhandelte eine Deputation des Raths und der Kaufmannsgilde persönlich mit dem Grafen. Dieselbe wies jede Verstärkung der Garnison über die oben angegebene Höhe hinaus zurück, forderte das Mitbesatzungsrecht der Wachen und zwar zu gleicher Anzahl, da die Mannschaften noch nicht geschworen hatten, das ausschließliche Recht der bürgerlichen Gerichtsbarkeit und besonders auch die Wache in der Vorlaube des Rathhauses. Solms gab hierauf gute Worte und die Dinge schienen einen besseren Verlauf zu nehmen.

Indessen der Graf kam mit seinem Musterungsgeschäft nicht zu Stande; als Münden widerholt um Hilfe nachsuchte, gestand man sich in Göttingen, daß mit dem elenden unversuchten Volke nichts auszurichten sei. Und doch war dem Grafen Solms auch die Oberaufsicht über Münden und Northeim aufgetragen. Selbst die Gelegenheit, feindliche Parteien mit ihrer Beute, welche vor der Stadt vorüberzogen, aufzubringen, ließen sich die Mannschaften entgehen: „die Soldaten knippelten mit einander auf dem Walle gleich den Kindern, als sie denn auch guten Theils waren, die andern aber, so etwas erwachsen, hatten ihren Scherz mit den mitgenommenen Huren oder trieben doch sonsten Muthwillen, gestalt denn auch von diesem Volk die Thürme an den Wällen dermaßen verderbet und desolieret, daß es ein Greuel anzusehen gewesen."

Und als am Pfingstmontag der Graf v. Solms sich wirklich zur Entsendung zweier Compagnien nach Münden bereit erklärte, wenn die Stadt gleichfalls einige Hundert Bürger hinzufügen würde, wurde dies Begehren als ein „unkeusches Anmuthen" zurückgewiesen, „sintemal Bürger aus der Festung zu schicken und dagegen elende Stümper mit Huren und Jungen darin zu lassen, ein unbedachtsam Ding wäre."[1]

Dieses ungemusterte und zum größten Theil noch unbewehrte Volk begleitete ein großer Troß, welcher gleichfalls leben wollte. Es waren allein über „300 Huren- und Jungengesindlein" mit diesen Truppen in die Stadt gekommen. Wer möchte es da derselben verdenken, daß sie den Herzog statt dieser Truppen um einige Hundert guter Musketiere und geschworner Soldaten, welche eine Fahne bei sich hätten, und um eine Compagnie geworbener Reiter ersuchte? Mit solchen Truppen wollte sich die Stadt vertheidigen wie Münden und Gut und Blut für das liebe Vaterland aufsetzen.

1) Diarium I. Bl. 82b.

Allein diese Stimmung wurde bald von einer weniger zuversichtlichen und aufopferungsvollen verdrängt. Bald konnte man hören, man ziehe es vor, den König mit seiner Armee selbst in der Stadt zu haben, dann wollte man gern alles thun. Die Stadt beschwerte sich mit heftigen Worten bei dem Commandanten, welcher sie wider an Herzog Christian wies. Solms selbst aber beklagte sich (am 4. Juni) bei diesem über die schlechte Aufnahme seiner Soldaten, welche man nach seinem Einrücken wie Hunde auf der Gasse habe liegen lassen, denen die Bürger, als sich der weise Rath ihrer erbarmte, die Häuser versperrten und mit Waffengewalt drohten. Noch lag ein Theil derselben auf der Gasse und aß sein Bettelbrot, obwol oder vielleicht auch weil die Pest bereits unter ihnen ausgebrochen war.

Graf Solms war ein ausgezeichneter Offizier, vom höchsten militärischen Ehrgefühl beseelt, aber jung, leidenschaftlich und hochfahrend gleich dem Herzoge, dem er diente. Dieser selbst scheint ihm empfindliche Beweise seiner Unzufriedenheit gegeben zu haben, auf welche er mit einem Worte antwortete, wie man es nicht leicht wider in den Correspondenzen dieser Offiziere finden wird: „Suche ich Vortheil, so erkenne es ja Gott, der gebe, daß E. F. G. Ihre Diener recht erkennen. Je schwerer es mir wird, bei Deroselben recht erkennt zu werden, je beständiger, ob Gott will, es sein soll. Wer weiß, ob Gott nicht Glück gibt um eines Herzen willen, das ihn von Herzen ehret und fürchtet, doch alles in Unvollkommenheit. Gott ist allein gerecht und seine Gerichte unerforschlich." Indessen konnte sich der leidenschaftliche Solms die Neigung der Bürgerschaft trotz seiner hervorragenden Eigenschaften so wenig gewinnen, daß er sich von der Mehrzahl geradezu der Conspiration mit dem Feinde versehen mußte. Man drohte ihm, wenn der Feind zu einem Thore einzöge, würde man ihn zum andern hinausjagen. Den Kaufleuten und Hansebrüdern legte Solms endlich eine Anzahl von Forderungen vor, von denen einige heut zu Tage auch der liberalste Stadtcommandant unter so schwierigen Verhältnissen als ganz unerläßlich bezeichnen müßte. Er wünschte ferner ein Verzeichnis der bei den Bürgern einquartierten Jungen und Huren, um dieselben sofort aus der Stadt zu treiben, verbat sich aber Redensarten wie die, daß man lieber tilly'sch, als braunschweigisch sein wolle. Dem gegenüber erhob auch die genannte Gilde ihre Ansprüche: sie forderte die Aufsicht über die noch vorhandenen Pulvervorräthe, Ausschaffung der Frauenspersonen, welche nicht eidlich erhärten konnten, daß sie Ehefrauen der Soldaten seien, die schleunige eidliche Verpflichtung und die Einübung der Soldaten u. a. Mehr als auf die Bürgerschaft vertraute Solms auf den Bürgermeister und den Rath.

Indessen die allgemeine Stimmung erschien ihm doch so bedenklich, daß er in demselben Briefe (vom 12. Juni), in welchem er Christian IV. das traurige Schicksal Mündens mittheilte, auch um seine Abberufung anhielt.[1]

Der König entsprach der Bitte des Grafen und belegte Göttingen nun mit 5 Compagnien Fußvolk unter dem dänischen Capitän-Major David Tonnies und mit einer Compagnie Reiter unter dem Rittmeister Friedrich Moriz v. Uslar. Doch führte Tonnies den Oberbefehl auch über die letztere. Ein Cavalleriecorps von 3000 M. hatte die neue Besatzung nach Göttingen geleitet und nahm die abziehende in ihre Mitte. Mit der neuen Garnison scheint auch ein frischer Muth in die Stadt eingezogen zu sein, obwol dieselbe die Trauerkunde von dem Ableben des Herzogs Christian mitbrachte. Schon an demselben Abend zeigten sich jedoch die Feinde vor den Thoren der Stadt. Wenige Tage darauf verpflichteten sich alle Stände, Soldaten, Bürger und Bauern, nebst dem Rathe mitten auf dem Markte durch einen Eidschwur zu energischer Vertheidigung.[2] Tilly forderte zuerst eine Summe Geldes unter dem Vorwande, Göttingen verschonen zu wollen, dann aber und zwar von Münden aus die Einnahme einer Garnison. Er bediente sich einer verständlichen Drohung: man werde ihm im Weigerungsfalle nicht verdenken können, wenn er gleichfalls die scharfen Gewaltmittel wie in Münden zu gebrauchen sich gemüßigt sehen sollte.

Trotzdem daß Wallenstein seine Unzufriedenheit mit der Belagerung dieser Städte laut kund gab, ließ sich der General nicht davon abbringen. Er wollte vor einer Vereinigung mit Wallenstein mit Göttingen und Northeim aufräumen, um sich den Rücken zu sichern. Fürchtete er doch auch einen Aufstand in der Wetterau und im Westerwald, wo er seinen eignen Worten nach so sehr verhaßt war.

Die Einschließung der Stadt begann in der zweiten Juliwoche. Truppentheile, welche die Eroberung und das Blutbad von Münden mit durchgemacht hatten, sollten nun auch vor Göttingen die Probe ihrer Tapferkeit ablegen. Zuerst lagerten sich die Ligisten zwischen Grone und der Walkmühle, gingen aber bald, um aus dem Bereich der städtischen Artillerie zu kommen, bis nach Rosdorf und Mengershausen zurück. Tilly

---

1) K. G. A. in Kop. H. A. in Wolfenb. LVIII. 1. Die Kriegsangelegenheiten Herzogs Christian de a. 1626 Jan. bis Juni.

2) Zeit- und Geschichtsbeschreibung der Stadt Göttingen I. 187 ff. und Havemann, Göttingen während des dreißigj. Kr. (Archiv des h. Ver. f. Niedersachsen 1848 S. 105 ff.) Diarium Gottingicum Bd. 1.

selbst war in Münden zurückgeblieben und langte erst am 10. Juli im Lager vor der Stadt an. Bis dahin stand das Belagerungscorps unter dem Commando des Grafen Philipp v. Fürstenberg. Dieser hatte offenbar darauf gerechnet, daß das Beispiel Mündens Göttingen zur rascheren Uebergabe veranlassen würde. Er ertheilte in seiner Aufforderung vom 13./23. Juni nur 5 Tage Bedenkzeit.

Die Belagerung zog sich jedoch über Erwarten lange hin. Obwol der Feind der Stadt das Wasser hatte abgraben lassen und dadurch die Schrecknisse der Pest vermehrte — es starben an einigen Tagen 50 bis 60 Personen —, blieb Besatzung und Bürgerschaft standhaft. In den ersten Wochen war die Einschließung eine sehr mangelhafte; am 13. Juli wurde der erste Mann auf dem Walle getötet. Auch Göttingen war angefüllt von flüchtigen Landleuten, welche zum Theil natürlich ihr Vieh mit in die Stadt gebracht hatten. Allein viele derselben fanden innerhalb der Mauern keine Zufluchtstätte mehr, sondern mußten sich längst derselben Hütten errichten, um sich und ihre Habe nur nothdürftig zu bergen. Als nun weder Futter noch Wasser mehr in hinreichender Menge für das Vieh vorhanden war, und man selbst zu Strohdächern seine Zuflucht nehmen mußte, fiel dasselbe haufenweise vor Hunger und Durst. Nun konnte man aber die Thierleichen nicht rasch genug wegschaffen, und der Gesundheitszustand verschlimmerte sich, so daß besonders von den Landleuten sehr viele erlagen.

Indessen hoffte man doch mit Zuversicht auf den vom Könige versprochenen Entsatz. Am 10. Juli hatte ihn derselbe nicht nur der Stadt, sondern auch dem ganzen Lande nochmals in Aussicht gestellt. Er verwies die Bürgerschaft auf die Aufstände in den kaiserlichen Erblanden und auf das Heer, welches er selbst gegen die letztern entsendet hatte. Indessen mußte die Stadt doch auch aus diesem Briefe entnehmen, daß die Pläne des Königs sein sofortiges Eingreifen noch nicht gestatteten, weil er seiner Reiterei zu einer andern Unternehmung bedurfte.

Als Tilly 300 Bergleute vom Harz herbeiholte, um einen Stollen zu graben, ließ der Commandant den letztern sprengen, so daß eine große Anzahl derselben unter dem Schutt begraben wurde. Auch ein Schreiben Tillys, in welchem er unter Beifügung der Abschrift eines Briefes Christians IV. ihre Hoffnung auf Entsatz als eine vergebliche bezeichnete, erschütterte den Muth der Belagerten noch nicht, obwol sich allmählich der alte Zwist zwischen der Vertheidigungsmannschaft und den Bürgern abermals erhob. Die dänischen Offiziere klagten über die Lässigkeit der Einwohner in der Vertheidigung der Stadt, und diese beschwerten sich über die Unbotmäßigkeit und die hohen Ansprüche der Soldaten.

Und so fand denn ein neues Schreiben des Königs (23. Juli/2. Aug.), in welchem er seine Ankunft widerum erst in 8 bis 10 Tagen zusagte, keinen rechten Glauben mehr, obwol es von dem Abmarsch Wallensteins Meldung machen konnte. Die Leiden der Belagerung hatten jede Hoffnung auf Erfolg schwinden lassen, der Tod des Herzogs Christian die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Trennung Friedrich Ulrichs von Christian IV. erhöht. Die Laufgräben waren ferner bis unmittelbar an den Wall vorgeschoben: es kam vor, daß Soldaten vom Walle mitten in die Feinde herabstürzten. In den ersten Tagen des August besonders am 3. und am 6. wurde die Stadt ungewöhnlich lebhaft beschossen. Mit Mühe hatte man am 10. August einen Sturm zurückgeschlagen: ein höchst wirksames Geschützfeuer hatte schließlich die Colonnen, welche bereits im Begriff standen, den Graben zu überschreiten, zur Rückkehr gezwungen. Eine hierbei gelegte Bresche zwischen dem albaner und dem weender Thore und die Erinnerung an Tillys Drohungen mochte die Bevölkerung wie die Besatzung noch eindringlicher an das Schicksal Mündens erinnern, falls man den Widerstand bis zum Aeußersten fortsetzen würde. Außerdem hatte der Rath dem Commandanten von der Erschöpfung der Pulvervorräthe Meldung gemacht, was sich später freilich als unrichtig herausstellte.

Alle diese Gründe und vielleicht noch der Wunsch, dem Könige die Besatzung zu retten, mögen zu dem Entschlusse des Commandanten, die Vertheidigung einzustellen und Verhandlungen mit dem Feinde anzuknüpfen, beigetragen haben. In Folge eines Vertrags[1] verließ dann die dänische Besatzung am 12. August mit allen militärischen Ehren und unter dem schützenden Geleite der Feinde die Stadt, welche darauf von 5 Compagnien des Obersten Blankhart im Namen des Kaisers besetzt wurde. Tilly selbst hielt am 13. August seinen Einzug. Sechs Wochen und sechs Tage hatte die Stadt die Belagerung erduldet: nun aber traten die neuen Forderungen, die Verpflegung der Truppen und die Contribution an die Führer, von denen Tilly Anfangs 100,000, später 17,000, Fürstenberg 6000 Reichsthaler in Anspruch nahm, an die geringe Opferwilligkeit der Bürger heran.

Auch die Plünderung blieb der Stadt nicht ganz erspart: gegen 4000 Thaler Verlust erlitt hierbei allein die Familie v. Hanstein, deren bewegliche Habe in dem Hause eines Bürgers niedergelegt war. Tilly ließ natürlich die Bürgerschaft dem Kaiser sofort huldigen und dann

1) Im Mercure fr. Bd. 12. 675. befindet sich der Text desselben, der aber auffallender Weise den Oberstlieutenant Lohausen als Gouverneur und den 11. April als Tag des Abzugs bezeichnet.

entwaffnen. Er erwies sich, noch überdies durch die Aufhetzereien des ehemaligen Landdrosten Wobersnow gereizt, dem Rath gegenüber sehr ungnädig und fragte z. B. einen Rathssecretär, ob er der Verfasser eines Schreibens sei, welches ihm auf seine Bitte an den Rath um Verabfolgung von Bier auch einen Trunk Wasser verweigert habe, und drohte, an Göttingen ein Exempel statuieren zu lassen, an welchem andere muthwillige Rebellen einen Abscheu haben sollten.

Ein besonderer Vertrag zwischen Tilly und der Stadt ist nicht geschlossen worden: die Kaiserlichen forderten vielmehr die Uebergabe auf Gnade und Ungnade. In den confessionellen Verhältnissen brachte der Einzug der Kaiserlichen zunächst keine Aenderung hervor: nur unterließen es die protestantischen Prediger freiwillig, das lutherische Kernlied „Erhalt uns Herr bei Deinem Wort" nach der Predigt singen zu lassen. Erst als die Schaaren der Bettler im nächsten Jahre das Lied öffentlich auf den Gassen erschallen ließen, fand es auch wider Aufnahme in die Kirche.[1]

Der Sieg des Grafen Fürstenberg bei Nössing.

Auf die Capitulation Göttingens hat auch jedenfalls eine neue für die Dänen ungünstige Waffenentscheidung eingewirkt. Denn der König hat, nachdem ihm Wallensteins Aufbruch gesichert erschien, in der That einige Anstrengungen zur Entsetzung der Stadt gemacht, sich aber vor derselben zunächst den Rücken decken und die beträchtlichen vorgeschobenen feindlichen Streitkräfte an der Leine und Innerste aufschlagen wollen.

Diese Bewegung schien anfangs zu glücken. Am 13./23. Juli nahmen die Dänen unter persönlicher Führung des Königs das nordwestlich vor Hildesheim gelegene Schloß Steuerwald ein und wendeten sich von da gegen die Veste Calenberg, die man einzuschließen begann. Der König hatte indessen dieses Corps nicht weiter begleitet, sondern sich von Steuerwald nach Braunschweig zurückbegeben, wahrscheinlich um dem Gros seiner Armee näher zu sein.

Während nun die Dänen Calenberg einschlossen und auch das südwärts von Hildesheim gelegene feste Haus Marienburg belagerten, hatte Tilly von Göttingen aus dem Grafen Fürstenberg Befehl zum Entsatz Marienburgs ertheilt.

Mit einer nicht unbedeutenden Streitmacht brach derselbe von Alfeld an der Leine auf, erfuhr aber während des Marsches die Belagerung

1) Diarium Gott. I. Bl. 122 a.

Calenbergs und wendete sich nun, da Marienburg überdies von dem wallensteinischen Obersten de Fours entsetzt worden war, gegen dieses. Auf dem Marsche dahin stieß auch de Fours noch zu ihm. Am 27. Juli langte Fürstenberg in der Nähe des links an der von Hildesheim herführenden Straße gelegenen Dorfes Rössing vor Calenberg an und sah den Feind mit bedeutenden Cavalleriemassen gegen sich anrücken. Graf Fürstenberg beschloß nach kurzer Berathung mit seinen Offizieren den Kampf anzunehmen und übergab die aus 10 Reiterfähnlein bestehende Vorhut dem Obersten de Fours, welchem Oberst Erwitte mit 17 Fähnlein folgte. Das Mitteltreffen bildeten 6 Fähnlein Küraſſiere und das Fußvolk: in der Nachhut standen kortenbachische und kronbergische Reiterschwadronen. Im Ganzen waren es nach Fürstenbergs eignem Bericht etwa 31 oder 32 Reiterfähnlein, welche die Katholischen in das Feld führten. Vor dem Beginn des Gefechts hatte Fürstenberg noch den Befehl ertheilt, die Feinde zuerst schießen zu lassen und dann aus allernächster Nähe das Feuer mit Pistolen zu erwidern. Auch die Arkebusiere sollten sich zuerst der Pistolen bedienen.

Die dänischen Truppen unter der Anführung des Obersten Konrad Nell bildeten zum großen Theil die Cavallerie des verstorbenen Herzogs Christian von Braunschweig: es waren die Regimenter Conrad Nell, Leo Freitag, Rheingraf, Graf Solms, Nerpracht und Courville, insgesamt 47 Compagnien oder nach einer wol etwas zu hohen Schätzung gegen 7000 Pferde[1] stark.

Bis auf Pistolenschußweite ließ Fürstenberg in der That die feindlichen Reiter heranrücken. De Fours erzählt selbst, daß die dänische Vorhut von 3 Schwadronen etwa eine halbe Stunde lang 50 Schritte weit von ihm zur rechten Seite gehalten habe. Endlich aber griffen 14 dänische Fähnlein 5 Compagnien ligistischer Küraſſiere vom Regiment Kortenbach an. Mit dem Feldgeschrei Maria, Franziskus stürzten die katholischen Schaaren in den Kampf. Das Gefecht ward ein sehr hitziges und löste sich in Einzelkämpfe auf: auch de Fours war eine Zeit lang vollständig von den Feinden umringt. Allein eine Flankenbewegung Fürstenbergs brachte, wie es scheint, die Dänen zum Weichen. Noch zweimal erneuerten

1) Ungedruckter Brief des Gen. Jacob Ludwig v. Fürstenberg an Tilly vom 27. Juli und das bei Decken I. 368 ff. sich findende Schreiben des Obersten de Fours an den Oberstlieutenant de la Nourriere (Delanoriere) so wie die Briefe Tillys vom 21. u. 30. Juli bei Villermont, Tilly S. 734 ff. — Wenn freilich die 47 Fähnlein aus je 150—180 Pferden bestanden haben und die Infanterie aus drei Regimentern, und die Anzahl der Fähnlein richtig ist, würde die Stärke der Dänen noch bedeutender gewesen sein.

die letzteren ihren Angriff, wurden aber jedes Mal zurückgeworfen. Und darauf entschloß man sich zum Rückzug. Leo Freitag, ein alter Waffengefährte des Herzogs Christian, blieb mit 200 bis 300 Toten auf dem Platze: gegen 500 Verwundete wurden in die Lazarethe nach Wolfenbüttel gebracht. Fürstenberg aber verfolgte die dänischen Regimenter mit seiner Cavallerie bis über die Leine, ja sogar bis über Hannover hinaus. Einen Tag und zwei Nächte hielten die Dänen jenseit Hannover und der Leine in Schlachtordnung. Fürstenberg ertheiltie seiner Cavallerie das höchste Lob, hatte aber auch ein ehrendes Wort für Gronsfeld und seine Infanterie.

Der obersächsische Kreistag von Leipzig.

Es ist schon oben darauf hingewiesen worden, daß man damals auf Seiten der Katholischen der Meinung war, die Bewaffnung der thüringischen Herzöge geschehe der allgemeinen protestantischen Sache zum Besten, und Herzog Wilhelm namentlich suche den Anschluß dieser Truppentheile an Dänemark herbeizuführen. Um zu entscheiden, wie weit den Plänen Wilhelms nach dieser Richtung hin Raum verstattet wurde, müssen wir noch hinzufügen, daß derselbe auch bemüht war, den Kurfürsten von Sachsen umzustimmen.

Er entsendete zu diesem Behufe seinen Bruder Bernhard über Leipzig nach Colditz mit einem Schreiben, in welchem er Johann Georg die Bitte nahe legte, als Kreisoberst nun endlich Maßnahmen zu treffen, um dem Ruin aller Stände zuvorzukommen. Hierauf bezügliche Unterredungen, welche Bernhard in der dritten Maiwoche n. St. zu Colditz mit dem Kurfürsten gepflogen hat, und welche wol die Berufung eines Kreistages und die Errichtung einer Defensiv-Verfassung zum nächsten Zweck hatten, waren jedoch wenigstens mit keinem augenblicklichen Erfolge gekrönt.

Einen andern Kreisobersten hätte vielleicht gerade in jenen Tagen ein neuer militärischer Gewaltact zu energischen Gegenmaßregeln angetrieben. Friedland erließ damals den Befehl an die Grafen von Barby, seinen Feldmarschall Marradas in die Stadt Barby, welche bereits von schlick'schen Truppen besetzt war, aber eine kursächsische Sauvegarde besaß, aufzunehmen. Die beiden Grafen weigerten sich mit der Versicherung, daß ihre Aemter und Unterthanen bereits 50,000 Thlr. zugesetzt hätten. Da jagte ein Capitän v. Fünfkirchen Johann Georgs Sauvegarde mit Gewalt von den Thoren und drang darauf in die Stadt ein. Johann Georg richtete nun natürlich eine außerordentlich heftige Beschwerde an Friedland. Er wollte eine derartige Behandlung als einen Act offener Feindseligkeit

betrachten und vermochte nicht einzusehen, daß „ein solches, und daß man uns als einen Kurfürsten des Reichs und Freund also tractiert, mit den kaiserlichen Syncerationen übereinstimme.“ Er begehrte durch den Trompeter Bescheid darüber, ob die ihm und dem obersächsischen Kreise gegebenen Versprechungen gehalten werden sollten oder nicht, um sich darnach zu richten, und fügte die eigenhändige Mahnung an Wallenstein hinzu, „die kaiserlichen, mit eigner Hand gethanen syncerationes besser in Acht zu nehmen, es möchte sonst einmal der Undank über E. L. ausgehen.“ [1] Unmittelbar darauf begab sich der Kurfüest nach Wittenberg und besichtigte die Festung. Friedland erwiderte jedoch Johann Georg ziemlich kalt, er wisse ja, daß nicht er, der General, sondern der Feind das Volk in den obersächsischen Kreis zu führen begonnen habe, und daß er demgemäß zum Widerstand gezwungen sei. Trotz der thatsächlichen und handgreiflichen Unrichtigkeit dieser Behauptung zog Johann Georg die Consequenz, welche sich auch für ihn aus derselben ergeben mußte, nicht. Er blieb ein theilnahmloser Zuschauer der Dinge, welche sich um ihn ereigneten, ohne zu ahnen, daß dieselben die thatsächlichen Verhältnisse Nord- und Mitteldeutschlands, auf denen doch auch das Bestehen und die Weiterentwickelung Kursachsens beruhten, vollständig umgestalteten.

Die Greuelthaten Merodes in Thüringen veranlaßten später allerdings ernstere Erörterungen zwischen Johann Georg und Wallenstein, welche anfangs zu einem Bruche zu führen schienen. Der Kurfürst ließ durch den Hauptmann von Sangerhausen Barth dem General Ende Juni sehr ernste Beschwerden überreichen. Dieser sprach nun zwar sein Bedauern aus z. B. über die Besetzung des obersächsischen Kreises und über die Tötung des Pfarrers zu Brücken; er versprach ferner Ersatz des Raubes, dessen sich die merodischen und wittenhorstischen Reiter schuldig gemacht hatten; auch Marradas sandte ein höfliches Entschuldigungsschreiben wegen der wittenhorstischen Reiterei: allein eine Hoffnung auf die gänzliche Befreiung des Kreises vom Kriegsvolke, was ja der sehnsüchtigste Wunsch der bisher neutralen Stände sein mußte, ließ sich aus all dem nicht entnehmen. Berief sich doch Wallenstein geradezu darauf, daß seine Gegner mit der Besetzung des Kreises den Anfang gemacht, und daß sie noch mehr Unthaten in demselben verübt hätten, als er und sein Volk selbst.

Da gewann es doch endlich den Anschein, als ob diese bisher neutralen Mächte des mittleren Deutschlands Partei ergreifen wollten. Schon längere Zeit hatte der Kurfürst von Brandenburg einen obersächsischen Kreistag

1) Der Kurfürst an Friedland, Torgau 20./30. Mai. K. G. St.-A. in Dresden. Loc. 9207. Buch 50.

beantragt: allein Johann Georg hatte sich noch nicht zur Berufung desselben verstehen können. Und nach dem Einrücken Mansfelds in die Mark war natürlich ihm so wie auch den übrigen obersächsischen Ständen eine Entscheidung noch schwieriger geworden. Wie nun, wenn Wallenstein auf einem solchen Tage ganz ähnlich wie Tilly im Jahr 1623 den niedersächsischen Ständen gegenüber mit Energie darauf gedrungen hätte, den Parteigänger der auswärtigen Mächte entweder aus eignen Kräften oder mit seiner Unterstützung aus dem Kreise zu entfernen? Und konnte man überhaupt nach der Wegnahme der beiden sächsischen Stifter und dem Einbruch in Thüringen noch wagen, feindselig gegen Kaiserliche und Ligisten aufzutreten? Wagte das der König von Dänemark? Kurz man erklärte es geradezu für unmöglich, den von allen Seiten anstürmenden Kriegsbedrängnissen mit Gewalt zu begegnen. Auf einem Münzprobationstage zu Leipzig, den Brandenburg nicht einmal beschickte, vereinigte man sich daher nur zu Bittgesuchen an den Kaiser, den König von Dänemark und an Friedland.

Allein das Drängen der anhaltischen Fürsten, welche durch Dietrich v. Werder ihre Beschwerden dem Kurfürsten noch besonders unterbreiten ließen, und des Kurfürsten Georg Wilhelm veranlaßten Johann Georg schließlich doch zur Einberufung des Kreistags.[1] Derselbe tagte in Leipzig vom 9.—15. Aug. (n. St.), also in jenen entscheidungsvollen Tagen, wo Wallenstein Schlesien zuzog, und Tilly sich zum Kampfe gegen Christian IV. anschickte.

So sehr nun auch die Meinungen der Stände aus einander gingen, so drängten doch die meisten auf Errichtung von Landwehren zum Schutz gegen die durchziehenden Truppen, und einige arbeiteten sogar auf eine Vereinigung derselben zu gegenseitiger Sicherung vor Gefahr und Gewalt hin. Altenburg ging vielleicht im Betreiben so energischer Maßregeln am weitesten: man sollte einen gewissen Schluß machen, damit man einem Aufstande des gemeinen Mannes zuvorkäme, sich über eine Vereinigung vergleichen und den Kaiser mit dem Bemerken von derselben in Kenntnis setzen, daß sie einzig und allein die Vertheidigung zum Zweck habe. Koburg und Eisenach bezeichneten als das letzte Mittel ein Aufgebot des Landvolks im ganzen Kreise, um den Durchzügen zu begegnen oder die Truppentheile wenigstens mit starkem Geleit durchzuführen, wie einst der Markgraf Johann Ernst 8000 Kroaten mit 400 Pferden durch sein

1) Der Abschied ist vom 5./15. August. Die Darstellung folgt den Acten des K. G. St.-A. in Dresden. Loc. 9209. Bd. 60. Vgl. dazu die von Krause Bd. I. 707 ff. mitgetheilte Relation.

Gebiet gebracht hatte. Dagegen erklärte Schwarzburg eine Generalverfassung für unmöglich aus Geldmangel,[1] und eine Sonderverfassung mit der Verpflichtung der einzelnen Stände zur gegenseitigen Unterstützung im Nothfall für allein ausführbar. Dessen ungeachtet aber befürwortete es schleunige Mittel, sonst müßte man sich „einer Totalcommotion" versehen. Wie Schwarzburg sprach sich auch das Grafenhaus von Barby aus, während sich Schönburg „vorigen votis" accommodierte und eine Defension von Landvolk beantragte.

Ein ganz ausführliches politisches Programm stellte Anhalt auf. Sein Ziel war ein allgemeiner Friede im römischen Reiche oder zum wenigsten ein Waffenstillstand. Dieses Ziel gedachte es durch eine feierliche Absendung an den Kaiser zu erreichen, welche die Abführung des Kriegsvolks, die Rückgabe der Pässe an den Kreis und kaiserliche Befehle an die Generäle zur Verschonung der einzelnen Territorien durchsetzen sollte. Die Aufstellung einer Kreisarmee zur Vertheidigung gegen Gewalt wurde auch von ihm befürwortet. Pommerns Votum enthielt einen augenfälligen Widerspruch. Es verlangte mit Nachdruck, daß man weiteren Einbrüchen Waffengewalt entgegenstelle, „denn man habe nun lange genug zugesehen, das Unwesen habe ins 9. Jahr gewährt, es sei weder vor Gott, dem Reich, Kaiserlicher Majestät noch der lieben Posterität verantwortlich, daß man die armen Unterthanen also länger ohne Schutz lassen wolle."[2] Und trotzdem glaubte es in einer Amnestie, zu welcher man Ferdinand II. durch eine Gesandtschaft, oder falls dieses Mittel zu kostspielig sei, durch Schreiben bewegen könnte, das richtige Heilmittel zu finden.

Auch Brandenburg hoffte trotz des Scheiterns der braunschweigischen Verhandlungen noch zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen. Seine Gesandten, Ludwig v. Börstel und Dr. Petrus Fritze, beklagten sich hier über die Bedrängnisse durch die Mansfelder in der bittersten Weise.

Die kursächsischen Eröffnungen gaben freilich allen diesen Hoffnungen und Vorschlägen gegenüber geringen Trost. Johann Georg ließ erklären, daß gegen die undisciplinierte Soldateska weder seine Einsprache und Verwendung noch kaiserliche Mandate helfen würden. Er bezeichnete beides, die allgemeine Kreisverfassung und die besondere Landesbewaffnung, für gleich unausführbar und zwar ebenfalls aus Mangel an den erforderlichen Mitteln, und war weit davon entfernt, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Er bezweifelte ferner die Geneigtheit der einzelnen Stände,

1) Anders bei Krause I. 721.
2) Krause I. 719.

ihr Aufgebot über die engeren Landesgrenzen hinauszuschicken, und fand das einzige passende Mittel, um zu einer Erleichterung zu gelangen, in einem schriftlichen Gesuch an den Kaiser.

Am 2./12. August hatte ein kaiserlicher Bevollmächtigter, Graf Heinrich Reuß, mit zwei andern östreichischen Diplomaten, Friedrich v. Minkwitz und H. Rüdiger v. Rüdingen, Audienz. Derselbe hob vornehmlich die Beziehungen der auswärtigen Mächte, wie sie sich schon bei den braunschweigischen Verhandlungen gezeigt hatten, und sogar des Türken zu Christian IV. und der von ihm geführten Partei hervor und bezeichnete als Zweck der ganzen Kriegsunternehmung der Gegenpartei, das Haus Habsburg völlig zu ruinieren und „das römische Reich in das vorlängst eingebildete Modell" zu gießen, d. h. also wol eine Einigung der Reichsstände, an welcher das habsburgisch-östreichische Haus keinen Theil mehr haben sollte, herbeizuführen. Seine Forderungen waren Unterstützung des Kaisers, Vertreibung Mansfelds und Versicherung der norddeutschen Küsten. Man glaubte also den Versuch wagen zu können, mit Hilfe des obersächsischen Kreises auch den noch übrigen Theil Norddeutschlands in Kriegszustand zu versetzen. Das wiesen aber die Kreisgesandten einstimmig von der Hand.

Mit gleicher Lebhaftigkeit und zum Theil in recht drastischen Ausdrücken erwehrten sie sich auch des Ansinnens einer Verfolgung Mansfelds, der bereits in Schlesien angekommen war. Koburg und Eisenach gaben die Erklärung ab, wenn man sich gleich in Verfassung stellen wollte, sei es doch nicht zu rathen, die Truppen Mansfeld „ins weite Lerchenfeld" nachzuschicken. Und auch das Directorium erwiderte, es sei zu spät, Mansfeld befinde sich dem Gerücht nach schon in Böhmen.

Und so lautete denn der Bescheid des Kreistags auf die kaiserlichen Propositionen im Wesentlichen ablehnend. Allerdings ertheilten die Stände dem ganzen Verfahren des Kaisers eine Art Indemnität: man hielt die Maßnahmen Ferdinands II. den außerordentlichen Vorgängen gegenüber für entschuldigt; allein man bat denselben auch um Abführung des Kriegsvolks sowie um die Vorbereitung eines allgemeinen Reichsfriedens und versicherte ihn zugleich, daß man „die Meerkanten oder Meerporten" selbst sichern werde und könne. Eine Bewaffnung der einzelnen obersächsischen Stände zu defensiven Zwecken sollte gestattet sein, die Vereinigung aber der verschiedenen Truppentheile einem andern Kreistage vorbehalten bleiben. Allein man nahm dieses Recht der Vertheidigung nicht nur gegen Durchzüge, Einquartierungen und Plünderungen, sondern auch gegen Contributionen und andere Beschwerden wider das Kriegsvolk in Anspruch.

Man wollte sich also in die Verfassung einer bewaffneten Neutralität stellen, um vor der Hand gegen beide Parteien Front machen zu können. Da man schon damals angenommen haben wird, daß Christian IV. nach einem Siege seinen Marsch durch Thüringen auf Baiern richten werde, hätte sich diese neutrale Bewaffnung eventuell gerade gegen die protestantische Partei zuerst erproben können. In der That freilich ist dieselbe vollständig wirkungslos geblieben.

Achtes Buch.

Von der Schlacht bei Lutter bis zum Schluß des Jahres 1626.

Wallensteins Vorbereitungen zum Aufbruch nach Schlesien.

Schon Anfang Juli sammelten sich im Anhaltischen um Dessau und Zerbst Friedlands Regimenter. Auch Merode, über welchen so viele Klagen bei dem Herzoge eingelaufen waren, wurde zum 25. Juli n. St. zu Friedland nach Dessau beschieden, wo sich gegen 30,000 M. vereinigen sollten. Allein der wirkliche Aufbruch verzögerte sich noch fast zwei Wochen. Friedlands Hauptquartier befand sich während der letzten Tage seines Aufenthalts noch im Monat August in Zerbst. Die militärische Oberleitung des Ganzen lag in Marradas' Händen, neben welchem der General der Artillerie Graf Schlick, der Generalquartiermeister de Medicis und der Generalproviantcomissarius Tschernin die höchstgestellten Offiziere sind. Als besonderer kaiserlicher Bevollmächtigter (Assistenzcommissarius) begleitete das Heer Reinhard v. Walmerode.

Am 18. Juli hatte sich Wallenstein mit Tilly in der kleinen Stadt Ellrich bei Nordhausen persönlich über die diesem zu überweisenden Verstärkungen verglichen. Dieselben waren nach Tillys Urtheil nicht ausreichend, obgleich sie 60 Comp. Fußvolk und 25 Comp. Reiter ausmachten. Auch die Beschaffenheit derselben, namentlich der lüneburgischen Infanterie, genügte dem ligistischen Feldherrn nicht vollständig.[1]

Eben so wichtig aber war es, die Stifter gegen jede Gewalt von Außen so wie gegen Beunruhigungen durch Aufstände zu sichern

---

1) Tilly an Max. Feldlager vor Göttingen am 21. Juli. K. R.-A. in München.

Wallenstein übergab zu diesem Behuf das Commando in beiden Stiftern vorläufig dem Obersten Aldringer, der nicht nur die halberstädtischen und erzstiftischen Territorien, sondern auch die Grafschaft Regenstein besetzt hielt. Nöthigen Falls konnte derselbe de Fours und auch Tilly zu seiner Unterstützung heranziehen, doch sollte bei einer derartigen Vereinigung das Obercommando an de Fours als ältesten Offizier übergehen. Dieser nun hatte mit Abtheilungen seines eignen Regiments, ferner mit Cerbonis und Colloredos Schaaren und den altsächsischen Reitern die Grafschaften Hohnstein, Regenstein und Stolberg zu decken. Ein Theil dieser Regimenter war auf 3 Monate mit Proviant versehen. De Fours hatte die Verpflichtung, im Nothfalle Tilly beizuspringen, aber ohne sich „gegen der Weser" zu begeben, um nicht die Stifter und die Elbe, in deren Sicherstellung die Hauptaufgabe der ganzen kaiserlichen Armee bestand, in Gefahr zu bringen. Alle diese Anordnungen waren aber nur vorläufige; mit dem Erscheinen des Herzogs von Lüneburg, der sich in der Grafschaft Hohnstein einquartieren sollte, trat eine Hauptveränderung ein: der lutherische Herzog übernahm dann das Obercommando über die kaiserliche Besatzung in den fast vollständig lutherischen Landen, und auch Aldringer wurde ihm wenigstens in der Hauptfrage im Betreff der Quartiere untergeordnet.

Diese und andere Hauptbestimmungen ließ Friedland den Befehlshabern vor seinem Abmarsch durch den Obersten Götz übermitteln. Und so war es denn immer noch ein recht ansehnliches Corps, mit welchem Friedland die Stellung der Kaiserlichen an der mittlern Elbe behauptete: 74 Fahnen Fußvolk und über 4000 Reiter. Vor der Hand freilich befanden sich diese Truppen noch bei weitem nicht alle in den ihnen angewiesenen Stellungen: der Herzog Georg von Lüneburg mit seinen 1000 Pferden und 10 Fahnen Fußvolk stand noch in Hessen.

Auch mit Abgeordneten der Stadt Magdeburg hat Wallenstein vor seinem Aufbruch noch Verhandlungen gepflogen, von denen wir freilich nur geringe Kenntnis haben. Er erklärte denselben, daß er Aldringer den Befehl ertheilt habe, freundschaftliche Beziehungen mit der Stadt zu unterhalten, und ließ sogar den General rufen, um ihn mit dieser ausdrücklichen Weisung noch während ihrer Anwesenheit zu versehen.

Die Vorhut der ganzen Armee bildeten die Regimenter Pechmann, Marradas, Gonzaga, Schärffenberg, Coronini und Hebron. Dieselbe überschritt am 5. 15. Juli die dessauische Brücke, ihr folgte dann vom 11. 21. Juli an das Gros der Armee auf demselben Wege. Ein Theil der Nachhut, wie es scheint vornehmlich aus Ungarn, Kroaten und Wallonen bestehend — es waren die Cavallerieregimenter Altsachsen, Hausmann und

de la Motta, zusammen 24 Compagnien, und die Infanterieregimenter Aldringer und Coloredo, 25 Comp. stark — trennte sich nach einiger Zeit wider vom Hauptcorps und ging über die Brücke zurück, um zunächst bei Schönebeck und Großsalze als Beobachtungscorps gegen den König Halt zu machen.[1]

Wie stark die Armee war, welche Friedland wirklich nach Schlesien führte, wagen wir nicht ohne Weiteres zu bestimmen. Als er durch Kottbus marschierte, zählte sie 74 Compagnien Reiter und 71 Fahnen Fußvolk, also vielleicht zwischen 11 und 12,000 M. Infanterie und über 7000 Pferde. In dieser Liste ist aber die Vorhut, welche unter Pechmann vorausgezogen war, nicht inbegriffen: möglicher Weise wird also die Zahl von 25,000 M. nicht viel zu hoch gegriffen sein. Die Artillerie wird hier auf 22 Stück angegeben; unter diesen befanden sich fünf kleine Geschütze, welche man Mansfeld abgenommen hatte. Außerdem aber führte auch jedes Regiment z. F. drei kleine vierpfündige Geschütze bei sich.[2]

---

1) Schreiben des Oberstlieut. Bindauf an Johann Georg aus dem Quartier zu Schönebeck 22. Juli/1. August. K. G. St.-A. in Dresden.

2) Bei seinem Aufbruch nach Schlesien nahm Wallenstein nach Volturnus (1631) folgende Truppentheile mit sich:

I. Cavallerie:

1) Marradas	10 Comp.	10) Fr. Albrecht von Sachsen-Lauenburg	18 Comp.
2) Gonzaga	6 „	11) Schärffenberg	6 „
3) Strozzi, Baron de la Trappola	5 „	12) Görzenich	5 „
4) Merode	26 „	13) Coronini	5 „
5) Avantagni	5 „	14) Isolan	10 „
6) de la Motta	5 „	15) Zriny (Serin)	10 „
7) Wittenhorst	10 „	16) Jul. Heinrich von Sachsen-Lauenburg	5 „
8) Pechmann	10 „		
9) Hebron	11 „	Summa	147 Comp.

II. Infanterie:

1) Wallensteinisches Leibregiment	11 Comp.
2) Reg. des Grafen Schlick	10 „
3) Reg. Tieffenbach	10 „
4) Reg. des Grafen Johann von Nassau	8 „
5) Reg. des Grafen Merode	10 „
6) Nassauisches Regiment (?)	6 „
7) Altsächsisches Reg.	5 „
8) Arnheimisches Reg.	12 „
Summa	72 Comp.

Da Friedland nicht umhin konnte, kursächsisches Gebiet und die Lausitz zu berühren, suchte er, freilich ziemlich spät (5. Aug.), um Genehmigung nach, welche auch ertheilt wurde. Die sächsischen Beamten erhielten sogar Befehl, Proviant zu liefern und die Armee möglichst auf dem kürzesten Wege durchzuführen. Auch seine Marschroute von Zerbst bis nach Breslau hielt Friedland für nothwendig Johann Georg einzusenden.

Eben so hat der Herzog in Berlin um Durchzug durch das Brandenburgische und um Proviant gebeten. Auch hier mußte man ihm und zwar um so mehr willfahren, als man ja Mansfeld das Gleiche bereits geleistet hatte.

Daß der Aufbruch und der Marsch dieser den Landschaften so fremden Schaaren trotz der Strenge, mit der die obern Befehlshaber schon im

---

III. Dragoner:

1) Pechmanns Dr. 3 C., 2) Hebrons Dr. 3 C. Summa 6 C.

Dagegen blieben zurück von der

Cavallerie:		Infanterie:	
1) Reg. Altsachsen	10 Comp.	1) Albringer	15 Comp.
2) Reg. de Fours	10 „	2) Cerboni	14 „
3) Peter Gall	6 „	3) Coloredo	13 „
4) de la Motta	3 „	4) Wratislav	10 „
5) Hausmann	6 „	5) Schlick	4 „
Summa	35 Comp.	6) Wallenstein	1 „
		Summa	57 Comp.

Nicht unerhebliche Abweichungen zeigt eine andere, kürzlich erst veröffentlichte Liste über den Bestand der Armee in Schlesien (Zeitschr. des V. f. Gesch. Schlesiens Bd. 12. 480 ff.)

I. Cavallerie:

1) Marradas	10 Comp.	9) Hebron	10 Comp.
2) Gonzaga	5 „	10) Fr. Albrecht von S.-L.	6 „
3) Strozzi	5 „	11) Schärffenberg	6 „
4) Merode	5 „	12) Thorwart oder Stieller (?)	10 „
5) Avantagni	5 „	13) Isolan	10 „ Kroaten.
6) de la Motta	5 „	14) Zrinyi (Serin)	10 „ „
7) Wittenhorst	6 „		
8) Pechmann	10 „		

II. Infanterie:

1) Collalto	6 Comp.	5) Wallenstein	11 Comp.
2) Nassau	8 „	6) Schlick	10 „
3) Altsachsen	5 „	7) Merodische Wallonen z. F.	6000 M.
4) Tieffenbach	10 „		

III. Dragoner:

1) Hebron 3 C., 2) Pechmann 3 C.

eignen Interesse eigentliche Widersetzlichkeiten ahndeten, mit auffallenden Greuelthaten und scheußlichen Vergewaltigungen verknüpft war, könnte mit zahlreichen Beispielen belegt werden. So klagten die Beamten von Gernrode am Harz über Coloredos Fußvolk und de Fours' Reiter. Dieselben hatten beim Durchmarsch alles zerstört und Männer und Frauen mit Stricken um den Kopf so lange gerödelt, bis das Blut zu den Ohren herausdrang. Auch Suderode war geplündert, Frauen und Mägde sowie trauernde Witwen hatte ein allgemeines, gleich bejammernswerthes Loos getroffen. In der Mark erbrach und beraubte man die Kirchen, nahm die in dieselben geflüchteten Habseligkeiten der Landleute mit sich, und Kroaten und Wallonen zündeten zuletzt die leeren Häuser an. Hier und da wurden die abziehenden Truppen von den Landleuten geradezu angegriffen: so tödteten die Bauern der Unstrutdörfer um Rossleben 50 merodische Soldaten und warfen sie in den Fluß.

Wallensteins Strafen waren allerdings diesen Greuelthaten entsprechend: er wollte im ersten Aufbrausen einst alle henken lassen, welche überhaupt in einem bei Kottbus im Feuer aufgegangenen Dorfe Quartier gehabt hatten, vollzog das Urtheil aber endlich doch nur an zweien. Wir werden im Folgenden noch einmal Veranlassung nehmen, darauf hinzuweisen, wie gerade die Unbotmäßigkeit und das eigenmächtige Dareinfahren der Soldateska die für den Durchmarsch und die Verproviantierung getroffenen Maßregeln beeinträchtigten und vereitelten.

Allein im Ganzen ist auch dieser Marsch Wallensteins ein verhältnismäßig geordneter wenigstens bis nach Schlesien und zeichnet sich immer noch vor ähnlichen Operationen Tillys besonders im Jahr 1625 aus.

Daß Wallenstein aber auffallend lange in der Verfolgung Mansfelds zögerte, hat seinen letzten Hauptgrund in der sich so lange hinziehenden Belagerung Göttingens durch Tilly. Wallensteins Plan zu Folge sollte Mansfeld überhaupt Schlesien ohne einen Angriff von seiner ganzen Armee nicht erreichen. Zu diesem Behufe stellte derselbe daher die Forderung an Tilly, die Belagerung Göttingens aufzuheben und dem Könige, welcher die kleinen, nur schwach besetzten Grenzplätze des Stifts Halberstadt einnahm, entgegenzutreten. Allein Tillys militärischer Ehrgeiz war trotz aller Mahnungen nicht zur Aufhebung einer Belagerung zu bewegen, deren Erfolg voraussichtlich doch nur sehr geringe Einwirkung auf den Gang des Krieges haben konnte. Er hielt außerdem seine Truppen für die ihm von Wallenstein zugemuthete Aufgabe, ohne weiteres dem Könige entgegenzutreten, für zu schwach, da er Anholt in das Hildesheimische entsendet hatte.

Immer dringender wurden daher seine Hilfsgesuche an Aldringer, mit seinem und den cerbonischen Regimente von Zerbst aus auf dem nächsten

Wege nach Bockenem oder über den Harz nach Osterode vorzurücken, um sich mit seiner Cavallerie in Alfeld zu vereinigen. Er bittet den General, Friedland zu bewegen, mit dem Abmarsch nur noch eine kurze Frist, bis er mit dieser Belagerung zum Ziele gelangt sei, zu verziehen und verspricht dann jede nur irgend mögliche Unterstützung zur Behauptung der Stifter. Er tadelt ferner Friedlands Absicht, mit der ganzen Armee dem auch von ihm noch überschätzten, 10,000—20,000 M. starken Feinde zu folgen und in den Stiftern alles auf den Kopf zu stellen. Eine kleine Armee unter Marradas hält er nebst den bereits in Schlesien eingerückten Truppen für hinreichend zur Vereitelung der mansfeldischen Pläne, während Wallenstein mit dem Hauptcorps an der Elbe bleiben müßte, um, wenn auch nicht gerade in engster Verbindung, mit ihm selbst der größeren feindlichen Armee, der des Königs, entgegenzutreten. Und kann man Wallenstein von seinem Marsche nicht mehr abbringen, so muß er wenigstens einen tauglichen Oberbefehlshaber an der Spitze einer kleinen Armee zurücklassen, welche den Feind aufhalten kann, bis er selbst zur Unterstützung herbeieilt.[1]

In einem andern Briefe fordert er, man möge diese zurückgelassenen Regimenter in einigen wichtigen Plätzen vereinigt halten. Noch am 8. August bittet er Aldringer auf die Nachricht, daß sich Christian IV. Liebenburgs bemächtigt habe, sofort die Garnison in Goslar zu verstärken und von Duderstadt her vorzurücken. Allein alle diese Mahnungen waren in den Wind gesprochen: ja am 9. August richtete Aldringer vielmehr die Aufforderung an Tilly, den Stiftern schleunigst zu Hilfe zu eilen, da der König Wiedelah occupiert habe und im Begriff stehe Osterwieck zu belagern — und andrerseits Fuchs in Gardelegen angelangt sei und in wenigen Stunden Neuhaldensleben erreichen könne. „Es ist zu erwägen, was dem allgemeinen Wesen fürträglicher sei, die Belagerung Göttingens zu verlassen oder diese beiden Stifter und den ganzen Elbstrom zu verlieren."

An diesem und den darauf folgenden Tagen war die Gefahr für die in den beiden Stiftern befindlichen kaiserlichen Regimenter eine in der That bedeutende. Der Oberstlieutenant des altsächsischen Regiments Bindauf, ein in der Nähe von Leipzig begüterter kursächsischer Edelmann, ging daher auf Tillys Mahnung über Wanzleben nach Halberstadt und marschierte von da nach Wernigerode, wo sich 7 friedländische Regimenter als ein Beobachtungscorps gegen den König zusammenfanden und ein

1) Schreiben Tillys an Aldringer. K. G. St.-A. in Dresden. Handschreiben 10842.

Lager aufschlugen. Sie hatten die Aufgabe, eine Belagerung Osterwieks und also ein Vorbrechen des Königs in das Stift Halberstadt zu verhindern. Allein Aldringer hielt es schließlich für gerathener, von Wernigerode nach Blankenburg zurückzugehen und hier Tillys weiterer Befehle zu warten. Bindauf selbst, dessen Briefen an den Kurfürsten von Sachsen wir diese Einzelheiten entnehmen, befand sich noch am 8. August in Wernigerode: er hatte wirklich die Garnison von Osterwiek durch einige Hundert Mann verstärkt.[1]

Allein der König hat die kostbaren Tage kurz vor der Uebergabe Göttingens nicht zu nutzen verstanden. Nachdem er sich Hötenslebens und Sommerschenburgs bemächtigt hatte und schon am 27. Juli/6. August in Schladen, am 29. Juli/8. August in Wiedelah eingezogen und am 11. August persönlich in Hornburg erschienen war, trat ein Stillstand in seinem Vormarsch gegen die Stifter ein, welcher vielleicht nicht ganz auf strategische oder militärische Gründe überhaupt zurückzuführen ist. Es war das der bedeutungsvolle Moment, wo ihm die Nachricht von der glücklichen Ankunft Mansfelds in Schlesien[2] und von der Rückkehr des Generals Fuchs erreicht hat.

Der letztere stand bereits am 9. August mit seiner ganzen, durch 1200 M. Infanterie und 2 Feldstücke verstärkten Cavallerie in Wolfsburg und hatte Befehl, sich schleunigst mit dem Könige zu vereinigen. Fuchs aber folgte der Oberst Lohausen mit der Infanterie, der am 10. August in Brome, 7 Meilen von Wolfenbüttel, anzulangen hoffte. Noch war freilich Fuchs nicht recht über den Weg klar, auf welchem er die Verbindung mit dem Könige suchen sollte, allein er hoffte dieselbe doch bis zum 13. Aug. bewerkstelligt zu haben.[3] Als die nächste Aufgabe der vereinigten Armee hatte der König die Entsetzung Göttingens und also eine Feldschlacht mit Tilly, nicht aber weitere Operationen gegen die beiden Stifter ausersehen. Ohne Fuchs aber wollte Christian IV. seinen Siegeslauf nicht weiter verfolgen: er hat daher auch gegen die zu Tillys Verstärkung bestimmten Regimenter im Halberstädtischen und Blankenburgischen nichts Erhebliches weiter unternommen.

Während Fuchs über Fallersleben nach Königslutter heranzog, bereitete sich der König zum Aufbruch vor, verließ am 14. Aug. Schladen und

---

1) K. G. St.-A. in Dresden. Dr. Kr. Buch 58.

2) 2./12. Aug. Fick H. M. Tidinger, at hans Folk havde taget Ysslessigen fra Fjenden. Bricka, Udtog S. 15.

3) Schreiben des Generals Fuchs an den König, Wolfsburg d. 30. Juli/9. August praes. Wolfenbüttel an demselben Tage Abends 8 Uhr.

erschien selbst am 15. Aug. vor Lutter am Barenberge, welches die Feinde natürlich aufgeben mußten.

In diesen Tagen nun, also post festum ist die Vereinigung des Königs mit seinem General zur Befreiung der so lange und so schwer bedrängten Stadt Göttingen wirklich erfolgt. Der König hat durch seinen Rückzug den ligistischen General von der Besorgnis, daß er sich zwischen ihn und das friedländische Hilfscorps legen und seine Vereinigung mit demselben unmöglich machen werde, thatsächlich befreit.

Die Schlacht bei Lutter am Barenberge.

Der Tod des Herzogs Christian hatte Friedrich Ulrich und sein Land nur in eine noch kritischere Lage versetzt. Und um wie viel nothwendiger erschien nun auch der celliſchen Linie eine Trennung des Herzogs von dem Könige, bevor noch das Kriegsglück die Verhältnisse nach irgend einer Seite hin entschieden hatte. Hatte doch Wallenstein zu Duderstadt dem Herzog Georg von Lüneburg bereits einen Glückwunsch abgestattet, welcher dahin gedeutet wurde, daß nach Christians Tode ihm das Herzogthum Wolfenbüttel nicht entgehen könne. Fürchtete man doch, daß Tilly das Land geradezu als ein erobertes behandeln werde.

Gründe genug für die Landstände und die den Dänen abgeneigte Partei, alles aufzubieten, um einen Parteiwechsel Friedrich Ulrichs herbeizuführen und den Herzog zur Rückkehr wenn nicht nach Wolfenbüttel, so doch nach Braunschweig zu veranlassen. Sogar an das Beispiel Heinrichs des Löwen haben die Stände ihren Herzog damals erinnert. Sie beriefen sich endlich auch darauf, daß sich ja der König einem solchen Schritte selbst nicht vollständig abgeneigt gezeigt habe. Und in der That hatte Friedrich Ulrich dem Könige seinen Entschluß zur Prüfung vorgelegt, welcher freilich den Versuch einer friedlichen Beilegung der großen Streitfragen nur in einer gemeinsamen Berathung machen wollte.[1] Auch Tilly ist schon während der Belagerung von Göttingen von der bevorstehenden Aenderung der Sachlage durch einen celliſchen Abgesandten in Kenntnis gesetzt worden. Nachdem aber die Stände bereits am 8./18. Juli dem Kaiser ihre Unterwerfung erklärt und zugleich ein Wort der Entschuldigung für ihren Landesfürsten eingelegt hatten, ließ endlich auch Friedrich Ulrich drei Wochen vor der Schlacht bei Lutter durch seinen Kanzler Johann

1) H. A. in Wolfenb. Acta die von H. Christian . . . mit den Wolfenb. u. Calenb. Ständen angestellte Communication XLI. 7.

Eberhard Sohn zu Elz in seiner Gegenwart auf dem Schlosse zu Wolfenbüttel eine notarielle Erklärung vor Zeugen aufsetzen, in welcher sein Gehorsam gegen den Kaiser beurkundet wurde. Ein Vertrag freilich ist nicht abgeschlossen worden; Friedrich Ulrich sprach in jener Erklärung, durch welche er dem kaiserlichen Abberufungsmandat vom 14. März sich fügte, obwol es ihm merkwürdiger Weise bis dahin nicht präsentiert worden war, nur die Erwartung aus, daß nun auch die Befreiung des Landes von den kaiserlich-ligistischen Truppen erfolgen würde. Man hegte offenbar die Besorgnis, daß der Kaiser den Herzog bereits nicht mehr als Landesherrn betrachte, und beeilte sich daher auch, das Schriftstück mit einem Begleitschreiben Christians des Aeltern und der Erklärung der Stände vom 18. Juli durch einen besondern Kurier nach Wien zu übersenden. Auch scheinen Rücksichten auf das endliche Schicksal des von Tilly belagerten Göttingen für Friedrich Ulrich maßgebend gewesen zu sein. In der etwas späten kaiserlichen Antwort (30. Aug.) wurde dem Herzog die Befreiung von allen Kriegsbeschwerden zugesagt, sobald das feindliche Kriegsvolk aus dem Lande geschafft sein werde. Dagegen erhielt derselbe in Beziehung auf den Religion- und Profanfrieden eine nur allgemein gehaltene Zusicherung.[1] —

Nur einen Tag später, als Friedrich Ulrich, am 27. Juli/6. August, hat sich ferner der Herzog Johann Friedrich von Holstein, der Administrator der Stifter Lübeck und Bremen, dem Gebote des Kaisers gefügt und sich von seinen Domcapiteln und Landständen getrennt. —

Die misslichen Verhältnisse Englands und Frankreichs waren auch nicht ohne Einwirkung auf das kleine Holland geblieben, welches sich gerade in diesem Jahre abermals eines Subsidienvertrags halber nach Paris wenden mußte. Dem fünften Artikel des haager Bündnisses zu Folge hätten die Staaten dem Könige monatlich 50,000 Gulden zahlen sollen; dem Anschein nach aber haben sie sich dieser Verpflichtung vorläufig entzogen.

Als nun Christian IV. nach Mansfelds Niederlage den Abgang an Infanterie durch neue Werbungen zu ersetzen strebte, ertheilte er dem auf eigne Kosten sich rüstenden Administrator von Magdeburg Anweisung auf 11,000 Thlr. niederländischer Hilfsgelder. Christian Wilhelm selbst aber forderte gegen Revers einige in Bremen niedergesetzte holländische Geschütze. Allein alle Mahnungen des niederländischen Residenten an seine Hochmögenden Herrn zur Erfüllung dieser Forderungen blieben umsonst: ja dieselben betrieben sogar die Rückgabe zweier dem Herzog Johann Ernst überlassenen Geschütze. Vergeblich erinnerte Aitzema, daß die veränderte

1) Die Actenstücke finden sich in d. Kurtzen Gr. Information S. 175 ff.

Stellung Kursachsens und Kurbrandenburgs verhängnisvoll auf die schwankenden Stände Niedersachsens wirken müsse, daß der Kaiser sehr daran arbeite, den Administrator vom Könige abzuziehen, und auch der Kurfürst von Sachsen demselben große Versprechungen mache. „Der gute Mann," wie Aitzema Christian Wilhelm mehrmals bezeichnet, mußte sich dem ungeachtet mit einer Unterstützung von 3100 Reichsthalern begnügen, welche ihm Aitzema aus den noch für das Nyhoff'sche Regiment verfügbaren Mitteln auf eigne Hand gewährte.

So schien der niederländische Resident mit seiner Drohung, daß dem Könige auch die geringe Unterstützung, welche ihm noch in Niedersachsen zu Theil wurde, bald entzogen werden würde, Recht zu behalten. Nachdem Hessen, Braunschweig-Wolfenbüttel und Johann Friedrich von Holstein sich gefügt hatten, waren die niedersächsischen Kreisstände in der That geneigt, dem Abberufungsmandate des Kaisers Folge zu leisten und sich vollständig vom Könige loszusagen. Selbst Christian Wilhelm, dem man von kaiserlicher Seite weniger seiner realen Macht als seines Ranges wegen zusetzte — er war dem Range nach der erste Kreisfürst und daher auch Director des niedersächsischen Kreises — scheint mit diesem Plane trotz seiner militärischen Stellung einverstanden gewesen zu sein.

Jedenfalls um diese Bestrebungen zu kreuzen, berief der König als Kreisoberster einen sogenannten Communicationsconvent nach Lüneburg zusammen, welcher auch von einigen Ständen beschickt wurde. Und hier hat man in den ersten Tagen des Juli in der That den Beschluß gefaßt, auf den 13./23. August einen allgemeinen Kreistag nach Boitzenburg oder Lauenburg einzuberufen, auf welchem man über die Fortsetzung der Friedensverhandlungen in Berathung treten wollte. Der Herzog von Lüneburg wendete sich in Folge davon auf Veranlassung der braunschweigischen Stände an Wallenstein und Tilly.[1]

Diesen Bestrebungen trat Aitzema durch Mittelspersonen bei dem Könige selbst entgegen; er wollte sich zuvor der Erfolge des Bauernaufstandes und des mansfeldischen Einbruchs in Schlesien versichern. Allein Mitte August erließ der Administrator trotzdem die Schreiben an die Stände. Da ersuchte ihn der König von Seesen aus (5./15. Aug.) des Marsches wegen, „daran dem evangelischen Wesen viel gelegen", und weil

1) Diese Verhältnisse bedürfen noch weiterer archivalischer Aufklärung. Benutzt wurden „Einige Schreiben den Communicationstag zu Braunschweig (hier hatte der König die Versamlung anfangs halten wollen) betr. XVII. 5. im Herz. Arch. zu Wolf. und die Briefe aus den Monaten Mai bis Juli, welche Aitzema von Hamburg aus an die Generalstaaten richtete. K. R.-A. im Haag.

er es zur Zeit nicht ersprießlich befinde, daß die Versamlung fortgesetzt werde," inne zu halten und seiner ferneren Weisungen gewärtig zu sein.

Tilly hatte auch Northeim ein gleiches Schicksal wie Göttingen zugedacht. Als es seiner Aufforderung zur Uebergabe den Gehorsam verweigerte, näherte er sich der Stadt und traf Anstalten zur Belagerung. Am 15. August hatte er sein Hauptquartier in dem Dorfe Hollichstadt bei Northeim.[1]

Der König war jedoch entschlossen, dies Mal seinem Gegner die Beute streitig zu machen: schon am 16. Aug. rückte er, nachdem er seine Vereinigung mit Fuchs bewerkstelligt hatte, von Seesen zum Entsatz heran. Tilly, welcher in Göttingen ein Regiment Fußvolk und auch in den Trümmern von Münden eine Besatzung zurückgelassen hatte, welcher außerdem durch einen ansehnlichen Abgang an Kranken und Verwundeten bedeutend geschwächt war, wagte jedoch nicht, dem Könige, der nach seiner Meinung mit 30,000 M. und 30 Geschützen heranzog,[2] vor Northeim Stand zu halten. Trotzdem daß er zwischen Leine und Ruhme den Dänen einen ganzen Tag lang das Terrain streitig machte, konnte er den König nicht hindern, Verstärkungen in die Stadt zu werfen und dieselbe mit Proviant zu versehen. Nach Gronsfelds Urtheil[3] hatte sich Tilly hier überraschen lassen. Wäre nicht die Nacht über dem Aufmarsch der Dänen hereingebrochen, so hätte der ligistische Feldherr hier schlagen müssen. Da er sich indessen bereits am 15. Aug. mit einem von Aldringer zu ihm gesendeten Offizier, dem Oberstlieutenant Bodendieck, über den Zuzug der wallensteinischen Verstärkungen verglichen hatte, hielt er es für gerathener, in Erwartung derselben südwärts nach Hardenberg und Nörten auszuweichen. Nach einem Nachtmarsche faßten die Ligisten auf einer Höhe in der Nähe des Schlosses Pleffe festen Fuß, und die dänische Armee rückte in die von ihnen aufgegebene Stellung ein. In diesen Umgebungen verweilte Tilly, wol auch durch körperliche Leiden zurückgehalten, vom 17. bis zum 22. Aug.: sein Hauptquartier befand sich zuletzt in dem Dorfe Angerstein.

Der König aber verlor unter seinen Bemühungen um Northeim und durch ein nicht recht erklärliches Zögern vier kostbare Tage. Am Abend des 19. August lagerten beide Armeen in der Nähe der Gleichen bei Göttingen, nur durch einen Buchenwald von einander getrennt. In dieser Nacht noch brach aber der König auf und überzog am 20. August

1) Decken I. 373.

2) Mitzlaff schätzte die dänische Armee auf mindestens 26,000 M.

3) Der erneuerte Teutsche Florus S. 111.

die grubenhagiſchen Aemter Herzberg und Katlenburg und legte ſein Hauptquartier in das Dorf Wulften ſüdweſtwärts von Oſterode, und am nächſten Tage führte er die Armee in das Eichsfeld und das braunſchweigiſche Amt Radolfshauſen. Hier und in Ebergötzen an der von Gieboldehauſen nach Göttingen führenden Straße nahm er Quartier, um nach Vernichtung des wallenſteiniſchen Corps nach Thüringen und von da in die katholiſchen Stifter[1] oder nach Böhmen einzubrechen. Schon am nächſten Tage trat die Armee den Marſch über Wollbrandshauſen nach Duderſtadt an. Allein die Wallenſteiner waren Chriſtian IV. bereits entgangen. Dieſelben hatten ſich bei Blankenburg am Harz vereinigt und in der Nähe des Dorfes Wienrode ein Lager bezogen. In demſelben befand ſich auch Aldringer.

Noch bevor Bodendieck wider zu Aldringer zurückgekehrt war, hatte dieſer auf die Kunde von der Annäherung der däniſchen Armee den Oberſten de Fours mit 32 Comp. Reitern und einiger Infanterie (4 Reg. Cav. und 2 Reg. Inf.) von Blankenburg nach Göttingen hin entſendet. Die Cavallerie beſtand aus den Regimentern de Fours, ferner dem altſächſiſchen unter der Führung des Oberſtlieutenants Bindauf, dem Regiment Hausmann und einem ungariſchen.[2] Die Infanterie bildeten die Regimenter Cerboni und Coloredo. Ihnen voraus eilte der Oberſtlieutenant Bindauf, welcher Tilly noch in Nörten die Verſicherung ertheilte, daß die kaiſerlichen Regimenter bis zum 21. Auguſt angelangt ſein würden. Bindauf fand den General feſt entſchloſſen, ſofort nach der Ankunft derſelben zu ſchlagen.

Das kaiſerliche Hilfscorps erreichte die Umgebung von Göttingen ſchon am 20. Auguſt: zwei Tage ſpäter fand ſeine Vereinigung mit der Hauptarmee in der Nähe von Geismar Statt. Noch an demſelben Tage rückte der ligiſtiſche Feldherr mit ſeiner Cavallerie und einigem Fußvolk bis zu dem zwiſchen Göttingen und Duderſtadt gelegenen Wöllmarshauſen und verweilte hier auch noch den folgenden Tag bis zur Ankunft ſeiner Infanterie. Trotz des ſchon zwei Tage unabläſſig herabſtrömenden Gewitterregens war Tilly am 24. zum Angriff bereit. Allein als er an dieſem Tage zum Recognoſcieren ausritt, fand er, daß der König ſein Lager bereits abgebrochen hatte.

Chriſtian IV. hatte ſeinen ganzen Plan aufgegeben: er entſchloß ſich nun nach Wolfenbüttel zurückzugehen und ſich hier vor der Hand feſt-

1) Tillys Schreiben an den Kaiſer vom 28. Aug.

2) Villermont, Tilly S. 739. Nach dem Florus S. 111 waren es nur drei Regimenter Cavallerie.

zusetzen. Dieser Rückzug war vielleicht weniger in der Furcht vor dem spanischen Succurs, von dem man glaubte, daß er demnächst bei Höxter die Weser überschreiten würde, als in der Nothwendigkeit begründet, sich der Festung Wolfenbüttel und damit überhaupt des Herzogthums Braunschweig zu versichern. Die dänische Armee schlug den Weg über Lindau und Katlenburg ein und suchte den Anmarsch des Feindes auch durch das Abbrechen der Brücken über Ruhme und Oder zu hemmen. Trotzdem erlangte sie jedoch nur einen geringen Vorsprung; beide Heere lagerten in der Nacht vom 25. auf den 26. August in nächster Nähe: die Dänen hinter einem Berge nordostwärts von Katlenburg mit dem Hauptquartier in Dorste, Tilly auf einer Anhöhe ihnen gegenüber.

Schon am frühen Morgen des 26. August setzte der König seinen Rückzug in so guter Ordnung fort, daß die feindliche Verfolgung denselben kaum erschwerte. Am Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr passierte er das Gebirge und auch hierbei gelang es der katholischen Armee nicht, demselben ernstere Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Nur die Nachhut, etwa 400 Musketiere und 200 Dragoner unter der Führung eines Hauptmanns Hodiriowa wurde in der Nähe des Schlosses Staufenburg im Heinrichswinkel zersprengt und zum Theil niedergehauen. Der Hauptmann selbst wurde gefangen, 2 Geschütze fielen dem Sieger zur Beute. Als die Kaiserlichen durch den Wald kamen, sahen sie den Feind jenseit des Dorfes Münchhofen in Schlachtordnung vor sich stehn.[1]

Die ganze dänische Armee besetzte in bester Ordnung den Hasselberg bei Seesen und gab aus 2 Geschützen Feuer auf ihre Verfolger, verließ aber diese Stellung wider, um sich auf einem andern höhern Berge in der unmittelbaren Nähe der Stadt festzusetzen. Die Tilly'schen rückten nun in die eben aufgebene Stellung ein und setzten ihrerseits die Kanonade fort. Indessen kam es an diesem Abend zu keinem erheblichen Zusammentreffen: man begnügte sich mit einzelnen kleinen Reitergefechten. Gegen Mitternacht ertönte aus dem dänischen Lager ein Schuß aus einem Falkonetlein: es war das Signal zum Abmarsch. Nachdem man das Gepäck schon am vorigen Abend vorausgeschickt hatte, brach die Armee einige Stunden vor Sonnenaufgang in aller Stille auf.. Sofort ging jedoch die kaiserliche Cavallerie zur schleunigsten Verfolgung vor. Oberst de Fours wurde die Aufgabe zu Theil, durch den Grafen Gronsfeld mit seinem eignen, dem altsächsischen und dem hausmann'schen Regiment und 6 Compagnien Kroaten samt drei Geschützen die Dänen zum Stehen zu bringen und festzuhalten, bis Tilly selbst mit dem Gros der Armee

1) Der erneuerte Teutsche Florus S. 113.

in den Kampf eingreifen könnte. Und diese Verfolgung fügte nun den Dänen bereits erheblichen Schaden zu: man mußte noch viele Wagen stehen lassen oder verbrennen, viele vor Hunger und Müdigkeit erschöpfte Nachzügler wurden von den Kroaten nieder gehauen. Von 4 Uhr Morgens bis gegen 9 Uhr setzte Tillys leichte Reiterei diese Verfolgung durch die Waldungen zwischen Seesen und Lutter fort. Eine halbe Meile vor Seesen nach Lutter zu hielt die Avantgarde die Dänen gegen zwei Stunden bis zur Ankunft der Infanterie auf. Schon jetzt entspann sich ein Treffen, während dessen es jedoch den Dänen gelang, durch den Wald zu kommen und sich in dem waldfreieren, von mäßigen Rändern eingeschlossenen Kesselthale nach Lutter zu aufzustellen.

Christian IV. war entschlossen, zur Rettung seiner Nachhut Tilly entgegenzutreten, da er dieselbe nicht ohne Gefahr durch die waldigen Moräste nach dem Steinfelde durchzubringen fürchtete. An der Heerstraße bei dem Dorfe Hahausen hatte sich Tillys Avantgarde festgesetzt und wurde von der dänischen Nachhut hier festgehalten.[1]

Zum letzten Male ließ jetzt General Fuchs seine warnende Stimme erschallen: er erbot sich mit der erforderlichen Verstärkung durch Cavallerie die Führung der Nachhut zu übernehmen und garantierte förmlich das glückliche Gelingen des Rückzugs. Allein der König deutete die verhängnisvolle Warnung eines Generals, der ihm so oft widersprochen hatte, in ganz anderer Weise und fuhr denselben mit den beleidigenden Worten an: „ob ihn vor seiner Haut graute." Mit derselben Gewißheit des unglücklichen Ausgangs, welche alle höhern Befehlshaber des Königs seit Monaten beseelte, wird auch Fuchs darauf in den Kampf eingetreten sein.

Die dänische Armee hatte ihre Aufstellung von dem die alte Heerstraße durchschneidenden Bache Mittelbeeck[2] aufwärts nach dem Hause

1) Ueber den Verlauf der Schlacht im Einzelnen ist Lichtenstein, die Schlacht bei Lutter S. 130 ff. zu vergleichen. Tillys Briefe an die Infantin und der an den Kaiser vom 28. Aug. enthalten nur allgemeine Angaben. Dagegen bot eine handschriftliche Schlachtbeschreibung des K. St.-A. in Dresden (Loc. 9209. Buch 58) einige gute Einzelheiten.

2) Er ist jetzt ein ganz unbedeutendes Wässerchen, welches von den Osterköpfen kommt, unter der Eisenbahnbrücke durchgeht und in die Neile fließt. Noch jetzt bildet er kleine Sumpflöcher. Der genannte Name des Wässerchens kommt in keiner mir bekannten gleichzeitigen Beschreibung der Schlacht vor, sondern scheint von Lichtenstein, einem vorzüglichen Kenner der Oertlichkeit, eingesetzt zu sein. Wir folgen dieser Autorität, obgleich es uns zuletzt fast wahrscheinlicher geworden ist, daß die Neile selbst gemeint ist, welche sonst in den Beschreibungen auffallender Weise nicht genannt wird.

Lutter zu genommen: Fuchs als Führer der Avantgarde in der Nähe der Brücke über den ebengenannten Bach und der dänischen Batterien gegenüber den tilly'schen Schanzen, der König selbst bei dem Mitteltreffen um Nauen und Rohde herum, das letzte Treffen unter dem Rheingrafen Otto Ludwig bei der Wüstung Dolgen.

Tillys Hauptquartier befand sich in Hahausen: von hier aus ließ er, nachdem er vergeblich den Angriff des Feindes erwartet hatte, die Avantgarde mit den Kroaten unter Gronsfeld über den Bach gehen und unterstützte ihre Angriffe durch eine Kanonade aus der in der Nähe der Brücke über den Mittelbeeck aufgeführten Batterie, welche die Dänen nur schwach erwiderten. Die tilly'sche Cavallerie wurde widerholt zurückgeworfen, allein die dänischen Regimenter enthielten sich ihrerseits doch eines Angriffs. Erst gegen 2 Uhr Nachmittags wurde es dem tilly'schen Hauptquartier klar, daß der Feind in der That eine Schlacht liefern wollte. Derselbe hatte sich hinter einem Walde, jedenfalls also in der Nähe des Pöbbekenberges,[1] in Schlachtordnung gestellt und entwickelte darauf seine Reihen.

Tilly nahm mit seinem ganzen Corps den rechten Flügel ein, während er der wallensteinischen Cavallerie ihre Stellung auf dem linken anwies. Und darauf ließ er die kronbergische und schönbergische Reiterei und das reinachische Fußvolk den morastigen Bach überschreiten. Indessen dieselben wurden von den königlichen Regimentern mit solchem Ingrimm empfangen, daß sie zurückweichen mußten: zwei derselben, das reinachische Regiment zu Fuß unter dem Obersten Schmied und das schönbergische Cavallerieregiment wurden vollständig zersprengt. Drei dänische Infanterieregimenter Lohausen, Linstow und Mogens Kaas überschritten sogar den Bach, um sich auf die tilly'schen Batterien zu stürzen. Indessen das würzburgische Regiment, von der Artillerie kräftigst unterstützt, hielt ihren Anprall auf und nöthigte sie endlich zum Rückzug. Tilly selbst brachte seine flüchtige Cavallerie durch seinen Hinweis auf den tapfern Grafen Gronsfeld wider zum Stehen.

Während dessen hatte die dänische Reiterei auch einen Angriff auf die an dem Bache östlich von der Brücke aufgestellten friedländischen Infanterieregimenter gemacht, war aber zurückgeworfen worden. Als nun die dänische Infanterie über den Bach zurückging, drängte der Feind, dessen Führer, und zwar Tilly sowol wie Gronsfeld, durch persönliche Ansprache die Reihen der Ligisten ermuthigte, mit größtem Ungestüm und so glücklichem Erfolge nach, daß die dänische Infanterie der weiter östlich

1) „Der König respirierte auf dem Bakenberge (?), stellete seine Regimenter in Schlachtordnung." Volturnus H.

operierenden feindlichen Reiterei gerade in die Arme getrieben wurde.[1] Dabei wurde das dänische Fußvolk und auch ein Theil der Reiterei vollständig aufgerieben. Und was von der letztern übrig blieb, ergriff schleunigst die Flucht. In diesem zweiten Acte der Schlacht, dessen Schauplatz zur rechten Seite der Brücke war, wurden zwei dänische Reiterregimenter, das hessische und das solmsische in einen Morast getrieben und größtentheils vernichtet.

Hier fiel der noch nicht 22 Jahr alte Landgraf Philipp von Hessen-Kassel, von einer Kugel durchbohrt, nachdem er sich, von den Seinen im Stich gelassen und aus 4 Wunden im Gesicht blutend, gegen die Zusicherung eines Lösegeldes ergeben hatte. Tilly ließ seinen Leichnam einbalsamieren und später nach Kassel führen. Ein gleiches Loos hatte sein nur wenige Jahre älterer Gefährte, der Graf Hermann Adolf von Solms-Hohensolms, welcher zugleich mit dem hessischen Prinzen dänische Dienste genommen hatte. Er war ein jüngerer Bruder des Grafen Philipp Reinhard. Und endlich hat auch Fuchs seinen Anschluß an die Sache des Königs mit dem Leben und zwar dem Anschein nach freiwillig bezahlt. Seine hohe Gestalt mochte in ihrer auffallenden Kleidung — er trug an Statt der Rüstung über einer weiß seidenen Aermelweste einen kurzen grauen Oberrock — die Augen seiner Gegner besonders auf sich gezogen haben. Mehrfach verwundet, schlug er den ihm angebotenen Pardon aus und erreichte, was er suchte, den Tod. In Nauen, wohin man ihn noch lebend führte, starb er, nachdem er noch die Bestimmung getroffen hatte, daß man ihn an der Stelle, wo er den tötlichen Streich empfangen hatte, bestatten sollte. In der Nähe des Pöbbeckenberges hat er demgemäß seine letzte Ruhestätte, die von seiner Familie bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in Ehren gehalten worden ist, gefunden.

Der König selbst aber hat über ihn noch nach seinem Tode in der herbsten und schroffsten Weise abgeurtheilt: er hat ihn hauptsächlich für den Verlust der Schlacht verantwortlich gemacht. Nur wenige Tage nach dem Unfall schrieb er an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg: „das Unglück, so wir im letzten Treffen gehabt, hat der General Fuchs verursachet, welcher lebendig tot war, wie er bestellen sollte, was wir befohlen."[2]

---

1) Welche Bewandtnis es mit dem in dän. Berichten vorkommenden Hinterhalte hat (Aitzema I. 552 und auch Westfalen, Monumenta III. 528), bleibt sehr unsicher.

2) Waitz, Ueber die Niederlage K. Christian IV. bei Lutter am Barenberge (Forsch. I. 646).

Eine Kritik dieser Verurtheilung gestattet leider das über die Schlacht vorliegende Material nicht: daß aber Fuchs jene durchgreifende und kaltblütige militärische Entschlossenheit fehlte, welche auch in höchster Verwirrung der sachgemäßen Entscheidung fähig bleibt, haben wir aus seinen Briefen mehrfach ersehen. — Außer diesen deckten noch vier höhere Offiziere die Wahlstatt: der in die deutsche Politik des Königs tief eingeweihte Kriegskommissarius Pogwisch, der aus dem Hessischen gebürtige Oberst v. Wersabe, welcher im Jahr 1623 unter Christian von Braunschweig im Stift Halberstadt ein Cavallerieregiment commandiert hatte, der Oberst Marquard Penz und der Oberstlieutenant Ungefug. 29 oder 30 Fähnlein Infanterie, welche sich in das Schloß Lutter geworfen hatten, ergaben sich samt ihren Offizieren noch an demselben Tage. Gegen 70 höhere und niedere Offiziere sind überhaupt in die Gewalt Tillys gefallen: unter ihnen befanden sich auch der Hofmarschall Friedrich v. Ranzau und der Generalkommissarius Lohausen, so wie die Obersten Bernhard Geist, Görtzky und Courville. Die Zahl der Gefangenen soll gegen 2000, nach Andern sogar 3000 betragen haben. Auch 50 bis 60 erbeuteter Fähnlein, aber nur 6 Cornets durfte sich Tilly rühmen. Von den erstern hatten die Soldaten viele zerrissen und als Siegestrophäen um die Hüte gewunden oder sonst als Erinnerungszeichen an die Schlacht bei Seite gebracht. Endlich mußten die Dänen ihre ganze Artillerie den Gegnern überlassen: es sollen 28 Stück Geschütze und darunter zwei größere gewesen sein. Die höheren Offiziere ließ Tilly nach Bockenem führen, den übrigen vom Hauptmann abwärts wurde Alfeld als Quartier angewiesen, von den Gemeinen und Unteroffizieren ein großer Theil dem würzburgischen, schmied'schen und fürstenbergischen Regiment einverleibt. Kaiserlichen Berichten zu Folge soll Tilly 200 M. (!) verloren haben, und darunter nur 4 Offiziere. Der Verlust der Dänen war bedeutend, wenn er auch nicht gerade 8000 Tote betragen hat.[1]

Dem Könige selbst hat sein siegreicher Gegner das Zeugnis ertheilt, daß er alles gethan habe, um eine günstige Wendung des Treffens herbeizuführen. Erst als alles verloren war, verließ auch Christian IV. das Schlachtfeld. Jenseits Lutter am Birkenbergskampe hat er noch einmal mit seinem blauen Leibregiment und der adligen Hofjahne den Verfolgern die Stirn geboten, aber als auch diese Truppentheile zersprengt oder niedergemacht waren, auf das Drängen seiner Umgebung sich mit seinem Stallmeister Rottkirch und einem Diener zur Flucht gewendet. Nur die Geistesgegenwart des letztern rettete ihn von der Gefangennahme: der

1) Der erneuerte Teutsche Florus S. 109.

Diener fiel jedoch selbst, und das Pferd des Königs stürzte. Da versah ihn der Stallmeister mit einem andern, allein der König mußte seine Flucht so beschleunigen, daß er selbst den Hut verlor und sich von Rottkirch trennte. Erst als er durch den Wald in das Freie nach Ringelheim zu gekommen war, erhielt er wider eine Bedeckung durch einige Reiter, mit denen er noch jetzt baarhäuptig in Ringelheim anlangte. Von hier eilte er nach Wolfenbüttel, wo ihn ein wider entlassener Gefangener des altsächsischen Regiments Abends mit etwa 80 Pferden einreiten sah. Derselbe Gefangene stieß auch noch auf vielleicht 30 Cornet Reiter, welche ebenfalls Wolfenbüttel zueilten, von denen aber jedes kaum 80 Pferde zählte.

Eine eigentliche Verfolgung weit über das Schlachtfeld hinaus konnte nicht stattfinden, da auch Tillys Truppen durch die angestrengten Märsche und durch die Schlacht selbst außerordentlich entkräftet waren. Ueber 50 Stunden soll die Cavallerie unabläßig zu Pferde gewesen sein.

Tilly sprach einer großen Anzahl höherer Offiziere nach der Schlacht seinen Dank aus und setzte dem Grafen Gronsfeld mit den ehrenden Worten: „Du bist ein Graf und hast gethan wie ein Graf, ein Generalshut wird dir nicht übel stehn“ [1] seinen Hut auf. Und auch einer andern Auszeichnung wurde Gronsfeld, der Oberstlieutenant des herlibergischen Regiments, gewürdigt: Tilly sendete ihn schon am 30. August nach München, um Maximilian mündlichen Bericht über den bedeutungsvollen Sieg zu erstatten. Mit einem gleichen Auftrage an den Kaiser wurde der mehrfach genannte Oberstlieutenant des altsächsischen Regiments Bindauf betraut.

Die Freude über den ohne Zuthun Spaniens gewonnenen Sieg äußerte sich in den katholischen deutschen Staaten mit gleicher Einmüthigkeit: Witzbolde frohlockten darüber, daß diese Schlacht bei Lutter der lutherischen Sache eine so große Niederlage bereitet habe.

Der Infantin hingegen, welche bis zuletzt Maximilian die Hilfe versagt hatte, bereitete die Nachricht sichtliche Verlegenheit. Sie scheint in Folge davon dem mit einem Glückwunsch an Tilly beauftragten Gouverneur von Mastricht die Weisung gegeben zu haben, Tilly zu einem rascheren Vorrücken und vielleicht gar zur Vereinigung mit einem spanischen Corps zu veranlassen. [2] Allein jetzt hielten wol Maximilians gemessene Befehle Tilly in vorsichtiger Absonderung.

---

1) Der erneuwerte Teutsche Florus S. 116.

2) Vgl. Tillys Brief an die Infantin, Neustadt d. 28. Sept. Mercure fr. 12. 688. Villermont, Tilly 322, 323.

Die Wirkungen der Schlacht bei Lutter im niedersächsischen Kreise.

Ferdinand II. hat dem Herzoge von Wolfenbüttel unter dem 20. Aug. die Versicherung gegeben, daß, sobald allen Puncten des Abberufungsmandats voller Gehorsam geleistet sei, ein Jeder, der die feindlichen Armeen nicht unterstütze, bei dem Religions- und Profanfrieden erhalten, und daß auch das Heer aus dem Lande geführt werden sollte. Nach der Schlacht aber haben die Stände beider Fürstenthümer noch einmal (26. Aug./5. Sept.) zu Braunschweig, und drei Tage darauf auch der Herzog und zwar in Celle in Gegenwart Christians des Aeltern einen besondern Revers ausgestellt, in welchem sich der Herzog ausdrücklich vom lauenburger Vertrag lossagte und im äußersten Nothfall die Unterstützung der kaiserlichen Armee gegen die Dänen in Anspruch zu nehmen versprach.[1] Seine Unterthanen hatte er schon früher aus dem dänischen Heere abberufen und that dies jetzt noch einmal. Er öffnete ferner den kaiserlichen Armeen sein Land, entsagte allen fremden, Kaiser und Reich zuwider laufenden „Consilien und ausländischen Correspondenzen" und versprach, seine bösen Rathgeber durch gute und getreue Patrioten zu ersetzen. Zuletzt machte er sich anheischig, den kaiserlichen Mandaten und „andern rechtlichen Processen nach Gebühr und Billigkeit mit Vorbehalt des Religions- und Profanfriedens und ohne Abbruch desselben" Genüge zu leisten. Tillys Gegenversicherung that jedoch weder des Vorbehalts noch des Religionsfriedens Erwähnung, sondern sicherte nur den Dänen bei ihrem Auszug Geleit und den braunschweigischen Unterthanen ungehinderte Rückkehr zu ihren Gütern zu; sie leistete ferner nach Möglichkeit Bürgschaft gegen das Brennen, Rauben und Plündern der Soldaten, versprach dem Herzog und seinen Unterthanen thunlichste Befreiung von den Kriegsdrangsalen und stellte die Bemühungen des Generals um die Herstellung und Erweiterung des Friedens in Aussicht. So hatte also Friedrich Ulrich weder eine Gewähr für seinen Besitzstand noch für die Religion durchsetzen können.

---

1) Beide Erklärungen finden sich bei Londorp I. 1571 ff. und besser in der Information S. 186 ff.; nach dem Mercure fr. Band 12 (J. 1626) S. 688 soll sich der Herzog unter der Bedingung unterworfen haben, daß Herzog Georg die Administration des Herzogthums erhalte, ihm jährlich 40,000 Thlr. zahle, die Städte Wolfenbüttel, Schöningen und Hessen überlasse u. s. w. Für diese Behauptungen, welche auf deutsche Zeitungsnotizen (les Aduis d'Allemagne) zurückzugehen scheinen, kann ich keinen Beweis beibringen.

Auch Johann Friedrich von Holstein stellte nach der Schlacht von Lutter eine neue Treuversicherung aus und erklärte dem Kaiser, daß er die Botschaft Husans mit „herzlicher Ergetzlichkeit" vernommen habe. (21./31. Aug.) Allein er erhielt nach einem ausdrücklichen Beschlusse des Reichshofrathes nicht einmal eine Antwort auf seine erste Erklärung, die man in Wien sorgfältigst aufbewahrte. Dieselbe genügte offenbar, wie auch die letztgenannte, in ihrer etwas zu allgemeinen Fassung den Ansprüchen der kaiserlichen Politiker zu wenig.[1] Denn eines vollständigen Anschlusses an den Kaiser und die Ligisten und einer gemeinsamen Bekämpfung des Königs enthielt sich Johann Friedrich noch einige Zeit, da ja der Sohn Christians IV. Coadjutor des Erzstifts Bremen war. Seine Residenz hatte der Administrator übrigens bereits seit dem Sommer nach Eutin, später nach Lübeck verlegt, während sich das bremer Domcapital in die Stadt Bremen geflüchtet hatte.

In Wien hatte man schon längst einen mit den Verhältnissen des niedersächsischen Kreises wol vertrauten Mann, den ehemaligen mecklenburgischen Rath Heinrich Husan, einen Sohn des bekannten mecklenburgischen Kanzlers, mit der Aufgabe betraut, die Stände der einzelnen Territorien zur Umkehr zu bewegen. Husan selbst war vom Kaiser in den Adelsstand erhoben worden und, mit mancherlei Gnaden und Befugnissen versehen, wie z. B. Notare zu ernennen, unehelich Geborene zu legitimieren, Doctoren des Rechts und der freien Künste zu ernennen,[2] auch mit einer Anzahl von Pfalzgrafen-Diplomen ausgerüstet, in den niedersächsischen Kreis abgegangen, wo jedoch sein Wirken erst nach der Schlacht von Lutter recht fühlbar wird. In Wolfenbüttel scheint derselbe nicht gewesen zu sein. Ende August konnte Husan den Kaiser der Treue der Lübecker versichern, wofür der König dieselben gelegentlich mit der Wegnahme ihrer Handelsschiffe bestrafte. Die Stadt erließ ein Dankschreiben für die Botschaft Husans, die sich auch auf die Beförderung „des hispanischen

1) Die Worte, auf welche es in der Erklärung vom 27. Juli/6. August hauptsächlich ankommt, lauten: „versichere Ew. Kaiserliche Mayst. gleichwie ich Gottes Befehl mir jederzeit ob Auge stelle, daß also der Gehorsam, Treue und Devotion gegen Kaiserl. Mayst. bei mir eben so wenig als einem andern gehorsamen Fürsten erlöschen, sondern, was des Kaisers ist, Ew. Kaiserl. Mayst., so lang nach dem Willen meines Gottes ich allhie lebe, jederzeit soll gegeben werden . . . Plass, Aus der Corresp. von Joh. Friedrich im Archiv des V. f. Gesch. d. Herz. Bremen III. 360.

2) Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte Bd. 8. S. 158 bis 159.

Commercien" bezogen hatte, worüber sie indessen ohne Wissen der verbündeten Städte keine Erklärung abgeben wollte.[2]

Im October (1626) versprachen der Herzog August von Sachsen-Lauenburg und einige Tage vorher auch die Stadt Wismar (10./20. Oct.) dem Kaiser Gehorsam.

Die Herzöge von Mecklenburg, Hans Albrecht und sein Bruder Adolf Friedrich erklärten sich den Mahnungen Husans zu Folge bereits vor der Schlacht bei Lutter zur Fortsetzung oder vielmehr Erneuerung der Friedensverhandlungen zu Braunschweig durch ganz unparteiische Vermittler bereit. Nach der Schlacht ersuchten sie sogar den König, sein Kriegsvolk aus ihrem Lande abzuführen, schlugen die Abberufungsbefehle des Kaisers öffentlich an und sagten sich von der ganzen Defensionsverfassung los.[3] Sie bemühten sich ernstlich um eine Friedensvermittelung zwischen Kaiser und König, welcher sich der Herzog Friedrich von Holstein, von Anfang an nur ein widerwilliger Bundesgenosse Christians IV., und Johann Georg von Sachsen unterziehen sollten. Herzog Friedrich fand den Kurfürsten nicht abgeneigt und wagte daher auch einen Versuch bei dem Könige. Seinem Dankschreiben an den Kaiser für die Gratulation zu seiner Verlobung mit Johann Georgs Tochter Marie Elisabeth fügte er die Bitte um die Fortsetzung des braunschweigischen Friedenscongresses bei.

Allein zu einer so unbedingten Unterwerfung, wie sie der Kaiser forderte, hat sich in Mecklenburg schließlich doch nur die Ritterschaft bereit gefunden. Der König von Dänemark arbeitete durch seinen Obersten Schlammersdorf, der sogar auf der Landtagsversamlung Husan und die Anhänger des Kaisers bekämpfte, dem vollen Anschlusse der Herzöge entgegen.

Auch die noch übrigen Hansestädte entschlugen sich schon jetzt jeglicher Betheiligung an dieser dänischen Sache um so mehr, als sich der Kaiser in angelegentlichster Weise um ihre Freundschaft bemühte. So ließ Ferdinand namentlich Hamburg große Anerbietungen machen; Lübeck war nahe daran, einen neuen Hansetag auszuschreiben, auf welchem der Bund eine feste und bestimmte Stellung zu den sich bekämpfenden Parteien nehmen sollte. Gerade hier unterhielt man damals einen lebhaften Handelsverkehr mit Spanien und zwar durch den vom Könige nicht gesperrten Sund. Allein auch aus Bremen wurden die Feinde Christians IV. mit Proviant versehen: Tillys Lieferant soll sogar in nahen Beziehungen zum Rathe gestanden haben. Als der König diesem Verkehr auf der

2) Heinrich Husans Relation Lübeck 21./31. Aug. K. St.-A. in Wien.

3) Fürstl. Meckl. Apologia S. 132 ff.

Weser durch zwei Kriegsschiffe ein Ende machen wollte, erzwang der Rath durch vier seiner eignen Fahrzeuge die Widereröffnung der Verkehrsstraße.

In größerer Bedrängnis befand sich die Stadt Braunschweig, welche nicht nur von Tilly, sondern auch von dem celliſchen Hause um Aufnahme einer Garnison ersucht wurde. Die Stadt erwehrte sich jedoch dieses Ansinnens und verweigerte Tilly, als er mit einigen hundert Wagen vor ihren Mauern erschien, sogar Proviant, nur ungefähr 30 Wagen Bier ließ man ihm verabfolgen. Allein ihre Lage war eine so missliche, daß sie die Hilfe der verbündeten Städte nachsuchte.[1]

Noch verhängnisvoller aber gestaltete sich die Lage des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel, dessen Landesherr in einem Gasthause der Stadt Braunschweig sein Quartier aufgeschlagen hatte, wo er nach seinen eignen Worten um „seinen baaren Pfennig" zehren mußte. Die Rückkehr nach Wolfenbüttel wehrte ihm natürlich der däniſche Commandant Graf Solms, und auf der andern Seite wollte sich Friedrich Ulrich doch auch der Nothwendigkeit entziehen, mit Tilly vollständig gemeinschaftliche Sache zu machen. Vergeblich ersuchte man ihn, sich nach einem sicheren Orte, vielleicht nach Brüssel oder gar nach Oestreich zu begeben. An die Landstände aber stellte Tilly die Forderung einer monatlichen Kriegscontribution von 80,000 Thalern, welche vornehmlich zur Belagerung der eignen Landeshauptstadt verwendet werden sollte. Man bot anfangs die Summe von 100,000 Thalern und glaubte sich damit von der Verpflichtung monatlicher Kriegssteuern loszukaufen, scheint sich aber späterhin den tilly'schen Forderungen unweigerlich gefügt zu haben.[2] An den Herzog selbst aber traten noch andere Ansprüche heran. Die verwitwete Königin Sophie von Dänemark, seine eigne Großmutter, hatte ihm im Jahre 1614 100,000 Thlr. und 1623 200,000 Thlr. unter der Bürgschaft der Stände vorgeschossen, deren Zinsen bis in das Jahr 1625 pünktlich erlegt worden waren. Von da an mußte Friedrich Ulrich natürlich die Zahlungen einstellen und wurde nun nicht allein von den Waffen des Oheims, sondern auch von den Mahnbriefen der Großmutter bestürmt.

Mitten in dem Kriegsjammer war auch das edle Herz seiner Mutter sieben Tage vor der Schlacht bei Lutter gebrochen. In ihrer letztwilligen Verfügung hatte Elisabeth bestimmt, daß man sie neben ihrem Gemahl beisetzen sollte. Allein erst im November (4. n. St.) des Jahres 1628

1) Nach den Schreiben des niederländischen Residenten Foppius van Aitzema im K. R.-A. im Haag.

2) Brief Aitzema's an die G.-St. Hamburg 1./11. Dec. K. R.-A. im Haag.

war der Sohn im Stande, ihr diesen letzten Wunsch zu erfüllen. Bis dahin mußte auch die feierliche Bestattung des Bruders und zwar zum Theil aus dem Grunde, weil Friedrich Ulrich die Mittel nicht aufbringen konnte, verschoben bleiben. Schon im Anfang des Jahres 1627 gestand der Herzog, daß außer stattlichen Klöstern, Aemtern und Städten, 300 Dörfer in die Asche gelegt seien, daß der dritte Theil seiner Unterthanen das Leben verloren habe und die übrigen zum größten Theil kaum ihren Unterhalt gewinnen könnten. Nur die der Mutter überwiesenen Aemter Schöningen, Jerxheim, Hessen und Vogtsdahlen waren besser aus dem allgemeinen Wirrwarr davon gekommen, wurden jedoch später durch kaiserlichen Befehl Friedrich Ulrich entzogen und seiner von ihm getrennten Gemahlin überwiesen.[1]

Der Rückzug des Königs von Dänemark und die letzten Kriegsereignisse in Niedersachsen.

Die ligistische Armee zog am 29. August n. St. von Lutter nach Liebenburg, zu dessen Eroberung das alt- und das jungtilly'sche Regiment zurückgelassen wurde, und darauf gegen Braunschweig und Wolfenbüttel. In der Nähe des letzteren verweilte man bis zum 7. Sept. n. St. Hier im Lager bei Großen-Lafferde zeigte nun Friedrich Ulrich, der bereits seine Unterthanen vom dänischen Heere abberufen hatte, dem General seine Unterwerfung an.

Christian IV. sammelte die Reste seiner Armee in und um Wolfenbüttel wider, um möglichst rasch den Rückzug nach der Elbe anzutreten. Schon am 20./30. Aug. verließ er mit seiner Reiterei Wolfenbüttel und marschierte an Uelzen vorüber über Lüchow an die Elbe nach Schnakenburg. Nachdem er den Fluß mit einigem Volke überschritten, die Hauptmasse aber in und um Bleckede einquartiert hatte, wo eine Schiffbrücke aufgestellt wurde, begab er sich durch das Mecklenburgische nach Lauenburg. Hier ließ er gleichfalls eine Schiffbrücke über die Elbe schlagen und führte seine Truppen theils hier theils zu Blankenese und Wedel über den Fluß. Unter großen Verwüstungen erreichten die Dänen die Elbe.[2] Der König beherschte das ganze linke Elbufer von Schnakenburg abwärts: die Marschen und unzugänglichen Moräste der Lande

1) Briefsamlung der Universitätsbibl. zu Rostock Mss. hist. 30.

2) Klopp, das Herz. Lüneburg in den Jahren 1626 u. 1627. (Zeitschr. d. hist. V. f. Niedersachsen J. 1858, S. 176 ff.)

Kehdingen und Hadeln bildeten die natürliche Schutzwehr für seine abgematteten Truppen gegen die von Süden heranrückenden Feinde. Und gerade jetzt, wo sich die Folgen der Schlacht bei Lutter in der Lockerung seiner Beziehungen zu den deutschen Ständen so deutlich bemerkbar machten, bewies der König Muth und Entschlossenheit. Er war keineswegs gewillt, das linke Elbufer und die Lande zwischen Weser und Elbe ohne weiteres aufzugeben und errichtete an den Hauptübergangspunkten des Flusses, z. B. auch bei Schnakenburg und Boizenburg Schanzen und Brustwehren.

In den Monaten September und October war er jedoch Tilly keineswegs auch nur annähernd gewachsen. Denn obschon vielleicht seine dem Vorgeben nach noch 7000 Pferde zählende Cavallerie nicht viel hinter der feindlichen zurückblieb, so befand sich doch auch diese in einem sehr erholungsbedürftigen Zustande, und die Infanterie war damals überhaupt nur 8000 Mann stark. Der König konnte also nicht im entferntesten daran denken, seine so sehr zusammengeschmolzene Armee der Gefahr einer abermaligen Niederlage auszusetzen.

Widerholt ließ er daher in den Niederlanden um eine Verstärkung durch 6000—8000 Mann Infanterie nachsuchen und wurde in dieser Bitte auch von Aitzemas um die Zukunft besorgten Eifer angelegentlichst unterstützt. Der Resident erhielt nun zwar von den Generalstaaten den besonderen Auftrag, den Muth des Königs aufrecht zu halten, und begab sich zu diesem Behufe persönlich nach Lauenburg in das Hauptquartier. Aitzema traf auch den König voll des alten beharrlichen Eifers: derselbe erklärte bei Tisch, daß er auf Gott und die gerechte Sache vertraue, und daß ihm der Sieg der Feinde viel weniger, als die Lauigkeit und Säumnis seiner Freunde zu Herzen gehe. Allein trotz der Vorstellungen, welche Foppius den Staaten machte, daß auch sie ein großes Interesse an der Aufrechthaltung einer protestantischen Armee zwischen Weser und Elbe hätten, und obwol er daran erinnerte, daß der Untergang dieses Universalwerks den Untergang der Religion und der Freiheit, der Schiffahrt und des deutschen Handels für die Niederlande nach sich ziehen werde, hielten die Generalstaaten mit ihrer Unterstützung an sich.[1]

Von Lauenburg verlegte der König sein Hauptquartier Anfangs October nach Stade. Zum Schutz der Elbherzogthümer ließ er natürlich das Lauenburgische sowie das südwestliche Gebiet von Mecklenburg besetzt. Im Gebiet des bremischen Stifts und im Land Hadeln stieß jetzt auch

1) Aitzemas Briefe, Hamburg 2./12. Sept., Lauenburg 23. Sept./3. Oct., Stade 30. Sept./10. Oct. im K. R.-A. im Haag.

der Administrator von Magdeburg mit seinem Corps zu ihm. Er hatte in der Nähe von Hamburg operiert, sich Ritzebüttels (8. Aug.) und des Schlosses Neuwerk (9. Aug.) bemächtigt und wäre beinahe mit den Hamburgern handgemein geworden. Er beanspruchte 3 Monate Sold auf 8000 Mann oder 100,000 Reichsthaler und die Auslieferung aller Kanonen des Hauses Neuwerk sowie 3000 Musketen. Die Stadt forderte dagegen die augenblickliche, unentgeltliche Räumung ihres Gebiets, nahm aber auch Geld zu Aushebungen auf und schickte sich an, mit der Unterstützung von Bremen und Lübeck dem Markgrafen mit bewaffneter Hand zu begegnen. Ein dänischer Gesandter gab jedoch die Erklärung ab, daß der Administrator ohne Auftrag gehandelt habe, und Ritzebüttel sowie das Kastell selbst an die Stadt „als an S. M. Unterthanen" zurückgeben werde. Trotzdem wurden freilich von Hamburg 2000 M. gegen die meist unbewehrten Schaaren entsendet. Daß der Administrator aber einer Contribution dringend bedurfte, ergibt sich schon daraus, daß die Generalstaaten von den ihm auf die Unterstützungsgelder Christians IV. angewiesenen 11,000 Thalern noch keinen Heller gezahlt hatten. Aus dem Lande Hadeln wurden endlich seine Truppen über die Elbe geführt und in die Grafschaft Pinneberg einquartiert.[1] —

Das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel fiel mit Ausnahme weniger, stärker befestigten Punkte wie vor allen der Landesfestung Wolfenbüttel Tilly ohne großen Widerstand in die Hände. Von Wolfenbüttel aus ging de Fours mit einer bedeutenden Streifpartei über Wolfsburg in das Lüneburgische, und nach der Ankunft der beiden vor Lieben-burg zurückgelassenen Regimenter setzte man den Marsch gegen Steinbrück und Neustadt am Rübenberge fort. Unterdessen hatte Aldringer Schöningen und Helmstedt eingenommen. Zu den drei Regimentern Fürstenberg, Cerboni und Coloredo stieß dann noch vor Steinbrück das aus 2 Regimentern bestehende Corps des Herzogs Georg. Am 12./22. Sept. ergab sich die letztgenannte kleine Festung und nahm eine Besatzung aus fürstenbergischem Volk ein. Der Commandant Hauptmann Zabeltitz wurde mit seiner Compagnie nach Wolfenbüttel geleitet.

Tilly hatte unterdessen mit Hilfe des Stadthauptmanns Barthold Knauft, welcher am 7./17. Sept. die Dänen herausgedrängt hatte, Hannover gewonnen, in die Neustadt eine Besatzung gelegt, und erhielt nach einem Sturme auch Neustadt am Rübenberge.[2] Darauf begab er sich über die

1) Ende August. Brief Aitzemas an die G.-St. vom 2./12. Sept. K. R.-A. im Haag.

2) Vgl. M. L. Volturnus H. 3.

Aller nach Verden, während Anholt, der nach dem Tode Christians von Braunschweig die Dänen aus dem Stift Osnabrück vertrieben und den Commandanten von Wiedenbrück Kaspar v. Ohr zur Uebergabe des Platzes am 21. Juni genöthigt hatte, innerhalb 24 Stunden Hoya eroberte. Auch der Commandant des Schlosses Steuerwald bei Hildesheim, Hauptmann Heinrich von Klingenberg, schloß einen Accord. Da man in Verden nachhaltigeren Widerstand fand, ließ Tilly vorläufig nur das gronsfeldische Regiment vor demselben zurück und zog im Verein mit Anholt, der unterdessen Langenwedel bezwungen hatte, gegen das ehemalige Hauptquartier des Königs Rothenburg an der Wümme. Durch eine fünfstündige Kanonade aus 6 Stücken wurde bald Bresche geschossen (25. Sept.), und Oberstlieutenant Sehested mußte sich gleichfalls auf Gnade und Ungnade ergeben.

Und darauf wurde die Armee in die Winterquartiere gelegt. Der Graf von Anholt erhielt die Stifter Bremen und Verden, Fürstenberg die Grafschaft Oldenburg. Tilly selbst ging mit einem großen Theile der ligistischen Armee über Gifhorn in das Herzogthum Braunschweig. Anfangs November hatte er sein Hauptquartier zu Helmstedt.[1]

Dagegen rückte Herzog Georg mit seinen wallensteinischen Schaaren über Wittingen in die Altmark ein. Cerboni nahm in Salzwedel, der Oberstlieutenant v. Bodendieck, „der Goldigel, der viel Gold und Silber erpresset von der Stadt und dem Lande und viel Schafe und Rindvieh verschlucket wie nicht weniger auch Perlen und Geschmeide,“[2] in Stendal, und Herzog Georg selbst anfangs im Kloster Neuendorf, später, nachdem es die Brandenburger geräumt hatten, im Gardelegen Quartier. Auch alle übrigen Hauptpunkte des Landes erhielten Besatzungen. Cerboni bemächtigte sich noch eines großen Theiles des lüneburgischen Gebietes bis nach Bleckede, wo eine Abtheilung des Administrators capitulieren mußte. — Die Rüstungen Georg Wilhelms konnten trotz der Mahnung Christians IV. auch diese neue Vergewaltigung nicht hindern, ja derselbe mußte vielmehr befürchten, daß nun auch die dänische Armee nachfolgen würde. Wol hatte er rechtzeitig Tilly milde zu stimmen und die Einquartierung abzuwehren versucht. Allein der General ertheilte seinem Gesandten Dr. Kratz einen sehr hochfahrenden Bescheid. Brandenburg habe Dänemark zugesehen statt mit Gewalt zu wehren; es widersetze sich dem Haus Oestreich und dem Kaiser mehr als andere, und doch stelle man sich neutral. Er finde nur Worte und keine Thaten. Jetzt, wo alles verloren sei, wolle jeder-

1) Knoche, Braunschw. Magazin 1863 S. 519.
2) Götze 448.

mann zu Kreuze kriechen. Auch Fürstenberg trat herzu mit den Worten: Ihr lieben Herren, es heißt nunmehr — „kriecht zum Kreuze herzu, sonst habt ihr weder Rast noch Ruh." Und Tilly schloß mit der Drohung, die Fürsten möchten sich bald bemühen, daß ein beständiger Friede gemacht werde, es würde sie treffen, sie müßten die Kriegskosten bezahlen. Nach einer so herben Abweisung bat der Kurfürst den Kaiser um Räumung seiner Lande. Ferdinand II. erwiderte wenigstens noch begütigend, Georg Wilhelm möge um der allgemeinen Wolfahrt willen einen geringen Particularschaden so hoch nicht achten. Wie wenig kümmerte man sich in Wien nun um den Groll Johann Georgs, dem man nicht einmal dieser Einquartierung im obersächsischen Kreise halber Anzeige erstattet hatte! Und obwol Christian IV. auf Veranlassung Georg Wilhelms die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Mark nicht berühren werde, falls man von Seiten der Feinde keinen Vortheil aus ihr ziehe, blieben die kaiserlichen Truppen doch im Lande. Schwarzenberg ersuchte darauf den allmächtigen Rath Johann Georgs, Kaspar v. Schönberg, seinen Herrn zu einer Mahnung an Tilly zu veranlassen, er möge sich so betragen, daß der Kurfürst nach Preußen reisen könne; Georg Wilhelm aber empfahl sein Land noch selbst seinem protestantischen Mitkurfürsten, legte zur schnelleren Berichterstattung eine Post von Berlin nach Dresden und verließ dann die Mark, um sich mit 5000 M. Gustav Adolf entgegen zu stellen. Mehr und mehr wurde nun Graf Adam v. Schwarzenberg ausschließlicher Lenker der brandenburgischen Politik.[1]

Allein Christian IV., dem nicht nur ein schottisches Regiment, sondern durch seinen Sohn Friedrich noch außerdem 4000 M. zugeführt waren, ließ doch noch einmal in diesem Jahre von sich hören. Der König fühlte sich stark genug, dem Feinde die beiden Bisthümer Bremen und Verden streitig zu machen und ihm vor allem die Neigung zu einem Einfalle nach Holstein zu benehmen. Er brach am 2./12. November plötzlich von Stade auf, ging südwärts über Zeven und Ottersberg nach Rethem an der Aller, welches er in seine Gewalt brachte, und zurück nach Verden, das er zu beschießen begann.

Von da rückte er vor Hoya: seine weitere Absicht war, das von Anholt belagerte Nienburg zu entsetzen. Hier vor Hoya bekam der König

1) Droysen, Preuß. Polit. III. 1. (1. A.) S. 59. Auch damals fand noch ein lebhafter diplomatischer Verkehr zwischen Georg Wilhelm und Christian IV. Statt. Der erstere ertheilte am 9./19. Nov. einem dänischen Abgesandten Martin v. Medem Audienz und gab am 16./26. Nov. Samuel v. Winterfeld Aufträge für den König.

selbst einen Schuß in den rechten Oberarm, und auch sein Sohn und mehrere höhere Offiziere wurden verwundet. Nach fünftägiger Belagerung nahm er Schloß und Stadt ein: die kleine, aus 300 M. bestehende Besatzung trat in seine Dienste. Allein in der Nacht vom 21. zum 22. November wendete er sich, wie es heißt, auf die Kunde von dem Herannahen des Herzogs Georg oder der plötzlich eingefallenen großen Kälte wegen auf demselben Wege nach Stade zurück.

Sein Vormarsch hatte die Feinde gewaltig in Furcht gesetzt: denn Fürstenberg war bei seinem Herannahen mit einem großen Theile seines Volks nach Witzenhausen zurückgewichen, und Anholt hielt sich in großer Besorgnis innerhalb der Stadt Verden. Doch konnten die Dänen Hoya nicht behaupten. Nach dem Abzuge des Königs rückte Tilly mit einem bedeutenderen Theile seiner Streitkräfte wider vor, bemächtigte sich des Punktes von Neuem und schien Anstalten zu einem Uebergang über die Elbe zu treffen. Im Lager seiner Gegner war man der Meinung, daß nur das plötzlich eingetretene Thauwetter den ligistischen Feldherrn von einem Angriff der auf dem linken Elbufer liegenden dänischen Cavallerie abgehalten habe. Allein derselbe führte doch hierauf seine ganze Artillerie nach Verden und blieb mit seiner Armee in diesen Wesergegenden zwischen Verden und Nienburg stehen.

Und auch auf der rechten Elbseite hegte man vor einem weiteren Umsichgreifen der Kaiserlichen die größte Besorgnis: man fürchtete vor allem, daß der Herzog Georg während des ziemlich harten Frostes nach Holstein einrücken würde. Zahlreiche Flüchtlinge, welche selbst aus Mecklenburg mit ihrer beweglichen Habe in Hamburg erschienen, suchten vor den erwarteten Kriegsstürmen ein schützendes Unterkommen in der mächtigen Hansestadt.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von dem erwähnten Streifzuge begab sich der König daher nach Holstein, hielt in Rendsburg eine Musterung über den holsteinischen Adel und fand im Ganzen große Theilnahme und Opferwilligkeit. Auf dem Landtage zu Rendsburg bewilligte die Ritterschaft den Rossdienst und außerdem von jedem Pfluge einen, im Fall der Noth auch zwei Mann. Man beschloß ferner die triplicierte Tripelhilfe, d. h. ungefähr 400,000 Thlr.,[1] zu gewähren und 2 Regimenter zu errichten. Auch wollte man sich mit Mecklenburg in ein engeres Einvernehmen setzen. Von diesen Beschlüssen hielten sich indessen die Städte und auch die Herzöge Friedrich und Johann Friedrich fern.

1) Diese Summe ist dem Briefe Aitzemas an die G.-St. vom 1./11. Dec. (Hamburg) entnommen. Ipsen, Die alten Landtage S. 144 spricht nur von 40,000 Thlrn.

Mit diesen holsteinischen Contributionen und 400,000 Thlrn. englischer Subsidien, welche Anstruther überbringen sollte, hoffte man im Lager des Königs die Rüstungen verstärken und sich so bis zum Sommer halten zu können.

Der König selbst kehrte am 16. Dec. n. St. nach Stade zurück, begab sich aber in der zweiten Januarwoche des folgenden Jahres, da trotz der dringendsten Mahnungen die Holländer sich ebenso wenig wie seine übrigen Freunde und Bundesgenossen ihrer Verpflichtungen erinnerten, zur Beitreibung der Contributionen nach Kiel.

Herzog Bernhard v. Weimar und Oberst Bremer nahmen mit ihren Regimentern in Mecklenburg-Schwerin Quartier, und die Landstände ließen sich auch schließlich zur Erlegung einer halben Contribution für die Unterhaltung des dänischen Volkes bewegen. Ferdinand II. beauftragte freilich den Herzog Christian von Celle nebst Tilly, die Herzöge zum Abfall von der dänischen Partei und zur Aufnahme von Besatzungen in Dömitz, Boizenburg und andern Puncten zu bewegen.[1] Allein diese Bemühungen glückten nicht: im Anfange des folgenden Jahres zogen vielmehr 400 Dänen unter dem Obersten Schlammersdorf in Dömitz ein. Und es war nicht allein die bittere Nothwendigkeit, welche die mecklenburgischen Herzöge auf dänischer Seite festhielt, sondern beide Brüder, der lutherische sowol wie der calvinische, glaubten jetzt auch dem Gebote heiligster Verpflichtung nachzukommen.

Dagegen scheint der Administrator von Magdeburg damals ernstlich an seinen Rücktritt gedacht zu haben, obwol ihn der König endlich zum Director seines neugeschaffenen Kriegsraths gemacht hatte. Aufgebracht über die Unordnung im königlichen Hauptquartier, die Wortbrüchigkeit der dänischen Bundesgenossen, insbesondere auch der Holländer, welche ihm persönlich noch 8000 Thaler schuldeten, zog er bei Christian von Celle Erkundigung über die Geneigtheit der Gegner ein, ihm als Preis eines Parteiwechsels die beiden Stifter Magdeburg und Halberstadt herauszugeben. Indessen der kaiserliche Bevollmächtigte Walmerode ertheilte dem Herzoge hierauf den Bescheid, daß man in Wien den Markgrafen niemals als Administrator des Stifts Halberstadt anerkannt habe, und es daher jetzt noch weniger thun werde; im Betreff Magdeburgs aber werde sich der Kaiser im Fall der Unterwerfung doch wol so erweisen, daß „jedermann sein sanftmüthiges, friedfertiges, der ganzen Welt bekanntes Gemüth hierbei spüren solle."

Der König hatte von dem Wankelmuth Christian Wilhelms Kenntnis erhalten, was natürlich sein Verhältnis zu demselben nicht gerade freund-

1) Fürstl. Mecklenb. Apologia S. 135 ff.

licher gestaltete. Foppius van Aitzema, der sich Ende December und Anfang Januar eben so wie der Administrator selbst in Stade befand, bemühte sich angelegentlich, die Einigkeit zwischen den beiden „Potentaten" wider herzustellen.

Nur jenseit der Elbe fand noch ein unbedeutender Kampf Statt. Mannschaften des Regiments Cerboni überfielen eine kleine Abtheilung des Administrators in einem adligen Hause Wainingen nicht weit von Dömitz. Die Bischöflichen hielten sich zwar für den Augenblick, mußten aber den Punct nach einigen Tagen doch aufgeben.

Auch als die ungünstigen Nachrichten aus Ungarn eintrafen, daß Mansfeld seine Truppen Bethlen Gabor untergestellt habe, und der letztere aufs Neue zu einem Frieden mit dem Kaiser geneigt sei, blieb Christian IV. standhaft. Ja er nahm gerade damals den aus Ungarn zurückkehrenden Herzog Franz Karl von Lauenburg zum Obersten an und beauftragte ihn mit der Werbung von 3000 M. Fußvolk und einem Regiment Cavallerie.[1]

Mit 30,000 M. Infanterie und 10,000 Pferden hoffte er im Mai des folgenden Jahres wider im Felde erscheinen zu können.

Mansfelds Zug nach Schlesien.

Mansfelds Aufbruch aus der Mark ist auch durch Frankreich befördert worden, denn Richelieu hat sich seiner nach der Schlacht bei Rosslau wider mit größerem Eifer annehmen zu müssen geglaubt. In der Besorgnis, daß sich derselbe gar nicht wider erholen, und Christian IV. vielleicht gar Frieden schließen könnte, sendete er zwei Agenten, Lasnier und Drouart, nach Deutschland und insonderheit auch an Mansfeld. Aus der Instruction des letzteren ist ersichtlich, daß Lasnier früher an Mansfeld abgegangen war: Drouart sollte ihm wo möglich zuvorkommen. Derselbe hatte Mansfeld nicht nur ein königliches Handschreiben, sondern auch die Summe von 80,000 Livres zu übermitteln, welche er indessen nur unter der Bedingung ausliefern sollte, daß entweder Mansfeld selbst noch im Stande war, „der gemeinsamen Sache auf eigne Faust zu nützen", oder daß er wenigstens dem Könige von Dänemark noch eine beträchtliche Unterstützung zuführen konnte. Fand Drouart Mansfelds Truppen dagegen

1) Bricka a. a. O. S. 17. Foppius van Aitzema an die G.-St., Stade 16./26. Dec. und 23. Dec. 1626/2. Jan. 1627.

gänzlich zerstreut, so hatte er die Summe zur Unterstützung der unterdrückten deutschen Fürsten zu verwenden und erhielt sogar den Auftrag, Mansfeld dann womöglich gar nicht aufzusuchen. Ja Ludwig XIII. wollte dem Grafen seine Subsidien selbst dann vorenthalten, wenn er ein Corps, dessen Bestandtheile er Dänemark, Brandenburg und Bethlen Gabor entliehen hätte, wider zusammengebracht haben sollte.

Der französische Agent war jedoch auch beauftragt, Christian IV. ein Schreiben Ludwigs XIII. einzuhändigen, welches er nach den im mansfeldischen Lager empfangenen Eindrücken abfassen sollte. Hatte er Mansfeld die Gelder wirklich ausgeliefert, dann blieben für Christian IV. freilich nur Versprechungen und schöne Worte übrig: im andern Falle sollte er die Summe dem Könige als eine Abschlagszahlung auf die Subsidienversprechungen, welche man Wensin für dieses Jahr gemacht hatte, ausliefern. Würde sie der König aber als zu geringfügig zurückweisen, dann — mußte sie Drouart wider zurückbringen. Dasselbe sollte er auch thun, wenn Christian IV. Friedensunterhandlungen angeknüpft hatte.

Endlich hatte man Drouart auch noch Aufträge an Hamburg und Lübeck ertheilt. Beide Städte wurden zur Aufrechthaltung einer Sache angespornt, mit welcher ihr eigenes Interesse so innig verknüpft schien.

Der genannte Agent ist nun in der That Ende Mai von Paris abgereist und über Nürnberg, wo er bei Octave und Antoine La Magna Wohnung nahm und seine ihm durch den französischen Gesandten im Haag übermittelten Geheimschriften erhielt, und wahrscheinlich Leipzig in das mansfeldische Lager gelangt. Ende Juni ist er in Havelberg noch rechtzeitig eingetroffen und hat das Heer wahrscheinlich auch auf seinem Weitermarsche begleitet. Mansfeld selbst hat noch von Havelberg aus über denselben mit dem französischen Gesandten im Haag correspondiert.[1]

Die Mansfelder hatten nach ihrer Rückkehr von Rosslau, wo sie Nauen beschossen und plünderten, noch größere Abneigung in der Mark Brandenburg erweckt. Der gemeine Mann und die Bauern ergriffen endlich

1) Mémoire et Instruction qui a été baillée au sieur de Drouart, estant présentement envoyé en Allemagne (May 1626). Paris, Archives des aff. étr. Schreiben d'Herbaults an d'Espesses vom 28. Mai und des letztern an den erstern vom 16. Juli. Aus diesem: Monsieur, J'ay receu vos deux Lettres des 28. [May] et 26. Juni. J'estois deja averty par celles du Comte de Mansfelt de Havelberg du 27. Juin de l'Expedition du Sieur Drouart qui m'écrit de Lefsy (!) le 24. Juin, lieu que je n'ay point encore trouvé dans les cartes. Ob freilich Mansfeld das französische Geld erhielt, steht dahin; nach einer Depesche Leukers befand es sich noch im Jan. 1627 in den Händen der nürnberger Bankiers.

gegen sie die Waffen. Die Landleute ließen sich nichts mehr mit Gewalt nehmen, sondern läuteten, sobald man ihrer in größerer Menge ansichtig wurde, Sturm. Einige Städte in der Uckermark schlossen sogar einen Bund gegen dieselben und wollten ihnen durchaus keinen Durchzug gewähren. Wildschützen und Haidenreuter begaben sich aus eignem Antrieb auf Streifzüge; mit langen Sensen und Knebelspießen waren die Bauern zum Empfange der Soldaten bereit. So geleiteten sie einst 12 unter den Oberstlieutnant Lohausen gehörige Kriegsknechte, je zwei und zwei an den Füßen zusammengeschmiedet.

Den wirklichen Aufbruch des Heeres scheint zuletzt die Ungewißheit über die Pläne Gustav Adolfs verzögert zu haben. Als darüber Anfang Juli kein Zweifel mehr herschen konnte, machte der Herzog von Weimar zu Tangermünde den Anfang. Er marschierte mit 2000 Pf. und 2 Reg. Fußvolk über die Brücke auf Havelberg, und Fuchs folgte ihm am nächsten Tage mit 55 Fähnlein Fußvolk und 8 Cornet Reitern. Als der Uebergang bewerkstelligt war, brach man die Brücke ab und führte die Schiffe fort. Fuchs deckte darauf den Abmarsch in und bei Fehrbellin, während sich der Herzog mit Mansfeld vereinigte. Am 30. Juni/10. Juli treffen wir den erstern in Kyritz.

Mansfeld erzwang am 2./12. Juli den cremmischen Paß und langte am 13. Juli in Bötzow an. Er hatte freilich Plünderung bei Lebensstrafe verboten, allein der Marsch hielt sich dennoch nicht von jeglicher Gewaltthat frei.

Während der kaiserliche Gesandte, der Burggraf v. Dohna, noch in Berlin verweilte,[1] überschritt Mansfeld bereits zwischen Oranienburg und Spandau von dem genannten Dorfe Bötzow aus die Havel und zog, indem seine Truppen die Gegend bis vor die Thore Berlins unsicher machten, nach Bernau, welches sich in Vertheidigungszustand gesetzt hatte, und von da über Straußberg auf Frankfurt a./O., wo seine Dragoner schon am 4./14. Juli anlangten.

Als jedoch der Rath denselben den Paß abschlug, wendeten sie sich nach Lebus, überschritten hier die Oder und nahten sich nun Frankfurt von der rechten Seite des Flusses, während andere Schaaren abermals von Westen anmarschierten. Da gewährte denn endlich der Rath den Truppen in einzelnen Abtheilungen den Durchmarsch. Die bewaffneten Bürger nahmen ihnen aber einen Theil ihres Raubes an Wagen und Pferden wider ab.

---

1) Er soll Berlin am 6./16. Juli Nachts zwischen 12 und 1 Uhr verlassen haben. Der Kurfürst ließ ihn durch zwei Jäger durchbringen.

Am 7./17. Juli langten Mansfeld und der Herzog von Weimar so wie der Oberstlieutenant Karpzov mit der Artillerie in Lebus an und passierten Tags darauf Frankfurt. Am 20. Juli n. St. war der Durchmarsch der ganzen Armee beendet. Schon das Hauptquartier des vorigen Tages war drei Meilen jenseit der Stadt. Der dänische Bevollmächtigte, welcher sich noch am 9./19. J. in Frankfurt aufhielt, hegte schon damals die feste Zuversicht, dem Feinde zuvorzukommen, obwol er von den Bewegungen seiner Armeen unterrichtet war.[1]

Merkwürdiger Weise waren die in Schlesien aufgestellten Truppen nach der Schlacht bei Rosslau und zwar mit der Zustimmung Wallensteins wider entlassen worden, und nur die Kreise Glogau und Sagan hatten sich später wider gewaffnet. Erst als die Mansfelder einrückten, wurde am 19. Juli vom Oberamtsverwalter ein allgemeines Aufgebot der beiden niederschlesischen Kreise erlassen, welches jedoch nur geringe Nachachtung fand. Es folgte darauf eine Versamlung des ständischen Ausschusses in Liegnitz: allein auch in Schlesien mangelte es zur plötzlichen Aufstellung genügender Streitkräfte durchaus an Geld. Der Kreisoberst Herzog Heinrich Wenzel von Oels-Bernstadt legte sein Amt sogar nieder. Am 17. Aug. sollte die Ritterschaft gemustert werden, und trotzdem war man noch Ende September, nachdem der größte Theil der mansfeldischen Armee bereits wider abgezogen war, noch nicht mit den Musterplätzen im Reinen.[2]

Jenseit der Oder theilte sich das protestantische Heer: Mansfeld näherte sich auf dem Wege über Züllichau Glogau, während der Herzog von Weimar mit seinem und dem baudissin'schen Regiment und den mansfeldischen Dragonern nach Krossen ging, wo er bereits am 11./21. Juli in Person anlangte. Sein Plan war, Recognoscierungen am Bober anzustellen, denn hier wollte man sich vorläufig festsetzen und Bethlen Gabors Ankunft, welche wol durch Quad schon zum 20. Juli versprochen worden ist,[3] erwarten.[4] Die Verbindung zwischen beiden Truppenkörpern unterhielt der Oberst Flodorp, dem die Brücke in der Nähe von Wartenberg anvertraut war.

Allein Oberst Pechmann, welcher mit angeblich 6000 Pf. von Dessau über Jüterbok durch die Lausitz gezogen war, passierte am 11./21. Juli

---

1) Mitzlaff an Fuchs 9./19. Juli. K. G. A. in Kop.

2) Vgl. über diese Verhältnisse Großmann, Ernst von Mansfeld S. 47 ff.

3) Carafa, De Germania sacra restaurata S. 289.

4) Nach Mitzlaffs Gründlicher . . Relation der Campagne in Schlesien und Ungarn, welche derselbe dem Könige 1627 einreichte. K. G. A. in Kop.

bereits Sagan und hatte schon am Abend vorher, noch vor der Ankunft Johann Ernsts, einen Kurier in Krossen gehabt. Demungeachtet rückte jedoch der Herzog am andern Morgen gegen Freistadt vor. Hier erfuhr derselbe jedoch, daß ihn eine Ueberflügelung bedrohe, und ließ daher schleunigst die Boberbrücke abwerfen. Zwischen Bober und Oder und zwar in der Nähe von Grünberg, wo der Oberst Dohna den Mansfeldern den Weg verlegte, kam es darauf zum ersten Treffen, in welchem 500 M. Infanterie und 100 R. des schlesischen Obersten niedergemacht sein sollen. Doch zog sich der Herzog von Weimar nicht über Wartenberg, sondern über Krossen zurück, wo er trotz des Widerstrebens der Bürger die Oderbrücke anzündete und alle in seine Hände fallenden Schiffe und Fahrzeuge zerstörte. Johann Ernst folgte[1] darauf Mansfeld über Züllichau nach Glogau. —

Zu gleicher Zeit mit den Mansfeldern war also auch Pechmann in Schlesien angelangt. Seine Truppen, welche täglich 6 bis 8 Meilen hatten machen müssen, konnten am 31. Juli n. St. die Brücke zu Steinau überschreiten. Seinen und Hebrons Schaaren hatten sich die Reste der dohna'schen Mannschaften angeschlossen.

An Großglogau vorüberziehend, welches Pechmann bereits besetzt hatte, rückten Mansfeld und Weimar durch das Hundeloch, einen Paß zwischen Großglogau und Herrenstadt, vor: der letztere nahm wider Mansfelds Willen auf eigne Hand Gurau (18./28. Juli) und legte der Stadt und dem benachbarten Adel Contributionen auf. Darauf richtete sich sein Marsch südostwärts gegen Zirkwitz im Fürstenthum Oels der Oder zu. Mansfeld finden wir am 21. Juli in Winzig, von wo er durch das Trachenbergische gleichfalls den Weg auf Oels einschlug. In und um Oels stehen Ende Juli beide vereinigte Truppenkörper in der Nähe der schlesischen Hauptstadt, welche dem Herzoge von Weimar die geforderten Subsidien versagte. Die ganze Armee wendet sich darauf südostwärts auf Bernstadt und Namslau, wo sie am 3. August eintrifft. Von da zog sie sich über Ketzendorf, Poppelau und Czarnowans gegen Oppeln.

---

1) Von Krossen brach der Herzog Freitag am 14./24. Juli nach Züllichau auf. Diese Darstellung Jahns Bd. II. 210. 211, welche sich auf Mitzlaff stützt, wird durch Berichte aus dem Lager der Kaiserlichen als richtig bestätigt. (Vgl. dagegen Großmann, Ernst von Mansfeld 84, 85). Außerdem berichten auch die Zeitungen in derselben Weise. In Nr. 31 der (Berliner) Zeitung findet sich ein Schreiben aus Krossen vom 18. Juli a. St.; dazu treten dann zwei andere nicht numerierte Zeitungen in Schreib-Druckschrift aus den ersten Wochen des Juli. Diese seltnen Blätter finden sich in der Kön. Bibliothek zu Berlin.

Der Zug ging ohne großen Schaden der Landeseingebornen von Statten. Die Soldaten ließen sich wol Proviant reichen, waren aber im Ganzen genügsam. Von den Einwohnern sowol der Städte wie des platten Landes wurden — so kann man es geradezu bezeichnen — Pechmann und seine Schaaren als Feinde, der Herzog und der Graf dagegen als Freunde betrachtet. Beide protestantische Heerführer konnten ohne jegliche Scheu in die Städte hineinreiten und verkehrten mit den Landleuten, welche sie geradezu zur Ergreifung der Waffen aufforderten, in der freundschaftlichsten Weise. Ja das gemeine Volk nahm nach Pechmanns Versicherung so sehr Partei, daß es sogar Raub und Plünderung entschuldigte, während es, wenn seine Soldaten nur „ein Ei nahmen, sofort einen Elephanten daraus machte." Bei Oels sollten die Protestanten nach der Versicherung dieses Gewährsmannes alle Dörfer geplündert haben, und doch klagte niemand über sie. Freilich gestand Pechmann auch, daß sich sein Volk großen Muthwillen habe zu Schulden kommen lassen. Einem Berichte zu Folge hätten sich die Mansfelder, wenn sie die Artillerie im Stich gelassen hätten, bei der allgemeinen Verwirrung leicht des ganzen Landes bemächtigen können. Wallenstein mußte sogar den Befehl ertheilen, keinem Schlesier Quartier zu geben, der mit dem Feinde gemeinschaftliche Sache gemacht habe.[1]

Pechmann stand am 21. Juli n. St. mit etwa 5 Regimentern Cavallerie und 2 Regimentern Fußvolk in Sagan. Seine Hauptaufgabe bestand darin, dem Feinde unmittelbar auf den Fersen zu bleiben, seinen Marsch zu beunruhigen und das linke Oderufer zu decken. Das letztere gelang ihm in auffallend kurzer Frist. Am 3./13. August meldet er dem Kurfürsten von Sachsen, daß er sich des ganzen Stromes bis Ratibor bemächtigt habe. Alle Uebergangspunkte, so namentlich auch die Brücke bei Steinau wurden besetzt. An diesem Tage befand sich Pechmann in und um Ohlau, während sein Gegner zwischen Oels und Namslau stand. Pechmann mag demselben gelegentlich mancherlei Verluste beigebracht haben: im Ganzen aber richteten die beiden Heerführer ihren Marsch so geschickt ein — sie nahmen ihn meist durch die Wälder — daß Pechmanns Cavallerie sich bedeutendere Angriffe versagen mußte. Erst bei Oppeln, wo das Terrain freier war, hoffte derselbe sie festhalten zu können. Allein auch das glückte nicht. Als Johann Ernst am 6./16. August mit 5 Regimentern Fußvolk neben der Cavallerie in voller Schlachtordnung vor der Stadt erschien, mußten sich die nur wenige Hundert zählenden feindlichen Reiter über die Brücke zurückziehen, so daß die Armee am

1) Neisse 20. Aug. 1626. Zeitschr. des V. f. Gesch. Schlesiens Bd. 12, 482.

Abend ihren Marsch ungestört fortsetzen konnte. Nach einer andern Nachricht war der Verlust der Kaiserlichen freilich bedeutender. Der Herzog zwang, indem er die Vorstadt in Brand steckte, die 1000 Pferde starke hebron'sche Reiterei zu einem Treffen, in welchem er sie fast vollständig aufrieb.

Oberst Pechmann hat freilich doch einen kleinen Vorsprung gewonnen: er erreichte bereits am 26. August die Nähe von Olmütz.[1] Er fand das längere Verweilen beider Heere in Teschen und Troppau auffallend und vermuthete eine List dahinter. Noch damals war er nicht ganz ohne Besorgnis; doch hoffte er sich innerhalb 8 Tagen auf 20,000 M. zu stärken und, wenn während dieser Zeit Bethlen mit seinen Ungarn ausbleiben würde, der Sache mit dem Mansfelder bald abzuhelfen.

Bethlen Gabors Vereinigung mit den deutschen Armeen und sein Waffenstillstand.

Bethlen Gabor blieb wirklich aus.

Unter den Gründen, welche den Fürsten hierzu veranlaßt haben, gedenken wir zuerst der geringen Neigung der Pforte, sich auf diese Weise in einen förmlichen Krieg mit dem Kaiser verwickeln zu lassen.

Bethlen Gabor hatte auch den Gesandten der Westmächte in Constantinopel seine beiden Hauptbedingungen für ein feindliches Vorgehen gegen Oestreich unterbreitet: eine monatliche Unterstützung von 40,000 Kronen und die förmliche Aufnahme in das haager Bündnis. Zwanzig Tage nach der erhaltenen Zusage Englands und Frankreichs wollte er direct nach Wien marschieren und sich mit Mansfeld, wenn er sich in diesen östlichen Districten zeigen würde, vereinigen. Denn widerholt hat er es ausgesprochen, daß bei der ersten Nachricht von dem Marsch einer feindlichen Armee auf die Erblande Böhmen, Schlesien und Mähren sich wie ein Mann erheben würden.

Bei dem französischen Gesandten begegnete diese Forderung anfangs einer beifälligen Geneigtheit, allein der mit einem so wichtigen Gesandtschaftsposten betraute englische Diplomat hatte seit dem November 1624 bis in den Juni 1626 nur eine einzige Depesche des Staatssekretärs Conway erhalten und befand sich daher ohne jegliche Instruction. Derselbe besaß Ehrlichkeit genug, Bethlen Gabor mitzutheilen, daß er ihm nur

---

1) Brief Pechmanns an den Kurf. v. Sachsen vom 18. Aug. a. St. K. St.-A. in Dresden. Dr. Kr. Bd. 59.

eine allgemeine Versicherung ertheilen könne. Da erschien in den ersten Julitagen ein außerordentlicher siebenbürgischer Gesandter mit der Nachricht von der Bestätigung (?) des haager Bündnisses in Constantinopel, welches seiner Mittheilung zu Folge nicht nur die protestantischen Könige von England, Schweden und Dänemark und die Staaten von Holland, sondern auch Venedig, den Kurfürsten von Brandenburg und den Fürsten von Siebenbürgen umfassen sollte. Bethlen Gabor suchte nun die Genehmigung zum Eintritt in dieses Bündnis und zu einem kriegerischen Auftreten gegen den Kaiser nach. Ende August wollte er Gustav Adolf in Schlesien 20,000 M. zuführen und dann einen resoluten Krieg gegen den Kaiser und den Kurfürsten von Baiern eröffnen. In der That wurden diese Forderungen des siebenbürgischen Botschafters im Allgemeinen bewilligt. Einige Wochen darauf kamen auch günstigere Nachrichten aus England: Roe durfte die Pforte selbst auffordern, Bethlen Gabor zum Eintritt in ein Bündnis mit ihren Freunden zu veranlassen; er gewann mit Hilfe der übrigen Gesandten auch den neuen Vezier. Allein bald zeigten sich unvermuthete Hemmnisse. Zu der Nachricht von Mansfelds Niederlage an der rosslauer Brücke gesellte sich die Kunde von einem unglücklichen Kampfe der Türken gegen die Perser. Nur in zweifelhaften und wenig ermunternden Ausdrücken ertheilte die Pforte daher schließlich ihrem Vasallen die Zustimmung zu einer Vereinigung mit seinen Freunden und Bundesverwandten. Als Mansfeld bereits in Schlesien stand, suchte Roe noch den übeln Eindruck dieser letzten Depeschen auf Bethlen Gabor zu verwischen und den Fürsten zum herzhaften Vorgehen zu ermuntern.[1]

Und die Pforte ist zuletzt wirklich zu größerer Nachgiebigkeit gebracht worden. In der dritten Augustwoche reiste der siebenbürgische Gesandte mit einer im Allgemeinen zustimmenden Erklärung wider ab. Bethlen Gabor wurde sogar bevollmächtigt, die Könige von Dänemark und Schweden sowie die deutschen Fürsten zu einem Bündnis mit der Pforte einzuladen. Er wurde ferner angewiesen, mit dem Pascha von Ofen, welcher die Grenzarmee aufbieten sollte, gemeinschaftlich zu handeln. Als Ziel seines Strebens, welches der Fürst freilich nach der Mittheilung unsers Diplomaten in Konstantinopel sorgfältig zu verbergen suchte, bezeichnet Roe die Krone von Ungarn. Dort aber wußte man,

1) In the foundation you are safe and sure to bee defended in any incerteyne event; the first stepp and degree is the hardest; if your highness beginn, their owne interest will drawe them further then any persuasions. Roe an Bethlen Gabor 9./19. Aug. a. a. O. 541.

daß er am 21. Auguſt zum Aufbruch bereit ſein und dem Kaiſer den Krieg erklären würde.[1]

Nun wirkte man jedoch von Wien aus dieſen neuen Kriegsbedrohungen auch in Konſtantinopel nachdrücklichſt entgegen. Man ſendete in größter Eile eine Friedensratification ein, auf welche die Türken ſchon zwei Jahre vergebens gewartet hatten. Ein Todesfall führte noch einen Wechſel in der Stelle des Paſchas von Ofen herbei, in welche der Paſcha von Bosnien, eine den Unternehmungen Bethlen Gabors noch geneigtere Perſönlichkeit, eintrat.

Als der Fürſt aber mit der Meldung von dem Herannahen des deutſchen Heeres neue Forderungen in Konſtantinopel ſtellte, als er ſeine Gemahlin ſucceſſionsfähig machen und mit Unterſtützung der Türken den Kaiſer ganz von Ungarn ausſchließen und auf ſeine deutſchen Gebiete beſchränken wollte, fanden ſeine Vorſchläge eine kühlere Aufnahme.[2]

Und gerade damals trafen noch ungünſtigere Nachrichten über den türkiſch-perſiſchen Krieg ein, welche natürlich vom öſtreichiſchen Geſandten ſehr zu ſeinem Vortheil ausgebeutet wurden. Dazu kam aber, daß ſich der franzöſiſche Geſandte ſchon ſeit Monaten den Vertretern des Fürſten in Konſtantinopel gegenüber ſehr zurückhaltend gezeigt hatte, und daß Roe während dieſes ganzen Sommers bis in den September keine poſitive Zuſage über engliſche Soldzahlungen machen konnte. Denn erſt am 8. Sept. bevollmächtigte Conway denſelben, falls die Geſandten des Fürſten von Neuem Geldforderungen erheben würden, auf die Antwort zu verweiſen, welche man dem ſiebenbürgiſchen Agenten Quad in London ſelbſt ertheilen würde.[3]

---

1) Roe an Conway, Konſt. 12./22. Aug.: we were contended to take what could bee gotten, which is in summe a general approbation of all the propositions; a wary inanimation to prosecute them; a letter to bee vsed by Gabor to inuite the Kings of Denmark and Sueueland and other princes of Germany to a confederacy both with the port and with him u. ſ. f. A. a. O. S. 542.

2) Vgl. das umfangreiche Schreiben Roes an Conway, Konſtant. 6./16. Sept. Hier iſt die Stelle eines Briefes Bethlen Gabors an den Großherrn zu bemerken: Ego secundum confirmationem (conjurationem?) meam vigesimo die Augusti expedivi tria millia equitum hastatorum ab oppido Thorea ad Johannem Ernestum ducem Weymariensem . . .

3) „if the Prince of Transsiluania his ministers shall call vpon you for mony intended from the Kyng, your lordship may draw some fit answere for the tyme and your occasion and referre him to the answere his agent shall receiue here . . . .“ St. Martinslane 8. Sept. A. a. O. S. 553.

Als Bethlen Gabor seinen Sekretär Beckmann[1] nach Wolfenbüttel entsendete, um den Operationsplan vorzulegen und Christian IV. zu ersuchen, Gustav Adolf zu einem schleunigen und thatkräftigen Eingreifen in diese Verhältnisse zu veranlassen, war der König noch gutes Muths. Nach der Kunde von der Auflösung der dänischen Partei in Mitteldeutschland wurde der Fürst jedoch stutzig: er ersuchte Christian IV., nur in der gewissesten Aussicht auf den Sieg sich in ein Treffen einzulassen und auch Mansfeld dieselbe Weisung zu ertheilen. Allein auch jetzt war er noch gewillt, im August nach Schlesien zu marschieren, in der Hoffnung, sich hier mit einer starken Abtheilung des deutschen Heeres zu vereinigen.

Bei diesem Plane aber hatte Bethlen Gabor, wie bereits mehrfach erwähnt ist, auch auf Gustav Adolf gerechnet und ihm geradezu die zweite Hauptrolle zugedacht. Er verlangte vom Könige,[2] daß er in Pommern landen, die Oder aufwärts marschieren und sich mit ihm in Schlesien zu einem gemeinsamen Einfalle in die kaiserlichen Erblande vereinigen sollte. Dieser aber ließ sich durch derartige Vorschläge nicht im geringsten in seiner Unternehmung auf Preußen irre machen, sondern stellte vielmehr die Gegenforderung, daß Bethlen Gabor in Polen zu ihm stoßen sollte. Von da wollte man dann den Marsch direct nach Schlesien und in die kaiserlichen Erblande antreten. Da jedoch Gustav Adolf an der Erfüllung dieser Bedingung offenbar selbst zweifelte, so bat er noch, ihm wenigstens 5000 bis 6000 ungarische Reiter durch Schlesien und die Mark bis zur Weichsel entgegenzusenden.

Dieser Bescheid, welchen der schwedische König am 14./24. Juli in Dirschau ertheilte,[3] wird nicht vor Mitte oder Ende August zu Bethlen Gabors Kenntnis gekommen sein. Indessen mußte ja der Fürst aus dem ganzen Gange der preußischen Expedition entnehmen, daß Gustav Adolf von einer Mitwirkung in Schlesien wenigstens in diesem Jahre weit entfernt war.

---

1) Bethlen Gabor an den König, Albae Juliae 6. Julii st. n. Kgl. Geh. A. in Kop. non ita pridem ad Reg. Ser. Vram secretarium nostrum Hermannum Beckmann expedivimus, qui eandem de constanti uoluntate nostra omnino certam securamque reddat et rerum contra hostes gerendarum ordinem pluribus exponat. Beckmann gelangte am 15./25. Juli nach Wolfenb. mit guten Nachrichten. Bricka 14.

2) Das Schreiben des Fürsten ist vom 13./23. Mai.

3) Resolutio Sacrae Regiae Majestatis Sueciae ad eam propositionum suarum declarationem, quam Ser. Princeps Transsilvaniae internuncio S. Reg. Majestatis die 13./23. Maii ex Alba Julia ad Suam R. M. referendam dederat. Data in castris ad Dirscauiam die 14./24. Julii Ao. 1626. K. G. A. in Kop.

Bringen wir nun außerdem in Anschlag, daß der Fürst bei dem Herannahen der mansfeldischen Armee auch von der veränderten Sachlage in den nord- und mitteldeutschen Territorien, von dem Abfall Brandenburgs und Hessen-Kassels, von dem Tode Christians von Braunschweig, von der Einnahme Mündens und der Belagerung Göttingens, von der geradezu feindseligen Stimmung der ständischen Corporationen des niedersächsischen Kreises, kurz von all den Schwierigkeiten, mit denen der König selbst in den von ihm besetzten Ländern zu kämpfen hatte, unterrichtet war, so werden wir die geringe Neigung desselben, der kleinen schlecht bewaffneten und noch schlechter bezahlten Streitmacht, welche Wallensteins überlegenes Heer unmittelbar hinter sich drein zog, nach Schlesien entgegen zu gehen, erklärlich finden.

Wallenstein hatte seinen Marsch von Zerbst in etwas südöstlicher Richtung auf die Oder zu gerichtet und war durch das kurfürstlich sächsische Gebiet über Jüterbok in die Niederlausitz marschiert, wo er seinen Weg über Dahme, Kottbus, Forsta und Sorau nach Sagan nahm.[1] Auf diesem Marsche scheint Graf Schlick die Nachhut geführt zu haben: während wir diesen am 2./12. Aug. noch zu Sonnenwalde treffen, befand sich Friedlands Hauptquartier schon in Kottbus; ebenso lag der erstere am 17. August noch in Sorau, während der Fürst schon Sagan erreicht hatte.

Auch einige Grenzorte der Mark Brandenburg wurden von dem Durchzug berührt, so nahm z. B. Wallenstein selbst in Vorberg in der Nähe von Kalau bei Albrecht v. Raschkau Quartier.

Dasjenige Kriegsvolk, welches durch die Städte geführt wurde, hielt man noch allenfalls im Zaum, dagegen überließen sich die Soldaten auf dem Lande jeglichen Lüsten und zwar hauptsächlich in den brandenburgischen Dörfern. Aber auch der General selbst gab Veranlassung zu einer herben Beschwerde. In der Niederlausitz kamen dem Gefürchteten am 10. August die Oberamtscommissare Veit Kracht, Gottfried v. Wolfersdorff und der Landsyndikus Albrecht v. Kindler entgegen. Nachdem sie Audienz erhalten hatten, wurden sie am folgenden Tage zur Tafel gezogen und empfingen darauf vom Sekretär die Marschroute für das Heer. Die Commissare scheinen der Meinung gewesen zu sein, daß der Zug die Niederlausitz

---

1) Friedland hatte sein Hauptquartier in der Nacht zum 31. Juli/10. Aug. in Jüterbok, an demselben Tage und am folgenden in Dahme, am 3./13. Aug. und den Tag darauf in Kottbus, am 5./15. Aug. in Forsta, am 6./16. Aug. in Sorau und am folgenden Tage in Sagan.

nicht berühren oder nur streifen werde. Denn als sie sahen, daß das Hauptquartier Vorberg und die übrigen brandenburgischen Orte für die ganze Armee unzulänglich seien, erbaten sie sich abermals bei Friedland Audienz und erhoben ihre Einwendungen. Indessen schon da war ihr Empfang ein sehr ungnädiger: „Sie hätten ihm nichts vorzuschreiben, warum sollte er sich nicht in J. Kais. Maj. Lande einquartieren, wie er wollte." Am 13. Aug. u. St. brach die Armee nach Kottbus auf; allein die Commissare konnten sich auch hier über die weitere Richtung des Marsches, ob er auf Triebel oder Forsta gehen sollte, keine genauere Kenntnis verschaffen, wie sie doch zum Behuf der rechtzeitigen Verproviantierung nothwendig war. Trotzdem reisten sie voraus nach Forsta, ließen die Brücken in Stand setzen, allen Vorrath von Wein und Bier in den Kellern verzeichnen und Proviant zuführen. Allein auch dies Mal griffen die Soldaten ohne Weiteres die Proviantcolonnen auf und nahmen alles hinweg. Und darauf scheint niemand mehr sich zur Zufuhr haben bereit finden lassen, auch nicht unter militärischer Bedeckung, sondern alle Besitzer von Wagen und Pferden suchten das Weite, so daß allerdings die Proviantzufuhr gänzlich aufhörte und die Truppen Mangel litten.

Zornentbrannt ließ nun Friedland die Commissare vor sich kommen und herschte sie beim ersten Anblick in Gegenwart des Feldmarschalls Marradas und vieler hoher Offiziere, ferner auch des kaiserlichen Raths Walmerode und zahlreicher Zuschauer aus allen Ständen — es war mitten auf der Straße — mit den Worten an: „Wie zum Sakrament kommt es, daß ihr den Proviant nicht habt in die Quartiere schaffen lassen?" Und als jene darauf ein Schriftstück übergaben, zerriß er dasselbe, und es regnete nun Schimpfworte wie „Hundsfötter, Bärenhäuter, Bestien und Cujone," bis sich sein Zorn verraucht hatte, und er den Commissaren befahl sich zu entfernen. Selbst die Offiziere geriethen über die Scene in Bestürzung: Marradas rieth den Beschimpften zu thun, als ob sie nichts gehört hätten; Walmerode aber, bei welchem sich Wolfersdorff beschwerte, bat diesen sogar, die ganze Angelegenheit dem Kaiser nicht anzurechnen. Trotzdem überreichten jedoch die Commissare dem Hauptmann der Niederlausitz, Sigismund v. Promnitz, eine Beschwerde an Johann Georg, welcher sich dadurch aus der Sache herausgezogen zu haben scheint, daß er Promnitz ersuchte, an Friedland auf eigne Hand die Frage zu richten, ob er die Ehre der Commissare restituieren wolle: sonst müsse er dem Kurfürsten Anzeige machen. [1]

1) Nach Acten des Königl. Staatsarchivs in Dresden. Loc. 9209 Bd. 59.

Friedlands Marsch durch Schlesien nahm gleichfalls eine südöstliche Richtung auf die Fürstenthümer Jägerndorf, Troppau und Teschen zu. Am 10./20. August langte er mit seinem Stabe in Bunzlau an und zog dann über Goldberg, Jauer, Schweidnitz (23./24. Aug.), Strehlen, Grottkau und Neisse (29. Aug.) weiter. In Bunzlau, wo sich die ganze ungefähr 18,000 M. starke Armee vereinigte, hatte der General ein längeres Zwiegespräch mit Dohna, welcher in Folge desselben, wahrscheinlich um Kosaken heranzuziehen, nach Polen ging.

Friedlands Bestreben, Kriegszucht zu halten, hat man auch in Schlesien Gerechtigkeit widerfahren lassen: man sah bisweilen, wie sechs Uebelthäter auf ein Mal aufgeknüpft wurden. Hauptsächlich waren es Merodes Schaaren, über welche hier wider heftig geklagt wurde. Als sie 5000 M. stark nach Friedland im bunzlauer Kreise erschienen, begann eine fast ganz allgemeine Ausplünderung, welche so reichlichen Ertrag brachte, daß die Soldaten in Bunzlau auf dem Markte ein Pferd für 2 oder 2½ Thlr., ja sogar zu 6 „Greschlin", einen Eimer Butter für 3 Gr., einen Ballen Leinwand zu 2 oder 3 Gr. verkauften. —

Anstatt sein Heer in Schlesien zu den von den beiden deutschen Generälen herangeführten Regimentern stoßen zu lassen, wie er so oft versprochen hatte, wenn er auch noch nicht durch einen ausdrücklichen Vertrag dazu verpflichtet war, begann Bethlen Gabor zeitig vertrauliche Unterhandlungen mit Mansfeld, deren Inhalt uns freilich noch unbekannt ist. Da indessen der letztere in der Zusammenkunft mit Johann Ernst zu Leipnik einen neuen Plan vorlegte, nämlich durch Schlesien und Böhmen in die Oberpfalz und von da nach dem Elsaß oder nach der Schweiz zu gehen, so scheint Bethlen Gabors Forderung an die Generäle von vornherein, d. h. noch vor seiner Kenntnis der Niederlage des Dänenkönigs, in einer Vereinigung mit ihm auf ungarischem Boden bestanden zu haben. Darauf wird schon die Botschaft gegangen sein, welche er am 25. Aug. n. St. an Johann Ernst entsendete, und deren Träger er sogar mit Hilfstruppen versah.[1]

1) Dilectionem itaque vestram diligenter et serio requirimus, ut omnibus, quae Samuel Jeschenius nostro nomine eidem exposuerit, fidem plenam habere uelit ac iis ita sese accommodare studeat, ut rei praesentis in omnibus promovendae ratio postulauerit. Heermann, Nachlese 203. Freilich hat Bethlen Gabor später in einer Denkschrift für Chr. IV. behauptet, er habe den beiden Heerführern die Weisung zugehen lassen, Schlesien nicht zu verlassen: Inde non plus quam octo dierum quiete exercitui ad praeparandum concessa statim movit rectaque contra hostes perrexit, cum interea consilia sua ducibus

Mansfeld hat nun diesem Verlangen des Fürsten allerdings eine Zeit lang Widerstand geleistet, sich aber schon in Schlesien mit dem Gedanken getragen, das Heer gänzlich zu quittieren. Und darauf ist denn auch die bereits bestehende Abneigung zwischen dem Grafen und dem Herzog, welche von Anfang an eine gemeinschaftliche Heeresleitung erschwerte, in helle Flammen ausgebrochen. Der geradsinnige Johann Ernst hat sich in das verschlagene Wesen seines Mitfeldherrn nicht mehr finden können.

Schon vor Oppeln war zwischen den beiden Heerführern ein Zwist ausgebrochen, welcher die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen sollte.[1] Der Herzog von Weimar hatte, nachdem er sich in den Besitz des diesseitigen Theils der Oderbrücke gesetzt hatte, und während bereits ein Stadtthor brannte, Mansfeld durch Mitzlaff den Vorschlag gemacht, sich in Gemeinschaft mit ihm Oppelns zu bemächtigen. Mansfeld aber genehmigte nicht nur den Plan des Herzogs nicht, sondern missbilligte den Angriff überhaupt, so daß Johann Ernst den Weitermarsch antrat.

Am andern Morgen begab sich der dänische Commissarius mit Flodorp zum Grafen, um Erkundigungen darüber einzuziehen, wo er denn eigentlich in Schlesien festen Fuß fassen wollte. Dieser äußerte die Absicht, Ratibor zu nehmen, Troppau zu besetzen und Bethlen Gabor am Gebirge zu erwarten. Allein dem ungeachtet zog derselbe an Ratibor und Oderberg vorüber auf Teschen, welches er verschanzen ließ, und eröffnete von hier

exercitus Germanici jam antea declarare voluisset: ne scilicet Silesia excederent, sed occupato munito aliquo loco se firmarent adventumque suum ibi exspectarent (Dec. 1627?) K. G. A. in Kop. Mit welchem Recht der Fürst diese Behauptung aufgestellt hat, muß für jetzt dahin gestellt bleiben. Allein aus der Sendung von Reiterei scheint sich zu ergeben, daß Bethlen Ende August die Vereinigung in Schlesien aufgegeben hatte. In einem andern Verantwortungsschreiben an Thomas Roe vom 25. Sept. 1627 (Negotiations S. 681) lesen wir folgende Darstellung: „Cum autem sumtus nequaquam praestiti toto hoc ultimo bello sint, nosque omnes eos sustinere debuerimus, qualis quantusque exercitus ille nobiscum conjunctus fuerit, facile omnes, qui oculis videre, judicabunt. Cum enim vix dimidia promissi ejus pars ad nos adducta sit, eaque fame et incommodis enecta debilitataque, nulli plane usui esse potuerit, pravaque ducum etiam dissensione a nobis saepius ii sollicitati in tempore occasioni defuerint, gravissimumque bellum et omnis prope hostilis exercitus moles in nos incubuerit: quid aliud facere, quam necessariis, quae nos urgebant, de causis inducias cum hoste pacisci debebamus?

1) Hier und im Folgenden liegt hauptsächlich Mitzlaffs Darstellung in der Verantwortungsschrift an den König zu Grunde, so weit sie durch anderweitige Nachrichten beglaubigt ist oder auf Zuverlässigkeit Anspruch erheben kann.

aus dem Herzoge, dessen Oberst Flodorp mittlerweile Oderberg genommen hatte, einen ganz neuen und unerwarteten Plan. Auf die Behauptung, daß Bethlen Gabors Ankunft unsicher sei, sich stützend, erklärte er, denselben nicht in Schlesien erwarten zu wollen, und ersuchte den Herzog auf Fülnek und Leipnik in Mähren zu marschieren, wo er zu ihm stoßen würde. Darauf hoben der Herzog und der dänische Commissar hervor, daß Troppau leicht zu gewinnen sei und bei der Willfährigkeit der Einwohnerschaft einen bequemen Sammelplatz für die neuen, bereits vorbereiteten Werbungen darbiete, und baten ihn um einige Reiterei. Da dieser Brief vor dem 10./20. August, wo sich Troppau ergab, geschrieben sein wird, so ist es klar, daß Mansfeld seinen Entschluß, Bethlen Gabor nicht in Schlesien zu erwarten, schon vor der Niederlage Christians IV. gefaßt hat.

Johann Ernst ließ jedoch nicht sofort von Troppau ab, welches endlich ohne irgend einen Vertrag 1000 M. einnahm. Auch dem Obersten Baudissin brachte man vor Jägerndorf die Schlüssel der Stadt entgegen, und Oberst Schlammersdorf nahm das Haus Grätz. Die Stände des Landes und die Stadt Troppau wurden dem Könige verpflichtet und zahlten endlich auch Contribution.

Nach diesen Vorgängen traf ein neues Schreiben von Mansfeld ein, welches von einer Belagerung Troppaus abrieth und mit der Entschuldigung, daß er keine Unterstützung gesendet habe, die Bitte um Beschleunigung des Marsches verband.

Erst jetzt faßten Johann Ernst und Mitzlaff über Mansfelds Anträge Beschluß. Sie hielten es für das beste, zur Deckung der aus Polen, Ungarn und Mähren nach Schlesien führenden Pässe Troppau, Jägerndorf und Teschen besetzt zu halten, und — eine neue Theilung des durch die Verluste während des Marsches bereits geschwächten kleinen Heeres vorzunehmen. Mitzlaff sollte mit den Obersten Baudissin und Ranzau und mit 800 gesunden Knechten und 2 Compagnien Pferden in Schlesien zurückbleiben, während sich der Herzog wider mit Mansfeld vereinigen wollte.

Acht Tage nach dem Aufbruche des Herzogs wurde Mitzlaff durch Levin v. d. Knesebeck und den Herzog von Brieg Wallensteins Ankunft gemeldet. Allein derselbe zog vorüber in der Hoffnung, das Heer noch vor seiner Vereinigung mit Bethlen Gabor zu erreichen, und ließ nur den Grafen Montecuculi als kaiserlichen Generalcommissarius zurück. Dieser und der Oberst v. Dohna organisierten nun eine Armee in Schlesien, konnten jedoch den zurückgebliebenen Theilen des mansfeldischen Zuges keine erheblicheren Verlegenheiten bereiten, obwol sie durch die Verbreitung der Nachricht von der Niederlage Christians IV. die Stimmung der Bevölkerung sehr herabdrückten.

Oberst Baudissin bemächtigte sich sogar noch der Häuser Freudenthal und Eilenberg, ging aber darauf auch nach Ungarn, um bei Bethlen Gabor einen Zuzug von einigen tausend Ungarn auszuwirken. Mitzlaff brachte die Stadt Weißkirchen in seine Gewalt, so daß der commandierende Offizier einen Accord schließen mußte; dagegen überraschte der Feind von Ratibor aus Oderberg.

Dohna machte darauf einen Einfall in die dänischen Quartiere zwischen Jägerndorf und Leobschütz (Lischwitz), wurde aber nebst Montecuculi auf Leobschütz zurückgeworfen. Da erschien der Herzog Franz Karl von Lauenburg, welcher im Begriff stand, in das wallensteinische Lager zu gehen, mit einem Briefe vom Herzog von Weimar, welcher Mitzlaff aufforderte, gleichfalls schleunigst nach Ungarn zu kommen, um den Frieden Bethlen Gabors mit dem Kaiser zu verhindern und Mansfelds Truppentheile dem Dienste des Königs zu erhalten. Noch bevor Mitzlaff abreiste, nahm der wider zurückgekehrte Oberst Baudissin Leobschütz. —

Nachdem Johann Ernst in Mähren eingerückt war, stieß er in Leipnik wider zu dem Grafen (17./27. Aug.), vermochte aber nicht, ihn zu den alten Plänen und Verabredungen zurückzuführen. Mansfeld erklärte jetzt, durch Böhmen nach dem Elsaß ziehen zu wollen. Da sich jedoch Johann Ernst seinem Begehr nicht fügte, wurde die Angelegenheit vor den Kriegsrath gebracht. Dieser aber entschied sich, obwol ihn der Mehrzahl nach mansfeldische Offiziere bildeten, zur Fortsetzung des Marsches nach Ungarn und zur Verbindung mit Bethlen Gabor.

Mansfeld verließ darauf Leipnik und erschien vor Kremsier, wo er indessen bereits auf Wallenstein stieß. Und so blieb ihm nichts übrig, als zunächst nach Teschen zurückzugehen, wo er bis zum 14. Sept. verweilte.

Dagegen hat Johann Ernst die Waag viel früher überschritten, denn er befand sich bereits am 5. Sept. in Trenczin.

Mansfeld langte erst wider am 18. Sept. n. St. an der Waag und zwar gleichfalls in Trenczin an und vollzog darauf seine Vereinigung mit den Truppen des Herzogs.[1] —

Schon lange vor dem Aufbruche Bethlen Gabors hatte man sich in Wien angelegen sein lassen, der Gefahr rechtzeitig zu begegnen. Und dem

1) Wir folgen hier Großmann S. 122 ff. Doch haben auch seine scharfsinnigen Erörterungen manches unklar gelassen. Auffallend ist, daß Mitzlaff in seinem Bericht von Mansfelds zweitem Aufenthalt in Teschen schweigt. Er berichtet nur: „nichts minder fallen im Kriegesrath die majora auf des Herzogen Seiten, wiewol selbiger von meist mansfeldischen Offizieren besetzet gewesen, und marschieren sie darauf fort auf Trentschin, conjungieren sich auch endlich mit dem Bethlehem."

Anschein nach waren diese Bestrebungen von gutem Erfolge. Die kaiserliche Partei in Ungarn verlor den Muth nicht, und auch in der nächsten Umgebung des Kaisers ging man den Ereignissen ohne große Besorgnisse entgegen. Der sächsische Bevollmächtigte Lebzelter meldete (12./22. Aug.) nach Dresden, daß man in Wien vor Bethlen Gabor und den Türken durchaus keine Furcht hege. Sogar die gedruckte wiener Zeitung vom 22. Aug., welche vornehmlich über die Vorgänge am kaiserlichen Hofe berichtet, gibt der gleichen Anschauung Ausdruck. Ja Lebzelter theilte damals mit, daß Bethlen Gabor in Wien seine bevorstehende Vereinigung mit den Deutschen nicht nur in Abrede gestellt, sondern auch versichert habe, daß er dieselben niemals um Hilfe ersucht habe und überhaupt mit ihnen nichts zu thun haben wolle. Einer andern Nachricht zu Folge ließ er den Kardinal Dietrichstein mit der Ueberweisung eines werthvollen Geschenks, eines gesattelten Pferdes, ersuchen, ihm bei dem Kaiser Ratibor, Oppeln und Jägerndorf auszuwirken, widrigenfalls er mit 40,000 Ungarn und 20,000 Türken sein Heil versuchen wolle. Unter dem 21. August aber richtete er doch eine Beschwerdeschrift wegen der Nichterfüllung der Friedensbedingungen an Ferdinand II. und brach einige Zeit darauf nach Ungarn auf. Der Kaiser drückte ihm zwar noch seine Geneigtheit zur Zahlung der rückständigen 30,000 Gulden aus, wies aber einen andern Anspruch vollständig zurück.

Noch am 25. August befand sich Bethlen in Karlsburg in Siebenbürgen, zog aber darauf über Debreczin nach dem nordöstlichen Ungarn. Am letztgenannten Orte finden wir ihn am 13. September, während der Herzog von Weimar bereits in der Nähe von Kremnitz angelangt war und Mansfeld in Deutsch-Prona stand[1] in der neitraer Gespannschaft und mit Bethlen Gabor über seinen vollständigen Anschluß verhandelte.

Bethlen Gabor rückte darauf die Theiß überschreitend in die honter Gespannschaft ein. Von Fülleck aus in der neograder Gespannschaft forderte der Fürst Johann Ernst auf, auch die noch in Schlesien zurückgelassenen Truppen über den Jablunkapass heranzuziehen und sendete denselben einen Offizier Kaspar Illieshazy entgegen.

Der Herzog von Weimar, dessen Einmarsch Bethlen Gabor durch seinen General Charwat Istwan unterstützen ließ, stand damals gerade (25. Sept.) in Nedoschar. In diesen Tagen (25.—28. Sept.) hat Johann Ernst seine vollständige Vereinigung mit Mansfeld bewerkstelligt.

Zu derselben Zeit aber traf auch Wallenstein nach einem Eilmarsch mit Zurücklassung des schweren Geschützes und des Gepäckes von Neuhäusel

1) Heermann, Nachlese 208.

in Bars am Gran in der unmittelbaren Umgebung Bethlen Gabors ein, welcher nun die deutschen Generäle um schleunigste Vereinigung ersuchte.[1] Bis zu diesem Tage hatte auch der Fürst seine Verbindung mit dem türkischen Pascha, welcher Neograd belagerte, noch nicht durchsetzen können. In dieser Lage nun hatte Bethlen Gabor schon am folgenden Tage kleinere Vorpostengefechte zu bestehen und erwartete für den 30. Sept. eine Schlacht. Da erst stießen die Türken zu ihm,[2] und das vereinigte Heer hielt den Kaiserlichen am 30. Sept. Stand. Trotz der Vereinigung mit den Türken erachtete sich jedoch der Fürst noch sehr bedroht.[3]

In seiner Absicht lag es überhaupt nicht mehr, eine entscheidende Feldschlacht zu liefern. Nachdem bereits der Palatinus Unterhandlungen angeknüpft hatte, ließ er seinerseits Wallenstein Waffenstillstandsanträge für die folgende Nacht machen, welche trotz des großen Widerstrebens in des Herzogs unmittelbarster Umgebung Gehör fanden Nach den späteren Mittheilungen kaiserlicher Offiziere hätte man die ganze siebenbürgische Streitmacht zwischen Palanack und Neograd mit leichter Mühe überwältigen können. Der Herzog Franz Albrecht und der Graf Zrinyi forderten Wallenstein dringend auf, die Gelegenheit nicht aus den Händen zu lassen und einen Hauptschlag auszuführen. Allein der Herzog erwiderte, es wäre noch nicht Zeit zu schlagen, er wüßte besser als sie, was er thun sollte, und vertröstete die Offiziere auf das nächste Jahr. Bei Lebensstrafe ließ er sogar das Streifen und Ausreiten der Soldaten ohne Befehl verbieten und drohte Zrinyi, ihn an den nächsten Baum aufhenken zu lassen, wenn er wider seinen Befehl angreifen würde.[4]

Bethlen Gabor aber war in der Nacht vom 30. Sept. zum 1. October vier Meilen (!) zurückgegangen und hatte sein Hauptquartier nach Szécsény verlegt. Als Grund zum Rückzuge gab er nicht nur das für ihn ungünstige Terrain, sondern auch die sehnsüchtigst erwartete Vereinigung mit den Deutschen an.[5]

Die letztere hat jedoch noch über zwei Wochen auf sich warten lassen, und ist erst in den Tagen vom 15. bis 18. October am unteren Gran zu Stande gekommen.

---

1) Czalomia in der honter Gespannschaft 28. Sept. Heermann, Nachlese 207.

2) Die Zahl derselben kann unmöglich 18,000 M. betragen haben (Großmann, 127), sondern wird erheblich geringer gewesen sein. Nach einer Nachricht aus Wien soll Bethlen nach der Vereinigung 20,000 M. geführt haben.

3) Heermann, Nachlese 224, 225.

4) Lebzelters Berichte im K. St.-A. zu Dresden.

5) Schreiben an Mansfeld und Johann Ernst, Szécsény am 1. October bei Heermann 225.

Darauf ist aber auch Wallenstein wider zurückgegangen und hat bei Freistadl an der Waag ein verschanztes Lager bezogen und später sein Hauptquartier nach Tyrnau verlegt. Nun kam es zwar zwischen den beiden Heeren auch noch zu einigen ernsteren Gefechten, in deren einem bei Neuhäusel (18./28. Oct.) mehrere höhere östreichische Offiziere und unter ihnen der Graf Schlick gefangen wurden. Tags zuvor waren 400 M. aus dem Regiment Merodes, weil man ihnen weder Geld noch Quartier noch Proviant reichen konnte, zu Mansfeld, und 1200 Ungarn zu Bethlen Gabor übergegangen. Allein im Allgemeinen behielt doch in beiden Armeen die friedliche Stimmung die Oberhand.

Und obwol Wallensteins Verfahren gegen den Fürsten die Unzufriedenheit auch der höchsten Kreise in Wien mit seiner Heeresleitung nur steigerte, hat derselbe die angebahnten Friedensverhandlungen doch nicht abgebrochen. Davon scheint ihn vor allem die üble Beschaffenheit seines Heeres abgehalten zu haben. Die durch sein langes Zögern in Herbst veranlaßten späteren Gewaltmärsche hatten demselben allein 4000 bis 5000 Pf. gekostet. Außerdem drückte die Armee Mangel an Proviant, ja selbst an Kleidung. Während seines Aufenthalts in Ungarn soll er allein einen Abgang von 8000—9000 M. gehabt, ja nach seiner eignen Versicherung geradezu die Hälfte der Armee verloren haben. Merodes Wallonen ritten zu Hunderten auf Proviant aus und griffen selbst die kaiserlichen Truppen an. Die deutschen Mannschaften waren über diesen Zug nach Ungarn besonders missvergnügt.

Und eine Niederlage in Ungarn hätte doch nicht allein die Erblande in höchste Gefahr gesetzt, sondern auch Wallensteins bedeutende Ansprüche an die kaiserlichen Kassen erheblich gefährden können. Dann waren die Eroberungen im niedersächsischen Kreise vielleicht kaum mit Hilfe Maximilians und der Liga zu halten.

Bethlen Gabor aber hat schon bei guter Zeit auch den Kaiser um Waffenstillstand ersuchen lassen, der jedoch nicht sofort gewährt worden zu sein scheint. Wir hören, daß Ferdinand II. noch am 11./21. October Wallenstein durch Marradas den Befehl zugehen ließ, Bethlen Gabor trotz seiner Anerbietungen ebenso wenig zu verschonen, als die Türken. Später aber gab er dem letztern die Weisung, noch vor Ablauf des Monats und spätestens bis Anfang November Gesandte nach Wien zu schicken, Mansfeld seine Unterstützung zu entziehen und selbst nach Siebenbürgen zurückzukehren.[1]

Unterdessen hatte Bethlen Gabor bereits Sorge getragen, der zweiten dieser Forderungen in einer den Kaiser befriedigenden und auch ihm

1) Lebzelters Zeitungen a. a. O.

selbst förderlichen Weise nachzukommen.[1] Nachdem er Mansfelds Wunsch, ihn mit einer erheblichen Unterstützung durch die Erblande nach Böhmen und der Oberpfalz zu senden, zurückgewiesen hatte, bewog er den todkranken General, von dem man schon bei seinem Auszug aus der Mark in Wien wußte, daß er an der Schwindsucht leide, ihm die Armee mit der Artillerie und Munition geradezu auszuliefern. Unter dem Vorwande, daß er in Venedig und an den Höfen von Frankreich und England Unterstützungsgelder flüssig machen sollte, brachte er den heimatlosen und kranken Söldnerführer dazu, mit einem Reisevorschuß von 1000 Dukaten das ungarisch-türkische Heer zu verlassen. Mansfeld behauptete gegen den Herzog von Weimar, daß Bethlen Gabor vor seiner Rückkehr, oder vielmehr bevor er seine „Principale" gesprochen habe, keinen definitiven Frieden machen werde. Von den ihres Führers beraubten Offizieren scheinen viele vorgezogen zu haben, unmittelbar in Wallensteins Dienste überzutreten. Dessen hatte sich auch der Herzog Franz Karl von Lauenburg verdächtig gemacht, den Bethlen Gabor trotz des versprochenen freien Geleits auf dem Marsche überfallen ließ, so daß er nur mit wenigen Begleitern entkam. Er begab sich zum dänischen Commissarius Mitzlaff nach Schlesien, welcher ihn durch die Summe von 1000 Thlrn. im Dienste des Königs zu halten suchte.

Unter den heftigsten gegenseitigen Beschuldigungen[2] trennten sich Ende October beide Führer eines Heeres, von dem man sich eine bedeutende Einwirkung auf die Umgestaltung der politisch-religiösen Verhältnisse in Oestreich-Ungarn versprochen hatte.

Dem Herzoge von Weimar aber, welcher gleichfalls auf dem ganzen Zuge an bedenklichen Krankheitsanfällen gelitten hatte, lag nun alles daran, wenigstens Bethlen Gabor der gemeinsamen Sache zu erhalten. Zu diesem Behuf hat er endlich auch den dänischen Commissar aus Schlesien zu sich entboten.

Der Rückzug der deutschen Truppen nach Schlesien.

Ueber Meseritsch ging darauf Joachim v. Mitzlaff im Geleit von 400 Ungarn, welche ihm der Graf Illieshazy stellte, nach Trencsin und von da nach St. Marton, wo er den Herzog von Weimar krank und im

1) „Da seind zwei böse Planeten zusammengekommen, scheint daß Mansfeld nicht den Gabor, sondern Gabor den Mansfelder übertroffen an Malignität. Nachdem er ihn desarmiert, hat er ihn wehrlos den Türken zugeschickt." Eine Aeußerung Leukers in den Zeitungen Lebzelters. K. St.-A. in Dresden.

2) Vgl. Heermann, Nachlese S. 230—250.

Bett traf. Johann Ernst befahl ihm, die Armee nach Schlesien zurückzuführen und besonders auch die mansfeldischen Truppentheile dem Könige wider zu erwerben. Vor allem aber sollte Mitzlaff den Friedensneigungen des Fürsten von Siebenbürgen entgegentreten. Noch in der auf seine Ankunft folgenden Nacht ritt Mitzlaff nach Kremnitz, wo sich bereits die Obersten Flodorp, Berbisdorf und Karpzov befanden. Er stellte hier Bethlen Gabor vor, daß Christian IV. alle seine Forderungen erfüllt, 8000 M. nach Schlesien geschickt und seinen Antheil an den Subsidien auf 3 Monat in Konstantinopel habe anweisen lassen. Auch suchte er ihn durch den Hinweis auf die Rache des Kaisers zu schrecken, falls derselbe seine Herschaft in Deutschland befestigen würde.

Bethlen Gabor aber erwiderte, daß er von den verheißenen Unterstützungen noch keinen Heller erhalten habe, und daß der Bundesvertrag noch nicht in seinen Händen sei. Er äußerte ferner Besorgnisse wegen der den Türken von den Persern beigebrachten Niederlage, wies auf die Unmöglichkeit einer Unterstützung durch Dänemark und auf die Unzuverlässigkeit vieler Ungarn hin und schloß mit der Versicherung, daß er ohne Geldmittel gänzlich außer Stande sei, seinen Freunden und Bundesverwandten unter die Arme zu greifen.

Vergeblich entgegnete hierauf Mitzlaff, daß der dänische Succurs durch die neuen Werbungen in Schlesien die Höhe von 8000 M. gewiß erreicht habe, und versuchte mit eben so geringem Erfolg die schwer wiegenden Gründe des Königs abzuschwächen. Am nächsten Tage beklagte sich der Fürst noch über die Wortbrüchigkeit der Franzosen und Venetianer und bezeichnete abermals den Friedensschluß als eine unumgängliche Nothwendigkeit. Wenn ihm jedoch der König im nächsten Frühjahr seine monatlichen Unterstützungen (40,000 Thlr.) bei guter Zeit und auf 6 Monate in Konstantinopel erlegen und in Schlesien 12,000 M. deutsches Volk unterhalten würde, dann wollte er sich mit 100,000 M. mit demselben gegen den Kaiser verbinden. Er würde sich dann im bevorstehenden Friedensschlusse so vorsehen, daß er mit guter Manier die Waffen wider ergreifen könnte.

Diese Erklärungen nahm Mitzlaff mit Freuden entgegen und fragte den Fürsten nur noch, ob er seine Versprechungen auch halten würde, wenn England und Holland sich ihren Verpflichtungen zu entziehen versuchen sollten, was derselbe gleichfalls bejahte. Auf Mitzlaffs Bitten widerholte er diese Versicherungen auch vor den weimarischen Offizieren, ohne freilich damit zu Ende zu kommen; denn er begab sich mit seiner ganzen Umgebung zur Tafel, und bald waren alle Versprechungen, Hoffnungen und Zweifel im süßen Tokayer begraben.

Doch stellte Bethlen Gabor am andern Morgen Mitzlaff und den Offizieren diese Erklärung mit der Mahnung zur höchsten Verschwiegenheit sogar schriftlich zu.

Diese vertragsmäßige Punctation trägt das Datum des 7. Nov. n. St. und enthält noch mehrere in der mündlichen Unterredung oder in Mitzlaffs Bericht nicht erwähnte Einzelheiten. Bethlen Gabor versprach, auf einen Friedensschluß zwischen den Persern und Türken hinzuarbeiten und im nächsten Jahre mit den letztern einen Einfall in Steiermark und in die Erblande zu machen. Er wollte sich bemühen, die Tartaren zu einem Zuge nach Polen zu bewegen, um Gustav Adolf eine Erleichterung in Preußen zu verschaffen und die Polen von der Unterstützung Oestreichs zurückzuhalten, stellte aber auch das Ansinnen an Christian IV., den Großfürsten zu einem Zuge nach Polen zu reizen, sowie Frankreich gegen das Elsaß und Venedig gegen Friaul aufzumahnen. Vor der Hand rieth er jedoch dem Könige, um den Feind sicher zu machen, ferner die Truppentheile in Schlesien zu retten und die zweifelhaften Freunde, besonders Frankreich und Venedig zu schrecken, Friedensunterhandlungen in Wien anzuknüpfen. Unterdessen könnte sich Christian IV. zur Offensive vorbereiten und auch Bethlen Gabors Bedingungen erfüllen.

Mitzlaff setzte den König sofort von diesen Vorgängen in Kenntnis und sendete ihm später Bethlen Gabors schriftliche Erklärung im Original ein. Ferner gelang es dem dänischen Commissar nicht nur, die Rückgabe der von Mansfeld ausgelieferten Munition und der Artillerie zu bewirken, sondern Bethlen Gabor versprach auch mit den mansfeldischen Offizieren über ihren Rücktritt in die Dienste des Königs zu verhandeln. Ja der Fürst gestattete sogar die Werbung von 2000 Hussaren und ihre Ueberführung nach Schlesien. Mit dem Versprechen, im nächsten Mai unfehlbar „herauszukommen," und der Mahnung, ihre Rückkehr nach Schlesien zu beschleunigen, damit ihnen Wallenstein die Pässe nicht verlege, entließ er die befreundeten Offiziere. —

Die Resignation des Oberbefehls, vielleicht auch eine Wirkung des geheimen Einverständnisses, welches zwischen Bethlen Gabor und Christian IV. immer noch bestand, scheint Mansfeld, wie bereits erwähnt ist, schon in Schlesien zugemuthet worden zu sein. Wir begegnen einem freilich nicht gezeichneten Schriftstück, in welchem Johann Ernst demselben das Versprechen ertheilt, seine Mannschaften nicht in eignen Dienst zu nehmen, ihm die Hälfte der eingetriebenen Contributionen zukommen zu lassen, wozu sich Mansfeld seinerseits auch anheischig machen sollte, und falls Bethlen Gabor nach der Vereinigung sich eines Marsches nach Schlesien, Böhmen oder Mähren weigern würde, denselben zu bestimmen, Mansfeld noch einige

Tausend Mann zu geben, um nach Bethlens Belieben eine Diversion in die östreichischen Provinzen oder nach Deutschland zu machen. Sollte indessen Mansfeld gesonnen sein, sich nach Venedig oder anderswohin zurückzuziehen und ihm, dem Herzoge, sein Heer mit allen Offizieren, mit Artillerie, Munition und sonstigem Zubehör zu überlassen, so wollte Weimar Pferde und Geschütz samt aller übrigen Ausrüstung zu gutem Preise bezahlen.[1]

Als sich der Graf nur wirklich in Begleitung seiner getreusten Diener wie des Commissarius Pöblis, des Hauptmanns Ferenz und seines Schatzmeisters Dolbier und eines siebenbürgischen Bevollmächtigten von seinem unbezahlten Heere entfernte, war die Meinung allgemein verbreitet, daß er nicht widerkehren werde, und daß die Versicherung, seinen Souveränen in Paris und London neue Vorschläge zur Verbesserung der Lage seiner Truppen unterbreiten zu wollen, eine leere, seine persönlichen Interessen bemäntelnde Ausrede sei.

Er selbst aber hat dem Anschein nach trotz seiner Krankheit die Absicht, den Kampf gegen Oestreich fortzuführen, auch damals nicht aufgegeben. Er wollte seiner eignen Aussage nach, der auch Andere Glauben schenkten, seine Truppen auf Schiffe setzen, zu Spalato in Dalmatien landen und sie von da nach Bosnien oder Steiermark führen, oder wohin Bethlen Gabor es sonst gut finden werde. Unter derartigen Versprechungen ersuchte er den französischen Gesandten in Konstantinopel schon am 3./13. November, ihm vom Sultan freien Durchzug und Lebensmittel auszuwirken.[2]

In solchen phantastischen Plänen erging sich der ruhelose, in Beurtheilung einzelner Verhältnisse scharfsinnige und gewandte, in der Abwägung der allgemeinen politischen Zustände mehr sein augenblickliches und persönliches Interesse berücksichtigende Kriegsmann noch so wenige Wochen vor seinem Tode. Auch dieser letzte Zug des länderlosen Heerführers war wie alle übrigen gescheitert. Vom Feinde zuletzt mehr verachtet als gefürchtet, von seinen Bundes- und Glaubensgenossen mit dem tiefsten Misstrauen beobachtet, hinterließ er ein nur kurzes Andenken, welches auch den meisten Freunden der von ihm vertheidigten Sache ein peinliches war. Ohne die Fähigkeit, Personen und Verhältnisse seinem Willen dauernd dienstbar zu machen, ohne einen tiefern Einfluß auf edle und höhere Naturen war er doch nur das Ideal aller derjenigen, welche gleich den Landsknechten der alten Zeit dem Kriegshandwerk nachgingen. Wie locker war doch das

1) Gesamtarchiv in Weimar.
2) Ungedruckter Brief. Reuß.

Gefüge eines Staatskörpers, welches auswärtigen Mächten gestattete, einen Söldling mit unbezahlten Miethstruppen in dasselbe hineinzuwerfen, ohne daß sie mit diesem Reiche in einem förmlichen Kriege begriffen waren! — In der Nacht vom 29. zum 30. November ereilte Mansfeld in einem kleinen bosnischen Dorfe Racovak[1] (Racowitza?) der Tod, den er stehend den Degen an der Seite erwartet haben soll. —

Johann Ernst von Weimar hatte sich von Bars nach Norden gewendet und traf mit einem kleinen Gefolge über Altstuben in Oberungarn am 2. Dec. in St. Marton ein.[2] Schon im Juni, vor dem Aufbruch aus der Mark, war derselbe zeitweise so angegriffen, daß er sich nicht an die Spitze der Truppen zu stellen vermochte. In Neusohl in Ungarn mußte er wider ärztliche Hilfe nachsuchen. Bei einem in Schemnitz ihm zu Ehren veranstalteten Gastmahl soll er noch von einer zu wenig gesottenen Morelle gegessen und dem Weine kräftig zugesprochen haben, worauf sich „die ungarische Krankheit“[3] einstellte. Als Mitzlaff nach St. Marton zurückkehrte, fand er ihn bereits so schwach, daß er an seinem Aufkommen zweifelte. Doch theilte er ihm noch die Freudenbotschaft von der Ueberführung der mansfeldischen Armee mit, welche Johann Ernst mit der Bitte erwiderte, ihn lebend oder tot mit nach Schlesien zu nehmen.

Mitzlaff verhandelte darauf mit den von den Commissaren Bethlen Gabors ihres Eides entbundenen mansfeldischen Offizieren, theilte Geld aus und begab sich wider nach St. Marton. Bei seiner Ankunft lag Johann Ernst bereits im Todeskampfe. Nachdem sich Mitzlaff von ihm verabschiedet hatte, trat er mit der Vorhut den Marsch an. Als er an die Waag kam, meldete ihm Flodorp den Tod des Herzogs. Derselbe hatte noch in den letzten Tagen seine Abrechnung mit dem Könige in Richtigkeit bringen lassen und nahm darauf nicht nur selbst das h. Abendmahl, sondern veranlaßte auch seine Offiziere, es sich in seiner Gegenwart an demselben Tage reichen zu lassen. Noch nicht 33 Jahr alt, enthob den im innersten Herzen gebrochenen Helden ein verhältnismäßig rascher Tod einem längeren Siechthum (14. Dec. n. St.). Noch in den letzten halblichten Augenblicken ließen ihm die schwermüthigen Gedanken keine Ruhe. In der Nacht vor seinem Tode hörte man ihn im halben Traum die Worte flüstern: „Ist es nicht Schade, daß man den schönen Baum abhauen

1) Nach einer Depesche Leukers vom 5. Jan. 1627. So hatte es ihm der Cardinal Dietrichstein aus einem „Original“ vorgelesen. K. St.-A. in München.

2) Vgl. Heermann, Beytrag S. 107 ff.

3) Nach Leukers Depeschen aus Wien. Der Secretär Abraham Richter hat die Krankheit „Lungensucht“ genannt. Heermann a. a. O. S. 110.

soll?“ [1] Auch seinem militärischen Talent versagte das Geschick den Lorbeer, welcher ihm bestimmt schien.

Von all den Generälen, welche am tiefsten in die Pläne des protestantischen Königs eingeweiht waren, hatte ein feindseliges Verhängnis nur den unfähigsten, den Administrator von Magdeburg, übrig gelassen. —

Der Rest des mansfeldischen Volkes, welcher nach Schlesien und in die mährisch-ungarischen Grenzgebiete zurückgeführt wurde, betrug etwa 3600 M. Vor Hunger und Krankheit halb verschmachtet und voll höchster Unzufriedenheit über das ganze missglückte Unternehmen sind sie in ihren neuen Quartieren angelangt. Johann Ernst von Weimar hat dem Anschein nach ungefähr eine halb so große Abtheilung nach St. Marton zurückgebracht. [2]

Mit jener Meldung von dem Tode des Herzogs ersuchte Flodorp den vorausmarschierenden dänischen General zugleich, den Weitermarsch einzustellen und Bethlen Gabor um Quartiere in Zips zu bitten. Allein Mitzlaff setzte diesem Gesuch eine ernste Weigerung entgegen, und Bethlen Gabor schlug außerdem dem Obersten Berbisdorf die Einquartierung in sehr ungnädiger Weise ab. Und so kamen die elenden Heeresträmmer wider über den Jablunkapass nach Schlesien zurück. Den Oberbefehl scheint hier Balthasar Adrian v. Flodorp geführt zu haben, welchen der Herzog noch bei seinen Lebzeiten zum Generalmajor erhoben hatte. Dem Obersten Karpzov übergab Mitzlaff die Artillerie. —

Wallensteins Pläne und die Gegner des Hauses Habsburg.

Bei all jenen Versuchen, die protestantischen Stände und Corporationen insgesamt zur Trennung von Dänemark zu bewegen, hat man kaiserlicher Seits die bündigsten Versicherungen im Betreff der Wahrung des Profan- und Religionsfriedens ertheilt. [3] So enthält die bereits erwähnte Vollmacht Christians von Celle das ausdrückliche Versprechen, der Kaiser werde niemand, wer er auch sei, wider des h. Reichs Privilegia, Satzungen und Ordnungen, insonderheit den Religionsfrieden beschweren lassen; er werde ferner Tilly nicht gestatten, auch nur das Geringste gegen die deutsche Libertät vorzunehmen.

---

1) Heermann, Beytrag S. 112.

2) Die Angabe beruht auf Bethlen Gabors Einquartierungsordinanz vom 21. Nov. Heermann, Beytrag S. 258. Vgl. hierzu Großmann a. a. O. S. 141.

3) Einige dieser Schreiben finden sich in der Kurtzen Gründlichen Information S. 193 ff.

Oestreich ist auch während dieses Sommers außerordentlich behutsam in Norddeutschland aufgetreten, um jede Besorgnis vor einer nach besonderen Zielen hingerichteten östreichischen oder katholischen Politik in den Hintergrund zu drängen. Wie sorglich hat Ferdinand II. Wallenstein um möglichste Schonung Anhalts ersucht, wie angelegentlich ihm auch die Stifter „um der uralten gottseligen Fundation" willen empfohlen! Ja dem Domcapitel von Magdeburg hatte er auf seine Beschwerde über die Verfolgungen, denen sich dasselbe unter der Beschuldigung, Wallenstein ins Land gerufen zu haben, ausgesetzt sah, einen besonderen, auch Wallenstein mitgetheilten Schutzbrief ausgestellt.

Natürlich aber haben sich nun auch diese Stände die Befriedigung der kaiserlichen Ansprüche und Forderungen möglichst angelegen sein lassen. Das Domcapitel von Magdeburg erhielt nach der Abberufung seiner Landesangehörigen aus dem Heere Christians IV. ein abermaliges kaiserliches Belobigungsschreiben, in welchem mit Anerkennung hervorgehoben wurde, wie richtig das Capitel die kaiserlichen Maßnahmen gewürdigt habe, welche keinen andern Zweck verfolgten, als daß jeder Fürst bei den Reichsordnungen, insonderheit aber der „allerseits hochberühmte Religions- und Profanfriede" erhalten werde.

Das Domcapitel mochte sich hierbei der Hoffnung hingeben, daß diese Friedensversicherungen die Befreiung von den drückenden Lasten der Einquartierung nach sich ziehen würden. Allein dieselbe wurde auch seinen unterwürfigsten Bitten verweigert.

Beide Capitel, das magdeburgische und das halberstädtische, welche nun aus Erfahrung wußten, daß die kaiserlichen Rescripte vollständig wirkungslos waren, und daß die friedländischen Offiziere denselben die besondern Befehle ihres Vorgesetzten gegenüberstellten, ertheilten noch einmal gegen Ende des Jahres einem halberstädtischen Canonicus eine hierauf bezügliche Vollmacht und thaten vor dem Kaiser „als dem Brunnquell aller Gütigkeit und Gerechtigkeit einen allerunterthänigsten Fußfall." Der Kaiser gewährte dem Canonicus auch eine Audienz, allein die erwartete Wirkung hatte dieselbe nicht.

Jener bereits erwähnte kaiserliche Bevollmächtigte Walmerode hatte sich vielmehr bereits verfänglicherer Aufträge zu entledigen. Christian von Celle sollte ihm die Mittel an die Hand geben, wie man den niedersächsischen Kreis zur Verpflegung und Erhaltung der kaiserlichen Armee heranziehen und einen Hafen am baltischen Meere erhalten könne. —

Wallensteins Einrücken in Schlesien und Ungarn und der Sieg Tillys bei Lutter hatte merkwürdiger Weise die Stimmung der katholischen Kurfürsten gegen den Kaiser und seinen allmächtigen General nicht freund-

licher zu gestalten vermocht. Ja die Kurfürsten von Trier, Mainz und Baiern richteten sogar eine Beschwerde über die neuen Werbungen des Herzogs Rudolf Maximilian von Lauenburg und des Obersten Görzenich[1] an den Kaiser, welche einen sehr merkwürdigen Befehl desselben an Wallenstein zur Folge hatte.

Der Herzog von Sachsen-Lauenburg hatte nämlich das trierische Städtchen Wehrheim überfallen und eine Anzahl Soldaten der Capitulation zuwider niedergemacht, worauf der Kurfürst versicherte, daß man eine so barbarische und abscheuliche Tyrannei auch von Mansfeld nicht gehört habe. Auf seine Beschwerde erkannte aber der Kaiser selbst an, daß nun nach dem Siege kein Bedürfnis für neue Verstärkungen vorhanden sei, und ersuchte Friedland um ein Gutachten über den Zweck dieser Werbung, ferner über die Antwort, welche er den Fürsten auf ihre Beschwerden ertheilen könne, und „wie dem besorgenden Uebel zu remedieren sei.“[2]

Als man sich aber trotz der Versprechungen des Kaisers des wilden Räubers Görzenich, der schon im Frühjahr innerhalb drei Wochen 18,000 Thlr. in und um Idstein erpresst hatte, nicht entledigen konnte, verbanden sich endlich die Grafen der Wetterau mit dem Herzoge von Lauenburg und trieben denselben mit Gewalt aus ihrem Gebiet. Sie verjagten ihn zuerst aus dem Amte Kirberg; darauf erschien er im October wider in Idstein, wurde aber von da nach Wiesbaden getrieben. Jetzt mußten sich nun die fränkischen Kreisstände seines Besuches erwehren. Der Bischof von Bamberg und Markgraf Christian von Brandenburg baten den Kaiser, den Anmarsch dieser Schaaren aufzuhalten, ja der erstere war schon im Begriff einen Kreistag abzuhalten, wogegen freilich Maximilian bei dem Kaiser Einsprache erhob. Schließlich forderte der letztere von Wallenstein die strengste Bestrafung der Kirchenräuber und Frauenschänder.[3]

Und auch in Wien gerieth man über die neuen Rüstungen trotz der ziemlich tröstlichen Friedensaussichten in Italien und in Ungarn in Staunen. Man erzählte sich, daß jener Herzog von Lauenburg Befehl habe, seine Schaaren auf 10,000 M. zu bringen. Eggenberg begab sich damals zu Wallenstein nicht nur des Oberbefehls und der Winterquartiere wegen, sondern auch um mit ihm über die Erleichterung der katholischen Stände Raths zu pflegen. Bis zu seiner Zurückkunft hatte man die Abdankung Görzenichs verschoben, welche freilich damals doch nicht erfolgt ist.

---

1) Adam Wilhelm Schelhardt v. Donfurt, Freih. v. Görzenich.
2) Ferdinand II. an Wallenstein, Ebersdorf 12. Sept. 1626. K. St.-A. in Wien.
3) Ferdinand II. an Wallenstein 26. Dec. 1626.

Ueber das Schicksal der eroberten protestantischen Landschaften hat man in Wien damals noch keine Entscheidung zu treffen gewagt. Dagegen bemühte sich Kurmainz, den Lohn seiner Unterstützung Maximilians rechtzeitig einzuziehen. Nachdem es schon im Mai den Kurfürsten um die Auswirkung kaiserlicher Expectanzen angegangen hatte, nahm es Göttingen, Münden und Northeim als Schadenersatz für die Verluste, welche es durch Herzog Christian auf dem Eichsfelde erlitten hatte, in Anspruch. —

Selbst der Kaiser Ferdinand II. scheint sich der Anschuldigung nicht verschlossen zu haben, daß Friedland den Zug Mansfelds nach Schlesien hätte hindern und auch Bethlen Gabor eine Niederlage bereiten können. In Folge davon hat der Herzog die Absicht geäußert, seine Stelle niederzulegen, was natürlich in Wien große Bestürzung hervorgerufen hat. Allein auch in Wien ging wenigstens das Gerücht, daß man ihn mit Ehren von der Armee entfernen wolle, was sich bald als ein ganz unausführbarer Versuch hätte herausstellen müssen. Immerhin hören wir jedoch, daß Friedland die ihm von seinem eigenen Schwiegervater Karl v. Harrach angebotenen Bedingungen angenommen und auch noch mit Eggenberg darüber Verhandlungen gepflogen habe. Indessen hat Eggenbergs Geschmeidigkeit doch eine Verständigung herbeigeführt,[1] wenn auch wahrscheinlich mit großen Opfern.[2] Der Herzog übernahm das Commando von Neuem auf ein Jahr in der Erwartung, daß man seine Ansprüche dann befriedigen werde. Zugleich aber überzeugte derselbe Eggenberg, daß nach dem Siege Tillys über Christian IV. für das Haus Oestreich in Mittel- und Norddeutschland mehr auf dem Spiele stehe, als in Ungarn. Nicht in Ungarn, Siebenbürgen oder in der Türkei, sondern in den Ländern des westlichen und nördlichen Europa mußte Oestreich seine gefährlichsten Feinde erblicken. Einen weit werthvolleren und gesicherteren Gewinn, als Ungarn, bot ferner einer siegreichen östreichischen Politik das Reich mit seinen zahlreichen zur Erledigung kommenden Bisthümern und Fürstenthümern.

Auf Kosten des Reichs sollte daher ein durch seine Stärke ganz Europa in Schrecken haltendes Heer aufgestellt und einige Jahre lang mit

1) Zu Bruck an der Leitha am 25. Nov. Vgl. Aretin, Wallenstein Urk. Nr. 1. Dazu eine Depesche Lebzelters vom 22. Nov./2. Dec. im Kgl. St.-A. in Dresden.

2) Lebzelter meldete unter dem 12./22. April, daß Friedland bis auf den letzten Februar fünfzig mal 100,000 oder 5 Mill. Reichsthaler fordere. Und am 8./18. Juli berichtet er: Friedland soll einen Ueberschlag seiner an den Kaiser habenden Forderungen auf viel Millionen eingeschickt haben; etliche Fürstenthümer würden nicht erklecken.

sorglichster Bewahrung vor einer Niederlage oder Auflösung ... werden, da weder der Kaiser noch die Erblande die Mittel zu ... Bezahlung aufbringen konnten. Und Wallenstein hegte die volle ... sicht, dieses Heer, dessen Kern er durch kluge Nachgiebigkeit in ... gerettet hatte, mit denselben Mitteln wie bisher weiter zu unterhalt...

Mit 70,000 M. und 70 Geschützen wollte er im nächsten Jahre ... den Feinden entgegen gehen.

Auf Eggenbergs Bericht genehmigte der Kaiser endlich, daß Frie... nach Schlesien und zwar ganz unverweilt aufbrechen sollte. Derselbe ... sich nur allenfalls an der mährisch-ungarischen Grenze des Ausgangs ... preßburger Verhandlungen gewärtig zu halten. —

Daß aber Wallensteins politische Combinationen, welche Oest... Hauptaufgabe nicht im Osten, sondern mitten im Reich suchten, ... ihre Spitze nicht gegen das barbarische Osmanenthum, sondern gegen ... civilisierten Westmächte richteten, auf einer eingehenden und sachgem... Würdigung der augenblicklichen europäischen Verhältnisse beruhten, d... wird uns endlich ein kurzer Blick auf die letztern überzeugen.

Der König von Dänemark sah sich fast vollständig außer St... den niedersächsischen Ständen die Kriegskosten auch wider ihren W... aufzubürden, und war daher um so mehr auf die Unterstützung ... Auslands angewiesen. Allein die Stimmung der beiden Westmächte ... bereits um die Zeit, wo er dem Entscheidungskampfe entgegen ging, ... sehr laue. Karl I. erwiderte dem dänischen Gesandten Valla Rosenk... sehr kaltblütig, wenn sein Oheim Frieden machen sollte, würde allerd... Deutschland verloren sein, allein dann würde sich auch der König ... nicht lange mehr halten können.

Der Vertreter Friedrichs von der Pfalz forderte freilich, nach... Dänemark seinen Antheil an den siebenbürgischen Subsidien gezahlt ... eine Armee nach Schlesien geschickt habe, die schleunigste Aufnahme Bet... Gabors in das Bündnis. Allein trotzdem erklärte das Conway ... unmöglich: man habe eben kein Geld. Auch Buckingham war persön... creditlos. Als Ersatz für diese siebenbürgische Unterstützung dachte ... jetzt auf eine Diversion von Süden: man wollte Savoyen und Ven...

---

1) „et s'il signore generale pote l'anno passato assoldare con qu... fondamento più che 70/m soldati et riportarne uittoria, con hauer quasi t... la Germania esposta all' arbitrio dell' armi Cesaree, giudica di poter ... maggior facilta di presente riempir il suo essercito et continuarlo per ... anni, sin tanto che gl'inimici ò chieggiano pace ragioneuole, ò che consu... à fatto sijno impotenti di mover contro il loro Patrone." Arctin a. a. O. S...

er dem Markgrafen von Baden aufbieten. Zu den Kosten eines hen Unternehmens würde, so sprach man es aus, Frankreich zwei ittel zahlen.[1]

Aus dieser Trägheit und unschlüssigen Verlegenheit wurden die engchen Politiker durch die Kunde von der Niederlage ihres Verbündeten, elche sie auffallender Weise ziemlich spät erreichte, sehr unsanft aufrüttelt. Der König ließ sofort den dänischen Gesandten rufen, welcher n nun offen ins Antlitz der Mitschuld an der Niederlage zieh. Ferner agte der Gesandte den König, was nach dem Verlust Dänemarks das oos Englands sein werde. Der König war tief ergriffen und versprach un Krone und Leben für seinen Oheim einzusetzen. Er fühlte das ledürfnis einer neuen thatkräftigen Regung nach Außen um so mehr, ls er nun wol erkannte, einen wie kläglichen Ausgang die Expedition ur See gegen Spanien, welche 100,000 Pfund verschlungen hatte, nehmen erde. Kraft seiner Souveränetät erhob er nun ohne Parlamentsbeschluß teuern. Der Erzbischof von Canterbury erhielt den Auftrag, die Geistichkeit zu freiwilligen Gaben aufzufordern und dieselbe zu veranlassen, as Volk von den Kanzeln herab zur Unterstützung seines Königs für den änischen Oheim und den Krieg mit Spanien zu mahnen.[2]

Denn fast gebieterisch heischte Christian IV. nun 100,000 Pfund innen October und Weihnachten und den Rest bald darauf. Und es cheinen dies nicht einmal die versprochenen Subsidien, sondern ein alter Schuldrest gewesen zu sein. Von den vertragsmäßigen Summen hat der König während dieses ganzen Jahres so gut wie nichts erhalten: im Juni zahlte man dem Colonel Macay, der eigentlich zur Verstärkung der mansfeldischen Armee bestimmt war, 3000 Pfund, die man Christian IV., weil er diese Truppen an sich zog, noch anrechnete. Von weiteren Zahlungen während dieses Jahres wissen wir nichts Sicheres: im August des folgenden Jahres stellte der König eine Forderung von 16 Monaten zu 30 Tagen oder von 800,000 Pfund rückständiger Hilfsgelder.[3]

Im October einigte man sich endlich mit dem Markgrafen von Baden, der im Namen Englands, Venedigs und Savoyens eine Armee von 20,000 M. Fußvolk und 4000 Reitern führen sollte: allein noch vor dem Ende des Jahres erklärte Venedig in besorgnisvoller Scheu vor Frankreich seinen Rücktritt von dieser Convention, und der Markgraf von Baden erhielt schließlich von England nur Sold auf 4000 M. Fuß-

1) Vgl. Rusdorf, Mémoires I. 730 ff.

2) Bassompierre, Ambassade en Angleterre 1668. S. 109.

3) Kgl. G. A. in Kop. Vgl. Fridericia, Danmarks ydre polit. Historie S. 115.

volk und 1000 Pferde, um mit dieser Streitmacht der Schwester Königs und ihren Kindern die Pfalz wider zu gewinnen.[1] Man ſ ferner davon, außerdem noch 10,000 M. dem Könige zu Hilfe zu ſen und zwar jene 6000 M., welche England in den Niederlanden unter und nun unter den Oberbefehl des Sir Charles Morgan geſtellt hatte, 4000 Neugeworbene.[2] Indeſſen ſchließlich wurden die niederländiſ. Regimenter nach England geführt; Morgan aber erhielt am 25. ' vember a. St. Marſchbefehl.

Von Neuem erwog man ferner den Plan, Guſtav Adolf gerade heranzuziehen. Und in der That ertheilte Spens keine ungünſtige wort. Der König wollte nach einer Verſtärkung durch einige Tau Mann Infanterie und Cavallerie zu Bethlen Gabor ſtoßen und den K von Böhmen von Polen aus und zwar wirklich in Böhmen wi reſtituieren, ſowie die Religionsfreiheit in Deutſchland ſichern. däniſche Geſandte forderte endlich von Karl I. die Einberufung Parlaments und ſtellte ihm das Anſinnen, ſeine Geneigtheit durch C ceſſionen zu erwerben. Allein der König zeigte ſich über einen derarti Vorſchlag ſo ungehalten, daß der Geſandte den Gegenſtand fallen ließ

Im December genehmigte jedoch Karl I. die Aufnahme Beth Gabors in das Bündnis, nachdem er ſeinen Geſandten Quad bereits 26. Sept./6. Oct. perſönlich empfangen hatte. Der Fürſt ſollte dem Kai und Oeſtreich den Krieg erklären und einen Einfall in die Länder deſſel machen, wogegen man ihm 12,000 M. Hilfstruppen und 40,000 Tha monatliche Subſidien, die in Konſtantinopel gezahlt werden ſollt zuſicherte. Holland hatte den Eintritt des Fürſten ſchon im Septem vorläufig genehmigt.

Indeſſen ſchon bevor man in England ſich zu dieſen Beſchlüſſ erhob, ſtand Bethlen Gabor wider in Unterhandlungen mit dem Kai und mit Wallenſtein, und als man dort endlich ſchlüſſig wurde, hatte d Fürſt ſeinen Frieden mit Ferdinand II. gemacht.

Palla Roſenkranz begab ſich endlich von England nach Frankrei um hier gleichfalls Unterſtützungsgelder beizutreiben und die längſt v ſprochene Diverſion in die Pfalz oder in das Elſaß in das Werk ſet zu helfen. Vorher hatte Chriſtian IV., wie bereits erwähnt iſt, der e malige Bürgermeiſter von Bremen Zobel vertreten, welcher ſeit Monat bemüht war, die franzöſiſchen Verſprechungen zur Wahrheit zu mache Vor deſſen Ankunft hatte Ludwig XIII. durch Wenſin dem Kön

1) Rymer, Foedera VIII. 1, S. 107, 112.
2) Rymer, a. a. O. 106.

50,000 Livres übermitteln lassen; Zobel empfing einen Wechsel im gleichen Betrage, der aber nur zu 125,000 Livres realisiert wurde. Diese 250,000 Livres rechnete Christian IV. auf die ihm für das Jahr 1625 gebührende Summe, Frankreich war also für das Vorjahr noch mit 200,000 (225,000) Livres in Rückstand. Und auch jene im Verhältnis zur Tragweite der Ereignisse so winzigen Summen hatten die dänischen Agenten nur mit der größten Anstrengung herausgepreßt. Ludwig XIII. ertheilte wol, besonders nach der Schlacht von Lutter, günstige Versprechungen, die auch von den vornehmsten Räthen bekräftigt wurden: allein die Zahlungen schob man trotzdem hinaus. Die Vertreter der habsburgisch-bairischen Partei und der päpstliche Nuntius wußten alles zu vereiteln. Uebrigens aber machte man Zobel gegenüber auch die alte Forderung geltend: England sollte stets pari passu mit Frankreich gehen, d. h. in seinen Subsidien und in der Unterstützung durch Truppen dasselbe, wenn nicht mehr wie Frankreich leisten.

Zobel selbst zog es merkwürdiger Weise vor, seinem Könige über derartige unsichere und wandelbare Zusagen und Verhältnisse gar keine Mittheilung zu machen, sondern erstattete, nachdem er England am 10./20. Juli 1626 verlassen hatte, seinen ersten ausführlichen Bericht erst am 12./22. März 1627.[1] Er entschuldigte seine Säumnis noch mit der Bemerkung, daß er auf einen frühern Bericht in Ziffern keine Antwort erhalten habe.

Und so hatte denn Bassompierre oder vielmehr Richelieu in gewisser Weise Recht, wenn sie auf die Klagen der Engländer über die Nichterfüllung der Christian IV. gemachten Versprechungen erwiderten, daß das Verhältnis das umgekehrte sei, und sich zum Zeugnis dafür auch auf den dänischen Gesandten beriefen. Bassompierres Versicherung nach betrug Englands Schuld an Christian IV. damals die Summe von 2 Millionen Thalern.[2]

Die Generalstaaten sagten, nachdem sie dem Könige bereits einen dreimonatlichen Vorschuß von 150,000 Gulden gewährt hatten, im Juli noch 30,000 Thaler für Bethlen Gabor zu, welche sie freilich dem Könige selbst anrechnen wollten. Allein nach der Schlacht von Lutter erkaltete

1) Kgl. G. A. in Kop.

2) Bassompierre, Ambassade en Angleterre 205. Avenel II. 252. Nur um Mißverständnisse zu vermeiden, weisen wir darauf hin, daß die von Avenel II. 284 ff. mitgetheilte Denkschrift für Schomberg zu einer Reise nach Deutschland fälschlich in das J. 1626 gesetzt ist; sie gehört wahrscheinlich in das Jahr 1616.

auch ihr Eifer sehr merklich, obwol sie sich noch im September zu weiteren Beistenern verpflichteten. Die dänische Niederlage hatte die Anschläge des Statthalters auf Wesel zu nichte gemacht. Ja schon mochten manche die Zeit herannahen sehen, in welcher das Haus Habsburg den Restitutionskrieg im größten Maßstabe auch gegen die Niederlande auf sich nehmen konnte. Und gerade in diesem Jahre liefen die französischen Unterstützungen im Haag sehr langsam ein, und den Antrag eines Offensiv- und Defensivbündnisses wies Frankreich zurück. So wenig bewährten sich nun die vielfachen Bündnisse mit Frankreich und England, mit Brandenburg und den Hansestädten! Wie hätte man da durch vorschnelle Bereitwilligkeit, Christians IV. leere Kriegskasse zu füllen, die Feinde noch besonders reizen sollen?

Und so stellten denn auch die Generalstaaten ihre Zahlungen ein. Noch am Jahresschluß äußerte der König seinen Unwillen über die vertragswidrige Zögerung: im August 1627 beliefen sich die Subsidienreste, welche er von Holland beanspruchte, auf die Summe von 334,217 Livres. Auch den Grafen Ernst Kasimir von Nassau, einen Schwager des Herzogs Christian von Braunschweig, unter dessen Commando der König seine Armee stellen wollte, haben ihm die Generalstaaten nicht zur Verfügung gestellt.[1]

Endlich einigte man sich dahin, daß die Holländer auf Kosten Karls I. 3 Regimenter Infanterie sendeten, zu denen dann noch 2 englische stießen.

Noch weniger hat Christian IV. mit Gustav Adolf nach der Schlacht bei Lutter zu einem bestimmten Abschluß gelangen können. Noch am 27. Juli/6. August hatte ihm der König von Schweden seine Absicht, eventuell mit Unterstützung eines dänischen Corps den Krieg gegen den Kaiser von Polen aus fortzusetzen, kund gegeben. Allein Christian IV. verlangte auch nach der verlorenen Schlacht noch ein Einschreiten Gustav Adolfs in Deutschland. Noch einmal erschien ein dänischer Abgesandter Georg Sehefeld im schwedischen Lager, aber wie es scheint nur, um abermals eine abschlägliche Antwort für seinen Herrn in Empfang zu nehmen. Jetzt wie in den folgenden Jahren verlangte Gustav Adolf die Vereinigung zu einem großen evangelischen Bunde, welche Christian IV. auch in der neuen Bedrängnis noch von sich wies. Derselbe besorgte, daß ein der-

1) Camerarius Briefe an Oxenstierna vom 15./25. Sept., 1./10. Oct., 6./16. Oct. bei Moser Bd. 6, S. 90, 99, 110 und die Schreiben Aitzemas an die G.-St. vom 23. Dec. 1626/2. Jan. 1627, 30. Dec. 1626/9. Jan. 1627. K. R.-A. im Haag Vgl. hierzu auch Aitzema, Saken I. 515 und Arend, A. G. III. 4, 171.

artiger evangelischer Bund nur eine um so engere Vereinigung aller katholischen Staaten zur Folge haben würde, der die nordischen Mächte nicht gewachsen sein dürften. Und eine Geldunterstützung konnte Christian IV. seinem nordischen Nachbar jetzt ebenso wenig wie ein neues Hilfscorps gewähren.

Ein noch geringeres Resultat hatte die Absendung des Geheimen Hofraths Rask in das dänische Hauptquartier nach Stade, durch welche sich Gustav Adolf wol nur der Tragweite der Friedensneigungen des Königs versichern wollte. Er erbat sich unter der Versicherung, daß es die höchste Zeit zur Vertheidigung des protestantischen Nordens sei, näheren Aufschluß über die Verhältnisse des niedersächsischen Kreises und über das, was Dänemark thun wollte und Schweden thun könnte. Er brachte ferner ein Bündnis beider nordischen Mächte gegen die ganze papistische Liga und insonderheit gegen Polen in Vorschlag: Christian IV. sollte ihm 7000 M. Infanterie und 3000 Pf. übersenden, dann wollte er selbst mit einer doppelt so großen Armee im Mai des nächsten Jahres aus Preußen durch Polen nach Schlesien marschieren, um dem Könige Erleichterung zu verschaffen. Dieser selbst aber trug nicht die geringste Neigung, auch Polen noch gegen sich heraus zu fordern, und erklärte das Ansinnen Gustav Adolfs für durchaus unerfüllbar. Erst auf Aitzemas Anrathen scheint er die schwedischen Vorschläge wenigstens einer nähern Berathung unterzogen zu haben. Allein die Antwort Christians IV. hielt sich in so allgemeinen und schwerfälligen Ausdrücken, daß sie Gustav Adolf kaum anders, als einen Ausfluß gänzlicher Rathlosigkeit und Abneigung zugleich angesehen haben wird.[1] Die einzige positive Mittheilung betraf die eben eingelaufenen Friedensanträge der Infantin. Und wenn nun auch der König dem niederländischen Residenten versprach, daß er, falls sich Gustav Adolf wirklich zu einem Einfall in die kaiserlichen Erblande verpflichtete, mit seinen Schutzmächten England, den Niederlanden und Frankreich in Berathung treten und dem Schwedenkönige die Truppen des Herzogs von Weimar überlassen würde, so hat er diese Zugeständnisse doch schwerlich selbst für eine Erfüllung der schwedischen Forderungen erklären wollen. —

Ferdinand II. hatte der Infantin den Auftrag ertheilt, auf die vollständige Beruhigung des niedersächsischen Kreises hinzuwirken und zu diesem Behufe auch mit dem Könige in Verbindung zu treten. Diese

1) Die Antwort Christians IV. ist Stade 11./21. Dec. datiert. Der Gesandte hatte am 9./19. Dec. Audienz. Kgl. G. A. in Kop. Bricka S. 17. Dazu Aitzemas Brief an die Generalstaaten vom 16./26. Dec. K. R.-A. im Haag.

ersuchte daher Christian IV. Gesandte nach Brüssel zu schicken, wo sich zur Zeit auch noch der Vertreter des Kaisers befand. Der König war nicht gerade abgeneigt, wollte sich aber doch zuvor der der Infantin oder den kaiserlichen Gesandten ertheilten Vollmacht versichern.[1] Derselbe ließ übrigens auch Tilly durch den Grafen von Oldenburg Friedensanerbietungen machen. Auf katholischer Seite glaubte man sogar, daß er gegen die Ueberlassung der Stifter Bremen und Verden wirklich den Rückzug antreten und Frieden schließen werde. Tilly war jedoch ohne Instruction und wies auch überdies die uns nicht näher bekannten Vorschläge, welche im Ganzen auf die Sicherung der confessionellen und territorialen Verhältnisse des Kreises in demselben Bestande, wie er vor dem Umschwung der Dinge gewesen war, hinausgingen,[2] als eine ungeeignete Grundlage für die Uebereinkunft zurück. Des Pfalzgrafen hatte der Graf von Oldenburg gegen Tilly keine Erwähnung gethan.[3]

Jenes Anerbieten Ferdinands II. hatte überhaupt wol mehr den Zweck, einer französischen Vermittelung zu begegnen, als die verworrenen Verhältnisse des Reichs in Ordnung zu bringen und die alten Grundlagen der deutschen Verfassung zu befestigen. Denn in der That hatte sich Ludwig XIII. nach der Schlacht bei Lutter den ligistischen Ständen, denen der Krieg so große Opfer auflegte, von Neuem genähert. Die Anwesenheit habsburgischer Heere in Norddeutschland und in Ungarn vermehrten in Paris die Besorgnisse, daß der Tag der Gründung einer wirklichen deutschen Monarchie herannahe. Man hat daher Christian IV. wenn auch nicht vollständig aufgegeben, so doch mehr und mehr als ungeeignet zur Durchführung der so schwierigen Aufgabe, eine Gegenpartei gegen das Haus Habsburg in Deutschland zu organisieren und zu leiten, erkannt. Wie nun, wenn dieser vom Ausland so schlecht unterstützte König mit dem Kaiser ein Abkommen traf und die deutschen Stände sich selbst und ihrer Zerfahrenheit überließ?

Unter solchen Befürchtungen bot Ludwig XIII. schon im October dem Kurfürsten von Mainz die Hand zu einer vertragsmäßigen Beilegung des ganzen Kampfes.[4] Das Anerbieten war eine Antwort auf ein bis jetzt

1) Christian IV. an die Infantin, Stade 6./16. Dec. Abschrift im K. Finanzarchiv in Wien. Das Schreiben der Infantin ist vom 27. Nov.

2) Hurter a. a. O. 476.

3) Reinhard v. Walmerode an den Kaiser, Peine 26. Dec. 1626. K. Finanzarchiv in Wien.

4) Ludwig XIII. an den Kurfürsten von Mainz, St. Germain 6. Oct. K. Finanzarchiv in Wien. Vgl. auch Rusdorf, Mémoires I. 751.

unbekanntes Schreiben der drei geistlichen Kurfürsten an den König. Trotz des Sieges bei Lutter hat auch Maximilian diese französische Vermittelung gebilligt und sogar bei Ferdinand II. wenn auch erfolglos empfohlen.[1] Auch den päpstlichen Gesandten in Brüssel hatte er bereits früher ersuchen lassen, Richelieus Mitwirkung zu einem Frieden in Deutschland in Anspruch zu nehmen.[2] Der Nuntius aber hatte ausweichender Weise wiederholt erklärt, daß es kein anderes Mittel gebe, als durch Frankreich und Spanien und zwar in Spanien selbst die große deutsche Streitfrage zu lösen. Und so wird denn Maximilian allmählich erkannt haben, daß auch der neue Sieg dem Hause Habsburg größere Vortheile gebracht hatte, als den Liguisten, so daß dieselbe die deutschen Verhältnisse dem Punkte näher führte, wo die europäischen Großmächte sich das Recht beilegen mochten, ohne Rücksicht auf die gesetzliche Landesverfassung dieselben nach eigenem Ermessen zu ordnen.

Der Kaiser aber hatte sich von Neuem einer feindseligen Verbindung mit Spanien geneigt gezeigt und in Brüssel erklären lassen, wenn Spanien die Bedingung wegen der Abtretung der Niederlande aufgebe und seinen Antheilen auf die Kaiserkrone entsage, wolle er ein neues Bündniß „mit Einverleibung der ganzen katholischen Häuser des Reichs“ mit demselben eingehen. Darüber gerathen die spanischen Gesandten in Brüssel in höchste Bewegung: sie mochten auch München, daß die Spanier nicht nur eine Theilung der Niederlande an den Kaiser, sondern auch ein neues Bündniß mit Oesterreich betrieben, welches dem Kaiser den ausschließlichen Oberbefehl und die freie Verfügung über das Heer innerhalb und außerhalb des Reichs gewähren, den katholischen Fürsten aber jede dauernde Vertretung entziehen sollte. Das erschien aber den bayerischen Staatsmännern gerade als das rechte Mittel zur Gründung einer wahrhaften Monarchie im Reiche.[3]

Von diesen Bestrebungen, die Habsburgische Macht in Deutschland auf sich selbst zu stellen und derselben die Hilfe Spaniens zu machen, konnten auch die Berufung Spaniens, Frankreich vollständig von Deutschland abzuziehen und es genöthigt zu einem Krieg mit England zu verwickeln, in Verbindung zu stehen. Oxenstierna hatte im Hinblick auf die immer verlegenderen Forderungen und auf den Groll Ludwigs XIII. gegen Kard. Richelieu gerathen zu Offensiv- und Defensivbündnissen auf zehn Jahre, vor welchem man sogar den Kaiser und den Papst erst und

1 [illegible] S. 151.

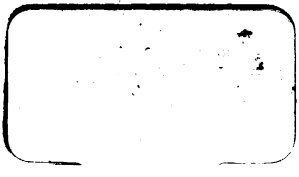
2 Lettre v. Bonnens nunc. Vers. Urkunden S. 164.

3 Lettre v. [illegible] S. 163, 164.

dem Abschluß in Kenntnis setzen wollte. Das Angriffsobject dieses Bündnisses sollte England sein: Spanien wollte in Irland eine Landung versuchen und muthete Frankreich eine solche auf der Insel Wight zu, beide zusammen hatten den Katholicismus in Großbritannien wider herzustellen. Und auch gegen Deutschland wollten beide Staaten Stellung nehmen. Konnte man hier keine neuen Eroberungen machen, so wollte man sich doch wenigstens im Besitz der bereits occupierten Landschaften behaupten und eventuell dem Bruder Ludwigs XIII. die Unterpfalz gewinnen.

Allein Richelieus tiefgewurzeltes Mißtrauen gegen Spanien widerstand einer Lockung, welche ihn früher oder später selbst dem Abgrunde zugeführt hätte.[1] Zahlreiche Gründe machten Frankreich außerdem eine so weit aussehende Unternehmung in diesem Jahre unmöglich, und Bassompierre wurde nicht allein nach England geschickt, um Genugthuung für die Ausweisung des Hofstaats der Königin zu fordern, ferner die englischen Katholiken zu schützen und den spanischen Machinationen entgegenzuwirken, sondern auch um eventuell die französische Vermittelung in der pfälzischen Sache in Aussicht zu stellen. Ja in derselben Zeit, wo sich Richelieu Maximilian und der Liga in so auffallender Weise näherte, erbot er sich in England von Neuem zu Unterstützungen an die deutschen Fürsten und an die Generalstaaten.[2]

1) Mais le cardinal, qui connoissoit l'Espagne et qui craignoit leurs ruses, et savoit qu'il s'en falloit lors principalement défier qu'ils faisoient des offres plus spécieuses, fut d'avis d'aller avec eux la sonde en main .. Mémoires III. 204

2) Sa Majesté lui commanda aussi qui, s'il voyait ledit roi d'Angleterre résolu à la dite paix, (mit Spanien) il n'en montrât aucun souci ni jalousie mais au contraire y offrit l'entremise de Sa Majesté, laquelle, en cas que ladite paix ne se fit, pourroit conjointement avec ledit Roi donner assistance aux princes d'Allemagne et aux Hollandais, pour réduire les Espagnols aux termes d'un honorable accord, et procurer le rétablissement du Palatin en Ses Etats. Bassompierre a. a. O. S. 211.

3 2044 020 528 931